



# Geschäftsbericht 2012

## Impressum

### Herausgeberin

Stadt Zürich

### Verantwortlich

Stadtkanzlei

### Redaktion und Koordination

Beat Gähwiler

Silvia Nüesch

Departementssekretariate

### Lektorat

Marcel Voekt

### Gestaltung

Scholtsyk Niederberger Kraft AG

### Umschlagbild

Juliet Haller, Amt für Städtebau

### Layout

typo:doro

Paul Ruoff

### Druck

Sihldruck AG, 8045 Zürich

### Auflage

350 Ex.

gedruckt auf RecyStar

aus 100% Altpapier

ohne optischen Aufheller

April 2013

### Bezugsquellen

Stadt Zürich

Stadtkanzlei

Kanzleidienste, Stadthaus

Postfach, 8022 Zürich

Telefon 044 412 31 16

Fax 044 412 32 28

drucksachen@zuerich.ch

[www.stadt-zuerich.ch](http://www.stadt-zuerich.ch)

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht 2012

<b>Stadtrat</b>	<b>2</b>
<b>Allgemeine Verwaltung</b>	<b>11</b>
<b>Präsidialdepartement</b>	<b>29</b>
<b>Finanzdepartement</b>	<b>65</b>
<b>Polizeidepartement</b>	<b>109</b>
<b>Gesundheits- und Umweltdepartement</b>	<b>155</b>
<b>Tiefbau- und Entsorgungsdepartement</b>	<b>199</b>
<b>Hochbaudepartement</b>	<b>259</b>
<b>Departement der Industriellen Betriebe</b>	<b>313</b>
<b>Schul- und Sportdepartement</b>	<b>355</b>
<b>Sozialdepartement</b>	<b>391</b>
<b>Vormundschaftsbehörde</b>	<b>427</b>
<b>Sozialbehörde</b>	<b>435</b>

# 1. Vorwort

Im Berichtsjahr hat die Zürcher Stimmbevölkerung für die Zukunft der Stadt wichtige Weichenstellungen vorgenommen und drei grosse Infrastrukturprojekte gutgeheissen sowie die Ausgaben dafür bewilligt. Mit der Neugestaltung des erweiterten Sechseläutenplatzes mit Valser Quarzit und rund fünfzig neuen Bäumen kann sich Zürich auf einen weiträumigen neuen Platz freuen, der ab dem Jahr 2014 der Bevölkerung sowie Besucherinnen und Besuchern zur Verfügung stehen und den Stadtraum deutlich aufwerten wird. Mit dem Bau eines flächendeckenden Glasfasernetzes werden die Zürcher Unternehmen und die Bevölkerung den Zugang zu modernsten Kommunikationsdiensten erhalten. Bis Ende 2019 werden rund 240 000 Kundinnen und Kunden von den Dienstleistungen der Service-Provider, die auf dem Glasfasernetz angeboten

werden, Gebrauch machen können. Schliesslich haben die Stimmberechtigten dem städtischen Beitrag an die Kunsthaus-Erweiterung zugestimmt. Der Erweiterungsbau schafft mehr Raum für die Kunst und für das Publikum. Der angrenzende «Garten der Kunst» bringt zusätzliches Grün ins Quartier. Zürich wird dadurch als Kulturstadt mit hoher Lebensqualität weiter gestärkt. Die Erweiterung ist voraussichtlich bis Herbst 2017 fertiggestellt.

Den aktuellen Stand der Legislatorschwerpunkte finden Sie auf den nächsten Seiten – weitere Ausführungen in den Berichten der betreffenden Departemente und Dienstabteilungen.

Der Stadtrat wünscht Ihnen eine interessante Lektüre.

Im Namen des Stadtrats:

Corine Mauch, Stadtpräsidentin

Dr. Claudia Cuche-Curti, Stadtschreiberin



Der Stadtrat von Zürich: Andres Türler, Martin Waser, Martin Vollenwyder, Claudia Nielsen, Gerold Lauber, Corine Mauch, André Odermatt, Daniel Leupi, Ruth Genner. (Bild: Luca Zanier)

## 2. Legislatorschwerpunkte 2010–2014

Die vier departementsübergreifenden Legislatorschwerpunkte 2010–2014 basieren auf den «Strategien Zürich 2025». Der Stadtrat hat diese langfristigen Ziele und Handlungsfelder im

Februar 2007 herausgegeben und im Februar 2011 in aktueller Form veröffentlicht.

### 2.1 Kultur- und Kreativstadt Zürich

Zürchs Kulturangebot zeichnet sich durch Vielfalt und hohe Qualität aus und trägt wesentlich zur Lebensqualität bei. Von der dynamischen Kultur- und Kreativszene profitiert die Stadt in mehrfacher Hinsicht. Die Szenen fördern das kreative Potenzial unserer Gesellschaft, tragen zur sozialen und kulturellen Durchmischung von Quartieren bei und sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Legislatorschwerpunkt strebt einerseits eine bessere internationale Wahrnehmung der Stadt als Kultur- und Kreativstadt an, andererseits sollen Kulturschaffende und die Kreativwirtschaft in Zürich gute Rahmenbedingungen und ein anregendes, kreatives Umfeld vorfinden. Dem Wert der Kultur für die Bevölkerung und dem erleichterten Zugang zum Kulturangebot für möglichst viele Menschen wird mit dem Legislatorschwerpunkt grosses Gewicht beigemessen.

#### Internationale Positionierung

Im Juli und August 2012 nutzte die Stadt Zürich die Olympischen Spiele für einen Auftritt in London. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern, darunter der Kanton, Zürich Tourismus und die Hochschulen, präsentierte Zürich seine Vorteile als Standort und Destination. Beim «Zürich Creative Day», bei der «Zürich–London Poster Exhibition», einer Ausstellung zum Thema Game-Design und einer Konzertreihe von Zürcher Bands standen die Kreativwirtschaft und die Kultur im Zentrum. Ebenfalls im Rahmen des Legislatorschwerpunkts und als Projektinitiative der städtischen Arbeitsgruppe Kunst im öffentlichen Raum fand von Juni bis September 2012 das Festival «Art and the City» statt. Die grösste temporäre Freiluftgalerie der Schweiz wurde von Zehntausenden Kunstinteressierten aus dem In- und Ausland besucht und zeigte in Zürich-West insgesamt 43 Werke von Künstlerinnen und Künstlern aus aller Welt. Ein Symposium zu aktuellen Themen der Kunst im öffentlichen Raum ergänzte die Freiluftausstellung. Auf Einladung des Festivals Junger Künstler Bayreuth zeigte die Stadt Zürich im Juli und August 2012 in Bayreuth eine grosse Plakatausstellung, die Richard Wagners Zürcher Jahren gewidmet ist. Die Ausstellung erinnert an Wagners überaus produktive Zeit in Zürich und wies bereits auf das Wagner-Jahr 2013 in Zürich hin. Im Februar 2012 traten während zwei Wochen Zürcher Jazzmusikerinnen und -musiker des Labels Intakt in New York auf. Ein Auftritt, der in New York und in der Schweiz grosses Echo auslöste. Zwei für die internationale Positionierung Zürichs bedeutende Projekte erreichten im Berichtsjahr wichtige Meilensteine: Nach fast zweijähriger Bauzeit konnte der Kunstbetrieb Ende August 2012 ins Löwenbräu-Kunst-Areal zurückkehren. Damit ist ein wichtiges Ziel der Stadtzürcher Kulturpolitik erreicht und das Löwenbräu-Areal langfristig für den Kunstbetrieb gesichert. Ende November 2012 stimmten die Stimmberechtigten der Stadt Zürich zudem dem städtischen Beitrag an die Kunsthaus-Erweiterung zu.

#### Kulturinformation

Über eine internetbasierte Kulturplattform plante die Stadt Zürich ein zentrales Eingangportal zum Zürcher Kulturleben.

Bestehende Informationsangebote sollten ergänzt und miteinander verknüpft werden. Eine Mehrheit des Gemeinderats sprach sich im Rahmen der Beratung des Voranschlags 2013 gegen die Online-Kulturplattform aus. Das Projekt kann damit definitiv nicht realisiert werden und wird nicht weiterverfolgt.

#### Kulturvermittlung

Der Fokus des Legislatorschwerpunkts bei der Kulturvermittlung liegt im Bereich Tanz. Nach einer Bestandsaufnahme 2011 konzentrierten sich die Aktivitäten im Berichtsjahr auf die vorbereitenden Arbeiten für das Tanzfest «Zürich tanzt». Der Anlass orientiert sich am bis anhin national stattfindenden Tanzfest und baut auf diesem auf. «Zürich tanzt» soll den Tanz in der Stadt Zürich für die Dauer eines verlängerten Wochenendes überall zum Thema machen. Für die Konzipierung und die Durchführung des Tanzfests wurde ein Verein gegründet. Mit Catja Loepfe konnte eine erfahrene, in der Tanzszene ausgezeichnet vernetzte Geschäftsleiterin für den Verein gewonnen werden. Ebenfalls im Zeichen der Kulturvermittlung stand die Konzertreihe von Formationen mit Musikerinnen und Musikern aus dem Tonhalle-Orchester in verschiedenen Stadtquartieren, die die Stadt Zürich mit Partnerinnen und Partnern aus den Quartieren organisierte. Schliesslich leistete die Stadt Zürich eine Starthilfe für den Kulturverein Ziegelhütte Schwamendingen.

#### Räume

Die Stadt unterstützt im Legislatorschwerpunkt aktiv das Finden und Betreiben von Räumen für Kultur- und Kulturschaffende, die interdisziplinäres Arbeiten ermöglichen. Im März 2012 vereinbarten die Stadt Zürich und Swiss Life, das Basislager Binz an die Aargauerstrasse zu verlegen. Damit gelang es, weitere bezahlbare Räume für die Kultur- und Kreativwirtschaft zu sichern. Ab Anfang Oktober 2012 stand das Basislager den Mieterinnen und Mietern am neuen Standort wieder zur Verfügung. Der Werkerei Schwamendingen auf dem Areal der Amag an der Überlandstrasse 166 in Schwamendingen hatte der Gemeinderat bereits 2011 zugestimmt. Ende März konnten Stadtpräsidentin Corine Mauch und Finanzvorstand Martin Vollenwyder die Werkerei offiziell eröffnen. Ende des Berichtsjahres waren die 12 000 Quadratmeter Fläche für Kultur- und Kulturschaffende und für das Gewerbe in der Werkerei zu rund 90 % ausgelastet.

#### Kreativwirtschaft

Über den Legislatorschwerpunkt ermöglichte die Stadt Game-Designerinnen und -Designern aus Zürich, sich und ihre Arbeiten auf internationaler Bühne zu präsentieren, und zwar an der «Game Developers Conference» in San Francisco im März, an den Deutschen Gamestagen in Berlin und am oben erwähnten «Zürich Creative Day» in London. In London ergänzte eine Game-Lounge den Zürcher Auftritt und wurde mit rund 15 000 Besuchenden in 24 Tagen zu einem Publikumsmagneten.

## 2.2 eZürich

In Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Wissenschaft und Bevölkerung hat eZürich zum Ziel, Projekte zu entwickeln, die Zürich als Top-Standort im Bereich ICT-Dienstleistungen und -Infrastruktur positionieren. Auch sollen verwaltungsinterne Verfahren vereinfacht und Dienstleistungen vermehrt unter Einsatz elektronischer Medien ermöglicht werden, alles unter Einhaltung der geltenden Datenschutzstandards. 2012 wurde das aufgrund der gesammelten Ideen und Bedürfnisse erstellte eZürich-Grobkonzept durch den Stadtrat verabschiedet.

### Initialprojekte

Die eZürich-Projekte «Open Government Data» (freier Zugang zu und Verwendung von Behördendaten) und «Internetangebot für mobile Geräte», das Teile des städtischen Informationsangebots in einer für mobile Geräte tauglichen Form anbietet, wurden 2012 erfolgreich abgeschlossen. Es folgen weitere Vorhaben, u. a. «eUmzug» und «Fix my Zürich». Gleichzeitig werden Basisservices wie z. B. ein Bezahlungs- und Authentisierungs-Service erstellt, die stadtwweit einsetzbar sind und schnelle und kostengünstige E-Government-Lösungen erlauben.

### Breite Trägerschaft

Über fünfzig Firmen, Institutionen und Verbände beteiligen sich aktuell an der Kooperation eZürich. Ein daraus entstandenes Kooperationsprojekt ist z. B. «Zeeder», eine Finanzierungsplattform für Internet-Jungunternehmungen. Im Pilotprojekt «Digitaler Rucksack» erhielten alle Kinder in je zwei ersten und vierten Klassen der Volksschule persönliche Tablets, mit denen sie den Unterrichtsstoff und den Umgang mit digitalen Geräten erlernten.

### Labelprojekte

Mehrere der 29 Labelprojekte – sie werden nicht direkt von eZürich realisiert, verfolgen jedoch dieselben Ziele – befinden sich in der Umsetzung. Die Stadtspitäler Triemli und Waid sind z. B. daran, durch medienbruchfreie medizinische Dokumentationsprozesse einen effizienteren Informationsaustausch zwischen Gesundheitsinstitutionen zu ermöglichen, und das Projekt «CityEngine Evaluation», das eine regelbasierte, dreidimensionale Darstellung von Gebäuden, Strassen und Freiräumen zeigt, wurde erfolgreich abgeschlossen.



Kooperationspartner eZürich am eZürich-Workshop vom Juni 2012. (Bild: Stadt Zürich, Organisation und Informatik)

## 2.3 Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten

In unserem politischen System können die Bürgerinnen und Bürger bei grösseren Vorhaben direkt mitbestimmen. Zudem verfügt auch das Parlament über grosse Mitgestaltungsmöglichkeiten. Oft sind es aber vordergründig kleinere Projekte und Planungen, die die Menschen betreffen oder von denen sie sich betroffen fühlen. Mit dem Legislaturschwerpunkt «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» will der Stadtrat die Menschen vor allem auch da abholen, wo sie zu Hause sind. Das fordert die Fachleute und die Kommunikationsverantwortlichen, denn der Dialog muss gestaltet und geplant werden, wenn er fruchtbar sein soll. Das Amt für Städtebau koordiniert die vielfältigen Aufgaben und diversen Projekte der verschiedenen Departemente.

Im Jahr 2012 wurden verschiedene Massnahmen durchgeführt, um die Stadt Zürich und ihre Quartiere gemeinsam zu gestalten.

### Stadtforum und Informationen auf dem Internet

Um die durch die neuen Medien entstandenen Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten zu nutzen, wurde 2012 das Stadtforum als kleine Variante der Online-Stadtdebatte von 2011 versuchsweise aufgeschaltet. In diesem Online-Diskussionsforum konnte die Zürcher Bevölkerung zu verschiedenen städtebaulichen und gesellschaftlichen Themen mitdiskutieren. Alle vier Wochen wurde ein neues Thema zur Diskussion freigegeben. Da die Beteiligung jedoch sehr gering war, hat man das Forum Ende Jahr wieder geschlossen.

Auf der Website des Hochbaudepartements wurde eine Seite erstellt, auf der die Aktivitäten des LSP3 zusammengefasst werden. Die städtischen Akteurinnen und Akteure stellen sich und ihre Projekte vor, ein Kalender weist auf bevorstehende Veranstaltungen hin, und auch die Medienberichterstattung wird gesammelt.

[www.stadt-zuerich.ch/lsp3](http://www.stadt-zuerich.ch/lsp3)

### Örbi

Örbi, das Bedürfnis-Sammel-Ding, sammelte am Stauffacher und auf dem Escher-Wyss-Platz Meinungen und Bedürfnisse der Bevölkerung. Das Tiefbauamt der Stadt Zürich erfasste die eingegangenen Antworten, wertete sie aus und liess die Ergebnisse in die geplanten Projekte einfließen. Ziel des Projekts war, attraktive und gut gestaltete öffentliche Räume zu schaffen, in denen sich die Menschen gerne aufhalten. Örbi wird 2013 aufgrund der Budgetstreichung durch den Gemeinderat nicht wie geplant im Rahmen des Legislaturschwerpunkts auftreten. Das TED prüft derzeit, ob Örbi im Rahmen anderer Anlässe der Stadtverwaltung sinnvoll eingesetzt werden kann.

### Städtebauliche Quartierentwicklungsleitbilder

Für die Gebiete Leutschenbach, Wallisellen-, Ueberlandstrasse, Milchbuck, Wollishofen sowie das Zentrumsgebiet Bahnhof Altstetten werden im Rahmen des Legislaturschwerpunkts Leitbilder erarbeitet. Quartiersvertreterinnen und -vertreter diskutierten auch 2012 mit Fachleuten der Stadt Zürich in verschiedenen Workshops. Diese Diskussionen sind Grundlage für die Entwicklung der städtebaulichen Quartierentwicklungsleitbilder;

die Erkenntnisse fliessen auch in die Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO) ein.

### BZO-Teilrevision

Die Stadt Zürich wächst und wird dichter. Um diese raumplanerisch gewünschte Entwicklung mit angemessenen Mitteln zum Nutzen aller steuern und gestalten zu können, erarbeiten der Stadtrat und die Verwaltung zuhanden des Gemeinderats die planerischen Grundlagen für eine Teilrevision der Bau- und Zonenordnung.

### Stadtteilwerkstatt ohne Grenzen – ein Forum für drei Quartiere

Die Stadtteilwerkstatt ohne Grenzen richtet sich an die Bevölkerung, an die Arbeitenden, an zivilgesellschaftliche Gruppierungen und an Firmen aus dem Gebiet Leutschenbach–Glattpark–Auzelg. Sie ist ein Forum, in dem Bedürfnisse und Anliegen gesammelt und gemeinsam Projektideen und Massnahmen entwickelt werden. Thema der Werkstatt sind der Alltag und das Zusammenleben, die Vernetzung, soziokulturelle Fragen, Ausstattung und Identität des Gebiets. 2012 haben verschiedene Workshops stattgefunden, und im Verlauf des Jahres 2013 wird die Stadtteilwerkstatt mit einer Schlussveranstaltung abgeschlossen, wobei einzelne Projekte darüber hinausreichen können.

### Denkmalschutz: Wertvolle Siedlungen erhalten und weiterentwickeln

Aufgrund gesetzlicher Vorgaben muss die Stadt für die Siedlungen Fierzquartier, Imbisbühlstrasse und Weinegg Schutzverordnungen erlassen. Was der Gesetzgeber der Exekutive und der Verwaltung als hoheitliche Aufgabe zugewiesen hat, ist heute ein intensiver und aufwendiger Dialog mit den betroffenen Grundeigentümerinnen und -eigentümern. Es geht um den Schutz wertvoller Siedlungen und um die mögliche Weiterentwicklung. Das Wissen und die Anliegen der Grundeigentümerinnen und -eigentümer sind wichtig, damit die Verordnung sowohl den Schutz als auch mögliche Weiterentwicklungen der Siedlungen aufnehmen kann.



Die Quartierkoordination engagiert sich im Rahmen des LSP 3. Sie hilft Jugendtreffs, Quartiervereinen und anderen Vereinen und Institutionen bei der Umsetzung ihrer Anliegen und Ideen. (Bild: Martin Guggisberg)

## 2.4 Frühförderung – gute Startchancen für alle Kinder

Mit dem Legislatorschwerpunkt Frühförderung will die Stadt Zürich die Startchancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien erhöhen und allen Kindern in den ersten vier Lebensjahren eine gute Entwicklung in sozialer, emotionaler, kognitiver, motorischer und sprachlicher Hinsicht ermöglichen. Mit der Umsetzung des Legislatorschwerpunkts Frühförderung will der Stadtrat die Chancengerechtigkeit erhöhen. Frühförderung bedeutet sowohl eine gesellschaftliche als auch eine bildungspolitische Herausforderung.

Der Legislatorschwerpunkt gliedert sich in die drei Teilprogramme Zielgruppenerreichung, Frühförderangebote sowie Grundlagen und Querschnittsaufgaben. Mitarbeitende aus dem Sozialdepartement (SD), dem Schul- und Sportdepartement (SSD) sowie dem Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) zeichnen für die Umsetzung verantwortlich.

### Zielgruppenerreichung (Teilprogramm 1)

Das Teilprogramm Zielgruppenerreichung prüft und gestaltet praktikable Wege zur gezielten Erreichung der Zielgruppen. Die Bedürfnisse der betroffenen Eltern und ihrer Kinder werden im Rahmen des Pilotprojekts «Frühförderung Mütter- und Väterberatung» in Zürich-Nord erhoben. Eine Erhebung von 108 abgeschlossenen Fällen aus dem Sozialzentrum Dorflinde hat diverse Erkenntnisse in Bezug auf die Zielgruppenerreichung ergeben. Um die Zielgruppen künftig noch besser zu erreichen, soll auch der Informationsfluss zwischen den Sozialzentren und den Geburtskliniken sichergestellt sowie derjenige zwischen den Hebammen und den Mütter- und Väterberatungsstellen verbessert werden.

Die Analyse hat auch gezeigt, dass es bei sozial benachteiligten Familien unterschiedliche Bedürfnisse zur Betreuung der Kinder in einer Kindertagesstätte (Kita) gibt. Eine Kerngruppe von Familien ist stark auf Entlastung und Unterstützung angewiesen; diese Kinder brauchen Verbindlichkeit und Struktur in der Kita. Bei einer zweiten Gruppe steht die Sprachförderung im Vordergrund. Eine dritte Gruppe lässt ihre Kinder innerhalb der eigenen Ethnie betreuen; häufig sind dabei beide Eltern voll erwerbstätig. Viele dieser Eltern kennen die Betreuungsangebote nicht, die hiesige (Betreuungs-)Kultur ist ihnen fremd. Hier stehen Sensibilisierung, Erreichbarkeit und Information im Vordergrund. Die Differenzierung in verschiedene Zielgruppen ermöglicht es, auf die spezifischen Bedürfnisse ausgerichtete Angebote zu entwickeln.

### Frühförderangebote (Teilprogramm 2)

Im Teilprogramm Frühförderangebote wurden in Pilotprojekten verschiedene Modelle und Methoden für Kitas und Spielgruppen erprobt oder geprüft. Im Rahmen einer Evaluation von Spielgruppen hat man beispielsweise festgestellt, dass die pädagogische Qualität unterschiedlich ausfällt und in vielen Fällen der Ausstieg einer Spielgruppenleiterin einen Neustart des Angebots zur Folge hat.

Das im Herbst 2011 lancierte Projekt der Bildungsorientierung wurde 2012 fortgeführt. Das Personal von 31 Kitas, vorwiegend aus Zürich-Nord, besucht eine gezielte Weiterbildung und entwickelt ihre Kitas zu bildungsorientierten Einrichtungen. Der Prozess dauert zwei Jahre und wird von «bildungskrippen.ch»

und dem Marie Meierhofer Institut für das Kind intensiv begleitet. Ein Schlussbericht der beiden Anbieter wird die Erfahrungen bei der Umsetzung sowie die Eignung der Bildungsorientierung für die Qualitätsentwicklung festhalten.

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem 2010 lancierten Pilotprojekt «Bewegung und Ernährung in Kindertagesstätten der Stadt Zürich» ist im Sommer 2012 das Projekt «Purzelbaum KiTa» mit zwölf weiteren Kitas in der Stadt Zürich gestartet. Während des Projekts werden die Kita-Umgebungen bewegungsfreundlich gestaltet sowie tägliche Bewegungszeiten und eine gesunde Ernährung in den Kita-Alltag implementiert. In einer ersten Phase wurde das Kita-Personal geschult, und die Kitas wurden mit dem nötigen Equipment ausgerüstet.

### Grundlagen und Querschnittsthemen (Teilprogramm 3)

Basierend auf den Ergebnissen aus den Teilprogrammen 1 und 2 und den daraus gezogenen Analysen wird bis Anfang 2014 ein ganzheitliches Frühförderkonzept ausgearbeitet, das alle wichtigen Themenbereiche umfasst.

In einem Hintergrundbericht wurden Studien und Erkenntnisse aus der Wissenschaft zusammengetragen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Erhöhung der Chancengerechtigkeit. Der Bericht umfasst Grundlagen zu Sprache, Elternbildung, Gesundheit und interkultureller Kompetenz. In enger Zusammenarbeit mit Praxis und Wissenschaft wurde ein Dossier zusammengestellt: Dieses beantwortet die Frage nach den Erfahrungsfeldern, die bereitgestellt werden sollten, damit Kinder vom ersten Lebensjahr an vielfältige Erfahrungen sammeln und dabei Interessen, Fähigkeiten, Wissen sowie eine differenzierte Bildungssprache entwickeln können.

[www.stadt-zuerich.ch/strategien2025](http://www.stadt-zuerich.ch/strategien2025)

[www.stadt-zuerich.ch/lsp](http://www.stadt-zuerich.ch/lsp)



Mit Frühförderung will die Stadt Zürich die Startchancen von Kindern erhöhen. (Bild: Niklaus Spoerri)



## 3. Kennzahlen Stadtrat

### 3.1 Geschäfte des Stadtrats

	2008	2009	2010	2011	2012
Sitzungen	53	61	54	59	59
Behandelte Geschäfte im Protokoll					
Allgemeine Geschäfte	1 578	1 778	2 176	1 617	1 701
Bürgerrechtsgeschäfte	2 112	2 268	1 887	1 700	1 588
davon Weisungen an Gemeinderat					
– Allgemeine Geschäfte	124	131	90	107	101
– Bürgerrechtsgeschäfte	183	–	–	–	–
– Vorlagen an Stimmberechtigte	11	12	15	10	4

### 3.2 Initiativen und parlamentarische Vorstösse

	Erledigt			Neueingänge			Unerledigt		
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	2010	2011	2012
Initiativen									
Volksinitiative (VI)	5	4	2	7	–	1	9	5	4
Einzelinitiative Stimmbürger (EIS)	1	3	1	3	2	2	5	4	5
Globalbudgetanträge	–	–	1	–	–	1	–	–	–
Motionen	12	3	23	25	10	22	59	66	65
Postulate	103	73	115	106	91	104	505	523	512
Interpellationen	12	7	5	11	15	7	6	14	16
Schriftliche Anfragen	95	111	77	92	107	87	16	12	22
<b>Total</b>	<b>228</b>	<b>201</b>	<b>224</b>	<b>244</b>	<b>225</b>	<b>224</b>	<b>600</b>	<b>624</b>	<b>624</b>

### 3.3 Konjunktur und Steuerertrag

#### Verlangsamtes Wirtschaftswachstum

Die fragile weltwirtschaftliche Erholung geriet im laufenden Jahr einmal mehr ins Stocken. Die gesamthaft gedrückte Wirtschafts- und Finanzlage im Euroraum strahlte vermehrt auf andere Weltregionen aus, wobei gegen Jahresende hin auch wieder erste Lichtblicke in der Euro-Schuldenkrise auszumachen waren. So haben Massnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) zumindest vorübergehend für Entspannung an den Finanzmärkten gesorgt und ein Zeitfenster geschaffen, um glaubwürdige fiskalische und strukturelle Reformen aufzugleisen. Die Konsolidierungsmassnahmen sowie die nachgelagerten Anpassungsprozesse im privaten Sektor werden 2013 aber weiterhin konjunkturdämpfend wirken. Der Euroraum als Ganzes, bei weiterhin grossen Unterschieden zwischen den Ländern, dürfte sich erst 2014 zu erholen beginnen. Von den aussereuropäischen Regionen sind mehrheitlich moderat positive Impulse für die Weltwirtschaft zu erwarten.

Die Schweizer Konjunktur wurde durch das ungünstige internationale Wirtschafts- und Währungsumfeld zwar gebremst, jedoch nicht zum Erliegen gebracht. Nach wechselhaftem Quartalsverlauf zeichnet sich für das Berichtsjahr ein Wirtschaftswachstum von knapp 1 % ab. Das ist zwar weit weniger als in den Vorjahren (2010: +3 %, 2011: +2 %), aber dennoch deutlich entfernt von einer Rezession. Dabei zeigt die Wirtschaftsentwicklung grosse Divergenzen zwischen den immer noch gut laufenden Binnensektoren (konsumnahe Bereiche

und inlandorientierte Dienstleistungen) und den unter erhöhtem Anpassungsdruck stehenden Exportsektoren (Industrie und Tourismus). Massgeblich gestützt wird die Inlandkonjunktur dabei durch die stetige Zuwanderung sowie durch das anhaltend tiefe Zinsniveau und die rückläufigen Konsumentenpreise mit entsprechend positiven Wirkungen auf die realen Haushalteinkommen. Demgegenüber sind die Aussichten im Export weniger günstig. Immerhin hat die von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) geschaffene Euro-Untergrenze die Situation der Exportwirtschaft leicht entschärft.

Insgesamt kann erwartet werden, dass sich die schweizerische Konjunktur auch in den kommenden Quartalen zwar nur verhalten entwickelt, aber dank der robusten Binnenkonjunktur sowie der stabilisierenden Wirkung der Euro-Untergrenze für die Exportwirtschaft immerhin nicht mit einer Rezession zu rechnen ist. Unter der Prämisse einer weiteren Stabilisierung der Wirtschafts- und Finanzlage im Euroraum dürften sich die Perspektiven für die Exportwirtschaft sogar etwas aufhellen und der Schweizer Konjunkturmotor wieder Fahrt aufnehmen. In einem solchen Szenario wird für 2013 mit einem Jahreswachstum von 1,4 % gerechnet. Erwartungsgemäss erhöht die konjunkturelle Abkühlung die Arbeitslosigkeit. Im Berichtsjahr wies sie mit 2,9 % (2011: 2,8 %) eine leicht steigende Tendenz auf und wird 2013 voraussichtlich auf 3,3 % steigen. Betroffen sind Teile der Exportindustrie sowie der Tourismus, neu aber auch der Finanzsektor.

in Mio. Fr.	2008	2009	2010	2011	2012
Gemeindesteuerfuss	119%	119%	119%	119%	119%
Steuern natürliche Personen	1 272.4	1 405.3	1 444.8	1 395.6	1 327.5
Steuern juristische Personen	576.2	660.1	658.1	668.7	740.7
Quellensteuern	148.2	127.8	113.5	167.6	152.4
Grundsteuern	111.5	103.9	109.1	137.4	168.8
Übrige Steuern	12.1	20.2	20.8	21.0	16.1
<b>Gesamttotal</b>	<b>2 120.4</b>	<b>2 317.3</b>	<b>2 346.3</b>	<b>2 390.3</b>	<b>2 405.5</b>

Einzelheiten sind unter Kapitel 2, «Jahresschwerpunkte», im Geschäftsbericht des Finanzdepartements auf Seite 68 zu finden.

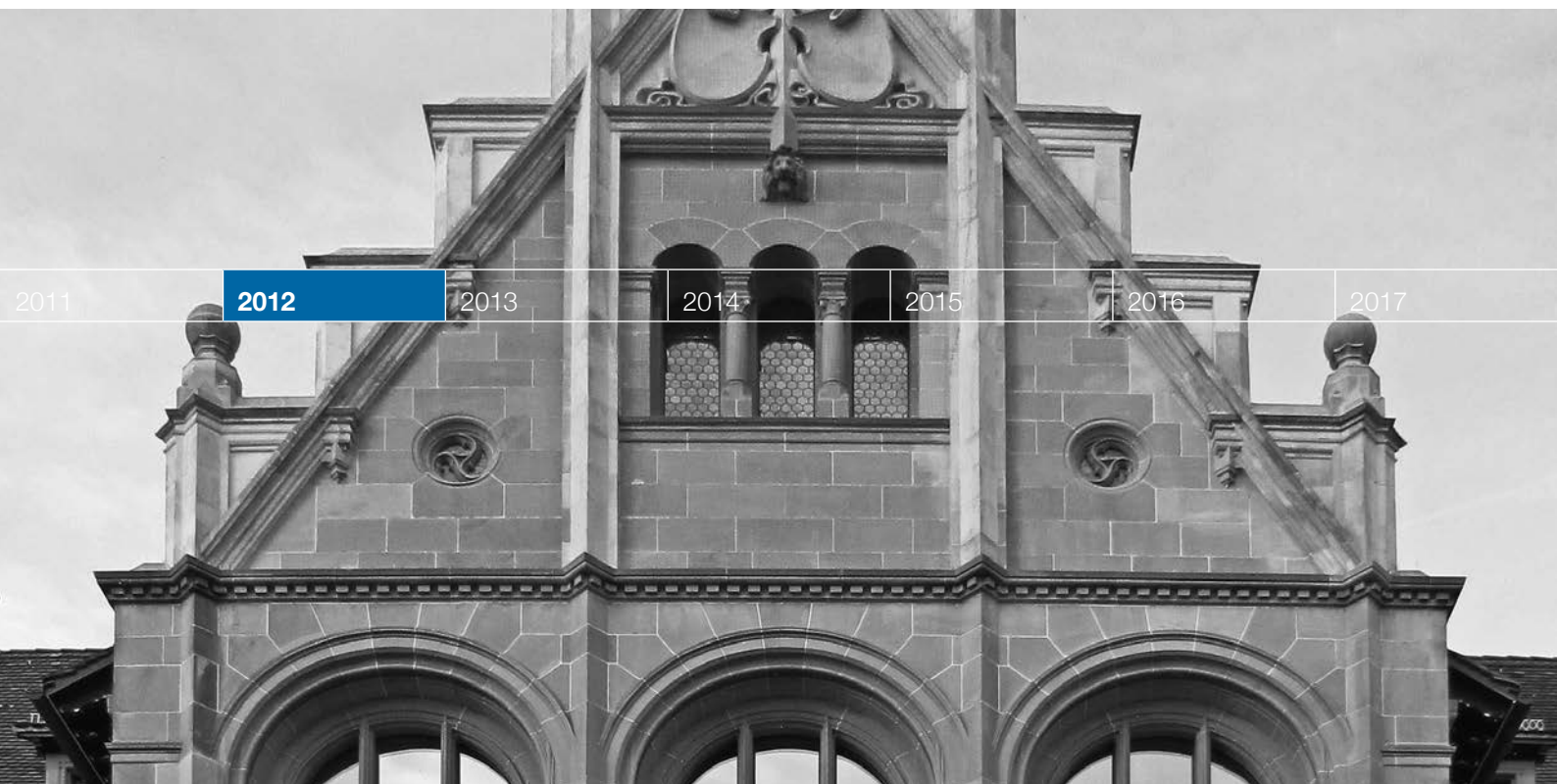
### 3.4 Personalkennzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012
Mitarbeitende total	25 466	25 878	26 415	27 324	27 886
– davon Frauen	13 780	14 010	14 403	15 102	15 444
– davon Männer	11 686	11 868	12 012	12 222	12 442
Ø Stellenwert-Äquivalent	18 836	19 301	19 616	19 826	20 155
Führungskader total	3 841	3 892	3 958	4 057	4 143
– davon Frauen	1 597	1 638	1 678	1 765	1 826
– davon Männer	2 244	2 254	2 280	2 292	2 317
Lernende total	915	944	1 019	1 080	1 093
– davon Frauen	565	594	646	687	700
– davon Männer	350	350	373	393	393
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad <math>\geq</math> 90.00 % (Vollzeitstellen)</b>					
Total	13 433	13 596	13 588	13 638	13 941
Frauen	4 440	4 447	4 457	4 559	4 671
Männer	8 993	9 149	9 131	9 079	9 270
Frauen in %	33.1	32.7	32.8	33.4	33.5
Männer in %	66.9	67.3	67.2	66.6	66.5
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)</b>					
Total	6 374	6 648	6 821	7 029	7 062
Frauen	4 959	5 165	5 257	5 426	5 488
Männer	1 415	1 483	1 564	1 603	1 574
Frauen in %	77.8	77.7	77.1	77.2	77.7
Männer in %	22.2	22.3	22.9	22.8	22.3
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)</b>					
Total	9 376	8 699	9 177	9 779	10 193
Frauen	6 969	6 502	6 924	7 310	7 656
Männer	2 407	2 197	2 253	2 469	2 537
Frauen in %	74.3	74.7	75.4	74.8	75.1
Männer in %	25.7	25.3	24.6	25.2	24.9

**Definition:**

In den jeweiligen Zahlen sind die folgenden Mitarbeitendenkreise berücksichtigt: 11 Stadtrat, 12 Behörden, 20 Verwaltungs- und Betriebspersonal, 21 Landwirtschaftspersonal, 23 saisonale Mitarbeitende, 24 Schulzahnärztinnen/-ärzte, 25 Hortpersonal, 26 Berufsfeuerwehr, 27 DolmetscherInnen, 30 Lehrpersonal Volksschule, 32 Kindergärtnerinnen/Kindergärtner, 33 Lehrpersonal SHL Viventa, 34 Musiklehrerinnen/-lehrer, 35 Schwimmlehrerinnen/-lehrer mit Leitung, 36 Schwimmlehrerinnen/-lehrer ohne Leitung, 37 Vikarin SchwimmlehrerIn, 40 Chefärztin/-arzt, 41 Kaderärztin/-arzt mit Honorar, 42 Kaderärztin/-arzt ohne Honorar, 43 Kaderärztin/-arzt Verwaltung, 44 Assistenzärztin/-arzt, 45, Assistenzärztin/-arzt mit Facharzttitel, 46 Spitalärztin/-arzt, 50 Lernende. Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.





2011

2012

2013

2014

2015

2016

2017

Bild: Guido Brenner

# Geschäftsbericht 2012

## Allgemeine Verwaltung

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Allgemeine Verwaltung

<b>1.</b>	<b>Stadtschreiberin und Stadtkanzlei</b>	<b>13</b>
<b>1.1</b>	<b>Aufgaben</b>	<b>13</b>
<b>1.2</b>	<b>Jahresschwerpunkte</b>	<b>13</b>
<b>1.3</b>	<b>Kennzahlen</b>	<b>16</b>
<b>2.</b>	<b>Gemeinderatsbeschlüsse (Sachgeschäfte)</b>	<b>17</b>
<b>3.</b>	<b>Rechtskonsulent</b>	<b>24</b>
<b>3.1</b>	<b>Aufgaben</b>	<b>24</b>
<b>3.2</b>	<b>Jahresschwerpunkte</b>	<b>24</b>
<b>4.</b>	<b>Kennzahlen Allgemeine Verwaltung</b>	<b>26</b>
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>27</b>

# 1. Stadtschreiberin und Stadtkanzlei

## 1.1 Aufgaben

### Die Stadtschreiberin

Am 1. März 2012 hat Claudia Cuche-Curti die Funktion der Stadtschreiberin angetreten und Ralph Kühne, der diese Stelle seit Oktober 2011 übergangsweise ausfüllte, abgelöst. Sie ist damit die sechzehnte Funktionsträgerin dieses Amtes.

Die Stadtschreiberin wirkt bei der Koordination der Stadtverwaltung mit. Sie prüft alle an den Stadtrat gerichteten Geschäfte und leitet sie an die zuständigen Stellen weiter oder traktandiert sie für die Stadtratssitzung. An den Sitzungen des Stadtrats nimmt die Stadtschreiberin mit beratender Stimme teil und ist für die Protokollierung und Nachbearbeitung der Beschlüsse verantwortlich. In Bürgerrechtsangelegenheiten stellt sie dem Stadtrat Antrag.

Zudem ist die Stadtschreiberin vom Stadtrat beauftragt, die interdepartementale Zusammenarbeit zu fördern. Dazu organisiert sie drei- bis viermal jährlich eine Konferenz für das oberste Kader der Stadtverwaltung zu strategischen und departementsübergreifenden Themen. Den Departementssekretärinnen und -sekretären bietet die Stadtschreiberin ausserdem eine Plattform für den regelmässigen fachlichen Austausch an. Im Vordergrund stehen dabei Fragen zu Prozessabläufen und zur Rechtspraxis.

### Die Stadtkanzlei

Die von der Stadtschreiberin geführte Stadtkanzlei ist einerseits die administrative Drehscheibe für den Zürcher Stadtrat, auf der anderen Seite erbringt sie Dienstleistungen für die Departemente, aber auch für die Bevölkerung. Sie umfasst rund fünfzig Mitarbeitende in den zentralen Bereichen Kanzleidienste, Kommunikation, Abstimmungen und Wahlen, Bürgerrecht sowie Weibeldienst. Als Dienstleistungszentrum für alle Departemente gehört die Stadtkanzlei der Allgemeinen Verwaltung an. Die Kernaufgaben der Stadtkanzlei sind:

- Vorbereitung der ordentlichen und ausserordentlichen Sitzungen des Stadtrats
- Publikation der Stadratsbeschlüsse
- Bewirtschaften der Amtlichen Sammlung
- Kommunikation des Stadtrats, Koordination der Medienarbeit sowie des städtischen Internet- und Social-Media-Auftritts
- Vorbereitung und Durchführung von Abstimmungen und Wahlen
- Bearbeitung der Bürgerrechtsgesuche
- interne Postverteilung in der gesamten Stadtverwaltung

## 1.2 Jahresschwerpunkte

### Neue kommunale Verordnung über Abstimmungen und Wahlen

Der Stadtrat hat im Dezember die «Verordnung über Abstimmungen und Wahlen» verabschiedet. Diese ersetzt die bisherige «Verordnung über die Wahlbüros».

Die neue Verordnung regelt in der Hauptsache die Stimmabgabe, die Kompetenzen und Aufgaben des Zentralwahlbüros und der Kreiswahlbüros, die Ermittlung der Abstimmungs- und Wahlergebnisse sowie die neu vereinfachten pauschalen Entschädigungen der an Abstimmungen und Wahlen beteiligten Personen. Im Übrigen wurde die Verordnung von operativen Handlungsanweisungen entschlackt. Diese sind seit 2009 in einem internen elektronischen Handbuch für die Kreiswahlbüros festgehalten.

Im Rahmen der Totalrevision wurden auch die Standorte von sämtlichen 62 am Samstag oder Sonntag geöffneten Stimmlokalen anhand ihrer durchschnittlichen Frequentierung, topografischen Verteilung, Verkehrslage und Zugänglichkeit für Behinderte überprüft. Die aus dieser Analyse resultie-

renden Anpassungen der Standorte der Stimmlokale sowie der Öffnungszeiten des Stimmlokals im Hauptbahnhof werden auf den Urnengang vom 9. Juni 2013 umgesetzt.



Stimmen auszählen in der Turnhalle Feld für den Wahlkreis 4+5. (Bild: Stadt Zürich)

## Pfarrwahlen in 31 evangelisch-reformierten Kirchgemeinden der Stadt Zürich

Gemäss der neuen Kirchenordnung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich von 2010 erfolgen Pfarrbestätigungswahlen nach Ablauf der Amtsdauer immer an der Urne.

Am 12. März 2012 fanden im Kanton Zürich erstmals die Pfarrwahlen statt. In der Stadt Zürich wurden in 31 evangelisch-

reformierten Kirchgemeinden insgesamt 58 Pfarrerrinnen und Pfarrer gewählt.

Die Kosten für die sehr aufwendige Durchführung der Pfarrwahlen wurden dem Verband der stadtzürcherischen evangelisch-reformierten Kirchgemeinden vollumfänglich verrechnet.

## Abstimmungen und Wahlen

Im Berichtsjahr wurden 4 Urnengänge (davon alle mit kommunalen Abstimmungsvorlagen) durchgeführt (2011: 6, davon 3 mit kommunalen Abstimmungsvorlagen).

Daten	Vorlagen	Ergebnis	
		Ja	Nein
11. März	Projekt Strichplatz Depotweg, Bewilligung Objektkredit von Fr. 2 395 000.– und einer Miete von Fr. 92 480.– pro Jahr	46 545	41 883
17. Juni	Baulinienrevisionen im Quartier Affoltern, Kreis 11, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung im Zusammenhang mit der Neufestsetzung des kommunalen Verkehrsplans der Stadt Zürich und an die Parzellierung des öffentlichen Grunds, Festsetzung	51 693	20 987
	KMU-Artikel in der Gemeindeordnung: «Günstige Rahmenbedingungen und Beachtung der Regulierungsfolgen für die lokale Wirtschaft und die KMU» (Gegenvorschlag des Gemeinderats zu zwei Volksinitiativen)	63 412	10 142
23. September	Sechseläuten-/Theaterplatz: Neugestaltung und Velomassnahmen, Objektkredit von 17,203 Mio. Fr.	54 545	35 371
	Flächendeckende Erschliessung der Stadt Zürich mit Glasfasern, Objektkredit von 400 Mio. Fr.	57 185	31 124
25. November	Erweiterung Kunsthaus Zürich, Investitionsbeitrag von 88 Mio. Fr. an die Bauherrschaft, einmaliger Beitrag von 5 Mio. Fr. und Erhöhung des jährlichen Unterhalts- und Betriebsbeitrags um 7,5 Mio. Fr.	42 016	35 968

Neben 30 Abstimmungsvorlagen (2011: 24), davon 6 städtischen (2011: 7), wurden folgende Wahlen durchgeführt:

- Pfarrwahlen in 31 evangelisch-reformierten Kirchgemeinden der Stadt Zürich
- Erneuerungswahl eines Mitglieds der evangelisch-reformierten Kirchensynode im Synodalwahlkreis IV (zweiter Wahlgang)
- 18 stille Ersatzwahlen in allen sieben Kreisschulpflegen (Glattal, Letzi, Limmattal, Schwamendingen, Uto, Waidberg und Zürichberg)
- stille Ersatzwahl des Notars des Notariatskreises Riesbach-Zürich

Die Stimmbeteiligung bei den Urnengängen lag im Durchschnitt bei 38,7 % (2011: 34,6 %).

Detaillierte Resultate: [www.stadt-zuerich.ch/abstimmungen](http://www.stadt-zuerich.ch/abstimmungen)

Weiter hat der Stadtrat 14 Beschlüsse (2011: 15) betreffend Nachrücken im Gemeinderat verabschiedet.

## Volks- und Einzelinitiativen sowie Petitionen

Im Jahr 2012 wurden 2 Volksinitiativen (2011: 0) eingereicht:

- Ombudsstelle gegen Willkür in Bausachen
- Hafenkranne-Nein

Es wurden 2 Einzelinitiativen (2011: 1) überwiesen:

- Änderung von Art. 4 der Bauordnung, Gestaltungsplan SBB-Areal Tiefenbrunnen
- Anpassung der Bauordnung, Aufnahme des Ausserdorfs in Zürich-Seebach als «Bäuerlicher Dorfkern»

Ausserdem wurden 14 Petitionen (2011: 5) zur Beantwortung an den Stadtrat eingereicht.



## Barrierefreier städtischer Internet-Auftritt

Der Stadtrat hat im Rahmen seiner Legislaturplanung die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung als Fokus-Thema definiert. Das am 1. Januar 2004 in Kraft getretene Behindertengleichstellungsrecht gibt vor, dass Internetangebote der öffentlichen Hand (Bund, Kantone, Gemeinden) für Behinderte ohne erschwerende Bedingungen zugänglich sein müssen. Auch für ältere Menschen ist die Barrierefreiheit wichtig.

Der Internetauftritt der Stadt Zürich ist im Berichtsjahr für Menschen mit Einschränkungen unterschiedlicher Ausprägung (Sehkraft, Hörkraft, Motorik, Kognition) zugänglicher geworden. Für die Zertifizierung wurden das Design der Website, die Programmierung und die aufbereiteten Inhalte auf Barrierefreiheit hin geprüft und wo nötig überarbeitet. Die Stiftung «Zugang für alle» zertifizierte die Website gemäss den «Richtlinien für barrierefreie Webinhalte 2.0» (WCAG 2.0) mit der Konformitätsstufe «AA».

## Städtische Richtlinien zur Rechtschreibung

Im Jahr 2007 hat der Stadtrat der definitiven Einführung der neuen deutschen Rechtschreibung in der Stadtverwaltung zugestimmt. Des Weiteren hat er in diesem Zusammenhang beschlossen, sich bei der Schreibweise von Zahlen, Daten, Währungen, Sonderzeichen usw. in behördlichen Texten an die Empfehlungen der Bundeskanzlei zu halten. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass es in der Stadt Zürich spezifische Ausdrücke gibt, die nicht oder nur unklar durch die gängigen Standardwerke (Duden, Schreibweisen des Bundes, gesetzestechnische Richtlinien usw.) geregelt sind. Dadurch entsteht bei diversen Koordinations- und Querschnittabteilungen (Protokoll- und Kommunikationsabteilung, Redaktionskommission des Gemeinderats usw.) ein erheblicher Korrekturaufwand. In enger Zusammenarbeit mit der Redaktionskommission des Gemeinderats hat die Stadtkanzlei städtische Richtlinien zur Rechtschreibung ausgearbeitet, die vom Stadtrat per 1. Juni 2012 in Kraft gesetzt worden sind.

[www.stadt-zuerich.ch/rechtschreibung](http://www.stadt-zuerich.ch/rechtschreibung)

## Koordiniertes Social-Media-Konzept für die Stadtverwaltung

Die Stadtverwaltung will Social Media gezielt und koordiniert, in guter Qualität und als erkennbare städtische Aktivitäten nutzen. Im Jahr 2012 wurden die dazu notwendigen Rahmenbedingungen und Hilfsmittel erarbeitet. In der Kommunikationsabteilung der Stadtkanzlei wird dafür eine sogenannte «Social-Media-Drehscheibe» geschaffen. Die Drehscheibe bewirtschaftet die städtischen Facebook- und Twitter-Accounts und bewilligt Konzepte für dezentrale, durch Departemente, Dienstabteilungen oder Projekte betriebene spezifische Social-Media-Aktivitäten.

Mit sozialen Medien ergeben sich neue Möglichkeiten, mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten. Allerdings sollen keine zentralen Informationen ausschliesslich über Social-Media-Kanäle verbreitet werden, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle Zürcherinnen und Zürcher auf Facebook oder Twitter aktiv sind.

Damit die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die auf Social Media erstellten Inhalte der Stadt Zürich einsehen



Am 7. Januar 2013 hat die Stadt ihre Aktivitäten auf Facebook gestartet. (Screenshot: Stadt Zürich)

können, wurde der Zugang zu sozialen Netzwerken über die IT-Infrastruktur für sie per 7. Januar 2013 wieder freigegeben.

[www.stadt-zuerich.ch/socialmedia](http://www.stadt-zuerich.ch/socialmedia)

## Bürgerrecht

Die Bürgerrechtsabteilung hat 1588 Geschäfte zuhanden des Stadtrats vorbereitet. Darunter befanden sich 204 Schweizerinnen und Schweizer, die sich um das Städtzürcher Bürgerrecht beworben hatten. Zusätzlich wurden 35 Gesuche von der Stadtschreiberin infolge Rück- oder Wegzugs per Verfügung als erledigt abgeschlossen.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) liess sich an der Sitzung vom 2. April 2012 von der Stadtpräsidentin und der Stadtschreiberin eingehend über die Geschäfte der Bürgerrechtsabteilung orientieren. Zudem führte die in Sachen Bürgerrecht zuständige Subkommission der GPK im Rahmen von zwei Sitzungen eine Dossierkontrolle zur Feststellung der Ordnungsmässigkeit der Einbürgerungen durch.

In der Abstimmung vom 11. März 2012 wurde der Vorschlag zu einem kantonalen Bürgerrechtsgesetz, das einheitliche Voraussetzungen und Verfahren im ganzen Kanton geschaffen hätte, von den Stimmberechtigten abgelehnt. Die Bürgerrechtsgeschäfte konnten somit gemäss den städtischen Richtlinien und aufgrund der dazu entwickelten, bewährten Praxis weitergeführt werden.

## Projekt Actis

In das im Jahr 2010 eingeführte IT-System Actis wurden Mitte des Jahres auch die Bürgerrechtsgeschäfte integriert, sodass das bisherige System «Justitia» per Ende Jahr abgeschaltet werden konnte.

## 1.3 Kennzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012
Protokollierte Stadtratsbeschlüsse	1 578	1 778	2 176	1 617	1 701
Medienmitteilungen inkl. Stadtratsbulletin	756	656	646	564	575
Wahlen und Abstimmungsvorlagen	52	64	51	65	65

### Geschäfte des Stadtrats betreffend Gemeindebürgerrecht

	2008 <sup>1</sup>	2009	2010	2011	2012
Aufnahmen	–	2 170	1 799	1 628	1 558
Ablehnungen	–	10	14	5	1
Abschreibungen Gemeindeamt (GAZ)	–	62	39	28	18
Entlassungen Stadt	–	13	13	22	6
Entlassungen Stadt/Kanton	–	8	12	5	2
Entlassungen Stadt/Kanton/Bund	–	5	10	12	3
<b>Total</b>	<b>2 112</b>	<b>2 268</b>	<b>1 887</b>	<b>1 700</b>	<b>1 588</b>

<sup>1</sup> Im Sinne des per 1. Oktober 2008 in Kraft getretenen Öffentlichkeitsprinzips in der Stadtverwaltung werden ab 2009 die Bürgerrechtsgeschäfte des Stadtrats neu detailliert dargestellt.

## 2. Gemeinderatsbeschlüsse (Sachgeschäfte)

2012 wurden 155 (2011: 119) Sachgeschäfte des Stadtrats durch den Gemeinderat verabschiedet

Datum	Titel	GR-Nr.
11. Januar	Dringliche Motion von Dr. Claudia Nielsen (SP) und Dr. Davy Graf (SP) betreffend Projektierungskredit für die Vorbereitung weiterer Erkundungsbohrungen zur künftigen Nutzung der Geothermie	2009/300
	Elektrizitätswerk (ewz), Sponsoring und Zusammenarbeit mit Veranstaltenden, Kreditbewilligung	2011/248
	Elektrizitätswerk (ewz), Sponsoring und Zusammenarbeit mit den ZSC Lions für die Saisons 2012/2013 bis 2014/2015, Rahmenkredit, Ausgabenbewilligung	2011/249
	Motion von Dr. Urs Egger (FDP) und 13 Mitunterzeichnenden betreffend Kunstrasenplätze, Sanierung und Neuerstellung, Antrag auf Abschreibung	2007/279
	Tiefbauamt, Baulinien Hohlstrasse, Abschnitt Hardplatz bis Seebahnstrasse, neue Vorlage, Festsetzung	2010/443
	Tiefbauamt, Baulinienrevisionen im Quartier Seebach, Kreis 11, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung	2011/105
	Tiefbauamt, Baulinienvorlage Frankentalerstrasse, Festsetzung	2011/218
18. Januar	Motion von Robert Schönbächler (CVP) und Heinz Bögle (SP) betreffend Schütze-Areal, Bau eines Schulhauses, Bericht	2000/129
	Immobilien-Bewirtschaftung, Sportanlage Buchlern, Erweiterung und Umbau des Garderobengebäudes, Objektkredit	2011/329
	Motion von Hans von Niederhäusern (SP) und 11 Mitunterzeichnenden über Wohnmöglichkeiten für körperlich mehrfachbehinderte, pflegebedürftige Personen, Bericht und Abschreibung	1988/24
	Amt für Städtebau, Teilrevision der Nutzungsplanung, Zonenplanänderung Tüffenwies, Zürich-Altstetten	2011/355
	Motion von Peter Anderegg (EVP) und Daniel Meier (CVP) betreffend Bau eines Altersheims in Zürich-Nord, Antrag auf Fristerstreckung	2009/501
1. Februar	Volksinitiative «KMU-Förderungsinitiative», Ablehnung	2011/67
	Volksinitiative «KMU-Entlastungsinitiative», Ablehnung	2011/68
	Finanzdepartement, Initiativ-Genossenschaft Lindenplatz Altstetten (IGLA), Gewährung eines Darlehens für die Investitionen in den Saalbetrieb	2011/401
	Liegenschaftsverwaltung, Landabgabe im Baurecht für die studentische Wohnsiedlung «Aspholz Süd» an der Cäsar-Ritz-Strasse und Ausrichtung eines unverzinslichen Darlehens	2011/462
8. Februar	Motion von Mario Mariani (CVP) und Muriel Herzig (Grüne) betreffend Lindenplatz, Realisierung eines Hauptstrassenraumes gemäss Verkehrsplan, Antrag auf Fristerstreckung	2005/550
	Postulat von Monika Erfigen (SVP) und Roger Liebi (SVP) betreffend «Vereinfachte Bewilligungsverfahren für Gewerbebetriebe bei Ankurbelungsmassnahmen nach Beeinträchtigung durch städtische Bauarbeiten», Bericht und Abschreibung	2009/357
	Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenimmigration, Beiträge 2012 bis 2015	2011/441
29. Februar	Städtische Gesundheitsdienste und Stadtpolizei, Aufhebung des Vermittlungs- und Rückführungszentrums (VRZ) sowie Verlängerung und Weiterentwicklung des Pilotbetriebs der Zentralen Ausnüchterungsstelle (ZAS+)	2011/435

<b>Datum</b>	<b>Titel</b>	<b>GR-Nr.</b>
7. März	Polizeidepartement, Erlass einer Prostitutionsgewerbeverordnung	2011/169
	Immobilien-Bewirtschaftung, provisorische Schulanlage Ruggächer, Aufstockung von zwei Pavillons um je ein zusätzliches Geschoss, Objektkredit und Kreditübertragung	2011/427
	Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Manegg, Erstellen eines Pavillons als Ersatz für den Kindergarten Tannenrauch, Objektkredit	2011/460
	Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Bachtobel, Bachtobelstrasse 111, Erstellen eines Pavillons, Objektkredit	2011/461
	Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Im Isengrind, Wolfswinkel 3, Erweiterung um einen Pavillon, Objektkredit und Kreditübertragung	2011/502
	Stadtentwicklung, Integrationsförderung, Unterstützung von durch private Trägerschaften realisierten Deutschkursen, Beiträge 2012 bis 2014	2011/307
	Stadtentwicklung, Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing, Weiterführung Beitrag von Fr. 250 000.– pro Jahr für die Jahre 2012 bis 2015	2011/326
14. März	Motion von Marcel Savarioud (SP) und Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Chancengleichheit für ausländische Personen, Revision von Art. 3 PR	2007/136
	Verwaltungsreform, Trimesterbericht II/2011 zu den Globalbudgets	2011/364
	Neue Platzgestaltung Sechseläuten-/Theaterplatz, Erneuerung umliegende Strassen, Objektkredit	2011/323
21. März	Motion von Corine Mauch (SP) betreffend Aufnahme von Photovoltaikanlagen in die Solarstrombörse, Neuerlass eines Reglements und Abschreibung	2008/277
	Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) betreffend Bau und Betrieb von Biomassekraftwerken, Bericht und Abschreibung	2007/137
	Motion von Markus Knauss (Grüne) und Daniel Leupi (Grüne) betreffend Hardbrücke, Kredit für Verlängerung der VBZ-Linie 8, Bericht und Antrag auf Abschreibung	2010/20
	Postulat von Dr. Claudia Nielsen (SP) und Bernhard Piller (Grüne) betreffend ewz-Sponsoring, Gleichstellung von Mann und Frau	2010/35
	Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Dr. Davy Graf (SP) betreffend ewz-Sponsoring, Verschiebung der Beiträge vom Sport zu energiepolitisch relevanten Projekten	2010/36
	Einzelinitiative von Marco Denoth vom 15. März 2011 betreffend 10-Minuten-Takt in Randzeiten und am Wochenende auf der Tramlinie 10, Ablehnung	2011/93
	Elektrizitätswerk, Beteiligung am Projekt «Aufwertung Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1» der Kraftwerke Oberhasli AG	2011/440
28. März	Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Änderung von Art. 38	2012/87
	Motion von Peter Püntener (FDP), Gerold Lauber (CVP) und 25 Mitunterzeichnenden betreffend Lärmschutzverordnung, Totalrevision, Antrag auf Abschreibung	2009/363
	Immobilien-Bewirtschaftung, Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die Stadtverwaltung, Objektkredit	2011/402
11. April	Dringliche Motion von Robert Schönbächler (CVP) betreffend Wohnüberbauung/ Altersheim auf dem VBZ-Areal Escher-Wyss, Bericht und Abschreibung	2009/602
	Immobilien-Bewirtschaftung, Kinderhaus Entlisberg, Ersatzneubau für den Kinderkrippen-Container, Objektkredit	2012/40
	Amt für Stadtebau, Privater Gestaltungsplan Belvoirpark-Hotelfachschule-Seestrasse 141, Zürich-Enge	2012/20

<b>Datum</b>	<b>Titel</b>	<b>GR-Nr.</b>
18. April	Elektrizitätswerk, Anpassung der Tarife des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich	2011/77
	Elektrizitätswerk, Bau des Kraftwerks Tiefencastel Plus, Bewilligung Objektkredit	2012/61
	Schauspielhaus Zürich AG, Überführung des «Jungen Schauspielhauses» in einen Dauerbetrieb und Fortführung der Subvention	2011/497
	Tiefbauamt, Baulinienrevision im Quartier Oerlikon, Kreis 11, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung	2011/328
	Tiefbauamt, Baulinienvorlage Aargauerstrasse, Festsetzung	2011/501
23. Mai	Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Änderung von Art. 29, 37, 39 <sup>bis</sup> , 65 und 68	2012/157
	Polizeidepartement, Änderung von Art. 16 Abs. 1 und Art. 24 Abs. 2 der Verordnung über das Taxiwesen (Taxiverordnung)	2011/209
	Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Änderung Zonenplan und Bauordnung Wache Wasserschutzpolizei am Mythenquai, Zürich-Enge	2011/493
	Motion von Jean-Claude Virchaux (CVP) und Ernst Danner (EVP), betreffend Vollamtliche Schulleitungen, Antrag auf Fristerstreckung	2007/232
	Motion von Dr. Martin Sarbach (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Parkplatzüberhang, Erlass einer Verordnung für dessen Abbau, Antrag auf Fristerstreckung	2008/333
	Elektrizitätswerk (ewz), Flächendeckende Erschliessung der Stadt Zürich mit Glasfasern, Objektkredit	2012/1
	Immobilien-Bewirtschaftung, Stauffacherstrasse 45, Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Objektkredit	2012/114
	Dringliche Motion von Jacqueline Badran (SP) und Dr. André Odermatt (SP) betreffend jährlichen Beitrag an die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum in der Stadt Zürich (PWG) für Abschreibungsbedarf, Änderung eines Gemeinderatsbeschlusses, Erhöhung eines Budgetkredits, Bericht und Antrag auf Abschreibung	2012/34
	Dringliche Motion von Jacqueline Badran (SP) und Dr. André Odermatt (SP) betreffend jährlichen Beitrag an die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum in der Stadt Zürich (PWG) für Aufbau und Betrieb einer Anlaufstelle, Bericht und Antrag auf Abschreibung	2012/35
	Dringliche Motion von Jacqueline Badran (SP) und Andreas Ammann (SP) betreffend Überweisung von Buchgewinnen an die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum in der Stadt Zürich (PWG) zur Erhöhung des Stiftungskapitals, Bericht und Antrag auf Abschreibung	2012/36
30. Mai	Projekt Elusa (ehemals Projekt FamoZ), Bericht	2011/363
	Motion von Gregor Bucher (Grüne), vertreten durch Dr. Ueli Nagel (Grüne), betreffend Angestellte in städtischen Kliniken und Spitälern, Unterstellung unter das Arbeitsgesetz, Verzicht auf Umsetzung und Antrag auf Abschreibung	2004/442
	Postulat der Grüne-Fraktion betreffend ServiceWohnen im Altersheim Trotte sowie Auswertung der Pilotprojekte in den Altersheimen Stampfenbach und Wildbach, Bericht und Abschreibung	2010/9
	Motion der AL-Fraktion betreffend Minergie-P-Bauten, finanzielle Förderung, Bericht und Antrag auf Auftragsverzicht	2011/322
	Verein Zürcher Aids-Hilfe (ZAH), jährlicher Betriebsbeitrag 2012 bis 2016	2012/58

<b>Datum</b>	<b>Titel</b>	<b>GR-Nr.</b>
6. Juni	Einzelinitiative von Bruno Kammerer «Strassenverkehr, unterirdische Führung am Seebecken», Bericht und Antrag auf Ablehnung	2008/309
	Dringliche Motion der Fraktionen FDP, GLP, Grüne und SP betreffend Grünabfuhr für die Biogasanlage Werdhölzli, Einrichtung eines finanziellen Anreizsystems zur Gewinnung von Grüngutabonnenten	2010/421
	Tiefbauamt, Quartieranbindung Ost zum Bahnhof Oerlikon, Projekterweiterung für die Erstellung einer Veloabstellanlage	2012/9
	Geomatik + Vermessung, Aktualisierung der Stadtkreisgrenzen, Anpassung Stadtplan 1:5000	2012/51
13. Juni	Verhandlungen mit dem Kanton bezüglich Zusammenlegung der städtischen und kantonalen Bereiche für Büromaterial, Bericht und Abschreibung	2009/155
	Tiefbauamt, neue Strassenverbindung Neufrankengasse, Projektierungskredit, Abschreibung	2011/103
	Tiefbauamt, Forchstrasse, Neugestaltung und Erneuerung Strasse, Erneuerung Tramgleise, Abwasserkanalisation und Werkleitungen, Objektkredit, Bewilligung gebundener Ausgaben	2012/59
20. Juni	Finanzverwaltung, Genehmigung der Rechnung 2011	2012/113
	Stadtentwicklung, Sponsoringbeitrag an freestyle.ch Zürich für die Jahre 2012 bis 2014	2012/127
	Kultur, Genossenschaft Migros Zürich (GMZ), Pfingstweidstrasse 101, befristete Miete und Ausbau für Zwischennutzung, Objektkredit und Kreditübertragung	2012/171
	Postulat von Walter Angst (AL) und Jean-Claude Virchaux (CVP) betreffend Stiftung PWG, Unterstützung mit Abschreibungsbeiträgen, Bericht und Antrag auf Abschreibung des Postulats	2012/38
	Liegenschaftsverwaltung, Verkauf von 27 895 m <sup>2</sup> Gewerbebauland «Klein-Ibig» in Oberhasli, Gemeinde Niederhasli	2012/39
27. Juni	Städtische Gesundheitsdienste, Definitive Einführung von Kompass, Bewilligung jährlich wiederkehrender Ausgaben ab 2013	2012/200
	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Bau einer zentralen Klärschlammverwertungsanlage auf dem Areal Werdhölzli, Objektkredit von 68 Mio. Fr.	2012/141
	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Klärwerk Werdhölzli, Transportkostenausgleich an die Zulieferer der Klärschlammverwertungsanlage, Objektkredit	2012/140
	Elektrizitätswerk, Erstellung des Netzstützpunkts «Unterwerk Oerlikon», Bewilligung eines Objektkredits	2012/62
4. Juli	Kunsthhaus-Erweiterung Zürich, Investitionsbeitrag von 88 Mio. Fr. an die Bauherrschaft, einmaliger Beitrag von 5 Mio. Fr. und Erhöhung des jährlichen Unterhalts- und Betriebsbeitrags um 7,5 Mio. Fr.	2011/492
	Sozialdepartement, Schulsozialarbeit, Erhöhung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben, Abschreibung des Postulats von Rebekka Wyler (SP) und Andrea Hochreutener (SP) betreffend Erhöhung Anzahl Stellen in der Schulsozialarbeit	2011/470
	Elektrizitätswerk, Beteiligung der Stadt Zürich an weiteren Entwicklungsphasen der Tiefengeothermie der Geo-Energie Suisse AG, Kapitalerhöhung und Gewährung zusätzlicher Darlehen, Kreditbewilligung	2012/74

Datum	Titel	GR-Nr.
11. Juli	Dringliche Motion von Jacqueline Badran (SP) und Dr. André Odermatt (SP) betreffend Anpassung von Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Baurechtsträgern, Änderung eines Gemeinderatsbeschlusses, Abschreibung der Motion	2012/37
	Zusatzkredite I. Serie 2012	2012/206
	Liegenschaftenverwaltung, Verkauf der Wohnliegenschaft Katzenbachstrasse 16 im Quartier Seebach an die Baugenossenschaft Glattal Zürich zwecks Arrondierung	2012/128
	Liegenschaftenverwaltung, Veräusserung Teil der Konrad-Ilg-Strasse, Quartier Höngg, an die Gewerkschaftliche Wohn- und Baugenossenschaft Gewobag	2012/201
	Motion der Grüne-Fraktion betreffend Kulturförderung, Erhöhung der Förderkredite, Bericht und Abschreibung	2008/71
	Kultur, Verein Kunsthalle Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015 und einmaliger Umzugsbeitrag	2012/111
22. August	Motion von Daniel Leupi (Grüne) und Bastien Girod (Grüne) betreffend Velostationen, Realisierung von zwei Anlagen am Hauptbahnhof, Antrag auf Fristerstreckung	2006/256
	Motion von Franziska Graf (SP), vertreten durch Dr. André Odermatt (SP) und Daniel Leupi (Grüne) betreffend Fahrradverleihsystem, Einführung und Trägerschaft, Antrag auf Fristerstreckung	2007/510
	Amt für Städtebau, Öffentlicher Gestaltungsplan Kunsthause-erweiterung Zürich	2011/491
	Postulat von Walter Angst (AL), Karin Rykart Sutter (Grüne) und zwei Mitunterzeichnenden betreffend Beschaffung von Bauland für die Vergrösserung des Wohnungsbestands der Stiftung Alterswohnungen, Bericht und Abschreibung	2010/129
	Öko-Kompass, Umweltberatung für KMU der Stadt Zürich, Konsolidierungsphase 2013–2015, Kreditbewilligung	2012/207
	Umwelt- und Gesundheitsschutz, Energie-Coaching, Bericht über die Pilotphase, Antrag auf Weiterführung	2012/222
29. August	Städtische Gesundheitsdienste, definitive Einführung der Fachstelle für präventive Beratung im Alter, Bewilligung jährlich wiederkehrender Ausgaben ab 2013	2012/230
	Dringliche Motion von Christoph Gut (SP) und Marlène Butz (SP) betreffend Buslinie 39, Verlegung der Endhaltestelle und Erhöhung der Fahrtintervalle, Verzicht auf Erfüllung, Abschreibung	2010/70
	Elektrizitätswerk, Sponsoring und Zusammenarbeit mit Veranstaltenden, Kreditbewilligung	2012/161
	Tiefbauamt, Baulinienrevision im Quartier Schwamendingen, Kreis 12, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung	2012/88
5. September	Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Zonenplanänderung Gebiet Schulhaus Auzelg/Opfikonstrasse, Zürich-Schwamendingen	2012/60
	Motion von Heinz Jacobi (SP) betreffend Zuschläge für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit, Bericht und Abschreibung	2007/533
	Liegenschaftenverwaltung, Wohnungsbau an der Tièchestrasse, Genehmigung von zwei Baurechtsverträgen	2011/484
	Schulamt, Evaluation der Verordnung über die geleiteten Volksschulen in den Schulkreisen der Stadt Zürich (Organisationsstatut), Evaluationsbericht	2011/494
	Immobilien-Bewirtschaftung, Sportzentrum Heuried, Neubau von Hochbauten (Eissportanlagen) und Instandsetzung der Badeanlage, Erhöhung des Projektierungskredits	2012/72
Sportamt, Zürcher Stadtverband für Sport, Erhöhung jährlich wiederkehrender Beitrag	2012/75	

<b>Datum</b>	<b>Titel</b>	<b>GR-Nr.</b>
12. September	Tiefbauamt, Bahnhofstrasse, Aufwertung und Erneuerung Strasse, Erneuerung und Ersatz Gleise, Haltestellen, Werkleitungen, Beleuchtung, Bäume, Objektkredit, Projektfestsetzung	2012/139
	Soziale Dienste, unbefristete Weiterführung des Quartierzentrums Aussersihl in der Bäckeranlage durch die Sozialen Dienste des Sozialdepartements ab 2013	2012/202
	Motion der SP-Fraktion, der CVP-Fraktion und der EVP-Fraktion betreffend Integrationskurse, kostenloses Angebot für ausländische Wohnbevölkerung, Bericht und Abschreibung	2007/138
	Postulat von Christine Seidler (SP) und Aleks Recher (AL) betreffend Kunsthaus, Schaffung einer Plattform für einen öffentlichen Diskurs über die Bührlé-Sammlung	2010/146
19. September	Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2011	2012/192
	Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2011	2012/241
	Geschäftsbericht des Stadtrats 2011	2012/172
	Submissionswesen der Stadt Zürich, Bericht der GPK	2012/268
26. September	Rechnung 2012, Trimesterbericht I/2012 zu den Globalbudgets	2012/231
	Rechnungen 2011 der verwalteten Stiftungen	2012/245
	Finanzdepartement, Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011 der Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ)	2012/251
3. Oktober	Beiträge 2013 bis 2016 an die Quartiervereine der Stadt Zürich	2012/220
	Amt für Städtebau, Teilrevision der Nutzungsplanung, Zonenplanänderung Entlisberg, Zürich-Wollishofen, Kreis 2	2012/170
	Amt für Städtebau, Teilrevision der Nutzungsplanung, Zonenplanänderung für das Gebiet Hardau I, Zürich-Aussersihl	2012/194
	Soziale Dienste, Bewilligung von jährlichen Ausgaben für private Teillohnangebote für die Jahre 2013 bis 2018	2012/221
24. Oktober	Einzelinitiative von Gallus Cadonau betreffend «2000-Watt-Ziel umsetzen schafft Arbeitsplätze und lokale Wertschöpfung», Bericht und Antrag	2009/605
	Elektrizitätswerk, Bergeller Kraftwerke, Projektierung und Kraftwerksprojekt Bondea, Erhöhung neuer Ausgaben und Vorinvestitionskredit	2012/232
	Motion von Michael Baumer betreffend Bestimmungen über die Zusammensetzung des Büros des Gemeinderats, Änderung der Gemeindeordnung, Antrag auf Fristerstreckung	2010/249
31. Oktober	Theaterförderung, Rahmenkredit	2012/266
	Kultur, Theater PurPur, Jahresbeitrag 2013–2016	2012/288
7. November	Vormundschaftsbehörde, Neuorganisation zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) gemäss übergeordnetem Recht, Änderung der Gemeindeordnung	2012/112
	Liegenschaftenverwaltung, Baurechtsabgabe an die GastroSuisse für einen Ersatzneubau der Hotelfachschule im Belvoirpark im Quartier Enge	2012/327
	Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ), Zürcher Abfallverwertungs-Verbund (ZAV), Aufgabenübertragung an die noch zu gründende Zürcher Abfallverwertungs AG	2012/322
14. November	Zusatzkredite II. Serie 2012	2012/344
21. November	Collegium Novum Zürich, Beitrag 2013–2016	2012/311
	Motion der SP-Fraktion, der SVP-Fraktion und der Grüne-Fraktion betreffend Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen, Bericht und Abschreibung	2010/153



<b>Datum</b>	<b>Titel</b>	<b>GR-Nr.</b>
28. November	Volksinitiative «Bezahlbar UND ökologisch wohnen!», Umsetzung und Gegenvorschlag	2011/16
	Sozialdepartement, Beiträge an 12 Trägerschaften für 37 soziokulturelle Angebote 2013–2018	2012/203
	Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2011	2012/242
	Sozialdepartement, Verein Pinocchio, Beratungsstelle für Eltern und Kinder, Beiträge 2013–2018	2012/304
	Sozialdepartement, Verein ada-zh, Angehörigenvereinigung Drogenabhängiger Zürich, Beiträge 2013–2018	2012/305
	Soziale Einrichtungen und Betriebe, Nachtpension, Antrag auf definitive Einführung des Angebots ab 1. Januar 2013	2012/325
	Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Ergänzung von Art. 56	2012/388
5. Dezember	Motion von Daniel Leupi (Grüne) und Dr. André Odermatt (SP) betreffend Velostation, Realisierung am Bahnhof Stadelhofen, Antrag auf Fristerstreckung	2006/393
	Stromsparmfonds, Förderbeiträge aus dem Stromsparmfonds, Start einer neuen Aktion zur Förderung von energieeffizienten Kühl- und Gefriergeräten, Bewilligung des Kredits	2012/365
	Immobilien-Bewirtschaftung, Strandbad Mythenquai, Ersatzneubau Gastrogebäude und Instandsetzung Uferzone/Umgebung, Objektkredit und Ausgabenbeschluss	2012/301
	Immobilien-Bewirtschaftung, Schütze-Areal, 8005 Zürich, Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons (ZM-Pavillon) für die Schulanlage Kornhaus, Objektkredit	2012/333
	Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Herzogenmühle, Quartier Schwamendingen, Erstellen eines «Züri-Modular» Pavillons (ZM Pavillon), Objektkredit	2012/334
	Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Kappeli, Quartier Altstetten, Erstellen eines «Züri-Modular» Pavillons (ZM-Pavillon), Objektkredit	2012/335
	Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Balgrist, Quartier Riesbach, Erstellen eines «Züri-Modular» Pavillons (ZM-Pavillon), Objektkredit	2012/336
	Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Nordstrasse, Quartier Wipkingen, Ersatz des Hortgebäudes Rosengartenstrasse 22 durch einen «Züri-Modular» Pavillon (ZM Pavillon), Objektkredit	2012/337
	Schul- und Sportdepartement; Stiftung Volkshochschule des Kantons Zürich, Einstellung der Beitragszahlungen per Ende 2012	2012/356
	Schul- und Sportdepartement, jährlicher Betriebsbeitrag der Stadt Zürich an das Schweizerische Sozialarchiv für die Jahre 2012 bis 2014 (Angleichung an die kantonalen Kostenanteile im Verhältnis ein Drittel Stadt zu zwei Dritteln Kanton Zürich)	2012/371
15. Dezember	Voranschlag (Budget) 2013 Genehmigung der Produktegruppen-Globalbudgets	2012/345
	Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2013	2012/346
19. Dezember	Sportamt, Dolder Kunsteisbahn AG, Betriebsbeitrag 2013–2017	2012/375
	Sportamt, Dolder Bad, Betriebsbeitrag 2013–2017	2012/376
	Finanzdepartement, Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheim (zki), Immobilienabtausch und Beitrag zur Erhöhung des Stiftungskapitals, Ausgabenbewilligung	2012/289
	Kultur, Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst (Museum Haus Konstruktiv), Jahresbeiträge 2013–2016, Kinderkulturakademie, Jubiläumstiftungskapital	2012/326
	Änderung der Subventionsverträge mit der Schauspielhaus Zürich AG, der Tonhalle-Gesellschaft, dem Verein Theaterrat Gessnerallee und der Theater am Neumarkt AG	2012/362
Kultur, Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft (SIK), Jahresbeiträge 2013–2016	2012/379	

## 3. Rechtskonsulent

### 3.1 Aufgaben

Der Rechtskonsulent nimmt an den Sitzungen des Stadtrats mit beratender Stimme teil, prüft alle Stadtratsgeschäfte in rechtlicher Hinsicht und führt bzw. begleitet die ihm vom Stadtrat übertragenen Prozesse. Er beurteilt zuhanden der Gesamtbehörde Rechtsfragen, insbesondere aus den Gebieten des Verwaltungsrechts und des gesamten öffentlichen Rechts. Vom Stadtrat und mit dessen Zustimmung auch

vom Gemeinderat kann er mit Rechtsgutachten beauftragt werden. Darüber hinaus übernimmt er die amtliche Vorprüfung von Volksinitiativen. Sein Stellvertreter leitet die städtische Schätzungskommission zur Beratung des Stadtrats und der Dienstabteilungen in Grundstücksgeschäften und vertritt die Stadt in Verfahren wegen formeller oder materieller Enteignung.

### 3.2 Jahresschwerpunkte

#### Amtliche Vorprüfung von Volksinitiativen

Der Rechtskonsulent führte für 3 Volksinitiativen eine amtliche Vorprüfung durch (2011: 0). Da die zur Vorprüfung eingereichten Initiativen Mängel aufwiesen, führte er bei allen amtlichen Vorprüfungen vorgängig eine informelle Vorprüfung durch, die es erlaubte, die festgestellten Mängel zu beseitigen. Der Stadtrat musste deshalb keine Änderungen einseitig anordnen.

#### Mitwirkung bei Weiterbildungen

Der Rechtskonsulent wirkte zu Beginn des Berichtsjahres als Referent bei einer Tagung des Kantons Basel-Stadt zum Thema «Öffentliche Information und offene Daten» mit. Das Referat hatte einen Erfahrungsbericht zur Praxis der Stadt Zürich bei der Umsetzung des neuen Gesetzes über die Information und den Datenschutz zum Thema. Auch im Jahr 2012 wurde wiederum eine interne Weiterbildung zum Finanz- und Rechnungswesen der Stadt Zürich für das oberste Kader durchgeführt, die der Rechtskonsulent mit einem Referat zum Kreditrecht mitgestaltete.

#### Mitberichte zu Einsprachen

Der Rechtskonsulent erstellte zu 61 (2011: 79) Einsprachen einen Mitbericht (vgl. Tabelle). Auf Wunsch der Geschäftsprüfungskommission (GPK) werden die Themengruppen erstmals differenzierter dargestellt.

#### Juristische Abklärungen

Der Rechtskonsulent verfasste zu verschiedenen Fragen aus Verwaltung und Parlament kürzere oder längere Stellungnahmen, so zur Kostentragung bei Verlegung von Leitungen, zur Zulässigkeit pauschaler Budgetkürzungen, zur Übertragung öffentlicher Aufgaben, zu Wort/Bild-Marken, zu Darlehensrückzahlungen aus Rahmenkrediten, zu Kompetenzen beim Abschluss von Energielieferverträgen bzw. zu den Energiebeschaffungskosten sowie zu Fragen im Zusammenhang mit Erstausrüstungen. Der Rechtskonsulent wirkte beim Verfassen eines Leitfadens zuhanden der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit, der die möglichen Vorgehensweisen beim

Melden von Missständen in der Verwaltung aufzeigt. Er prüfte zudem verschiedene komplexe Weisungen vor und leistete bei verschiedenen Beschwerdeverfahren Unterstützung. Weitere Schwerpunkte waren die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde sowie Fragen im Zusammenhang mit dem Parkplatzabbau.

#### Schätzungsgeschäfte

Die Schätzungskommission behandelte unter dem Vorsitz des Rechtskonsulent-Stellvertreters an 17 (2011: 17) ordentlichen Sitzungen insgesamt 56 (2011: 55) Schätzungsgeschäfte sowie – in einem vereinfachten Verfahren – 26 (2011: 28) Bagatellgeschäfte.

#### Enteignungsverfahren

Ende 2012 waren 3 (2011: 5) vom Rechtskonsulent-Stellvertreter geführte oder mitbetreute Verfahren betreffend Enteignungen pendent. Offen sind nur noch Verfahren wegen formeller Enteignung: Sie betreffen die Projekte Tram Zürich-West, Durchmesserlinie der SBB und Glattalbahnen (3. Etappe). Es kann durchwegs mit einvernehmlichen Lösungen gerechnet werden, und es sind auch für zahlreiche Teilaspekte bereits Vereinbarungen getroffen worden. Nur bei den flankierenden Massnahmen für die Umfahrung Zürich-West N4/N20 führt der enteignungsrechtlich bewilligte Abbruch eines Hauses zu einem komplexen, sich in die Länge ziehenden Entschädigungsverfahren. Hier liegt inzwischen der Entscheid der kantonalen Schätzungskommission über die Höhe der Entschädigung vor.

Betreffend materielle Enteignung konnten alle Pendenzen abgeschlossen werden: Die 1992 beschlossene, allerdings zum Teil erst zu Beginn der Jahrhundertwende rechtskräftig gewordene Revision der Bau- und Zonenordnung hat zu zahlreichen Entschädigungsprozessen geführt, deren letzter im Berichtsjahr vom Bundesgericht zugunsten der Stadt entschieden wurde, womit der Stadt eine Ausgabe von rund 10 Mio. Fr. erspart bleibt. Ein durch die denkmalpflegerische Unterschutzstellung eines Gartens ausgelöstes Entschädigungsverfahren konnte durch Vergleich erledigt werden.

## Einsprachen nach Themengruppen

	2009	2010	2011	2012
<b>Personal</b>				
Abfindung	–	3	–	1
Administrativverfahren AHV/IV	1	–	–	–
Änderung der Anstellung	–	–	–	3
Arbeitszeugnis	–	1	1	1
Funktionsstufenwechsel	3	–	–	5
Kündigung/Entlassung	21	8	15	7
Lohnfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	–	–	–	2
Lohnzulagen	–	–	–	2
Nichtanstellung	–	1	–	–
Teuerungsausgleichs-Verweigerung	1	–	–	–
Überleitung ins neue Lohnsystem/Lohnmassnahmen	47	223	26	8
<b>Gebühren</b>				
Abfall- / Abwasser- / Hauszuleitungsgebühren	2	8	–	–
Abschleppgebühren	5	6	3	–
ambulante Behandlung	–	2	1	–
Anschlussgebühren für Bezug elektrischer Energie/ Rückforderung Stromsparfonds	1	2	2	–
Aufenthalt im Pflegezentrum	1	–	2	1
Betriebskontrollkosten	1	–	–	–
Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Grunds	2	2	1	2
Kostenverrechnung Aufenthalt in der Zentralen Ausnüchterungsstelle (ZAS)	–	–	5	8
Rettungsdiensteinsatz	3	7	2	2
Zivilstandsamt	–	1	–	–
Zuschlagstaxen infolge Fahrens ohne gültigen Ausweis	4	6	–	–
<b>Entzug, Erteilung, Nichterteilung einer Betriebsbewilligung</b>				
Einschränkung Alkoholabgabe	–	–	–	1
Entzug der Bewilligung zur Benutzung öffentlichen Grundes	1	1	–	–
Entzug der Bewilligung zur dauernden Ausnahme bei der Schliessungsstunde	–	1	–	1
Festbeginn 1. Mai	1	–	–	–
Patent (Gastwirtschaft)	3	4	2	2
Sonntagsverkäufe	3	–	–	–
Taxibetriebsbewilligung	1	3	–	1
zeitliche Einschränkung für musikalische Darbietungen	–	–	1	–
<b>Verkehrsordnungen</b>	12	7	–	–
<b>Beitragsleistungen (Elternbeiträge / Stipendien / Alimentenbevorschussung u. a.)</b>	14	10	8	6
<b>Schliessungszeit im Gastgewerbe, Tierhaltung, Platzierung Kunststoffcontainer</b>	–	2	3	–
<b>Diverse</b>				
Akteneinsicht	–	–	2	–
Ausschreibung	–	–	–	1
Feuerungsanlage	–	–	1	–
Fristwiederherstellungsgesuch	–	–	1	–
Informationszugang / Öffentlichkeitsprinzip	2	–	1	–
Kosten für Polizeieinsatz	–	2	–	–
Mehrlektionen	–	1	–	–
Meldevorschrift	1	3	–	–
Mietzinserhöhung	1	–	–	–
Nichteintreten auf Erlass einer Verfügung	1	–	–	–
Personendaten	–	–	1	2
Polizeidaten	–	1	–	–
Strichzonenplan-Anpassung	–	–	–	2
Waffenerwerbsschein	–	1	1	–
Wegweisung diverse Stadtkreise am 1. Mai	–	–	–	2
Zutrittsverbot / Wegweisung / Fernhaltung	–	1	–	1
<b>Total behandelte Einsprachen</b>	<b>132</b>	<b>307</b>	<b>79</b>	<b>61</b>

## 4. Kennzahlen Allgemeine Verwaltung

	2008	2009	2010	2011	2012
Mitarbeitende total	339	350	356	358	363
– davon Frauen	185	185	185	193	193
– davon Männer	154	165	171	165	170
Ø Stellenwert-Äquivalent	302	315	315	316	318
Führungskader total	94	81	84	88	87
– davon Frauen	26	26	27	31	30
– davon Männer	68	55	57	57	57
Lernende total	22	20	25	22	25
– davon Frauen	14	12	17	14	18
– davon Männer	8	8	8	8	7
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)</b>					
Total	233	235	242	236	239
Frauen	100	91	93	90	94
Männer	133	144	149	146	145
Frauen in %	42.9	38.7	38.4	38.1	39.3
Männer in %	57.1	61.3	61.6	61.9	60.7
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)</b>					
Total	82	90	87	93	93
Frauen	65	69	68	75	71
Männer	17	21	19	18	22
Frauen in %	79.3	76.7	78.2	80.6	76.3
Männer in %	20.7	23.3	21.8	19.4	23.7
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)</b>					
Total	29	34	33	37	40
Frauen	24	33	30	36	36
Männer	5	1	3	1	4
Frauen in %	82.8	97.1	90.9	97.3	90.0
Männer in %	17.2	2.9	9.1	2.7	10.0
Personalaufwand	45 343 947	49 294 374	52 503 482	50 036 801	50 388 223
Sachaufwand	17 474 201	11 596 513	10 473 337	11 333 239	10 370 504
Übriger Aufwand	44 489 189	66 564 555	13 911 932	14 306 284	12 747 733
Total Aufwand	107 307 337	127 455 442	76 888 751	75 676 324	73 506 460
Bruttoinvestitionen	–	–	–	–	–

**Definition:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2012)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 1999/000763 1999/000178	21.04.1999 10.11.1999	SP-Fraktion Übernahme der kantonalen Bestimmungen

*Der Stadtrat wird beauftragt, die Bestimmungen für die Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt Zürich aufzuheben und Einbürgerungen nach den kantonalen Richtlinien vorzunehmen.*

Am 11. März 2012 hat die Stimmbevölkerung des Kantons Zürich den Entwurf für ein kantonales Bürgerrechtsgesetz (KBüG) abgelehnt. Damit bleiben die Richtlinien für die Aufnahme von im Ausland geborenen Ausländerinnen und Ausländern in das Bürgerrecht der Stadt Zürich vom 26. November 1936 mit Änderungen bis 12. März 1997 (AS 141.110) weiterhin unverändert in Kraft. Zur vorliegenden Motion hat die Bürgerliche Abteilung des Stadtrats am 29. März 2000 mit Beschluss B 868 dem Gemeinderat Antrag gestellt.

MOT 1999/000928 1999/000217	26.05.1999 10.11.1999	Sörensen Hansjörg und Schmid Ronald Einbürgerung, Änderung der Richtlinien
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für neue Richtlinien für die Einbürgerung von im Ausland geborenen Ausländern zu unterbreiten. Die Richtlinien sind wie folgt zu ändern:*

- Art. 7 lit. a (geänderter Art. 7)
- Von den Bewerbern um das städtische Bürgerrecht wird verlangt, dass sie die Zürcher Mundart verstehen sowie eine deutschschweizerische Mundart in angemessener Weise sprechen oder sich mindestens in schriftdeutscher Sprache ausdrücken können.
- Art. 7 lit. b (neu)
- Von den Bewerbern wird verlangt, dass sie angemessene Kenntnisse über den schweizerischen Staat sowie über die Rechte und Pflichten der Schweizer Bürger besitzen.
- Art. 7 lit. c (neu)
- Die Lebenskosten und Unterhaltsverpflichtungen müssen durch eigenes Erwerbseinkommen, Vermögen oder Rechtsansprüche gegenüber Dritten gedeckt sein.
- Bewerber dürfen in den letzten 3 Jahren vor der Einreichung des Bürgerrechtsgesuches keine staatlichen Fürsorgeleistungen bezogen haben.

Am 11. März 2012 hat die Stimmbevölkerung des Kantons Zürich den Entwurf für ein kantonales Bürgerrechtsgesetz abgelehnt. Damit bleiben die Richtlinien für die Aufnahme von im Ausland geborenen Ausländerinnen und Ausländern in das Bürgerrecht der Stadt Zürich vom 26. November 1936 mit Änderungen bis 12. März 1997 (AS 141.110) weiterhin unverändert in Kraft. Zur vorliegenden Motion hat die Bürgerliche Abteilung des Stadtrats am 29. März 2000 mit Beschluss B 868 dem Gemeinderat Antrag gestellt.

POS 2000/001199 2000/000292	21.06.2000 10.01.2001	Marti Peter und Rosenheim Monjek Einbürgerung, Einführung von Sprachtests
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, das Bestehen eines einfachen Sprachtests bei einem externen, neutralen Gremium in Deutsch durch alle fremdsprachigen, erwachsenen Personen nichtschweizerischer Nationalität als ein verbindliches Einbürgerungskriterium zu prüfen.*

Am 11. März 2012 hat die Stimmbevölkerung des Kantons Zürich den Entwurf für ein kantonales Bürgerrechtsgesetz abgelehnt. Der Regierungsrat sieht nun vor, im ersten Halbjahr 2014 eine neue Bürgerrechtsverordnung in Kraft zu setzen, in der unter anderem das massgebliche Sprachniveau bei der Einbürgerung für alle Gemeinden verbindlich festgelegt werden soll. Diese Entwicklungen gilt es abzuwarten, bevor das vorliegende Postulat behandelt werden kann.

POS 2010/000644 2010/000257	14.11.2007 09.06.2010	Uttinger Ursula und Egger Urs Einbürgerungen, Bestehen einer Deutschprüfung als Voraussetzung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird verpflichtet, dem Gemeinderat einen Antrag zu einer städtischen, durch den Gemeinderat gestützt auf Art. 41 lit. I GO zu erlassenden Einbürgerungsverordnung zu unterbreiten, in der festgehalten wird, dass für die Erlangung des Zürcher Gemeindebürgerrechts das Bestehen einer Deutschprüfung bei einer unabhängigen und externen Institution vorausgesetzt ist, und zwar für alle Bewerbenden individuell. Eine Beurteilung von Härtefällen soll möglich sein. Das für eine Einbürgerung benötigte Deutschniveau ist verbindlich in der Verordnung festzulegen.*

Am 11. März 2012 hat die Stimmbevölkerung des Kantons Zürich den Entwurf für ein kantonales Bürgerrechtsgesetz (KBüG) abgelehnt. Der Regierungsrat sieht nun vor, im ersten Halbjahr 2014 eine neue Bürgerrechtsverordnung in Kraft treten zu lassen, in der unter anderem das massgebliche Sprachniveau bei der Einbürgerung für alle Gemeinden verbindlich festgelegt werden soll. Diese Entwicklungen gilt es abzuwarten, bevor das vorliegende Postulat behandelt werden kann.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
MOT 2008/001192 2008/000499	05.11.2008 28.09.2011	Glättli Balthasar und Abele Martin Bürgerrecht für im Ausland geborene ausländische Personen, Aufhebungen der Bestimmungen

*Der Stadtrat wird beauftragt, die städtischen Bestimmungen für die Aufnahme von im Ausland geborenen Ausländerinnen und Ausländern in das Bürgerrecht der Stadt Zürich aufzuheben und künftig Einbürgerungen nur noch nach den kantonalen Richtlinien vorzunehmen.*

Die Frist der Motion 499/2008 läuft Ende September 2013 ab. Bis dahin wird der Stadtrat dem Gemeinderat eine Weisung zur Motion unterbreiten.

POS 150.170.370-03 2012/000392	31.10.2012 14.11.2012	Bürlimann Martin und Tomezzoli Ruggero Anpassung der Beglaubigungsbögen für die Unterschriften zu den Listen- oder Personenwahlen auf Gemeindeebene
--------------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Beglaubigungsbögen für die Unterschriften zu Listenwahlen oder Personenwahlen auf Stufe Gemeinde in Sechserbögen anstatt Dreissigerbögen geändert werden können. Die jeweils notwendige Anzahl Unterschriften bleibt unverändert.*

Bereits im Anschluss an die Erneuerungswahlen des Gemeinderats im Jahr 2010 und des Kantonsrats im Jahr 2011 wurde beschlossen, die Wahlvorschlagsformulare zu überarbeiten. Dabei soll auch die Anzahl Unterschriften pro Seite des Formulars «Unterzeichnende des Wahlvorschlags» reduziert werden. Die Umsetzung erfolgt im Hinblick auf die Erneuerungswahlen 2014.



Bild: Stadt Zürich

# Geschäftsbericht 2012

## Präsidialdepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Präsidialdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort der Stadtpräsidentin</b>	<b>31</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele und Jahresschwerpunkte</b>	<b>32</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Präsidialdepartement</b>	<b>33</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>34</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>34</b>
4.1.1	Aufgaben	34
4.1.2	Jahresschwerpunkte	34
<b>4.2</b>	<b>Kultur</b>	<b>34</b>
4.2.1	Aufgaben	34
4.2.2	Jahresschwerpunkte	35
4.2.3	Kennzahlen	38
<b>4.3</b>	<b>Museum Rietberg</b>	<b>39</b>
4.3.1	Aufgaben	39
4.3.2	Jahresschwerpunkte	39
4.3.3	Kennzahlen	40
<b>4.4</b>	<b>Bevölkerungsamt</b>	<b>40</b>
4.4.1	Aufgaben	40
4.4.2	Jahresschwerpunkte	40
4.4.3	Kennzahlen	42
<b>4.5</b>	<b>Statistik Stadt Zürich</b>	<b>42</b>
4.5.1	Aufgaben	42
4.5.2	Jahresschwerpunkte	42
4.5.3	Kennzahlen	44
<b>4.6</b>	<b>Stadtarchiv</b>	<b>44</b>
4.6.1	Aufgaben	44
4.6.2	Jahresschwerpunkte	44
4.6.3	Kennzahlen	46
<b>4.7</b>	<b>Stadtentwicklung Zürich</b>	<b>46</b>
4.7.1	Aufgaben	46
4.7.2	Jahresschwerpunkte	46
4.7.3	Kennzahlen	50
<b>4.8</b>	<b>Projektstab Stadtrat</b>	<b>50</b>
4.8.1	Aufgaben	50
4.8.2	Jahresschwerpunkte	50
4.8.3	Kennzahlen	52
<b>4.9</b>	<b>Fachstelle für Gleichstellung</b>	<b>52</b>
4.9.1	Aufgaben	52
4.9.2	Jahresschwerpunkte	52
4.9.3	Kennzahlen	54
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>55</b>



# 1. Vorwort der Stadtpräsidentin



Corine Mauch. (Bild: Dominique Meienberg)

## «Offenheit und Austausch im Präsidialdepartement»

Das Jahr 2012 lässt sich für das Präsidialdepartement mit «Offenheit und Austausch» überschreiben. Allein das Bevölkerungsamt hatte an seinen Schaltern über eine Million Mal ein offenes Ohr für die Anliegen und Bedürfnisse der Bevölkerung, und mit dem im Herbst erfolgreich eröffneten Friedhof Forum auf dem Friedhof Sihlfeld tritt das Amt auf einer zusätzlichen Ebene mit den Zürcherinnen und Zürchern in Kontakt. Als «Büro für die letzte Reise» ist das Friedhof Forum eine landesweit einzigartige Austausch- und Informationsstelle zu den Themen Tod, Sterben und Bestattung.

Das Transzendente interessiert. Es erstaunt deshalb nicht, dass auch die Mystik-Ausstellung im Smaragd des Museums Rietberg zu einem veritablen Zuschauermagneten wurde und die zweithöchsten Besuchszahlen für eine Ausstellung seit der Neueröffnung des Museums Rietberg verzeichnete.

Im Spätsommer feierte Löwenbräu-Kunst in den fertiggestellten Räumlichkeiten in Zürich-West seine Wiedereröffnung. Zusammen mit dem «Ja» der Stimmberechtigten zur Kunsthause Erweiterung im November macht Zürich als internationaler Kunststandort einen weiteren wichtigen Entwicklungsschritt.

Ausserhalb unserer Landesgrenzen präsentierte sich Zürich im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Kultur- und Kreativstadt Zürich» im House of Switzerland an den Olympischen Spielen 2012 in London. Zürcher Game-Designerinnen und -Designer, Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen, Zürcher Unternehmen, Grafikerinnen und Grafiker sowie

Zürcher Bands erhielten die Gelegenheit, in einem internationalen Umfeld Kontakte zu knüpfen.

Im Rahmen des 30-Jahr-Jubiläums der Städtepartnerschaft Zürich-Kunming bot die Ausstellung im Museum Bärengasse Einblicke in die Resultate und Ergebnisse der Partnerschaft. Öffentliche Rahmenveranstaltungen im Stadthaus rundeten dabei das Jubiläumsprogramm ab. Seinen 10. Geburtstag konnte der Integrationskredit feiern, der Massnahmen für das gute Zusammenleben der Menschen aus verschiedenen Nationen und Kulturen hier in Zürich ermöglicht und finanziell unterstützt.

Offenheit und Austausch in Mitwirkungsverfahren boten unter anderem die «Stadtteilwerkstatt ohne Grenzen», ein Gemeinschaftsprojekt mit der Stadt Opfikon für das Gebiet Leutschenbach-Glattpark-Auzelg sowie die wohnpolitischen Echoräume. Beide Projekte stehen in Zusammenhang mit dem Legislatorschwerpunkt «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten».

Eine andere, neue Form der Offenheit bringt das Projekt «Open Government Data-Portal», über das die Stadt Zürich statistische Daten zur freien Verwendung zugänglich macht. Hier bildet der Legislatorschwerpunkt «eZürich» den Rahmen.

«eHochzeit» könnte das neue Angebot des Zivilstandsamts genannt werden. Ziviltrauungen im Stadthaus können neu per iPad mit Skype übertragen werden, damit bei einem ganz speziellen Moment im Leben auch Verwandte und Bekannte in fernen Ländern live mit dabei sein können.

Die wichtigsten departementsinternen Veränderungen waren 2012 die Neubesetzung der Leitung der Fachstelle für Gleichstellung mit Anja Derungs und die Aufteilung von Statistik und Stadtarchiv in zwei wieder eigenständige Dienstabteilungen. Die angestrebten Synergien bei den Geschäftsprozessen hatten sich durch die Zusammenlegung nicht wie erhofft realisieren lassen. Die erreichten Effizienzgewinne bei den Querschnittsbereichen IT, Personal und Finanzen können hingegen beibehalten werden.

Offenheit und Austausch setzen motivierte und kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voraus. Sie setzen sich im Präsidialdepartement in den unterschiedlichsten Funktionen und auf allen Stufen mit viel Engagement und Ausdauer für die Stadt Zürich und ihre Bevölkerung ein. Dafür danke ich ihnen herzlich.

Stadtpräsidentin Corine Mauch  
Vorsteherin des Präsidialdepartements

## 2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

Das Präsidialdepartement ist bei den drei Legislatorschwerpunkten «Kultur- und Kreativstadt Zürich», «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» und «eZürich» involviert. Die Dienstabteilung Kultur hat die Programmleitung des Legislatorschwerpunkts «Kultur- und Kreativstadt Zürich» inne. Die Federführung für den Schwerpunkt «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» teilen sich die Dienstabteilungen Stadtentwicklung und das Amt für Städtebau. Als direkt mit dem Themenbereich konfrontierte Dienstabteilung beteiligt sich das Bevölkerungsamt aktiv an der Umsetzung des Schwerpunkts «eZürich».

Im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Kultur- und Kreativstadt Zürich» ist der Auftritt in London während der Olympischen Spiele besonders hervorzuheben. Im «House of Switzerland» stellte sich Zürich zusammen mit den Hochschulen und verschiedenen Zürcher Unternehmen als attraktiver Standort für die Kreativwirtschaft vor. Ausserdem erhielten unter anderem verschiedene Zürcher Musikbands in einer Konzertreihe die Möglichkeit, sich in London zu präsentieren. Im Legislatorschwerpunkt «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» leitete die Stadtentwicklung das Mitwirkungsverfahren «Stadtteilwerkstatt ohne Grenzen», eine Kooperation mit der Stadt Opfikon zur soziokulturellen Entwicklung des Gebiets Leutschenbach–Glattpark–Auzelg. Weitere Informationen zu den Legislatorschwerpunkten finden sich im Berichtskapitel des Stadtrats und in den folgenden Kapiteln zu den Dienstabteilungen des Präsidialdepartements.

Die Stadtpräsidentin trat auch im Berichtsjahr 2012 an rund 100 stadtinternen, vor allem aber an stadtexternen Veranstaltungen als Repräsentantin der Stadt Zürich auf. Das Spektrum der Auftritte und Veranstaltungen reichte vom 20-Jahr-Jubiläum des Jazzclubs Moods über den Spatenstich zum Erweiterungsbau des Landesmuseums bis zur Eröffnungsveranstaltung des Zurich Film Festival. Auch Treffen mit der Bevölkerung sowie Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Wirtschaftszweige und Branchen zum Meinungsaustausch und zur Vertretung der Interessen der Stadt Zürich gehörten zum Jahresprogramm der Stadtpräsidentin.

Nach verschiedenen Wechseln in Führungspositionen des Präsidialdepartements im Jahr 2011 war im Berichtsjahr die Neubesetzung nur einer zentralen Stelle zu verzeichnen. Im September trat Anja Derungs die Nachfolge von Dore Heim als Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung an. Auf organisatorischer Ebene arbeiten per 1. Januar 2012 das Stadtarchiv

und Statistik Stadt Zürich wieder als eigene, selbständige Dienstabteilungen.

In den Dienstabteilungen und Fachstellen des Departements wurden neben dem Tagesgeschäft zahlreiche Projekte weitergeführt, abgeschlossen oder neu begonnen. Die Informationen dazu finden sich in den folgenden Kapiteln des Geschäftsberichts.

### Departementsschwerpunkt Willkommenskultur

Willkommenskultur steht für eine Haltung und schafft durch Freundlichkeit, Respekt und Wertschätzung sowie durch eine geeignete Infrastruktur die Rahmenbedingungen, damit sich Neuzugezogene am neuen Ort schnell zurechtfinden und sich aktiv am Gestalten und an der Weiterentwicklung der bestehenden Gesellschaft beteiligen. Willkommenskultur ist eine Haltung, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht. Sie basiert auf liberalen und solidarischen Werten sowie auf Weltoffenheit und wird gelebt im Kontakt mit Mitarbeitenden, Kundinnen und Kunden, der Stadtbevölkerung und Besuchenden. Willkommenskultur verhindert Ausgrenzung und ermöglicht gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer neu nach Zürich zieht und wer neu im Präsidialdepartement arbeitet, soll sich aufgehoben und willkommen fühlen. Auf diese Ziele wird im Rahmen des Departementsschwerpunkts Willkommenskultur bis 2014 ein besonderes Augenmerk gelegt.

Für neu eintretende Mitarbeitende wurde im Berichtsjahr erstmals ein Einführungsparcours durch das Präsidialdepartement organisiert. Die Neueintretenden erhalten so Einblick in das breite Tätigkeitsspektrum des Departements über ihre eigene Abteilung hinaus. Zum besseren gegenseitigen Verständnis der Abteilungen untereinander startete eine Einladungsreihe, bei der die verschiedenen Dienstabteilungen ihre Aufgabenbereiche und Ziele vorstellen. Den Anfang machte der Fahrdienst des Bestattungs- und Friedhofsamts, gefolgt von der Stimmregisterzentrale. Ein abendliches Jassturnier im Stadthaus bot ausserdem die Möglichkeit zum gegenseitigen Kennenlernen im Präsidialdepartement.

Zur Information der Mitarbeitenden über die Hintergründe, Ziele und Aktivitäten des Departementsschwerpunkts Willkommenskultur erschien die Mitarbeitendenzeitung des Präsidialdepartements im Herbst als Themenausgabe. Eine Intranet-Plattform versammelt darüber hinaus alle Informationen zur Willkommenskultur im Präsidialdepartement.

### 3. Kennzahlen Präsidialdepartement

	2008	2009	2010	2011	2012
Mitarbeitende total	517	496	503	489	489
– davon Frauen	330	322	328	314	311
– davon Männer	187	174	175	175	178
Ø Stellenwert-Äquivalent	367	369	361	362	360
Führungskader total	58	55	59	62	64
– davon Frauen	21	19	22	24	24
– davon Männer	37	36	37	38	40
Lernende total	6	6	6	6	6
– davon Frauen	4	4	4	4	4
– davon Männer	2	2	2	2	2
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad <math>\geq</math> 90.00 % (Vollzeitstellen)</b>					
Total	236	224	224	236	228
Frauen	118	124	124	128	125
Männer	118	100	100	108	103
Frauen in %	50.0	55.4	55.4	54.2	54.8
Männer in %	50.0	44.6	44.6	45.8	45.2
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)</b>					
Total	161	162	161	153	159
Frauen	114	110	108	108	110
Männer	47	52	53	45	49
Frauen in %	70.8	67.9	67.1	70.6	69.2
Männer in %	29.2	32.1	32.9	29.4	30.8
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)</b>					
Total	133	119	130	111	118
Frauen	105	91	101	86	86
Männer	28	28	29	25	32
Frauen in %	78.9	76.5	77.7	77.5	72.9
Männer in %	21.1	23.5	22.3	22.5	27.1
Personalaufwand	45 969 018	45 774 964	46 781 780	46 389 530	48 628 892
Sachaufwand	24 719 163	27 118 948	27 170 306	27 643 043	30 562 666
übriger Aufwand	138 650 796	141 264 912	142 406 164	144 767 233	149 400 884
Total Aufwand	209 338 977	214 158 824	216 358 250	218 799 806	228 592 442
Bruttoinvestitionen	782 487	1 721 842	2 499 492	18 295 943	16 879 216

**Definition:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Das Departementssekretariat setzt sich aus den Zentralen Diensten und dem Stab der Stadtpräsidentin zusammen. Das Ressort der Zentralen Dienste ist verantwortlich für interne Querschnittsdienstleistungen, etwa in den Bereichen Personal (HR), Controlling, Rechnungswesen, Logistik und IT. Zudem fällt die Organisation von Anlässen des Stadtrats oder der Stadtpräsidentin in seinen Zuständigkeitsbereich. Die Zentralen Dienste fungieren auch als Kontaktstelle zu den Friedensrichter-, Stadtammann- und Betreibungsämtern, die dem Präsidialdepartement administrativ zugeordnet sind. Der Stab der Stadtpräsidentin wiederum erarbeitet Entscheidungsgrundlagen und unterstützt die Dienstabteilungen des Departements sowie die Stadtpräsidentin in der internen und externen Kommunikation.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

Im Zentrum der Arbeit des Departementssekretariats standen auch 2012 die oben erwähnten Tätigkeiten in den Bereichen Querschnittsdienstleistungen, Führungsunterstützung und Kommunikation.

Im Bereich Personal der Zentralen Dienste konnte für die Schlüsselstelle der Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung mit Anja Derungs eine Nachfolgerin für Dore Heim gefunden werden. Des Weiteren wurde unter anderem die neue Position der stellvertretenden Leiterin des Projektstabs Stadtrat mit Martina Glaser erfolgreich besetzt. Im Rahmen des Departementsschwerpunkts «Willkommenskultur» führte die Personalabteilung erstmals eine Einführungsveranstaltung für neu-eintretende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch, zudem fanden zwei Workshops für Vorgesetzte zur Stärkung der Feedback-Kultur (insbesondere in Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgesprächen) statt.

Der ebenfalls bei den Zentralen Diensten angesiedelte Bereich Repräsentation organisierte und koordinierte 2012 insgesamt 261 Anlässe (2011: 260). Davon fanden 178 im Stadthaus,

26 im Muraltengut und 57 an externen Orten statt. Besonders erwähnenswert sind die Ehrung der Zürcher Sportlerinnen und Sportler im Muraltengut, wo in diesem Jahr gleich vier Meister-teams gefeiert werden durften, sowie die Vernissage zur 100-Jahre-Pfadi-Ausstellung im Stadthaus, bei der mit über 600 Besucherinnen und Besuchern ein neuer Rekord für eine Stadthaus-Ausstellungseröffnung erreicht wurde. Auch in die Organisation für den Empfang von Bundespräsident Ueli Maurer im Landesmuseum war die Repräsentations-Abteilung massgeblich involviert.

Für die im Stab der Stadtpräsidentin angesiedelte Stelle für allgemeine Anfragen aus der Bevölkerung ist seit Anfang 2012 Nadine Ott verantwortlich. Als neue Beauftragte für Bevölkerungsanliegen beantwortete sie während des Berichtsjahres mehrere Hundert Anfragen. Dabei ging bloss noch weniger als ein Drittel der Anliegen mit der herkömmlichen Briefpost ein. Dagegen stieg der Anteil der E-Mail-Korrespondenz weiter an. Im Jahr 2012 trafen auch erste Anfragen via Social Media sowie über das Kontaktformular auf dem erneuerten gemeinsamen Webportal [www.zuerich.ch](http://www.zuerich.ch) von Stadt, Kanton und Zürich Tourismus ein. Diese elektronischen Kanäle erlauben eine kürzere Reaktionszeit und eine effizientere Bearbeitung der Anliegen.

Im Rahmen des Fokusthemas «Menschen mit Behinderung» arbeitet ein Stabsmitarbeiter als einer von drei Beauftragten des Stadtrats für Behindertenanliegen. Ziel ist, die Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung in Zürich weiter zu verbessern. Um eine Verzettlung der Aktivitäten zu vermeiden, hat der Stadtrat fünf Handlungsfelder definiert. Es geht darum, die Zugänglichkeit zu öffentlichen Gebäuden, Anlagen und Dienstleistungen zu verbessern sowie die barrierefreie politische Partizipation von Menschen mit Behinderung zu ermöglichen. Im Fokus stehen auch die Stadt Zürich als Arbeitgeberin und die Sensibilisierung der städtischen Mitarbeitenden. Als Handlungsfeld wurde auch der Bereich Wohnen definiert. Eine detaillierte Berichterstattung zum Fokusthema ist vorgesehen und soll mit der Legislaturberichterstattung koordiniert werden.

### 4.2 Kultur

#### 4.2.1 Aufgaben

Die Tätigkeit der Abteilung Kultur findet ihre Grundlage in Art. 67 der Gemeindeordnung, der dem Präsidialdepartement unter anderem folgende Aufgaben überträgt:

- Pflege und Förderung der Literatur, der Musik, der bildenden Künste, der Theater, des Films und des Tanzes,
- Verwaltung der Museen sowie
- allgemeine kulturelle Aufgaben.

Die Erfüllung dieser Aufgaben ruht im Wesentlichen auf drei Säulen:

- Betreuung und Begleitung der kulturellen Institutionen, die aufgrund befristeter oder unbefristeter Rechtsgrundlagen jährliche Beiträge erhalten;

- Förderung von Gruppen und Einzelprojekten mit Produktions- und Defizitdeckungsbeiträgen sowie Unterstützung von Kulturschaffenden mit Werkbeiträgen, Stipendien, Preisen und Ehrengaben, mit der Überlassung von Ateliers im In- und Ausland und dem Ankauf von Kunstwerken;
- Führung eigener Kulturbetriebe: Helmhaus (Bildende Kunst), Strauhof (Literaturausstellungen), Ausstellungen Stadthaus (Dokumentation), Theater am Hechtplatz, Filmpodium-Kino sowie Organisation kultureller Veranstaltungen (Theater Spektakel, Tage für Neue Musik, Serenaden, Musikpodium, Stadtsommer u. a.).

Parallel dazu ist die Abteilung Kultur Ansprechpartnerin für Fragen zum Zürcher Kulturangebot und erbringt Dienstleistungen wie Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Vermittlung, Informationsaustausch und Koordination.

#### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

Für zwei wichtige Institutionen im Bereich Bildende Kunst konnten 2012 die Grundlagen für eine erfolgreiche Zukunft gelegt werden: Stadt und Gemeinderat stimmten einer Erhöhung der Subventionen an den Verein Kunsthalle Zürich zu. Damit kann die Kunsthalle in den erweiterten und renovierten Räumen im Löwenbräu auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Vermittlung zeitgenössischer Kunst spielen.

Die Abstimmung über die Erweiterung des Kunsthauses und über eine Erhöhung der Betriebsbeiträge an die Zürcher Kunstgesellschaft und die Stiftung Zürcher Kunsthaus stellte einen kulturpolitischen Meilenstein dar. Die Zustimmung zur Vorlage zeigt die Verbundenheit der Zürcher Stimmbevölkerung mit der traditionsreichen Kulturinstitution.

2012 konnten die Betriebsbeiträge an weitere Institutionen für vier Jahre erneuert werden: an das Collegium Novum, das Haus Konstruktiv und das Schweizerische Institut für Kunstwissenschaft.

Der Stadtrat möchte den Bereich Kinderkultur stärken. Dazu hat er im letzten Jahr ein Massnahmenpaket verabschiedet, das sowohl vom Schul- und Sportdepartement als auch von der Kulturabteilung umgesetzt wird. In den Zuständigkeitsbereich der Kultur fällt die Erhöhung der Beiträge ans Kindertheater Purpur, die Gründung einer Kinderkulturakademie durch die Stadt und das Haus Konstruktiv sowie die Unterstützung einer verbesserten Information über das Angebot an Kinderkultur.

In Räumen der Migros Herdern konnten im Berichtsjahr acht Ateliers für Künstlerinnen und Künstler sowie Lagerräume für Theatergruppen in Form einer Zwischennutzung bis mindestens 2017 angemietet werden. Das Projekt entstand in Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) sowie dem Migros-Kulturprozent.

Zusammen mit Stadt und Kanton Genf hat sich Zürich als Gastgeberin für die Verleihung des Schweizer Filmpreises beworben. Der Brückenschlag über den Röstigraben hatte Erfolg: Der Schweizer Filmpreis wird ab 2013 alternierend in Genf und Zürich verliehen.

Ein Brand in der Roten Fabrik am 11. Mai richtete grossen Schaden an. Für die betroffenen Künstlerinnen und Künstler konnten innerhalb eines Monats Ersatzateliers gefunden werden.



Klaudia Schifferle erhält den Kunstpreis der Stadt Zürich 2012. (Bild: Niklaus Stauss)

Der Kunstpreis der Stadt Zürich 2012 wurde an die Bildende Künstlerin Klaudia Schifferle verliehen. Der Kunstvermittlungspreis ging an den Autor und Kulturvermittler Richard Reich für sein Projekt «Schulhausroman».

Nicht realisiert werden konnte das Projekt einer Online-Kulturagenda, die eine aktuelle und vollständige Übersicht über das Kulturangebot in der Stadt Zürich bieten sollte. Im Rahmen der Beratung des Voranschlags 2013 sprach sich eine Mehrheit des Gemeinderats gegen eine elektronische Kulturagenda für Zürich aus.

#### Theater

Im Bereich Theaterförderung machte sich eine Zunahme der Gesuche um Produktionsbeiträge bemerkbar. Im Berichtsjahr gingen 83 Gesuche ein (2011: 59). Davon konnten 36 positiv beantwortet werden. Dies führte zu einer strengeren Selektion durch die Theaterkommission, zumal gleich mehrere Nachwuchsgruppen in die freie Theaterszene nachrückten. Der Rest der zur Verfügung stehenden Mittel wurde für ausserterminliche Gesuche um Aufführungs- und Gastspielbeiträge vergeben. Die «Herzbaracke» erhielt als Anerkennung ihres Engagements für das Kulturleben der Stadt einen einmaligen Produktionszuschuss in der Höhe von Fr. 50 000.–. Stadt- und Gemeinderat haben 2012 einem wichtigen Anliegen der Kulturförderung zugestimmt: Neu werden mit einem Rahmenkredit auch Zusagen für mehrjährige Förderung an Gruppen ermöglicht. Die Werkstipendien in der Gesamthöhe von Fr. 47 000.– gingen in diesem Jahr an die Schauspielerin Esther Becker, den Performer Simon Dellsperger und die Autorin Darja Stocker. Ausgezeichnet wurden die Gruppe mercimax für die Produktion «Die Gegenüberstellung» sowie die Darstellerinnen und Darsteller der Gruppe Hora für die Produktion «disabled theatre». Das Theaterhaus Gessnerallee startete unter der neuen künstlerischen Leitung von Roger Merguin fulminant und lässt eine Revitalisierung dieses Zentrums der freien Szene erwarten.

#### Theater Spektakel

Das 33. Zürcher Theater Spektakel eröffnete bei hochsommerlichen 32 Grad mit dem Stück «Nil» der Schweizer Gruppe Cie 7273 auf der Seebühne und endete bei herbstlichen zwölf Grad mit «Pororoca» der brasilianischen Companhia de Danças ebenfalls auf der Seebühne. Das Theater Spektakel 2012 war in jeder Hinsicht von Extremen geprägt: fünfzig Produktionen aus dreissig Ländern, Spielorte für sechs bis 600 Zuschauerinnen und Zuschauer, 161 Vorstellungen und ein Programm, das vom Nouveau-Cirque-Blockbuster von Zimmermann & de Perrot in der Werft bis zum irritierenden Video-Kleinod der Südkoreanerin Geumhyung Jeong reichte. Ein Schwerpunkt des Festivals war den kleinen Formaten gewidmet. Elf dieser intimen, meist rund halbstündigen Short Pieces von jungen Tänzerinnen und Performern aus Asien, Afrika und Lateinamerika bildeten am mittleren Wochenende ein eigentliches Festival im Festival.

Jongleure, Feuerschluckerinnen, Schlangenmenschen, Clowninnen und Zauberer konnten, bei freiem Eintritt, erstmals im Rahmen eines kuratierten Programms ihre Künste auf einer eigenen Openair-Bühne zeigen. Der mit Fr. 30 000.– dotierte ZKB-Förderpreis ging an die kambodschanische Tanzgruppe Amrita Performing und den belgischen Choreografen Arco Renz Arts für die Produktion «Crack». Den mit Fr. 5000.– dotierten ZKB-Anerkennungspreis erhielt die in Deutschland



Zürcher Theater Spektakel 2012. (Bild: Christian Altorfer)

lebende japanische Performance-Künstlerin Naoko Tanaka für «Die Scheinwerferin». Über 120 000 Besucherinnen und Besucher genossen Programm und Atmosphäre auf der Landwiese, und trotz Kälteeinbruchs konnte eine erfreuliche Bilanz gezogen werden.

### Theater am Hechtplatz

29 unterschiedliche Produktionen haben im Jahr 2012 in 308 Vorstellungen 58 122 Zuschauerinnen und Zuschauer ins Theater am Hechtplatz gelockt, was eine Auslastung von 83 % bedeutet.

Künstlerisch wurde auf die bewährte Mischung von Musical, Komödie, Kabarett, Satire, Liederabend, offener Bühne, Märchen und Kinderkonzert gesetzt. Ausserdem war neu die Talk-Sendung «Persönlich» von Radio SRF 1 regelmässig zu Gast am Hechtplatz.

Die Direktion des Hauses bot wiederholt bewusst jungen, tendenziell wenig bekannten Formationen eine Plattform (Reto Zeller, zapzarap); gleichzeitig verpflichtete sie etablierte Namen wie Simon Enzler, Michael Elsener, Heinz de Specht, Fabian Unteregger oder Andreas Thiel.

Die Eckpfeiler des Spielplans bildeten vier Eigen- bzw. Ko-produktionen. Der Dialektschwank «Seegfrörni» von Patrick Frey und Beat Schlatter sorgte zu Jahresbeginn über sieben Wochen für einen vollen Theatersaal. Die Produktion «Cornichon Grand» setzte sich differenziert mit der Vergangenheit des Cabaret Cornichon auseinander. Die musikalische Ferienrevue «Camping Camping» von Regisseur und Theaterleiter Dominik Flaschka wurde wiederaufgenommen, und die Komödie «Mondscheintarif» schaffte einen Achtungserfolg in den von den Publikumszahlen her gesehen tendenziell schwierigen Wochen im Spätsommer.

Wenn von Erfolg die Rede ist, darf die Zürcher Märchenbühne nicht fehlen. Mit ihren Kinderproduktionen und der satirischen Spiegelung der jeweiligen Märchenstoffe in «Nightmärchen für Erwachsene» prägte sie die Ausstrahlung des Hauses wesentlich mit.

### E-Musik

Michael Pelzel und das Ensemble Tzara erhielten je ein mit Fr. 42 000.– dotiertes Werkjahr für Komposition bzw. Interpretation. Im Weiteren wurden Aufträge an neunzehn Komponistinnen und Komponisten im Gesamtbetrag von Fr. 76 000.–,

136 Konzerte von Orchestern, Kammerensembles und Chören sowie Musiktheaterproduktionen mit Defizitgarantien und Beiträgen gefördert. Im Rahmen des «Musikpodiums», der «Serenaden im Park der Villa Schönberg» und des Festivals «Tage für Neue Musik Zürich» fanden insgesamt 26 Eigenveranstaltungen statt. Das in Zusammenarbeit mit der Tonhalle-Gesellschaft veranstaltete Festival wurde künstlerisch erstmals von einem Kurator (Christoph Keller) betreut. Sowohl die farbige Thematik («Südamerika») als auch das neue Leitungsmodell stiessen beim Publikum und bei den Medien auf sehr gute Resonanz.

### Jazz/Rock/Pop

Im Jahr 2012 wurden der Popkredit-Kommission 224 Gesuche zur detaillierten Prüfung vorgelegt. Knapp mehr als die Hälfte aller Gesuche konnte positiv beantwortet und mit Beiträgen zwischen Fr. 1500.– und Fr. 20 000.– für Tonträger, Tourneen, Festivals und Konzertreihen unterstützt werden. Die New-York-Atelier-Stipendien 12/13 wurden an die Musikerin Anita Rufer und den Musiker Fabian Sigmund vergeben. Zur Förderung des freien musikalischen Schaffens wurden zwei Werkjahre zu Fr. 42 000.– vergeben, und zwar an Christoph Stiefel und an die Brüder Marcel und Ravi Vaid. Von Projektbeiträgen für Vermittlung konnten 2012 Veranstaltende, Tonstudios und Musiklabels profitieren. Die fünfzehnte Ausgabe der Konzertreihe «Stadtsommer» war mit mehr als 6000 Besucherinnen und Besuchern sehr erfolgreich. Sieben Zürcher Formationen bekamen innerhalb der Reihe die Gelegenheit, sich an verschiedenen Plätzen in Zürich einem breiten Publikum zu präsentieren.

### Literatur

Zürcher Autorinnen und Autoren wurden zwei Werkjahre (Lukas Bärfuss, Daniel Mezger), zwei halbe Werkjahre (Sibylle Berg, Dieter Zwicky) und acht Anerkennungs-gaben (Jürg Amann, Urs Faes, Ingrid Fichtner, Ursula Fricker, Rolf Lappert, Hansjörg Schertenleib, Michail Schischkin, Elisabeth Wandeler-Deck) verliehen. Im Weiteren wurden fünfzehn belletristische Neuerscheinungen von Zürcher Autorinnen und Autoren sowie vierzehn Sachbücher zu Zürcher Themen (Turicensia) mit Druckkostenzuschüssen gefördert. Neben dem Literaturhaus Museumsgesellschaft wurden sieben literarische Veranstaltungen anderer Organisationen unterstützt. Der Zürcher Buchhändler- und Verleger-Verein bekam für die zweite Ausgabe des Literaturfestivals «Zürich liest» einen namhaften



Ausstellung «Bücherhimmel – Bücherhöhlen. Lesen & Sammeln zwischen Lust & Wahr», Museum Strauhof. (Bild: Peter Hunkeler)

Beitrag von Fr. 80 000.–. Das Projekt «Writers in Residence» der Stiftung PWG und des Literaturhauses Zürich wurde weitergeführt. Eingeladene Gastautorinnen waren Asli Erdogan aus der Türkei und Angela Pradelli aus Argentinien.

Im Museum Strauhof besuchten 15 540 Personen die Ausstellungen «Die Geheimnisse des Charles Dickens», «Nonsense. Spielarten einer merkwürdigen Literaturgattung», «Arthur Schnitzler – Affären und Affekte», «Bücherhimmel – Bücherhöhlen. Lesen & Sammeln zwischen Lust & Wahn» sowie «Christoph Martin Wieland. Der Voltaire der Deutschen», die Mitte Dezember begann.

### **Bildende Kunst**

Im Helmhaus Zürich waren sechs Ausstellungen mit Werken von Künstlerinnen und Künstlern aus der Schweiz zu sehen. Im Januar ging die noch im Vorjahr eröffnete Ausstellung des Malers Marc-Antoine Fehr und der Zeichnerin und Malerin Andrea Heller zu Ende. «Grösser als Zürich – Kunst in Ausser-sicht» zeigte im Frühling Werke von 222 Künstlerinnen und Künstlern aus dem Kreis 4. Es folgte die Einzelausstellung «Spoken Word» des Zürcher Künstlers San Keller. Im Sommer war der Wettbewerb «Schönste Schweizer Bücher» mit einer Präsentation und Veranstaltungen im Helmhaus zu Gast. Anschliessend fand traditionell die Ausstellung «Werk- und Atelierstipendien der Stadt Zürich» statt. Unter dem Titel «X» war Malerei aus Zürich Thema der Herbstausstellung. Im Dezember eröffnete das Helmhaus schliesslich unter dem Titel «Nach dem Spiel ist vor dem Spiel» eine Art Weihnachtsausstellung über Exponentinnen und Exponenten aus Zürcher Kunstszenen. Zu den Ausstellungen, an denen insgesamt 305 Künstlerinnen und Künstler beteiligt waren, erschienen drei Bücher, zwei Hefte und eine Zeitungsbeilage. 92 Veranstaltungen wurden durchgeführt, davon 34 Führungen, zwölf Konzerte, zehn Workshops, sechs Lesungen, fünf Ausstellungsvernissagen und drei Buchvernissagen. 42 205 Besucherinnen und Besucher kamen ins Helmhaus, durchschnittlich 180 pro Tag. Die vom Helmhaus Zürich konzipierte Ausstellung «Mission Reports» der Zürcher Videokünstlerin Ursula Biemann wurde vom Lentos Kunstmuseum Linz übernommen.

Im Rahmen der Kunstförderung haben fünfzehn Zürcher Kunstschaffende Stipendien und Werkbeiträge erhalten, von vierzehn Kunstschaffenden wurden Werke angekauft, 45 Projekte erhielten Beiträge.

Die unjurierte Ausstellung «Kunstszene Zürich» ging im Zollfreilager mit 633 beteiligten Künstlerinnen und Künstlern im Januar zu Ende, besucht von 30 238 Kunstinteressierten.

Im Atelier Hermann Haller waren im Sommer neben den Werken Hallers auch Arbeiten seines Zeitgenossen Hermann Hubacher zu sehen.

Im Sinne einer Zwischennutzung konnten im Museum Bären-gasse drei Ausstellungen realisiert werden: «grenzgänger», eine Ausstellung zu Outsider-Kunst, «Kunming Zürich – 30 Jahre Städtepartnerschaft» unter Federführung der Stadtentwicklung Zürich und «Warming up the House» mit Werken von Zürcher Künstlerinnen und Künstlern.

### **Ausstellungen im Stadthaus**

Im Stadthaus wurde zum Jubiläum «100 Jahre Pfadi in Zürich» die Ausstellung «Einmal Pfadi – immer Pfadi?» gezeigt, die der Verein Pfadiausstellung Zürich in Zusammenarbeit mit

der Abteilung Kultur organisierte. Die Ausstellung dokumentierte die Geschichte der Pfadi-Bewegung in Zürich und wies auf die Bedeutung des Pfadi-Engagements als wichtiges Element in der Biografie vieler Pfadi-Mitglieder hin. Im Rahmen der Ausstellung fanden verschiedene Begleitveranstaltungen und Führungen statt. Zudem wurden im Stadthaus wiederum fünfzig ausgezeichnete Maturitätsarbeiten der Zürcher Mittelschulen präsentiert.

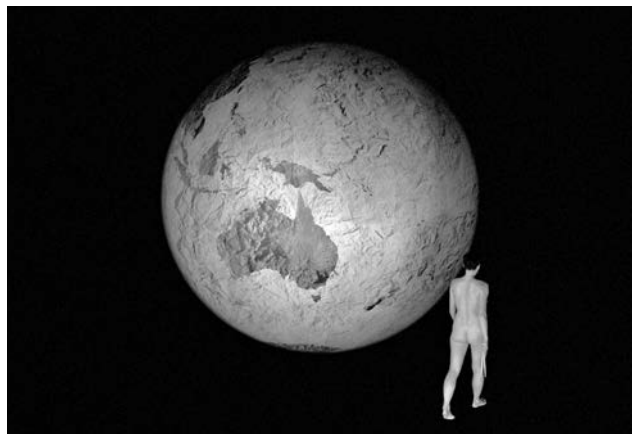
### **Tanz**

Dem Bereich Tanzförderung standen 1,1 Mio.Fr. in Form von Unterstützungsbeiträgen zur Verfügung. Davon flossen Fr. 500 000.– an die gemeinsam von Stadt, Kanton und Pro Helvetia abgeschlossenen kooperativen Fördervereinbarungen mit den Gruppen Zimmermann & de Perrot, Simone Aughterlony und Alexandra Bachzetis.

Auf die zwei Vergabetermine gingen 58 Gesuche ein. Auf Antrag der Tanzkommission wurden zwei Betriebsbeiträge, vierzehn Produktionen, fünf Recherchen und drei Plattformbeiträge gewährt.

Im Rahmen der Kulturellen Auszeichnungen erhielten Diane Gensch und Sabine Schindler ein Werkstipendium, Elina Müller Meyer und Meret Schlegel eine Anerkennungs-gabe von je Fr. 10 000.–.

Im Tanzhaus hat am 13. Oktober 2012 ein Brand die drei Studios an der Wasserwerkstrasse 127a völlig zerstört. Die Folgen davon werden die Leitung und den Vorstand des Hauses, die städtischen Beauftragten sowie die Tanzszene noch über längere Zeit beschäftigen: Ein Provisorium für die drei Studios einschliesslich Studiobühne muss gefunden und gemietet und der Wiederaufbau begleitet werden.



Simone Aughterlony: «We need to talk». (Bild: Jorge Léon)

### **Filmpodium**

Das vielseitige Programm des Filmpodiums umfasste im Berichtsjahr 335 Filme. Das Hauptgewicht lag auf Regisseurs- und Schauspielereihen. Thematisch oder filmhistorisch orientiert waren Programme wie das Stummfilm- und das 3D-Festival, das Arabic Film Festival oder auch die Comédies françaises. Bereits ins zweite Jahr geht die auf zehn Jahre angelegte Filmgeschichte.

Erneut arbeitete das Filmpodium erfolgreich mit dem Zurich Film Festival zusammen, zu dem es die Retrospektiven beisteuerte und vier Masterclasses mit illustren Gästen beherbergte.

Zu Gast im regulären Programm des Filmpodiums waren unter anderem Terence Davies, Petros Markaris, Rosa von Praunheim; diese Anlässe wurden durch den Filmpodium-Förderverein Lumière mitfinanziert. Wiederum bereicherten zahlreiche Referentinnen und Referenten das Programmangebot.

2012 machte das Filmpodium erstmals eine vierwöchige Saisonpause, die erwartungsgemäss einen Publikumsrückgang zur Folge hatte.

In den 905 öffentlichen Vorstellungen waren 44 228 Eintritte zu verzeichnen. Diese Zahl liegt infolge der Sommerpause etwas unter der des Vorjahres (48 756). Die Eintritte pro Vorstellung konnten mit 48,87 praktisch auf dem Niveau von 2011 gehalten werden (Durchschnitt 2011: 49,45). Auf ein positives Echo stossen weiterhin Programmheft und Website mit ihren weiterführenden Informationen. Ihre Beliebtheit wurde im Frühjahr 2012 auch durch eine breit angelegte Publikumsumfrage bestätigt.



3D-Festival im Filmpodium, April 2012. (Bild: Sibylle Meier)

#### 4.2.3 Kennzahlen

##### Produktionsbeiträge und Defizitdeckungsgarantien

	2008	2009	2010	2011	2012
Theater	1 725 000	1 695 300	1 697 580	1 723 025	1 719 576
E-Musik	793 312	797 152	798 533	798 400	799 988
Jazz-, Rockmusik	713 459	799 525	821 600	819 097	710 420
Literatur	193 500	205 100	190 900	205 000	216 138
Bildende Kunst, Ausstellungen	198 500	170 500	173 000	203 370	206 000
Tanz	953 380	950 000	1 000 000	1 000 000	1 096 450
Film	3 176 579	3 194 808	3 167 973	3 183 813	3 183 813
Diverses	164 250	231 652	196 680	234 500	283 825
<b>Total</b>	<b>7 917 980</b>	<b>8 044 037</b>	<b>8 046 266</b>	<b>8 166 805</b>	<b>8 216 210</b>

##### Besucherzahlen bei Veranstaltungen der Kulturabteilung

	2008	2009	2010	2011	2012
Theater am Hechtplatz	44 278	60 437	55 781	57 874	58 122
Theater Spektakel	27 400	29 100	27 500	26 000	26 000
Helmhaus	36 982	45 394	33 524	32 412	42 205
Literaturausstellungen Strauhof	15 500	9 300	16 000	16 500	15 540
Ausstellungen Stadthaus	19 000	–	3 100	22 300	15 440
Filmpodium-Kino	40 928	42 066	48 677	48 756	44 228



## 4.3 Museum Rietberg

### 4.3.1 Aufgaben

Das Museum Rietberg ist ein zeitgemässes, international ausstrahlendes Kunstmuseum, das die Verbundenheit der Stadt Zürich mit den Völkern der Welt bezeugt. Es wirbt für Verständnis und Interesse für fremde Weltanschauungen und Werte und schärft den Blick für die Rollen von Frauen und Männern in den verschiedenen Kulturen. Das Museum erfüllt einen wichtigen Kulturauftrag und erhöht die touristische Attraktivität der Stadt.

Die Sammlung ist die Basis für sämtliche Aktivitäten des Museums und begründet das Ansehen, das es weltweit genießt. Sie erfordert eine fachgerechte Pflege, wissenschaftliche Bearbeitung sowie den Ausbau und die aktive Bewirtschaftung der Kunstbestände.

Das Museum schafft ein breites Bildungs- und Veranstaltungsangebot für ein breites Publikum (lokale Bevölkerung und Tourismus, Gruppen (Schulen) und spezialisierte Einzelpersonen (Fachleute, Studierende).

Das Museum pflegt und betreibt den Rietberg-Komplex, eine einzigartige Kombination aus aussereuropäischer Kunst (Museumsbetrieb), berühmter Geschichte (Richard Wagner und Villa Wesendonck), schützenswerter Natur (Park) und, seit 2007, einem attraktiven Museumsneubau.

Die grösste Wirkung in der Öffentlichkeit (hohe Besuchszahlen, internationales Aufsehen und touristische Attraktivität) erreicht das Museum mit der Durchführung von Sonderausstellungen.

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

Die Hauptaufgaben des Museums lagen in den folgenden Bereichen:

- Realisierung von Sonderausstellungen
- Erweiterung des Schaudepots, Neueinrichtung des Ateliers und Neupräsentation der China-Abteilung

2012 besuchten 83 486 Personen das Museum. Die Sonderausstellungen im Werner-Abegg-Saal erreichten folgende Besuchszahlen:

- «Mystik – Die Sehnsucht nach dem Absoluten» (23. September 2011 bis 15. Januar 2012); 44 013 Besuchende total (12 151 Besuchende vom 2. bis 15. Januar 2012)
- «Helden – Ein neuer Blick auf die Kunst Afrikas» (26. Februar bis 3. Juni 2012); 22 179 Besuchende
- «Die Schönheit des Augenblicks – Frauen im japanischen Holzdruck» (8. Juli 2011 bis 14. Oktober 2012); 27 111 Besuchende
- «Chavin – Perus geheimnisvoller Andentempel» (24. November 2012 bis 10. März 2013); 9 699 Besuchende (bis 31. Dezember 2012)

Im Novartis-Saal und in der Park-Villa waren folgende Ausstellungen zu sehen:

- «Plattform Multimedia» (20. März bis 17. Juni 2012)
- «Streetparade der Götter» (20. Juli bis 11. November 2012)
- «Götterwelten – Hinduistische Mythen» (3. April bis 31. Dezember 2012)

Die am 15. Januar zu Ende gegangene Mystik-Ausstellung war nach der Angkor-Ausstellung 2007 die am zweitbesten besuchte Schau seit der Neueröffnung des Museums. Der Höhepunkt des Jahres war das grosse Japan-Fest, das Tausende von Besucherinnen und Besuchern anzog. Während der zweiten Jahreshälfte waren die Räume der China-Sammlung geschlossen. Sie wurden vollständig umgebaut für die Neupräsentation der als Dauerleihgabe ans Museum gelangten Meiyintang-Sammlung mit chinesischer Keramik.



Japan-Fest, 7. und 8. Juli 2012. (Bild: Stadt Zürich)

Für Ausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen erhielt das Museum Spenden und Sponsoringmittel von folgenden Institutionen: Rietberg-Gesellschaft, Rietberg-Kreis, Novartis, Swiss Re, Parrotia-Stiftung, JTI International, Avina Stiftung, Credit Suisse, Elena Probst Fonds der Stiftung Accentus, Rah Kulturfonds, Pro Helvetia sowie Share Foundation. Hinzu kamen Spenden von Privatpersonen. Die Multimedia-Abteilung wurde finanziert von der Ernst Göhner Stiftung, der Gebert Ruff Stiftung, der Schwyzer-Stiftung, der Avina Stiftung und der Art Mentor Foundation Lucerne.

Insgesamt 6,6 Stellen, insbesondere für temporäre Projekte, wurden von Privatpersonen finanziert sowie von der Rietberg-Gesellschaft und der Boner Stiftung für Kunst und Kultur.

178 Kunstwerke gelangten als Geschenke in die Sammlung des Museums. Zwölf Objekte wurden mit städtischen Mitteln gekauft. Der gesamte Wert der Geschenke beläuft sich auf Fr. 818 600.–.

Das Museum hat grosse Objektgruppen an drei bedeutende Ausstellungen in Genf, Köln und Brasilien ausgeliehen; die mit zahlreichen Rietberg-Leihgaben bestückte Indien-Ausstellung in Brasilien wurde von 1,2 Millionen Menschen besucht. Erstmals hat das Museum ein Werk aus seiner Sammlung nach China ausgeliehen.

Aus den Sammlungsbeständen des Museums wurden insgesamt 349 Objekte an andere Institutionen ausgeliehen: Centro Cultural Banco do Brasil in Rio de Janeiro, São Paulo und Brasília; Cleveland Museum of Art; The Metropolitan Museum of Art, New York; Suzhou Museum, Suzhou, Jiangsu (CN); Musée Dapper, Paris; Musée du Quai Branly, Paris; Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Bonn; Rautenstrauch-Joest-Museum, Köln; Africa Museum, Berg en

Dal (NL); Kunstsammlungen der Ruhr-Universität, Bochum; Royal Academy, London; Fondazione Roma-Arte-Musei, Rom; Schweizer Holzbildhauerei-Museum, Brienz; Fondation Baur, Genf; Musée d'Ethnographie de Genève, Conches; Museo delle Culture, Lugano.

Dauerleihgaben befinden sich in folgenden Institutionen: Wereldmuseum Rotterdam; Museum für Asiatische Kunst, Berlin; Deutsches Hygiene-Museum, Dresden; Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig; Zoo Zürich; Medizinhistorisches Institut und Museum, Zürich; Kunsthaus Zürich.

Die Rietberg-Gesellschaft, der Förderverein des Museums, konnte die Mitgliederzahl von 4306 auf 4370 erhöhen.

#### 4.3.3 Kennzahlen

Die Kennzahlen, die in der Rechnung 2012 kommentiert und aufgelistet sind, entsprechen den Erwartungen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Museums haben insgesamt 1167 Gruppen durchs Museum geführt oder Anlässe organisiert. Diese lassen sich unterteilen in 172 öffentliche, 335 private Führungen und 290 weitere Anlässe sowie 370 Workshops, davon 201 für Schulklassen.

Detaillierte Listen und Objektbeschreibungen sämtlicher Geschenke und Ankäufe, ausführliche Berichte über die Ausstellungen und Veranstaltungen sowie über die Publikationen werden im Jahresbericht der Rietberg-Gesellschaft publiziert.

#### Kennzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012
Gesamtbesuchszahlen	80 613	84 042	108 551	93 448	83 486

## 4.4 Bevölkerungsamt

### 4.4.1 Aufgaben

Die Vision des Bevölkerungsamts lautet «Top-Leistungen für Zürich». Im Bevölkerungsamt der Stadt Zürich sind das Bestattungs- und Friedhofamt, das Personenmeldeamt, das Zivilstandsamt und die Stimmregisterzentrale integriert. Haupttätigkeiten des Personenmeldeamts und des Zivilstandsamts sind Registrieren, Bewirtschaften und Beurkunden von Personendaten und zivilstandsamtlichen Ereignissen der Einwohnenden und der Bürgerschaft. Diese Tätigkeiten bilden die Grundlage für alle einwohnerbezogenen Verwaltungstätigkeiten der Stadt Zürich. Über die Bestätigung der persönlichen Verhältnisse, die Identifikation im In- und Ausland sowie die Beurkundung der familienrechtlichen Stellung wird die administrative Voraussetzung für die Bewegungsfreiheit der Menschen geschaffen.

Das Bestattungs- und Friedhofamt bürgt für würdevolle Bestattungen und Gräberbesorgungen und lässt die Hinterbliebenen und Trauernden den Umgang mit dem Todesfall als pietätvoll erleben.

Die Stimmregisterzentrale beglaubigt die Unterschriften der Stimmberechtigten, die eine Initiative oder ein Referendum unterzeichnet haben, und ist dafür verantwortlich, dass die Stimmrechtsausweise fristgerecht verpackt und verschickt werden.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

Das Berichtsjahr startete mit vier Personalinformationsveranstaltungen zur überarbeiteten Strategie 2012–2015. Entsprechend den strategischen Zielen haben in der Folge sieben Arbeitsgruppen mit Mitarbeitenden aus allen Abteilungen des Amts ihre Arbeiten begonnen. Die Tätigkeiten umfassen unter anderem eine Kundenerhebung, die Entwicklung von Ideen für zusätzliche Kundenerwartungen, zwei Anlässe zur Stärkung des Verständnisses für fremde Kulturen und ein Controllingkonzept.

Zudem wurden diverse Aktionen ausserhalb der Arbeitszeit auf die Beine gestellt, um das «Wir-Gefühl» im Amt zu stärken. Alle Arbeitsgruppen sind auf Kurs.

Ebenso hielten die verschiedenen IT-Projekte im Amt die bestimmenden Erfolgsfaktoren Termin, Qualität und Kosten ausgezeichnet ein. Am 6. Juni 2012 konnte die Fachapplikation des Bestattungs- und Friedhofamts erfolgreich auf eine neue Plattform transferiert werden; die alte IT-Lösung war mittlerweile fünfzehn Jahre alt. Ein weiterer Erfolg im selben Segment: Am Public Services Day 2012 hat SAP Schweiz die Stadt Zürich im März für das Projekt TopaZ des Bevölkerungsamts mit dem Innovationspreis gekürt. Dasselbe Projekt wurde auch für den Asco Award für vorbildliche und nachhaltige Transformationsprozesse nominiert.

Die Sicherheitskenntnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Stadthaus wurden mittels eLearning überprüft, und alle dezentralen Stellen des Bevölkerungsamts sind mit guten Resultaten vor Ort überprüft worden.

Die Lernenden des Amts haben die Lehrabschlussprüfung mit sehr guten Noten bestanden.

### Bestattungs- und Friedhofamt

Am 22. September konnte das Friedhof Forum, das neue Kultur- und Servicezentrum, mit grossem Erfolg seine Tore öffnen. Als Büro für die «letzte Reise» ist das Friedhof Forum eine zentrale Anlaufstelle für Zürcherinnen und Zürcher, die sich für die Themen Sterben, Tod, Bestatten und Trauern interessieren. Das Forum ist einzigartig in der Schweiz. Es arbeitet mit externen Fachleuten, Bildhauerinnen und Bildhauern sowie Kulturschaffenden zusammen und bietet Dienstleistungen von der Grabmalgestaltungsberatung über Fachveranstaltungen bis hin zu Führungen, Ausstellungen und Podiumsdiskussionen zu Themen rund um den Tod an.



Stadtpräsidentin Corine Mauch und Sergio Gut, Direktor Bevölkerungsamt, eröffnen das Friedhof Forum. (Bild: Stadt Zürich)

Der Brauch, Masken von Verstorbenen zu erstellen, stösst auf Interesse. Das Amt hat darum an der Eröffnung des Friedhof Forums der Öffentlichkeit erstmals den Abguss der Gesichter von Verstorbenen als Angebot bekannt gemacht. Ein weiteres Novum sind transparente Plexiglasplatten in mehreren Farben an der Nischenwand im Friedhof Sihlfeld. Der Vorteil: Schöne Urnen bleiben sichtbar. Als Pilotversuch wurden in verschiedenen Friedhöfen Kerzenautomaten aufgestellt. Der Trend, dass sich immer mehr Menschen in der Stadt für eine Beisetzung in Gemeinschaftsgräbern entscheiden, hält weiter an. Das Bestattungs- und Friedhofamt verzeichnete auch im Berichtsjahr ein weiter steigendes Interesse der Medien und der Öffentlichkeit an den Themen Sterben, Tod, Bestatten und Trauern.

### Personenmeldeamt

Die neu eingeführte Fachapplikation TopaZ für das Personenregister der Stadt Zürich hat ihre Feuerprobe bestanden, läuft sehr stabil und bietet jetzt Möglichkeiten, die bestehenden eGovernment-Dienstleistungen zu optimieren. Täglich werden rund 2000 Datenänderungen mit TopaZ verarbeitet.

Im Hinblick auf die Einführung des neuen Erwachsenenschutzrechts wurden in enger Zusammenarbeit mit der Erwachsenenschutzbehörde verschiedene Abläufe neu modelliert und alle Mitarbeitenden geschult. Das Projekt «Prozess- und Qualitätsmanagement» wurde nach dem Bestattungsamt und



Hinter der Hausnummer verbirgt sich neuerdings für jede Wohnung eine zusätzliche Nummer. (Bild: Stadt Zürich)

dem Zivilstandsamt nun auch im Personenmeldeamt erfolgreich weitergeführt.

In Zusammenarbeit mit Statistik Stadt Zürich und dank grossem Engagement der Beteiligten konnte das Projekt «amtliche Wohnungsnummerierung» abgeschlossen werden. Rund 90000 Personen wurde die noch fehlende Wohnungsnummer zugeteilt. Damit erfüllt die Stadt Zürich die Volkszählungsstandards, die der Bund bis Ende 2012 vorgegeben hat.

### Zivilstandsamt

Zum kleinen Medienereignis wurde die erste Übertragung einer Trauung via das Videotelefonieangebot «Skype». Dank dieser Technologie haben Verwandte und Bekannte der Brautleute Gelegenheit, überall auf der ganzen Welt bei der Zeremonie «dabei» zu sein. Der kostenlose Service wird von den Traupaaren sehr geschätzt.

Die gesetzlich vorgeschriebene Schlusskontrolle der Rückerfassung der Familienregister konnte abgeschlossen werden. Damit sind die Voraussetzungen für die Digitalisierung und Mikroverfilmung der alten Familienregisterblätter geschaffen. Die Anzahl der Trauungen ist auf einem hohen Niveau stabil. Am 12.12.2012 haben 32 Paare die Ehe geschlossen. Die Trautermine waren rasch ausgebucht. Kein Wunder, gilt es nun rund neunzig Jahre zu warten, bis das nächste Schnapszahldatum ansteht.

Die vom Bund vorgeschriebene und durch die Kommunen zu finanzierende Ausbildung zu Zivilstandsbeamtinnen und -beamten mit eidgenössischem Fachausweis haben weitere drei Mitarbeiterinnen mit Erfolg bestanden. Somit müssen noch 35% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Fachausweis erwerben. Im Hinblick auf die neuen Möglichkeiten, die das Zivilgesetzbuch ab 2013 im Namensrecht zulässt, wurde das gesamte Personal Ende Jahr geschult.

### Stimmregisterzentrale

Für die vier Urnengänge im Berichtsjahr wurden insgesamt 922646 Stimm- und Wahlunterlagen verpackt und versandt. Rund 220000 Stimmberechtigte in der Stadt und etwa 9000 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in 116 Ländern werden jeweils bedient. Bei der brieflichen Stimmabgabe wurden pro Urnengang durchschnittlich 74000 Abstimmungsküverts auf die zwölf Stadtkreise verteilt und an die



Die Verpackungsmaschine in der Stimmregisterzentrale Zürich läuft auf Hochtouren. (Bild: Stadt Zürich)

neun Wahlkreise zur Auszählung weitergeleitet. Die Stimmregisterzentrale hat im Berichtsjahr so viele Unterschriften aus Initiativen und Referenden wie noch nie zuvor beglaubigt. Der enorme Anstieg hat in einem Fall zu einer Verzögerung

in der Beglaubigung geführt. Die Stimmregisterzentrale hat mit Prozessoptimierungen und proaktiver Kommunikation auf den Vorfall reagiert. Bereits die unmittelbar darauf folgenden Beglaubigungen wurden wieder termingerecht abgeliefert.

#### 4.4.3 Kennzahlen

Allgemeine Kennzahlen	2008	2009	2010	2011	2012
Zu-, Um- und Wegzüge natürlicher Personen	125 104	125 435	132 524	133 412	125 366
Auszüge aus dem Personenregister	40 379	40 786	43 260	45 270	43 316
E-Government-Transaktionen	127 045	127 979	143 165	138 472	136 255
Anträge für Pässe und Identitätskarten	44 267	44 671	19 911	16 037	15 164
Beurkundungen in den Zivilstandsregistern	63 698	78 182	62 087	51 626	32 307
Ausgefertigte Dokumente aus den Registern	42 335	47 631	48 450	46 657	47 191
Bestattungen in Zürich von Einwohnenden	3 466	3 416	3 363	3 310	3 275
Einäscherungen (inkl. umliegender Gemeinden)	6 132	6 083	6 047	6 290	6 136
Vereinbarungen über Bestattungswünsche	14 647	15 078	15 572	16 059	16 585
Gräber- und Nischenbestand	55 467	54 560	53 417	51 822	50 228
Abgabe von neuen Mietgräbern	224	244	210	246	198
Beisetzungen in Gemeinschaftsgräbern	1 199	1 237	1 201	1 239	1 242
Geprüfte Unterschriften (Initiativen, Referenden)	155 785	76 203	105 300	108 259	187 598

## 4.5 Statistik Stadt Zürich

### 4.5.1 Aufgaben

Die Dienstabteilung Statistik Stadt Zürich erfüllt insbesondere folgende Aufgaben:

- Information der Öffentlichkeit über statistische Daten (Medienmitteilungen, aktuelle Analysen, Jahresberichte sowie Statistisches Jahrbuch)
- Auskunftsdienst für Benutzerinnen und Benutzer einschliesslich Ausführung von Spezialaufträgen für Kundinnen und Kunden
- Vorbereitung, Durchführung und Analyse von Erhebungen auf Stadtgebiet
- Auftragsarbeiten und Dienstleistungen für andere Dienststellen und -abteilungen, für regionale und eidgenössische Statistikstellen sowie für Dritte
- Führung und Weiterentwicklung des städtischen Datawarehouse

– Wahrnehmung der Interessen und Verpflichtungen der Stadt Zürich gegenüber eidgenössischen und regionalen Stellen sowie Fachgremien für die Belange der Statistik

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

Am 25. Mai 2011 fasste der Stadtrat auf Antrag der Stadtpräsidentin den Beschluss, die seit 2004 zusammengelegten Hauptabteilungen Stadtarchiv und Statistik per 1. Januar 2012 wieder zu eigenständigen Dienstabteilungen zu machen. Die Gründe für die Trennung lagen im unterschiedlichen Kerngeschäft und den zu unterschiedlichen Zielgruppen der beiden Abteilungen. Mit der Zusammenlegung konnten keine Optimierungen in den Geschäftsprozessen erzielt werden. Die in den Querschnittsbereichen IT, Personal und Finanzen angestrebten Synergien wurden mit anderen Massnahmen umgesetzt, so mit der Realisierung der städtischen IT-Strategie und der Zentralisierung der Bereiche Personal und Finanzen im Departementssekretariat des Präsidialdepartements. Diese Synergien bleiben

nach der Aufteilung in zwei eigenständige Dienstabteilungen bestehen, es sind keine zusätzlichen Ressourcen erforderlich. Mit der separaten Führung der beiden Abteilungen werden zudem die Entscheidungs- und Kommunikationswege kürzer.

Im Berichtsjahr 2012 wurden die folgenden Schwerpunkte bearbeitet:

- eStatistics
- Migration SAS
- Qualitätssicherung
- städtische Statistikstrategie

Weitere wichtige Aktionsfelder waren die Mitwirkung in städtischen und nationalen Projekten sowie die Vertretungen in statistischen Gremien zur Wahrung der Interessen der Stadt Zürich. Zu den Gremien gehören die KORSTAT (Konferenz der regionalen statistischen Ämter), die REGIOSTAT (Kontaktforum zur Förderung der statistischen Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden) sowie der Schweizerische Städteverband.

Die Schwerpunkte im Einzelnen:

- eStatistics: Die Aktivitäten dieses Schwerpunkts sind in den Legislaturschwerpunkt eZürich eingebettet. Am 28. Juni 2012 hat Zürich als erste Schweizer Stadt ein Open-Government-Data-(OGD-)Portal aufgeschaltet. Statistik Stadt Zürich zeichnet für das Portal verantwortlich und ist die zentrale Anlaufstelle für stadinterne und -externe OGD-Anliegen. Im Berichtsjahr hat Statistik Stadt Zürich zudem einen Webshop für die elektronische Abwicklung von Bestellungen, hauptsächlich von Printprodukten, eingerichtet.
- Migration SAS: Um den Anforderungen einer höheren Automation gerecht zu werden, wurde das Statistikwerkzeug SAS eingeführt. Mit der gewonnenen Funktionalität können die Statistikprozesse rationeller organisiert und effizienter dokumentiert werden. Als Zusatznutzen der Umstellung konnten redundante Datenhaltungen reduziert und die Nutzung des städtischen Datawarehouse erhöht werden.
- Qualitätssicherung: Unter diesem Oberbegriff liefen die erstmalige Realisierung eines Chancen- und Risikoberichts, die Erarbeitung von Klassierungsrichtlinien für Daten, die Dokumentation der relevanten Geschäfts- und Supportprozesse sowie eine systematische Prozessreview für alle bereits dokumentierten Finanz-, Geschäfts- und Supportprozesse.

Weitere Projekte im Berichtsjahr waren:

- Städtische Statistikstrategie: Zur Optimierung der Statistik in der Stadtverwaltung Zürich wurden entsprechend einem Stadtratsbeschluss ein Steuerungsorgan und ein Koordinationsgremium Statistik eingesetzt. Das unter Leitung von Statistik Stadt Zürich stehende Koordinationsgremium hat im Laufe des Berichtsjahres einen Entwurf für eine städtische Statistikstrategie sowie ein statistisches Mehrjahresprogramm erarbeitet, die im vierten Quartal dem strategischen Steuerungsorgan vorgestellt wurden.
- Bevölkerungsszenarien: Gemäss den neuen, im Mai 2012 veröffentlichten Bevölkerungsszenarien wird die Anzahl Personen in der Stadt Zürich von 390 082 im Jahr 2011 bis auf etwa 446 000 im Jahr 2025 wachsen. Das Wachstum ist vor allem auf die rege Bautätigkeit zurückzuführen. Das

neu konzipierte Szenarienmodell berücksichtigt unter anderem bewilligte Bauprojekte, Baureserven, Entwicklungen von Zu- und Wegzug, Geburten sowie die Lebenserwartung der Menschen in Zürich.

- Statistik um 12: Im Rahmen der Mittagsveranstaltung «Statistik um 12» wurden aktuelle statistische Informationen einem breiten Publikum zugänglich gemacht. Es wurden drei Anlässe zu den Themen «Veloverkehr», «Zürcher Arbeitsmarkt» und «Wohnungsbau in der Stadt Zürich» durchgeführt, die alle sehr gut besucht waren.
- Strukturhebung: Im Rahmen der neuen Volkszählung wurden im Jahr 2010 in der Stadt Zürich knapp 40 000 Personen befragt. Statistik Stadt Zürich hat anhand dieser Daten im Berichtsjahr Analysen zu Sprachen (Arbeitssprache, Hauptsprache), Pendlern, Ausbildung und Religionen verfasst. Diese wurden im Internet als Webartikel aufgeschaltet, die nach und nach die traditionellen Printpublikationen ablösen.
- Bevölkerungsstatistiksystem BVS6: Die Ablösung der jetzigen AS400-Applikation BVS5 wurde im Berichtsjahr stark vorangetrieben. Ziel ist, die Bevölkerungsstatistik zu einem grossen Teil zu automatisieren, indem die Daten des Bevölkerungsamts nach definierten Regeln interpretiert und statistisch aufbereitet werden.
- Historische Datenbank: Ein grosser Teil der Daten von Statistik Stadt Zürich ist nur auf Papier verfügbar, meist in Form von Jahrbüchern, die seit 1904 publiziert werden. Im Rahmen des Projekts «Historische Datenbank» sollen diese wertvollen Daten digitalisiert und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Ein erster Schritt ist das Erstellen von PDFs der alten Jahrbücher. Diese werden im Frühjahr 2013 im Internet publiziert.
- 100 % Zürich: Im Oktober gastierte das deutsch-schweizerische Regie-Trio Rimini Protokoll mit seiner Produktion «100 % Zürich» im Theaterhaus an der Gessnerallee. Hundert Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher wurden in einer Kettenreaktion stichprobenmässig ausgewählt und erzählten ihre Geschichten auf der Bühne. Statistik Stadt Zürich stellte das Raster für die Stichprobenziehung zusammen und lieferte Zahlen und Fakten für das Programmheft. Die Direktorin von Statistik Stadt Zürich löste als Nummer 1 die statistische Kettenreaktion aus und eröffnete die allesamt ausverkauften Vorstellungen.



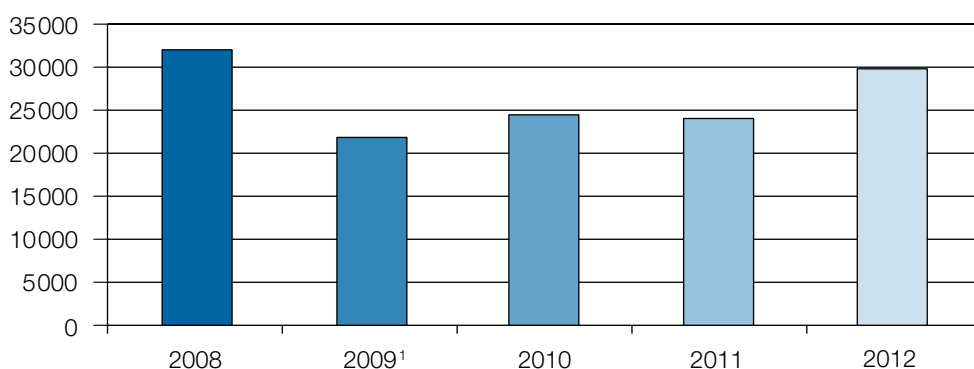
100 % Zürich: Die hundert Darstellerinnen und Darsteller liessen die Zuschauerinnen und Zuschauer an ihren Geschichten teilnehmen. (Bild: Pigi Psimenou)

### 4.5.3 Kennzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012
Anzahl Medienmitteilungen	20	16	18	17	24
Anzahl Internetseitenaufrufe	383700	262028 <sup>1</sup>	292990	288590	356978
Anzahl Internetdownloads (PDF und Excel)	101000	66845 <sup>1</sup>	78224	77421	115549

<sup>1</sup> Rückgang durch verändertes Angebot im neuen Internetauftritt der Stadt Zürich per 1.12.2008

### Besuchte Internetseiten pro Monat, Statistik Stadt Zürich, 2008–2012



<sup>1</sup> Rückgang durch verändertes Angebot im neuen Internetauftritt der Stadt Zürich per 1.12.2008

## 4.6 Stadtarchiv

### 4.6.1 Aufgaben

Die Dienstabteilung Stadtarchiv erfüllt insbesondere folgende Aufgaben:

- Übernahme, Bewertung, Erschliessung, Konservierung und archivgerechte Lagerung archivwürdiger Aktenbestände der Departemente, Ämter und Behörden sowie Privater
- Dokumentation der Geschichte der Stadt Zürich, Führung der Bibliothek des Stadtrats
- Rückleihe archivierter Akten an städtische Amtsstellen
- Betrieb eines öffentlich zugänglichen Lesesaals und Erteilung schriftlicher Auskünfte an Amtsstellen und Private

### 4.6.2 Jahresschwerpunkte

Per 1. Januar 2012 ist das Stadtarchiv Zürich wieder eine eigene Dienstabteilung. Der Stadtrat hat die ehemalige Dienstabteilung «Archiv und Statistik» aufgehoben und die beiden Hauptabteilungen zu eigenständigen Dienstabteilungen gemacht. Wie sich zeigte, sind die Kerngeschäfte und die Zielgruppen der beiden Abteilungen unterschiedlich, und mit der Zusammenlegung konnten keine Optimierungen in den Geschäftsprozessen erzielt werden. Die in den Querschnittsbereichen IT, Personal und Finanzen angestrebten Synergien wurden mit anderen Massnahmen umgesetzt, so mit der Realisierung der städtischen IT-Strategie und der Zentralisierung der Bereiche Personal und Finanzen im Departementssekretariat

des Präsidialdepartements. Diese Synergien bleiben nach der Aufteilung in zwei eigenständige Dienstabteilungen bestehen, es sind keine zusätzlichen Ressourcen erforderlich. Mit der separaten Führung der beiden Abteilungen werden zudem die Entscheidungs- und Kommunikationswege kürzer. Aufgrund der Autonomie der Kerngeschäfte der beiden Institutionen liess sich die Trennung ohne grossen Aufwand und ohne grosse Umstellungen verwirklichen.

Die Herausforderungen für das Stadtarchiv 2012 lagen im Bereich des Projekts «Records Management in der Stadtverwaltung Zürich» und im Abschluss der Sanierung des Hauses Neumarkt 4 bis Ende Jahr.

Im Auftrag des Stadtrats entwickelte das Stadtarchiv die Vorstudie «Voraussetzungen für ein Kompetenzzentrum Records Management» zu einem Konzept für ein Kompetenzzentrum Records Management mit einem Leistungsauftrag und einer entsprechenden Betriebsorganisation. Zur besseren Verankerung des Kompetenzzentrums und des Records Management innerhalb der Stadtverwaltung sollen nun vor dessen Aufbau in einem Projekt unter Federführung des Stadtarchivs die massgeblichen Richtlinien und Arbeitsinstrumente für Records Management in der Stadtverwaltung Zürich in Zusammenarbeit mit einer Projektgruppe aus den Departementen und Dienstabteilungen ausgearbeitet werden.

Die Sanierung des Hauses Neumarkt 4 wurde Ende November abgeschlossen. Die neu ausgestatteten Archivmagazin-

Geschosse und die moderne Klimaanlage wurden nach der Rückführung der Bestände bereits Ende Mai in Betrieb genommen. Damit können die Archivbestände wieder fachgerecht und auf einem guten Standard gelagert und langfristig aufbewahrt werden. Trotz der erschwerten Arbeitsbedingungen und der hohen Zusatzbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während der Aus- und Rücklagerungen erreichte das Stadtarchiv-Team das Ziel, den Leistungsauftrag mit so wenigen Einschränkungen für die Nutzenden wie möglich zu erfüllen.

### **Vorarchiv / Aktenübernahmen**

2012 wurden 477,6 Laufmeter Akten aus der Stadtverwaltung und 199,3 Laufmeter von privater Seite übernommen. Die gegenüber dem Vorjahr wesentlich grössere Anzahl an Aktenübernahmen resultiert daraus, dass der durch die Sanierung der Magazine am Neumarkt bedingte Ablieferungsstopp wieder aufgehoben werden konnte. Zu den wichtigsten Ablieferungen aus der Verwaltung gehörten im Berichtsjahr die Akten der Sozialhilfe 1991–1996 mit 215 Laufmetern, die Personenakten der vormundschaftlichen Massnahmen 1993–1997 mit 87,2 Laufmetern, die Fallakten der Jugend- und Familienhilfe 1926–2001 mit 24,7 Laufmetern, die Akten zum Polizeiprotokoll 1995–2002 mit 26 Laufmetern, die Akten und Protokolle der Kreisschulpflege Schwamendingen 1963–2007 mit 11 Laufmetern sowie die Akten der Krankenpflegeschule des Stadtspitals Triemli 1964–2010 mit rund 48 Laufmetern.

Bei den Spezial- und Kulturarchiven (Signatur VII.) sind in diesem Jahr ebenfalls gewichtige Neuzugänge zu vermerken, so unter anderem zwei grössere Ablieferungen zum Archiv der Schauspielhaus Zürich AG bzw. der Neuen Schauspiel AG mit rund 40 Laufmetern, das Archiv des Schweizerischen Kammerchors mit 10 Laufmetern und das Archiv des «sogar theaters» mit 20 Laufmetern. Ebenso wurde eine Ergänzung zum Archiv des bekannten Fotografen Michael Wolgensinger (1913–1990) im Umfang von 3 Laufmetern und das Firmenarchiv der 1834 gegründeten Landolt Weine AG mit rund 18 Laufmetern übernommen.

Die Beratungen der Verwaltungseinheiten in Fragen des Records Management bzw. der Aktenführung konnten sich im Jahr 2012 auf eine neu entwickelte Aktenplan-Vorlage für Verwaltungseinheiten der Stadt Zürich stützen. Diese wurde von zahlreichen Verwaltungseinheiten genutzt.

### **Archivierungen**

Unter den Archivierungs- und Erschliessungsarbeiten verdient die schon längere Zeit laufende und demnächst abgeschlossene Bearbeitung des von der Forschung häufig verwendeten Archivs der Schauspielhaus Zürich AG bzw. der Neuen Schauspiel AG besondere Erwähnung (160 Laufmeter). Ebenfalls bald beendet wird die Neuarchivierung des Planarchivs (Abt. IX.). Bei den in der Abteilung Hauptarchiv (V.) zusammengefassten Akten und Druckschriften der Stadtverwaltung sind hervorzuheben: Akten des Personalamts 1913–1989 (25,5 Laufmeter), Akten des Arbeitsamts 1943–1995 (3 Laufmeter), Akten und Pläne der Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich bzw. des Tiefbauamts zum U-Bahn-Projekt 1911–1979 (5,5 und 11,5 Laufmeter). Die Bearbeitung der rund 40 Laufmeter umfassenden Akten und Pläne des Hochbauinspektorats 1872–1960 wurde fortgesetzt. Daneben wurden laufend kleinere und mittlere Bestände erschlossen.

### **Informatik**

Im Rahmen des Projekts Elektronische Archivierung wurde in Zusammenarbeit mit der OIZ und der Firma Scope Solutions AG eine Integrationsumgebung aufgebaut, die aus der im Stadtarchiv im Einsatz stehenden Archivsoftware scopeArchiv, einem Ingest-Server und dem Repository Fedora besteht. Auf dieser Umgebung werden nun die Möglichkeiten getestet, elektronische Aktenablieferungen ans Stadtarchiv zu erzeugen. Sowohl für kleinere Übernahmen einzelner Dateien oder Ordnerstrukturen wie auch für grössere elektronische Ablieferungen, die dem Standard eCH-0160, «Archivische Ablieferungsschnittstelle», entsprechen, verliefen die ersten Tests vielversprechend.

Im Sommer 2012 begannen die Vorarbeiten für die Einführung des Records-Management-Systems ELO Enterprise im Stadtarchiv und die damit verbundene Ablösung des Dokumentenmanagementsystems Lotus Notes. Die Einführung ist für das zweite Quartal 2013 geplant.

### **Raubewirtschaftung**

In der ersten Jahreshälfte wurden die 2011 wegen der Sanierung des Archivmagazins ausgelagerten Archivbestände zurückgeführt. Die nach der Rückführung notwendige Aktualisierung der Datenbankeinträge wird die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtarchivs auch im nächsten Jahr beschäftigen.

Im Aussenlager des Stadtarchivs im Verwaltungszentrum Werd wurde zusammen mit der IMMO die Einrichtung einer Kühlzelle für die archivkonforme Lagerung von Filmen sowie die weitere Ausstattung der Archivräume geplant. Die Kompaktanlage sowie die Kühlzelle werden im ersten Quartal 2013 einsatzbereit sein.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Am 12. März 2012 fand die gemeinsam mit dem Schweizerischen Sozialarchiv organisierte Buchvernissage für die Publikation des Stadtarchivs «Ich war der «Trämlergeneral»: Rückblick auf mein Leben» statt. Im Auftrag des Stadtarchivs edierte Mario Florin die Lebenserinnerungen von Alfred Traber (1884–1970), dem Stadtrat, Gewerkschafter und wichtigen Exponenten der Stadtzürcher Sozialdemokratie in den Zwanziger- und Dreissigerjahren des letzten Jahrhunderts. Kommentiert



«Trämlergeneral» Alfred Traber mit seinen Strassenbahnern am 1. Mai 1917 oder 1918. (Bild aus der Publikation «Ich war der «Trämlergeneral», Rückblick auf mein Leben» des Stadtarchivs)

und in einen historischen und psychosozialen Kontext gesetzt wurden die Erinnerungen in ergänzenden Artikeln von Nicola Behrens und Mario Florin. Die Vernissage wurde von der Stadtpräsidentin eröffnet und war sehr gut besucht.

Das Stadtarchiv beteiligte sich am alle fünf Jahre durchgeführten Schweizer Archivtag vom 3. November 2012. Bei dieser Gelegenheit präsentieren sich die Schweizer Archive mit Veranstaltungen, Führungen und Ausstellungen. Die Archive auf dem Platz Zürich koordinierten sich bei ihren Präsentationen.

Die Veranstaltung des Stadtarchivs und des Baugeschichtlichen Archivs stand unter dem Titel «Mit aufrichtiger Hochachtung» – Briefe aus dem Stadtarchiv Zürich, illustriert vom Baugeschichtlichen Archiv der Stadt Zürich. Menschliches und allzu Menschliches aus privater und amtlicher Korrespondenz wurde in Lesungen mit der Schauspielerin Graziella Rossi und dem Schauspieler Helmut Vogel, in einer Ausstellung und mit einer Werkstatt für Briefe vorgestellt. Fotografien aus dem Baugeschichtlichen Archiv der Stadt Zürich illustrierten die zu den Briefen gehörenden historischen Orte in der Stadt Zürich.

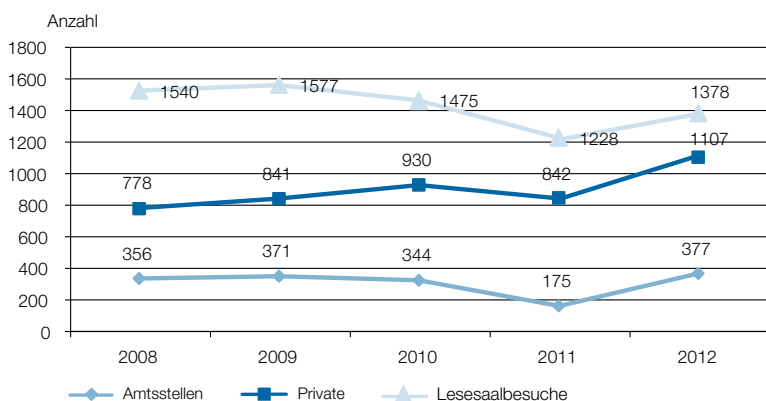
#### 4.6.3 Kennzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Stadtarchiv</b>					
Ablieferungen (Laufmeter)	149	176	180	62 <sup>1</sup>	478
Lesesaalbesuche	1 540	1 577	1 475	1 228 <sup>1</sup>	1 378
Schriftliche Anfragen	1 134	1 212	1 274	1 017 <sup>1</sup>	1 484

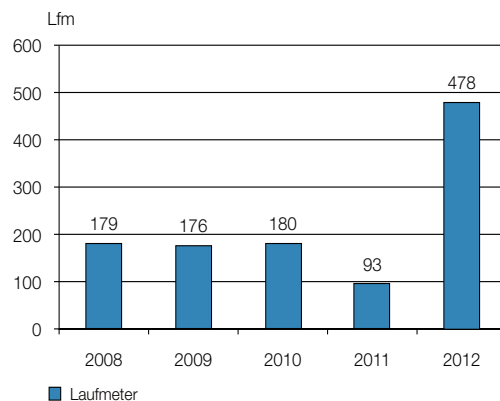
Entwicklung der Kennzahlen für schriftliche Anfragen und Lesesaalbesuche, Stadtarchiv, 2008–2012

<sup>1</sup> Aufgrund der Auslagerung aller Akten aus dem Archivmagazin wegen der Sanierung des Hauses Neumarkt 4 konnten 2011 keine Ablieferungen mehr entgegengenommen werden, und die Zugänglichkeit und Benutzung der Archivalien war stark eingeschränkt, was sich auf die Lesesaal-Besuche und die Beantwortung der Anfragen auswirkte.

#### Schriftliche Anfragen und Lesesaalbesuche 2008–2012



#### Ablieferungen 2008–2012



## 4.7 Stadtentwicklung Zürich

### 4.7.1 Aufgaben

Stadtentwicklung Zürich umfasst vier Bereiche: Der Bereich Stadt- und Quartierentwicklung bearbeitet Grundlagen-, Konzept- und Koordinationsaufgaben in den Themenfeldern Wohnen, Sozialraum, Nachhaltigkeit und quartierbezogene Wirtschaft und ergänzt die Arbeit der räumlichen Stadtplanung. Die Integrationsförderung koordiniert und vernetzt Integrationsbestrebungen der Stadt Zürich und ist Anlaufstelle für integrationsspezifische Anliegen. Sie berät und begleitet Integrationsprojekte von Dritten und bietet Integrationskurse, Erstinformation und Beratungen an. Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung sind Bestandespflege, Unterstützung von Ansiedlungen, Standortförderung und Standortpromotion. Bei den Aussenbeziehungen werden regionale, nationale und internationale Beziehungen gepflegt und grössere Projekte mit Bezug nach aussen durchgeführt. Alle vier Bereiche

haben zudem die Aufgabe, aktiv Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, einen regelmässigen Kontakt mit der Bevölkerung und mit privaten Akteurinnen und Akteuren zu pflegen und periodisch Veranstaltungen durchzuführen.

### 4.7.2 Jahresschwerpunkte

#### Stadt- und Quartierentwicklung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereiches engagierten sich in vielfältiger Weise im Legislatorschwerpunkt «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten». Anfang Jahr wurden die Anregungen und Ideen aus der Online-Stadtdebatte verwaltungsintern zur Diskussion gestellt und der detaillierte Auswertungsbericht veröffentlicht. Beim Mitwirkungsverfahren «Stadtteilwerkstatt ohne Grenzen» in Kooperation mit der Stadt Opfikon nahmen nach einer zweiten Grossgruppenveranstaltung verschiedene Gruppen aus der Bevölkerung ihre Arbeit





Über hundert im Quartier Wohnende oder Arbeitende haben am ersten «Stadtteilwerkstatt ohne Grenzen»-Workshop teilgenommen. (Bild: Stadt Zürich)

auf und wurden dabei betreut. Intensiv mitgearbeitet wurde zudem bei den unter Federführung des Amtes für Städtebau in partizipativen Prozessen entstehenden Leitbildern für die Quartiere Wollishofen und Altstetten. Beim partizipativen Prozess zum Münsterhof wird das Dossier der künftigen Nutzung des Platzes betreut.

Im Themenfeld Wohnen wurden neben den permanenten Koordinations- und Geschäftsführungsaufgaben zwei wohnpolitische Echoräume mit Beteiligung der stadträtlichen Wohndelegation und zahlreicher Exponentinnen und Exponenten des Wohnungsmarkts durchgeführt. Zudem wurde erstmalig die Auszeichnung «Nachhaltig Sanieren» ausgeschrieben und verliehen. Eine interdisziplinäre Jury unter dem Vorsitz der Stadtpräsidentin zeichnete dabei sieben vorbildliche Wohnbausanierungen aus.

Permanente Koordinationsaufgaben nahm der Bereich sodann mit der Geschäftsführung verwaltungsinterner Gremien in der räumlichen und sozialräumlichen Entwicklung wahr. Auch der Arbeitskreis Innenstadt, in dem sich Vertretende von Innenstadtorganisationen und Verwaltung periodisch treffen, wird von einer Mitarbeiterin des Bereichs geleitet. Zum Thema Mitwirkungs- und Beteiligungsprozesse wird der stadtinterne Wissenstransfer koordiniert.

Wie schon zwei Jahre zuvor wurden die Daten der Bevölkerungsbefragung 2011 quartierspezifisch ausgewertet und im Bericht «Fokus Quartiere» veröffentlicht. Der bisher 2004 und 2008 in gedruckter Form publizierte Nachhaltigkeitsbericht wurde in eine Internetlösung mit kürzeren Aktualisierungszyklen übergeführt. Um eine bessere Einordnung der hiesigen Verhältnisse zu ermöglichen, wurde dabei neu auch ein Städtevergleich integriert. Als wirtschaftspolitische Grundlage wurde zum dritten Mal nach 2005 und 2008 eine Firmenbefragung durchgeführt und veröffentlicht. Für die Stadtratsdelegation «Stadtleben im öffentlichen Raum» wurden interdepartemental erarbeitete Fakten und Einschätzungen zur sozialräumlichen Entwicklung aufbereitet.

Neben den bereits erwähnten Projekten und Gremien unter Federführung Dritter waren Mitarbeitende des Bereichs insbesondere auch in den permanenten oder temporären Arbeitsgruppen zur Revision des regionalen Richtplans sowie der Bau- und Zonenordnung, zur Bevölkerungsprognose, zur Statistikkoordinierung, zu den städtischen Entwicklungsgebieten und zum Langstrassengebiet, zur Nutzung und Gestaltung

des öffentlichen Raums, zu Energie- und Kostenfragen im Baubereich, zur VBZ-Netzentwicklungsstrategie und zum Stadtverkehr 2025 engagiert. Im Rahmen des interdepartementalen Kernteams zum Entwicklungsgebiet Zürich-West wurde das Thema Zentrenstruktur federführend weiter bearbeitet.

Weitere Aufgaben waren die Betreuung des Weltmarktes in Oerlikon und die Aktualisierung der Beiträge an die Quartiervereine. Auch die Abwicklung des 2010 aufgelösten Langstrassenkredits sowie das städtische Mitberichtswesen zu den Post- und Sprechstellennetzen gehörten zu den Tätigkeiten des Bereichs. Zu den Daueraufgaben zählen zudem verschiedene Referate, Führungen und Fachartikel sowie einzelne Jurytätigkeit.

### Integrationsförderung

Der Gemeinderat nahm im September 2012 den Bericht des Stadtrats zur Umsetzung der 2010 überwiesenen Motion 2007/138 (flächendeckende Informationsangebote in den Muttersprachen) zustimmend zur Kenntnis. Damit verbunden war die Genehmigung des städtischen Konzepts Erstinformation, in dessen Rahmen die bestehenden Basisangebote als Pilotprojekt zielgerichtet ergänzt werden.

Der Stadtrat stellte im Juni 2012 die integrationspolitischen Ziele der Stadt für die Jahre 2012–2014 vor. Sie umfassen fünfzehn Zielsetzungen, die sich sechs Stossrichtungen zuordnen lassen. Die Integrationsförderung koordinierte den vorbereitenden Prozess und wurde mit der Führung einer verwaltungsinternen Umsetzungsübersicht beauftragt.

Die Integrationsförderung führte auch 2012 die Geschäfte der Integrationsdelegation des Stadtrats und bereitete das jährliche Arbeitstreffen mit dem Ausländerbeirat vor. Zudem erarbeitete sie zuhanden des Stadtrats, der Stadtpräsidentin und des Schweizerischen Städteverbands Stellungnahmen und Rückmeldungen zu Vernehmlassungen und anderen Anfragen. Im Auftrag des Regierungsrats wirkte sie am Prozess zur Erarbeitung der kantonalen Integrationsstrategie bzw. des kantonalen Integrationsprogramms mit.

Im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Stadt- und Quartiere gemeinsam gestalten» leitete die Integrationsförderung das Teilprojekt «Neue Formen der Vernetzung». Dazu wurde eine qualitative Studie zu Familien im Kreis 9 publiziert. Im Teilprojekt «Nachbarschaft und Zivilgesellschaft» war die Integrationsförderung in der Begleitgruppe vertreten, ebenso bei Aktivitäten des Legislatorschwerpunkts Frühförderung. Innerhalb des Präsidialdepartements war die Integrationsförderung gemeinsam mit dem Bevölkerungsamt verantwortlich für den Departementsschwerpunkt Willkommenskultur.

Durch die Integrationsförderung geleitet wurden 2012 die interdepartementalen Arbeitsgruppen «Rassismus und Diskriminierung» (Vorbereitung des zweiten Rassismusberichts) und «Deutschkurse» (Koordination des gesamtstädtischen Angebots). Zudem war die Integrationsförderung in verschiedenen Arbeits- und Begleitgruppen tätig und unterstützte verschiedene städtische Stellen bei integrationsrelevanten Fragen.

Die von der Integrationsförderung 2012 realisierten Veranstaltungen waren gut besucht. Hervorzuheben sind die Zürcher Migrationskonferenz, das Informations- und Arbeitstreffen mit den Migrant\*innenorganisationen, eine stadtinterne Veranstaltungsreihe zur somalischen Bevölkerung und ein Anlass zum zehnten Jubiläum des Integrationskredits.

Ausserdem wurden der städtische Integrationskredit (33 genehmigte Projekte) und der Sprachförderkredit (76 realisierte Semesterkurse) weitergeführt. Die Integrationskurse für Frauen wurden 2012 auf eine neue konzeptuelle Grundlage gestellt (156 Teilnehmerinnen). An den Begrüssungsveranstaltungen für Neuzugezogene nahmen 1185 Personen teil; der vier Halbtage pro Woche geöffnete Welcome Desk wurde von 1155 Personen aus 119 Nationen besucht. Zudem wurden im letzten Quartal im Rahmen des Pilotprojekts «ergänzende Informationsprodukte» erste Veranstaltungen realisiert, die von rund 850 Personen besucht wurden.

Die Integrationsförderung berichtete 2012 mit acht Newslettern über ihre Aktivitäten und aktuelle Fragen und war durch Referate, Podiumsdiskussionen und Medienarbeit öffentlich präsent. Zudem vertrat sie in verschiedenen regionalen, nationalen und internationalen Gremien die Interessen der Stadt.

### Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung führte die enge Zusammenarbeit mit der Standortförderung des Kantons im Bereich der Ansiedlung neuer Unternehmen wie auch in der Clusterpolitik weiter.

In der Metropolitankonferenz Zürich leitet die Wirtschaftsförderung das Projekt «Zürich Green Region». Der Verein «Metropolitanraum Zürich» hat mit dem Trägerverein «Energistadt» und der Energieagentur der Wirtschaft Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet. Durch die Zusammenarbeit mit diesen beiden landesweit anerkannten Institutionen konnten fünf neue Gemeinden als Energistädte und acht Unternehmen aus dem Metropolitanraum für das KMU-Energiesparmodell gewonnen werden.

Im Rahmen des Legislativschwerpunkts «Kultur- und Kreativstadt Zürich» ermöglichte die Wirtschaftsförderung in Kooperation mit weiteren Partnern Game-Designerinnen und -Designern aus Zürich, sich und ihre Arbeiten im internationalen Umfeld zu präsentieren. Neben Auftritten an der «Game Developers Conference» in San Francisco im März sowie an den Deutschen Gamestagen in Berlin im April 2012 war die Präsenz an den Olympischen Spielen 2012 in London eine gute Plattform. Die Game Lounge wurde während der 24 Tage, an denen das House of Switzerland für die Öffentlichkeit zugänglich war, mit rund 15000 Besucherinnen und Besuchern zu einem Publikumsmagneten. Das halbtägige Symposium «Zürich Creative Day» mit einem wissenschaftlichen Teil, der Präsentation von fünf Game-Designerinnen und -Designern sowie einer Podiumsdiskussion mit Fachleuten aus der Szene verlieh dem Gesamtauftritt einen zusätzlichen Akzent.

Ebenfalls im Zuge des Zürcher Auftritts in London organisierte die Wirtschaftsförderung im House of Switzerland einen «Zürich LifeScience Day», an dem sich Vertreterinnen und Vertreter aus den Hochschulen und aus Zürcher Unternehmen präsentieren und mit Branchenvertreterinnen und -vertretern aus London austauschen konnten.

Im Rahmen des Engagements für den Finanzplatz Zürich organisierte die Wirtschaftsförderung Anfang 2012 wie bereits in den Vorjahren eine Aussprache zwischen der Stadt Zürich (vertreten durch die Stadtpräsidentin und den Finanzvorstand), führenden Persönlichkeiten des Finanzplatzes Zürich sowie Mitgliedern der Kantonsregierung. Zudem gab die Wirtschaftsförderung zusammen mit der Standortförderung des Kantons den Bericht «Finanzplatz Zürich 2012/3; Monitoring, Prognosen, Standortanalyse Versicherungen» heraus.

Die vier traditionell von der Wirtschaftsförderung organisierten Kontakttreffen des Stadtrats mit Vertretenden der Zürcher Wirtschaft wurden auch in diesem Jahr sehr geschätzt. 2012 wurden folgende Branchen eingeladen: Game- und Filmproduktion, Verband Zürcher Handelsfirmen, deutsche und österreichische Unternehmen sowie Unternehmen aus der Informations- und Kommunikationstechnik.

Die von der Stadt Zürich zusammen mit privaten Partnerinnen und Partnern Ende 2011 gegründete Stiftung BlueLion zur Förderung des Jungunternehmertums konnte bereits im Frühjahr 2012 den BlueLion Inkubator für Start-ups aus den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologien und Cleantech eröffnen.

Der Inkubator befindet sich in der Werkerei Schwamendingen. Diese hatte die Stadt als Zwischennutzung 2011 von der Amag übernommen. Anfang 2012 zogen die ersten Mieterinnen und Mieter ein. Bis Ende Jahr war die Werkerei zu rund 90 % ausgelastet.

Die Anzahl der Unternehmen, die mit Unterstützung der Wirtschaftsförderung in Zürich angesiedelt wurden, blieb unter dem Niveau des Vorjahres (vgl. Kennzahlen).



Grosses Interesse an der Eröffnung der Werkerei Schwamendingen. (Bild: Stadt Zürich)

### Verordnung über die Verbesserung von Rahmenbedingungen für KMU

Am 15. April 2011 trat die Verordnung über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU in Kraft. Mit der Verordnung setzte der Stadtrat in eigener Kompetenz Forderungen aus zwei Volksinitiativen aus dem Jahr 2009 zur Entlastung und Förderung der KMU um. Die Verordnung brachte als wesentliche Neuerungen die Einführung einer Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) für künftige Geschäfte und bestehende Erlasse, die Einsetzung einer beratenden Kommission («KMU-Forum») sowie die Bezeichnung einer Informations- und Koordinationsstelle für KMU in der Verwaltung.

Bei der Konkretisierung der Umsetzung war die Wirtschaftsförderung 2012 stark involviert. So führt sie die operativen Geschäfte des KMU-Forums, das der Stadtrat am 24. August 2011 mit zwölf Vertreterinnen und Vertretern des Gewerbes und der KMU gewählt hat. Das KMU-Forum hatte seine konstituierende Sitzung im November 2011 und führte 2012 sechs Sitzungen durch. Es befasste sich schwergewichtig mit der Erarbeitung eines Leitfadens zur Durchführung der RFA sowie mit der Sammlung von Erlassen des geltenden Rechts, die in den kommenden Monaten einer RFA unterzogen werden sollen.

Das Arbeitsinstrument dazu, der Leitfaden RFA, wurde per 1. Dezember 2012 in Kraft gesetzt.

Die Informations- und Koordinationsstelle ist als Vermittlerin zwischen Verwaltung und KMU konzipiert und soll den Geschäftsverkehr zwischen beiden Seiten erleichtern. Sie ist seit dem 9. Mai 2011 aktiv und wird ebenfalls von der Wirtschaftsförderung betrieben.

Am 17. Juni 2012 hatten die Stimmberechtigten der Stadt Zürich über den Gegenvorschlag des Gemeinderats zu den ursprünglichen – später zurückgezogenen – Volksinitiativen aus dem Jahr 2009 abzustimmen. Der Gegenvorschlag hatte zum Ziel, die bereits geltende Stadtratsverordnung zu stärken, indem er einen wirtschaftspolitischen Grundsatzartikel zugunsten der lokalen Wirtschaft und der KMU sowie die RFA in der Gemeindeordnung verankerte. Der Gegenvorschlag des Gemeinderats wurde an der Urne mit grossem Mehr gutgeheissen und dürfte nach Genehmigung durch den Regierungsrat Anfang 2013 in Kraft treten.

### Aussenbeziehungen

Im zweiten Jahr des Präsidiums von Stadtpräsidentin Corine Mauch verfolgte der Verein Metropolitanraum Zürich seine Ziele und Projekte zur Stärkung der Lebensqualität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Metropolitanraums weiter. In den vier Handlungsfeldern «Wirtschaft», «Verkehr», «Gesellschaft» und «Lebensraum» wurden die definierten Projekte vorangetrieben, und es fanden zwei Metrokonferenzen in Winterthur und Kloten statt. Dass die Metrokonferenz Zürich nicht nur in der Schweiz, sondern auch international als Beispiel eines funktionierenden Metropolitanraums gilt, zeigte die von den Aussenbeziehungen organisierte Tagung der Eurocities Working Group Metropolitan Areas vom 26. bis 28. September 2012 in Zürich deutlich.

Die Städtepartnerschaft Zürich–Kunming feierte 2012 ihr dreissigstes Jubiläum. Es fanden zwei Fachbesuche in den Bereichen Stadtplanung, Verkehr, Denkmalschutz und Entwässerung in Kunming statt. Aus Anlass des Jubiläums der Städtepartnerschaft besuchte die Stadtpräsidentin mit einer Delegation die chinesische Schwesterstadt. Anfang Oktober wurde im Museum Bärengasse eine Ausstellung eröffnet, welche die Resultate und Erfolge der bisherigen Zusammenarbeit zeigte.

Mitte Dezember reiste eine Delegation der Stadtentwicklung Zürich (Wirtschaftsförderung, Aussenbeziehungen) sowie der Kulturabteilung nach San Francisco, um in Arbeitstreffen mit der Stadtregierung und dem neu gegründeten SF Committee eine Intensivierung und Neuausrichtung der Partnerschaft vorzubereiten. Bei Vor-Ort-Terminen in der Stadt und in zahlreichen Gesprächen und Meetings mit den wichtigsten Stakeholdern konnten die Themenbereiche einer künftigen Zusammenarbeit



Jubiläumsausstellung im Museum Bärengasse. (Bild: Stadt Zürich)

abgesteckt und evaluiert werden: Kultur und Kreativwirtschaft, Stadtentwicklung und Technologie. Weiter vorangetrieben wurden die Vorbereitungen für die Feier des zehnten Jubiläums dieser Städtepartnerschaft im Juni 2013.

Vom 20. Juli bis zum 12. August 2012 präsentierte sich die Schweiz während der Olympischen Spiele im House of Switzerland in London. Die Stadt Zürich trat innerhalb des Schweizer Auftritts erfolgreich als innovativer, kulturell vielfältiger Standort auf, nämlich mit zwei attraktiven Ausstellungen in den Bereichen Game-Design und Plakatgrafik, einem Creative Day und einem Life Science Day zusammen mit den Zürcher Hochschulen und verschiedenen Zürcher Unternehmen (siehe auch Wirtschaftsförderung). Auf der grossen Openair-Bühne spielten acht Zürcher Bands. Ein Galadinner beschloss die fünftägige Reise einer offiziellen Delegation unter Leitung der Stadtpräsidentin mit Mitgliedern des Stadt- und des Regierungsrats.

Der Zürcher Auftritt in London fand im Rahmen des Legislaturschwerpunkts «Kultur- und Kreativstadt Zürich» statt. Es war auch das erste gemeinsame Projekt im Rahmen des Integrierten Standort- und Destinationsmarketings (ISDM) von Stadt und Kanton Zürich sowie Zürich Tourismus. Weitere Aktivitäten sind in Planung.

Der Newsletter «Zürich International» wurde 2012 weiter ausgebaut und erscheint seit dem Herbst nun auch in Englisch. Jährlich werden fünf bis sechs Ausgaben publiziert.

Zahlreiche weitere Anlässe wurden unter Mithilfe der Aussenbeziehungen organisiert, so etwa Medienbesuche ausländischer Journalistinnen und Journalisten zur Eröffnung des Löwenbräu-Kunstareals oder beim Theater Spektakel.

Des Weiteren betreuten die Aussenbeziehungen eine grosse Anzahl ausländischer Fachdelegationen, die sich in Zürich über diverse Themenbereiche (öffentlicher Verkehr, Stadtentwicklung, Kreativwirtschaft, Gesundheit usw.) informieren wollten.

### 4.7.3 Kennzahlen

#### Integrationsförderung

	2008	2009	2010	2011	2012
Direkte Kundenkontakte	2 509	2 585	2 479	2 549	2 428
Welcome Desk	664	1 079	995	1 101	1 155
Einzelberatungen	684	337	290	169	122
Begrüssungsveranstaltungen	1 360	1 271	1 066	1 005	1 185
Integrationskurse für Frauen	298	233	178	160	156
Deutschkurse für Frauen	245	432	441	430	363

Die Veränderungen in den einzelnen Kennzahlen über die letzten fünf Jahre sind teilweise auf veränderte Zählweisen sowie auf konzeptuelle Anpassungen innerhalb der Integrationsförderung zurückzuführen.

Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Deutschkursen bezieht sich jeweils auf das Wintersemester.

Nicht aufgeführt sind die insgesamt 850 Personen, die an einer der 2012 realisierten sprachgruppenspezifischen Informationsveranstaltungen teilnahmen. Auch nicht erfasst sind die verschiedenen durch die Integrationsförderung organisierten Anlässe und Konferenzen.

#### Wirtschaftsförderung

Ansiedlungen aus dem Ausland	2008	2009	2010	2011	2012
Total Firmen	14	6	14	13	9

Die Kennzahlen zu den Ansiedlungen ergeben kein vollständiges Bild der 2012 und in den Vorjahren angesiedelten Firmen. Berücksichtigt sind ausschliesslich diejenigen in der Stadt angesiedelten Unternehmen, bei denen die Wirtschaftsförderung direkt mit verstärkten Aktivitäten involviert war. (Eine erhebliche Anzahl Ansiedlungen wurde ohne grössere Unterstützung und zu einem grossen Teil auch ohne Kenntnis der

Wirtschaftsförderung vollzogen.) Die Zahl für 2012 zeigt, dass sich das Ansiedlungsgeschäft wieder abgeschwächt hat. Gründe dafür liegen im konjunkturellen Umfeld in Europa, im starken Schweizer Franken und im wachsenden internationalen Druck auf das schweizerische System der Besteuerung internationaler Firmen.

## 4.8 Projektstab Stadtrat

### 4.8.1 Aufgaben

Anzahl und Komplexität strategisch relevanter Projekte mit departements- und verwaltungsübergreifendem Charakter haben in der Stadt Zürich deutlich zugenommen. Projekte der öffentlichen Hand werden heute in einem politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontext abgewickelt, in dem wechselseitige Vernetzungen, Abhängigkeiten und Interaktionen eine grössere Bedeutung erlangt haben. Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat eine auf die überdepartementale Projektarbeit spezialisierte Stabsstelle «Projektstab Stadtrat» im Präsidialdepartement geschaffen. Damit reagiert der Stadtrat auf die spezifischen Herausforderungen, die sich für das Management dieser anspruchsvollen Projekte ergeben.

Der Projektstab Stadtrat vertritt die gesamtstädtischen Interessen und dient als Kompetenzzentrum für strategische, überdepartementale Projekte. Der Stadtrat legt die konkreten Aufgaben des Projektstabs je nach Projekt fest. Die Zuständigkeiten

reichen von der Planung über die Leitung und Koordination bis zur Evaluation der zugewiesenen Projekte.

### 4.8.2 Jahresschwerpunkte

#### Aufbau Projektstab Stadtrat

Die erste Hälfte 2012 stand für den Projektstab im Zeichen von Aufbauarbeiten. Ausgehend von zwei Personen, die langjährige Erfahrung in der Verwaltung mitbringen, wurde das Team auf fünf Personen mit interdisziplinärem Hintergrund und breiter Projekterfahrung erweitert. Nebst administrativen Prozessen wurden die Strukturen für eine effiziente und kollegiale interne und externe Zusammenarbeit definiert. Zudem wurden Vorarbeiten für neu dem Projektstab zugewiesene Projekte geleistet, darunter die Gesamtprojektleitung für das Kongresszentrum. Bei den bestehenden Projekten, wie Kunsthaus-Erweiterung oder Löwenbräukunst, wurde die Arbeit fortgeführt.

## Vorbereitungsarbeiten Kongresszentrum

Die Stadt Zürich soll ein neues und zeitgemässes Kongresszentrum erhalten, um die Infrastruktur und das Raumangebot der internationalen Nachfrage anzupassen. Im April 2012 gab der Stadtrat bekannt, dass er das Geroldareal als Standort favorisiert. Die Gesamtleitung des Projekts wurde dem Projektstab übertragen. Die Verhandlungen mit den Grundeigentümern wurden während des gesamten Jahres geführt, und im Dezember konnte eine weitere Parzelle dieses Areals erworben werden. Parallel dazu erfolgte eine vertiefte Abklärung zum alternativen Standort im Vorderen Kreis 5 (Carparkplatz). Ergänzend wurde der Projektstab im November mit der Ausarbeitung einer Strategie für die Kongressstadt Zürich beauftragt.



Die Eingangshalle der Kunsthaus-Erweiterung. (Visualisierung: David Chipperfield Architects)

## Kunsthhaus-Erweiterung vom Volk angenommen

Für das Kunsthaus Zürich wird bis 2017 ein Erweiterungsbau der David Chipperfield Architects erstellt. Damit kann das Kunsthaus einen wesentlich grösseren Teil seiner Sammlung und Leihgaben öffentlich zugänglich machen. Am 25. November 2012 haben die Stimmberechtigten die Vorlage für den Erweiterungsbau klar angenommen. Damit wurde ein wichtiger Meilenstein dieses Projekts erreicht, und die Stadt Zürich kann sich mit 88 Mio. Fr. an den insgesamt 206 Mio. Fr. Investitionskosten beteiligen. Gleichzeitig wurden der jährliche Betriebsbeitrag und der Beitrag für die Instandhaltung der Liegenschaft sowie die Bildung von Rückstellungen erhöht. Bauherrin ist die 2009 gegründete «Einfache Gesellschaft Kunsthaus-Erweiterung» (EGKE). Der Stabschef des Projektstabs vertritt die Stadt in der EGKE sowie in der Baukommission.

## Eröffnung Löwenbräukunst

Die Stadt Zürich ist zu einem Drittel an der Löwenbräukunst AG beteiligt. Diese Aktiengesellschaft hat den Teil des Löwenbräu-Areals gekauft, der internationales Renommee als Zentrum für Gegenwartskunst geniesst. Nach langjährigen, intensiven Projekt- und Umbauarbeiten konnte Löwenbräukunst diesen Sommer wieder den Mieterinnen und Mietern (Kunsthalle, Migros Museum für Gegenwartskunst und private Galerien) übergeben und Ende August feierlich eröffnet werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projektstabs haben das Projekt geführt, die Fertigstellung aktiv begleitet und sind seit 2010 in den Funktionen des Verwaltungsratspräsidiums und -sekretariats tätig.



Der fertiggestellte Bau der Löwenbräukunst im westlichen Teil des Löwenbräu-Areals. (Bild: Thies Wachter)

## Kinderkultur

Ziel dieses Projekts ist die Stärkung und Förderung der Kinderkultur in der Stadt Zürich. Der Stadtrat hat diesbezüglich insgesamt acht Hauptmassnahmen bestimmt. Im vergangenen Jahr wurde mit der Umsetzung begonnen. Betroffen sind zunächst das Kindertheater PurPur, die Kinderkulturakademie und der Kinderkulturpass, das Festival Blickfelder sowie die Bündelung der Angebotskommunikation. Der Projektstab koordiniert die Massnahmen zur verbesserten Kommunikation des bestehenden Angebots, zur Intensivierung der Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteure und zur Erstellung von Leistungsvereinbarungen mit den von der Stadt unterstützten Kulturinstitutionen.



Kinderkultur hat viele Facetten – eine davon ist das Kindertheater. (Bild: Barbara Graf Horka)

## Dossiers und Programme

Neben den Projekten mit klar definiertem Projektumfang, -start und -abschluss betreut der Projektstab Dossiers und Programme, die periodisch wiederkehren oder deren Zeitrahmen offen ist. Zu den drei arbeitsintensivsten des Jahres 2012 gehören die Legislatorschwerpunkte, für die der Projektstab die Prozesse zur Identifikation, Umsetzung und Evaluation der Schwerpunkte und den daraus abgeleiteten Massnahmen koordiniert sowie die finanziellen Mittel verwaltet. Führungsinformationen für den Stadtrat sind ein zweites Dossier. Hierfür bereitete der Projektstab im Mai und September aktuelle Kennzahlen aus allen Departementen auf, die dem Stadtrat als internes Führungsinstrument dienen. Seit November dieses Jahres koordiniert der Projektstab zudem die Zusammenarbeit zwischen den SBB und der Stadt Zürich auf oberster Ebene.

### 4.8.3 Kennzahlen

Die Projekte und Programme des Projektstabs unterscheiden sich stark in Auftrag, Umfang und Organisationsform. Diese Bandbreite widerspiegelt sich auch in den Finanzkennzahlen

und reicht von jährlichen Krediten bis zu Beteiligungen der Stadt Zürich am Aktienkapital von Trägergesellschaften. Die unten stehende Abbildung vermittelt einen Eindruck davon, in welcher Phase die Projekte und Programme stehen.

#### Finanzkennzahlen

Projekt/Programm	Beitrag der Stadt Zürich in Fr.	Art des Beitrags
Kongresszentrum	2.3 Mio.	Planungskredit
Kunsthhaus-Erweiterung	88.0 Mio.	Investitionsbeitrag (gesamte Investitionssumme 206 Mio. Fr.)
Löwenbräu-Kunst	9.0 Mio.	Beteiligung am Aktienkapital (gesamtes Aktienkapital Löwenbräu-Kunst AG: 27 Mio.Fr.)
Schiffbau Immobilien AG	6.0 Mio.	Beteiligung am Aktienkapital (gesamtes Aktienkapital Schiffbau Immobilien AG: 9 Mio.Fr.)
Kinderkultur	0.25–0.9 Mio.	Summe der jährlichen Budgets für alle Massnahmen (im Voranschlag enthalten)
Legislatorschwerpunkte	1.45 Mio.	Jährlicher Legislatorschwerpunkte-Kredit

#### Fortschritt der erwähnten Projekte

Projekt/Programm	Projektphase				Projekt- / Programmabschluss
	Planung & Analyse	Ausarbeitung	Umsetzung	Evaluation	
Kongresszentrum					ca. 2022
Kunsthhaus-Erweiterung					2017
Löwenbräu-Kunst					2013
Kinderkultur					2016
Legislatorschwerpunkte					2014 <sup>1</sup>

<sup>1</sup> anschliessend neuer Vierjahre-Zyklus für die nächste Legislatur

## 4.9 Fachstelle für Gleichstellung

### 4.9.1 Aufgaben

Die Fachstelle für Gleichstellung (ZFG) hat den Auftrag, in der Stadt Zürich die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen zu fördern. Sie führt Projekte durch mit dem Ziel, Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern abzubauen. Innerhalb der Stadtverwaltung setzt sie sich für die betriebliche Gleichstellung ein, wirkt bei personalrechtlichen Massnahmen mit und bietet Weiterbildungen an. Sie ist sowohl für die Bewohnerinnen und Bewohner als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Anlaufstelle in Sachen Gleichstellung und berät bei themenspezifischen Anfragen und Konflikten.

### 4.9.2 Jahresschwerpunkte

2012 stand im Zeichen personeller Veränderungen: Seit September 2012 leitet Anja Derungs die ZFG. Sie trat die Nachfolge von Dore Heim an, die die ZFG während der vergangenen dreizehn Jahre geprägt hat. Mit zwei Projektleiterinnen, einer

Sekretariatsmitarbeiterin und einem wissenschaftlichen Mitarbeiter konnten weitere im Jahr 2012 vakant gewordene Stellen erfolgreich neu besetzt werden.

2012 lag der Fokus auf den Themen Care, Häusliche Gewalt und Gleichstellungsplan.

Mit der Zwischenevaluation des Projekts Gleichstellungsplan wurde zudem eine wichtige Standortbestimmung zur Überprüfung der Zielerreichung in diesem mit der Unterzeichnung der «Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene» durch die Stadt Zürich geforderter Projekt vorgenommen.

#### Betragtenbetreuung im Privathaushalt (Care)

Die im Rahmen des Ziels 2.3 des Gleichstellungsplans von der ZFG 2011 initiierten Projekte zur Analyse des Arbeitsmarkts in Privathaushalten wurden im Frühling 2012 abgeschlossen. Am 5. Juni wurden die Projektergebnisse an einer Medienkonferenz und am 21. Juni an einer Veranstaltung der Öffentlichkeit



Broschüre für Privatpersonen zum Thema Haushaltshilfe. (Bild: stadt Zürich)

präsentiert. Die von der Fachstelle erarbeitete Broschüre «Haushaltshilfe beschäftigen – das müssen Sie wissen» und die Präsentationen zu den drei Berichten stiessen auf enormes Interesse und lösten ein grosses Medienecho aus, das die gesellschaftliche Aktualität des Themas widerspiegelt.

### Gewalt in Teenagerbeziehungen

Viele Jugendliche erleben bereits in ihrer ersten Liebesbeziehung Gewalt. Diese ist von aussen meist nicht sichtbar, doch die Folgen sind gravierend. Im Rahmen ihres Engagements gegen häusliche Gewalt griff die ZFG das Thema auf und betrat mit der Tagung «Erste Liebe, erste Hiebe» in der Schweiz Neuland.

Die sorgsam konzipierte Veranstaltung im Volkshaus Zürich, an der ein Fachpublikum von über hundert Personen teilnahm, überzeugte organisatorisch und inhaltlich. Eine ausgeglichene Mischung aus Referaten, Workshops und einem Audiorundgang mit schauspielerischen Intermezzi im Zürcher Stadtkreis 4 begeisterte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.



Medien- und TheaterFalle, «Chasch mi gärn hal Eine Liebes-Weg-Geschichte mit Folgen». (Bild: Markus von Känel)

### Zwischenevaluation Gleichstellungsplan

Anfang 2012 hat die ZFG eine Zwischenevaluation des städtischen Gleichstellungsplans durchgeführt. Diese erfasste den Stand der Umsetzung der einzelnen Massnahmen und beinhaltete Empfehlungen für die Weiterarbeit aus interner und externer Sicht. Am jährlichen Vernetzungstreffen vom 22. Mai stellte

die ZFG den daraus resultierenden Bericht vor. Mit mehr als der Hälfte vollständig oder grösstenteils umgesetzter Massnahmen ist die Bilanz positiv. Die ZFG hat die Ergebnisse gesondert mit den Kontaktpersonen der jeweiligen Departemente besprochen und geprüft, wo noch zusätzliche Aktivitäten nötig sind, um die Wirkung der Massnahmen zu verstärken.

Als Kompetenzzentrum unterstützt die ZFG die Abteilungen mit fachlicher Beratung, personeller Unterstützung und einem spezifischen Bildungsangebot, um die stadtinterne Genderkompetenz zu erhöhen. Dazu gehört auch der für die Beteiligten des Projekts Gleichstellungsplan organisierte und durchgeführte Workshop «Das 1 x 1 der Gleichstellung», der über den Auftrag und die aktuellen Handlungsfelder der ZFG sowie die rechtlichen Grundlagen der Gleichstellungsarbeit informierte.

An einer Podiumsdiskussion diskutierten am Vernetzungstreffen zudem Leiterinnen und Leiter verschiedener Abteilungen zum Thema «Teilzeitarbeit im Kader». Dieses wird denn auch im Entwurf der zukünftigen, städtischen HR-Strategie prioritär behandelt, um so dem Potenzial von Frauen bei der Personal- und Führungsentwicklung explizit Rechnung zu tragen.

### Weitere Aktivitäten

- Den jährlichen Gleichstellungspreis des Stadtrats, für den die ZFG organisatorisch verantwortlich ist, erhielt 2012 der Verein «FEMIA – Bildung und Kultur für Migrantinnen». Seit über zwanzig Jahren stellt der Verein Migrantinnen in besonders schwierigen Lebensumständen ein vielfältiges, alltagsorientiertes Kursangebot zur Verfügung.
- Zum Thema Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz konzipierte und führte die ZFG 2012 mehrere Workshops und Kurse für verwaltungsinterne Vertrauenspersonen, Beraterinnen und Berater, Führungskräfte und Personalverantwortliche durch. Neu organisierte sie im Rahmen der städtischen Berufsbildung auch entsprechende Seminare für Lernende der Stadtverwaltung. Zudem referierte der Jurist der Fachstelle mehrmals zum Thema, u. a. für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pensionskasse der Stadt Zürich.
- Praktika in der Stadtverwaltung können für Frauen nach einer Familienphase ein wirkungsvolles Sprungbrett zum beruflichen Wiedereinstieg sein. 2012 organisierte und vermittelte die ZFG für sieben Frauen entsprechende erste Schritte zurück ins Berufsleben. Vier der Praktikantinnen hatten zunächst den HSG-Lehrgang «Women Back to Business» durchlaufen, die anderen drei schlossen ihr Praktikum an den KV-Wiedereinstiegskurs des Vereins WEFA (Weiterbildungen für den Arbeitsmarkt) an.
- 2012 organisierte die ZFG vier Väter-Lunches. Diesjährige Themen waren unter anderem Vor- und Nachteile verschiedener Kinderbetreuungsmodelle und die Wahrnehmung elterlicher Rollenteilung aus Kinderperspektive.
- Auf Einladung der städtischen und der kantonalen Fachstelle für Gleichstellung trafen sich 2012 Juristinnen und Juristen beider Verwaltungen zum Erfahrungsaustausch zu aktuellen gleichstellungsrelevanten Gesetzgebungsprojekten. Diesjährige Themen waren unter anderem das neue Namensrecht und das Tragen religiöser Symbole im öffentlichen Dienst.
- 2012 fanden drei Kurse für Fachpersonen aus Schule, Berufsschule und Beratung zum Thema Zwangsheirat statt. Lehrpersonen, Sozialarbeitende und beratende Fachpersonen

profitierten von den praxisnahen Kursinhalten. Aus der Zusammenarbeit mit der Migrationsbevölkerung entstanden kleinere Projekte zum Thema, wie mehrsprachige Radiosendungen und Familiendialoge.

- Im Auftrag der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann in der Stadt Zürich zeigte das Theater SEM in seinem neuen Stück «In dubio pro amore», wie Paare zusammenfinden – nicht immer aus Liebe, sondern auch aus Vernunft, durch Heiratsvermittlung oder durch Vereinbarungen in Familien. Die Theatergruppe regte so auf spielerische Weise zum Nachdenken über die Bandbreite von Heiraten zwischen Freiwilligkeit und Zwang an.
- Im Rahmen der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» organisierte die ZFG eine Podiumsdiskussion zur Darstellung von Sexarbeit in den Medien.
- Im Selbstbehauptungs- und Konflikttraining lernten Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klasse des Schulhauses Gabler in Zürich diesen Sommer, Grenzverletzungen im Kleinen zu erkennen, die eigenen Gefühle wahrzunehmen und ihr Gegenüber zu respektieren. Die ZFG hat das Pilotprojekt für Schulen konzipiert, begleitet und ausgewertet.
- Die Leiterin der ZFG ist als Expertin für sexistische Werbung Mitglied der Schweizerischen Lauterkeitskommission und arbeitet in der Fachkommission zur Prostitutionsgewerbeverordnung der Stadt Zürich mit.
- Am 8. März 2012, dem Internationalen Frauentag, pflanzte Dore Heim zusammen mit Stadtpräsidentin Corine Mauch und Stadträtin Ruth Genner auf dem Anny-Klawaw-Platz in Zürich eine junge Roteiche. Der «Gleichstellungsbaum» ehrt Frauen und Organisationen, die sich wie Anny Klawaw-Morf beharrlich für die Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzen.



Theater SEM, «In dubio pro amore». (Foto: Silvia Luckner)

Die monatlichen Veranstaltungen in der Bibliothek zur Gleichstellung im Stadthaus kamen 2012 so richtig ins Rollen. Verschiedene Aspekte der Gleichstellungsthematik, u. a. zu den Themen Migrantinnen im Arbeitsmarkt und häusliche Gewalt im lesbischen und bisexuellen Kontext, wurden an neun Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert.

Die Vorträge und Tagungsunterlagen der Veranstaltungen der ZFG werden auf der Internetseite [www.stadt-zuerich.ch/gleichstellung](http://www.stadt-zuerich.ch/gleichstellung) publiziert. Neben aktuellen Informationen zu laufenden Projekten finden sich hier auch Zahlen zur Gleichstellung sowie thematische Dossiers. Interessierte können zudem den Newsletter der ZFG abonnieren.

Den Mitarbeitenden der Stadt Zürich stehen auf der städtischen Intranet-Site ebenfalls zahlreiche Informationen zur betrieblichen Gleichstellung und zu den Aktivitäten der Fachstelle zur Verfügung.

#### 4.9.3 Kennzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012
Auskünfte und Beratungen	379	481	401	417	394
Medienberichte	79	83	90	43	55
An Veranstaltungen Teilnehmende	401	1 200	1 063	1 442	1 461

#### Kommentar

Die telefonischen und schriftlichen Anfragen bei der ZFG werden als Auskünfte oder als (zeitlich längere) Beratungen erfasst. Der Medienindikator beinhaltet alle Berichte in gedruckten und elektronischen Medien, in denen die ZFG und/oder ihre Projekte

erwähnt werden. Seit 2009 werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aller Tagungen, Kurse und öffentlichen Veranstaltungen gezählt, die die ZFG organisiert oder mitträgt. Zuvor bezog sich diese Kennzahl nur auf das Bildungsangebot für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2012)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2005/000270 2005/000075	02.03.2005 20.04.2005	Recher Anja Einführung des konstruktiven Referendums, Änderung der Gemeindeordnung

*Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Änderung der Gemeindeordnung zu beantragen, welche die Einführung des konstruktiven Referendums im Sinne von Art. 35 der neuen Kantonsverfassung (Referendum mit Gegenvorschlag) auf kommunaler Ebene vorsieht.*

Der Gemeinderat hat am 15. Dezember 2010 die Weisung GR Nr. 2010/406 vom 22. September 2010 mit der Aufforderung an den Stadtrat zurückgewiesen, dem Gemeinderat innert 6 Monaten nach Vorliegen eines rechtsgültigen Entscheids des Kantons Zürich über die beiden vom Kantonsrat am 15. März 2010 vorläufig unterstützten Parlamentarischen Initiativen von C. Zanetti (SVP), KR Nr. 354/2009, sowie W. Germann (CVP) und Th. Ziegler (EVP), KR Nr. 323/2009, eine neue Vorlage zur Erfüllung der Motion GR Nr. 2005/75 von A. Recher (AL) vorzulegen.

Der Kanton hat mittlerweile die rechtlichen Grundlagen zum konstruktiven Referendum aufgehoben. Der Regierungsrat hat die Änderungen noch nicht in Kraft gesetzt. Der entsprechende Beschluss wird aber in den nächsten Monaten erwartet. Nach seinem Vorliegen wird der Stadtrat dem Gemeinderat eine Weisung mit dem Abschreibungsantrag unterbreiten.

POS 2006/000877 2006/000314	12.07.2006 27.09.2006	Di Concilio Salvatore und Schönbächler Robert Migrationsmuseum, Bericht über eine allfällige Errichtung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, der die Einrichtung eines Migrationsmuseums in der Stadt Zürich prüft. Der Bericht soll folgende Punkte beinhalten:*

- Die Prüfung möglicher Standorte, insbesondere das Amtshaus Helvetiaplatz;
- Die Zusammenarbeit mit in Frage kommenden Partnern und Partnerinnen unter Berücksichtigung von Stadt, Bund, Kanton, des Vereins Migrationsmuseum und weiterer;
- Der Einbezug weiterer inhaltlich passender Institutionen;
- Die möglichen Finanzierungsformen zur Verwirklichung eines Migrationsmuseums unter Einbezug der öffentlichen Hand sowie privater Geldgeber und Geldgeberinnen;
- Die Skizzierung eines Zeitplans zur Umsetzung eines Migrationsmuseums.

Die Kulturabteilung arbeitet an einem Konzept unter dem Arbeitstitel Zürich-Museum. Das Zürich-Museum soll Geschichte, Gegenwart und Zukunft von Zürich auf eine attraktive und für möglichst viele Zielgruppen zugängliche Art und Weise schildern. Es ist geplant, dieses Museum dem neuen und erweiterten Landesmuseum anzugliedern, um damit Synergien zu schaffen und die Betriebskosten zu minimieren. Im Zürich-Museum soll die Migration als ein wichtiges Thema der Zürcher Geschichte behandelt werden. Die Weisung für das Zürich-Museum ist für 2014 geplant, die Eröffnung für 2015.

POS 2007/000620 2007/000317	06.06.2007 09.06.2010	Di Concilio Salvatore und Heinrich Uschi Integrationspolitik, Motivation von Arbeitgebenden für Deutschkurse
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat ist gebeten zu prüfen, wie private Arbeitgeber durch städtische Integrationsfachleute zu motivieren sind vermehrt Deutschkurse für ihre Mitarbeitenden anzubieten.*

Das PRD hat in den Jahren 2011 und 2012 verschiedene Massnahmen im Hinblick auf das Anliegen des Postulats realisiert. Ein Beispiel dafür ist die Publikation eines Grundlagenpapiers mit Handlungsoptionen zur – nicht an Kursfinanzierungen gebundenen – Deutschförderung am Arbeitsplatz. Die Beantwortung des Postulats ist noch nicht erfolgt, da vorerst die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem im Oktober 2012 durch die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) gestarteten Integrationsdialog mit der Arbeitswelt abgewartet wurden. Die Beantwortung des Postulats erfolgt voraussichtlich gegen Ende des Jahres 2013.

POS 2007/001318 2007/000649	12.12.2007 09.06.2010	Di Concilio Salvatore und von Matt Hans Urs Sans Papiers, kollektive Regularisierung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich bei den kantonalen und eidgenössischen Behörden für eine vernünftige Regularisierung, im Sinne einer einmaligen Lösung für bereits anwesende und einer restriktiven Behandlung zukünftiger Fälle, der Sans Papiers einsetzen kann. Zudem wird der Stadtrat gebeten, rasch bei den kantonalen Behörden zu intervenieren, damit der Spielraum bei der Prüfung und Anerkennung von individuellen Härtefällen besser ausgeschöpft werden kann. Seit dem Bestehen der Härtefallregelung (Rundschreiben BR Metzler vom Dezember 2001) wurden im Kanton Zürich bis zum Februar 2007 lediglich zehn Härtefälle anerkannt (dies im Unterschied z. B. zum Kanton Waadt, wo über 2000 Härtefälle anerkannt wurden).*

Der Stadtrat fokussierte seine Aktivitäten zur Verbesserung der Situation von Sans papiers auf den Zugang von Jugendlichen zur Berufsbildung. Die diesbezüglichen Entwicklungen wurden 2012 mit einer Verordnung des Bundesrats vorerst abgeschlossen. Die Beantwortung des Postulats ist für die zweite Jahreshälfte 2013 vorgesehen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2007/001337 2007/000666	19.12.2007 09.06.2010	Katumba Andrew und Makwana-Boss Elisabeth Stadtrundfahrten mit Bussen, klimafreundlicher Betrieb
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Stadtrundfahrten mit Bussen künftig komplett emissionsfrei durchgeführt werden können. Zudem wird der Stadtrat gebeten dringend darauf hinzuwirken, dass Verträge zwischen Zürich Tourismus und Tour Operators nur noch unter der Voraussetzung eines limafreundlichen Betriebes eingegangen werden.*

Die Stadtrundfahrten sind vertraglich zwischen Zürich Tourismus und zwei Transportunternehmungen geregelt. In Zusammenarbeit mit myclimate übernehmen diese Unternehmen den CO<sub>2</sub>-Kompensationsbeitrag für alle Stadtrundfahrten. Diese Rundfahrten sind damit nicht emissionsfrei, aber die Emissionen sind vollumfänglich kompensiert. Zudem werden alle Ausflugsangebote, die wenige oder keine CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen, speziell gekennzeichnet, so dass die Touristinnen und Touristen über diese Angebote informiert sind.

Trotz der unbestrittenen Bemühungen von Zürich Tourismus um nachhaltigen Tourismus ist das Präsidialdepartement weiterhin daran, darauf hinzuwirken, dass die Stadtrundfahrten mit umweltfreundlicheren Fahrzeugen ausgeführt werden.

POS 2008/000051 2008/000024	16.01.2008 30.01.2008	Weibel Waser Esther und Reimann Beatrice Museumskonzept, Berücksichtigung der Migration
-----------------------------------	--------------------------	--

*Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, dass im Museumskonzept, das im nächsten Jahr in Auftrag gegeben wird, dem Thema Migration ein grosses Gewicht beigemessen und dafür ein eigentliches Museum vorgesehen wird.*

Die Kulturabteilung arbeitet an einem Konzept unter dem Arbeitstitel Zürich-Museum. Das Zürich-Museum soll Geschichte, Gegenwart und Zukunft von Zürich auf eine attraktive und für möglichst viele Zielgruppen zugängliche Art und Weise schildern. Es ist geplant, dieses Museum dem neuen und erweiterten Landesmuseum anzugliedern, um damit Synergien zu schaffen und die Betriebskosten zu minimieren. Im Zürich-Museum soll die Migration als ein wichtiges Thema der Zürcher Geschichte behandelt werden. Die Weisung für das Zürich-Museum ist für 2014 geplant, die Eröffnung für 2015.

POS 2008/000684 2011/000357	25.06.2008 28.09.2011	EVP-Fraktion Umwelttechnologie, Impulsprogramm für die Ansiedlung von Unternehmungen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, eine Kredit schaffende Weisung für ein Impulsprogramm mit dem Ziel der Ansiedlung von bestehenden und neuen Unternehmen, welche im Bereich Umwelttechnologie tätig sind, zu erarbeiten. Er erstattet dem Gemeinderat regelmässig Bericht über den Erfolg des Programms.*

POS 530.110.160-10 2012/000019	25.02.2009 18.01.2012	Filli Peider Fachstelle für Schwule und Lesben, Realisierung
--------------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Mandat der Fachstelle für Gleichstellung auf Themen zu sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ausgeweitet werden kann. Die Fachstelle soll insbesondere rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transmenschen in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwaltung Zürich fördern.*

*Sie soll auf Konsultation und Mitwirkung bei der Vorbereitung von Geschäften sowie personal- und besoldungsrechtlichen Erlassen und Massnahmen, die (un)mittelbar die sexuelle Orientierung und/oder Geschlechtsidentität betreffen, Anspruch haben. Gleichzeitig wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, wie das Human Resources Management ein aktives Diversity Management einführen kann, um die soziale Vielfalt konstruktiv zu nutzen.*

POS 540.190.100-38 2009/000870 2009/000306	01.07.2009 12.09.2012	Wepf Mirella und Nielsen Claudia Entwicklung von Zürich zum «Energy-Efficiency Valley» von Europa
---	--------------------------	--

*Der Stadtrat ist daran im Hinblick auf die Verwirklichung der 2000-Watt-Gesellschaft eine gesamtstädtische strategische Planung auszuarbeiten, wie dies auch mittels diverser Vorstösse aus dem Gemeinderat gefordert wurde. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat zu prüfen, ob und wie sich Zürich zum «Energy-Efficiency Valley» von Europa entwickeln könnte, und was die Politik dazu beitragen kann, damit Hochschulen, Wirtschaft, Architekturszene und andere Interessengruppen gemeinsam an einem Strick ziehen und bei der Realisierung davon profitieren können.*

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/000935 2009/000328	08.07.2009 27.01.2010	Badran Jacqueline und Ammann Andreas Erhebung von Anzahl und Grösse der Zweitwohnungen in der Stadt Zürich
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Statistische Amt jährlich die Anzahl und Grösse der Zweitwohnungen, sowie wenn möglich die möblierten Wohnangebote auf Zeit (als «Boardinghouse»-Angebote bekannt) in der Stadt Zürich erheben und ausweisen kann.</i>		
<p>Im Laufe des Jahres 2012 waren vom Bevölkerungsamt umfangreiche Abklärungen im Gange, um den im Einwohnerregister gemeldeten Personen, denen noch keine Wohnungsnummer zugeordnet werden konnte, eine solche Nummer zuzuweisen.</p> <p>Diese Arbeiten im Rahmen der Registerharmonisierung verliefen erfolgreich. Ende 2012 wurde bei der Zuweisung der Wohnungsnummern ein Stand erreicht, der statistische Auswertungen ermöglicht.</p> <p>Das Bevölkerungsregister dient als Basis für Auswertungen zu Fragen der Zweitwohnungen. Zur Analyse der Zweitwohnungsproblematik werden aber auch die Ergebnisse der «Leerwohnungszählung 2013» (Stichtag: 1. April) beigezogen, die im Juni verfügbar sein werden.</p> <p>Eine Studie zu den Zweitwohnungen ist für Juli 2013 zur Veröffentlichung vorgesehen.</p>		
POS 830.110.120-10 2009/001227 2009/000428	23.09.2009 12.09.2012	Z'graggen Marcel und Rabelbauer Richard Zuteilung der frei werdenden Räume an der Röslistrasse 11 zur Röslichchür
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die durch den Umzug des Datenschutzbeauftragten an die Beckenhofstrasse 59 frei werdenden Räumlichkeiten an der Röslistrasse 11 nicht wie vorgesehen als Reservebüros für die städtische Verwaltung genutzt, sondern wieder als Wohnraum genutzt werden könnten.</i>		
POS 2009/001493 2009/000570	02.12.2009 11.12.2009	Badran Jacqueline und Glättli Balthasar Statistisches Amt der Stadt Zürich, vermehrte Nutzung als stadinternes Kompetenzzentrum für Studien und Erhebungen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Statistische Amt der Stadt Zürich vermehrt als stadinternes Kompetenzzentrum für Studien und Erhebungen genutzt werden und so einen Beitrag zur Aufwandsenkung leisten kann. Sicherergestellt werden muss, dass das Statistische Amt und die Autor/-innen der Studien und Erhebungen bei der Auswertung, Kommentierung und Publikation der erhobenen Daten die volle Unabhängigkeit haben.</i>		
<p>Der Entwurf einer Statistikstrategie wurde 2012 durch das neu gebildete städtische «Koordinationsgremium Statistik» erarbeitet und im Oktober 2012 dem strategischen «Steuerungsorgan Statistik» vorgelegt. Die Strategie wird gegenwärtig bereinigt und voraussichtlich 2013 verabschiedet.</p> <p>Die «Statistikverordnung» wird ab Mitte 2013 erarbeitet. Eine entscheidende Grundlage dazu bildet das «Statistikgesetz des Kantons Zürich». Es soll voraussichtlich im 1. Quartal 2013 durch die Regierung zuhanden des Kantonsrats verabschiedet werden.</p>		
MOT 150.100.120-04 2010/000152	07.04.2010 19.12.2012	Tuena Mauro und Liebi Roger Verordnung über die Weisung an die Stimmberechtigten (AS 161.100), Streichung der Möglichkeit einer Replik des Stadtrats in einer Abstimmungszeitung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, in welcher die «Verordnung über die Weisung an die Stimmberechtigten (161.100), Gemeinderatsbeschluss vom 15. März 1995» dahingehend zu ändern ist, dass der Art. 10 Abs. 3 ersatzlos gestrichen wird.</i>		
MOT 2010/000629 2010/000249	09.06.2010 29.09.2010	Baumer Michael Bestimmungen über die Zusammensetzung des Büros des Gemeinderats, Änderung der Gemeindeordnung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für eine Änderung der Gemeindeordnung über die Bestimmungen zur Zusammensetzung des Büros des Gemeinderats zu unterbreiten, mit dem Ziel dem Gemeinderat die nötige Flexibilität zu geben die Zusammensetzung in seiner Geschäftsordnung selbst zu regeln. Dazu sollen insbesondere die zahlenmässigen Einschränkungen und das Ratssekretariat gestrichen werden.</i>		
Mit GRB 3178 vom 24.10.2012 wurde die Frist bis 29.9.2013 verlängert.		
POS 510.110.130-14 2010/000250	09.06.2010 19.12.2012	Regli Daniel und Scheck Roland Stadtentwicklung Zürich, Optimierung und Verschlankeung der Gremien
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadtentwicklung Zürichs verschlankt und optimiert werden kann.</i>		
POS 780.120.110-02 2010/000378	08.09.2010 19.12.2012	im Oberdorf Bernhard und Fehr Urs «Züri-Fäscht», Gestaltung eines kulturell ansprechenden Abendprogramms
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das «Züri-Fäscht» im Abendprogramm wieder kulturell ansprechender gestaltet werden kann.</i>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 510.110.130-11 2012/000005	11.01.2012 07.03.2012	Strub Jean-Daniel und Tozzi Lucia Evaluation der Stiftung Greater Zurich Area (GZA), Einbezug der kritischen Nebeneffekte von Standortförderungsmassnahmen für die Stadt Zürich
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die in der Weisung 2011/326 auf das Ende der neuen Beitragsperiode angekündigte Evaluation der Stiftung Greater Zurich Area (GZA) und ihrer Aktivitäten so ausgelegt werden kann, dass sie die für die Stadt Zürich kritischen Nebeneffekte von Standortförderungsmassnahmen einschliesst und aufzeigt, wie die Stadt Zürich darauf reagiert. Einzubeziehen sind dabei die folgenden Aspekte:</p> <p>1. Es ist auszuführen, welche Auswirkungen auf die Nachfrage und das Preisniveau im Wohnungsmarkt, welche Effekte in den Bereichen Bildung und Betreuung (Nachfrage, Verhältnis zwischen der Belegung privater und öffentlicher Bildungseinrichtungen) und welche Auswirkungen im Bereich der Mobilität (Flugverkehr, Auslastung der Verkehrsinfrastruktur, etc.) namhaft gemacht werden können.</p> <p>2. Ebenso soll die Evaluation die Nachhaltigkeit der Standortförderungsmassnahmen prüfen und festhalten, wie die Vertreterinnen der Stadt Zürich in den massgebenden Gremien der GZA ihren Einfluss zugunsten der diesbezüglichen Ziele der Stadt geltend machen konnten.</p> <p>3. Darzulegen ist schliesslich, in welchen Fällen die GZA in den Bereichen Unternehmenstruktur und Steueroptimierung (gemäss Website der GZA, Stand Ende Dezember 2011) beratend tätig wurde und wie der Standortfaktor Steuern im Gesamtkontext der Standortförderung beurteilt wird.</p> <p>In Zusammenhang mit der geplanten Evaluation der GZA ist überdies darauf hinzuwirken, dass deren Ergebnisse dem Gemeinderat entweder integriert in die nächste Beitragsweisung zur GZA oder in einem separaten, spätestens gleichzeitig mit der nächsten Beitragsweisung zu veröffentlichenden Bericht vorgelegt werden.</p>		
POS 630.120.120-12 2012/000016	18.01.2012 08.02.2012	Spezialkommission PRD und SSD Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurbelungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Gewerbebetrieben für Wiederankurbelungsmassnahmen im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen gemäss Art. 4 Abs. 5 der Veranstaltungsrichtlinien der Stadt Zürich vom 16. Mai 2007 (AS-Nr. 551.280) künftig Bewilligungsprozeduren und damit zusammenhängende Gebühren erlassen werden können. Dabei ist sicherzustellen, dass betroffene Betriebe über die entsprechenden Möglichkeiten und die geltenden Rahmenbedingungen informiert werden und die städtische Informations- und Koordinationsstelle für KMU-Anliegen in geeigneter Form geplante Aktivitäten koordiniert.</p>		
POS 100.220.110-03 2012/000102	14.03.2012 04.04.2012	Dubno Samuel und Garcia Isabel Systematisierung und Vereinheitlichung der Formate und Layouts der städtischen Drucksachen und Publikationen
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Formate und Layouts der städtischen Drucksachen und Publikationen weitgehend vereinheitlicht und systematisiert werden können.</p>		
POS 670.110.110-45 2012/000165	11.04.2012 18.04.2012	FDP-Fraktion und GLP-Fraktion Suche neuer Sponsoren für das Junge Schauspielhaus bzw. die Schauspielhaus AG
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen wie er beim Jungen Schauspielhaus bzw. bei der Schauspielhaus AG dahingehend Einfluss nehmen kann, dass das Kulturinstitut zusätzliche Einnahmen durch Sponsoren generiert. In jeder neuen Weisung sollen die Einnahmen aufgeführt werden.</p>		
POS 670.110.110-47 2012/000235	06.06.2012 04.07.2012	Würth Eva-Maria Gewährleistung der öffentlichen Zugänglichkeit für den «Garten der Künste» beim Kunsthaus-Neubau
<p>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Öffnungszeiten des «Gartens der Künste» des Neubaus des Kunsthauses Zürich täglich von Sonnenaufgang bis zur Dämmerung festgelegt werden können und wie die öffentliche Zugänglichkeit während dieser Zeit durchgehend gewährleistet werden kann. Im Winter soll der Park am Abend frühestens gemeinsam mit dem Kunsthaus geschlossen werden.</p>		
POS 670.110.120-27 2012/000418	14.11.2012 28.11.2012	CVP-Fraktion und FDP-Fraktion Sicherstellung der Verwendung des für das Dada-Jubiläum gesprochenen Betrags für die Durchführung des Jubiläums
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass von dem für das 100 Jahr Dada-Jubiläum gesprochenen Betrag von Fr. 400 000.– keinerlei Beträge in die ordentliche Rechnung des Cabaret Voltaire fliessen. Die Beträge sollen nur für die Vorbereitung und die Durchführung des Jubiläums verwendet werden.</p>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 630.120.180-09 2012/000453	05.12.2012 12.12.2012	Wyler Rebekka Regionale Standortförderungsorganisation «Greater Zurich Area» (GZA), Verzicht auf grundrechtswidrige Argumente
<i>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er dafür sorgen kann, dass sich die regionale Standortförderungsorganisation «Greater Zurich Area» (GZA) verbindliche Leitlinien gibt, die garantieren, dass in der Standortförderung keine grundrechtswidrigen Argumente mehr angeführt werden, um Firmen in den Wirtschaftsraum Zürich zu locken.</i>		
POS 610.150.100-51 2012/000456	05.12.2012 12.12.2012	Grüne-Fraktion Elektronische Publikation sämtlicher Jahresberichte der städtischen Dienstabteilungen zur Senkung der Druckkosten und des Papierverbrauchs
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, künftig sämtliche Jahresberichte der städtischen Dienstabteilungen grundsätzlich nur noch auf elektronischem Weg zu publizieren und nur auf Bestellung in Papierform abzugeben. Damit sollen der Papierverbrauch reduziert und die Druckkosten gesenkt werden.</i>		

## II. Abschreibungsanträge für Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2003/002619 2003/000435	19.11.2003 26.11.2003	Marti Min Li und Bucher Gregor Kultur von und für Kinder und Jugendliche, Förderung

*Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie er Kultur von und für Kinder und Jugendliche stärker und mit grösserer Priorität als dies im Kulturleitbild vorgesehen ist fördern kann.*

Im Jahre 2006 hat die Stadt Zürich das Projekt «Kinderkulturhaus» gestartet mit der Absicht, eine Lokalität bereitzustellen und zu betreiben, die Kinder aller sozialen Schichten zur kreativen Betätigung in verschiedenen Kulturbereichen und -Genres einlädt. Aufgrund der grossen Schwierigkeiten, eine für diesen Zweck geeignete Liegenschaft zu finden, musste das Vorhaben nochmals überdacht werden. Eine umfassende Analyse der bestehenden Kulturangebote für Kinder und Jugendliche im Frühjahr 2011 zeigte auf, dass in der Stadt Zürich bereits ein breites und vielfältiges Angebot besteht, das zudem in den vergangenen Jahren stetig ausgebaut worden ist. Es wurden sodann drei Zielsetzungen definiert, mit denen die bestehenden Lücken im Bereich Kinderkultur am besten geschlossen werden können:

1. Die Bekanntheit des aktuellen Angebots soll verbessert und ein möglichst vollständiger Überblick über das Geschehen im Bereich Kinderkultur in der Stadt Zürich geboten werden.
2. Bestehende Angebote sollen besser koordiniert und wo sinnvoll vernetzt werden, damit Synergien geschaffen, Angebotslücken geschlossen und thematische Schwerpunkte bestimmt werden können.
3. Bereits bestehende finanzielle Unterstützungen für Kinderkulturangebote (einmalig oder dauerhaft) sollen in Zukunft gesamtheitlich an Leistungsvereinbarungen gekoppelt werden, damit die unterstützten Kulturinstitutionen und Veranstaltungen auf die mit der Stadt Zürich vereinbarten Zielsetzungen, Zielgruppen und Schwerpunkte verpflichtet werden können.

Diese Zielsetzungen setzt der Stadtrat mit den folgenden Massnahmen des Präsidialdepartements (PRD) und des Schul- und Sportdepartements (SSD) um:

- *Erhöhung Subvention Kindertheater PurPur:* Mit der Erhöhung der jährlichen Subvention von Fr. 50 000.– auf Fr. 150 000.– (2013–2016) werden neben der nachhaltigen Sicherstellung des Kindertheaters ein Tournéebetrieb von professionellen Kindertheatergruppen in Quartierinstitutionen sowie die Beratung von Quartierinstitutionen bei Fragen der Kulturvermittlung ermöglicht. Dieses Ziel wurde vom PRD mit GR 2012/288 umgesetzt.
- *Ausbau Festival Blickfelder 2013:* Durch ein verstärktes finanzielles Engagement der Stadt Zürich (einmalig Fr. 300 000.– verteilt auf 2 Jahre) sowie durch die aktive Mitwirkung in der Programmentwicklung und -durchführung wird die inhaltliche und geografische Abdeckung dieses Kulturfestivals für Kinder und Jugendliche in der Stadt Zürich erweitert. Kinder und Jugendliche aus wirtschaftlich schwächeren Verhältnissen werden dabei besonders angesprochen. Das SSD hat mit dem Kanton (Bildungsdirektion, Fachstelle Schule und Kultur) eine entsprechende Leistungsvereinbarung getroffen. Das Festival wird im April 2013 durchgeführt.
- *Kinderkulturakademie & Kinderkulturpass:* Gemeinsam mit der Stadt Zürich gründet das Haus Konstruktiv eine «Kinderkulturakademie», deren Ziel es ist, das reichhaltige Angebot der Zürcher Kulturinstitutionen für Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Schichten zugänglich und attraktiv zu machen. Dafür sind einmalige Mittel von Fr. 30 000.– (Initialaufwand 2012) und jährlich wiederkehrende Mittel von Fr. 50 000.– (ab 2013) gesprochen worden. Dieses Ziel wurde vom PRD mit GR 2012/326 umgesetzt.
- *Auftragserweiterung des Büros für Schulkultur:* Das Büro für Schulkultur wird zusammen mit städtischen Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden eigene Kulturprogramme für spezifische Zielgruppen in den Volksschulen entwickeln und die Funktion eines allgemeinen Beratungs- und Informationsbüros für Kinderkultur übernehmen. Dem Büro für Schulkultur sind zur Erfüllung des erweiterten Auftrags finanzielle Ressourcen im Umfang von jährlich wiederkehrend Fr. 200 000.– im Rahmen des Budgets 2013 vom GR bewilligt worden.
- *Bündelung und Kommunikation des Kinderkulturangebots:* Das breite und vielfältige Angebot an Kinderkultur in der Stadt Zürich wird gebündelt und attraktiv auf einer Internetplattform kommuniziert. Ursprünglich war geplant, das Kinderkulturangebot auf einer Plattform zu präsentieren, die das gesamte Kulturangebot von Zürich umfasst. Da diese Gesamtkulturplattform vom Gemeinderat abgelehnt worden ist, wurde nur das Projekt einer gebündelten Kommunikation des Kinderkulturangebots weiterverfolgt. Das PRD hat verschiedene mögliche Trägerschaften eingeladen, sich für die Umsetzung und den Betrieb einer solchen Plattform zu bewerben. Aufgrund einer sorgfältigen Auswahl wurde eine Trägerschaft gewählt, die schon bisher in der Kommunikation des Kinderkulturangebots tätig war und in der Zürcher Kultur bestens vernetzt ist. Die Vereinigung Zürcher Kindertheater, die bisher den Zürcher Kindertheaterkalender in Printform herausgegeben hat, und der Verein Kulturvermittlung Zürich, einer Vereinigung der «Vermittlungspersonen» in den Zürcher Kulturinstitutionen, schliessen sich zu einem Trägerverein Kinderkulturkalender zusammen. Eine Leistungsvereinbarung mit dem Trägerverein ist ausgearbeitet, die Kinderkulturagenda soll im September 2013 online gehen. Die Stadt Zürich beteiligt sich an diesem Pilotprojekt mit einem einmaligen Beitrag von insgesamt Fr. 220 000.–. Die Finanzierung läuft in den Jahren 2012–2014 über den Legislatorschwerpunkt «Kultur- und Kreativstadt Zürich».
- *Virtuelle Kinderkultur:* Mit dem Projekt «Virtuelle Kinderkultur» soll die Idee des ursprünglichen Kinderkulturhauskonzepts im Internet realisiert werden. Kinder und Jugendliche werden dazu animiert, in einem von ihnen bevorzugten Alltagsmedium eigene Kulturproduktionen zu schaffen und zu präsentieren. Das Projekt wird im Rahmen des Legislatorschwerpunkts eZürich finanziert.
- *Soziokulturelle Aktivitäten im Bereich Kinderkultur:* In der Erneuerung der Soziokulturangebote 2012 wurde das Anliegen der Kinderkultur aufgenommen; zu diesem Zweck wurden auch Mittel für die Kontraktperiode 2013–2016 bereitgestellt. Das Sozialdepartement wird sich dabei an den Aktivitäten des GZ Buchegg orientieren (Sozialdepartement mit PRD, GR 2012/203).

Diese Massnahmen wurden den politischen Entscheidungsgremien jeweils separat zum Beschluss vorgelegt und von diesen genehmigt. Es wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/000602 2006/000220	07.06.2006 28.10.2009	Rabelbauer Richard und Girod Bastien Standortförderung, Massnahmen betreffend Umweltechnologie
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Rahmen der Standortförderung durch gezielte Massnahmen vermehrt bestehende und junge Unternehmen aus dem Bereich Umweltechnologie für den Standort Zürich gewonnen werden können. Dabei sollen auch Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie ein optimales Umfeld geschaffen werden kann, damit Innovationen im Bereich der Umweltechnologie der Zürcher Hochschulen in der Stadt Zürich umgesetzt werden können.</i></p> <p>Mit StRB 1357/2011 hat der Stadtrat die Beteiligung an der neuen BlueLion-Stiftung zur Förderung des Jungunternehmertums beschlossen. Als erstes Projekt hat die Stiftung einen Inkubator für Cleantech- und ICT-Startups eröffnet. Die Stiftung möchte massgebend dazu beitragen, dass Innovationen gerade auch im Bereich der Umweltechnologien hier in Zürich in Unternehmen umgesetzt werden.</p> <p>Im Bereich der Neuansiedlung von bestehenden Unternehmen am Standort Zürich fokussiert die Marketingorganisation Greater Zurich Area mit ihrer neuen Strategie branchenmässig auf die Präzisionstechnologien. Dazu gehören explizit auch die Umweltechnologien. Die GZA hat somit ihre Marketingstrategie bereits im Sinne der Postulanten ausgerichtet und trägt damit zukünftig dazu bei, dass sich vermehrt Unternehmen aus diesem Bereich im Raum Zürich ansiedeln werden.</p>		
POS 2006/001338 2006/000556	07.06.2006 29.11.2006	Nagel Ueli und Nielsen Claudia Uto Kulm, Landabtausch mit der Gemeinde Stallikon
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, mit der Gemeinde Stallikon und dem Regierungsrat Verhandlungen aufzunehmen, um dem Gemeinderat eine Weisung zur Eingemeindung des Gebiets Uto Kulm (= Areal nordöstlich der Gratstrasse zwischen dem Bahnhof Zürich-Üetliberg und der Abzweigung Gratweg Richtung Kolbenhof, gemäss beigelegtem Kartenausschnitt*) durch Landabtausch vorzulegen.</i></p> <p>Nach Verabschiedung der Richtplananpassung durch den Kantonsrat und der Bewilligung durch den Bundesrat stimmte der Stadtrat am 21. Dezember 2011 dem Nutzungsvertrag zwischen dem Grundeigentümer und den beteiligten Gemeinwesen (Gemeinden Stallikon, Stadt Zürich und Kanton Zürich) zu. Der Vertrag legt die Rechte und Pflichten aller Beteiligten zur Nutzung des Planungsgebiets langfristig fest, vgl. dazu StRB 1607/2011.</p>		
POS 2008/000055 2008/000028	16.01.2008 30.01.2008	Grüne-Fraktion Zentrum für Kinderkultur, Federführung durch das Präsidialdepartement
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten, die Federführung des Projektes «Zentrum für Kinderkultur» dem Präsidialdepartement zu übertragen. Das Zentrum für Kinderkultur soll kein Angebot in Form von Schule ähnlichen Kursen beinhalten. Auch soll es in der Stadt bestehende Kinderkulturangebote in den verschiedenen kulturellen Institutionen und von kulturellen Anbietern nicht konkurrenzieren, idealerweise jedoch miteinander vernetzen und ergänzen.</i></p> <p>Das Postulat wird zur Abschreibung beantragt. Vgl. die Erläuterungen zum Postulat GR-Nr. 2003/435 «Kultur von und für Kinder und Jugendliche, Förderung».</p>		
POS 2008/001070 2008/000451	01.10.2008 26.11.2008	Grüne-Fraktion Kinder- und Jugendkultur, Angebotsübersicht
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten, einen Bericht zu erstellen,</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– der einen Überblick der Kultur für, von und mit Kindern und Jugendlichen in der Stadt Zürich gibt.</li> <li>– dabei eine Zusammenstellung anzufertigen, die darlegt, welche Angebote sich ergänzen und welche sich konkurrenzieren.</li> <li>– Aufzuzeigen, mit wie viel finanziellen und personellen Ressourcen die entsprechenden Angebote je Angebot wie vielen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden.</li> </ul> <p>Das Postulat wird zur Abschreibung beantragt. Vgl. die Erläuterungen zum Postulat GR-Nr. 2003/435 «Kultur von und für Kinder und Jugendliche, Förderung».</p>		
POS 2008/001254 2008/000540	26.11.2008 10.12.2008	Angst Walter Stadtentwicklung, Konzentration verschiedener Dienstabteilungen
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten, die durch eine Konzentration der diversen mit Stadtentwicklungsfragen beschäftigten Dienstabteilungen und Dienststellen erzielbaren Synergien und Einsparpotentiale sowie Wirksamkeitserhöhungen zu prüfen.</i></p> <p>Die Aufgaben der Stadt- und Quartierentwicklung Zürich (STE) sind eng mit denjenigen der anderen drei Bereiche der Stadtentwicklung Zürich (STEZ) – der Integrationsförderung, der Wirtschaftsförderung und den Aussenbeziehungen – verknüpft. Sie sind zudem so vielfältig und verschieden von denjenigen des Amts für Städtebau AfS, dass sie sich nicht mit den Aufgaben des AfS vereinbaren lassen; dies wird im STRB 1923/2010 bzw. GR-Nr. 2010/301 nach ausführlicher Prüfung geschildert. Die Stadt- und Quartierentwicklung bearbeitet Grundlagen, Konzept- und Koordinationsaufgaben in den Themenfeldern Wohnen, Sozialraum, Nachhaltigkeit sowie quartierbezogene Wirtschaft und ergänzt damit die Aufgaben der Integrations- und Wirtschaftsförderung ebenso wie diejenigen der Zusammenarbeit über die Stadtgrenzen hinaus (Aussenbeziehungen) optimal.</p>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2009/001489 2009/000566	02.12.2009 11.12.2009	Angst Walter und Glättli Balthasar Öffentlichkeitsprinzip, Überprüfung des Einsatzes der Kommunikations-Ressourcen zur raschen und umfassenden Umsetzung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Einsatz der Kommunikations-Ressourcen zur raschen und umfassenden Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips genutzt werden kann. Die PR- und Kommunikationsstellen sind so einzusetzen, dass die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich in voller Transparenz und Offenheit über die Leistungen der Stadt Zürich sowie die Entscheide und die Planungen der Departemente und Dienststellen informiert werden und Zugang zu allen bei der Stadt verfügbaren Informationen erhalten, soweit diesem Anliegen nicht Persönlichkeitsrechte entgegen stehen. Dazu ist die Zentralisierung der Kommunikationsstellen zu prüfen und die daraus entstehenden Synergien zu nutzen.

Die Stadt Zürich hat das Öffentlichkeitsprinzip nach Inkrafttreten des Informations- und Datenschutzgesetzes (IDG) im Oktober 2008 fristgerecht umgesetzt. Die Amtliche Sammlung, Abstimmungszeitungen, Wahl- und Abstimmungsergebnisse, öffentliche Stadtratsbeschlüsse, Medienmitteilungen und Informationen zu den Aktivitäten und Leistungen der Stadt sowie die Verzeichnisse der vorhandenen Informationsbestände in der Stadtverwaltung sind über die Internetseite der Stadt offen zugänglich. Darüber hinaus informiert die Stadt entsprechend ihrem Kommunikationsleitbild aktiv, wahrheitsgetreu, verständlich, zielgruppengerecht, koordiniert, offen und schnell, um ihr Handeln zu erklären und Entscheide und Massnahmen zu begründen. Die Information und der Zugang der Bevölkerung zu den Informationsbeständen gemäss Öffentlichkeitsprinzip und IDG sind damit sichergestellt.

Die Möglichkeiten der Zentralisierung der Kommunikationsstellen hat der Stadtrat in seiner Beantwortung zum Postulat GR Nr. 2009/157 dargelegt. Der umfassenden Nutzung von Synergien und der stetigen Effizienzverbesserung misst die städtische Kommunikation grosse Bedeutung zu; dieses Grundanliegen ist auch in den Kommunikationsleitlinien verankert. Allerdings bleibt realistisch zu beachten, dass das Synergiepotenzial bei den Kommunikationsstellen angesichts der Vielfalt der in den einzelnen Departementen zu bearbeitenden Themen begrenzt ist.

POS 670.110.110-03 2010/001014 2010/000448	27.10.2010 10.11.2010	FDP-Fraktion Schiffbau Immobilien AG, Erhöhung Anteil der Fremdvermietungen
---	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Schiffbau Immobilien AG mindestens Fr. 330 000.– mit Fremdvermietungen der Halle 1 an Dritte erwirtschaftet. Es soll sichergestellt werden, dass auch Musicals und Tanztheater zugelassen werden.

Der Gemeinderat hat mit GRB 2010/229 der langfristigen Sicherung des Schiffbaus zugestimmt.

Das Schauspielhaus Zürich mietet seit dem Verkauf der Schiffbau-Liegenschaft an die Schiffbau Immobilien AG (SIAG) im Juli 2011 die für die Theaterproduktion benötigten Hallen und Räume ganzjährig von der SIAG zum Netto-Mietzins von 2,431 Mio. Fr. Im mindestens bis 2021 laufenden Vertrag ist ein pauschaler jährlicher Anteil von Fr. 330 000.– für Fremdvermietungen enthalten und somit garantiert (der Betrag basiert auf Einschätzungen von unabhängigen Eventveranstaltern und ist als ehrgeizig, aber realistisch zu betrachten).

Die SIAG als Besitzerin agiert als Immobiliengesellschaft und ist daher nicht direkt in die Vermietung an Dritte involviert. Gemäss Konzept und Belegen des Schauspielhauses ist dieses sehr an Fremdvermietungen interessiert und stellt die Hallen seit der Spielzeit 2009/10 während mindestens 24 Wochen pro Spielzeit für Vermietungen zur Verfügung. Tanztheater und Musicals wurden und werden dabei keinesfalls ausgeschlossen, ganz im Gegenteil: Im Rahmen von Vermietungen wurden bereits mehrere Tanztheater und musikalische Produktionen gezeigt; das soll sich auch in Zukunft nicht ändern.

Leider ist es bereits wiederholte Male vorgekommen, dass ein grosser Veranstalter die Halle für einige Wochen reserviert, dann aber kurzfristig abgesagt hat – solch unverbindliche Vorreservierungen sind im Eventbereich leider üblich. Dadurch konnte die Halle für den betreffenden Zeitraum nicht mehr oder nur teilweise weitervermietet werden.

Die Absicht des Schauspielhauses war und bleibt, bei den Fremdvermietungen für alles offen zu sein und den Anteil an Fremdvermietungen im Sinne der Wirtschaftlichkeit so gross wie möglich zu halten.

POS 540.190.100-09 2010/001065 2010/000486	24.11.2010 15.12.2010	Hug Christina und Garcia Isabel Zürich Tourismus, Förderung von 2000-Watt-kompatiblen Angeboten
---	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er bei Zürich Tourismus darauf hinwirken kann, dass vermehrt 2000-Wattkompatible Angebote gefördert werden, z. B. durch die aktive Promotion des SchweizMobil-Netzes oder die Vermarktung von geführten Wanderungen und Velotouren.

Zürich Tourismus fördert solche Angebote gezielt und umfassend. Auf der Website finden sich über 300 Touren für die Bereiche Wandern, Fahrrad und Bike, Inlineskating sowie Kanu und Paddeln. Touren für Umweltbewusste können mit einer Filterfunktion einfach eruiert werden.

Zusammen mit der Branche setzt sich Zürich Tourismus mit grossem Engagement für einen nachhaltigen Tourismus ein, da die Stadt in der intakten Umwelt einer der grossen Pluspunkte der Destination Zürich ist. Zürich Tourismus hat die Nachhaltigkeitscharta des Schweizer Tourismus unterzeichnet und sich mit den anderen Schweizer Tourismusregionen dazu verpflichtet, Massnahmen für einen nachhaltigen Tourismus umzusetzen.

Zürich Tourismus ist die erste CO<sub>2</sub>-neutrale Tourismusorganisation der Schweiz und wurde 2010 mit dem myclimate-Award ausgezeichnet. Zudem ist Zürich Tourismus seit 2010 ISO-14001-zertifiziert.



<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 600.100.100-08 2011/000233	29.06.2011 13.07.2011	Garcia Isabel und Ledergerber Zora Elektronischer Versand der Publikationen an die Rats- und Kommissionsmitglieder

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die verschiedenen Publikationen, die heute flächendeckend an alle Gemeinderäte bzw. Kommissionsmitglieder per Post versandt werden, nur auf elektronischem Weg versandt und nur auf Bestellung in Papierform zugestellt werden können.*

Die Mitglieder des Gemeinderats erhalten regelmässig zahlreiche Publikationen aus der Stadtverwaltung und von Institutionen, die von der Stadt unterstützt werden. Diese Publikationen werden entweder den Mitgliedern direkt zugesandt oder liegen im Gemeinderat in hohen Auflagezahlen zur Mitnahme auf. Diese Publikationen müssen – im Unterschied zu den offiziellen Dokumenten, die dem wöchentlichen Ratspostversand beiliegen – nicht zwingend in Papierform zur Verfügung gestellt werden.

Wie das Postulat ausführt, soll der Versand der gedruckten Publikationen, die nicht der offiziellen Kenntnisnahme durch den Gemeinderat unterliegen, eingeschränkt werden.

Gemäss Ausführungen der Parlamentsdienste wäre es allerdings sehr aufwendig, einen – wie im Postulat vorgeschlagenen – Versand in Papierform nur auf Bestellung anzubieten. Es konnte mit den Parlamentsdiensten aber eine Regelung getroffen werden, dass solche informativen Publikationen in Form eines PDFs elektronisch und nur noch in 15-facher Ausführung gedruckt zur Verfügung gestellt werden. Die Parlamentsdienste schalten die elektronische Version auf der Website des Gemeinderats ([www.gemeinderat-zuerich.ch](http://www.gemeinderat-zuerich.ch)) auf und händigen auf Anfrage gedruckte Exemplare interessierten Gemeinderätinnen und Gemeinderäten aus.

Aufgrund dieser Klarstellung wurden die Departemente instruiert, sich in Zukunft an diesen Vorgaben auszurichten. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass die grösste Einsparung im Bereich Versand von gedruckten Unterlagen an den Gemeinderat erzielt werden könnte, wenn der gesamte Ratspostversand nur noch elektronisch und nicht mehr per Post versandt werden würde. Das Postulat fordert dies allerdings nicht.





Bild: Mara Fadrina Truog

# Geschäftsbericht 2012

## Finanzdepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Finanzdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>67</b>
<b>2.</b>	<b>Jahresschwerpunkte</b>	<b>68</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Finanzdepartement</b>	<b>70</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>71</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>71</b>
4.1.1	Aufgaben	71
4.1.2	Jahresschwerpunkte	71
4.1.3	Erbschaften und Vermächtnisse	71
4.1.4	Entwicklungshilfe im Ausland, Investitionshilfe im Inland, Humanitäre Hilfe im In- und Ausland	71
4.1.5	Stiftungsaufsicht über gemeinnützige privatrechtliche Stiftungen	71
4.1.6	Kennzahlen	71
<b>4.2</b>	<b>IT-Controlling</b>	<b>72</b>
4.2.1	Aufgaben	72
4.2.2	Jahresschwerpunkte	72
<b>4.3</b>	<b>Fachstelle Beschaffungskoordination</b>	<b>72</b>
4.3.1	Aufgaben	72
4.3.2	Jahresschwerpunkte	72
<b>4.4</b>	<b>Büro für Wohnbauförderung</b>	<b>73</b>
4.4.1	Aufgaben	73
4.4.2	Jahresschwerpunkte	73
4.4.3	Kennzahlen	74
<b>4.5</b>	<b>Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien</b>	<b>74</b>
4.5.1	Aufgaben	74
4.5.2	Jahresschwerpunkte	74
4.5.3	Kennzahlen	74
<b>4.6</b>	<b>Organisation und Informatik (OIZ)</b>	<b>75</b>
4.6.1	Aufgaben	75
4.6.2	Jahresschwerpunkte	75
4.6.3	Kennzahlen	76
<b>4.7</b>	<b>Finanzverwaltung</b>	<b>77</b>
4.7.1	Aufgaben	77
4.7.2	Jahresschwerpunkte	77
4.7.3	Kennzahlen	78
<b>4.8</b>	<b>Steueramt</b>	<b>79</b>
4.8.1	Aufgaben	79
4.8.2	Jahresschwerpunkte	79
4.8.3	Kennzahlen	80
<b>4.9</b>	<b>Liegenschaftenverwaltung</b>	<b>81</b>
4.9.1	Aufgaben	81
4.9.2	Jahresschwerpunkte	81
4.9.3	Kennzahlen	84
<b>4.10</b>	<b>Human Resources Management (HR Stadt Zürich)</b>	<b>88</b>
4.10.1	Aufgaben	88
4.10.2	Jahresschwerpunkte	88
4.10.3	Kennzahlen	89
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>90</b>

# 1. Vorwort



Martin Vollenwyder. (Bild: Luca Zanier)

## «Zwischen Machbarem und Wünschbarem unterscheiden»

Das vergangene Jahr gleicht hinsichtlich der weltwirtschaftlichen Entwicklung einem ewigen «Stägeli uf, Stägeli ab». Kaum waren zum Beispiel einige Erfolge in der Behebung der Krise einzelner EU-Länder zu verzeichnen, taten sich anderswo neue Problemfelder auf. Auch der abgeschlossene Wahlkampf um die US-Präsidentschaft hatte bis Ende Jahr nur beschränkten positiven Einfluss auf diesen globalen Prozess. Die Börsen reagierten postwendend darauf, sowohl im Positiven als auch im Negativen.

Die schweizerische Exportindustrie wurde weiterhin durch einen starken Schweizer Franken und die damit verbundenen Herausforderungen getestet. Daneben ist das Ringen mit den EU-Nachbarstaaten um eine vernünftige Lösung in Sachen Steuerabkommen für den Finanzplatz Schweiz nicht

ausgestanden. Beide Probleme werden uns auch im kommenden Jahr beschäftigen.

Trotz der beschriebenen Ausgangslage ist jedoch die Arbeitslosenquote in Zürich mit rund 3,6% (Stand November 2012) nur leicht gestiegen. Das respektable Steueraufkommen in der Stadt Zürich weist ebenfalls auf eine robuste Verfassung des Wirtschaftsstandorts Zürich hin. Daneben wird die Stadt Zürich zukünftig mit Mehraufwänden vor allem in den Bereichen Schule und Pflege konfrontiert werden.

Die Stadt Zürich wird deshalb in absehbarer Zeit stärker zwischen Machbarem und Wünschbarem unterscheiden müssen. Mit dem im Berichtsjahr lancierten Projekt «17/0, Leistungsüberprüfung» wurde daher eine gesamtstädtische Leistungsüberprüfung in Gang gesetzt, die unsere Gemeinde auch über die kommenden Jahre hinaus attraktiv und wettbewerbsfähig halten soll. Diese neuen Herausforderungen können nur durch gemeinsame Anstrengungen gemeistert werden. Die Stadt als Arbeitgeberin ist sich dabei ihrer Verantwortung bewusst. Als erster Schritt wurde daher eine neue HR-Strategie initialisiert.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich ganz persönlich für den Einsatz bedanken, den das gesamtstädtische Team auch dieses Jahr geleistet hat. Ohne sein motiviertes und professionelles Engagement würde die Stadt Zürich schlicht stillstehen. Auch meine Nachfolgerin oder mein Nachfolger wird auf ihre Unterstützung und ihren Erfahrungsschatz bauen dürfen.

Martin Vollenwyder  
Vorsteher des Finanzdepartements

## 2. Jahresschwerpunkte

Mit 2405,5 Mio.Fr. Steuerertrag fallen die Einnahmen zwar um 190 Mio. Fr. tiefer aus als budgetiert, trotzdem handelt es sich um den höchsten je erreichten Steuerertrag. Das Rekordergebnis des Vorjahres wurde noch um 15,2 Mio.Fr. übertroffen. Anhand der vorliegenden Zahlen lassen sich folgende Entwicklungen ablesen: Die Steuererträge der natürlichen sowie der quellenbesteuerten Personen zeigen eine rückläufige Tendenz, wohingegen bei den juristischen Personen wie auch bei den Grundsteuern höhere Erträge zu verzeichnen sind.

Beim Steuerertrag der natürlichen Personen fiel der Vorbezug für die Steuerperiode 2012 mit Mindereinnahmen von 16 Mio. Fr. um rund 1,5 % tiefer aus als im Vorjahr. Ohne Ausgleich der kalten Progression (minus rund 4,5 %) hätte sich ein Zuwachs von 3 % ergeben. Die Nachträge fielen um fast 39 Mio. Fr. tiefer aus als im Vorjahr. Die im letzten Jahr festgestellte Wachstumsverlangsamung hat sich in diesem Jahr noch verstärkt gezeigt.

Ein erfreuliches Bild zeigt die Ertragssituation der juristischen Personen: Der Vorbezug für das laufende Jahr weist praktisch

den gleichen Wert aus wie derjenige für das Vorjahr, wohingegen einige wenige definitive Steuereinschätzungen aus früheren Jahren massive Nachträge bescherten. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr beträgt denn auch 86,3 Mio. Fr.

Einen Minderertrag in der Höhe von 17 Mio.Fr. weisen die Quellensteuern aus. Im oberen Einkommenssegment gilt es, die «Nachträgliche Veranlagung zur Quellensteuer», die einen Wechsel von der Quellensteuer zur Ordentlichen Besteuerung für Steuerpflichtige mit einem Bruttoeinkommen über Fr. 120 000.– vorsieht, besonders zu beachten. Dieser Wechsel hat zur Folge, dass zum Veranlagungszeitpunkt die Quellensteuern storniert und den Steuererträgen der Vorjahre für natürliche Personen gutgeschrieben werden. Die Ertragsentwicklung der «Nachträglichen Veranlagung zur Quellensteuer» der letzten Jahre zeigt einen starken Anstieg bis ins Jahr 2010 und danach eine leichte Abschwächung. Im Jahr 2012 war wiederum ein starker Zuwachs der Anzahl quellensteuerpflichtiger Personen zu verzeichnen.

Steuerertrag (Mio. Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Gemeindesteuerfuss	119 %	119 %	119 %	119 %	119 %
<b>Steuern natürliche Personen: Einkommens- und Vermögensteuer</b>	<b>1 272.4</b>	<b>1 405.3</b>	<b>1 444.8</b>	<b>1 395.6</b>	<b>1 327.5</b>
Laufendes Jahr (provisorische Steuerrechnung) <sup>1</sup>	990.1	1 046.9	1 098.7	1 099.8	1 083.8
Steuernachträge Vorjahre	222.4	297.5	279.8	230.1	196.3
Aktive Steuerauscheidung	73.5	79.6	84.5	87.6	66.8
Passive Steuerauscheidung	-10.8	-15.6	-15.7	-19.5	-16.8
Pauschale Steueranrechnung	-2.8	-3.1	-2.5	-2.4	-2.6
<b>Steuern juristische Personen: Ertrags- und Kapitalsteuer</b>	<b>576.2</b>	<b>660.1</b>	<b>658.1</b>	<b>668.7</b>	<b>740.7</b>
Laufendes Jahr (provisorische Steuerrechnung) <sup>1</sup>	705.0	699.2	564.7	637.8	637.0
Steuernachträge Vorjahre	-54.2	-5.7	101.4	55.0	141.3
Aktive Steuerauscheidung	7.3	6.9	13.0	22.6	26.1
Passive Steuerauscheidung	-79.0	-27.2	-15.9	-41.3	-58.9
Pauschale Steueranrechnung	-2.9	-13.1	-5.1	-5.4	-4.8
<b>Quellensteuern</b>	<b>148.2</b>	<b>127.8</b>	<b>113.5</b>	<b>167.6</b>	<b>152.4</b>
Quellensteuer I (ausl. ArbeitnehmerInnen)	132.0	108.8	93.7	148.5	131.5
Quellensteuer II (KünstlerInnen/SportlerInnen usw.)	16.2	19.0	19.8	19.1	20.9
<b>Grundsteuern</b>	<b>111.5</b>	<b>103.9</b>	<b>109.1</b>	<b>137.4</b>	<b>168.8</b>
Grundstückgewinnsteuer	111.5	103.9	109.1	137.3	168.8
Handänderungssteuer (Abschaffung per 2005) <sup>2</sup>	-	-	-	0.1	-
<b>Übrige Steuern</b>	<b>12.1</b>	<b>20.2</b>	<b>20.8</b>	<b>21.0</b>	<b>16.1</b>
Personalsteuer	6.9	6.9	6.9	7.0	7.0
Nachsteuer	5.2	13.3	13.9	14.0	9.1
<b>Gesamttotal</b>	<b>2 120.4</b>	<b>2 317.3</b>	<b>2 346.3</b>	<b>2 390.3</b>	<b>2 405.5</b>

<sup>1</sup> Steuerertrag des laufenden Jahres: einfache Staatssteuer mal Gemeindesteuerfuss

<sup>2</sup> Nachträge im Jahr 2011 aus pendenten Fällen

Wiederum sehr erfreulich entwickelten sich die Erträge aus den Grundstückgewinnsteuern. Mit einem Plus von 31,4 Mio. Fr. gegenüber dem Vorjahr wurde eine langjährige Höchstmarke erreicht. Der nach wie vor rege Liegenschaftenhandel auf hohem Preisniveau sowie einige bedeutende Grundsteuerfälle zeichnen für diese Entwicklung hauptverantwortlich. Noch keinen Niederschlag im Steuerertrag der Grundstückgewinnsteuern fanden die umfangreichen Liegenschaftenverkäufe der grossen Finanzinstitute, die zwecks Schaffung von Eigenkapital im letzten Jahr getätigt und publik wurden. Ob und in welcher Höhe Grundstückgewinnsteuern anfallen werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden.

### Zinsentwicklung

Im Berichtsjahr bewegten sich die Zinsen auf rekordtiefen Niveaus. Gegenüber den bereits tiefen Zinsen Ende Vorjahr war in der zweiten Jahreshälfte ein weiterer Rückgang zu verzeichnen. Diese Entwicklung war auf die anhaltende Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone und die sehr expansive Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zur Verteidigung der Kursuntergrenze von Fr. 1.20 gegenüber dem Euro zurückzuführen.

Seit August 2011 gilt für den Dreimonats-Libor ein Zielband von 0–0,25 %. Die SNB strebt dabei einen Satz möglichst nah bei null an. Die Kurzfristzinsen (Dreimonats-Libor) blieben deshalb auf einem sehr tiefen Niveau und reduzierten sich im Jahresverlauf sogar von 0,05 % auf 0,012 %. Die Langfristzinsen (Kassazinssatz für zehnjährige Anleihen der Eidgenossenschaft) sanken im Jahresvergleich um achtzehn Basispunkte von 0,74 % auf 0,56 %. Der Höchstwert lag im März bei 0,96 %.

Der Tiefstwert von 0,45 % wurde in der ersten Hälfte Dezember erreicht.

Die tiefen Zinsen und die grosse Nachfrage nach Anleihen mit einer sehr guten Bonität erlaubten der Stadt Zürich im Berichtsjahr ausserordentlich günstige Finanzierungen. Es konnten eine Anleihe von 250 Mio. Fr. mit einer Laufzeit von 20 Jahren zu einem Zinssatz von 1,5 % und eine Anleihe von 250 Mio. Fr. mit einer Laufzeit von 11,4 Jahren zu einem Zinssatz von 1 % aufgenommen werden. Weiter wurde ein Darlehen im Betrag von 25 Mio. Fr. mit einer Laufzeit von 5 Jahren zu einem Zinssatz von 0,08 % aufgenommen. Der Investor hat das Recht auf eine Verlängerung des Darlehens um 15 Jahre zu einem Zinssatz von 1,1 %. Die gesamten Geldaufnahmen beliefen sich auf 525 Mio. Fr. Der durchschnittliche Zinssatz lag bei 1,194 % und die durchschnittliche Laufzeit bei 15,2 Jahren. Zur Rückzahlung gelangte eine Anleihe von 500 Mio. Fr. mit einem Coupon von 2,875 %.

### Finanzausgleich und Staatsbeiträge

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Zürich haben am 15. Mai 2011 ein neues Finanzausgleichsgesetz (FAG) verabschiedet, das per 1. Januar in Kraft gesetzt wurde. Die Stadt Zürich ist neu in das System eingebunden und liefert aufgrund der im Vergleich zu den anderen Zürcher Gemeinden überdurchschnittlich hohen Steuerkraft namhafte Beiträge in den Ressourcenausgleich ab. Gleichzeitig wird der Stadt Zürich ein im Gesetz nominal festgelegter Zentrumslastenausgleich zugesprochen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die für das Berichtsjahr gültigen Werte im Überblick:

Finanzausgleich (Mio. Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Ressourcenabschöpfung gemäss § 14 ff. FAG	–	–	–	–	–269.5
Zentrumslastenausgleich gemäss § 29 Abs. 1 FAG	–	–	–	–	412.2
<b>Total zugunsten Stadt Zürich</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>142.7</b>
Davon zweckgebundener Kulturanteil 10,7 % gemäss § 29 Abs. 2 FAG	–	–	–	–	44.1

Die bisher für die Bereiche Polizei und Sozialhilfe erhaltenen Beiträge entfallen ab dem Berichtsjahr. Die Staatsbeiträge wurden mit der Inkraftsetzung des neuen Gesetzes auf den Minimalsatz reduziert.

### Rechnungslegung: Gemeindegesezt in Revision

Der Regierungsrat hat die Gemeinden im Kanton Zürich im Jahr 2011 eingeladen, zum totalrevidierten Gemeindegesezt und damit auch zur neuen Rechnungslegung Stellung zu nehmen. Das Vernehmlassungsergebnis wurde Anfang Berichtsjahr veröffentlicht. Entgegen den ursprünglichen Absichten des Regierungsrats wird die Vorlage voraussichtlich erst im 1. Quartal 2013 dem Kantonsrat überwiesen. Der in der Vernehmlassung vorgesehene Einföhrungstermin 1. Januar 2014 kann somit nicht eingehalten werden. Es ist davon auszugehen, dass die Bestimmungen zur neuen Rechnungslegung nicht vor dem 1. Januar 2016 in Kraft treten werden. Es sind noch grundlegende Fragen offen (z. B. die Bewertung der Eingangsbilanz). Seitens der Finanzverwaltung wurde im Berichtsjahr insbesondere die informatikseitige Umsetzung aufgearbeitet. Die Finanzverwaltung ist im HRM2-Fachgremium

vertreten und wird die Interessen der Stadt auf diese Weise einbringen.

### Neue Rechenzentren der OIZ

Im Februar konnten die beiden Rechenzentrums-Neubauten (RZ Albis und Hagenholz) fertiggestellt und in Betrieb genommen werden, womit der Stadt Zürich nun zwei der modernsten Rechenzentren, die den höchsten Ansprüchen an Sicherheit, Verfügbarkeit und Ökologie Rechnung tragen, zur Verfügung stehen. Den beiden Banken (Bank Julius Bär im RZ Albis und Bank Vontobel im RZ Hagenholz) konnten ihre Serverräume im März übergeben werden. Im Verlauf des Berichtsjahres gewann die OIZ auch zusätzliche Kunden für die weiteren Serverräume im RZ Albis: Sowohl die Bank Vontobel (als Zweitstandort zum RZ Hagenholz) als auch die Schweizerische Nationalbank werden ab 2014 Rechenzentrumsflächen im RZ Albis mieten.

### 3. Kennzahlen Finanzdepartement

	2008	2009	2010	2011	2012
Mitarbeitende total	862	915	921	961	953
– davon Frauen	369	375	366	387	379
– davon Männer	493	540	555	574	574
Ø Stellenwert-Äquivalent	762	805	812	849	853
Führungskader total	125	127	128	127	126
– davon Frauen	23	26	29	33	32
– davon Männer	102	101	99	94	94
Lernende total	45	46	49	57	61
– davon Frauen	21	26	28	29	29
– davon Männer	24	20	21	28	32
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)</b>					
Total	613	626	651	714	732
Frauen	203	188	188	214	223
Männer	410	438	463	500	509
Frauen in %	33.1	30.0	28.9	30.0	30.5
Männer in %	66.9	70.0	71.1	70.0	69.5
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)</b>					
Total	191	215	199	186	170
Frauen	129	142	136	134	123
Männer	62	73	63	52	47
Frauen in %	67.5	66.0	68.3	72.0	72.4
Männer in %	32.5	34.0	31.7	28.0	27.6
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)</b>					
Total	74	79	75	64	53
Frauen	46	49	45	41	35
Männer	28	30	30	23	18
Frauen in %	62.2	62.0	60.0	64.1	66.0
Männer in %	37.8	38.0	40.0	35.9	34.0
Personalaufwand	124 697 236	116 738 662	118 173 928	118 930 144	123 833 708
Sachaufwand	159 384 639	165 005 856	165 353 580	173 184 907	167 621 629
Übriger Aufwand	659 300 527	678 720 690	685 478 882	669 988 214	1 052 320 303
Total Aufwand	943 382 402	960 465 208	969 006 390	962 103 265	1 343 775 640
Bruttoinvestitionen <sup>1</sup>	46 144 261	1 177 565 091	72 162 739	85 894 750	108 368 007

**Definitionen:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

<sup>1</sup> 2009 inkl. Übertrag Wohnsiedlungen und gemeinnützige Baurechte in das Verwaltungsvermögen 1142,2 Mio. Fr.



## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Führungsunterstützung, Koordination und Öffentlichkeitsarbeit bilden die Hauptaufgaben des Departementssekretariats. Daneben ist es zuständig für die Ausrichtung von Entwicklungs-, Investitions- und humanitärer Hilfe.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

Neben den laufenden und wiederkehrenden Aufgaben, wie Koordination der Planungs- und Budgetprozesse oder Vorbereitung parlamentarischer Geschäfte, engagierte sich das Departementssekretariat besonders auf folgenden Gebieten:

- Leitung Task-Force und Mitwirkung am Gesamtprojekt Stadion und Wohnungsbau Hardturm
- Projekt «17/0, Leistungsüberprüfung»: Erarbeitung von Grundlagen für eine Überprüfung der städtischen Leistungen mit dem Ziel, 2017 wieder eine ausgeglichene Rechnung vorlegen zu können
- Immobilienaustausch mit der Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime: Projektleitung (Gemeinderatsbeschluss 19. Dezember 2012)
- Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen: Ausarbeitung einer Vorlage zur Umsetzung einer Volksinitiative (Volksabstimmung vom 3. März 2013)

#### 4.1.3 Erbschaften und Vermächtnisse

Im vergangenen Jahr konnten erneut rund fünfzehn Erbschaften und Vermächtnisse mit einem Gesamtbetrag von Fr. 1 304 529.– abgeschlossen werden. Das Museum Rietberg wurde in insgesamt fünf Nachlässen bedacht und konnte Vermächtnisse über Fr. 650 000.– vereinnahmen. In einem Testament wurde das Altersheim Kalchbühl als Alleinerbin eingesetzt. Der Löwenanteil des Nettobetrags von Fr. 551 072.75 wurde an das Altersheim Kalchbühl (Fr. 331 072.75) überwiesen, Fr. 40 000.– wurden dem Fonds Alter und Gesundheit zugewiesen, und die übrigen 24 städtischen Altersheime erhielten je einen Betrag von Fr. 7500.– zugewiesen. Der Kanton Zürich überwies der Stadt Zürich unter dem Titel der erbenlosen Güter Fr. 88 027.30.–.

#### 4.1.6 Kennzahlen

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Erbschaften und Vermächtnisse	374 528	150 979	2 017 924	1 390 428	1 304 529
Sachvermächtnisse <sup>1</sup>	994 000	200 000	468 400	400	400
Geldschenkungen	1 219 364	1 220 422	1 171 578	1 313 055	1 460 273
Naturalschenkungen	845 650	510 250	770 250	1 180 792	784 550

<sup>1</sup> Versicherungswerte

#### 4.1.4 Entwicklungshilfe im Ausland, Investitionshilfe im Inland, Humanitäre Hilfe im In- und Ausland

##### Entwicklungshilfe im Ausland

Mit Fr. 3 427 000.– unterstützte die Stadt Zürich 36 Projekte von Hilfswerken. Unter anderem werden 21 Hängebrücken in Äthiopien gebaut und solarbetriebene Wasserkioske in Madagaskar aufgestellt. Andere Projekte befassen sich mit Schulbildung und Ausbildung von Lehrpersonen sowie mit verbessertem Gemüseanbau und sparsamer Wasseranwendung. Der Verbesserung der Trinkwasserqualität, unter anderem durch verbesserte Hygiene in den Siedlungen, wird grosses Gewicht beigemessen.

##### Investitionshilfe im Inland

In den beiden Kantonen Uri und Glarus wurden acht Projekte mit insgesamt Fr. 500 000.– unterstützt. Dabei stand die Behebung von Unwetterschäden ebenso im Vordergrund wie die Verbesserung der Wasserqualität. Mit der Unterstützung der wärmetechnischen Sanierung einer Turnhalle kann der Energieverlust um die Hälfte reduziert werden; die Gemeinde spart bei den Heizkosten, und Schulkinder und Vereine freuen sich über eine angenehm warme Turnhalle.

##### Humanitäre Hilfe im In- und Ausland

Im Berichtsjahr ereigneten sich erfreulicherweise keine Naturkatastrophen von solch verheerenden Ausmassen wie in den vergangenen Jahren. Es wurde demzufolge keine humanitäre Hilfe ausgerichtet, weder im Ausland noch im Inland.

#### 4.1.5 Stiftungsaufsicht über gemeinnützige privatrechtliche Stiftungen

Per Ende 2011 beaufsichtigte das Finanzdepartement 87 Stiftungen. Neu wurde die Aufsicht über die Förderstiftung Kunsthaus-Erweiterung übernommen. Die 87 Stiftungen wiesen per Ende 2011 eine Bilanzsumme von total Fr. 5 725 189 14.90 aus (Vorjahr: Fr. 5 845 124 25.30). Die Stiftungskapitalien betragen Fr. 2 505 549 000.– (Vorjahr: Fr. 2 471 368 44.98). Die Gebühreneinnahmen für die Prüfung der Jahresrechnung betragen Fr. 65 500.– (Vorjahr: Fr. 63 400.–).

## 4.2 IT-Controlling

### 4.2.1 Aufgaben

Der Stadtrat hat 2006 eine IT-Strategie formuliert und die IT-Delegation ernannt. Das IT-Controlling ist die Geschäftsstelle der IT-Delegation und überwacht die Umsetzung der IT-Strategie. Als wichtigstes Instrument führt das IT-Controlling das Register der städtischen IT-Projekte.

### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

Die Jahresschwerpunkte richteten sich nach denen der begleiteten und beurteilten IT-Projekte.

Zwei Beispiele:

- Im Zusammenhang mit dem Bezug der neuen Rechenzentren der Stadt Zürich waren durch die OIZ diverse Beschaffungen von IT-Infrastruktur vorzunehmen.

- Die Ablösung des städtischen Systems «Alpha» (Bewirtschaftung der bevölkerungsbezogenen Personendaten) durch «Omega» soll 2016 abgeschlossen werden können.

Die OIZ konnte die Einführung von zwei Teilprojekten der IT-Strategie (einheitlicher Arbeitsplatz sowie zentraler Service-desk) erfolgreich abschliessen, womit sich nur noch ein letztes Teilprojekt (Konsolidierung Rechenzentren) in der Umsetzung befindet.

Im Zusammenhang mit dem Legislatorschwerpunkt eZürich wurden das Grobkonzept sowie die weitere Umsetzung der von der Stadtverwaltung initiierten Projekte einem operativen Controlling unterzogen.

## 4.3 Fachstelle Beschaffungskoordination

### 4.3.1 Aufgaben

Die 2007 gegründete Fachstelle Beschaffungskoordination ist für die Koordination und Steuerung der stadtweiten, departementsübergreifenden Beschaffungsaktivitäten verantwortlich. Ihre Aufgaben strukturieren sich in drei Kategorien:

- Strategische und konzeptionelle Entwicklung
- Operative Umsetzung
- Controlling und Reporting

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

Die Fachstelle Beschaffungskoordination befasste sich mit der Umsetzung der Ende 2007 durch den Stadtrat verabschiedeten Beschaffungsstrategie der Stadt Zürich (STRB 1478/2007). Die Tätigkeiten der Fachstelle haben im Berichtsjahr zu Einsparungen von rund 1,1 Mio. Fr. bzw. 8,4% geführt.

Neben den wiederkehrenden und laufenden Aufgaben wie Koordination des städtischen Beschaffungswesens, Unterstützung der Departemente und Dienstabteilungen bei Beschaffungsfragen oder Betreuung und Nachführung der Beschaffungsinformationsplattform engagierte sich die Fachstelle hauptsächlich in folgenden Bereichen:

- Koordination der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen mit breiter Verwendung, wie z. B. Fahrzeuge, Werkzeuge und Werkstattverbrauchsmaterial, T-Shirts und Poloshirts, Medizinisches Verbrauchsmaterial, Batterien, Datenträger, Druckaufträge und Couverts, Reinigungsdienstleistungen, Sicherheitsdienstleistungen, Beratungsdienstleistungen
- Sicherstellung gesamtstädtisch einheitlicher Einkaufspreise und Konditionen
- Überarbeitung der Beschaffungsstrategie
- Abschluss des Pilotprojekts «soziale Nachhaltigkeit bei Natursteinen» und Planung des Projekts für eine gesamtstädtische Lösung
- Initiieren eines Projekts für die Erarbeitung einer «Richtlinie ökologische Nachhaltigkeit»
- Erarbeitung eines Farbkonzepts für Bekleidung
- Aktive Mitarbeit in diversen Gremien, wie Fahrzeugkommission, Masterplan Umwelt, Öko-Kompass, Suffizienzstrategie und Arbeitsgruppe Submissionsverordnung
- Durchführung einer Umfrage zur Kundinnen-/Kundenzufriedenheit bei den Dienstabteilungen

## 4.4 Büro für Wohnbauförderung

### 4.4.1 Aufgaben

Das Büro für Wohnbauförderung ist für die Förderung des gemeinnützigen und preisgünstigen Wohnungsbaus in der Stadt Zürich zuständig. Die Förderinstrumente sind in städtischen und kantonalen Wohnbaurlässen sowie in den Richtlinien der jeweiligen Rahmenkredite (Wohnbauaktionen bzw. Jugendwohnkredite) definiert. Nebst der Ausübung der Mietzinskontrolle (einschliesslich Mietzinsanfechtungen) bei den geförderten Wohnbauträgern kontrolliert das Büro für Wohnbauförderung die Einhaltung der Belegungsvorschriften bei den subventionierten Wohnungen. Es beschäftigt sich generell mit sämtlichen Belangen der städtischen Wohnbauförderung.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

Wie in den beiden vergangenen Jahren waren für das Berichtsjahr nur vereinzelte Mietzinsanfechtungen und MieterInnenanfragen zum Thema Mietzinse zu verzeichnen. Insgesamt wurden acht Mietzinsanfechtungsverfahren formell erledigt (Vorjahr drei). Die geringe Zahl dürfte vorab damit zusammenhängen, dass sich die Kapitalzinsen nach wie vor auf einem sehr tiefen Niveau bewegen. Per 2. Juni sank der vom Bundesamt für Wohnungswesen ermittelte und für die Mietzinse massgebende Referenzzinssatz, wie schon im Vorjahr, nochmals um 0,25 % auf nunmehr 2,25 %. Dies führte dazu, dass die Mietzinse der Wohnungen der kontrollierten Bauträger tendenziell weiter sanken und auch sanierungsbedingte Mietzinserhöhungen geringer ausfielen, als dies bei höheren Kapitalzinsen der Fall gewesen wäre.

Im Juni lud das Büro für Wohnbauförderung die städtischen Delegierten in den Vorständen der gemeinnützigen Wohnbauträger wiederum zur Jahrestagung ein. Neben verschiedenen aktuellen Themen wie die bauliche Verdichtung, die Wohnpolitik des Stadtrats, das Energiecoaching oder Wohnungen für Menschen mit Behinderung bildete das Referat von Albert Leiser, Direktor des Hauseigentümerversands (HEV), einen Schwerpunkt. Er beleuchtete das Verhältnis zwischen HEV und Wohnbaugenossenschaften.

Weitere Schwerpunkte aus dem Berichtsjahr:

- Aus der Wohnbauaktion 2005 (Beiträge) konnte der Liegenschaftsverwaltung der Stadt Zürich eine Unterstützung von

Fr.3560310.– für den Ersatzneubau der Siedlung Rauti-strasse im Quartier Altstetten gewährt werden.

- Aus der Wohnbauaktion 2005 (unverzinsliche Darlehen) konnte der Baugenossenschaft Brunnenhof Zürich ein Darlehen über Fr.2 652 780.– für die 2. Etappe der Siedlung Brunnenpark in Unterstrass gesprochen werden.
- Aus dem Jugendwohnkredit 2010 konnte der Stiftung für Studentisches Wohnen für den Neubau Aspholz-Süd auf städtischem Baurechtsland an der Cäsar-Ritz-Strasse im Quartier Affoltern ein unverzinsliches Darlehen von 7 Mio. Fr. zugesichert werden.
- Aus dem Jugendwohnkredit 2005 konnte der Stiftung PWG für die Erneuerung, Ergänzung und Umnutzung zur Grosswohnung für Jugendliche der Liegenschaft Militärstrasse 115 im Quartier Auszersihl ein unverzinsliches Darlehen von 1,1 Mio. Fr. gewährt werden.
- Die Kontrolltätigkeit zur Einhaltung der Subventionsauflagen bezüglich der Belegung subventionierter Wohnungen konnte innerhalb der gesetzlichen Zeitvorgaben ausgeübt werden.



Die neue Überbauung Aspholz-Süd der Stiftung für Studentisches Wohnen wird voraussichtlich ab Herbst 2014 gut 330 Studierenden in Zürich-Affoltern günstigen Wohnraum bieten. (Visualisierung)

#### 4.4.3 Kennzahlen

Ausbezahlte Unterstützungsleistungen (Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Stadt und städtische Stiftungen (Beiträge)	3 724 000	269 000	2 844 000	3 882 810	2 600 000
Genossenschaften, Stiftungen, Vereine (unverzinsliche Darlehen)	0	1 725 800	0	381 600	1 800 000
Genossenschaften (Beteiligungen)	35 500	30 000	0	0	0
Jugendwohnungen (unverzinsliche Darlehen)	3 150 000	100 000	1 500 000	3 000 000	4 934 000
<b>Verschiedene Kennzahlen</b>					
Mietzinsbeschwerden	102	172	131	3	8
Subventionierte Wohnungen	6 977	6 708	6 695	6 568	6 656
Mehrzinsen	363 814	243 969	192 506	230 304	226 237
Bestand Zweckerhaltungsfonds	21 846 155	21 956 955	23 688 311	23 506 884	22 905 096
Subventionsrückzahlungen (Wohnungen)	427	294	351	243	127
Neu von der Zweckerhaltung kontrollierte Wohnungen	49	25	338	116	215

## 4.5 Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien

### 4.5.1 Aufgaben

Die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien vermietet Wohnungen und Einfamilienhäuser an Familien mit mindestens drei Kindern und bescheidenem Einkommen. Die Stiftung wurde 1924 von der Stadt Zürich gegründet. Ihr steht ein Stiftungsrat vor, der vom Vorsteher des Finanzdepartements präsiert wird.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

– Aus dem Architekturwettbewerb für die geplante Wohnsiedlung Hardturm ging das Architekturbüro Bob Gysin und Partner mit dem Projekt «Cocco» als Sieger hervor. Es ist geplant, dass das gemeinsame Projekt mit der Liegen-

schaftenverwaltung im September 2013 zur Volksabstimmung kommt (zusammen mit dem Stadion Hardturm).

- Die Anzahl der Wohnungswechsel nahm im Berichtsjahr wieder zu. Dies hängt mit der regelmässigen Überprüfung der Belegungs- und Einkommensvorschriften zusammen. Siebzehn Familien verliessen die Stiftung aus diesem Grund.
- Ende 2012 lebten in den 434 Familienwohnungen (4½-Zimmer-Wohnungen und grösser) der Stiftung insgesamt 434 Familien mit 1523 Kindern.
- Die Warteliste umfasste per Ende Berichtsjahr 321 Familien mit 3 bis 7 Kindern.

### 4.5.3 Kennzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012
Wohnungsbestand per 31.12.	511	511	511	511	511
Kündigungen und Neueinzüge	31	21	21	25	39
Wohnungstausch intern	14	10	8	14	15
<b>Wohnungswechsel total</b>	<b>45</b>	<b>31</b>	<b>29</b>	<b>39</b>	<b>54</b>

## 4.6 Organisation und Informatik (OIZ)

### 4.6.1 Aufgaben

Die Dienstabteilung Organisation und Informatik (OIZ) ist verantwortlich für den Betrieb und die Weiterentwicklung der zentralen Informatik-Basisinfrastruktur, für Informatikdienstleistungen und für die Gewährleistung der einheitlichen Informatikstrategie.

### 4.6.2 Jahresschwerpunkte

Über eZürich wird im Teil Stadtrat (Seite 4) berichtet.

#### IT-Strategie

Im Laufe des ersten Halbjahres konnte durch die letzten Umstellungen bei der Stadtpolizei, den Pflegezentren und dem Stadtspital Triemli das IT-Strategieziel 5, «Vereinheitlichung der städtischen IT-Büroarbeitsplätze», abgeschlossen werden. Damit arbeiten nun rund 17 000 Mitarbeitende an einem einheitlichen IT-Arbeitsplatz. «VoIP4zuerich», das die Vereinheitlichung der städtischen Kommunikations-Infrastruktur zum Ziel hat, ging 2012 in die letzte Migrationsphase. Rund 8000 Anschlüsse an rund 125 städtischen Standorten wurden umgestellt. Bis 2016 sollen es über 25 000 Anschlüsse an über 400 Standorten sein. Für die Umsetzung des IT-Strategieziels 6, «Reduktion der Anzahl der Betriebszentren», wurden 2012 die Voraussetzungen geschaffen, so dass die Betriebszentren ab 2013 minimiert werden können.

#### Neue Rechenzentren

Für die OIZ stand 2012 der Bezug der neuen Rechenzentren mit dem Umzug der Mitarbeitenden von der Wilhelmstrasse in die neuen Albis-Gebäude im Zentrum. Die gesamte zentrale städtische IT-Infrastruktur mit mehr als 2000 Servern und rund 700 Datenbanken und die gesamte zentrale Storage- und Backup-Infrastruktur mussten möglichst ohne Beeinträchtigung der städtischen Geschäftstätigkeit verschoben werden. Rund 2000 Systeme wurden zudem auf neue Hardwareplattformen migriert. Ende Jahr war das Projekt zu rund 95 % erfolgreich abgeschlossen.

#### ISO-20000-Zertifizierung

Die OIZ erhielt am 16. Februar das Zertifikat für IT-Service-Management gemäss der internationalen Norm ISO/IEC 20000, womit ihre Kompetenz in der Planung, Erbringung, Überwachung und laufenden Verbesserung ihrer Dienstleistungen in einem hochkomplexen IT-Umfeld bestätigt wird.

#### Projekte

Am SAP Public Services Day 2012 erhielt die Stadt Zürich den Innovationspreis für das Projekt «TopaZ – Topapplikation Zürich» (Ablösung der Einwohnerregister-Datenbank des Bevölkerungsamts). Mit der Umsetzung des Projekts «Omega» wurde begonnen (Ablösung von Alpha – der heutigen städtischen Personendatendrehscheibe). Auch laufen die Arbeiten am Projekt «Bevölkerungsstatistik» – Ablösung der bislang eingesetzten Individualentwicklung – weiter. Ferner hat die OIZ einen entscheidenden Beitrag im Netzbereich zur Errichtung der neuen Einsatzleitzentrale von Schutz und Rettung am Flughafen Zürich geleistet.



Das Rechenzentrum Albis trägt höchsten Ansprüchen an Sicherheit, Verfügbarkeit und Ökologie Rechnung. (Bild: OIZ)

### 4.6.3 Kennzahlen

IT-Betrieb <sup>1</sup>	2008	2009	2010	2011	2012
iSeries-Server (AS/400)	3	3	3	3	2
Virtuelle iSeries-Server	8	8	8	8	7
pSeries-Server (RS/6000)	41	41	8	7	7
Virtuelle pSeries-Server	175	170	154	153	167
Linux	39	96	157	174	237
Windows-Server	500	416	425	608	477
Virtuelle Windows-Server	300	438	861	706	1 293
SAN-Speicherplatz (in GB netto) <sup>2</sup>	–	235 174	432 000	653 000	983 000
ESS-1-Speicherplatz (in GB netto) <sup>3</sup>	44 000	abgelöst	–	–	–
ESS-2-Speicherplatz (in GB netto) <sup>3</sup>	23 000	22 432	abgelöst	–	–
NAS-Speicherplatz (in GB netto) <sup>4</sup>	32 000	67 986	87 818	105 000	418 000
Clients	4 300	6 100	11 932	14 500	16 500
Kits-Server	185	207	197	185	181
Virtuelle Kits-Server	–	–	60	65	98
Kits-Clients	5 250	5 660	6 557	6 950	7 332
VoiP-Ports	300	1 450	2 850	6 000	7 800

Schulung <sup>5</sup>	2008	2009	2010	2011	2012
Schulungstage <sup>6</sup>	398	436	624	401	492
Teilnehmerinnen- und Teilnehmer-Tage <sup>7</sup>	2 786	3 052	4 368	2 805	3 444

Definitionen:

<sup>1</sup> Anzahl der von der OIZ in den Rechenzentren oder an den Standorten der Departemente und Dienstabteilungen betreuten/betriebenen IT-Infrastrukturen

<sup>2</sup> SAN (Storage Area Network) – neues Speicherplatzsystem; ESS 1 und ESS 2 sind abgelöst

<sup>3</sup> Speicherplatz auf «Enterprise Storage Server» (Speicherplatzsystem)

<sup>4</sup> Speicherplatz «Network Attached Storage» (Speicherplatzsystem)

<sup>5</sup> durch das OIZ-Schulungszentrum durchgeführte Kurse

<sup>6</sup> ab 2010: bei einer durchschnittlichen Teilnehmendenzahl von sieben Personen pro Kurs

<sup>7</sup> inkl. Flying-Teacher-Einsätzen

## 4.7 Finanzverwaltung

### 4.7.1 Aufgaben

Die Finanzverwaltung leitet die Prozesse für das Budget, die Finanzplanung und die Jahresrechnung und koordiniert die Abläufe mit den Departementen und Querschnittämtern Human Resources Management (Personal), Organisation und Informatik (Informatik) sowie Immobilien-Bewirtschaftung (Raum). Zu den Kernaufgaben zählen zudem die Zusatzkreditbegehren (zwei Serien), die Trimesterberichte für Dienstabteilungen mit Globalbudget, die Erwartungsrechnung und die Prüfung der Geschäfte mit finanzieller Tragweite. Ebenfalls Teil der Finanzverwaltung ist das im Jahr 2008 integrierte Kompetenzzentrum Risiko- und Versicherungsmanagement (RVZ).

Das System des Rechnungswesens (Konzernbuchhaltung) unterstützt die operativen Aufgaben der Finanzverwaltung. Damit verbunden sind weitere Dienste, wie Zahlungsverkehr, Bargeldverkehr (Stadtkasse), die Pflege der zentralen Kreditorenstammdaten und das Führen von Mandatsbuchhaltungen. Zu den Aufgaben der Finanzverwaltung zählen ausserdem die Mittelaufnahmen am Kapitalmarkt und die Bewirtschaftung der Liquidität sowie der Darlehen und Beteiligungen.

### 4.7.2 Jahresschwerpunkte

Der Stadtrat beschloss am 19. September, das Projekt «17/0, Leistungsüberprüfung» zu starten, und beauftragte die Finanzverwaltung mit der Umsetzung. Das Projekt soll zusammen mit einer nachhaltigen Haushaltsführung dazu beitragen, dass der mittelfristige Haushaltsausgleich weiterhin erreicht wird, kein Bilanzfehlbetrag entsteht und die Laufende Rechnung 2017 wieder ausgeglichen sein wird (Saldo 0). In einem ersten Schritt wurde bis Ende November bei den betreffenden Dienstabteilungen ein Katalog erhoben, der die Leistungen, die Rechtsgrundlagen, die Leistungsempfängerinnen und -empfänger sowie die Beurteilung möglicher Kostenreduktionen und Ertragssteigerungen umfasst. In einem weiteren Schritt legt der Stadtrat fest, bei welchen Leistungen ein Verzicht bzw. eine Reduktion sowie resultierende Konsequenzen vertieft zu prüfen sind (Leistungsanalyse). Anschliessend erarbeiten die Dienstabteilungen einen Umsetzungsvorschlag an den Stadtrat (Detailanalyse). Die vom Stadtrat beschlossenen Massnahmen werden zu einem Masterplan zusammengefasst (Konsolidierung), der in die Vorgaben zum Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2014–2017 einfließt und laufend umgesetzt wird (Umsetzung).

Nachdem Ende Vorjahr das stadtweite Projekt Charm (Chancen- und Risikomanagement und Internes Kontrollsystem) erfolgreich abgeschlossen wurde, ging es in der Berichtsperiode darum, Aufbau und Einsatz dieser Führungsinstrumente zu unterstützen. Die Finanzverwaltung moderierte im Berichtsjahr in weiteren 23 (Vorjahr 27) Dienstabteilungen Workshops, in denen die jeweiligen Führungsverantwortlichen Chancen und Risiken identifizierten und bewerteten sowie Massnahmen dazu beschlossen. Weitere 6 (Vorjahr 20) Dienstabteilungen erhoben

ihre grössten Chancen und Risiken selbst und meldeten sie der Finanzverwaltung.

Im Interesse sicherer, ordnungsgemässer und effizienter Finanzprozesse hat die Stadtverwaltung gemäss STRB 434/2011 ab Berichtsjahr für die Finanzprozesse ein angemessenes Internes Kontrollsystem (IKS) einzusetzen. Bis Ende Jahr hatten die Organisationseinheiten ihr IKS auch auf die übrigen wesentlichen Prozesse auszuweiten. Die Finanzverwaltung unterstützte sie dabei mit Schulungen, Workshops, Veranstaltungen für IKS-Verantwortliche sowie Beratung vor Ort.

Das Kompetenzzentrum Risiko- und Versicherungsmanagement (RVZ) konzipierte im Berichtsjahr die Motorfahrzeug-Versicherungen neu und schrieb sie öffentlich aus. Durch die Neuvergabe konnte die Prämie für die obligatorische Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung um 30% gesenkt werden. Die Tarifierung und die Erhebung der Kaskoprämien erfolgen weiterhin durch RVZ (Eigenversicherung). Die Regulierung der Motorfahrzeug-Kaskoschäden hingegen wird neu durch die Versicherungsgesellschaft durchgeführt. Dadurch wird sichergestellt, dass die Prämien unverändert bleiben, jedoch alle Schäden im Zusammenhang mit Motorfahrzeugen aus einer Hand erledigt werden. Die Stadt Zürich profitiert mit der neuen Lösung vom Garagennetzwerk des Versicherers mit tieferen Reparaturkosten sowie umfangreichen Dienstleistungen. Die beiden gesamtstädtischen Versicherungsverträge für Haftpflicht- und Sach-/Elementarrisiken entwickelten sich im Berichtsjahr stabil. Die Schadenaufwendungen blieben insgesamt konstant tief, die Prämien unverändert. Der Hagelschlag vom 1. Juli verursachte Schäden an 190 Fahrzeugen sowie an einigen städtischen Anlagen. Die Regulierung der Schäden war Ende Jahr noch nicht abgeschlossen. Die geschätzte Schadenhöhe beträgt 0,6 Mio. Fr. Die gesamtstädtischen Versicherungsverträge laufen Ende 2013 aus und werden auf diesen Zeitpunkt hin öffentlich ausgeschrieben. Die im Vorjahr durchgeführte Inventarisierung aller Kunstgüter im Eigentum der Stadt Zürich war die Grundlage für die öffentliche Submission einer umfassenden Kunstversicherung. Das neue Versicherungskonzept wurde im Berichtsjahr ausgeschrieben und tritt per 1. Januar 2013 in Kraft.

Weitere Schwerpunkte bildeten die Mitarbeit bei der Vorbereitung zur Umstellung auf Globalbudgetierung bei den Dienstabteilungen Altersheime Stadt Zürich und Pflegezentren Stadt Zürich (Inkraftsetzung Globalbudgetverordnung per Anfang Jahr), die Unterstützung der beiden Stadtspitäler bei der Einführung der Anlagenbuchhaltung aufgrund des neuen Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes (SPFG), die stufengerechte Schulung von Mitarbeitenden der Stadtverwaltung in den Bereichen Finanzrecht und Rechnungswesen, die Mitarbeit beim Projekt Stadion Zürich und der Einbau einer Vereinzelungsanlage bei der Stadtkasse durch die Immobilien-Bewirtschaftung als Resultat einer Überprüfung der Sicherheitsstandards.

#### 4.7.3 Kennzahlen

Bewirtschaftete Positionen (Mio. Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Darlehen					
Finanzvermögen	46.4	46.3	46.1	8.0	7.9
Verwaltungsvermögen	95.4	98.3	99.8	98.4	101.3
Beteiligungen					
Finanzvermögen <sup>1</sup>	92.4	202.1	223.8	206.6	236.3
Verwaltungsvermögen	79.2	71.2	66.8	73.4	92.9
Hypotheken PKZH	546.2	534.9	543.6	497.8	496.7
<b>Total</b>	<b>859.6</b>	<b>952.8</b>	<b>980.1</b>	<b>884.2</b>	<b>935.1</b>

<sup>1</sup> Für die Beteiligung an der Flughafen Zürich AG besteht eine Rückstellung im Sinne einer Schwankungsreserve; seit 2009 wird der Bruttobuchwert ausgewiesen. Die Beteiligung an der Erdgas Zürich AG wird seit 2009 zum Einstandswert ausgewiesen.

In obiger Tabelle sind die von der Finanzverwaltung bewirtschafteten Darlehen und Beteiligungen des Finanz- und Verwaltungsvermögens enthalten. Nicht berücksichtigt sind hingegen die Positionen der Gemeindebetriebe, die von die-

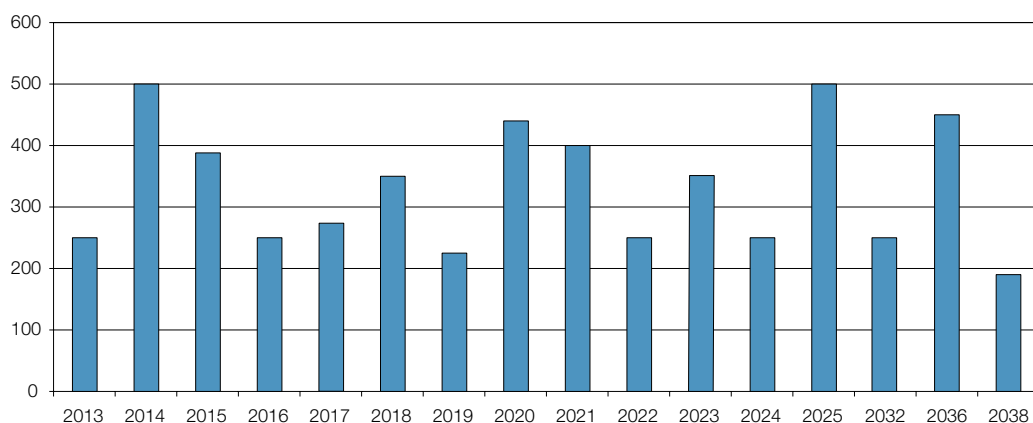
sen selber verwaltet werden. Die Bewirtschaftung des Hypothekarpportefolles der Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH) erfolgt aufgrund eines Mandatsvertrags durch die Finanzverwaltung.

Engagement am Kapitalmarkt (Mio. Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Anleihen	3625.0	4625.0	4825.0	5015.0	5015.0
Kassascheine	300.0	200.0	200.0	200.0	200.0
Darlehen	78.0	78.0	78.0	78.0	103.0
<b>Total</b>	<b>4003.0</b>	<b>4903.0</b>	<b>5103.0</b>	<b>5293.0</b>	<b>5318</b>

Im Berichtsjahr wurden zwei Anleihen von je 250 Mio. Fr. mit Laufzeiten von 20 bzw. 11,4 Jahren sowie ein Darlehen von 25 Mio. Fr. aufgenommen. Zur Rückzahlung gelangte eine

Anleihe von 500 Mio. Fr. Das Gesamtengagement erhöhte sich um 25 Mio. Fr.

#### Fälligkeiten am Kapitalmarkt in Mio. Fr. nach Jahr



Die mittlere Restlaufzeit beträgt per Bilanzstichtag 9,2 Jahre. Bei fehlenden Jahreszahlen ergeben sich im betreffenden Jahr keine Fälligkeiten.



<b>Eigenversicherungen</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>Prämieneinnahmen, Total in 1000 Fr.</b>	<b>3690</b>	<b>2360</b>	<b>2451</b>	<b>2377</b>	<b>2830</b>
Haftpflicht (Gemeinde- und Werkhaftpflicht)	224	–	–	–	–
Motorfahrzeugkasko und Technische Risiken	3466	2360	2451	2377	2830
<b>Schadenzahlungen, Total in 1000 Fr.</b>	<b>1 129</b>	<b>1 032</b>	<b>1 149</b>	<b>1 258</b>	<b>1 395</b>
Haftpflicht (Gemeinde- und Werkhaftpflicht)	29	43	–	–	–
Motorfahrzeugkasko und Technische Risiken	1 100	989	1 149	1 258	1 395
<b>Anzahl Schadenfälle, Total</b>	<b>423</b>	<b>356</b>	<b>409</b>	<b>473</b>	<b>511</b>

<b>Externe Versicherungen</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>Prämienzahlungen, Total in 1000 Fr.</b>	<b>5 173</b>	<b>5 577</b>	<b>1 679</b>	<b>1 699</b>	<b>1 699</b>
Vermögensversicherungen (Motorfahrzeug-, Bauherren-, Haus- und Exzedenten-Haftpflicht)	4371	4400	522	522	522
Sachversicherungen (Feuer für Fahrhabe und Gebäude, Diebstahl und IT-Inventar)	783	1 158	1 157	1 177	1 177
Personenversicherungen (Unfall für Behördenmitglieder und freiwillige Helferinnen und Helfer)	19	19	–	–	–

## 4.8 Steueramt

### 4.8.1 Aufgaben

Das Steueramt ist für den Vollzug der Staats- und Gemeindesteuern von natürlichen und juristischen Personen auf kommunaler Ebene zuständig. Zum Aufgabenkreis gehören unter anderem die Führung des Registers der Steuerpflichtigen, die Durchführung des Steuerklärungsverfahrens einschliesslich Mahnwesen, die Vornahme des Grossteils der Steuereinschätzungen von unselbständigerwerbenden natürlichen Personen sowie das gesamte Steuerinkasso. Für juristische Personen werden das Steuerklärungsverfahren und die Veranlagung zentral durch das kantonale Steueramt vorgenommen. Im Weiteren obliegt dem Steueramt die Veranlagung der Grundstückgewinnsteuer.

### 4.8.2 Jahresschwerpunkte

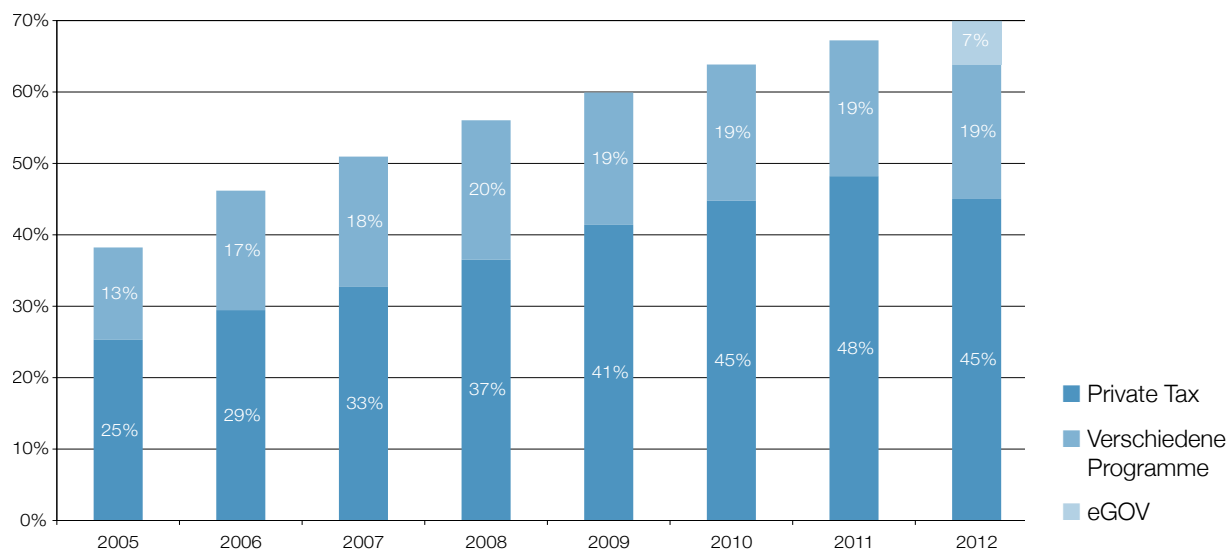
Mit dem im Berichtsjahr gestarteten Pilotbetrieb konnten erstmals die steuerpflichtigen natürlichen Personen ihre Steuererklärung online ausfüllen und elektronisch einreichen. Davon haben 7% der Steuerpflichtigen Gebrauch gemacht. Zusammen mit den schon seit längerem verwendeten Steuerklärungsprogrammen macht dies rund 70% aller Steuerpflichtigen, die die Steuererklärung am Computer ausfüllen.

Die Online-Steuererklärung wird dabei von einem elektronischen Assistenzprogramm begleitet, das schrittweise durch die Formulare führt und damit das Ausfüllen der Steuererklärung erleichtert. Das Verfahren wird mit dem Erstellen der Freigabequittung abgeschlossen. Diese muss zusammen mit den Belegen per Briefpost dem Steueramt zugestellt werden.



Mit E-Government werden vermehrt Einschätzungen ohne Papier vorgenommen. (Bild: Steueramt)

## Steueramt Zürich: Entwicklung «Ausfüllhilfen»



Erwartungsgemäss nutzten vor allem jüngere Personen das neue Angebot. Rund 50% der elektronisch eingereichten Steuererklärungen stammen von 26- bis 35-jährigen Personen, knapp über 70% der Nutzerinnen und Nutzer sind 40-jährig und jünger.

Bei der Steuererklärung über das Internet ist sichergestellt, dass das Steueramt erst mit dem Übermitteln in den Besitz der Daten gelangt und auch keinen Einblick erhält, wie die Steuerpflichtigen die Formulare ausgefüllt und allenfalls korrigiert haben. Das Projekt wurde mit dem kantonalen Datenschutzbeauftragten abgesprochen.

Mit der Einführung der Online-Steuererklärungen im Berichtsjahr wurde ein wichtiger Schritt in die Zukunft gemacht, denn die Bevölkerung kann ihren steuerlichen Deklarationspflichten auf dem Online-Weg ortsunabhängig an jedem Computer nachkommen. Das Pilotprojekt wurde dabei vom Kantonalen Steueramt – auch aufgrund der Erfahrungen in der Stadt Zürich – insgesamt als erfolgreich beurteilt, und ab dem Kalenderjahr 2013 steht die Möglichkeit in allen Gemeinden zur Verfügung.

### 4.8.3 Kennzahlen

Steuerveranlagungsverfahren im Kalenderjahr	2008	2009	2010	2011	2012
Steuerpflichtige natürliche Personen am Staats- und Gemeindesteuerregister <sup>1</sup>	229 416	231 252	231 991	233 386	235 814
davon Selbständigerwerbende	18 616	18 829	19 727	20 706	21 224
Steuerpflichtige natürliche Personen am Quellensteuerregister <sup>2</sup>	58 389	58 704	61 972	68 960	73 367
Steuerpflichtige juristische Personen <sup>1</sup>	21 858	22 833	23 528	24 189	24 812
Steuerveranlagungen	149 490	130 268	154 518	135 860	133 329
Durch Scan-Center verarbeitete Steuerdossiers Stadt Zürich	239 015	229 446	233 888	220 891	211 569
Grundstückgewinnsteuergeschäfte	2 600	2 327	2 657	2 481	3 836

<sup>1</sup> Personen, die der unbeschränkten Steuerpflicht unterliegen

<sup>2</sup> im Kalenderjahr bearbeitete Fälle

Steuerbezugsverfahren	2008	2009	2010	2011	2012
Schlussrechnungen	288 389	269 084	290 026	273 550	282 141
Mahnungen <sup>1</sup>	59 620	56 679	46 762	39 804	37 064
Betreibungs- und Fortsetzungsbegehren	20 785	24 326	23 586	23 005	21 830
Pfändungen und Verlustscheine	9 326	10 764	11 391	10 914	10 066

<sup>1</sup> Das zweistufige Mahnverfahren wurde im Kalenderjahr 2010 aufgehoben.

## 4.9 Liegenschaftenverwaltung

### 4.9.1 Aufgaben

Die Liegenschaftenverwaltung betreut rund 9000 Wohnungen, 1000 Geschäftsräume, 64 Restaurants sowie 10 Parkhäuser.

Sie vermietet die Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete, achtet auf eine sozial durchmischte Mieterschaft und trägt mit den Geschäftsräumen zur guten Versorgung der Quartiere mit Waren und Dienstleistungen bei. Ausserdem verwaltet sie die Landreserven und tätigt die Immobiliengeschäfte (Käufe, Verkäufe, Landabgaben im Baurecht).

### 4.9.2 Jahresschwerpunkte

#### Gemeinnütziger Wohnungsbau auf städtischem Land

Bauherrschaft	Areal	m <sup>2</sup>	Wohnungen	Stand
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Seefeldstrasse 50/52, Seefeld	1 662	28	im Bau, Fertigstellung im 1. Quartal 2013
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Feldstrasse 100–112, Aussersihl	1 326	31	eingeweiht im September
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Schaffhauser-/Glattalstrasse, Seebach	7 515	80	eingeweiht im Mai
Diverse Bauträger <sup>1</sup>	Ringling, Rütihof, Höngg	31 600	271	revidiertes Baubewilligungsverfahren pendent
Genossenschaft Kalkbreite	Kalkbreite, Aussersihl	6 350	88	Grundsteinlegung im April
Baugenossenschaft Mehr als Wohnen	Hunzikerareal, Schwamendingen	40 172	440	Spatenstich im Juli
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Köschenrüti, Seebach	11 826	88	im Bau
BEP Baugenossenschaft des eidg. Personals	Tièchestrasse, Wipkingen	11 700	70	Baurecht vom Gemeinderat genehmigt, Baueingabe pendent
Wohnbaugenossenschaft Gesundes Wohnen MCS	Rebenweg, Leimbach	1 214	15	Grundsteinlegung im Mai
Stiftung für studentisches Wohnen	Cäsar-Ritz-Strasse, Affoltern	6 167	332 Zimmer	im Bau
Stadt Zürich	Rautistrasse, Altstetten	11 580	104	Grundsteinlegung im September
Stadt Zürich	Kronenwiese, Unterstrass	7 029	99	Objektkredit im Gemeinderat pendent
Stadt Zürich und Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien	Hardturm, Escher-Wyss	8 000	154	Wettbewerb abgeschlossen, Objektkreditgenehmigung (zusammen mit Stadionbau) im Gemeinderat pendent
Stadt Zürich	Hornbachstrasse, Seefeld	9 454	120	Wettbewerb abgeschlossen, Vorprojekt pendent (Vorbehalt Kulturlandinitiative)
Stadt Zürich	Leutschenbachstrasse 70–74, Seebach	21 433	390	Projektierungskredit im Gemeinderat pendent
Stadt Zürich	Herdern, Hard	2 200	40	Projektierungskredit im Gemeinderat pendent
Stadt Zürich	Tramdepot Hard, Escher-Wyss	15 417	95	Projektierungskredit pendent
<b>Total</b>			<b>2 113</b> 332 Zimmer	

<sup>1</sup> Gemeinnützige Bau- und Mietergenossenschaft, Baugenossenschaft Sonnengarten, Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)

## Mietzinsreduktion aufgrund des tieferen Referenzzinssatzes

Das Bundesamt für Wohnungswesen gab eine weitere Senkung des Referenzzinssatzes um 0,25 % auf 2,25 % bekannt. Die Liegenschaftenverwaltung reduzierte die Mietzinse in der Folge per 1. Oktober teuerung- und kostenbereinigt um weitere 2,54 %. Damit wurden die Wohnungsmieten zum vierten Mal in 2½ Jahren (1. April 2010, 1. April 2011, 1. April 2012 und 1. Oktober 2012) gesenkt.



Speziell entwickelt: das «Küchenmodell Nordstrasse» als Teil einer sparsamen Renovation. (Bild: Marcello Keller)

## Anerkennung für Wohnsiedlung Nordstrasse, Wipkingen

Beim erstmals von der Stadt verliehenen Preis «Nachhaltig sanieren» punktete die Renovation der Wohnsiedlung Nordstrasse mit der Wahrung sehr tiefer Mietzinse, dem starken Einbezug der Mieterschaft und der Quartieraufwertung dank Modernisierung des Kindergartens und dem Einbau eines Horts. Für die Wärmeerzeugung wurde als Ersatz für die Einzelöfen eine CO<sub>2</sub>-neutrale Holzpellet-Zentralheizung installiert. Als Kriterien für Nachhaltigkeit waren Sozialverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Umwelt zu berücksichtigen.

## Ersatzneubau Rautistrasse, Altstetten: Grundstein gelegt

Die Baubewilligung für den Ersatzneubau der Wohnsiedlung Rautistrasse wurde nach einem langwierigen Rechtsmittelverfahren im April rechtskräftig. Die bestehende Siedlung wurde



Rautistrasse: Stadtrat Martin Vollenwyder bestückt den Grundsteinkoffer. (Bild: Fabian Henzmann)

im Sommer zurückgebaut. Grundsteinlegung für die 104 neuen Familienwohnungen und einen Hort war am 24. September. Die Rautistrasse ist eines von aktuell sieben städtischen Projekten mit insgesamt fast tausend Wohnungen (Rautistrasse, Kronenwiese, Hornbach, Leutschenbach, Hardturm, Tramdepot Hard und Herdernstrasse).

## Mini-Supermarkt mit Poststelle für die Grünau (Altstetten)

Der 500m<sup>2</sup> grosse Laden in der Wohnsiedlung Werdwies war fünf Jahre lang als kleine Migros-Filiale mit Fundgrube betrieben worden. Nun wurde er zu einem VOI Migros umgebaut: Seit April werden zu 85 % Migros-Produkte zu Migros-Preisen für die Alltagsversorgung angeboten. Neu sind die Kombination mit einem Kioskbetrieb und mit einem Sortiment alkoholischer Getränke sowie die langen Öffnungszeiten. Eine inzwischen sehr rege benutzte Poststelle für Brief- und Paketpost wurde in den Laden integriert – eine Aufwertung im Grünau-Quartier.

## Erweiterung ShopVille im Bereich Gessnerallee: Läden für die eilige Kundschaft

Die Erstvermietung der zusätzlichen Ladenflächen im Umfang von 406m<sup>2</sup> beim Aufgang vom neuen unterirdischen Bahnhof Löwenstrasse zur Gessnerallee ging an sieben Dienstleister für die eilige Kundschaft: Zur Eröffnung im Sommer 2014 ziehen André Joe Coiffure mit raschem und günstigem Service ein, und für Genuss und schnelle Verpflegung sorgen die Firmen Kleiner mit Konditorei- und Backwaren, Drinks of the World Zürich, Merkur Confectioneries, Brezelkönig sowie Sushi Kalifornia AG. BIG bietet Bekleidung an.

## Beckenhof, Unterstrass: neuer Sitz für alteingesessenes Ingenieurunternehmen

Seit 1924 gehört der barocke Landsitz Beckenhof der Stadt Zürich. Auf Mai 2015 übernimmt das international tätige, schon bisher im Quartier ansässige Zürcher Ingenieurunternehmen TBF + Partner AG das prominente Ensemble zu marktüblichen Mietkonditionen. Die Firma beschäftigt am Standort Zürich rund 130 Mitarbeitende. Ab 2014 saniert die Stadt die denkmalgeschützten Gebäude mit gebundenen Ausgaben von 13,8 Mio. Fr. Die langjährige Mieterin des Beckenhofs – die Pädagogische Hochschule Zürich – ist an die Europaallee umgezogen und hat die gemieteten Räume bis Ende 2013 an die Universität Zürich übertragen.

## Fitness-Center im ehemaligen Siemens-Gebäude, Albisrieden

Die David Gym AG ist mit ihrem Fitness-Center seit 1984 in Albisrieden verwurzelt und wurde – nach Kündigung ihrer bisherigen Räumlichkeiten – im Dezember neue Mieterin von 1200m<sup>2</sup> Fläche im 1. Obergeschoss der Albisriedenstrasse 199a. Die David Gym AG übernahm die Räume neben dem neuen städtischen Rechenzentrum der OIZ im Rohbau. Zuvor hatten Kunstinstitutionen die einstigen Gewerbeflächen für eine Zwischennutzung während der Renovation des Löwenbräu-Areals eingerichtet.

## Grossbrand an der Wasserwerkstrasse 119a, Wipkingen

Die Ausbaupläne der Schweizerischen Textilfachschule (Pavillonbauten für zwei neue Schulräume) wurden bei der dafür

vorgängig notwendigen Flachdachsanieerung jäh gestoppt. Die Bauarbeiten lösten im darunterliegenden Zwischendach einen verborgenen Schmelbrand aus, der sich am Morgen des 13. Oktober zu einem verheerenden Brand entfachte. Das denkmalgeschützte Gebäude – die ehemalige Halle einer Seidenweberei aus dem Jahr 1812 – brannte weitgehend nieder. Die beiden Mieterinnen – Tanzschule Zürich und Textilfachschule – verloren ihre ganzen Inneneinrichtungen. Die Textilfachschule konnte den Unterricht in zwei zweigeschossigen Schulcontainern auf dem Parkplatz hinter dem Hauptgebäude bereits am 29. Oktober wieder aufnehmen.

### **Neues Restaurant beim Sechseläutenplatz: «Collana» mit Italianità in Esskultur und Stil**

Im Mai eröffnete die ausgewählte Mietpartei aus der Commercio-Gruppe auf dem von einer privaten Trägerschaft erstellten unterirdischen Parkhaus Opéra die «Collana Bar e Caffè» auf dem Sechseläutenplatz. Sie überzeugt seither durch Italianità und führt als Sandwichklassiker das Pepito im Take-away. Das Restaurant auf Zürichs wohl prominentestem Platz zeigt eine Mischung aus Eleganz und Verspieltheit und mit Reverenz an Hermann Herters Bellevue-Rondell ein bis zu vier Meter auskragendes Dach.



Wirtschaft Ziegelhütte: ländliche Idylle in Gehdistanz zum urbanen Zentrum Schwamendingen.  
(Bild: Giorgio von Arb)

### **Erneuerte Traditionswirtschaft Ziegelhütte, Schwamendingen**

Gesäumt von Wiesen und Wäldern und doch mitten in der Stadt ist die Wirtschaft Ziegelhütte mit Biergarten, Terrasse, Trinkhalle und Kegelbahn ein stadtbekannter Ausflugsort. Eine umfassende Instandsetzung des Ensembles hat die Qualitäten von Wirtschaft und Aussenraum gestärkt. Die kreativen Gastronomen Stefan Tamò und Dave Lewinsky von der Gasometer AG sowie Geschäftsführerin Rose Lanfranchi bieten eine frische, abwechslungsreiche Schweizer Marktküche, ergänzt mit Ernten aus dem eigenen Garten. Vielfalt ist Programm auch beim kulturellen Angebot. Geheizt wird mit Wärmeenergie aus zwölf Erdsonden. Der Name Ziegelhütte geht auf die einstige Ziegelbrennerei aus dem 16. Jahrhundert zurück (Baukredit 9,85 Mio. Fr.).

### **Urbanes Wohnen im Alter: Feldstrasse (Aussersihl) und Seebach**

Die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) bezweckt die Bereitstellung und Vermietung preisgünstiger Wohnungen

an betagte Einwohnerinnen und Einwohner, in erster Linie an wenig bemittelte Personen. Sie hat zwei neue Siedlungen fertiggestellt: Die Siedlung Seebach mit achtzig Alterswohnungen, einer Kindertagesstätte, einem Familienzentrum und der zentralen Wäscherei der SAW entstand auf Land, das die SAW im Tausch mit ihrer früheren Alterssiedlung Überlandstrasse von der Stadt erworben hatte. Die Siedlung Feldstrasse mit 31 Wohnungen, wo die SAW erstmals in ihrer 62-jährigen Geschichte über einen Verwaltungssitz in eigenen Räumen verfügt, wurde auf städtischem Baurechtsland errichtet. In beiden Siedlungen ergänzen ein Spitex-Dienst, ein Gemeinschaftsraum mit Küche und ein Wohlfühlbad das Angebot. Die Wohnungen sind hindernisfrei und auf Menschen mit Behinderungen ausgerichtet, denen hier ein altersgerechtes und urbanes Wohnen ermöglicht wird. Beide Siedlungen erfüllen den Minergie-Standard, die Feldstrasse sogar Minergie-Eco.

### **Tièchestrassen, Wipkingen: Bodenpreis für Baugenossenschaften bleibt bezahlbar**

Die Stadt gibt Bauland weiterhin zu einem Preis an gemeinnützige Baugenossenschaften ab, der für breite Schichten bezahlbare Mietzinse ermöglicht («Richtlinienwert»). Im Fall Tièchestrassen hatte der Gemeinderat über die Abgabe von Land einestheils für siebenzig Wohnungen der Baugenossenschaft des eidgenössischen Personals (BEP) zum Richtlinienwert und andertheils für dreissig Eigentumswohnungen zum Marktwert zu befinden. Nach breiter Diskussion genehmigte der Gemeinderat die Vorlage und bestätigte den seit 1966 geltenden städtischen Richtlinienwert für das gemeinnützige Wohnen.

### **Neubau der Hotelfachschule im Belvoirpark, Enge**

Um das neue Rahmenlehrprogramm des Bundes erfüllen zu können, benötigt die Hotelfachschule ein neues Schulgebäude mit mehr Klassen-, Gruppen- und spezifischen Lernräumen. Die Stadt gibt dem Verband GastroSuisse ein doppelt so grosses Areal wie bisher im Baurecht ab – weiterhin an der Seestrassen 141 am Rand des Belvoirparks. Das zu klein gewordene Schulgebäude wird zurückgebaut und auf der Basis eines Gestaltungsplans, den der Gemeinderat im April ohne Gegenstimme genehmigte, durch einen Neubau von Architekt Peter Märkli ersetzt. Damit ist der für die Entwicklung von Gastronomie und Tourismus wichtige Standort der Hotelfachschule in der Stadt Zürich langfristig gesichert.



Belvoirpark: Projekt der neuen Hotelfachschule am bisherigen Standort. (Bild: Visualisierung)

## Kreativwirtschaft zwischen Asylunterkünften und Strichplatz, Altstetten

Pavillonsiedlungen sind modulartig aufgebaut und lassen sich leicht verschieben: So geschehen, als die drei Containerblöcke des Basislagers Anfang September von der Binz nach Zürich-Altstetten umgesiedelt wurden. Das Land, fast 10 000 m<sup>2</sup> an der Aargauerstrasse, stellt die Stadt (voraussichtlich bis 2027) zur Verfügung, mit Kosten von Fr. 800 000.– von Altlasten bereinigt sowie mit Werkleitungen und für den Verkehr erschlossen. Die Stadt vermietet das Land der Swiss Life AG, welche die in ihrem Besitz stehenden 135 Pavillons zügelte und weiterhin an Start-up-Unternehmen sowie Kleinfirmen und Einzelpersonen aus der Kreativwirtschaft vergibt, für Fr. 535.– pro Pavillon und Monat, Nebenkosten inbegriffen. Das Basislager ist zwischen der temporären Wohnsiedlung für Asylsuchende und dem vom Volk am 12. März 2012 beschlossenen Strichplatz angesiedelt.

### Drei dringliche Liegenschaftenkäufe

Mit drei Dringlichkeitskäufen konnte die Stadt ihren Besitz sinnvoll ergänzen:

- Von der Bürke Immobilien AG erwarb sie einen Teil des Geroldareals in Zürich-West, das als Standort für das neue Kongresszentrum in Frage kommt. Am Landerwerb im Entwicklungsgebiet Zürich-West ist die Stadt jedoch auch grundsätzlich interessiert. Die Mietverhältnisse – u. a. eine Badmintonhalle und der Club Hive – werden weitergeführt.

- Die sechsstöckige Gewerbeliegenschaft Josefstrasse 206 (Industriequartier) liegt gegenüber den neuen Läden unter den Viaduktbögen, angrenzend an die städtische Landreserve an der Viadukt-/Heinrichstrasse und in unmittelbarer Nähe des Fernheizkraftwerks, und schliesst somit an zwei bereits der Stadt gehörende Areale an. Mit der Erweiterung des Grundbesitzes im Entwicklungsgebiet Zürich-West bietet sich eine interessante Perspektive bei der ab 2020 vorgesehenen Neunutzung des Kehrtheizkraftwerk-Areals.

- Das Mehrfamilienhaus Agnesstrasse 41 (Aussersihl) mit zehn Wohnungen ist mit dem baugleichen städtischen Wohnhaus Agnesstrasse 43 zusammengebaut und liegt direkt gegenüber der städtischen Wohnsiedlung Bullingerhof. Der Arrondierungskauf steht im Einklang mit der am 27. November 2011 vom Volk beschlossenen Erhöhung des Anteils an gemeinnützigen Mietwohnungen auf einen Drittel des Gesamtbestandes bis 2050.

### Rechtsmittelverfahren Ringling, Rütihof

Das Verwaltungsgericht bestätigte im Januar 2011 den Rekurs verschiedener Projektgegner gegen die 2009 erteilte Baubewilligung für die 271 Wohnungen des Ringling-Projekts. Im März 2012 gaben die drei gemeinnützigen Bauträger ein überarbeitetes Gesuch für eine Baubewilligung ein. Es enthält eine neue Verkehrslösung und berücksichtigt die richterlichen Beanstandungen am ersten Projekt.

## 4.9.3 Kennzahlen

Objekte	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Wohnungen</b>					
in Wohnsiedlungen <sup>1</sup>	6360	6361	6471	6467	6420
– davon subventioniert	2455	2409	2402	2385	2337
in Einzelliegenschaften	2572	2560	2551	2549	2539
Geschäftsräume	988	958	959	966	980
<b>Gastronomie</b>					
Restaurants <sup>2</sup>	61	62	64	63	64
Verpflegungskioske <sup>3</sup>	18	20	20	20	20
Sonstige Betriebe <sup>4</sup>	1	1	1	1	1
Parkplätze in Parkhäusern <sup>5</sup>	3014	3026	3026	3013	3013

<sup>1</sup> 2012: Rückbau Wohnsiedlung Rautistrasse: –47 Wohnungen, Ersatzneubau: + 104 Wohnungen bis 2014

<sup>2</sup> 2012: neu «Collana Bar e Caffè»

<sup>3</sup> ab 2009 mit den Kiosken aller Rechnungskreise

<sup>4</sup> Bewirtschaftungsmandat der Immobilienbewirtschaftung für Restaurant im Verwaltungszentrum Werd

<sup>5</sup> ab 2008: Übertragung des Bewirtschaftungsmandats an die Parking Zürich AG; Parkhaus Hohe Promenade nach Erneuerung 2013: –2 Kurzzeitparkplätze, – 10 Mietparkplätze

<b>Unterhalt und Erneuerung (Mio. Fr.)</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>Wohnsiedlungen</b>					
wertvermehrnde Investitionen	15.3	4.6	4.2	6.1	6.8
Unterhalt und Reparaturen	22.3	14.9	15.8	17.2	19.1
<b>Einzelliegenschaften</b>					
wertvermehrnde Investitionen	6.5	4.3	5.8	1.6	3.4
Unterhalt und Reparaturen	13.6	11.7	12.1	10.3	10.1
Unterhalt z. L. Vorfinanzierung	0.9	–	–	–	–
<b>Verwaltungsvermögen<sup>1</sup></b>					
wertvermehrnde Investitionen	–	–	–	–	0.1
Unterhalt und Reparaturen	0.6	0.8	1.0	0.7	0.5
<b>Gewerbe-Immobilien</b>					
wertvermehrnde Investitionen	1.2	5.0	1.0	2.4	3.5
Unterhalt und Reparaturen	5.5	7.6	7.5	4.2	5.5
<b>Gastronomie (Restaurants/Kioske)</b>					
wertvermehrnde Investitionen	2.4	2.7	1.1	0.8	1.3
Unterhalt und Reparaturen	6.9	6.0	5.1	10.0	7.9
Unterhalt z. L. Vorfinanzierung	–	0.5	0.2	–	–
<b>Parkhäuser</b>					
wertvermehrnde Investitionen	5.5	1.2	0.2	0.6	4.6
Unterhalt und Reparaturen	7.2	5.4	5.3	16.3	1.1

<sup>1</sup> nur Rechnungskreis 2028 (ohne Wohnsiedlungen und gemeinnützige Baurechte)

<b>Abgeschlossene Renovationen über Fr. 500000.–</b>		<b>Baukredit (Mio. Fr.)</b>
<b>Wohnsiedlungen</b>		
Nordstrasse	Neue Bäder und Küchen, Holz-Pelletheizung, Kanalisation	21.4
Glaubten I–III	Ersatz Heizfernleitungsnetz	5.6
<b>Einzel-Wohnliegenschaften</b>		
–	–	–
<b>Gewerbe-Immobilien</b>		
–	–	–
<b>Restaurants</b>		
Ziegelhütte	Gesamtrenovation	9.85
Collana Bar e Caffè	Ausbau (Edelrohbau)	0.93
Frieden	Teilinstandsetzung und Gartenerweiterung	1.76
Falcone	Lüftungssanierung und Einbau Wärmerückgewinnung	0.82
<b>Parkhäuser</b>		
Feldegg	Auflagenbedingte 1. Etappe der technischen Sanierung	0.91

Vermietungen	2008	2009	2010	2011	2012
Wohnungen	729	614	752	635	603
Neuvermietungen	612	527	650	513	486
Wohnungstausche	117	87	102	122	117
Erstvermietung Neubauten	–	–	–	–	–
Restaurants <sup>1</sup>	3	2	5	2	3
Verpflegungskioske	1	2	1	1	–
Geschäftsräume	64	57	51	40	38

<sup>1</sup> 2012: Werdwies (Grünau), Hirschen (Schwamendingen), Erstvermietung «Collana Bar e Caffè»

Immobilien­geschäfte (Mio. Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Käufe	17.9	60.9	57.8	23.4	36.1
Verkäufe	8.8	38.5	27.1	26.3	61.9
Baurechtszins <sup>1</sup>	22.5	20.8	22.8	21.6	21.7
Entschädigung für Ablösung Bauverbot	17.4	–	–	–	–

<sup>1</sup> enthält Baurechtseinnahmen der Rechnungskreise 2023, 2024 und 2030

Erwerb	m <sup>2</sup>	Preis Mio. Fr.
<b>Stadtgebiet</b>		
Josefstrasse 206, Zürich-Industrie; Erweiterung Grundbesitz im Entwicklungsgebiet	1 460	–
Geroldstrasse 3–9, Zürich-Aussersihl; Bauland für allfälliges Kongresszentrum und Arrondierung	3 558	1
Agnesstrasse 41, Zürich-Aussersihl; Arrondierung im Hinblick auf Erhöhung des Anteils an gemeinnützigem Wohnraum	349	–
Chilenacker Zürich-Witikon; Erwerb von Land in der Freihaltezone vom Kanton Zürich für Grün Stadt Zürich	30 767	–
<b>Total</b>	<b>36 134</b>	<b>36.1</b>

<sup>1</sup> Mit der Verkäuferschaft Geroldstrasse wurde Stillschweigen über den Kaufpreis vereinbart.

Veräusserung	m <sup>2</sup>	Preis Mio. Fr.
<b>Stadtgebiet</b>		
Ausstellungsstrasse 88, Zürich-Industrie; an Kanton Zürich (HGKZ-Transfer)	1 311	19.357
Sihlquai 115, Zürich-Industrie; an Kanton Zürich (HGKZ-Transfer)	1 839	0.968
Katzenbachstrasse 16, Zürich-Seebach; kleines Mehrfamilienhaus an die benachbarte Baugenossenschaft Glattal Zürich im Zusammenhang mit einem Ersatzneubauprojekt	988	1.250
Konrad-Ilg-Strasse, Zürich-Höngg; ehem. Strassengebiet an die benachbarte Gewerkschaftliche Wohn- und Baugenossenschaft Gewobag zur Verdichtung ihrer best. Wohnsiedlung	1 631	0.902
Waidfussweg, Zürich-Wipkingen; Landfläche an Nachbarschaft zur Arrondierung	427	0.406
<b>Ausserhalb Stadt</b>		
Lindbergh-Allee, Glattpark Opfikon; Bauland an Credit Suisse Funds AG für Gewerbe-, Dienstleistungs- und Wohnbaute	9 300	25.957
Isenriet, Mönchaltorf; Bauland an die Gemeinde Mönchaltorf	12 017	3.022
Sonvico TI; Arrondierung zugunsten einer Privatperson	220	0.099
Klein Ibig, Oberhasli; 5 Parzellen Gewerbebauland an diverse Firmen und Privatpersonen	34 337	9.958
<b>Total</b>	<b>62 070</b>	<b>61.919</b>



<b>Baurechtsverträge</b>		<b>Areal m<sup>2</sup></b>
<b>Im Grundbuch eingetragen</b>		
Stiftung für studentisches Wohnen	Cäsar-Ritz-Strasse, Affoltern (332 Zimmer)	6 167
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Köschenrüti, Seebach (88 Alterswohnungen, 2 Pflegewohngruppen, Laden/Café)	11 826
Genossenschaft Kalkbreite	Kalkbreiteareal, Badener-/Kalkbreitestrasse, Aussersihl (88 Wohnungen, 5000m <sup>2</sup> Gewerbezentrum mit div. Geschäften und 1 Restaurant)	6 350
Wohnbaugenossenschaft gesundes Wohnen MCS	Rebenweg, Leimbach (15 MCS-gerechte Wohnungen)	1 214
<b>Pendent, noch nicht im Grundbuch eingetragen</b>		
<b>a) Bestehende Verträge</b>		
Frank Binder, Zürich	Winkelwiese 10, Altstadt (Ersatzneubau für Villa)	2 792
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Ringling, Frankentaler-/Regensdorferstrasse, Höngg (78 Alterswohnungen, Kinderkrippe)	6 320
Gemeinnützige Bau- und Mietergenossenschaft Zürich	Ringling, Frankentaler-/Regensdorferstrasse, Höngg (100 Wohnungen, Kindergarten, Jugendtreff)	11 820
Baugenossenschaft Sonnengarten (2 Verträge)	Ringling, Frankentaler-/Regensdorferstrasse, Höngg (93 Wohnungen, Kindergarten, Tageshort, Verkaufsladen)	13 460
Keller Prefadom AG	Eierbrechtstrasse, Hirslanden (2 Wohngebäude mit 5 Eigentumswohnungen)	2 148
HRS Investment AG	Tièchestrasse, Wipkingen (ca. 30 Eigentumswohnungen)	ca. 6 000
Baugenossenschaft des eidgenössischen Personals (BEP)	Tièchestrasse, Wipkingen (ca. 70 Genossenschaftswohnungen, Kindertagesstätte)	ca. 11 700
<b>b) Neue Verträge</b>		
Hotelfachschule Belvoirpark	Seestrasse 141, Enge	2 363
Dolder Golfclub Zürich	Kurhausstrasse, Hottingen (Golfclubhaus)	1 870

## 4.10 Human Resources Management (HR Stadt Zürich)

### 4.10.1 Aufgaben

Als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum ist HR Stadt Zürich für Personalbelange, Lohnauszahlungen, Beratungs- und Weiterbildungsangebote für alle städtischen Mitarbeitenden sowie HR-Instrumente für Personalverantwortliche innerhalb der Stadtverwaltung zuständig und arbeitet eng mit den dezentralen Personaldiensten der Departemente und Dienstabteilungen zusammen. Es nimmt darüber hinaus Entwicklungs-, Koordinations- und Steuerungsaufgaben für den Stadtrat in seiner Funktion als Arbeitgeber wahr.

### 4.10.2 Jahresschwerpunkte

#### HR-Strategie

Im März startete der stadtweite HR-Strategie-Entwicklungsprozess mit dem Synthese- und Integrationsworkshop (S&I-Workshop). Der Kreis der Teilnehmenden umfasste 42 durch die Departemente delegierte Dienstchefinnen und Dienstchefs, HR-Verantwortliche sowie zwei Stadträte. Sie identifizierten zwölf HR-Brennpunkthemen, die schliesslich auf sechs Handlungsfelder verdichtet wurden: Führungskultur – Personalentwicklung – Nutzung der Vielfalt als Chance – wettbewerbsfähige Anstellungsbedingungen – Rollen und Prozesse im Personalmanagement – klarer Auftritt als attraktive Arbeitgeberin. Vertretungen der Departemente bearbeiteten diese Handlungsfelder weiter. Eine wichtige Rolle im ganzen Entwicklungsprozess spielte die sogenannte Begleitgruppe HR-Strategie, die sich aus Teilnehmerinnen und Teilnehmern des S&I-Workshops zusammensetzt. Sie wird die Rolle als Thinktank bei Umsetzungsprojekten der HR-Strategie weiterhin wahrnehmen.

Die HR-Strategie wurde dem Stadtrat im November als Entwurf präsentiert und den Geschäftsleitungen der Departemente zur Stellungnahme unterbreitet. Der Stadtrat beabsichtigt die definitive Verabschiedung im ersten Quartal 2013.

Für die Umsetzung und die künftige strategische und operative Steuerung des HR in der Stadtverwaltung wurden neue Gremien geschaffen: Die «HR-Delegation» mit Mitgliedern aus dem Stadtrat und je einer Vertretung pro Departement aus dem obersten Kader sowie die «HR-Konferenz» mit den HR-Verantwortlichen der grösseren Dienstabteilungen. Diese Gremien werden ihre Tätigkeit 2013 aufnehmen.

#### Städtisches Lohnsystem (SLS)

Die zwölf Brennpunkte der HR-Strategie zeigten Handlungsbedarf bei der Lohnsteuerung, der Marktfähigkeit des städtischen Lohnsystems sowie den Lohnnebenleistungen (Fringe Benefits). Die Ergebnisse aus den Workshops wurden den Personalverbänden vorgestellt. Die Ausgestaltung und Weiterbearbeitung des Handlungsfelds «Wettbewerbsfähige Anstellungsbedingungen» ist Gegenstand der HR-Strategie.

#### Lohnmassnahmen

Der Gemeinderat bewilligte für individuelle Lohnmassnahmen 18 Mio. Fr. und eine Reallohnerhöhung von 0,5% (GRB 2094/2011). Die Verteilung dieser Beiträge regelte der Stadtrat mit STRB 176/2012 und STRB 361/2012.

Die ausgesetzten Lohnmassnahmen 2011 hatten zur Folge, dass ein Teil der Löhne in Lohnbänder zu liegen kam, die nicht den Leistungen der städtischen Angestellten entsprachen. Nach den Investitionen in der Legislatur 2006–2010 bedeutete dies erneut eine Verschiebung in Richtung Systemungleichgewicht. Die diesjährigen Lohnmassnahmen mit Matrix-Faktor 1,12 korrigierten diesen Effekt grösstenteils; mitberücksichtigt wurden damit auch die höheren Pensionskassenbeiträge der städtischen Angestellten. Seit dem Berichtsjahr können zudem wieder Reka Rails und Lunch-Checks bezogen werden.

Das Budget für Prämien betrug 4,5 Mio. Fr. (GRB 2094/2011). Sie wurden im Rahmen der Zusatzkredite im April an die Dienstabteilungen verteilt (STRB 361/2012).

#### Case Management

Mit STRB 1421/2012 zentralisierte der Stadtrat das Case Management am Arbeitsplatz mit Ausnahme des Teams des Departements der Industriellen Betriebe. Dieses behält die dezentrale Führungsstruktur bei; Art. 9<sup>bis</sup> ABPR wurde entsprechend geändert. Der notwendige Wechsel des Case Managements des Gesundheits- und Umweltdepartements erfolgte per Ende Dezember. Somit ist das Case Management organisatorisch und örtlich vereint und ab Januar 2013 als Teil des neuen Bereichs «Gesundheitsmanagement/Diversity» im Amtshaus Helvetiaplatz untergebracht.

#### Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Die erste stadtweite Umfrage bei HR-Verantwortlichen über städtische Angestellte mit Behinderung zeigte – neben verschiedenen demografischen Daten – folgendes Resultat: Der Anteil liegt bei 0,7%; bei den Lernenden beläuft er sich auf 2,5%. Dieses Datenmaterial bildet den Ausgangspunkt für die weiterführende Arbeit der Koordinationsstelle.

Ausserdem organisierte die Koordinationsstelle den diesjährigen HR-Anlass im Oktober. Unter dem Titel «Arbeit und Behinderung» vermittelten verschiedene Fachleute Informationen; ganz direkte Einblicke ermöglichten die geladenen Referentinnen und Referenten mit Behinderung.

#### Erfolgreiche Lancierung des Postversands der Lunch-Checks

Die städtischen Angestellten erhielten ab Januar ihre Lunch-Checks zusammen mit der Lohnabrechnung per Post zugestellt. Dank ausgezeichneter Zusammenarbeit mit den HR-Fachpersonen und der Stimmregisterzentrale konnten im Berichtsjahr über 102 000 Lunch-Check-Bogen zugestellt werden. Damit ist der Auftrag «Neuregelung der Lunch-Check-Bewirtschaftung» (STRB 1136/2011) umgesetzt. Der neue Prozess hat sich bewährt.

#### Berufsbildung

Im Berichtsjahr bildete die Stadt 1081 Lernende in 48 verschiedenen Berufen aus – ein neuer Rekord. Erfreulich entwickelte sich auch der Ausbildungsverbund Kaufleute Stadt Zürich: Mit 40 Lernenden und verschiedenen Einsatzplätzen in den

Departementen ist das gesteckte Ziel erreicht. Nach einjährigem Unterbruch steht zudem das Berufserfahrungsjahr für Lehrabgängerinnen und -abgänger als wichtiges Instrument für die Nachwuchsförderung wieder zur Verfügung:

Die Lehrabgängerinnen und -abgänger fanden mehrheitlich Anschlusslösungen:

- 40 % stadtinterne Anstellungen
- 11 % stadtexterne Anstellungen
- 26 % Weiterbildungen, Ausland- und Sprachaufenthalte, Militärdienst oder anderes
- 23 % Stellensuchende

### Talentmanagement

Verschiedene Projekte für die Entwicklung von Talenten wurden gemeinsam mit unterschiedlichen Dienstabteilungen konzipiert und realisiert. Im Vordergrund standen dabei die Themen Nachfolgeplanung, Schlüsselstellenmanagement und Nachwuchsförderungsprogramme.

### Bildungsangebot

Die Neukonzeption und -gestaltung des Bildungsangebots bewährten sich: Die konsequente Ausrichtung auf das Kompetenzmodell, ein entsprechend aufgebautes Inhalts- und Stichwortverzeichnis sowie die Broschüre, die alle Angebote zusammenfasst, erleichtern die Orientierung für Mitarbeitende

und Führungskräfte. Da das Kompetenzmodell zudem die Basis für das Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräch (ZBG) bildet, liessen sich Entwicklungsmaßnahmen gezielter suchen und festlegen.

### Projekt «VeranstaltungsManagement»: Online-Bildungsportal

«VeranstaltungsManagement» und Online-Bildungsportal bewährten sich im Einsatz bei Organisation und Informatik (OIZ), bei der Fachstelle für Gleichstellung, beim Stadtspital Waid, beim Sozialdepartement und bei HR Stadt Zürich. Mehr als 10 000 Buchungen für das interne Bildungsangebot und über 30 000 Dokumente wurden im Berichtsjahr darüber verwaltet. Neu konnten auch Weiterbildungen von externen Anbietern online beantragt und genehmigt werden. Mit diesem Schritt sind alle Bildungsdaten zentral erfassbar, womit die Voraussetzungen für ein stadtweites Bildungscontrolling erfüllt sind. Positiv verliefen die Tests für den Einsatz in weiteren Dienstabteilungen. Das Online-Bildungsportal soll ab Frühjahr 2013 möglichst stadtweit eingeführt werden.

### Paritätische Schlichtungsstelle

Im zweiten Jahr ihres Betriebs wurden elf Gesuche zur Überprüfung der Funktionseinstufung und/oder der nutzbaren Erfahrung eingereicht. In sieben dieser Fälle war die Schlichtungsstelle zuständig; sechs Gesuche wurden verhandelt, und in fünf Fällen konnte eine Einigung erzielt werden.

## 4.10.3 Kennzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012
Lohnüberweisungen	341 463	353 783	361 776	367 712	375 167
Kursteilnehmende <sup>1</sup>	7 685	8 561	8 127	8 270	7 578
Anzahl Lernende <sup>2</sup>	844	882	965	1 030	1 081

<sup>1</sup> 2012: Systemumstellung auf SAP LSO

<sup>2</sup> Lernende, die eine Lehre mit einem eidgenössischen Fähigkeitsausweis oder Berufsattest abschliessen



Begrüssungstag 2012: 400 Jugendliche starten ihre Lehre in der Stadtverwaltung. (Bild: HR Stadt Zürich)

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2012)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
VI 2009/001127 2011/000016	26.08.2009 07.04.2010	Initiativkomitee vertreten durch Rykart Karin Bezahlbar und ökologisch wohnen!

*Zürich braucht Wohnungen – für alle und nach ökologischen Standards gebaut. Die Stadt Zürich gründet dazu eine öffentlich-rechtliche Stiftung mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die Stiftung soll preisgünstige und ökologisch vorbildliche Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich erhalten und schaffen.*

*Sie kann dazu Liegenschaften kaufen und sanieren und neu bauen. Sie ist gemeinnützig und verfolgt keine Gewinnabsicht. Das Stiftungskapital beträgt 80 Mio. Fr.*

Die Volksabstimmung findet am 3. März 2013 statt.

EIS 2009/000216	14.05.2009 14.09.2011	Rutherford Catherine Wohnen Züri-Nord
--------------------	--------------------------	--

*Gestützt auf Art. 15 der Gemeindeordnung reiche ich in Form einer allgemeinen Anregung folgende Einzelinitiative ein:*

*Der Stadtrat wird beauftragt, ein Projekt zu erarbeiten für die Erstellung einer kommunalen Wohnsiedlung auf den städtischen Landparzellen Leutschenbachstrasse 70–74 in Zürich-Seebach (SE 5293 und SE 4615). Um familienfreundlichen Wohnraum zu tragbaren Mietzinsen zu ermöglichen, ist die maximal erlaubte bauliche Dichte angemessen zu reduzieren und ein Abschreibungsbetrag auf den Landkosten vorzusehen. Die Projektierung soll auch Optionen für eine spätere Erweiterung auf dem benachbarten Areal der VBZ-Garage Hagenholz aufzeigen.*

Die Weisung des Stadtrats vom 24. August 2011, mit der die Einzelinitiative umgesetzt werden soll, ist in der Spezialkommission Finanzdepartement des Gemeinderats hängig.

## II. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2012)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1998/000702 1998/000105	08.04.1998 29.04.1998	Widmer Graf Andrea Gebiet Leberen-Sunnau in Adliswil, Verlegung der Fussballplätze des FC Wollishofen

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für die Fussballplätze des FC Wollishofen Ersatz gefunden werden kann, falls die Entwicklung im Gebiet Leberen-Sunnau in Adliswil eine Verlegung der heutigen Fussballplätze erfordert.*

*Bei einer Verlegung der Fussballplätze ist darauf zu achten, dass für die neuen Plätze mindestens gleichviel Land zur Verfügung steht wie heute.*

Die im Baugebiet gelegenen Fussballplätze sollen in Übereinstimmung mit der Nutzungsplanung der Stadt Adliswil in die angrenzende Erholungszone verlegt werden. Die in Turniergrösse geplanten Plätze mit einem Garderobengebäude kommen teils auf Stadtzürcher, teils auf Adliswiler Boden zu liegen. Vorgängig ist eine umfassende Umliegung des Landes in der Bau- und in der Erholungszone erforderlich. Grundlage bildet ein 2004 durchgeführter Studienwettbewerb für die Erschliessung und Überbauung des Gebiets, der die Zielsetzungen des Postulats berücksichtigt.

Die Liegenschaftenverwaltung konnte mit dem hauptbetroffenen Grundeigentümer 2009 eine Vereinbarung über die Landumlegung und Erschliessung abschliessen. Dies erlaubte der Stadt Adliswil, die revidierte Nutzungsplanung in Kraft zu setzen. Inzwischen hat die Liegenschaftenverwaltung bei der Stadt Adliswil die Einleitung des Quartierplanverfahrens beantragt.

POS 2002/000866 2002/000163	08.12.1999 15.05.2002	Schmid Ronald und Schüepp Jürg R. Parkierungsanlage Central, Errichtung durch eine private Trägerschaft
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine private Trägerschaft eine unterirdische Parkierungsanlage für 300 oder mehr öffentliche Parkplätze und private Pflichtparkplätze im Bereich des Centrals erstellen kann als ergänzende Einrichtung zu den vorgesehenen Verkehrs-Verflüssigungs-Massnahmen. In Zusammenarbeit mit eventuell betroffenen Eigentümern wie Bund, Kanton oder Privaten übernimmt die Stadt die führende Koordination zur Konzessionerteilung. Mit der Realisierung ist in erster Priorität die gleiche Anzahl von bestehenden oberirdischen Parkplätzen im Raume Central, Zähringerstrasse, Predigerplatz und Hirschengraben aufzuheben und in zweiter Priorität bestehende oberirdische Parkplätze im übrigen betroffenen Einzugsgebiet.*

Am 8. Februar 2004 haben die Stimmberechtigten die Neufestsetzung des kommunalen Verkehrsplans angenommen. Dieser sieht neu ein Parkhaus in der Gegend des Centrals vor. Eine namhafte Erweiterung des bestehenden Parkhausstollens (38 Plätze) ist jedoch wegen fehlender Kapazität des Verkehrsknotens Central ausgeschlossen. Als einziger denkbarer Standort im engeren Bereich des Centrals käme das Gebiet zwischen Weinberg- und Leonhardstrasse in Betracht. Eine Machbarkeitsstudie zeigte, dass unter dem städtischen Altersheim Bürgerasyl-Pfrundhaus an der Leonhardstrasse 16/ 18 ein Parkhaus mit etwa 300 Plätzen technisch möglich wäre. Die baulichen Eingriffe in die denkmalpflegerisch wertvolle Gartenanlage für die Zu- und Wegfahrten sowie den Fluchtweg und die technischen Aufbauten erwiesen sich jedoch als zu massiv. Es wurden deshalb Abklärungen für eine Erweiterung des in der Nähe gelegenen Parkhauses Urania aufgenommen.

MOT 2001/000626 2001/000165	21.03.2001 21.08.2002	Sozialdemokratische-Partei-Fraktion Kinderbetreuungsplätze, Angebot für städtische Angestellte
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, den städtischen Angestellten ein den Bedürfnissen entsprechendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen zur Verfügung zu stellen.*

Das Geschäft steht in engem Zusammenhang mit dem Geschäft GR 2005/297 «Kinderbetreuungsplätze, Angebot für städtische Angestellte» – dieses ist der SK FD zugewiesen und dort auf unbestimmte Zeit sistiert.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2004/001368 2004/000442	25.08.2004 29.10.2008	Bucher Gregor Angestellte in städtischen Kliniken und Spitälern, Unterstellung unter das Arbeitsgesetz

*Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, wonach allen Angestellten in den städtischen Kliniken und Spitälern bezüglich Arbeitszeiten ein Gesundheitsschutz gewährleistet wird, der sinngemäss mindestens dem Schutzniveau des Arbeitsgesetzes entspricht.*

Nachdem eine Fristverlängerung bis zum 29. Oktober 2011 (GR 2010/230) gewährt worden war, legte der Stadtrat eine Weisung vor, die am 14. Dezember 2011 an die SK GUD überwiesen wurde. Am 30. Mai 2012 wurde das Geschäft an den Stadtrat zurückgewiesen mit folgendem Auftrag:

- Rasche Verbesserung des Gesundheitsschutzes insbesondere bezüglich der Arbeits- und Ruhezeiten durch Gleichstellung der Anästhesie- und Operations-Pflegenden im Stadtspital Waid mit denjenigen im Stadtspital Triemli: Anerkennung der Bereitschaftsdienste/Pikettzeiten als Arbeitszeit (mit entsprechender zeitlicher Kompensation) oder Einführung des Schichtarbeitsbetriebs mit kürzeren Präsenzzeiten (analog Triemli). Frist: bis Januar 2013.
- Mittelfristige Verbesserung des Gesundheitsschutzes für Oberärztinnen und -ärzte durch Gleichstellung mit den Assistenzärztinnen und -ärzten insbesondere bezüglich der Arbeits- und Ruhezeiten. Frist: Dem Gemeinderat wird innert zwei Jahren dazu eine kreditschaffende Weisung vorgelegt, welche die Erfahrungen mit der Einführung der Swiss DRG in den Stadtspitälern berücksichtigt.
- Überprüfung der Arbeitszeiten aller übrigen Angestellten in den städtischen Kliniken und Spitälern anhand des Merkblatts «Umsetzung der Arbeits- und Ruhezeitvorschriften gemäss Arbeitsgesetz» von HRZ (Januar 2011). Wo der Gesundheitsschutz des Arbeitsgesetzes unterschritten wird, entsprechende Verbesserung gemäss Auftrag der Motion 2004/442. Frist: innert zwei Jahren nach dem GR-Beschluss.
- Realistische Berechnung der bei Umsetzung dieser Forderungen zusätzlich erforderlichen Stellen.

POS 2005/000235 2005/000045	09.02.2005 19.12.2007	Danner Ernst Buchführung mit IPSAS, Bericht über Vor- und Nachteile bei deren Einführung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welches die Vor- und Nachteile einer Umstellung der Buchführung auf die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht sind und darüber Bericht zu erstatten.*

Die zwei grössten Haushalte der Schweiz haben die Rechnungslegung in den Jahren 2008 (Bund) und 2009 (Kanton Zürich) nach den «International Public Sector Accounting Standards» (IPSAS) ausgerichtet. Den Kantonen und Gemeinden empfiehlt die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) eine Weiterentwicklung des harmonisierten Rechnungsmodells zum HRM2. Die FDK hat die Empfehlungen in einem Handbuch publiziert (Schriftenreihe der Fachgruppe für kantonale Finanzfragen, Band 10, Handbuch Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2 vom 25. Januar 2008).

Gestützt auf die Fachempfehlungen der FDK hat die Konferenz der kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen (KKAG) Ende 2008 eine interkantonale Koordinationsgruppe HRM2 gebildet. Die Zielsetzung der KKAG ging dahin, die Einführung und die Anwendung von HRM2 in den schweizerischen Gemeinden zu harmonisieren. Die neue Rechnungslegung für die zürcherischen Gemeinden – im Kanton Zürich zuständig ist die Direktion der Justiz und des Innern, vertreten durch das Gemeindeamt – soll auf den Arbeiten und Empfehlungen der KKAG aufbauen. Das vom Regierungsrat am 6. Oktober 2010 in die Vernehmlassung gegebene revidierte Gemeindegesetz folgt im Kapitel über den Finanzhaushalt den Empfehlungen zur Weiterentwicklung des harmonisierten Rechnungsmodells zum HRM2. Der Entwurf des Regierungsrates umfasst eine Gesamtrevision des Gemeindegesetzes. Das Kapitel über den Finanzhaushalt enthält insbesondere den Systemwechsel zur linearen Abschreibung auf dem Anlagewert (anstelle der degressiven Abschreibung auf dem Restwert) und den Verzicht auf zusätzliche Abschreibungen (Vermeidung stiller Reserven). Die betriebswirtschaftliche Abschreibungsmethode nach Nutzungsdauer setzt die Führung einer Anlagenbuchhaltung voraus. Die neuen Normen will das Gemeindeamt in ausgewählten Pilotgemeinden vor der Inkraftsetzung des neuen Gemeindegesetzes austesten. Die Stellungnahme der Stadt Zürich wurde vom Stadtrat am 6. April aufgrund einer breiten verwaltungsinternen Vernehmlassung verabschiedet. Der Vorlage wird grundsätzlich zugestimmt. Die Neuregelung ist zweckmässig strukturiert, hat eine vernünftige Normierungsdichte und beantwortet die wesentlichen Fragen.

Entgegen den ursprünglichen Absichten des Regierungsrates wird die Vorlage voraussichtlich erst im 1. Quartal 2013 dem Kantonsrat überwiesen. Der in der Vernehmlassung vorgesehene Einführungstermin per 1. Januar 2014 kann damit nicht eingehalten werden. Es ist davon auszugehen, dass die Bestimmungen zur neuen Rechnungslegung nicht vor dem 1. Januar 2016 in Kraft treten werden. Es sind noch grundlegende Fragestellungen offen (z. B. Bewertung Eingangsbilanz). Seitens der Finanzverwaltung wurde im Berichtsjahr insbesondere die informatikseitige Umsetzung aufgearbeitet. Die Finanzverwaltung ist im HRM2-Fachgremium vertreten und wird ihre Interessen dort einbringen. (Vgl. gleichlautende Berichterstattung zu GR 2007/635 vom 19. Dezember 2007.)

MOT 2006/000935 2006/000344	30.08.2006 17.01.2007	Angst Walter und Rykart Sutter Karin Herdernstrasse, Planungskredit für das Erstellen einer kommunalen Wohnsiedlung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Planungskredit für die Erarbeitung eines baureifen Projekts zur Erstellung einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Areal zwischen Bienen-, Herdern- und Bullingerstrasse (Kataster-Nrn. 6271 und 6272) – oder, falls dies am genannten Standort aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein sollte, auf einem anderen für diesen Zweck geeigneten Areal in der Stadt Zürich – zur Beschlussfassung zu unterbreiten.*

Über das in der Motion prioritär vorgesehene Areal an der Herdernstrasse kann nicht disponiert werden, da es für die Erweiterung der angrenzenden Busgarage Hardau benötigt wird. Der Gemeinderat bewilligte deshalb am 8. September 2010 als Alternative einen Projektierungskredit für eine kommunale Überbauung auf dem Areal Kronenwiese, Quartier Unterstrass (GR 2009/611). Mit einer Dispositivergänzung hielt er fest, dass die Abschreibung der Motion im Zusammenhang mit der Erteilung des Baukredits behandelt werde. Dieser wurde dem Gemeinderat mit Weisung GR 2012/324 beantragt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2007/000440 2007/000214	18.04.2007 23.05.2007	Glättli Balthasar und Badran Jacqueline Geschlechterspezifische Budgetanalyse, regelmässige Berichterstattung
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen wie

- die im Bericht zur Weisung 391 (Geschlechterspezifische Budgetanalyse) aufgezeigten sinnvollen Vertiefungen im Bereich Fort- und Weiterbildung des städtischen Personals umgesetzt werden können.
- die geschlechterdifferenzierte Analyse des Personalaufwands, sowie der Fort- und Weiterbildungskosten im Rahmen des Personal-Controllings und des Gleichstellungs-Controllings von HR Stadt Zürich vertieft werden kann.
- bei der Einführung neuer Informatiklösungen, z. B. ERP Plus, die Auswertungsbedürfnisse für das Gender Budgeting mit berücksichtigt werden können.
- eine kontinuierliche Qualitätsverbesserung der geschlechterdifferenzierten Kundschafts-Statistiken der städtischen Dienstabteilungen, sowie von subventionierten Institutionen angestrebt werden kann.
- bei der Verabschiedung neuer Leistungsaufträge die Bekanntgabe der mit den städtischen Beiträgen ausgelösten Freiwilligen- oder Gratisarbeit in geförderten Institutionen (wo unter vertretbarem Aufwand erhebbar) integriert werden kann.
- eine regelmässige Berichterstattung – z. B. jährlich integriert im Geschäftsbericht des Stadtrats – auf sinnvolle Weise erfolgen könnte.

Die Fort- und Weiterbildungskosten in der Stadtverwaltung bestehen aus einem internen Leistungsbezug (Schulung erbracht oder organisiert durch HRZ) und einem externen Leistungsbezug (Drittanbieter). Der interne Leistungsbezug wird zukünftig mehrheitlich über die Applikation Learning Solution (LSO) abgewickelt. Die LSO ist ein Modul des SAP HCM (Personalsystem) und somit mit den Personaldaten verknüpft, womit eine geschlechterspezifische Auswertung möglich wird. Der externe Leistungsbezug lässt sich nicht weiter auswerten, da die notwendigen Informationen zentral nicht vorhanden sind. HRZ prüft zurzeit in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung, wie und mit welchem Inhalt eine regelmässige Berichterstattung über die im Personalbereich (inkl. stadinterne Weiterbildungskosten) vorhandenen Informationen erfolgen könnte.

Bei einer vertieften Analyse hat sich herausgestellt, dass eine geschlechterdifferenzierte Informationsaufbereitung und -auswertung ausserhalb des Personalbereichs nur mit enormem manuellem Aufwand erstellt werden kann. Die in der Stadt eingesetzten Informatiklösungen können keine zusätzlichen Angaben liefern.

MOT 2007/000483 2007/000235	09.05.2007 02.07.2008	Von Matt Hans Urs und Di Concilio Salvatore Klimaschutz, Angebot an die Mitarbeitenden zur Reduktion von CO <sub>2</sub> -Emissionen
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, welche einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Die Stadt Zürich macht ihren Mitarbeitenden ein breites Angebot zur Reduktion bzw. Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dadurch können die rund 20000 städtischen Angestellten ihre CO<sub>2</sub>-Bilanz verbessern.

Wie bereits im letzten Geschäftsbericht 2011 zu dieser Motion erwähnt, ist die Behandlung des Geschäfts auf Basis der Weisung des Stadtrates vom 8. Dezember 2010 (GR 2007/235) immer noch in der Spezialkommission Finanzdepartement hängig.

MOT 2007/001050 2007/000533	03.10.2007 13.01.2010	Jacobi Heinz Personalrecht, Zuschläge für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Revision des Personalrechts mit folgendem Inhalt zu unterbreiten: «Bei regelmässiger Schichtarbeit besteht auch während Ferien und Mutterschaftsurlaub, bei Krankheit und Unfall sowie bei anderen unverschuldeten und unfreiwilligen Arbeitsverhinderungen Anspruch auf die durchschnittlich anfallenden Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge.»

Der Gemeinderat hat am 5. September 2012 vom Bericht des Stadtrats Kenntnis genommen, die Motion jedoch nicht wie beantragt abgeschrieben, sondern dem Stadtrat eine Nachfrist von 12 Monaten für die Erarbeitung einer Vorlage eingeräumt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/001280 2007/000635	06.12.2007 19.12.2007	Angst Walter und Danner Ernst Neue Rechnungslegung bei den Gemeinden des Kantons Zürich, Bericht

In Ergänzung zu dem am 14. Dezember 2005 überwiesenen Postulat 2005/525 (Führungsmodell Stadtrat Zürich, Bericht) wird der Stadtrat gebeten, dem Gemeinderat bis am 31. August 2008 einen Bericht über den Stand der Diskussionen in der Arbeitsgruppe zum kantonalen Projekt «Konzept Neue Rechnungslegung bei den Gemeinden des Kantons Zürich» vorzulegen. Der Bericht soll detaillierte Angaben über die Folgen der Einführung von IPSAS auf die Rechnung der Stadt Zürich, die vorgesehenen Neuerungen im Handbuch für die Rechnungsführung des Kantons Zürich und die Eckpunkte der Änderung des Gemeindegesetzes geben.

Die zwei grössten Haushalte der Schweiz haben die Rechnungslegung in den Jahren 2008 (Bund) und 2009 (Kanton Zürich) nach den «International Public Sector Accounting Standards» (IPSAS) ausgerichtet. Den Kantonen und Gemeinden empfiehlt die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) eine Weiterentwicklung des harmonisierten Rechnungsmodells zum HRM2. Die FDK hat die Empfehlungen in einem Handbuch publiziert (Schriftenreihe der Fachgruppe für kantonale Finanzfragen, Band 10, Handbuch Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2 vom 25. Januar 2008).

Gestützt auf die Fachempfehlungen der FDK hat die Konferenz der kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen (KKAG) Ende 2008 eine interkantonale Koordinationsgruppe HRM2 gebildet. Die Zielsetzung der KKAG ging dahin, die Einführung und die Anwendung von HRM2 in den schweizerischen Gemeinden zu harmonisieren. Die neue Rechnungslegung für die zürcherischen Gemeinden – im Kanton Zürich zuständig ist die Direktion der Justiz und des Innern, vertreten durch das Gemeindeamt – soll auf den Arbeiten und Empfehlungen der KKAG aufbauen. Das vom Regierungsrat am 6. Oktober 2010 in die Vernehmlassung gegebene revidierte Gemeindegesetz folgt im Kapitel über den Finanzhaushalt den Empfehlungen zur Weiterentwicklung des harmonisierten Rechnungsmodells zum HRM2. Der Entwurf des Regierungsrates umfasst eine Gesamtrevision des Gemeindegesetzes. Das Kapitel über den Finanzhaushalt enthält insbesondere den Systemwechsel zur linearen Abschreibung auf dem Anlagewert (anstelle der degressiven Abschreibung auf dem Restwert) und den Verzicht auf zusätzliche Abschreibungen (Vermeidung stiller Reserven). Die betriebswirtschaftliche Abschreibungsmethode nach Nutzungsdauer setzt die Führung einer Anlagenbuchhaltung voraus. Die neuen Normen will das Gemeindeamt in ausgewählten Pilotgemeinden vor der Inkraftsetzung des neuen Gemeindegesetzes austesten. Die Stellungnahme der Stadt Zürich wurde vom Stadtrat am 6. April aufgrund einer breiten verwaltungsinternen Vernehmlassung verabschiedet. Der Vorlage wird grundsätzlich zugestimmt. Die Neuregelung ist zweckmässig strukturiert, hat eine vernünftige Normierungsdichte und beantwortet die wesentlichen Fragen.

Entgegen den ursprünglichen Absichten des Regierungsrats wird die Vorlage voraussichtlich erst im 1. Quartal 2013 dem Kantonsrat überwiesen. Der in der Vernehmlassung vorgesehene Einführungstermin per 1. Januar 2014 kann damit nicht eingehalten werden. Es ist davon auszugehen, dass die Bestimmungen zur neuen Rechnungslegung nicht vor dem 1. Januar 2016 in Kraft treten werden. Es sind noch grundlegende Fragestellungen offen (z. B. Bewertung Eingangsbilanz). Seitens der Finanzverwaltung wurde im Berichtsjahr insbesondere die informatikseitige Umsetzung aufgearbeitet. Die Finanzverwaltung ist im HRM2-Fachgremium vertreten und wird ihre Interessen dort einbringen. (Vgl. gleichlautende Berichterstattung zu Postulat GR 2005/45 vom 19. Dezember 2007.)

POS 2008/000457 2008/000197	07.05.2008 21.05.2008	Angst Walter Areal Kronenwiese, Aufwertung der Baulandreserven
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, bei der Planung der Wohnüberbauung auf der Kronenwiese von einem Landwert auszugehen, der auf dem Buchwert vor der Aufwertung der Baulandreserven im Jahr 2007 basiert.

Vom rund 7000 m<sup>2</sup> grossen Areal waren ursprünglich der nördliche Teil der Wohnzone W4 (Finanzvermögen) und der südliche Teil der Freihaltezone C (Verwaltungsvermögen) zugeteilt. Im Hinblick auf die Erstellung einer kommunalen Wohnüberbauung wies der Gemeinderat am 21. Mai 2008 das ganze Grundstück der Wohnzone W4 zu (GR 2007/432).

Der vorgängig bereits in der Bauzone gelegene Arealteil wurde im Zuge der vom Kanton vorgeschriebenen periodischen Neubewertung per 1. Januar 2007 von 2,0 Mio. Fr. auf 3,75 Mio. Fr. aufgewertet und bilanziert. Der südliche Arealteil im Verwaltungsvermögen ist auf den Zeitpunkt der Überbauung ebenfalls neu zu bewerten. Wie in der Weisung für den Baukredit (GR 2012/324) dargelegt, bestimmt sich der Landwert für die neue Wohnsiedlung nach dem im gemeinnützigen Wohnungsbau massgeblichen Richtlinienwert.

Der Gemeinderat bewilligte am 8. September 2010 den Projektierungskredit von 3,82 Mio. Fr. (GR 2009/611). Mit einer Dispositiv-Ergänzung hielt er fest, dass das vorliegende Postulat bei der Behandlung des Baukredits behandelt wird. Dieser wurde dem Gemeinderat mit Weisung GR 2012/324 beantragt.

POS 2008/001073 2008/000461	01.10.2008 12.11.2008	Angst Walter und Stokar Gasser Christine Landgeschäfte im Oberhauser Ried (Glattpark), Verkauf von Bauland
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten, bei künftigen Landgeschäften im Oberhauser Ried (Glattpark) den Verkauf von Bauland an gemeinnützige Baugenossenschaften zu prüfen und punktuell auf eine Abgabe an die Meistbietenden zu verzichten.

Die Stadt Opfikon als Standortgemeinde ist grundsätzlich an Überbauungen von Baugenossenschaften interessiert. Allerdings sieht sie sich nicht in der Lage, zu einer vergünstigten Landabgabe finanziell beizutragen. Stadt- und Gemeinderat von Zürich haben es bisher abgelehnt, in anderen Gemeinden Landvergünstigungen nach den einschlägigen Richtlinien für den gemeinnützigen Wohnungsbau auf städtischen Grundstücken vorzunehmen.

Mit Weisung GR 2012/433 beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat den Verkauf eines grösseren Areals von 23909 m<sup>2</sup> im Glattpark an die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ). Als Landpreis wurde der Schätzwert für den Mietwohnungsbau eingesetzt. Auf die Erzielung eines höheren Kaufpreises, wie dieser sonst in einem Konkurrenzverfahren bzw. für Eigentumswohnungen zustande käme, wird verzichtet, da die ABZ im Gegenzug ein Areal an der Erikastrasse im Quartier Wiedikon zu günstigen Bedingungen an die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) im Baurecht abtritt. Die Abschreibung des Postulats wurde mit dem Landverkauf beantragt.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2008/001274 2008/000544	03.12.2008 10.12.2008	FDP-Fraktion Stadtverwaltung, Kostenreduktion für die Personalwerbung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Kosten für die Personalwerbung über die gesamte Verwaltung massgeblich reduzieren kann. Insbesondere ist eine noch stärkere Zusammenlegung der Zeitungswerbung, die primäre Nutzung elektronischer Plattformen und eine weitergehende Zentralisierung zu prüfen.*

*Der Stadtrat wird gebeten, über den Fortschritt zu informieren.*

Die Stadt schloss mit den wichtigsten Online-Agenturen einheitliche Verträge ab. Über die Berücksichtigung des Gesamtvolumens konnten günstigere Konditionen für die einzelnen Dienstabteilungen ausgehandelt werden.

Im Erscheinungsbild der Stadt Zürich wurden verschiedene Inserateformate hinterlegt. Die Stellen können somit entsprechend der Funktionsstufe ausgeschrieben werden. Zusätzlich wurde ein Teaserinserat gestaltet und gleichzeitig das Erscheinungsbild der Stelleninserate auf «jobs stadt zürich», dem Internet-Auftritt der Stadt Zürich, angepasst. Mit dieser Kombination ist eine attraktivere und kostengünstigere Publikation der offenen Stellen möglich. Neu wird der Einsatz von Social Media geprüft, da die Stadt Zürich ab 2013 diesen Kanal aktiv bewirtschaften wird. Somit verfügen die Personalverantwortlichen in den Dienstabteilungen über alle Möglichkeiten, die Insertionskosten so gering wie möglich zu halten.

MOT 2008/001327 2008/000576	17.12.2008 10.06.2009	Rechsteiner Urs und Mächler Martin Wohnungsförderung in den Quartieren Seefeld und Riesbach, Kreditvorlage
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um mit gemeinnütziger und/oder kommunaler Wohnungsförderung in den Quartieren Seefeld und Riesbach vor allem für Familien mehr Wohnraum zu schaffen.*

Die Liegenschaftenverwaltung verfügt im Quartier Riesbach, insbesondere im engeren Gebiet Seefeld, über keine nennenswerten Landreserven bzw. vergleichsweise wenig Wohnraum. Für die Errichtung einer zweiten Wohnsiedlung nebst jener im Tiefenbrunnen hat der Stadtrat dem Gemeinderat die Einzonung eines Areals an der Hornbachstrasse vorgeschlagen und einen Projektierungskredit von 6,9 Mio. Fr. beantragt (Weisung 2011/37). Der Gemeinderat stimmte dem Projektierungskredit Ende 2011 zu, wollte die Motion jedoch erst mit dem Baukredit abschreiben. Dieser wird dem Gemeinderat in der zweiten Hälfte 2013 beantragt.

POS 2009/000060 2009/000013	14.01.2009 28.01.2009	Angst Walter Gemeinnütziger Wohnungsbau, Rahmenbedingungen für dessen Förderung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, die Umsetzung der nachfolgenden Rahmenbedingungen für die Entwicklung kommunaler und genossenschaftlicher Projekte des gemeinnützigen Wohnungsbaus zu prüfen und diese bereits bei den laufenden Projekten umzusetzen.*

- Beim Bau und der Umnutzung von Wohnungen ist darauf zu achten, dass zahlbare Wohnungen gebaut oder erhalten werden.
- Bei der Festlegung des Bauprogramms und der Auswahl der Projekte ist insbesondere auf günstige Bau- und Baunebenkosten sowie moderate Wohnflächen zu achten. Die Anlagekosten der Mehrzahl der Wohnungen müssen deutlich unter den Maximalwerten der Wohnbauförderung liegen.
- Bei der Auswahl von Baurechtspartnern sind jene Baugenossenschaften zu berücksichtigen, die bereit und in der Lage sind, preisgünstig zu bauen.
- Architekturwettbewerbe sind so zu organisieren, dass die ökonomischen Ziele umgesetzt werden können.

Die Ausrichtung des Vorstosses liegt auf der Linie der wohnpolitischen Ziele des Stadtrats. Der massvolle Umgang mit den Wohnflächen und die generelle Identifizierung und Eindämmung von Kostentreibern gehören zu den Zielen des Stadtrats und fliessen in die Projektierung kommender Bauvorhaben ein. Der grösste Hebel zur Kostensteuerung liegt bei der Bedarfsabklärung, zu diesem Schluss kamen drei externe Studien, die der Öffentlichkeit 2012 präsentiert wurden.

Bei Neubauten stehen die besonderen ökologischen Anstrengungen der Stadt Zürich in gebäudetechnischen Massnahmen oft im Zielkonflikt mit dem preisgünstigen Wohnen: Die Zusatzkosten für weitere technische Massnahmen, die über die bereits anspruchsvollen gesetzlichen Vorgaben hinausgehen, steigen übermässig und lassen sich durch allenfalls tiefere Betriebskosten nicht mehr kompensieren. Dennoch müssen die Anstrengungen natürlich weiter in Richtung des 2000-Watt-Ziels (inkl. Reduktion CO<sub>2</sub>-Ausstoss) getrieben werden.

Bei den noch verbleibenden Baurechtsgeländen gilt es weiter zu bedenken, dass sich die Anlagekosten in vielen Fällen wegen Besonderheiten des Grundstücks (Form, Topografie, Lärmexposition) erhöhen. Zusammen mit den oben erwähnten ökologischen Bemühungen kann nicht gewährleistet werden, dass die Wohnungen in jedem Fall mehrheitlich den Rahmen für preisgünstigen Wohnungsbau einhalten können. Massstab ist jedoch bei jedem Projekt die Kostenvorgabe des Kantons für den subventionierten Wohnungsbau.

POS 2010/00203 2010/00098	10.02.2010 27.06.2012	Graf Davy und Nielsen Claudia Offenes WLAN auf Stadtgebiet
---------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein öffentliches, offenes WLAN auf Stadtgebiet realisiert werden kann und dabei ein diskriminierungsfreier Informationszugang gewährleistet wird.*

*Dabei sollen die Optionen eines flächendeckenden Angebots, wie auch einer teilweisen Abdeckung an ausgewählten Plätzen, Strassenzügen, Freizeitanlagen etc. mit hoher Frequentierung analysiert werden. Eine allfällige Umsetzung und Finanzierung soll dabei wenn möglich mittels Konzessionierung eines oder mehrerer geografisch nicht überschneidender privater Anbieter erfolgen. Dabei soll auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit und Vernetzung mit bestehenden Hotspots auf städtischem Gebiet geprüft werden.*

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2010/000390 2010/000153	07.04.2010 09.06.2010	SVP-Fraktion, SP-Fraktion und Grüne-Fraktion Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für den Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen zu unterbreiten. Das Reglement soll insbesondere folgende Punkte berücksichtigen:

- Als städtische Vertretungen gelten sowohl Organmitglieder, die vom Stadtrat abgeordnet werden, als auch Organmitglieder, die auf Vorschlag des Stadtrats vom zuständigen Organ gewählt werden.
- Die Vertreterinnen und Vertreter informieren den Stadtrat vor ihrer Wahl umfassend über ihre Interessenbindungen. Die Angaben stehen den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.
- Die Vertreterinnen und Vertreter informieren die vorgesetzte Stelle umgehend und soweit als möglich im Voraus schriftlich über neu eintretende Interessenkonflikte sowie über neue Interessenbindungen.
- Für städtische Angestellte und Behördenmitglieder (inkl. ehemalige Stadtratsmitglieder) endet die Abordnung mit ihrem Ausscheiden aus städtischen Diensten.
- Die Vertreterinnen und Vertreter informieren die vorgesetzte Stelle wenn immer nötig, mindestens aber jährlich in schriftlicher Form über alle wesentlichen Entwicklungen bei der Drittinstitution sowie über die Zusammensetzung der Organe und Anteilseigner mit mehr als 5% des Kapitals oder der Stimmen. Die Berichte stehen der Geschäftsprüfungskommission und der Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.
- Findet die Tätigkeit der Vertreterinnen und Vertreter ausserhalb der Arbeitszeit statt und wird von der Drittinstitution nicht entschädigt, wird sie durch die Stadt separat entschädigt. Die Ansätze dieser Entschädigung sind einheitlich festzulegen.
- Vertreterinnen und Vertreter, die von der Drittinstitution entschädigt werden, sind verpflichtet, Entschädigungen und Erfolgsvergütungen jeder Form offen zu legen. Erfolgsvergütungen sind vollständig der Stadtkasse abzuliefern. Ebenfalls vollständig abzuliefern sind Entschädigungen einer Drittinstitution, wenn die Mandatstätigkeit innerhalb der bezahlten Arbeitszeit verrichtet wird. Findet die Tätigkeit ausserhalb der bezahlten Arbeitszeit statt, kann die Vertreterin bzw. der Vertreter Entschädigungen bis zu einem Maximalbetrag von Fr. 20 000.– behalten. Bei mehreren Mandaten gilt der Ansatz für die gesamthaften Entschädigungen.

Der Gemeinderat hat am 21. November 2012 den Stadtrat mit einer Weisung zur Erfüllung der Motion beauftragt. Die Vorlage wird dem Gemeinderat im Frühjahr 2013 unterbreitet.

POS 570.120.100-03 2010/000156	07.04.2010 21.11.2012	Grüne-Fraktion Umstellung auf kontrolliert biologische Bewirtschaftung des städtischen Landbesitzes ausserhalb der Stadtgrenzen
--------------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass auch bei Landbesitz ausserhalb der Stadtgrenzen raschmöglichst eine vollständige Umstellung von verpachtetem Land auf kontrolliert biologische Bewirtschaftung erfolgt.

MOT 2010/000456 2010/000203	21.04.2010 21.09.2011	Rechnungsprüfungskommission Eigenleistungen der Stadt Zürich im Zusammenhang mit Grossanlässen und Grossprojekten
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine neue Verordnung oder eine Änderung der Finanzverordnung zu unterbreiten, in welcher die Erhebung und allfällige Weiterverrechnung von Eigenleistungen der Stadt Zürich, die im Zusammenhang mit einmaligen oder wiederkehrenden Grossanlässen und Grossprojekten erbracht werden, für die gesamte Stadtverwaltung verbindlich geregelt werden.

POS 830.110.140.34 2012/000434	16.06.2010 21.11.2012	AL-Fraktion Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG), Ergänzung des Stiftungsreglements
--------------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Ergänzung des Stiftungsreglements der PWG zu folgenden Punkten zu unterbreiten:

- Bandbreite der zulässigen Anzahl der Mitglieder des Stiftungsrates
- maximale Amtsdauer der Mitglieder des Stiftungsrates sowie des Ausschusses
- Zusammensetzung des Ausschusses
- Modus der Bestimmung des Präsidiums.

POS 760.110.130-08 2010/000315	14.07.2010 21.11.2012	Tuena Mauro und Liebi Roger Beseitigung der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung von Personen, die der Quellenbesteuerung unterliegen, gegenüber dem Rest der steuerpflichtigen Bevölkerung
--------------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, beim Regierungsrat dahingehend zu intervenieren, dass bestehende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung von Personen, die der Quellbesteuerung unterliegen, und dem Rest der steuerpflichtigen Bevölkerung beseitigt werden.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 680.110.110-03 2010/000404	22.09.2010 21.11.2012	AL-Fraktion Güterbahnhofareal, Erwerb und Nutzung im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er einen Teil des Areals des Güterbahnhofs, auf dem das kantonale Polizei- und Justizzentrum geplant ist, erwerben und damit eine Nutzung im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung sichern kann.</i>		
POS 790.140.140-04 2010/000462	03.11.2010 21.11.2012	Probst Matthias und Hug Christina Umnutzung ungenutzter Parkplätze in Tiefgaragen zu Proberäumen für Musikbands
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich ungenutzte Parkplätze in Tiefgaragen mit wenig Aufwand zu Proberäumen für Musikbands umfunktionieren und diese preisgünstig vermieten kann.</i>		
POS 760.110.110-01 2010/001078 2010/000500	01.12.2010 06.04.2011	AL-Fraktion Besteuerung der FIFA in der Stadt und im Kanton Zürich
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche Schritte unternommen werden könnten, um die von der FIFA an Stadt und Kanton zu bezahlenden Steuern auf ein Niveau zu heben, das der FIFA als faktisch kommerzieller Grossorganisation entspricht.</i>		
POS 730.220.130-02 2010/001079 2010/000501	01.12.2010 06.04.2011	Wolff Richard und Recher Alecs Areal Hardturmstadion, Verwendung für Zwischennutzungen bis zum Baubeginn des Stadions
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für die Zeitspanne bis zum Baubeginn des Hardturmstadions das Areal für Zwischennutzungen und temporäre Nutzungen verwendet werden kann. Dabei sind insbesondere die Bedürfnisse der Quartierbevölkerung zu berücksichtigen und die Quartierbevölkerung soll bei der Festlegung von Zwischennutzungen mitentscheiden können.</i>		
POS 610.150.100-12 2010/001089 2010/000510	08.12.2010 16.03.2011	Spiess Christoph und Blöchlinger Patrick Stabilisierung der Stellenzahl der städtischen Verwaltung ab 2012
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ab 2012 die Gesamtstellenzahl bei der städtischen Verwaltung und den Gemeindebetrieben auf längere Sicht stabilisiert werden kann.</i>		
POS 610.150.100-13 2010/001090 2010/000511	08.12.2010 23.03.2011	Blöchlinger Patrick und Spiess Christoph Stabilisierung der IT-Ausgaben ab 2012
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ab 2012 die IT-Ausgaben auf längere Sicht stabilisiert werden können.</i>		
POS 610.150.110-02 2010/001097 2010/000525	08.12.2010 30.03.2011	SP-, Grüne-, AL-Fraktion und parlamentarische Gruppe EVP Ergänzung der «Richtlinie Soziale Nachhaltigkeit» mit ökologischer Nachhaltigkeit
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die «Richtlinie Soziale Nachhaltigkeit» mit ökologischer Nachhaltigkeit ergänzt werden kann, die unter anderem auch die ökologische Nachhaltigkeit bei der Beschaffung von Textilien verlangt. Das Einhalten der ökologischen Nachhaltigkeit soll – analog der sozialen – als Verhaltenskodex von VertragspartnerInnen eingefordert werden.</i>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 680.110.100-09 2010/000524	08.12.2010 21.11.2012	AL-Fraktion Realisierung eines Gewerbehäuses auf dem SBB-Areal Bahnhof Seebach
--------------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sich auf dem SBB-Areal des Bahnhofs Seebach und auf anderen lärmbelasteten Grundstücken Gewerbehäuser realisieren lassen. Als Vorbild könnte das bewährte Ölkerhus dienen, welches von einer Genossenschaft betrieben wird und dieser auch gehört. Insbesondere soll geprüft werden*

- Welche Rolle die Stadt zur Zielerreichung einnehmen kann (Vermittlerin zwischen SBB und Dritten, Unterstützung einer Projektstudie etc.)
- Ob es einer zonenplanerischen Anpassung bedarf.

POS 610.150.100-14 2010/001111 2010/000533	22.12.2010 19.01.2011	Simon Claudia und Hänni-Etter Cäcilia Senkung der Kosten für Stelleninserate
---	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich ihren Stelleninserate-Aufwand um ein Drittel kürzen kann. Insbesondere ist, wie von der FDP bereits vor zwei Jahren gefordert, zur Aufwandsenkung auch zu prüfen, ob eine Fokussierung der Inseratepublikationen auf Online-Stellenportalen der heutigen Zeit und dem Stellensuchverhalten nicht besser angepasst wäre.*

POS 710.150.150-32 2012/000435	12.01.2011 21.11.2012	GLP-Fraktion Regelung für das Melden von Missständen durch Mitarbeitende der städtischen Verwaltung, Erarbeitung einer Verordnung
--------------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, eine Verordnung für die Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung auszuarbeiten, welche das Melden von Missständen klar regelt.*

POS 710.150.150-07 2011/000023 2011/000020	19.01.2011 02.02.2011	Hänni-Etter Cäcilia und Uttinger Ursula Case Management am Arbeitsplatz, Kosteneinsparungen durch Optimierung der Prozesse und Verantwortlichkeiten
---	--------------------------	---

*Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie die Prozesse und Verantwortlichkeiten zwischen Human Resources und Personalverantwortlichen sowie Vorgesetzten der Abteilungen und dem Case Management optimiert werden können und durch Veränderung der Abläufe Ressourcen- und damit Kosteneinsparungen möglich sind.*

MOT 730.200.130-05 2011/000086 2011/000063	09.03.2011 30.03.2011	Badran Jacqueline Stadion Hardturm, Eckwerte für die Finanzierung
---	--------------------------	--

*Für die Finanzierung des geplanten Stadions Hardturm wird der Stadtrat beauftragt folgende Eckwerte zu berücksichtigen:*

*Das städtische Land im Wert von 30,8 Mio. Fr. wird nicht in das Verwaltungsvermögen überführt, sondern wird im Finanzvermögen belassen und von der Stadion AG zu einem Baurechtszins von 3,5% jährlich verzinst.*

*Die Finanzierung ist so zu gestalten, dass die Stadt die Mehrheit der Aktien hält und die Stadion AG über ein vernünftig hohes Eigenkapital verfügt. Die Stadt Zürich soll demnach 50 Mio. Fr. als Eigenkapital einbringen, sowie allenfalls Fremdkapital in Form eines mit 3% zu verzinsenden Darlehens in Höhe von 55 Mio. Fr.*

POS 710.150.110-12 2011/000114	06.04.2011 11.05.2011	CVP-Fraktion Ersetzung der Lunch-Checks für städtische Mitarbeitende durch individuelle Essenszulagen
--------------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die 2011 ausgesetzte Abgabe von Lunch-Checks an die städtischen Mitarbeitenden zukünftig durch individuelle, auf der Lohnabrechnung ausgewiesene Essenszulagen ersetzt werden kann.*

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 830.110.100-08 2011/000234	29.06.2011 24.08.2011	Angst Walter Realisierung der mit der Baugenossenschaft ABZ ausgehandelten Wohnbauprojekte sowie Verzicht auf die Abgabe der Baulandparzelle im Glattpark an den Meistbietenden
<i>Der Stadtrat wird gebeten, alle Möglichkeiten zu prüfen, um die mit dem Vorstand der Baugenossenschaft ABZ ausgehandelten Wohnbauprojekte (Bau einer Alterssiedlung an der Erikastrasse in Wiedikon; Bau einer gemeinnützigen Wohnsiedlung auf einer städtischen Parzelle im Glattpark) zu realisieren. Auf eine Ausschreibung und eine Abgabe der Baulandparzelle im Glattpark an den Meistbietenden ist zu verzichten.</i>		
POS 680.110.110-12 2011/000408	02.11.2011 23.11.2011	Jahreiss-Montagnani Fiammetta und Traber Christian Verkauf des Grundstücks unterhalb des Restaurants «Bürgli» an die Stiftung PWG oder an eine andere gemeinnützige Institution
<i>Wir bitten den Stadtrat zu prüfen ob das Grundstück unterhalb des Restaurants «Bürgli» in Zürich Wollishofen statt dem Meistbietenden der Stiftung PWG oder einer anderen gemeinnützigen Institution verkauft werden kann.</i>		
POS 710.150.110-17 2011/000410	02.11.2011 16.11.2011	Angst Walter Zuweisung der budgetierten, nicht ausgeschöpften Gelder für Prämien an die Mitarbeitenden der Dienstabteilungen des GUD und des TED
<i>Der Stadtrat wird eingeladen, die vom Gemeinderat mit den Zusatzkrediten 2/11 bewilligten 1 Mio. Fr. prioritär den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Dienstabteilungen des GUD (Stadtspitäler und Altersheime) und TED (ERZ) zukommen zu lassen, denen die den Dienstabteilungen im Jahr 2010 bereitgestellten Naturalprämien grossmehrheitlich nicht ausbezahlt worden sind.</i>		
MOT 620.110.140-06 2011/000442	30.11.2011 11.04.2012	Straub Esther und Wüthrich Katrin Errichtung eines Entschädigungsfonds für Asbestopfer
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten zur Errichtung eines Entschädigungsfonds für Asbestopfer, die aufgrund ihres Dienstes bei der Stadt erkrankt oder gestorben sind. Aus dem Fonds werden angemessene Schadenersatzzahlungen (Abgeltung von Pflegegeschäden und Versorgerschäden sowie Genugtuungszahlungen) an die Opfer bzw. ihre Angehörigen ausgerichtet. Es soll ausfindig gemacht werden, wer in städtischen Betrieben mit Asbest gearbeitet hat. Die betroffenen Mitarbeitenden sind über ihr Krankheitsrisiko zu informieren.</i>		
POS 680.110.110-13 2011/000452	07.12.2011 16.12.2011	Rutherford Catherine Verkauf einer städtischen Parzelle im Glattpark, Sicherstellung eines Teils der Gesamtüberbauung nach den Kriterien der Kostenmiete des gemeinnützigen Wohnungsbaus
<i>Der Stadtrat wird gebeten, beim Verkauf der 9074 m<sup>2</sup> grossen städtischen Parzelle 8176 im Glattpark eine Vereinbarung mit dem Käufer zu prüfen, die sicherstellt, dass ein Teil oder die ganze von dieser geplanten Gesamtüberbauung nach den Kriterien der Kostenmiete des gemeinnützigen Wohnungsbaus erstellt wird. Ein vertretbarer Verzicht auf einen maximalen Ertrag soll dabei in Kauf genommen werden.</i>		
MOT 830.110.100-27 2012/000011	18.01.2012 18.04.2012	SP-Fraktion, CVP-Fraktion, Grüne-Fraktion, AL-Fraktion und GLP-Fraktion Vereinheitlichung der Organisation der Wohnbaustiftungen und Stärkung der Kontroll- und Aufsichtsfunktionen des Gemeinderats
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine oder mehrere Weisungen zur Vereinheitlichung der Organisation der Wohnbaustiftungen (Wahl und Organisation des Stiftungsrats) und der Stärkung der Kontroll- und Aufsichtsfunktionen des Gemeinderats vorzulegen.</i>		
POS 830.110.140-27 2012/000196	09.05.2012 23.05.2012	Grüne-Fraktion Verwendung des Restkredits aus dem Rahmenkredit «Aktive städtische Wohnbaupolitik, Verbilligung der Mietzinse durch Abschreibungsbeiträge» zur Gewährung von Abschreibungs- beiträgen beim Kauf von Wohnliegenschaften durch die Stadt
<i>Für einen Schritt hin zum Ziel des wohnpolitischen Grundsatzartikels wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, wie der Restkredit von 70,685 Mio. Fr. (Stand Ende 2010) aus dem Rahmenkredit «Aktive städtische Wohnbaupolitik, Verbilligung der Mietzinse durch Abschreibungsbeiträge» sinnvoll verwendet werden kann.</i>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 830.110.140-28 2012/000197	09.05.2012 23.05.2012	AL-Fraktion Stiftung PWG, Vermietung eines bestimmten Mindestanteils an Wohnungen an Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen sowie Vorlage eines Berichts über die erreichten Ziele

*Der Stadtrat wird aufgefordert, die PWG um Prüfung folgender Anliegen zu ersuchen:*

*a) ob sie bei Neuvermietungen einen bestimmten Mindestanteil an Wohnungen gezielt Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen, die auf dem freien Markt besondere Schwierigkeiten haben, unter Umständen in Zusammenarbeit mit spezialisierten Organisationen (Domicil, Caritas etc.) zur Verfügung stellen kann;*

*b) Vorlage eines Berichts nach drei Jahren über die erreichten Ziele gemäss lit a).*

POS 540.110.110-46 2012/000451	05.12.2012 12.12.2012	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion und GLP-Fraktion Strombedarf der Dienstabteilungen der Stadt, Deckung zu 100 % durch naturmade.starzertifizierte oder gleichwertige Produkte
--------------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Dienstabteilungen der Stadt Zürich (inklusive Gemeindebetriebe) ihren Strombedarf zu 100% durch naturmade.starzertifizierte oder gleichwertige Produkte decken können. Dabei sollen mindestens 5% des Stroms in Form von Solarenergie bezogen werden, wobei in Bezug auf den Solaranteil für die VBZ eine andere Lösung gewählt werden kann.*

### III. Abschreibungsanträge für Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2002/002034 2002/000444	30.10.2002 02.07.2003	Walther Rolf und Rosenheim Monjek Gebühren der Stadt Zürich, Bericht

*Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat in einem Bericht, aufgeteilt aus je den 9 Departementen, die jeweils wichtigsten, grössten, häufigsten und besonders umstrittenen Gebühren der Stadt Zürich und seiner Stadtverwaltung darzulegen und darin den wichtigsten Fragestellungen nachzugehen, ob z. B. die Verhältnismässigkeit der Höhe zum sinnvollen bzw. notwendig zu leistenden administrativen Aufwand eingehalten ist oder ob mit der Gebührenerhebung eine Lenkungsabgabe erzielt werden soll und inwieweit die Stadt Zürich mit ihren Gebühren in der Konkurrenz zu den umliegenden Gemeinden und Städten bestehen kann.*

Am Fazit der bisherigen Berichterstattung, die zum Schluss kommt, dass ein systematischer und umfassender Bericht über die Gebührensituation der Stadt Zürich hohe Kosten generieren und im Vergleich zum erzielbaren Nutzen einen unverhältnismässigen Aufwand verursachen würde, wird festgehalten. Ergänzend sei an dieser Stelle auf den am 30. Oktober des Berichtsjahrs durch die Eidgenössische Finanzverwaltung veröffentlichten Indikator der Gebührenerfinanzierung in Kantonen und Gemeinden hingewiesen. Dieser untersucht, zu welchem Anteil die Kosten in bestimmten Bereichen (Funktionen) durch Gebührenerinnahmen finanziert werden. In den Index fliessen diejenigen Funktionen ein, welche die höchsten Gebührenerinnahmen aufweisen: Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt, allgemeines Rechtswesen, Wasserversorgung/Abwasserbeseitigung und Abfallwirtschaft. Im Schweizer Durchschnitt der Werte der Jahre 2008 bis 2010 wurden rund 76 % der Kosten durch Gebühren finanziert. Der Durchschnittswert für den Kanton Zürich entspricht in etwa diesem gesamtschweizerischen Wert. Die Studie kommt denn auch zum Schluss, dass nicht von einer übermässigen oder nicht gerechtfertigten Gebührenerfinanzierung gesprochen werden kann.

POS 2002/002180 2002/000483	13.11.2002 09.03.2005	Bartholdi Roger und Liebi Roger Parkhäuser, Privatisierung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche durch die Stadt betriebenen Parkhäuser zukünftig durch Private ohne Subventionen bewirtschaftet werden können.*

Dem Postulat wurde entsprochen. Die von der Liegenschaftenverwaltung betreuten öffentlichen Parkhäuser sind seit 2008 an die Parkhaus Urania AG (Aktien im Besitz der Stadt) vermietet. Diese lässt die Anlagen zusammen mit ihrem eigenen Parkhaus durch die Tochtergesellschaft Parking Zürich AG betreiben. Die Stadt beschränkt sich auf die Eigentümerrolle (Renovationen, Tarifpolitik). Mit dieser Massnahme liessen sich Synergien und Marktauftritt verstärken. Mittelfristig werden auch Kooperationen mit privaten Parkhausbetreibern geprüft. Subventionen für den Parkhausbetrieb waren und sind auch künftig nicht nötig.

POS 2004/000711 2004/000197	07.04.2004 12.05.2004	Rechnungsprüfungskommission Produktgruppen-Globalbudgets, materielle Entwicklung der Stellenwerte
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ab dem Budget 2005 für die Produktgruppen-Globalbudgets die materielle Entwicklung der Stellenwerte (umgerechnet in effektiv besetzte bzw. zu besetzende 100%-Stellenäquivalente) auf der ersten Seite jedes Globalbudgets aufzuzeigen. Dies soll im Rahmen des Voranschlags jeweils für den Voranschlag des Vorjahres sowie für die Rechnung der zwei vorangehenden Jahre erfolgen und bei der Rechnung jeweils für den entsprechenden Voranschlag sowie die Rechnung der zwei vorangehenden Jahre. Die RPK soll im Rahmen der Trimesterberichte jeweils über die effektive Entwicklung der Stellenwerte informiert werden.*

Die Verordnung über die Haushaltführung mit Globalbudgets (Gemeinderatsbeschluss vom 24. März 2010, AS 611.120) sieht vor, dass bei den neuen, definitiven Produktgruppen-Globalbudgets drei Rechnungs-Vorjahre und beim Produktgruppen-Jahresabschluss zwei Rechnungs-Vorjahre dargestellt werden. Dieser Teil des Postulates wird mit dem Budget 2012 und der Rechnung 2012 erfüllt.

Der Stadtrat liefert seit längerer Zeit detaillierte Stellenwertdaten mit den Weisungen zur Rechnung und zum Budgetentwurf. Im Geschäftsbericht sind jährlich weitere Informationen zu den Stellenwertentwicklungen zu finden. Die RPK erhält bereits heute periodische Berichte zur effektiven Entwicklung der Stellenwerte in allen Dienstabteilungen der Verwaltung.

Aufgrund der Festlegungen in der Verordnung über die Haushaltführung mit Globalbudgets sowie der bereits vorhandenen Informationen, die weit über die im Postulat gestellten Anforderungen hinausgehen, ist das Postulat abzuschreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/001426 2005/000548	23.11.2005 16.12.2005	Scherr Niklaus Erdgas Zürich AG, Einlage eines Teils der Dividende in den Stromsparfonds

Der Stadtrat wird ersucht, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wonach die jeweils 6% übersteigende Anteil der Dividende der Erdgas Zürich AG in den Stromsparfonds (4502 Vortfinanzierung von Stromsparmassnahmen) eingelegt wird.

Wie in den Berichterstattungen der Vorjahre dargelegt, belässt das Haushaltrecht dem Stadtrat kein Ermessen, dem Gemeinderat eine Vorlage im Sinn des Postulats zu unterbreiten. Einerseits aufgrund des Verbots der Zweckbindung von Steuern (§ 14 Verordnung über den Gemeindehaushalt), andererseits aufgrund der engen rechtlichen Grenzen von § 127 Art. 1 Ziff. 2 des Gemeindegesetzes, wonach die Vorfinanzierung im Zusammenhang mit einem konkreten beschlossenen oder projektierten Investitionsvorhaben zu stehen hat.

Im Weiteren begrenzt Art. 3 des Stromsparbeschlusses (Gemeindebeschluss vom 5. März 1989, AS 732.320) die Öffnung des Stromsparfonds ausdrücklich auf einen Anteil am budgetierten Gewinn des ewz. Zudem wird im genannten Beschluss die betragsmässige Obergrenze des Bestands auf 10 Mio. Fr. festgelegt, die bereits seit Jahren erreicht ist. Eine Anpassung dieses Erlasses würde eine erneute Gemeindeabstimmung erfordern.

Aus Sicht des Stadtrats ist es zudem nicht angezeigt, insbesondere im Hinblick auf knapper werdende finanzielle Ressourcen, dem allgemeinen städtischen Haushalt weitere Mittel zwecks Einlage in einen Fonds zu entziehen.

POS 2005/001473 2005/000503	30.11.2005 14.12.2005	Erfigen Monika und Liebi Roger Pensionskasse Stadt Zürich, Verringerung der Zinslast durch Kapitalaufnahme
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie durch Umschuldung mittels Aufnahme von langfristigem Kapital auf dem gegenwärtig attraktiven Kapitalmarkt die Zinslast der Schuld gegenüber der Pensionskasse («Barwert der noch zu amortisierenden Einkaufssummen der Pensionskasse») um 1% verringert werden kann.

Die in den Berichterstattungen der Vorjahre wiederholt aufgeführten Begründungen wie insbesondere die im Mittelpunkt stehende, auf Kontinuität ausgelegte Annuitäten-Vereinbarung mit der Pensionskasse Stadt Zürich (PKZH), an der festgehalten werden soll, der im Umschuldungsfall entstehende Bedarf an BVG-konformen Anlagen in der Grössenordnung von rund 424 Mio. Fr. (Stand Ende 2012) seitens PKZH, die ungeklärten Verfahrensfragen sowie die Verursachung von Transaktionskosten sind in der Summe nicht dazu geeignet, mögliche Zinsvorteile im Hinblick auf die restliche Laufzeit der Annuität (bis 2019) aufzuwiegen.

POS 2006/001235 2006/000477	08.11.2006 15.11.2006	Spezialkommission Finanzdepartement Personalrecht, jährlicher Bericht über die Umsetzung und Entwicklung der Teilrevision 2006
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er dem Gemeinderat zusätzlich zum üblichen Geschäftsbericht bis ins Jahr 2012 jährlich über die Umsetzung und Entwicklung der revidierten «Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht)» schriftlich Bericht erstatten und dabei insbesondere zu folgenden Punkten Stellung nimmt:

- Umsetzung der Weisung, insbesondere über die Finanzierbarkeit und die Steuerbarkeit der Lohnentwicklung
- Erfahrungen der Mitarbeiterbeurteilung und Auswirkungen auf die Lohnentwicklung
- allfällige personalrechtliche Rekurse

Dieses Postulat ist erledigt mit der Erstellung des Berichts «Städtisches Lohnsystem (SLS)», Schlussbericht 2007–2010, und deshalb abzuschreiben. (Siehe auch Stellungnahme zu Postulat GR 2009/116.)

POS 2006/001303 2006/000525	22.11.2006 06.12.2006	Egger Urs Negative Einkommenssteuer, Bericht über Auswirkungen auf sozialpolitische Massnahmen bei allfälliger Einführung
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, in einem Bericht zu prüfen, welche sozialpolitischen Massnahmen in der Stadt Zürich durch die allfällige Einführung einer «Negativen Einkommenssteuer» tangiert würden. Insbesondere ist aufzuzeigen, welche Massnahmen ersetzbar, nur anpassungsbedürftig oder ganz davon unberührt sind.

Das Steuerrecht fällt in die Zuständigkeit des Bundes und – im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes – der Kantone. Die Stadt hat in diesem Bereich keine Rechtsetzungszuständigkeit. Auch die verschiedenen Zweige der sozialen Sicherung sind weitgehend durch Bundes- und kantonales Recht geprägt (AHV, IV, Familienzulagen, berufliche Vorsorge, Krankenversicherung, Unfallversicherung usw.). Die Sozialhilfe ist im Kanton Zürich zwar eine gemeinsame Aufgabe von Kanton und Gemeinden, aber überwiegend durch das kantonale Sozialhilfegesetz vorgegeben. Für den Begriff der negativen Einkommenssteuer gibt es kein einheitliches Konzept; es sind verschiedenste Ausgestaltungsvarianten denkbar, was entsprechend unterschiedliche Auswirkungen auf die Zweige der sozialen Sicherheit hätte. Eine Varianten-Studie wäre sehr aufwendig. Sie wäre auch völlig theoretischer Natur, liegen doch die Regelungsmaterien grösstenteils ausserhalb der städtischen Zuständigkeit. Der hauptzuständige Bund ist auch nach einer eingehenden Studie 2007 zum Schluss gekommen, die Idee der negativen Einkommenssteuer nicht mehr weiterzuverfolgen. Die Untersuchung kam zum Schluss, dass dieses Konzept effizienzhemmend sei und Fehlanreize nicht zu beseitigen vermöge. Allein bezogen auf die Bevölkerung der Stadt Zürich ergäben sich je nach Modell und Bezugsquote unmittelbare Mehrkosten von 260 bis 360 Mio. Fr. Eine teure Studie der Stadt zu einer nicht aktuellen Fragestellung ausserhalb der städtischen Regelungszuständigkeit ist daher nicht angezeigt. Der Vorstoss ist deshalb abzuschreiben.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2007/001111 2007/000566	24.10.2007 07.04.2010	Stucker Rolf und Erfigen Monika Einführung von SAP, elektronische Zustellung von Lohnabrechnungen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit der Einführung der Buchhaltungssoftware SAP per 1. Januar 2008 den Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung nach Abschluss des Lohnes die Abrechnung elektronisch zugänglich gemacht werden kann.*

Alternativen zum Postversand für die Lohnabrechnungen wurden bereits mehrmals sorgfältig geprüft. Von der elektronischen Zustellung wird aus folgenden Gründen abgesehen:

- Ein E-Mail-Versand ist aus Datenschutzgründen heikel. Dies unabhängig davon, ob der Versand an die städtische Mailadresse oder an die persönliche Adresse gehen würde. Zurzeit verfügen nur etwa die Hälfte der städtischen Mitarbeitenden über einen Terminal innerhalb des Züri-Netzes.
- Eine Portallösung nur für die Lohnabrechnungen ist zu verwaltungsaufwendig.
- Seit dem 1. Januar 2012 werden die Lunch-Check-Bogen mittels Lohnkuvert versandt (an etwa 9000 städtische Mitarbeitende).
- Die derzeitige Lösung (SAP HCM Stäfa) mit Mehrfachanstellung ist keine Standard-SAP-Lösung und schränkt die Möglichkeiten eines Lohnabrechnungsversandes ein.

Die bisherige Lösung hat sich bewährt und soll bis auf Weiteres beibehalten werden. Das Postulat soll abgeschrieben werden.

POS 2008/000182 2008/000096	27.02.2008 12.03.2008	Angst Walter und 6 Mitunterzeichnende Kongresshaus-Stiftung Zürich, Gespräche über deren Zukunft
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, die Aufnahme von Gesprächen über die Zukunft der Kongresshaus-Stiftung mit der Tonhalle-Gesellschaft und dem Stiftungsrat der Kongresshaus-Stiftung zu prüfen, in den Gesprächen soll geklärt werden, ob die Kongresshausstiftung den von den Stifterinnen formulierten Auftrag noch in sinnvoller Weise erfüllen und ob über eine Auflösung der Stiftung eine stabilere Basis für den Betrieb der Tonhalle und die weiteren Nutzungen des Grundstücks geschaffen werden kann. Der Gemeinderat soll in geeigneter Form über die Ergebnisse dieser Gespräche orientiert werden.*

Der Stadtrat, vertreten durch die Vorsteher des Finanz- und des Hochbaudepartements, steht in ständigem Kontakt mit dem Stiftungsrat der Kongresshaus-Stiftung im Zusammenhang mit dem Projekt für die dringend notwendige Gesamtsanierung des Kongresshauses und der Tonhalle. Die Stiftung kann und will ihren Auftrag weiterhin erfüllen, weshalb es weder opportun noch erwünscht ist, ihren Auftrag oder ihr Weiterbestehen in Frage zu stellen. Die Stadt hat zudem kein Interesse daran, an dieser Ausgangslage zurzeit etwas zu verändern.

POS 2008/000453 2008/000190	07.05.2008 01.12.2010	Brasser Ueli und Blöchlinger Patrick Städtische Restaurants, Verzicht auf direkten Abschluss von Bierlieferverträgen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, den Verzicht auf den direkten Abschluss von Bierlieferverträgen für die Restaurants in städtischem Besitz zu prüfen.*

Wie der Stadtrat bei der Beantwortung der Dringlichen Interpellation der Gemeinderäte Dr. Davy Graf und Joachim Hagger sowie 7 Mitunterzeichnenden betreffend Verlängerung des Rahmenvertrags für Bierlieferungen (GR 2012/308) darlegte, wurde der bestehende Vertrag mit Wirkung ab 1. Oktober 2013 um drei Jahre verlängert. 2015 wird eine Neuausschreibung oder eine Freigabe der Bierlieferungen erneut geprüft.

POS 2008/001138 2008/000477	22.10.2008 12.11.2008	Grüne-Fraktion Landverkäufe ausserhalb der Stadt Zürich, Kompensation
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er alle künftigen Landverkäufe, ausserhalb der Stadt Zürich, vor allem aber im Glattpark in Opfikon*  
*- entweder durch Abtausch von Land auf städtischem Gebiet mit den Erwerbem*  
*- oder durch gleichzeitige Reinvestition des Ertrages in Landerwerb auf städtischem Gebiet kompensieren kann.*  
*Der Landerwerb in der Stadt Zürich ist mit der Bereitstellung von günstigen Räumlichkeiten für das Gewerbe und für Wohnungsmietende zu verknüpfen.*

Der Verkauf von Land ausserhalb der Stadt erfolgt jeweils zum bestmöglichen Preis. Der erzielte Buchgewinn fliesst den allgemeinen Mitteln zu, da eine Zweckbindung des Erlöses haushaltrechtlich nicht zulässig ist. Zweifellos erweitern Landverkäufe aber den Spielraum für eine aktive Landpolitik. Ein Landabtausch mit einem Käufer ist durchaus willkommen. Allerdings bieten sich solche Gelegenheiten selten. Am ehesten kommen hierfür professionelle Investoren in Betracht. Diese sind aber meistens wenig daran interessiert, attraktiv gelegenes Land in der Stadt Zürich gegen Land in der Agglomeration zu tauschen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/001211 2008/000516	12.11.2008 22.12.2010	Badran Jacqueline und Mauch Corine Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmungen, Bericht an den Gemeinderat

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass

1. beim Eingehen von Beteiligungen an privatrechtlich organisierten Unternehmungen im Rahmen der stadträtlichen Kompetenzen (Art. 41q GO) dem Gemeinderat oder in besonderen Fällen einer geeigneten Kommission frühzeitig in geeigneter Form Bericht erstattet wird über die vorgesehene Beteiligung, sofern es sich nicht um gemeinnützige Bauträger handelt. Der Bericht soll insbesondere Auskunft geben zu Ziel und Zweck der Beteiligung, ihrer Rechtsform, dem Kapital und der Finanzierung der Organisation, den Beteiligungsbeträgen, ihrem Organisationsreglement (Statuten, Reglement, Aktionärsbindungsvertrag o. ä.), die Zusammensetzung der Organe und Gremien der Organisation, allfälligen Partnern, und er soll sich zu damit einhergehenden Verpflichtungen und Risiken äussern.
2. dem Gemeinderat jährlich Bericht erstattet werden kann

Die im Postulat aufgeführte Bestimmung von Art. 41q der Gemeindeordnung (AS 101.100) in Verbindung mit Art. 39 lit. I der Geschäftsordnung des Stadtrats (AS 172.100) ermächtigt den Stadtrat, Beteiligungen bis 2,0 Mio. Fr. einzugehen. Darüber hinaus liegt die Zuständigkeit beim Gemeinderat. Eine frühzeitige Berichterstattung bei Beteiligungen in Zuständigkeit des Stadtrats an den Gemeinderat bzw. an eine geeignete Kommission im Einzelfall ist nicht angezeigt, würde diese doch einer Verwischung und Aushöhlung der Kompetenzen und Verantwortung gemäss Geschäftsordnung Vorschub leisten. Die Berichterstattung über eingegangene Beteiligungen erfolgt durch bestehende Instrumente. Insbesondere werden seit 2009 in der städtischen Rechnung (Bilanzanhang) im Rahmen des Beteiligungsspiegels Beteiligungen mit einem Buchwert bzw. Anteil Nominalwert ab 0,5 Mio. Fr. einzeln ausgewiesen. Dieser Ausweis umfasst zudem einen Grossteil der im Postulat geforderten Informationen, namentlich auch die in Verbindung mit einer Beteiligung bestehenden spezifischen Risiken. Im Weiteren wird das Inventar der Vermögensverwaltung, das neben den Darlehen und Investitionsbeiträgen auch sämtliche Beteiligungen einzeln ausweist, jährlich der Rechnungsprüfungskommission zugestellt.

POS 2008/001229 2008/000525	19.11.2008 22.12.2010	Kisker Gabriele und Piller Bernhard Boulevardgastronomie, Verbot von Heizstrahlern auf städtischen Grundstücken
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Leitfaden «Boulevardgastronomie in Zürich» nicht nur auf öffentlichem Grund, sondern auch auf städtischen Grundstücken angewendet und wie insbesondere das Verbot von Heizstrahlern umgesetzt werden kann.

Seit der Gemeindeabstimmung vom 30. November 2008 über die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft untersagt die Liegenschaftenverwaltung in allen neu abgeschlossenen Mietverträgen über Gastronomiebetriebe das Aufstellen von Heizstrahlern und ähnlichen Geräten. Das Verbot wird ausserdem bei einer Verlängerung der Mietdauer in den Vertrag aufgenommen.

Ältere Mietverträge, u. a. der in der Postulatsbegründung angesprochene Vertrag mit der Hotelfachschule Belvoirpark, enthalten noch kein Verbot. Dieses wird bei der nächsten fälligen Vertragsanpassung geregelt.

POS 2008/001305 2008/000561	10.12.2008 17.12.2008	Spezialkommission Finanzdepartement OIZ, Belegung des neuen Hauptrechenzentrums (Projekt ALBIS)
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er den Gemeinderat so bald als möglich über die Belegung des neuen Hauptrechenzentrums der OIZ (Projekt ALBIS, Weisung 227) sowie die daraus sich ergebenden fixen und variablen Kosten informieren kann. Dabei soll konkret dargelegt werden, welche Abteilungen mit wie viel Mitarbeitenden welche Flächen bzw. Räume beanspruchen werden. Ebenso soll darüber informiert werden, an wen die übrigen Flächen, die die OIZ vorerst nicht benötigt, zu welchen Konditionen vermietet werden. Diese Information soll erfolgen, sobald die Planung weit genug fortgeschritten ist, um dem Gemeinderat alle Fakten zur Kenntnis zu bringen, jedenfalls aber noch vor dem Bezug des neu erworbenen Objekts.

Im Gebäude R (Rechenzentrum) steht in den Geschossen 1–3 eine Fläche von rund 1800 m<sup>2</sup> für die Nutzung als Systemräume zur Verfügung. Davon sind 300 m<sup>2</sup> bereits vermietet, weitere rund 900 m<sup>2</sup> werden ab dem zweiten Quartal 2014 an Fremdmietern abgegeben. Die restlichen 600 m<sup>2</sup> werden für das Rechenzentrum der Stadt Zürich benötigt. Somit stehen im Rechenzentrum Albis keine weiteren Systemraumflächen mehr für Drittmietern zur Verfügung. Ab der Vollbelegung im zweiten Quartal 2014 werden die Mietzinseinnahmen rund 4 Mio. Fr. pro Jahr betragen.

Für die Büroräumlichkeiten besteht eine definitive Planung. In drei Zügelaktionen werden die OIZ-Mitarbeitenden der Wilhelmstrasse (17. Dezember 2012), der Förrlibuckstrasse (Ende Februar 2013) und der Pfingstweidstrasse (Ende April 2013) in die Bürogebäude Albis umziehen. Damit werden alle Büroflächen in den Bürogebäuden Albis gemäss den städtischen Standards der Immobilienbewirtschaftung (10–14 m<sup>2</sup> pro Mitarbeiterin/Mitarbeiter) vollumfänglich belegt sein.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2009/000061 2009/000016	14.01.2009 22.12.2010	Di Concilio Salvatore und Wyler Rebekka Initiative «solidarit'eau», Unterstützung

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Stadt Zürich – wie viele andere Schweizer Gemeinden – die Initiative «solidarit'eau suisse» unterstützen kann. Die Initiative «solidarit'eau suisse» ermöglicht es Schweizer Gemeinden und Wasserversorgungen, auf einfache Weise Trinkwasserprojekte in Entwicklungsländern zu unterstützen.*

Die Stadt Zürich leistet bekanntlich in vielfältiger Weise Entwicklungshilfe im Ausland, gestützt auf die von der Gemeinde bzw. dem Gemeinderat 1971/1972 festgelegten Rahmenbedingungen (Richtlinien) und den jährlich mit dem Budget bewilligten Kredit. Regelmässig werden dabei auch Projekte für die Verbesserung der Trinkwasserversorgung oder der damit zusammenhängenden Verbesserung der allgemeinen Hygiene in Entwicklungsländern unterstützt (Brunnenbau, Trinkwasserleitungen u. a. m.). So wurden entsprechend den städtischen Richtlinien im 2012 vier Projekte im Südsudan, in Burkina Faso, in Pakistan und in Madagaskar mit namhaften Beiträgen unterstützt. Die Stadt Zürich richtet ihre Unterstützungsleistungen gemäss den erwähnten Richtlinien aus, wobei die einzelnen Projekte von einer beratenden Fachkommission geprüft und zuhanden des Stadtrates ausgewählt werden.

Die Initiative «Solidarit'eau suisse» verfolgt hingegen ein anderes Modell, bei welchem die Partnergemeinden einen Beitrag von 1 Rappen pro verbrauchtem Kubikmeter Trinkwasser an vorgegebene Projekte spenden sollen. Bei einem Trinkwasserverbrauch von 55,1 Mio. m<sup>3</sup> (im Jahr 2011) würde das einem Spendenvolumen von Fr.551 000.– entsprechen. Die Stadt hat für die erwähnten vier Projekte im Jahr 2012 insgesamt Beiträge von Fr.618 000.– geleistet. Ein Wechsel des Beitragsmodells bzw. ein Beitritt zur Initiative mit Einschränkung des Handlungsspielraums bei der Beitragsausrichtung ist für die Stadt deshalb nicht opportun.

POS 2009/000337 2009/000116	01.04.2009 22.12.2010	Wüthrich Karin Empfehlungen der Fachstelle für Gleichstellung, Umsetzung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie folgende Empfehlungen der Fachstelle für Gleichstellung aus dem Mitbericht zum Schlussbericht «Einführung SLS und ZBG» umgesetzt werden können:*

*Konsequente Ergänzung aller Auswertungen, Tabellen und Grafiken mit der Kategorie Geschlecht und Vervollständigung mit den entsprechenden Mengengerüsten. Aufzeigen der geschlechtsspezifischen Verteilung der Lohnsumme vor und nach den ZGB Runden und Einbezug der geschlechtsspezifischen Verteilung der Prämien (Einmalvergütungen) in die Gesamtbilanz. Konsequente Auswertung der Positionierungen von Frauen und Männern im Lohnband bei Neuanstellungen. Controlling der auf dieser Grundlage ergänzten Auswertungen, in welches die Fachstelle für Gleichstellung einbezogen wird.*

Der Schlussbericht 2007–2010 «Städtisches Lohnsystem (SLS)» schildert Analysen und Ergebnisse in der Umsetzung des per 1. Juli 2007 eingeführten SLS. Das SLS wurde im Laufe einer 4-jährigen Übergangsphase implementiert und führte für alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung zu transparenten, leistungsorientierten und strukturell bereinigten Löhnen.

Die Auswertungen, Tabellen und Grafiken zeigen die Verteilung nach Geschlecht, in der Regel in Prozenten und bei ausgewählten Datensätzen in absoluten Zahlen. Die absoluten Zahlen werden nicht bei allen Datensätzen veröffentlicht, weil gemäss Datenschutzbestimmungen nur Daten veröffentlicht werden dürfen, bei welchen die betroffenen Personen nicht bestimmbar sein können. Insbesondere bei kleinen Dienstabteilungen oder in hohen Funktionsstufen wäre die Anonymität bei absoluten Zahlen nicht mehr gewährleistet.

Die Verteilung der Lohnsumme und der Prämien (Einmalvergütungen) auf Männer und Frauen sind im erwähnten Schlussbericht detailliert aufgeführt. Die Positionierung von Frauen und Männern im Lohnband bei Neuanstellung sind Thema des Kurzberichtes 2010–2012 «Städtisches Lohnsystem (SLS)», der im 1. Quartal 2013 erscheinen wird.

Die Fachstelle für Gleichstellung wurde ins Controlling mit einbezogen: Seit Einführung des SLS im Jahr 2007 wurde sie stets eingeladen, zum SLS-Bericht einen Mitbericht zu verfassen. Zudem flossen die Empfehlungen der Fachstelle zum SLS-Bericht vom April 2011 in die Analysen des Schlussberichts 2007–2010 ein. Und zu ebendiesem Schlussbericht wurde die Fachstelle wieder eingeladen, einen Mitbericht zu verfassen, der fester Bestandteil des Ersteren ist.

Das gesetzlich verankerte Ziel der Lohngleichheit von Frau und Mann wird von der Stadt Zürich ernst genommen und mit Engagement verfolgt. Das Postulat kann daher abgeschrieben werden.

POS 2009/000340 2009/000119	01.04.2009 22.12.2010	Badran Jacqueline Liegenschaften der Kantonalen Liegenschaften AG, Vorkaufsrecht der Stadt Zürich
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich das Vorkaufsrecht an den Liegenschaften der kantonalen Liegenschaften AG (Kantag) auf dem Gebiet der Stadt Zürich sichern kann.*

Das Vorkaufsrecht im Sinne von Art. 216 ff. OR ermöglicht es der berechtigten Person, ein Grundstück im Verkaufsfall an sich zu ziehen. Wird der Preis vorgängig festgelegt, bedarf der Vorkaufsvertrag der öffentlichen Beurkundung. Gilt der dannzumalige Preis des kaufwilligen Dritten, genügt Schriftlichkeit. Das Vorkaufsrecht lässt sich längstens für 25 Jahre vereinbaren.

Das Vorkaufsrecht ist eine starke Einschränkung für den belasteten Grundeigentümer bzw. ein Erschweris beim Verkauf. Eine Käuferin/ein Käufer kann nämlich nicht sicher sein, dass sie/er das Grundstück tatsächlich erwerben kann, bis die vorkaufsberechtigte Person innert Frist mitteilt, ob sie vom Vorkaufsrecht Gebrauch machen will. Ist das Vorkaufsrecht nicht auf den ersten Verkaufsfall beschränkt, bleibt es auch nach dem Kauf bestehen. Kein Grundeigentümer wird deshalb einem Dritten aus freien Stücken ein Vorkaufsrecht einräumen.

Im Falle des Kantons gibt es jedoch eine Regelung, die dem Ziel des Postulats sehr nahe kommt. Der Regierungsrat nahm am 17. Juni 2009 auf die Anfrage von Kantonsrat Raphael Golta und Kantonsrätin Elisabeth Derisiotis-Scherrer zur Praxis des Kantons bei Immobilienverkäufen (KR 116/2009) u. a. wie folgt Stellung:

«Der Regierungsrat setzt den Gesetzesauftrag von § 56 Abs. 3 CRG (Gesetz über Controlling und Rechnungslegung) bei der Veräusserung von Grundstücken in der Regel durch öffentliche Ausschreibung und Zuschlag an den Meistbietenden um. Die Standortgemeinden werden jedoch üblicherweise vorgängig über die Verkaufsabsichten des Kantons informiert und erhalten Gelegenheit, eigene Bedürfnisse anzumelden. Grundstücke, die von Gemeinden, dem Bund oder anderen Körperschaften zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben benötigt werden, können zu einem angemessenen Preis ohne öffentliche Ausschreibung verkauft werden.»

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2009/000555 2009/000220	27.05.2009 30.09.2009	von Matt Hans Urs und Di Concilio Salvatore Vereinbarung zum Lohngleichheits-Dialog

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sich die Stadt Zürich als Arbeitgeberin beim Lohngleichheits-Dialog beteiligen kann. Die Stadt Zürich soll eine Vereinbarung zum Lohngleichheits-Dialog unterzeichnen und durch die Lohnanalyse aufzeigen, dass das Personal der Stadt Zürich den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhält.*

*Die freiwillige Teilnahme der Stadt Zürich hat Vorbildcharakter für andere Unternehmungen und Verwaltungen. Zu hoffen ist, dass die Resultate der Analyse (Methode der Regressionsanalyse) keine Lohndiskriminierung an den Tag bringen wird. Dadurch wird die Stellung der Stadt Zürich als faire und attraktive Arbeitgeberin gestärkt.*

*Zudem wird der Stadtrat gebeten, die öffentlich-rechtlichen Anstalten der Stadt Zürich (z. B. Asylorganisation Zürich AOZ, etc.) und die «Partnerbetriebe» an denen die Stadt Zürich in irgendeiner Form beteiligt ist (z. B. Erdgas Zürich AG, Schauspielhaus Zürich AG, Flughafen Zürich AG, etc.), zu ermuntern, ebenfalls aktiv am Lohngleichheits-Dialog teilzunehmen.*

Human Resources Management der Stadt Zürich (HRZ) überprüft die Lohnpolitik der Stadt Zürich unter dem Aspekt der Lohngleichheit sowohl auf instrumenteller (z. B. jährliche Berichterstattung zum städtischen Lohnsystem oder jährliche Lohnvergleiche mit anderen Verwaltungen) wie auch auf prozessualer Ebene (z. B. im Rahmen der Paritätischen Schlichtungsstelle und Paritätischen Arbeitsgruppe). Die wichtigsten Ergebnisse werden in Form von Berichten zum Städtischen Lohnsystem (SLS-Berichte) rapportiert. Zudem ist HRZ bei der Umsetzung des Gleichstellungsplans im Auftrag des Stadtrats kontinuierlich daran, die Umsetzung der Lohngleichheit von Frau und Mann sowie die Lohntransparenz zu fördern. Die Umsetzung dieser Massnahmen wird durch die Fachstelle für Gleichstellung (ZFG) regelmässig überprüft.

HRZ hat die Methoden Lohngleichheitsdialog wie auch Equal Salary geprüft. Der Lohngleichheitsdialog sieht explizit den Einbezug der Personalverbände vor. Das Dialoggefäss «Paritätische Arbeitsgruppe» wird diesem Anspruch wie folgt gerecht: Anlässlich der Vorbereitung der Teilrevision des Personalrechts per 1. Juli 2007 bzw. der Einführung des Städtischen Lohnsystems (SLS) wurde die Paritätische Arbeitsgruppe für die Verhandlungen zwischen den Personalverbänden und der Stadt eingesetzt. Dieses Gremium setzte sich ursprünglich aus 9 Vertretungen der Personalverbände sowie 9 Vertretungen der Stadtverwaltung zusammen. Diese Form des Zusammenarbeitens hat sich grundsätzlich als Erfahrungs-, Informations- und Diskussionsforum bewährt, so dass die Paritätische Arbeitsgruppe nach Abschluss der Verhandlungen zur Einführung SLS – in verkleinerter Form – institutionalisiert wurde. Die Paritätische Arbeitsgruppe setzt sich aus je zwei Vertretungen des vpod und der Konferenz der Personalverbände (KPV) und je einer Vertretung von transfair und aus dem Gesundheitsbereich sowie auf Arbeitgeberinnenseite aus Vertretungen des Finanzdepartements und von HRZ zusammen. Sie führt – unter Leitung des Vorstehers des Finanzdepartements – Verhandlungen zu wichtigen personalrechtlichen Vorlagen und Themen sowie Fragen des Vollzugs und ermöglicht allgemein einen Informations- und Erfahrungsaustausch. Das Gremium traf sich in den vergangenen Jahren jeweils vier Mal pro Jahr. Die Methode Equal Salary kommt aus Ressourcengründen (grosser Personal- und Finanzbedarf, zentral wie auch dezentral) nicht in Frage.

Aus besagten Gründen drängt sich nun die Prüfung einer alternativen Methode auf, die einerseits die formulierten Erwartungen des Postulats erfüllt und andererseits den zur Verfügung stehenden Ressourcen Rechnung trägt. Die Auswahl der Methodik/des Instruments werden HRZ und ZFG gemeinsam angehen mit dem Ziel, dass 2013 eine geeignete Methode vorliegt. Zum Einsatz kommen sollen nichtstandardisierte Regressionsanalysen, die spezifische und nicht diskriminierende Aspekte und Informationen des Städtischen Lohnsystems, insbesondere Informationen aus der analytischen Funktionsbewertung anstelle standardisierter stellenbezogener Informationen, verwenden. Unter nicht diskriminierenden Aspekten ist zu verstehen, dass alle Funktionen der Stadt Zürich auf einer analytischen geschlechtsneutralen Funktionsbewertung beruhen und so der Positionslohn für alle Funktionen nach der gleichen Methode ermittelt wird. Konkret wird für die Stadt Zürich ein Instrument geprüft, das bereits in anderen öffentlichen Verwaltungen erfolgreich eingesetzt worden ist. Diese Alternative hält der Kosten-Nutzen-Analyse stand, liefert detaillierte, aussagekräftige Ergebnisse und bindet weniger Ressourcen.

Abschliessend ist festzuhalten, dass die Stadt Zürich der Verpflichtung aus dem Gleichstellungsgesetz von 1996, Lohndiskriminierung zu beseitigen, bereits heute mit einem ganzen Massnahmenpaket nachkommt und auch in Zukunft nachkommen wird. Dazu gehört, dass HRZ die ZFG bei sämtlichen relevanten Entscheidungen einbezieht.

Aus den genannten Gründen soll das Postulat abgeschrieben werden.

POS 2009/001221 2009/000414	23.09.2009 02.12.2009	Egger Urs Aufhebung Bauverbot im Seeburg Park
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das 40jährige Bauverbot im Seeburg Park aufgehoben und die Erstellung von günstigen Wohnungen angeregt werden kann. Dabei sind die entsprechenden Vorhaben der reformierten Kirchgemeinde Neumünster für das denkmalgeschützte Nachbargrundstück und die Option eines Landabtausches von Beginn an in die Planung einzubeziehen.*

Die Stadt erwarb das 12762 m<sup>2</sup> grosse Areal zwischen Mühlebach- und Zollikerstrasse 1989 mit Zustimmung der Stimmberechtigten, um den Park mit dem wertvollen Baumbestand vor einer Überbauung zu bewahren. Der Verkauf an die Stadt erfolgte mit zwei vertraglichen Auflagen: Der Park darf während 40 Jahren, d. h. bis 2029, nicht überbaut werden. Ferner darf die Fläche von 2100 m<sup>2</sup>, auf dem die ehemalige Villa Seeburg stand, nur mit Bauten für kulturelle, geisteswissenschaftliche oder künstlerische Zwecke genutzt werden. Heute ist der öffentlich zugängliche Park der Freihaltezone zugeteilt und die seinerzeitige Villenfläche der Zone W2 mit einem vorgeschriebenen Wohnanteil von 90%. Ausserdem ist der Seeburgpark in das Inventar der Gartendenkmalpflege aufgenommen.

Eine Aufhebung des vertraglichen Bauverbots bzw. der Nutzungseinschränkung ist vorläufig nicht möglich. So oder so wäre aber eine Überbauung des Parks mit seinem gartendenkmalpflegerisch wertvollen Baumbestand nach wie vor nicht vertretbar.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
---	------------------------------------	--

POS 2009/001264 2009/000448	30.09.2009 22.12.2010	Wenger Christian und Brassler Ueli Wohnsiedlungen, sanfte Renovation statt Abbruch
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf die gemeinnützigen Wohnbauträger in der Stadt Zürich dahingehend Einfluss nehmen kann, dass die Abwägung zwischen Abbruch und einer sanften Renovation älterer Wohnsiedlungen unter Berücksichtigung einer Gesamtenergiebilanz vorgenommen wird, welche auch die graue Energie einbezieht. Das gleiche Vorgehen soll auch bei städtischen Liegenschaften geprüft werden. Sollte ein Abbruch unumgänglich sein, soll dieser sozial- und quartierverträglich gestaltet werden.*

Beim Entscheid zwischen Instandsetzung oder Ersatzneubau sind verschiedene Überlegungen massgebend. Die Gesamtenergiebilanz unter Einbezug der grauen Energie kann ausschlaggebend sein, wenn sich Pro und Kontra der übrigen Kriterien ungefähr die Waage halten. In der Regel steht aber ein Ersatzneubau für die Stadt oder eine Baugenossenschaft ohnehin erst zur Diskussion, wenn gewichtige Gründe für einen solchen sprechen. Dazu zählen: erhebliches Verdichtungspotenzial (Anhebung des Anteils der gemeinnützigen Wohnungen gemäss Gemeindeabstimmung vom 27. November 2011), geringer Nutzwert der Altbauten oder unverhältnismässig hohe Renovationskosten, verbunden mit hohen Mietzinsen. Zudem wäre eine sanfte Renovation im Zuge einer umfassenden Instandsetzung keine Option, da die Nachhaltigkeitsziele (2000-Watt-Gesellschaft) auch bei Altbauten in vertretbarem Umfang zu berücksichtigen sind.

POS 2010/000312 2010/000132	17.03.2010 07.04.2010	Blöchlinger Patrick und Brassler Ueli Verhinderung der Zweckentfremdung von Landwirtschaftsgebieten
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass landwirtschaftlich genutzte Flächen, welche die Stadt Zürich ausserhalb ihres Gemeindegebiets besitzt, insbesondere die 25 ha gutes Landwirtschaftsland beim Weiler Herrenberg (Gemeinde Bergdietikon/AG), nicht zweckentfremdet, sondern langfristig zu tragbarem Bedingungen an (wenn möglich ortsansässige biologisch Bewirtschaftende) Bauern verpachtet werden.*

Die Gemeindeversammlung von Bergdietikon lehnte Ende November 2010 die für den Golfplatz erforderliche Umzonung ab, weshalb das Land der Landwirtschaftzone zugeteilt blieb. Der jetzige Pächter gibt das Pachtverhältnis altershalber auf. 2013 wird der stadteigene Gutsbetrieb Juchhof das Land zur Bewirtschaftung übernehmen. Dabei werden die Landwirtschaftsflächen auf dem Herrenberg mit dem nahe gelegenen Hof Friedlisberg (Gemeinde Rudolfstetten) zusammengelegt. Der Friedlisberg wird seit Jahren durch den städtischen Gutsbetrieb als Sömmerungsweide und Aufzuchtbetrieb bewirtschaftet. Friedlisberg/Herrenberg bilden neu zusammen eine Betriebseinheit, die den Juchhof optimal ergänzt. Dieser verfügt am jetzigen Standort an der Bernerstrasse im Quartier Altstetten nämlich nicht über den erforderlichen Auslauf im Freien für die Tiere. Ein solcher ist aber für die Umstellung auf biologische Landwirtschaft nötig.

POS 2010/000685 2010/000275	23.06.2010 17.11.2010	Wyss Thomas und Kunz Hanspeter Sportanlage Guggach, gemeinsamer Kauf mit dem Kanton und Erhalt der Anlage für die Öffentlichkeit
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die zum Verkauf stehende «Sportanlage Guggach» (Verkäuferin UBS), hinter dem Bucheggplatz übernehmen kann, und dadurch die Anlage Nutzungen, die der Stadt dienen zu sichern, wie zum Beispiel Wohnen, Sport oder als Parkanlage.*

Die UBS hat das Areal der Sportanlage inzwischen an den Meistbietenden verkauft. Die Erwerberin, eine Immobiliengesellschaft, plant die Erstellung von Eigentumswohnungen. Angesichts des angestrebten und auch realisierten Preisniveaus verzichtete die Stadt auf eine Offerteinreichung. Die Angebote von Baugenossenschaften wurden weit übertroffen.

POS 2010/000813 2010/000311	14.07.2010 29.09.2010	Frei Dorothea und Pflüger Severin Bericht über die Wohnsituation von Studierenden und in Ausbildung befindlichen Personen in der Stadt Zürich
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sich die Wohnsituation von Studierenden und in Ausbildung befindlichen Personen in der Stadt Zürich in Anschluss an die getroffenen Massnahmen entwickelt und Bericht zu erstatten, welche Massnahmen im Zusammenwirken mit den in diesem Bereich tätigen Institutionen zu ergreifen sind, damit ein der Nachfrage angepasstes und erschwingliches Wohnraumangebot bereitgestellt oder gefördert werden kann. Der Stadtrat soll dabei prüfen, wie die Träger der diversen Bildungsinstitute (ETH, Universität, Fachhochschulen sowie private Bildungsinstitute) insbesondere auch in finanzieller Hinsicht eingebunden werden können.*

Die Stadt Zürich ist Mitbegründerin der Stiftung für Studentisches Wohnen Zürich. Sie ist in deren Stiftungsrat vertreten und damit direkt eingebunden in die laufende Entwicklung dieses Wohnsegments in Zürich. Die Universität Zürich und die ETH als wichtigste Hochschulbildungsstätten bzw. die Schweizerische Eidgenossenschaft und der Kanton Zürich sind ebenfalls in dieser Stiftung beteiligt und leisten damit ihren direkten Beitrag für das studentische Wohnen in Zürich. Weniger engagiert scheinen bisher die Fachhochschulen und privaten Bildungsinstitutionen. Es bestehen in Zürich aber verschiedenste Organisationen, die in diesem Segment Wohnraum zur Verfügung stellen, u.a. auch viele gemeinnützige Baugenossenschaften. Die Stadt unterstützt das studentische Wohnen mit den jeweils bewilligten Rahmenkrediten, letztmals mit dem Jugendwohnkredit 2010 von 20 Mio. Fr. (Gemeinderatsbeschluss vom 14. Juli 2010). Sie vermietet auch Wohnungen aus dem eigenen Bestand an Jugendliche in Ausbildung, davon 245 Zimmer über die Studentische Wohngenossenschaft Woko. Die Woko wird ihr Angebot bis 2015 auf 4000 Zimmer verdoppeln können, dies beispielsweise dank des städtischen Baurechts «Aspholz» in Zürich-Affoltern mit 330 neuen Wohnmöglichkeiten. Die Stadt, vertreten durch das Finanzdepartement und – soweit es bauliche oder betriebliche Belange betrifft – durch das Hochbaudepartement, ist somit direkt involviert in die laufende Entwicklung und trägt zur Steuerung und Förderung des studentischen Wohnungsangebots unmittelbar bei.



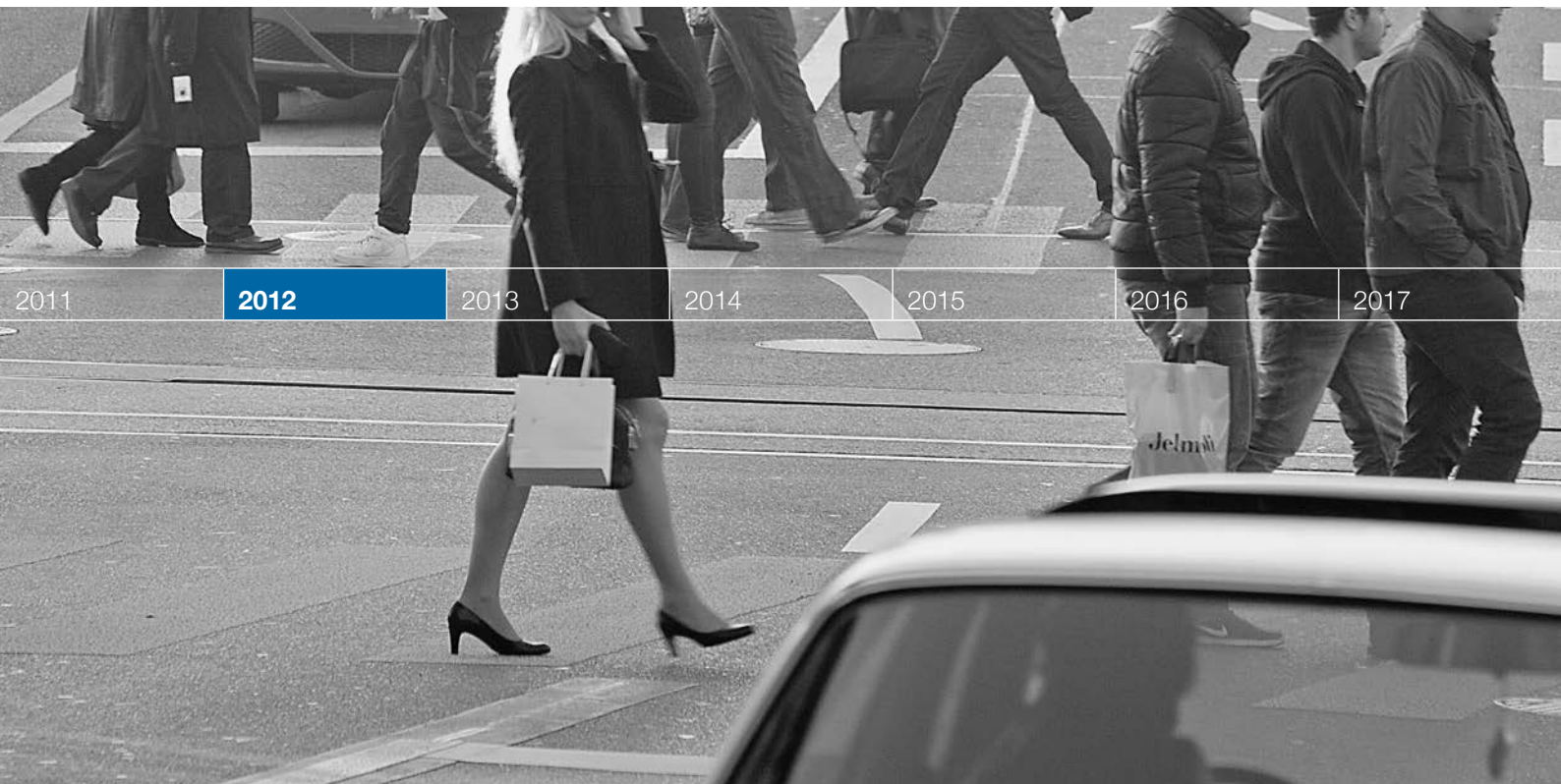


Bild: Dienstabteilung Verkehr

# Geschäftsbericht 2012

## Polizeidepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Polizeidepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>111</b>
<b>2.</b>	<b>Jahresschwerpunkte</b>	<b>113</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Polizeidepartement</b>	<b>116</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Dienstabteilungen</b>	<b>117</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>117</b>
4.1.1	Aufgaben	117
4.1.2	Jahresschwerpunkte	117
4.1.3	Spezifische Kennzahlen	117
<b>4.2</b>	<b>Stadtpolizei</b>	<b>118</b>
4.2.1	Aufgaben	118
4.2.2	Jahresschwerpunkte	118
4.2.3	Allgemeine Kennzahlen	120
4.2.4	Spezifische Kennzahlen	121
<b>4.3</b>	<b>Schutz &amp; Rettung</b>	<b>122</b>
4.3.1	Aufgaben	122
4.3.2	Jahresschwerpunkte	122
4.3.3	Allgemeine Kennzahlen	124
4.3.4	Finanzkennzahlen	126
<b>4.4</b>	<b>Dienstabteilung Verkehr</b>	<b>126</b>
4.4.1	Aufgaben	126
4.4.2	Jahresschwerpunkte	127
4.4.3	Allgemeine Kennzahlen	128
4.4.4	Spezifische Kennzahlen	129
<b>4.5</b>	<b>Stadtrichteramt</b>	<b>130</b>
4.5.1	Aufgaben	130
4.5.2	Jahresschwerpunkte	130
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	131
4.5.4	Allgemeine Kennzahlen	132
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>134</b>



# 1. Vorwort



Daniel Leupi. (Bild: Luca Zanier)

Die (Über-)Nutzung des begehrten öffentlichen Grunds mit all ihren erwünschten und weniger erwünschten Nebenerscheinungen war auch 2012 eine der zentralen Fragen, die das Polizeidepartement und seine Mitarbeitenden herausforderten. Teils konnten Lösungen gefunden werden, teils sind solche schwierig zu erzielen. Aus der Vielzahl der Projekte und Themen möchte ich nur die nachfolgenden erwähnen.

Die Rotlicht-Thematik hat fast alle Dienstabteilungen, aber auch das Departementssekretariat beschäftigt. Meilensteine waren dabei ohne Zweifel die Teilkraftsetzung der Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO) und die Errichtung der Barriere zur Reduktion des Freier- und Gafferverkehrs an der Zähringerstrasse. Die Teilkraftsetzung der PGVO betrifft insbesondere die Einsetzung einer breit abgestützten beratenden Fachkommission (Art. 3 PGVO), bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der städtischen und kantonalen Behörden, der Fachorganisationen, der Salonbetreibenden und der Quartiere. Seit dem 1. Juli 2012 können zudem Freier gebüsst werden, welche die Dienstleistung von Strassenprostituierten ausserhalb der zugelassenen Strichzonen nachsuchen oder in Anspruch nehmen.

Das Phänomen der Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen, insbesondere von Fussballspielen, wurde in verschiedenen Gremien intensiv diskutiert – auch im Zusammenhang mit dem Konkordat und mit der Planung eines neuen Stadions. Substantielle Verbesserungen zeichnen sich allerdings (noch) nicht ab.

Das Stadtrichteramt hatte zum Ziel, für den ganzen Kanton Zürich Rechtssicherheit in der Anwendbarkeit der einschlägigen Normen beim Ladenöffnungsgesetz herzustellen. Nachdem das Bezirksgericht in neun Verfahren entschieden hatte, der unbestimmte Rechtsbegriff des Reisendenbedarfs eigne sich nicht als Strafnorm, musste die Frage dem Obergericht unterbreitet werden. Dieses hat Ende Jahr befunden, die Strafnorm sei anwendbar, allerdings weit auszulegen; ein Sortiment mit 38 Sorten Wein, über zwanzig Sorten Bier sowie fünfzehn Sorten Wodka gehöre gerade noch zu den spezifischen Bedürfnissen von Autoreisenden.

Im Zusammenhang mit Veranstaltungen erarbeitete eine departementsübergreifende Arbeitsgruppe einen Bericht über die Handhabung der Stadt bei der Verrechnung oder dem Erlass von Gebühren und städtischen Dienstleistungen und über die Zahlung von Beiträgen. Der Bericht wird Anfang 2013 dem Gemeinderat unterbreitet.

Die Zentrale Ausnüchterungsstelle (ZAS) und das VRZ konnten zusammengelegt werden. Die beiden bisher getrennten Organisationen werden unter dem Namen ZAS+ gemeinsam als verlängertes Pilotprojekt weitergeführt. Im Berichtsjahr liefen zudem die Vorbereitungen für den Sieben-Tage-Betrieb der ZAS+, der per 1. Januar 2013 eingeführt wurde.

Seit dem Jahr 2009 steht der Polizei nach kantonalem Polizeigesetz das Mittel der Wegweisung zur Verfügung. Nach der sorgfältigen Einführung des neuen Instruments in begrenzten Räumen im Jahr 2009 nahm die Stadtpolizei Wegweisungen auf dem ganzen Stadtgebiet vor, was zu einem sehr starken Anstieg der ausgesprochenen Massnahmen führte. Angesichts dieser hohen Zahlen und aufgrund von berechtigten Beschwerden in Einzelfällen nahm das Kommando der Stadtpolizei verschiedene Anpassungen in der Anwendung vor. Ausserdem beauftragte ich die Stadtpolizei mit einer umfassenden Evaluation im Laufe des Jahres 2013.

Aber auch weniger medienrätliche Themen als die bisher genannten haben uns im vergangenen Jahr beschäftigt. So hat etwa die Zürcher Polizeischule bereits im Frühjahr ihren Betrieb aufgenommen – unter der gemeinsamen Leitung von Stadt- und Kantonspolizei. Die neue Einsatzleitzentrale von Schutz & Rettung konnte im Herbst ebenfalls in Betrieb genommen werden. Jahrelange Vorbereitungsarbeiten von hoher Komplexität mündeten in eine reibungslose Umschaltung der Anrufe auf die Nummern 118 und 144 von den beiden alten

Zentralen auf die neue in der Nacht vom 12. auf den 13. November 2012.

Der Bericht «Sicherheit 2020» soll aufzeigen, welche (neuen) Aufgaben die Stadtpolizei in den nächsten Jahren zu bewältigen hat, welche Ressourcen sie dafür benötigt und wo diese eingesetzt werden. Er wird zwar erst im Frühjahr dieses Jahres fertiggestellt werden können, aber schon jetzt ist klar, dass die Stadtpolizei vor allem während der Nacht und an Wochenenden mehr Präsenz zeigen muss.

Auch im Jahr 2012 standen der Verkehr und damit vor allem das Verkehrsmanagement im Fokus der Politik und der Öffentlichkeit. Mit der Präsentation des Masterplans Velo – unter der Co-Projektleitung der Dienstabteilung Verkehr (DAV) und Tiefbauamt – konnte ein bedeutender Meilenstein in der Veloförderung gesetzt werden. Der Masterplan Velo, der die Förderung eines sicheren Veloverkehrs zum Ziel hat, sieht neben der Planung und dem Bau velogerechter Infrastruktur unter anderem auch Massnahmen in den Bereichen Verkehrsregelung, Signalisierung, Markierung und Baustellen vor. Die DAV wird

bei der nun folgenden Umsetzung des Masterplans Velo eine leitende Funktion übernehmen.

Erfreulich gestartet ist der Mitwirkungsprozess «Verkehr Kreis 10», der eine verkehrliche Gesamtschau zum Ziel hat. Zusammen mit den lokalen Exponenten eruiert die Verwaltung die Problempunkte. Man darf auf die Ergebnisse, die im Laufe des Jahres 2013 feststehen, gespannt sein. Bei zahlreichen weiteren Projekten konnte die Dienstabteilung Verkehr ihre Fachkompetenz einbringen.

All diese und viele weitere Aktivitäten führen dazu, dass Zürich weltweit nach wie vor eine der Städte mit höchster Lebensqualität ist. Ich bin überzeugt, dass dies dank dem Engagement der städtischen Mitarbeitenden auch in Zukunft so bleiben wird!



Stadtrat Daniel Leupi  
Vorsteher des Polizeidepartements

## 2. Jahresschwerpunkte

### Neue Einsatzleitzentrale für die Notrufe 118 und 144

Im Rahmen des Projekts «ELZ 2011» wurde die Erweiterung und Implementierung des bestehenden Einsatzleitsystems (ELS) von Schutz & Rettung (SRZ) am neuen Standort am Flughafen Zürich ermöglicht. Die beiden bisherigen Zentralen für die Notrufe 118 (Feuerwehr) und 144 (Rettungsdienst) konnten systemisch und örtlich vereint werden. Nach einer intensiven Phase der Projektierung in Zusammenarbeit mit der Gebäudeversicherung des Kantons Zürich (GVZ) konnte in der Nacht vom 12. auf den 13. November 2012 die Einsatzleitzentrale im Operation Center 1 (OPC 1) am Flughafen Zürich ihren Betrieb aufnehmen. Die Inbetriebnahme verlief reibungslos. Davor mussten minutiöse Vorbereitungsarbeiten zusammen mit Partnern und Lieferanten durchgeführt werden. Zum einen wurden alle technischen Systeme überprüft und abgenommen. Zum anderen wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einsatzleitzentrale, der IT sowie alle Angehörigen des Führungsstabs von Schutz & Rettung an den neuen Systemen ausgebildet. Zudem wurden alle neuen Betriebsprozesse, teilweise auch über Schutz & Rettung hinaus, neu definiert und angepasst. Auch wurden entsprechende Notfallkonzepte für die Umschaltung vorbereitet. Am 27. November wurde die neue ELZ in feierlichem Rahmen eingeweiht und den Medien vorgestellt. Im Frühling und im Herbst 2013 erfolgt jeweils noch ein Wartungsrelease; die administrativen Arbeiten um das Projekt «ELZ 2011» können voraussichtlich im Jahr 2014 abgeschlossen werden.

Die Erweiterungen und Anpassungen bilden die Basis für die Erfüllung verschiedener Leistungsvereinbarungen mit Partnerorganisationen (GVZ, Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich, Flughafen Zürich AG, Kantone Schwyz und Schaffhausen).

### Konzept «Sicherheit 2020»

Verschiedene Vorstösse des Gemeinderats beschäftigten sich über einen längeren Zeitraum hinweg mit der Sicherheitslage in der Stadt Zürich und dem Mittelbedarf der Stadtpolizei. Im Konzept «Sicherheit 2020» wurden sicherheitsrelevante Veränderungen in der Stadt Zürich sowie deren Konsequenzen für die Arbeit der Stadtpolizei sorgfältig analysiert. Im Konzept wird das angestrebte Sicherheitsniveau dargelegt, welche Leistungen die Stadtpolizei erbringt und welcher Mittelbedarf sich daraus für eine weiterhin erfolgreiche Arbeit für die nächsten Jahre ableitet.

Die Analysen ergaben, dass die Stadtpolizei trotz interner Optimierungen künftig zusätzliche Stellen benötigt. Gründe dafür sind die nicht mehr weiter kompensierbare Überzeit, der Mehraufwand durch die neue Strafprozessordnung sowie die Präsenz an Abend- und Nachtstunden am Wochenende (24-Stunden-Gesellschaft). Diese im Konzept «Sicherheit 2020» umfassend beschriebenen sicherheits- und personalpolitischen Gründe ergeben einen zusätzlichen Bedarf von 58 Stellen. Davon hat der Gemeinderat bereits dreissig Stellen im Rahmen der Budgets 2012 und 2013 bewilligt. Der Soll-Stellenbestand würde mit diesen insgesamt 58 neuen Stellen auf 1923 steigen.

### Jugendbewilligungen

Während der Sommersaison 2012 hatten Jugendliche und junge Erwachsene in der Stadt Zürich die Möglichkeit, im Rahmen des Pilotprojekts «Jugendbewilligung» Outdoor-Partys unter festgelegten Bedingungen legal durchzuführen. Diese

Massnahme hat die Stadt Zürich als Reaktion auf verschiedene Konflikte bei der Auflösung von Outdoor-Partys im Sommer 2011 sowie die Vorfälle rund um die beiden illegalen Partys am Bellevue und am Central im September 2011 eingeführt. Seit der Einführung Ende April 2012 wurden 33 Gesuche für eine «Jugendbewilligung» beantragt, wovon 30 Partys bewilligt wurden.

Die grosse Mehrheit der bewilligten Partys lief innerhalb der vorgegebenen Richtlinien ab, und die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigten sich verantwortungsbewusst. Als kritische Punkte im Pilotprojekt erweisen sich die beschränkte Anzahl möglicher Plätze (Distanz zu Wohngebiet, Belastung für Natur, Infrastruktur usw.).

Das Pilotprojekt wird evaluiert, und der Stadtrat wird zu Beginn des Jahres 2013 über das weitere Vorgehen entscheiden.

### «Sport ohne Gewalt»

Die Gewalt spielte sich eher im Umfeld der Stadien und bei der An- und Abreise als im Letzigrundstadion ab. Die Stadtpolizei konnte an Risikospielen dank massiven Aufgebots und weiteren Massnahmen, wie z. B. Einschränkungen des Alkoholverkaufs bei Hochrisikospielen, Ausschreitungen von gewalttätigen Fans verhindern. In den Stadien werden nach wie vor verbotene pyrotechnische Gegenstände verwendet.

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) beschloss am 2. Februar 2012 eine Revision des «Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen». Darin sind unter anderem eine Ausdehnung der Rayonverbote auf die ganze Schweiz und auf maximal drei Jahre sowie die Einführung einer Bewilligungspflicht für Sportveranstaltungen der obersten Ligen im Fussball und Eishockey vorgesehen. Eine Arbeitsgruppe der KKJPD unter Mitarbeit von Vertretern des Polizeidepartements, der Stadt- und Kantonspolizei und der Justiz erarbeitete eine Musterbewilligung für die Bewilligungsbehörden der Kantone und Städte und verabschiedete diese im November. Vorgehen sind saisonale Rahmenbewilligungen für die Clubs mit verschiedenen, je nach Risiko des Spiels abgestuften Massnahmen. Der Kantonsrat von Zürich beschloss am 5. November 2012 mit grossem Mehr den Beitritt zum geänderten Konkordat. Allerdings wurde dagegen das Referendum ergriffen, so dass es im Jahr 2013 zu einer kantonalen Volksabstimmung kommen wird.

### «Masterplan Velo»

Die Dienstabteilung Verkehr hatte im Jahr 2012 zusammen mit dem Tiefbauamt der Stadt Zürich die Co-Projektleitung bei der Ausarbeitung des Masterplans Velo inne. Das entwickelte Konzept soll im Strassennetz der Stadt Zürich markante Verbesserungen für den Veloverkehr bewirken. Im Oktober 2012 erfolgte mittels Weisung der Auftrag des Stadtrats, die vorgeschlagenen Massnahmen in den kommenden Jahren umzusetzen. Das Polizeidepartement leistet mit der Dienstabteilung Verkehr und der Stadtpolizei seinen Beitrag zur Erreichung der Ziele, insbesondere bei der Erhöhung der Sicherheit, bei der Verbesserung der Routenführung sowie bei der Ausbildung in den Schulen und bei weiteren Bevölkerungskreisen. Das Programm zur Förderung eines sicheren Veloverkehrs sieht neben der Planung und dem Bau velogerechter Infra-

struktur unter anderem auch Massnahmen in den Bereichen Verkehrsregelung, Signalisierung, Markierung und Baustellen vor. Im Rahmen des Masterplans Velo wurde auch das Projekt «Veloparcours» mit der Erstellung der restlichen 24 Parcours von insgesamt 79 damit ausgerüsteten Pausenplätzen bei Schulhäusern realisiert. Nach dem erfolgreichen Versuch in Höngg, die Veloprüfung durch die Schulinstruktion durchzuführen, erfolgte zusätzlich die Veloprüfung in Wollishofen durch die Schulinstruktion. Die zehn Veloprüfungstrecken wurden neu im Online-Stadtplan aufgeschaltet. Regelwidrigkeiten von Fahrradfahrenden werden ebenso konsequent geahndet wie Regelverstösse anderer Strassenverkehrsteilnehmender.

Die Dienstabteilung Verkehr und die Stadtpolizei werden auch bei der nun folgenden Umsetzung des Masterplans Velo eine leitende Funktion übernehmen und sich in den verschiedenen Handlungsfeldern des Programms engagieren.

### **Forensisches Institut**

Per 1. März 2010 haben sich der Wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei und die kriminaltechnische Abteilung der Kantonspolizei zum Forensischen Institut Zürich (FOR) zusammengeschlossen. Die faktische Fusion hat sich bereits sehr erfolgreich bewährt. Kanton und Stadt Zürich sind nun daran, die gesetzlichen und vertraglichen Voraussetzungen zu schaffen, um dem Institut ein passendes Rechtskleid zu geben. Im Vordergrund steht die Rechtsform einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt. Der entsprechende Vereinbarungsentwurf wurde Anfang des Berichtsjahrs in die Vernehmlassung gegeben. In der Folge geht es darum, die ausgewerteten Ergebnisse der Vernehmlassung in die Projektarbeit umzusetzen und die notwendigen normativen Grundlagen zu schaffen.

FOR-intern wurden die Abläufe in der neuen Projektstruktur weiter optimiert und der Prozess der Schnittstellenbereinigung mit den beiden Stammkorps vorgebracht.

Nachdem das Zürcher Stimmvolk dem Bau des kantonalen Polizei- und Justizzentrums (PJZ) erneut zugestimmt hat, ist der Standort des Forensischen Instituts dort vorgesehen.

### **Zürcher Polizeischule**

Mit der Novelle von §23a des Polizeiorganisationsgesetzes wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, um die Grundausbildung von Kantonspolizei und Stadtpolizei zusammenzuführen. Die gemeinsame Zürcher Polizeischule hat als eine unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des kantonalen Rechts mit dem Kanton und der Stadt als Trägerschaft ihren Betrieb auf der Grundlage einer vertraglichen Vereinbarung am 2. April 2012 mit einem festlichen Akt aufgenommen. 156 Aspirantinnen und Aspiranten, davon hundert von der Kantonspolizei Zürich, 49 von der Stadtpolizei Zürich und sieben von der Stadtpolizei Winterthur, haben ihre Ausbildung in den drei Lehrgängen mit Start im April, Juli und Oktober begonnen. Das Schulkonzept konnte gemäss Projektplanung umgesetzt werden. Der Schulbetrieb verlief ohne grössere Probleme.

Parallel zum Schulstart wurden die Arbeitsprozesse dokumentiert und das Qualitätsmanagement aufgebaut.

### **Wegweisungen**

Seit der Inkraftsetzung des kantonalen Polizeigesetzes (PolG; LS 550.1) hat die Polizei im Kanton Zürich die Möglichkeit, Personen für eine gewisse Zeit von einem bestimmten Gebiet wegzuweisen. Die Wegweisung ist eine polizeirechtliche Massnahme. Sie findet ihre gesetzliche Grundlage in den §§33f. des Polizeigesetzes des Kantons Zürich (PolG; LS 550.1). Das PolG definiert als eine der Hauptaufgaben der Polizei die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (§3 PolG). Um diesem Auftrag nachkommen zu können, werden der Polizei durch das Gesetz verschiedene Massnahmen und Mittel zugewiesen. Mit der Schaffung der Wegweisung beabsichtigte der Gesetzgeber, der Polizei ein zusätzliches Mittel in die Hand zu geben, um den öffentlich zugänglichen Raum sicher zu halten. Dies nicht, um begangene Straftaten festzustellen oder aufzuklären, sondern vielmehr zur Verhütung strafbarer Handlungen sowie zur Abwehr von Gefahren für Mensch und Umwelt und zur Beseitigung entsprechender Störungen. Am 19. Oktober 2009 wurde das Instrument flächendeckend bei der Stadtpolizei eingeführt. Beschwerden, Rechtsverfahren und Medienberichte zeigten auf, dass es sich um ein heikles Instrument handelt, und es mussten Anpassungen in der Anwendung primär im zeitlichen und räumlichen Bereich vorgenommen werden. Der Vorsteher des Polizeidepartements verlangte eine Qualitäts- und Erfolgskontrolle, um allfällige weitere Anpassungen zu prüfen.

### **Marktvorschriften**

Mit Beschluss vom 12. Januar 2011 beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat, die Einzelinitiative von René Merz betreffend «Lebensmittelmärkte, Vorschriften» abzulehnen. Im Laufe der Beratungen der Spezialkommission Polizeidepartement/Verkehr (SK PD/V) des Gemeinderats und von deren Subkommission zur Einzelinitiative von René Merz hat sich gezeigt, dass eine Totalrevision der Vorschriften über die Märkte vom 27. November 2002 (AS 935.310) sinnvoll wäre. Dabei sollen vor allem der Rahmen der Verkaufszeiten erweitert und das Prinzip der Gleichbehandlung der Gewerbetreibenden bei der Zuteilung der Standplätze gestärkt werden. Dies entspricht einem Wunsch der Spezialkommission PD/V. Die konkreten Orte und Termine der Märkte sollen künftig in den Ausführungsbestimmungen zur Marktverordnung geregelt werden. An den bisherigen bewährten Standorten und Terminen soll sich dadurch grundsätzlich nichts ändern. Mit Zuschrift vom 8. August 2012 gab der Vorsteher des Polizeidepartements einen Entwurf zur Totalrevision der Marktvorschriften in die Vernehmlassung an interessierte Kreise. Im Rahmen der Vernehmlassung wurden insbesondere die Einführung des Rotationsprinzips und die Gebührenerhöhung bei den Lebensmittelmärkten in der Innenstadt und im Zentrum Oerlikon beanstandet. Nach Eingang der Rückmeldungen wurde der Entwurf überarbeitet, und das Rotationsprinzip wurde präzisiert. Das Geschäft wurde im November 2012 vom Stadtrat an den Gemeinderat überwiesen.

### **Nachhaltigkeit und 2000-Watt-Gesellschaft**

Die Geschäftsleitungen der Dienstabteilungen des Polizeidepartements konnten Anfang Jahr im Rahmen eines Workshops Vorschläge für die Schwerpunkte der Nachhaltigkeit im Polizeidepartement definieren. Neben der ökologischen Beschaffung und Bewirtschaftung ist die interne Mobilität ein Schwerpunkt. Im Jahre 2012 wurde der Kontakt mit der verantwortlichen Person der IMMO hergestellt, um das Thema Energiereduktion in den Gebäuden gemeinsam anzugehen. Die Daten über die Entwicklung des Energieverbrauchs (Strom, Heizung, Wasser) der wichtigsten Gebäude des Polizeidepartements wurden erhoben und den Dienstabteilungen zur Verfügung gestellt. Die Interpretation der Zahlen läuft, und mögliche Massnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs werden erarbeitet.

Die Erhebung des durchschnittlichen Treibstoffverbrauchs der Fahrzeuge des Polizeidepartements ergab hohe Werte von

12,2 l/100 km bei der Stadtpolizei, 18,3 l/100 km bei SRZ und 12,8 l/100 km bei der DAV. Die Statistik muss noch verfeinert werden, damit spezifische Massnahmen ausgearbeitet werden können.

### **Enterprise-Content-Management (ECM PD/TED)**

Mit der zunehmenden Regelungsdichte und den Anforderungen an Transparenz, einhergehend mit der immer grösser werdenden Menge an elektronischen Daten, sind die Departemente und Dienstabteilungen dazu gezwungen, ihre traditionelle Administration hin zu E-Government und damit zu einer transparenten Aktenführung auszurichten. Im Projekt ECM PD/TED wurde mit einer dienstabteilungsübergreifenden Arbeitsgruppe (Polizei- sowie Tiefbau- und Entsorgungsdepartement) und mit der Co-Projektleitung der OIZ im Herbst 2012 die öffentliche Ausschreibung durchgeführt und der Lieferant evaluiert. Die Geschäftsprozesse wurden in Workshops angepasst, und das Detailkonzept ist in Erarbeitung.

### 3. Kennzahlen Polizeidepartement

	2008	2009	2010	2011	2012
Mitarbeitende total	2 769	2 791	2 785	3 038	3 106
– davon Frauen	722	738	748	910	935
– davon Männer	2 047	2 053	2 037	2 128	2 171
Ø Stellenwert-Äquivalent	2 613	2 611	2 612	2 604	2 637
Führungskader total	644	638	628	637	650
– davon Frauen	57	62	58	58	64
– davon Männer	587	576	570	579	586
Lernende total	17	17	17	18	18
– davon Frauen	11	11	12	11	12
– davon Männer	6	6	5	7	6
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)</b>					
Total	2 372	2 376	2 358	2 346	2 395
Frauen	424	425	420	416	419
Männer	1 948	1 951	1 938	1 930	1 976
Frauen in %	17.9	17.9	17.8	17.7	17.5
Männer in %	82.1	82.1	82.2	82.3	82.5
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)</b>					
Total	295	318	331	349	323
Frauen	221	240	250	255	241
Männer	74	78	81	94	82
Frauen in %	74.9	75.5	75.5	73.1	74.6
Männer in %	25.1	24.5	24.5	26.9	25.4
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)</b>					
Total	144	156	115	372	431
Frauen	83	85	83	251	295
Männer	61	71	32	121	136
Frauen in %	57.6	54.5	72.2	67.5	68.4
Männer in %	42.4	45.5	27.8	32.5	31.6
Personalaufwand	354 910 468	364 311 265	368 120 890	360 598 249	378 747 458
Sachaufwand	79 689 981	74 674 540	79 505 423	70 106 026	74 508 865
Übriger Aufwand	106 959 118	111 971 580	109 845 108	104 774 053	104 003 474
Total Aufwand	541 559 567	550 957 385	557 471 421	535 478 328	557 259 797
Bruttoinvestitionen	30 368 416	18 269 097	21 348 393	21 788 047	12 918 505

Definition:  
In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

## 4. Departementssekretariat, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Zentrale Aufgabe des Departementssekretariats ist es, den Departementsvorsteher bei seiner Geschäftsführung zu unterstützen. Als Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung hat das Departementssekretariat die verschiedenen Interessen im Auge zu behalten und den Ausgleich zu suchen. Daneben sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stabs in zahlreiche Projekte involviert. Die breite politische Thematisierung städtischer Anliegen in der Sicherheitspolitik wird mit einer transparenten, sachlichen und aktiven Kommunikation unterstützt.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

##### «Rotlicht»

Der Gemeinderat beschloss am 7. März 2012 mit 111 gegen 8 Stimmen die Prostitutionsgewerbeverordnung. Mit diesem Erlass unterstehen die Strassenprostitution und die Salonprostitution neu einer Bewilligungspflicht, und der Stadtrat erhielt die Kompetenz zum Erlass von Strassen- und Fensterprostitutionszonen. Für die Beratung des Stadtrats wurde die Fachkommission Prostitutionsgewerbe geschaffen, die sich aus fünfzehn Personen (Fachleute der Verwaltung von Stadt und Kanton, der NGOs und der Salonbetreibenden sowie einer Vertreterin und einem Vertreter aus den Quartiervereinen) zusammensetzt. Die Ausführungsbestimmungen zur Prostitutionsgewerbeverordnung wurden zusammen mit der Fachkommission Prostitutionsgewerbe erarbeitet und vom Stadtrat am 14. November 2012 verabschiedet. Die Stadtpolizei, die Sozialen Einrichtungen und Betriebe des Sozialdepartements und das Amt für Baubewilligungen erarbeiteten bis Ende 2012 gemeinsam die Prozesse und die technischen Voraussetzungen für die Einführung der Bewilligungspflicht auf den 1. Januar 2013.

Wegen den vielen Lärmbelästigungen durch den Freiverkehr und parkplatzsuchende Autos in der Zähringer- und Häringstrasse im Bereich der Strassenstrichzone Niederdorf wurde bereits im Herbst 2011 ein Nachtfahrverbot erlassen. Weil dieses schlecht beachtet wurde, musste im November 2012 eine bediente Schranke errichtet werden. Mit dieser und weiteren polizeilichen Massnahme sowie sip züri wurde eine deutliche Beruhigung der Situation erreicht.

Der am 27. Juli 2011 vom Vorsteher des Polizeidepartements verfügte Strichplan wurde angefochten. Die beiden dagegen erhobenen Rekurse wurden vom Statthalteramt abgewiesen, und der Strichplan ist inzwischen rechtskräftig. Damit können

die bisherigen Strassenstrichzonen mit Ausnahme von Allmend Brunau und Niederdorf mit der Eröffnung des Strichplatzes aufgehoben werden.

Die Federführung für das Projekt «Strichplatz» liegt beim Sozialdepartement, Soziale Einrichtungen und Betriebe.

#### Ausbildungszentrum Rohwiesen

Der Aus- und Neubau des ehemaligen Zivilschutzentrums Rohwiesen (Opfikon) zu einer eigentlichen Ausbildungsstätte für Blaulichtorganisationen soll auf städtischer Ebene die Ausbildung aller Berufe (mit Ausnahme der Aspirantenschule der Stadtpolizei, die neu durch die Zürcher Polizeischule übernommen wird) und aller Milizfunktionen im Blaulichtbereich unter einem Dach vereinen. Das neue Zentrum soll sich als Lehrstätte für alle Sicherheitsberufe etablieren und ein Renommee weit über die Stadtgrenzen hinaus entwickeln. Das Betriebskonzept wurde erarbeitet. In einem nächsten Schritt wird das Raumprogramm überprüft, um die Grundlagen für den notwendigen Projektierungskredit zu erhalten.

#### Zentrale Ausnüchterungsstelle (ZAS+)

Der Gemeinderat bewilligte am 29. Februar 2012 einen Projektkredit für einen weiteren dreijährigen Pilotbetrieb (ZAS+), um berauschte Personen, die sich und andere ernsthaft und unmittelbar gefährden, in polizeilichen Gewahrsam zu nehmen und bis zur Entlassung unter ärztlicher Aufsicht zu betreuen. Die ZAS+-Phase begann Anfang Mai 2012 und dauert bis März 2015. Sie dient unter anderem dazu, das Leistungsangebot definitiv festzulegen sowie die personellen und finanziellen Ressourcen für die zukünftige Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB) zu definieren. Die Betriebsaufnahme der ZAB ist per April 2015 geplant. Die Öffnungszeiten der ZAS+ wurden 2012 schrittweise erweitert: Seit dem 1. Juli 2012 ist die ZAS+ auch in der Nacht von Donnerstag auf Freitag offen. Ab dem 1. Januar 2013 nimmt die ZAS+ jede Nacht Klientinnen und Klienten auf. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 413 Klientinnen und Klienten in der ZAS+ betreut, 361 Männer und 52 Frauen im Alter zwischen 16 und 82 Jahren.

Des Weiteren stimmte der Gemeinderat am 29. Februar 2012 dem Antrag des Stadtrats zu, das Vermittlungs- und Rückführungszentrum (VRZ) per Ende Juni 2012 zu schliessen. Die Arbeiten wurden gemeinsam mit dem Gesundheits- und Umweltschutzdepartement in Angriff genommen, und das VRZ konnte fristgerecht aufgelöst werden.

#### 4.1.3 Spezifische Kennzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012
Finanzen in Fr.	4 327 000	4 031 000	4 105 608	4 135 011	4 381 203

## 4.2 Stadtpolizei

### 4.2.1 Aufgaben

Auf dem Gebiet der Stadt Zürich sind zwei Polizeikorps tätig: die Kantonspolizei Zürich und die Stadtpolizei Zürich. Die Aufgabenteilung zwischen den beiden Polizeikorps ist im Polizeiorganisationsgesetz vom 29. November 2004 geregelt. Im sicherheitspolizeilichen Bereich handelt die Stadtpolizei ohne Einschränkungen. Im kriminalpolizeilichen Bereich stellt sie die Grundversorgung sicher. Zur Bewältigung stadtspezifischer Kriminalität verfügt sie bei Verfahren im Zusammenhang mit der Betäubungsmittelszene, den Kinder- und Jugendproblemen und dem Sexmilieu über umfassende Ermittlungskompetenzen. Auch in den weiteren kriminalpolizeilichen Belangen erfolgt die Erstaufnahme immer durch die Stadtpolizei.

Die polizeiliche Grundversorgung wird durch zwei Regionen (Region West und Region Ost) gewährleistet. Damit die sicherheitspolizeilichen und kriminalpolizeilichen Aufgaben im Verbund gelöst werden können, verfügen beide Regionen sowohl über sicherheits- als auch über kriminalpolizeiliche Elemente.

Die beiden Regionen werden durch weitere Abteilungen unterstützt. Wenn in der Stadt Zürich Brennpunkte (z. B. lokale Drogenszenen) entstehen, wird die Abteilung Brennpunkt dort überlagert eingesetzt. Die Abteilung Spezial verfügt über Interventionskräfte zur Bewältigung besonderer Situationen. Die Abteilung Bewilligungen regelt die vorübergehende Benützung des öffentlichen Grunds (insbesondere durch Veranstaltungen) und beaufsichtigt das Gastgewerbe. Die Abteilung Sonderleistungen überwacht den ruhenden Verkehr und führt automatische Geschwindigkeits- und Rotlichtkontrollen durch. Die Abteilung Operationen und Prävention koordiniert die Operationen, führt das Lagezentrum, konzipiert die Präventionskampagnen und stellt die Verkehrsinstruktion in den Schulen sicher. Die Abteilung Zentrale Dienste schliesslich gewährleistet den internen Support (Finanzen, Rechtsdienst, Human Resources sowie Logistik und Informatik).

Um die städtische Sicherheit optimal gewährleisten zu können, wird in der Stadtpolizei gleichermassen Gewicht gelegt auf die dienstleistungsorientierte, bürgernahe Polizeiarbeit einerseits wie auch auf ein konsequentes und professionelles Ein- und Durchgreifen andererseits.

Die Stadtpolizei Zürich arbeitet eng mit anderen städtischen Diensten zusammen, insbesondere mit dem Sozialdepartement, dem Gesundheits- und Umweltdepartement sowie dem Schul- und Sportdepartement. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass gesellschaftliche Probleme in den Städten nicht mit der Polizei allein, sondern nur im Verbund mit anderen städtischen Diensten erfolgreich gelöst werden können.

Für weitere Angaben: [www.stadtpolizei.ch](http://www.stadtpolizei.ch)

### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

#### Raumstrategie

Im Jahr 2012 wurde eine Task Force «Zentralisierung Polizei und/oder Neues Verwaltungszentrum» (ZEP/NVZ) gegründet mit dem Ziel, die räumlichen Bedürfnisse der Verwaltung zu erfassen und eine Liste mit möglichen Standorten zu erstellen und zu bewerten. Die Stadtpolizei erarbeitete einen Masterplan und ein Betriebskonzept für das ZEP. Für das Duttweilerareal

wurde zusätzlich eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben; der Standort Güterbahnhof wurde nicht weiterverfolgt. Entscheide bezüglich Prioritäten waren noch keine gefallen.

#### Kala

Das Projekt konnte erfolgreich beendet und mit einem Abschlussbericht verabschiedet werden. Der Wissenstransfer aus dem Projekt wurde zugunsten des Projekts Prozessmanagement, Teilprojekt Mars, erfolgreich vorgenommen und mündet nun in einer gesamtheitlichen Betrachtung. Dazu konnte aus Kala ein Projektauftrag formuliert und bewilligt werden. Kala brachte zudem zusätzliche Handlungsfelder für die Stadtpolizei zum Vorschein, die in separaten Projekten aufgenommen werden (internes Kontrollsystem, Einsatzkonzepte, Bereichs- und Abteilungsstrategien).

#### Prozessmanagement

Das Projekt wurde im Juni 2012 gestartet. Die Konzepte für das Prozessmanagement beinhalten ein Grundkonzept, ein integriertes Kontrollsystem sowie den kontinuierlichen Verbesserungsprozess und wurden im Herbst 2012 vom Projektausschuss und der Geschäftsleitung abgenommen. Das erste Kick-off-Meeting mit der Region West (Kripo) fand am 22. November 2012 statt. Die Kick-off-Meetings dienen der Sensibilisierung der Kader der Führungsstufen 1+2 betreffend die Thematik Prozessmanagement. Als nächster Schritt werden bis Mitte 2013 die Prozesse der fünfzig am häufigsten verwendeten Einsatzstichworte dokumentiert und publiziert.

#### Reduktion Überzeit

Seit der Euro 08 konnten die Überzeiten nie abgebaut werden. Durch ein entsprechendes Controlling durch HR und die Führungskräfte konnten die Überzeitsaldi in den letzten drei Jahren von ursprünglich rund 80 000 auf rund 28 000 Stunden gesenkt werden. Aufgrund einmaliger Budgetgutsprachen des Parlaments und einer entsprechenden Weisung der Stadtpolizei wurde im Frühling 2012 eine zwangsweise Auszahlung der nicht bezogenen beziehungsweise nicht verplanten Nachbezugsstunden angeordnet, was zum Jahresende zu einem Abbau von rund 20 000 Stunden (davon die Hälfte ausbezahlt) führte. Die Überprüfung der künftigen Entwicklung der Zeitsaldi wird durch die Führungskräfte wahrgenommen und durch monatliche Auswertungen von HR unterstützt.

#### Neue Schutzausrüstung OD (Ordnungsdienst)

Die neue Schutzausrüstung OD bewährte sich im ersten Einsatzjahr sehr. Die Akzeptanz bei den Polizistinnen und Polizisten war gut, obwohl das Gesamtgewicht der Ausrüstung deutlich höher liegt als bei der alten Ausrüstung. Die gute Ergonomie wirkt sich aber positiv auf den Tragekomfort aus, trotzdem müssen flankierende Massnahmen für die Gesundheitsprävention bei den Mitarbeitenden ergriffen werden. Mit einer detaillierten Umfrage bei den OD-Pflichtigen wurden Erkenntnisse über punktuelle Optimierungsmöglichkeiten an der Ausrüstung gewonnen, die so weit als möglich umgesetzt werden. In Polizeikreisen war das Interesse an der OD-Schutzausrüstung gross. Mehrere Korps beabsichtigen, diese Ausrüstung, beziehungsweise einzelne Komponenten davon, ebenfalls zu



beschaffen. Die Stadtpolizei Zürich ist im Bereich OD-Schutzausrüstung und im vorhandenen Know-how im Schweizer Polizeiumfeld führend.

### **Führungskennzahlen**

Die Führungskennzahlen informieren die Geschäftsleitung dreimal pro Jahr über wichtige betriebliche Kennzahlen. Hierfür wurden insgesamt vierzehn Kennzahlen aus den Bereichen Personal, Finanzen und teilweise aus dem Operativen ausgesucht. Da das Polizeidepartement während des Jahres 2012 ebenfalls ein Führungscockpit erarbeitet hat, wurden die Kennzahlen und Definitionen teilweise von diesem übernommen. Für die Kennzahlen wurde jeweils ein Zielwert festgelegt. Dadurch kann bei jeder Kennzahl der effektive Wert mit dem Zielwert verglichen und anhand eines Ampelsystems (grün, orange, rot) beurteilt werden. Die Geschäftsleitung erkennt anhand des Ampelsystems sofort, ob bei einem Bereich Handlungsbedarf besteht oder ob alles im «grünen Bereich» ist. Sie ist damit in der Lage, gegebenenfalls korrigierende Massnahmen einzuleiten.

### **Stapro (Institutionalisiertes Projektmanagement)**

Das Projektportfolio- und -management wurde im Jahr 2012 erfolgreich weiterentwickelt. Weiterbildungen und Instruktionen fanden auf allen Führungsstufen statt und zeigen eine erhöhte Sensibilisierung für das Thema. Führung über Projekte bleibt wichtig. Entsprechende IT-Werkzeuge sind in Betrieb und werden gut genutzt. Erste Erfolge konnten in Bezug auf das Projektcockpit erreicht werden. Die Übergabe in einen laufenden Betrieb steht für 2013 in der Planung.

### **Feedbackmanagement**

Die Gesamtzahl der Feedbacks blieb 2012 gegenüber der Vorjahresperiode unverändert (rund 1600). Die Beschwerden zur Polizeiarbeit haben erfreulicherweise um 15% abgenommen. Durch die strategische Nutzung von Social Media wurden zusätzliche Möglichkeiten geschaffen, um niederschwellig mit der Polizei in Kontakt zu treten. Diese neuen Kanäle wurden rege genutzt (rund 10500 Rückmeldungen bis 12.12.2012), und die Reaktionen zum polizeilichen Engagement auf Facebook und Twitter waren durchwegs positiv.

## 4.2.3 Allgemeine Kennzahlen

	2008		2009		2010		2011		2012	
	Anzahl	Massnahmen	Anzahl	Massnahmen	Anzahl	Massnahmen	Anzahl	Massnahmen	Anzahl	Massnahmen
Einbruchdiebstähle; Straftaten/ Massnahmen	7 032	50 <sup>1</sup> 1 <sup>2</sup> 3 <sup>3</sup> 520 <sup>4</sup>	6 800	67 <sup>1</sup> 3 <sup>2</sup> 3 <sup>3</sup> 631 <sup>4</sup>	5 400	36 <sup>1</sup> 3 <sup>2</sup> 2 <sup>3</sup> 328 <sup>4</sup>	5 615	43 <sup>1</sup> 8 <sup>2</sup> 8 <sup>3</sup> 490 <sup>4</sup>	9 384	40 <sup>1</sup> 3 <sup>2</sup> 4 <sup>3</sup> 356 <sup>4</sup>
Unzulässige Prostitution (Strassenstrich); Verzeigungen/ Massnahmen	263	466 <sup>1</sup> 3 <sup>2</sup> 0 <sup>3</sup>	368	532 <sup>1</sup> 5 <sup>2</sup> 1 <sup>3</sup>	755	557 <sup>1</sup> 4 <sup>2</sup> 0 <sup>3</sup>	602	568 <sup>1</sup> 4 <sup>2</sup> 0 <sup>3</sup>	540	515 <sup>1</sup> 0 <sup>2</sup> 0 <sup>3</sup>
Betäubungsmittel- kriminalität; Straftaten/ Massnahmen	9 656	700 <sup>1</sup> 0 <sup>2</sup> 0 <sup>3</sup>	12 190	750 <sup>1</sup> 0 <sup>2</sup> 0 <sup>3</sup>	11 558	690 <sup>1</sup> 0 <sup>2</sup> 0 <sup>3</sup>	11 757	710 <sup>1</sup> 0 <sup>2</sup> 0 <sup>3</sup>	11 475*	705 <sup>1</sup> 0 <sup>2</sup> 0 <sup>3</sup>
Verkehrsdelikte; Anzeigen/ Massnahmen	24 245	0 <sup>1</sup> 6 <sup>2</sup> 8 <sup>3***</sup>	19 228	0 <sup>1</sup> 2 <sup>2</sup> 8 <sup>3***</sup>	20 045	0 <sup>1</sup> 3 <sup>2</sup> 7 <sup>3***</sup>	20 718	0 <sup>1</sup> 3 <sup>2</sup> 10 <sup>3***</sup>	20 822	0 <sup>1</sup> 2 <sup>2</sup> 6 <sup>3***</sup>
Jugendkriminalität; Angeschuldigte/ Arrestanten/ Massnahmen	528/310	154 <sup>1</sup> 0 <sup>2</sup> 1 <sup>3</sup>	540/352	164 <sup>1</sup> 0 <sup>2</sup> 0 <sup>3</sup>	501/320	206 <sup>1</sup> 0 <sup>2</sup> 2 <sup>3</sup>	475/330	184 <sup>1</sup> 0 <sup>2</sup> 1 <sup>3</sup>	661/324	172 <sup>1</sup> 0 <sup>2</sup> 0 <sup>3</sup>
Gewässer- und Umweltkriminalität; Anzeigen/ Massnahmen	608	–	742	–	559	–	535	–	775	–
Gezielte Aktionen in Brennpunkten	39**	–	43**	–	25**	–	35**	–	79**	–
Bewilligungs- pflichtige Fest- anlässe und Veranstaltungen	1 272	–	1 290	–	1 106****	–	1 082****	–	1 089****	–
Grosskontrollen und Razzien im Gastgewerbe; Nachtpatrouillen	17	281 <sup>1</sup>	27	255 <sup>1</sup>	8	169 <sup>1</sup>	15	167 <sup>1</sup>	15	155 <sup>1</sup>
Notrufe Einsätze	n/a 62 887	– –	n/a 62 664	– –	156 521 62 875	– –	145 209 61 498	– –	157 982 62 878	– –
Ausgestellte Ordnungsbussen	1 006 753	–	987 516	–	895 681	–	922 946	–	860 000*	–
Anzahl Wegweisungen	–	–	–	–	–	1 703*****	5 770	–	5 232	–

### Definitionen:

<sup>1</sup> Spezialpatrouillen

<sup>2</sup> Aktionen

<sup>3</sup> Kampagnen

<sup>4</sup> Beratungen

\* Provisorische Kennzahl

\*\* Der Begriff «Aktion» wurde neu definiert. Ab 2008 wird unter einer «Aktion» eine verordnete, schwerpunktspezifische Massnahme verstanden. Eine verordnete «Aktion», die mehrmals durchgeführt wurde, wird nur einmal als Kennzahl vermerkt.

\*\*\* Kampagnen der Abteilung Prävention im Bereich Verkehrssicherheit

\*\*\*\* Filmdrehbewilligungen werden nicht mehr mitgezählt (neu nicht mehr Veranstaltungen, sondern gewerbliche Bewilligungen)

\*\*\*\*\* Start 2. Semester 2010

### Erläuterungen:

**Spezialpatrouillen:** schwerpunktspezifische Einsätze<sup>1</sup>

**Aktionen:** schwerpunktspezifische Massnahmen<sup>2</sup>

**Kampagnen:** schwerpunktspezifische präventive Massnahmen<sup>3</sup>

#### 4.2.4 Spezifische Kennzahlen

Beträge in 1000 Fr.	Saldoentwicklung der laufenden Rechnung				
	2008	2009	2010	2011	2012
Rechnung					
Ausgaben	339 650	340 475	345 440	328 137	345 146
Erträge	-173 072	-173 647	-171 623	-166 273	-111 917
<b>Saldo</b>	<b>166 578</b>	<b>166 828</b>	<b>173 817</b>	<b>161 864</b>	<b>233 229</b>

#### Kommentar

Nach der Budgetrückweisung des Gemeinderats im Jahr 2011 konnte die Stadtpolizei im vergangenen Jahr wieder mit einem ordentlichen Budget planen. Deshalb ist die Stadtpolizei bei den Ausgaben auf das Niveau des Jahres 2010 zurückgekehrt. Die tieferen Erträge sind hauptsächlich auf den Wegfall des Lastenausgleichs (50,8 Mio. Fr.) zurückzuführen. Dieser wird ab dem Jahr 2012 zentral dem Finanzdepartement gutgeschrieben. Zudem gab es einen erneuten Rückgang bei den Einnahmen von Ordnungsbussen.



Die neue Schutzausrüstung der Stadtpolizei. (Bild: Stadtpolizei)

## 4.3 Schutz & Rettung

### 4.3.1 Aufgaben

Unter dem Dach der Dienstabteilung Schutz & Rettung sind seit 2001 Feuerwehr, Rettungsdienst, Zivilschutz, Feuerpolizei sowie die Einsatzleitzentrale 144/118 vereint. Schutz & Rettung ist weit über die Stadtgrenze hinaus im Einsatz. Mit den zugewiesenen Einsatzgebieten und Dienstleistungen ist Schutz & Rettung die grösste zivile Rettungsorganisation der Schweiz. Sie ist Teil der Notfall- und Katastrophenorganisation von Stadt Zürich, Kanton Zürich und Bund. Zudem sind die Rettungsorganisationen des Flughafens Zürich mit ihren Einsatzgebieten und Dienstleistungen integriert.

Die **Einsatzleitzentrale** nimmt die Notrufe 118 sowie 144 entgegen, alarmiert und disponiert Feuerwehren, Rettungsdienste sowie weitere Einsatzkräfte von Zivilschutz und Partnerorganisationen. Das Dispositionsgebiet des Sanitätsnotrufs 144 umfasst die Kantone Zürich, Schaffhausen und Schwyz. Das Dispositionsgebiet des Feuerwehrnotrufs 118 erstreckt sich über den ganzen Kanton Zürich. Die Einsatzleitzentrale nahm im Berichtsjahr 520 804 Anrufe entgegen.

Der **Rettungsdienst** von Schutz & Rettung ist in der Stadt Zürich, auf dem Flughafen und in siebzehn nördlichen sowie sieben südlichen Vertragsgemeinden zuständig für die medizinische Notfallversorgung. Ausserdem führt der Rettungsdienst Transporte von Verunfallten und Kranken durch. 2012 leistete er 34 374 Einsätze. An zahlreichen Grossveranstaltungen, wie beispielsweise der Street Parade oder dem Züri Fäscht, gewährleistet er die sanitätsdienstliche Versorgung. In den Kantonen Zürich und Schaffhausen ist Schutz & Rettung beauftragt, die rettungsdienstliche Führung und Verantwortung bei nicht planbaren sanitätsdienstlichen Grossereignissen zu übernehmen. Dem Kanton Schwyz stellt Schutz & Rettung bei Ereignissen mit vielen Verletzten Material und Personal zur Verfügung.

Die **Feuerwehr** leistet rund um die Uhr Hilfe – nicht nur bei Bränden, sondern auch bei Personenbergungen, Tierrettungen, Öl- und Chemieunfällen, Strahlenwehr, Sturm-, Schnee- und Wasserschäden sowie weiteren Rettungsaufgaben. Sie besteht in der Stadt Zürich aus der Berufs- und der Milizfeuerwehr. Im Jahr 2012 bestritt die Berufsfeuerwehr von Schutz & Rettung insgesamt 4676 Einsätze. Sie wird in der Stadt Zürich unterstützt von acht Kompanien der Milizfeuerwehr mit über 350 Angehörigen.

Der **Zivilschutz** der Stadt Zürich hilft bei natur- und zivilisationsbedingten, lange andauernden Katastrophen und Notlagen. Im Jahr 2012 unterstützte er mit 2320 Dienstpflichtigen die professionellen Rettungskräfte und die Polizei, stellte Betreuungsformationen für Altersheime sowie Grossanlässe und führte verschiedene andere Aufgaben zum Wohl der Gemeinschaft durch, wie z. B. die begleiteten Patiententransporte Aktiv Plus. Im Rahmen dieser Leistungen wurden durch den Zivilschutz 2012 insgesamt 10 360 Dienstage erbracht.

Die **Feuerpolizei** sorgt mit ihren Expertinnen und Experten dafür, dass in Zürich brandsicher gebaut wird und auch der Brandverhütung in bestehenden Gebäuden und an Anlässen aller Art die notwendige Beachtung geschenkt wird. Zudem führen die Mitarbeitenden der Feuerpolizei Kontrollen von Gebäuden und Freizeiteinrichtungen durch. Sie wendet bei ihren Tätigkeiten die internationalen, nationalen und kantonalen Erlasse an.

Die **Höhere Fachschule für Rettungsberufe** ist zuständig für die einsatzorientierte Grundausbildung sowie für Fort- und Weiterbildung. Diese Dienstleistungen bietet sie auch Partnerorganisationen an. Sie wendet dabei den Grundsatz «Profis bilden Profis» an. Hinzu kommen die Beratung und Ausbildung für Arbeitssicherheit (Ekas) und die präventive Arbeit in Kindergärten und Schulen (Kigaschu). Der Betrieb und die Restauration des Ausbildungszentrums sowie die Vermietung von Übungsanlagen, Schulungsräumen und Dienstleistungen runden das Aufgabengebiet ab. Im «Hot Pot» stehen Trainingsanlagen für Einsatzfahrten mit Blaulicht (Fahrsimulatoren) sowie für Atemschutzübungen, Absturzsicherungen, Höhenrettungen und Höhenarbeiten zur Verfügung. Diese Einrichtungen können gegen Entgelt auch von Dritten genutzt werden.

Für weitere Angaben: [www.stadt-zuerich.ch/srz](http://www.stadt-zuerich.ch/srz)

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

#### 75 Jahre Brandwache Manesse

Rund 10 000 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, am Wochenende vom 28. und 29. April 2012 hinter die Kulissen der Berufsfeuerwehr zu blicken. Wer sich auf einen Rundgang durch die Brandwache begab, trat eine Zeitreise durch die Geschichte des Gebäudes und damit der Berufsfeuerwehr an: Überall im Gebäude waren Fotos, Geräte und Utensilien aus den 75 Jahren ausgestellt. In einem speziellen Ausstellungsbereich konnte man anhand ausgesuchter Gegenstände die Entwicklung der Feuerwehrentechnik erleben. Neben den Rundgängen durch die Wachen waren es insbesondere die Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr und Rettungsdienst, welche die Besucherinnen und Besucher besonders in ihren Bann zogen.

#### Operationskonzept

Im Zuge des Wachstums der Stadt Zürich gilt es, neue Standorte so zu wählen, dass Schutz & Rettung den Grundauftrag erfüllen kann: Menschen, Tiere, Sachwerte und Umwelt zu schützen und zu retten – rund um die Uhr. In der Stadt Zürich sind dabei Interventionszeiten von unter zehn Minuten flächendeckend einzuhalten.

Das zukünftige «Operationskonzept Schutz & Rettung Zürich 20XX» sieht vor, dass SRZ in einigen Jahren mit drei Hauptwachen (Weststrasse, Flughafen, Neumühlequai) und zusätzlich zwei Nebenwachen im Osten und im Westen funktioniert und dass SRZ im Norden von Oerlikon die Zentrale Einsatzlogistik (ZEL) betreibt. Sie soll eine optimale Versorgung der Haupt- und Nebenstandorte gewährleisten sowie eine ökonomische und ökologische Bewirtschaftung der Einsatzstützpunkte ermöglichen. An allen Standorten werden auch Rettungstransportwagen (RTW) stationiert und überall, ausser am Neumühlequai, auch mindestens ein Tanklöschfahrzeug (TLF) sowie eine Autodrehleiter (ADL). Für die Nebenwachen sind Standorte in Abklärung.

Das neue Operationskonzept basiert weiterhin auf einer gut aufgestellten Milizfeuerwehr, trägt aber auch dem Umstand Rechnung, dass die Bestandzahlen der Milizfeuerwehr in den letzten Jahren stark rückläufig waren und auch in Zukunft voraussichtlich rückläufig sein werden. Mit einer leichten

Erhöhung des Bestands der Berufsfeuerwehr soll dieser Tendenz begegnet werden, und mit einer Integration der Milizmittel an die Standorte der Berufsfeuerwehr wird die Milizfeuerwehr noch näher an die Berufsfeuerwehr heranwachsen.

Im Sommer wurde dem Gesamtstadtrat von Zürich das Grobkonzept präsentiert. Er hat es zur Kenntnis genommen, und es wird nun im räumlichen Masterplan berücksichtigt.

#### **Strategische Initiativen: «SRZ 2013plus»**

Unter dem Projektdach «SRZ 2013plus» wurden verschiedene strategische Initiativen gebündelt, welche die Zukunft von Schutz & Rettung prägen: neue Organisationsstruktur, Vision und Mission, Strategie und Kulturwandel. Zusätzlich wurden das Gradierungskonzept und die Kaderstruktur neu bestimmt. Alle Initiativen zusammen formen die Basis dafür, dass Schutz & Rettung die Aufträge noch besser erfüllen kann und auch in zehn bis fünfzehn Jahren zu den führenden Rettungsorganisationen gehören wird. Alle Prozesse werden nach Möglichkeit unter Mitwirkung von Kaderangehörigen und Mitarbeitenden vollzogen.

#### **Neue Organisationsstruktur und personelle Neuerungen**

Das Organigramm von Schutz & Rettung umfasst seit 2013 neu drei Stabs- und fünf Linienbereiche. Durch die Vertretung der neuen Bereiche «Sanität» und «Ausbildung» werden diese beiden Themen mit der nötigen Gewichtung direkt in der Geschäftsleitung vertreten. Im Bereich «Zentrale Dienste» werden zukünftig ICT, Recht, Immobilienbewirtschaftung, Material, die Fahrzeuge und eine Kanzlei integriert. Der Zivilschutz ist neu der Berufsfeuerwehr angegliedert.

#### **Vision, Mission, Strategie**

Die Geschäftsleitung hat 2012 zusammen mit dem Kader in einem partizipativen Prozess den SRZ-Auftrag geklärt sowie eine neue Vision und Mission entwickelt. Die Ergebnisse wurden zu Beginn des Jahres 2013 an einer Kick-off-Veranstaltung allen Mitarbeitenden bekannt gegeben. 2013 werden alle

Mitarbeitenden Gelegenheit haben, sich mit den Inhalten auseinanderzusetzen. Zur Förderung einer kooperativen Zusammenarbeit werden die Themen Führungskultur, Dialog und Partizipation in die Führungsausbildungen von SRZ integriert.

#### **Wissensmanagement**

2011 wurde das strategische Projekt Wissensmanagement lanciert. Das Projekt umfasst als Ziele die Einführung eines Wissensmanagements, eines Prozesses strategischer Einsatzbesprechung sowie der Methoden einer lernenden Organisation. Das Projektteam hat sich im vergangenen Jahr auf die Einführung eines einsatzrelevanten Wissensmanagements beschränkt. Wissenswertes aus Einsätzen soll mit Hilfe einer allen Mitarbeitenden zugänglichen «Wissensliste» festgehalten, diskutiert und schliesslich durch ein Redaktionsteam ausgewertet werden. Fernziel ist eine SRZ-interne «Wiki-Bibliothek», in der Wissen schnell und übersichtlich nachgeschlagen und genutzt werden kann. Zukünftig soll ein/e «Wissenskoordinator/in» die Wissensliste vermehrt bekannt machen und vorantreiben. Zusätzlich sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine «Fehlerkultur» sensibilisiert werden, die es möglich macht, in einen ehrlichen und offenen Austausch über Wissen und Nichtwissen zu treten.

#### **Feuerpolizei**

2012 wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Feuerpolizei rund 32 000 Stunden für die Begleitung von Neu- und Umbauten aufgewendet, von der Planung über die Ausführung und die Fertigstellung bis zum Bezug. Die Gebäudeversicherung Kanton Zürich hat die Weisung «Feuerpolizeiliche Kontrollen» überarbeitet und neu in Kraft gesetzt. Verschiedene Gebäudenutzungen (z.B. Bürobauten, industrielle und gewerbliche Betriebe ohne erhöhtes Brandrisiko, private Autoeinstellhallen unter 4000 m<sup>2</sup>, Gastwirtschaftsbetriebe für unter hundert Personen usw.) sind in die Eigenverantwortung der Gebäudeeigentümerschaft beziehungsweise von deren Nutzerinnen und Nutzern übergeben worden. Das bedeutet, dass diese Nutzungen nicht mehr periodisch von der Feuerpolizei kontrolliert werden.

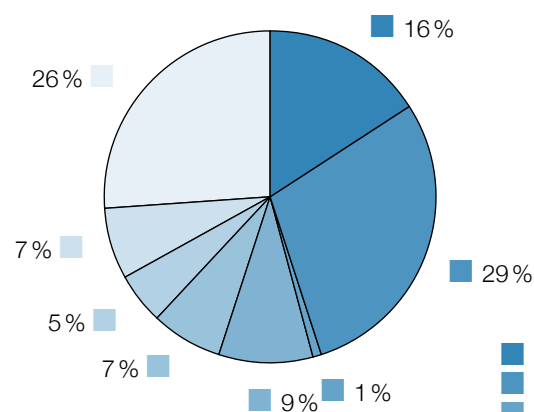
### 4.3.3 Allgemeine Kennzahlen

Einsätze Rettungsdienst in der Stadt Zürich	2009	2010	2011	2012
durch den Rettungsdienst	22 392	22 215	22 957	24 497
ergänzende Notarzteinsätze	1 189	1 139	1 244	1 351
<b>Total in der Stadt Zürich</b>	<b>23 581</b>	<b>23 354</b>	<b>24 102</b>	<b>25 848</b>

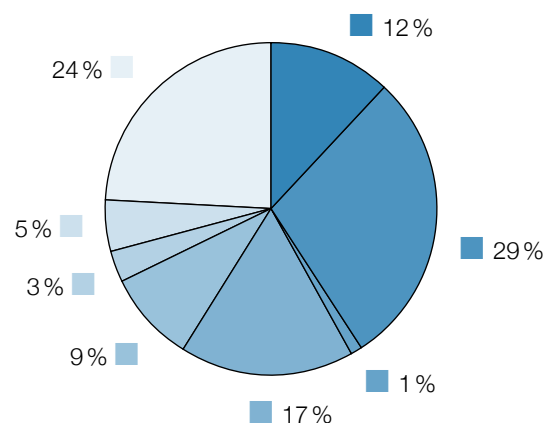
Einsätze ausserhalb der Stadt Zürich	2009	2010	2011	2012
durch den Rettungsdienst	8 347	8 005	7 394	7 815
ergänzende Notarzteinsätze	430	711	651	711
<b>Total ausserhalb der Stadt Zürich</b>	<b>8 777</b>	<b>8 716</b>	<b>8 045</b>	<b>8 526</b>
<b>Total</b>	<b>32 358</b>	<b>32 070</b>	<b>32 246</b>	<b>34 374</b>

Einsätze Feuerwehr	2009	2010	2011	2012
Brände	667	577	671	587
Brandmeldeanlagen (BMA)	1 205	1 159	1 184	1 339
Unfälle (Strassen, Strom, Bahn)	55	73	41	69
Elementarereignisse (Unwetter, Wasser)	432	664	354	787
Umweltgefährdung	376	385	308	421
Firstresponder	201	210	191	147
Tierrettungen/Insekten	261	283	306	213
Weitere Hilfeleistungen/Rettungen	1 145	1 164	1 075	1 113
<b>Total</b>	<b>4 342</b>	<b>4 515</b>	<b>4 130</b>	<b>4 676</b>

Einsätze Feuerwehr 2011

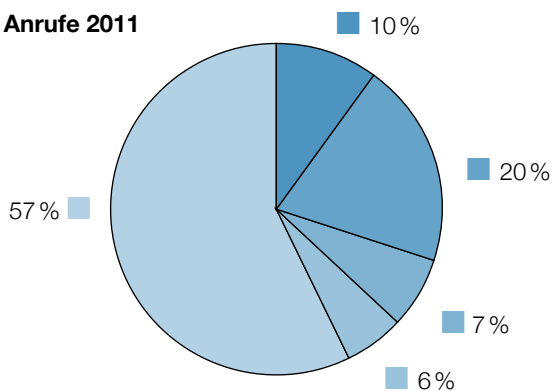


Einsätze Feuerwehr 2012

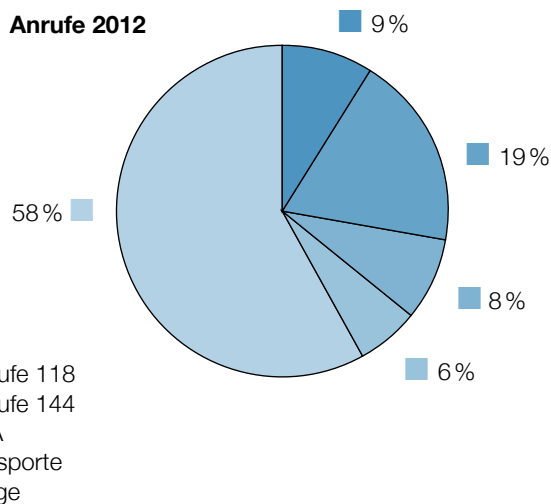


Anrufe	2009	2010	2011	2012
Notrufe 118 (Feuerwehr)	55 355	49 510	47 440	45 979
Notrufe 144 (Rettungsdienst)	114 689	100 485	98 962	101 095
Brandmeldeanlagen (BMA): Statusänderungen für Wartung und/oder Umarbeiten	42 293	38 130	38 983	42 501
Aufträge Krankentransporte	34 220	30 703	29 839	30 984
Übrige Anrufe	279 112	293 748	288 699	300 245
<b>Total</b>	<b>525 669</b>	<b>512 576</b>	<b>503 923</b>	<b>520 804</b>

Anrufe 2011



Anrufe 2012



#### Dispositionen der Einsatzleitzentralen

	Feuerwehren 2011	Rettungs- dienste 2011	Feuerwehren 2012	Rettungs- dienste 2012
Stadt Zürich (inkl. Flughafen)	12 368	41 570	13 093	42 289
Übriges Dispositionsgebiet	10 070	47 052	11 905	61 815
<b>Total</b>	<b>22 483</b>	<b>88 622</b>	<b>24 998</b>	<b>104 104</b>

#### Einsatztage Zivilschutz

Allgemeine Kennzahlen	2008	2009	2010	2011	2012
Istbestand	3 078	2 832	2 700	2 342	2 320
Teilnehmertage	16 974	13 122	13 244	12 148	10 360

#### 4.3.4 Finanzkennzahlen

<b>Schutz &amp; Rettung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Aufwand	114 511 000	123 672 000	125 091 000	121 583 000	126 477 000
Ertrag	-57 873 000	-61 519 000	-67 046 000	-72 180 000	-73 830 000
<b>Saldo</b>	<b>56 638 000</b>	<b>62 153 000</b>	<b>58 045 000</b>	<b>49 403 000</b>	<b>52 647 000</b>

Der Saldo hat sich durch die bessere Stellenplanausschöpfung erhöht.

<b>Schutzraumbautenfonds</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Aufwand	0	3 000	15 000	4 000	240 000
Ertrag	-0	-3 000	-15 000	-4 000	-240 000
<b>Saldo</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Gestützt auf Art. 23 der Verordnung über den Zivilschutz (ZSV) wurde die Ersatzabgabe des Objektes «Bauvorhaben für Schutzräume des Kaufmännischen Verbandes Zürich» aufgehoben. Diese Ersatzabgabe, basierend auf der Vereinbarung vom 20. Januar 1972 zwischen der Stadt Zürich (vertreten

durch das damalige Amt für baulichen Zivilschutz) und dem Kaufmännischen Verein Zürich, wurde seitens der Stadt Zürich nie erhoben, da diese die erforderlichen 1600 Schutzplätze nie realisiert hat. Diese Debitorenforderung wird nun abgeschlossen.



Die neue Einsatzleitzentrale von Schutz & Rettung. (Bild: Schutz & Rettung)



Die neue Einsatzleitzentrale von Schutz & Rettung. (Bild: Schutz & Rettung)

## 4.4 Dienstabteilung Verkehr

### 4.4.1 Aufgaben

Die Dienstabteilung Verkehr ist für das Verkehrsmanagement in der Stadt Zürich zuständig und vereinigt die unterschiedlichsten Mobilitätsbedürfnisse. Priorität genießt dabei die Sicherheit der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Die Dienstabteilung Verkehr verhindert durch sicheres Einrichten und Bewirtschaften der Verkehrsräume Unfälle. Durch eine vernetzte Verkehrssteuerung wird der Verkehrsfluss laufend optimiert. In Notfällen können jederzeit lebensrettende Rettungs- und Interventionswege freigeschaltet werden. Die Dienstabteilung Verkehr gliedert sich in vier Fachbereiche sowie drei Stabsfunktionen. Die Direktion, die Bereichs- und die Stabsleitenden bilden die Geschäftsleitung.

Der Bereich «Analyse + Planung» beurteilt Verkehrsprojekte der Stadt Zürich auf der Basis praxisbezogener und wissen-

schaftlich erhärteter verkehrlicher Grundlagen und Analysen, insbesondere Modellrechnungen und Unfallstatistik. Die Planung von Verkehrskonzepten sowie die verkehrstechnische Bewertung von Verkehrs- und Hochbauprojekten, die Auswirkungen auf das Verkehrsgeschehen in der Stadt Zürich haben, obliegen diesem Bereich. Er wertet die Verkehrsunfälle der Stadt Zürich aus und schlägt Sanierungsmassnahmen vor. Auch die Planung von Verkehrszonen (Tempo 30, Begegnungszonen, Altstadt, Quartierzentren) gehört dazu.

«Regelung + Entwicklung», zertifiziert nach ISO 9001, koordiniert den Fliessverkehr mit dynamischen Signalisationsanlagen. Die Abteilung entwickelt und fördert neue Verkehrstechnologien in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Industrie. Es werden unter Berücksichtigung der Interessen aller Verkehrsteilnehmenden neue Verkehrsregelungsanlagen projektiert und in Betrieb genommen. Regelung + Entwicklung erarbeitet auch



die Software für die verkehrsabhängige dynamische Steuerung der rund 400 Lichtsignalanlagen der Stadt Zürich.

Der Bereich «Mobilität + Recht» setzt sich mit strassenverkehrsrechtlichen Fragen auseinander. Er beobachtet und analysiert Mobilitätsentwicklungen. Seine Mitarbeitenden bereiten permanente Verkehrsordnungen und die Umsetzung der entsprechenden Signalisation vor. Er bewirtschaftet die gebührenpflichtigen Parkplätze und die Blauen Zonen und stellt Sonderbewilligungen für den ruhenden Verkehr und die Zufahrt zu Sperrzonen aus. Schliesslich beurteilt «Mobilität + Recht» Bau- und Reklamegesuche in Bezug auf Verkehrstechnik und -sicherheit.

Die Abteilung «Ausführung + Unterhalt» erarbeitet in Koordination mit anderen Stellen innerhalb der städtischen und der kantonalen Verwaltung (Tiefbauamt, Verkehrsbetriebe usw.) Umleitungs- und Signalisationskonzepte für Baustellen und Anlässe und plant Markierungen. Sie stellt Signalisations-, Wegweisungs- und Absperrmaterial aller Art bereit, liefert dieses an seinen Bestimmungsort und wartet es sach- und fachgerecht.

Für weitere Angaben: [www.stadt-zuerich.ch/dav](http://www.stadt-zuerich.ch/dav)

#### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

##### Rahmenprogramm Verkehrssicherheit

Das im Januar 2012 von der Dienstabteilung Verkehr initiierte Rahmenprogramm Verkehrssicherheit hat zum Ziel, die Zahl der auf dem Stadtgebiet im Strassenverkehr verletzten Personen markant zu reduzieren. Im ersten Halbjahr 2012 wurden dazu zwölf Verkehrssicherheitsprogramme europäischer Grossstädte analysiert und in einem Zwischenbericht dokumentiert. Im nächsten Schritt soll die bestehende Verkehrssicherheitsarbeit der Stadt Zürich dargestellt werden. Dazu wurden im zweiten Halbjahr 2012 Interviews mit verschiedenen Stellen der Stadtverwaltung geführt. Der Zwischenbericht zum Stand der Verkehrssicherheitsarbeit erscheint im Frühling 2013. Bis Ende 2013 sollen dann Vorschläge vorliegen, mit welchen Massnahmen organisatorischer und operativer Natur eine Reduktion der Verunfallten erzielt werden kann. Darunter fallen unter anderem alle Massnahmen, die vom Eidgenössischen Handlungsprogramm «Via Sicura» vorgesehen sind, so zum Beispiel die systematische Überprüfung und Sanierung der Infrastruktur, insbesondere im Bereich von Fussgängerstreifen.

##### Regionale Leitzentrale Verkehrsraum Zürich

Die Regionale Leitzentrale Verkehrsraum Zürich (RL VRZ) übernimmt im Auftrag des Bundes das Verkehrsmanagement im Grossraum Zürich. Die Trägerschaftsvereinbarung regelt Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung zwischen Bund, Kanton Zürich, Stadt Winterthur und Stadt Zürich. Die RL VRZ ist integriert in die Verkehrsleitzentrale der Kantonspolizei Zürich. Die beiden städtischen Zentralen der Dienstabteilung Verkehr und der Stadtpolizei Winterthur sind über den «Citylink» angeschlossen. Seit rund eineinhalb Jahren ist die Organisation aktiv. Eine Herausforderung stellte der hohe Abstimmungs- und Koordinationsaufwand dar. Der Informationsaustausch wurde mit Prozessbeschreibungen dokumentiert und in mehreren Fällen praxisnah erprobt. In den kommenden Jahren sind die Vernetzung der technischen Systeme und die Verfeinerung der Prozesse vorgesehen. Eine Fallübung im 2013/2014 mit allen Beteiligten soll die Einsatzbereitschaft der RL VRZ unter Beweis stellen.

##### «Weniger ist mehr» –

##### Reduktion der Strassensignalisation

Die Dienstabteilung Verkehr verfolgt mit dem strategischen Projekt «Weniger ist mehr» (WIM) das Ziel, alle nicht notwendigen Signaltafeln zu entfernen. Die Massnahmen aus dem Projekt leisten einen positiven Beitrag zur Verkehrssicherheit und zum Stadtbild. Auf die Dauer können auch die Kosten für den Unterhalt des Signalisationsmaterials gesenkt werden. Im Jahr 2012 konnten im «Schilderwald Zürich» 1094 Verkehrsschilder (10 % davon sind Wegweiser, 90 % Signalisationen), 269 Ständer und 450 Signalrahmen demontiert werden. Knapp 50 % des entfernten Materials resultierten aus der Umsetzung von vier «WIM-Zonen» (bestehend aus Tempo-30-/Parkverbots-/Blaue Zonen): Zone «Eichbühl» (Kreis 4), Zone «Konrad» (Kreis 5), Zone «Lyrenweg» (Kreis 9) und Zone «Grosswiesen» (Kreis 12). Nächstes Jahr stehen weitere «WIM-Zonen» zur Umsetzung an: die Zonen «Erismann-/Kanzleistrasse» (Kreis 4), «Riedhof» (Kreis 10) und «Lerchenhalde» (Kreis 11). Im Bereich «Wegweisung» sollen der Bucheggplatz und das Bellevue optimiert werden.

##### Bevorzugung von Blaulichtfahrzeugen

Fahrzeuge von Schutz und Rettung (SRZ) können im Einsatz behindert werden, wenn auf den Strassen ein hohes Verkehrsaufkommen herrscht. Der Einsatzzentrale von SRZ stehen heute zwölf Routen zur Verfügung, auf denen die Lichtsignalanlagen so geschaltet werden können, dass der Verkehr abfließt und die nachfolgenden Einsatzfahrzeuge nicht blockiert werden. Seit 2012 können die Fahrzeuge auch auf Eigenstrasse des öffentlichen Verkehrs auf zwei Routen (Langstrasse und General-Guisan-Quai) bevorzugt werden. Sie melden sich an den entsprechenden Lichtsignalanlagen analog zum öffentlichen Verkehr als «Tram» oder «Bus» an. Mit dem Code «SRZ» werden bei einer Anmeldung die Bus-/Tram-signale auf freie Fahrt gestellt. Die Durchfahrt der mit Blaulicht fahrenden Fahrzeuge wird registriert. Anschliessend erfolgt die Freigabe für den restlichen Verkehr. Die Bevorzugung von Blaulichtfahrzeugen wird in enger Zusammenarbeit mit SRZ und den Verkehrsbetrieben (VBZ) realisiert.

##### Fussgängersicherheitskampagne

Im Winter 2010/2011 kam es auf den verschneiten Strassen der Stadt Zürich zu ungewöhnlich vielen Unfällen, weil Autofahrerinnen und -fahrer ihr Verhalten zu wenig den Gegebenheiten anpassten oder mit unzureichend wintertauglichen Reifen unterwegs waren. Als Reaktion auf dieses Problem hat die Dienstabteilung Verkehr im Oktober 2012 an 9000 zufällig ausgewählte Besitzerinnen und Besitzer einer Parkkarte einen Jeton und Tipps für die Fahrt im Winter versandt. Mit dem Jeton kann nicht nur das Reifenprofil überprüft werden; er kann auch für Einkaufswagen benutzt werden. Darüber hinaus war die Dienstabteilung Verkehr massgeblich an der von der Stadtpolizei durchgeführten Fussgängerstreifenkampagne im November 2012 beteiligt, deren Tanzvorführungen grosse Resonanz in der Öffentlichkeit hatten.

##### «Velogrid» – Verbesserung und Ausbau der Veloinfrastruktur

Ziel des im Jahr 2011 lancierten Projekts «Velogrid» ist es, die bestehenden innerstädtischen Velorouten, die intensiv genutzt werden, besser sichtbar zu machen sowie Lücken zu schliessen. Durch

den Ausbau der permanenten sowie baustellenbedingten Veloinfrastruktur soll die Verkehrssicherheit erhöht und die Akzeptanz für Velofahrerinnen und -fahrer verbessert werden. In den Jahren 2011 bis 2012 sind auf neun Routen auf einer Gesamtlänge von 21,3 km rund 500 Massnahmen umgesetzt worden. Es wurden neue Radstreifen und bestehende neu markiert, neue Velowegweiser mit Zielangaben montiert, Signalisationen ergänzt und Anpassungen an Verkehrsregelungsanlagen vorgenommen. Um die Förderung des Veloverkehrs weiter voranzutreiben, werden im Jahr 2013 weitere neun Routen mit einer Gesamtlänge von insgesamt 29 km saniert.

### Velogerechte Baustellen

Da für Velofahrende, insbesondere bei Baustellen, Optimierungspotenzial besteht, wurde im Jahr 2012 das Projekt «Velogerechte Baustellen» ins Leben gerufen. Die bisherige Umleitungssignalisation für den Veloverkehr wurde in Think-tanks und Sitzungen überarbeitet. Darauf folgend stellten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Werkhofs der Dienstabteilung Verkehr die Prototypen für eine neue Umleitungssignalisation für Velos her. Die Prototypen bestanden die kritische Prüfung durch die Fachleute. Die erste Serie neuer oranger Veloumleitungssignale wird Anfang 2013 einsatzbereit sein. Im Jahr 2013 werden erste Erfahrungen gesammelt und ausgewertet. Das

Produktesortiment für die Velowegweisung wird in der Folge durch den Werkhof definiert.

### Innovationsmanagement

Das Innovationsmanagement wurde in den Jahren 2008–2012 lanciert, um Neuerungen und somit die Geschäftsentwicklung zu fördern, damit das Verkehrsmanagement der Schweizer Wirtschaftsmetropole langfristig den Herausforderungen der Zeit gewachsen ist. Eine wichtige Prämisse ist dabei die Entwicklung von Methoden zur systematischen Erarbeitung neuartiger Lösungen in operativen Aufgaben und organisatorischen Fragen. Dazu braucht es den Aufbau eines neuerungsfreundlichen Betriebsklimas mit der entsprechenden Mitverantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Etablieren eines antizipierenden, offenen Dialogs. Gegenwärtig sind projektspezifische Lösungsansätze zur Verbesserung der Veloführung und -parkierung aus dem Projekt Innovationsmanagement heraus entstanden. In einem Themenspeicher befinden sich über siebenzig weitere Mitarbeiterideen für neuartige Lösungen, deren Stand regelmässig nachgeführt wird. Nach der Aufbauphase wird das Projekt in die Standardorganisation übergeführt. Ein heterogen zusammengesetztes Team stellt den Fortbestand des Innovationsgedankens sicher.

### 4.4.3 Allgemeine Kennzahlen

Verkehrssicherheit	2008	2009	2010	2011	2012
Strassenverkehrsunfälle	3 886	4 050	3 803	3 666	3 550
Verletzte Verkehrsteilnehmende	1 394	1 360	1 372	1 301	1 290
Verkehrstote	11	9	11	12	6

Die Zahl der gemeldeten Strassenverkehrsunfälle hat im Jahr 2012 erneut abgenommen und einen historischen Tiefstand erreicht. Die Abnahme betrifft in erster Linie Unfälle, bei denen nur Sachschaden entstand. Die Zahl der Verletzten hingegen

hat fast stagniert, mit einer leichten Tendenz nach unten. Mit sechs im Strassenverkehr getöteten Personen wurde der zweit-tiefste Stand nach 2005 mit damals fünf Getöteten erreicht.

Sicherheitsvorkehrungen	2008	2009	2010	2011	2012
Bei Baustellen und Verkehrsumleitungen	1 610	1 691	1 629	1 753	1 827

Die Anzahl Sicherheitsvorkehrungen an Baustellen ist angestiegen und aufgrund der starken Bautätigkeit weiterhin auf einem hohem Stand.

Verkehrsvorschriften	2008	2009	2010	2011	2012
Umgesetzte Verkehrsvorschriften	156	137	131	216	182

Die Anzahl der umgesetzten Verkehrsvorschriften steht in direkter Abhängigkeit zur Anzahl realisierter Strassenbauprojekte des Tiefbauamts.

Bewilligungen	2008	2009	2010	2011	2012
Anwohnerparkkarten	37 152	36 559	35 551	36 644	36 538
Gewerbeparkkarten	3 968	4 101	4 352	4 901	5 403
Spezialbewilligungen	5 667	5 594	5 495	5 573	5 650

Die Anzahl verkaufter Anwohnerparkkarten im Berichtsjahr liegt auf dem Vorjahreswert. Bei den Gewerbeparkkarten ist

wiederum eine Zunahme zu verzeichnen. Die Spezialbewilligungen sind seit Jahren konstant.

#### 4.4.4 Spezifische Kennzahlen

##### Finanzkennzahlen

Dienstabteilung Verkehr	2008	2009	2010	2011	2012
Ausgaben	33 344 000	31 875 000	32 235 000	31 838 000	31 729 000
Erträge	-14 138 000	-13 200 000	-13 522 000	-13 503 000	-12 844 000
<b>Saldo</b>	<b>19 206 000</b>	<b>18 675 000</b>	<b>18 713 000</b>	<b>18 335 000</b>	<b>18 885 000</b>

Die Saldoentwicklung liegt rund 2 Mio. Fr. unter Budget. Der Personalaufwand entwickelte sich nach Plan. Der Sachaufwand wurde aufgrund einer durchgeführten Submission für die

Sanierung von Lichtsignalanlagen (LSA) und geringerer Unterhaltskosten unterschritten. Die Abschreibungen auf den Investitionen liegen aufgrund der tieferen Ausgaben unter Budget.

Blaue Zonen	2008	2009	2010	2011	2012
Ausgaben	12 447 000	13 606 000	13 999 000	14 477 000	15 009 000
Erträge	-12 447 000	-13 606 000	-13 999 000	-14 477 000	-15 009 000
<b>Saldo</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

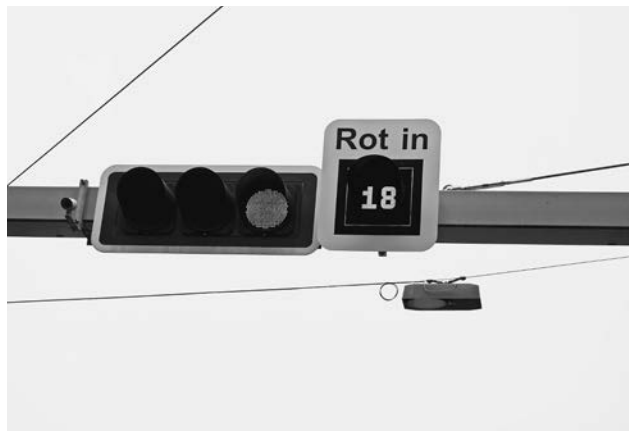
In den vergangenen Jahren waren keine grösseren Ersatzbeschaffungen für die Infrastruktur in den Blauen Zonen nötig, weshalb wiederum ein Überschuss erwirtschaftet wurde.

Der Ertrag aus den Parkkartengebühren ist im Berichtsjahr über Budget.

Parkgebühren	2008	2009	2010	2011	2012
Ausgaben	16 241 000	15 842 000	16 581 000	16 204 000	16 243 000
Erträge	-16 241 000	-15 842 000	-16 581 000	-16 204 000	-16 243 000
<b>Saldo</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Die Ersatzbeschaffung von Parkuhren wird aus der Spezialfinanzierung getragen. Der Ertrag aus den Parkgebühren ist

im Berichtsjahr konstant geblieben. Der Aufwandüberschuss von rund 0,6 Mio. Fr. ist knapp unter Budget.



Neue Verkehrsinfrastruktur 2012: Veloampel an der Kreuzung Falken-/Bellerivestrasse, Begegnungszonen-Rack auf einem Betonsockel am Bullingerplatz und Rotlicht-Countdown an der Verzweigung Rosengarten-/Nordstrasse. (Bilder: Heiko Ciceri, Dienstabteilung Verkehr)

## 4.5 Stadtrichteramt

### 4.5.1 Aufgaben

Das Stadtrichteramt stellt die weltweite Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und Übertretungen des eidgenössischen, des kantonalen und des kommunalen Rechts sicher, die in die örtliche, sachliche und funktionale Zuständigkeit der Stadt Zürich fallen. Es sorgt für die rechtlich einwandfreie und zeitgerechte Behandlung und Erledigung dieser Übertretungsstrafverfahren sowie für eine einheitliche Rechts- und Strafpraxis. Damit gewährleistet es auf dem Gebiet der Stadt Zürich Rechtssicherheit und stärkt das Rechtsbewusstsein nicht nur der Allgemeinheit, sondern auch des Individuums. In diesem Sinne betreibt es sowohl General- als auch Spezialprävention.

Im Rahmen dieses Kerngeschäfts beteiligt sich das Stadtrichteramt an der Gestaltung von Gesetzgebung und Rechtsprechung auf kommunaler, kantonalen und nationaler Ebene und vertritt die Interessen und Bedürfnisse einer urbanen Bevölkerung sowie die speziellen Anliegen einer Grossstadt. In der Erfüllung dieser Hauptaufgaben ist das Stadtrichteramt selbständig und geniesst den Schutz der richterlichen Unabhängigkeit. Deshalb ist das Stadtrichteramt dem Polizeidepartement nur administrativ unterstellt; die Aufsicht über die richterliche Tätigkeit obliegt dem Statthalteramt.

Daneben gewährleistet das Stadtrichteramt den Aufbau und den Betrieb eines Kompetenzzentrums für Verlustscheinbewirtschaftung für die Verwaltung der Stadt Zürich. Es sorgt damit für die rechtlich einwandfreie und zeitgerechte Eintreibung der Verlustscheinforderungen der allermeisten Dienstabteilungen der Stadtverwaltung.

Für weitere Angaben: [www.stadt-zuerich.ch/stadtrichteramt](http://www.stadt-zuerich.ch/stadtrichteramt)

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

#### Verlustscheinbewirtschaftung

Der Bereichsleiter verliess nach vierjähriger Tätigkeit auf Ende September 2011 das Verlustscheininkasso. Da nebst der Einarbeitung der neuen Führung vor allem die reibungslose Weiterführung dieses Bereichs an erster Stelle stand, konnte das Stadtrichteramt erste Angaben zur Werthaltigkeit der im September 2010 zu Testzwecken übernommenen 152 Verlustscheine der Sozialen Dienste erst im zweiten und nicht wie vorgesehen im ersten Trimester machen. Zur Validierung dieser Angaben, hauptsächlich aber, um noch mehr Informationen über die Menge, die einzelnen Kategorien, die Altersstruktur sowie Berechnungen über den zeitlichen und finanziellen Aufwand für die Übergabe und die Übernahme usw. zu erhalten, wurde im Oktober der Firma PricewaterhouseCoopers AG der Auftrag für das Projekt «Validierung Werthaltigkeit Verlustscheine Soziale Dienste» erteilt. Erste Feststellungen und Empfehlungen liegen zwar vor, aber aufgrund der Komplexität dieser Thematik und einiger neuer Erkenntnisse konnte das Projekt nicht mehr im Jahr 2012 abgeschlossen werden. Das Stadtrichteramt strebt an, dass dies in der ersten Jahreshälfte 2013 der Fall sein wird. Wegen dieser Verzögerung war es auch nicht möglich, einen Antrag für einen schrittweisen Ausbau des Verlustscheininkassos einzureichen.

Auch die Reorganisation der Dokumentenvorlagen und der hinterlegten Prozesse konnten aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen nicht weiterverfolgt werden.

Dadurch, dass nach dem Weggang des Bereichsleiters sowohl die Nachfolgerin als auch der neue Stellvertreter zuerst in ihre neuen Aufgabengebiete eingearbeitet werden mussten, und aufgrund der Umstände, dass einerseits trotz intensiver Suche 2,8 Stellenwerte fast das ganze Jahr nicht besetzt werden konnten und andererseits ein Mitarbeiter krankheitsbedingt für mehrere Wochen ausfiel, waren die geplanten Einnahmen von mindestens 2,8 Mio. Fr. nicht erreichbar. Dass das Ziel lediglich um rund Fr. 400 000.– verfehlt wurde und somit effektive Einnahmen von doch etwa 2,4 Mio. Fr. (davon Fr. 452 745.90 für Verlustscheine anderer Dienstabteilungen) mit einem Gewinn von ungefähr Fr. 640 000.– resultierten, war nur dank einem vorbildlichen Einsatz des vorhandenen Personals möglich.

#### Rückführung in eine Remo-Dienstabteilung

Sowohl die Budgetierung als die Rechnungslegung erfolgten reibungslos.

#### Gesetzesnovellen

Der bereits zu Beginn der Berichtsperiode schon erfreulich hohe Stand an Konsolidierung der in letzter Zeit in Kraft getretenen Gesetzesänderungen konnte noch einmal gesteigert und vor allem gefestigt werden. Dazu beigetragen hat die Einführung neuer Standardabläufe und Verfügungstypen im elektronischen Workflow.

Insgesamt jedoch hat der Zeitaufwand, der seit der Einführung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs (AT StGB) per 1. Januar 2007, aber vor allem mit der Einführung der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung (CH StPO) per 1. Januar 2011 für die juristische Bearbeitung pro Geschäftsfall betrieben werden muss, angesichts der nicht zu unterschätzenden Tragweite der Neuerungen markant zugenommen. Ganz grundsätzlich ist auch das Bedürfnis der – in der Regel rechtsschutzversicherten – beschuldigten Personen, Einsprache zu erheben und ihren Fall vom Bezirksgericht beurteilen zu lassen, signifikant gestiegen. Dies vor allem dort, wo das Übertretungsstrafverfahren auch noch zivilrechtliche Wirkung zeitigt. Die amtsintern getroffenen Massnahmen zur Effizienzsteigerung brachten zwar wieder eine erhöhte Erledigungszahl bei den Einsprachen. Sie genügt aber klar nicht, um die Einsprachependenzen innert vernünftiger Frist abzubauen und zu bewältigen. Um den Eintritt einer Strafverfolgungsverjährung, die nebst einem finanziellen Verlust einen enormen Reputationsschaden zur Folge hat, zu vermeiden und unter dem Aspekt, dass nicht wie vermutet ab 2014, sondern bereits ab 1. Dezember 2012 die jährlich etwa 10 000 Schwarzfahrerfälle, die seit einem Bundesgerichtsentscheid vom 25. Januar 2011 nicht mehr bestraft werden konnten, wieder dazukommen, hat das Stadtrichteramt für das Jahr 2013 eine zusätzliche Juristenstelle (ausserordentliche Stellvertretung des Stadtrichters, ao. Stv. StRi) beantragt, die der Gemeinderat mit dem Budget 2013 bewilligte.

In Bezug auf die anstehende Revision des AT StGB hatte sich das Stadtrichteramt an der Vernehmlassung beteiligt und mit Erfolg beantragt, die gemeinnützige Arbeit müsse als Vollzugsform auch für Übertretungsbussen unbedingt beibehalten werden. Zudem sei auf einen gesetzlich festgeschriebenen Umwandlungssatz für Ersatzfreiheitsstrafen bei Übertretungsbussen zu verzichten. Die dabei geltend gemach-

ten Argumente sind auch von anderen Vernehmlassungsbeteiligten analog vorgebracht worden. Der Bundesrat hat jene aufgenommen und in seine Botschaft an die Eidgenössischen Räte vom 4. April 2012 einfliessen lassen. Folgen die Räte dem Antrag des Bundesrats, dürfte sich der mit der Novellierung verbundene Aufwand in Grenzen halten.

Die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Regierungsratsverordnung über die Gebühren, Auslagen und Entschädigungen der Strafverfolgungsbehörden (GebV StrV, LS323.1) auf die Stadtrichterämter erfolgte zwar nicht wie erwartet auf den 1. Januar 2012, wurde jedoch mit dem Erlass der «Richtlinien Gebührenansätze der Übertretungsstrafbehörden» vom 18. Mai 2012 durch die Direktion der Justiz und des Innern gestützt auf § 13 GebV StrV dennoch im Berichtsjahr realisiert und auf den 1. August in Kraft gesetzt. Damit ist das Ziel der einheitlichen Bemessung der Gebühren der Übertretungsstrafbehörden im Kanton Zürich innerhalb der gegebenen Gebührenrahmen erreicht. Die Ablösung der bisherigen Spruch-, Schreib- und Zustellgebühren durch die neuen Gebührenpauschalen konnte im Stadtrichteramt samt der entsprechenden Übergangsregelung rechtzeitig und ohne nennenswerte Probleme ins System implementiert werden und hat sich bislang weitgehend bewährt.

Der Stadtrat hat die vom Gemeinderat mit Beschluss vom 7. März 2012 erlassene Prostitutionsgewerbeverordnung mit STRB 0611/2012 teilweise bereits auf den 1. Juli 2012 in Kraft gesetzt. Die wichtigste der damit bereits geltenden Änderungen besteht darin, dass neu auch Freier bestraft werden können.

#### **Einführung und Konsolidierung der Allgemeinen Polizeiverordnung der Stadt Zürich**

Die Einführung und Konsolidierung der neuen, per 1. Januar 2012 in Kraft getretenen Allgemeinen Polizeiverordnung der Stadt Zürich verlief reibungslos, und auch die Herstellung von Rechtssicherheit sowie die Förderung einer einheitlichen Praxis im Einflussbereich des Stadtrichteramts sind auf gutem Weg.

#### **E-Government**

Strafbehörden sind nach der Schweizerischen Strafprozessordnung gehalten, an Verfahren Beteiligten Entscheide auf Verlangen elektronisch zuzustellen. Um den technischen Anforderungen zu genügen, musste das Stadtrichteramt die nötigen Voraussetzungen schaffen. Weitere Angaben können dem

Geschäftsbericht 2011 entnommen werden. Im Jahr 2012 wurden nach den Testphasen per 1. August die amtsinternen Abläufe ausgerollt. Seit dem 2. August 2012 werden Entscheide der verfügungsberechtigten Personen ins vom Gesetz vorgeschriebene Archiv-Format PDF/A konvertiert und mit deren elektronischer Signatur, die ihre Zeichnungskompetenz ausweist, versehen. Was so einfach scheint, greift bei näherer Prüfung jedoch tief in die Systemarchitektur des Stadtrichteramts ein. Es gibt daher nach wie vor Anpassungsbedarf, und die involvierten Fachkräfte werden neben ihrem täglichen Arbeitspensum noch immer bei der Suche nach Optimierung gefordert. Damit der elektronische Zugang zum Stadtrichteramt für Verfahrensbeteiligte gesetzeskonform verläuft, ist der Bau eines Online-Schalters zwingend. Hier sind die ersten Entwicklungen erfolgt, und eine Einführung ist im Jahr 2013 geplant.

#### **Schnittstelle zum Unfalltechnischen Dienst (UTD) der Stadtpolizei**

Das Projekt «Schnittstelle zum Unfalltechnischen Dienst (UTD) der Stadtpolizei» mit dem Ziel, Zugriff auf alle Fotos der UTD-Bilderdatenbank zu erlangen, die im Stadtrichteramt penden- te Geschäfte betreffen, konnte nicht weiterverfolgt werden, weil die Projektleitung beim Kanton liegt und das Stadtrichteramt auf den Lauf der Dinge keinen Einfluss hat. Die für die Erreichung des Projektziels nötige Einbindung dieser Bilderdatenbank in die kantonale Polizeidatenbank «Polis» ist Rahmen des kantonalen Projekts «Performance» vorgesehen. Es setzt entsprechende Schnittstellen zwischen den beteiligten kantonalen und kommunalen Polizei- und Justizbehörden voraus.

#### **IT**

Der Ausbau der Schnittstelle zum Kommissariat «Zentralstelle für Verkehrs- und Ordnungsbussen (ZVO)» der Stadtpolizei mit dem Ziel, auch Aktenergänzungen durch die ZVO (Anforderung von digitalen Fotos, Einholung von Nachtragsrapporten usw.) mit einem der Rückweisung ähnlichen Verfügungstyp und Verfahren papierlos darüber abwickeln zu können, musste aufgrund dringenderer Vorhaben erneut zurückgestellt werden. Der Grund dafür liegt hauptsächlich im Umstand, dass die Umsetzung der vom Gesetzgeber im Rahmen von E-Government geforderten Systemanpassungen in der Berichtsperiode erheblich mehr Ressourcen band als vorgesehen. Das Anliegen bleibt jedoch auf der Pendenzenliste.

#### **4.5.3 Spezifische Kennzahlen**

Rechnung in Fr.	2008	2009	2010	2011	2012
Aufwand	20 980 322	21 356 322	19 884 466	19 010 343	17 958 603
Ertrag	-33 335 108	-30 170 170	-31 739 368	-28 411 060	-26 184 766
<b>Saldo</b>	<b>-12 354 786</b>	<b>-8 813 848</b>	<b>-11 854 902</b>	<b>-9 400 716</b>	<b>-8 226 163</b>

#### **Kommentar**

Der Minderaufwand ist hauptsächlich auf eine Reduktion einerseits bei den Betriebskosten um rund Fr. 300 000.– (Rückgang sämtlicher Inkassomassnahmen) andererseits bei den Abschreibungen um rund Fr. 800 000.– (fehlende Schwarzfahrerfälle sowie eine vermutlich verbesserte Zahlungsfähigkeit der Beschuldigten) zurückzuführen.

Der Minderertrag ist einerseits auf eine Reduktion bei den Bussen und den Gebühren um rund 1,3 Mio. Fr., wo eine Abnahme

der erledigten Rechtsgeschäfte (-1714) vor allem aber ein um Fr. 10.82 tieferer Durchschnitt bei den verfügbaren Totalbeträgen zu verzeichnen ist, begründet. Andererseits haben rund Fr. 600 000.– bei den Rückerstattungen Dritter (Rückgang der Rechtsgeschäfte und aller Inkassomassnahmen) und weitere rund Fr. 400 000.– wegen tieferer Erträge beim Verlustscheininkasso (Führungswechsel) zu Buche geschlagen.

#### 4.5.4 Allgemeine Kennzahlen

<b>Eingang Verzeigungen (Anzahl)</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012<sup>1</sup></b>
Übertrag aus dem Vorjahr	1 921	4 361	5 881	5 708	4 666
Statistikbereinigung nach Systemüberprüfung	–	–1 060	–	–	76 <sup>2</sup>
Rapporte aus dem Übertretungsstrafrecht (Sicherheits-, Gewerbe-, Wirtschaftspolizei, Meldewesen usw.)	93 669	90 862	91 034	79 435	77 076
<b>Gesamtzahl der Verzeigungen</b>	<b>95 590</b>	<b>94 163</b>	<b>96 915</b>	<b>85 143</b>	<b>81 742</b>
<b>Erledigung</b>					
Bussen, Verweise usw.	79 699	77 204	79 822	69 581	68 082
Einstellung des Verfahrens	1 651	1 314	1 367	1 661	1 133
Überweisungen an Statthalterämter	6 686	5 924	6 555	5 874	5 743
Überweisungen an Bezirks- bzw. Staatsanwaltschaften	–	–	–	–	–
Überweisungen an andere Amtsstellen	195	201	228	285	186
Vereinigung mit anderen Verzeigungen der gleichen Täterschaft	2 998	3 637	3 235	3 076	3 589
sonstige Erledigungen	–	–	–	–	30
Übertrag auf das nächste Jahr	4 361	5 881	5 708	4 666	3 055
<b>Total</b>	<b>95 590</b>	<b>94 163</b>	<b>96 915</b>	<b>85 143</b>	<b>81 818</b>

<b>Begehren um gerichtliche Beurteilung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Übertrag aus dem Vorjahr	986	1 276	1 616	2 416	2 225
Einsprachen	7 722	7 158	6 867	7 362	6 494
<b>Total</b>	<b>8 708</b>	<b>8 434</b>	<b>8 483</b>	<b>9 778</b>	<b>8 719</b>

<b>Erledigung</b>					
Nichteintreten	1 502	1 443	1 429	684	578
Rückzug der Einsprachen	963	813	571	605	652
aufgehobene Bussen	3 751	3 282	3 065	3 525	3 302
sonstige Erledigungen	1 216	1 150	943	2 420	2 051
Weisungen an das Bezirksgericht	129	130	59	319	375
<b>Total</b>	<b>7 432</b>	<b>6 818</b>	<b>6 067</b>	<b>7 553</b>	<b>6 958</b>
Pendente Fälle	1 276	1 616	2 416	2 225	1 761
<b>Total</b>	<b>8 708</b>	<b>8 434</b>	<b>8 483</b>	<b>9 778</b>	<b>8 719</b>

<b>Erledigungen der Weisungen an das Bezirksgericht</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Einsprache abgelehnt	–	–	–	183	238
Einsprache zugelassen	–	–	–	24	13
bestätigt	29	32	31	15	44
im Schuldpunkt bestätigt, jedoch von Bestrafung Umgang genommen	–	–	–	–	–
vor Gericht anerkannt	37	31	21	14	34
aufgehoben	17	20	13	13	18
an das StRAZ <sup>3</sup> zurückgewiesen/abgewiesen	6	13	4	2	8
Ausstehende Entscheide	41	37	27	71	80
<b>Total</b>	<b>130</b>	<b>133</b>	<b>95</b>	<b>323</b>	<b>435</b>

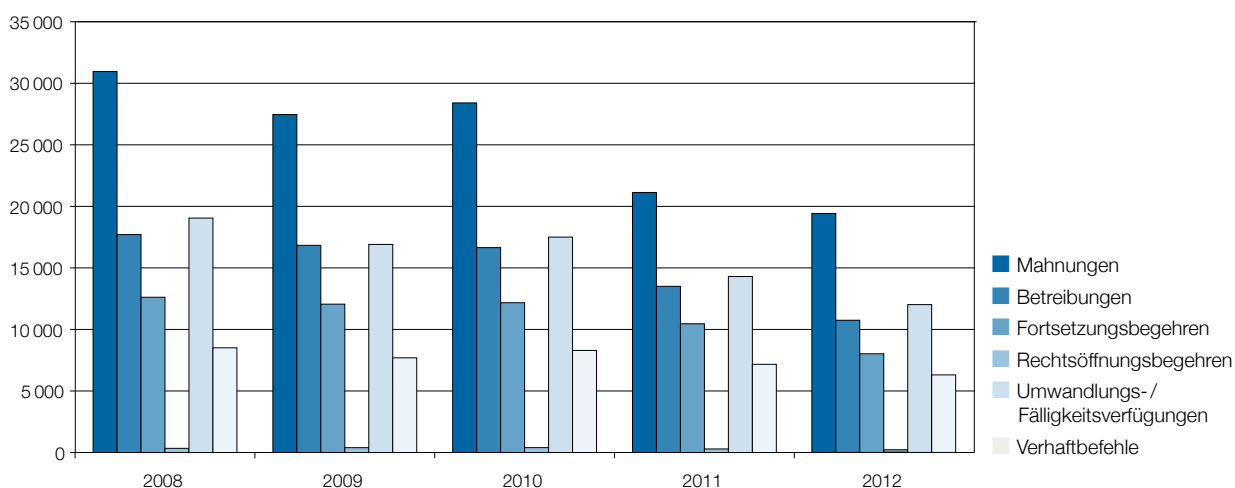
<sup>1</sup> Per 1. Januar 2012 Rückführung vom WOV-Pilotprojekt in eine Remo-Dienstabteilung

<sup>2</sup> Diese Statistikbereinigung wurde nötig, da es bei der Integration der mit der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung seit Anfang 2011 neu dazu gekommenen Verfügungstypen «Eröffnung Verfahren» und «Nichtanhandnahme» in die Statistiken für den Geschäftsbericht zu Missverständnissen kam, die zur Folge hatten, dass die Ende 2011 zwar mit dem Verfügungstyp «Eröffnung Verfahren» verfügten, im Entscheid aber noch offenen, also insofern dennoch pendente Geschäfte weder als verfügt noch als pendent Eingang in die Statistik fanden. Da die Verfahrenseröffnung eine reine Aktenverfügung darstellt, die nicht nach aussen in Erscheinung tritt, werden solche zwar verfügten, im Entscheid aber offenen Geschäfte im Geschäftsbericht inskünftig als pendent geführt.

<sup>3</sup> Die Erweiterung der Abkürzung StRA auf StRAZ drängte sich auf, da es seit der Einführung der neuen Strafprozessgesetzgebung allein im Kanton Zürich mehrere Stadtrichterämter gibt.

Vollzug	2008	2009	2010	2011	2012
Mahnungen	30954	27459	28404	21128	19567
Betreibungen	17707	16835	16646	13503	10905
Fortsetzungsbegehren	12616	12054	12171	10460	8122
Rechtsöffnungsbegehren	340	393	397	289	228
Umwandlungs- / Fälligkeitsverfügungen	19047	16907	17503	14300	12247
Verhaftbefehle	8507	7692	8294	7167	6380

### Vollzug 2008–2012



### Kommentar zu Eingang Rapporte aus Übertretungsstrafrecht und Vollzug

Die Abnahme bei den eingegangenen Rapporten gegenüber dem Vorjahr um rund 2300 ist hauptsächlich auf den Rückgang bei den sogenannten «Schwarzfahrten» (Benützen eines öffentlichen Verkehrsmittels ohne gültigen Fahrausweis) um rund 1700 Geschäfte zurückzuführen, wurden doch bis zur Veröffentlichung des im Geschäftsbericht 2011 gewürdigten Bundesgerichtsurteils Ende Februar 2011 noch alle «Schwarzfahrten» ans Stadtrichteramt rapportiert, wenn die Strafverfahren in den vom Gerichtsentscheid erfassten Fällen auch alle mit Nichtanhandnahmeverfügungen erledigt wurden mussten. Zudem war bei den Rapporten von der Zentralstelle für Verkehrs- und Ordnungsbussen eine Reduktion um rund 400 zu verzeichnen.

Der hohe Rückgang beim gesamten Vollzug kann bis auf die Abnahme beim Geschäftseingang nicht schlüssig erklärt werden.

Da das Benützen eines öffentlichen Verkehrsmittels ohne gültigen Fahrausweis seit dem 1. Dezember 2012 wieder in

allen Fällen strafbar ist, geht das Stadtrichteramt davon aus, dass ab 2013 sowohl beim Geschäftseingang als auch beim gesamten Vollzug wieder eine erhebliche Steigerung erfolgen wird.



Das Stadtrichteramt an der Gotthardstrasse. (Bild: Lukas Roth, Stadtrichteramt)

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2012)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
EIS 2008/001165 2008/000468	29.10.2008 08.04.2009	Merz René Lebensmittelmärkte, Vorschriften

Antrag:

Anpassung der «Vorschriften über die Märkte» (AS 935.310)

1. *Betreffend die Lebensmittelmärkte (Art. 1, Ziff. 1) sollten die Vorschriften über die Verkaufszeiten (Art. 2, Abs. 1) so geändert werden, dass Lebensmittelmärkte an ihren Standorten und -tagen durchgehend bis 18 Uhr betrieben werden können.*
2. *Die Gebührenordnung (Art. 6, Abs. 1, Ziff. 1) sollte so umgestaltet werden, dass Gebühren entweder für vormittags (6 bis 12 Uhr), nachmittags (12 bis 18 Uhr) oder ganztags (6 bis 18 Uhr) erhoben werden.*
3. *Die Zuteilung der Standplätze (Art. 5) sollte so angepasst werden, dass sich zwei Marktfahrende den gleichen Standplatz tageshäftig teilen können («Marktsharing»), sofern der/die eine davon nur vormittags, der/die andere nur nachmittags tätig sein möchte.*

Am 12. Januar 2011 beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat die Einzelinitiative abzulehnen. Im Laufe der Beratungen der gemeinderätlichen Spezialkommission Polizeidepartement/Verkehr (SK PD/V) hat sich gezeigt, dass eine Totalrevision der Vorschriften über die Märkte vom 27. November 2002 (AS 935.310) sinnvoll wäre. Da die Revision der Marktvorschriften gemäss dem Wunsch der SK PD/V über die Ausdehnung der Verkaufszeiten hinausgeht und auch andere Bereiche wie das Prinzip der Gleichbehandlung der Gewerbetreibenden bei der Zuteilung der Standplätze im Rahmen einer Totalrevision neu regeln soll, ist der Sachzusammenhang mit dem ursprünglichen Anliegen der Einzelinitiative einer eng begrenzten Teilrevision nicht mehr gegeben. Der Gemeinderat kann unter diesen Umständen nicht mehr von sich aus einen Gegenvorschlag ausarbeiten. Deshalb hat der Stadtrat mit Weisung vom 14. November 2012 (GR Nr. 2012/411) dem Gemeinderat einen indirekten Gegenvorschlag zur Totalrevision der Marktvorschriften unterbreitet. Das Geschäft ist in der SK PD/V pendent.



## II. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2012)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2000/000377 2000/000073	09.02.2000 29.05.2002	Dettli Reto und Bögle Heinz Heinrichstrasse, Befreiung vom Durchgangsverkehr

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Heinrichstrasse vom Durchgangsverkehr befreit werden kann.*

Anlässlich eines Workshops im Jahr 2010 wurde in Zusammenarbeit mit den eingeladenen Gästen (Gemeinderäte, Quartier- und Gewerbevereine, Genossenschaften, Stadtpolizei Zürich, Tiefbauamt Stadt Zürich sowie Kommissionen und Verbände) ein «Nachtfahrverbot Kreis 5» ausgearbeitet. Das Nachtfahrverbot (22.00 bis 3.00 Uhr) umfasst den Perimeter Limmat-/Langstrasse/Gleisfeld/Hard-/Gerold-/Viaduktstrasse. Die Zufahrt für die Anwohnerschaft sowie (wo nötig) für die Zulieferer bleibt weiterhin erlaubt.

Seitens Tiefbauamt der Stadt Zürich sind in den Strassenzügen Quellen-/Motoren-/Gasometer-/Josef-/Heinrichstrasse Bestrebungen im Gange, die Gestaltung des Strassenraumes inklusiv Alleenkonzept zu verbessern, um das Wohngebiet aufzuwerten. In der Heinrichstrasse sind zudem Fahrtrichtungsänderungen geplant, um den Durchgangsverkehr zu unterbinden. Das Teilstück Heinrichstrasse, zwischen der Ottostrasse und der Röntgenstrasse, könnte eventuell neu nur noch stadteinwärts befahren werden. Ebenfalls möchte man die Fahrtrichtung im Teilstück Röntgen-/Fabrikstrasse ändern. Am 6. April 2011 wurde das Strassenprojekt Quellen-/Motoren-/Gasometer-/Josef-/Heinrichstrasse zeitgleich mit dem «Nachtfahrverbot Kreis 5» gemäss § 16 Strassengesetz im städtischen Amtsblatt ausgeschrieben. In der Folge wurden zwar gegen das Strassenbauprojekt fristgerecht Einsprachen erhoben, nicht jedoch gegen das «Nachtfahrverbot Kreis 5», das in Rechtskraft erwachsen ist. Die Einsprachen konnten gemäss Tiefbauamt der Stadt Zürich in der Zwischenzeit erledigt werden, und das Projekt wurde entsprechend angepasst. Es ist vorgesehen, die Umsetzung des Nachtfahrverbots nach Abschluss des Strassenbaus im Jahr 2014 umzusetzen.

POS 2000/001110 2000/000266	07.06.2000 19.06.2002	Bögle Heinz Josefstrasse zwischen Gasometerstrasse und Luisenstrasse, teilweise Sperrung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird höflich gebeten zu prüfen, wie halbjährlich in der Zeit zwischen Frühlings- und Herbstferien auf möglichst einfache und kostengünstige Art und Weise das Teilstück der Josefstrasse zwischen Gasometer- und Luisenstrasse im Kreis 5 für den Durchgangsverkehr und den ruhenden Verkehr gesperrt werden könnte. Die Sperrung sollte täglich zwischen 11.00 Uhr und 6.00 Uhr erfolgen, so dass der morgendliche Güterumschlag gewährleistet bleibt.*

Anlässlich eines Workshops im Jahr 2010 wurde in Zusammenarbeit mit den eingeladenen Gästen (Gemeinderäte, Quartier- und Gewerbevereine, Genossenschaften, Stadtpolizei Zürich, Tiefbauamt Stadt Zürich sowie Kommissionen und Verbände) ein «Nachtfahrverbot Kreis 5» ausgearbeitet. Das Nachtfahrverbot (22.00 bis 3.00 Uhr) umfasst den Perimeter Limmat-/Langstrasse/Gleisfeld/Hard-/Gerold-/Viaduktstrasse. Die Zufahrt für die Anwohnerschaft sowie (wo nötig) für die Zulieferer bleibt weiterhin erlaubt.

Da Bestrebungen seitens Tiefbauamt der Stadt Zürich infolge Oberflächen-/Neugestaltung im darin befindlichen Perimeter im Gange sind, wurde das Strassenprojekt Quellen-/Motoren-/Gasometer-/Josef-/Heinrichstrasse zeitgleich mit dem «Nachtfahrverbot Kreis 5» gemäss § 16 Strassengesetz im städtischen Amtsblatt am 6. April 2011 ausgeschrieben. In der Folge wurden zwar gegen das Strassenbauprojekt fristgerecht Einsprachen erhoben, nicht jedoch gegen das «Nachtfahrverbot Kreis 5», das in Rechtskraft erwachsen ist. Die Einsprachen konnten gemäss Tiefbauamt der Stadt Zürich in der Zwischenzeit erledigt werden, und das Projekt wurde entsprechend angepasst. Es ist vorgesehen, die Umsetzung des Nachtfahrverbots nach Abschluss des Strassenbaus im Jahr 2014 umzusetzen.

POS 2002/000187 2002/000044	30.01.2002 17.04.2002	Freisinnig-Demokratische-Partei-Fraktion Kreuzplatz, Optimierung der Verkehrsführung und -steuerung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob durch eine Optimierung der Verkehrsführung und -steuerung am Kreuzplatz, insbesondere auch durch eine zweispurige Einfahrt aus der Zollikerstrasse, der Verkehrsfluss stadteinwärts derart verbessert werden kann, dass der Verkehr aus dem Quartier, insbesondere der gewerbliche, auch zu Hauptverkehrszeiten flüssig und ohne Verzögerung aus der Zollikerstrasse über den Kreuzplatz abfließen kann. Dabei sollen solche Massnahmen getroffen werden, die erstens die Situation für den öffentlichen Verkehr, den Veloverkehr und für die Fussgängerinnen und Fussgänger nicht verschlechtern, zweitens in den angrenzenden Wohnquartieren keine zusätzlichen Verkehrsbelastungen – z. B. durch Eröffnung neuer Schleichwege – erzeugen.*

Die Verkehrsführung am Kreuzplatz ist mit vier Einmündungen und den verschiedenen dort verkehrenden öffentlichen Verkehrsmitteln sehr komplex und muss dementsprechend gesteuert werden. Nur durch einen optimal abgestimmten Verkehrsfluss kann der Busbetrieb im Zeltweg ohne grössere Zeitverluste und ein ungehinderter Betrieb der übrigen Verkehrsmittel rund um und auf dem Kreuzplatz gewährleistet werden. Zudem muss die Verkehrssteuerung den gesamten Verkehr inkl. Individualverkehr so lenken, dass der Verkehr in der Innenstadt durch die anfallenden Verkehrsströme nicht zum Erliegen kommt. Das bestehende Projekt zur Umgestaltung des Kreuzplatzes ist aufgrund von Einsprachen weiterhin blockiert. Bis heute sind jedoch die Gleisanlage der Verkehrsbetriebe Zürich ersetzt und die Haltestelle behindertengerecht angepasst worden. Nach Angaben des Tiefbauamts der Stadt Zürich wird auch eine neue, ganzheitliche Betrachtung in Erwägung gezogen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2003/001682 2003/000231	25.06.2003 20.04.2005	Stäbler Anton und Schönbächler Robert Meierhofplatz, Aufwertung

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die zum Ziel hat, den Meierhofplatz durch organisatorische und bauliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr sowie für die nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer aufzuwerten.*

Mit der Weisung GR Nr. 2012/312 vom 29. August 2012 beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat, vom Bericht betreffend Meierhofplatz, Aufwertung, Kenntnis zu nehmen und die Motion, GR Nr. 2003/231, als erledigt abzuschreiben. Die Berichterstattung im Gemeinderat ist dem Vorsteher des Polizeidepartements sowie der Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements übertragen.

POS 2005/001023 2005/000333	10.09.2003 24.08.2005	Nielsen Claudia Westtangente, Vorlage für eine effiziente Verkehrssteuerung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für eine effizientere Verkehrssteuerung an der Westtangente zu unterbreiten. Durch geeignete Modernisierung der Installation soll eine zeitweise Spurreduktion zwischen Buchegg- und Hardplatz ermöglicht werden. Geeignete Massnahmen sollen eine Zusatzbelastung durch die Spurreduktion in anliegenden Quartieren verhindern.*

Grundsätzlich wäre zu Nachtzeiten eine Redimensionierung der Anzahl Fahrstreifen möglich. Die Vorteile lägen in einem gleichmässigeren, stetigen Verkehrsfluss, einer voraussichtlichen leichten Reduktion der Unfallstatistik und einer (wenn auch nicht allzu massiven) Reduktion der Lärmemission. Stau bildende oder den öffentlichen Verkehr behindernde Situationen wären dadurch nicht zu befürchten. Neben dem vorliegenden Postulat ist nach wie vor ein Begehren für einen oberirdischen Fussgängerübergang an der Rosengartenstrasse hängig. Beide Vorhaben schliessen sich nicht aus, ergeben aber auch keine Synergien und müssten zudem zusätzlich vom Kanton bewilligt werden.

POS 2004/001403 2004/000455	01.09.2004 06.06.2007	Bucher Gregor Universitätstrasse/Huttensteig, sichere Gestaltung der Strassenübergänge
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er den Strassenübergang der Universitätsstrasse beim Huttensteig sicherer gestalten kann. Zu prüfen ist die Realisierung von zwei Schutzinseln.*

In der Vorstudie des Strassenbauprojekts «Universitätstrasse» zeichnet sich für den Übergang Höhe Huttensteig eine Lösung ab. Diese ermöglicht zumindest einen Stützpunkt für die Fussgängerinnen und Fussgänger zwischen den Gleisen, bedingt aber eine Verschiebung der talseitigen Haltestelle «Winkelriedstrasse» in Richtung stadteinwärts und die Ausbildung einer Kaphaltestelle (Mischverkehr im Haltestellenbereich). Die Ausführung war in den Jahren 2014/15 vorgesehen. Da entschieden wurde, dass die Vorhaben rund um den Rigiplatz in das vorliegende Projekt einbezogen werden sollen, verzögert sich die Umsetzung. Die Bauausführung ist nun im Jahr 2017 vorgesehen.

POS 2005/001353 2005/000453	09.11.2005 15.03.2006	Knauss Markus und Nielsen Claudia Hardbrücke, Auswertung der Sanierung für die künftige Verkehrsführung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Erfahrungen bei der Sanierung der Hardbrücke nutzen kann, um die heutige Verkehrsführung bei Wiedereröffnung nach der Unterhaltssanierung auf zwei Fahrspuren für den Individualverkehr anzupassen.*

Um den öffentlichen und privaten Fahrzeugverkehr sicher und ökonomisch abzuwickeln, ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur nötig, die nicht an ihrer Leistungsgrenze betrieben werden muss, sondern idealerweise eine gewisse Reserve aufweist. Nur so bleibt es auch in Zukunft möglich, die Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs (dies betrifft nicht nur die Hardbrücke, sondern das ganze städtische Verkehrssystem) weiterhin auf hohem Niveau zu gewährleisten. Eine Reduktion der Fahrspuren auf der Hardbrücke hätte zwangsläufig eine Verlagerung des Verkehrs, Mehrbelastungen auf anderen Verkehrsachsen und schlimmstenfalls in verkehrsberuhigten Quartierstrassen zur Folge. Eine solche Strategie wird zurzeit weder als opportun noch zielführend erachtet, da auch die kantonalen Instanzen einer derartigen Verkehrspolitik nicht zustimmen würden. Die Wirkungsanalyse Hardbrücke hat aufgezeigt, dass die Beibehaltung der provisorischen Verkehrsführung am Rosengarten sinnvoll wäre. Das städtische Verkehrsnetz hat sich mit den flankierenden Massnahmen zur Westumfahrung «FlaMa West» dauerhaft verändert. Die Westtangente durch die Stadt Zürich wurde aufgehoben, und die umgebauten Schimmel-, Seebahn- und Hohlstrasse sind primär auf den innerstädtischen Binnen- und Ziel-/Quellverkehr (Gewerbe- und Pendlerverkehr) ausgerichtet.

Die Dienstabteilung Verkehr hat aus verkehrspsychologischen und ökonomischen Gründen sowie im Hinblick auf die in rund einem Jahr geplante Kanalsanierung in der Rosengartenstrasse vorgesehen, die Zufahrtsdosierung für die Stadtzufahrt via Rosengartenstrasse auch nach Abschluss der Sanierungsarbeiten an der Hardbrücke weiter zu betreiben (separate Busspur und eine MIV-Spur). Mit dieser Steuerung können die Überlastungen des innerstädtischen Verkehrsnetzes begrenzt werden. 2012 wurde zudem an der der Zufahrtsdosierung dienenden Lichtsignalanlage Rosengartenstrasse Höhe Lehensteig eine Grünsekunden-Anzeige angebracht. Dabei handelt es sich um eine «Countdown-Anzeige», bei der die letzten 20 Grünsekunden zurückgezählt werden und bei null das Gelblicht aufleuchtet. Dies fördert den Verkehrsfluss und erhöht vor allem die Sicherheit, da klar ersichtlich ist, wann die kommende Gelb- oder Rotphase folgt. In der Gegenrichtung werden die wieder zur Verfügung stehenden zwei Fahrspuren so betrieben, dass die Hardbrücke die Funktion eines Verkehrsteilers übernimmt, sodass die Verkehrsströme nicht auf die Quartierstrassen ausweichen.

Im Rahmen der Regionalen Verkehrsleitzentrale Verkehrsraum Zürich (RL VRZ) haben im Berichtsjahr Sitzungen stattgefunden. Das Thema Rosengarten ist Gegenstand der Ausarbeitung der Verkehrsmanagementpläne. Für das Berichtsjahr liegen noch keine konkreten Ergebnisse vor.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2007/000906 2007/000452	29.08.2007 03.10.2007	Reimann Beatrice und Leupi Daniel Langstrasse, Ausdehnung des Nachtfahrverbots
<p><i>Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob das Nachtfahrverbot in den an die Langstrasse angrenzenden Wohnquartiere im Kreis 4 (namentlich die Gevierte der die Sihlhallen-, Roland-, Diener-, Brauer-, Hellmut- und Hohlstrasse sowie die Tell-, Zwingli- und Dienerstrasse) auch mit der Einführung des neuen Verkehrsregimes an der Langstrasse (siehe Weisung 99, GR Nr. 2007/207) weiterhin ab 22.00 Uhr beibehalten und auf bis 5.30 Uhr ausgedehnt werden kann.</i></p> <p>Die für das Projekt «verkehrsarme Langstrasse» erlassenen bzw. geänderten Verkehrsvorschriften sind seit dem 23. August 2010 rechtskräftig. Zurzeit wird die Realisierung dieses Projekts vorbereitet. Verschiedene im Umfeld der Langstrasse befindliche Projekte werden ab Mitte 2014 umgesetzt. Sobald die Umfahrrouten zur Verfügung stehen, kann auch das Verkehrsregime «verkehrsarme Langstrasse» umgesetzt werden. Eine Ausdehnung des Nachtfahrverbots kann erst geprüft werden, wenn das Verkehrskonzept «Langstrasse ohne Durchgangsverkehr während der Betriebszeiten des öffentlichen Verkehrs» (sog. Tagkonzept) bzw. «Langstrasse mit Öffnung für den Durchgangsverkehr in der Nacht» (sog. Nachtkonzept) umgesetzt ist und sich bewährt hat.</p>		
POS 2008/000060 2008/000033	16.01.2008 11.06.2008	Butz Marlène und Hirzel Astrid Rigiplatz, Erhalt bisheriger und Erstellen zusätzlicher Fussgängerstreifen
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie alle bestehenden Fussgängerstreifen am Rigiplatz erhalten werden können und ein zusätzlicher Fussgängerstreifen über die Universitätstrasse im Bereich des alten Löwen angebracht werden kann.</i></p> <p>Nach einem Unterbruch wurde durch das Tiefbauamt der Stadt Zürich die Planung über den Rigiplatz – neu vereint mit dem Projekt «Universitätstrasse» – wieder aufgenommen. Die Machbarkeit eines sicheren Fussgängerübergangs auf der Höhe des eigentlichen Rigiplatzes (Restaurant zum alten Löwen) ist noch nicht nachgewiesen. Es ist jedoch nicht geplant, einen der bestehenden Fussgängerübergänge bei der Haltestelle «Rigiblick» aufzuheben. Die Projektausführung ist fürs Jahr 2017 geplant.</p>		
POS 2008/000342 2008/000157	02.04.2008 03.11.2010	Kuhn Rolf Rousseaustrasse, Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Lettenquartier (zwischen Rotbuch-, Kornhaus-, Wasserwerkstrasse und Bahnlinie Wipkingen–Hauptbahnhof) Höchstgeschwindigkeit so rasch wie möglich auf 30 km/h gesenkt werden kann. Begegnungszonen sind davon auszunehmen.</i></p> <p>Die Forderung aus dem Postulat konnte in einem Teilstück der Rousseaustrasse 2010 umgesetzt werden. Offen ist die Forderung nach Tempo 30 im anderen Teil der Rousseaustrasse sowie in Teilen der Nordstrasse und im Teilstück Kornhaus- bis Rotbuchstrasse. Inzwischen steht fest, dass auch diese Strassen im Zuge der Lärmsanierung in die Tempo-30-Zone einbezogen werden sollen. Die entsprechende Ausschreibung wird in den nächsten beiden Jahren erfolgen. Somit wird im Lettenquartier flächendeckend Tempo 30 eingeführt, ausgenommen in der Begegnungszone Imfeldstrasse. Das schulzeitenabhängige Tempo 30 in der Rousseaustrasse im Bereich des Schulhauses wird aufgehoben und ebenfalls durch das permanente Tempo 30 ersetzt.</p>		
POS 2009/000341 2009/000120	01.04.2009 22.06.2011	Bachmann Hans und Anderegg Peter Pannenhilfefahrzeuge, Verkehr auf Bus- und Tramspuren
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Pannenhilfefahrzeuge die von der Einsatzzentrale der Polizei oder Feuerwehr an einen Unfallort aufgeboden werden um verunfallte Fahrzeuge zu entpannen, wegzuschaffen bzw. abzutransportieren, künftig die Möglichkeit haben, auf den Bus- und Tramspuren so schnell als möglich an den Unfallort zu gelangen.</i></p>		
POS 2009/000557 2009/000222	27.05.2009 22.06.2011	Uttinger Ursula und Pflüger Severin Intensivierung der Polizei-Zusammenarbeit
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Zusammenarbeit mit weiteren Polizeikorps intensiviert werden könnte, insbesondere bei Spezialaufgaben. Diese könnten einerseits durch die Stadtpolizei für andere Polizeikorps ausgeführt werden, andererseits könnte man gewisse Aufgaben an andere Korps auslagern.</i></p>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2009/000591 2009/000240	03.06.2009 17.06.2009	Ackermann Ruth und Meier Daniel Änderung von Ortsschildern in Zürich Nord

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Ortschilder an der Thurgauerstrasse (8052) sowie beim Fernsehstudio (8052) und – falls vorhanden – weitere Schilder, die in Seebach auf das falsche Quartier hinweisen, auf «Zürich (Seebach)» geändert werden können.*

Da sich immer mehr Fahrzeuglenkende bei der Zielsuche auf ihre Navigationsgeräte verlassen, ist eine nochmalige Überprüfung der im Postulat erwähnten Ortsschilder zwischen der Dienstabteilung Verkehr und der verkehrstechnischen Abteilung der Kantonspolizei Zürich angebracht. Die Fahrspurentafeln und die Ortstafel «Zürich (Oerlikon)» bei der Verzweigung Thurgauerstrasse/Glattparkstrasse sind im Besitz des Kantons Zürich. Um den Zielverkehr zur Messe Zürich und ins Quartier Oerlikon auf der Hauptverkehrsachse Thurgauerstrasse zu kanalisieren, wird die Dienstabteilung Verkehr den Kanton Zürich bitten, auf der rechten Fahrspurentafel stadteinwärts eine zusätzliche Zielbezeichnung mit dem Text «Zentrum Oerlikon» anzubringen. Mit dieser Massnahme und im Wissen darum, dass Ortsunkundige immer öfters Navigationsgeräte benutzen, sollte eine Änderung des Ortsschildes «Zürich (Oerlikon)» in «Zürich (Seebach)» auch keine Verwirrung mehr hervorrufen. Nach der Umsetzung dieser Massnahmen durch die Kantonspolizei Zürich könnten auch die anderen in Frage gestellten Ortsschilder an der Leutschenbachstrasse und an der Hagenholzstrasse, die sich auf dem Gebiet der Stadt Zürich befinden, von «Zürich (Oerlikon)» in «Zürich (Seebach)» abgeändert werden.

POS 2009/000641 2009/000258	10.06.2009 08.02.2012	Bloch Süss Monika und Butz Marlène Höhere Verkehrssicherheit auf dem Bahnhofplatz des Bahnhofs Enge
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Verkehrssituation im Bahnhofplatz des Bahnhofs Enge gestaltet werden kann, so dass die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden verbessert werden kann.*

POS 2009/000793 2009/000284	24.06.2009 22.06.2011	Katumba Andrew und Butz Marlène Vermehrter Temporär-Einsatz mobiler Geschwindigkeitsanzeigen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in Fussgänger-, Begegnungs- und Tempo 30-Zonen vermehrt mobile Geschwindigkeitsanzeigen temporär eingesetzt werden können.*

POS 2009/000937 2009/000330	08.07.2009 22.06.2011	Bartholdi Roger und Liebi Roger Überwälzung von Kosten für Polizeieinsätze nach Verursacherprinzip
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für die Täter im unfriedlichen Ordnungsdienst – im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten – die durch die Polizei und Feuerwehr entstehenden Kosten, die ihnen individuell zugerechnet werden können bzw. für die sie selbst verantwortlich sind, abgewälzt werden können.*

POS 2009/000939 2009/000332	08.07.2009 21.10.2009	Jüsi Bernhard Sofortmassnahmen zur Entlastung von Quartier- und Durchgangsstrassen in den Quartieren Enge und Wollishofen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit Sofortmassnahmen die Quartier- und Durchgangsstrassen in den Quartieren Enge und Wollishofen, namentlich die Brunau- und die Albisstrasse, vom seit der Inbetriebnahme des Uetlibergtunnels erhöhten Durchgangsverkehr entlastet werden können.*

Es wurden sämtliche Massnahmen regelungs- und markierungstechnischer Art ergriffen und umgesetzt. Alle übrigen mittel- und langfristigen Massnahmen sind nur mit gestalterischen und/oder baulichen Mitteln (z. B. Umgestaltung von Strassenabschnitten und/oder Verzweigungen, Strassenverengungen sowie Bau von Trottoirnasen oder Aufpflasterungen) im Zusammenhang mit Infrastrukturerneuerungen (Kanal-, Werkleitungs- oder Strassenbau) umzusetzen. In der Zwischenzeit wurde durch ein Planungsbüro unter Leitung des Tiefbauamts und unter Mitwirkung der Dienstabteilung Verkehr ein Betriebs- und Gestaltungskonzept (Vorstudie) erarbeitet. Als nächster Schritt sollen die erarbeiteten Varianten beurteilt und eine Bestvariante bestimmt werden. Liegt dieser Entscheid vor, wird das Tiefbauamt der Stadt Zürich ein Projekt ausarbeiten lassen. Der Baubeginn ist aus finanziellen Gründen voraussichtlich auf das Jahr 2016 verschoben worden.

POS 2009/001176 2009/000404	16.09.2009 30.09.2009	Rechsteiner Urs und Virchaux Jean-Claude Sicherstellung der feuerwehrtechnischen Versorgung der Quartiere Stettbach und Witikon bis zum Bau einer Brandwache Ost
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bis zu einem in Aussicht gestellten Bau einer Brandwache Ost (gem. Antworten zur schriftlichen Anfrage 2009/75) zum Beispiel mit den Gemeinden Dübendorf (für Stettbach) und Maur (für Witikon) Vereinbarungen getroffen werden können, um die feuerwehrtechnische Versorgung in den Quartieren Stettbach und Witikon zu verbessern.*

Dank laufender Einsatzoptimierung liegen die Einsatzzeiten der Berufsfeuerwehr in Stettbach und Witikon schon heute zu einem guten Teil innerhalb der von der Gebäudeversicherung Zürich (GVZ) vorgegebenen zehn Minuten und werden auch in den übrigen Fällen nur wenig überschritten. In Dübendorf und Maur stehen nur Milizfeuerwehren zur Verfügung, die von der Alarmierung über den Weg ins Depot bis zum Eintreffen vor Ort mehr Zeit brauchen. Mit Wallisellen wurden verschiedene Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit geprüft. Die Stationierung eines Tanklöschfahrzeugs von Schutz & Rettung in der neuen Wache Wallisellen wurde dabei wieder verworfen.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/001261 2009/000445	30.09.2009 31.08.2011	Rosenheim Monjek und Hohl Marc Stadtpolizei, Verbesserung der Effizienz innerhalb der Notrufzentrale
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Effizienz innerhalb der Notrufzentrale der Stadtpolizei verbessern kann, ohne dass dabei die Qualität beeinträchtigt wird. Hierbei soll man u. a. von den bei Schutz &amp; Rettung gewonnenen Erfahrungen der Effizienzsteigerungen (Vergleich Anzahl Anrufe, Anzahl Mitarbeiter und Raumbedarfkosten etc.) profitieren.</i>		
POS 2009/001395 2009/000519	11.11.2009 25.11.2009	Frei Dorothea und Graf Davy Verbesserung der Einsatzzeiten der Feuerwehr in den Quartieren Stettbach, Witikon sowie im Stadtteil Zürich West
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Einsatzzeiten der Feuerwehr in den Quartieren Stettbach, Witikon sowie im Stadtteil Zürich West so verbessert werden können, dass sie den durchschnittlichen Einsatzzeiten in der Innenstadt entsprechen.</i>		
Für die Stadt als Ganzes und insbesondere die urbanen Entwicklungsgebiete Zürich-West und -Ost braucht es Vorkehrungen, damit überall kurze Interventionszeiten eingehalten werden können. Voraussichtlich braucht es neue Wachen in diesen Entwicklungsgebieten und zusätzlich, oder an einem der Standorte integriert, eine effiziente technische Wache mit Logistikzentrum für die Gesamtbewirtschaftung von Fahrzeugen und Material für Feuerwehr und Rettungsdienst. Schutz & Rettung hat dem Stadtrat im Juni 2012 das auf die wachsende Stadt ausgerichtete Operationskonzept SRZ 20XX präsentiert. Der Stadtrat hat das Konzept wohlwollend zur Kenntnis genommen. Das Thema wird weiterverfolgt.		
POS 2009/001461 2009/000562	25.11.2009 11.12.2009	Hüssy Kurt und Anderegg Peter Reklametafeln vor Ladengeschäften, Verzicht auf Gebührenerhebung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auf eine Gebührenerhebung für Werbe- bzw. Reklametafeln unmittelbar vor Ladengeschäften verzichtet werden kann.</i>		
Die neuen Vorschriften über das Anbringen von Reklameanlagen im öffentlichen Grund (VRöG) wurden per 1. Juni 2009 und die dazugehörige Gebührenordnung am 11. November 2009 in Kraft gesetzt. Gegen die Gebühren für Reklametafeln in dieser Gebührenordnung wurden in der Folge durch verschiedene Verbände Rechtsmittel erhoben. Das Verwaltungsgericht hielt im Urteil vom 2. Februar 2011 fest, dass die Verrechnung grundsätzlich zulässig ist, dass aber Werbung erst ab einer Grösse von 1m <sup>2</sup> einer Bewilligungs- und Gebührenpflicht unterstehen würde. Das Polizeidepartement hielt aufgrund der klaren Bestimmung daran fest, dass Reklamestände mit einer Werbefläche von weniger als 1m <sup>2</sup> ebenfalls unter die Bewilligungs- und Gebührenpflicht fallen würden.		
In einem weiteren Urteil hielt das Verwaltungsgericht am 21. November 2012 fest, dass die Frage, ob eine Beanspruchung von öffentlichem Grund durch Reklametafeln einen gesteigerten Gemeingebrauch darstellt und demnach einer Bewilligungs- und Gebührenpflicht unterstellt werden darf, bei gegebener gesetzlicher Grundlage im Einzelfall von verschiedenen Faktoren abhängt. Massgebend sei unter anderem etwa die Befestigungsart, Höhe und Breite der Werbetafeln oder auch Zeitpunkt und Dauer der Beanspruchung; zusätzlich können aber auch der Beanspruchungszweck (kommerziell oder ideell), die konkrete Lage (City- oder Randlage), die verkehrstechnische Situation sowie mutmassliche Bedürfnisse anderer Ansprecher eine Rolle spielen. Bei einer bloss marginalen Beanspruchung des öffentlichen Raums sieht das Verwaltungsgericht keinen gesteigerten Gemeingebrauch. Gegen das Urteil wurden Rechtsmittel ergriffen, weshalb der Fall momentan vor Bundesgericht hängig ist.		
POS 2010/000036 2010/000008	06.01.2010 08.02.2012	Nüssli-Danuser Andrea und Brander Simone Frankentalerstrasse, durchgängig eigene Busfahrspur vom Rütihof ins Frankental
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Busspur auf der Frankentalerstrasse ab der Haltestelle Riedhofstrasse bis zur Einmündung in die Haltestelle Frankental bei der Konrad-Ilg-Strasse weitergeführt werden kann, so dass der Bus 89 und 485 durchgängig vom Rütihof bis ins Frankental eine eigene Fahrspur benutzen kann.</i>		
POS 790.120.120-43 2010/000137 2010/000061	27.01.2010 19.09.2012	Bloch Süss Monika und Jüsi Bernhard Buslinie 66, Verbesserte Verkehrsführung an der Brandschenkestrasse in den Morgen- und Abendspitzenzeiten
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Verkehrsführung an der Brandschenkestrasse so verändert werden kann, dass der Bus 66 in den Morgen- und Abendspitzenzeiten priorisiert wird und zügig vorwärts fahren kann.</i>		
MOT 2010/000199 2010/000094	10.02.2010 16.12.2011	FDP-Fraktion Stadtpolizei, Aufstockung des Polizeibestands, Schaffung einer Polizei-Pikett-Gruppe und Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, welche die von der FDP bereits in der Budgetdebatte 09 geforderte Aufstockung des Polizeibestands für den normalen Polizeieinsatz an der Front beinhaltet.</i>		
Mit der Weisung GR Nr. 2012/450 vom 5. Dezember 2012 beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat, vom Konzept «Sicherheit 2020» Kenntnis zu nehmen und die Motion GR Nr. 2010/94 als erledigt abzuschreiben. Die Berichterstattung im Gemeinderat ist dem Vorsteher des Polizeidepartements übertragen.		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2010/000668 2010/000266	16.06.2010 12.01.2011	Utz Florian und Trevisan Guido Einführung von Tempo 30 auf der Strasse Am Wasser/Breitensteinstrasse
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf der gesamten Länge der Breitensteinstrasse sowie der Strasse Am Wasser Tempo 30 eingeführt werden kann.*

POS 2010/000816 2010/000314	14.07.2010 22.09.2010	Katumba Andrew und Kisker Gabriele Einführung einer Tempo-30-Zone im Bereich des Schulhauses Hirschengraben
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Bereich des Schulhauses Hirschengraben, Abschnitt Künstlergasse bis Auf der Mauer, umgehend eine Tempo-30-Zone eingerichtet werden kann.*

Gemäss «Verkehrskonzept Innenstadt – Aufwertung der Strassenräume» ist vorgesehen, die Strassenzüge Hirschengraben (Künstlergasse bis Auf der Mauer), Auf der Mauer, Leonhardshalde und Künstlergasse in einer Tempo-30-Zone zusammenzufassen. Ein Gutachten ist in Vorbereitung. Es ist geplant, die entsprechende Verfügung in der ersten Hälfte des Jahres 2013 zu beantragen.

POS 780.100.120-01 2010/000875 2010/000344	25.08.2010 08.09.2010	Tognella Roger und Jäger Alexander Überarbeitung der städtischen Richtlinien und Gebührenordnungen für die Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichem Grund
---	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die städtischen Richtlinien und Gebührenordnungen für die Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichem Grund überarbeitet und den aktuellen Bedürfnissen der Quartierbevölkerung und auch den Bedürfnissen der verschiedenen Veranstaltern angepasst werden können.*

Eine aus verschiedenen Dienstabteilungen zusammengesetzte Arbeitsgruppe hat die im Postulat aufgeworfenen Fragen eingehend analysiert und dem Stadtrat einen Vorgehensvorschlag unterbreitet. Der Stadtrat wird anfangs 2013 dem Gemeinderat einen Bericht vorlegen. Der Bericht erläutert die rechtlichen Grundlagen und die momentane Handhabung von Gebühren und Dienstleistungen sowie deren Erlass. Er enthält auch eine Darstellung zur Frage der städtischen Beiträge sowie der Auflagen in den Bewilligungen. Des Weiteren legt der Bericht die stadträtliche Grundhaltung zum Erlass von Gebühren und städtischen Dienstleistungen dar.

POS 650.130.100-02 2010/001049 2010/000471	17.11.2010 24.10.2012	Fehr Urs und Bartholdi Roger Verzicht auf Anhebung der städtischen Hundesteuer
---	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die Anhebung der städtischen Hundesteuer verzichtet und diese auf dem Niveau von 2009 beibehalten werden kann.*

POS 720.110.100-24 2011/000098	30.03.2011 24.10.2012	Bourgeois Marc und Trevisan Guido Ausschluss der Teilnahme von uniformierten Angehörigen der Stadtpolizei Zürich an politischen Versammlungen, Kundgebungen oder Propaganda
--------------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für Angehörige der Stadtpolizei Zürich die Teilnahme an politischen Versammlungen, Kundgebungen oder Propaganda irgendwelcher Art sowie das Sammeln von Unterschriften für Wahlvorschläge, Volksinitiativen, Referenden und Petitionen in Uniform untersagt werden kann.*

POS 790.140.120-13 2012/000378	30.03.2011 24.10.2012	Katumba Andrew und Wyler Rebekka Flächendeckende und durchgehende Einfärbung der Radstreifen auf dem gesamten Stadtgebiet
--------------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie an besonders neuralgischen Stellen die Velostreifen eingefärbt werden können, damit die Sicherheit der Velofahrenden objektiv erhöht werden kann.*

POS 790.140.100-30 2011/000126	13.04.2011 31.10.2012	Schönbächler Marcel und Meier Daniel Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Limmatstrasse zwischen Limmatplatz und Escher-Wyss-Platz
--------------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Massnahmen die Verkehrssicherheit auf der Limmatstrasse zwischen Limmatplatz und Escher-Wyss-Platz – insbesondere zwischen Limmatplatz und Quellenstrasse – nachhaltig verbessert werden kann.*

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 610.150.100-19 2011/000124	13.04.2011 18.05.2011	FDP-Fraktion eGovernment für die Meldung von Ausweisverlusten sowie für weitere Bagatellanzeigen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Meldung von Ausweisverlusten sowie weitere Bagatellanzeigen bei der Stadtpolizei durch eine eGovernment-Lösung ermöglicht werden können.</i>		
POS 790.140.100-34 2011/000159	18.05.2011 31.10.2012	Probst Matthias und Hug Christina Anpassung der Grünen Welle auf Hauptverkehrsachsen auf Tempo 20 km/h
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Stadt Zürich auf ausgewählten Hauptverkehrsachsen die Grüne Welle bei Ampelsignalisationen so eingestellt werden kann, dass sie von Velofahrenden zweckmässig genutzt werden kann.</i>		
MOT 790.140.140-26 2011/000219	22.06.2011 31.10.2012	Von Planta Gian und Knauss Markus Strassenparkplätze in der Innenstadt, Preiserhöhung für eine lenkungswirksame und effiziente Nutzung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, die eine Preiserhöhung für die Strassenparkplätze in der Innenstadt vorsieht, welche eine lenkungswirksame und effiziente Nutzung der Parkplätze ermöglicht.</i>		
POS 790.140.140-31 2011/000265	06.07.2011 24.08.2011	Hagger Joachim und Jäger Alexander Automatisierung von Dienstleistungen für Parkplatzbenützer via Internet oder Mobiltelefon
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er folgende Dienstleistungen für Parkplatzbenützer mit einer elektronischen Lösung via Internet oder Mobiltelefon automatisieren kann: Bezahlen von Parkgebühren auf städtischen Parkplätzen, Lösen und Hinterlegen von Parkkarten Blaue Zone und das Bezahlen von Parkplatzkarten in den Velostationen.</i>		
POS 790.140.120-19 2011/000264	06.07.2011 31.10.2012	Probst Matthias und Schönbächler Marcel Versuchswise Einführung des Rechtsabbiegens für Velofahrende an ausgewählten Strassenkreuzungen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob versuchsweise an ausgewählten Strassenkreuzungen bei Rotlicht das Rechtsabbiegen für die Velofahrenden möglichst, unterstützt durch entsprechende Signalisation und evtl. baulichen Massnahmen, ermöglicht werden kann. Das neue Verkehrsregime soll primär bei anstehenden Strassensanierungen angewandt werden.</i>		
MOT 630.120.150-01 2011/000289	13.07.2011 31.10.2012	Lauber Tamara und Bourgeois Marc Neuerlass einer Taxiverordnung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, eine vollständig neue Taxiverordnung zu erlassen. Dabei ist insbesondere auch eine Koordination der gesetzlichen Grundlagen mit den angrenzenden Gemeinden oder dem Kanton Zürich zu prüfen.</i>		
POS 630.120.110-25 2011/000274	13.07.2011 31.08.2011	Bourgeois Marc und Simon Claudia Bewilligung der Boulevardgastronomie an der Dufourstrasse sowie an vergleichbaren Lagen im bisherigen Umfang
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Boulevardgastronomie an der Dufourstrasse sowie an vergleichbaren Lagen auch künftig im bisherigen Umfang und in der bisherigen Form bewilligt werden kann.</i>		
POS 720.110.100-42 2011/000350	21.09.2011 30.11.2011	Tueno Mauro und Liebi Roger Stadtpolizei Zürich, Möglichkeiten zur Auszahlung oder Kompensation der Überzeit-Saldi
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Überzeitsaldi der Mitarbeitenden der Frontdienste der Stadtpolizei Zürich – nur auf eigenen Wunsch der betroffenen Mitarbeitenden – unkompliziert wahlweise kompensiert oder ausbezahlt werden können. Zur Verbesserung der Situation soll der Stadtrat eine personelle Aufstockung der Stadtpolizei prüfen.</i>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 790.140.100-59 2011/000443	30.11.2011 16.12.2011	Bartholdi Roger und Scheck Roland Sicherstellung der Submissionsverfahren bei der Sanierung der Lichtsignalanlagen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Sanierung der Lichtsignalanlagen (LSA) sichergestellt werden kann, dass ordnungsgemäss das Submissionungsverfahren mit öffentlicher Ausschreibung durchgeführt wird.</i>		
POS 630.120.140-12 2011/000496	14.12.2011 25.01.2012	Steiner Kathy und Brander Simone Bericht über die Entwicklung des Prostitutionsgewerbes mit der neuen Prostitutionsgewerbeverordnung
<i>Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat in 2 Jahren einen Bericht – unter Anhörung einer Fachkommission gemäss Art. 3 Prostitutionsgewerbeverordnung – vorzulegen, der die Entwicklung des Prostitutionsgewerbes mit der neuen Prostitutionsgewerbeverordnung darstellt.</i>		
POS 790.140.110-16 2011/000503	21.12.2011 08.02.2012	Schönbächler Marcel und Weyermann Karin Verbesserung der Sicherheit durch die Anordnung neuer Fussgängerstreifen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Sicherheit nachhaltig an ausgewählten Orten sowie im allfällig nötigen Einvernehmen mit den übergeordneten Behörden, vorerst versuchsweise durch die Anordnung neuer Fussgängerstreifen, die Verschiebung bestehender Fussgängerstreifen oder die Neugestaltung von Fussgängerstreifen verbessert werden kann.</i>		
POS 720.110.100-64 2012/000015	18.01.2012 29.02.2012	Schönbächler Marcel Verrechnung der anfallenden Sicherheitskosten für eingelieferte, berauschte Personen in den Regionalwachen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob den aufgrund Eigen- und Fremdgefährdung in die Regionalwachen eingelieferten berauschten Personen die anfallenden Sicherheitskosten in Form einer Gebühr auferlegt werden können, ähnlich wie dies bereits bei den in die ZAS (Zentrale Ausnüchterungsstelle) aus denselben Gründen eingelieferten Personen gehandhabt wird.</i>		
POS 630.120.140-14 2012/000135	28.03.2012 30.05.2012	Bourgeois Marc und Schmid Michael Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse/Häringstrasse sowie Anpassung des Nachtfahrverbots
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie unmittelbar nach Inkraftsetzung der Prostitutionsgewerbeverordnung die folgenden Massnahmen getroffen werden können: – Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse/Häringstrasse auf die Zeit zwischen 22.00 Uhr und 2.00 Uhr (gestützt auf PGVO Art. 7).</i>		
POS 630.120.140-15 2012/000269	27.06.2012 11.07.2012	Bartholdi Roger und Haller Margrit Strichplatz Altstetten, Verhinderung der Prostitution in den umliegenden Quartieren
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie verhindert werden kann, dass die Auto- bzw. «Outdoor»-Prostitution und die Bedienung der Kunden (Freier) ausserhalb des geplanten Strichplatzes Depotweg in den umliegenden Quartieren (u. a. Grünau, Altstetten und Höngg) durchgeführt wird.</i>		
POS 700.110.100-27 2012/000320	29.08.2012 12.09.2012	Schmid Michael und Egger Urs Verunreinigung und Beschädigung der Parkanlagen rund um das Seebecken, Anordnung von zweckmässigen Massnahmen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Verunreinigung und Beschädigung der Parkanlagen rund um das städtische Seebecken wirksam begegnet werden kann.</i>		



### III. Abschreibungsanträge für Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1994/003815 1985/000005	04.12.1985 20.08.1986	Ramer Silvia Zähringer- und Predigerplatz, Umwandlung in eine Fussgängerzone

*Der Stadtrat wird eingeladen, alle Möglichkeiten, die zur Verminderung der heutigen Verkehrsgefährdung zu Fuss gehender Bewohner und Besucher der Altstadt beitragen und zudem ganz allgemein die Situation der Fussgänger in den betreffenden Altstadtbereichen verbessern, zu prüfen, insbesondere*

- die Umwandlung des Zähringer- und Predigerplatzes in eine autofreie und fussgängerfreundliche Zone im Zusammenhang mit dem Neubau der Zentralbibliothek;
- die Schaffung einer den Seilergraben zwischen Predigerplatz und Hirschengraben überquerenden, gut gestalteten Fussgängerbrücke.

Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, ist die im Jahr 1993 verfügte Fahrverbotszone (heute Fussgängerzone) für die Altstadt rechts der Limmat Ende 2004 rechtskräftig geworden. Auf dem Prediger- und Zähringerplatz gilt zwischen 19.00 und 5.00 Uhr ein Nachtfahrverbot. Der Zähringerplatz wurde unter Beibehaltung der dort vorhandenen Parkplätze (Gemeinderatsbeschluss «Historischer Kompromiss» vom 22. Mai 1996) neu gestaltet und in Betrieb genommen. Eine Beruhigung des gesamten Wohnquartiers Zähringer im Kreis 1 mittels der im vorliegenden Postulat geforderten Fussgängerzone hätte zur Folge, dass in den betroffenen Strassen und Plätzen jegliches Parkieren verboten wäre, d. h. dass sämtliche besucher- und kundenorientierten Parkfelder ersatzlos aufgehoben werden müssten. Dies würde jedoch im Bereich Zähringerplatz dem Gemeinderatsbeschluss «Historischer Kompromiss» vom 22. Mai 1996 in Ergänzung zum Gemeinderatsbeschluss betreffend Änderung des Kapitels Parkierung im kommunalen Verkehrsplan vom 28. Februar 1990, wonach die Anzahl der Parkplätze in der City und den citynahen Gebieten auf dem Stand von 1990 bleiben soll, zuwiderlaufen. Die Parkplatzaufhebungen wären nur möglich, wenn – wie im Postulat richtig angemerkt – ein neues Parkhaus errichtet oder ein bestehendes (Urania, Central) vergrössert würde. Zum heutigen Zeitpunkt besteht jedoch bezüglich Erweiterung oder Neubau eines Parkhauses in der näheren Umgebung kein Bauprojekt. Da diese Grundvoraussetzung für eine Parkplatzaufhebung entsprechend dem «Historischen Kompromiss» nach wie vor nicht gegeben ist, kann das Gebiet Zähringer-/Predigerplatz nicht in eine Fussgängerzone umgewandelt werden.

POS 1994/003827 1991/000228	04.04.1990 17.04.1991	Baur Toni und Schoch Hans Autofreie Innenstadt, Realisierung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird eingeladen, etappenweise eine autofreie Innenstadt zu realisieren.*

In den letzten 20 Jahren wurden verschiedene Anstrengungen unternommen, die Innenstadt gemäss politischem Auftrag aufzuwerten. Zu diesen etappenweise realisierten, wichtigen Elementen gehören insbesondere die Schaffung von Fussgängerzonen (z. B. Altstadt), die Erweiterung von Fussgängerbereichen, die weitere Priorisierung des öffentlichen Verkehrs, die Erhöhung der Attraktivität des Veloverkehrs und die Beschränkung des motorisierten Individualverkehrs, teilweise mit abschnittsweiser Unterbindung von Durchfahrten. Das vom Stadtrat genehmigte «Verkehrskonzept Innenstadt» präzisiert die Zielsetzungen zur Aufwertung, insbesondere bezüglich der Zuordnung von Verkehrszonen für die ganze Innenstadt, indem die Fussgängerzonen erweitert und benachbarte Gebiete in verkehrsberuhigte Zonen wie Begegnungszonen und Tempo-30-Zonen umgestaltet werden sollen. Im «Verkehrskonzept Innenstadt» ist auch das Projekt «Uraniastrasse im Gegenverkehr» einbezogen.

Bei der Verwirklichung dieser Verkehrszonen muss man sich jedoch bewusst sein, dass sie aufgrund des Anliefer- und Anwohnendenverkehrs nie völlig autofrei sein werden, selbst wenn die Parkierung auf öffentlichem Grund und in Übereinstimmung mit dem «Historischen Kompromiss» (GRB vom 22. Mai 1996, wonach die Anzahl der Parkplätze in der City und den citynahen Gebieten auf dem Stand von 1996 bleiben soll) ganz aufgehoben werden könnte. Hinzu kommt, dass gewisse Hauptachsen für den motorisierten Verkehr immer noch durch die Innenstadt führen werden. Insofern bilden die bisher umgesetzten Massnahmen und das vom Stadtrat verabschiedete «Verkehrskonzept Innenstadt» das zur Zeit Machbare ab.

POS 1995/000545 1995/000049	08.02.1995 22.03.1995	Prelicz-Huber Katharina und 8 Mitunterzeichnende Hardturmstrasse, teilweise Sperrung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen:*

- ob die Hardturmstrasse zwischen den Tramstationen Förrlibuckstrasse und Hardturm während der Nacht in beiden Richtungen für den privaten Durchgangsverkehr gesperrt werden kann
- ob für dieses Stück der Hardturmstrasse (tagsüber) und die Förrlibuckstrasse das Verkehrsregime so geführt werden kann, dass der private Durchgangsverkehr über die Pflingstweidstrasse ausweicht.

Mit der Inbetriebnahme der umgestalteten Pflingstweidstrasse und der Instandstellung der Hardturmstrasse Ende Oktober 2011 steht ein leistungsfähiges übergeordnetes Verkehrssystem zur Verfügung, wodurch die Hardturmstrasse vom Durchgangsverkehr entlastet wird und vor allem während der Nacht grösstenteils Ziel- und Quellverkehr aufweist. Das Verkehrsaufkommen liegt wieder auf dem Niveau, das vor dem Umbau der Pflingstweidstrasse und der Instandstellung der Hardturmstrasse herrschte. Dies entspricht der damaligen verkehrspolitischen Zielsetzung. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass bei verkehrsorientierten Strassen die geforderten Massnahmen zur Zeit nicht realistisch sind.

Eine restriktivere Ausführung des bereits heute bestehenden Nachtfahrverbots (in Richtung stadtauswärts) erachtet der Stadtrat nach wie vor als nicht notwendig. Insbesondere wäre der Aufwand für die Kontrolle und Durchsetzung eines solchen Verkehrsregimes sowohl aus organisatorischen als auch aus ökonomischen Gründen unverhältnismässig. Erschwerend kommt der Umstand hinzu, dass Folgebegehren, wie z. B. von Anwohnenden aus der Förrlibuckstrasse, der Strasse Am Wasser und der Breitensteinstrasse aus Gründen der Rechtsgleichheit ebenfalls auf die gleiche Art behandelt werden müssten.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1999/001645 1999/000434	15.09.1999 29.11.2000	Mettler Christian und Schilter Armin Kreiswache 12, Verzicht auf die Schliessung an Wochenenden

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die geplante Schliessung der Kreiswache 12 an Wochenenden verzichtet werden kann.*

Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, ist seit der Einführung der Quartierwache Schwamendingen am 1. Juli 2002 die Wache analog dem gesamtstädtischen Quartierwachenkonzept von Montag bis Freitag jeweils 7.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet. An grösseren Quartieranlässen (wie beispielsweise der Schwamendinger Chilbi) werden die Öffnungszeiten den Bedürfnissen entsprechend flexibel angepasst und auf die Wochenenden ausgedehnt. Die Bevölkerung hat sich an diese Zeiten gewöhnt. Mit dem Umzug an die neue Örtlichkeit per März 2009 ist die Quartierwache zu einem rege benutzten Dienstleistungszentrum für die Quartierbevölkerung geworden. Wünsche auf eine Ausdehnung der Öffnungszeiten ins Wochenende wurden weiterhin nicht geäussert, da die Regionalwache Oerlikon gleichzeitig einen 24-Stunden/365-Tage-Betrieb gewährleistet. Die Interventionsbereitschaft wird rund um die Uhr und an den Wochenenden durch mindestens zwei Streifenwagen, die sowohl Oerlikon wie Schwamendingen ab der Regionalwache Oerlikon abdecken, sowie weitere Einsatzkräfte sichergestellt. Das Konzept «Regionalwachen im Verbund mit Quartierwachen» hat sich in den letzten zehn Jahren bewährt und hat zu keiner Verschlechterung bezüglich der polizeilichen Präsenz und Bewirtschaftung des Stadtkreises 12 geführt.

POS 2000/000940 2000/000222	10.05.2000 21.03.2001	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1. Mai, Verlegung des Festplatzes
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob das offizielle 1.-Mai-Fest statt wie bis anhin auf dem Zeughausareal an einen anderen Ort verlegt werden kann.*

Eine örtliche Trennung zwischen dem Besammlungsort der unbewilligten Nachdemonstration und der Festveranstaltung wäre aus Sicherheitsgründen sinnvoll. Wie bereits mehrfach ausgeführt, gibt es in der Stadt Zürich aber nur wenige Alternativstandorte zum Zeughausareal. Diese weisen entweder ein tendenziell höheres Gefährdungsrisiko auf oder befinden sich an allzu peripherer und damit auch für alle friedlichen Teilnehmenden nicht mehr attraktiver Lage. Aufgrund der positiven Entwicklung in den letzten Jahren und der guten Zusammenarbeit zwischen Stadtpolizei und den Verantwortlichen für das 1.-Mai-Fest besteht in der Frage aber zur Zeit kein Handlungsbedarf.

POS 2000/001031 2000/000249	24.05.2000 05.06.2002	Kuhn Rolf Breitensteinstrasse und Strasse Am Wasser, Verbesserung der Sicherheit
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer entlang und auf der Breitensteinstrasse und der Strasse Am Wasser grundlegend verbessert werden kann.*

Auf dem erwähnten Strassenzug soll die Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger sowie für die Velofahrenden mit drei Teilprojekten erhöht werden (Radstreifen, Trottoirbau). Zwei Projekte sind ausgearbeitet, das Projekt Breitensteinstrasse ist in Planung. Aus Anwohnerkreisen ist jedoch Widerstand gegen die Strassenraumverbreiterung der auf Tempo 50 ausgelegten Projekte entstanden. Zur Diskussion steht nun die Einführung von Tempo 30. Im Rahmen der Verzichtsplanung und den möglicherweise anstehenden Anpassungen wurden die Projekte durch das Tiefbauamt der Stadt Zürich gestoppt und die Umsetzung auf einen Zeitpunkt ab 2021 verschoben. Des Weiteren ist anzumerken, dass gemäss «Masterplan Velo» eine Hauptroute durch den Strassenzug führt. Eine Änderung bzw. Verbesserung des Strassenzugs wird deshalb unabdingbar sein.

POS 2000/001655 2000/000420	30.08.2000 20.09.2000	Rosenheim Monjek und Schmid Ronald Ausländerinnen und Ausländer, Massnahmenkatalog zur Verhinderung illegaler Anwesenheit
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob ohne zeitliche Verzögerung Massnahmen getroffen werden können, um illegal anwesende Ausländerinnen und Ausländer wirkungsvoller als bisher eruiieren zu können und deren Wohnsitznahme zu verhindern bzw. aufzuheben. Zu diesem Zweck soll ein entsprechender Massnahmenkatalog unter Angabe einer eventuellen Kostenfolge erstellt werden.*

Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, ist die Problematik «illegale Anwesenheit von Ausländern» sehr vielschichtig und kann nicht für sich isoliert betrachtet werden. Im Rahmen der gesamten polizeilichen Tätigkeit in allen Deliktsbereichen und bei der Kontrolltätigkeit auf der Strasse werden ausländische Staatsangehörige immer auf ihre rechtmässige Einreise und Anwesenheit überprüft. Dieser ganzheitliche Ansatz ist das richtige Rezept. Die Stadtpolizei verfügt mit der auf das Ausländerrecht spezialisierten Fachgruppe «Ausländerbelange» schon lange über ein geeignetes Mittel. Diese Fachgruppe führt täglich solche Verfahren durch und arbeitet mit der Kantonspolizei und dem Migrationsamt sehr eng und gut zusammen. Im Jahr 2012 bearbeiteten die Detektive der Fachgruppe 1262 Haftfälle. In dieser Zahl sind die von der Kantonspolizei bearbeiteten Fälle mit Verstössen gegen das Ausländer- und oder Asylgesetz nicht enthalten. Die Kantonspolizei ist in der Stadt z.B. im Hauptbahnhof präsent.

Die Stadtpolizei analysiert die Situation laufend und ergreift lagegerechte, geeignete Massnahmen, die meistens mehrschichtiger Natur sind. Ein zusätzlicher, spezieller Massnahmenkatalog erscheint zur Zeit nicht notwendig.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2001/000953 2001/000232	09.05.2001 20.11.2002	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1.-Mai-Fest, Verlegung des Standortes

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in Zukunft das offizielle 1.-Mai-Fest vom Kasernenareal an einen anderen Standort, ausserhalb des Kreises 4, verlegt werden kann.*

Eine örtliche Trennung zwischen dem Besammlungsort der unbewilligten Nachdemonstration und der Festveranstaltung wäre aus Sicherheitsgründen sinnvoll. Wie bereits mehrfach ausgeführt, gibt es in der Stadt Zürich aber nur wenige Alternativstandorte zum Zeughausareal. Diese weisen entweder ein tendenziell höheres Gefährdungsrisko auf oder befinden sich an allzu peripherer und damit auch für alle friedlichen Teilnehmenden nicht mehr attraktiver Lage. Aufgrund der positiven Entwicklung in den letzten Jahren und der guten Zusammenarbeit zwischen Stadtpolizei und den Verantwortlichen für das 1.-Mai-Fest besteht in der Frage aber zur Zeit kein Handlungsbedarf.

POS 2004/001434 2004/000482	11.09.2002 08.09.2004	Liebi Roger und Schwyn Markus Vermummungsverbot, Durchsetzung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird aufgefordert, Anordnungen zu treffen, die es ermöglichen, konsequent polizeilich gegen Personen, welche einzeln oder in Gruppen gegen das am 12. März 1995 vom Souverän beschlossene Vermummungsverbot verstossen, vorzugehen.*

Das kantonale Straf- und Justizvollzugsgesetz vom 19. Juni 2006 definiert das Vermummungsverbot in § 10 wie folgt: «Wer sich bei bewilligungspflichtigen Versammlungen, Demonstrationen und sonstigen Menschenansammlungen auf öffentlichem Grund unkenntlich macht, wird mit Busse bestraft. Die Untersuchung und Beurteilung der Übertretung steht dem Statthalter zu». Demonstrationen, an denen Vermummte teilnehmen, enthalten in der Regel ein hohes Gewaltpotenzial. Um darauf taktisch geschickt reagieren zu können, muss der Polizei ein Handlungsspielraum zugestanden werden. In der Regel hat sie es bei bewilligten Demonstrationen mit mehrheitlich friedlichen Teilnehmenden zu tun. Unter diese mischt sich dann gegebenenfalls eine Gruppe vermummter Personen. Der polizeiliche Einsatzleitende muss abwägen: die Vermummten mit Polizeikräften herausholen, was erfahrungsgemäss eine Eskalation und Sachschäden nach sich zieht und ein Gefahrenpotenzial für die friedlichen Demonstrationsteilnehmenden bergen kann, oder die Demonstration laufen zu lassen. Ein Herauspicken einzelner Vermummter ohne Eskalation ist nicht realistisch und soweit daraus eine Gefährdung Dritter resultieren könnte auch nicht verhältnismässig, sofern die vermummte Person keine andern Straftaten begeht oder begangen hat. Die Ahndung des Vermummungsverbots ist deshalb nur in Fällen möglich, wo Demonstrierende aufgrund anderer Tatbestände, wie beispielsweise Landfriedensbruch, verhaftet werden. Dann kann der Übertretungstatbestand das Strafmass zusätzlich erhöhen, wobei aber hohe Anforderungen an die Beweissicherung gestellt werden. Die Stadtpolizei hat mit dieser Praxis in den letzten Jahren gute Erfahrungen gemacht.

POS 2003/000867 2003/000099	19.03.2003 09.03.2005	Im Oberdorf Bernhard Strassenverkehr, Durchsetzung der Rechtsgleichheit
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Strassenverkehr das Prinzip der Rechtsgleichheit durchgesetzt werden kann.*

Mit der Durchsetzung des Prinzips der Rechtsgleichheit im Strassenverkehr verlangt das Postulat sinngemäss, dass die Polizei mit gleicher Wirkung sowohl den motorisierten Verkehr als auch den Veloverkehr kontrollieren soll. Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, werden Motorfahrzeuge und Velos im Strassenverkehr vom Gesetzgeber aber nicht gleich behandelt, da Motorfahrzeuge für andere Verkehrsteilnehmende ein wesentlich höheres Gefahrenpotenzial darstellen. Für Motorfahrzeuge sind Kontrollschilde vorgeschrieben, für Velos nicht. Velos können daher nicht von automatischen Verkehrskontrollanlagen (insbesondere Rotlichtkameras) erfasst werden. Unterschiedlich ist auch die Höhe der Ordnungsbussen. Für das Nichtbeachten eines Lichtsignals (Rotlicht) beträgt die Ordnungsbusse für den Motorfahrzeugverkehr Fr. 250.-, für den Fahrradverkehr Fr. 60.-. Beim Allgemeinen Fahrverbot beträgt die Ordnungsbusse für Motorfahrzeuge Fr. 100.-, für den Fahrradverkehr Fr. 30.-. Um in der Stadt Zürich eine wesentlich bessere Einhaltung der Verkehrsregeln durch die Velofahrenden durchzusetzen, müsste die Polizei wegen der vorgenannten Unterschiede ungleich mehr Personal für die Velokontrollen einsetzen. Wie bereits in den Vorjahren festgehalten, ist eine solche Verschiebung von personellen Ressourcen aus dem Sicherheitsbereich zugunsten der Velokontrollen nicht zu verantworten.

Die Stadtpolizei führt im Rahmen der Möglichkeiten jedes Jahr Aktionen gegen fehlbare Velofahrende durch. Mit der im Frühling 2007 eingeführten Bike-Police kontrolliert sie stets auch den Fahrradverkehr. Um ein sicheres Nebeneinander im Verkehr zu gewährleisten, bedarf es auch einer guten Infrastruktur. Die Planung und Realisierung dieser Infrastrukturen müssen sorgfältig durchdacht sein und nehmen Zeit in Anspruch. Bei der Gesamtplanung von repressiven und präventiven Massnahmen wird darauf geachtet, sowohl die Pflichten als auch die Rechte der Velofahrenden einzubeziehen. Auch Velofahrende erleben tagtäglich auf der Fahrbahn ähnliche Erlebnisse seitens Autofahrender, die ihre Sicherheit gefährden. Unter den gegebenen Umständen ist also bei der Durchführung von Verkehrskontrollen durch die Stadtpolizei weder eine Verletzung des Grundsatzes der Rechtsgleichheit noch des Willkürverbots ersichtlich.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2003/001088 2003/000138	09.04.2003 09.03.2005	Marolf Hans und Stucker Rolf Fischer-Weg und Kloster-Fahr-Weg, Durchsetzung des Fahrverbots

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das geltende Fahrverbot auf dem Fischer-Weg und dem Kloster-Fahr-Weg nachhaltig durchgesetzt werden kann und auf mindestens einer Seite des Flusses eine attraktive Fahrgelegenheit für Velofahrende geschaffen werden kann.*

Die Problematik betrifft zurzeit vor allem den Kloster-Fahr-Weg. Der Fischer-Weg wurde 2011 zwischen der Europabrücke (Hönggerwehr) und dem Hardturmsteg auf eine Breite von 3.5 Metern verbreitert und mit einem separaten, parallel zum Fussweg führenden Radweg ausgestattet. Somit ist der Fischerweg für Velofahrende offiziell durchgehend befahrbar. Auf dem Kloster-Fahr-Weg sind hingegen gemäss Angaben des Tiefbauamts der Stadt Zürich keine baulichen Massnahmen projektiert. Der Kloster-Fahr-Weg ist prädestiniert für Wander- und Radtouren, lässt aber aufgrund einiger sehr schmalen Stellen keine Doppelnutzung zu. Theoretisch könnte das Befahren durch Fahrräder auf dem Kloster-Fahr-Weg mit geschwindigkeitssenkenden Schwellen, Drehkreuzen oder ähnlichem verhindert werden. Realistischerweise können diese Massnahmen jedoch nicht umgesetzt werden, da der Fussweg für jede Person (Rollstuhlfahrende, Spaziergängerinnen und Spaziergänger mit Kinderwagen, ältere Menschen, Rettungs- und Einsatzfahrzeuge) passierbar sein muss. Da der Fischerweg zwischenzeitlich mit einem Radweg ausgestattet wurde, ist ein durchgehendes Fahrverbot auf dem Kloster-Fahr-Weg sicherlich zu prüfen. Die Vorschriftssignale «Fussweg» beim Kraftwerk Höngg «Am Giessen» und bei der Einmündung Winzerhalde müssten hierzu ersetzt und einheitliche Fahrverbotsbeschilderungen (allg. Fahrverbot) auf dem ganzen Kloster-Fahr-Weg angebracht werden. In diesem Teilstück sind vier Signale «Fussweg» angebracht. Die Beschilderungen «Fussweg» werden durch die Fahrradfahrenden zu wenig beachtet. Regelmässige Kontrollen durch die Stadtpolizei Zürich sind auch 2013 vorgesehen.

POS 2004/000045 2004/000008	07.01.2004 25.02.2004	Butz Marlène und Schmid Georg, Dr. Scheuchzerstrasse, Durchsetzung von Tempo 30
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche Massnahmen ergriffen werden können, damit auf der Scheuchzerstrasse Tempo 30 eingehalten wird und «Trottoirfahrten» verhindert werden. Des Weiteren wird er gebeten zu prüfen, wie diese Massnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden können, so dass sie bereits bei der anstehenden Teilspernung der Weinbergstrasse greifen.*

Die Dienstabteilung Verkehr hat in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt der Stadt Zürich über Jahre hinweg immer wieder Massnahmen zur Einhaltung von Tempo 30 und zur Verhinderung des Befahrens der Trottoirs ergriffen. Nachmessungen im November 2009 zwischen Sonnegg- und Riedtlistrasse ergaben bezüglich der Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit ausgezeichnete Werte (V85 von 31 km/h) sowie eine Abnahme des Verkehrsvolumens von rund 25 Prozent. Wo möglich wurde das Trottoirbefahren, das in der Regel dem Vorbeifahren an Entsorgungsfahrzeugen diente, mit Pfosten verhindert. Auf Grund von Zufahrten können aber nicht alle Möglichkeiten unterbunden werden. Kontrollen im Strassenverkehr werden also, wie überall, auch in Zukunft nötig bleiben. Seit dem Setzen der Pfosten gingen weder in der Dienstabteilung Verkehr noch beim Kreischeff entsprechende Reklamationen ein. Auch bei den zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen des Verkehrsforums Kreis 6 wurde das Thema nicht mehr eingebracht.

POS 2004/000617 2004/000166	31.03.2004 16.06.2004	Virag Jansen Eva, Dr., und Nagel Ueli, Dr. Helikopterlandungen auf dem Uetliberg, Verbot für Private
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, womöglich gemeinsam mit den Gemeinden Adliswil, Stallikon und Uitikon beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) vorstellig zu werden, mit dem Ziel, dass Helikopterlandungen von Privaten auf dem Uetliberg verboten werden.*

Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, gibt es auf dem Gebiet der Stadt Zürich keinen Helikopterlandeplatz auf dem Uetliberg. Der Landeplatz beim Hotel Uto Kulm befindet sich auf dem Hoheitsgebiet der Gemeinde Stallikon und die Stadt Zürich hat keine Möglichkeiten, Landungen zu verhindern. Wie u. a. bereits in der Interpellationsantwort Nagel/Abele (GR-Nr. 2006/224) betreffend Nutzungskonflikte am Uetliberg ausgeführt wurde, ist der Stadtrat wiederholt bei den kantonalen Behörden vorstellig geworden und hat seinen Unmut über die fortgesetzte Missachtung klaren Rechts geäussert. Ein Grossteil der Immissionen auf dem Uetliberg rührt von der Nutzung des Hotels Uto Kulm her, das sich nicht auf Stadtgebiet befindet. Da die Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone liegen, ist grundsätzlich der Kanton zuständig. 2006 wurde unter der Leitung der kantonalen Baudirektion ein Nutzungskonzept für den Uetliberg erarbeitet, das einen kantonalen Gestaltungsplan vorsieht. Die Stadt Zürich, die Gemeinden Uitikon, Stallikon sowie die Betreiber und Eigentümer des Hotels Uto Kulm waren in dieser Arbeitsgruppe vertreten. Mit dem Gestaltungsplan Uto Kulm sollen die öffentlichen Interessen an der Nutzung des Aussenraums gesichert werden (Wanderwege, Ausflugsrestaurant, Aussichtspunkt), die zulässige Nutzung der Bauten und Anlagen festgelegt sowie die notwendigen verkehrlichen Regelungen getroffen werden. Zudem ist eine klare Trennung zwischen Gastgewerbebetrieb und öffentlich zugänglichem Ausflugsbereich vorgesehen. Die Teilrevision des kantonalen Richtplans im Bereich Landschaft/Uto Kulm wurde zwischenzeitlich durch Beschluss des Kantonsrats vom 28. Juni 2010 festgesetzt und durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr und Kommunikation (UVEK) genehmigt. Gemäss kantonalem Gestaltungsplan Uto Kulm sind pro Jahr zwölf Helikopterflüge zulässig; ausgenommen sind Rettungsflüge.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2004/001906 2004/000669	15.12.2004 12.01.2005	Bachmann Hans und 59 Mitunterzeichnende Güterumschlagsplätze, vermehrte Schaffung durch entsprechende Strassensignalisation
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für das Gewerbe und dessen Güterumschlag auf Stadtgebiet mehr Güterumschlagsplätze mittels entsprechender Strassensignalisation geschaffen werden können.*

Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, ist der Güterumschlag, sofern er nicht ausserhalb des Strassenraumes abgewickelt werden kann, überall dort gestattet, wo der Verkehr dadurch nicht behindert oder gefährdet wird. Der öffentliche Grund ist in Ballungszentren wie der Stadt Zürich ein knappes Gut, weshalb ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Interessen zu finden und zu erhalten ist. Auf Begehren aus der Bevölkerung und von Gewerbetreibenden sowie bei Neugestaltungen von Verkehrsflächen werden wo immer möglich laufend neue Güterumschlagsflächen in Form von Markierungen oder Signalisationen eingerichtet. Auch im «Verkehrskonzept Innenstadt» sind solche Anlieferungsflächen eingeplant und teilweise auch bereits umgesetzt worden. Im Zusammenhang mit dem Projekt «Weniger ist mehr – Strassensignalisation in der Stadt Zürich» macht es zudem keinen Sinn, bei den bereits vorhandenen Güterumschlagsmöglichkeiten weitere zusätzliche Signalisationen, ohne konkreten Nachweis auf Bedarf, anzubringen. Der Polizeivorsteher hat die Dienstabteilung Verkehr zusätzlich beauftragt, den Bestand der markierten Güterumschlagplätze zu erheben. Der Bestand soll mindestens gehalten werden.

POS 2005/000841 2005/000258	29.06.2005 13.07.2005	Amacker Bruno Central, manuelle Verkehrssteuerung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu überprüfen, wie am Central die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer durch erweiterte manuelle Verkehrssteuerung erhöht werden kann.*

Die Situation am Central wird durch die Dienstabteilung Verkehr laufend analysiert und ausgewertet. Aus Sicht der Stadtpolizei, der Verkehrsbetriebe Zürich und der Dienstabteilung Verkehr hat sich am Central keine neue Situation ergeben. Die Einsatzzeiten der manuellen Verkehrszeichengabe werden im Rahmen der Einsatzzeiten des Polizeilichen Assistenzdienstes in Absprache mit allen Nutzern des Centrals angepasst, falls diesbezüglich ein Bedarf besteht.

POS 2005/001070 2005/000343	31.08.2005 14.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Taxi-Standplatz Schulstrasse, Kompensation für die vorgesehene Aufhebung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Schulstrasse von Taxi-Standplätzen befreit werden könnte.*

Die Verschiebung der Taxistandplätze an der Schulstrasse vor dem Swissôtel wurde bisher nicht realisiert. Die Hotelvorfahrt und die Taxistandplätze wurden so geändert, dass die Hotelbusse und die Taxis besser aneinander vorbeikommen. Dadurch konnten die verschiedenen Bedürfnisse besser erfüllt werden. Mit dem geplanten Bau der neuen Personenunterführung beim Bahnhof Oerlikon und der damit verbundenen Neugestaltung der Schulstrasse werden sich jedoch Änderungen bezüglich der Taxistandplätze ergeben. Wann der Bau dieser Personenunterführung in Angriff genommen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar.

POS 2005/001071 2005/000344	31.08.2005 14.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Schulstrasse, Erstellen eines Fussgängerstreifens
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob an der Schulstrasse in Oerlikon – zwischen den Eingängen des Swissôtel und des Einkaufszentrums «Neumarkt» – die schmale Insel in der Fahrbahn entfernt und die Sicherheit der Fussgänger z. B. durch Anbringen von Fussgängerstreifen gewährleistet werden kann.*

Die im Postulat erwähnte Insel wurde bereits 2005 an der meistbegangenen Stelle abgebaut, resp. auf das Fahrbahnniveau abgesenkt. Das Anbringen eines Fussgängerstreifens macht hingegen keinen Sinn, da die meisten Fussgängerquerungen schräg über die Fahrbahn erfolgen, jeweils ab Hofwiesenstrasse oder der Parkhauserschliessung. Damit würde ein Grossteil der Fussgängerinnen und Fussgänger eine verbotene Querung vornehmen. Zudem müsste die Hotelvorfahrt (Car und Taxi) unterbrochen werden, was aus Platzgründen nicht möglich ist. Die Schulstrasse wird neu gestaltet und in eine rechtskräftige Tempo-30-Zone integriert. Fussgängerstreifen und Mittelinsel sollen dann entfernt werden. Dieses Projekt war ursprünglich in dasjenige des Bahnhofplatzes Süd eingebettet worden. Aus verschiedenen Gründen erfolgte nun eine Aufteilung, so dass die Schul- und Hofwiesenstrasse (Schulbis Franklinstrasse) ein separates Projekt mit dem Ausführungshorizont 2016 bilden.

POS 2006/000544 2006/000186	17.05.2006 21.06.2006	Amacker Bruno und Traber Christian Milizfeuerwehr, Angleichung der Ausrüstung an die Berufsfeuerwehr
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die persönliche Einsatzrüstung der Milizfeuerwehreinheiten derjenigen der Berufsfeuerwehr angeglichen werden kann.*

Die persönliche Einsatzrüstung einschliesslich Einsatzstiefel der Milizfeuerwehr wurde im Jahr 2012 derjenigen der Berufsfeuerwehr angeglichen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/000587 2006/000210	31.05.2006 18.11.2009	Angst Walter Politische Veranstaltungen und Festbetriebe, Reorganisation des Bewilligungsverfahrens

*Ich bitte den Stadtrat eine Reorganisation der Bewilligungsverfahren für politische Veranstaltungen und Festbetriebe auf öffentlichem Grund zu prüfen. Ziel der Reorganisation soll die teilweise Rückgabe der Kompetenz für die Bearbeitung und Koordination dieser Bewilligungsverfahren vom «Büro für Veranstaltungen» an die Kreischefs der Stadtpolizei sein.*

Mit Inkrafttreten der neuen Allgemeinen Polizeiverordnung per 1. Januar 2012 sind für Standaktionen für politische Zwecke in den vom Stadtrat definierten Gebieten keine Bewilligungen mehr notwendig. Die Koordination der übrigen Antragsgesuche in Bezug auf das Einholen der Stellungnahmen liegt beim Büro für Veranstaltungen. Bevor die Bewilligung für eine Veranstaltung erteilt wird, wird unter anderem beim zuständigen Kreischef eine Vernehmlassung durchgeführt. Der Kreischef äussert sich also zu den Veranstaltungen, die Administration der Bewilligung wird zentral und durch automatisierte und strukturierte Abläufe effizient durch das Büro für Veranstaltungen erledigt. Von Ende April 2010 bis Anfang Mai 2011 wurde durch ein unabhängiges Befragungsinstitut eine Kundenzufriedenheitsbefragung im Auftrag des Polizeidepartements durchgeführt: Insbesondere die politischen Parteien zeigen sich sehr zufrieden mit der Arbeit des Büros für Veranstaltungen. 95 % der politischen Parteien und Gruppierungen, die an der Umfrage teilgenommen haben, beurteilen die Koordination des Büros für Veranstaltungen als Erleichterung in der Gesuchstellung. Die Koordination und die kundenorientierte Umsetzung der Bewilligungsverfahren durch das Büro für Veranstaltungen haben sich bewährt. Der Stadtrat hat daher keinen Anlass, von dieser bewährten Praxis abzuweichen.

POS 2006/000879 2006/000316	12.07.2006 08.09.2010	Seiz-Gut Silvia und Elmer Lück Annamarie Wehntalerstrasse, Verkehrsberuhigung zwischen Glaubtenstrasse und Zehntenhausplatz
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie an der Wehntalerstrasse zwischen der Glaubtenstrasse und dem Zehntenhausplatz Massnahmen zur Verkehrsberuhigung und Sicherheit umgesetzt werden können. Insbesondere soll Tempo 50 eingehalten werden.*

Die Wehntalerstrasse kann als sehr stark belasteter Hauptverkehrsträger nicht beliebig beruhigt werden. Unfallmässig ist sie unauffällig. Die Fussgängerübergänge sind Lichtsignalgeregelt. In verschiedenen Projekten (Gesamtverkehrskonzept Affoltern, Betriebs- und Gestaltungskonzept Wehntalerstrasse, Tramlinienkonzept usw.) wird zurzeit über das zukünftige Erscheinungsbild der Strasse diskutiert. Im erwähnten Teilstück der Wehntalerstrasse befinden sich drei Standorte für automatische Geschwindigkeitskontrollen. Einer dieser Standorte ist immer in Betrieb. Auffälligkeiten sind keine vorhanden, zumal die Lichtsignalanlagen auf eine grüne Welle mit 50 km/h ausgerichtet sind.

POS 2006/001079 2006/000415	27.09.2006 29.09.2010	Bartholdi Roger und Stucker Rolf Velofahrverbot, Durchsetzung in den Fussgängerzonen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird aufgefordert das Velofahrverbot in den Fussgängerzonen abseits der für den Veloverkehr geöffneten Abschnitten durchzusetzen ist. Ursprünglich lautete das Postulat folgendermassen (27. September 2006):*

*«Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Velofahrverbot in den Fussgängerzonen durchzusetzen und auf Velorouten in den Fussgängerzonen in der Altstadt zu verzichten ist.»*

Nachdem die im Kantonalen Richtplan festgelegten Veloverbindungen durch die Fussgängerzone rechts der Limmat am 28. November 2006 und durch die Fussgängerzone links der Limmat am 16. August 2007 umgesetzt worden waren, war das Postulat in dieser Form gar nicht mehr erfüllbar. In der Folge hat der Gemeinderat am 29. September 2010 das Postulat in abgeänderter Form erneut dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen. Der aktuelle Wortlaut des Postulats lautet:

*«Der Stadtrat wird aufgefordert, das Velofahrverbot in den Fussgängerzonen abseits der für den Veloverkehr geöffneten Abschnitten durchzusetzen.»*

Bei der Durchführung der Verkehrskontrollen berücksichtigt die Stadtpolizei alle Verkehrsteilnehmenden, d. h. neben den motorisierten Verkehrsteilnehmenden wird auch der Langsamverkehr kontrolliert. Es können aber nicht sämtliche in der Stadt Zürich auftretenden Missachtungen der Verkehrsregeln systematisch geahndet werden. Die Stadtpolizei Zürich nimmt eine inhaltliche Gewichtung und eine örtliche Auswahl vor, die sich vornehmlich nach dem Ergebnis der Unfallauswertung sowie den festgestellten Gefährdungs- oder Behinderungspotenzialen richten. Daraus resultieren auch immer wieder Verkehrskontrollen im ganzen Stadtgebiet, die das Einhalten der Velofahrverbote zum Zweck haben.

Betreffend Verkehrssicherheit ist festzuhalten, dass pro Jahr nur zwei bis drei polizeilich gemeldete Konflikte zwischen Fuss- und Veloverkehr in den Fussgängerzonen der Altstadt zu verzeichnen sind. Da üblicherweise jeder Unfall mit Personenschaden der Polizei gemeldet wird, ist davon auszugehen, dass die Sicherheit des Fussverkehrs in der Altstadt durch Velofahrende nicht ernsthaft gefährdet ist.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2007/000259 2007/000106	07.03.2007 29.09.2010	Im Oberdorf Bernhard und Bartholdi Roger Veloverkehr, Durchsetzung des Verbots auf Trottoirs

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Verbot des Velofahrens auf dem Trottoir wirksam durchgesetzt werden kann.*

Vorab ist festzuhalten, dass nicht auf allen Trottoirs Fahrverbot gilt, sondern dass einzelne Trottoirs in der Stadt Zürich für den Veloverkehr geöffnet sind. Wo ein Fahrverbot gilt, erachtet der Stadtrat eine Missachtung keinesfalls als Kavaliärsdelikt. Bei der Durchführung der Verkehrskontrollen berücksichtigt die Stadtpolizei alle Verkehrsteilnehmenden. Es können aber nicht sämtliche in der Stadt Zürich auftretenden Missachtungen der Verkehrsregeln systematisch geahndet werden. Velofahrende werden seit 2010 verstärkt durch die Stadtpolizei kontrolliert. Somit wird auch ein Signal gesetzt, dass Verstösse sanktioniert werden. Die Massnahmen zur Durchsetzung der Verkehrsregeln können jedoch nicht rein repressiver Natur sein, sondern müssen auch den Bereich der Prävention umfassen, weshalb die Stadtpolizei diverse Aktionen zur Sensibilisierung der Thematik durchführt:

Velofahrende fahren erfahrungsgemäss auf der rechte Fahrbahenseite. Nur unsichere Velofahrende weichen aufs Trottoir aus. Hier liegt der Fehler oftmals bei den Autofahrenden, da sie in einer stehenden Kolonne den Velofahrenden nicht genügend Platz lassen. Deshalb wurde die Aktion «Partnerschaft im Strassenverkehr – Eine Gasse für das Velo» ins Leben gerufen und bereits mehrmals an ausgesuchten Örtlichkeiten in der Innenstadt durchgeführt. Das gemeinsame Auftreten der Bike Police und Pro Velo sowie die Unterstützung durch Fussverkehr Schweiz, ACS und TCS fördert die Akzeptanz sowohl der Velofahrenden als auch der Autolenkerinnen und Autolenker. Des Weiteren findet seit Jahren die Aktion Velo-Checkpoint statt. Dabei können Velofahrende gratis ihr Velo von Velomechanikern kontrollieren lassen. Gleichzeitig suchen Mitarbeitende der Stadtpolizei das Gespräch mit den Velofahrenden und geben Informationsmaterial zum sicheren und richtigen Verhalten im Strassenverkehr ab.

POS 2007/000317 2007/000147	21.03.2007 18.04.2007	Mariani Mario und Schönbächler Robert Parkhäuser in Zürich West, neues Parkleitsystem
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die bestehenden öffentlich zugänglichen Parkhäuser in Zürich West (Welti-Furrer, KV Business School, Förrlibuckstrasse, Hardturm, Neuhard, Schiffbau, Technopark, Puls 5, etc.) im Zusammenhang mit den geplanten (Toni-Areal, Maag-Areal, Coop-Überbauung, usw.) in ein neues Parkleitsystem eingebunden werden können.*

Das Parkleitsystem ist seit 2003 installiert und wurde seither sukzessive erweitert. Das technische Konzept hat sich bewährt, und das System kann ohne grosse Aufwendungen ausgebaut werden. In Zürich-West wurden die beiden Parkhäuser P-West und Welti Furrer im Dezember 2010 in das Parkleitsystem eingebunden. Den damals vorgesehenen Bauprojekten im Gebiet Pflingstweidstrasse wird nun der Anschluss an das Leitsystem mit der Fertigstellung des Grossprojekts Tram Zürich-West und Pflingstweidstrasse ermöglicht. Die Inbetriebnahme wurde im Dezember 2011 erfolgreich abgeschlossen. Nach Rücksprache mit dem Geschäftsführer der Parkleitsystem Zürich AG ist es neben den zwei erwähnten Parkhäusern zu keiner Erweiterung des Systems gekommen. In den kommenden drei Jahren wird mit keinen weiteren Abschlüssen gerechnet. Dass die Parkleitsystem Zürich AG ein vitales Interesse an der Ergänzung des Systems hat, zeigen die intensiven Bemühungen der Geschäftsleitung um weitere Vertragsabschlüsse.

POS 2007/000354 2007/000167	28.03.2007 29.09.2010	Pauli Pascal und Sarbach Martin Verkehrsregelverordnung, Durchsetzung von Art. 8 Abs. 4
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie und mit welchen konkreten verkehrspolizeilichen Massnahmen die Einhaltung von Art. 8 Abs. 4 der Verkehrsregelverordnung (VRV) durchgesetzt werden kann.*

Art. 8 Abs. 4 der VRV verpflichtet die Motorfahrzeuge auf dem gleichen Fahrstreifen links, die Radfahrenden rechts zu fahren. Eine Bestrafung gestützt auf diese Bestimmung ist nicht möglich. Damit das Fahren, ohne eine Gasse frei zu lassen, bestraft werden könnte, wäre eine Änderung dieses Artikels auf eidgenössischer Ebene notwendig.

Art. 8 Abs. 4 VRV lässt sich weder mit verkehrspolizeilichen noch mittels baulicher Massnahmen vollumfänglich durchsetzen. Wo immer möglich soll aber mit baulichen Massnahmen und der Markierung von Radstreifen die Situation für die Velofahrenden verbessert werden. Im Weiteren geht es um die Sensibilisierung der Autofahrenden für eine Verhaltensänderung. Im Rahmen der Umsetzung des «Masterplans Velo» werden die Anliegen des Postulats ins Handlungsumfeld Verkehrsklima und -verhalten aufgenommen, unter anderem in der Massnahme «Kampagne – Eine Gasse für das Velo». Die Bike-Patrouillen der Stadtpolizei machen die Autofahrenden regelmässig auf die «Gasse für das Velo» aufmerksam. Des Weiteren hat die Stadtpolizei im Jahre 2012 einen Fernseh-Werbespot geschaffen, mit dem die Autofahrerinnen und Autofahrer ersucht werden, auf freiwilliger Basis eine Gasse für das Velo zu gewähren.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/000439 2007/000213	18.04.2007 29.09.2010	Recher Alecs und Abele Martin und 16 Mitunterzeichnende Stadtpolizei, Ausbildungsblock «Homosexualität und antischwule Gewalt»

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, im Ausbildungsteil «Gesellschaft», welchen angehende PolizistInnen im Rahmen ihres Aspirantenjahres besuchen, den Block «Homosexualität und antischwule Gewalt» dauerhaft als obligatorischen Bestandteil zu erhalten und den heutigen Kursinhalt auf den Umgang mit transsexuellen Menschen auszudehnen. Dabei soll diese Thematik umfassend berücksichtigt werden und über die bisher rein begriffliche Definition von Transsexualität hinausgehen. Die Vermittlung der Kursinhalte soll durch eine fachkundige Person erfolgen.*

Das Thema Homosexualität wird in der Grundausbildung an der Zürcher Polizeischule ZHPS seit 2012 mit einem neuen Konzept unterrichtet. Im Modul «Gesellschaftslehre/Homosexualität» werden Aspekte wie Homosexualität in der Geschichte, Begrifflichkeiten (so auch Transgender), Homophobie usw. thematisiert. Ziel dieses Moduls ist die Akzeptanzförderung durch das Thematisieren, den Mensch dahinter und nicht nur seine sexuelle Neigung zu erkennen.

In der Weiterbildung wird neu in Zusammenarbeit mit der Polizeiseelsorgerin Jeanine Kosch das Thema «Umgang mit Homosexualität und Trans-Menschen im polizeilichen Alltag» behandelt. Ziel ist es unter anderem, die Thematik aufzufrischen, den gesellschaftlichen Wandel aufzuzeigen, Wertekonflikte und Konflikte in der Polizeiarbeit zu erkennen und zu behandeln. Zudem wurde der Fachstelle für Transgender-Fragen der Stadt Zürich eine Plattform gegeben, um die Fachstelle und ihre Arbeit vorzustellen.

POS 2007/001289 2007/000644	05.12.2007 03.11.2010	Bloch Süss Monika und Kisker Gabriele Schulhausstrasse, Verringerung des Verkehrs
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Massnahmen eingeführt werden können, die eine wesentliche Verringerung des Verkehrs an der Schulhausstrasse bewirken.*

In der Zwischenzeit wurden die Schulhaus-, die Bürgli- und die Grütlistrasse im Teilstück zwischen der Schulhaus- und der Gablerstrasse neu gebaut. Das Bauprojekt wurde seinerzeit vom Tiefbauamt der Stadt Zürich gemäss § 16 Strassengesetz aufgelegt. Es gingen keine Einsprachen ein. Dieser Neubau beinhaltete unter anderem Anpassungen an den Verkehrsflächen. So wurden auf der Schulhausstrasse das Trottoir zu Lasten der Fahrbahn verbreitert und die Blaue-Zone-Parkplätze zwecks Geschwindigkeitsreduktion optimaler angeordnet. Im Weiteren wurden die Übergänge in die See- und die Bürglistrasse taillierter ausgestaltet. Somit sind sie für Fussgängerinnen und Fussgänger besser überblickbar. Der Anteil an Schwerverkehr hat sich in dieser Strasse auf den üblichen Tempo-30-Durchschnitt reduziert. In den Jahren 2008 bis 2012 wurden keine Kollisionen zwischen Personen- bzw. Lastwagen und Fussgängerinnen/Fussgängern registriert.

POS 2008/000311 2008/000142	26.03.2008 11.06.2008	Stucker Rolf und Garzotto Bruno Bootsvermietungen, Anzahl der Angebote
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, auf seinen Entscheid zurück zu kommen, die sechs Bootsvermietungen im unteren Zürichsee-Becken im Jahr 2010 auf vier zu reduzieren, beziehungsweise mit der diesjährigen Aufhebung der Bootsvermietung am Bürkliplatz die Anzahl der Boots-Vermieter auf neu fünf zu definieren. Mit nur noch vier Boots-Vermietungen kann das Angebot der Nachfrage nicht gerecht werden.*

Ausschlaggebend für den Entscheid des Stadtrats, die vormalig sechs Bootsvermietungen auf vier zu reduzieren, waren Sicherheitsgründe, städtebauliche und wirtschaftliche Überlegungen. Deshalb wurde die Bootsvermietung Utoquai II gemäss Entscheid des Stadtrats zurückgebaut. Je ein Floss der zurückgebauten Bootsvermietung wurden der Bootsvermietung Utoquai I und Bootsvermietung Seefeldquai angegliedert und so für die beiden Betreiber die Möglichkeit geschaffen, zusätzliche Mietboote anzuschaffen und das Angebot auszuweiten. Auch wurden die ursprünglichen Bojenplätze der Bootsvermietung Utoquai II den verbliebenen Bootsvermietungen zugeteilt. Alle entsprechenden Konzessionen wurden durch das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) des Kantons Zürich angepasst und bewilligt. Somit sind im Seebecken der Stadt Zürich vier Bootsvermietungen (Utoquai I, Seefeldquai, Enge und Limmat) mit entsprechendem Angebot in Betrieb. Die ursprüngliche Anzahl Bojenplätze sowie die Anzahl Flosse für Mietboote (Pedalos) sind aufgrund der Umverteilung in etwa gleich geblieben.

POS 2008/000344 2008/000159	02.04.2008 03.11.2010	Rykart Sutter Karin und Sarbach Martin Einbahnstrassen, Verbesserung der Signalisation für Radfahrende in der Gegenrichtung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei jenen Einbahnstrassen, welche für Velos in beiden Richtungen geöffnet sind, Massnahmen ergriffen werden können (z. B. Bodenmarkierung, Vergrösserung der Signaltafeln, Anpassung der Einmündungsbereiche), damit auch nicht ortskundige oder unachtsame Autofahrende die Verkehrsordnung realisieren.*

Von den rund 680 Strassen, die als Einbahnstrassen mit den Signalen «Einfahrt verboten» und «Einbahnstrasse» signalisiert sind, wurden bislang über 480 für den Veloverkehr geöffnet. Wesentliche Nachteile sind keine bekannt. In der Verkehrsunfallauswertung der Dienstabteilung Verkehr sind keine gefährlichen Situationen bei diesen Anordnungen erkennbar. Verkehrsunfälle in Einbahnstrassen mit Gegenverkehr für die Velofahrenden sind praktisch keine registriert. In diesem Zusammenhang ist auf das Projekt «Velo-Grid» zu verweisen das im August 2011 in Angriff genommen wurde. Ziel sind die Erhöhung der Verkehrssicherheit und die Akzeptanz durch Verbesserung und Ausbau der Veloinfrastrukturen, insbesondere das Sichtbarmachen von Velorouten. So wurden in einigen Einbahnstrassen bei genügend breiter Fahrbahn Radstreifen inkl. Piktogrammen markiert.



<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2008/000383 2008/000173	09.04.2008 03.11.2010	Rosenheim Monjek Einbahnstrassen, Verbesserung der Signalisation für Radfahrende betreffend Verbot des Gegenverkehrs
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei jenen Einbahnstrassen, welche für Velos nicht in beiden Richtungen geöffnet sind, Massnahmen ergriffen werden können (z. B. Bodenmarkierungen, Vergrösserung der Signaltafeln, Anpassungen der Einmündungsbereiche), damit auch nicht ortskundige oder unachtsame Velofahrende die Verkehrsanordnung realisieren.</i></p> <p>Von den rund 680 Strassen, die als Einbahnstrassen mit den Signalen «Einfahrt verboten» und «Einbahnstrasse» signalisiert sind, wurden bislang über 480 für den Veloverkehr geöffnet. Wesentliche Nachteile sind keine bekannt. In der Verkehrsunfallauswertung der Dienstabteilung Verkehr sind keine gefährlichen Situationen bei diesen Anordnungen erkennbar. Verkehrsunfälle in Einbahnstrassen mit Gegenverkehr für die Velofahrenden sind praktisch keine registriert. In diesem Zusammenhang ist auf das Projekt «Velo-Grid» zu verweisen, das im August 2011 in Angriff genommen wurde. Ziel sind die Erhöhung der Verkehrssicherheit und die Akzeptanz durch Verbesserung und Ausbau der Veloinfrastrukturen, insbesondere das Sichtbarmachen von Velorouten. So wurden in einigen Einbahnstrassen bei genügend breiter Fahrbahn Radstreifen inkl. Piktogrammen markiert.</p>		
POS 2008/000738 2008/000325	02.07.2008 03.11.2010	Feuillet Dominique und Probst Matthias Triemlistrasse und Letzigraben, Senkung der Höchstgeschwindigkeiten
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Triemlistrasse, dem Letzigraben, sowie den angrenzenden Strassen die signalisierte Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h gesenkt werden kann, ohne die bestehenden Fussgängerstreifen aufzuheben.</i></p> <p>Im Zusammenhang mit der Strassenlärmsanierung «Massnahmen an der Quelle» wurden verschiedene Strassen hinsichtlich der möglichen Einführung von Tempo 30 beurteilt. So wurden unter anderem auch die Triemlistrasse und der Letzigraben in diese Prüfung aufgenommen. Der Entscheid des Stadtrats fiel dahingehend aus, dass sowohl in der Triemlistrasse, Abschnitt Triemlistrasse–Püntstrasse, als auch im Letzigraben, Abschnitt Hubertus–In der Ey, das Geschwindigkeitsregime Tempo 50 beizubehalten ist.</p>		
POS 2008/000805 2008/000338	09.07.2008 08.12.2010	Bartholdi Roger und Liebi Roger Stadtpolizei, Fusspatrouillen im Langstrassenquartier
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie – gleich wie während der Fussballeuropameisterschaft – mehrere gut erkennbare Fusspatrouillen der Stadtpolizei im Langstrassenquartier beibehalten werden können.</i></p> <p>Während der EURO 08 wurden in der Stadt Zürich in der Innenstadt und im Langstrassenquartier Fusspatrouillen in grosser Dichte eingesetzt. Diese Dichte war nur aufgrund folgender Massnahmen möglich: Begrenzte Dauer des Einsatzes dieser Patrouille, mehrere involvierte Polizeikorps (Stadtpolizei Zürich, Kantonspolizei Zürich, Ostschweizer Polizeikonkordat, Polizeikräfte aus Deutschland), Zurückstellen anderer Tätigkeiten (z. B. Polizeiwachen und -posten geschlossen), Anordnung von Urlaubssperren und Überzeiteinsätzen. In regulären Zeiten sind Patrouillen in diesem Ausmass («gleich wie während der Fussballeuropameisterschaft») aus Kapazitätsgründen nicht möglich. Im Anschluss an die EURO 08 hat die Stadtpolizei begonnen, mit vertretbarem Aufwand eine sichtbare Präsenz im Langstrassenquartier aufzuziehen. Dabei wird u. a. auch ein mobiler Polizeiposten eingesetzt. Wie dem Konzept «Sicherheit 2020» (GR Nr. 2012/450) zu entnehmen ist, will der Stadtrat die präventive Präsenz sowie die Patrouillentätigkeiten der Uniformpolizei aufgrund der sich stark angehäuften Vorfälle an den Wochenendnächten weiter verstärken. Hierfür prüft die Stadtpolizei die Schaffung einer speziellen Einsatzmöglichkeit mit einem den Bedürfnissen angepassten, eigenen Arbeitszeitmodell. Bei Vorliegen eines ausgearbeiteten Konzepts «Night Police» wird der Polizeivorsteher dem Gemeinderat gemäss «Sicherheit 2020» weitere Stellen beantragen.</p>		
POS 2009/000421 2009/000144	29.04.2009 16.09.2009	Knauss Markus und Wyss Thomas Zufahrt Richtung Zürich im Bereich Heizkraftwerk Aubrugg, Spurreduktion
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit der Überdeckung Schwamendingen die Zufahrt Richtung Zürich im Bereich des Heizkraftwerkes Aubrugg um eine Spur reduziert und damit auch die Umfahrfunktion verstärkt werden kann.</i></p> <p>Ein Spurabbau auf der Autobahn wurde durch die Dienstabteilung Verkehr anlässlich der Projektierung der Einhausung Schwamendingen als Vorschlag eingebracht. Ein solcher Abbau hätte nämlich die Möglichkeit geboten, die Einfahrt Aubrugg beizubehalten. Die kantonalen Instanzen lehnten diesen Vorschlag damals ab mit der Begründung, dass drei Spuren als Stauraum nötig seien, um den Autobahnverkehr aus Richtung Winterthur nach Bern/Basel/Flughafen nicht zu beeinträchtigen. Die Einsprachefrist zur Projektauflage der Einhausung Schwamendingen ist im April 2011 abgelaufen. Auch wenn das Projekt noch nicht rechtskräftig ist, handelt es sich um ein laufendes Verfahren, in das nicht mehr eingegriffen werden kann. Eine erweiterte Projektauflage erfolgte im Herbst 2012, betraf aber nur noch Anpassungen ausserhalb der Einhausung auf Stadtgebiet sowie Landumlegungen.</p>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2009/000792 2009/000283	24.06.2009 08.07.2009	SVP-, FDP- und CVP-Fraktionen Tankstellenshops, Beibehaltung des Status quo bezüglich Öffnungszeiten und Produkteangebot

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er den «Status quo» bezüglich Öffnungszeiten und Produkteangebot bei sämtlichen Tankstellenshops in der Stadt Zürich beibehalten kann.*

Was das Warenangebot an öffentlichen Ruhetagen betrifft, wurde gemäss einem Urteil des Bezirksgerichtes Zürich vom 15. Dezember 2011 eine Tankstellenbetreiberin vom Vorwurf der Übertretung des Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetzes freigesprochen. Mit Urteil vom 26. November 2012 hat das Obergericht des Kantons Zürich den Freispruch der Tankstellenbetreiberin bestätigt. Der Bundesrat hat eine Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops gutgeheissen. Diesbezüglich soll künftig das ganze Sortiment eines Tankstellenshops auch während der Nacht angeboten werden können. An der bisherigen Voraussetzung der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz, wonach eine solche Regelung nur für Tankstellenshops gilt, die an «Hauptverkehrswegen mit starkem Reisendenverkehr» liegen, soll jedoch weiterhin festgehalten werden. Damit will der Bundesrat der unkontrollierten Ausbreitung von sogenannten 24-Stunden-Shops vorbeugen. Abschliessend ist festzuhalten, dass auch zum heutigen Zeitpunkt das momentane Produktangebot beibehalten werden kann, weil immer noch keine abschliessende Klarheit besteht. Es ist davon auszugehen, dass die bestehenden Vorschriften in absehbarer Zeit ohnehin liberalisiert werden dürften.

POS 2009/001567 2009/000603	16.12.2009 13.01.2010	Mariani Mario und Kunz Hanspeter Quartierbezeichnungen auf Ortstafeln an der Stadtgrenze
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für Strassen-Ortstafeln an der Stadtgrenze nebst der Anschrift «Zürich» auch der Zusatz des entsprechenden (Stadt-)Quartiers aufgeführt werden kann.*

Seit dem Bau der Glattalbahn und dem Entwicklungsgebiet in Zürich-Nord wurden neue Ortsbeschilderungen «Zürich» mit den entsprechenden Stadtquartieren angebracht. In der Zwischenzeit wurden von den insgesamt 60 Ortstafeln an der Stadtgrenze im Zusammenhang mit Bauprojekten, Schadenfällen oder im Rahmen der periodischen Erneuerungen rund 45 Tafeln mit den entsprechenden Stadtquartieren umgerüstet. Bis im Frühjahr 2013 werden die restlichen 15 Tafeln ebenfalls angepasst sein.

POS 2010/000204 2010/000099	10.02.2010 17.03.2010	Bartholdi Roger und Tuena Mauro Stadtpolizei, Personalaufstockung bei Grosseinsätzen, Prüfung eines Pikettendienstes und Beizug von Personal anderer Korps
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadtpolizei bei nicht planbaren Grosseinsätzen zusätzlich Personal für den Frontdienst aufbieten und einsetzen kann. Insbesondere soll ein (erweiterter) Pikettendienst innerhalb der Stadtpolizei geprüft werden und den Beizug von Personal aus anderen Korps.*

Der Stadtrat legte dem Gemeinderat im Dezember 2012 das Konzept «Sicherheit 2020» vor (GR Nr. 2012/450). Dieses Konzept beinhaltet eine Einschätzung der Sicherheitslage, eine Darstellung des angestrebten Sicherheitsniveaus, welche Leistungen die Stadtpolizei erbringt und welcher Mittelbedarf sich daraus für die nächsten Jahre ableitet. Die Analysen ergaben, dass die Stadtpolizei trotz internen Optimierungen künftig zusätzliche Stellen benötigt. Gründe dafür sind die nicht mehr weiter kompensierbare Überzeit, der Mehraufwand durch die neue Strafprozessordnung sowie die Präsenz an Abend- und Nachtstunden am Wochenende (24-Stunden-Gesellschaft). Diese im Konzept «Sicherheit 2020» umfassend beschriebenen sicherheits- und personalpolitischen Gründe ergeben einen zusätzlichen Bedarf von 58 Stellen. Davon hat der Gemeinderat bereits 30 Stellen im Rahmen der Budgets 2012 und 2013 bewilligt.

Des Weiteren ist die Stadtpolizei gemäss Stadtratsbeschluss 1456/2012 an der Umsetzung des Pilotprojekts «Neues Alarmierungskonzept». Möglichst viele Mitarbeitende der Stadtpolizei werden künftig unter ihrer privaten Handynummer telefonisch oder per SMS erreichbar sein, womit die Erreichbarkeit und damit die Verfügbarkeit der Mitarbeitenden verbessert werden. Somit sollte es in Zukunft möglich sein, bei Bedarf in ausserordentlichen Lagen ausreichende Personalbestände zur Verfügung zu haben, um einer Gefahrenlage adäquat entgegenzuwirken. Zudem wurde die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei für spontane Einsätze verstärkt.

POS 720.110.100-86 2012/000351	03.03.2010 19.09.2012	Anhorn Ruth und Tuena Mauro Stadtpolizei, Erhöhung der Anzahl Polizisten mit Fähigkeitszeugnis
--------------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird aufgefordert, bei der Stadtpolizei die Anzahl der Polizisten mit Fähigkeitszeugnis (Anforderungsprofil BBT) den Anforderungen entsprechend zu erhöhen.*

Der Stadtrat legte dem Gemeinderat im Dezember 2012 das Konzept «Sicherheit 2020» vor (GR-Nr. 2012/450). Dieses Konzept beinhaltet eine Einschätzung der Sicherheitslage, eine Darstellung des angestrebten Sicherheitsniveaus, welche Leistungen die Stadtpolizei erbringt und welcher Mittelbedarf sich daraus für die nächsten Jahre ableitet. Die Analysen ergaben, dass die Stadtpolizei trotz internen Optimierungen künftig zusätzliche Stellen benötigt. Gründe dafür sind die nicht mehr weiter kompensierbare Überzeit, der Mehraufwand durch die neue Strafprozessordnung sowie die Präsenz an Abend- und Nachtstunden am Wochenende (24-Stunden-Gesellschaft). Diese im Konzept «Sicherheit 2020» umfassend beschriebenen sicherheits- und personalpolitischen Gründe ergeben einen zusätzlichen Bedarf von 58 Stellen. Davon hat der Gemeinderat bereits 30 Stellen im Rahmen der Budgets 2012 und 2013 bewilligt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2010/000634 450.250.130-04 2010/000254	09.06.2010 08.09.2010	Walker Sacha und Wyler Rebekka Streetparade, erweiterte Nutzung von Boulevard-Cafés

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, unter welchen Auflagen und Rahmenbedingungen die erweiterte Nutzung von Boulevard-Cafés anlässlich der Streetparade zu gewähren ist.*

Der Stadtrat hat aufgrund der Auswertungen von Zahlenmaterial der Stadtpolizei und Schutz & Rettung der Jahre 2004 bis 2011 entschieden, dass er an der Street Parade auch in Zukunft keine Outdoor-Bars und Musikanlagen im Freien bewilligen wird. Ziel dieser Massnahme ist, den Alkoholkonsum während der Street Parade zu reduzieren und damit Gewaltvorfälle zu verhindern, wie sie in früheren Jahren sehr häufig beklagt wurden. Die Statistiken belegen, dass die beschlossenen Massnahmen Wirkung zeigen: Seit der Aufhebung der Sonderbewilligungen im Jahre 2008 sind sowohl die Anzahl der Körperverletzungen als auch der Behandlungen durch Schutz & Rettung markant zurückgegangen.

Die Boulevardcafés sind durch diesen Entscheid gegenüber ihrem normalen Betrieb nicht eingeschränkt: Sie können auf den bewilligten Flächen auf öffentlichem Grund wie üblich offen halten und profitieren von den grossen Besucherströmen der Street Parade.

POS 2010/000753 2010/000300	07.07.2010 14.07.2010	Wüthrich Karin und Wyler Rebekka Projekt «Langstrasse Plus», neue Grundlage für die Projektorganisation
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Weiterführung des Projektes «Langstrasse PLUS» die Projektorganisation auf eine neue Grundlage gestellt werden kann. Sie soll insbesondere folgende Elemente umfassen:*

- Formulierung konkreter, überprüfbarer Ziele,
- Umfassende Evaluation des Projekts,
- Regelmässige Dokumentation des Projekts,
- Transparente institutionelle Verankerung.

Im Sommer 2011 wurde das Projekt Langstrasse PLUS mit einem Bericht über die erreichten Ziele abgeschlossen. Langstrasse PLUS wurde 2001 gestartet, um den zunehmenden Immissionen durch den Drogenhandel und -konsum und das Sexmilieu entgegenzuwirken und diesen koordiniert durch Massnahmen und Interventionen zu begegnen. In den zehn Jahren hat sich im Langstrassenquartier vieles zum Besseren gewendet, und mit dem Projekt Langstrasse PLUS konnte die Lebensqualität im Quartier gesteigert werden. Angesichts dieses Erfolgs entschied der Vorsteher des Polizeidepartements, das Projekt Langstrasse PLUS in dieser Form nicht weiterzuführen. Trotzdem wird auch in Zukunft intensiv in und mit dem Quartier gearbeitet. Das Grundanliegen einer direkten Ansprechperson für die Bevölkerung im Polizeidepartement wird neu für die ganze Stadt aufgenommen. Dazu wurde neu die Funktion der Delegierten für Quartiersicherheit geschaffen. Die Delegierte für Quartiersicherheit ist Ansprechperson für Anliegen der Bevölkerung und des Gewerbes zu Fragen der Sicherheit im öffentlichen Raum und Nutzungskonflikten. Unter anderem leitet sie die Arbeitsgruppe «Quartiersicherheit im Langstrassengebiet», welche die Arbeiten des Projekts Langstrasse PLUS weiterführt.

POS 2010/000982 2010/000426	06.10.2010 31.08.2011	Kälin Simon Überbauung Stadtraum HB, Benennung eines Maurice-Bavaud-Platzes anstelle des geplanten Le-Corbusier-Platzes
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine Strasse oder ein Platz in Zürich nach Maurice Bavaud benannt werden kann.*

Die Mitglieder der Strassenbenennungskommission haben sich sehr eingehend mit der Person von Maurice Bauvaud, dem Schweizer Hitler-Attentäter (8. November 1938), auseinandergesetzt. Das Studium der vorhandenen Literatur zum Thema zeigt, dass sich die Forschung gerade über die Motivation Bavauds zum Attentat nicht einig ist. Zweifellos ist richtig, was Nationalrat Paul Rechsteiner am 19. Juni 1997 in seiner «Einfachen Anfrage» an den Bundesrat sagte, wobei er nachfragte, wie die heutige Landesregierung den Fall Bavaud beurteile: «Wäre Bavauds Attentatsversuch erfolgreich verlaufen, hätte Hitler weder einen Angriffskrieg auslösen noch die Ermordung von Millionen von europäischen Jüdinnen und Juden anordnen können.» Richtig ist auch, dass sich weder die Berliner Gesandtschaft mit Botschafter Hans Frölicher noch die Schweizer Behörden nach Maurice Bavauds Verurteilung genügend für ihn eingesetzt haben.

Über seine Motivation – und dies hält die Strassenbenennungskommission als einen wesentlichen Punkt für oder gegen eine Strassenbenennung – kann heute jedoch aufgrund der zur Verfügung stehenden Unterlagen keine definitive Antwort gegeben werden. Die hochemotionale Diskussion um Bavauds Motive zur Tat zeigt, dass die Fakten für eine objektive Beurteilung nicht vorliegen oder nicht genügend erforscht sind. Zudem darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass Maurice Bavaud zur Zeit seines Attentatsversuchs erst 22-jährig war; seine Gesinnung ist daher ohnehin schwer abzuschätzen. Genau diese Umstrittenheit und die divergierenden Meinungen in den Medien und in der Bevölkerung bewogen die Kommission seinerzeit, die Ehrung von Le Corbusier an der zentralen Lage beim Hauptbahnhof zurückzuziehen. Auch wenn kein Mensch je über alle Zweifel erhaben sein wird, so möchte die Kommission mit einer Ehrung von Maurice Bavaud keine erneute Diskussion auslösen. Vor diesem Hintergrund wird in jüngster Zeit auch Zurückhaltung geübt bei der Ehrung von Personen. Auch legt die Kommission stets Wert auf einen Bezug zu Zürich; ein solcher ist bei Maurice Bavaud, der aus Neuchâtel stammte und sich nie aktenkundig in Zürich aufhielt, nicht gegeben. Der Le-Corbusier-Platz wurde zwischenzeitlich in «Europaplatz» umbenannt.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 720.120.120-01 2010/001026 2010/000461	03.11.2010 24.11.2010	Widler Josef und Virchaux Jean-Claude Sicherheitsbericht bezüglich der aktuellen Sicherheitslage in der Stadt Zürich

*Der Stadtrat wird gebeten, einen umfassenden Sicherheitsbericht vorzulegen. Darin soll einerseits die stadtträtliche Einschätzung der aktuellen Sicherheitslage in der Stadt Zürich aufgezeigt werden, andererseits sollen die möglichen Szenarien der nächsten zehn Jahren analysiert und die sich daraus ergebenden personellen und organisatorischen Konsequenzen aufgezeigt und die notwendigen finanziellen Mittel beantragt werden.*

Der Stadtrat legte dem Gemeinderat im Dezember 2012 das Konzept «Sicherheit 2020» vor (GR-Nr. 2012/450). Dieses Konzept beinhaltet eine Einschätzung der Sicherheitslage, eine Darstellung des angestrebten Sicherheitsniveaus, welche Leistungen die Stadtpolizei erbringt und welcher Mittelbedarf sich daraus für die nächsten Jahre ableitet. Die Analysen ergaben, dass die Stadtpolizei trotz internen Optimierungen künftig zusätzliche Stellen benötigt. Gründe dafür sind die nicht mehr weiter kompensierbare Überzeit, der Mehraufwand durch die neue Strafprozessordnung sowie die Präsenz an Abend- und Nachtstunden am Wochenende (24-Stunden-Gesellschaft). Diese im Konzept «Sicherheit 2020» umfassend beschriebenen sicherheits- und personalpolitischen Gründe ergeben einen zusätzlichen Bedarf von 58 Stellen. Davon hat der Gemeinderat bereits 30 Stellen im Rahmen der Budgets 2012 und 2013 bewilligt.



Bild: ©SVLuma/Shutterstock.com

# **Geschäftsbericht 2012**

## Gesundheits- und Umweltdepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Gesundheits- und Umweltdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>157</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele, Jahresschwerpunkte</b>	<b>158</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Gesundheits- und Umweltdepartement</b>	<b>160</b>
<b>3.1</b>	<b>Allgemeine Kennzahlen</b>	<b>160</b>
<b>3.2</b>	<b>Spezifische Kennzahlen</b>	<b>161</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>162</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementsekretariat</b>	<b>162</b>
4.1.1	Aufgaben	162
4.1.2	Jahresschwerpunkte	162
4.1.3	Kennzahlen	162
<b>4.2</b>	<b>Stadtspital Waid</b>	<b>164</b>
4.2.1	Aufgaben	164
4.2.2	Jahresschwerpunkte	164
4.2.3	Kennzahlen	165
<b>4.3</b>	<b>Stadtspital Triemli</b>	<b>166</b>
4.3.1	Aufgaben	166
4.3.2	Jahresschwerpunkte	166
4.3.3	Kennzahlen	168
<b>4.4</b>	<b>Pflegezentren</b>	<b>170</b>
4.4.1	Aufgaben	170
4.4.2	Jahresschwerpunkte	170
4.4.3	Kennzahlen	172
<b>4.5</b>	<b>Städtische Gesundheitsdienste</b>	<b>173</b>
4.5.1	Aufgaben	173
4.5.2	Jahresschwerpunkte	173
4.5.3	Kennzahlen	175
<b>4.6</b>	<b>Altersheime</b>	<b>177</b>
4.6.1	Aufgaben	177
4.6.2	Jahresschwerpunkte	177
4.6.3	Kennzahlen	180
<b>4.7</b>	<b>Umwelt- und Gesundheitsschutz</b>	<b>181</b>
4.7.1	Aufgaben	181
4.7.2	Jahresschwerpunkte und Kennzahlen	181
<b>4.8</b>	<b>Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich</b>	<b>186</b>
4.8.1	Aufgaben	186
4.8.2	Jahresschwerpunkte	186
4.8.3	Kennzahlen	188
<b>4.9</b>	<b>Beratungsstelle Wohnen im Alter</b>	<b>188</b>
4.9.1	Aufgaben	188
4.9.2	Jahresschwerpunkte	188
4.9.3	Kennzahlen	189
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>190</b>

# 1. Vorwort



Dr. oec. Claudia Nielsen. (Bild: Gian Vaitl)

## «Das Alter geht uns alle an»

im Juni 2012 habe ich ein Versprechen eingelöst, das ich in meinen ersten hundert Tagen im Amt als Stadträtin gegeben hatte: die Erarbeitung einer neuen Altersstrategie für die Stadt Zürich. Das Alter gehört in seiner ganzen Vielfalt und Wichtigkeit auf die politische Agenda. Denn beim Thema Alter sind die wesentlichen gesellschaftspolitischen Fragen zu Solidarität, Ethik und Verantwortung zu lösen. Auf Gemeindeebene betreffen uns diese Fragen ganz besonders. In den Gemeinden gestalten wir den Wohn- und Lebensraum, erbringen die Pflege, stärken das Nachbarschaftsnetz – und nicht zuletzt finanzieren wir einen wesentlichen Teil der Angebote.

Die Vielfalt des Alters ist gross und nimmt noch zu. Die Altersstrategie, die der Stadtrat im Sommer 2012 verabschiedet hat und im Januar 2013 dem Gemeinderat vorlegen wird, entspricht den vielstimmigen Bedürfnissen der alten Menschen. Die Altersstrategie basiert auf einer umfassenden Situations- und Umfeldanalyse zu den Entwicklungen bezüglich Demografie, sozialen Wandels, Wohnen, Gesundheit und materieller Sicherheit der älteren Bevölkerung in Zürich. Aufgrund der zu erwartenden Trends wurden zehn Grundsätze für die künftige Alterspolitik erarbeitet und fünf konkrete Handlungsfelder für

die nähere Zukunft definiert. Die fünf Handlungsfelder sind: Gestaltung der Angebote, Stärkung des autonomen Handelns, gesellschaftliche Wertschätzung des Alters sowie Personalgewinnung und Finanzierung.

An den zehn politischen Grundsätzen orientiert sich die künftige Alterspolitik von Zürich. Ziel ist, auch in Zukunft ein bedarfsgerechtes Angebot und dessen Finanzierung sicherzustellen. Ich betrachte Solidarität und Wertschätzung zwischen den Generationen als wesentliche Grundlagen, die künftiges Handeln im Altersbereich ermöglichen. Prioritär wollen wir die Beratung ausbauen und einen «Lotsendienst» einrichten, der die ältere Bevölkerung und deren Angehörige in allen Lebensfragen unterstützt. Da mit der hohen Lebenserwartung künftiger älterer Generationen auch die Zahl der Menschen mit Demenzerkrankung steigt, ist ein «Haus der Demenz» in Planung. Die konkrete Arbeit in der Alterspolitik geht weiter. Denn das Alter geht uns alle an.

Ein weiteres Thema stand 2012 im Fokus: die universitäre Medizin am Standort Zürich. Trotz schwieriger Ausgangslage und nach anspruchsvollen Verhandlungen konnten Stadtrat und Regierungsrat Anfang Dezember eine gemeinsame Erklärung zur Förderung und Stärkung der universitären Medizin bekannt geben. Sie begrüssen den Willen zur Schaffung eines gemeinsamen Herzzentrums Zürich am Hauptstandort Universitätsspital Zürich und zur gleichzeitigen Schaffung eines gleichwertigen Schwerpunkts der universitären Medizin am Stadtspital Triemli. Die Stadt Zürich bietet Hand für eine hochstehende Gesundheitsversorgung. Einheitliche Behandlungskonzepte, höhere Fallzahlen und mehr Erfahrung bringen eine höhere medizinische Qualität. Das kommt den Patientinnen und Patienten zugute. So können die öffentlichen Spitäler die Versorgungssicherheit auch bei steigender Nachfrage gewährleisten.

Stadträtin Claudia Nielsen, Dr. oec.  
Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements

## 2. Legislaturziele, Jahresschwerpunkte

### Personelles

Rolf Gilgen, Direktor des Stadtspitals Waid seit 1997, wechselte per 1. August 2012 als Geschäftsleiter zum Verband der Zürcher Krankenhäuser (VZK). In seinen fast fünfzehn Jahren als Spitaldirektor zeigte er grossen Einsatz und Gestaltungswillen bei der Weiterentwicklung des Stadtspitals Waid zum modernen Akutspital. Die Nachfolge von Rolf Gilgen übernahm Lukas S. Furler, seit 1990 Vizedirektor und Leiter des Pflegebereichs am Stadtspital Waid. Als Mitglied der Spitalleitung prägte er das Waidspital seit längerem und weiss, was in einer Zeit mit grossen Herausforderungen Priorität hat.

Nachdem Beat A. Käch, Departementssekretär, Mitte 2012 das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) verlassen hatte und eine neue Herausforderung in der Stadt Zürich übernahm, wurde das Departementssekretariat neu in drei Bereiche strukturiert. Dies entspricht den vielfältigen Aufgaben und unterschiedlichen Themen des Gesundheits- und Umweltdepartements besser als die bisherige Organisation. Die neue Aufteilung sieht wie folgt aus: ein Bereich «Gesundheit und Alter», der ab Januar 2013 von Dr. Reto Givel geführt wird, ein Bereich «Umwelt und Infrastruktur», geleitet von Thomas Ziltener, sowie ein Bereich «Kommunikation, Personal, Finanzen» unter der Leitung von Sonja Mani. Sonja Mani wurde vom Stadtrat per 1. Juli 2012 zur Departementssekretärin gewählt. Die Betriebsökonomin ist seit 1998 Leiterin Kommunikation des GUD. Dr. Reto Givel tritt als Departementssekretär die Nachfolge von Michael Allgäuer an, der zum Präsidenten der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich ernannt wurde. Givel war zuvor als Projektkoordinator für den Kanton Basel-Stadt tätig und ist vertraut mit Aufgabenstellungen im politischen Umfeld und in der Verwaltung.

### Eine Altersstrategie als richtungweisendes Arbeitsinstrument

Seit Juni 2012 hat die Stadt Zürich eine Altersstrategie. Die Strategie gibt für die nächsten Jahre die Richtung für die städtische Alterspolitik und das Angebot des Gesundheits- und Umweltdepartements vor. Zentral sind zehn politische Grundsätze, an denen sich die künftige Alterspolitik der Stadt Zürich orientieren soll: Die städtische Alterspolitik trägt der Vielfalt des Alters, der materiellen Sicherheit sowie dem ausgeprägten Bedürfnis der älteren Bevölkerung nach Autonomie und nach einer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben Rechnung. Die Grundsätze nehmen auch Themen wie Abschied, Tod und Trauer, die Altersmedizin und die Förderung hindernisfreien und bezahlbaren Wohnraums auf.

Die folgenden fünf strategischen Handlungsfelder zeigen auf, wo der Fokus der künftigen Massnahmen liegt:

- Angebote halten und weiterentwickeln
- Autonomes Handeln stärken
- Das Alter als Teil der Gesellschaft stärken
- Qualifiziertes Personal halten und gewinnen
- Finanzierung sichern

Die Altersstrategie wurde kurz vor ihrem Erscheinen einer ausgewählten Gruppe älterer Menschen und den wichtigsten Fachorganisationen in den Bereichen Alter und Gesundheit vorgestellt. Im Herbst folgte die Diskussion in der Gemeinderats-Spezialkommission des GUD. Voraussichtlich im Januar 2013 wird die Strategie im Gemeinderat behandelt. Inzwischen arbeitet die Geschäftsleitung des GUD an der Umsetzung der Massnahmen.

### Das Gesundheits- und Umweltdepartement auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft

Am 30. November 2008 hat die Stadt Zürich einen wegweisenden Entscheid gefällt: Langfristig soll der Energieverbrauch auf 2000 Watt pro Person und der CO<sub>2</sub>-Ausstoss auf jährlich eine Tonne pro Person gesenkt werden. Dieser Beschluss gab den langjährigen Umwelleistungen der Dienstabteilungen des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD) einen ambitionierten Rahmen. Das GUD unternimmt grosse Anstrengungen, um diesem Ziel jährlich Schritt für Schritt näher zu kommen.

2012 wurde ein übergeordneter Absenkpfad definiert, der bei konsequenter Umsetzung 2050 die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft erfüllt. In einem ersten Zwischenschritt bis zum Meilenstein 2020 werden im gesamten GUD jährlich durchschnittlich 2 % weniger Primärenergie verbraucht, 2,75 % weniger CO<sub>2</sub> ausgestossen und der Anteil an erneuerbarer Energie um 1,75 % erhöht. Damit hat das GUD in seiner strategischen Planung einen ehrgeizigen, aber realistischen Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft definiert und verankert.

Die Dienstabteilungen des GUD beteiligen sich in ihrer grossen Diversität vielfältig und auf verschiedenen Ebenen an der Umsetzung des gemeinsamen Ziels. Als Beispiele für 2012 seien hier die fortschreitenden Arbeiten am neuen Bettenhaus des Stadtspitals Triemli, die Inbetriebnahme der grössten CO<sub>2</sub>-Wärmepumpenanlage der Schweiz im Schlachthof oder die Durchführung zahlreicher Sensibilisierungskampagnen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des GUD, wie zum Beispiel der Wettbewerb «Grüne Waid», erwähnt.

Obschon bereits grosse Leistungen erbracht wurden, befindet sich das GUD noch am Anfang eines langen Weges. Insbesondere in den kommenden Jahren gilt es die begonnene Planungs- und Überzeugungsarbeit weiterzuführen, um das GUD auch über 2020 hinaus nachhaltig auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft zu halten.

### Versorgungskette im Gesundheitswesen

Das GUD hat sich frühzeitig auf die seit 1. Januar 2012 geänderten Bedingungen bei der Spital- und Pflegefinanzierung, insbesondere die Einführung von Fallpauschalen, vorbereitet. Die Zusammenarbeit über die Dienstabteilungen hat Früchte getragen: Die Spitäler planen die Spitalaustritte mit grosser Sorgfalt frühzeitig. Um auch stark Pflegebedürftige aufzunehmen, haben die Pflegezentren der Stadt Zürich ihr Angebot an Übergangspflege stark ausgebaut. Damit soll insbesondere die Versorgung von älteren Menschen gewährleistet werden, die aus dem Spital entlassen werden und noch nicht nach Hause



zurückkehren können. Die Pflegezentren Käferberg, Entlisberg und Riesbach verfügen seit Anfang 2012 über je eine Abteilung für Aufnahme und Übergangspflege. Die Patientinnen und Patienten verbringen dort zwischen zwei und acht Wochen und werden einer umfassenden geriatrischen Abklärung unterzogen. Im Jahr 2012 verzeichneten die drei Abteilungen für Aufnahme und Übergangspflege über 850 Eintritte. Über die Hälfte der betroffenen Personen konnten wieder nach Hause entlassen werden. Für Spitalpatientinnen und -patienten, die vom Spital direkt nach Hause entlassen werden, wurde die Erreichbarkeit der Spitex mit Spitexpress verbessert. Über eine einzige Telefonnummer ist die Spitex für alle Partnerspitäler, die zugleich die hauptzuweisenden Stellen sind, während sieben Tagen in der Woche erreichbar. Die Kapazitäten zur Übernahme

kurzfristiger Übertritte wurden dank der Einführung von Spitexpress erhöht. So konnte erreicht werden, dass bis heute keine Versorgungslücken aufgetreten sind.

#### **Spitalfinanzierung: Baserate**

In Sachen Baserate konnte im Berichtsjahr leider keine Klarheit gefunden werden. Seitens der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich wurde eine provisorische Baserate von Fr. 9500.– festgesetzt, die jedoch der Altersstruktur und der Komplexität der Leistungen der beiden Stadtspitäler und ihrer Zentrumsfunktion nicht gerecht wird. Das definitive Tariffestsetzungsverfahren 2012 ist noch im Gang. Mit einem erstinstanzlichen Entscheid der Gesundheitsdirektion wird im Frühling 2013 gerechnet.

## 3. Kennzahlen Gesundheits- und Umweltdepartement

### 3.1 Allgemeine Kennzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012
Mitarbeitende total	6 730	6 766	6 830	6 850	6 909
– davon Frauen	5 056	5 050	5 091	5 160	5 200
– davon Männer	1 674	1 716	1 739	1 690	1 709
Ø Stellenwert-Äquivalent	5 457	5 531	5 579	5 561	5 644
Führungskader total	917	916	906	926	952
– davon Frauen	540	536	525	553	587
– davon Männer	377	380	381	373	365
Lernende total	430	513	566	602	602
– davon Frauen	319	397	434	459	462
– davon Männer	111	116	132	143	140
<b>Angestellte mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)</b>					
Total	3 850	3 857	3 833	3 847	3 898
Frauen	2 441	2 397	2 397	2 452	2 482
Männer	1 409	1 460	1 436	1 395	1 416
Frauen in %	63.4	62.1	62.5	63.7	63.7
Männer in %	36.6	37.9	37.5	36.3	36.3
<b>Angestellte mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)</b>					
Total	2 268	2 305	2 349	2 371	2 409
Frauen	2 063	2 106	2 114	2 133	2 168
Männer	205	199	235	238	241
Frauen in %	91.0	91.4	90.0	90.0	90.0
Männer in %	9.0	8.6	10.0	10.0	10.0
<b>Angestellte mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)</b>					
Total	692	661	713	717	702
Frauen	619	597	633	646	629
Männer	73	64	80	71	73
Frauen in %	89.5	90.3	88.8	90.1	89.6
Männer in %	10.5	9.7	11.2	9.9	10.4
Personalaufwand	604 871 435	628 931 662	642 278 858	641 013 921	672 692 371
Sachaufwand	205 002 071	211 771 833	212 927 391	205 524 820	208 276 276
Übriger Aufwand	184 229 739	181 383 142	190 768 604	206 253 663	194 643 685
Total Aufwand	994 103 245	1 022 086 637	1 045 974 853	1 052 792 404	1 075 612 332
Bruttoinvestitionen	14 428 295	10 807 909	21 105 978	20 086 434	75 882 142

Definition:  
In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Mehrfachstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

## 3.2 Spezifische Kennzahlen

### Freiwillige Mitarbeitende

	2008	2009	2010	2011	2012
Altersheime	409	451	466	480	489
Pflegezentren	488	481	463	461	479
Triemlispital	149	168	162	131	133
Waidspital	29	26	26	24	30
Stiftung Alterswohnungen	19	31	24	28	49
<b>Total GUD</b>	<b>1094</b>	<b>1157</b>	<b>1141</b>	<b>1124</b>	<b>1180</b>
Einsätze in Stunden total GUD	79196	75733	70828	77780	85982

Weitere Informationen über das Gesundheits- und Umweltdepartement können dem Internet entnommen werden:

[www.stadt-zuerich.ch/gud](http://www.stadt-zuerich.ch/gud)

## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementsekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Hauptaufgabe des Departementssekretariats (DS) ist die Unterstützung der Departementsleitung, des Stadtrats und des Gemeinderats bei der Vorbereitung und Umsetzung ihrer Entscheide. Das DS ist verantwortlich für das Controlling im Departement. Es koordiniert die Zusammenarbeit innerhalb des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD) sowie mit anderen Departementen und führt das Sekretariat für die Umweltdelegation und die Geschäftsleitung des GUD. Das DS ist zuständig für die Bedarfsplanung und den Abschluss von Leistungsvereinbarungen für die stationäre Pflegeversorgung sowie für die koordinierte Beschaffung von Lebensmitteln und Non-Food-Produkten für die Institutionen des GUD. Im DS erfolgt auch das Management der Beiträge für die Bereiche Gesundheit, Alter und Umwelt sowie die Bearbeitung von Einsprachen an den Stadtrat und die juristische Unterstützung der Dienstabteilungen.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

##### Globalbudgets für städtische Altersheime und Pflegezentren

Globalbudgets sind in der Stadt Zürich schon länger nutzbringend im Einsatz, unter anderem bei den Stadtspitälern Waid und Triemli. Sie bieten eine gute Grundlage zur ganzheitlichen finanziellen Führung über Ziele, Wirkungen und Nutzen von Leistungen. Der Gemeinderat hat am 24. März 2010 der Verordnung über die Haushaltführung mit Globalbudgets zugestimmt. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, um weitere Abteilungen der Stadt Zürich mit Globalbudgets führen zu können.

#### 4.1.3 Kennzahlen

##### Beiträge Laufende Rechnung (Übersicht grössere Institutionen)

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Beiträge an Spitäler/Heime</b>					
Diakoniewerk Neumünster, Spital Zollikerberg	6 691 804	5 471 944	3 495 131	6 988 529	-2 843 293
Diakoniewerk Neumünster, Pflegeheim Rehalp	676 995	1 420 199	1 007 602	-	-31 160
Stiftung Krankenhaus Sanitas, Kilchberg, See-Spital	4 903 904	5 316 052	2 465 747	6 207 007	306 166
Diakonat Bethesda, Pflegeresidenz	960 774	1 109 460	882 871	-362 041	-
Diakoniewerk Bethanien, Krankenhaus	71 010	52 110	28 410	13 560	-
Krankenstation Friesenberg	200 000	200 000	250 000	-	-
Fachspital «SUNE-EGGE»	1 344 009	1 549 833	1 598 760	1 527 698	1 168 343
<b>Total Beiträge</b>	<b>14 848 496</b>	<b>15 119 599</b>	<b>9 728 520</b>	<b>14 374 753</b>	<b>-1 399 944</b>

Die Altersheime und Pflegezentren der Stadt Zürich werden von der Art ihrer Dienstleistungserbringung sinnvollerweise mit Globalbudgets gesteuert. Die Vorbereitungen dazu wurden getätigt, sodass der Stadtrat dem Gemeinderat eine Einführung per 2014 beantragen konnte.

##### Gesundheitsnetz 2025

Das Jahr 2012 stand im Zeichen der Bilanzierung, Entscheidung und Neuausrichtung. Der Abschluss der dreijährigen Projektphase bedeutete für die Projekte eine Beurteilung der Zielerreichung und eine Analyse der gesammelten Erfahrungen. Eine wichtige Unterstützung waren dabei die Ergebnisse der Begleitforschungen.

Die Angebote der drei Projekte Notfallpraxis Waid, Sozialmedizinische individuelle Lösungen (SiL) und Kompass haben sich etabliert; sie sind heute geschätzte und klar definierte Angebote innerhalb der Stadtzürcher Gesundheitsversorgung. Entsprechend wurde entschieden, sie in ihren Dienstabteilungen als feste Angebote weiterzuführen. Für die Weiterführung von Kompass musste ein entsprechender Gemeinderatsentscheid erwirkt werden. Das Projekt Salute wurde um zwei Jahre verlängert. Das Projekt Leila endete mit Abschluss der dreijährigen Projektphase im Dezember 2012: Die Begleitung von Menschen mit chronischen Erkrankungen durch spezialisierte Pflegefachpersonen wird zwar von den Betroffenen sehr geschätzt und versorgungspolitisch als innovative Lösung angepriesen, die heute geltenden Regeln der Finanzierung verhindern aber eine dauerhafte, von der Stadt unabhängige Finanzierung dieser Leistungen.

### Beiträge Laufende Rechnung (Übersicht grössere Institutionen)

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Beiträge an Gesundheitsinstitutionen</b>					
Rheumaliga Zürich	70 000	70 000	70 000	70 000	70 000
Ärztefon AG	799 590	722 813	686 542	902 986	878 521
Zürcher Aids-Hilfe <sup>1</sup>	510 000	280 000	280 000	280 000	356 000
<b>Total Beiträge</b>	<b>1 379 590</b>	<b>1 072 813</b>	<b>1 036 542</b>	<b>1 252 986</b>	<b>1 304 521</b>

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Beiträge an Altersinstitutionen</b>					
Stiftung für Alterswohnungen, Projekt SEBA «Selbständig bleiben im Alter» <sup>2</sup>	–	–	–	131 000	110 951
Pro Senectute für Altersarbeit <sup>3</sup>	–	–	–	344 383	213 601
<b>Total Beiträge</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>475 383</b>	<b>324 552</b>

<sup>1</sup> Ab 2009 wird der Beitrag mittels Netto-Zahlung ausgerichtet (d.h. ohne Beitrag vom Kanton).

<sup>2</sup> Bis 2010 wurde SEBA über einen Fonds und den SAD finanziert.

<sup>3</sup> Bis 2010 wurde der Mahlzeitendienst über die SGD finanziert.

### Beiträge Investitionsrechnung (Übersicht grössere Institutionen)<sup>1</sup>

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Beiträge an Spitäler/Heime</b>					
Verein Diakonenhaus St. Stephanus, Rüslikon, für PZ Erlenhof	130 000	257 000	–	80 300	–
Verein Diakonenhaus St. Stephanus, Rüslikon, für PZ Nidelbad	60 000	84 500	–	203 600	–
Diakoniewerk Neumünster, Pflegeheim Rehalp	165 049	83 354	–94 770	–	–
Diakoniewerk Neumünster, Spital Zollikerberg <sup>2</sup>	–	–	–	–	–1 363 872
Diakonat Bethesda, Pflegeresidenz	404 218	357 137	263 185	18 200	–
Verein WohnSch, Verzinsliches Darlehen	–	–	300 000	–	–
<b>Total Beiträge</b>	<b>759 267</b>	<b>781 991</b>	<b>468 415</b>	<b>302 100</b>	<b>–1 363 872</b>

<sup>1</sup> Die Investitionsbeiträge fallen aufgrund des jeweiligen Baufortschritts an.

<sup>2</sup> Schlussabrechnung von im Rahmen des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes umgewandelten Beiträgen

### Kommentar zu den Kennzahlen

Infolge der Umsetzung des Pflegegesetzes im Jahr 2011 und des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes 2012 bezahlt die Stadt über das GUD keine Beiträge mehr an Spitäler und

Heime. Die 2012 ausgewiesenen Beträge betreffen Rückzahlungen bzw. Nachzahlungen aus Vorjahren.

## 4.2 Stadtspital Waid

### 4.2.1 Aufgaben

Das Stadtspital Waid (SWZ) ist als Spitalzentrum von Zürich-Nord für die akut-somatische Versorgung der Einwohnerinnen und Einwohner zuständig. Es erbringt im Rahmen des Leistungsauftrags ambulante und stationäre Dienstleistungen bei medizinischen oder chirurgischen Patientinnen und Patienten. Zudem verfügt es über eine spezialisierte Klinik für Altersmedizin von überregionaler Bedeutung mit dem Angebot des geriatrischen Assessments, einer Memory-Klinik und einem Tagesspital. Innerhalb der spezialisierten Versorgung von Menschen mit chronischem Nierenversagen betreibt das Waidspital eine der grösseren Spitaldialysen der Schweiz. Das SWZ engagiert sich seit langem in der Aus- und Weiterbildung bei allen Gesundheitsberufen und stellt eine massgebliche Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung.

### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

#### Fallpauschalen 2012

Seit dem 1. Januar 2012 ist das neue Spitalfinanzierungssystem SwissDRG in Kraft. Der Budgetierungsprozess für das Jahr 2012 war durch grosse Unsicherheiten gekennzeichnet. So war bei der Budgeteingabe im Vorjahr die Höhe der Fallpauschale (Baserate) noch nicht bekannt. Die Gesundheitsdirektion hat dann im Laufe des Jahres für 2012 eine provisorische Baserate in der Höhe von Fr.9500.– festgesetzt. Mit dieser Baserate sind die Leistungen des SWZ aber nicht genügend abgegolten. Die definitive Festsetzung durch die Gesundheitsdirektion wird voraussichtlich im ersten Quartal 2013 erfolgen. Da über die Fallpauschalen auch die Investitionskosten finanziert werden müssen, hat die Stadt Zürich ein Interesse daran, dass die in der Anlagebuchhaltung der Stadtspitäler geführten Anlagewerte den tatsächlichen Vermögensverhältnissen entsprechen. Deshalb wurde eine rückwirkende Neubewertung der Vermögenswerte (Restwerte per 31. Dezember 2011) vorgenommen. Dieser Schritt war auch notwendig, um mit der Gesundheitsdirektion über die Restwerte der bisher für Investitionen geleisteten Staatsbeiträge bzw. die Höhe der Darlehensschuld gegenüber dem Kanton (gemäss Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz und dazugehöriger Investitionsumwandlungsverordnung) verhandeln zu können. In diesen Verhandlungen konnten die Restwerte zugunsten der Stadt erheblich reduziert werden. Da zwischen den Vorstellungen der Gesundheitsdirektion über die Höhe ihrer Guthabensansprüche und den Berechnungen der Stadtspitäler aber immer noch einige Differenzen bestehen geblieben sind, ist die Festlegung der Darlehensschuld durch die Gesundheitsdirektion 2012 noch nicht erfolgt, und die Wandlungsverfügungen für beide Stadtspitäler stehen noch aus.

#### Zentrum für Gerontotraumatologie

Bei älteren Patientinnen und Patienten mit Verletzungen ist es sinnvoll, dass Spezialistinnen und Spezialisten der Chirurgie und der Geriatrie (Altersmedizin) von Anfang an eng zusammenarbeiten. Im September wurde aus diesem Grund das «Zentrum für Gerontotraumatologie Stadtspital Waid» eröffnet. Es zeichnet sich durch drei wesentliche Merkmale aus:

ein chirurgisch-geriatrisches Co-Management, das bereits bei Eintritt der Patientin bzw. des Patienten beginnt, eine enge Verknüpfung der verschiedenen behandelnden Disziplinen und die Anwendung eines standardisierten Abklärungs- und Behandlungspfades. Durch diese Massnahmen können die Behandlungsergebnisse nachhaltig verbessert werden.

#### Einrichtung Privatstationen

Im zweiten Halbjahr wurden Umbauarbeiten zur Einrichtung je einer Privatstation für die Medizinische und die Chirurgische Klinik in Angriff genommen. Die beiden Privatstationen werden im Februar bzw. März 2013 in Betrieb genommen.

#### Institut für Nephrologie

Die zur Medizinischen Klinik gehörende Abteilung Nephrologie wurde im Berichtsjahr ins Institut für Nephrologie umgewandelt und der Leitende Arzt dieser Abteilung, Prof. Dr. Patrice Ambühl, zum Chefarzt des neuen Instituts befördert. Im Herbst wurde im Stadtspital Triemli (STZ) eine Dialysestation mit sechs Behandlungsplätzen eröffnet, die von den Nephrologinnen und Nephrologen des SWZ geführt wird. Die neue Nephrologie-Abteilung am STZ ist eine wichtige Ergänzung zur Nephrologie-Abteilung im SWZ. Zudem erspart sie den Patientinnen und Patienten des STZ Transporte. Seit Mitte Oktober werden im STZ an drei Vormittagen pro Woche Dialysen durchgeführt, und die Plätze sind voll ausgelastet.

#### Schliessung Übergangspflegestation

Am 31. Dezember 2012 wurde die im Jahr 1989 als erste Einrichtung dieser Art in der Schweiz eröffnete Übergangspflegestation geschlossen. Mit der Etablierung, Umsetzung und Weiterentwicklung der Übergangspflege hat das SWZ echte Pionierarbeit in der Schweiz geleistet. Hunderte Einzelpersonen und Gruppen haben die Übergangspflege besucht, sei es zu Ausbildungszwecken oder weil sie den Auftrag hatten, in ihrer Institution eine solche Pflegemethode einzuführen. Das Konzept wurde landesweit kopiert und weiterentwickelt. Mit der neuen Pflegefinanzierung und der Spitalfinanzierung nach DRG wurde aber offensichtlich, dass der Gesetzgeber die Durchführung der Akut- und Übergangspflege nicht im Akutspital sieht. Die Pflegezentren und die Spitex sind besser geeignet, diese Pflegemethode im Anschluss an verkürzte Aufenthalte in den Spitälern anzuwenden. Demzufolge wurde im Rahmen der Vorbereitungen zur DRG-Einführung in der städtischen Gesundheitsversorgungskette mit den sogenannten Aufnahme- und Übergangspflegestationen in Pflegezentren eine entsprechende Infrastruktur bereitgestellt.

#### Personelles

Im Juli hat der bisherige Spitaldirektor, Rolf Gilgen, das SWZ verlassen und die Geschäftsleitung des Verbands Zürcher Krankenhäuser (VZK), bei dem auch beide Stadtspitäler Mitglied sind, übernommen. Zum neuen Spitaldirektor wurde vom Stadtrat per 16. Juli 2012 der bisherige Leiter des Pflegebereichs, Lukas S. Furler, gewählt.

#### 4.2.3 Kennzahlen

<b>Geschlecht, Wohnort und Alter der hospitalisierten Patientinnen und Patienten</b>										
	2008	in %	2009	in %	2010	in %	2011	in %	2012	in %
<b>Geschlecht</b>										
männlich	4 247	45.8	4 350	46.8	4 524	47.5	4 426	48.0	4 369	47.6
weiblich	5 021	54.2	4 938	53.2	5 004	52.5	4 795	52.0	4 810	52.4
<b>Wohnort</b>										
Stadt Zürich	7 621	82.2	7 639	82.2	7 570	79.4	7 364	79.9	7 233	78.8
übriges Kantonsgebiet	1 357	14.6	1 406	15.1	1 658	17.4	1 581	17.1	1 642	17.9
andere Kantone	228	2.5	181	2.0	228	2.4	214	2.3	222	2.4
Ausland	62	0.7	62	0.7	72	0.8	62	0.7	82	0.9
<b>Alter</b>										
0–19	156	1.7	158	1.7	130	1.4	141	1.5	141	1.5
20–39	1 165	12.6	1 171	12.6	1 228	12.9	1 161	12.6	1 193	13.0
40–59	1 762	19.0	1 789	19.3	1 879	19.7	1 910	20.7	1 890	20.6
60–79	3 061	33.0	3 046	32.7	3 114	32.7	2 915	31.6	2 853	31.1
80–89	2 492	26.9	2 476	26.7	2 497	26.2	2 433	26.4	2 432	26.5
90 und mehr	632	6.8	648	7.0	680	7.1	661	7.2	670	7.3

<b>Patientinnen/Patienten, Pflgetage</b>	2008	2009	2010	2011	2012
Gesamtzahl der Patientinnen/Patienten	9 268	9 288	9 528	9 392	9 179
Zahl der Pflgetage	96 143	92 454	92 225	86 589	83 740
<b>Patientenabgang</b>					
durch Austritt	8 702	8 756	9 005	8 861	8 701
durch Tod	337	344	330	360	309
<b>Durchschnittlicher Aufenthalt</b>					
Tage pro Patientin/Patient	10.6	10.2	9.9	9.4	9.3
<b>Auslastung</b>					
Bettenbestand	300	300	300	300	280
Bettenbelegung in %	87.6	84.4	84.2	79.1	81.7

Patientinnen/Patienten, Pflegetage nach Kliniken										
Klinik	2008		2009		2010		2011		2012	
	Patientinnen Patienten	Pflege tage	Patientinnen Patienten	Pflege tage	Patientinnen Patienten	Pflege tage	Patientinnen Patienten	Pflege tage	Patientinnen Patienten	Pflege tage
Medizin	4 589	41 291	4 487	38 519	4 503	37 654	4 327	36 081	4 353	34 957
Chirurgie	3 843	29 018	3 963	28 080	4 198	28 642	4 153	26 127	4 102	25 583
Akutgeriatrie	836	25 834	837	25 855	827	25 929	912	24 381	724	23 200

### Kommentar zu den Kennzahlen

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 9179 Patientinnen und Patienten stationär versorgt. Diese Zahl ist gegenüber dem Vorjahr um 213 bzw. 2,3% gesunken. Dieser Rückgang hat seinen Grund vor allem darin, dass die internen Übertritte von der Chirurgischen bzw. Medizinischen Klinik in die Klinik für Akutgeriatrie unter SwissDRG nicht mehr als neue Fälle gezählt werden können.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist um 0,1 Tag von 9,4 auf 9,3 Tage gesunken. Bei den Pflegetagen ist, bedingt durch die gesunkene durchschnittliche Aufenthaltsdauer und die geringere Anzahl Patientinnen und Patienten, ebenfalls ein Rückgang zu verzeichnen. Bei total 83740 Pflegetagen

betrug die Abnahme 2849 Tage (-3,3%). Die Bettenauslastung lag bei 81,7%; von den insgesamt im Jahresdurchschnitt 280 betriebenen Betten waren 225 belegt.

Die Herkunft der stationär versorgten Patientinnen und Patienten nach Wohnort hat sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert: Der Anteil der Patientinnen und Patienten aus der Stadt Zürich ist leicht – auf 78,8% – gesunken (Vorjahr 79,9%); 17,9% der Patientinnen und Patienten stammten aus dem übrigen Kanton Zürich, 2,4% aus anderen Kantonen und 0,9% aus dem Ausland.

Rund 65% der Patientinnen und Patienten waren älter als 59 Jahre und rund 34% älter als 79 Jahre.

## 4.3 Stadtspital Triemli

### 4.3.1 Aufgaben

Das Stadtspital Triemli (STZ) ist für die Grund- und Notfallversorgung sowie als Zentrumsspital für die spezialisierte Versorgung der Bevölkerung der Stadt Zürich und angrenzender Gebiete zuständig. Das STZ deckt mit seinem Leistungsauftrag praktisch das gesamte Spektrum der Akutmedizin für allgemein- und zusatzversicherte Patientinnen und Patienten ab. In einigen Disziplinen erbringt das STZ teilweise hochspezialisierte medizinische Leistungen, die auch Patientinnen und Patienten aus anderen Kantonen offenstehen. Das STZ übernimmt zudem wichtige Aufgaben im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Gesundheitswesen.

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

#### Einführung SwissDRG

Die Einführung des neuen Vergütungssystems SwissDRG per 1. Januar 2012 stellte das STZ vor grosse Herausforderungen. Durch diese neue Finanzierungsform mussten fast alle Prozesse im Bereich Finanzen angepasst werden. Dank dem grossen Engagement aller Beteiligten konnte das neue Vergütungssystem erfolgreich eingeführt und umgesetzt werden. Die Prozesse werden aber auch künftig laufend überprüft und angepasst werden müssen, bis sich optimale Abläufe etabliert haben.

Die Auswirkungen der Finanzierung nach SwissDRG lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vollständig darstellen. Die Vergütung nach SwissDRG deckt zurzeit gewisse Leistungen, die das STZ in grossem Umfang erbringt, nicht adäquat

ab. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang unter anderem die Behandlung von über 80-jährigen Patientinnen und Patienten (Anteil von etwa 20%), fehlende Zusatzentgelte für Leistungen der hochspezialisierten Medizin und eine ungenügende Subventionierung der Ausbildung von Assistenzärztinnen und -ärzten.

Ausserdem genügt ein Investitionsanteil von 10% bei der momentanen vom Kanton provisorisch verfügbaren Höhe der Fallpauschale (Baserate) von Fr.9500.– auf die Dauer nicht, um die Anlagennutzungskosten zu refinanzieren.

Trotz dieser anspruchsvollen Ausgangslage konnte das STZ seine Wirtschaftlichkeit weiter verbessern. Einerseits werden gewisse Leistungen besser als bisher vergütet, andererseits verzeichnete das STZ einen Zuwachs an verrechenbaren stationären und ambulanten Leistungen von 2–3%. Dieses Ergebnis unterstreicht den Erfolg der bisherigen Prozessoptimierung.

#### Verhandlungserfolg um das Universitäre Herzzentrum

Die Realisierung des Universitären Herzzentrums bleibt auf der politischen Agenda. Stadt und Kanton haben sich nach intensiven Verhandlungen geeinigt und im Dezember eine gemeinsame Erklärung abgegeben: In einem ersten Schritt werden das Universitätsspital Zürich (USZ), das STZ und die Universität Zürich per 1. Januar 2013 unter der Bezeichnung «Universitäres Herzzentrum Zürich» ihre personellen, wissenschaftlichen und betrieblichen Ressourcen im Bereich Herzchirurgie koordinieren. In einem zweiten Schritt soll eine Konzentration der herzchirurgischen Eingriffe am Standort USZ



erfolgen, vorausgesetzt, dass gleichzeitig ein gleichwertiger Schwerpunkt der universitären Medizin am Standort STZ geschaffen wird.

### **Nutzung Synergien mit Stadtspital Waid**

Ganz im politischen Sinne des Gesundheits- und Umweltdepartements haben das STZ und das Waidspital (SWZ) ihre Zusammenarbeit im Berichtsjahr weiter ausgebaut: Nachdem das STZ seit 2010 einen urologischen Basisdienst am SWZ eingerichtet hat, betreibt im Gegenzug die Nephrologie des SWZ seit Oktober 2012 eine Dialysestation am STZ. Bei Vollbetrieb wird es in Zukunft möglich sein, 32 Patientinnen und Patienten langfristig zu betreuen. In Anbetracht dessen, dass Nieren-erkrankungen in einer immer älter werdenden Gesellschaft immer häufiger werden, ist dieses Angebot für die Patientinnen und Patienten links der Limmat eine grosse Angebotsverbesserung.

### **Eröffnung Beckenbodenzentrum**

Seit September 2012 verfügt das STZ über ein interdisziplinäres Beckenbodenzentrum – eine Dienstleistung, die sich an Patientinnen und Patienten mit Erkrankungen des Enddarms und des Beckenbodens richtet. Die Inkontinenz ist einer der häufigsten Gründe, weshalb Patientinnen und Patienten in ein Pflegeheim eingewiesen werden. Mit einer neuen Behandlungsmethode kann Inkontinenz in bis zu 85 Prozent der Fälle mit Erfolg behandelt werden. Das neue Beckenbodenzentrum soll Patientinnen und Patienten dazu ermuntern, Hemmschwellen abzubauen und sich untersuchen zu lassen. Der grosse Vorteil des Zentrums liegt darin, dass die Patientinnen und Patienten sich an einem einzigen Ort von einem spezialisierten, eng zusammenarbeitenden Team behandeln lassen können.

### **Tumor-Netzwerk Zürich**

Seit 2012 arbeitet das STZ in der interdisziplinären Tumorbehandlung mit virtueller Unterstützung und überwindet so geografische Distanzen. Spezialistinnen und Spezialisten treffen sich und bewerten radiologische und pathologische Bilder und Befunde – ohne zwischen den Spitälern hin- und herreisen zu müssen. Der rasche und professionelle Austausch verbessert die Qualität der Zusammenarbeit, spart Zeit und Kosten und ist eine gute Möglichkeit für die Aus-, Weiter- und Fortbildung. Patientinnen und Patienten stehen im Zentrum und profitieren vom grossen Fachwissen, ohne anstrengende Reisen auf sich nehmen zu müssen.

### **Abschluss Umsetzung der Ziele zwei, drei und fünf der städtischen IT-Strategie**

Der Austausch der PC-Arbeitsplätze mit gleichzeitiger Windows- und Office-Migration und die Bereitstellung des neuen Netzes konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Im Rahmen des Projekts Sibap (Städtischer Informatik-Büro-Arbeitsplatz) wurden 1800 PCs und Laptops ausgeliefert und installiert, 535 Drucker installiert (was einer Reduktion um rund 40 % entspricht) sowie ein vollständig neues Netzwerk mit WLAN zur Verfügung gestellt. Besonders erfreulich ist, dass die Umstellung ohne Budgetüberziehung erfolgte. Die Benutzerinnen und Benutzer profitieren nun vom ortsunabhängigen Netzwerkzugriff. Auch der Zugriff von zuhause ist möglich, was eine grosse Erleichterung bedeutet. Fast noch wichtiger ist, dass im Netzwerkbereich die konzeptionellen technischen

Grundlagen für den Neubau gelegt werden konnten. Frühere Einschränkungen, z. B. die limitierte Anzahl PCs am Netz, sind Geschichte. Die neue Infrastruktur ermöglicht vielmehr die Einführung der IP-Telefonie, die Nutzung der vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten mit RFID (radio-frequency identification) – wie zum Beispiel Patienten- oder Geräteortung –, einen intelligenten «Schwesternruf» und vieles mehr.

### **Neubau Bettenhaus**

Der Nordteil des neuen Bettenhauses hat seine endgültige Höhe erreicht. Dies wurde im Mai 2012 mit einem Richtfest gefeiert. Während die Fenstermontage diesen Neubauteil äusserlich deutlich verändert hat, wird seit Mitte Jahr auch am Einbau der Haustechnik, der Lehmdecken und am Innenausbau gearbeitet. Parallel dazu wurde die Betonierung des zweiten Gebäudeteils in Angriff genommen; diese konnte bis Ende Jahr bereits bis zum Stockwerk B fertiggestellt werden. 2012 wurden auch die Arbeiten für den Rohbau der Heizzentrale und für das Fundament der Kältezentrale in Angriff genommen.

Im Rahmen der Kunststation STZ legte sich während des ganzen Jahres die Landkarte der fiktiven Insel Santa Lemusa über den Grundriss des STZ. Bedeutende Gegenden der Insel wurden an diversen Stellen im Spital durch Bilder sichtbar gemacht, und es haben diverse Anlässe und Führungen stattgefunden, bei denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch Besucherinnen und Besucher in eine fremde Welt mit stimmungsvollen Bildern und exotischen Gewürzen eintauchen konnten.

### **Eröffnung Pavillon F**

Im April wurde der neu gebaute Pavillon F für das Ambulante Perioperative Zentrum (APZ) eröffnet. Das interdisziplinär ausgerichtete APZ übernimmt im STZ unter anderem die Koordination medizinischer Informationen vor operativen Eingriffen und betreut Patientinnen und Patienten rund um diagnostische und therapeutische Interventionen.



Ambulantes Perioperatives Zentrum im neuen Pavillon F. (Bild: Jürg Waldmeier)

### **Erfolgreicher Umweltschutz dank Umweltmanagementsystem nach ISO 14001**

Im Spitalalltag haben viele Tätigkeiten Auswirkungen auf die Umwelt. Verschiedene Stoffe, mit denen zum Beispiel in der Apotheke, in der Nuklearmedizin, in der Radiologie oder

auch im Labor täglich gearbeitet wird, fallen unter die Gefahrgutverordnung, weil sie Risiken für Mensch und Umwelt bergen.

Für einen erfolgreichen Umweltschutz ist ein geeigneter organisatorischer Rahmen notwendig, der es erlaubt, möglichst alle Umweltauswirkungen systematisch zu erfassen, aber auch laufend zu prüfen und zu verringern. Ein solcher Rahmen kann ein Umweltmanagementsystem sein. Das STZ hat ein solches aufgebaut und in diesem Jahr erfolgreich nach der ISO-Norm 14001 zertifiziert. Das Umweltzertifikat hat eine Gültigkeit von drei Jahren. Bis zur nächsten Rezertifizierung 2015 wird eine jährliche Überprüfung durch externe Auditoren stattfinden.

#### Personelles

Dr. Lukas Rist trat sein Amt als Leiter Bereich Finanzen/Vize-direktor per 1. Oktober 2012 an, er folgte auf Karl-Anton

Wohlwend. Die langjährige Co-Departementsleiterin und Chefarztin der Frauenklinik, Dr. Brida von Castelberg, trat per 31. Oktober 2012 in den Ruhestand; die bisherige Co-Leiterin, Dr. Stefanie von Orelli, übernahm am 1. November 2012 die Gesamtleitung des Departements Frau, Mutter und Kind. Zur stellvertretenden Chefarztin Frauenklinik wurde Dr. Gabriella Stocker Peter ernannt. Nach dem plötzlichen Tod des Co-Leiters und Chefarztes der Klinik für Kinder und Jugendliche, Dr. Ueli Bühlmann, übernahm die bisherige Co-Leiterin, Dr. Maren Tomaske am 1. November 2012 die Gesamtleitung der Klinik. Die langjährige Leiterin des Bereichs Betrieb Ruth Günter trat per 31. März 2012 in den Ruhestand. Zu ihrem Nachfolger wurde per 1. April 2012 Christoph Hug ernannt. Per 1. Januar 2012 wurde Dr. Jörg Huber als Leiter der Abteilung für Orthopädie angestellt. Am 1. November 2012 trat PD Dr. Michael Müntener die Nachfolge von Dr. Stefan Suter als Chefarzt Urologie an.

#### 4.3.3 Kennzahlen

<b>Geschlecht, Wohnort und Alter der hospitalisierten Patientinnen/Patienten</b>										
	2008	in %	2009	in %	2010	in %	2011	in %	2012	in %
<b>Geschlecht</b>										
männlich	9 191	46.8	9 197	47.2	9 602	48.0	9 257	46.8	9 167	46.5
weiblich	10 442	53.2	10 280	52.8	10 399	52.0	10 522	53.2	10 565	53.5
<b>Wohnort</b>										
Stadt Zürich	12 136	61.8	11 676	60.0	11 800	59.0	11 270	57.0	11 396	57.8
übriges Kantonsgebiet	5 526	28.2	5 809	29.8	6 102	30.5	6 498	32.9	6 178	31.3
andere Kantone	1 864	9.5	1 903	9.8	1 968	9.8	1 881	9.5	2 028	10.2
Ausland	107	0.5	89	0.4	131	0.7	130	0.6	130	0.7
<b>Alter</b>										
0–1	494	2.5	364	1.9	403	2.0	634	3.2	689	3.5
2–10	672	3.4	606	3.1	680	3.4	381	1.9	444	2.3
11–19	457	2.3	493	2.5	395	2.0	446	2.3	376	1.9
20–39	3 646	18.6	3 758	19.3	3 566	17.8	3 873	19.6	3 872	19.6
40–59	4 028	20.5	4 125	21.2	4 073	20.4	4 082	20.6	3 931	19.9
60–79	6 479	33.0	6 341	32.6	6 479	32.4	6 390	32.3	6 339	32.1
80 und mehr	3 857	19.6	3 790	19.5	4 405	22.0	3 973	20.1	4 081	20.7

<b>Patientinnen/Patienten, Pfl egetage</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Gesamtzahl der Patientinnen/Patienten <sup>1</sup>	19935	19725	20287	20043	20005
Zahl der Pfl egetage	165979	159597	156459	150666	126405
Geburten	1493	1615	1639	1764	1884
<b>Patientenabgang</b>					
durch Austritt	19103	19011	19497	19276	19193
durch Tod	530	466	504	503	539
<b>Durchschnittlicher Aufenthalt</b>					
Tage pro Patientin/Patient	8.5	8.2	7.8	7.6	6.4
<b>Auslastung</b>					
Bettenbestand <sup>2</sup>	535	510	505	505	479
Bettenbelegung in %	84.8	85.7	84.9	81.7	72.1

<sup>1</sup> inkl. Bestand stationäre Patientinnen/Patienten am 31. Dezember

<sup>2</sup> Bettenbestand 2012 gegenüber 2011 um 26 Betten reduziert, da nach Einführung von SwissDRG Aufenthaltsdauer verkürzt und die Behandlungen vermehrt ambulant durchgeführt werden konnten.

<b>Patientinnen/Patienten, Pfl egetage nach Kliniken</b>										
<b>Klinik</b>	<b>2008</b>		<b>2009</b>		<b>2010</b>		<b>2011</b>		<b>2012</b>	
	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pfl egetage</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pfl egetage</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pfl egetage</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pfl egetage</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pfl egetage</b>
Chirurgie	6832	59661	6773	58285	6901	56659	7244	56329	7461	50683
Medizin	6367	49523	6304	47671	6548	46946	6259	47589	6183	39919
Rheumatologie	1400	24777	1430	22912	1459	20931	1252	15971	956	10137
Radio-Onkologie	797	7800	774	7548	792	7874	732	7265	736	6652
Kinder und Jugendliche	1394	8421	1322	7309	1393	8159	1298	7331	1323	6230
Frauenklinik Maternité	2843	15797	2874	15872	2908	15890	2994	16181	3073	12784

### **Kommentar zu den Kennzahlen**

Mit der Einführung von SwissDRG hat sich 2012 die Zählweise der stationären Fälle geändert. So werden neu Patientinnen und Patienten, die innerhalb von achtzehn Tagen wegen der ursprünglichen Beschwerden wieder ins Spital eintreten, als ein Fall gezählt (sog. Fallzusammenführung). Dadurch erscheinen in der Statistik bei der Gesamtzahl der Patientinnen und Patienten einige Hundert physische Austritte nicht mehr. Das STZ hat aber im Jahr 2012 insgesamt mehr Patientinnen und Patienten behandelt als 2011.

Eine Zunahme gab es vor allem in den chirurgischen Disziplinen (+217 Austritte) und eine Abnahme vor allem in der Rheumatologie (-296 Austritte) – dies infolge der geplanten und umgesetzten Verkleinerung des Fachgebiets. Mit 1884 Geburten wurde ein neuer Rekord verzeichnet, was für die Attraktivität

der Frauenklinik STZ als Geburtsklinik spricht. Weit über 50% der stationären Aufenthalte machen die Patientengruppen der 60- bis 79-Jährigen (32,1%) und der über 80-Jährigen (20,7%) aus. Leider wird der erhöhte Behandlungsaufwand genau dieser Altersgruppen mit der Abgeltung nach SwissDRG häufig noch nicht adäquat abgebildet und entschädigt.

Auch die Zählweise der Pfl egetage hat sich mit der Einführung von SwissDRG geändert, indem neu ab 2012 der Ein- und der Austrittstag bei den Allgemeinversicherten als ein Tag gezählt werden. Die Reduktion der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 7,6 auf 6,4 Tage fällt dementsprechend höher aus, als sie tatsächlich war, und die Auslastung erscheint dadurch tiefer, als sie tatsächlich war. Die Statistik 2012 kann nicht mehr direkt mit der Vorjahresstatistik verglichen werden.

## 4.4 Pflegezentren

### 4.4.1 Aufgaben

Die zehn Pflegezentren der Stadt Zürich (PZZ) bieten Pflege- und Wohngruppenplätze für ältere pflegebedürftige Menschen an. Die Pflegezentren Entlisberg und Mattenhof führen zusätzlich Abteilungen, die besonders auf die Bedürfnisse von jüngeren pflegebedürftigen Behinderten ausgerichtet sind. In neun externen Pflegegruppen in Quartieren leben achtzig mobile Menschen, die mehrheitlich an einer Demenzerkrankung leiden. Zudem gehören ambulante Angebote wie Tageszentren usw. zum Aufgabengebiet der Pflegezentren. Der Geriatrie Dienst der Stadt Zürich gehört seit 1. Januar 2012 zu den Pflegezentren und ist mit der ärztlichen Versorgung der älteren Bevölkerung der Stadt Zürich betraut. Zu seinen Aufgaben gehören die ärztliche Betreuung und Behandlung der Bewohnerinnen und Bewohner der Pflegezentren, die geriatrie Beurteilung und Behandlung von Patientinnen und Patienten in der Übergangspflege und die Leitung der Gerontologischen Beratungsstelle. Zudem ist der Geriatrie Dienst für die amtsärztlichen Einsätze für Menschen über 65 zuständig.

Die Pflegezentren engagieren sich auch in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften. So führt die Dienstabteilung PZZ für das GUD das Schulungszentrum für Gesundheit. Daneben bestehen PZZ-weit über 200 Lehrverhältnisse.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

#### Allgemeines

Mit breit abgestützten Massnahmen wurden das im Vorjahr in einem breiten Prozess entwickelte Leitbild, die Führungsgrundsätze und die überarbeitete Strategie für die Zeitperiode 2012–2020 planmässig eingeführt. Diese Massnahmen werden auch in den nächsten Jahren weitergeführt, womit die Pflegezentren ihre nachhaltige Umsetzung sicherstellen. Die Grundlagen sind im Strategie- und Zielsetzungsprozess integriert, der durch eine Balanced Score Card methodisch unterstützt wird.

Durch die Neugliederung des Stadtärztlichen Dienstes erfolgte per 1. Januar 2012 die Integration des Geriatrie Dienstes in die Pflegezentren.

Die Vorarbeiten für die Umsetzung der gesetzlichen Änderungen im Zusammenhang mit dem neuen Erwachsenenschutzrecht, das per 1. Januar 2013 in Kraft tritt, sind abgeschlossen.

#### Angebote

Das stationäre Angebot mit diversen Spezialisierungen wird von einer breiten Palette teilstationärer und ambulanter Angebote ergänzt. Eine markante Änderung erfuhr das Angebot mit der Einführung von SwissDRG in den Spitälern Anfang Jahr. Neu treten in den Pflegezentren alle Patientinnen und Patienten aus Spitälern in eine der drei neu geschaffenen Abteilungen für Aufnahme und Übergangspflege (AAÜP) ein. Ausgenommen sind gut abgeklärte Patientinnen und Patienten mit einer Demenzerkrankung. Sie treten direkt in eine Demenzabteilung ein.

Alle Patientinnen und Patienten, die in eine Abteilung für Aufnahme und Übergangspflege eintreten, werden einem interdisziplinären geriatrie Assessment unterzogen. Diese Standortbestimmung ist Grundlage für die Planung rehabilitativer Massnahmen im Rahmen der Übergangspflege beziehungsweise für die Zuweisung zu einem angepassten Wohn- und

Betreuungsangebot auf einer Abteilung innerhalb der Pflegezentren. 52 % aller aufgenommen Patientinnen und Patienten der AAÜP konnten nach Hause zurückkehren. Seit Herbst 2012 gilt die Regelung, dass der Zeitraum zwischen der Anmeldung einer Person vom Spital und dem Zeitpunkt der Aufnahme in die Pflegezentren rund 48 Stunden beträgt. Diese Regelung konnte in den ersten Monaten mit kleineren Abweichungen eingehalten werden.

Im Januar 2012 wurde die bisher von der Beratungsstelle Wohnen im Alter (WiA) geführte Bettendisposition in die Pflegezentren integriert. Die Sozialdienste der Spitäler melden nun Patientinnen und Patienten direkt bei der Bettendisposition PZZ an. Diese nimmt die notwendigen Abklärungen vor, um optimale Zuweisungen gewährleisten zu können. Die WiA meldet Menschen, die noch zu Hause leben und in ein Pflegezentrum eintreten wollen, auch bei der Bettendisposition PZZ an. 85 % aller neu eintretenden Personen kamen aus den Spitälern (einschliesslich Psychiatrie), 13 % von zu Hause (WiA/Hausbesuche SiL/Pflegenotfälle), und 2 % wurden von weiteren Stellen überwiesen.

#### Bauliches

Mitte April zogen die Bewohnerinnen und Bewohner und die Mitarbeitenden des Hauses A des Pflegezentrums Witikon für zweieinhalb Jahre ins Pflegezentrum Bombach, das mit einem Aufwand von etwa 40 Mio. Fr. gesamthaft saniert worden war. Direkt im Anschluss begann die Umsetzung der gründlichen Sanierung des Haus A des Pflegezentrums Witikon, die voraussichtlich im Herbst 2014 abgeschlossen sein wird.

Im Dezember wurde der Architekturwettbewerb für den Neubau «Haus der Demenz» abgeschlossen, das bis etwa 2016 auf dem Gelände des Pflegezentrums Bombach erstellt und vierzig Plätze für an Demenz erkrankte Menschen bieten wird.

#### Qualitäts- und Umweltmanagement

Die kontinuierliche Verbesserung ist ein Eckwert der Qualitätsbestrebungen der Pflegezentren. So verfolgten die PZZ auch 2012 konsequent die Weiterentwicklung des 2007 nach ISO 9001 (Qualitätsmanagement) und des 2010 nach ISO 14001 (Umweltmanagement) zertifizierten Systems.



Verschiedene Aktivitäten bieten den Bewohnerinnen und Bewohnern Abwechslung sowie eine Tages- oder Wochenstruktur. (Bild: Susi Lindig)



Lebhafte Diskussionen im Literaturclub im Pflegezentrum Entlisberg. (Bild Susi Lindig)

### Personelles

Mitte Jahr war das kompetenzorientierte Pflegeorganisationsmodell ABC auf allen Abteilungen der Pflegezentren eingeführt. Erste Evaluationen fanden statt.

Die Fragebogen für austretende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden überarbeitet und an die geänderten Strategie-papiere (Leitbild/Strategie/Führungsgrundsätze) angepasst. Gleichzeitig organisierten die Pflegezentren den Prozess der Austrittsbefragung neu, um die Rücklaufquoten zu erhöhen.

Um ein gemeinsames Verständnis der neuen Führungsgrundsätze zu erreichen, führten die Pflegezentren für die Führungskräfte betriebsübergreifende und betriebsinterne Kulturworkshops durch. Diese werden 2013 fortgeführt. Auf der Grundlage der Führungsgrundsätze wurden Wissensmodule «Führung» erarbeitet. Die fünf verschiedenen Wissensmodule zu je zwei bis drei Tagen vermitteln den Führungskräften Theorie und Instrumente zu Themen, die sich auf die Wahrnehmung ihrer Führungsaufgaben gemäss den Führungsgrundsätzen beziehen.

Bedingt durch die Schaffung neuer Ausbildungsplätze in der Pflege besuchten viele Fachangestellte Gesundheit (Fage) sowie Pflegefachfrauen und -männer HF die Berufsbildungskurse des Schulungszentrums Gesundheit (SGZ). Erstmals führte das SGZ einen SVEB-1-Zertifikats-Kurs für Pflegenden durch (SVEB: Schweizerischer Verband für Erwachsenenbildung). Das SGZ startete als zweiter Standort in der Schweiz mit dem ersten

Vorbereitungskurs für die eidgenössische Berufsprüfung Langzeitpflege und Betreuung.

Nachdem die Pflegezentren 2011 das Label der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Gesundheitsförderung erhalten hatten, stand 2012 die Konsolidierung des Gesundheitsmanagements im Vordergrund. In den Betrieben wurden unter anderem Massnahmen zur Vorbeugung von Muskel- und Skelettbeschwerden definiert und durchgeführt.

Vierzehn Absolventinnen und Absolventen schlossen das erste interne Nachwuchsförderungsprogramm für Abteilungsleiterinnen und -leiter sowie Berufsbildnerinnen und -bildner Pflege erfolgreich ab. Ein zweites Programm startet 2013.

Im Rahmen des laufenden Personalmarketings für Pflegefachpersonen waren die Pflegezentren an verschiedenen Pflegekongressen präsent. Der Messestand für den Auftritt an Kongressen wurde komplett überarbeitet und modernisiert. Zudem wurde die Fortbildungsbroschüre PZZ neu gestaltet und erweitert.

### Ausbildung

Ende Jahr waren in den Pflegezentren 207 (Vorjahr 222) Lernende in Ausbildung. 71 Auszubildende schlossen die Lehrabschlussprüfung erfolgreich ab, eine Person bestand nicht. Der Notendurchschnitt aller Lernenden betrug 4,65 (Vorjahr 4,8). Bei den Fachfrauen und -männern Gesundheit (Fage) stieg der Notendurchschnitt auf 4,99 (Vorjahr 4,9). Die Bestnote aller Auszubildenden in den Pflegezentren erreichte eine Fachfrau Gesundheit mit der Note 5,6.

Mit 133 (Vorjahr 141) Lernenden bildeten die Fachfrauen und -männer Gesundheit wiederum die weitaus grösste Gruppe. Aktuell sind zudem 22 Assistentinnen und Assistenten Gesundheit und Soziales (AGS) in Ausbildung. Diese Gruppe von Auszubildenden wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Die Pflegezentren planen insgesamt vierzig Ausbildungsplätze für die Ausbildung zur/zum AGS.

Mit verschiedenen Massnahmen ist es gelungen, die Anzahl Studierender HF (Pflegefachfrau/Pflegefachmann Höhere Fachschule) weiter zu steigern. Ende Jahr waren 29 (Vorjahr 17) Pflegenden HF in Ausbildung. Die Pflegezentren planen, die Anzahl Studierende HF in den nächsten Jahren kontinuierlich zu steigern, um den Bedarf an Pflegefachfrauen/-männern HF zu einem grösseren Teil mit eigenen Mitteln abzudecken.

#### 4.4.3 Kennzahlen

<b>Pflegezentren der Stadt Zürich</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>Bewohnerinnen und Bewohner</b>					
Eintritte	1 225	1 191	1 212	1 207	1 502
Austritte	1 182	1 199	1 205	1 207	1 525
davon nach Hause oder in andere Institutionen	453	458	495	455	636
Anzahl Personen per 31.12.	1 595	1 586	1 596	1 601	1 578
davon in Aussenwohngruppen	55	52	60	77	76
Anteil mit Zusatzleistungen zur AHV in %	54	56	56	56	59
Anteil mit Hilflosenentschädigung in % <sup>1</sup>	48	47	47	–	–
Durchschnittsalter	82	82	83	84	83
Anteil Frauen in %	75.7	74.6	74.4	74.3	73.4
<b>Pflegebedürftigkeit<sup>2</sup></b>					
Anteil Personen in Tarifstufe 0 in %	–	0.0	0.0	0.0	0.0
Anteil Personen in Tarifstufe 1 in %	–	9.6	7.5	6.8	6.9
Anteil Personen in Tarifstufe 2 in %	–	1.0	0.6	0.7	0.8
Anteil Personen in Tarifstufe 3 in %	–	7.9	6.4	6.4	6.7
Anteil Personen in Tarifstufe 4 in %	–	13.8	11.0	12.8	13.6
Anteil Personen in Tarifstufe 5 in %	–	11.0	14.5	14.1	13.5
Anteil Personen in Tarifstufe 6 in %	–	23.9	26.0	25.4	25.9
Anteil Personen in Tarifstufe 7 in %	–	8.0	7.3	8.2	9.4
Anteil Personen in Tarifstufe 8 in %	–	16.1	18.0	18.9	18.3
Anteil Personen in Tarifstufe 9 in %	–	2.5	2.3	2.9	3.1
Anteil Personen in Tarifstufe 10 in %	–	2.3	2.7	1.2	0.3
Anteil Personen in Tarifstufe 11 in %	–	2.0	1.6	0.4	0.2
Anteil Personen in Tarifstufe 12 in %	–	0.0	0.0	0.0	0.0
Anteil Personen in Tarifstufe in Abklärung	–	1.9	2.1	2.2	1.3
<b>Verrechnete Aufenthaltstage</b>					
Pflegezentren (stationär)	577 591	576 062	575 310	578 688	575 350
Tageszentren (ambulant)	6 526	5 745	5 314	5 580	5 230
Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen am 31.12. <sup>3</sup>	–	965	997	1 031	1 046
Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen aller Ausgetretenen zwischen 1.1. und 31.12. <sup>3 und 4</sup>	–	499	470	487	379
<b>Auslastung</b>					
Platzangebot in Betten per 31.12.					
in Pflegezentren (stationär)	1 618	1 618	1 624	1 623	1 617
in Tageszentren (ambulant)	45	45	45	45	45
<b>Total Auslastung in %</b>	<b>98</b>	<b>97.5</b>	<b>97.3</b>	<b>97.7</b>	<b>97.1</b>

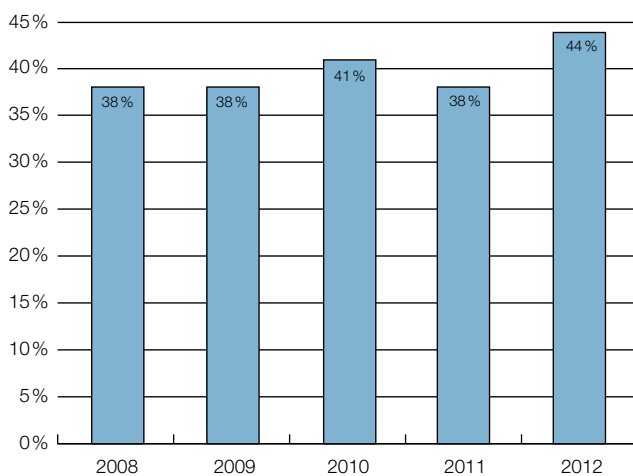
<sup>1</sup> Ab 1.1.2011 vereinnahmen die PZZ keine Hilflosenentschädigung mehr.

<sup>2</sup> Seit Januar 2009 verwenden alle Pflegezentren das 12-stufige Bewohnereinstufungs- und Abrechnungssystem RAI-NH. 2009/10 Vollpauschale, ab 2011 Teilpauschale.

<sup>3</sup> infolge Systemwechsel keine Angaben für 2008 erhältlich

<sup>4</sup> ohne Ferienaufenthalte

## Austritte nach Hause oder in andere Institutionen



## Kommentar zu den Kennzahlen

Per Ende 2012 betrug der Bettenbestand 1617 Betten – sechs Betten weniger als im Vorjahr. Die gesamte Anzahl Pflegetage war mit 575350 gegenüber dem Vorjahr tiefer. Die Gesamtauslastung sank von 97,7 auf 97,1 Prozent.

Der Anteil derjenigen Personen, die nach Hause zurückkehrten oder in andere Institutionen wie Altersheime usw. eintraten, stieg im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr von 38 auf 44 %. Dies ist auf die veränderte Finanzierung der Spitäler (Fallpauschalen mit DRG) und die aus diesem Grund von den Pflegezentren eingeführten Abteilungen für Aufnahme und Übergangspflege zurückzuführen.

## 4.5 Städtische Gesundheitsdienste

### 4.5.1 Aufgaben

Die Städtischen Gesundheitsdienste (SGD) beraten in Fragen zur sozialen Krankenversicherung und zur Prämienverbilligung. Zusammen mit Spitex Zürich sorgen sie für optimale Hilfe und Pflege zu Hause. Sie betreiben medizinische und therapeutische Angebote für substanzabhängige Menschen und andere Zielgruppen und engagieren sich im Bereich der Infektionsprävention.

Die Ärztinnen und Ärzte des *Stadtärztlichen Dienstes* sind für die Allgemeinmedizinische Sprechstunde im Ambulatorium Kanonengasse und die ärztlichen Leistungen in der stationären Entzugsbehandlung Frankental zuständig. Des Weiteren gewährleisten sie die ambulanten ärztlichen Angebote in den Polikliniken Crossline und Lifeline und in den städtischen Kontakt- und Anlaufstellen. Der Stadtärztliche Dienst führt amts- und bezirksärztliche Einsätze durch und befasst sich mit Aspekten der Allgemeinen Gesundheitsvorsorge (Public Health).

Die *Psychiatrisch-Psychologische Poliklinik* stellt einen Teil der ambulanten psychiatrischen Versorgung in der Stadt Zürich sicher. Das Leistungsangebot umfasst psychiatrische und psychologische Sprechstunden in der Poliklinik, Konsiliar-dienste für diverse Institutionen (Stadthospital Waid, Sozialzentren, Wohn- und Arbeitseinrichtungen, Zürcher Fachstelle für Alkoholprobleme) sowie die spezialisierten mobilen Equipen für Kriseninterventionen.

Die *Suchtbehandlung Frankental* nimmt die stationäre medizinische und therapeutische Versorgung drogenkranker Menschen wahr. Sie bietet körperliche Entzugs- und Teilentzugsbehandlungen zur kurzfristigen Stabilisierung sowie therapeutische Langzeitbehandlungen bis zur vollständigen Resozialisierung an. Dabei verfügt sie über kantonale Leistungsaufträge der Gesundheits- und der Sicherheitsdirektion. Die Suchtbehandlung Frankental ist anerkannt als Einrichtung zum Vollzug strafrechtlich verfügbarer Massnahmenbehandlungen.

Im Zentrum der *Medizinisch-sozialen Dienste* stehen die medizinische Grundversorgung und die soziale Beratung marginalisierter Menschen. Das Leistungsprogramm umfasst auch die methadongestützte Behandlung. In Zusammenarbeit mit der Frauenklinik Maternité des Stadthospitals Triemli wird eine Gynäkologische Sprechstunde betrieben, deren Angebot von der medizinischen Behandlung spezifischer Erkrankungen über Schwangerschaftsbegleitung bis zur Vorsorge reicht. Weiter leisten die Medizinisch-sozialen Dienste einen wichtigen Beitrag zur Prävention und Behandlung von Infektionskrankheiten, namentlich HIV, Hepatitis und sexuell übertragbare Krankheiten (STI).

*Spitex Kontraktmanagement* stellt die Spitex-Versorgung in der Stadt Zürich mittels Leistungsvereinbarungen sicher. Vertragspartner sind die Spitex-Vereine Zürich Limmat und Zürich Sihl, die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich und der Verein Kinder-Spitex (kispex) des Kantons Zürich (Stand Ende 2012). Spitex Kontraktmanagement ist ausserdem Anlauf- und Abrechnungsstelle für Pflegebeiträge im ambulanten Bereich.

Die *Abteilung Krankenversicherung* gewährleistet den Krankenversicherungsschutz der städtischen Bevölkerung und stellt den Anspruch auf Prämienverbilligung fest. Einen Beitrag an die Krankenkassenprämien erhalten Verheiratete und Alleinerziehende mit einem steuerbaren Einkommen von maximal Fr.47 500.–, Einzelpersonen bis zu einem Einkommen von Fr.37 200.–. Kindern von Mittelstandfamilien wird bis zu einem Einkommen von Fr.61 000.– ein Beitrag gewährt. Die Prämienverbilligung ist abgestuft in fünf Einkommensgruppen und bewegt sich zwischen Fr.300.– und Fr.2316.– pro Jahr.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

#### Zusammenschluss des Stadtärztlichen Dienstes mit den Städtischen Gesundheitsdiensten

2011 wurde die Auflösung der Dienstabteilung Stadtärztlicher Dienst (SAD) beschlossen. Im Berichtsjahr stand die Gestaltung

und Umsetzung der Fusion im Zentrum. Vom ehemaligen SAD kamen die Bereiche Psychiatrisch-Psychologische Poliklinik und – unter Beibehaltung des ursprünglichen Namens – Stadtärztlicher Dienst mit den Aufgaben amts-/bezirksärztliche Tätigkeiten, Public Health und Suchtmedizin zu den SGD. Am 1. Oktober 2012 konnte der Chefarzt und Leiter des neuen Stadtärztlichen Dienstes seine Arbeit aufnehmen. Dr. med. Morten Keller ist Facharzt für Rechtsmedizin und Psychiatrie/Psychotherapie.

Zum Jahresende konnte festgestellt werden, dass die meisten Fusionsaufgaben erledigt sind und der Zusammenschluss auch kulturell gut gemeistert werden konnte. Sämtliche Aufgaben des ehemaligen SAD werden weiterhin erbracht.

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet durch eine anhaltende personelle Unterbesetzung im ärztlichen Bereich, die nur dank vermehrtem Einsatz von Teilzeit arbeitenden Ärztinnen und Ärzten aufgefangen werden konnte. Insbesondere die Rekrutierung eines neuen leitenden Arztes und einer ärztlichen Fachkraft für die Allgemeinmedizinische Sprechstunde bei den Medizinisch-sozialen Diensten gestaltete sich sehr schwierig. Im Dezember schliesslich konnten beide Stellen erfolgreich besetzt werden.

### **Amts- und bezirksärztliche Tätigkeiten**

Als besondere Herausforderung im operativen Bereich erwies sich die Neuorganisation der amts- und bezirksärztlichen Einsätze. Die hierfür im Berichtsjahr neu aufgebaute Anlaufstelle hat sich erfolgreich etabliert. Sie verzeichnete im Berichtsjahr 214 Meldungen betreffend Personen unter der Altersgrenze von 65 Jahren und 232 Meldungen betreffend ältere Personen. Hieraus resultierten in knapp 60 % der Fälle telefonische Kontakte und in etwa 15 % Hausbesuche, wobei in einigen Fällen ein fürsorglicher Freiheitsentzug angeordnet werden musste (ab 1. Januar 2013 neu als Fürsorgliche Unterbringung bezeichnet).

### **Suchtmedizin**

Die Suchtbehandlung Frankental erzielte erneut hohe Belegungswerte und Haltequoten (Anteil der Patientinnen und Patienten mit regulärem Behandlungsabschluss). Im ersten Jahr der neuen Spitalfinanzierung konnten alle Auflagen der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich erfüllt werden. Erschwerende administrative Hürden ergaben sich aus der bis Ende Jahr noch immer ungeklärten Tarifsituation.

Bei den Medizinisch-sozialen Diensten sind die Behandlungszahlen gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Engpässe in der Anstellung von ärztlichem Personal führten jedoch zu Einschränkungen in den Behandlungszeiten der Allgemeinmedizinischen Sprechstunde. Im September konnte wieder mit einer Allgemeinmedizinischen Sprechstunde am Samstag begonnen werden.

In der Gynäkologischen Sprechstunde wurden erstmals über 800 Patientinnen registriert, zwei Drittel davon als Erstvorstellungen. Unverändert ist das breite Spektrum von injizierenden Drogenkonsumentinnen (IDU), Sexarbeiterinnen (FSW), Sans Papiers und anderen marginalisierten Frauen.

In der Zusammenarbeit mit dem Sune-Egge (ein Spital für Suchtkranke der Stiftung Sozialwerke Pfarrer Sieber) wurden die ärztlichen Aufgaben entflochten, indem der Sune-Egge

seit dem Frühjahr auch für die Funktion der ärztlichen Leitung eigene Ressourcen bereitstellen kann.

Am 29. Februar 2012 stimmte der Gemeinderat dem Antrag des Stadtrats zu, das Vermittlungs- und Rückführungszentrum (VRZ) Ende Juni 2012 zu schliessen. Gemeinsam mit der Stadtpolizei Zürich konnte das VRZ fristgerecht aufgelöst werden.

In der gleichen Gemeinderatssitzung wurde der Auftrag zur Weiterführung der Zentralen Ausnüchterungsstelle (ZAS+) als Pilotprojekt bis März 2015 erteilt. Die Einrichtung wird gemeinsam mit der Stadtpolizei betrieben. Ziel ist es, berauschte Personen, die sich oder andere gefährden, in polizeilichen Gewahrsam zu nehmen und unter medizinischer Betreuung auszunüchtern. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 413 Personen aufgegriffen und in die ZAS+ eingeliefert, 361 Männer und 52 Frauen im Alter zwischen 16 und 82 Jahren.

### **Psychiatrisch-Psychologische Poliklinik**

Anfang 2012 hat die Psychiatrisch-Psychologische Poliklinik (PPZ) den Konsiliardienst im Stadtspital Waid von der Psychiatrischen Universitätsklinik übernommen. Schon im ersten Jahr der Zusammenarbeit wurden mehr Konsilien als in den Vorjahren durchgeführt. Das neue Angebot ist somit gut etabliert. Patientinnen und Patienten des Waidspitals mit psychosozialen Problemen können heute dank dem gemeindepsychiatrischen Netzwerk der PPZ eine Vielzahl neuer Angebote nutzen.

Gemäss Beobachtungen des Sozialdepartements hat in den städtischen Wohneinrichtungen die Anzahl psychisch Erkrankter in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Es fehlen bisher aber verlässliche Vergleichszahlen aus den Vorjahren. Im Berichtsjahr wurden daher sämtliche Bewohnerinnen und Bewohner von Mitarbeitenden der PPZ standardisiert diagnostisch untersucht. In Zukunft ist mit einer weiteren Verlagerung der psychiatrischen Behandlungen von den Kliniken in kommunale sozialmedizinische Institutionen zu rechnen. Mit regelmässigen Datenerhebungen können Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt werden.

### **Spitex**

Das breit angelegte Projekt zur Überprüfung und Weiterentwicklung der Steuerung der Spitex-Versorgung in der Stadt Zürich wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Dabei entstand in Zusammenarbeit mit den Spitex-Organisationen die Qualitätspolitik von Spitex Zürich, die bereits in die neuen Leistungsvereinbarungen 2013 ff eingeflossen ist. In diesen Vereinbarungen wurden ausserdem noch weitere für die Steuerung der Spitex-Versorgung bedeutsame Aspekte wie Mitarbeitende, Wirtschaftlichkeit und Controlling berücksichtigt. Um auch langfristig den Herausforderungen im Gesundheitswesen gewachsen zu sein, wurde gemeinsam mit den Spitex-Organisationen die Spitex-Strategie 2022 lanciert, die 2013 näher ausgearbeitet wird.

Die seit 1. Januar 2011 den SGD übertragene Ausrichtung der öffentlichen Pflegebeiträge im ambulanten Bereich konnte mit den bestehenden Ressourcen mengenmässig nicht bewältigt werden. Seit August 2012 stehen dafür zwei zusätzliche Stellen zur Verfügung, sodass die anspruchsvollen Plausibilitätsprüfungen hinsichtlich Wohnsitz und Leistungsdaten und die korrekte Ausrichtung der geschuldeten Pflegebeiträge termingerecht und zuverlässig durchgeführt werden können. Weiterhin nehmen sieben Gemeinden diese Dienstleistung gegen eine kostendeckende Entschädigung in Anspruch.



Die im Rahmen des Gesundheitsnetzes 2025 durch Spitex Kontraktmanagement geführten dreijährigen Pilotprojekte liefen Ende des Berichtsjahres aus. *Leila – Leben mit Langzeiterkrankungen* (ein medizinisch-pflegerisches Angebot für chronisch kranke Menschen und ihre Bezugspersonen) wurde mit wertvollen, landesweit beachteten Erkenntnissen für zukunftsweisende integrierte Versorgungsmodelle abgeschlossen. *Kompass* (Krisenintervention, Beratung und Case Management für Menschen mit komplexen gesundheitlichen und psychosozialen Problemen) wird ab 1. Januar 2013 als neues Angebot des Stadtärztlichen Dienstes definitiv eingeführt. Ebenso wird die *Fachstelle für präventive Beratung im Alter* fortgeführt. Die Fachstelle unterstützt und berät Seniorinnen und Senioren vor Ort, vermittelt ihnen verschiedene Angebote und arbeitet eng mit Spitex, Pro Senectute, weiteren Gesundheitsligen und sozialen Institutionen sowie Hausärztinnen und Hausärzten zusammen.



Präventive Beratung im Alter und Beratung bei Langzeiterkrankung, zwei Schwerpunkte der SGD. (Bild: Susi Lindig)

#### 4.5.3 Kennzahlen

##### Spitex Kontraktmanagement

	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Verrechnete Stunden</b>	<b>714 928</b>	<b>746 402</b>	<b>770 786</b>	<b>764 852</b>	<b>785 137</b>
KLV-Stunden <sup>1</sup>	415 310	440 491	464 498	464 168	486 044
N-KLV-Stunden <sup>2</sup>	299 618	305 911	306 287	300 684	299 093
Kosten pro KLV-Stunde (Fr.) <sup>3</sup>	111.1	109.94	111.77	115.78	–
Kosten pro N-KLV-Stunde (Fr.) <sup>3</sup>	85.52	87.26	90.33	93.19	–
<b>Kunden / Kundinnen</b>	<b>10 078</b>	<b>10 401</b>	<b>10 189</b>	<b>9 679</b>	<b>10 064</b>
unter 65 Jahren	2 192	2 203	2 285	2 086	2 284
65 bis 79 Jahre	2 840	2 882	2 811	2 696	3 024
80 Jahre und älter	5 046	5 316	5 093	4 897	4 756

<sup>1</sup> KLV-Stunden = krankenpflegerische Leistungen

<sup>2</sup> N-KLV-Stunden = hauswirtschaftliche Leistungen

<sup>3</sup> Die Kosten pro geleistete Stunde resultieren aus der Kostenrechnung der Spitex-Organisationen. Bis zur Drucklegung dieses Berichts waren diese Zahlen noch nicht erhältlich.

##### Krankenversicherung

Prämienverbilligung	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Berechtigte</b>	<b>112 559</b>	<b>122 871</b>	<b>121 477</b>	<b>116 484</b>	<b>113 222</b>
Kinder bis 18 Jahre	22 322	29 323	29 468	29 180	28 579
junge Erwachsene 19–25 Jahre	17 894	18 078	18 169	18 148	17 829
Erwachsene 26 Jahre und älter	72 344	75 470	73 840	69 156	66 814
Gesuche von Zuzügerinnen und Zuzüglern	4 690	5 077	5 248	5 008	4 843
Anspruchskorrekturen wegen veränderter Verhältnisse	5 323	8 742	9 424	9 908	9 243
<b>Prämienübernahmen</b>					
Anerkannte Verlustscheine	6 612	6 245	7 362	7 034	1 137
Gesamtbetrag übernommener Verlustscheine (Fr.)	8 730 911	8 426 322	10 137 505	9 364 508	1 534 749

## Suchtbehandlung Frankental

<b>Entzug &amp; Intervention</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Anzahl Eintritte	170	155	142	119	114
Durchschnittsalter	33.68	33.27	32.69	34.89	34.22
Bettenbelegung	92.37 %	89.93 %	86.87 %	87.31 %	93.15 %
Aufenthalt in Tagen (Ø)	24.14	25.98	26.21	32.45	35.52
<b>Therapie und Integration</b>					
Anzahl Eintritte	26	21	25	20	17
Durchschnittsalter	35.75	31.95	31.36	33.77	32
Bettenbelegung	91.01 %	90.96 %	85.88 %	87.96 %	81.54 %
Aufenthalt in Tagen (Ø)	351	351	289	302	458

## Medizinisch-soziale Dienste

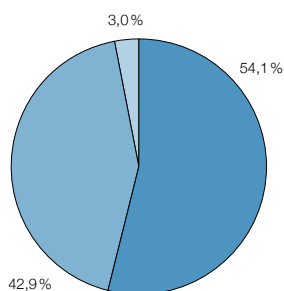
<b>Ambulatorium Kanonengasse</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>Ambulante Behandlungen</b>	<b>9260</b>	<b>9114</b>	<b>9234</b>	<b>5482</b>	<b>6634</b>
akut-medizinische Behandlungen	7880	7554	7739	4013	4921
gynäkologische Behandlungen	1380	1560	1495	1469	1713
<b>Patientinnen/Patienten</b>	<b>1033</b>	<b>1190</b>	<b>1135</b>	<b>1143</b>	<b>1170</b>
Frauen	671	831	818	859	925
Männer	362	359	317	284	245
Durchschnittsalter	34.8	35.6	38.1	38.6	34.28
Patientinnen/Patienten im Methadonprogramm	68	64	61	76	61
<b>Prävention und Kampagnen</b>					
Abgegebene Spritzen	877812	807101	726104	693527	529500
Abgegebene Nadeln	1677818	1440278	1302104	1146226	929500

## Psychiatrisch-Psychologische Poliklinik

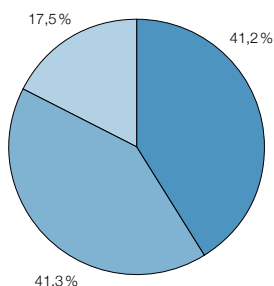
	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>Patientinnen/Patienten</b>	<b>903</b>	<b>995</b>	<b>1062</b>	<b>1004</b>	<b>1099</b>
Frauen	451	409	424	417	514
Männer	452	586	638	587	585
Neue Behandlungen	562	566	530	422	578
<b>Patientinnen/Patienten von</b>					
Soziale Dienste	518	698	758	732	642
Soziale Einrichtungen und Betriebe	78	100	125	110	111
Stadtspital Waid	–	–	–	–	170
Zürcher Fachstelle für Alkoholprobleme (zfa)	1	29	52	51	48
andere	306	168	127	111	128
Total verrechenbare Konsultationen nach KVG	5824	6701	6788	6449	5998
Versäumte Sitzungen	1458	1474	1759	1617	1429

## Herkunft der KlientInnen und PatientInnen der Suchtbehandlung Frankental

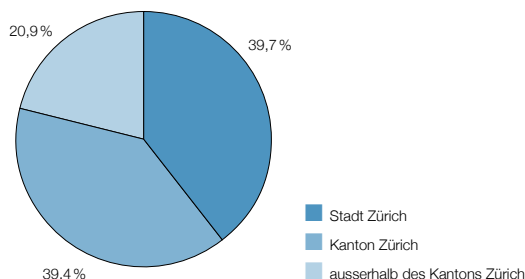
### Entzug und Intervention



### Stationäre Therapie



### Integration



### Kommentar zu den Kennzahlen

Bei der Suchtbehandlung Frankental hat sich die Belegung auf der Entzugsstation nochmals erhöht, was auf die Schliessung der entsprechenden Station im Psychiatrie-Zentrum Hard zurückzuführen sein dürfte.

Bei der längeren Aufenthaltsdauer in der Therapie fällt der höhere Anteil der KlientInnen, die die Therapie im Rahmen eines stationären Massnahmenvollzugs absolvieren, ins Gewicht. Diese müssen aufgrund der behördlichen Auflagen länger stationär behandelt und betreut werden. Deswegen hat sich auch die Aufnahmekapazität verringert (weniger Eintritte).

Die Zahl der durch die Psychiatrisch-Psychologische Poliklinik behandelten Patientinnen und Patienten hat im Zusammenhang mit dem neuen Auftrag im Stadtspital Waid um rund 10 % zugenommen.

Die Prämienübernahmen sind massiv zurückgegangen, weil der Kanton diese Aufgabe auf den 1. Januar 2012 der Sozialversicherungsanstalt übertragen hat. Zu übernehmen waren im Berichtsjahr nur noch Verlustscheine, die vor 2012 ausgestellt, aber erst im Berichtsjahr geltend gemacht wurden.

## 4.6 Altersheime

### 4.6.1 Aufgaben

Mit ihren 27 Altersheimen sowie einem Gästehaus bieten die Altersheime Stadt Zürich (AHZ) rund 2120 betagten Menschen eine attraktive und bedürfnisgerechte Wohnform, soweit möglich im vertrauten Quartier. Die vielfältigen Betreuungs- und Dienstleistungsangebote unterstützen und gewährleisten Sicherheit, Privatsphäre und Lebensqualität. Zusätzliche individuell wählbare Servicepakete und zahlreiche weitere Angebote schaffen Raum für ein selbstbestimmtes Leben und sind gleichzeitig Gelegenheit für soziale Kontakte und gemeinsame Aktivitäten. Zu den Aufgaben der AHZ gehören die vorausschauende Weiterentwicklung der Angebote sowie die Planung und Umsetzung von Bau- und Renovationsprojekten. Die AHZ sorgen damit dafür, dass sie mit einem zeitgemässen Angebot den sich wandelnden Bedürfnissen langfristig gerecht werden können.

### 4.6.2 Jahresschwerpunkte

#### Orientierung schaffen – weiterentwickeln

Unter Leitung von Direktorin Rosann Waldvogel haben die Mitglieder der Geschäftsleitung und die Heimleitungen an der Vision sowie den strategischen Zielen für die AHZ gearbeitet. Mit dem Ziel, auch in zehn und zwanzig Jahren eine attraktive Wohn- und Lebensform für Menschen im vierten Lebensalter anzubieten, haben sie sich in einem gemeinsamen Prozess intensiv mit den heutigen Gegebenheiten und Fragen zu den künftigen Bedürfnissen betagter Menschen

auseinandergesetzt. Intensiv diskutiert wurde dabei auch, was machbar ist und was nicht. Die Resultate dieses Prozesses werden 2013 vertieft und dienen als Leitplanke zur künftigen Weiterentwicklung.

#### AHZ-Masterplan Bauten

Im Juni erteilten die Vorsteherin des GUD, Stadträtin Claudia Nielsen, und der Vorsteher des HBD, Stadtrat André Odermatt, den Auftrag an die Dienstabteilungen AHZ, Immobilien-Bewirtschaftung der Stadt Zürich (IMMO) und Amt für Hochbauten, den bestehenden Bauentwicklungsplan AHZ zu überarbeiten und dem Stadtrat im Juni 2013 einen AHZ-Masterplan Bauten zu unterbreiten. Neu werden darin, neben der Beurteilung der baulich-technischen Situation, auch die Fragen der 2000-Watt-Gesellschaft in die Gebäudebeurteilung integriert und die Potenziale der Liegenschaften in Bezug auf Energieoptimierung abgeschätzt und dargestellt. Eine Herausforderung stellen die zeitliche Staffelung und die Priorisierung der Bautätigkeiten dar. Denn es gilt die Wohnqualität und die Bausubstanz zu erhalten und gleichzeitig die gebäudetechnischen Bedürfnisse sowie das grosse energetische Potenzial mit der städtischen Investitionsplanung bzw. den verfügbaren Finanzmitteln in Einklang zu bringen.

Unter Berücksichtigung des Alters und der gebäudetechnischen Situation der Liegenschaften wurden im Berichtsjahr konkrete Machbarkeitsstudien für einzelne Altersheime in

Auftrag gegeben bzw. ausgearbeitet. Mit den Machbarkeitsstudien werden die baulichen Optionen und die geschätzten Kosten für Instandsetzungen und Komfortverbesserungen innerhalb der bestehenden Gebäude aufgezeigt. Diese Vorbereitungsarbeiten sind nötig, damit ein kontinuierlicher Planungs- und Instandsetzungsprozess der 28 Einrichtungen sichergestellt ist, die bestehenden Bausubstanzen erhalten und die vorhandenen Rochadeflächen optimal genutzt werden können.

### **Ersatzneubau Altersheim Trotte noch immer in der Warteschlange**

Aufgrund von Rekursen seitens privater Anwohnerinnen und Anwohner musste der für Herbst 2011 vorgesehene Baubeginn des Ersatzneubaus des Altersheims Trotte ein weiteres Mal zurückgestellt werden. In einem ersten Schritt hatte das Baurekursgericht die Frage der Rechtmässigkeit der Arealüberbauung geprüft und in Frage gestellt. Gegen diesen Entscheid hat die Stadt beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingereicht. Mit Urteil vom 7. Dezember 2011 wurde der Stadt bezüglich der Frage, ob es sich beim Ersatzneubau um eine Arealüberbauung handle, recht gegeben und der Fall ans Baurekursgericht (BRG) zurückgewiesen. In seiner Neuurteilung hat das Baurekursgericht mit Entscheid vom Juni 2012 die Gebäudehöhe als zu hoch eingestuft und die Baubewilligung wieder aufgehoben. Die Stadt Zürich hat gegen diesen Entscheid erneut beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt. Dessen Entscheid wird 2013 erwartet. Das weitere Vorgehen kann erst nach Vorliegen des Verwaltungsgerichtsentscheids geplant werden.

Nachdem sich die bauliche Situation des Altersheims Trotte in den letzten Jahren sukzessive verschlechtert hat, mussten im laufenden Jahr kurzfristig verschiedene Reparaturen vorgenommen werden. Nur so konnte die Wohnqualität aufrecht erhalten werden.

Die Verzögerung des Projekts Trotte hat zur Folge, dass das temporäre Altersheim Triemli, das als Rochadefläche für die Altersheime dient, vorübergehend von der Asylorganisation der Stadt Zürich als Unterkunft für Asylbewerberinnen und -bewerber genutzt wird.

### **Motion betreffend Altersheim Zürich-Nord**

Der Stadtrat wurde am 4. November 2009 mit der Motion Anderegg/Meier (GR-Nr. 2009/501) beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für den Bau eines Altersheims in Zürich-Seebach zu unterbreiten. Die Motion wurde am 24. März 2010 mit dem geänderten Wortlaut «... Bau eines Altersheims in Zürich-Nord» überwiesen. Mit Beschluss vom 18. Januar 2012 hat der Gemeinderat die Frist zur Erfüllung der Motion um zwölf Monate bis 24. März 2013 verlängert. Eine zweite Verlängerung hat der Stadtrat mit Beschluss vom 19. Dezember 2012 beantragt.

Zur Umsetzung der Motion wurden verschiedene Abklärungen vorgenommen. Für die Ermittlung des Bedarfs nach gemeinschaftlichem Wohnen mit Pflege wurden die Nachfrage nach stationären Wohnangeboten und die bestehende Versorgung sowohl stadtweit als auch im Gebiet Zürich-Nord analysiert. Für die Abschätzung des mittelfristigen Bedarfs wurden die Bevölkerungsprognosen bis 2025 von Statistik Stadt Zürich einbezogen. Die Analysen haben gezeigt, dass ein Bedarf speziell auch in Zürich-Nord auf längere Sicht ausgewiesen ist. In Zusammenarbeit mit der Liegenschaftsverwaltung der Stadt Zürich und dem Amt für Städtebau wurden verschiedene Standorte

evaluiert und auf ihre Eignung überprüft; ausserdem wurde ein Betriebskonzept mit Raumprogramm erarbeitet. Der nächste Schritt ist nun eine Testplanung durch das Amt für Hochbauten. Diese soll aufzeigen, welche Arealpotenziale und welche baurechtlichen Möglichkeiten vorhanden sind. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2013 erwartet.

### **Qualitätsmanagement**

Seit April 2011 sind die AHZ ISO-9001-zertifiziert. Damit diese Zertifizierungsreife gehalten werden kann, braucht es eine kontinuierliche Überprüfung und wo nötig eine Verbesserung der Prozesse und Instrumente. Dazu werden u.a. regelmässige interne Audits durchgeführt. Mit ihren 28 Häusern verfügen die Altersheime Stadt Zürich über ein enormes Potenzial an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Hauptbereichen Hotellerie, Gastronomie sowie Betreuung und Pflege. Deren Know-how zu nutzen, ist das Ziel der sogenannten Peer-Audits, bei denen sich die Bereichsleitungen der verschiedenen Bereiche gegenseitig begleitend beobachten und ihre Ergebnisse in einem standardisierten Auditbericht festhalten.

### **Hygieneaudit im Bereich Betreuung und Pflege**

Im Berichtsjahr wurde mit internen Audits die Umsetzung des 2010 eingeführten Hygienekonzepts überprüft. Im Bereich Betreuung und Pflege wurden die Audits durch eine externe Hygieneexpertin durchgeführt und die Ergebnisse und Empfehlungen in einem Gesamtbericht AHZ festgehalten. Neben der Überprüfung der Massnahmen und Abläufe des Bereichs Hygiene schätzten die Pflegefachpersonen den praxisorientierten Austausch, bei dem Fragen und Unsicherheiten geklärt werden konnten. Die Ergebnisse der Audits sowie allfällige daraus hervorgehende Optimierungsmassnahmen werden 2013 in den einzelnen Heimen sowie in einer übergeordneten Projektgruppe weiter bearbeitet.

### **Vorbereitung auf die 12-stufige Abrechnung der Pflegeleistungen**

Mit der parallelen Erfassung der Pflegeleistungen im vier- und zwölfstufigen Besa-Leistungserfassungs- und -Abrechnungssystem haben sich die Altersheime auf die bevorstehende Änderung aufgrund der neuen Pflegefinanzierung vorbereitet. Sie haben damit die Grundlage geschaffen für einen reibungslosen Übergang der von Bund und Regierungsrat vorgegebenen detaillierteren Abrechnung der Pflegeleistungen in zwölf Stufen. Die definitive Umstellung erfolgt gemäss Regierungsratsbeschluss am 1. Januar 2013.

### **Elektronische Betreuungs- und Pflegedokumentation**

Im Berichtsjahr konnte die Einführung der AHZ-weiten elektronischen Betreuungs- und Pflegedokumentation abgeschlossen werden. Damit werden nun alle pflegerischen Leistungen elektronisch erfasst. Die anspruchsvolle Aufgabe, 750 neue Anwenderinnen und Anwender ins neue System einzuführen, verlief grösstenteils problemlos. Für 2013 sind die Verbesserung der Anwendungssicherheit im Alltag und die zusätzliche Nutzung der Möglichkeiten der Software geplant, wie z. B. automatische Auswertungen oder vereinfachte Arbeitsprozesse.

### **Berufsbildung**

46 von 48 Lernenden haben ihren Lehrabschluss erfolgreich bestanden. Die nochmals gestiegene Anzahl neu eintretender



Auf vielfältige Weise unterstützen die städtischen Altersheime ihre Bewohnerinnen und Bewohner in der Gestaltung ihres Alltags. (Bilder: Susi Lindig)

Lernender – 95 gegenüber 80 im Vorjahr – zeigt das grosse Engagement der Altersheime für die Ausbildung von Jugendlichen. Derzeit bieten die Altersheime 248 Lernenden die Möglichkeit, sich in einem von elf Berufen ausbilden zu lassen.

In einem Pilotprojekt haben drei Fachleute aus dem Bereich Gesundheit die berufsbegleitende Ausbildung zur dipl. Pflegefachperson HF begonnen und werden diese innerhalb der nächsten zweieinhalb Jahre abschliessen. Gestützt auf diese Erfahrungen werden die AHZ entscheiden, ob sie künftig eher die berufsbegleitende oder die reguläre Ausbildung HF verstärkt fördern wollen, um damit dem trockenen Arbeitsmarkt etwas entgegensetzen zu können.

### **Jubiläen**

Im Berichtsjahr feierten gleich fünf Altersheime ihre Jubiläen. Mit einer Ausstellung und interessanten Vorträgen rund um das Entstehen gestalteten die Altersheime Bürgerasyl-Pfrundhaus ihr 170- bzw. 135-Jahr-Fest. Mit Festakten, abwechslungsreichen Darbietungen sowie musikalischen Einlagen feierten die Altersheime Buttenau und Oberstrass ihren vierzigsten, die Altersheime Wildbach und Wolfswinkel ihren dreissigsten Geburtstag.

### **Bewohnerinnen- und Bewohnerumfrage**

Seit 1996 führt das Zentrum für Gerontologie der Universität Zürich regelmässig Zufriedenheitsumfragen in den AHZ durch. Das Ergebnis der Umfrage 2012 bestätigt erneut, dass ein überaus grosser Teil der Bewohnerinnen und Bewohner (97 %) mit dem Leben im Altersheim zufrieden oder sehr zufrieden ist. Dieses Resultat basiert auf vierzehn Fragen zu den

Leistungen in den Bereichen Betreuung, Pflege und Hotellerie, zur Unterstützung im Alltag und zu den Themen Geborgenheit sowie Selbst- und Mitbestimmung in den einzelnen Altersheimen. Die Studie verdeutlicht einmal mehr, dass die Wahrnehmung des Lebens im Altersheim durch die Öffentlichkeit deutlich vom tatsächlichen Empfinden der Bewohnerinnen und Bewohner abweicht.

### **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Eine vertiefte Analyse der Zufriedenheitsumfrage 2012 hat gezeigt, dass die Zufriedenheit sehr stark von den Leistungen beeinflusst wird, die unmittelbar von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erbracht werden. Dazu gehören Aspekte wie das Sichgeborgenfühlen, die Zufriedenheit mit der Pflege und dem Essen, aber auch die Unterstützung im Alltag und das Ernstgenommenwerden durch das Personal. Die Resultate sind auch ein Spiegel der hohen Motivation und des Engagements, mit denen die Mitarbeitenden dafür sorgen, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner in den Altersheimen wohl fühlen.

### **Freiwillige Mitarbeitende und weitere Einsätze**

Im Berichtsjahr durften die AHZ auf die Hilfe von 479 freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zählen, die in mehr als 41 000 Arbeitsstunden unzählige wertvolle und äusserst geschätzte Aufgaben übernommen haben, für die im Alltag sonst keine Zeit bleibt. Dasselbe gilt für die zahlreichen Einsätze von Zivildienstleistenden, von Zivilschutzmitarbeitenden (einschliesslich Rekruten) und von an Arbeitsintegrationsprogrammen Teilnehmenden. Auch sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner.

#### 4.6.3 Kennzahlen

Altersheime	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Bewohnerinnen und Bewohner</b>					
Eintritte	426	430	348	407	430
Austritte	386	405	344	397	399
davon in eigene Wohnung/in andere Institutionen	45	61	40	36	54
Anzahl Personen per 31.12.	1949	1974	1978	1988	2019
Anteil mit Zusatzleistungen zur AHV in %	48.2	47.9	52.1	52.3	51.6
Durchschnittsalter	86.9	86.8	87.0	87.1	86.5
Anteil Frauen in %	78.4	77.2	77.6	76.6	75.8
<b>Pflegebedürftigkeit</b>					
Anteil Personen Besa 0 (keine Pflege) in %	41.9	41.7	43.0	42.9	43.4
Anteil Personen Besa 1 (geringe Pflege) in %	19.9	19.1	18.3	18.0	17.9
Anteil Personen Besa 2 (leichte Pflege) in %	15.9	16.7	17.1	16.7	17.1
Anteil Personen Besa 3 (mittlere Pflege) in %	9.9	9.6	9.7	9.9	10.3
Anteil Personen Besa 4 (schwere Pflege) in %	12.4	12.9	11.9	12.5	11.3
Besa = Bewohnereinstufungs- und Abrechnungssystem					
<b>Verrechnete Aufenthaltstage/Aufenthaltsdauer</b>					
Herkömmliches AH-Angebot	718 564	719 776	710 101	707 195	704 908
ServiceWohnen	4 028	5 039	22 808	26 864	45 240
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren	4.8	4.9	4.9	5.0	4.7
Temporäraufenthalte ohne Gästehaus	5 040	4 896	3 060	3 044	2 012
<b>Gästehaus</b>					
Eintritte	231	157	183	175	161
Austritte	226	167	184	172	178
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Wochen	5.6	6.6	5.5	5.7	6.7
<b>Platzangebot</b>					
Platzangebot in Betten per 31.12.	2 077	2 119	2 108	2 159	2 144
für Daueraufenthalte in herkömmlichen AH	2 008	1 965	1 884	1 818	1 801
für ServiceWohnen	11	97	182	302	302
für Temporäraufenthalte ohne Gästehaus	20	19	4	1	3
für Gästehaus	38	38	38	38	38
<b>Total Auslastung in %</b>	<b>98.3</b>	<b>97.9</b>	<b>98.0</b>	<b>98.3</b>	<b>98.0</b>

#### Kommentar zu den Kennzahlen

Im Berichtsjahr nahm die Zahl der Eintritte im Vergleich zum Vorjahr wiederum zu, dies vorrangig bedingt durch die Kapazitätserhöhung im erweiterten Altersheim Dorflinde. Die Neuaufnahmen erfolgten hier gestaffelt von Mitte Dezember 2011 bis Februar 2012. Die Austritte bewegen sich auf Vorjahresniveau, wobei die Austritte in eine andere Institution oder eine eigene Wohnung im Vergleich zum sehr tiefen Stand des Vorjahres wieder zugenommen haben.

Der Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner, die Zusatzleistungen zur AHV/IV beziehen, hat sich gegenüber 2011 um 0,7 % verringert.

Der Anteil der Personen innerhalb der Pflegestufen BESA 0 bis 4 blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Lediglich in der höchsten Pflegestufe BESA 4 hat der Anteil um 1,2 % abgenommen. Diese Abnahme ist durch die Neueintritte von

Bewohnerinnen und Bewohnern ohne oder mit geringem Pflegebedarf im neu eröffneten Altersheim Dorflinde zu erklären.

Die verrechneten Aufenthaltstage im regulären Angebot reduzierten sich im Berichtsjahr um rund 2300, während die Aufenthaltstage im Angebot ServiceWohnen um rund 18400 zugenommen haben. Diese Werte bestätigen, dass das Angebot ServiceWohnen bei neu eintretenden Personen weiterhin sehr beliebt ist. ServiceWohnen wird in den Altersheimen Stampfenbach, Wildbach und Dorflinde angeboten.

Im Berichtsjahr wurde das Platzangebot um 15 Einheiten reduziert. Dies steht im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau des Altersheims Trotte, welcher sich aufgrund des hängigen Gerichtsverfahrens stark verzögert. Da die Nachfrage im Altersheim Trotte aufgrund der unsicheren künftigen Entwicklung sehr gering ist, wurden 15 Appartements aus dem Angebot entnommen und einer anderen Nutzung zugeführt.

## 4.7 Umwelt- und Gesundheitsschutz

### 4.7.1 Aufgaben

Der Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ) kümmert sich um die Qualität der Umwelt, den Klimaschutz im Zeichen der 2000-Watt-Gesellschaft sowie die Förderung der Lebensqualität in der Stadt. Er überwacht gesetzlich vorgeschriebene Grenzwerte, etwa von nichtionisierender Strahlung, der Lärm- oder Luftbelastung, und stellt sicher, dass die gesetzlichen Regelungen zum Schutz der Umwelt bei Feuerungen und Tankanlagen eingehalten werden. Er überwacht die Lebensmittelsicherheit in Gastrobetrieben, Lebensmitteläden und im Schlachthof, die Arbeitssicherheit in Unternehmen sowie die Umsetzung des hindernisfreien Bauens. Er berät Bauwillige sowie Planende in den Bereichen Umwelt, Energie, Arbeitsrecht, Gesundheitsschutz, Lebensmittelsicherheit und Behindertengleichstellung, damit ihre Gesuche bewilligungsfähig eingereicht werden, und prüft zuhanden der Baubehörden, ob die konkreten Vorhaben die entsprechenden Vorschriften einhalten. Dabei steht er ein für eine zweckmässige Umsetzung der Vorschriften und sucht stets den Dialog mit den Betroffenen. Er stellt zuhanden von Öffentlichkeit und Behörden das Controlling in Umwelt-, Energie und Gesundheitsschutzfragen sicher, verfolgt die politische und fachliche Entwicklung, erhebt Daten und wertet diese aus. In der Energie- und Umweltpolitik erarbeitet der UGZ Strategien und Programme. Er informiert die Öffentlichkeit über Stand und Entwicklung, schlägt Massnahmen vor, initiiert Projekte oder beteiligt sich an solchen.

### 4.7.2 Jahresschwerpunkte und Kennzahlen

Die Aktionstage «Zürich Multimobil» vom 19. bis 23. September sensibilisierten die Bevölkerung für umweltfreundliche Mobilität. Im Stadtparcours wurde das Thema «2000-Watt-Gesellschaft» aufgenommen. Während der Aktion «multimobil unterwegs» sparten die Teilnehmenden während eines Monats umgerechnet 600 kg CO<sub>2</sub> ein.

#### Umweltschutzfachstelle

Die «Zürcher Umwelttage» von Anfang Juni wurden von rund 30 000 Interessierten besucht. 53 Partnerorganisationen präsentierten ein breites Themenspektrum und alltagsorientierte Anregungen für ökologisches Handeln, z. B. an der Sonderschau «Nachhaltig wohnen».

Der Gemeinderat hat der Weiterführung des Projekts «Öko-Kompass» zugestimmt. Das Beratungsangebot für KMU wird gemeinsam mit den Partnerorganisationen, Fach- und Gewerbeverbänden, optimiert. 2012 bildeten 180 Beratungsgespräche hierfür die Grundlage.

Die nachhaltige Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen durch die Stadtverwaltung ist auf einem hohen

Niveau, was auch international wahrgenommen wird. Die ökologischen Kriterien und Instrumente werden momentan überprüft. Vorgesehen ist eine Richtlinie (Postulat GR-Nr. 2010/525), um sicherzustellen, dass ökologische Aspekte bei der Beschaffung auch in Zukunft optimal berücksichtigt werden.

Sich «richtig» zu ernähren, ist gesund und kann zudem die Umwelt entlasten, was das Projekt «MenuPlus» beweist. Für das Angebot eines CO<sub>2</sub>-reduzierten Menüs konnten 2012 weitere Betriebe gewonnen werden. Erfreulich ist, dass auch private Verpflegungsbetriebe, wie z. B. die SV Group, eine ähnliche Stossrichtung einschlagen.

Mit der Festlegung umweltorientierter Ziele und Prozesse im Bereich Planung, Beschaffung und Betrieb stadteigener Anlagen (Holzenergieposition) oder Fahrzeuge (Fahrzeugpolitik) wurden weitere wichtige Schritte in Richtung nachhaltige Stadt und Verwaltung unternommen.

#### Abteilung Energie und Nachhaltigkeit

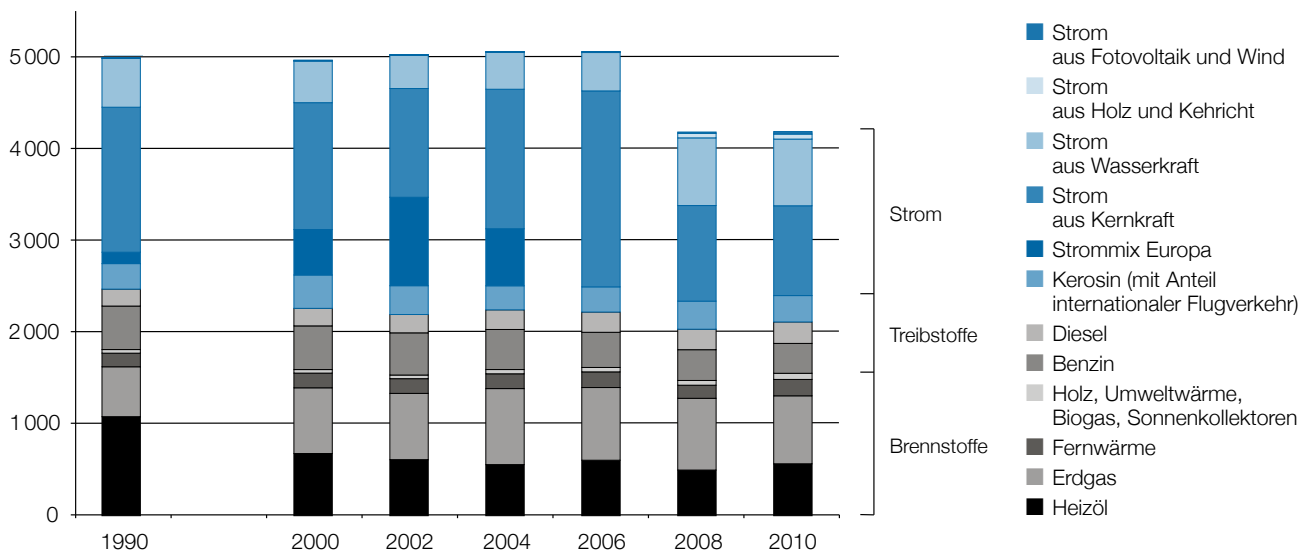
Im Rahmen der städtischen Energiestatistik hat die Abteilung Energie und Nachhaltigkeit (ENA) erstmals Zahlen zu den 2000-Watt-Indikatoren «Primärenergie» und «Treibhausgasemissionen» publiziert. Der stark gewachsene Ökostrombezug in der Stadt Zürich hat sich positiv auf den Primärenergieverbrauch ausgewirkt. Dieser ist zwischen 2006 und 2010 von 5000 auf 4200 Watt pro Person gesunken.

Die umfassende Überarbeitung des Masterplans Energie, an der ENA massgeblich beteiligt war, konnte abgeschlossen werden. Aus dem regelmässig durchgeführten Audit von Energiestadt resultierten für die Stadt Zürich einmal mehr ausgezeichnete Noten für ihre zahlreichen Energie- und Klimaschutzaktivitäten, was ihr den «European Energy Award Gold» einbrachte.

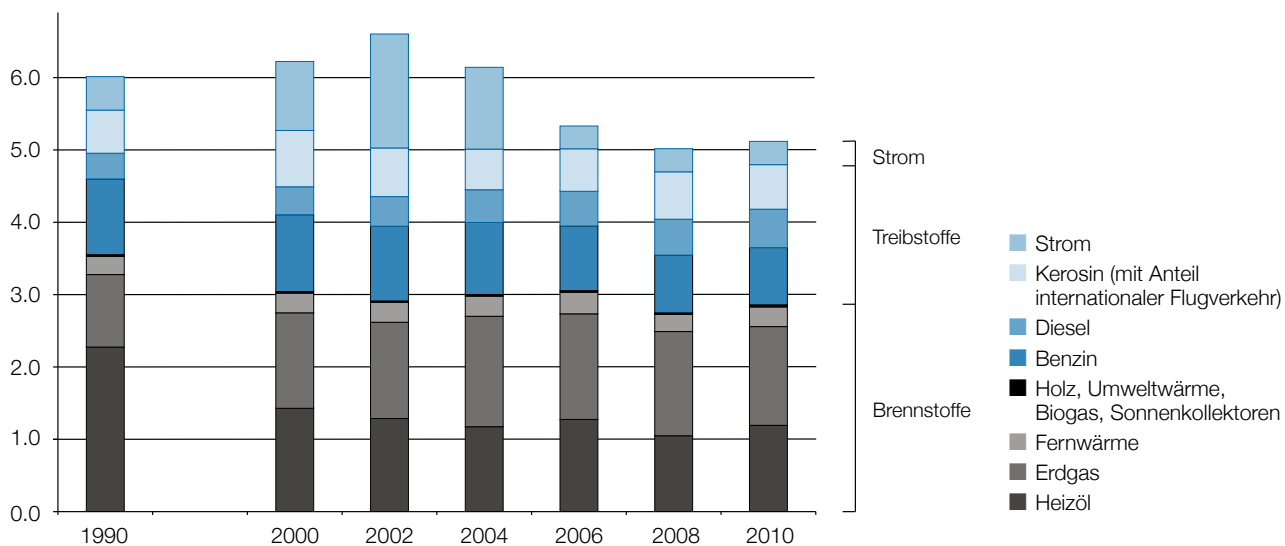
Das Energie-Coaching wurde für seine innovativen Aktivitäten für den Klimaschutz mit dem europäischen «Climate Star» ausgezeichnet und durch einen Gemeinderatsbeschluss definitiv eingeführt. 196 Hauseigentümerschaften wurden bezüglich einer energieeffizienten Sanierung ihrer Liegenschaft beraten. Davon wurden 54 spezifische Beratungen «Ersatz Erdgas» in Zürich-Nord verlangt. ENA begleitete den Prozess zur Verschiebung der Stilllegungsfristen der Erdgasleitungen und zur Ausrichtung von Entschädigungszahlungen in Zürich-Nord.

Eine Analyse der Klimaschutzmassnahmen, die in der Stadt Zürich umgesetzt werden, zeigt auf, dass eine gut abgestimmte Palette an Instrumenten im Einsatz ist, die deutlich zur CO<sub>2</sub>-Reduktion beiträgt. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurden die Voraussetzungen für die Einführung einer vorbildlichen Energiebuchhaltung für sämtliche Liegenschaften der Stadt geklärt.

### Primärenergieverbrauch klimakorrigiert (Watt/Person)



### Treibhausgasemissionen klimakorrigiert (Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente/Person/Jahr)





## Abteilung Umwelt

Die Luftqualität wird in der kalten Jahreszeit oft durch Inversionslagen mitgeprägt. Trotz eines Kälteeinbruchs im Februar mit Tiefsttemperaturen um  $-20^{\circ}\text{C}$  waren in diesem Zeitraum nur ansatzweise winterliche Inversionslagen mit erhöhten Schadstoffwerten zu verzeichnen. Anhaltende sommerliche Schönwetterperioden waren selten, was geringere Ozonbelastungen als im Vorjahr zur Folge hatte. Stabile Hochdruckwetterlagen im Herbst sorgten wiederum für einen atypischen, zu warmen und trockenen Spätsommer.

Die Stickstoffdioxid-(NO<sub>2</sub>-)Belastung an der Messstation Stampfenbachstrasse lag mit  $33,9\mu\text{g}/\text{m}^3$  wiederum tiefer als im Vorjahr ( $35,3\mu\text{g}/\text{m}^3$ ). Die Feinstaubkonzentration (PM10) lag mit  $19,6\mu\text{g}/\text{m}^3$  ebenfalls tiefer als im Vorjahr ( $22,1\mu\text{g}/\text{m}^3$ ). Beim NO<sub>2</sub> wird der Langzeitgrenzwert weiterhin überschritten, beim PM10 konnte er erstmals eingehalten werden. Für NO<sub>2</sub> kam es zu drei (Vorjahr: zwei), für Feinstaub PM10 zu acht (Vorjahr: zehn) Überschreitungen der entsprechenden Kurzzeitgrenzwerte. Der durchgezogene Sommer sorgte für tiefe Ozonbelastungen. Insgesamt resultierten 2012 an der Stampfenbachstrasse 91 (Vorjahr: 114) und am Stadtrand 147 (Vorjahr: 296) Überschreitungsstunden.

Mit der Genehmigung des Reglements zum städtischen Massnahmenplan Luftreinhaltung 2011 durch den Regierungsrat ist seit Mai 2012 der gesamte Massnahmenplan in Kraft. Die Umsetzung der verwaltungsinternen als auch der für Dritte verbindlichen Massnahmen ist in vollem Gange.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Emissionsmessungen stellten die Kalibrationsmessungen an den neu installierten Messgeräten zur kontinuierlichen Emissionsüberwachung an den Ofenlinien 1 und 3 des Kehrlichtheizkraftwerks Hagenholz dar.

Die Feuerungskontrolle hat zusammen mit der Heizungsbranche 12600 Emissionskontrollen durchgeführt. Die Beanstandungsquote bei Öl- und Gasfeuerungen lag bei 13%.

Im Bereich Verkehrslärmschutz wurde die Sanierung der Strassen mit Grenzwertüberschreitungen plangemäss vorangetrieben. Ein Schwerpunkt lag bei der Prüfung von Massnahmen an der Quelle (Temporegime).

Unabhängige akkreditierte Messinstitute haben bei fünfzehn Mobilfunk-Basisstationen ohne Wissen der Betreiberfirmen die Einhaltung des Anlagegrenzwerts überprüft. Bei einer Anlage wurde eine Grenzwertverletzung festgestellt, die Sendeleistung musste entsprechend reduziert werden.

In der Stadt Zürich gibt es aktuell rund 14500 Tankanlagen mit Wasser gefährdenden Flüssigkeiten. Die neun aktenkundigen Ölunfälle verursachten keine Grundwasserverschmutzung.

## Abteilung Energietechnik und Bauhygiene

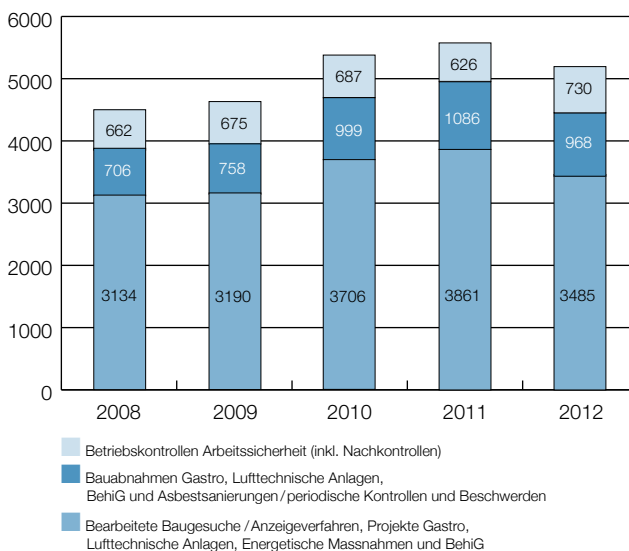
Insgesamt wurden 3485 Bewilligungsvorgänge bearbeitet, was quantitativ etwa der Geschäftstätigkeit von 2010 entspricht. Im Kerngeschäft Baubewilligungsverfahren ist somit ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, hauptsächlich im Bereich Gastronomie. Gesamthaft wurden 2119 Baugesuche und Anzeigeverfahren (- 8% gegenüber dem Vorjahr) einschliesslich Grossprojekten und 1366 nachgeschaltete Bewilligungsverfahren bearbeitet.

968 Bauabnahmen und Kontrollen wurden durchgeführt. Die Asbestsanierungsfälle haben 2012 erneut zugenommen: 206 abgeschlossenen Sanierungen stehen 283 neu eingegangene Sanierungsfälle gegenüber. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf einer Bearbeitung der Fälle, die sowohl Gesundheitsschutz als auch Bauinteressen optimal berücksichtigt. Asbestvorfälle waren auch 2012 öffentlichkeitswirksam (Familiengärten und Schauspielhaus).

Das Arbeitsinspektorat hat 730 Betriebe (+15% gegenüber dem Vorjahr) hinsichtlich Arbeitsrecht und Gesundheitsschutz überprüft (645 ASA-Systemkontrollen). Für industrielle Betriebe wurden achtzehn Plangenehmigungen und sieben Verfügungen verfasst. 151 Tage sind für Planbegutachtungen nicht-industrieller Betriebe aufgewendet worden.

Die Abteilung Energietechnik und Bauhygiene (E+B) des UGZ sorgt für das Bauen und den Betrieb von Anlagen nach Umwelt-, Energie-, Hygiene-, Arbeits- und Behindertengleichstellungsrecht. Diese Vollzugsaufgaben bringen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in steten Kontakt mit gesuchstellenden Bauherrschaften, Architektinnen/Architekten, Planungsbüros, Bau- und Installationsfirmen sowie verschiedenen öffentlichen Fachstellen. Das Abwägen der Interessen von Gesuchstellenden und Öffentlichkeit erfordert hohe fachliche Kompetenz und Verhandlungsgeschick. Während die Projektverantwortlichen auf die Kosten achten, tendieren die Vollzugsmitarbeitenden dazu, dem Stand der Technik gerecht zu werden. Seit rund zwei Jahren ist die Abteilung E+B systematisch daran, ihre Dienstleistung zu verbessern. Im Rahmen des Projekts «Verbesserung des Baubewilligungsverfahrens», das der Stadtrat in Auftrag gegeben hat, wird z.B. die Kundschaft über Internet und Merkblätter besser informiert, Prozesse werden vereinfacht und die Dialogkompetenz der Mitarbeitenden gefördert. Durch die engagierte Mitarbeit am Projekt setzt der UGZ alles daran, Effizienz und Effektivität der entsprechenden Abläufe zu optimieren. Die ersten Schritte sind getan. Nun gilt es, das Erreichte zu festigen und das Image der Vollzugstätigkeit weiter zu verbessern.

## Geschäfte Energietechnik und Bauhygiene



## Abteilung Gesundheitsschutz

Die Geschäftstätigkeit der Abteilung Gesundheitsschutz bewegte sich 2012 in der Grössenordnung der Vorjahre. Die Anzahl Strafanzeigen des Lebensmittelinspektorats aufgrund mangelhafter Proben ist weiter am Abnehmen. 2012 war ein gutes Pilzjahr, was sich in der Anzahl durchgeführter Pilzkontrollen niederschlägt.

### Tätigkeiten Lebensmittelinspektorat

Lebensmittelinspektorat	2008	2009	2010	2011	2012
Total Betriebe	4 283	4 292	4 447	4 452	4 487
Total Inspektionen	4 623	4 942	4 719	4 595	4 764
<b>Massnahmen</b>					
Beschlagnahmungen	1 297	866	536	802	524
Benützungsverbote	45	40	35	36	33
Betriebsschliessungen	13	12	7	8	17
Strafanzeigen	63	56	65	57	49
<b>Proben</b>					
Anzahl beprobter Betriebe total	608	529	491	471	488
Anzahl beprobter Betriebe (Bakteriologieproben)	300	237	216	239	235
Total Probenerhebungen	3 333	3 405	3 619	3 459	3 497
davon Bakteriologieproben (B-Proben)	1 871	1 423	1 696	1 537	1 405
Strafanzeigen aufgrund schlechter B-Proben	89	41	67	53	33

### Amtliche Pilzkontrolle für private Sammlerinnen und Sammler

Pilzkontrolle	2008	2009	2010	2011	2012
Anzahl Kontrollscheine	413	288	427	347	461
Anzahl Kontrollen mit Giftpilzen	18	23	40	49	51
Speisepilze	452 kg	260 kg	404 kg	347 kg	426 kg
Ungeniessbare und giftige Pilze	297.3 kg	92.9 kg	88.4 kg	93.1 kg	101.2 kg

In mehreren von Bettwanzen und Orientalischen Schaben befallenen Liegenschaften (einschliesslich vier lebensmittelverarbeitender Betriebe) ordnete die Beratungsstelle Schädlingbekämpfung (BSB) eine Bekämpfung an und koordinierte diese. In zwei Verwahrlosungsfällen konnte durch das Eingreifen der BSB die Nachbarschaft entlastet werden.

### Tätigkeiten Beratungsstelle Schädlingbekämpfung (BSB)

Schädlingbekämpfung	2008	2009	2010	2011	2012
Beratungen (inkl. Bagatellanfragen)	1 948	2 068	1 870	1 977	2 003
Situationsabklärungen	73	48	69	46	58
Nagerbekämpfung (inkl. Arealüberwachung) auf öffentlichem Grund	82	56	55	42	39
Desinfektionen	17	21	25	37	27
Anfragen zu Bettwanzen	43	34	29	54	72

### Tätigkeiten Badewasserkontrolle

2012 wurden 258 Analysen (Vorjahr: 260) mit 73 Beanstandungen (Vorjahr: 46) durchgeführt. In einigen Hallenbädern wurde ein zu hoher Chloramingehalt festgestellt. Die Wasserqualität der städtischen Schwimmanlagen war bakteriologisch und chemisch einwandfrei. Gewisse Anlagen wiesen aber eine schlechte Bodenhygiene auf. Die städtischen Freibäder werden nach wie vor sehr gut geführt und sind ausnahmslos hygienisch sauber. Die Qualität des See- und des Flusswassers war 2012 einwandfrei.

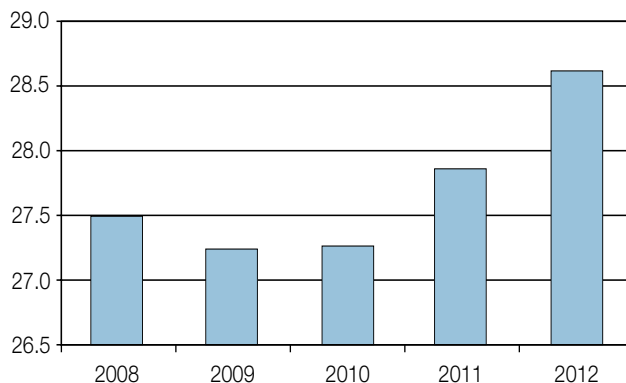
### Abteilung Veterinärdienste

2012 kontrollierten die Veterinärdienste insgesamt 274 386 Tiere (Schlachtgewicht 28,62 Mio. kg). Hiervon mussten 400 Schlachttierkörper für ungeniessbar erklärt werden. Rinderfennenbefall wurde bei 110 Tieren diagnostiziert. Die tierärztliche Lebendkontrolle überprüfte 10 345 Tiere der Rindergattung auf klinische BSE-Symptome. Im Berichtsjahr war kein positiver BSE-Befund zu verzeichnen.

Mit 28,62 Mio. kg setzte der Schlachtbetrieb Zürich 2012 eine neue Höchstmarke. Bei keiner der im eigenen Labor untersuchten 216 592 Proben von Schweinen des lokalen Schlachtbetriebs sowie 14 328 externen Proben konnten Trichinen nachgewiesen werden. Im Auftrag des Bundes wurden 786 Proben für Rückstands- und Resistenzmonitoring erhoben. Im Sanierungsprogramm EP/APP (ansteckende Lungenentzündung der Schweine) mussten 126 Meldungen erstattet und 33 Proben ins Labor eingeschickt werden.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 755 Bestellungen für Forschung und Lehre termingerecht bereitgestellt.

### Entwicklung des Schlachtvolumens in Mio. kg



### ZüriWC

Das Submissionsverfahren für die externe Reinigungsleistung wurde 2012 abgeschlossen. In diesem Zusammenhang wurde der gesamte Reinigungsprozess überprüft, neu strukturiert und optimiert. Die Umsetzung ist gelungen, und die Sauberkeit konnte erneut auf sehr hohem Niveau gehalten werden.

An den Standorten Bahnhof Altstetten/Vulkanplatz, Escher-Wyss-Platz, Goldbrunnenplatz, Opernhausparking, Rathauswache und Witikon wurden WC-Um- und -Neubauten gemäss Masterplan mit gutem Resultat durchgeführt. Die technischen Interventionen zur Instandstellung und Werterhaltung der WC-Einrichtungen haben gegenüber dem Vorjahr um 11% zugenommen.

## 4.8 Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich

### 4.8.1 Aufgaben

Die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) hat den Auftrag, günstige Wohnungen kombiniert mit sozialen und pflegerischen Dienstleistungen bereitzustellen. In ihren Statuten ist die Zielgruppe für das altersgerechte Wohnangebot umschrieben: Die SAW soll in erster Linie Wohnungen an «wenig bemittelte Personen» vermieten. Ende 2012 waren gut 70 % der 1- bis 3½-Zimmer-Wohnungen mit zinslosen Darlehen der Wohnbauförderung vergünstigt. Diese Wohnungen sind Personen mit kleinem Budget (steuerbares Einkommen und Vermögen unterhalb einer bestimmten Limite) vorbehalten. Darüber hinaus steuert die SAW ihr Angebot mittels Beschränkung der Wohnungsgrößen und Anzahl Zimmer pro Person.

### 4.8.2 Jahresschwerpunkte

Im Rahmen der Umsetzung der Baustrategie 2005–2019 wurden im Berichtsjahr zwei weitere Neubauten fertiggestellt: die Siedlungen Seebach und Feldstrasse. Seit 2005 sind damit insgesamt fünf Neubau- und fünf Sanierungsprojekte realisiert und abgeschlossen worden. Die Geschäftsstelle der SAW ist 2012 in die Siedlung Feldstrasse umgezogen, wo sie erstmals in ihrer über sechzigjährigen Geschichte eigene Büroräumlichkeiten bezogen hat.



Die in Paris wohnhafte Zürcher Künstlerin Andrea Heller hat das Kunstobjekt «verwurzelt» eigens für die neue Geschäftsstelle der SAW konzipiert. Die einzelnen Teile wurden in der Glasbläserei Glassworks von Matteo Gonet in Münchenstein hergestellt. (Bild: Frederic Meyer)

### Bauaktivitäten

Alle Neubauten der SAW zeichnen sich durch ein zielgerechtes Angebot, hohe Wohnqualität und einen sorgfältigen Umgang mit dem Quadratmeterverbrauch aus. Ein gutes Beispiel dafür ist die neu erstellte Siedlung Feldstrasse. Alle Wohnungen dieser Siedlung haben eine zweiseitige Orientierung. Die Wohnküche bietet einen guten Blick auf das Geschehen auf der Strasse und der Kreuzung, die Wohn- und Schlafzimmer sind alle auf die ruhige Hofseite ausgerichtet. Der Neubau ist mit Minergie-Eco®-Zertifizierung realisiert. 70 % der Wohnungen sind mit Wohnbauförderungsdarlehen vergünstigt.

### Stand der einzelnen Bauprojekte

– *Kreis 3, Baurecht Erikastrasse von der Baugenossenschaft ABZ (Bauland im Baurecht):* Zwei Parzellen im Glattpark Opfikon sollen von der Stadt Zürich an die Allgemeine

Baugenossenschaft Zürich (ABZ) veräussert werden. Die ABZ verpflichtet sich im Gegenzug, der SAW ein 1809 m<sup>2</sup> grosses Grundstück zu den im gemeinnützigen Wohnungsbau üblichen Konditionen im Baurecht abzugeben. Der Stadtrat hat das Geschäft Ende Jahr der vorberatenden Gemeinderatskommission zur Bearbeitung übergeben.



Innenhof-Fassade der Siedlung Feldstrasse. (Bild: Frederic Meyer)

– *Kreis 4, Siedlung Feldstrasse (Neubau 2010–2012; Durrer Linggi Architekten):* Die Siedlung umfasst 31 Wohnungen mit Wohnflächen zwischen 45 und 75 m<sup>2</sup>, einen Gemeinschaftsraum mit Aussensitzplatz und 668 m<sup>2</sup> Büroräume. Im September konnte die Geschäftsstelle der SAW die neuen Büroräume im Erdgeschoss beziehen. Die neuen Wohnungen wurden ab Oktober von der Mieterschaft bezogen.

– *Kreis 6, Siedlung Scheuchzerstrasse (Start der Sanierung im April 2013; Batimo Architekten):* Das 1972 erstellte Hochhaus mit 99 Wohnungen, mehrheitlich Einzimmerwohnungen, und einem im Erdgeschoss liegenden Kindergarten/Kinderhort wird einer tiefgreifenden Sanierung unterzogen, wobei siebzig neue Wohnungen und ein Kindergarten/Kinderhort entstehen. Wohnungen werden zusammengelegt, eine Balkonschicht angebaut, Erdgeschoss und Zugangsbereich neu organisiert und der Minergie-Standard implementiert. Ein Gesuch um ein zusätzliches Geschoss wurde von den Bewilligungsbehörden abgelehnt, was eine Teilumplanung auslöste.

– *Kreis 7, Siedlung Gattikerstrasse (Start der Sanierung voraussichtlich Mitte 2013; Durrer Linggi Architekten):* Das Projekt beinhaltet eine Totalsanierung der 1967 erstellten zwölf Wohnungen mit Grundriss- und Fassadenveränderungen sowie einer Teilsanierung der Erdgeschoss-Gewerbeflächen und der Einstellhalle. Das Dachgeschoss – aktuell als Estrich und Terrasse genutzt – soll mit zwei Wohnungen und einem kleinen Gemeinschaftsraum mit Terrasse aufgewertet werden. Dazu benötigt die SAW ein partielles Grenzbaurecht der Nachbarschaft, das noch ausgehandelt werden muss. Der Baustart ist für Mitte 2013 vorgesehen. Die Liegenschaft ist als Zwischennutzung ans Studentische Wohnen vermietet.

– *Kreis 8, Siedlung Seefeldstrasse (Neubau 2010–2013; Architekturbüro Beat Jaeggli):* Das Neubauprojekt zwischen Färbergasse und Werkgasse entwickelte sich nach Plan. Alle

Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem für das Zürcher Seefeld typisch instabilen Baugrund sind ausgeräumt. Der Bau der Siedlung und die Vermietung der 28 Wohnungen sowie der Gewerbeflächen konnten Ende Jahr abgeschlossen werden. Die Wohnungen werden im Februar 2013 bezogen.

- *Kreis 9, Siedlung Espenhof (Klärung der Schutzwürdigkeit):* Die Gründersiedlung der SAW aus den Fünfzigerjahren entspricht in verschiedener Hinsicht nicht mehr den heutigen Anforderungen an das altersgerechte Wohnen. Die Siedlung umfasst mehrheitlich 1- und 1½-Zimmer-Wohnungen; die Wohnflächen liegen unterhalb der vorgegebenen Minimalfläche der Wohnbauförderung, die Hindernis- und Altersgerechtigkeit ist mehrheitlich nicht gegeben, und die Wärme- und Schallschutzqualität entspricht nicht den heutigen Anforderungen. Die Siedlung ist im Inventar der schützenswerten Bauten aufgeführt. Die zusammen mit dem Amt für Städtebau und der Denkmalpflege gestartete Testplanung soll den Umfang der Schutzwürdigkeit klären.
- *Kreis 10, Siedlung Grünwald (geplanter Neubau; Schneider Studer Primas GmbH):* Die SAW plant gemeinsam mit der Baugenossenschaft Sonnengarten und der Gemeinnützigen Bau- und Mietergenossenschaft Zürich eine Siedlung im Rütihof. Seit 2006 verzögern zahlreiche Einsprachen das Bauvorhaben. Im September 2011 befand das Verwaltungsgericht, die geplante Verkehrserschliessung sei zu unsicher, und hob die Baubewilligung auf. Nach sorgfältiger Überprüfung neuer Erschliessungsmöglichkeiten wurde ein neues Baugesuch eingereicht. Ein erneuter Baurechtsentscheid wird Anfang 2013 erwartet. Es ist noch ungewiss, wann die SAW ihre 79 Alterswohnungen realisieren kann.
- *Kreis 11, Siedlung Frieden, 2. Etappe (Neubau Jahr 2012–2013; pool architekten):* Das zur Siedlung Frieden (drei Häuser mit Kindertagesstätte und Familienzentrum an der Wehntalerstrasse) gehörende Haus mit 24 Alterswohnungen an der Riedenhaldenstrasse wird ab Juni 2013 bezugsbereit sein. Die vor dem Neubau dort betriebene Kinderkrippe wurde bereits während der ersten Etappe neu in der Siedlung Frieden untergebracht.
- *Kreis 11, Siedlung Seebach (Neubau 2010–2012; Allemann Bauer Eigenmann Architekten):* Gegenüber der Tramhaltestelle Seebach wurde die Überbauung mit achtzig Alterswohnungen, einer Kindertagesstätte, einem Familienzentrum und der zentralen Wäscherei der SAW termingerecht fertiggestellt. Die Wohnungen wurden ab Mai in drei Etappen von der neuen Mieterschaft bezogen.
- *Kreis 11, Siedlung Köschenrüti (Neubau 2012–2014; Bob Gysin + Partner BGP):* Das ursprünglich als Altersheim geplante Projekt ist in ein Neubauprojekt für Alterswohnungen übergeführt worden. Innerhalb der projektierten Baukörper werden neunzig SAW-Wohnungen sowie zwei durch die Pflegezentren (PZZ) geführte Pflegewohngruppen entstehen. Dem Bauprojekt ist das Minergie-Eco®-Zertifikat provisorisch zugesprochen. Der Baustart erfolgte im August 2012, die Eröffnung ist für Mitte 2014 geplant.
- *Kreis 12, Siedlung Helen Keller (geplanter Ersatzneubau; Abraha Achermann Architekten):* Das Projekt «Gilberto» des jungen Architekturteams von Abraha Achermann und Kolb Landschaftsarchitektur ging im Sommer als Siegerprojekt aus dem zusammen mit dem Amt für Hochbauten durchgeführten Wettbewerb hervor. Die aktuell 89 1- bis 2½-Zim-

mer-Wohnungen entsprechen sowohl in ihren Ausmassen als auch in ihrem Standard nicht mehr den heutigen Bedürfnissen. Aufgrund der hohen Kosten, die eine umfassende Instandsetzung der gesamten Bausubstanz nach sich zöge, hat die SAW entschieden, die Alterssiedlung an der Helen-Keller-Strasse zu erneuern. Geplant sind 145 neue 2- bis 3½-Zimmer-Wohnungen mit einem zeitgemässen Ausbaustandard für Ein- und Zweipersonenhaushalte. 2015 soll mit den Bauarbeiten begonnen werden. Der Neubau wird je nach Etappierung 2017/2018 bezugsbereit sein.

## Finanzplanung

Insgesamt hat die SAW im Jahr 2012 ein Bauvolumen von 37,2 Mio. Fr. realisiert. Wie geplant wurde diese Summe mehrheitlich durch die Aufstockung der Hypotheken im Umfang von 17,7 Mio. Fr. finanziert. Entsprechend stiegen die zinspflichtigen Schulden bis Ende 2012 auf 18,5 Mio. Fr. Das ergibt einen Eigenfinanzierungsgrad auf der Basis der Bilanzsumme von 20%, was einer soliden Finanzierung entspricht. Insgesamt konnte das budgetierte Ergebnis erreicht werden.

## Spitex SAW

Mit altersgerechtem Wohnraum, alltagsnahen Dienstleistungen sowie einer eigenen Spitex unterstützt die SAW ihre Mieterinnen und Mieter in ihrem Wunsch, auch mit zunehmendem Alter selbständig zu wohnen. 2012 nutzte rund ein Drittel der Mieterschaft das vielfältige Angebot der Spitex SAW. Die beiden neu vermieteten Siedlungen brachten wiederum weitere Kundschaft.

## Ethik in der Pflege

Spitex-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter der SAW haben neu die Möglichkeit, an moderierten ethischen Fallbesprechungen teilzunehmen. Anhand des Modells «7 Schritte ethischer Entscheidungsfindung» werden herausfordernde Situationen des Spitex-Alltags analysiert. Alle hauswirtschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie alle Pflegefachfrauen und -männer der SAW erwerben in einem eintägigen Einführungskurs erste Grundkenntnisse, um ethische Fragestellungen und Dilemmata zu erkennen und sich mit unterschiedlichen Werthaltungen auseinanderzusetzen. Die Schulung fördert ein gemeinsames Verständnis ethischer Haltung und ethischer Grundwerte. Die neu geschaffenen Reflexionsräume befähigen die Spitex-Mitarbeitenden der SAW, ethisch verantwortungsvoll zu handeln und – unter Einbezug der Spitex-Kundinnen und -Kunden sowie deren Angehörigen – gemeinsam tragbare Entscheidungen zu fällen.

## Spitex- Wohnassistenten in der Siedlung Felsenrain

Bei der Spitex-Wohnassistenten handelt es sich um ein psychogeriatrisches Wohnkonzept für psychisch kranke Personen über sechzig. Das selbständige Wohnen in der eigenen Wohnung, assistiert vom zuständigen Spitex-Team, ermöglicht Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen eine stabile Wohnsituation. Die Spitex-Wohnassistenten gab es bisher nur in der Siedlung Espenhof, wo zurzeit siebzehn Personen das Angebot nutzen. Mit der Erweiterung des psychogeriatrischen Angebots in der Siedlung Felsenrain reagierte die SAW auf eine grosse Nachfrage. Geplant sind siebzehn Plätze, die mit frei werdenden Einzimmerwohnungen nach und nach geschaffen werden.

Das Konzept der Spitex-Wohnassistenz wurde überarbeitet, blieb im Kern jedoch unverändert: Die Situation von Menschen mit psychischer Beeinträchtigung kann durch regelmässige Besprechungen der Tagesstruktur, obligatorische gemeinsame Mittagstische, Wohnungsreinigungen und individuelle Unterstützung nach Bedarf massiv verbessert werden.

### Ausbau der Dienstleistungen

– *SEBA – Selbständig bleiben im Alter*: Seit 2003 bietet die SAW in Zusammenarbeit mit dem ehemaligen städtischen Dienst SEBA-Kurse an. Diese fördern die Erhaltung der Selbständigkeit und stärken das psychische Wohlbefinden im Alter. Dank der stetigen Professionalisierung der Kurse und der Kursadministration konnte die Zahl der Kurse und der Teilnehmenden kontinuierlich gesteigert werden. Das Konzept – eine Kombination von Bewegungs- und Gedächtniskursen – ist seit Beginn unverändert geblieben. Im Berichtsjahr konnten total 52 Kurse in neun verschiedenen Siedlungen durchgeführt werden. Die SAW musste jedoch feststellen, dass Menschen mit Defiziten in der deutschen Sprache den Kursen weitgehend fernblieben. Grund ist das Gedächtnistraining, das auf der deutschen Sprache basiert und ein gutes Lese- und Textverständnis voraussetzt. Um auch Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund den Zugang zu den SEBA-Kursen zu ermöglichen, hat die SAW deshalb das Pilotprojekt SEBA-M aufgebaut. Es richtet sich in einer ersten Phase an Italienerinnen und Italiener, die grösste in Zürich wohnhafte Migrationsgruppe im Alterssegment über sechzig. In Schnupperkursen wurde das Angebot

bekannt gemacht. Das Pilotprojekt startet im Januar 2013 mit zwei voll gebuchten Kursen.

– *Neue Wäscherei in der Siedlung Seebach*: Die neue zentrale Wäscherei der SAW in der Siedlung Seebach verarbeitet seit Mai 2012 energieeffizient und umweltfreundlich die Wäsche aus 35 Siedlungen. Sie ersetzt die beiden in den Fünfzigerjahren erstellten Wäschereien in den Siedlungen Felsenrain und Espenhof. Zum Einsatz kommen moderne, energieeffiziente Waschmaschinen und Tumbler mit Wärmepumpen, welche die Eigenwärme speichern und diese beim nächsten Trocknen wieder umsetzen, sowie eine automatische, umweltschonende Waschmittelabgabe, welche die Dosierung des Waschmittels dem Verschmutzungsgrad der Wäsche anpasst. Damit entspricht die Infrastruktur der Wäscherei in Seebach den modernsten Anforderungen und macht das Angebot für Mieterinnen und Mieter noch attraktiver.

### 4.8.3 Kennzahlen

Die Produktivität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Spitex SAW – ermittelt aus dem Verhältnis zwischen verrechneten und geleisteten Arbeitsstunden – betrug im Berichtsjahr 82,2 %. Das ist im Vergleich zum Benchmark ein guter Wert.

Der Leerwohnungsbestand lag kumuliert bei 0,5 %. Im Vergleich zum Jahr 2011 (0,7 %) konnte der bereits tiefe Wert nochmals gesenkt werden.

Weitere Informationen zur Stiftung Alterswohnungen:

[www.wohnenab60.ch](http://www.wohnenab60.ch)

## 4.9 Beratungsstelle Wohnen im Alter

### 4.9.1 Aufgaben

Die Beratungsstelle Wohnen im Alter (WiA) ist das städtische Kompetenzzentrum für Fragen des Wohnens, der Betreuung und der Pflege im Alter. Die Zielgruppe sind ältere Menschen in ihrer autonomen, fragilen oder abhängigen Lebensphase. Schwerpunkt ist die Beratung älterer Personen und ihres Umfelds. Die WiA unterstützt ältere Menschen und ihre Angehörigen bei der Wahl von Angeboten, berät sie in Fragen rund um deren Finanzierung und vermittelt die geeigneten Lösungen. Sie arbeitet an der Schnittstelle vom Gesundheits- und Sozialwesen eng mit städtischen und privaten Anbietern zusammen.

Ältere Menschen, die mit gesundheitlichen Einschränkungen zuhause leben möchten, unterstützt die WiA bei der Wahl geeigneter ambulanter Dienstleistungen und Hilfsmittel. Sie klärt gesundheitlich-soziale Grenzsituationen ab und leitet bei Bedarf Massnahmen ein. Sie unterstützt ältere Menschen, die von Wohnungsverlust bedroht sind, und vermittelt städtische und private Unterkünfte.

Älteren Menschen, die in eine Alterswohnung, ein Altersheim oder von zuhause in ein Pflegezentrum umziehen möchten, werden die Angebote der Stadt oder anderer Anbieter vermittelt. Die WiA ist Auskunfts- und Meldestelle für Angebote privater Heime, die mit der Stadt Zürich einen Leistungsvertrag abgeschlossen haben (Vertragsheime). Eine weitere Aufgabe ist die Sozialarbeit für die Bewohnerinnen und Bewohner von Altersheimen.

### 4.9.2 Jahresschwerpunkte

Das Spektrum der Themen in den Beratungsgesprächen ist breit. Das Wohnen nimmt im Alter einen sehr wichtigen Stellenwert ein und ist eng verbunden mit weiteren Themen, wie etwa Finanzen, Einschränkungen wegen Gebrechlichkeit oder Krankheit, Dienstleistungen zuhause, stationäre Einrichtungen, Wohnungsmarkt, Zusammenleben mit Familie und Nachbarschaft. Die Mitarbeitenden der WiA beobachten in ihrem Beratungsalltag, dass viele Kundinnen und Kunden wenig Kenntnisse des Angebots in der Stadt Zürich haben. Mögliche Gründe dafür sind, dass das Thema Alter erst interessant wird, wenn man sich mit den eigenen altersbedingten Einschränkungen auseinandersetzen muss, dass das Angebot in der Stadt sehr vielfältig ist oder dass die Informationsbeschaffung für ältere Menschen oft beschwerlich ist. Neben den massgeschneiderten Informationen leistet die WiA immer wieder Entscheidungshilfe, individuell oder für ganze Familien, die optimale Lösungen für ihre Angehörigen suchen.

### Schwieriger Wohnungsmarkt, gerade für ältere Menschen

Ein oft wiederkehrendes Thema in den Beratungsgesprächen ist die Schwierigkeit, in Zürich eine geeignete und bezahlbare Wohnung zu finden. Sanierungen und Ersatzneubauten führen meist zu massiven Mietzinserhöhungen, wodurch viele ältere Menschen sich dazu gezwungen sehen, sich nach einer

neuen Wohnung umzusehen. Ein Viertel der Neuanmeldungen für eine Alterswohnung werden mit dem Verlust der Wohnung wegen Sanierung oder Neubau begründet. Es gibt auch immer wieder ältere Menschen, die sich aus diesen Gründen für eine Anmeldung bei einem Altersheim entscheiden, obwohl ihnen diese Wohnform nicht entspricht. 2012 betraf es vierzig Personen, das sind 4 % der Anmeldungen.

Für einen Teil der älteren Wohnungssuchenden ist der Wohnungsmarkt praktisch verschlossen, da die freien Wohnungen fast ausschliesslich auf Internetplattformen publiziert werden. Wer nicht mit dem Internet umgehen kann und kein Umfeld hat, das bei der aufwendigen Wohnungssuche Unterstützung leistet, kann sich kaum um freie Wohnungen bewerben. Mit dem Projekt «Klick 60plus – Unterstützung bei der Wohnungssuche im Internet» hat die WiA auf dieses Problem reagiert. Seit September 2012 bietet sie an zwei Nachmittagen pro Woche konkrete Hilfestellung an. Es werden Suchabonnements für geeignete Wohnungen erstellt, die Interessentinnen und Interessenten werden über Besichtigungstermine informiert und haben so Zugang zum Wohnungsmarkt. Das Angebot ist vorerst befristet und wird zu gegebener Zeit evaluiert. Bis Ende Jahr nahmen 37 Personen diese Dienstleistung in Anspruch.

#### WiA vor Ort – persönliche Beratungen neu auch in den Aussenquartieren

Der Standort der WiA am Klusplatz ist für die Einwohnerinnen und Einwohner in Aussenquartieren nur mit einigem Aufwand zu erreichen. Für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen ist das oft mehrmalige Umsteigen beschwerlich. Daher bietet

die WiA ihre persönliche Beratung seit Herbst 2012 auch in drei Aussenquartieren an. Sie konnte sich zu diesem Zweck bei Partnerorganisationen einmieten. An jeweils einem Halbtage pro Woche werden Termine im Spitexzentrum Wollishofen, im Kirchgemeindehaus der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Altstetten und im Altersheim Dorflinde in Oerlikon angeboten.

#### Informations- und Fachveranstaltungen

Die WiA wurde vermehrt zu Veranstaltungen mit älteren Menschen eingeladen und hat auch selber solche Treffen organisiert. An Informationsnachmittagen in den Quartieren Aussersihl, Oerlikon, Altstetten und Höngg und an den vier gesamtstädtischen Volkshausveranstaltungen konnte die WiA einer breiten, interessierten Bevölkerung das städtische Angebot präsentieren. Es wurden auch gezielt Migrantinnen und Migranten zum Thema Wohnen im Alter informiert. So fanden Informations- und Austauschtreffen mit älteren Menschen aus Italien, Serbien und Bosnien statt. Weiter veranstaltete die WiA das Modul Alter und Gesundheit im Kurs des Forums für Religionen, der sich an die Seelsorgerinnen und Seelsorger aller Religionsgruppen in der Stadt richtet.

Die WiA organisierte vier grosse Fachveranstaltungen zu den Themen «Ergänzungsleistungen zur AHV», «Herausforderungen im Alter», «Neues Erwachsenenschutzrecht in der Stadt Zürich» und «Nachbarschaft und gemeinwohlorientierte Gesellschaft». Die Veranstaltungen wurden von städtischen und privaten Partnerorganisationen rege genutzt. Es haben jeweils bis über hundert Personen daran teilgenommen.

### 4.9.3 Kennzahlen

Beratungsstelle Wohnen im Alter	2008	2009	2010	2011	2012
Telefonische Anfragen	16 593	17 172	18 106	19 663	16 097
Besprechungen	2 695	2 426	2 829	2 795	2 585
Kundinnen- und Kundenbezogene E-Mails	–	–	2 359	3 763	4 053
Vermittelte Wohnungen der Stiftung Alterswohnungen (SAW)	100	131	190	255	238
Vermittelte Appartements in städtischen Altersheimen (AHZ)	358	349	315	336	373
Anmeldungen für die Stiftung Alterswohnungen	927	1 201	1 524	1 627	1 530
Anmeldungen für die städtischen Altersheime	595	898	1 495	1 456	1 152
Anmeldungen für die Pflegezentren (PZZ) <sup>1</sup>	1 973	1 730	1 472	1 613	518
Anzahl auf eine Wohnung SAW Wartende per 31.12.2011	2 563	2 990	3 432	3 935	4 513
Anzahl auf ein Appartement AHZ Wartende per 31.12.2011	1 258	1 346	1 504	1 616	1 631
Sozialarbeit in den AHZ und privaten Heimen seit 2011 (Anzahl Kundinnen und Kunden)	–	–	–	21	36

<sup>1</sup> Anmeldungen von den Spitälern gehen seit 28.3.2012 direkt an die PZZ

#### Kommentar zu den Kennzahlen

Im März hat die WiA die Bettendisposition für die Pflegebetten an die Pflegezentren (PZZ) übergeben. Die Anmeldungen aus den Spitälern gehen seitdem direkt zu den PZZ. Die WiA nimmt weiterhin die Anmeldungen von Personen entgegen, die von zuhause in ein Pflegezentrum einzutreten wünschen.

Eintritte, Wartelisten und Wartezeiten werden nun von den PZZ erhoben und geführt. Seit 2011 bietet die WiA sozialarbeiterische Beratung und Unterstützung für Bewohnerinnen und Bewohner in Alters- und Pflegeheimen an. Diese Dienstleistung wurde in den letzten zwei Jahren zunehmend verlangt.

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2012)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/001032 2009/000218	20.09.2006 27.05.2009	Girod Bastien und Probst Matthias Autofreier Tag, jährlich immer am 22. September

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche zum Inhalt hat, dass die Stadt Zürich jedes Jahr am 22. September einen Tag unter dem Motto «In die Stadt ohne mein Auto» veranstaltet. An diesem Tag sind städtische Strassen grossflächig für den Autoverkehr zu sperren und alternative Fortbewegungsmöglichkeiten zu ermöglichen.*

Seit 1999 wird Zürich Multimobil als Beitrag der Stadt Zürich zum Europäischen Aktionstag vom 22. September «In die Stadt – ohne mein Auto» unter der Leitung des Umwelt- und Gesundheitsschutzes und in Kooperation mit der Dienstabteilung Verkehr, dem Tiefbauamt und den Verkehrsbetrieben Zürich sowie mit privaten Institutionen organisiert und durchgeführt. 2009 erhielt Zürich Multimobil ein neues, nachhaltigeres Konzept und mit der Dienstabteilung Verkehr, dem Tiefbauamt, den Verkehrsbetrieben und dem Umwelt- und Gesundheitsschutz eine breitere Trägerschaft. Dazu gehören insbesondere eine örtliche und zeitliche Dezentralisierung sowie weitere Massnahmen, um die umweltfreundliche Mobilität zu propagieren, unterschiedliche Mobilitätsformen nutzenorientiert und ökologisch sinnvoll zu kombinieren sowie selbst zu erproben. Zudem erklärte der Stadtrat den 22. September zum autofreien Tag auf freiwilliger Basis. Der Aktionssonntag mit einem autofreien Festgebiet in der Innenstadt bildet den bewährten und politisch breit getragenen Schlusspunkt von Zürich Multimobil.

Mit der Bewilligung des Bruttokredits von Fr. 355 000.– jährlich für die Jahre 2009 bis 2013 hat der Gemeinderat das Konzept und den Rahmen für das städtische Engagement über den Europäischen Aktionstag vom 22. September hinaus gutgeheissen. Für die Zeit nach 2013 wird die Evaluation der Erfahrungen unter Berücksichtigung der Mobilitätsentwicklung in der Stadt Zürich sowie das Programm von Stadtverkehr 2025 massgebend sein. Im Laufe des Jahres 2013 wird dem Gemeinderat ein entsprechender Bericht und Antrag unter Einbezug dieses Vorstosses unterbreitet werden.

MOT 2007/000984 2007/000511	19.09.2007 24.11.2010	SP-Fraktion Parkkartenvorschriften, Abgaben für einen Klimafonds
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur teilweisen Finanzierung des städtischen Klimafonds (gemäss Motion vom 19. September 2007) zu Lasten des Strassenverkehrs als Mitverursacher des CO<sub>2</sub>-Ausstosses zu unterbreiten.*

Mit Weisung 402 vom 7. November 2012 hat der Stadtrat dem Gemeinderat die Abschreibung der Motion beantragt. Die Behandlung in der SK GUD ist zurzeit pendent.

MOT 2007/000985 2007/000512	19.09.2007 24.11.2010	SP-Fraktion Klimafonds, Schaffung
-----------------------------------	--------------------------	--------------------------------------

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Schaffung eines städtischen Klimafonds beinhaltet, aus dem Beiträge an öffentliche und private Vorhaben in der Stadt mit Klimaschutzwirkung gewährt werden. Die insbesondere in den Bereichen Immobilien, Mobilität sowie Wohn-, Gewerbe- und Büroausrüstung zu unterstützenden Vorhaben sollen über das kurz- und mittelfristig ökonomisch Rentable hinausgehen, wobei in Bereichen, in denen bereits öffentliche oder private Fördermassnahmen existieren, Mittel ausschliesslich ergänzend im Sinne einer nachweisbar erhöhten Klimaschutzwirkung ausgerichtet werden können. Bei allen unterstützten Vorhaben und Projekten ist sicherzustellen und nachzuweisen, dass keine Mitnahmeeffekte auftreten. Der Klimafonds soll aus zweckgebundenen Klimaabgaben gespeisen werden. Nach 3 Jahren soll überprüft werden, inwiefern der Klimafonds einen Beitrag zum Klimaschutz geleistet hat, und ob die Höhe und Art der Einnahmen und Ausgaben zweckmässig waren und in dieser Form weitergeführt werden sollen. Der Stadtrat legt einen entsprechenden Bericht vor.*

Mit Weisung 402 vom 7. November 2012 hat der Stadtrat dem Gemeinderat die Abschreibung der Motion beantragt. Die Behandlung in der SK GUD ist zurzeit pendent.

POS 2008/000613 2011/000243	11.06.2008 29.06.2011	Grüne-Fraktion Dachflächen, Nutzung und Gewinnung von Solarwärme
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die eine weitgehende Nutzung aller geeigneter Dachflächen in der Stadt Zürich, welche nicht für Grünflächen oder Terrassen verwendet werden, zur Gewinnung von Solarwärme mittels Sonnenkollektoren und/oder Strom mittels Photovoltaik-Anlagen vorsieht. Gleichzeitig ist eine Verordnung auszuarbeiten, die eine Kollektorpflicht für alle städtischen Gebäude vorsieht, welche ihren Wärmebedarf nicht durch andere erneuerbare Quellen decken. Für die ersten 1000 Dächer stellt die Stadt ein Förderprogramm auf die Beine. Hier- zu ist dem Gemeinderat ein Rahmenkredit im Umfang von 20 Mio. Fr vorzulegen.*



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 680.120.110-35 2009/001177 2009/000405	16.09.2009 22.08.2012	Savarioud Marcel Schutz vor Lärm des Wohngebietes beidseits der Überlandstrasse

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob an der Überlandstrasse zwischen Stadtgrenze und Aubrücke in Schwamendingen die maximalen Massnahmen zur Lärmsanierung ergriffen werden können. Dies mit dem Ziel, die Wohngebiete beidseitig der Überlandstrasse vor Überschreitungen des Immissionsgrenzwertes zu schützen.*

MOT 2009/001364 2009/000501	04.11.2009 24.03.2010	Anderegg Peter und Meier Daniel Bau eines Altersheims in Zürich Seebach
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat eine Weisung für den Bau eines Altersheims in Zürich Nord zu unterbreiten.*

Mit STRB 1577/2011 beantragte der Stadtrat, die Frist zur Vorlage eines Berichts für die am 24. März 2010 überwiesene Motion betreffend Bau eines Altersheims in Zürich-Nord um zwölf Monate zu verlängern. Mit Beschluss vom 18. Januar 2012 bewilligte der Gemeinderat die beantragte Fristerweiterung. Mit STRB 1648 vom 19. Dezember 2012 ersuchte der Stadtrat um eine nochmalige Verlängerung der Frist bis 24. März 2014, da es aufgrund der noch anstehenden Arbeiten bis 24. März 2013 noch nicht möglich sein wird, ein hinreichend konkretisiertes Projekt vorzulegen. Der Gemeinderat wird voraussichtlich anfangs Januar 2013 darüber befinden.

POS 520.120.100-34 2009/001457 2009/000552	25.11.2009 29.08.2012	Nielsen Claudia und Dubs Früh Marianne Energiebuchhaltung für städtische Bauten, Vorlage eines Berichtes
---	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, in welchem er die Grundzüge einer umfassenden Energiebuchhaltung für die städtischen Bauten darlegt.*

POS 800.110.110-3 2011/000044 2011/000045	02.02.2011 18.05.2011	Grüne-Fraktion Einführung der SwissDRG-Fallpauschalen, Moratorium zur Klärung offener Fragen
--	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich als Eigentümerin und Betreiberin der Spitäler Triemli und Waid sich in Zusammenhang mit der Einführung von Swiss DRG dafür einsetzen kann, dass an den Stadtspitälern möglichst flexible Übergangsregelungen zu Gunsten der PatientInnen und des Gesundheitspersonals umgesetzt werden können, bzw. nötigenfalls ein Moratorium zur Klärung offener Fragen mit unterstützt werden kann. Insbesondere ist dafür zu sorgen, dass sich die Stadtspitäler ab dem ersten Tag aktiv an der Begleitforschung zur Einführung der Swiss DRG beteiligen. Ebenso ist der Abfederung der befürchteten negativen Folgen der Systemumstellung bei vor- und nachgelagerten medizinischen Leistungserbringern wie Hausärztinnen und Hausärzten, Pflegeinstitutionen, Spitex, Rehabilitation und Neurorehabilitation Rechnung zu tragen.*

POS 620.130.130-01 2011/000200	08.06.2011 22.06.2011	Anhorn Ruth und Weiss Urs Verhinderung der Geruchsmissionen des Pissoirs am Bürkliplatz
--------------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Geruchsmissionen des Pissoirs am Bürkliplatz endlich nachhaltig verhindert werden können.*

Das Pissoir/Urinal am Bürkliplatz/Stadthausanlage wurde 2009 umfassend saniert und unterliegt seither einer erhöhten Kontrolle sowie Reinigungsintensität. Ferner ist ein Wasseranschluss installiert worden, der es erlaubt, die Umgebung am frühen Morgen systematisch abzuspritzen. Das Pissoir wird täglich stark benutzt und ist selbst nicht die Ursache von Geruchsmissionen, sondern trägt im Gegenteil dazu bei, die extrem störende «Wildpinklerei» im Umfeld zu vermindern.

Die laufende provisorische Betriebsbewilligung des angrenzenden Kioskgebäudes ist bis Ende 2014 befristet, sein Ersatz inklusive WC-Anlage ist daher bereits in der Konkretisierungsphase. Die Liegenschaftsverwaltung als Eigentümerin des Kiosks hat dem Amt für Hochbauten im Oktober 2012 einen Projektierungsauftrag erteilt. Ab Inbetriebnahme des neuen Gebäudes sollte die Versorgung der Stadthausanlage mit Toiletten für die Kiosk Kundinnen/-kunden und -mitarbeitenden, die Marktbesuchenden und -fahrerinnen/-fahrer sowie die allgemeine Öffentlichkeit auch ohne das aktuelle Pissoir ausreichend sein, so dass dieses dann geschlossen werden kann.

POS 680.120.110-23 2011/000387	26.10.2011 22.08.2012	Halser-Furrer Michèle und Mächler Martin Erstellung von Lärmschutzwänden entlang der Ueberlandstrasse und der Winterthurerstrasse
--------------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, im Hinblick auf die Einhausung der Autobahn in Schwamendingen entlang der Ueberlandstrasse und Winterthurerstrasse von der Autobahnausfahrt bis zur Bülachstrasse die Erstellung von Lärmschutzwänden und/oder andere wirksame Lärmschutzmassnahmen zu prüfen.*

## II. Abschreibungsanträge für Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1994/00207719 1993/000453	15.09.1993 02.03.1994	Reinhard Anneliese und 16 Mitunterzeichnende Flughafen Kloten, Abflugrouten über das Stadtgebiet, Verhinderung

*Der Stadtrat wird gebeten, mit geeigneten Mitteln dafür zu sorgen, dass die Abflugroute, die vom Flughafen Kloten ausgeht, nicht über die Siedlungsgebiete der Stadt Zürich führen.*

Der Stadtrat hat sich stets mit allen ihm zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln gegen Flüge über dicht besiedeltes Gebiet eingesetzt. Dementsprechend hat die Stadt Zürich im Jahre 2005 (zusammen mit anderen Gemeinden) Beschwerde gegen das vorläufige Betriebsreglement eingelegt, welches u. a. Südanflüge auf Piste 34 erlaubte. Im Rahmen des SIL-Koordinationsprozesses hat der Stadtrat mittels Vernehmlassung vom 27. Oktober 2010 seine Anliegen mit entsprechenden Anträgen beim Bund und beim Kanton vorgebracht (vgl. StRB 178/2010 und 1785/2010). Dabei wurde u. a. beantragt, dass auf Südstarts geradeaus in allen Betriebsvarianten gänzlich zu verzichten sei.

Der per Ende 2012 in Aussicht gestellte Abschluss des SIL-Verfahrens verzögert sich nun, da der zwischen der Schweiz und Deutschland paraphierte Staatsvertrag Auswirkungen auf den Entwurf des SIL-Objektblatts hat. Dieser wird mit den nötigen Änderungen voraussichtlich im Jahr 2013 öffentlich aufgelegt und die Stadt Zürich wird sich dazu vernehmen lassen können.

Mit STRB 1306/2012 legte der Stadtrat seine grundsätzliche Haltung zum Staatsvertrag dar und bestätigte die von ihm bisher vertretenen Grundsätze bezüglich Flugverkehr. Der Stadtrat wird sich insbesondere weiterhin dafür einsetzen, dass möglichst wenige Menschen mit möglichst wenig Lärm belastet werden.

Das Anliegen des Postulats wurde erfüllt, soweit dies möglich ist. Es wird deshalb dessen Abschreibung beantragt.

POS 2000/001121 2000/000263	07.06.2000 06.09.2000	Savarioud Marcel und 17 Mitunterzeichnende Abflugvarianten Straight Away und Right Turn, Streichung bei der Erneuerung der Betriebskonzession
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Massnahmen verhindert werden kann, dass die während des dreimonatigen Ausbaus des Flughafens Kloten getesteten Abflugvarianten Straight Away und Right Turn und das Anfliegen über Zürich Nord nach dem Ende des Flughafenbaus weitergeführt werden. Sie dürfen auf keinen Fall bei der Erneuerung der Betriebskonzession als mögliche Abflug- oder Anflugvarianten aufgenommen werden.*

Das Postulat geht von der Annahme aus, dass die künftigen An- und Abflugverfahren (wie die von den Postulanten erwähnten «Straight Away» oder «Right Turn») in der Konzession für den Betrieb des Flughafens Zürich geregelt werden. Jedoch sind An- und Abflugvarianten nicht Regelungsgegenstand der im Jahr 2001 in Kraft getretenen und noch bis zum Jahr 2051 geltenden Betriebskonzession, sondern des jeweils gültigen Betriebsreglements. Mit STRB 1306/2012 legte der Stadtrat seine grundsätzliche Haltung zum Staatsvertrag dar und bestätigte die von ihm bisher vertretenen Grundsätze bezüglich Flugverkehr. Der Stadtrat wird sich insbesondere weiterhin dafür einsetzen, dass möglichst wenige Menschen mit möglichst wenig Lärm belastet werden.

Das ursprüngliche Anliegen der Postulantinnen und der Postulanten ist nicht erfüllbar. Es wird deshalb dessen Abschreibung beantragt.

POS 2002/001666 2002/000332	11.09.2002 30.10.2002	Sozialdemokratische Partei Fraktion, Freisinnig-Demokratische Partei Fraktion und Christlichdemokratische Volkspartei Fraktion Flugverkehr, Betriebsvarianten
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Betriebsvariante «BV2 optimiert» einsetzen kann. Auch jede andere Betriebsvariante, welche für das Gebiet der Stadt Zürich mehr Flugbewegungen gegenüber dem Jahr 2000 und zusätzliche Immissionen bedeuten würde, soll vom Stadtrat konsequent abgelehnt werden.*

*Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, mit allen politischen und rechtlichen Mitteln dahin zu wirken, dass die Summe aller Immissionen aus dem Flugverkehr im Gebiet der Stadt Zürich mittelfristig stabilisiert und langfristig reduziert werden kann. (Als Referenzwerte gelten die Daten des Jahres 2000 des Flughafens Zürich-Kloten, selbstverständlich ohne die Berücksichtigung der Auswirkung der vorübergehenden Pistensperrung.)*

*Zudem bitten wir den Stadtrat zur Erreichung der oben genannten Forderungen die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und der betroffenen Bevölkerung um den Flughafen Zürich-Kloten zu suchen.*

Die im Postulat erwähnte Betriebsvariante «BV 2 optimiert» ist seit der Ablehnung des Staatsvertrags mit Deutschland und der seitherigen Ereignisse (dazu gehören v. a. die Errichtung der deutschen Flugsperrungen und die infolgedessen eingeführten Südanflüge auf Piste 34) kein Thema mehr.

Der Stadtrat hat sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln gegen Flüge über dicht besiedeltes Gebiet eingesetzt. Dementsprechend hat die Stadt Zürich im Jahre 2005 (zusammen mit anderen Gemeinden) Beschwerde gegen das vorläufige Betriebsreglement eingelegt und im Rahmen des SIL-Koordinationsprozesses hat der Stadtrat mittels Vernehmlassung vom 27. Oktober 2010 seine Anliegen mit entsprechenden Anträgen beim Bund und beim Kanton vorgebracht (vgl. StRB 1784/2010 und 1785/2010).

Das Bundesgericht hat am 22. Dezember 2010 abschliessend über die Beschwerden betreffend das «vorläufige» Betriebsreglement des Flughafens Zürich entschieden. Dabei ist die Stadt Zürich in den wesentlichen Punkten (keine Alternativen zu Südanflügen, solange die DVO-Sperrzeiten gelten) unterlegen. Immerhin ist das Gericht den Lärmschutzanliegen der Stadt Zürich entgegen gekommen, indem es zusätzliche Auflagen zum Schutz der Anwohner vor Fluglärm angordnet hat, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden müssen.

Mit STRB 1306/2012 legte der Stadtrat seine grundsätzliche Haltung zum Staatsvertrag dar und bestätigte die von ihm bisher vertretenen Grundsätze bezüglich Flugverkehr. Der Stadtrat wird sich insbesondere weiterhin dafür einsetzen, dass möglichst wenige Menschen mit möglichst wenig Lärm belastet werden.

Im Rahmen des nun vorliegenden paraphierten Staatsvertrages zwischen der Schweiz und Deutschland wird die Stadt Zürich im Rahmen der Vernehmlassung zum Entwurf des SIL-Objektblatts und bei der Festsetzung des definitiven Betriebsreglements erneut Gelegenheit erhalten, ihre Anliegen einzubringen. Das Anliegen des Postulats ist erfüllt, soweit dies möglich ist. Es wird deshalb dessen Abschreibung beantragt.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
---	------------------------------------	--

POS 2003/001578 2003/000206	11.06.2003 25.06.2003	Im Oberdorf Bernhard und Ulcay-Hauser Raphaela-Franziska Südanflüge, Vermeidung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich dafür einsetzen kann, dass zur Vermeidung von Südanflügen über dicht besiedeltes Gebiet der sogenannte «gekröpfte» Anflug von Norden her umgesetzt werden kann. Es wird gebeten, dabei Druck auszuüben, dass bei guten Sichtverhältnissen dieser Anflug sofort umgesetzt wird; für schlechte Sichtverhältnisse wird gebeten, Druck auf eine möglichst rasche Installation der technischen Einrichtungen auszuüben: Mittelfristig für die GPS-gestützten Technologien, kurzfristig für die Mikrowellen-gestützten Technologien.*

Der Stadtrat hat sich bereits im Rahmen des Koordinationsprozesses Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) für ein Betriebssystem mit gekröpftem Nordanflug eingesetzt.

Im SIL-Objektblatt des Bundes, zu welchem sich die Stadt Zürich mittels Vernehmlassung vom 27. Oktober 2010 geäussert hat, wurde der gekröpfte Nordanflug als Untervariante zur Betriebsvariante, welche die deutschen Sperrzeiten einhält, aufgenommen.

Im Februar 2011 hat das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) das Gesuch der Flughafen AG für einen satellitengestützten Anflug auf den Flughafen Zürich genehmigt. Das System erlaubt grössere Flexibilität bei den Flugwegen und ist unter anderem auch eine Voraussetzung für einen allfälligen gekröpften Nordanflug.

Mit STRB 1306/2012 legte der Stadtrat seine grundsätzliche Haltung zum Staatsvertrag dar und bestätigte die von ihm bisher vertretenen Grundsätze bezüglich Flugverkehr. Dabei hat er sich einmal mehr für die Einführung des gekröpften Nordanflugs ausgesprochen.

Das Anliegen des Postulats ist erfüllt, soweit dies möglich ist. Es wird deshalb dessen Abschreibung beantragt.

POS 2004/000203 2004/000045	28.01.2004 25.02.2004	Im Oberdorf Bernhard Gekröpfter Nordanflug, umgehende Anwendung bei guten Wetterverhältnissen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, in Bern darauf hinzuwirken, dass der gekröpfte Nordanflug bei guten Wetterverhältnissen, welche die Anwendung der Sichtflugregeln erlauben, umgehend angewendet wird.*

Der Stadtrat hat sich im Rahmen des Koordinationsprozesses Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) stets für ein Betriebssystem mit gekröpftem Nordanflug eingesetzt.

Im SIL-Objektblatt des Bundes, zu welchem sich die Stadt Zürich mittels Vernehmlassung vom 27. Oktober 2010 geäussert hat, wurde der gekröpfte Nordanflug als Untervariante zur Betriebsvariante, welche die deutschen Sperrzeiten einhält, aufgenommen.

Inzwischen hat das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) das Gesuch der Flughafen AG für einen satellitengestützten Anflug auf den Flughafen Zürich genehmigt. Das System erlaubt grössere Flexibilität bei den Flugwegen und ist unter anderem auch eine Voraussetzung für einen allfälligen gekröpften Nordanflug.

Mit STRB 1306/2012 legte der Stadtrat seine grundsätzliche Haltung zum Staatsvertrag dar und bestätigte die von ihm bisher vertretenen Grundsätze bezüglich Flugverkehr. Dabei hat er sich einmal mehr für die Einführung des gekröpften Nordanflugs ausgesprochen.

Das Anliegen des Postulats ist erfüllt, soweit dies möglich ist. Der Stadtrat beantragt deshalb dessen Abschreibung.

POS 2005/001529 2005/000529	07.12.2005 21.12.2005	Jäger Alexander Eisenbahnbrücke zwischen Wipkingen und Industriequartier, Massnahmen gegen Lärmbelastung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Eisenbahnbrücke über die Limmat (Strecke Bahnhof Hardbrücke–Bahnhof Oerlikon) zwischen Wipkingen und dem Industriequartier bezüglich Lärm für die Bewohnerinnen und Bewohner am Hang verbessert werden kann.*

1998 wurden im Zusammenhang mit der Überbauung LimmatWest Lärmschutzwände auf dem Hardturmviadukt realisiert. Die SBB planten damals die Lärmsanierung des Huckepackkorridors. Sie war im Bereich Hard lärmsanierungspflichtig, da bei mehreren Gebäuden am Käferberg die Grenzwerte überschritten wurden. Die beiden Projekte auf dem Hardturmviadukt, privater Lärmschutz für LimmatWest und Lärmsanierung SBB, wurden zusammen ausgeführt. Es wurden 2 Meter hohe, hochabsorbierende Aluminiumwände erstellt, die den Anforderungen an Lärmschutzwände entsprechen. Dies führte zu einer deutlich wahrnehmbaren Verbesserung für die Gebäude am Käferberg. Der Streckenabschnitt gilt damit aus städtischer Vollzugssicht als lärmsaniert, und die Sanierungspflicht der SBB ist erfüllt. Mit den seit 1998 vorgenommenen Massnahmen konnte eine erhebliche Entlastung für die Umgebung erreicht werden. Eine zusätzliche Minderung des Lärms wird ferner durch die Sanierung des Rollmaterials für Güterzüge erzielt, welche die SBB sicherzustellen haben. Weitergehende Massnahmen wären mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden, den die Stadt selbst zu tragen hätte. Angesichts der anstehenden Pflicht der Stadt Zürich zur Sanierung stark immissionsbelasteter Strassen und der damit verbundenen Kosten sowie des angespannten städtischen Finanzhaushalts kann es nicht Aufgabe der Stadt sein, eine weitere Reduktion des von der Eisenbahnbrücke Wipkingen verbleibenden Eisenbahnlärms auf eigene Rechnung an die Hand zu nehmen.

Das Postulat ist erfüllt. Es wird deshalb dessen Abschreibung beantragt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/000584 2006/000207	31.05.2006 27.10.2010	Blöchlinger Patrick und Brassler Ueli Lichtemissionen, Verminderung während der Nacht im Siedlungsraum

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die nächtliche Abstrahlung von Licht aus dem – und auf den – städtischen Siedlungsraum (mit Einbezug des Uto Kulm) vermindert und insbesondere der Einsatz von Laserscheinwerfern und ähnlichen Lichtquellen bei Veranstaltungen verboten werden kann.*

Beleuchtungsprojekte im öffentlichen Raum (Strassenbeleuchtung, Beleuchtung von Gebäudefassaden) haben hinsichtlich Energieeffizienz und Lichtabstrahlung den grundsätzlichen Anforderungen des Plan Lumière zu genügen. Die Erkenntnisse einer Studie über die Auswirkungen künstlicher Beleuchtung auf Pflanzen und Tiere sind in das vom Amt für Städtebau 2007 für Planende und Bauherrschaften herausgegebene Info-Blatt «Grundsätze für eine ökologische Städtebeleuchtung» eingeflossen. Die Einhaltung der Plan Lumière-Vorgaben wird im Rahmen der offiziellen Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren im Einzelfall geprüft bzw. eingefordert.

Der Ersatz von Wegbeleuchtungen, die diesen Anforderungen nicht mehr genügen (z. B. Kugelleuchten) ist im Gang. Das Elektrizitätswerk der Stadt (ewz) verfolgt die Entwicklungen der LED-Technik und setzt im Rahmen von Pilotprojekten im öffentlichen Raum entsprechende Leuchten ein. Bei der Erstellung bzw. Erneuerung von Sport- und Freizeitanlagen werden soweit möglich Leuchten nach dem neuesten Stand der Technik (asymmetrische Reflektoren) eingesetzt, welche eine nahezu horizontale Ausrichtung der Leuchtkörper ermöglichen. Entsprechende Projekte werden im Rahmen der Bewilligungsverfahren auch hinsichtlich der Lichtmissionen beurteilt.

Gemäss der per 1. Januar 2012 in Kraft gesetzten Änderungen der Allgemeinen Polizeiverordnung (GRB vom 6. April 2011) ist die Verwendung von Skybeamern und Geräten mit ähnlicher Wirkung verboten bzw. nur in Ausnahmefällen mit Bewilligung des Polizeidepartements zulässig. Der Einsatz künstlicher himmelwärts gerichteter Lichtquellen darf jedoch in keinem Fall zu Störungen von Mensch und Umwelt führen (Art. 24 Abs. 2 APV).

Derzeit gibt es keine rechtlich verbindlichen Vorgaben (Grenzwerte) zur Minimierung der Lichtmissionen von Beleuchtungsanlagen auf Privatgrundstücken, z. B. Wegbeleuchtungen oder Innenbeleuchtungen von Gebäuden. Der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein (SIA) hat im Rahmen seines anerkannten Normenwerkes zur Baukunde eine Norm «Vermeidung unnötiger Lichtmissionen im Aussenraum» erarbeitet, welche voraussichtlich im Laufe des 1. Halbjahres 2013 veröffentlicht wird. Es ist jedoch nicht vorgesehen, konkrete Zielwerte für die Lichtstärke von Lichtquellen oder der Beleuchtungsstärke am Einwirkungsort festzulegen. Die Festlegung entsprechender Grenzwerte müsste auf Ebene des Bundes erfolgen. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat den Auftrag, die zur Beantwortung verschiedener parlamentarischer Vorstösse zum Thema Lichtmissionen (Postulate 08.3697 und 09.3285, Motion 08.3697) notwendigen Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten. Die in diesem Zusammenhang erfolgte Umfrage bei den kantonalen Fachstellen hat gezeigt, dass Vorgaben des Bundes zur Beurteilung von Lichtmissionen begrüsst werden. Der Kanton Zürich hat sich angesichts der laufenden Abklärungen beim Bund gegen die Schaffung eigenständiger kantonalen gesetzlicher Grundlagen zur Regelung von Lichtmissionen ausgesprochen (siehe Antrag des Regierungsrats vom 1. Februar 2012 zum Postulat KR-Nr. 57/2007).

Der Bund hat die vom Kanton Zürich vorgesehene Zonierung des Gebietes «Üetliberg/Uto Kulm» als Erholungsgebiet am 12. Januar 2011 genehmigt. Für das Areal Uto Kulm (Ausflugsrestaurant mit Aussichtspunkt) soll ein kantonaler Gestaltungsplan festgesetzt werden (Antrag Regierungsrat vom 25. März 2009). Gemäss dem auf der Basis des Entwurfs der Vorschriften zum Kantonalen Gestaltungsplan (Stand 6.2.2009) erarbeiteten Beleuchtungskonzept vom 20. Juni 2011 sind Massnahmen vorgesehen, um die Lichtverschmutzung weitestmöglich zu vermeiden, insb. Weg- und Platzbeleuchtung mit nach unten gerichteten Leuchtkörpern (Verzicht auf Bodenleuchten sowie Treppenbeleuchtung des Turms mit Abschirmung). Das Beleuchtungskonzept beinhaltet den Verzicht auf eine Gebäudebeleuchtung, wobei auch Varianten mit Teilbeleuchtung der Fassade vorgeschlagen werden. Das Beleuchtungskonzept entspricht damit den von der Stadt Zürich im Rahmen der Anhörung des Entwurfs der Gestaltungsplan-Vorschriften vorgebrachten Anforderungen. Die Festsetzung des kantonalen Gestaltungsplans und die Umsetzung des Beleuchtungskonzepts sind auf Grund laufender Rechtsmittelverfahren noch nicht erfolgt.

Der Gemeinderat wird ersucht, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

POS 2006/000937 2006/000346	30.08.2006 16.06.2010	Girod Bastien und Probst Matthias Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie folgende Massnahmen umzusetzen sind:*

- 1. In Form eines wissenschaftlich begleiteten Pilotversuches wird in der Stadt Zürich der kontrollierte Verkauf von Cannabis eingeführt.*
- 2. Im Rahmen seiner Präventionsbemühungen erarbeitet der Stadtrat mit den Schulen und den Fachorganisationen eine Strategie zur Aufklärung und Beratung von Jugendlichen. Im Vordergrund steht dabei nicht das gescheiterte Ziel der Abstinenz, sondern die pragmatische Vermittlung der belegbaren Gefahren eines übermässigen Konsum von Rauschmitteln – welcher Art auch immer – auf das schulische Fortkommen und die Gesundheit.*
- 3. Der Stadtrat erstattet dem Gemeinderat regelmässig Bericht über die getroffenen Massnahmen und ihre Auswirkungen.*
- 4. Der kontrollierte Verkauf an unter 18-jährige ist ausgeschlossen.*

Mit Weisung Nr. 354 vom 26. September 2012 hat der Stadtrat dem Gemeinderat die Abschreibung des Postulats beantragt. Der Gemeinderat wird voraussichtlich im Januar 2013 darüber befinden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2010/000691 2010/000268	13.12.2006 16.06.2010	Widler Josef Ambulante ärztliche Notversorgung in der Stadt Zürich, Sicherstellung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine verbindliche Vorlage über die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Notfallversorgung in der Stadt Zürich zu unterbreiten. Die Vorlage soll ein neues, mit den praktizierenden Ärztinnen und Ärzten erarbeitetes Konzept beinhalten, das den Empfehlungen der Gesundheitsdirektorenkonferenz vom 26. Oktober 2006 Rechnung trägt.*

Im Kanton Zürich obliegt die Organisation des Notfalldienstes der kantonalen AerzteGesellschaft (AGZ), welche die Verantwortung für den Notfalldienst den regionalen Bezirksärztegesellschaften übertragen hat. Erst wenn die Ärztinnen und Ärzte dieser Verpflichtung nicht nachkommen, sind gemäss Gesundheitsgesetz der Kanton und die Gemeinden subsidiär für eine zweckmässige Organisation des Notfalldienstes zuständig.

Das im Postulat angesprochene Anliegen, ein neues Konzept für die ambulante ärztliche Notfallversorgung der Stadt Zürich zu erstellen, war auch ein Wunsch der Ärzteschaft und wurde in den vergangenen Jahren von ihr selbst angegangen. Nach einem intensiven mehrjährigen Klärungsprozess haben die Mitglieder des Ärzteverbandes der Bezirke Zürich und Dietikon (ZüriMed) an einer Urabstimmung im Dezember 2010 ein neues Notfalldienstreglement verabschiedet. Dieses ist seit dem 1. Juli 2011 in Kraft. Die Erfahrungen des ersten Jahres sind positiv, die Organisation des Notfalldienstes funktioniert gut, die ambulante Notfallversorgung der Bevölkerung ist sichergestellt und die Ärzteschaft ist mit dem neuen Reglement zufrieden.

Der Stadtrat erachtet das Postulat als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

POS 2007/000487 2007/000239	09.05.2007 27.10.2010	Di Concilio Salvatore und Wyler Rebekka Orte mit Publikumsverkehr, Defibrillatoren als lebensrettende Massnahme
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat ist gebeten zu prüfen, wie als lebensrettende Massnahme an Orten mit Publikumsverkehr (öffentlichen Gebäuden, Sportanlagen, u. a.) Defibrillatoren installiert werden können.*

Seit der Einreichung des Postulats ist in der Stadt Zürich die Anzahl öffentlich zugänglicher Defibrillatoren ständig ausgebaut worden. Das Rettungskonzept bei Herzkreislaufstillstand beinhaltet sowohl das Aufstellen von Automatischen Externen Defibrillatoren (AED) im öffentlichen und halböffentlichen Raum, wie auch die Ausbildung von sogenannten First-Responder. Dabei werden medizinische Laien in das Alarmdispositiv der Rettungsorganisationen aufgenommen und in der Anwendung der AED geschult.

Die Homepage der Zürcher Gesellschaft für Kardiologie weist mit ihrer interaktiven Seite, welche ein rasches Auffinden des nächsten Defibrillatorenstandortes ermöglicht, mittlerweile 126 AED-Geräte in der Stadt Zürich aus (www.zgk.ch, Standortverzeichnis; allerdings hinkt die Auflistung dem aktuellen Stand hinterher). Deren Vorteil liegt in der kurzen Zugriffszeit, sofern der Standort gut kenntlich ist, der Nachteil bei hohen Wartungskosten und tiefer Einsatzfähigkeit. Trotzdem werden laufend neue Geräte installiert. Das First-Responder-System wurde mit der Stadtpolizei Zürich und Schutz & Rettung zusammen umgesetzt. 67 Streifenwagen der Stadtpolizei sind mit AED-Einsatztaschen ausgerüstet und rund 1000 Korpsangehörige sind in der Anwendung nach internationalen Standards ausgebildet worden. Damit konnte sowohl die Einsatzzeit wie auch die Professionalität gesteigert werden. Da ein Teil der Fahrzeuge ständig in der Stadt im Einsatz ist (24 Stunden an 365 Tagen), können sie sofort zum Ereignisort geordert werden. Der Einsatz solcher mobiler Polizeitruppen steigert die Erfolgsrate für Reanimationen beim plötzlichen Herzanfall von 4 % bis 7 % auf 13 % bis 21 %. Nicht zu vergessen ist die professionelle Hilfe des Rettungsdienstes von Schutz & Rettung, mit ebenfalls kurzen Einsatzzeiten. Angesichts der guten Abdeckung des Stadtgebiets mit installierten AED-Geräten und den schnell verfügbaren ausgebildeten First-Responder wird die Abschreibung des Postulats beantragt.

POS 2007/001251 2010/000491	28.11.2007 24.11.2010	SP-Fraktion Flughafen Zürich AG (Unique), Beteiligungserträge für den Klimafonds
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wonach die jährlichen Erträge aus der Beteiligung am Flughafen Unique (Flughafen Zürich AG) zugunsten des städtischen Klimafonds zu verwenden sind.*

Mit Weisung 402 vom 7. November 2012 hat der Stadtrat dem Gemeinderat die Abschreibung des Postulats beantragt. Die Behandlung in der SK GUD ist zurzeit pendent.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000612 2011/000242	11.06.2008 29.06.2011	Piller Bernhard und Danner Ernst Photovoltaik-Anlagen, Montage auf Lärmschutzwänden

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, welche die Montage von Photovoltaikanlagen auf sämtlichen dafür geeigneten Lärmschutzwänden in der Stadt Zürich beinhaltet. Hierzu ist dem Gemeinderat ein erster Rahmenkredit im Umfang zu 15 Mio. Fr. vorzulegen. Die Realisierung dieses Vorhabens ist in enger Absprache mit den vom Kanton auszuarbeitenden Richtlinien, die die Bedingungen für die Installation von Photovoltaikanlagen auf Lärmschutzwänden definieren soll, auszuführen.*

In der Stadt Zürich wird Solarstrom auch in der Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zu leisten haben. Daher ist die Förderung von Solarstrom bereits seit Jahren Bestandteil der städtischen Energiepolitik. Photovoltaik-Anlagen erhalten Beiträge aus dem Stromsparfonds. Vorrangig sollen Anlagen gefördert werden, die durch eine ideale Standortwahl wirtschaftlich Strom produzieren. Lärmschutzwände befinden sich generell im Eigentum der Eigentümerschaft der lärmverursachenden Anlage, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen des Standortgrundstücks. Auf Stadtgebiet gibt es sieben Lärmschutzwände im Eigentum der Stadt Zürich (ausgenommen die in absehbarer Zeit wegfallenden Lärmschutzwände im Bereich der neu zu erstellenden Einhausung Schwamendingen). Höhe und Ausrichtung dieser sieben Lärmschutzwände dienen in erster Linie einem optimalen Lärmschutz. Das Sonnenenergienutzungspotenzial dieser Standorte wurde in einer Potenzialabklärung ermittelt. Dabei konnte bei keiner der sieben Lärmschutzwände ein Sonnenenergienutzungspotenzial ausgewiesen werden. Der Stadtrat nimmt deshalb davon Abstand, dem Gemeinderat eine entsprechende Weisung zu unterbreiten. Er erachtet das Postulat als erfüllt und beantragt, es abzuschreiben.

POS 2008/001273 2008/000543	03.12.2008 12.12.2008	Cerliani Pierino und Spieler Marianne 2000-Watt-Gesellschaft, Koordinationsstelle für die Umsetzung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie nach dem positiven Volksentscheid vom 30. November 2008 eine u. U. befristete stadtweite Koordinationsstelle oder ein stadtweites Projekt im Sinne des vorausschauenden Controllings für die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft eingerichtet werden kann. Dazu wird der Stadtrat ersucht, dem Gemeinderat rechtzeitig auf den Budgetprozess 2010 hin Bericht zu erstatten und anschliessend pro Legislatur zweimal.*

Seit 2006 steht die 2000-Watt-Gesellschaft auf der politischen Agenda der Stadt Zürich. Seit 2008 ist sie als Ziel der nachhaltigen Entwicklung in der Gemeindeordnung verankert. Mit der Zustimmung zum Art. 2<sup>ter</sup> der Gemeindeordnung haben die Stimmberechtigten mit einem Mehr von 76 Prozent Behörden und Verwaltung den Auftrag erteilt, sich für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt einzusetzen und die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft voranzutreiben. Dabei stehen insbesondere folgende Ziele im Vordergrund:

- eine Reduktion des Energieverbrauchs auf 2000 Watt Dauerleistung pro Einwohnerin oder Einwohner;
- eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses auf 1 t pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr;
- die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen;
- der Verzicht auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernenergieanlagen.

Im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» 2006 bis 2010 (LSP 4) wurden die methodischen Grundlagen erarbeitet und über 80 Projekte initiiert. Mit dem Abschluss dieses Legislatorschwerpunkts (LSP) im März 2010 haben die Departemente und Dienstabteilungen begonnen, den Auftrag der Gemeinde vom November 2008 in ihre Strategien zu übernehmen.

2012 wurde der überarbeitete Masterplan Energie vom Stadtrat mit deutlichen Akzenten beschlossen. Der Gesundheits- und Umweltschutz Zürich (UGZ) engagiert sich mit der neugeschaffenen Abteilung Energie und Nachhaltigkeit und den Angeboten Energiecoaching und Ökokompass noch verstärkter für die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft.

Mit dem Ausbau der Angebote erneuerbarer Energien ist das Angebot des ewz breiter und komplexer geworden. Dasselbe gilt für das Portfeuille von ERZ mit Wärme Zürich und dem in Aussicht stehenden verstärkten Standbein im Bereich des Biogases. Amt für Hochbauten, Immobilien-Bewirtschaftung und Liegenschaftenverwaltung sind im Gebäudebereich Akteure mit wegweisendem Erfahrungspotenzial auch für die ganze Branche. Der vom Departement der Industriellen Betriebe lancierte Forschungsschwerpunkt verbindet Erkenntnisse aus der Forschung mit der Praxis.

Mit Beschluss Nr. 951 vom 17. Juli 2012 hat der Stadtrat die stadtweite Organisations- und Umsetzungsstruktur festgesetzt, welche auf dem Weg der Stadt Zürich zur 2000-Watt-Gesellschaft die optimale Zusammenarbeit der Departemente und Dienstabteilungen sicherstellen soll. Gemäss Beschluss wurden drei neue Gremien geschaffen:

- Fachpool 2000-Watt-Gesellschaft
- Ausschuss Fachpool
- Innovationspool 2000-Watt-Gesellschaft

Dem Fachpool gehören die Direktorinnen und Direktoren der mit der 2000-Watt-Thematik befassten Dienstabteilungen und Unternehmen, der / die Energiebeauftragte sowie verschiedene städtische Fachleute an. Die Aufgaben des Fachpools beinhalten u. a. die Gewährleistung eines departementsübergreifenden Monitorings/Controllings sowie die Beurteilung der 2000-Watt-Konformität der städtischen Strategien.

Für die Geschäftsführung der neuen Gremien sind im Budget 2013 0,8 Stellenwerte im Departementssekretariat des Gesundheits- und Umweltschutz-Zürich vorgesehen.

Damit das dynamische Umfeld nicht in kurzer Folge weitere Beschlüsse zu organisatorischen Details erforderlich macht, entschied der Stadtrat, im oben erwähnten Beschluss die strategisch wichtigen Eckpfeiler und Grundsätze festzulegen, während die Details von Umsetzung und Organisation in einem im Einvernehmen mit der Umweltschutzdelegation von der Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltschutz-Zürich erlassenen Reglement geregelt werden sollte. Mit Verfügung vom 12. November 2012 hat die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltschutz-Zürich die entsprechende Regelung per 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt.

Der Stadtrat erachtet das Postulat damit als erfüllt und beantragt, es abzuschreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2009/000062 2009/000017	14.01.2009 21.01.2009	Nagel Ueli, Heinrich Uschi und 5 Mitunterzeichnende Öko-Business-Plan für Zürcher KMU, Förderung von Pilotprojekten
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Zusammenhang mit dem «Öko-Businessplan für Zürcher KMU» Pilotprojekte zur Förderung der regionalen Kreislaufwirtschaft und von Produktionsketten mit kurzen Transportwegen initiieren und unterstützen kann.*

Mit Weisung 193 vom 9. Mai 2012 hat der Stadtrat dem Gemeinderat die Abschreibung des Postulats beantragt. Der Gemeinderat wird voraussichtlich im Januar 2013 darüber befinden.

POS 2009/000147 2009/000055	04.02.2009 29.06.2011	Straub Esther und Kisker Gabriele Altersheime, Gutscheine für nicht bezogene Hauptmahlzeiten
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Altersheime nach einer bestimmten Regelung ihren Bewohnerinnen und Bewohnern nicht bezogene Hauptmahlzeiten durch Gutscheine vergüten können.*

Bezüglich der Mahlzeiten bieten die Altersheime der Stadt Zürich heute drei verschiedene Modelle mit unterschiedlich ausgestalteten Wahlmöglichkeiten an: Im Modell «Vollpension» sind alle Mahlzeiten enthalten. Im Modell «Eigenleistung» können die Bewohnerinnen und Bewohner mit dem Heim vereinbaren, dass sie kein Morgenessen oder kein Abendessen oder weder das eine noch das andere beziehen. Im Modell «ServiceWohnen», welches in zwei Heimen angeboten wird, ist im Grundangebot eine Hauptmahlzeit inbegriffen.

Das von den Postulantinnen formulierte Begehren wird im Grundsatz unterstützt. Gutscheine für nicht bezogene Hauptmahlzeiten auszustellen wäre jedoch mit einem erheblichen administrativen Aufwand verbunden, der in keinem Verhältnis zum zusätzlichen Nutzen stehen würde. Die städtischen Altersheime sind um ein kostengünstiges Angebot besorgt und müssen daher die Prozesse so gestalten, dass sie finanzierbar sind. Nicht zuletzt auch deshalb, weil in städtischen Altersheimen viele Bewohnerinnen und Bewohner auf Zusatzleistungen angewiesen sind. Private Heime können sich allenfalls eher erlauben, aufwändigere und kostenintensivere Dienstleistungen anzubieten. Der Aufwand kann dabei nur bedingt mit der Handhabung bei privaten Anbietern verglichen werden, da es vorliegend eine zentrale, für sämtliche 27 Altersheime gültige, revisionstaugliche Regelung bräuchte.

Abklärungen haben zudem ergeben, dass es sich beim vorliegenden Begehren um das Anliegen von nur wenigen Pensionärinnen und Pensionären handelt. Die Heime sind in diesen Fällen bestrebt, mittels Gespräch mit den jeweiligen Bewohnerinnen und Bewohnern individuell passende Lösungen zu finden (Kaffeebons, Einladung von Verwandten, u. ä.). Dies erscheint sinnvoller als eine aufwändige, generelle Lösung.

Das Anliegen des Postulats ist erfüllt, soweit dies möglich ist. Es wird deshalb dessen Abschreibung beantragt.

POS 2009/000334 2009/000113	01.04.2009 06.05.2009	Kisker Gabriele und Nagel Ueli Alterskonzept der Stadt Zürich
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Alterskonzept der Stadt Zürich aus dem Jahre 2001 überarbeitet bzw. ergänzt werden muss, damit neuere Erkenntnisse (Altersbericht des Kantons 2005, Seliä) und neueste Entwicklungen (NFA, KVG) berücksichtigt und konkrete Zielvorgaben zu ihrem Kernauftrag im Altersbereich gemacht werden können.*

Mit Weisung vom 13. Juni 2012 beantragte der Stadtrat die Abschreibung des Postulats. Der Gemeinderat wird voraussichtlich im Januar 2013 darüber befinden.

POS 2009/001496 2009/000573	02.12.2009 11.12.2009	Knauss Markus und Glättli Balthasar Ausstieg aus der Atomenergie, Erarbeitung einer Informationskampagne
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich mit einer Informationskampagne zum Ausstieg aus der Atomenergie im Sinne des Gemeindebeschlusses vom 11.11.2008 über die Stadt hinaus kritische Argumente zur Atomenergie verbreiten kann. Ein Betrag von Fr. 250'000.– könnte budgetneutral aus einer einmaligen Erhöhung der Ablieferung der Parkhäuser an die Stadtkasse (Konto 2032 3740.0700) gegenfinanziert werden.*

Der Atomausstieg ist ein wichtiges Anliegen der städtischen Energiepolitik. Der Stadtrat und die Verwaltung informieren daher bei allen sich bietenden und hierfür geeigneten Gelegenheiten, dass die Stadt Zürich von der Nutzung der Atomenergie Abstand nehmen will. Dazu zählen sowohl die Begründung, weshalb man die aktuellen Verträge zur Nutzung der Atomenergie auslaufen lässt, als auch die Erläuterung, wie die Stadt sich darauf ausrichtet, Alternativen bereitzustellen.

Mit dem Entscheid des Bundes, sich aufgrund der verheerenden Folgen der Katastrophe von Fukushima mit dem Ende der Laufzeit der bestehenden Atomkraftwerke von dieser Energie ebenfalls verabschieden zu wollen, sind dieses politische Anliegen selbst sowie die mit der Atomenergie verbundenen Gefahren ins allgemeine Bewusstsein getreten und haben in Bevölkerung, Wirtschaft und Politik breite Zustimmung erfahren.

Für eine allgemeine, über die Stadt Zürich hinaus konzipierte Informationskampagne zum Ausstieg aus der Atomenergie fehlt der Stadt Zürich die Rechtsgrundlage. Ebenfalls fehlt eine Rechtsgrundlage, die es erlauben würde, Mittel aus Gebühren von Parkhäusern für eine solche Informationskampagne zu verwenden. Es wird deshalb die Abschreibung des Postulats beantragt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2010/000062 2010/000023	13.01.2010 27.01.2010	Käppeli Hans Jörg Oerliker-Park, Realisierung eines Züri WC

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Oerliker-Park möglichst schnell ein Züri WC realisiert werden kann.*

Mit Verfügung 258/2010 verfügte die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements den Bau zweier öffentlicher WC-Anlagen im Pavillon im Oerliker Park. Diese beiden Anlagen sind erstellt und Anfang 2012 in Betrieb genommen worden.  
Der Stadtrat erachtet das Postulat als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

POS 2010/000160 2010/000075	03.02.2010 03.03.2010	Bloch Süss Monika und von Matt Hans Urs Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Personal der Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich nach dem Kauf der Zentralwäscherei Zürich ZWZ, zusammen mit den anderen Mitaktionären, einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) abschliessen kann, welcher dem Personal Anstellungsbedingungen garantiert, die denen städtischer Angestellter in vergleichbaren Tätigkeiten entsprechen.*

Bei der Gründung der ZWZ AG wurde das gesamte Personal der damaligen Zentralwäscherei Zürich zu den bisherigen Anstellungsbedingungen des Kantons Zürich übernommen. Es wurde eine fünfjährige Besitzstandswahrung für das Personal vereinbart und vertraglich geregelt. Bei neu eintretendem Personal orientieren sich die Anstellungsbedingungen an denjenigen des vom Kanton Zürich übernommenen Personals. Der Verwaltungsrat und die operative Führung des Unternehmens achten darauf, dass nicht zwei Kategorien von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entstehen, um den sozialen Frieden und die Betriebskultur in der ZWZ AG zu gefährden. Der Verwaltungsrat der ZWZ AG hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Stufen zu überwachen und falls notwendig bei der operativen Führung des Unternehmens zu intervenieren. Das Anliegen der Postulanten wird ernst genommen. Das von der Stadt Zürich delegierte Verwaltungsratsmitglied wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Ausarbeitung eines Gesamtarbeitsvertrags rechtzeitig in die Wege geleitet wird und nach Ablauf der fünfjährigen Besitzstandswahrung in Kraft gesetzt werden kann.

Der Stadtrat erachtet das Postulat als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

POS 620.110.100-02 2010/000941 2010/000405	22.09.2010 06.10.2010	Anhorn Ruth und Weiss Urs Notfallaufnahme Stadtspital Triemli, Montage von Schränken für persönliche Utensilien
---	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Notfallaufnahme im Stadtspital Triemli abschliessbare kleinere Schränke für die persönlichen Utensilien wie Kleider, Tasche, Portemonnaie (meist alles zusammen eingepackt in einen Spitalplastiksack) in den einzelnen Behandlungsabteilungen montiert werden können.*

Das Stadtspital Triemli hat die Montage von persönlichen, abschliessbaren Schränken auf der Notfall-Station eingehend geprüft. Die Notfall-Station betreibt je nach Bedarf 25–30 Notfallkoben. Die einzelnen Koben werde bis zu zehn Mal pro 24 Stunden belegt. Pro Jahr werden so rund 30000 Patientinnen und Patienten auf der Notfall-Station betreut. Zu diesen 30000 Patientinnen und Patienten kommen oft noch ein bis mehrere Begleitpersonen, welche ebenfalls die Notfallstation frequentieren. Trotzdem kommt es durchschnittlich nur zu zehn Diebstählen jährlich.

Die Montage der Kästchen würde Kosten von ca. Fr. 15000.– bis Fr. 20000.– verursachen und zu jährlich wiederkehrenden Kosten von ca. Fr. 2000.– führen. Für das Schliesssystem kommt allein ein Zahlenschloss in Frage, weil die Patientinnen und Patienten für die Behandlungen sämtliche Effekten ablegen müssen (Operation, Röntgen,...). Diese Notwendigkeit würde auch Schlüssel und Badges betreffen. Die betriebliche Prüfung hat ergeben, dass der Einsatz von Zahlenschlössern für Patientinnen und Patienten auf der Notfall-Station nicht geeignet ist. Meistens befinden sich die Patientinnen und Patienten in einem körperlichen und mentalen Ausnahmezustand, in welchem die spontane Memorisierung eines Codes nicht gewährleistet ist und so zu einem unverhältnismässig grossen Mehraufwand durch das Pflegepersonal führen würde.

Die aktuellen Massnahmen zur Sicherung der Effekten und Wertsachen beinhalten, dass die Patienteneffekten und Wertsachen den Angehörigen mitgegeben oder in einem Effektenverzeichnis erfasst, versiegelt und im Tresor aufbewahrt werden. Die betriebliche Prüfung hat ergeben, dass diese Massnahmen bereits mit grösstmöglicher Sorgfalt eingehalten werden. Ergänzend wird das Stadtspital Triemli 2013 mit dem Datenschutzbeauftragten der Stadt Zürich die Installation einer Videokamera im Korridor vor den Kojen prüfen. Dabei würden die Zugänge zu den Kojen überwacht. Die Patientinnen und Patienten in den Kojen wären ausserhalb des überwachten Bereiches. Gegebenenfalls können Videobänder 14 Tage lang von der Polizei eingesehen werden, danach werden sie automatisch überschrieben. Vor den Personalgarderoben wurde aufgrund von Diebstählen bereits eine solche Videokamera installiert. Sowohl bei der Aufklärung wie auch bei der Prävention wurden sehr gute Erfahrungen mit dieser Lösung gemacht. Die einmaligen Kosten für die Installation liegen bei Fr. 3000.– bis Fr. 5000.–.

Aufgrund der beschriebenen Sachlage wird die Abschreibung des Postulats beantragt.





Nurerlebnis auf dem Quartierhof Weinegg

# Geschäftsbericht 2012

## Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>201</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele und Jahresschwerpunkte</b>	<b>202</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Tiefbau- und Entsorgungsdepartement</b>	<b>205</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>206</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>206</b>
4.1.1	Aufgaben	206
<b>4.2</b>	<b>ERZ Entsorgung + Recycling Zürich</b>	<b>206</b>
4.2.1	Aufgaben	206
4.2.2	Jahresschwerpunkte	206
4.2.3	Spezifische Kennzahlen	209
<b>4.3</b>	<b>Geomatik und Vermessung</b>	<b>210</b>
4.3.1	Aufgaben	210
4.3.2	Jahresschwerpunkte	210
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	212
<b>4.4</b>	<b>Grün Stadt Zürich</b>	<b>213</b>
4.4.1	Aufgaben	213
4.4.2	Jahresschwerpunkte	213
4.4.3	Spezifische Kennzahlen	220
<b>4.5.</b>	<b>Tiefbauamt</b>	<b>221</b>
4.5.1	Aufgaben	221
4.5.2	Jahresschwerpunkte	221
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	225
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>226</b>

# 1. Vorwort



Ruth Genner (Bild: TED)

Dem Tiefbau- und Entsorgungsdepartement wird stets grosse Aufmerksamkeit zuteil. Das war 2012 so wie schon in den Vorjahren. Kein Wunder bei Dienstleistungen, die jeden Tag unter den Augen Hunderttausender vollbracht werden und so emotionale Themen wie Verkehrsplanung, Sauberkeit, Platzgestaltung, Grünräume und Kunst im öffentlichen Raum einschliessen.

Der allgemeinen Beachtung zum Trotz gibt es in unserer Stadt Ereignisse und Möglichkeiten, die mehr Interesse verdient hätten. Damit meine ich nicht das Phänomen, dass von Problemen lieber geredet wird als von Lösungen, beispielhaft sichtbar an der Einigung zwischen der Stadt und einem Bäckerei- und Hotelbetrieb in Seebach – einer Einigung, die mit wenigen Zeitungszeilen abgehandelt wurde, nachdem die Problemphase in den Vorjahren fette Überschriften wert gewesen war.

Ich denke hier eher an Geschichten wie diejenige des Quartierhofs Weinegg. Für mich so etwas wie ein landwirtschaftliches GZ, ein Quartierzentrum in einem Bauernhof. In den vergangenen fünfzehn Jahren hat der Trägerverein bewiesen, dass die Quartierbevölkerung imstande ist, den Quartierhof eigenständig zu betreiben. Dank dem Engagement des Trägervereins ist der Quartierhof ein Treffpunkt für Gross und Klein, der nicht mehr wegzudenken ist. Aus diesem Grund unterstützt das Sozialdepartement der Stadt Zürich den Trägerverein auch im Rahmen einer Leistungsvereinbarung.

Freiwillige aus dem Quartier stossen für das Quartier Aktivitäten an. Es gibt ein breit gefächertes soziokulturelles Angebot, das jährlich Tausende Besucherinnen und Besucher anzieht. Darüber hinaus hat die Stadtbevölkerung die Möglichkeit, mit Tieren und Pflanzen in Kontakt zu kommen, die manche sonst nur aus Büchern und Filmen kennen. Diese Möglichkeit ist gerade in der Verdichtung des städtischen Lebensraums wertvoll. «Grünes Wissen» ist ein wichtiger Auftrag von Grün Stadt Zürich.

2011 durfte mein Stadtratskollege André Odermatt die frohe Botschaft überbringen: Die Stadt kauft den Quartierhof und verpflichtet sich, ihn weiterzuführen. 2012 kamen die Verhandlungen zwischen dem Kanton und der städtischen Liegenschaftenverwaltung von Stadtrat Martin Vollenwyder zur Abschlussreife. Die Flächenbereinigung zwischen Stadt und Kanton hat stattgefunden, und sobald das Geschäft abgeschlossen ist, übernimmt Grün Stadt Zürich. Mit der Fortsetzung der Aktivitäten verfolgen wir ein Legislaturziel des Stadtrats, nämlich «Quartiere gemeinsam gestalten». Leider kann die Stadt nicht das ganze Land übernehmen; dies ist in Zeiten der knappen Budgets nicht möglich.

Unbezahlbar ist, was das Quartier selbst leistet. Insgesamt 14000 Arbeitsstunden Freiwilligenarbeit werden jedes Jahr auf dem Quartierhof geleistet. Sich engagieren, eigene Aktivitäten entwickeln heisst auch Verantwortung und Verpflichtungen übernehmen. Und Partnerinnen und Partner suchen. Zehn Arbeitsgruppen sind beim Trägerverein tätig. Zum Beispiel die Naturschutzgruppe, die den Hochstammobstgarten, ein kommunales Schutzobjekt mit 150 Obstbäumen, pflegt und damit zur Erhaltung alter Obstsorten und zur Förderung der Biodiversität beiträgt. Unterstützung kommt vom Naturschutzverein der Kreise 7 und 8 sowie lokalen WWF-Mitgliedern.

Die Geschichte des Quartierhofs Weinegg ist eine Geschichte über Selbstverantwortung, Partnerschaften, politische Machbarkeit und Nachhaltigkeit abseits der grossen Schlagzeilen.

Stadträtin Ruth Genner  
Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements

## 2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

### Legislatorschwerpunkt «Quartiere gemeinsam gestalten»

Die Mitwirkung der Bevölkerung hat im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement eine lange Tradition. Würde sich die Stadt auf die Mitwirkung beschränken, die im kantonalen Strassengesetz vorgeschrieben ist, gäbe es häufiger lediglich eine Ausschreibung im Amtsblatt und einen öffentlichen Aushang der Projektpläne, damit Einwendungen gemacht werden können. Gerade wenn es um Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums geht, wollen die Menschen aber mitreden. Grün Stadt Zürich und das Tiefbauamt haben daher ihre Mitwirkungsverfahren seit einiger Zeit ausgebaut. Dies bewährte sich 2012, als das Verfahren zur Umgestaltung des Röschibachplatzes zu einem guten Abschluss geführt werden konnte. Achtzehn Monate lang stand die Stadt mit dem Quartier in intensivem Austausch in Form von Quartierveranstaltungen und von Beratungen in einer speziellen Vorbereitungsgruppe mit Quartiervertretungen. Zudem wurden Daten erhoben und ausgewertet. Diese Leistung kann nicht für jedes Projekt erbracht werden. Deshalb systematisierten das Tiefbauamt und Grün Stadt Zürich 2012 im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Quartiere gemeinsam gestalten» ihre Prozesse, damit sich nachvollziehen lässt, wann jeweils ein ausführliches Mitwirkungsverfahren sinnvoll ist und wann es lediglich ein Mitwirkungsverfahren gemäss Strassengesetz gibt.

Das Instrument der Mitwirkung, das über die Anforderungen des Strassengesetzes hinausgeht, erfährt damit eine weitere Stärkung. Dies ist dem Stadtrat wichtig, und zwar aus mehreren Gründen. Zunächst ganz einfach darum, weil Bauen kein Selbstzweck ist, sondern der Bevölkerung dient. Und Projekte werden besser, wenn die Bevölkerung ihr lokales Wissen über Orte und deren Eigenheiten einbringt.

Der Stadtrat wollte einen Schritt weiter gehen und die Möglichkeit schaffen, nebst den Erwartungen von Anwohnerinnen und Anwohnern auch diejenigen von Pendlerinnen und Pendlern zu erheben. Dafür hatte das Tiefbauamt das «Bedürfnissammelding» Örbi konstruiert, einen auffälligen mobilen Pavillon. Örbi kam am Stauffacher und am Escher-Wyss-Platz in einer Pilotphase zum Einsatz. Je rund 350 Personen nahmen teil, was mit klassischen Informations- und Mitwirkungsveranstaltungen schwer zu erreichen ist. Pro Einsatz kostete Örbi je Fr. 9000.– für Personal, Auswertung und Bericht; hinzu kamen je Fr. 6600.– für die Bewachung. Dies ist günstiger als ein Mitwirkungsverfahren mit mehreren Veranstaltungen. Für die Mitwirkung am Röschibachplatz zum Beispiel wurden rund Fr. 25 000.– aufgewendet. Deshalb bedauert es der Stadtrat, dass der Gemeinderat die Mittel für den Einsatz von Örbi für 2013 gestrichen hat. Unter der Leitung des Tiefbauamts wird nun geprüft, wie sich Örbi für andere Zwecke nutzen lässt.

### «Stadtverkehr 2025 – Zürich macht vorwärts»

48,3 Prozent der Stadtzürcher Haushalte besitzen kein Auto. Dies ist auch eine Folge der konsequenten Zürcher Verkehrspolitik, die zwei Dinge früh erkannt hat. Erstens: Wir müssen haushälterisch mit dem knappen städtischen Raum umgehen. Deshalb sind platzsparende und umweltfreundliche Verkehrsarten zu fördern. Zweitens: Schöne Appelle, doch bitte auf platzsparende Mobilität umzusteigen, genügen nicht. Entscheidend ist vielmehr, dass das Angebot stimmt. Die platzsparenden Verkehrsarten müssen gute Alternativen zum eigenen Auto sein. Die Tatsache, dass mittlerweile fast die Hälfte

der Haushalte in der Stadt auf ein eigenes Auto verzichtet, bestätigt die hohe Qualität des Angebots.

Motorisierter Individualverkehr (MIV) ist und bleibt ein Teil des Stadtverkehrs. Es gibt Leute und Berufsgruppen, die auf das Auto angewiesen sind, zum Beispiel müssen Gewerbetreibende zügig liefern können. Doch der MIV ist nicht der Verkehr, sondern ein Teil davon. Die Zürcher Mobilitätsstrategie ist gesamtheitlich. Das heisst, sie strebt ein funktionierendes Gesamt-Verkehrssystem an. Überdies berücksichtigt sie, dass der öffentliche Raum auch Lebensraum ist.

Mit dem 2012 lancierten Programm «Stadtverkehr 2025 – Zürich macht vorwärts» entwickelt der Stadtrat die Stadtzürcher Verkehrspolitik weiter. Dies nicht zuletzt im Hinblick auf das Bevölkerungswachstum. «Stadtverkehr 2025» setzt auf Schlüsselvorhaben, insbesondere zur Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs. Der Stadtrat stellt mittels eines Aktionsplans und eines entsprechenden Controllings sicher, dass wirkungsvolle Massnahmen umgesetzt werden.

### Masterplan Velo

Kurz nach dem Gesamtprogramm von «Stadtverkehr 2025» präsentierte der Stadtrat als zentrales Element den Masterplan Velo. Die Zahl der Velofahrten in der Stadt Zürich ist demnach bis 2025 zu verdoppeln. Allen, die wenig geübt sind oder gar nicht Velo fahren, soll ein Komfortrouthenetz zur Verfügung stehen. Sie sollen sich sicher und getrennt vom motorisierten Individualverkehr bewegen können. Denn zwei von drei Zürcherinnen und Zürchern besitzen ein Velo, aber nur ein Drittel benützt es regelmässig.

Für geübte Velofahrende wird es ein Netz aus schnellen und direkten Routen geben. Velostationen und Schulungen runden das künftige Zürcher Veloangebot ab.

Neben der Infrastruktur und der spezifischen Ansprache verschiedener Gruppen spielt im Masterplan Velo auch das Verkehrsklima eine tragende Rolle. Das Verhalten im Verkehr soll durch die Sensibilisierung und durch vermehrte Kontrollen der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern im Allgemeinen sowie der Velofahrerinnen und -fahrer im Speziellen verbessert werden.

Der Bau der neuen Routen benötigt Platz. Dieser wird in erster Linie über Umgestaltungen im bestehenden Strassenraum geschaffen. Es wird im Einzelfall zu klären sein, wie und ob Flächen kompensiert werden können, die für Auto- oder Fussverkehr, Parkfelder oder Grünflächen aufgehoben werden. Für die Umsetzung des Masterplans Velo wird es bis 2025 zu voraussichtlichen Kosten von rund 55 Mio. Fr. für Infrastruktur kommen, also im Schnitt 4–5 Mio. Fr. im Jahr. Mit 12 Mio. Fr. oder knapp 1 Mio. Fr. pro Jahr ist für die übrigen Handlungsfelder zu rechnen. Die Ausgaben werden mit separaten Kreditvorlagen beschlossen. Da die meisten Velorouten regional klassiert sind, wird die Stadt beim Kanton jeweils Mitfinanzierungen beantragen. Der Stadtrat rechnet damit, dass mehr als die Hälfte der Ausgaben über kantonale Mittel gedeckt werden.

### Art and the City

43 Werke unter freiem Himmel von Kunstschaaffenden aus aller Welt, Begleitveranstaltungen, Führungen: Das war Art and the City in Zürich-West. Zehntausende Kunstinteressierte aus der Stadt, aus anderen Teilen der Schweiz und aus dem

Ausland besuchten im Sommer 2012 die temporäre Freiluftgalerie. Art and the City fand im Rahmen des städtischen Legislatorschwerpunkts «Kultur- und Kreativstadt Zürich» statt und befasste sich mit der Entwicklung von Zürich-West als einem Stadtteil im Umbruch. Art and the City positionierte Zürich-West als Stadtteil von hoher Wirtschaftskraft, Kultur und Lebensqualität. Als besondere Attraktion erwies sich das auf dem ganzen Liniennetz der VBZ verkehrende Sondertram des Schweizer Künstlers Beat Zoderer.

Zwei Drittel der Projektkosten wurden von Privaten übernommen. Der Anteil der Stadt Zürich betrug Fr. 700 000.–.

Zusätzlich zu drei Skulpturen, die von privater Seite angekauft wurden, bleibt ein weiteres Werk von Art and the City in Zürich-West stehen, nämlich die fünf massiven Backstein-Skulpturen «Catedrales» des kubanischen Künstlerduos «Los Carpinteros» am Escher-Wyss-Platz. Die Skulpturengruppe «Catedrales» ist eine Ehrbezeugung an das Handwerk, stellt sie doch Akkuschraubenaufsätze dar. Schweizer Maurer haben die Skulpturen im Auftrag der Zürcher Galerie Peter Kilchmann nach den Vorgaben der Carpinteros in zweiwöchiger Präzisionsarbeit erstellt.

### **Akquisition des Marktkehrichts auf ZAV AG übertragen**

Das Ziel, die Kräfte bei der Kehrichtbewirtschaftung im Kanton Zürich zu bündeln, reicht ins letzte Jahrhundert zurück. Ein Meilenstein wurde 2005 gesetzt, als die fünf KVA-Betreiber im Kanton Zürich den «ZAV Zürcher Abfallverwertungs-Verband» gründeten, ein Konsortium in Form einer einfachen Gesellschaft. Die Auswertung eines dreijährigen Pilotbetriebs zeigte 2008, dass wertvolle Synergien zu sichern waren. Als Weiterentwicklung gründeten die fünf Kehrichtverwerter – Limeco, Stadtwerk Winterthur, KEZO, Horgen, und ERZ – per 1. Januar 2013 die «Zürcher Abfallverwertungs AG». Die Umwandlung des ZAV in eine Aktiengesellschaft schafft professionellere Geschäftsstrukturen. Diese sind notwendig, um im härter werdenden freien Markt der Kehrichtentsorgung auch in Zukunft die benötigten Mengen beschaffen zu können. Stadt- und Gemeinderat stimmten der Aufgabenübertragung an die ZAV AG zu, der Gemeinderat tat dies mit 89 gegen 27 Stimmen.

Die ZAV AG akquiriert für ERZ den sogenannten Marktkehricht. Dabei handelt es sich um den frei entsorgbaren Abfall, in der Hauptsache um brennbare Bau- und Industrieabfälle. Die ZAV AG bestimmt den Verwertungspreis für den akquirierten Marktkehricht und erhält von ERZ für ihre Leistungen eine marktübliche Abgeltung.

Das gesamte Aktienkapital der ZAV AG beträgt 1 Mio. Fr. Die Aktienkapitalanteile der fünf Partner berechnen sich proportional zu ihren Verwertungskapazitäten. Auf ERZ entfallen 31,2%; daraus ergibt sich für die Stadt Zürich ein Aktienkapital von Fr. 312 000.–.

Beschaffung und Entsorgung des Siedlungsabfalls aus Haushalten und Betrieben der Stadt Zürich verbleiben weiterhin in der alleinigen Verantwortung von ERZ.

### **Spatenstiche und Eröffnungen**

Auch 2012 waren Baustarts und Vollendungen von Bauprojekten zu feiern. Allen voran die Eröffnung der Freestyle-Anlage auf der Allmend und des Brupbacherplatzes auf der ehemaligen

Westtangente. Beide Bauwerke hatten jahre- bzw. jahrzehntelange beharrliche Arbeit aller Beteiligten verlangt.

Weiter auf sich warten lässt die Einhausung Schwamendingen. Das Bundesamt für Strassen (Astra) hat das Projekt zusammen mit Stadt und Kanton Zürich verbessert. An mehreren Orten ergeben sich deshalb kleinere Anpassungen. Angesichts der Vielzahl der betroffenen Personen sowie der hohen Komplexität des Projekts kam das Astra richtigerweise zum Schluss, dass eine einzelfallweise Behandlung der Anpassungen nicht zweckmässig sei. Deshalb wurden die Projektänderungen gesamthaft öffentlich aufgelegt. In der Folge verzögert sich der Bau zwar weiter, doch gewinnt das Projekt damit an Sicherheit in der Planung und der späteren Umsetzung. Nach heutigem Stand ist mit den Hauptarbeiten Anfang 2017 zu rechnen.

Ebenfalls lange in der Planung war der Hardaupark. Dieser ist ein Beispiel dafür, dass Legislatorschwerpunkte mit dem Ende einer Legislatur nicht von einem Tag auf den anderen ad acta gelegt werden. Der Hardaupark ist ein Element zur Aufwertung des Hardquartiers, was wiederum Teil eines Schwerpunkts der Legislatur 2002–2006 war. Der 2012 eingeweihte Park ist von der Bevölkerung sehr gut aufgenommen worden. Die Diskussionen über die Anfangsschwierigkeiten mit der Parkskulptur «Y» werden ihren Erfolg langfristig nicht beeinträchtigen.

Der Bahnhof Oerlikon, der siebtgrösste Bahnhof der Schweiz, erhält zwei zusätzliche Gleise, breitere Perrons, eine Einkaufspassage und bessere Verbindungsräume für die angrenzenden Quartiere. Der Ausbau ist notwendig, um den Bedürfnissen des wachsenden Pendelverkehrs und der Entwicklung im Raum Zürich-Nord gerecht zu werden. In feierlichem Rahmen tätigten Vertretungen von SBB, Kanton und Stadt den Spatenstich für den Ausbau des Bahnhofs Oerlikon. Die Stadt verantwortet die neue Quartierverbindung und die Quartieranbindung Ost. Damit sind in Zukunft die Stadtteile Zentrum Oerlikon, Neu-Oerlikon und Leutschenbach besser untereinander sowie mit dem Bahnhof verbunden. Die erforderlichen Objektkredite von 50 und 110 Mio. Fr. für die Quartierverbindung und die Quartieranbindung Ost waren 2009 und 2010 von den Stimmentenden mit 79 bzw. 71 % Ja angenommen worden.

### **Volksabstimmungen**

2012 kamen zwei Vorlagen des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements an die Urne.

Bei der Abstimmung zu den Baulinienrevisionen im Quartier Affoltern ging es um die Anpassung der Baulinien an die Richtplanung. So ist beispielsweise eine Tramlinie zwischen Affoltern und Oerlikon im regionalen Richtplan eingetragen. Für diese galt es, genügend Raum zu sichern. Als entscheidend erwies es sich, zu vermitteln, dass es bei der Volksabstimmung um Raumsicherung und damit um Planungssicherheit ging und noch nicht um konkrete Bauprojekte. Schliesslich genehmigten die Stimmentenden die Vorlage mit 71 % Ja-Stimmen klar.

Mit 60,7 % Ja passierte auch die zweite Vorlage des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements, der Objektkredit von 17,203 Mio. Fr. für die Neugestaltung des Sechseläuten-/ Theaterplatzes einschliesslich Velomassnahmen. Das gute Ergebnis kam zustande, obwohl der Abbau einer von zwei Abbiegespuren vom Utoquai in die Schoeckstrasse zum Hauptthema in einem vehement geführten Abstimmungskampf geworden war. Dabei war dieser Spurabbau nicht Gegenstand der

Volksabstimmung, da die Genehmigung für diesen Spurabbau dem Regierungsrat oblag. Für den Stadtrat war die Vorlage denn auch in keiner Weise eine verkehrspolitische.

Die Herausforderung lag darin, dass die 300 m<sup>2</sup> grosse Fläche, die durch die Aufhebung der einen Spur frei werden sollte, zum grössten Teil für eine kleine Erweiterung des Platzes vorgesehen war und deshalb in den Objektkredit integriert werden musste. Die Aufhebung dieser 300 m<sup>2</sup> war also Voraussetzung für die Platzweiterung. Die Erfüllung dieser Voraussetzung lag aber nicht in der Hand der Stimmenden, sondern in derjenigen des Regierungsrats.

Der Regierungsrat genehmigte den Spurabbau schliesslich nicht, bestätigte aber, dass der Platz auch ohne die Erweiterung gebaut werden kann, sodass sich die Bevölkerung Ende 2013 über einen neuen Platz mitten in der Stadt wird freuen können. Die Frage nach der Rechtmässigkeit des Spurabbaus wird das Verwaltungsgericht beantworten.

Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton Zürich funktioniert trotz dieses einen Dissenses gut. Als Beispiel möge der Limmat-Auenpark Werdhölzli dienen, dessen Bau Kanton,

Stadt und WWF gemeinsam starten durften. Der Auenpark wird voraussichtlich im Spätsommer 2013 der Bevölkerung übergeben.

### **Umzug von Geomatik + Vermessung**

Im eidgenössischen Jubiläumsjahr «100 Jahre Amtliche Vermessung» wechselte Geomatik + Vermessung Zürich (GeoZ) seinen Hauptsitz vom Amtshaus V an die Weberstrasse 5 in Zürich-Aussersihl. Dies war eine Massnahme im Zuge der «Portfoliostrategie 2020 Engere Verwaltung» und ermöglichte die überfällige Entlastung des Amtshauses V.

Aus diesem Anlass lud GeoZ zu einem Tag der offenen Tür ein. Über 400 Gäste liessen sich in die Welt der 3D-Vermessung einführen. Erstmals wurde ein Laserscanner gezeigt. Damit lassen sich Objekte dreidimensional aufnehmen, auswerten und darstellen. Laserscanner-Messungen sind eine grosse Hilfe bei Fassadenaufnahmen, bei schwer zugänglichen Baustellen oder bei unterirdischen Schächten der Stadtentwässerung. Eine weitere Dienstleistung des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements, die keine fetten Lettern produziert, aber dennoch wichtig ist.

### 3. Kennzahlen Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

	2008	2009	2010	2011	2012
Mitarbeitende total	1 675	1 682	1 670	1 666	1 700
– davon Frauen	276	290	292	296	320
– davon Männer	1 399	1 392	1 378	1 370	1 380
Ø Stellenwert-Äquivalent	1 573	1 579	1 590	1 565	1 588
Führungskader total <sup>1</sup>	291	281	291	290	301
– davon Frauen	31	29	29	27	31
– davon Männer	260	252	262	263	270
Lernende total	78	83	94	91	95
– davon Frauen	23	24	25	30	29
– davon Männer	55	59	69	61	66
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)</b>					
Total	1 429	1 439	1 429	1 414	1 449
Frauen	139	151	156	158	172
Männer	1 290	1 288	1 273	1 256	1 277
Frauen in %	9.7	10.5	10.9	11.2	11.9
Männer in %	90.3	89.5	89.1	88.8	88.1
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)</b>					
Total	201	196	198	217	216
Frauen	107	109	107	114	125
Männer	94	87	91	103	91
Frauen in %	53.2	55.6	54.0	52.5	57.9
Männer in %	46.8	44.4	46.0	47.5	42.1
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)</b>					
Total	71	73	70	63	66
Frauen	32	31	31	26	26
Männer	39	42	39	37	40
Frauen in %	45.1	42.5	44.3	41.3	39.4
Männer in %	54.9	57.5	55.7	58.7	60.6
Personalaufwand	189 896 264	191 190 654	194 124 060	189 937 327	199 998 532
Sachaufwand	254 089 906	270 649 594	276 711 448	252 755 680	249 877 220
Übriger Aufwand	303 547 732	303 603 402	298 921 990	344 193 310	287 891 375
Total Aufwand	747 533 902	765 443 650	769 757 498	786 886 317	737 767 127
Bruttoinvestitionen	135 420 647	241 567 856	213 884 536	199 217 959	192 360 908

**Definitionen:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

<sup>1</sup> Die Anzahl der Führungskader für das Jahr 2008 wurde korrigiert.

## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Die Hauptaufgabe des Departementssekretariats sind die Unterstützung der Vorsteherin bei der Führung und die Unterstützung der Dienstabteilungen bei Geschäften, die dem Stadt- und dem Gemeinderat unterbreitet werden. Ausserdem nimmt es Querschnittsaufgaben in den Bereichen Finanzen, Personal, Controlling, IT und Kommunikation wahr.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Departementssekretariats beraten die Dienstabteilungen in strategischen Fragen,

bei rechtlichen Problemen von abteilungsübergreifender Bedeutung und bei allen administrativen Problemen. Die Dienste des Departementssekretariats sind vor allem bei Geschäften gefragt, die in der Zuständigkeit von Stadtrat, Gemeinderat oder Volk liegen. Ein wichtiger und wahrnehmbarer Teil des Departementssekretariats ist die Abteilung für Kommunikation. Sie ist Ansprechpartnerin für die Medien und arbeitet eng mit den Kommunikationsstellen der andern Departemente und der Dienstabteilungen zusammen. Auch der Kontakt mit der Abteilung Kommunikation der Stadtkanzlei ist ihre Aufgabe.

### 4.2 ERZ Entsorgung + Recycling Zürich

#### 4.2.1 Aufgaben

ERZ übernimmt neben seiner Kernaufgabe, der Entsorgung, vermehrt auch Versorgungsaufgaben. Die grundlegenden Leistungen sind eine saubere Stadt, sauberes Wasser, das zurück in den Wasserkreislauf fliesst, und Wärme in Form von Heizwärme und Strom.

Besonders im Bereich der erneuerbaren Energien ist ERZ bereits heute grösste Energieproduzentin auf Gemeindegebiet. ERZ liefert Wärme für umgerechnet 170 000 Wohnungen und speist über 122 000 MWh Strom ins Netz des ewz und des EKZ ein. Die Biogas Zürich AG wird den Betrieb des Vergärwerks 2013 aufnehmen und aus der Vergärung von Bioabfall jährlich 2,4 Mio. m<sup>3</sup> Biogas für die Stadt Zürich produzieren. Nimmt das Stimmvolk der Stadt im März 2013 den Objektkredit für den Bau der zentralen Klärschlammverwertungsanlage an, wird ERZ ab 2015 dank der Verlagerung von Prozessen weitere 5 Mio. m<sup>3</sup> Biogas ins Erdgasnetz der Stadt Zürich einspeisen können.

#### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

##### Entwässerung

Der Geschäftsbereich Entwässerung erstellt, betreibt und unterhält das städtische Kanalnetz und ist zuständig für den Unterhalt der Bäche auf Stadtgebiet. Ein zuverlässiges Kanalnetz ist von vitaler Bedeutung für den Schutz des Grundwassers. Zum 920 km langen Kanalnetz gehören rund 3000 Spezialbauwerke und Kammern, bestehend aus Hochwasserentlastungen, Pumpwerken und Regenüberlaufbecken bis hin zu Geschiebesammlern der Bäche. 110 Bäche von insgesamt 108 km Länge fliessen durch das Stadtgebiet, davon 64 km durch Wälder und 44 km durch das Siedlungsgebiet.

Rund 45 Mio. Fr. investierte ERZ 2012 in das städtische Kanalnetz für Sanierungen und Neubauten. Im Quartier Wiedikon wurde 2012 der Bau eines Speicherkanals in der Birmensdorferstrasse in Angriff genommen. Mit diesem Speicherkanal können in Zukunft die Hochwasserspitzen aufgefangen und kontrolliert abgeleitet werden. Das schützt weitere Teile von Wiedikon wirksam vor überfluteten Kellern.

Der Bereich Entwässerung hat im Rahmen des Masterplans «Hochwasser Stadt Zürich» ein Bach-Portfolio erarbeitet. Darin

ist die Strategie zum Hochwasserschutz an den kommunalen Gewässern festgehalten. Aktuell sind zwei Projekte aus dem Portfolio in Planung: die Hochwasser- und Revitalisierungsprojekte Katzenbach und Hornbach.

Der Katzenbach ist heute verbaut und begradigt. Bei starken Niederschlägen ist darum mit Überflutungen zu rechnen. Das Projekt sieht den Bau eines Rückhalteraums vor, in dem die Hochwasserspitze aufgefangen werden kann. Zudem wird der Bachlauf neu gestaltet und mit natürlichen Ufern geführt. Im Mündungsbereich des Hornbachs beim Zürichhorn ist es in den letzten Jahren mehrfach zu Überflutungen gekommen. Mit dem Hochwasserschutzprojekt wird ein definierter Überflutungsraum geschaffen und der Hornbach zugleich ökologisch aufgewertet. Beide Projekte werten die Landschaft auf, und gleichzeitig wird das Siedlungsgebiet wirksam vor Hochwasser geschützt.

##### Klärwerk Werdhölzli

Im Jahr 2012 reinigte das Klärwerk Werdhölzli rund 80 Mio. m<sup>3</sup> Abwasser der Stadt Zürich und der angeschlossenen Vertragsgemeinden. Zusätzlich nimmt das Klärwerk noch verschiedene flüssige Rückstände aus anderen Klärwerken oder von privaten Unternehmen zur Reinigung an. Die Rückstände bestehen aus Fett, Produktionsabwasser oder Klärschlamm. 7240 t Fett und Produktionsabwasser wurden im Berichtsjahr der Vorfaulung für die Energiegewinnung zugeführt, und rund 29720 t entwässerter Klärschlamm wurde im städtischen Kehrichtheizkraftwerk zu Wärme und Strom verwertet.

Die Modernisierung der 26-jährigen Reinigungsanlagen der Biologie/Filtration fand Ende 2012 ihren Abschluss. Über drei Jahre dauerte diese Erneuerung, dazu wurde ein Kredit von 87,5 Mio. Fr. benötigt. Als Folge der Erneuerung kann ERZ im Reinigungsprozess jährlich 800 000 kWh Strom einsparen und die Denitrifikationsleistung von rund 68 % auf etwa 74 % erhöhen.

Das Projekt zur Erneuerung der Elektrotechnik im Klärwerk Werdhölzli dauert von 2011 bis 2013. Zahlreiche pneumatische Steuerungen wurden 2012 auf elektrotechnische Steuerungen umgerüstet. Diese Umrüstungen ermöglichen den Mitarbeitenden einen direkten Zugriff auf die Anlagensteuerung über das Prozessleitsystem.



Das Projekt der zentralen Klärschlammverwertungsanlage und des damit verbundenen Transportkostenausgleichs konnte erfolgreich einen Schritt weitergeführt werden. ERZ informierte die Betreiber von Kläranlagen im Kanton Zürich an Informationsveranstaltungen über den Stand dieser zwei Projekte. Der Gemeinderat bewilligte im April 2012 beide Projekte. Die Volksabstimmung über den Objektkredit für die Klärschlammverwertungsanlage ist für März 2013 geplant.

2012 war für das Kompostierwerk Werdhölzli das letzte Betriebsjahr. Mit der Einführung der Bioabfallsammlung in der Stadt Zürich Anfang 2013 genügt das Verfahren der offenen Kompostierung nicht mehr. ERZ und Erdgas Zürich AG gründeten deshalb 2011 die Firma Biogas Zürich AG, die bis zum Frühjahr 2013 das Vergärwerk erstellt und anschliessend betreibt. Dort verwertet die Biogas Zürich den Bioabfall zu festem und flüssigem Gärgut und zu Biogas. Nach 43 Jahren wird das Kompostierwerk mit der offenen Kompostierung stillgelegt. Alle Mitarbeitenden des Kompostierwerks Werdhölzli wechselten zur Biogas Zürich AG.

### **Stadtreinigung**

Im Winter 2011/12 führte ERZ gemäss Beschluss 1551/2011 des Stadtrats erstmals den «zweckdienlichen Winterdienst» ein. Ziel ist ein möglichst ökologischer und wirtschaftlicher Winterdienst bei gleichzeitiger Sicherstellung der urbanen Mobilität.

Der Winterdienst soll ein sicheres Fortkommen, freie Fahrt, den Schutz der Umwelt und einen zielführenden Einsatz der Ressourcen gewährleisten. Sicherheit und Mobilität bleiben dabei oberstes Gebot. So werden die Hauptverkehrsachsen mit öffentlichem Verkehr wie gewohnt schwarz geräumt. Im übrigen wird aber vermehrt ohne Salzeinsatz gepflegt. Salz kommt nur noch bei drohender Schnee- und Eisglätte zum Einsatz. Der neue Winterdienst hat sich bewährt, ERZ registrierte keine ernsthaften Klagen.

Die Werkhöfe der Stadtreinigung befinden sich mehrheitlich in stark bewohnten Gebieten, denn die Anfahrtswege sollen so kurz wie möglich sein. Die Wohnbevölkerung der Stadt Zürich wird in den nächsten fünfzehn Jahren voraussichtlich 7 bis 15 % wachsen, weshalb die Beibehaltung der bestehenden Standorte für den Geschäftsbereich von zentraler Bedeutung ist. Darum hat die Stadtreinigung in Zusammenarbeit mit der Immobilien-Bewirtschaftung der Stadt eine Gesamtübersicht über die Werkhofstandorte erstellt. Dieser Bericht dient als Grundlage für das Bewältigen der zukünftigen Herausforderungen und für das aktive Angehen der entstehenden Handlungsfelder.

Auf dem Werkareal Josefstrasse hat der Geschäftsbereich Stadtreinigung ein neues Salzsilo in Betrieb genommen. Die zentrale Lage des neuen Silos und mit seinem Fassungsvermögen von 150 m<sup>3</sup> oder 180 t Streusalz ermöglichte den Mannschaften in den Kreisen 4 und 5 kürzere Anfahrtswege und weniger Leerfahrten.

### **Werkstattbetriebe**

Das Kompetenzzentrum für Kommunaltechnik in Wallisellen und im Hagenholz mit ausreichend dimensionierter Infrastruktur und 47 Mitarbeitenden gliedert sich in die Fachbereiche Fahrzeug- und Geräteinstandhaltung, Schlosserei und Malerei sowie Holzbau. Hinzu kommt die Fachleitung Flotte, die zur Umsetzung der Flottenstrategie auch Fahrzeugunfälle administrativ betreut und begleitet. Jährlich werden über tausend Fahrzeuge

und Gerätschaften gewartet sowie Stahlbaukonstruktionen, Metallzäune, Pfosten und Baumkränze hergestellt und repariert. Weiter konstruieren und unterhalten die Werkstattbetriebe rund 130 Holzbrücken und Wasserstege in der Stadt.

Als offizieller Servicestützpunkt betreuen die Werkstattbetriebe Kommunalfahrzeuge und Winterdienstgeräte von Boschung sowie Saug- und Spülfahrzeuge von Kaiser. Als durch das eidg. Gefahrgutinspektorat auditierte Prüfstelle für mobile Tankanlagen zum Transport gefährlicher Güter (ADR/SDR) verfügen die Werkstattbetriebe als einzige in der Ostschweiz über das Know-how, Kanalsaug- und -spülfahrzeuge für diese Prüfverfahren vorzubereiten. Zudem sind die Werkstattbetriebe ein zertifiziertes Unternehmen im Bereich Schweißverfahren. Das Team Schlosserei und Holzbau nutzt die Möglichkeiten von CAD und ist so in der Lage, auch komplizierte Stahl- und Holzbaukonstruktionen zu fertigen. Der Zusammenbau und das Setzen von Unterflurcontainern sowie die nachfolgende Qualitätssicherung sind ebenfalls Spezialitäten der Werkstattbetriebe.

Eine der grössten Herausforderungen der Zukunft ist die Sicherung des beruflichen Nachwuchses, denn in den kommenden vier Jahren werden rund ein Viertel der Belegschaft das Pensionsalter erreichen, und der Arbeitsmarkt ist in diesen Segmenten ausgetrocknet. Die Werkstattbetriebe haben sich darum entschlossen, den beruflichen Nachwuchs selber auszubilden und so den Know-how-Transfer selber sicherzustellen. Mit dem Schaffen einer zusätzlichen Lehrstelle bilden die Werkstattbetriebe in den kommenden Jahren nebst Metallbauern, Automobilfachleuten und Motorgerätemechanikern auch Automobilfachassistenten aus.

### **Entsorgungslogistik**

Schwerpunkt im Berichtsjahr waren die Planung der 2013 einzuführenden Abfuhr von Bioabfall und die Information der Haushalte. Bis Ende Jahr lösten 8000 Kunden ein Bioabfall-Abo und profitieren ab 2013 von der ganzjährigen Abfuhr von Bioabfall, der sich aus pflanzlichem Gartenabfall, biogenem Küchenabfall und Speiseresten zusammensetzt. 2013 wird die Akquisition von Liegenschaften und Betrieben für das neue Angebot weitergeführt. Für die Abfuhr des Bioabfalls beschaffte ERZ neue Abfallsammelfahrzeuge. Diese werden umweltfreundlich mit Erdgas betrieben. Für die Betankung hat ERZ die Tankstelle auf dem Areal Hagenholz mit einer Erdgas-Zapfsäule erweitert.

Die Anzahl von Unterflursammelstellen für Wertstoffe, Züri-Säcke oder Betriebskehricht wurde weiter erhöht. So realisierte ERZ auch drei neue Unterflur-Wertstoffsammelstellen für Hohlglas und Kleinmetall. Diese Anlagen sind aus mehreren Gründen begrüssenswert: Die Einwurflöcher sind auch für behinderte Menschen auf der richtigen Höhe, dank grösseren Sammelbehältern ergeben sich gesamthaft weniger Verkehrsbewegungen für die Leerung, und eine übersichtliche Anordnung der Anlage reduziert illegale Deponien.

40 % der Haushalte in der Stadt besitzen kein eigenes Auto. Das Cargo- und das E-Tram, die mobilen Recyclinghöfe auf Schienen, sind deshalb bei der Stadtbevölkerung äusserst beliebt. Mit dem Cargo-Tram wurden 2012 423 t Sperrgut eingesammelt. Im selben Zeitraum hat das E-Tram 75 t Elektrogeräte entgegengenommen. Um die Bedürfnisse der Bevölkerung besser zu befriedigen, werden ab 2013 jeweils am Samstag die Recyclinghöfe Hagenholz und Werdhölzli neu bis 14 Uhr

geöffnet sein, und das Angebot von Cargo- und E-Tram wird um eine Haltestelle beim Tramdepot Hard erweitert.

Die Recyclingquote beschreibt das Verhältnis der gesammelten Kehrichtmenge zur Menge der Wertstoffe, die in den Kreislauf zurückgeführt werden. Die Recyclingquote erreichte 2012 einen Wert von 41,4 %. Die Entsorgungs-Coupons erfreuten sich auch 2012 wieder grosser Beliebtheit. Die Stadtbevölkerung lieferte 80000-mal kostenlos Sperrgut ein. Die Menge des zurückgegebenen Kleinmetalls belief sich auf 1037 t. Die Kartonmenge stieg auf 5288 t, die Menge des Sonderabfalls blieb stabil bei rund 786 t, diejenige des Papiers blieb stabil bei 20165 t.

### **Kehrichtheizkraftwerk**

Im Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz wurden im Jahr 2012 total 245 277 t Kehricht und 24 261 t entwässerter Klärschlamm thermisch verwertet; daraus wurden 498 329 MWh Zürich Wärme und 153 623 MWh elektrischer Strom produziert.

Nach zwanzig Jahren Betriebszeit muss die heutige Rauchgasreinigung mit ihrer Abwasserbehandlungsanlage (ABA) vollständig überholt und teilweise erneuert werden. Während einige Anlagenteile aufgrund ihrer guten Funktionsweise und ihres erfreulichen technischen Zustands saniert werden können, wird die Abwasserbehandlungsanlage vollumfänglich erneuert. Diese Arbeiten erledigt ERZ etappenweise während der ordentlichen Revisionen bis 2013.

Während der Revisionen im Jahr 2012 sanierte der Geschäftsbereich an beiden Ofenlinien die bestehenden Katalysatoren, die für die Elimination der Stickoxide verantwortlich sind. Im Rahmen der energetischen Optimierung der Prozessabläufe wurde neu je ein Wärmetauscher in den Waschwasserkreislauf der Rauchgaswäscher eingebaut. Diese Wärmetauscher machen es möglich, die bis anhin ungenutzte Wärmeenergie zur Beheizung des gesamten Rauchgasreinigungsgebäudes zu verwenden. Der bis anhin verwendete hochwertige Dampf aus der Kehrichtverwertung kann nun effizienter eingesetzt werden. Die Ofenlinie 2K3 erhielt im Wäscher zusätzlich eine Oxidationsstufe (Sauerstoffbeimischung). Diese wirkt sich positiv auf die Abscheidung des Schwefeldioxids aus und verbessert somit die Umweltbilanz der gesamten Anlage.

In minutiös geplanten Arbeitsschritten erfolgt nun bis zum Sommer 2014 der Ersatz der an die Rauchgasreinigung angeschlossenen ABA. Das während der Rauchgasreinigung anfallende Abwasser muss vor dem Einleiten in die Kanalisation vorgereinigt werden. ERZ ersetzt eine dieser Behandlungsanlagen durch eine neue, moderne Linie. Nach Inbetriebnahme der ersten ABA wird die zweite abgebrochen und mit einer Flugaschewaschanlage (Fluwa) ergänzt. Flugasche ist Staub, der aus dem Rauchgas abgefiltert wird und heute in einer Untertagedeponie endgelagert werden muss. Mit der Fluwa werden nun vor allem Schwermetalle ausgewaschen. Die gewaschene Flugasche ist folglich bedeutend weniger belastet und kann darum kostengünstiger entsorgt werden. Die mit der Fluwa zurückgewonnenen Stoffe, wie beispielsweise Zink, können über ein Schmelzwerk rezykliert werden.

Ende 2012 schloss die kantonale Baudirektion nach zwei intensiven Jahren die Überarbeitung der Kapazitätsplanung im Kanton Zürich ab. Das kantonale Amt für Wasser, Energie Luft (Awel) hat in einem kooperativen Planungsprozess mit den Trägerschaften der thermischen Abfallverwertungsanlagen eine «Überprüfung der Kapazitäts- und Standortplanung

der thermischen Verwertung von Abfällen im Kanton Zürich 2012–2035» vorgenommen. Dieser Planungsprozess erfolgte in enger Kooperation mit den Trägerschaften der Kehrichtverwertungsanlagen und dem Zürcher Abfallverwertungs-Verband (ZAV).

Das Resultat ist ein gegenüber der Planung von 2002 verlangsamter Übergang zu vier Standorten im Kanton. Aufgrund der zentralen Lage und des hohen energetischen Wirkungsgrads soll die Anlage Hagenholz in Zukunft eine noch bedeutendere Rolle im Verbund der Zürcher Anlagen erhalten. Die Verwertungskapazität soll zu jenen Anlagen verschoben werden, die einen hohen Bedarf an Fernwärme haben. Die vorgesehene Abfolge von Anlagenerneuerungen und Neubauten im ganzen Kanton Zürich ergibt eine grosse Flexibilität, um auf Veränderungen der Abfallmengen zu reagieren. Je nachdem, wie sich die Abfallmengen entwickeln, besteht im Hagenholz die Option einer dritten Verbrennungslinie. Die alle fünf Jahre geplanten Kapazitätskonferenzen für den Strategieabgleich unter den Trägerschaften stellen sicher, dass die Anlageninvestitionen optimiert vorgenommen und Überkapazitäten vermieden werden. Sie garantieren eine «Planungssicherheit in der Flexibilität».

Ende November hat ERZ vom Verband der Betreiber Schweizerischer Abfallverwertungsanlagen (VBSA) das Klima-Charta-Label für das Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz erhalten. Die VBSA-Klima-Charta zeichnet gute Umweltleistungen von Anlagen mit hoher Effizienz bezüglich Energie- und Stoffrückgewinnung aus. Das Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz wurde dabei als erste thermische Abfallverwertungsanlage in der deutschsprachigen Schweiz für seine hervorragende energetische Gesamtbilanz und für seine Aktivitäten rund um die Schliessung der Stoffkreisläufe ausgezeichnet. Die Klima-Charta bewertet dabei die Energienutzung und -effizienz, die Anstrengungen im Klimaschutz, die Verwertung der Rückstände sowie die Entfrachtung der Schadstoffe.

### **Fernwärme**

Der Geschäftsbereich Fernwärme hat das Jahr 2012 erfolgreich abgeschlossen. Die Nachfrage nach Zürich Wärme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 15 %. Die Wärmeversorgung war auch während des kältesten Februars seit 1985 jederzeit gewährleistet. Die Nutzung von Kehrichtabwärme konnte zum vierten Mal in Folge gesteigert werden. Das Holzheizkraftwerk produzierte 41 GWh Strom, zertifiziert nach «naturemade star», und 93 GWh Wärme – genügend, um eine kleinere Stadt mit Energie zu versorgen. Sowohl der Strom wie auch die Wärme sind CO<sub>2</sub>-neutral und erneuerbar. Der mit fossilen Energieträgern produzierte Wärmeanteil betrug 20 %. Weil Erdgas die Luft weniger stark belastet als Heizöl, produziert ERZ seine Spitzenenergie fast ausschliesslich mit Erdgas und behält das Öl in Reserve. Dank Zürich Wärme spart die Stadt Zürich also jährlich mehr als 180 000 t CO<sub>2</sub> ein und, die Stadtbevölkerung profitiert von der besseren Luftqualität.

Das Sommerhalbjahr wurde genutzt, um das Holzheizkraftwerk sowie das neue Prozessleitsystem zu optimieren und um Mängel auszumerken. Zwei 35 Jahre alte Netzpumpen wurden durch vier kleinere, effizientere Pumpen mit geringerem Stromkonsum ersetzt.

Im Jahr 2012 wurden in den Versorgungsgebieten Zürich-Nord, Zürich-West und im Hochschulquartier insgesamt 58 Neuanschlüsse mit einer Wärmeleistung von total 12,5 MW erstellt. Bei den realisierten Hausanschlüssen handelt es sich

um 19 Neubauliegenschaften und 19 bestehende Gebäude. Ende des Jahres 2012 waren total 1791 Wärme-Übergabestationen in Betrieb, mit einer abonnierten Anschlussleistung von rund 407 MW. Die Länge des Versorgungsnetzes von Zürich Wärme betrug insgesamt 158 km, einschliesslich des Verteilnetzes der ETH Zürich.

Im Wärmeversorgungsgebiet Zürich-Nord hatte die Kommunikation der geplanten Stilllegung des Erdgasnetzes einen günstigen Einfluss auf die Nachfrage nach Zürich Wärme. ERZ konnte bereits 36 Verträge mit Erdgaskunden abschliessen, wovon acht Anschlüsse Ende des Berichtsjahres bereits vollzogen waren. Im Gebiet Zürich-West wurde die Wärmeversorgung zum Prime Tower in Betrieb gesetzt und weitere Gebäude der Grossüberbauung Europaallee ans Netz mit Zürich Wärme angeschlossen. Der Endausbau dieses Grossprojekts soll bis 2017 realisiert werden. Die Verwendung von Zürich Wärme für die Kälteproduktion gewinnt an Bedeutung. Das Universitätsspital Zürich verwendet seit längerem Dampf in Absorptionskältemaschinen. Im Gebiet Zürich-Nord wurde die sommerliche Vorlauftemperatur erhöht, um Absorptionsmaschinen mit Heizwasser zu betreiben. Das Rechenzentrum der Stadt Zürich nutzt bereits diese Applikation mit einer Kühlleistung von 1,6 MW. Mit der Abwärme des Rechenzentrums wird in Zukunft die Wärmeversorgung einer Wohnsiedlung gewährleistet.

Eine weitere Tranche erdverlegter Leitungen wurde mit einem automatischen Leckage-Detektionssystem ausgerüstet. Mit diesem Frühwarnsystem können entstehende Lecks schneller erkannt werden. Weil die Schäden zu diesem Zeitpunkt noch klein sind, können damit Unterhaltskosten reduziert und die Netzverfügbarkeit erhöht werden.

Eine Massnahme, die ERZ nach den Erfahrungen mit dem Versorgungsunterbruch im September 2011 umsetzt, ist der Einbau der ersten fernaktivierbaren Trennschieber für die Netzsicherung. Ein Wasserverlust aufgrund eines Lecks kann dank Abschottung von Netzsektoren minimiert werden. Zusätzliche Schieber werden über die kommenden Jahre etappenweise eingebaut.

Das Projekt Wärmeversorgung Zürich-West nach 2020 wird ausgearbeitet, um das Quartier Zürich-West nach dem Rückbau des Kehrichtheizkraftwerks an der Josefstrasse weiterhin zuverlässig mit Zürich Wärme zu versorgen. Dieses Jahr wurde die Option «Heisswasserverbindungsleitung Zürich-Nord nach Zürich-West» eingehender geprüft, insbesondere die genaue Leitungsführung und die Berechnung des Kostenrahmens.

#### 4.2.3 Spezifische Kennzahlen

	2010	2011	2012
Abwasserreinigung, in Mio. m <sup>3</sup>	77.6	67.8	80.9
Klärschlamm (28 % TS), in t	29960	30700	29720
Kompostierung, in t	15110	14200	16710
Wischgut von öffentlichem Grund, in t	9274	9523	9262
Gesammelte Werkstoffe, in t			
Papier	21149	21105	20165
Karton	4881	5047	5288
Glas	11474	11482	11567
Elektroschrott	1200	1300	1405
Kehrichtheizkraftwerke <sup>1</sup>			
verwerteter Kehricht, in t	336993	238985	245277
verbrannter Klärschlamm, in t	34873	24292	24261
Energieproduktion ERZ			
Wärme, in MWh	849628	715799	779113
Strom <sup>2</sup> , in MWh	180064	137780	143461

<sup>1</sup> ab 2011 nur noch Werk Hagenholz ohne Josefstrasse

<sup>2</sup> Strom aus Kehrichtheizkraftwerk und Klärwerk

## 4.3 Geomatik und Vermessung

### 4.3.1 Aufgaben

Geomatik und Vermessung (GeoZ) ist verantwortlich für die laufende Nachführung der amtlichen Vermessung (z. B. Grenzmutationen, Vermessung neu erstellter Gebäude), die Baupolizeivermessung (Grenzabstandsberechnungen, Angabe von Schnurgerüsten auf Baustellen) sowie die Ingenieurvermessung (z. B. Deformationsvermessungen an Brücken).

Weitere Aufgaben von GeoZ sind der Betrieb des städtischen GIS-Zentrums mit seinen vielfältigen Geoinformations- und Geodaten-Dienstleistungen für die gesamte Stadtverwaltung sowie der Betrieb des Print-Shops, der Aufträge in den Bereichen Kopie, Druck, Plot und grafische Gestaltung für die Stadtverwaltung ausführt.



Digitales Stadtmodell. (Bild GeoZ)

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

#### Berufsbildung bei GeoZ

2012 konnten zwei Geomatiker ihre Lehre erfolgreich abschliessen. Zudem konnte ein Kaufmann seine Lehre erfolgreich abschliessen. Im August starteten eine angehende Geomatikerin, ein angehender Geomatiker sowie ein angehender Kaufmann ihre berufliche Grundausbildung. Per Ende 2012 wurden damit insgesamt zehn Lernende bei GeoZ ausgebildet.

#### Zertifizierung GeoZ nach ISO 9001

Das im Jahr 2010 aufgebaute Integrierte Managementsystem (IMS-GeoZ) zur Verbesserung der internen Abläufe sowie zur nachhaltigen Sicherung des betriebsinternen Know-hows auf allen Stufen und in allen Bereichen wurde im Rahmen des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses weiter optimiert. Der Nutzen des IMS-GeoZ hat sich zur Hauptsache in der Sicherung einer hohen Qualität aller Arbeitsprozesse und im besseren Know-how-Transfer bei personellen Veränderungen gezeigt.

#### Prädikat «Familie UND Beruf»

Nach knapp einem Jahr Vorbereitung konnte GeoZ anlässlich des Weihnachtsanlasses das Prädikat Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben von der Fachstelle UND mit einem sehr guten Resultat entgegennehmen. Es wurden Massnahmen für die Jahre 2013–2015 festgelegt.

### Amtliche Vermessung

Infolge der grossen und intensiven Bautätigkeit in den vergangenen Jahren war 2012 wiederum ein sehr grosses Arbeitsvolumen in der Nachführung der Amtlichen Vermessung abzuarbeiten. Es wurden über 850 Nachführungsmutationen infolge Grenzänderungen, Neu- und Umbauten, Strassenbauten usw. abgeschlossen.

#### Projekt Tram Zürich West/ Ausbau Pfingstweidstrasse

Die umfassenden Nachführungsarbeiten im Zusammenhang mit der neuen Tramlinie konnten fristgerecht abgeschlossen werden. Es mussten dafür im vergangenen Jahr über zwanzig Arbeitswochen aufgewendet werden. Einige Folgeaufträge werden GeoZ im laufenden Jahr noch weiter beschäftigen.

#### Kantonale Mehranforderungen (KMAF)

Gemäss Art. 10 der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV) vom 18. November 1992 können die Kantone den durch das Bundesrecht vorgeschriebenen Inhalt der amtlichen Vermessung erweitern und weitergehende Anforderungen an die Vermessung vorschreiben. Auch Mehranforderungen sind mit der Datenbeschreibungssprache Interlis zu beschreiben (Art. 43 der technischen Verordnung über die amtliche Vermessung vom 10. Juni 1994 (TVAV).

Nach § 5 der kantonalen Verordnung über die amtliche Vermessung vom 17. Dezember 1997 (KVAV) wird der durch das Bundesrecht vorgeschriebene Inhalt der amtlichen Vermessung durch folgende Informationsebenen erweitert:

- Nutzungszonen gemäss §§ 36, 39 und 46 Abs. 2 und 3 PBG sowie Gestaltungspläne ausserhalb dieser Zonen
- Grundwasserschutzzonen
- Baulinien gemäss § 96 PBG
- Gewässerabstandslinien gemäss § 67 PBG
- Waldabstandslinien gemäss § 66 PBG
- Waldgrenzen im Sinne von Art. 13 des Bundesgesetzes über den Wald

Die Aufnahme dieser Informationsebenen in die amtliche Vermessung ändert nichts an der Zuständigkeit für Festsetzung, Änderung oder Genehmigung des Inhalts dieser Informationsebenen.

Die Ersterhebung der KMAF wurde abgeschlossen. Die digitalen Daten der Themen Nutzungszonen, Grundwasserschutzzonen, Baulinien, Gewässerabstandslinien, Waldabstandslinien und Waldgrenzen konnten dem Amt für Raumentwicklung der Baudirektion des Kantons Zürich termingerecht zur Verifikation abgeliefert werden. Der Aufwand für die gesamte Aufarbeitung beläuft sich auf rund 3400 Arbeitsstunden, 500 davon fielen im Berichtsjahr an.

#### 100 Jahre Amtliche Vermessung CH

Im Rahmen dieses Jubiläumsanlasses wurde ein «Tag der offenen Tür» organisiert. GeoZ nahm teil an der Berufsmesse Zürich, erfasste und publizierte die Parkplätze für Personen mit einer Behinderung, gestaltete das Schaufenster AHV und vieles mehr.

## Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen (ÖREB)

Der Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen, der ab dem 1.1.2014 im Kanton Zürich in Betrieb gehen soll, nimmt allmählich Form an. Viele Grundsatzfragen zu Prozessen, Datenmodellen, Rechtsvorschriften und Datenmanagement wurden intensiv mit dem Kanton diskutiert und erarbeitet, um einen für die Stadt optimalen Kataster zu erhalten.

## Stadtkreisgrenzen

Das Projekt «Aktualisierung der Stadtkreisgrenzen» konnte 2012 erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Das Ziel war, die Stadtkreise in Übereinstimmung mit den gültigen Grundstücksgrenzen zu bringen. Dazu wurden dem Gemeinderat dreissig Anpassungen vorgelegt, die am 6. Juni 2012 genehmigt wurden. Die Stadtkreise sind dank diesem Projekt nun erstmals auch koordinatenmässig genau festgelegt und stehen stadintern sowie der Öffentlichkeit (via Open-Government-Data-Plattform) digital zur Verfügung. Viele Gebietseinteilungen (Schulkreise, Kirchgemeinden usw.) basieren auf den Stadtkreisen. Eine Folgeaufgabe wird sein, diese Einteilungen den Stadtkreisen anzupassen.

## Bauvermessung

### Einführung terrestrischer Laserscanner

Der neu beschaffte terrestrische Laserscanner eröffnet viele neue Möglichkeiten der 3D-Datenerfassung. Er ergänzt die moderne Vermessungsausrüstung ideal und bringt eine Effizienzsteigerung bei flächendeckenden 3D-Aufnahmen. Die Bauvermessung hat den Laserscanner bereits für Bestandesaufnahmen bei Gebäuden oder Fassaden, Geländeaufnahmen, Unterführungen, Brückenuntersichten, Schächten und Deformationsmessungen erfolgreich eingesetzt.



Moderne Bauvermessung. (Bild GeoZ)

### Vermessungsaufnahmen für die Studie Tram Rosengarten

Im zweiten Halbjahr 2012 ist die Bauvermessung beauftragt worden, ein detailliertes Geländemodell des Strassenbereichs vom Wipkingerplatz bis zum Milchbuck zu erstellen. Es dient als Grundlage für die Machbarkeitsstudie Tram Rosengarten. Für die Datenerfassung hat GeoZ einen Subunternehmer beauftragt und erstmals ein photogrammetrisches Mobile Mapping System eingesetzt, mit dem die Strecke befahren wurde. Diese mobile Messplattform erfasst die Strasse mit hochauflösenden

Videokameras, bringt eine massive Zeitersparnis bei den Feldarbeiten und beeinträchtigt den Verkehrsfluss nicht.

Die Messdaten können als Video per Webbrowser ausgewertet werden. Die Messung der Bruchkanten erfolgt anschliessend anhand der Videos im Büro. Ebenfalls wird eine 3D-Punktwolke des Strassenbereichs für die Erstellung des Geländemodells verwendet. Dem Kunden werden das Geländemodell und ein Webzugriff auf die Videos zur Verfügung gestellt.



Mobile Mapping. (Bild Inovitas)

## GIS-Zentrum

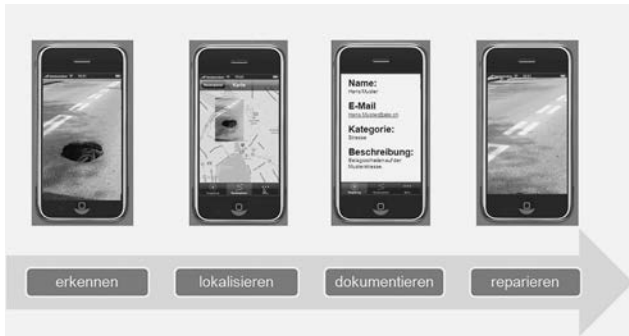
### Umsetzung Strategie «GIS Stadt Zürich 2025»

Die städtische GIS-Strategie stellt sicher, dass Doppelspurigkeiten, insbesondere bei der Datenerhebung, vermieden und Synergien bei der Nutzung von Geoinformationstechnologie erreicht werden können. Im Berichtsjahr erhielt GeoZ von der GIS-Steuerung den Auftrag, zu prüfen, wie die Entwicklung der städtischen Geodateninfrastruktur und deren Leistungsangebot künftig noch besser gesteuert werden können. GeoZ erarbeitet gemeinsam mit der GIS-Koordination ein Konzept, das definierte Service-Level-Agreements (SLA) sowie ein abgestuftes Verrechnungsmodell vorsieht.

Weiter konnte das Metadatensystem für alle Geodaten stadtwweit eingeführt werden. Das flächendeckend vorhandene «3D-Stadtmodell» konnte auf der Basis des Luftbilds 2011 nachgeführt werden. Es ist vorgesehen, die Nachführung von vier auf zwei Jahre zu senken.



3D-PDF Prime Tower. (Bild GeoZ)



### Beiträge zu eZürich

Zum Legislaturschwerpunkt eZürich konnte GeoZ in drei Projekten einen wichtigen Input leisten. In Zusammenhang mit dem mobilen Internetauftritt der Stadt kam die Datenbank mit den Points of Interest (Internet-Stadtplan) zu neuen Ehren. Sie musste um verschiedene Themen und Felder erweitert werden. Die Datenbank enthält nun alle städtischen Angebote einschliesslich Öffnungszeiten und ist der wichtigste Inhaltlieferant für die «mobilen Seiten» der Stadt.

Für die Projektidee «Fix my Zurich», ausgewählt vom Stadtrat in Zusammenhang mit dem öffentlichen Ideenwettbewerb, konnte GeoZ mit den Partnerdienstabteilungen ein organisatorisches und betriebliches Konzept realisieren. Mit der Umsetzung des Projekts «Fix my Zurich», zunächst als Pilotprojekt, erhält die Zürcher Bevölkerung als erste in der Schweiz ein Instrument in die Hand, mit dem sie die Stadtverwaltung direkt und sehr einfach mittels Smartphone auf Schäden oder Mängel an der städtischen Infrastruktur hinweisen kann. Dieses Angebot soll im ersten Quartal 2013 aufgeschaltet werden.

### Print

Die beiden Print-Shops an der Werdmühlestrasse 9 und im VZ Werd sind durch die Nähe zur Kundschaft als stadinterne Spezialisten für den Digitaldruck etabliert. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Konzentration von Aufträgen innerhalb der Stadtverwaltung und zur Produktion auf umweltfreundlichem Recyclingpapier.



Printshop GeoZ. (Bild GeoZ)

### 4.3.3 Spezifische Kennzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012
Geleistete Arbeitsstunden für die Nachführung der Amtlichen Vermessung	13 800	11 800	14 100	18 000 <sup>1</sup>	17 000
Anzahl Grenzmutationen	75	105	86	96	87
Neue oder veränderte Gebäude	1 480	840	1 160	1 540 <sup>2</sup>	1 421
Intranet: Anzahl aufbereitete Karten Amtl. Vermessung online pro Monat	70 000	68 900	67 500	56 300	54 680
Stadtplan im Internet: aufbereitete Karten pro Monat	320 000	300 000	210 000	– <sup>3</sup>	–
Stadtplan im Internet: Anzahl Aufrufe pro Monat	–	–	52 000	52 900 <sup>4</sup>	53 200

<sup>1</sup> Die rege Bautätigkeit der vergangenen Jahre löst in der Folge entsprechend erhöhte Nachführungstätigkeit der amtlichen Vermessung aus.

<sup>2</sup> Die rege Bautätigkeit der vergangenen Jahre widerspiegelt sich auch in der Zunahme der neuen oder veränderten Gebäude.

<sup>3</sup> alter Internetstadtplan, nicht mehr in Betrieb

<sup>4</sup> ohne iPhone-App (ZüriPlan)

## 4.4 Grün Stadt Zürich

### 4.4.1 Aufgaben

Grün Stadt Zürich (GSZ) ist verantwortlich für die Planung und den Unterhalt des städtischen Grüns. Die Landschaftsentwicklung und Landschaftsplanung einschliesslich der Waldentwicklungsplanung sind Teil der übergeordneten Stadtentwicklung, mit der sich die gesamte Stadtverwaltung befasst.

Grün Stadt Zürich unterhält nicht nur Parkanlagen und Friedhöfe, sondern plant, baut und unterhält auch Sportplätze, Badeanlagen und Kleingartenareale. Ebenfalls in den Verantwortungsbereich von Grün Stadt Zürich fallen der Betrieb und die Führung des Gutsbetriebs Juchhof mit dem Rebberg am Chillesteig in Höngg, die Ackerbaustelle und die Verwaltung der zehn stadteigenen Landwirtschaftsbetriebe, zwei Waldreviere, die Wildhut, die Fachstelle Naturschutz, die Stadtgärtnerei, die Sukkulente-Sammlung und der Chinagarten. Die Naturschulen fördern das Naturverständnis bei Schülerinnen und Schülern im Sinne der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.

Zudem ist die Stadt Zürich ein wichtiger Träger der seit 2009 selbstständig operierenden Stiftung Wildnispark Zürich, die im Sihltal den Wildpark Langenberg und den Sihlwald als Naturerlebnispark betreibt. Deshalb wird der Wildnispark Zürich weiterhin als Produkt in der Rechnung von Grün Stadt Zürich geführt.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

#### Geplante Übernahme des Quartierhofs Weinegg

Vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderats soll der seit 1997 von einem privaten Verein betriebene Quartierhof Weinegg vom Kanton in den Besitz der Stadt Zürich übergehen und künftig im Portfolio von Grün Stadt Zürich geführt werden. Im Dezember konnten mit dem Kanton die Gebrauchsleiheverträge für den Obstgarten und die Anlagenteile ausserhalb der Hofparzelle unterzeichnet werden.

#### Übergabe des Hardauparks an die Bevölkerung

Der Hardaupark konnte im Rahmen des Sommerfests Hardau am 30. Juni von Stadträtin Ruth Genner der Bevölkerung übergeben werden. Die Nutzung nach der Inbetriebnahme ist sehr intensiv. Die Nutzungsmöglichkeiten entsprechen den Bedürfnissen des Quartiers, und die Bevölkerung schätzt den



Die Skulptur Y von Sislej Xhafa, die auch als Frage (why?) gelesen werden kann, ist das weithin sichtbare Wahrzeichen des Hardauparks. (Bild GSZ)

neuen Freiraum sehr. Das Kunstwerk Y von Sislej Xhafa musste mehrfach stillgelegt und repariert werden, weil es der intensiven und zum Teil böswilligen Nutzung nicht standhielt. Die aufgetretenen Probleme waren typisch für einen Prototypen, aber Grün Stadt Zürich ist zuversichtlich, dass die Skulptur ihre Aufgabe erfüllen kann und sich das Publikum an eine angemessene Nutzung gewöhnen wird. Trotz aller Anfangsschwierigkeiten hat sich die Skulptur als identitätsstiftendes Element im Quartier etabliert. Das Y im Hardaupark hat das Potenzial, zu einem Wahrzeichen zu werden. Es wurde auch schon prominent auf der Titelseite des englischsprachigen Stadtführers «Zurich in your pocket» abgebildet.

#### Quartiergarten Hard

Die Sanierung der belasteten Fläche des Kleingartenareals Hard-Ost ist abgeschlossen. Der Mitwirkungsprozess zur künftigen Nutzung des Arealteils läuft. Anvisiert ist eine etwas breitere Nutzung als bei einem klassischen Kleingartenareal. Aus dem Quartier hat sich eine Betreibergruppe herauskristallisiert, die nun die konkrete Planung der Nutzung angeht.

#### Eröffnung des Weinwegs Höngg

Als Weinproduzentin am Chillesteig und Besitzerin der meisten Rebflächen in Höngg war es für Grün Stadt Zürich selbstverständlich, sich an der Entstehung des Weinwegs Höngg zu beteiligen. Nach zwei Jahren intensiver Vorarbeit durch eine Gruppe von Hönggerinnen und Hönggern rund um die Rebbaugruppe des Ortsmuseums und den Quartierverein Höngg sowie die drei ortsansässigen Winzer konnte der Weinweg Höngg am 22. September eröffnet werden. Er ist als Themenweg angelegt und vermittelt an ausgewählten Punkten Wissenswertes zu Rebbau, Trauben, Wein und Vinifizierung. Er erinnert daran, dass Höngg im 19. Jahrhundert mit rund 130 Hektaren die drittgrösste Weinbaugemeinde im Kanton war. [www.weinweghoengg.ch](http://www.weinweghoengg.ch)

#### Einweihung des Spielplatzes Hohenstein

Das Fest zur Eröffnung des sanierten Spielplatzes Hohenstein am 23. Juni war gut besucht. Zahlreiche Organisationen, die sich für Freizeit und Erholung im Uetlibergwald einsetzen,



Der Spielplatz Hohenstein wurde weitgehend mit Eigenleistungen des Waldreviers Uetliberg erneuert. (Bild GSZ)

stellten sich dabei vor und warben für gegenseitiges Verständnis der Erholungssuchenden. Bei dieser Gelegenheit wurde zudem die Tafel mit der am Internationalen Tag des Waldes neu vereinbarten Uetliberg-Charta enthüllt. In der Übereinkunft verpflichteten sich die unterzeichnenden Vereine und Organisationen auf die gemeinsam ausgehandelten Grundsätze, mit denen das friedliche Neben- und Miteinander der verschiedensten Anspruchsgruppen gefördert werden soll. In Erinnerung gerufen wird dabei die Funktion des Uetlibergs als wichtiger Erholungs-, Natur-, Bildungs- und Wirtschaftsraum.

### **Ausschreibung des Evariste-Mertens-Preises 2012**

Für den schmalen Spickel mit Pflanzgärten neben dem Areal der Fabrik am Wasser soll im Sinne des Landschaftsentwicklungskonzepts Limmtraum Zürich eine optimale Neugestaltung gefunden werden. Hierfür wurde im Juli vom Bund Schweizer Landschaftsarchitekten und Landschaftsarchitektinnen (BSLA) zusammen mit Grün Stadt Zürich ein Projektwettbewerb im Rahmen des Evariste-Mertens-Preises 2012 ausgeschrieben. Der nach dem bedeutenden Schweizer Gartenarchitekten Evariste Mertens (1846–1907) benannte Preis wird vom BSLA alle zwei Jahre zur Förderung der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten junger Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten unter 35 Jahren ausgelost. Die Ausstellung der eingereichten Projekte und die Preisverleihung finden im Januar 2013 in der Stadtgärtnerei statt.

### **Wieder 10000 Obstbäume in der Stadt**

Im Beisein von Stadträtin Ruth Genner wurde am 1. September, am traditionellen Grünumgang von Grün Stadt Zürich und dem Verbund Lebensraum Zürich, im Musterobstgarten am Höckler in der Allmend Brunau ein «Schwamendinger» Nussbaum als zehntausendster Obstbaum gepflanzt.

Dass das vor zehn Jahren formulierte Ziel, in Zürich mögen wieder 10000 Obstbäume wachsen, erreicht werden konnte, ist dem Engagement zahlreicher Beteiligter zu verdanken. Viele Schulklassen haben bei den Pflanzungen mitgemacht, die Bauern in der Stadt, denen auch eine wichtige Rolle bei der Pflege der Obstbäume zukommt, sowie private Gartenbesitzerinnen, Pächterinnen und Pächter, Anwohnerinnen und Anwohner.

Der bereits 200 Jahre alte Hochstamm-Obstgarten am Höckler im südlichen Teil der Allmend Brunau ist einer der schönsten

in Zürich. In Zusammenarbeit mit Fructus entstand ein Sortengarten mit mehr als 150 verschiedenen Sorten. Im Jahr 2006 pflanzten dort 300 Schulkinder aus der Stadt Zürich 120 junge Obstbäume, jeder eine andere Sorte.

### **Übergabe des Freestyle-Parks Allmend**

Der Freestyle-Park Allmend konnte am 28. November zur Benutzung freigegeben werden. Die Rückmeldungen der Nutzerinnen und Nutzer sind durchwegs positiv, ja euphorisch. Prominente Exponenten der Freestyle-Szene rühmen die Anlage und attestieren ihr Weltklasse-Niveau. Die Umgebungsarbeiten werden bis zum Frühjahr 2013 fertiggestellt; die offizielle Einweihung – zusammen mit dem Bikepark auf der anderen Seite der Allmendstrasse – ist für den 25. Mai 2013 geplant.

Nachdem sich das Projekt Bikepark verzögert hatte, weil zuerst mit dem Verein Züritrails eine gangbare Lösung erarbeitet werden musste, erfolgte der Baubeginn im Spätherbst. Der Verein Züritrails erhält angrenzend zum Bikepark eine Pachtfläche zur Erstellung der «Dirt-Bereiche».

### **Massive Unwetterschäden Anfang Juli**

Das ausserordentlich schwere Hagelunwetter vom 1. Juli und die heftigen Regenfälle vom 3. Juli 2012 führten zu teilweise massiven Schäden in Park- und Sportanlagen, in den Waldrevieren und in der Stadtgärtnerei sowie zu Ertragsausfällen in der Landwirtschaft.

Waldstrassen wurden unterspült und mussten rasch repariert werden. Rund ein Drittel der dem Wetter zugewandten Fenster der Gewächshäuser in der Stadtgärtnerei ging zu Bruch. Das Baseballfeld, sechs Rasenfelder und ein Allwetterplatz auf der Sportanlage Heerenschürli standen unter Wasser und konnten während mehrerer Tage nicht bespielt werden.

Auch in Friedhöfen, Park- und Badeanlagen sowie auf landwirtschaftlichen Flächen waren zahlreiche Schäden zu verzeichnen. Insbesondere in Oerlikon und Schwamendingen verletzte der Hagelschlag die Triebspitzen von Föhren. In der Folge breitete sich der gefürchtete Pilz *Sphaeropsis sapinea* explosionsartig aus. Er bewirkt, dass die Triebe braun werden und die Baumkronen absterben. Im Dezember mussten die ersten dreissig Föhren gefällt werden.

Weil Hagelschäden – ausgenommen jene an landwirtschaftlichen Kulturen – an Waldstrassen, Rasenflächen, Bäumen, Blumenrabatten und Ähnlichem nicht versicherbar sind, belasteten diese Ereignisse die laufende Rechnung. Doch nicht nur Unwetterschäden, sondern auch vermehrt auftretende Schäden durch Organismen wie Pilze, Bakterien und Neozoen belasten die Rechnung von Grün Stadt Zürich in zunehmendem Mass. Dabei fallen insbesondere die verstärkten Kontrollen der gefährdeten Bäume und Sträucher ins Gewicht.

### **Kommunikation**

Die gedruckte Ausgabe der Grünagenda wurde nach der Einstellung der «Grünzeit» neu lanciert. Die begleitende Plakatkampagne machte nicht nur auf den Veranstaltungskalender aufmerksam, sondern lud die Bevölkerung auch ein, sich über Facebook mit weiteren Bürgerinnen und Bürgern zu vernetzen, die sich für die Förderung und Wertschätzung der Stadtnatur



Bruno Wohler, ehemaliger Gemeinderat aus Schwamendingen, Stadträtin Ruth Genner und Ernst Tschannen, Direktor Grün Stadt Zürich, pflanzen gemeinsam den zehntausendsten Obstbaum in der Stadt – einen «Schwamendinger» Nussbaum. (Bild GSZ)



einsetzen, und sich über das städtische Grün auszutauschen. Frisch und urban in der Aufmachung, ist sie in 150 Dispensern in Restaurants, Gemeindezentren und an anderen Orten mit Publikumsverkehr erhältlich. Der Veranstaltungskalender von Grün Stadt Zürich verzeichnet jährlich über 200 öffentliche Veranstaltungen und Exkursionen zu grünen Themen. Aktuelle Liste, wo die Grünagenda bezogen werden kann: [www.stadt-zuerich.ch/gruenagenda](http://www.stadt-zuerich.ch/gruenagenda)

### Social Media

Im Januar 2011 hat Grün Stadt Zürich begonnen, auch auf Facebook zu kommunizieren. Von verschiedenen Medien und Fachleuten wurde der Facebook-Auftritt gelobt. Er bietet eine witzige Mischung aus spannenden Themen und sei stark zielgruppenorientiert. Dass diese Möglichkeit der Kommunikation ernst zu nehmen ist, zeigt auch die Tatsache, dass Bürgerinnen und Bürger via Posting auf Facebook ihre Anliegen vorbringen. Erste Versuche, Facebook für die Personalrekrutierung einzusetzen, fanden statt. [www.facebook.com/gruenstadtzuerich](http://www.facebook.com/gruenstadtzuerich)

### Personal

Trotz des allgemeinen Mangels an qualifizierten Fachkräften konnte Grün Stadt Zürich 2012 über dreissig Stellen erfolgreich neu besetzen.

Im August konnten 16 Lernende ihre Lehre erfolgreich abschliessen. Neu haben 16 Lernende ihre Grundausbildung bei Grün Stadt Zürich gestartet. Per Ende Jahr waren insgesamt 42 Lernende in 10 verschiedenen Berufen in Ausbildung. Insgesamt 12 Praktikantinnen und Praktikanten absolvierten Praktika unterschiedlicher Dauer.

### Soziales Engagement

Von den Sozialen Einrichtungen und Betrieben (SEB) haben 2012 wiederum weit über hundert Teilnehmende mit unterschiedlichen Pensen und teilweise im Taglohnsystem (Sprungbrett, Palettino, Joblade) für Grün Stadt Zürich im Garten- und Waldbereich gearbeitet. Weiter waren regelmässig mehrere Zivildienstleistende und zehn Asylsuchende im Einsatz. Zudem vergibt die Fachstelle Naturschutz für die Pflege von Naturschutzgebieten regelmässig Aufträge an die Vereine Naturnetz und Grünwerk sowie die Stiftung Wirtschaft und Ökologie (SWO), die ebenfalls Zivildienstleistende beschäftigen.

### Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben

Basierend auf dem Gleichstellungsplan der Stadt Zürich vom April 2010 erklärte die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu einem der Departementsziele für 2010–2014.

Die Leistungen von Grün Stadt Zürich bezüglich der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sowie der Gleichstellung von Frau und Mann wurden von der Fachstelle UND geprüft und bewertet. Aufgrund der zielgerichteten Umsetzung erhielt Grün Stadt Zürich am 24. Oktober 2012 das Prädikat «Familie UND Beruf». Ein Massnahmenplan für die Jahre 2013–2015 ist definiert.

Teilzeitarbeit wird bei GSZ unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Mitarbeitenden und der betrieblichen Möglichkeiten



Das Prädikat «Familie UND Beruf» weist Grün Stadt Zürich als ein Best-Practice-Unternehmen bezüglich der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben aus.

auf allen Stufen gefördert. Die Teilzeiteignung der Stelle wird anhand transparenter Kriterien bewertet.

### Werkstätten & Logistik

Bis anhin wurde das in der Stadt Zürich benötigte Gerätebenzin vom Tiefbauamt jeweils in kleinen Mengen und unter kritischen Bedingungen in Kanister abgefüllt. Grösster Kunde war Grün Stadt Zürich, daneben belieferte das Tiefbauamt auch ERZ Entsorgung + Recycling sowie die Immobilienbewirtschaftung. Ende 2012 ging am Standort von Werkstätten & Logistik an der Fellenbergstrasse 198 die zusammengelegte und sanierte Tankanlage in Betrieb. Der neue Tank ist vierteilig und enthält Diesel, Benzin sowie Zwei- und Viertakt-Gerätebenzin (Alkylat). Gemäss dem Leadbuyer-Prinzip ist nun Grün Stadt Zürich für Einkauf, Abfüllung und Vertrieb des Gerätebenzins zuständig. Dank der grösseren Einkaufsmengen kann ein besserer Preis ausgehandelt werden. Eine dem heutigen Standard entsprechende Abfüllanlage für Gerätebenzinkanister vereinfacht die Distribution des Gerätebenzins. Die Tankstelle steht allen stadtinternen Verbrauchern zur Verfügung. Dies stärkt die Kernkompetenz von Werkstätten & Logistik bezüglich Beschaffung, Unterhalt, Reparatur und Lieferdienst von Kleingeräten wie Motorsägen, Freischneidern und Rasenmähern.

### Bildung & Erlebnis

#### Schule auf dem Bauernhof

Das auf verschiedenen Bauernhöfen stattfindende Angebot «Schule auf dem Bauernhof» (SchuB) der Naturschulen wurde gegenüber dem Vorjahr weiter ausgebaut. Kurzfristig fand eine Weiterbildungsveranstaltung für 170 angehende Lehrpersonen auf dem Gutsbetrieb Juchhof statt.

Das zukunftsweisende Kooperationsprojekt der Naturschulen mit dem Schulamt wurde vom Kanton gutgeheissen, sodass Anfang 2013 in einem Pilotprojekt zwei Lehrpersonen für ein Semester im Rahmen ihrer normalen Anstellung bei den Naturschulangeboten mitwirken werden. Damit können Lehrkräfte während eines halben Jahres Abstand zum regulären Schulbetrieb gewinnen und Unterrichtsformen der Umweltpädagogik für eine nachhaltige Entwicklung kennenlernen. Die Naturschulen profitieren dabei von einer kostenneutralen Verstärkung des Lehrkörpers und vom Multiplikationseffekt, wenn die Lehrpersonen ihre Erfahrungen in ihre regulären Schulzimmer und Kollegien tragen.

## Naturschule Dunkelhölzli

Die Aussenanlage der im Mai 2011 eröffneten Naturschule Dunkelhölzli wurde ausserhalb der Schultage immer wieder von Vandalen heimgesucht, die Mobiliar und Gebäude zerstörten, Abfälle liegen liessen und die von Schulklassen gebauten Unterschlupfmöglichkeiten für Wildtiere, wie Asthaufen und Bienenhotels, anzündeten. Massnahmen wie die Absperrung der Zufahrt, Infotafeln und Bewegungsmelder sowie Patrouillen durch die Stadtpolizei und sip zueri zeigten bis anhin wenig Wirkung. Ein Dankeschön gebührt den zahlreichen wach-samen Beteiligten aus dem Quartier und der Stadtverwaltung, die mithelfen, die Situation zu verbessern.

## Stadtgärtnerei

Die konzeptionellen Arbeiten für das neue Bildungszentrum in der Stadtgärtnerei sind gestartet. Am 15. November wurden die Türen des Palmenhauses für die Sanierung und den Umbau geschlossen. Die Wiedereröffnung der Stadtgärtnerei als Zentrum des Grünen Wissens ist für die zweite Hälfte 2014 geplant.

An der 5. Internationalen Orchideen-Ausstellung in Thun wurden der Stand der Stadtgärtnerei und die präsentierten Pflanzen mehrfach ausgezeichnet.

## Sukkulenten-Sammlung

Der Ausbau der Bildungsangebote für Kinder wurde weiter vorangetrieben: Erstmals fand in einer Zusammenarbeit mit dem Büro für Schulkultur des Schulamts ein Frühlingsferienangebot für Kinder im Alter von acht bis zwölf Jahren statt. Veranstaltungen mit grossem Publikumsaufkommen waren die Aloe-Erlebniswoche, die Lange Nacht der Museen und der seit achtzehn Jahren jeweils am Donnerstag von Fronleichnam zusammen mit dem Förderverein und der Schweizerischen Kakteen-gesellschaft durchgeführte Kakteenmarkt. Am Treffpunkt Science City der ETH Zürich konnte sich die Sukkulenten-Sammlung als Wissenschaftspartner positionieren.

## Zwischennutzungen und neue Gartenformen

Das Engagement in den Zwischennutzungen temporärer Freiräume (Kronenwiese, Schützeareal, Stadiogarten, Frau Gerolds Garten) sowie die Pflegeeinsätze durch Firmen (Corporate Volunteering) konnten wie geplant ausgebaut werden.

Die Aktivitäten des Vereins Stadionbrache, zu denen auch der Stadiogarten gehört, wurden im Dezember von der Zeitschrift «Hochparterre» mit dem Silbernen Hasen für Landschaftsarchitektur ausgezeichnet.

[www.stadiogarten.ch](http://www.stadiogarten.ch)  
[www.fraugerold.ch](http://www.fraugerold.ch)

In Absprache mit der Liegenschaftenverwaltung konnte mit dem Verein Brauergarten für eine Hinterhofparzelle an der Brauerstrasse 28 ein Pachtvertrag für die gärtnerische Nutzung abgeschlossen werden. Das Projekt wird von zahlreichen befreundeten Gönnern, Vereinen und Firmen unterstützt, unter anderem auch vom Migros-Kulturprozent.

[www.brauergarten.ch](http://www.brauergarten.ch)

Im Jahr 2011 gelangte das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in der Schweiz (Heks) betreffend Unterstützung seines Projekts «Neue Gärten» für Flüchtlingsfrauen und ihre Familien an Grün Stadt Zürich. Im Jahr 2012 ist das Projekt nach längeren Vorbereitungsarbeiten in Gang gekommen. Weil Flüchtlingsfrauen



Aus einer hässlichen, ungenutzten Baulücke...



...wird dank Urbarmachung mit mobilen Gefässen...



...eine urbane Gemüseplantage.

selber keinen Garten pachten dürfen, die Garten- oder Feldarbeit in ihren Herkunftsländern aber für viele zum Alltag gehörte, nahm das Heks am Stadtrand von Zürich-Nord, im Auzelg, eine gut 1500m<sup>2</sup> grosse Fläche in Pacht und übergibt den Frauen die Parzellen zur eigenständigen Bewirtschaftung. Kräuterbeete, Obstbäume und Beeren sowie der Aufenthalts- und Spielbereich für Kinder werden gemeinschaftlich gepflegt.  
<http://www.heks.ch/schweiz/neue-gaerten-in-der-schweiz>

Auch die Betreiber der Wirtschaft Ziegelhütte in Schwamendingen gelangten mit dem Wunsch nach einem Gemüse- und

Kräutergarten für den Eigenbedarf in der Restaurantküche an Grün Stadt Zürich. Auf einer ehemaligen Viehweide werden nun von drei Gärtnern auf 1600 m<sup>2</sup> nebst Gemüse und Kräutern auch Pilze gezogen sowie Kaninchen und Bienen gezüchtet. [www.wirtschaft-ziegelhuetten.ch](http://www.wirtschaft-ziegelhuetten.ch)

### **Wildnispark Zürich**

Gleich viermal durfte sich der Wildnispark Zürich Langenberg bei den Wisenten über Nachwuchs freuen. Am 4. Juli kam das Jüngste von vier Wisent-Kälbern zur Welt. Das junge Männchen und die drei zuvor geborenen Weibchen bedeuten für den Langenberg einen grossen Zuchterfolg. In den letzten Jahren brachte in der Regel nur ein Jungtier neues Leben in die Herde.

Die Umsetzung des Mobilitätskonzepts zeigt erste Resultate: In Kooperation mit der Gemeinde Horgen wird ein Busbetrieb Sihlwald–Sihlbrugg–Baar aufgebaut. Das dreiteilige Forschungsprogramm der Stiftung Wildnispark wurde in Zusammenarbeit mit externen Forschungsinstituten (ETH Zürich, Universität Zürich, Eidg. Forschungsanstalt WSL, ZHAW) gestartet. Die neue Leistungsvereinbarung 2013 bis 2016 wurde mit allen in der Stifterversammlung zusammengeschlossenen Trägern vereinbart.

### **Wild- und Vogelschutz**

Im Sommer 2012 grassierte eine Paramyxovirus-Infektion unter den Stadtauben und dezimierte die Bestände in der Innenstadt. Die erkrankten Tiere verhalten sich sehr auffällig. Sie zeigen sich schreckhaft, verdrehen den Kopf, überschlagen sich und gehen rückwärts. Die Krankheit verläuft bei den meisten tödlich. Bei rund 30 % der infizierten Tauben kommt es nach rund vier Wochen Krankheitsdauer zur Selbstheilung. Im Gegensatz zur Newcastle-Krankheit (Taubenpest) überträgt sich die Paramyxovirus-Infektion nicht auf andere Geflügelarten.

Im Revier Nord ist der Wildschweinbestand auf rund sechzig Tiere angewachsen, die in mehreren Rotten leben. Erstmals mussten Wildschweine im Wildschonrevier erlegt werden. Dafür wurden zwei mobile Jagdkanzeln angeschafft.

### **Arten- und Lebensraumförderung**

Der Bund hat 2012 seine Biodiversitätsstrategie verabschiedet. Die Biodiversität im Siedlungsgebiet bildet dabei eines von zehn strategischen Zielen. Grün Stadt Zürich wird sich weiter an der Erarbeitung des Aktionsplans beteiligen und dabei die urbane Sicht einbringen. Bei der Förderung der Fauna stand der Bau des neuen Amphibienleitsystems im Degenried im Zentrum. Die Erfolgskontrolle wird bei der nächsten Amphibienwanderung im Frühling 2013 durchgeführt.

Eine Zusammenstellung der Brutvogelarten der letzten zehn Jahre hat ergeben, dass in der Stadt Zürich hundert Brutvogelarten zwischen 2003 und 2012 gebrütet haben. 2012 kamen drei neue Arten hinzu: Saatkrähe, Waldohreule und Mittelspecht. Allerdings weist nur die Hälfte aller Arten einen stabilen Bestand auf. Bei 42 Arten nimmt der Bestand ab; lediglich elf Arten nehmen zu.

Das zunehmend wichtige Thema der Neobiota erlangte durch den massiven Einfall des Buchsbaumzünslers eine hohe Medienpräsenz. Mittlerweile ist die gesamte Stadt betroffen. Weitere Projekte (Förderung von Dach- und Vertikalbegrünungen,

Biotoptypenkartierung, Schutzverordnung Uetliberg) laufen auf Hochtouren. In der Allmend Brunau hat im April die sip züri den Aufsichts- und Informationsdienst übernommen.

### **«Stadtfauna» für ganz Mitteleuropa**

Das 2010 im «Internationalen Jahr der Biodiversität» von Grün Stadt Zürich herausgegebene Buch «Stadtfauna: 600 Tierarten in der Stadt Zürich» diente den Herausgebern als Grundlage für das 2012 erschienene europäische Werk «Stadtfauna», das typische Vorkommen von Tieren in Städten ganz Mitteleuropas abbildet. Damit wurde das Zielpublikum des überaus erfolgreichen Titels auf den ganzen deutschsprachigen Raum ausgedehnt.

### **Dach- und Vertikalbegrünung**

Mit der Immobilienbewirtschaftung konnte eine erfreuliche Zusammenarbeit bezüglich des Unterhalts und der Aufwertung der Dachbegrünungen ihres Gebäudebestandes gestartet werden. Den Anfang machten in diesem Jahr die Pflegezentren. Die Materialien für die städtische Bauberatung wurden erneuert, und die neue SIA-Norm Dachbegrünung, die 2013 in Kraft treten soll, konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Etwa zwanzig konkrete Projekte wurden begleitet (z. B. Zollfreilager, Europaallee, Technopark, Maaghof, Löwenbräuareal, Belvoirpark). Die anstehende Sanierung der Stadtgärtnerei wurde für die Planung einer beispielhaften Dachbegrünung genutzt, und für die Wandbegrünung der Einhausung Schwamendingen wurde eine Studie erarbeitet, deren Erkenntnisse in weitere Wandbegrünungsprojekte einfließen werden. Eine Luftbildanalyse, die im Sinne einer Erfolgskontrolle die Begrünung und das Begrünungspotenzial der Zürcher Dächer ermittelt, ist in Arbeit.

### **Erholungswald**

Seit der Übernahme des ETH-Lehrwalds per 1. Januar 2012 ist neu das Waldrevier Uetliberg für den Betrieb der Schlittelbahn zuständig. Die Beziehungen zu dem im Dezember 2010 gegründeten Verein Züritrails sind gut. Insbesondere auch bezüglich der Kommunikation gegenüber verschiedenen Anspruchsgruppen sowie des mit dem Waldrevier Uetliberg koordinierten Unterhalts der Infrastruktur zum Beispiel während Trailbautagen, an denen sich Freiwillige des Vereins beteiligen.

Mit dem ewz konnte ein Vertrag zur Lieferung von Hackschnitzeln für die Heizanlage des Triemlisipitals abgeschlossen werden. Dies stellt eine willkommene neue Einnahmequelle dar und stärkt eines der Ziele des Departements: Naturprodukte aus Zürichs Grünräumen.

### **Sportanlagen**

Die Fifa schenkte der Stadt Zürich 20 Mio. Fr. zur Förderung der Infrastruktur im Fussball-Breitensport. Davon sind 3 Mio. explizit der Förderung des Frauenfussballs gewidmet und werden vom Sportamt verwaltet. Die restlichen 17 Mio. werden in die Verbesserung der Fussballinfrastruktur investiert. Als erstes Projekt konnte im November mit dem Umbau des Rasenplatzes 1 des SV Höngg in einen modernen Kunstrasenplatz begonnen werden. Damit kann einem langjährigen Wunsch des SV Höngg entsprochen und die Spielkapazität des Sportplatzes Hönggerberg deutlich erhöht werden.

In der Sportanlage Heuried konnte der zum Kunstrasen umgebaute Fussballplatz am 31. Oktober den Fussballerinnen und Fussballern zur Nutzung übergeben werden. Die noch ausstehenden Umgebungsarbeiten erfolgen im Frühjahr 2013.

Am 28. April fand auf dem umgebauten Naturrasenspielfeld der Sportanlage Lengg das erste Meisterschaftsspiel statt. In der Folge wurden allerdings auf Teilen des Platzes ein verzögerter Wasserabzug, insbesondere bei starkem Regen, festgestellt und entsprechend moniert. Mit geeigneten Pflegemassnahmen kann künftig ein den Normwerten entsprechender Wasserabzug gewährleistet werden.

### **Badeanlagen**

Durch die Installation einer teilmobilen Absperrung zu den Schwimmbecken können im Bad Allenmoos die Beachvolleyballfelder und der Spielplatz auch ausserhalb des Badebetriebs durch die Bevölkerung genutzt werden. Weitere Badeanlagen werden hinsichtlich solcher potenziellen Winternutzungen überprüft.

### **Pfingstweid**

Die Projektierungsarbeiten für den Park Pfingstweid laufen noch bis Mai 2013. Der Gemeinderat sollte sich gegen Ende 2013 mit dem Kreditbeschluss für den Park befassen können.

Für die im Jahr 2014 in Zürich stattfindende Leichtathletik-Europameisterschaft musste im Auftrag der Immobilienverwaltung kurzfristig die Erneuerung der Aussensportanlage beim Schulhaus Rösli geplant werden. Die Bauarbeiten starten im Frühjahr 2013.

### **Friedhöfe**

Am 22. September wurde das Friedhof-Forum im Friedhof Sihlfeld eröffnet. Das Friedhof-Forum versteht sich als Anlaufstelle für Fragen rund um Bestattungen, Abschied, Tod und Trauer. Am Eröffnungstag informierte nebst dem Bestattungs- und Friedhofsamt auch Grün Stadt Zürich die Besuchenden über die Leistungen auf den Friedhöfen, wie Bestattungen und Grabbepflanzungen. Das Friedhof-Forum führt einen Veranstaltungskalender, in den auch öffentliche Führungen von Grün Stadt Zürich aufgenommen werden.

### **Parkanlagen**

Anfang 2013 übernimmt Grün Stadt Zürich die Pflege der Umgebungen der städtischen Wohnsiedlungen und Fiskalliegenschaften. Nach Erfassung des Ist-Zustands werden zunächst diejenigen Wohnsiedlungen übernommen, die von Gärtnern der Liegenschaftenverwaltung gepflegt werden. Die fünf Gärtnerstellen werden zu Grün Stadt Zürich transferiert.

### **Verkehrsbegleitgrün**

Im Rahmen des Bauprojekts «Flankierende Massnahmen Westtangente» wurden rund 400 Strassenbäume gepflanzt, unter anderem 72 Zerreichen (*Quercus cerris*) an der Sihlfeldstrasse. Mitte März bei besten Bedingungen gepflanzt, trieben 56 Bäume nicht aus. Ein von Grün Stadt Zürich in Auftrag gegebenes Gutachten kam zum Schluss, dass die Bäume im Wurzelbereich geschädigt waren. Vermutlich waren die Wurzelballen der Bäume während der aussergewöhnlich langen Kälteperiode mit sehr tiefen Temperaturen nicht ausreichend geschützt und unsachgemäss gelagert worden.

Der Lieferant ersetzte die geschädigten Bäume; die Ersatzpflanzung fand im Herbst statt. Die intakten sechzehn Bäume haben den Sommer überstanden und sich sehr gut entwickelt. Bei den restlichen Pflanzungen des Projekts waren lediglich drei Ausfälle zu beklagen.

Um den sicheren Betrieb der Sihlthal Zürich Uetliberg Bahn (SZU) zu gewährleisten, mussten zwischen Manessestrasse und Sihl sieben Platanen weichen. Neben dem Bahnbetrieb beeinträchtigten die Bäume mit ihren ausladenden Kronen auch den Strassenverkehr auf der Sihlhochstrasse der A3. Um die Holzereiarbeiten an diesem schwierigen Standort speditiv ausführen zu können, wurden die Bäume stehend gefällt und mit Hilfe eines Helikopters des Typs Super Puma ausgeflogen. Die Stämme wurden auf der Sihlhochstrasse abgesetzt und vor Ort zu Hackschnitzeln verarbeitet. Die gefällten Bäume wurden durch die gleiche Anzahl schlank aufwachsender Säuleneichen ersetzt.

### **Landwirtschaftliche Pachten**

Für den Adlisberg, dessen langjähriger Pächter in Pension ging, wurde eine interimsmässige Verpachtungslösung (2013 bis 2018) mit einer Pächtergemeinschaft aus bestehenden Pächtern gefunden.

Im Oktober 2012 konnte die Stadt Zürich vom Kanton 3 ha Landwirtschaftsland rund um den Kirchhügel von Witikon erwerben. Grün Stadt Zürich beabsichtigt, den serbelnden Obstbaumbestand zu ergänzen und die Flächen ökologisch aufzuwerten.



Der mit Obstbäumen bestandene Kirchhügel bildet ein prägendes Landschaftselement von Witikon. (Bild GSZ)

### **Landwirtschaftliche Produkte**

Aufgrund des feuchten Wetters mit hohem Infektionsdruck durch Mehltau im zweiten Quartal und starken Hagelschlägen erreichte die Traubenernte nur rund 35% des üblichen Jahresertrags. Auch die Futtermais- und Rapskulturen wurden in Mitleidenschaft gezogen. Die wenigen Schönwettertage haben die Mitarbeitenden teilweise über Gebühr gefordert.

### **Beratungen und Kontrollen**

Die Freiraumberatung gab 920 Stellungnahmen zu Baugesuchen und 260 zu Infrastrukturbauten ab und bewegte sich damit auf Vorjahresniveau.

Neben diesen Zahlen, die direkt in die Kennzahlen-Statistik einfließen, wurden zahlreiche Hoch- und Tiefbauprojekte begleitet. Sowohl in der fachlichen Begleitung der Infrastrukturbauten unter Federführung des Tiefbauamts als auch in der Tätigkeit als Fachinstanz des Amts für Baubewilligungen führt die spürbare «Verknappung des Raums» in der dichter gebauten Stadt zu einer höheren Komplexität der Projekte durch inhaltliche Abhängigkeiten und eine höhere Anzahl Projektbeteiligter. Die Anfragen an Grün Stadt Zürich bezüglich Inanspruchnahme städtischer Grünflächen für temporäre und dauerhafte Inanspruchnahmen (Baustelleninstallationen, Näherbaurechte), die von der Fachstelle Freiraumberatung koordiniert und inhaltlich bewertet werden, bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau.

Als Folge der intensiven Bautätigkeit müssen deutlich mehr Gutachten zu inventarisierten Objekten der Gartendenkmalpflege erstellt werden, um deren Schutzwert abzuklären.

Übergeordnete Schwerpunkte der Beratungstätigkeit bildeten 2012 die Entwicklungsgebiete Letzi, Zürich-West, Manegg und Europaallee und die Mitarbeit in verschiedenen Quartierentwicklungsleitbildern (Wollishofen, Leimbach, Altstetten) im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten». Die Validierung und punktuelle Vertiefung des Masterplans Hochschulgebiet stellte neben der Begleitung der Wettbewerbsverfahren zum Stadion Zürich und zur Eishockey- und Volleyballarena einen weiteren Schwerpunkt dar. Ausserdem wurde die Projektentwicklung auf dem Schütze-Areal in Zürich-West, wo ein Quartierpark entstehen soll, in enger Zusammenarbeit mit dem Hochbaudepartement vorangetrieben.

Im öffentlichen Raum ist die Mitarbeit in den Projekten Heimplatz, Limmatquai/Utoquai, Sechseläutenplatz und den Folgeprojekten aus dem Betriebs- und Gestaltungskonzept Altstetten (Limmattalbahnhof) hervorzuheben. In der Begleitung qualitativer Verfahren gemeinnütziger Wohnbauträger und der Liegenschaftenverwaltung konnten die bestehenden und künftigen Freiraumqualitäten im Wohn- und Arbeitsplatzumfeld thematisiert und gesichert werden. Auch wurden in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbereichen Unterhalt und Naturschutz die Beziehungen zur Liegenschaftenverwaltung und zu den Pflegezentren der Stadt Zürich weiter vertieft. Dies mit dem

Ziel, die Qualität der Wohnumgebungen hinsichtlich Nutzung, Gestaltung und Ökologie weiter zu steigern.

### **Natur- und Freiraumkommission (NFK)**

Die Kommission für Fragen des Naturschutzes und der Freiraumgestaltung unterstützt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements in wichtigen Anliegen und Projekten. Im Gremium sind auch Fachpersonen aus der Kantonalen Verwaltung, den Hochschulen, von Wohnbaugenossenschaften, der Raumplanung Zürich und Umgebung und aus der Privatwirtschaft vertreten. Im Jahr 2012 trat die NFK fünfmal zusammen, um über aktuelle Herausforderungen in den Grünräumen der Stadt Zürich zu beraten.

Die Themen im Berichtsjahr waren:

- Mehr Grünwirkung durch Partnerschaften inner- und ausserhalb der Stadtverwaltung
- Ergebnisse der Wirkungsbilanz, bei der die Wichtigkeit und Zufriedenheit der Dienstleistungen von GSZ im Urteil der Bevölkerung erhoben wird
- Neue Bewilligungspraxis der Stadtpolizei für Partys von Jugendlichen im öffentlichen Raum
- Umgang mit wertvollen naturnahen Grünflächen
- Sanierung der Parkanlage Buchegg
- Szenarien für eine Biodiversitätsstrategie der Stadt Zürich
- Werkstattbericht zum Landwirtschaftskonzept
- Städtebefragung und Stand des Konzepts Bäume in der Stadt
- Masterplan Velo
- Überarbeitung des Regionalen Richtplans

An einer dreitägigen Studienreise nach Genf im Juni informierte sich die NFK über die dortigen Verhältnisse. Den Präsentationen des Service des Espaces Verts zum Baumschutz, zur Baumerhaltungspolitik und zur Gartendenkmalpflege folgten weitere zum Genfer Wald, zur Wildhut, zur Uferrenaturierung beim Flüsschen Aire, ergänzt mit Führungen durch die Parkanlagen am See, den Stadtwald und den Botanischen Garten.

#### 4.4.3 Spezifische Kennzahlen

		2008	2009	2010	2011	2012
<b>Naturverständnis und Naturförderung</b>	betreute Schulklassen	733	732	862	823	844
	Lehrpersonen in Weiterbildungsveranstaltungen	482 <sup>1</sup>	419	70 <sup>2</sup>	354	447
	Anzahl Veranstaltungen für die Bevölkerung	113	86	92	102	106 <sup>3</sup>
<b>Ausstellungen</b>	Besuchende (geschätzt) <sup>4</sup>	380 000	80 000	85 000	78 500	77 900
<b>Chinagarten</b>	Besuchende	33 647	34 907	32 586	34 669	29 359
<b>NahReisen</b>	Teilnehmende	1 626	1 541	968	1 093	1 180
<b>Internet</b>	Anzahl Besuche	–	219 076	282 309	319 643	372 586
<b>Parkanlagen</b>	in m <sup>2</sup>	1 339 237	1 338 619	1 320 023	1 356 753	1 380 269 <sup>5</sup>
<b>Erholungswald</b>	(ohne Sihlwald) in ha	2 231	2 231	2 231	2 231	2 231
	davon in Stadtbesitz in ha	1 138	1 138	1 138	1 414 <sup>6</sup>	1 414
<b>Forstliche Produkte</b>	Holznutzung in m <sup>3</sup>	11 300 <sup>7</sup>	8 160	7 740	9 149	8 705
	Anzahl verkaufter Weihnachtsbäume	5 233	5 820	5 606	5 430	5 528
<b>Öffentliche Spielplätze</b>	im Unterhalt von GSZ <sup>8</sup>	518	512	513	513	513
	EN-konforme Spielplätze in %	50	85	95	100	100
<b>Sportfelder<sup>9</sup></b>	Naturrasen	75	70	73	70	69
	Sandplätze	6	6	4	4	4
	Kunstrasen (altes System)	17	13	11	7	7
	Kunstrasen (neue Systeme)	7	8	16	20	23
<b>Landwirtschaft</b>	Landwirtschaftsbetriebe	10	10	10	10	10
<b>Städtischer Gutsbetrieb Juchhof</b>	Getreideertrag in t	179	221	135	210	151
	Ölsaatertrag in t	33	44	74	70	59
	Milchverkauf in kg	413 000	377 000	479 536	500 562	508 579
	Mastschweinverkauf in Stück	1 148	1 157	915	900	1 053
	Weinverkauf in Flaschen	19 530	15 500	7 730	9 400	16 739
<b>Kleingärten (ohne Freizeitgärten)</b>	Anzahl	5 626	5 578	5 546	5 493	5 493
	Fläche in ha	137	133	132	132	132

<sup>1</sup> erstmals auch für Lehrkräfte aus umliegenden Gemeinden

<sup>2</sup> Im Jahr 2010 wurden keine Weiterbildungen (Schule auf dem Bauernhof) für Studierende der Pädagogischen Hochschule durchgeführt.

<sup>3</sup> einschliesslich Pflegeeinsätze mit Firmen (Corporate Volunteering)

<sup>4</sup> ab 2009 ohne Wildnispark Zürich (Besucherzentrum Sihlwald und Wildpark Langenberg). Besucherzahl der Stadtgärtnerei geschätzt

<sup>5</sup> hinzugekommen sind: Hardaupark (2. Etappe), Gleisbogen, Ruggächern, Klopstockwiese

<sup>6</sup> Übernahme des ETH-Lehrwalds auf Stadtgebiet und Optimierung der Flächen mit dem Kanton

<sup>7</sup> gute Holzmarktlage, hoher Eigenverbrauch, früherer Holzeinschlag und Verkauf im Herbst 2008

<sup>8</sup> einschliesslich Bauspielplätze

<sup>9</sup> Stand Ende Jahr, inkl. Baseballplatz der Sportanlage Heerenschürli. Die Grösse der Sportfelder variiert zwischen 1200 m<sup>2</sup> und 10 000 m<sup>2</sup>.

Grössere jährliche Schwankungen sind bedingt durch Sanierungsarbeiten.

## 4.5. Tiefbauamt

### 4.5.1 Aufgaben

«Mobilität und Räume für Menschen» – unter diesem Leitsatz stellen die über 300 Mitarbeitenden des Tiefbauamts eine stadtgerechte Mobilität sicher, entwickeln und gestalten attraktive Stadträume, sorgen für effizientes und effektives Bauen und sind verantwortlich für die nachhaltige Bewirtschaftung der städtischen Infrastruktur im öffentlichen Raum.

Im Jahr 2012 befanden sich im Tiefbauamt insgesamt 495 Projekte in der Planungs-, Projektierungs- oder Realisierungsphase. Davon waren 117 Bauprojekte in der Realisierung. Zentrale Bauvorhaben waren im abgelaufenen Jahr u. a. die Forchstrasse, der Ulmbergtunnel, die Nordbrücke oder auch städtische Projekte im Rahmen der Durchmesserlinie der SBB mit der Grossbaustelle Bahnhof Oerlikon. Dazu kamen viele kleinere und mittlere Bau- und Erhaltungsmaßnahmen zugunsten eines funktionierenden Strassennetzes. Verschiedenste Projekte sind zurzeit in der Planungs- und Projektierungsphase und kommen im Jahr 2013 zur Ausführung. Dazu gehören die Sanierung der Fraumünster- und der Bahnhofstrasse und natürlich die Neugestaltung des Sechseläutenplatzes, der nun nach der erfolgreichen Volksabstimmung gebaut werden kann. Hier entsteht einer der grössten und attraktivsten Stadtplätze in unserem Land.

Ein wichtiges Thema im vergangenen Jahr war auch das vom Stadtrat lancierte Programm «Stadtverkehr 2025». Es soll helfen, die Herausforderungen beim Thema Verkehr zu bewältigen, und führt die bisherige Verkehrspolitik konsequent weiter. «Stadtverkehr 2025» setzt auf Schlüsselvorhaben, insbesondere zur Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

#### Stadtverkehr

##### Mobilität in Zahlen

Das Tiefbauamt eruiert und publiziert regelmässig Zahlen zum Mobilitäts- und Verkehrsgeschehen in der Stadt Zürich. So erscheint regelmässig die Publikationsreihe «Mobilität in Zahlen». Sie ist in drei Themenbereiche gegliedert. Alle zwei Jahre erscheint die «Übersicht Kennzahlen» mit den neusten Kennwerten zur Gesamtmobilität, zu Fuss- und Veloverkehr, zum motorisierten Individualverkehr sowie zum öffentlichen Verkehr. Im zweiten Themenbereich, «Verkehrszählungen», wird alle zwei Jahre ein Bericht zu den aktuellen Verkehrszählungen in der Stadt Zürich veröffentlicht. Im dritten Themenbereich werden unter dem Titel «Befragungen» die Umfrageergebnisse auf der Basis systematischer Stichproben einem breiten Publikum bekannt gemacht. Die Publikation widmet sich der Mobilität der Stadtzürcher Wohnbevölkerung. Im Vordergrund stehen Themen wie der Besitz und die Verfügbarkeit der Verkehrsmittel, der Motorisierungsgrad der Stadtbevölkerung, die für die unterschiedlichen Zwecke unternommenen Wege, Etappen und Distanzen sowie der Zeitaufwand für die Mobilität. Als Datengrundlage wurde der «Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2010» verwendet. Die zugrunde liegende Befragung erlaubt es, die bestimmenden Trends und Kennwerte der Mobilitätsentwicklung im Zeitverlauf abzubilden.

#### Masterplan Velo

Die Förderung des Veloverkehrs ist in Zürich seit fast vierzig Jahren Bestandteil der städtischen Verkehrspolitik. Der Veloverkehr genießt heute in der Bevölkerung grossen Rückhalt. Laut Bevölkerungsbefragung 2011 befürworten über 70 % die Förderung des Veloverkehrs, und 34 % der Stadtzürcher Bevölkerung benützen das Velo regelmässig, das heisst mindestens zweimal pro Woche. Allerdings fühlen sich Velofahrende in der Stadt oft unsicher. Von allen Verkehrsteilnehmenden beurteilen sie die Qualität der Infrastruktur am schlechtesten. Das Veloroutennetz weist nach wie vor Lücken auf, und der Komfort ist vielerorts mangelhaft. Zudem haben die Unfälle mit Velobeteiligung seit 2006 um rund 50 % zugenommen. Der Stadtrat strebt mit dem Masterplan Velo folgende Hauptziele an: Bis zum Jahr 2025 soll sich die Zahl der Velofahrten in der Stadt Zürich gegenüber 2011 verdoppeln. Velofahrende sollen sich weniger häufig bei Unfällen verletzen und sich sicherer fühlen, wenn sie in der Stadt unterwegs sind. Die Nutzung des Velos als alltägliches Verkehrsmittel soll bei allen Personengruppen zunehmen, und insbesondere sollen Kinder und Jugendliche das Velo im Alltag und in der Freizeit selbstverständlich nutzen. Zur Erreichung dieser Ziele wurden im Masterplan Velo sechs Handlungsfelder definiert: attraktive und sichere Infrastruktur, Verkehrsklima und -verhalten, Velofahren für alle, Verankerung in der Verwaltung, Kommunikation und Dienstleistungen sowie Evaluation und Wirkungskontrolle. Im Masterplan Velo werden zu diesen Handlungsfeldern konkrete Massnahmen definiert.

#### Verbesserung der Zugänglichkeit städtischer Bahnhöfe

Über 700 000 Personen nutzen täglich die Bahnhöfe auf Stadtgebiet. Mit der Eröffnung der Durchmesserlinie und des unterirdischen Durchgangsbahnhofs Löwenstrasse wird das Passagieraufkommen in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Die für dringlich erklärte Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP (GR 2011 / 222) fordert im Hinblick auf die erwarteten Entwicklungen zusätzlichen Platz für den Fuss- und Veloverkehr sowie Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe. Der Zürcher Hauptbahnhof sowie die Bahnhöfe Oerlikon, Stadelhofen, Hardbrücke, Altstetten, Enge, Wiedikon und Wipkingen wurden auf entsprechende Mängel hin untersucht. Es wurden Massnahmen zur Verbesserung der Zugänglichkeit evaluiert, bewertet und priorisiert. Am Hauptbahnhof und am Bahnhof Oerlikon wurden zusätzliche Erhebungen durchgeführt. Neben den gewonnenen Daten über die Verkehrsmengen und die zeitliche Verteilung der Passantenströme helfen diese Erhebungen, Erkenntnisse über die von den Reisenden gewählten Routen sowie über die Dichte der auftretenden Fussgänger- und Veloströme zu gewinnen. Dies erlaubt es, mögliche Konflikte zu erkennen und zu beheben.

#### Verkehrsberuhigung Haldenstrasse

Die Haldenstrasse (Tempo-30-Zone) in Wiedikon wird von motorisierten Verkehrsteilnehmenden als Schleichweg zwischen der Birmensdorfer- und der Uetlibergstrasse genutzt, um den Manesseplatz sowie die Schmiede Wiedikon zu umfahren.

Wiederholt wurden Forderungen zur Verkehrsberuhigung gestellt. Bereits 2009 gab es erste Versuche zur Verkehrsberuhigung (Verbot des Linksabbiegens von der Halden- in die Uetlibergstrasse sowie Verbot des Rechtsabbiegens von der Halden- in die Birmensdorferstrasse). Diese brachten jedoch nicht die gewünschten Resultate. Von Oktober 2011 bis Februar 2012 führten das Tiefbauamt und die Dienstabteilung Verkehr einen befristeten Versuch durch: Zwei Barrieren, die von Montag bis Freitag jeweils von 6 bis 9 Uhr und von 15 bis 19 Uhr geschlossen waren, unterbanden den Durchgangsverkehr. Begleitend wurden an verschiedenen Orten Verkehrserhebungen durchgeführt, um die Auswirkungen der Sperrungen beobachten zu können.

Die Auswertung des Versuchs zeigte, dass die definitive Einrichtung einer Barriere mit vielen Problemen verbunden wäre, weshalb Ende August 2012 die Verkehrsanordnung «Fahrverbot, Zubringerdienst gestattet» beschlossen wurde. Diese ist noch nicht rechtskräftig.

### **Parkhaus Opéra und Parkplatzkompensationen**

Am 7. Mai 2012 wurde nach langjährigen politischen Prozessen, Planungs- und Bauarbeiten das Parkhaus Opéra mit insgesamt 299 Abstellplätzen eröffnet. Es schafft die Voraussetzungen für die Aufhebung von 249 bis 299 Strassenparkplätzen und die Neugestaltung des Sechseläutenplatzes, des Utoquais und mittelbar des Münsterhofs, der ebenfalls umgestaltet und autofrei werden soll.

## **Entwickeln**

### **Uraniastrasse**

Der kommunale Verkehrsrichtplan sieht in der Uraniastrasse die Wiedereinführung des Gegenverkehrs vor. Mit der neuen Verkehrsorganisation in der Uraniastrasse sollen die Sihlstrasse und die Bahnhofstrasse im Bereich Rennweg weitestgehend vom Autoverkehr befreit werden. So kann eine grosszügige, attraktive und durchgehende Fussgängerachse zwischen dem Paradeplatz und dem Hauptbahnhof angeboten werden, die nur durch die Querung der Uraniastrasse unterbrochen ist. Die Innenstadt wird damit für die Fussgängerinnen und Fussgänger markant aufgewertet. Die Lage gewinnt für den Einzelhandel und das Gewerbe an Attraktivität.

Die neue Verkehrsführung eröffnet zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten im Stadtraum, insbesondere in den Bereichen Sihlstrasse und St.-Anna-Gasse. Der Aussenraum soll aufgewertet und durch Boulevardcafés belebt werden. Das Projekt wurde der Öffentlichkeit vorgestellt und im November nach § 13 Strassengesetz zur öffentlichen Mitwirkung aufgelegt.

### **Mitwirkungsprozess «Verkehr Kreis 10»**

Der Kreis 10 weist verschiedenste verkehrliche Brennpunkte auf, die bis jetzt keiner Lösung zugeführt werden konnten. Ein partizipativer Prozess soll nun Abhilfe schaffen. In diesen Prozess sind alle relevanten Quartierorganisationen sowie politische Vertreterinnen und Vertreter der beiden betroffenen Quartiere Wipkingen und Höngg involviert. Geleitet wird der Prozess von der Dienstabteilung Verkehr DAV in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt. Das Vertrauen zwischen allen Akteuren soll gestärkt werden, um zukünftige Verkehrsprojekte gemeinsam, pragmatisch und zielgerichtet umzusetzen.

## **Velomassnahmen auf bestimmten Strecken**

In der Rämi-, der Röschibach- und der Weinbergstrasse bestehen Lücken im Veloroutennetz. Trotz Richtplaneinträgen konnten diese aufgrund der knappen Platzverhältnisse bis anhin nicht geschlossen werden.

Zwischen Heimplatz und Bellevue soll nun auf der Rämistrasse die Situation für Velofahrende verbessert werden, indem talwärts die Durchfahrt mit Markierungen auf der verbreiterten Fahrbahn erleichtert und bergwärts die Mitbenutzung des Trottoirs erlaubt werden soll. Auf der Röschibachstrasse kann heute der unterste Abschnitt bis zum Wipkingerplatz mit dem Velo talwärts nicht befahren werden (Einbahnstrasse). Mit der Verbreiterung des Trottoirs zu Lasten der angrenzenden Parkierung kann ein gemeinsamer Rad- und Fussweg im Gegenrichtungsverkehr erstellt werden. Ergänzt mit einer Velofurt bei der Querung der Hönggerstrasse wird die wichtige Veloverbindung aus dem Gebiet Röschibachplatz in Richtung Zürich-West umgesetzt. In der Weinbergstrasse wurden mit den Strassenerneuerungen der letzten Jahre Velomassnahmen umgesetzt. Die Machbarkeitsprüfung für weitere Verbesserungen der Veloroute hat gezeigt, dass diese nur schwer zu realisieren sind. Dazu wären grössere Flächen auf privatem Grund erforderlich.



Die Autobahn-Vorinvestition unter dem Hauptbahnhof wird zum Veloweg mit Abstellplätzen umgenutzt. (Computerbild: huggenbergerfries Architekten AG)

## **Zwischennutzung des Stadttunnels**

Zwischen dem Bahnhofquai und der Langstrasse gibt es für den Veloverkehr bis heute keine Möglichkeit, das Gleisfeld zu queren. Rund um den Hauptbahnhof ist zudem das Angebot an Veloabstellplätzen viel zu klein. Im kommunalen Richtplan sind je eine regional klassierte Veloroute unter dem Hauptbahnhof hindurch und eine kommunal klassierte Veloverbindung auf Höhe der Kanonengasse/Klingenstrasse vorgesehen.

Unter dem Hauptbahnhof besteht eine durchgehende Tunnelverbindung in Form einer grossen Halle. Sie wurde als Vorinvestition für die geplante Nationalstrasse SN 3.4.1 (Stadttunnel Letten-Sihlhölzli) erstellt. Da diese Halle in den nächsten zwanzig Jahren voraussichtlich nicht benötigt wird, kann sie anderweitig genutzt werden. Geplant sind eine Veloverbindung und eine Veloabstellanlage mit direktem Zugang zur Passage Sihlquai und zu den Geleisen. Im Bereich der Rampenbauwerke werden an den bestehenden Strassenverläufen Anpassungen erforderlich. Zudem muss das Sihlufer im Bereich der Rampe Sihlquai angepasst werden. Die Abstellanlage soll Platz für rund 1800 Velos bieten.



## **Velostation Süd**

Die bestehende provisorische Velostation Süd befindet sich im Bereich des zukünftigen Europaplatzes und im Untergeschoss der alten Sihlpost. Sie wird im Anschluss an den Rückbau des Bahnhofs Sihlpost abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt. Die unterirdische Velostation Süd bildet ein zentrales Element der Veloförderung und ist im kommunalen Verkehrsplan der Stadt Zürich eingetragen. Es handelt sich dabei um einen Neubau mit rund 2100 Abstellplätzen und Raum für ergänzende Velodienstleistungen. Sie soll unterhalb des Europaplatzes erstellt und unterirdisch an die neue Veloverbindung durch den Stadttunnel angeschlossen werden.

## **Neugestaltung Stauffacher**

Der Stauffacher ist eine bedeutende Tramhaltestelle und ein wichtiges Quartierzentrum. Die vielen umsteigenden Trampassagiere führen zusammen mit den Passanten zu einem hohen Personenaufkommen. Der Haltestellenbereich ist zudem durch die vielen Infrastruktur- und Gestaltungselemente eingengt. Im Rahmen von Gleiserneuerungsarbeiten und des behindertengerechten Ausbaus der Haltekannten soll der Platz zeitgemäss gestaltet werden. Dazu gehören z. B. Wetterschutzdächer an allen Haltekannten. Die unbeliebte Haltestelle in der Stauffacherstrasse wird von der Nord- auf die Südseite (zwischen Badener- und Werderstrasse) verlegt. Um die Wünsche der Bevölkerung in diesem Zusammenhang zu erfahren, wurde am Stauffacher als Pilotprojekt der «Örbi» eingesetzt. Während zehn Tagen wurden rund 350 Personen befragt, deren spezifische Anregungen soweit möglich in die Projektierung einbezogen werden.

## **Planen**

### **Rosengartenstrasse und Bucheggstrasse**

Im Interesse eines optimierten Verkehrsflusses und einer erhöhten Sicherheit sind auf diesem Strassenabschnitt verschiedene Massnahmen geplant. So sind neu zwei Lichtsignalgesteuerte Fussgängerübergänge im Bereich Nordstrasse und Wibichstrasse vorgesehen. Weiter wird die Busspur auf der Hardbrücke von der Sihlquairampe bis zur Röschibachstrasse verlängert. Das Einrichten der Busspur erfordert einen teilweisen Ersatz der Passerelle Röschibachstrasse. Der gesamte Strassenabschnitt soll künftig mit drei Lichtsignalanlagen so gesteuert werden, dass die Fahrzeuge nicht in der Steigung im Stau stecken bleiben. Zudem soll der Verkehr zügig durch den Engpass Buchegggtunnel/Hirschwiesentunnel geleitet werden. Gleichzeitig sind auch Lärmschutzmassnahmen geplant.

### **Limmatquai, Utoquai**

Der Utoquai vor dem «Terrasse» soll zu einer Promenade umgestaltet werden. Eine am 14. 5. 2008 als Postulat überwiesene Motion (GR.-Nr. 2008/216) verlangte die Prüfung der Machbarkeit eines verkehrsfreien Utoquais zwischen Helmhaus und Quaibrücke. Zwar ist ein verkehrsfreier Utoquai nicht realisierbar, aber eine Aufwertung des Abschnitts durch Einschränkung des Autoverkehrs und Aufwertung der Fussgängerbereiche erscheint durchaus möglich. Ebenso sollen die Wegbeziehungen in Längs- und in Querrichtung verbessert werden. Um dies zu erreichen, sollen sich Autos und Bus eine Fahrspur teilen und zwischen Helmhaus und Bellevue Tempo 30 eingeführt werden. Zudem ein entlang des Limmatufers ein Veloweg in beiden Richtungen geplant, der das Limmatquai mit dem seeseitigen Utoquai verbindet. Er schliesst an die geplante Komfortroute

ums Seebecken an. Das Limmatufer wird als Promenadenelement mit einer neuen Bepflanzung aufgewertet. Eine dritte, abgesetzte Baumreihe entlang der Treppenanlage signalisiert einen eigenen Aufenthaltsbereich. Im Bereich des Schifflande- und des Hechtplatzes werden Abstell-, Anlieferungs- und Parkierungsflächen entlang der Strasse angeordnet, so dass diese Flächen für die Gastronomie und den Aufenthalt frei werden.

## **Vorderberg**

Seit 1974 hat sich das Quartierzentrum Fluntern kaum verändert. Es weist aus heutiger Sicht zahlreiche Defizite auf. Im Mai 2010 wurde ein Projekt präsentiert, das die Idee einer Halbinsellösung beinhaltete. Dabei wären der öffentliche Verkehr über den Vorderberg und der übrige Verkehr über die Zürichbergstrasse geführt worden. Die im Projekt enthaltenen zahlreichen Kompromisse und die kritischen Stimmen aus dem Quartier führten zu einer Projektüberarbeitung, bei der die Belassung des Verkehrssystems im Vordergrund stand, verbunden mit Verbesserungen der Platzgestaltung. Anfang Oktober 2012 wurde das überarbeitete Projekt öffentlich präsentiert und gemäss §13 Strassengesetz zur Mitwirkung aufgelegt. Zugunsten einer breiteren Haltestelleninsel und einer Velospur wird der Verkehr am Vorderberg statt auf zwei neu auf einer Fahrspur geführt. Neue Velospuren in der Gladbachstrasse und am Vorderberg verbessern die Verkehrssicherheit für die Velofahrenden. Die Tram- und Bushaltestellen bleiben am heutigen Ort und werden behindertengerecht ausgebaut. Die Platzoberfläche wird gestalterisch aufgewertet. Die Einmündung in die Keltenstrasse wird als Platz mit Bäumen neu gestaltet und die Wertstoffsammelstelle durch eine neue unterirdische Anlage ersetzt.

## **Gebiet Dreikönigstrasse**

Das Gebiet zwischen dem Bleicherweg und dem General-Guisan-Quai sowie zwischen der Claridenstrasse und der Genferstrasse ist ein Geschäftsviertel mit hoher Arbeitsplatzdichte. Die umfassende Sanierung der Strassen, der Werkleitungen und der über 100-jährigen Kanalisation ist dringend nötig. Von den Baumassnahmen sind alle Strassenabschnitte betroffen. Dies bietet die Gelegenheit, den Strassenraum massvoll aufzuwerten. Im Zentrum stehen die bestehende Bepflanzung und kleinräumige Verbesserungen. Die Orientierung in den Strassenräumen soll durch die Begradigung der Trottoirkannten und eine Vereinheitlichung der Anordnung der Parkfelder erleichtert werden. Die Leistungsfähigkeit der Dreikönigstrasse und der Stockerstrasse bleibt für den motorisierten Individualverkehr unverändert, ebenso die Zahl der Parkplätze auf öffentlichem Grund. In den übrigen Strassenabschnitten wird Tempo 30 eingeführt.

## **Bauen**

### **Fraumünsterstrasse**

Die Kanalisation und die Trinkwasserleitungen im Gebiet Fraumünster sind über hundert Jahre alt und müssen dringend ersetzt werden. Im Zuge dieser Bauarbeiten werden auch ewz-Leitungen und Datenleitungen erneuert. Im Bereich der Quaibrücke werden die unterirdischen Hohlräume saniert. Die Liegenschaften Stadthausquai 3 bis 15 werden gemäss Plan Lumière neu ausgeleuchtet. Zudem wird der gesamte Strassenraum komplett erneuert. Das Gebiet rund um das Fraumünster, insbesondere in der Fraumünsterstrasse, birgt

vermutlich archäologische Schätze, weshalb die Arbeiten von Archäologen begleitet werden. Die Bauarbeiten dauern voraussichtlich bis Mai 2014.

### **Bahnhofstrasse**

Die Bahnhofstrasse ist ein Stadtraum von internationaler Bedeutung. Sie ist in grossen Teilen Fussgängerzone, aber auch eine wichtige Tramverbindung. In den nächsten Jahren muss die Bahnhofstrasse saniert werden. Aus Sicherheitsgründen müssen die Tramgeleise zwischen der Talstrasse und dem Bahnhofplatz auf einer Länge von rund 1200 m ersetzt werden. Ebenso werden die Tramhaltestellen Börsenstrasse, Rennweg und Bahnhofstrasse/Hauptbahnhof sowie die Bushaltestelle Bürkliplatz behindertengerecht ausgebaut. Randsteine werden 3 cm hoch gebaut, so dass sie von Sehbehinderten taktil erfasst werden können. Dies entspricht den Vorschriften des behindertengerechten Bauens. Das Regenwasser wird neu über eine Schlitzrinne entlang dem Randstein abgeleitet. Der Belag im Trottoir- und Fahrbahnbereich und Teile der Werkleitungen sind sanierungsbedürftig und werden ebenfalls erneuert. Von den insgesamt 177 Bäumen müssen 72 ersetzt werden, entweder weil sie in einem schlechten Zustand sind oder Anpassungen in den Haltestellenbereichen weichen müssen. Bei den neuen Bäumen werden runde Baumscheibenabdeckungen aus Gusseisen eingebaut. Die bestehenden Kugelleuchten werden durch energiesparende Leuchten ersetzt. Der Energieverbrauch kann mit dieser Massnahme um etwa 40 % gesenkt werden. Die Bauarbeiten dauern bis Herbst 2014.

### **Forchstrasse**

Die Forchstrasse ist eine wichtige überkommunale Hauptverkehrsachse. Im Abschnitt Burgwies bis Friedhof Enzenbühl müssen auf einer Länge von rund 1,3 Kilometern umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt werden. Die Gleise der VBZ und der Forchbahn müssen dringend ersetzt werden. Ebenso werden die Haltestellen Burgwies und Balgrist behindertengerecht ausgebaut. Koordiniert mit der Gleiserneuerung und der Sanierung sämtlicher Fahrbahnen und Gehwege werden auch die bestehenden Infrastrukturanlagen (Kanäle, Trinkwasserleitungen, Leitungen des Elektrizitätswerks, der Swisscom und der Dienstabteilung Verkehr) erneuert oder den neuen Verhältnissen angepasst. Die regionale Veloroute auf der Forchstrasse wird durch zusätzliche Radstreifen bzw. kombinierte Radweg/Fussgänger-Anlagen sicherer und attraktiver gestaltet.



Die Forchstrasse zwischen Burgwies und Friedhof Enzenbühl wird bis 2015 saniert. Die ehemalige Buswendschleife wird aufgewertet. (Computerbild: Renderwerk)

Im Zuge dieser Sanierungen ist zur Reduktion der Lärmbelastung innerhalb des Projektperimeters der Einbau von Schallschutzfenstern vorgesehen. Bei der ehemaligen Buswendschleife Burgwies entsteht ein grosszügiger, einladender Platz mit Bäumen, Sitzbänken, einem neuen Züri-WC sowie einer Unterflur-Wertstoffsammelstelle. Die Bauarbeiten haben im Oktober 2012 begonnen und enden im Frühling 2015 mit dem Einbau der Deckschicht.

### **Erhaltung**

#### **Bürkliplatz**

Am Bürkliplatz musste die bestehende Hauptleitung der Wasserversorgung dringend ersetzt werden. Die alte Leitung aus dem Jahr 1912 befand sich in einem schlechten baulichen Zustand. Gleichzeitig mit den Werkleitungsarbeiten wurden die Tramgleise erneuert und die Tramhaltestelle Bürkliplatz behindertengerecht ausgebaut, was Menschen mit Gehbehinderung das selbständige, ebenerdige Ein- und Aussteigen ermöglicht. Die Tramgeleise und die Fahrleitung im Haltestellenbereich wurden auf einer Länge von rund 115 m erneuert.



Die Sanierungsarbeiten an der Nordbrücke kommen planmässig voran. (Bild: TAZ)

### **Nordbrücke**

Über die SBB-Linie oberhalb des Bahnhofs Wipkingen führt die Nordstrasse bzw. die Nordbrücke, die 1924/25 gebaut wurde. Sie ist in einem schlechten Zustand und muss dringend ersetzt werden. Nebst dem Brückenersatz sieht das Projekt im Bereich der Brücke zwei VBZ-Doppelhaltestellen mit Wartehallen vor und einen Treppenabgang entlang dem Gleis 1 der SBB. Aufgrund von Einsparungen hat sich der ursprünglich geplante Baustart von Februar 2011 auf August 2012 verschoben. Die Arbeiten kommen planmässig voran. Bereits wurde die Hälfte der Brücke in Längsstreifen geschnitten und herausgehoben. Ausserdem wurde der obere Teil der Widerlager abgebrochen, und es wurden die Bohrpfähle für die neue Widerlagerwand erstellt. Wegen der Lage über und neben den SBB-Geleisen sind häufig Nacharbeiten nötig.

### **Ulmbergtunnel**

Der Ulmbergtunnel wurde zusammen mit der Strassenunterführung «Bleicherweg» Mitte der 60er-Jahre als Teil der «Westtangente» erstellt und in Betrieb genommen. Nach über 45 Jahren Betrieb waren einerseits beide Bauwerke sanierungsbedürftig, und andererseits musste der Strassenoberbau der Tunnel- und

der Alfred-Escher-Strasse bis zur Kreuzung General-Wille-Strasse ersetzt werden. Überdies waren im ganzen Projektperimeter diverse Tiefbauarbeiten für Werkleitungen auszuführen. Beim Strassentunnel wurde gleichzeitig auch die Betriebs- und Sicherheitseinrichtung auf den neuesten Stand gebracht und an der Tunnestrasse eine lärmtechnische Sanierung vorgenommen. Der Fussgängertunnel wurde mit einer Bodenbemalung des Künstlerduos Lang/Baumann versehen. Die Bodenmalerei «Streetpainting #3» und die insgesamt hellere Gestaltung sollen die Benutzung des Tunnels angenehmer machen. In der Alfred-Escher-Strasse wurde die bestehende Personenunterführung abgebrochen. Sie war weder attraktiv noch behindertengerecht. Die Unterführung wurde durch einen oberirdischen, lichtsignalgesteuerten Fussgängerübergang ersetzt.

#### **Wanderwegergängung Trichtenhausenstrasse, «Lernenden-Projekt Trampelpfad»**

Auf Wunsch des Quartiers Witikon wurde der 90 Meter lange Trampelpfad zwischen der Trichtenhausenstrasse und dem Trichtisalweg zu einem Fussweg von 1,8 Metern Breite ausgebaut. Das Projekt war speziell auf die Lernenden des Tiefbauamts zugeschnitten. Von der Projektierung bis zur Ausführung beteiligten sich die Lernenden mit verschiedenen Berufsfunktionen. Die Baugruppe des Werkhofs Nord begleitete die Bauausführung. Der neue Fussweg führt über ein städtisches Grundstück, so dass die Arbeiten zur Freude des Quartiers in nur zwei Wochen abgeschlossen werden konnten.

#### **Gefahrenkarte Hochwasser und Massenbewegung**

2012 wurden die Arbeiten zur Umsetzung der Gefahrenkarten intensiv vorangetrieben. Ein Grossteil der Grundlagen für den Masterplan Hochwasser konnten erarbeitet werden. Darauf aufbauend sollten bis Ende 2013 die wesentlichsten Aufgaben der Stadt zum Hochwasserschutz geklärt und mögliche Massnahmen definiert sein.

Parallel dazu arbeitete der Kanton zum langfristigen Hochwasserschutz an der Sihl zwei Schutzkonzepte aus. Die Konzepte «Stollenlösung» und «Kombilösung» wurden der Bevölkerung vorgestellt und werden 2013 vertieft geprüft. Neben den

Arbeiten zum Hochwasserschutz wurde die Stadt Zürich von der kantonalen Baudirektion beauftragt, auch die Gefahrenkarte für Massenbewegungen umzusetzen. In Anlehnung an die Umsetzungsorganisation für den Hochwasserschutz wurde eine Kerngruppe Massenbewegungen, bestehend aus Vertretern verschiedener Dienstabteilungen, mit den Arbeiten betraut. Der Handlungsbedarf wurde definiert und in einem Zwischenbericht das Vorgehenskonzept festgehalten. Künftig werden die beiden Gefahrenkarten gemeinsam fortgeführt.

#### **Kunst im öffentlichen Raum**

Kunst im öffentlichen Raum (KiÖR) prägt das kulturelle Leben der Stadt Zürich, sie trägt zur Auseinandersetzung über die Bedeutung des öffentlichen Raumes bei und zur Identifikation mit dem Lebensraum. Die Kunst im öffentlichen Raum soll zeigen, dass Zürich eine weltoffene Stadt ist. Das Thema wird von der Arbeitsgruppe KiÖR bearbeitet, die Teil des Tiefbauamts ist.

#### **Art and the City (AATC)**

AATC war eine der grössten je in der Schweiz gezeigten Kunstausstellungen im öffentlichen Raum. Der Ausstellungsperimeter reichte vom Tessinerplatz bis zum Bahnhof Altstetten (Schwerpunkt war Zürich-West). Gezeigt wurden Werke von 43 Künstlerinnen und Künstlern aus 16 Nationen. Die Ausstellung wurde zu zwei Dritteln durch Private finanziert. AATC startete im Juni mit einer Plakatkampagne in der Stadt und im Kanton Zürich, einem AATC-Kunsttram sowie einer mehrseitigen Foto-Beilage des US-amerikanischen Fotografen Roe Ethridge im «Tages-Anzeiger». Es gab ein umfassendes Ausstellungsprogramm, einen zweibändigen Katalog, eine eigene Internetseite ([www.artandthecity.ch](http://www.artandthecity.ch)), eine spezielle VeloMAP, ein Begleitprogramm der Zürcher Off-Spaces und einen Souvenirshop der Studierenden der Zürcher Hochschule der Künste (ZHDK). Auf grosses Interesse stiess auch das Vermittlungsprogramm. Mehr als 5000 Personen nahmen an den rund 300 Kunstführungen teil. Mit einem Symposium über die Wechselwirkung zwischen Stadt und Kunst wurde die Ausstellung am Wochenende vom 22./23. September 2012 beendet. Durch den AATC-Award und eine Zürcher Stiftung bleiben der Stadt Zürich vier Werke aus der Ausstellung erhalten.

#### **4.5.3 Spezifische Kennzahlen**

	2008	2009	2010	2011	2012
Projekte (inkl. Kanalbauten ERZ)	565	580	644	551	495
davon in Realisierung	161	171	154	133	117
davon in Projektierung	215	225	223	225	244
davon in Planung	189	184	267	193	178
Anzahl Mitarbeitende	305	318	315	297	329
davon Lernende	17	17	19	16	18
davon Praktikanten	1	1	–	–	–
Investitionen (exkl. ERZ, VBZ, WVZ, ewz usw.)					
Ausgaben, in Mio. Fr.	47.3	83.5	75.9	73.0	85.9
Einnahmen, in Mio. Fr.	8.2	21.4	21.8	22.7	23.7

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2012)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1994/002245 1992/000528	18.11.1992 25.05.1994	Baur Toni Veloroute Margaretenweg, Realisierung der fehlenden Teilstücke

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das fehlende Teilstück der Veloroute Margaretenweg – allenfalls kurzfristig mit provisorischen Massnahmen zwischen Borweg und der Abzweigung Räfifelstrasse – realisiert werden kann.*

Kurzfristig umsetzbare Massnahmen mussten bisher alle verworfen werden (Kosten, laufende Planungen Dritter, nicht lösbare Konflikte mit Fussverkehr). Aktuell ist keine Projektierung im Gang. Im Hinblick auf eine Vervollständigung des Veloroutennetzes wird in den nächsten Jahren ein erneuter Versuch unternommen.

POS 1994/002232 1994/000154	18.05.1994 08.06.1994	Baur Toni und Niggli Peter Wollishofen, Massnahmenplan zur Verkehrsberuhigung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie mit dem Regierungsrat zusammen ein Massnahmenplan zur Verkehrsberuhigung in Wollishofen ausgearbeitet werden kann.*

Im Rahmen der FLAMA West wurde auf Höhe Autobahnanschluss Wollishofen die Verkehrsregelung auf eine Plafonierung des Autoverkehrs ausgerichtet. Die Zufahrt über die Achse Brunau ins Quartier wurde an der Verkehrsregelungsanlage Brunastrasse/Rieterstrasse plafoniert.

An der Mutschellenstrasse sind im Bereich des Quartierzentrums Morgental Aufwertungen des Strassenraums geplant. Der Regierungsrat hatte im Dezember 2010 das städtische Projekt einer zweiseitigen Kaphaltestelle Morgental abgelehnt, war aber als Kompromiss mit einer einseitigen Kaphaltestelle stadtauswärts einverstanden. In der Zwischenzeit hat das Tiefbauamt ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet. Das weitere Vorgehen wird 2013 bestimmt, die Umsetzung ist für 2016 vorgesehen.

Im Rahmen des städtischen Konzepts zum Lärmschutz werden weitere Massnahmen evaluiert.

POS 1994/002253 1994/000169	25.05.1994 08.06.1994	Widmer Graf Andrea und 9 Mitunterzeichnende Kreis 2, Ausarbeitung eines Verkehrskonzeptes
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, ein Verkehrskonzept für den Kreis 2 auszuarbeiten und zu verwirklichen, welches folgende Punkte umfasst:*

- Da der geplante Brunauriegel nach dem Entscheid des Bundesrates nicht verwirklicht wird, sollen andere, kurzfristig realisierbare Massnahmen getroffen werden, welche geeignet sind, die Quartiere Wollishofen und Enge vom quartierfremden Durchgangsverkehr zu entlasten.*
- Während der mehrjährigen Bauzeit des Üetlibergtunnels soll mit geeigneten Massnahmen verhindert werden, dass der Verkehr in die Wohnquartiere des Kreises 2 ausweicht.*
- Spätestens mit der Eröffnung des Üetlibergtunnels ist im Kreis 2 ein umfassendes Verkehrskonzept zu verwirklichen, mit dem der Mehrverkehr, der durch den Üetlibergtunnel entsteht, von den Wohnquartieren ferngehalten werden kann.*
- Diese Konzepte sind in Zusammenarbeit mit der Wohnbevölkerung und mit dem Gewerbe auszuarbeiten.*

Im Rahmen der FLAMA West wurde auf Höhe des Autobahnanschlusses Wollishofen die Verkehrsregelung so gewählt, dass der Autoverkehr plafoniert wird. Die Plafonierung an der Zufahrt über die Achse Brunau ins Quartier wurde an der Verkehrsregelungsanlage Brunastrasse/Rieterstrasse vorgenommen.

An der Mutschellenstrasse sind im Bereich des Quartierzentrums Morgental Aufwertungen des Strassenraums geplant. Der Regierungsrat hatte im Dezember 2010 das städtische Projekt einer zweiseitigen Kaphaltestelle Morgental abgelehnt, war aber als Kompromiss mit einer einseitigen Kaphaltestelle stadtauswärts einverstanden. In der Zwischenzeit hat das Tiefbauamt ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet. Das weitere Vorgehen wird 2013 bestimmt, die Umsetzung ist für 2016 vorgesehen.

Im Rahmen des städtischen Konzepts zum Lärmschutz werden weitere Massnahmen evaluiert.

POS 1996/001892 1996/000341	11.09.1996 08.01.1997	Tschopp Kurt und Schönbächler Robert Rosengartenstrasse, Erstellung einer Fussgängerüberführung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob beim Schulhaus Nordstrasse und dem westlichen Teil der Nordstrasse eine Fussgängerüberführung über die Rosengartenstrasse errichtet werden kann.*

Der Stadtrat beabsichtigt den Bau von zwei mit Lichtsignalen gesteuerten Fussgängerübergängen über die Rosengartenstrasse, einer auf Höhe Nordstrasse und einer auf Höhe Wibichstrasse. Die Projektgenehmigung durch den Stadtrat ist auf Anfang 2013 geplant. Die Zustimmung des Kantons zu den Fussgängerübergängen ist ungewiss, in der Begehrensäusserung hat er eine kritische Stellungnahme abgegeben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2000/000577 2000/000126	21.03.2000 19.04.2000	Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung BZO 1999/Teil III, flankierende Massnahmen

Der Stadtrat wird beauftragt, im Zusammenhang mit der BZO 99/Teil III, Massnahmen zur Aufwertung jener Gebiete vorzusehen, die durch die Auswirkungen der neuen BZO zusätzlich belastet werden. Insbesondere gilt dies für die neuen Zentrums- und IHD-Zonen, für die noch keine Konzepte mit flankierenden Massnahmen bestehen, zum Beispiel die Gebiete Binz, Flurstrasse/Zollfreilager, Bahnhof Altstetten.

Massnahmen sind für folgende Bereiche zu erarbeiten und zu realisieren:

- Erstellung von Freihalte-, Grün- und Erholungsflächen
- Gestaltung des öffentlichen Raumes
- bestmögliche Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr
- Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum

Zu diesem Zweck soll der Stadtrat einen Zeitplan vorlegen und die dazu notwendigen Mittel jährlich im Budget ausweisen. Die daraus entstehenden Weisungen und Budgetanträge sollen vom Stadtrat departementsübergreifend vorbereitet und koordiniert werden. Sie sind den zuständigen Spezialkommissionen zur Beratung vorzulegen und vom Gemeinderat zu genehmigen.

Mit Beschluss Nr. 387 vom 28. März 2012 legte der Stadtrat dem Gemeinderat eine Weisung zu diesem Geschäft vor, die am 11. April der SK HBD/SE überwiesen wurde. Der Stadtrat erachtet die Anliegen der Motion als erfüllt. Die Behandlung des Geschäfts in der Spezialkommission begann im September 2012 und steht kurz vor dem Abschluss (Stand Dezember 2012).

POS 2003/000698 2003/000079	28.06.2000 05.03.2003	Hug Christoph und Knauss Markus S-Bahnhöfe, Verbesserung der Zugänglichkeit
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche einen Rahmenkredit in der Höhe von 5 Mio Fr. für Verbesserungen der Zugänglichkeit von S-Bahnhöfen in der Stadt Zürich zum Inhalt hat.

Aktuell sind substantielle Verbesserungen der Zugänglichkeit an den SZU-Bahnhöfen Friesenberg, Leimbach und Triemli geplant.

POS 2003/001017 2003/000132	31.01.2001 02.04.2003	Schönbächler Robert und 12 Mitunterzeichnende S-Bahnhof Hardbrücke bis Pfingstweidstrasse, Gestaltung des Raumes als Bahnhofplatz
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die den Raum S-Bahnhof Hardbrücke bis Pfingstweidstrasse als Bahnhofplatz grosszügig mit den angrenzenden Arealen (Maag, Gerold und Welti-Furrer) und in Absprache mit den übergeordneten Instanzen aufwertet und welche in den nächsten Jahren realisiert werden kann. In die Planung ist der Innenbereich des Bahnhofs mit den räumlichen und nutzungsmässigen Bedürfnissen einzuschliessen.

Der Raum Hardstrasse und der Vorplatz zum Bahnhof Hardbrücke sind im kommunalen Richtplan als Fussgängerbereiche klassiert. In den Leitlinien Zürich-West und in den Sonderbauvorschriften (SBV) Maag-Plus wird die Aufwertung der S-Bahnstation als zentrales Element der Entwicklung von Zürich-West betrachtet. Der Bahnhofzugang wurde bereits aufgewertet, weitere Planungen und Projekte stehen vor der Umsetzung (Veloabstellplätze, Treppenaufgänge etc.). Mit dem Abschluss der Sanierung der Hardbrücke konnte per Ende Oktober 2011 beidseits der Brücke je ein kombinierter Fuss- und Veloweg zwischen dem Bahnhof Hardbrücke und dem Hardplatz eröffnet werden. Zudem wurden im Sommer 2011 unter der Federführung des Tiefbauamts und in Zusammenarbeit mit SBB und Swiss Prime Site eine Aufwertung des Bahnhofs Hardbrücke in einem Studienauftrag überprüft. Das Siegerprojekt vom Team Gigon Guyer, Walt + Galmarini und Ernst Basler + Partner überzeugt vor allem durch ein neues Bahnhofsgebäude mit grosszügigen Platzverhältnissen und durchdachter Personenführung. Die Kapazität der Bahnhofsentwicklung wird gegenwärtig von den SBB überprüft.

POS 2001/001272 2001/000340	20.06.2001 14.01.2004	Zimmermann Markus und 4 Mitunterzeichnende Limmatuferzone in Wipkingen, Aufwertung
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Gebiet zwischen Bahnhof Letten und Gemeinschaftszentrum Wipkingen aufgewertet werden kann. Von besonderem Interesse ist dabei die Aufwertung der Limmatuferzone vom Bahnhof Letten bis zum GZ Wipkingen, aber auch die Wasserwerk- und Höneggerstrasse sowie der Wipkingerplatz.

Durch die Häufung von Baustellen rechts der Limmat musste die Umsetzung des Projekts Höneggerstrasse aus Kapazitätsgründen auf das Jahr 2015 verschoben werden.

Im Zusammenhang mit einem privaten Bauvorhaben soll bei der Wipkingerbrücke die Wegverbindung zwischen der Höneggerstrasse und dem Fussweg längs der Limmat verlegt und für Menschen mit Behinderung verbessert werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2002/000257 2002/000057	06.02.2002 02.04.2003	Schönbächler Robert und Furter Willy Maag-Areal/Gerold-Areal/ Bahnhof Hardbrücke, Gestaltungsplan

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei einem Gestaltungsplan Maag-Areal Plus/Gerold-Areal/Bahnhof Hardbrücke die nachstehenden Punkte integriert werden können:

- Attraktive Verkehrsverbindungen für Fussgängerinnen und Fussgänger von den Perron-Enden des S-Bahnhofs Hardbrücke nach Westen Richtung Maschinenstrasse, nach Osten Richtung Neugasse und nach Süden Richtung Kreis 4, gegebenenfalls in Richtung ehemaligem Güterbahnhof.
- Ausreichende Velo-Abstellplätze bei allen Zugängen zum S-Bahnhof Hardbrücke mit attraktiven Velo-Zufahrtswegen.
- Festlegung von Baulinien, um den Ausbau des Bahnhofs Hardbrücke seiner Bedeutung gemäss zu ermöglichen.

Der gesamte Raum Hardstrasse und der Vorplatz zum Bahnhof Hardbrücke sind im kommunalen Richtplan als Fussgängerbereich klassiert. In den Leitlinien Zürich-West und in den Sonderbauvorschriften (SBV) Maag-Plus wird die Aufwertung der S-Bahnstation als zentrales Element der Entwicklung von Zürich-West angesprochen. Der Bahnhofzugang wurde bereits aufgewertet, weitere Planungen und Projekte stehen vor der Umsetzung (Veloabstellplätze, Treppenaufgänge etc.). Mit dem Abschluss der Sanierung der Hardbrücke konnte per Ende Oktober 2011 beidseits der Brücke je ein kombinierter Fuss- und Veloweg zwischen dem Bahnhof Hardbrücke und dem Hardplatz eröffnet werden. Zudem wurden im Sommer 2011 unter der Federführung des Tiefbauamts und in Zusammenarbeit mit SBB und Swiss Prime Site eine Aufwertung des Bahnhofs Hardbrücke in einem Studienauftrag überprüft. Das Siegerprojekt vom Team Gigon Guyer, Walt + Galmarini und Ernst Basler + Partner überzeugt vor allem durch ein neues Bahnhofgebäude mit grosszügigen Platzverhältnissen und durchdachter Personenführung. Die Kapazität der Bahnhofsentwicklung wird gegenwärtig von den SBB überprüft.

POS 2002/001346 2002/000258	10.07.2002 12.03.2003	Leupi Daniel und Jäger Alexander Veloverkehr, Sicherung im Bereich des Hauptbahnhofs
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine sichere Führung des Veloverkehrs rund um den Hauptbahnhof sichergestellt werden kann.

Die Neugestaltung der Lagerstrasse sieht einen grosszügigen Velostreifen vor, der mit dem für 2017 geplanten Velotunnel unter dem Hauptbahnhof hindurch verbunden wird. Auf der Nordseite des Bahnhofs konnten Velomassnahmen verdeutlicht und die Verbindungen dadurch sicher gemacht werden. Einzig auf dem Bahnhofplatz fehlt im Moment der Platz für Velomassnahmen.

POS 2002/002521 2002/000561	18.12.2002 08.01.2003	Schönbächler Robert und Nielsen Claudia Theaterplatz und Münsterhof, Veloverbindungen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Zuge der Aufhebung der oberirdischen Parkplätze auf dem Theaterplatz und dem Münsterhof sichere und rasche Veloverbindungen gewährleisten kann, um Konflikte zwischen FussgängerInnen und VelofahrerInnen auf ein Minimum zu reduzieren.

Der Münsterhof soll gemäss «Verkehrskonzept Innenstadt – Aufwertung der Strassenräume» als Fussgängerzone signalisiert werden, auf der Velos zugelassen sind, aber dem Fussverkehr Vortritt gewähren müssen.

Auf dem Sechseläutenplatz wird, ausser für Velos, Fahrverbot gelten. Diese Mischverkehrszone von Fuss- und Veloverkehr wird durch eine Veloverbindung um den Platz herum entschärft. Wie weit sich die Ablehnung der geplanten Spuraufhebung am Utoquai durch den Regierungsrat auf dieses Projekt auswirken wird, ist noch unklar. In Zukunft sollte es jedenfalls möglich sein, mit dem Velo sicher von der Quaibrücke zur Theater- und weiter zur Rämistrasse zu gelangen.

POS 2002/002527 2002/000567	20.12.2002 08.01.2003	Birrer Susann und Nielsen Claudia Münsterhof, Freihaltung von baulichen Massnahmen und Einbezug in das Konzept «Plan lumière»
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, dafür zu sorgen, dass der Münsterhof nach erfolgter Kompensation der Parkplätze (links der Limmat, in Gehdistanz zum Münsterhof) und Aufhebung der Parkfelder von baulichen Massnahmen sowie festen Installationen frei gehalten wird, damit der historisch wertvolle Platz seine raumgestaltende Wirkung entfalten und städtebauliche Akzente setzen kann.

Der Stadtrat wird darüber hinaus eingeladen, den Münsterhof ins Konzept des «Plan lumière» einzubeziehen und die Nutzung so zu planen, dass der Platz einen angemessenen Teil des Jahres frei von flächendeckenden temporären Nutzungen bleibt.

Die vorgeschlagenen Massnahmen sind Bestandteil der geplanten neuen Gestaltung des Münsterhofs. Die Beleuchtung ist integraler Bestandteil des Projekts und folgt den Grundsätzen des Plan Lumière. Die Platzfläche wird weitgehend freigehalten und bildet so auch eine flexible Plattform für temporäre Nutzungen.

Das Projekt befindet sich zurzeit in der Projektierungsphase. Die Projektfestsetzung durch den Stadtrat ist gemäss aktuellem Planungsstand für die zweite Hälfte 2013 vorgesehen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2003/002299 2003/000370	01.10.2003 18.01.2006	Bartholdi Roger und Im Oberdorf Bernhard Velowege, keine Erstellung auf Trottoirs
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie inskünftig Velorouten nur noch ausnahmsweise auf Trottoirs geführt werden.*

Die gleichzeitige Benützung des Trottoirs durch Velos und Fussgänger ist für beide Seiten keine optimale Lösung. Sie wird deshalb nur gewählt, wenn aus räumlichen Gründen keine bessere Lösung zur Verfügung steht oder wenn die Mischung der Verkehrsarten Teil eines Verkehrskonzepts ist, wie z. B. in Begegnungszonen, wo von den Verkehrsteilnehmenden besondere Rücksichtnahme gefordert wird.

Das 2011 verabschiedete «Verkehrskonzept Innenstadt – Aufwertung der Strassenräume» sieht vor, dass der Veloverkehr grundsätzlich auf eigenem Trasse oder – auf wenig befahrenen Strassen – im Mischverkehr mit dem motorisierten Verkehr geführt werden soll. Innerhalb von Fussgänger-, Fahrverbots- oder Begegnungszonen ist eine Verkehrstrennung allerdings nicht angebracht, dort werden Velofahrende in der Regel im Mischverkehr mit den anderen Verkehrsteilnehmenden (Tram ausgenommen) geführt.

Der Masterplan Velo wurde im November 2012 vom Stadtrat genehmigt. Die darin beschriebenen Haupttrouten sind grundsätzlich eigentrasseiert zu führen, das heisst auf Radwegen oder -streifen. Mischverkehr mit zu Fuss Gehenden ist für Haupttrouten nicht geeignet. Die Prinzipien der Veloführung werden im Jahr 2013 in Form von neuen Velostandards detailliert definiert werden.

POS 2004/000454 2004/000098	03.03.2004 13.09.2006	SVP-Fraktion Graffitis und andere Verunreinigungen, Entfernung durch Private
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob Graffitis und Sprayereien in der Stadt Zürich durch private Personen und Unternehmungen entfernt werden können.*

Alle Reinigungsarbeiten, die privaten Reinigungsunternehmen überlassen werden können, werden an private Reinigungsunternehmen vergeben. Die Zuteilung der Aufträge erfolgt aufgrund der Art der Graffiti und unter Berücksichtigung der angemessenen Reinigungstechnik. Im Jahr 2012 haben private Reinigungsunternehmen ein Auftragsvolumen von rund Fr. 120'000.– ausgeführt.

POS 2004/000715 2004/000201	07.04.2004 13.09.2006	Danner Ernst Zehntenhausplatz, oberirdische Fussgängerverbindungen über die Wehntalerstrasse
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie möglichst rasch oberirdische Fussgängerverbindungen über die Wehntalerstrasse beim Zehntenhausplatz in Affoltern realisiert werden können.*

Das Betriebs- und Gestaltungskonzept Wehntalerstrasse wurde wegen der hängigen Fragen betreffend der Tramlinienführung zurückgestellt.

POS 2004/000961 2006/000387	09.06.2004 13.09.2006	Scherr Niklaus und Leiser Albert Werk-Tarifordnungen, einheitlicher gemeinsamer Gebührenbezug
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird ersucht, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Anpassung der verschiedenen Werk-Tarifordnungen zu unterbreiten, die einen einheitlichen gemeinsamen Gebührenbezug mindestens für Wasser, Abwasser und Kehricht vorsieht. Die Abrechnungstichtage sollen so festgelegt werden, dass sie mit den ortsüblichen mietrechtlichen Terminen übereinstimmen; bei den Zahlungsmodalitäten ist der Liquidität der Eigentümer und Betriebe angemessen Rechnung zu tragen.*

Die Anpassung der verschiedenen Werk-Tarifordnungen und Rechnungssysteme setzt voraus, dass alle betroffenen Dienstabteilungen ein einheitliches SAP-Abrechnungssystem benützen. Dies ist jedoch ein unverhältnismässiger Aufwand, wenn man berücksichtigt, dass die heute eingesetzten IT-Lösungen zuverlässig und stabil laufen. Immerhin werden schon heute wenn möglich verschiedene Leistungen gemeinsam in Rechnung gestellt. So stellt die Wasserversorgung gleichzeitig den Leistungspreis Abwasser von ERZ Entsorgung + Recycling Zürich und das Trinkwasser in Rechnung.

POS 2007/000162 2007/000061	25.08.2004 31.01.2007	Stokar Gasser Christine Rüthofquartier, kostengünstige Aufwertung der Verkehrssituation
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt die Verkehrssituation im Rüthofquartier, im Bereich Frankentalerstrasse/Geeringstrasse/Regensdorferstrasse/Im oberen Boden möglichst kostengünstig aufzuwerten.*

Ein entsprechendes Projekt wurde vom Stadtrat am 14.1.2009 bewilligt. Aufgrund von Rekursen konnte es noch nicht festgesetzt werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2004/001800 2004/000622	24.11.2004 31.01.2007	Butz Marlène und Leupi Daniel Quaianlagen zwischen Landiwiese und Arboretum, Entflechtung von Fuss- und Veloverkehr

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Veloroute entlang den Quaianlagen zwischen Landiwiese und Arboretum so angepasst werden kann, dass Fuss- und Veloverkehr besser entflochten werden.*

Das Tiefbauamt muss den Mythenquai und den General-Guisan-Quai zwischen 2014 und 2017 sanieren. In der gegenwärtig im Rahmen des Masterplans Velo erarbeiteten Vorstudie für die Umsetzung der Komfort- und Hauptroute in diesem Bereich ist vorgesehen, den Fuss- und den Veloverkehr auf der gesamten Länge mittels eines neuen Zweirichtungswegs zu entflechten.

MOT 2006/000029 2005/000550	05.10.2005 18.04.2007	Mariani Mario und Herzig Muriel Lindenplatz, Realisierung eines Hauptstrassenraumes gemäss Verkehrsplan
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche für die Sanierung des Lindenplatzes in Zürich Altstetten zusätzlich zum vorgesehenen Perimeter auch den angrenzenden Strassenraum miteinbezieht, mit dem Ziel, einen der Hauptstrassenräume in Quartierzentren (gemäss Festlegung E 4.7 aus dem kommunalen Verkehrsplan der Stadt Zürich) zu realisieren.*

Das Tiefbauamt hat für die Strassenräume in Altstetten ein umfassendes Betriebs- und Gestaltungskonzept entwickelt, das eine neue Tramlinienführung vom Lindenplatz über die Altstetterstrasse zum Bahnhof Altstetten und via Farbhof bis nach Schlieren berücksichtigt. Der Altstetterplatz soll als Aufenthaltsraum erhalten bleiben und zusammen mit dem Bahnhof und der neuen Haltestelle von VBZ und Limmattalbahnhof einen kompakten Umsteigeknoten bilden. Die Altstetterstrasse wird zwischen dem Bahnhof Altstetten und dem Lindenplatz vom motorisierten Individualverkehr befreit und zum Boulevard aufgewertet. Anlieferungen für das Gewerbe bleiben aber gewährleistet. Die Tramhaltestelle Lindenplatz wird in die Altstetterstrasse verlegt. Die nicht mehr benötigten Gleise in der Badenerstrasse werden entfernt, neue Velospuren eingerichtet sowie Gehwege und Gebäudevorzonen erweitert. Der Übergang vom Lindenplatz wird dahingehend verbessert, dass nur noch die MIV-Fahrsuren überquert werden müssen. Durch diese Massnahmen entsteht im Bereich Altstetterplatz bis Lindenplatz eine Fussgängerzone. Diese gemäss Betriebs- und Gestaltungskonzept vorgesehenen Massnahmen sollen in den Jahren 2013 bis 2016 zur Projekt- und Baureife weiterentwickelt werden. Die Umsetzung ist, koordiniert mit dem Bau der Limmattalbahnhof, ab 2017 geplant.

MOT 2006/000030 2005/000551	21.12.2005 21.11.2007	Piller Bernhard und Mariani Mario Hardbrücke, Sanierung mit einem Veloweg von Hardplatz bis Bucheggplatz
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, welche im Zusammenhang mit der Sanierung der Hardbrücke die Erstellung eines sicheren, durchgehenden Veloweges – Veloweg Nr. 155 (Albisriederplatz bis Bucheggplatz) im kantonalen Richtplan – über die Hardbrücke bis zum Abschnitt Rosengartenstrasse beinhaltet.*

Mit der im November 2011 abgeschlossenen Sanierung der Hardbrücke stehen dem Veloverkehr zwischen Hardplatz und Bahnhof Hardbrücke beidseits der Hardbrücke kombinierte Fuss-/Velowege zur Verfügung. Damit wurde das im Richtplan auf der Hardbrücke vorgesehene Veloroutenstück umgesetzt. Die von den Motionären geforderte Verbindung zwischen Bahnhof Hardbrücke und Rosengartenstrasse ist nicht im Richtplan enthalten und konnte aus Gründen der Verkehrssicherheit und infolge der limitierten Ausbaumöglichkeiten der bestehenden Brückenkonstruktion nicht mit dem Sanierungsprojekt umgesetzt werden.

Der Abschreibungsantrag des Stadtrats wurde vom Gemeinderat am 16. November 2011 abgelehnt, und die Motion wurde der Spezialkommission Polizeidepartement/Verkehr zur Antragsstellung überwiesen. Derzeit erarbeitet eine Subkommission der Spezialkommission eine Studie zur geforderten Veloverbindung.

POS 2006/000586 2006/000209	31.05.2006 21.06.2006	Pauli Pascal und Leupi Daniel Einhausung der Autobahn in Schwamendingen, Bewegungs- und Gestaltungsräume für Jugendliche und Kinder
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Rahmen der Einhausung in Schwamendingen Bewegungs- und Gestaltungsräume für Jugendliche und Kinder auf dem entstehenden Deckel realisiert werden können. In die Prüfung soll auch die Gestaltung der Wände miteinbezogen werden, die sich beispielsweise für Sportzwecke – z. B. für eine Boulderwand (Trainingstrecke fürs Sportklettern) – eignen könnten. Dabei sollen die Bedürfnisse im Quartier erhoben und in eine kooperative Planung mit den Betroffenen einbezogen werden.*

Im Rahmen der Projektentwicklung der Einhausung der Autobahn in Schwamendingen wird die betroffene Bevölkerung im Rahmen eines Mitwirkungsverfahrens in die Detailgestaltung der Wände und der zukünftigen Freifläche auf dem Deckel einbezogen. Dieses kooperative Verfahren soll dem jeweiligen Projektstand entsprechend in zwei Phasen erfolgen.

Aufgrund des noch abstrakten Planungsstands wurden in der ersten Phase die bereits bekannten Quartieranliegen zusammen mit Fach- und Quartierinstitutionen überprüft und ergänzt. Ein erster Echoraum fand im November 2011 statt. Dabei wurden Konzeptideen diskutiert, Anliegen und Ideen eingebracht sowie kritische Punkte erörtert. Den eingebrachten Aspekten wurde bei der Weiterbearbeitung des Projekts besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Im November 2012 wurde das Zwischenergebnis in Form eines Werkstattberichts wieder im selben Rahmen vorgestellt und von den Besuchenden der Veranstaltung sehr positiv aufgenommen.

In der zweiten Phase, wenn der Bau der Anlage absehbar ist (etwa 2017/18), werden die Anstösser und die Nutzergruppen für die Detaillierung der Ausgestaltung in die endgültige Ausführungsplanung einbezogen.



<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
MOT 2006/000679 2006/000256	21.06.2006 22.11.2006	Leupi Daniel und Girod Bastien Velostationen, Realisierung von zwei Anlagen am Hauptbahnhof
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die zur Realisierung von zwei Velostationen am Hauptbahnhof führt. Als Standorte sind a) der nördliche Aufgang der für den Tiefbahnhof geplanten Personenunterführung beim Landesmuseum und b) der Bereich Sihlpost/Flügelbahnhof vorzusehen. Die Stationen sollen je rund 1500 Plätze umfassen und nach dem Vorbild der Stationen in Basel bzw. derjenigen in Nordeuropa betrieben werden: grösstenteils diebstahlsichere Abstellplätze, sichere und direkte Zufahrten, sehr gute Zugänglichkeit von/zu den Geleisen, Angebot von velobezogenen Dienstleistungen (Reparaturen, Verkauf von Zubehör, Velovermietung etc.).</i></p> <p>Im Frühling 2013 soll eine kreditschaffende Weisung zur Realisierung der Velostation Süd vorliegen. Die Bauausführung hängt zeitlich von den Bauarbeiten rund um den Hauptbahnhof ab und darf 2017 erwartet werden. Auch die Projektierung des Velotunnels von der Sihlpost zum Sihlquai mit einer grossen Anzahl zusätzlicher Veloabstellplätze ist in vollem Gang. Ebenso wie bei der Velostation Süd muss das Vorhaben mit den Arbeiten für den Tiefbahnhof Löwenstrasse koordiniert werden. Der Gemeinderat hat die Frist zur Erfüllung der Motion bis November 2013 verlängert.</p>		
POS 2006/000913 2008/000448	23.08.2006 24.09.2008	Leupi Daniel und Kisker Gabriele Mutschellenstrasse, Realisierung eines Hauptstrassenraums gemäss Verkehrsplan
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die im nördlichen Teil des Morgentals (Mutschellenstrasse) zur Realisierung eines Hauptstrassenraumes gemäss Richtplan führt.</i></p> <p>Das Tiefbauamt erarbeitet derzeit eine Vorstudie für die Mutschellenstrasse zwischen Morgentalstrasse und Mööslistrasse. Dabei ist eine Aufwertung des Strassenraums mit breiteren Trottoirs, einer Baumreihe und mit der Umsetzung von Tempo 30 vorgesehen. Die Umsetzung ist für 2016 geplant und wird mit der Umgestaltung der Haltestelle Morgental koordiniert.</p>		
MOT 2006/001034 2006/000393	20.09.2006 25.02.2009	Leupi Daniel und Odermatt André Velostation, Realisierung am Bahnhof Stadelhofen
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die zur Realisierung einer Velostation beim Bahnhof Stadelhofen führt. Die Station soll diebstahlsichere Abstellplätze, sichere und direkte Zufahrten, sehr gute Zugänglichkeit von/zu den Geleisen und möglichst unter Einbezug von velobezogenen Dienstleistungen (Reparaturen, Verkauf von Zubehör, Velovermietung, Veloverleih etc.) aufweisen. Zusammen mit den weiteren, dezentral angeordneten Abstellflächen ist eine Anzahl von rund 1000 Veloabstellplätzen anzustreben. Eine Aufteilung in kostenpflichtige (nahe bei den Gleisen) und kostenfreie (weiter entfernte) Abstellplätze ist selbstverständlich.</i></p> <p>Die Stadt möchte auf einem privatem Grundstück eine Velostation bauen und ist deshalb in Verhandlungen mit der Grundeigentümerin. Der Entscheid, ob eine Velostation machbar ist oder nicht, kann im Frühling 2013 erwartet werden. Der Stadtrat ist nach wie vor der Meinung, dass es eine grössere Anzahl zusätzlicher Veloabstellplätze am Bahnhof Stadelhofen braucht. Der Gemeinderat hat die Frist für die Vorlage einer Weisung bis Februar 2014 verlängert.</p>		
POS 2006/001168 2006/000460	25.10.2006 08.11.2006	Kappeler Thomas und Schönenberger-Meier Katrin Luftseilbahn Stettbach-Zoo, Verhinderung von Parkplatzsuchverkehr
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit dem Vorhaben einer Seilbahn vom Bahnhof Stettbach zum Zoo rechtzeitig mittels begleitender Massnahmen sichergestellt werden kann, dass dieses Verkehrsmittel zu einer deutlichen Erhöhung des Modal Splits beim Zoobesuchsverkehr führt und der Parkplatzsuchverkehr von Zoobesucherinnen und Zoobesuchern in den Wohnquartieren in der Umgebung des Zoos wie auch der Talstation in Stettbach verhindert wird.</i></p> <p>2008 wurde durch die Stadt Zürich ein Verkehrskonzept für die Spitzentage des Besuchsverkehrs des Zoos erstellt. Darin sind verschiedene Massnahmen enthalten. Mit Beschluss vom 22. Juni 2011 hat der Gemeinderat die gesetzliche Grundlage zur Erhöhung der Parkgebühren beim Zoo an Sonn- und Feiertagen erlassen. Die Stadt hat im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens für die Luftseilbahn Stettbach-Zoo die Sicherstellung der nötigen Anzahl Parkplätze in der Park-and-Ride-Anlage in Stettbach gefordert.</p>		
POS 2006/001374 2006/000578	06.12.2006 31.01.2007	Butz Marlène und Hensch-Stadelmann Theresa G. Hafen Enge und Arboretum, Verbesserungsmaßnahmen für die Veloroute
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie gleichzeitig mit dem Neubau des Kiosks am Hafen Enge und den damit verbundenen Anpassungen im Arboretum Massnahmen ergriffen werden können, damit die Velofahrenden die markierte Veloroute benutzen. Hierzu soll einerseits die bisherige Veloroute sicherer, attraktiver, durchgehend und logisch gemacht werden. Andererseits sollen Massnahmen ergriffen werden, die zu einer besseren Beachtung des Fahrverbotes in den Fussgängerbereichen führen.</i></p> <p>Das Tiefbauamt muss den General-Guisan-Quai und den Mythenquai von 2014 bis 2017 sanieren. In der derzeit erarbeiteten Vorstudie ist vorgesehen, den Fuss- und den Veloverkehr auf der gesamten Länge durch einen neuen Zweirichtungsradschwergeweg zu entflechten. Ausserdem plant Grün Stadt Zürich eine Umgestaltung des heutigen Parkplatzes beim Hafen Enge. Mit dieser Umgestaltung werden unter anderem die Fusswegführung ins Arboretum verdeutlicht und Veloabstellplätze am Rande des Arboretums erstellt.</p>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/000795 2007/000406	11.07.2007 30.09.2009	Leupi Daniel und Nielsen Claudia Sihl an der Lessingstrasse, Realisierung eines Stegs gemäss Richtplan

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der im kommunalen Richtplan vorgesehene Steg über die Sihl zwischen Lessingstrasse und Sihlcity so schnell als möglich realisiert werden kann.*

Mit dem Steg könnte die Erschliessung des Einkaufszentrums Sihlcity für den Fuss- und Veloverkehr merklich verbessert werden. Aus Ressourcengründen werden derzeit im Gebiet andere Projekte priorisiert, weshalb bisher kein Bauprojekt ausgelöst worden ist.

MOT 2007/000983 2007/000510	19.09.2007 30.09.2009	Graf Franziska und Leupi Daniel Fahrradverleihsystem, Einführung und Trägerschaft
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, mittels der stadtweit ein einfaches, benutzerfreundliches und kostengünstiges Fahrradverleihsystem eingerichtet und dieses einer geeigneten Trägerschaft für den Betrieb übergeben werden kann.*

Als Vorbild sollen erfolgreiche Konzepte wie zum Beispiel jenes der Stadt Lyon dienen, angepasst an die Verhältnisse der Stadt Zürich. Mit Beschluss vom 22. August 2012 hat der Gemeinderat die Frist zur Vorlage einer Weisung im Sinne der Motion bis zum 30. September 2013 verlängert.

MOT 2007/001279 2007/000634	05.12.2007 14.04.2010	Wylar Rebekka und Kuhn Rolf Verkehrsplanung 2025, Alternativprojekte zu Stadttunnel und Waidhaldentunnel
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird eingeladen, eine Weisung vorzulegen, die die am 1. April 2005 vorgestellte Verkehrsplanung 2025 mit den Kernelementen «Stadttunnel» und «Waidhaldentunnel» durch ein alternatives Projekt ersetzt. Bedingung der Planung ist, dass die Luftreinhalteverordnung sowie die Lärmschutzverordnung zwingend eingehalten werden. Die Mobilitätsziele der erwähnten Planung sollen nicht mittels Bau von neuen Strassen, Strassentunneln usw., sondern durch den entsprechenden Ausbau des öffentlichen Nahverkehrsnetzes sowie des Fuss- und Velowegnetzes erreicht werden.*

Weil der Stadtrat in Zusammenhang mit der Annahme der Städtelinitiative eine breite Auslegeordnung machen will und verschiedene Einflussfaktoren noch untersucht werden müssen, hat er am 23. November 2011 eine Fristverlängerung zur Behandlung dieser Motion beantragt. Der Gemeinderat hat am 7. Dezember 2011 in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen, die Frist zur Erfüllung der Motion um zwölf Monate bis zum 14. April 2013 zu verlängern.

POS 2008/000015 2008/000004	09.01.2008 26.03.2008	Reimann Beatrice und Katumba Andrew Hohlstrasse, Abbau von Parkplätzen zwischen Kern- und Hebartstrasse
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine Mehrheit der oberirdischen Parkplätze an der Hohlstrasse, zwischen Kernstrasse und Hebartstrasse abgebaut und zusätzlich im neu geplanten Parkhaus Helvetiaplatz untergebracht werden können. Die Verlegung der Parkplätze vor den Schulhäusern Hohl und Kern in das Parkhaus Helvetiaplatz soll im Verhältnis 1:1 erfolgen. Zusätzlich soll der frei werdende Platz aufgewertet werden.*

Im besagten Abschnitt der Hohlstrasse befinden sich zurzeit 11 Parkplätze mit einer Zeitbeschränkung von 120 Minuten und 13 Parkplätze der Blauen Zone. Die Aufhebung dieser Parkplätze (oder eines Teils davon) würde die angeregte Aufwertung erlauben. Ob im Parkhaus Helvetiaplatz noch Raum für weitere Parkplätze besteht, wird geprüft. Dabei ist zu beachten, dass die öffentlichen Abstellplätze in der Parkgarage Helvetiaplatz nach Massgabe des Historischen Kompromisses verlegte oberirdische Strassenparkplätze beschlagen, die auf jeden Fall erhalten werden müssen. Bei den 24 Parkplätzen an der Hohlstrasse handelt es sich hingegen nicht um solche, die dem Historischen Kompromiss unterliegen, da sie ausserhalb des entsprechenden Gebiets liegen.

POS 2008/000019 2008/000008	09.01.2008 26.05.2010	Anderegg Peter und Danner Ernst Quartierteile beim Bahnhof Affoltern, Unterführung für den Verkehr
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die beiden Quartierteile nördlich und südlich des Bahnhofs Affoltern mittels einer Unterführung für den motorisierten öffentlichen und privaten Verkehr verbunden werden können.*

Die Notwendigkeit sowie mögliche Varianten einer Unterführung für den motorisierten öffentlichen und privaten Verkehr beim Bahnhof Affoltern wurden 2008 in einer Studie geprüft. Die Prüfung der Verkehrsverhältnisse ergab keinen unmittelbaren Handlungsbedarf. Eine Unterführung ist stets mit städtebaulichen Konflikten verbunden und steht hier wegen verschiedenen Abhängigkeiten im Konflikt mit bereits vollzogenen oder geplanten Aufwertungs-massnahmen. 2013 soll ein Gesamtverkehrskonzept erstellt werden, das eine verbesserte Quartierverbindung beabsichtigt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000086 2008/000061	23.01.2008 06.02.2008	SK Verkehr Baulinienrevisionen, Information betroffener Grundeigentümerschaften

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er bei Baulinienrevisionen, welche mehrere GrundeigentümerInnen in ihrem Eigentum stark beeinträchtigen oder ein ganzes Gebiet umgestalten, neu entwickeln oder reparieren sollen, die betroffenen GrundeigentümerInnen vor Abschluss der Kommissionsberatung über die Pläne informieren kann.*

Seit Januar 2011 betreibt das Tiefbauamt auf dem städtischen Internetauftritt eine eigene Seite zur Baulinienthematik ([www.stadt-zuerich.ch/baulinien](http://www.stadt-zuerich.ch/baulinien)). Dort sind umfassende Informationen über das Instrument Baulinie und die entsprechenden Verfahren zugänglich, und es werden überdies zu allen anstehenden und laufenden Baulinienrevisionen die betreffenden Pläne und Dokumente aufgeschaltet.

Da das Baulinienverfahren in § 108 ff. Planungs- und Baugesetz (PBG) detailliert geregelt wird, erachtet der Stadtrat einen darüber hinausgehenden aktiven Informationsprozess als heikel. Einerseits wäre es schwierig, allgemeingültige Regeln für einen solchen Prozess zu definieren, da die Wirkung der Baulinien jeweils von der Grundstückgrösse, Grundstückform, Bebauung, Zonierung und weiteren Parametern abhängig und daher immer individuell zu beurteilen ist. Andererseits möchte der Stadtrat nicht einer anstehenden Gesetzesrevision vorgehen. So sieht der Kanton in absehbarer Zeit vor, eine für alle Gemeinden einheitliche Gesetzesregelung zu schaffen, indem ein Mitwirkungsprozess dem eigentlichen Baulinienverfahren vorgeschaltet wird. Bis zum Inkrafttreten der Gesetzesrevision wird die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements individuell über weitergehende Massnahmen bezüglich der heutigen Informationspraxis entscheiden und dem Tiefbauamt bei einem allfälligen zusätzlichen Informationsbedarf einen entsprechenden Auftrag erteilen. Mit diesem individuellen Vorgehen und dem zukünftig gesetzlich verankerten Mitwirkungsprozess wird den Anliegen des Postulats vollumfänglich nachgekommen.

POS 2008/000087 2008/000062	23.01.2008 26.05.2010	Seidler Christine und Traber Christian Arten- und Lebensraumförderung, Konzept
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein umfassendes Konzept vorgelegt werden kann, welches Arten- und Lebensraumförderung als übergeordnetes Ziel verfolgt und klare Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der baulichen Verdichtung der Stadtentwicklung festsetzt. Die Handlungsfelder sollen Kernschutzgebiete, Vernetzung der Biotoptypen, ökologische Ausgleichflächen und Artenförderung abdecken.*

Grün Stadt Zürich erarbeitet derzeit ein Konzept im Sinne des Postulats, das voraussichtlich Mitte 2013 abgeschlossen werden kann.

POS 2008/000088 2008/000063	23.01.2008 23.06.2010	Käppeli Hans Jörg und Elmer Lück Annemarie Fronwaldstrasse, Erstellen einer Überführung über die Bahnlinie
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine provisorische Überführung der Fronwaldstrasse über die Bahnlinie erstellt werden, damit eine Buslinie von der Glaubtenstrasse direkt in das Quartier nördlich der Bahn geführt werden kann. Die Brücke soll nur für Fussgänger, Radfahrer und den öffentlichen Verkehr zugänglich sein.*

Die Arbeiten für ein Gesamtverkehrskonzept für Affoltern sind gestartet worden. Wenn die notwendigen Grundlagen erhoben und zusammengestellt sind und die definitiven Resultate der VBZ-Liniennetzüberprüfung 2030 vorliegen, werden die Betroffenen informiert und einbezogen. Dann wird auch der Nutzen der zu prüfenden Überführung auf solider Basis beurteilt werden können.

POS 2008/000117 2008/000078	30.01.2008 26.05.2010	von Matt Hans Urs und Wyler Rebekka Agnes-Robmann-Weg, Ausbau für den Veloverkehr
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Agnes Robmann-Weg in Zürich-Wiedikon im Abschnitt zwischen Borweg und Einmündung Binzstrasse für den Veloverkehr ausgebaut und geöffnet werden kann.*

Kurzfristig umsetzbare Massnahmen wurden geprüft, mussten aber verworfen werden (Kosten, laufende Planungen Dritter, nicht lösbare Konflikte mit Fussverkehr). Im Hinblick auf eine Vervollständigung des Veloroutennetzes wird in den nächsten Jahren ein erneuter Versuch unternommen.

POS 2008/000122 2008/000083	30.01.2008 26.05.2010	Abele Martin und Bloch Süss Monika Cargo-Tram, Angebot in jedem Stadtkreis
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in jedem Stadtkreis ein Cargo-Service angeboten werden kann, der demjenigen der acht zurzeit bestehenden Cargo-Trams entspricht. Für diejenigen Stadtkreise, in denen ein Angebot mittels Tramwagen nicht möglich ist, sollten gleichwertige Alternativen entwickelt werden.*

40% der Haushalte in der Stadt haben kein Auto. ERZ ist sich der Problematik bewusst, dass gewisse Gebiete der Stadt Zürich mit dem Cargo-Tram nicht bedient werden können und dadurch eine Lücke in diesem Sammelsystem besteht. Auf Anfang 2013 kann eine zusätzliche Haltestelle «Depot Hard» für das Cargo-Tram realisiert werden. Gleichzeitig prüft ERZ Alternativen für einen mobilen Recyclinghof, um das Angebot für die Anlieferung von Sperrgut und Metall sowie Elektroschrott auf weitere Quartiere der Stadt Zürich ohne Tramanschluss auszubauen. Dies bedingt genaue Absprachen und Abklärungen mit verschiedenen öffentlichen Betrieben sowie den Quartiervereinen und die Kosten dafür müssen vertretbar sein.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000208 2008/000109	05.03.2008 26.03.2008	Jäger Alexander Kehrichtheizkraftwerk (KHKW) Josefstrasse, Weiterbetrieb nach 2020

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen Szenarien zu entwickeln, nach denen das KHKW Josefstrasse auch nach 2020 zum Zweck der Energieerzeugung für das Fernwärmenetz weiter betrieben werden kann, bis die Einspeisung von erneuerbarer Energie sichergestellt ist. Die Szenarien sollten den weitest möglichen Transport des Abfalls auf der Schiene und die erfolgte Ausschöpfung aller Alternativen zur Einspeisung erneuerbarer Energien enthalten.*

Um das bestehende Zürich-Wärme-Gebiet auch nach 2020 mit umweltfreundlicher Wärme zu versorgen, werden zurzeit im Rahmen der Planungsarbeiten bei ERZ die verschiedenen Wärme-Kraft-Kopplungs-Anlagen und Wärmeversorgungsalternativen evaluiert. Besonders interessant erscheint die Variante einer Verbindungsleitung. Damit könnten die beiden getrennten Wärmenetze Zürich-Nord und Zürich-West zu einem Verbund zusammengeschlossen und damit die Versorgungssicherheit nochmals erhöht werden. So könnte künftig auch heute noch nicht nutzbare Wärme aus dem Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz und aus dem Holzheizkraftwerk Aubrugg genutzt werden. Zudem hat diese Variante den Vorteil, dass in Zukunft auch lokal Energie aus anderen umweltfreundlichen Quellen in das Zürich-Wärme-Netz eingespeist werden könnte. Die verschiedenen Varianten zur Wärmeversorgung in Zürich-West werden momentan geprüft mit dem Ziel, im Jahr 2013 die Entscheidungsgrundlagen für eine Wärmeversorgung von Zürich-West vorlegen zu können.

POS 2008/000691 2008/000300	25.06.2008 27.08.2008	Knauss Markus und Leupi Daniel Westtangente, Umsetzung flankierender Massnahmen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Umsetzung der flankierenden Massnahmen zur Westtangente in den folgenden Streckenabschnitten Verbesserungen für die Velofahrenden erreicht werden können. Dies ohne Beeinträchtigung der Sicherheit von Fussgängerinnen und Fussgängern:*

- Badenerstrasse/Seebahnstrasse stadteinwärts
- Hohlstrasse/Seebahnstrasse stadteinwärts
- Hardstrasse: Zu- und Wegfahrt zu und von den neuen, separaten Velowegen auf der Hardbrücke und Führung bis Albisriederplatz
- Schimmelstrasse
- Übergang Zurlindenstrasse–Sihlhölzli-Anlage (-Hertersteig).

Badener-/Seebahnstrasse: Das Tiefbauamt und die Dienstabteilung Verkehr haben 2012 Möglichkeiten zur Verbesserung geprüft. Der Bericht liegt vor, die Umsetzung möglicher Massnahmen wird 2013 in Zusammenarbeit mit dem Kanton erfolgen.

Hohl-/Seebahnstrasse: Ein Vorfahrstreifen für den geradeaus stadteinwärts fahrenden Veloverkehr wird im Rahmen der definitiven Erstellung des Knotens nochmals geprüft. Dieses Vorhaben ist jedoch noch durch ein laufendes Enteignungsverfahren blockiert.

Hardstrasse: Der Abschnitt Albisriederplatz bis Bullingerstrasse wurde 2005/06 neu gebaut. Auf Velomassnahmen wurde zugunsten von ÖV-Massnahmen verzichtet. Im Rahmen der Sanierungsarbeiten 2011 konnten teilweise nachträglich Velostreifen markiert werden. Zwischen Bullingerstrasse und Hardplatz konnten im Rahmen der flankierenden Massnahmen teilweise Velomassnahmen realisiert werden. Die Zu- und Wegfahrten auf die Fuss-/Radwege auf der Hardbrücke sind erstellt. Weitergehende Massnahmen sind nicht geplant.

Schimmelstrasse: Mit den FLAMA West konnten keine verkehrssicheren Velomassnahmen umgesetzt werden.

Übergang Zurlindenstrasse: Im Rahmen der Vorstudie zum Projekt Manessestrasse sind am Knoten Optimierungen für den Fuss- und Veloverkehr vorgesehen. Die Umsetzung ist für 2015 geplant.

MOT 2008/000800 2008/000333	09.07.2008 02.06.2010	Sarbach Martin und Knauss Markus Parkplatzüberhang, Erlass einer Verordnung für dessen Abbau
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für den Erlass einer Verordnung zu unterbreiten, die den Abbau des in der Stadt Zürich festzustellenden Parkplatz-Überhangs bis ins Jahr 2025 vorsieht.*

Am 7. Januar 2009 beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Der Gemeinderat lehnte dies ab und änderte die Motion am 2. Juni 2010 dahingehend, dass die Verordnung den Abbau des Parkplatz-Überhangs bis 2025 vorzusehen habe.

In der Folge erarbeitete das Tiefbauamt einen Entwurf für eine Verordnung zum Abbau des Parkplatz-Überhangs. Diese würde die flächendeckende, rechtsgleiche Erfassung der bestehenden Parkplatz-Überhänge und deren Sanierung gewährleisten. Einbezogen würden rund 20000 Abstellplätze für Beschäftigte, Bewohnerinnen und Bewohner sowie Kundinnen und Kunden.

Mit Weisung vom 18. April 2012 beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat die Frist zur Erfüllung der Motion für weitere rechtliche und tatsächliche Abklärungen um 12 Monate bis zum 2. Juni 2013 zu erstrecken. Der Gemeinderat lehnte die beantragte Fristerstreckung am 23. Mai 2012 ab.

Mit Weisung vom 13. Juni 2012 beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat die Motion abzuschreiben. Massgeblich für diesen Antrag sind die Zweifel, ob die bestehenden gesetzlichen Grundlagen, namentlich §243 Abs. 2 PBG, ausreichen, um den Abbau von Parkplatz-Überhängen ohne Zusammenhang mit wesentlichen Umbauten oder Neubauten durchsetzen zu können.

Das Geschäft wird zur Zeit in der Spezialkommission Verkehr des Gemeinderats beraten.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2008/001329 2008/000578	17.12.2008 14.01.2009	Anhorn Ruth und Leiser Albert Pacht von Familiengartenarealen, Entsorgung von Sperrgut im Werdhölzli

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob nicht auch Pächterinnen und Pächter von Familiengartenarealen – so, wie alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich – Sperrgut im Recyclinghof Werdhölzli mit dem Sperrgut-Gutschein entsorgen könnten.*

Alljährlich im Dezember verschickt ERZ an sämtliche Haushalte der Stadt Zürich zusammen mit den Entsorgungsunterlagen die Entsorgungs-Coupons. Diese Coupons berechtigen ausschliesslich die Einwohner der Stadt – egal ob sie Familiengartenpächter sind oder nicht – zur Gratisentsorgung von jährlich maximal 400 kg Sperrgut pro Haushalt. Nicht in Zürich wohnhafte Personen erhalten keine Coupons und können diese Dienstleistung nicht in Anspruch nehmen.

Der Recyclinghof Werdhölzli verfügt über kein Wägesystem zur Berechnung der gewichtsabhängigen Entsorgungskosten. Aus diesem Grund ist eine Einlieferung gegen Barzahlung nicht möglich.

Im Zusammenhang mit der Festlegung der zukünftigen dezentralisierten Recyclingstrategie wird die Ausweitung der Entsorgungsmöglichkeiten für zusätzliche Kundengruppen geprüft.

POS 2009/000082 2009/000030	21.01.2009 04.02.2009	Stähli-Barth Peter, Sidler Bruno und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, Aufwertung des Bahnhofplatzes Süd
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit den anstehenden Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon dafür gesorgt werden kann, dass nach der Neugestaltung und Aufwertung des Bahnhofplatzes Süd und der damit zusammenhängenden Entlastung der Hofwiesenstrasse vom Durchgangsverkehr (zwischen Ohmstrasse und Schulstrasse) nicht das Zentrum Oerlikon und die Franklinstrasse verkehrsmässig stärker belastet werden.*

Die Sperrung der Hofwiesenstrasse für den Durchgangsverkehr, zwischen der Ohmstrasse und Schulstrasse, wurde eingehend geprüft. Die potenziellen Umfahrrouten sollen mit einer Steuerung des Verkehrs funktionsfähig gehalten werden. Dies soll primär durch eine Steuerung an peripheren Knoten erreicht werden. Im Wesentlichen gilt es zu vermeiden, dass weiterer Verkehr in den Bereich Zentrum Oerlikon geleitet wird.

POS 2009/000083 2009/000031	21.01.2009 04.02.2009	Sidler Bruno, Stähli-Barth Peter und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, attraktives Erscheinungsbild
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit den anstehenden Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon sichergestellt werden kann, dass die Option für eine spätere Verlegung des Eingangs in das Parkhaus Swissôtel/Neumarkt nicht durch weitere Bauten und Planungen verunmöglicht wird.*

Eine Machbarkeitsstudie hat gezeigt, dass eine alternative Rampe zum Parkhaus Swissôtel/Neumarkt von der Hofwiesenstrasse her zweckmässig ist. Die Hofwiesenstrasse ist ein sehr dicht von Werkleitungen und Verkehrsinfrastruktur genutzter Raum. Für eine Rampe käme daher das benachbarte SBB-Areal in Frage. Im Rahmen der Testplanung zur Überbauung des SBB-Areals hat sich aber gezeigt, dass eine neue Erschliessung der Parkhäuser im Zentrum Oerlikon die ohnehin schon schwierige Bebaubarkeit des SBB-Areals zusätzlich hemmt. Deshalb kann eine Erschliessung vom SBB-Areal aus nicht empfohlen werden.

POS 2009/000262 2009/000094	11.03.2009 10.11.2010	Bürlimann Martin und Hüsey Kurt Velo-Parkplätze, Einzug nicht benützter Fahrräder
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob das Team der Veloordnung von Entsorgung + Recycling Zürich Veloabstellplätze in Bahnhofsnähe häufiger auf dauerparkierte oder besitzerlose Fahrräder kontrollieren könnte.*

ERZ Entsorgung + Recycling Zürich entfernt Velos vom öffentlichen Grund, wenn sie vorschriftswidrig abgestellt sind oder öffentliche Arbeiten oder die bestimmungsgemässe Nutzung des öffentlichen Grundes behindern oder gefährden. Die Umgebung der Bahnhöfe ist dabei ein Schwerpunkt.

POS 2009/000339 2009/000118	01.04.2009 10.11.2010	Reimann Beatrice und Ammann Andreas Künftige Tiefbauprojekte, Verzicht auf das Konzept der Längsparkierung auf dem Trottoir
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei allen zukünftigen Tiefbauprojekten nur Parkierungskonzepte realisiert werden können, die auch für Menschen mit Behinderung kein Risiko darstellen. Insbesondere soll auf die Trottoirparkierung verzichtet werden.*

Die Arbeitsgruppe behindertengerechtes Bauen prüft im Rahmen des Teilprojekts Trottoirparkieren, wie Parkplätze behindertengerecht auf dem Trottoir eingerichtet werden können. Der Abschluss dieser Studie wird nach einem Feldversuch Mitte 2013 erwartet.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2009/000422 2009/000145	29.04.2009 19.08.2009	Reimann Beatrice und Leupi Daniel Erweiterungsabsichten für Züri Zoo, griffiges Verkehrskonzept
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, dass im Hinblick auf die Erweiterungsabsichten des ZüriZoo ein griffiges Verkehrskonzept, welches den stadtweit beabsichtigten Modal Split unter erhöhtem Einsatz des öffentlichen Verkehrs beinhaltet, vorgelegt wird.</i></p> <p>Die Stadt Zürich erarbeitete 2008 ein Verkehrskonzept für die Spitzentage des Zoos, das unterschiedliche Massnahmen beinhaltet. Davon wurden gewisse Massnahmen umgesetzt, unter anderem die Erhöhung der Parkiergebühren beim Zoo an Sonn- und Feiertagen ab 1. April 2012. Noch in Planung ist die Luftseilbahn vom Bahnhof Stettbach zum Zoo.</p>		
MOT 2009/000587 2009/000236	03.06.2009 08.12.2010	Ackermann Ruth und Danner Ernst Bau eines behindertengerechten Zugangs bei der Tramhaltestelle Waldgarten
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, welche den Bau eines behindertengerechten Zugangs bei der Tramhaltestelle Waldgarten, Zugang Riedgrabenweg, beinhaltet.</i></p> <p>Mit Beschluss vom 31. Oktober 2012 beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat einen Objektkredit über 3,37 Mio. Fr. für die Schaffung eines behindertengerechten Zugangs der Tramhaltestelle Waldgarten. Damit wird die Motion erfüllt. Mit der Weisung wird dem Gemeinderat die Abschreibung der Motion beantragt.</p>		
POS 2009/000794 2009/000285	24.06.2009 08.12.2010	Bloch Süss Monika und Kisker Gabriele Bessere Zugänglichkeit der SZU-Haltestelle Brunau
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Zugänglichkeit der SZU-Haltestelle Brunau für alle Fahrgäste verbessert werden kann.</i></p> <p>Um die Zugänglichkeit der Haltestelle zu verbessern, muss ein Lift von der Passerelle zum Perron 1 erstellt werden. Um das Perron 2 ebenfalls behindertengerecht erschliessen zu können, ist entweder eine ca. 150 m lange Rampe von der Muggenbühlstrasse bis zum Perron nötig oder aber ein Lift bis zur Passerelle und von da aus eine ungefähr 40 m lange Rampe bis zur Muggenbühlstrasse. Die Rampe darf eine maximale Neigung von 6 % nicht überschreiten, deshalb wird sie so lang. Die Stadt kann nicht die gesamten Kosten dieser Massnahmen übernehmen. Kontakte mit der SZU betreffend Kostenaufteilung erbrachten bisher kein Ergebnis.</p>		
MOT 2009/001072 2009/000355	19.08.2009 19.01.2011	Leiser Albert und Leupi Daniel Verzicht auf Erhebung einer einmaligen Konzessionsgebühr bei umweltgerechten Sanierungen von Gebäuden
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, das Sondergebrauchsreglement (SGR) vom 2. April 2008 sowie das Reglement über Gebühren für Sondernutzungskonzessionen vom 15. Dezember 1976 so zu ändern, dass auf die Erhebung einer einmaligen Konzessionsgebühr bei umweltgerechten Sanierungen von Gebäuden (zum Beispiel durch das Anbringen einer Fassadenisolation) verzichtet wird.</i></p> <p>Der Stadtrat hat mit Beschluss Nr. 1387 vom 31. Oktober 2012 eine Änderung der Gebührenordnung beschlossen, wodurch die Motion erfüllt wurde. Der Stadtrat wird daher dem Gemeinderat die Abschreibung des Geschäfts infolge Erfüllung beantragen.</p>		
POS 2009/001224 2009/000425	23.09.2009 08.06.2011	SVP-Fraktion Sicherstellung der verfügbaren Anzahl Parkplätze gemäss Stand 1990
<p><i>Der Stadtrat wird um Prüfung der Frage gebeten, auf welche Weise sichergestellt wird, dass die besucher- und kundenorientierten Parkplätze auch tatsächlich auf dem Stand von 1990 bleiben und für den bestimmungsgemässen Gebrauch stets zur Verfügung stehen.</i></p>		
POS 2009/001263 2009/000447	30.09.2009 19.01.2011	Strub Jean-Daniel und Glättli Balthasar Haltestelle Opernhaus, Durchfahrt für Fahrräder
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Durchfahrt für Fahrräder durch die Haltestelle Opernhaus (Theaterstrasse) stadteinwärts und stadtauswärts schnellstmöglich realisiert werden kann.</i></p>		
POS 2009/001366 2009/000503	04.11.2009 19.01.2011	Hauri Theo und Steger Heinz F. Strassenkreuzung Glattalstr./Schaffhauserstrasse, Nichtrealisierung der Sanierung
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Planung für die Sanierung der Strassenkreuzung Glattalstr./Schaffhauserstrasse im Quartier Seebach so angepasst werden kann, dass die Existenz des Backhaus Fischer in Seebach gesichert ist.</i></p>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/001367 2009/000504	04.11.2009 19.01.2011	Steger Heinz F. und Hauri Theo Einstellung der Umgestaltung der öffentlichen Parkplätze vor der Liegenschaft Schaffhauserstrasse 520
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Planung der Umgestaltung der öffentlichen Parkplätze vor der Liegenschaft Schaffhauserstr. 520 im Quartier Seebach so gestaltet werden kann, dass der Erhalt der Parkplätze und die Zufahrt aus beiden Fahrtrichtungen der Schaffhauserstrasse gewährleistet bleibt.</i>		
POS 2009/001390 2009/000514	11.11.2009 09.03.2011	Spieler Frauenfelder Marianne und Jahreiss-Montagnani Fiammetta Bahnhof Wollishofen, behinderten- und familiengerechter Zugang zu den Perrons und zum Seeufer
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die SBB baldmöglichst dazu veranlasst werden kann, durch geeignete Massnahmen einen behinderten- und familiengerechten Zugang zu den Perrons im Bahnhof Wollishofen und zum Seeufer herzustellen.</i>		
POS 2009/001391 2009/000515	11.11.2009 09.03.2011	Spieler Frauenfelder Marianne und Jahreiss-Montagnani Fiammetta Periphere Bahnhöfe, hindernisfreie Umgestaltung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt darauf einwirken kann, dass die peripheren Bahnhöfe (wie z. B. der Bahnhof Wollishofen) für Behinderte, FussgängerInnen und Familien sowie VelofahrerInnen hindernisfrei umgestaltet werden können.</i>		
POS 2009/001393 2009/000517	11.11.2009 09.03.2011	Wepf Mirella und Heinrich Uschi Erstellung eines Spiel- und Fitnessparcours für ältere Generationen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in einer der städtischen Parkanlagen oder auf einer anderen geeigneten Freifläche ein sogenannter «GenerationenPark», also eine Art Spiel- und Fitnessparcours, errichtet werden könnte, der sich auch für ältere Generationen eignet.</i>		
POS 520.130.120-20 2011/000066	18.11.2009 09.03.2011	Nagel Ueli und Leupi Daniel Rechtlicher Schutz der Bäume und Baumbestände
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für den rechtlichen Schutz der Bäume und Baumbestände in der Stadt Zürich zu unterbreiten, welche eine Regelung umfasst, die mindestens dem Standard der anderen grossen Städte in der Schweiz entspricht. Dazu gehört auch die Begrenzung von Unterbauungen in Grün- und Freiräumen und eine nachhaltige Strategie bei baulichen Verdichtungen, insb. im Zusammenhang mit Grenzabständen.</i>		
MOT 790.140.120-29 2009/001452 2009/000547	25.11.2009 29.02.2012	Odermatt André und Leupi Daniel Realisierung eines durchgehenden Netzes von Velorouten, Projektierungs- und Investitionskredit
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung mit dem entsprechenden Projektierungs- und Investitionskredit zu unterbreiten, welche zur Realisierung eines sicheren und durchgehenden Netzes von Velorouten auf den Hauptstrassen der Innenstadt bis 2020 führt, insbesondere auf den Achsen</i>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Rämistrasse</li> <li>- Seilergraben</li> <li>- Zeltweg</li> <li>- Sihl-/Uraniastrasse</li> <li>- Talstrasse</li> <li>- Selnau-/Stockerstrasse</li> <li>- Kasernenstrasse</li> <li>- Bleicherweg</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Brandschenke-/Pelikanstrasse</li> <li>- General-Guisan-Quai/Mythenquai</li> <li>- Zollbrücke/Museumstrasse</li> <li>- Neumühlequai</li> <li>- Weinberg-/Leonhard-/Tannenstrasse</li> <li>- Löwenstrasse</li> <li>- Utoquai</li> <li>- Stauffacherquai und</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Hottingerstrasse und auf den Knoten</li> <li>- Bellevue/Stadelhofen</li> <li>- Central</li> <li>- Bahnhofplatz/-quai</li> <li>- Sihlporte</li> <li>- Bürkliplatz und</li> <li>- Heimplatz</li> </ul>
<i>Die Routen sollen attraktiv, sicher, zusammenhängend und sichtbar sein (gemäss Handbuch Planung von Velorouten des Bundesamtes für Strassen und der Stiftung SchweizMobil).</i>		
<i>Im November 2012 verabschiedete der Stadtrat den Masterplan Velo. Die genannten Achsen sind mehrheitlich Teil des Haupt- und Komfortrouthenetzes, das in den nächsten Jahren forciert umgesetzt wird.</i>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/001460 2009/000561	25.11.2009 09.12.2009	Regli Daniel und Anderegg Peter Verkehrsplanung im Umfeld der Bahnübergänge in Zürich-Affoltern
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Verkehrsplanung im Umfeld der Bahnübergänge in Zürich-Affoltern unter Einbezug der relevanten Personen der Stadtverwaltung, der SBB, der privaten Eigentümerschaft sowie der Bevölkerungsvertreter (Parteien, Kerngruppe) koordiniert und umgesetzt werden kann.</i>		
Die Arbeiten für ein Gesamtverkehrskonzept sind gestartet worden. Wenn die notwendigen Grundlagen erhoben und zusammengestellt sind und die definitiven Resultate von «VBZ 2030» vorliegen, wird die Stadt über das Ergebnis informieren.		
POS 2009/001553 2009/000598	11.12.2009 29.02.2012	Traber Christian und Leupi Daniel Erstellung einer Verbindung zwischen Sihlpromenade und Lessingstrasse
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine direkte Verbindung zwischen der Sihlpromenade und der Lessingstrasse erstellt werden kann, damit die Verkehrsachse Utobücke/Bederstrasse nicht mehr überquert werden muss.</i>		
POS 2009/001554 2009/000599	11.12.2009 29.02.2012	Bloch Süss Monika und Abele Martin Fussgängerführung vom Areal Sihlcity bis zur Haltestelle Sihlcity Nord
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Situation für Fussgängerinnen und Fussgänger vom Areal Sihlcity bis zur Haltestelle Sihlcity Nord der Buslinie 33 (Richtung Wiedikon) verbessert werden kann.</i>		
POS 2010/000139 2010/000063	27.01.2010 06.06.2012	Seidler Christine und Nagel Ueli Erhaltung von Brachflächen für eine zeitlich beschränkte Zwischennutzung für Kultur, Gesellschaft und Natur
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Rahmen der zu erwartenden Verdichtung in der Stadt- und Raumentwicklung brachliegende Flächen bewusst und rasch der grün-urbanen Intervention als Zwischennutzung in Form interkultureller Gärten oder Kulturräume zugeführt werden können.</i>		
MOT 520.130.120-029 2010/000072	03.02.2010 06.06.2012	Nagel Ueli und Kisker Gabriele Erhaltung der Biodiversität in öffentlichen Parks und privaten Gärten auf Stadtgebiet
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, welche sicherstellt, dass innerhalb von 5 Jahren mindestens 10% naturnahe Flächen zur Erhaltung der Biodiversität im Siedlungsgebiet der Stadt Zürich (inklusive Flachdächer) ausgeschieden werden. Dabei ist eine wissenschaftliche Begleitung und Auswertung der Massnahmen einzuplanen.</i>		
POS 520.130.120-18 2012/000233	03.02.2010 06.06.2012	Cerliani Pierino und Nagel Ueli Ökologische Vernetzung, Schaffung einer rechtlichen Grundlage
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, entsprechend dem Regionalen Richtplan kommunale Richtplan-Festlegungen zu treffen und dem Gemeinderat für den rechtlichen Schutz der ökologischen Vernetzung in der Stadt Zürich eine Verordnung im Rahmen des Baureglements zu unterbreiten.</i>		
MOT 790.140.120-6 2010/000154	07.04.2010 26.09.2012	Grüne-Fraktion Rahmenkredit für flächendeckende Veloabstellplätze an Haltestellen des öffentlichen Verkehrs
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, eine Weisung vorzulegen, welche bedürfnisgerecht Veloabstellplätze an Haltestellen des öffentlichen Verkehrs ermöglicht.</i>		
POS 790.140.100-90 2010/000207	21.04.2010 26.09.2012	Sidler Bruno und Hauri Theo Vereinfachung der Zufahrt zu den Liegenschaften am Max-Bill-Platz
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob im Zentrum Zürich-Nord die Zu- und Wegfahrt für Lastwagen und Personenwagen zu den Liegenschaften am Max-Bill-Platz (Anlieferer für die Ladengeschäfte und Benutzer des Parkhauses Nordlicht) vereinfacht von der Binzmühle- über die Birchstrasse in den Armin-Bollinger-Weg – unter Aufhebung des jetzigen Fahrverbots auf dem Teilstück der Birchstrasse zwischen der Binzmühlestrasse und dem Armin-Bollinger-Weg – angeordnet werden kann.</i>		



<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 450.250.130-02 2010/000821 2010/000319	14.07.2010 25.08.2010	Käppeli Hans Jörg und Tognella Roger Verbreiterung der Bushaltestelle Bahnhof Oerlikon Ost zur Verbesserung der Sicherheit
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Bushaltestelle «Bahnhof Oerlikon Ost» in der Schaffhauserstrasse in Fahrrichtung Sternen Oerlikon zur Verbesserung der Sicherheit deutlich verbreitert werden kann, unter Aufrechterhaltung freier Fahrwege für die Blaulichtorganisationen.</i></p> <p>Die Bushaltestelle «Bahnhof Oerlikon Ost» befindet sich heute im Dreieck Fries-/Binzmühle-/Schaffhauserstrasse. Ob diese Haltestelle in die Schaffhauserstrasse verlegt wird, hängt von der baulichen Entwicklung in diesem Gebiet ab. Mit einer Vorstudie wird die künftige Verkehrsführung im Bereich der SBB-Unterführung untersucht. Erste Ergebnisse liegen voraussichtlich Ende 2013 vor.</p>		
POS 790.140.120-36 2010/000823 2010/000321	14.07.2010 26.09.2012	Nagel Ueli und Probst Matthias Schaffung einer Internet-Plattform für Velofahrende in der Stadt Zürich
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er rasch eine Internet-Plattform (Website mit interaktiver Karte) schaffen kann, auf der Verkehrsteilnehmende kritische und gefährliche Stellen im städtischen Verkehrsnetz und Verbesserungsvorschläge festhalten können und die Verwaltung geplante und umgesetzte Massnahmen dokumentieren kann.</i></p>		
POS 700.110.100-30 2012/000404	08.09.2010 07.11.2012	Schönbächler Marcel und Mariani Mario Schütze-Areal, Umgestaltung in eine kinder- und familienfreundliche Parkanlage
<p><i>Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, um das Schütze-Areal im Industriequartier nebst dem Bau des Schulhauses und der Quartierinfrastruktur (insb. Bibliothek und Quartierzentrum) in eine kinder- und familienfreundliche Parkanlage nachhaltig umzugestalten. Diese neue Platzgestaltung soll sich dabei an der unlängst umgestalteten Josefswiese ausrichten.</i></p>		
POS 700.130.130-34 2012/000359	29.09.2010 26.09.2012	CVP-Fraktion Escher-Wyss-Platz, Aufwertung durch eine einfache und kostengünstige Platzgestaltung
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Escher-Wyss-Platz umgestaltet werden kann, dass die Aufenthaltsqualität für zu Fuss Gehende verbessert werden kann. Für Velofahrende soll eine nutzbare Verkehrsführung geplant und gebaut werden.</i></p>		
POS 790.120.140-04 2010/000458	03.11.2010 07.11.2012	Mariani Mario und Schönbächler Marcel Stadtbahn Limmattal, Verknüpfung mit dem Stadtzürcher Tramnetz
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadtbahn Limmattal bei den weiteren Planungsschritten in Zusammenarbeit mit dem ZVV und Kanton mit dem Stadtzürcher Tramnetz benutzerfreundlich verknüpft werden kann. Insbesondere ist eine neue Geleiseunterquerung beim Bahnhof Altstetten zu prüfen. Damit soll sichergestellt werden, dass sowohl die Stadtbahn Limmattal möglichst attraktiv für die Nutzer gestaltet wird wie auch der Betrieb auf dem VBZ-Netz optimiert werden kann.</i></p>		
POS 770.120.100-04 2010/000499	01.12.2010 07.11.2012	Probst Matthias und Luchsinger Martin Möglichkeit zur Entsorgung von Sperrmüll für die nicht-motorisierte Quartierbevölkerung rund um das Kehricht-Heiz-Kraftwerk Josefstrasse
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die nicht-motorisierte Quartierbevölkerung rund um das Kehricht-Heiz-Kraftwerk (KHKW) Josefstrasse nach 2010 – nach Schliessung der Abfallsammelstelle – weiterhin ihren Sperrmüll entsorgen kann.</i></p>		
POS 790.140.120-11 2011/000006	12.01.2011 07.11.2012	Trevisan Guido und Bernhard Irene Nutzung des Schlittelwegs vom Triemli bis Bahnhof Uetliberg für Velofahrende während der schneefreien Zeit
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob während der schneefreien Zeit der Schlittelweg vom Triemli bis Bahnhof Zürich Uetliberg für Velofahrende durchgängig bergaufwärts befahrbar gemacht werden kann.</i></p>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 520.120.100-05 2011/000046	02.02.2011 07.11.2012	Bergmaier Guido und Scheck Roland Tiefbauamt, Ausführung der Baukosten bei allen öffentlichen Planaufgaben sowie den Baustellen-Infos
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Tiefbauwesen bei allen öffentlichen Planaufgaben sowie bei den Baustellen-Infos für die Bevölkerung Angaben zu den Baukosten, aufgeteilt in den «Werterhalt» und für «Neu- und Ausbauten», aufgeführt werden können.</i>		
POS 790.140.100-23 2011/000072 2011/000055	02.03.2011 13.04.2011	SP-, Grüne-, GLP-, AL-Fraktion und parlamentarische Gruppe EVP Erarbeitung Masterplan Mobilität zur Erreichung der CO <sub>2</sub> -Emissionsziele
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, einen Masterplan «Mobilität» zu erarbeiten, der aufzeigt, auf welchem Absenkpfad die anteilmässigen Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft und der 1-Tonnen-CO<sub>2</sub>-Gesellschaft schrittweise über Zwischenziele alle 10 Jahre bis zum Jahr 2050 im Bereich Mobilität erreicht werden soll. Neben den theoretischen Überlegungen soll der Masterplan «Mobilität» konkrete Massnahmen beinhalten und u. a. auch aufzeigen, welche Beiträge der technologische Fortschritt und Verhaltensänderungen zur Erreichung der Ziele leisten sollen.</i>		
POS 790.140.110-06 2011/000105 2011/000081	16.03.2011 30.03.2011	SP-, FDP-, Grüne-, CVP- und AL-Fraktion Realisierung eines durchgehenden Fusswegs zwischen dem Botanischen Garten und der Lenggstrasse
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie zwischen dem Botanischen Garten und der Lenggstrasse ein durchgehender Fussweg geplant und realisiert werden kann. Hierzu sollen insbesondere mit dem Kanton Verhandlungen aufgenommen werden. Der Planungsprozess soll transparent und unter Einbezug aller Beteiligten geschehen. Den Anliegen des Naturschutzes ist möglichst weitgehend Rechnung zu tragen.</i>		
POS 790.140.120-14 2011/000097	30.03.2011 07.11.2012	Trevisan Guido und Nabholz Ann-Catherine Einrichtung von Veloliften oder von kostenlosen Velo-VBZ-Kurzstrecken
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob und wo in der Stadt Zürich aufgrund geographischer und erschliessungstechnischer Gegebenheiten die Einführung von sogenannten Veloliften sinnvoll wäre.</i>		
POS 790.120.110-75 2012/000405	06.04.2011 07.11.2012	Aubert Marianne und Käppeli Hans Jörg Haltestelle Klusplatz, benutzerfreundliche und behindertengerechte Gestaltung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um die Haltestelle Klusplatz benutzerfreundlich und behindertengerecht zu gestalten. Insbesondere sind die Umsteigebeziehungen deutlich zu verbessern und die Wege zu verkürzen.</i>		
POS 520.120.100-07 2011/000122	13.04.2011 29.06.2011	SP-, Grüne-, AL- und GLP-Fraktion Einhaltung der Bestimmungen des Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe auf städtischen Baustellen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Einhaltung der Bestimmungen des Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe (LMV) zur Arbeitszeit (wöchentliche Höchstarbeitszeit, keine Samstagsarbeit in Folge Termindruck, Auszahlung von Minusstunden bei Arbeitsausfällen; keine nachträgliche Abänderung des Arbeitszeitkalenders) auf städtischen Baustellen kontrollieren und durchsetzen kann. Geprüft werden soll unter anderem, in welcher Form bei zeitkritischen Bauprojekten die zuständigen Projektleiter der Stadt vorgängig mit den Arbeitnehmerorganisationen Kontakt aufnehmen kann, um nach Lösungen zu suchen, die die Einhaltung des LMV sicherstellen.</i>		
POS 520.100.100-01 2011/000123	13.04.2011 29.06.2011	SP-, Grüne-, AL- und GLP-Fraktion Einhaltung der Vorgaben und Empfehlungen des Bundes und der SUVA zum Schutz der Bauarbeiter auf städtischen Baustellen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass Vorgaben und Empfehlungen des Bundes und der SUVA zum Schutz der Bauarbeiter bei Hitze und Kälte auf städtischen Baustellen eingehalten werden. Geprüft werden sollen die Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit zwischen den für die Bauvorhaben Verantwortlichen der Stadt und den Inspektoren der SUVA. Geklärt werden soll ausserdem, ob eine Ergänzung der Ausschreibungsbestimmungen für öffentliche Aufträge rechtlich möglich und sinnvoll ist.</i>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 700.130.130-08 2011/000125	13.04.2011 21.09.2011	Dubno Samuel und Luchsinger Martin Aufhebung der Verlängerung des Zeltwegs und Aufwertung des Heimplatzes im Rahmen des Kunsthaus-Neubaus
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Verlängerung des Zeltwegs vor dem Eingang des bestehenden Kunsthauses im Zuge des Kunsthaus-Neubaus aufgehoben und der Heimplatz aufgewertet werden kann.</i>		
POS 700.130.150-06 2011/000127	13.04.2011 07.11.2012	Jäger Alexander und Uttinger Ursula Winterdienst Stadt Zürich, Einschränkung des Streusalzverbrauchs
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Streusalzverbrauch durch alternative Streumittel eingeschränkt und oder ersetzt werden kann.</i>		
POS 700.130.130-12 2011/000201	08.06.2011 07.11.2012	Spiess Christoph und Blöchliger Patrick Verzicht auf die Errichtung nicht dringend notwendiger Inseln und Trottoirnasen auf wichtigen Verkehrsachsen
<i>Der Stadtrat wird gebeten, bei wichtigen Verkehrsachsen (namentlich bei Strassen, auf denen Bus- und Tramlinien verkehren) einen Verzicht auf die Errichtung nicht dringend nötiger Inseln, Trottoirnasen und anderer Verkehrshindernisse zu prüfen. Beim Verzicht auf die Errichtung solcher Verkehrshindernisse darf die Sicherheit der anderen Verkehrsteilnehmenden, insbesondere des Langsamverkehrs, nicht beeinträchtigt werden.</i>		
MOT 790.140.110-09 2011/000222	22.06.2011 28.09.2011	Grüne-, SP- und GLP-Fraktion Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, im Hinblick auf die Eröffnung der Durchmesserlinie rund um die städtischen Bahnhöfe mit grossem Passagieraufkommen sowie die angrenzenden VBZ-Haltestellen in den Gebieten B und C gemäss Parkplatzverordnung 2010 zusätzlichen Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, die Velofahrenden sowie Begegnungszonen zu schaffen. Auch wenn dort dafür auch Strassenparkplätze aufgehoben werden müssen.</i>		
POS 700.130.100-06 2011/000349	21.09.2011 05.10.2011	Frei Dorothea, Tognella Roger und 7 Mitunterzeichnende Autobahnanschluss durch das Quartier Auzelg, Verhinderung des Eintrags in den kantonalen Richtplan
<i>Der Stadtrat von Zürich wird gebeten zu prüfen, wie der Eintrag in den kantonalen Richtplan für einen Autobahnanschluss quer durch den Quartierteil Auzelg verhindert werden kann.</i>		
POS 790.140.100-61 2011/000477	07.12.2011 21.12.2011	Brander Simone Realisierung von Kapphaltestellen und einem Tempo 30-Regime im ganzen QUARZ-Bereich Nordbrücke unter vorläufiger Beibehaltung der heutigen Oberflächengestaltung der Nordbrücke
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei einem Ersatz der Nordbrücke im Jahr 2012 die Oberfläche der Nordbrücke vorerst wieder so wie heute gestaltet wird (inkl. Erhalt aller Fussgängerstreifen). Insbesondere auf die geplante Verbreiterung der Fahrbahn und die entsprechende Verschmälerung der Trottoirs ist zu verzichten. Gleichzeitig soll der Stadtrat die Realisierung von Kapphaltestellen und einem Tempo 30-Regime im ganzen QUARZ-Bereich (inkl. Nordbrücke) an die Hand nehmen. Der Ersatz der Nordbrücke darf zudem nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss als Teil des gesamten Quartierzentrums Nordbrücke realisiert werden.</i>		
POS 610.150.110-12 2011/000481	14.12.2011 21.12.2011	Mächler Martin Tiefbauamt, Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei der Ersatzbeschaffung von zwei Lastwagen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Ersatzbeschaffung von zwei Lastwagen für das Tiefbauamt das für deren Einsatzzweck umweltschonendste Fahrzeugmodell ausgewählt werden kann.</i>		
POS 770.150.100-05 2011/000482	14.12.2011 21.12.2011	Mächler Martin ERZ, Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei der Ersatzbeschaffung der Sammelfahrzeuge für die Bioabfallsammlung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Ersatzbeschaffung sowie beim Ersatz der Sammelfahrzeuge für die Bioabfallsammlung für ERZ das für deren Einsatzzweck umweltschonendste Fahrzeugmodell (z. B. Gasbetrieb mit 100% stadteigenem Züribiogas, EEV-Motoren) usw. ausgewählt werden kann.</i>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 650.130.110-03 2012/000029	25.01.2012 29.02.2012	Fehr Urs und Schwendener Thomas Weitere Unterstützung der Voliere in Zürich-Seebach
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Unterstützung der Voliere Zürich-Seebach auch in Zukunft gewährleistet werden kann.</i>		
POS 790.140.120-27 2012/000053	08.02.2012 14.03.2012	Knauss Markus Realisierung einer direkten Veloführung von der Quaibrücke zur Rämistrasse
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie beim Umbau des Bellevues eine direkte Veloführung von der Quaibrücke zur Rämistrasse sichergestellt werden kann.</i>		
POS 790.140.120-28 2012/000054	08.02.2012 14.03.2012	Knauss Markus Umgestaltung des Utoquais, Realisierung eines durchgehend abgesetzten Radstreifens
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei einer Umgestaltung des Utoquais ein durchgehender abgesetzter Radstreifen in beide Richtungen realisiert werden kann.</i>		
POS 700.130.130-23 2012/000068	29.02.2012 14.03.2012	Wepf Mirella und Manser Joe A. Entfernung oder Kürzung der Hecke auf der Seeseite des Utoquais
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Hecke auf der Seeseite des Utoquai entfernt oder auf max. 70 cm Höhe gekürzt werden kann, damit die Sicht vom Sechseläuten-Platz auf den See freigegeben wird.</i>		
POS 790.140.120-32 2012/000213	23.05.2012 13.06.2012	Recher Alecs Schaffung einer durchgängig sicheren Verbindung für Radfahrende auf der Forchstrasse zwischen Rehalp/Stadtgrenze und Stadelhofen
<i>Der Stadtrat wird gebeten, die Realisierung von Massnahmen zu prüfen, um für Radfahrende eine durchgängig sichere Verbindung auf der Forchstrasse zwischen der Rehalp/Stadtgrenze und dem Stadelhofen zu erreichen, ohne den Raum der FussgängerInnen zu schmälern.</i>		
POS 790.120.120-36 2012/000259	20.06.2012 04.07.2012	Käppeli Hans Jörg Haltestelle Sihlpost, Ausrüstung der Buskanten mit einem «Kasseler Sonderbord»
<i>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der Haltestelle Sihlpost die Buskanten in einem Pilotprojekt mit einem «Kasseler Sonderbord» ausgerüstet werden können.</i>		
POS 790.120.110-62 2012/000318	29.08.2012 12.09.2012	FDP-Fraktion, Grüne-Fraktion, DVP-Fraktion und SP-Fraktion Ausrüstung der Tramhaltestelle Rennweg mit durchgehend hohen Haltekanten
<i>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Tramhaltestelle Rennweg im Rahmen der Sanierung und Erneuerung der Bahnhofstrasse (GR-Nr. 2012/139) beidseitig mit gesetzeskonformen, durchgehend hohen Haltekanten ausgerüstet werden kann.</i>		
POS 790.140.120-42 2012/000391	31.10.2012 05.12.2012	Von Matt Hans Urs und Dubs Früh Marianne Fahrradparkplatz beim Eingang zum Strandbad Mythenquai, Sanierung und Regelung der Bewirtschaftung
<i>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Fahrradparkplatz beim Eingang zum Strandbad Mythenquai saniert, klar markiert und die Zuständigkeit für die Bewirtschaftung geregelt werden kann. Weil der Platz ausserhalb der Badesaison als Abstellplatz für ausgewasserte Boote dient, müssen die neuen Veloständer verschiebbar sein. Weiter ist darauf zu achten, dass nur berechnete Personen Zufahrt (keine Durchfahrt) zu den 16 gelb markierten Autoabstellplätzen haben.</i>		
POS 520.130.120-34 2012/000444	28.11.2012 15.12.2012	Probst Matthias und Steiner Kathy Massnahmen zur verstärkten Bekämpfung von invasiven Neophyten in der Stadt
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Massnahmen zur Bekämpfung von invasiven Neophyten auf dem Gemeindegebiet der Stadt Zürich – insbesondere auch im Wald und in renaturierten Zonen – verstärkt und verbessert und die Mittel dazu aufgestockt werden können.</i>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 770.140.100-13 2012/000443	28.11.2012 14.12.2012	Kisker Gabriele und Kunz Markus Umsetzung der vorgeschlagenen kompensatorischen Massnahmen zur Klimaverbesserung im Gebiet 1 der Klimaanalyse der Stadt
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die vorgeschlagenen kompensatorischen Massnahmen zur Klimaverbesserung im Gebiet 1 der Klimaanalyse der Stadt Zürich (hohe Luftschadstoffbelastung, schlechte Durchlüftungssituation, dichte Bebauung und/oder hoher Versiegelungsgrad) in einer Masterplanung festgesetzt und in geeigneter Frist umgesetzt werden können.</i>		
POS 790.120.110-77 2012/000460	05.12.2012 14.12.2012	Tuena Mauro und Hüssy Kurt Verzicht auf die behindertengerechte Umgestaltung der Tramhaltestelle an der Tannenstrasse
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf den Projektvorschlag gemäss Planaufgabe vom 26.10.2012 zur geplanten, ungenügend behindertengerechten Umgestaltung der Tramhaltestelle an der Tannenstrasse, zwischen der Leonhardstrasse 27 und der Rämistrasse 2, verzichtet werden kann.</i>		
POS 520.130.120-35 2012/000455	05.12.2012 15.12.2012	Brander Simone Umgestaltung der Stadt Zürich in eine «essbarere Stadt»
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich in eine «essbarere Stadt» umgestaltet werden kann. Dabei soll zukünftig insbesondere Wechsel- flor mit standortgerechten, ökologisch sinnvollen, essbaren und ästhetischen Nutzpflanzen gestaltet werden, die von der Bevölkerung geerntet werden können.</i>		

## II. Abschreibungsanträge für Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1994/004024 1991/000392	28.08.1991 18.11.1992	Baur Toni und Mägli-Fischer Erika Gessnerallee/Sihlpost/Sihlquai, Realisierung einer Veloroute

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine Veloroute realisiert werden kann, welche den Raum Gessnerallee/Sihlpost mit dem Raum Sihlquai verbindet.*

Unter dem Hauptbahnhof besteht eine durchgehende Tunnelverbindung in Form einer grossen Halle. Sie wurde als Vorinvestition für die geplante Nationalstrasse SN 3.4.1 (Stadtunnel Letten–Sihlhölzli) erstellt. Da diese Halle in den nächsten 20 Jahren voraussichtlich nicht benötigt wird, kann sie anderweitig genutzt werden. Geplant sind eine Veloverbindung und eine Veloabstellanlage mit direktem Zugang zur Passage Sihlquai und zu den Gleisen. Im Bereich der Rampenbauwerke werden an den bestehenden Strassenverläufen Anpassungen erforderlich. Zudem muss das Sihlufer im Bereich der Rampe Sihlquai angepasst werden. Die Abstellanlage soll Platz für rund 1800 Velos bieten. Die Planung des Velotunnels und der Abstellplätze wird zügig vorangetrieben. Die Eröffnung des Velotunnels ist für 2017 vorgesehen.

POS 1994/004052 1993/000410	25.08.1993 27.10.1993	Baur Toni und Keller Ueli Üetlibergtunnel, Massnahmen im Zusammenhang mit der Eröffnung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit dem Regierungsrat zusammen Massnahmen getroffen werden können, welche spätestens bei der Eröffnung des Üetlibergtunnels zur wirksamen und nachhaltigen Redimensionierung des stadtzürcher Autoverkehrsnetzes und nicht zu lokalen Zusatzbelastungen führen.*

Die Strassenprojekte zur Sicherung der Entlastungswirkung im Zusammenhang mit der Westumfahrung wurden 2010 weitgehend abgeschlossen. Die erwartete Abnahme des Verkehrs auf der ehemaligen Westtangente ist eingetreten und kann mit den realisierten Strassenbauprojekten gesichert werden. Noch nicht realisiert werden konnten die Umgestaltung des Quartierzentrums Morgental und die Einführung von Massnahmen auf der Rosengartenstrasse (Busbevorzugung, Staumanagement, Verkehrsflussoptimierung, Querungsmöglichkeit für Fussgängerinnen und Fussgänger). Beide Projekte befinden sich noch in der Planungsphase.

POS 1996/000444 1996/000057	28.02.1996 12.03.1997	Tschopp Kurt und Spring-Gross Monika Bahnhof Wipkingen/Röschibachplatz, fussgänger-, velo- und behindertengerechte Verbindungen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Im Zusammenhang mit Bahn 2000, dem Ausbau der Strecke Zürich Hbf.–Wipkingen–Oerlikon, bitten wir den Stadtrat zu prüfen, mit welchen baulichen Massnahmen die Fussgängerverbindungen zum Stationsgebäude und dem Röschibachplatz behindertengerecht, oberirdisch gebaut werden können und wie für Velofahrer und Velofahrerinnen eine Verbesserung der Verhältnisse, mit mehr Sicherheit, geschaffen werden kann, die sich städtebaulich mit dem neu eröffneten Stationsgebäude vertragen.*

Seit Überweisung des Postulats haben sich die Verhältnisse beim Bahnhof Wipkingen massgeblich verändert. Nach Eröffnung der Durchmesserlinie im Jahr 2014 werden laut SBB am Bahnhof Wipkingen nur noch zwei Züge pro Stunde und Richtung halten, was die Bedeutung des Bahnhofs marginalisiert. Das einstige Projekt der SBB für den Bau eines Hochhauses anstelle des Bahnhofgebäudes, das Hoffnung auf eine Verbesserung der Erreichbarkeit des Perrons gab, wurde fallengelassen. In der Zwischenzeit wird die Nordbrücke saniert und für den Röschibachplatz ist die Einrichtung einer Begegnungszone geplant. Eine Verkehrszählung mit Nummernfassung ergab, dass sowohl die Röschibachstrasse als auch die Dammstrasse einen überwiegenden Anteil an Durchgangsverkehr aufweisen. Ein Einbahnsystem in der Röschibachstrasse soll deshalb den Verkehr auf dem Röschibachplatz um zwei Drittel reduzieren. Im kommenden Jahr wird das Einbahnsystem ausgeschrieben und ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet.

POS 1997/001544 1997/000317	20.08.1997 21.01.1998	Nielsen Claudia, und 6 Mitunterzeichnende Innenstadt, Schaffung von Velowegen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er gewährleisten kann, dass die fussgänger- und fussgängerinnenfreundliche Innenstadt fahrradfreundlich, sprich fahrraddurchlässig gestaltet werden kann. Der Stadtrat wird dabei gebeten, seine Massnahmen so auszurichten, dass ein rücksichtsvolles Miteinander von Fussgängerinnen und Fussgängern und Velofahrenden möglich ist. Auf diese Weise soll er seiner Wertschätzung beider Fortbewegungsarten als umweltschonend, kostengünstig und attraktiv Ausdruck verleihen.*

Das vom Stadtrat im Januar 2011 genehmigte «Verkehrskonzept Innenstadt – Aufwertung der Strassenräume» sieht in der City die Öffnung der gesamten Fussgängerzone für Velos vor. In aller Regel wird dies nicht zu Problemen führen. Es gibt aber Bereiche, wo die Zahl der Zufussgehenden derart gross ist, dass die Durchleitung zusätzlichen Veloverkehrs nicht ratsam ist. Die Umsetzung des Verkehrskonzepts (Zeithorizont 10 bis 15 Jahre) erfolgt im Rahmen von konkreten Einzelprojekten.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 1998/001392 1998/000217	07.07.1998 19.08.1998	Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung Gestaltung Kreuzplatz, Verbesserung der Verhältnisse

*Der Stadtrat wird ersucht, die Verhältnisse für den öffentlichen Verkehr, die Velofahrenden und die Fussgängerinnen und Fussgänger am Kreuzplatz im Zusammenhang mit der Verwirklichung des privaten Gestaltungsplans «Kreuzplatz» zu verbessern. Es soll dadurch gesamthaft eine Aufwertung des öffentlichen Raumes angestrebt werden.*

Das Projekt für die Neugestaltung des Kreuzplatzes beinhaltet die Neugestaltung der Strassenräume mit einer neuen Führung der Querverbindungen für Zufussgehende, neuen Velospuren und einer teilweise neuen Führung des motorisierten Verkehrs. Das Projekt erfuhr Verzögerungen durch Rechtsmittel, weshalb dringliche Massnahmen vorgezogen wurden. Bereits ausgeführt wurden Gleisreparaturen, Belagssanierungen in der Kreuzbühlstrasse, die Verbreiterung der stadtauswärts führenden Haltestelle Kreuzplatz und die behindertengerechte Anpassung der Haltestelle. Das Projekt als solches ist aus finanziellen Gründen zurückgestellt und wird nicht vor 2021 realisiert.

POS 1998/001764 1998/000326	30.09.1998 28.10.1998	Virag Jansen Eva, und Prelicz-Huber Katharina Triemlifussweg zwischen Im Gut und Triemliplatz, Schaffung von Fussgängerverbindungen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Durchlässigkeit mittels Querverbindungen zwischen den Kreisen 3 und 9 am Triemlifussweg für FussgängerInnen und VelofahrerInnen gewährleistet.*

Die wichtigsten Querverbindungen zum Triemlifussweg sind vorhanden. Die gewünschte Durchlässigkeit mittels mehrerer Querverbindungen kann aufgrund der Besitzverhältnisse nicht realisiert werden. Die bestehende Querverbindung auf Höhe Sallenbachstrasse und der Triemlifussweg sind im Richtplan als «regionale Komfortroute» klassiert und durch Dienstbarkeiten oder Baulinien gesichert. Ihre Freigabe für den Veloverkehr bedingt eine Verbreiterung der Wege. Ein entsprechendes Projekt soll im Rahmen der Vervollständigung des Veloroutennetzes in den nächsten Jahren geprüft werden.

POS 1999/000666 1999/000168	14.04.1999 24.05.2000	Biedermann Silvia und Spring-Gross Monika Breitensteinstrasse/Am Wasser, Bau von beidseitigen Trottoirs
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob unverzüglich ein Projekt ausgearbeitet werden kann, welches den Bau von möglichst beidseitig durchgehenden Trottoirs sowie von sicheren und benutzerInnenfreundlichen Übergängen für Fussgängerinnen und Fussgänger entlang des Strassenzuges Breitensteinstrasse/Am Wasser vorsieht.*

Für die Strasse Am Wasser, Abschnitt Europabrücke bis Hardturmsteg, ist ein Projekt in Bearbeitung, das beidseitig durchgehende Gehwege und Radstreifen sowie Fussgängerübergänge mit Schutzinseln vorsieht. Der Strassenquerschnitt ist auf das heute mehrheitlich geltende Tempo-50-Regime ausgerichtet. Neu verlangen zwei Postulate die Prüfung von Tempo 30 bzw. die Einführung einer Buslinie auf dem Strassenzug Am Wasser/Breitensteinstrasse, was eventuell eine Überarbeitung des Projekts auslöst. Gleichzeitig sind allfällige Begehren aus dem bis Mitte 2013 laufenden Mitwirkungsverfahren mit den Quartieren Höngg und Wipkingen betreffend eine Gesamtschau über die verkehrliche Situation im Kreis 10 abzuwarten. Die Realisierung eines entsprechenden Projekts ist aus finanziellen Gründen nicht vor 2021 möglich, weshalb die Projektierung zurückgestellt wird. Immerhin sind entlang der Breitensteinstrasse bereits beidseitig durchgehende Trottoirs vorhanden.

POS 1999/002083 1999/000591	24.11.1999 14.11.2001	Seliner Emil und Ottmer Lars Langstrasse, Aufwertung der umliegenden Quartierplätze
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Bereich der Langstrasse Quartierplätze durch gezielte Gestaltungsmassnahmen und Nutzungsvorgaben aufgewertet werden können. Insbesondere bieten sich die Raumöffnungen an den Kreuzungspunkten der Langstrasse mit Stauffacher-, Kanzlei-, Hohl-, Diener- und Militärstrasse an.*

Dank der Inkraftsetzung der neuen Verkehrsvorschriften kann eine temporäre Sperrung der Langstrasse theoretisch umgesetzt werden. Die bestehenden Verkehrsanlagen genügen aber den neuen Anforderungen nicht, und mit der Einführung von neuen Verkehrsvorschriften besteht die gesetzliche Verpflichtung, in diversen Strassenzügen Lärmsanierungen vorzunehmen. Geplant ist, die Bau- und Lärmschutzprojekte bis Mitte 2013 zu erarbeiten und bis Ende 2013 zu genehmigen. Die verkehrsarme Langstrasse soll ab Frühling 2014 provisorisch eingerichtet werden.

Die Arbeiten an der Aufwertung der Feld- und Schöneggstrasse dauern noch bis Frühling 2013.

Die Aufwertung im Bereich des Helvetiaplatzes soll gemeinsam mit der Sanierung des Amtshauses Helvetiaplatz umgesetzt werden. Die Realisierung ist für 2015/16 geplant.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2000/000288 2000/000035	02.02.2000 22.08.2001	Schönbächler Robert und Türler Andres Hochgeschwindigkeitsnetz der europäischen Bahnen, Anschluss der Stadt Zürich

*Der Stadtrat wird gebeten, sich bei Kanton, Bund und den SBB dafür einzusetzen, dass die Anbindung von Zürich und damit des Wirtschaftsraums Zürich an das im Entstehen begriffene Hochgeschwindigkeitsnetz der europäischen Bahnen realisiert und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.*

Die Städte-Allianz öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz wird unter anderem von der Stadt Zürich unterstützt. Diese Städte-Allianz liess sich 2011 zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FAB) vernehmen. Im Dezember 2012 erhöhte der Ständerat den entsprechenden Kredit. Gemeinsam mit Stadt und Kanton Schaffhausen unterstützt die Stadt Zürich das Vorhaben «Ausbautrecke Stuttgart–Singen–Grenze Deutschland/Schweiz», das seit Dezember 2011 als «Vorhaben 31» im Deutschen Investitionsrahmenplan 2011–2015 enthalten ist.

POS 2000/000369 2000/000065	09.02.2000 05.06.2002	Schüepf Jürg R. und Furter Willy Westast, Anschluss nach Brunau und Schöneich
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Planung des so genannten Westastes der A 1 (Grünau bis Sihlquai) in eigener Regie und/oder bei den zuständigen Instanzen von Kanton und Bund mitgewirkt werden kann, damit dieses Nationalstrassenstück der Klasse III im Bereich Sihlquai/Hauptbahnhof ohne Kapazitätserweiterung im Raume Sihlquai an den Stadttunnel Sihltief angeschlossen wird.*

Der Westast ist abhängig vom Stadttunnel. Weil der Stadttunnel auf absehbare Zeit kein Thema sein wird, ist auch der Westast kein Thema. Der Stadttunnel hat seitens des Bundes keine Priorität. In allen bisherigen Planungen ist kein Kapazitätsausbau vorgesehen. Die Studie, die gemäss Geschäftsbericht 2011 Ende 2012 vorliegen sollte, ist nach wie vor nicht fertig. Ihre Fertigstellung ist erst gegen Ende 2013 zu erwarten. Es ist nicht zu erwarten, dass sie hinsichtlich des Stadttunnels/Westasts substanzielle neue Erkenntnisse liefern wird. Der Westast ist somit auf Jahre hinaus blockiert.

POS 2000/000581 2000/000130	22.03.2000 04.12.2002	Schönbächler Robert und 11 Mitunterzeichnende Sportanlage Sihlhölzli, Erstellung von Lärmschutzwänden
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie raschmöglichst Lärmschutzmassnahmen für die Aussenanlage der Sportanlage Sihlhölzli realisiert werden können.*

Da Lärmsanierungen gemäss eidgenössischer Lärmschutzverordnung prioritär Wohnbauten und Arbeitsplätzen zu dienen haben, können Sanierungsmassnahmen zum Schutz von Aussenräumen, wie z.B. Sportanlagen mit Erholungsfunktion, erst in zweiter Linie an die Hand genommen werden. Die Frist für Lärmsanierungen an Strassen wurde vom eidgenössischen Parlament bis 2018 verlängert. Die Umsetzung der prioritären Sanierungsmassnahmen beansprucht die personellen Ressourcen der Stadt Zürich bis auf Weiteres vollständig. Deshalb können die gewünschten Lärmschutzmassnahmen für die Aussenanlage der Sportanlage Sihlhölzli bis auf weiteres nicht realisiert werden.

POS 2000/000629 2000/000147	29.03.2000 22.01.2003	Prelicz-Huber Katharina und Spring-Gross Monika Hardturmstrasse, Erstellung von Verbindungswegen und Grünräumen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob er dem Gemeinderat baldmöglichst ein Projekt für den Umbau der Hardturmstrasse zu einem auch für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velofahrende attraktiven und ungefährlichen Erschliessungsweg vorlegen kann.*

Ein entsprechendes Projekt wurde 2010 unter Einbezug der Quartierbevölkerung an zwei Informationsveranstaltungen erarbeitet. Da die Realisierung wegen fehlender Mittel nicht vor 2017/18 möglich sein wird, wurde die Projektierung zurückgestellt. Zurzeit werden rasch umsetzbare Massnahmen zur Reduktion des Durchgangsverkehrs geprüft.

POS 2003/000872 2003/000108	13.09.2000 19.03.2003	Zimmerling Enkelmann Anita und Bisig Nicole Hardplatz, Aufwertung und Neugestaltung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, im Rahmen des neuen Verkehrsregimes auf der Hardbrücke einen Objektkredit für die Aufwertung und Neugestaltung des Hardplatzes zu sprechen. Wichtiger Bestandteil des Projektes ist die Schaffung eines niveaugleichen Knotens zwischen Hard- und Hohlstrasse.*

VBZ und TAZ haben eine Vorstudie für das Tram Hardbrücke erarbeitet (gemäss VBZ-Linienkonzept 2025 und Motion GR Nr. 2007/1 von Markus Knauss und Daniel Leupi). Dieses Projekt sieht vor, dass auch der Hardplatz neu organisiert und gestaltet wird. Bisherige Studien im Rahmen der Erschliessung des Polizei- und Justizentrums und der flankierenden Massnahmen Westumfahrung haben allerdings gezeigt, dass ein niveaugleicher Knoten zwischen der Hard- und der Hohlstrasse wegen der benötigten Verkehrskapazitäten nicht möglich ist. Im Rahmen des Projekts «Tram Hardbrücke» wird der Hardplatz aufgewertet und behindertengerecht gestaltet.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2000/002336 2000/000590	06.12.2000 26.03.2003	Schilter Armin und Casparis Jürg Sihltiefstrasse, beschleunigte Realisierung des Tunnels

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er bei Bund und Kanton mit dem Anliegen vorstellig werden kann, dass der Bau des geplanten Stadttunnels Sihltiefstrasse so rasch als möglich realisiert werden kann.*

Der Stadttunnel ist im kantonalen Verkehrsrichtplan festgesetzt (KRB vom 26. 3. 2007). Der Stadttunnel ist von der Metropolitankonferenz Zürich und vom Bund als langfristiges Projekt mit einem Realisierungshorizont nach 2030 eingestuft worden. Die Stadt hat keine Möglichkeit, eine frühere Realisierung zu erzwingen.

POS 2001/000480 2001/000116	07.03.2001 02.04.2003	Schönbächler Robert und 14 Mitunterzeichnende S-Bahn-Haltestelle Hardbrücke, Aufwertung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, sich mit allem Nachdruck bei den SBB und den kantonalen Behörden dafür einzusetzen, dass der Gesamttraum der S-Bahn-Haltestelle Hardbrücke samt Vorplatz durch organisatorische und bauliche Massnahmen zu einem attraktiven Stadtbahnhof umgestaltet und möglichst schnell realisiert wird.*

Der Raum Hardstrasse und der Vorplatz zum Bahnhof Hardbrücke sind im kommunalen Richtplan als Fussgängerbereiche klassiert. In den Leitlinien Zürich-West und in den Sonderbauvorschriften (SBV) Maag-Plus wird die Aufwertung der S-Bahn-Station als zentrales Element der Entwicklung von Zürich-West angesprochen. Der Bahnhofszugang wurde bereits aufgewertet, weitere Planungen und Projekte stehen vor der Umsetzung (Veloabstellplätze, Treppenaufgänge usw.). Mit dem Abschluss der Sanierung der Hardbrücke konnte per Ende Oktober 2011 beidseits der Brücke je ein kombinierter Fuss- und Veloweg zwischen Bahnhof Hardbrücke und Hardplatz eröffnet werden. Zudem wurden im Sommer 2011 unter der Federführung des Tiefbauamts und in Zusammenarbeit mit SBB und Swiss Prime Site eine Aufwertung des Bahnhofs Hardbrücke in einem Studienauftrag überprüft. Das Siegerprojekt des Teams Gigon Guyer, Walt + Galmarini und Ernst Basler + Partner überzeugt vor allem durch ein neues Bahnhofsgebäude mit viel Platz und durchdachter Personenführung.

POS 2001/002193 2001/000577	14.11.2001 23.10.2002	Schmid Roland und Rosenheim Monjek Manesseplatz, verkehrstechnische Verbesserung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Manesseplatz im Kreis 3 verkehrstechnisch verbessert werden kann. Insbesondere ist zu prüfen, ob*

- eine Verflüssigung des Durchgangsverkehrs durch Entflechtung und Vereinfachung der Verkehrsströme erreicht werden kann;*
- die Bushaltestelle auf der allgemeinen Fahrspur versetzt werden kann, um Rückstau in der Steinstrasse zu vermeiden;*
- mittels Kanalisierung der Verkehrsströme in der Steinstrasse und in der Zurlindenstrasse die Entlastung der übrigen Quartierstrassen und insbesondere der Austrasse erreicht werden kann.*

Die Vorstudie Manessestrasse mit Massnahmen zur Verkehrsoptimierung konnte 2012 abgeschlossen werden. Gemäss Vorstudie können – unter Beibehaltung des heutigen Rechtsvortritts und durch zurückhaltende Anpassungen der Platzgeometrie – alle Verkehrsteilnehmenden sicherer über den Platz geführt werden. Das Vorhaben kann voraussichtlich 2016 umgesetzt werden.

Die Aufhebung der Bushaltestelle in der Steinstrasse (Bus 33, neu Bus 76) ist aufgrund der Erfordernisse der VBZ nicht möglich. Die Bushaltestelle Manesseplatz/Uetlibergstrasse (Bus 76) soll aufgehoben werden.

Die Situation in den Quartierstrassen westlich des Manesseplatzes, insbesondere in der Austrasse, ist Gegenstand eines separaten Projekts. Man kann davon ausgehen, dass der Verkehr durch ein Linksabbiegeverbot von der Austrasse in die Steinstrasse und ein Rechtsabbiegeverbot von der Steinstrasse in die Austrasse vom Quartier ferngehalten werden kann. Das Projekt soll voraussichtlich ab 2014 realisiert werden.

POS 2001/002244 2001/000587	21.11.2001 21.01.2004	Virag Jansen Eva, Uetlibergtunnel, flankierende Verkehrsmassnahmen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er Druck auf den Regierungsrat ausüben kann, dass im Hinblick auf die Eröffnung des Uetlibergtunnels in den Kreisen 2 und 3 weitergehende flankierende Massnahmen projektiert werden als bis jetzt geplant und genehmigt worden sind.*

An der Mutschellenstrasse sind im Bereich des Quartierzentrums Morgental Aufwertungen des Strassenraums geplant, die als «weitergehende Massnahmen» im Sinne des Postulates zu betrachten sind. Der Regierungsrat hatte im Dezember 2010 das städtische Projekt einer zweiseitigen Kaphaltestelle Morgental abgelehnt, war aber als Kompromiss mit einer einseitigen Kaphaltestelle stadtauswärts einverstanden. In der Zwischenzeit hat das Tiefbauamt ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet. Das weitere Vorgehen wird 2013 bestimmt, die Umsetzung ist für 2016 vorgesehen.

Die weitergehenden Massnahmen im Kreis 3 (Umgestaltung Birmensdorferstrasse mit Aufwertung Schmiede Wiedikon, Umgestaltung Zweierstrasse) sind realisiert.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2004/001521 2004/000522	12.06.2002 22.09.2004	Prelicz-Huber Katharina und 13 Mitunterzeichnende Zürich West, Schaffung von fünf neuen Parks
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird eingeladen, eine Vorlage auszuarbeiten, die im Stadtgebiet Zürich West (Escher-Wyss/Güterbahnhof/Hohlstrasse/Stadtgrenze/Limmat) fünf neue Parks vorsieht.*

In Zürich-West sind mit dem Pfingstweidpark und dem Park auf dem Schützeareal zwei Parkanlagen in Planung. Dies in Ergänzung zu den bereits bestehenden Freiräumen wie dem Wipkingerpark, Gleisbogen, Turbinenplatz, Schiffsbauplatz, Escher Wyss Platz, Steinfelsplatz. Weitere Aufwertungen sind vorgesehen und auch auf den privaten Arealen stehen Freiräume bereits zur Verfügung (z. B. Giessereihalle, Pocketpark Puls 5) oder sind am entstehen (z. B. Maaghof, Dachterrasse und Platz Toni-Areal, Hardturmareal). Die Umsetzung der Pläne hängt von den zur Verfügung stehenden Ressourcen ab. Die mit dem Postulat verlangte Prüfung der Möglichkeiten, in Zürich West 5 neue Parks zu bauen, ist damit abgeschlossen.

POS 2002/002099 2002/000470	06.11.2002 02.04.2003	Danner Ernst und Furter Willy Internationale Bahnverbindungen, beschleunigter Ausbau
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Massnahmen der Ausbau der internationalen Bahnverbindungen von Zürich zu den grossen Zentren im Umkreis von 600 km beschleunigt und dadurch die Verlagerung des Flugverkehrs auf die Schiene rasch verwirklicht werden kann.*

Auf allen Bahnachsen in die grossen Zentren im Umkreis von 600 km sind Aus- und Neubauten geplant und projektiert. Ihre Umsetzung ist eine Voraussetzung, damit die Verlagerung vom Luft- zum Landverkehr stattfinden kann. Aus Zürcher Sicht sind weitere Eisenbahn-Grossprojekte notwendig. In der 2008 gegründeten Städteallianz öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz vertritt die Stadt Zürich diese Haltung ebenso wie in der Metropolitan-konferenz Zürich (Schlüsselprojekte Zimmerbergbasistunnel II, Brüttenerntunnel, Gleiserweiterung Stadelhofen). Die Ausbaustrecke Stuttgart–Singen–Grenze D/CH ist mit Schweizer Unterstützung seit Dezember 2011 als «Vorhaben 31» im Deutschen Investitionsprogramm 2011–2015 verankert. Die mit dem Postulat verlangte Prüfung von Massnahmen für den beschleunigten Ausbau der internationalen Bahnverbindungen ist damit abgeschlossen. Die Umsetzung der evaluierten Massnahmen liegt nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt Zürich.

POS 2002/002381 2002/000529	04.12.2002 22.09.2004	Schmid Georg und Schönbächler Robert Central, Erstellen eines Fusswegs bis zur Polyterrasse
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob entlang dem Polybähnli eine Fusswegverbindung vom Central bis zur Polyterrasse erstellt werden kann.*

Zwischen dem Hirschengraben und der Polyterrasse grenzen private Parzellen seitlich bis an das Trasse der Polybahn. Die Gebäude reichen bis auf wenige Meter an die Gleise. Auf beiden Seiten des Trassees sind Gärten vorhanden, die im Inventar der Gartendenkmalpflege enthalten sind und Eingriffe im Sinne des Postulats erheblich erschweren.

Zum Hirschengraben müsste eine Fusswegverbindung im Bereich der bestehenden Stützmauern eine Höhendifferenz von etwa 6 Meter überwinden. Das bedingt kostspielige Anpassungen dieser Mauern, die ebenfalls von quartierprägender Bedeutung sind.

Parallel zur Polybahn besteht mit der Schienhutgasse in einem Abstand von 150 Meter eine Fusswegverbindung zur Universität und zur ETH.

Aufgrund der vorhandenen Alternativen für Zufussgehende via Schienhutgasse und mit der Polybahn und angesichts der zu erwartenden hohen Kosten sowie der erforderlichen Eingriffe in die privaten Grundstücke erscheint die Schaffung einer neuen Fusswegverbindung nicht angemessen.

POS 2003/000697 2003/000078	04.12.2002 05.03.2003	Birrer Susann und Piesbergen Monika VBZ, Halbinsel-Lösung für die Haltestelle Fluntern
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wie im Zuge der für das Jahr 2004 geplanten Auswechslung der Tramschienen im Raum Vorderberg/Haltestelle Fluntern die bereits in der Projektstudie des Quartiervereins Fluntern postulierte Halbinsel-Lösung realisiert werden kann.*

Seit 1974 hat sich das Quartierzentrum Fluntern kaum verändert. Es weist aus heutiger Sicht zahlreiche Defizite auf. Im Mai 2010 wurde ein Projekt präsentiert, das die Idee einer Halbinsellösung beinhaltete. Dabei wären der öffentliche Verkehr über den Vorderberg und der übrige Verkehr über die Zürichbergstrasse geführt worden. Die im Projekt enthaltenen zahlreichen Kompromisse und die kritischen Stimmen aus dem Quartier führten zu einer Projektüberarbeitung, bei der die Belassung des Verkehrssystems im Vordergrund stand, verbunden mit Verbesserungen der Platzgestaltung. Anfang Oktober 2012 wurde das überarbeitete Projekt öffentlich präsentiert und gemäss §13 Strassengesetz zur Mitwirkung aufgelegt. Zugunsten einer breiteren Haltestelleninsel und einer Velospur wird der Verkehr am Vorderberg statt auf zwei neu auf einer Fahrspur geführt. Neue Velospuren in der Gladbachstrasse und am Vorderberg verbessern die Verkehrssicherheit für die Velofahrenden. Die Tram- und Bushaltestellen bleiben am heutigen Ort und werden behindertengerecht ausgebaut. Die Platzoberfläche wird gestalterisch aufgewertet. Die Einmündung in die Keltenstrasse wird als Platz mit Bäumen neu gestaltet und die Wertstoffsammelstelle durch eine neue unterirdische Anlage ersetzt.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2002/002528 2002/000566	20.12.2002 08.01.2003	Birrer Susann und Nielsen Claudia Sechseläutenplatz-Theaterplatz, Freihaltung von baulichen Massnahmen und Einbezug in das Konzept «Plan Lumière»
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten, dafür zu sorgen, dass der Sechseläuten-Theaterplatz nach erfolgter Kompensation (Opernhausparking) und Aufhebung der Parkfelder von baulichen Massnahmen sowie festen Installationen (ausgenommen die im Gestaltungsplan vorgesehenen) frei gehalten wird, damit der historisch wertvolle Platz seine raumgestaltende Wirkung entfalten und städtebauliche Akzente setzen kann. Der Stadtrat wird darüber hinaus eingeladen, den Sechseläuten-Theaterplatz ins Konzept des «Plan Lumière» einzubeziehen und die Nutzung so zu planen, dass der Platz einen angemessenen Teil des Jahres frei von flächendeckenden temporären Nutzungen bleibt.</i></p> <p>Die vorgeschlagenen Massnahmen sind im Projekt «Neugestaltung Sechseläuten-/Theaterplatz» enthalten. Der Stadtrat hat am 5. Oktober 2011 das künftige Nutzungskonzept verabschiedet, und das Zürcher Stimmvolk hat am 23. September 2012 dem Objektkredit zugestimmt.</p>		
POS 2003/001522 2003/000183	04.06.2003 17.09.2003	Leupi Daniel und Schönbächler Robert Langstrasse, sichere Verkehrsführung zwischen Hohl- und Militärstrasse
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen,</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– wie dem Veloverkehr in der Langstrasse (Abschnitt zwischen Hohl- und Militärstrasse) so schnell wie möglich eine legale und sichere Verkehrsführung in beiden Richtungen angeboten werden kann und</li> <li>– wie das im regionalen Richtplan vorgesehene Verkehrskonzept für die Langstrasse umgesetzt werden kann (Langstrasse autoarm mit öffentlichem Verkehr, Taxi-, Velo-, Anwohner- und Lieferverkehr/Kanonengasse bzw. Feldstrasse mit motorisiertem Durchgangsverkehr).</li> </ul> <p>Die vom Postulat angeregten neuen Verkehrsvorschriften sind rechtskräftig. Die Umsetzung der Massnahmen sollte bis Mitte 2014 möglich sein.</p>		
POS 2004/000966 2004/000305	09.06.2004 27.09.2006	Anhorn Ruth Schrebergärten, Verzicht auf öffentlichen Zugang
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie darauf verzichtet werden kann, dass die Schrebergärten des Vereins für Familiengärten Zürich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Ausgenommen sind im kommunalen Verkehrsplan eingetragene Verbindungswege.</i></p> <p>In aller Regel handelt es sich bei Wegverbindungen, die durch Familiengartenareale geführt werden, um solche aus dem Verkehrsplan. Gelegentlich sind aber auch Wegverbindungen nötig, die nicht im Verkehrsplan eingetragen sind. Wenn ein Bedarf nach einer Wegverbindung durch ein Familiengartenareal ausgewiesen ist (beispielsweise eine Abkürzung zu einem Erholungsgebiet oder zu einer Tramhaltestelle), wird diese Verbindung nach Möglichkeit zur Verfügung gestellt. Wenn dabei Wegverbreiterungen nötig sind, wird darauf geachtet, dass keine Gärten verloren gehen. Dadurch werden die Gartenareale nicht automatisch «öffentlich zugänglich». Gartenareale sind in aller Regel eingezäunt und bleiben es auch – besonders entlang öffentlichen Wegen.</p>		
POS 2004/001907 2004/000670	15.12.2004 08.06.2005	Käppeli Hans Jörg und Prof. Dr. Maeder Kurt Eisenbahnbrücken beim Bahnhof Oerlikon, Schaffung direkter und stufenfreier Fussgängerverbindungen nach deren Neubau
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Rahmen des Neubaus der Eisenbahnbrücken an der Wallisellerlinie über die Schaffhauserstrasse eine direkte und stufenfreie Fussgängerverbindung zwischen dem Bahnhof Oerlikon und der Messe/Hallenstadion geschaffen werden kann. Die Ausgestaltung soll eine gute städtebauliche und benutzerfreundliche Qualität aufweisen</i></p> <p>Mit dem Projekt Quartieranbindung Ost wird in Verlängerung der Andreasstrasse ein direkter und ebenerdiger Zugang über die Schaffhauserstrasse zur SBB-Personenunterführung Ost erstellt. Das Projekt wurde zur Planfestsetzung und Genehmigung dem Bundesamt für Verkehr eingereicht. Der Baubeginn ist für den August 2013 geplant.</p>		
POS 2005/000900 2005/000276	06.07.2005 18.01.2006	Schönbächler Robert und Nielsen Claudia Privater Gestaltungsplan «Stadtraum HB Zürich», Verzicht auf vorgesehene Streichung der zweiten Gleisüberquerung
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob im Rahmen der nächsten Richtplanänderung auf die im Gestaltungsplan «Stadtraum HB» vorgesehene Streichung der «zweiten Gleisquerung» verzichtet werden kann.</i></p> <p>Die nächste Revision des kommunalen Verkehrsplans ist ungefähr im Jahr 2018 vorgesehen. Die Notwendigkeit einer «zweiten Gleisquerung» wird im Rahmen der Arbeiten am Richtplan zu beurteilen sein.</p>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/001249 2005/000405	05.10.2005 02.11.2005	Stucker Rolf und Tuena Mauro Hallenstadion, Standort für die Skulptur eines Eishockeyspielers

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der Neugestaltung des Platzes vor dem Hallenstadion, nach der Fertigstellung des neuen Stadthofs 11 und der Haltestelle der Stadtbahn, die Chad-Silver-Skulptur einen prominenten Standort analog dem heutigen beibehält.*

Mit dem Umbau des Hallenstadions musste die Chad-Silver-Skulptur von Kurt Laurenz Metzler von ihrem angestammten Platz auf privatem Grund entfernt werden. Der Eigentümer der Skulptur, der ZSC-Club 21, fragte die Stadt, ob die Skulptur auf dem Platz der Tramhaltestelle Messe/Hallenstadion aufgestellt werden dürfe.

Durch die Realisierung zahlreicher Projekte wie der Eröffnung der Stadtbahn, des Umbaus des Hallenstadions und des Stadthofs 11, hat der Platz ein neues Gesicht und eine neue Bedeutung bekommen. Die städtische Kunstkommission erachtet die Chad-Silver-Skulptur als für diesen Platz nicht geeignet und empfiehlt daher eine Platzierung beim Trainingszentrum des ZSC im Heerenschürli. Bis zur Fertigstellung des neuen Trainingszentrums darf die Skulptur am heutigen provisorischen Standort bleiben.

POS 2005/001290 2005/000426	26.10.2005 09.11.2005	Nagel Ueli und Rosenheim Monjek Allmend Brunau, Zwischenbericht über das Entwicklungs- und Nutzungskonzept
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Zusammenhang mit der Umsetzung des Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes Allmend Brunau die Information des Gemeinderates über den Fortschritt der Arbeiten, insbesondere die Bewältigung der verschiedenen Nutzungskonflikte im Bereich Allmend I bis IV sowie den Umgang mit der Altlastenproblematik sicherstellen kann. Zwei Jahre nach Beginn der Neugestaltungen, spätestens aber Ende 2007, soll dem Gemeinderat hierzu ein Zwischenbericht vorgelegt werden.*

Der verlangte Zwischenbericht wurde dem Gemeinderat bereits am 14.11.2007 vorgelegt.

Der heutige Projektstand präsentiert sich wie folgt: Das Projekt Hochwasserschutz und Sihlnaturierung des Amts für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) bleibt nach wie vor zurückgestellt. Die städtischen Projekte Neugestaltung Allmend I-III, der neue Steg über die Allmend I und die Sihl sowie der Neubau des Kiosks am linken Sihlufer sind somit ebenfalls zurückgestellt. Die Allmend I steht seit Mai 2010 der Bevölkerung wieder zur Erholungs- und Nutzung zur Verfügung. Die neue Nutzung hat sich etabliert. Seit Frühjahr 2011 bietet ein neuer Treppenabgang vom Allmendsteg den direkten Zugang in die Allmend I. Die hundefreie Zone in der Allmend I wird von Hundehaltenden respektiert. Die Aufgaben des Aufsichts- und Informationsdienstes Allmend (AIDA), die zwei Jahre erfolgreich auf der Allmend I tätig war, wurden ab diesem Jahr durch die sip züri in Form eines Pilot-Projekts übernommen. Der Auftrag von sip-züri besteht in der regelmässigen, uniformierten Patrouillentätigkeit im Gebiet. Ziel der Massnahmen und Interventionen sind die Förderung der friedlichen Koexistenz aller Besuchenden. Die Ausweitung der Aufgaben des Aufsichtsdienstes über die Allmend I und die «Hundethematik» hinaus hat sich sehr bewährt, zeigten sich doch dieses Jahr neue Themen in der Allmend Brunau, wie Jugendpartys und Stadtnomaden. Das Pilot-Projekt Aufsichtsdienst Allmend Brunau durch die sip züri soll auch 2013 weitergeführt werden.

Projekt Freestyleanlage und Bike-Park: Die Freestyleanlage wurde dieses Jahr fertig gebaut und Ende November zur Nutzung freigegeben. Der Baustart für den Bikepark war im Oktober. Die Hauptbauarbeiten folgen im Frühjahr 2013. Beide Sportanlagen werden am 25. Mai 2013 offiziell eingeweiht.

POS 2006/000031 2005/000552	21.12.2005 14.05.2008	Piller Bernhard und Schönbächler Robert Velowegverbindungen, Verbesserung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Veloweg-Verbindungen in der Innenstadt und die Velo-Tangentialverbindungen von der linken zur rechten Stadtseite verbessert sowie die Velorouten von der Peripherie ins Zentrum direkter und schneller gemacht werden können.*

Die im Postulat erwähnten Ziele sind Gegenstand des Ende 2011 verabschiedeten «Verkehrskonzept Innenstadt – Aufwertung der Strassenräume». Es definiert die Hauptrouten für den Veloverkehr und Leitsätze für dessen Führung in der Innenstadt.

Ausgewählte Routen sind zudem Bestandteil des Haupt- und Komfortrouthenetzes des Masterplans Velo, der im November 2012 vom Stadtrat verabschiedet wurde.

Diese Velorouten werden in den nächsten Jahren forciert umgesetzt.

POS 2006/000084 2006/000013	18.01.2006 22.03.2006	Anhorn Ruth Familiengartenareal Pfingstweid, Verzicht auf Aufhebung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, auf die Aufhebung von Familiengartenarealen auf Stadtgebiet zu verzichten, insbesondere auf die Aufhebung des Areals «Pfingstweid» im Industriequartier.*

Das Areal Pflingstweid wurde bereits aufgehoben und, da eine Parknutzung mit Schulschulwiese vorgesehen ist, in eine Freihaltezone FC umgewandelt. Die bestehenden, in einer Erholungszone E3 liegenden Familiengartenareale sind für die langfristige Erhaltung vorgesehen.

Die in einer Bauzone liegenden Areale werden früher oder später aufgehoben und bebaut – das ist die Konsequenz der Zonierung, die der Gemeinderat mit der Bau- und Zonenordnung festgelegt hat. Wird hingegen die Überbauung einer Fläche in einer Zone E3 erwogen, bedingt dies eine vorherige Umzonung in eine Bauzone oder, im Fall einer Schulsport- und Parkanlage, in eine Freihaltezone FC, wofür wiederum der Gemeinderat zuständig ist.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2006/000170 2006/000039	01.02.2006 14.05.2008	Mariani Mario und Leupi Daniel Veloverkehr, Bericht über dessen Bedeutung in der Innenstadt
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat innert zweier Jahre einen Bericht betreffend Veloverkehr in der Innenstadt zu unterbreiten, der folgende Punkte enthält:

- Bedeutung des Veloverkehrs in der Innenstadt für StadtbewohnerInnen und PendlerInnen, insb. für Arbeits-, Bildungs-, Freizeit- und Einkaufs-Verkehr;
- Ziel-/Quellorte und Wunschlinien des Veloverkehrs und die Potenziale in den nächsten 5/10/15 Jahren;
- Welche Führungsprinzipien (z. B. Mischverkehr mit Autoverkehr, Mischverkehr mit Fussverkehr, Radwege) sollen unter welchen Bedingungen wo gelten?
- Konkretisierung der Richtplan-Vorgabe, dass die Fussgängerbereiche velodurchlässig sein sollen;
- Analyse der heutigen Konfliktpunkte, Schwachstellen und Netzlücken;
- Konzept über den ruhenden Veloverkehr (Abstellanlagen, Standorte, Standards, etc.) unter Einbezug der betroffenen Stadtbahnhöfe Umsetzungskonzept (kurz-, mittel- und langfristig).

Das 2011 verabschiedete «Verkehrskonzept Innenstadt – Aufwertung der Strassenräume» enthält im «Teilkonzept Velo» Aussagen über Haupttrouten für den Veloverkehr und Leitsätze für dessen Führung. Grundsätzlich soll die Innenstadt für Velofahrende durchlässig sein (Mischverkehr). Ausnahmen sind lokale Fahrverbote im Interesse der Sicherheit. Haupttrouten werden grundsätzlich eigentrasseiert geführt (Radstreifen/-wege) und jeweils als bestehend oder geplant bezeichnet. Zudem werden Defizite bei den Veloabstellplätzen räumlich bezeichnet.

Das Konzept dient als Orientierungsrahmen für die Entwicklung der Innenstadt für die nächsten 10 bis 15 Jahre und soll im Zuge von Einzelprojekten umgesetzt werden.

Im November 2012 wurde der Masterplan Velo verabschiedet. Ausgewählte Routen in der Innenstadt sind Teil des Haupt- und Komforttroutennetzes und sollen in den nächsten Jahren forciert umgesetzt werden. Als Grundlage für die Umsetzung werden 2013 Veloführungs- und Projektierungsprinzipien in «Velostandards» definiert.

POS 2006/000604 2006/000222	07.06.2006 14.05.2008	Seidler Christine und Mariani Mario Familiengärten, Ersatzstandorte
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für die Familiengärten, welche dem Bedürfnis nach notwendigen öffentlichen Grünräumen weichen müssen, geeignete Ersatzstandorte gefunden oder in den Arealen der Familiengärten teilweise öffentliche Nutzungen zugelassen werden können.

Grün Stadt Zürich versucht stets, für Realersatz zu sorgen, wenn ein Familiengartenareal – egal aus welchem Grund – aufgehoben werden muss. Es ist aber in erster Linie Aufgabe der Nutzungsplanung, aufzuhebende Familiengartenareale durch die Zonierung entsprechender neuer Flächen zu ersetzen. Die vorsichtige Öffnung bestehender Gartenareale zugunsten einer breiteren öffentlichen Nutzung ist im Gartenareal Hard geplant. Ob sich eine derartige Öffnung bewährt, muss sich noch weisen. Ein heikler Punkt sind Diebstähle in Familiengärten, die durch den Verzicht auf Zäune und mit dem freien Zugang vieler Menschen erleichtert werden.

Damit ist die Prüfung des Postulats im Sinne von Art. 93 GeschO GR abgeschlossen.

POS 2006/000934 2008/000449	30.08.2006 24.09.2008	Grüne-Fraktion Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ), Ergänzung mit Infrastrukturgebühren
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird beauftragt, die Verordnung für die Abfallbewirtschaftung in der Stadt Zürich (VAZ), in folgendem Sinne zu ergänzen:

- Betriebe, die Abfall verursachen, welcher auf dem öffentlichen Grund oder als öffentlicher Abfall entsorgt wird, zahlen entsprechend höhere Abfallgebühren (Infrastrukturpreis).

Für bewilligungspflichtige Veranstaltungen auf öffentlichem Grund darf in der Regel nur Pfand- oder Mehrweggeschirr verwendet werden. Erscheint dies nicht zumutbar, sind andere geeignete Massnahmen zur Vermeidung und Verminderung des Abfalls zu treffen.

Gemäss Bundesgerichtsentscheid 138 II 111 müssen die Kosten der Reinigung von Strassen und Grünanlagen von achtlos weggeworfenem Abfall (Littering) nach dem Verursacherprinzip überwältigt werden. Eine Anknüpfung an den Infrastrukturpreis ist nicht zulässig. Betriebe, die nachweislich zur Entstehung von Abfall im öffentlichen Grund beitragen, können mit einer Kausalabgabe belegt werden. Vorausgesetzt ist der Nachweis der Kausalität. ERZ erarbeitet mit solchen Betrieben jeweils ein Massnahmenkonzept, um den öffentlichen Grund sauber zu halten.

ERZ unterstützt die Pflicht zur Verwendung von Pfand- und Mehrweggeschirr an Veranstaltungen und berät diesbezüglich die Festorganisationen. Bei grösseren Veranstaltungen im öffentlichen Raum stellt ERZ eine funktionierende Infrastruktur, im Interesse des Umweltschutzes teilweise sogar kostenlos, zur Verfügung. Die Rückgewinnung von Wertstoffen wie Aluminium und PET ist sehr aufwendig. Nur durch konsequentes Verwenden von Pfand- und Mehrweggeschirr an prädestinierten Veranstaltungen, die auf einem geschlossenen Gelände durchgeführt werden (z. B. Theater-Spektakel), kann die Abfallmenge an Veranstaltungen spürbar reduziert werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/001165 2006/000457	25.10.2006 25.02.2009	Im Oberdorf Bernhard und Wohler Bruno Einhausung der Autobahn in Schwamendingen, Integration der Grünzone

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Grünzone auf dem Deckel der Einhausung in Zürich Schwamendingen gut in das Quartier integriert werden kann. Sie sollte derart gestaltet werden, dass sie bevölkerungsfreundlich und auch in der Dunkelheit sicher ist.*

Im Rahmen der Projektentwicklung der Einhausung der Autobahn in Schwamendingen wird die betroffene Bevölkerung im Rahmen eines Mitwirkungsverfahrens in die Detailgestaltung der Wände und des zukünftigen Parks auf dem Deckel einbezogen. Mit dem gewählten Vorgehen kann eine gute Integration der Grünzone in das Quartier und eine hohe Akzeptanz von Seiten der Bevölkerung gewährleistet werden. Dieses kooperative Verfahren soll dem jeweiligen Projektstand entsprechend in zwei Phasen erfolgen.

Aufgrund des noch abstrakten Planungsstandes wurden in der ersten Phase die bereits bekannten Quartieranliegen zusammen mit Fach- und Quartierinstitutionen überprüft und ergänzt. Ein erster sogenannter Echoraum fand im November 2011 statt. Dabei wurden Konzeptideen diskutiert, Wünsche und Ideen eingebracht sowie kritische Punkte erörtert. In der Weiterbearbeitung des Projekts wurde wichtigen Anliegen wie Vielfalt der Nutzung, Gestaltungs- und Aufenthaltsqualität sowie dem Wunsch nach einem Angebot für alle Altersgruppen grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Die Beleuchtung der Wege und Plätze auf und neben der Einhausung ist geplant; ebenso ist die Anlage eines zentralen Pavillons im neuen Park vorgesehen. Im November 2012 wurde das Zwischenergebnis in Form eines Werkstattberichts wieder im selben Rahmen vorgestellt und von den Besuchenden der Veranstaltung sehr positiv aufgenommen.

In der zweiten Phase, wenn der Bau der Anlage absehbar ist (etwa 2017/18), werden die Anstösser und Nutzergruppen für die Detaillierung der Ausgestaltung in die endgültige Ausführungsplanung einbezogen.

POS 2006/001368 2006/000572	06.12.2006 16.12.2006	Nagel Ueli und Cerliani Pierino Alleenkonzept, beschleunigte Umsetzung durch zusätzliche Strassenbäume
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie durch zusätzliche Neupflanzungen von Strassenbäumen die Umsetzung des Alleenkonzepts beschleunigt werden kann.*

Das Alleenkonzept, das der Stadtrat am 16. Oktober 1991 zustimmend zur Kenntnis genommen hat, soll mittel- bis langfristig die Ergänzung bestehender und die Erstellung neuer Alleen bewirken. Es wird im Sinne des koordinierten Bauens dort angewendet, wo Bauarbeiten im Strassenraum notwendig werden. Im konkreten Projekt wird jeweils geprüft, ob eine Baumreihe, bzw. Allee ergänzt oder neu angelegt werden soll und ob dies aus technischer, finanzieller, ästhetischer und ökologischer Sicht machbar ist. Der Spielraum für Neupflanzungen von Strassenbäumen wird in allen städtischen Strassenprojekten ausgeschöpft.

Die Umsetzung des Konzepts muss zwangsläufig in enger Zusammenarbeit mit dem federführenden Tiefbauamt und den Werken erfolgen. Die Mittel werden jährlich im Budget eingestellt und wurden im Gemeinderat bei der Budgetgenehmigung der vergangenen Jahre jeweils nicht in Frage gestellt. Die von den Postulanten geforderte beschleunigte Umsetzung des Konzepts ist nicht möglich. Die Pflanzung von Alleen ohne Rücksicht auf das koordinierte Bauen ist ausgeschlossen.

POS 2007/000257 2007/000104	07.03.2007 25.02.2009	Egger Urs Bahnhöfe und wichtige Plätze, Erstellen kostenpflichtiger Velostationen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie an neuralgischen Punkten (z. B. Bahnhöfe, wichtige Plätze etc.) Veloparkanlagen erstellt werden können. Eine Aufteilung in kostenpflichtige (zentral gelegene) und kostenfreie (weiter entfernte) Abstellplätze ist selbstverständlich.*

Der Bau von Veloabstellanlagen an zentralen Orten ist ein wesentlicher Bestandteil der städtischen Velostrategie.

Am Hauptbahnhof sind bereits zwei kostenpflichtige Anlagen in Betrieb. Nach der Fertigstellung des Bahnhofs Löwenstrasse ist geplant, diese beiden provisorischen Anlagen durch zwei definitive Einrichtungen zu ersetzen. Im letzten Jahr hat das Tiefbauamt zudem erreicht, dass der als Vorinvestition in die geplante Nationalstrasse SN 3.4.1 (Stadtunnel Letten-Sihlhölzli) gebaute Tunnel unter dem Hauptbahnhof bis auf Weiteres sowohl als Velodurchfahrt wie auch als weitere grosse Veloabstellanlage genutzt werden kann. Weiter ist auch am Bahnhof Stadelhofen eine Velostation in Planung.

An verschiedenen Bahnhöfen werden gebührenpflichtige abschliessbare Veloboxen angeboten. Die neuste Anlage wurde im November 2011 beim Bahnhof Tiefenbrunnen erstellt.

Eine Anlage mit rund 500 Abstellplätzen – davon ein Teil abschliessbar und gebührenpflichtig – wurde Ende 2010 beim Bahnhof Stettbach erstellt.

Weitere kleinere Anlagen werden laufend erstellt.

POS 2007/000496 2007/000248	09.05.2007 27.06.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Boulevard-Gastronomie, Gewährleistung unternehmerischer Freiheiten
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit dem «Leitfaden zur Boulevardgastronomie» unternehmerische Freiheiten von innovativen Gastronomen nicht unnötig eingeschränkt werden.*

Der aktuelle Leitfaden «Boulevardgastronomie» regelt nur das Nötigste, um die Balance zwischen unternehmerischer Freiheit und Sicherung öffentlicher Interessen zu halten. Der Leitfaden ist in Zusammenarbeit mit den Gastro-Verbänden entstanden und hat sich bewährt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2008/000178 2008/000092	27.02.2008 26.05.2010	Di Concilio Salvatore und von Matt Hans Urs Plastiksäcke, deutliche Senkung des Verbrauchs
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich in Stadt und Kanton Zürich für Massnahmen einsetzen kann, damit der Verbrauch von Plastiksäcken – insbesondere der ultradünnen Plastiktüten – drastisch gesenkt werden kann.*

Am 13. Dezember 2012 hat der Ständerat als Zweitrat ein Verbot von «Rascheltüten», die von Geschäften an der Kasse gratis abgegeben werden, beschlossen. Wann dieses Verbot in Kraft tritt, ist noch offen. Fest steht, dass damit das Postulat erfüllt wird.

POS 2008/000179 2008/000093	27.02.2008 02.06.2010	Reimann Beatrice und Meuli Myrtha Birmensdorfer- und Werdstrasse, Änderung des Verkehrsregimes
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Birmensdorfer-/Werdstrasse zwischen der Schmiede Wiedikon und der Stauffacherstrasse durch den MIV im Gegenverkehr befahren werden kann, um gleichzeitig die Zweierstrasse in den Stadtkreisen 3 und 4 zu entlasten und so als Tempo-30-Zone zur Quartierstrasse abzuklassieren.*

Im Zusammenhang mit den Flankierenden Massnahmen Zürich West wurden die Birmensdorfer- und die Zweierstrasse im Bereich zwischen der Seebahn- und der Stauffacherstrasse gemäss Vorgaben des regionalen Richtplans abklassiert. Die Zweierstrasse konnte deshalb bereits in die bestehende Tempo-30-Zone integriert werden.

Die Einführung eines Gegenverkehrsregimes in der Werdstrasse würde einen unverhältnismässig aufwendigen Umbau notwendig machen und zu schwerwiegenden Kapazitätseinbussen auf der Seebahnstrasse führen. Daher muss davon abgesehen werden.

POS 2008/000423 2008/000183	16.04.2008 14.05.2008	Tognella Roger Autobahn SN 1.4.4, Verzicht auf Schliessung der Einfahrt Aubrugg
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Kanton angehalten werden kann, dass die Einfahrt Aubrugg, zusammen mit der Realisation der Einhausung des Autobahnteilstückes N1.4.4 Schwamendingen, nicht geschlossen wird.*

Die öffentliche Auflage des Ausführungsprojekts, das von der Sperrung der Einfahrt ausgeht, ist 2011 erfolgt. Die laufenden Arbeiten am Detailprojekt basieren auf diesem Ausführungsprojekt. Die Aufhebung des Anschlusses Aubrugg ist beschlossene Sache und kann nicht mehr geändert werden.

Das ASTRA beurteilt die Überlegungen zu neuen Anschlüssen an das bestehende Nationalstrassennetz im Rahmen der Engpassbeseitigung in der laufenden «Zweckmässigkeitsbeurteilung Glattal/Winterthur». Ein Abschluss dieser Arbeiten wird 2013 erwartet. Dannzumal wird man über allfällige neue Anschlüsse an die Autobahn berichten können.

POS 2008/000956 2008/000396	03.09.2008 02.06.2010	Mariani Mario und Schönbächler Robert Wipkingerplatz, Aufwertung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Wipkingerplatz im Zusammenhang mit den gleichzeitig anstehenden Instandsetzungs- und Ausbaurbeiten der Hardbrücke zwischen Hardplatz und Wipkingerplatz, mit städtebaulichen Massnahmen und mittels einer neuen Verkehrsführung – unter Berücksichtigung einer Radwegverbindung Röschibachplatz–Röschibachstrasse–Wipkingerplatz in beide Richtungen – nachhaltig aufgewertet werden kann.*

Die Aufwertung des Wipkingerplatzes wurde mit einem Projektteam aus Architekten und Verkehrsplanern detailliert untersucht. Eine echte Aufwertung hängt massgeblich von den Nutzungen um den Platz ab, insbesondere vom geplanten Tram Rosengartenstrasse.

Mit dem Ersatz der Tramgleise wurden 2012 die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten am Wipkingerplatz ausgeführt. Dabei wurden die Haltestellen behindertengerecht ausgestaltet, Velomassnahmen umgesetzt und die Fussgängerunterführung auf Wunsch des Quartiervereins aufgehoben.

Angesichts der hohen Kosten einer Neugestaltung und der betrieblichen Komplexität muss die Neugestaltung des Platzes aufgeschoben werden, bis ein Projekt für das Tram Rosengartenstrasse vorliegt.

Die Radwegverbindung Röschibachstrasse–Wipkingerplatz wird mit einem separaten Projekt voraussichtlich 2013 realisiert.

POS 2008/001022 2008/000421	17.09.2008 10.11.2010	Spieler Frauenfelder Marianne und Leupi Daniel Linkes Seeufer, Erstellen eines Erlebnisspielplatzes
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wo am linken Seeufer ein Erlebnisspielplatz errichtet werden kann.*

Im Rahmen der Neugestaltung der Promenade Hafen Enge wird der Einsatz von Spielmöglichkeiten geprüft. Für einen Erlebnisspielplatz im Sinne des Postulats sind aber mehr Platz und Ressourcen nötig als für reine Spielmöglichkeiten. Die Prüfung des Anliegens hat ergeben, dass am linken Zürichseeufer keine geeigneten Flächen für einen Erlebnisspielplatz vorhanden sind.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2009/000028 2009/000009	07.01.2009 10.11.2010	Mariani Mario und Mächler Martin Schlittelweg Uetliberg–Hohenstein–Triemli, Ausbau einer Alternative
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie alternativ zum bestehenden Schlittelweg Uetliberg – Hohenstein – Triemli ein familienfreundlicher und für weniger geübte Schlittelfahrer geeigneter zusätzlicher Schlittelweg zur SZU-Haltestelle Ringlikon ausgebaut und entsprechend signalisiert werden kann.*

Ab der Saison 2012/13 ist erstmals das Waldrevier Uetliberg für den Betrieb der Schlittelbahn Uetliberg–Triemli zuständig, zuvor wurde diese Aufgabe durch das ETH-Lehrrevier wahrgenommen. Ein zusätzlicher Schlittelweg nach Ringlikon wäre zwar ohne grossen baulichen Aufwand zu realisieren, die Hälfte des neuen Schlittelwegs käme jedoch auf Gebiet der Gemeinde Uitikon zu liegen. Die jährlichen Unterhaltskosten würden ca. Fr. 35 000.– betragen (Jährliche Unterhaltskosten des bestehenden Schlittelwegs: ca. Fr. 100 000.–).

Der bestehende Schlittelweg wurde im Jahre 2006 von der Schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung begutachtet und bezüglich Sicherheit als gut beurteilt. Für ungeübte Schlittler und Kleinkinder besteht am Ringliker Hang, neben der Bahnstation SZU in Ringlikon, eine beliebte Schlittelgelegenheit, die rege genutzt wird. Aus diesem Grund erscheint ein zusätzlicher Schlittelweg nach Ringlikon nicht opportun.

Sollte die Gemeinde Uitikon Interesse an einer Erweiterung haben, ist die Stadt für eine Zusammenarbeit offen.

POS 2009/000080 2009/000028	21.01.2009 04.02.2009	Stähli-Barth Peter, Sidler Bruno und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, koordinierte Weiterarbeit mit den SBB
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit den anstehenden Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon folgende Ziele erreicht werden können:*

- koordinierte Weiterarbeit Stadt Zürich/SBB bezüglich Quartierverbindung West und SBB-Personenunterführung Mitte aufgrund des aktuellen Planungsstandes mit dem Ziel, dass die SBB die Personenunterführung Mitte gleichzeitig auf der ganzen Länge behindertengerecht auf die unter den neuen Gleisen 7 und 8 geplante Breite ausbaut, damit ein attraktives Gesamtsystem für Fussgängerinnen und Fussgänger in diesem Bereich entstehen kann
- koordinierte Weiterarbeit Stadt Zürich/SBB bezüglich SBB-Personenunterführung Ost, damit auch bezüglich Anbindung ans Quartier Seebach, die Glattalbahn und die anderen ÖV-Haltestellen attraktive Verbindungen für Fussgängerinnen und Fussgänger entstehen
- koordinierte Weiterarbeit Stadt Zürich/SBB/Kanton Zürich/ZW, damit über die Andreasstrasse auch für das Gebiet Leutschenbach für Fussgängerinnen und Fussgänger grosszügige und attraktive Zugänge in die SBB-Personenunterführung Ost, den Bahnhofsbereich und auf die Perrons entstehen.

Die Bauarbeiten für die Quartierverbindung und den Ausbau der Personenunterführung Mitte haben im April 2012 begonnen. Im Auftrag der Stadt Zürich erstellt die SBB die Quartierverbindung. Die Arbeiten erfolgen koordiniert mit dem Bahnhofsusbau.

Das Projekt für den Ausbau der Personenunterführung Ost mit Neubau des Zugangs Andreasstrasse wurde dem Bundesamt für Verkehr zur Planfestsetzung und Genehmigung eingereicht. Der Baubeginn ist für den August 2013 geplant. Die Arbeiten laufen unter Leitung der SBB und sind mit dem Bahnhofsusbau koordiniert.

POS 2009/000081 2009/000029	21.01.2009 04.02.2009	Sidler Bruno, Stähli-Barth Peter und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, attraktives Erscheinungsbild
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit den anstehenden Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon sichergestellt werden kann, dass der Bahnhof mit allen neuen Bauten und den Veränderungen im öffentlichen Raum rundherum zu einem attraktiven lesbaren Erscheinungsbild («Corporate Identity») kommt.*

Die Bahnhofsplanung basiert auf dem Entwicklungsrichtplan 2000, der im Jahr 2009 angepasst worden ist. Dieses Planungsinstrument stellt eine koordinierte Planung und Realisierung sicher. Das äussere Erscheinungsbild der Bauten und öffentlichen Räume wird in der Planung laufend aufeinander abgestimmt, damit – wo sinnvoll – einheitliche Materialien und Elemente verwendet werden.

POS 2009/000335 2009/000114	01.04.2009 10.11.2010	von Matt Hans Urs und Di Concilio Salvatore Parkanlage «Känguruwiese», attraktivere Gestaltung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Parkanlage nördlich der Schweighofstrasse und westlich des Döltschiweges (auch «Känguruwiese» genannt) attraktiver für Kinder, Jugendliche und Familien gestaltet werden kann. Die Familien aus dem Friesenbergquartier und die Schülerinnen und Schüler dem nahe gelegenen Schulhaus Döltschi sollen in den Gestaltungsprozess einbezogen werden.*

Die «Känguruwiese» war ursprünglich eine landwirtschaftlich bewirtschaftete Fläche, die aufgrund einer Anregung der Anwohnerschaft von Grün Stadt Zürich zu einer Blumenwiese extensiviert wurde. Ein Teil der Wiese ist nun auch als Schulspielwiese für das Schulhaus Döltschi nutzbar. Auf Wunsch des Quartiers wurde 2010 ein Spielplatz gebaut. Bei der Umsetzung wurden die durch das Postulat geforderten Punkte weitgehend abgedeckt und die Anlage aufgewertet.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2009/000419 2009/000142	29.04.2009 27.05.2009	Wenger Christian und Blöchlinger Patrick Abbruch der Sihlhochstrasse
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie möglichst bald der Abbruch der Sihlhochstrasse bewirkt werden kann. Dabei ist mit flankierenden Massnahmen sicherzustellen, dass der Verkehr nicht in das kommunale Strassennetz der angrenzenden Quartiere ausweicht. Damit verbunden soll auch eine Renaturierung des freigelegten Flussabschnitts geprüft werden.*

Der Stadtrat begrüsst prinzipiell die Idee des Rückbaus der Sihlhochstrasse. Mittelfristig kann aber auf die Sihlhochstrasse nicht verzichtet werden. Wie täglich feststellbar ist, dient sie seit Inbetriebnahme der Westumfahrung und der dazugehörigen flankierenden Massnahmen als Stauraum für den städtischen Quell-/Zielverkehr, der sich andernfalls in der Schimmelstrasse und der Seebahnstrasse stauen würde. Bei einem baldigen Abbruch der Sihlhochstrasse ohne Ersatzmassnahmen würde sich der Verkehr zudem via Allmendstrasse, Bederstrasse und Manessestrasse in den Kreis 2 ergiessen. Ein Abbruch kommt daher erst in Frage, wenn eine Alternative zur Sihlhochstrasse besteht, beispielsweise ein Stadttunnel Brunau-Dübendorf.

POS 2009/000869 2009/000305	01.07.2009 19.01.2011	Dubs Früh Marianne und Nielsen Claudia Offenhaltung notwendiger Optionen zur Erzeugung von Biogas
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich hinsichtlich der Erzeugung von Biogas durch Vergärung biogener Abfälle auf Stadtgebiet und dessen späterer Einspeisung in Brennstoffzellen- und andere Verbrauchs-Anlagen die notwendigen Optionen offen halten kann. Zu diesem Zweck bitten wir den Stadtrat, die für eine Erprobung nötige departementsinterne und -übergreifende Zusammenarbeit und den Austausch zu fördern.*

ERZ Entsorgung + Recycling Zürich hat zusammen mit der Erdgas Zürich AG im Jahr 2011 die Biogas Zürich AG gegründet. Die Sammlung von Bioabfall auf dem Stadtgebiet wird per 1. Januar 2013 eingeführt. Die Anlagen zur Aufbereitung des Bioabfalls werden bis Mitte 2013 in Betrieb genommen. Die Gasaufbereitungsanlage für das Gas aus dem Vergär- und dem Klärwerk wird per Mai 2013 die Rohgase aufbereiten und als Biogas ins Erdgasnetz der Erdgas Zürich AG einspeisen. Ab diesem Zeitpunkt steht Biogas für die Endkunden bereit.

POS 2010/000088 2010/000028	16.09.2009 13.01.2010	Käppeli Hans Jörg und Odermatt André Lückenlose Wegführung auf dem Velonetz um den Bahnhof Oerlikon
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, mit dem Ziel durch bauliche Massnahmen das Velonetz um den Bahnhof Oerlikon lückenlos, mit durchgehender Wegführung, so wie im Entwicklungsrichtplan und städtischem Richtplan vorgesehen, anforderungsgerecht umzusetzen. Die Realisierung ist etappenweise mit der Umsetzung der einzelnen Projektteile rund um den Bahnhof Oerlikon vorzusehen.*

Die übergeordneten Netzüberlegungen für den Bahnhof Oerlikon und das nähere Umfeld sind neben dem kommunalen Verkehrsplan im «Entwicklungsrichtplan 2009 Bahnhof Oerlikon» enthalten. Darin sind die Veloachsen sowie die Standorte für Veloabstellanlagen bezeichnet. Die Berücksichtigung, Detaillierung und Umsetzung dieser Vorgaben erfolgt jeweils in den einzelnen Projekten.

POS 450.250.130-02 2009/001268 2009/000452	30.09.2009 25.08.2010	Käppeli Hans Jörg und Elmer Lück Annamarie Fussgänger- und Fahrradunterführung beim Bahnübergang Blumenfeldstrasse, beschleunigte Realisierung
---	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen wie die geplante Fussgänger- und Fahrradunterführung beim Bahnübergang Blumenfeldstrasse im Quartier Ruggächer in Affoltern beschleunigt, d.h. wesentlich früher als 2013, realisiert werden kann.*

Die Blumenfeldstrasse ist eine wichtige Schulwegachse und ein oft genutzter Zugang zur Bushaltestelle Hungerbergstrasse der Linie 32. Aufgrund der intensiven Bautätigkeit im Quartier wird ihre Bedeutung noch weiter zunehmen. Die hohe S-Bahn-Dichte und die Zeitfenster für Güterdienstzüge verursachen bereits heute lange Schliesszeiten der Bahnschranken. Mit der Einführung des Viertelstudentaktes ab Dezember 2015 werden die Barrieren noch länger und öfter geschlossen bleiben. Die langen Schliesszeiten haben zur Folge, dass sowohl Erwachsene als auch Schulkinder den Bahnübergang trotz geschlossener Schranken überqueren, was sehr gefährlich ist.

Das Problem soll durch eine Fussgänger- und Fahrradunterführung auf der Westseite der Blumenfeldstrasse gelöst werden. Das Projekt soll im Frühling 2013 ausgearbeitet werden, der Bau ist für März bis Oktober 2014 vorgesehen.

Besonders zu berücksichtigen ist die aufwendige Koordination mit den SBB. Die für den Bau notwendigen Gleissperrungen müssen 1 Jahr vor Baustart definiert werden, damit sie von den SBB bewilligt werden können.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2009/001495 2009/000572	02.12.2009 09.12.2009	SP-Fraktion und Grüne-Fraktion Strasseninfrastruktur, Reduktion der Investitionen in Strasseninfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr, verkehrsberuhigende Rückbauten von Strassen und Ausbau der Velowege

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die unmittelbare Planung so gestalten kann, dass in den kommenden Jahren deutlich weniger Baustellen zur Verbesserung der Strasseninfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr betrieben werden und das dadurch eingesparte Geld zu Gunsten des forcierten Ausbaus von Velowegen eingesetzt werden kann. Gleichzeitig soll bei den Strassenbauten die verkehrsberuhigenden Rückbauten von Strassen und die Sicherung von Quartierstrassen und Quartierzentren prioritär durchgeführt werden.*

Die Investitionen in das Strassennetz dienen der Werterhaltung der bestehenden Infrastruktur, der Aufwertung des öffentlichen Raumes und der Anpassung des Verkehrsregimes an veränderte Verhältnisse. Der Stadtrat misst den Anliegen des Velo- und Fussverkehrs und der Verkehrsberuhigung bei den Investitionen in Strassen einen hohen Stellenwert zu. Unter anderem werden mit dem Masterplan Velo, dem Programm zur Aufwertung von Quartierzentren (QUARZ), der Einführung von Tempo-30- und Begegnungszonen Mittel zur Verbesserung des Strassenraums für Velo- und Fussverkehr eingepplant. Mit dem Programm Stadtverkehr 2025 werden die Massnahmen und die Ressourcenplanung weiter konkretisiert.

POS 2009/001487 2009/000580	02.12.2009 16.12.2009	Käppeli Hans Jörg und Katumba Andrew Schmiede Wiedikon, Realisierung einer hohen Einstiegsrante für Bus und Tram
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Umsetzung der Umgestaltung Schmiede Wiedikon, je Fahrtrichtung mindestens auf der Länge eines Tramzuges (43 m) eine hohe Einstiegsrante «Kombibord» für Bus und Tram realisiert werden kann.*

Die Haltestelle Schmiede Wiedikon wurde im Jahr 2011 neu gestaltet und mit sogenannten «Kissen» ausgerüstet. Die hohe Einstiegsrante für Bus und Tram, «Kombibord», wurde im Rahmen des Variantenstudiums für die neue Haltestelle geprüft, aber verworfen. Mit Beschluss vom 16. Dezember 2009 hat der Gemeinderat die Ausgaben für die Neugestaltung der Haltestelle Schmiede Wiedikon bewilligt. An der Volksabstimmung vom 13. Juni 2010 wurde das Projekt klar angenommen.

POS 2010/000427 2010/000190	14.04.2010 19.05.2010	Bachmann Hans und Anhorn Ruth Katalog der vorhandenen Familiengartenpächter-Areale
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, einen Katalog über die vorhandenen Familiengartenpächter-Areale auf dem Gebiet der Stadt Zürich vorzulegen bzw. zu veröffentlichen. Darin soll die Anzahl Areale, deren Grösse und Standorte sowie die geplanten kurz-, mittel- und langfristigen Ziele auf diesen Arealen genau aufgelistet werden. Diese Ziele sollen umfassend genannt werden. Nicht jedermann kennt die Legislaturziele des Stadtrates bezüglich Stadtentwicklung und Grün Stadt Zürich usw.*

Grün Stadt Zürich verwaltet 62 Kleingartenareale mit einer Fläche von knapp 127 ha auf dem Gebiet der Stadt Zürich. Die Areale werden an 13 Familiengarten-Ortsvereine verpachtet. Grün Stadt Zürich verfügt über Zahlen, Daten und Pläne im Sinne des Postulats. Diese können auf Wunsch bei Grün Stadt Zürich bezogen werden, wobei sie jeweils aktualisiert werden müssen, weil sich die Verhältnisse ständig verändern.

POS 450.250.130-02 2010/000825 2010/000323	14.07.2010 25.08.2010	Grüne-, AL-, FDP- und GLP-Fraktion Quartieranbindung Ost Bahnhof Oerlikon, Ausweitung des Zugangs Andreasstrasse zur Personenunterführung Ost
---	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Realisierung der Quartieranbindung Ost zum Bahnhof Oerlikon der Zugang von Seiten Andreasstrasse mittels einer deutlichen Aufweitung des Zuganges zur Personenunterführung Ost der SBB optimiert werden kann.*

Im Zusammenhang mit dem Bahnhofsbaus erstellt die Stadt in der Verlängerung der Andreasstrasse einen ebenerdigen Zugang zur SBB-Personenunterführung Ost. Unter Beachtung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses konnte der Zugang in der Planung von 4,0 auf 6,5 Meter ausgeweitet werden. Das Projekt wurde dem Bundesamt für Verkehr zur Planfestsetzung und Genehmigung eingereicht. Der Baubeginn ist für den August 2013 geplant.

POS 2010/000815 2010/000313	14.07.2010 22.09.2010	Katumba Andrew und Kisker Gabriele Umgestaltung des Fussgängerübergangs am Seilergraben, Kreuzung Hirschengraben
-----------------------------------	--------------------------	---

*Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie der Fussgängerübergang am Seilergraben Nr. 1, Kreuzung Hirschengraben sowie der Fussgängerübergang am Seilergraben Höhe Predigerplatz, mit baulichen Massnahmen umgestaltet werden kann, dass er für Kinder im Schulalter keine überhöhte Gefahr mehr darstellt.*

In Absprache mit Vertreterinnen des Elternvereins wurden am Fussgängerübergang beim Seilergraben 1 Massnahmen im Sinne des Postulats umgesetzt. Die Grünphasen der Lichtsignalanlagen in der Künstlergasse wurden stärker getrennt von jenen bei den Fussgängerstreifen. Zusätzlich wurde die Querungszeit während den Schulzeiten von 9 auf 12 Sekunden verlängert. Der Warteraum konnte auf der Seite des Schulhauses geringfügig verbreitert werden, und die Kettenabschränkung wurde durch ein fixes Geländer ersetzt.

Am anspruchsvollen Übergang auf Höhe des Predigerplatzes können aufgrund der knappen Platzverhältnisse keine baulichen Massnahmen realisiert werden. Gemäss dem städtischen Schulwegplan handelt es sich dabei nicht um einen wichtigen Schulweg.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 520.120.100-13 2010/000965 2010/000415	29.09.2010 27.10.2010	Weiss Urs und Hauri Theo Vorlagen für Strassenbauprojekte, Kostentransparenz bezüglich Unterhalt und konzeptionellen Änderungen

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Vorlagen für Strassenbauprojekte künftig derart gestaltet werden können, dass klar daraus ersichtlich ist, welche Teile und Kosten dem reinen Unterhalt dienen (also Status wie vor Baubeginn) und bei welchen Teilen und Kosten es sich um konzeptionelle Änderungen, also um reine Umgestaltung, handelt.*

Die vom Postulat geforderte Unterscheidbarkeit der Ausgaben bei Strassenbauprojekten ist durch die sogenannte «Subproduktstruktur» in der betriebswirtschaftlichen Standardsoftware mySAP ERP gewährleistet. In den Anträgen an den Gemeinderat werden folgerichtig auf dieser Basis neue und gebundene Ausgaben unterschieden. Der Ersatz des Bisherigen ist stets in den gebundenen Ausgaben enthalten, das Neue hingegen im Objektkredit.

POS 700.110.100-06 2010/001022 2010/000457	03.11.2010 17.11.2010	Tuena Mauro und Wohler Bruno Bauschänzli, Verzicht auf die Pflanzung einer zusätzlichen Baumreihe
---	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die von Grün Stadt Zürich angekündigte Bepflanzung einer zusätzlichen Baumreihe auf dem Bauschänzli verzichtet werden kann.*

Das Bauschänzli ist eines der letzten Relikte der barocken Stadtbefestigung. Es ist sowohl beim Kanton als auch bei der Stadt als Schutzobjekt inventarisiert. Mit seinem markanten Baumbestand ist es ein wichtiger Identifikationspunkt am See und in der Stadtkulisse. Die Anlage wird seit 1907 als Gartenwirtschaft genutzt. In der Nebensaison finden das Oktoberfest und der Weihnachtszirkus Conelli statt.

Das Bauschänzli wurde 2006 ausgebaut und saniert. Bereits vor der Sanierung mussten leider einige Bäume aufgrund der intensiven gewerblichen Nutzung gefällt werden, insbesondere wegen unbewilligter Überdachungen im Nahbereich der Bäume und wegen des unsachgemässen Umgangs mit dem Baumbestand. Abhilfe schaffen sollte ein neues Gestaltungskonzept, das den Baumbestand auf die etablierten Nutzungen abstimmt und so weit wie möglich ergänzt, damit das Bauschänzli auch in Zukunft als «baumbestandene Insel» in der Limmat erhalten bleibt.

Projektierung und Realisierung der Bauarbeiten erfolgten in enger Abstimmung mit der Pächterin (Fred Tschanz Management AG) sowie dem Circus Conelli. In einem von allen Parteien unterzeichneten Reglement wurden die Schutzmassnahmen für die Bäume geregelt. Die Pächterin und der Circus waren mit der Pflanzung der zweiten Baumreihe einverstanden und auch damit, dass allfällige Änderungen am Zelt und neue Installationen in technischer und gestalterischer Hinsicht auf die Bäume (einschliesslich der zweiten Baumreihe) Rücksicht nehmen müssen. Die Pflanzung der zweiten Baumreihe ist für 2015 vorgesehen, weil dann die Verträge enden.

Der grundsätzliche Verzicht auf die zweite Baumreihe kommt nicht in Frage, er ist aus denkmalpflegerischer Sicht nicht zu vertreten. Aus betrieblicher Sicht erscheint der Verzicht weder notwendig noch verhältnismässig. Sowohl die aktuelle Pächterin der Gartenwirtschaft als auch der Circus Conelli können ihr Gewerbe auch mit der zweiten Baumreihe betreiben.

POS 700.110.100-07 2010/001024 2010/000459	03.11.2010 17.11.2010	Rechsteiner Urs und Meier Daniel Bauschänzli, Verzicht auf die Pflanzung einer zusätzlichen Baumreihe
---	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die geplante zusätzliche zweite Baumreihe im Jahr 2015 auf dem Bauschänzli grundsätzlich verzichtet werden kann.*

Das Bauschänzli ist eines der letzten Relikte der barocken Stadtbefestigung. Es ist sowohl beim Kanton als auch bei der Stadt als Schutzobjekt inventarisiert. Mit seinem markanten Baumbestand ist es ein wichtiger Identifikationspunkt am See und in der Stadtkulisse. Die Anlage wird seit 1907 als Gartenwirtschaft genutzt. In der Nebensaison finden das Oktoberfest und der Weihnachtszirkus Conelli statt.

Das Bauschänzli wurde 2006 ausgebaut und saniert. Bereits vor der Sanierung mussten leider einige Bäume aufgrund der intensiven gewerblichen Nutzung gefällt werden, insbesondere wegen unbewilligter Überdachungen im Nahbereich der Bäume und wegen des unsachgemässen Umgangs mit dem Baumbestand. Abhilfe schaffen sollte ein neues Gestaltungskonzept, das den Baumbestand auf die etablierten Nutzungen abstimmt und so weit wie möglich ergänzt, damit das Bauschänzli auch in Zukunft als «baumbestandene Insel» in der Limmat erhalten bleibt.

Projektierung und Realisierung der Bauarbeiten erfolgten in enger Abstimmung mit der Pächterin (Fred Tschanz Management AG) sowie dem Circus Conelli. In einem von allen Parteien unterzeichneten Reglement wurden die Schutzmassnahmen für die Bäume geregelt. Die Pächterin und der Circus waren mit der Pflanzung der zweiten Baumreihe einverstanden und auch damit, dass allfällige Änderungen am Zelt und neue Installationen in technischer und gestalterischer Hinsicht auf die Bäume (einschliesslich der zweiten Baumreihe) Rücksicht nehmen müssen. Die Pflanzung der zweiten Baumreihe ist für 2015 vorgesehen, weil dann die Verträge enden.

Der grundsätzliche Verzicht auf die zweite Baumreihe kommt nicht in Frage, er ist aus denkmalpflegerischer Sicht nicht zu vertreten. Aus betrieblicher Sicht erscheint der Verzicht weder notwendig noch verhältnismässig. Sowohl die aktuelle Pächterin der Gartenwirtschaft als auch der Circus Conelli können ihr Gewerbe auch mit der zweiten Baumreihe betreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 700.130.150-01 2010/001050 2010/000472	17.11.2010 01.12.2010	Bartholdi Roger und Bürlimann Martin Prüfung von Alternativen zur Verwendung von Streusalz im Winterdienst

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Winterdienst der Gebrauch von Streusalz durch Alternativen reduziert werden kann.*

Entsorgung und Recycling Zürich ERZ beobachtet den Markt für alternative Auftaumittel aufmerksam und prüft laufend alle auf dem Markt verfügbaren Neuigkeiten, soweit diese in der Schweiz erhältlich und gesetzeskonform sind. Bis heute sind ERZ leider keine valablen Alternativen zu Streusalz bekannt.

POS 700.130.150-02 2010/000473	17.11.2010 21.12.2011	Probst Matthias und Hug Christina Verzicht auf die Verwendung von Laubbläsern bei der Reinigung
--------------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadtverwaltung in Zukunft im Sinne eines Kulturwandels bei der Reinigung asphaltierter und anderer Flächen auf Laubbläser verzichten kann und wie bei privaten Anwendern dieser Maschinen erreicht werden kann, dass sie darauf verzichten.*

Im Bewusstsein, dass Laubbläser zwar effizient, aber umweltbelastend sind, wurde ihr Gebrauch in den letzten Jahren reduziert. Bei der Stadtreinigung werden sie nur von Mitte September bis Mitte Dezember benutzt. Laubbläser erlauben es, Laub und Schmutz auch an schlecht zugänglichen Stellen zu erreichen, wo es mit dem Besen nicht möglich ist, schon gar nicht mit vergleichbarem Aufwand. Für die Stadtreinigung ist der Laubbläser unentbehrlich, wenn es darum geht, Laub und Schmutz von Treppen, unter parkierten Fahrzeugen, hinter Sitzbänken und Baumscheiben oder zwischen parkierten Velos wegzublasen. Ein vollständiger Verzicht auf diese Maschinen würde die Stadtreinigung unverhältnismässig erschweren.

ERZ hält es für ausgeschlossen, dass private Anwender von Laubbläsern zum Verzicht auf die Geräte gebracht werden können, denn auch sie profitieren von den unbestreitbaren Vorteilen dieser Geräte. Am zielführendsten wären wohl Emissionsvorschriften und der Zwang zur Verwendung von umweltfreundlichem «Gerätebenzin» (Alkylat).

POS 700.130.150-03 2010/001066 2010/000487	24.11.2010 15.12.2010	Abele Martin und Nagel Ueli Prüfung eines reduzierten Winterdienstes auf kommunalen Strassen
---	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, auf welchen kommunalen Strassen in der Stadt Zürich der reduzierte Winterdienst eingeführt werden kann. Dies soll ohne zusätzlichen Einsatz von Splitt geschehen.*

Die Anforderungen an den Winterdienst sind vielfältig: sicheres Fortkommen mit allen Verkehrsmitteln, Schutz der Umwelt und wirtschaftlicher Einsatz der Ressourcen. Um all diesen Ansprüchen Rechnung zu tragen, erledigt ERZ Entsorgung + Recycling Zürich den Winterdienst wie folgt: Hauptverkehrsachsen werden wie gewohnt schwarz geräumt. Auf dem übrigen Strassennetz wird nur noch gepflügt. Salz kommt hier nur bei drohender Schnee- und Eisglätte zum Einsatz.

Dies setzt voraus, dass sich alle Strassenbenützendenden vernünftig verhalten und angemessene Kleidung tragen.



Bild: Juliet Haller

# Geschäftsbericht 2012

## Hochbaudepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Hochbaudepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>261</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele und Jahresschwerpunkte</b>	<b>262</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Hochbaudepartement</b>	<b>263</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>264</b>
<b>4.1.</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>264</b>
4.1.1	Aufgaben	264
4.1.2	Jahresschwerpunkte	264
<b>4.2.</b>	<b>Amt für Städtebau</b>	<b>267</b>
4.2.1	Aufgaben und Organisation	267
4.2.2	Jahresschwerpunkte 2012	267
4.2.2.1	Städtebau: Planung und Entwicklung	267
4.2.2.2	Baukultur und architektonische Qualität	270
4.2.3	Kennzahlen Amt für Städtebau	273
<b>4.3.</b>	<b>Amt für Hochbauten</b>	<b>276</b>
4.3.1	Aufgaben	276
4.3.2	Jahresschwerpunkte	276
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	279
<b>4.4.</b>	<b>Immobilien-Bewirtschaftung</b>	<b>282</b>
4.4.1	Aufgaben	282
4.4.2	Personal und Organisation	282
4.4.3	Strategien und Standards	282
4.4.4	Immobilienunterhalt, Bauprojekte und Facility Management	284
4.4.5	Nachhaltigkeit	286
<b>4.5.</b>	<b>Amt für Baubewilligungen</b>	<b>287</b>
4.5.1	Aufgaben	287
4.5.2	Jahresschwerpunkte	287
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	289
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>294</b>

# 1. Vorwort



Dr. André Odermatt. (Bild: Fabian Henzmann)

## «Vielfältige Aufgaben in einer sich wandelnden Stadt»

Das Jahr 2012 war ein spannendes und herausforderndes Jahr für die Stadt Zürich, für das Hochbaudepartement, für mich.

Ein Thema, das uns immer beschäftigt, aber in diesem Jahr ganz besonders, waren die Baukosten. Verantwortungsbewusst mit Steuergeldern umzugehen, ist selbstverständlich und auch beim Bauen oberstes Gebot. Trotzdem kommt es immer wieder vor, dass auch ich denke, «scho no tüür!». In meinem Auftrag hat das Hochbaudepartement deshalb die Kosten von Gesundheitsbauten, Schulhäusern und Wohnsiedlungen unter die Lupe genommen und mit nichtstädtischen Bauten verglichen. Das Ergebnis: Wir bauen nicht teurer, aber wir setzen oft höhere Standards. In Zukunft müssen wir uns deshalb vermehrt die Frage stellen: Wann ist «gut» gut genug, und braucht es diesen Standard wirklich? Denn was vordergründig eine Kostendiskussion war, hat sich als Wertediskussion entpuppt – und die will ich führen, auch im Jahr 2013.

Wenn das Hochbaudepartement in den Medien erscheint, dann häufig wegen der Baukosten oder aber im Zusammenhang mit Grossprojekten. Und manchmal ist die Aufregung um die Grossprojekte fast grösser als die Bauten selbst. Dieses Jahr haben uns unter anderem die Erweiterung des Kunsthauses, das geplante Fussballstadion sowie das Kongresszentrum intensiv beschäftigt. Und diese Projekte werden uns auch im kommenden Jahr begleiten. Trotz der Bedeutung dieser Bauten für die Stadt Zürich, den Wirtschaftsstandort Zürich oder auch die Sportstadt Zürich ist es mir wichtig, zu betonen, dass unser grösstes Grossprojekt der Substanzerhalt bei den bestehenden Bauten ist. Wir erhalten 1600 bestehende Gebäude mit einem Wert von über acht Milliarden, darunter Schulhäuser, Spitäler, Altersheime, Pflegezentren, Sportanlagen und vieles mehr. Für das Hochbaudepartement sind Grossprojekte wie ein neues Stadion oder ein Kongresszentrum

wichtig, aber es ist auch unsere Aufgabe, sorgfältig und vorausschauend mit den bestehenden Bauten umzugehen.

Bei manchen Bauten leistet der Denkmalschutz dazu einen wichtigen Beitrag. Stellen wir uns unser Zürich ohne historische Bauten, ohne die traditionellen Strassenzüge und ohne die baukulturell wertvollen Gebäude vor – unvorstellbar! Dann wäre es eine beliebige Stadt, aber nicht mehr Zürich. Die Denkmalpflege bewahrt nicht nur alte Gemäuer, sie ermöglicht auch neue Nutzungen und Funktionalitäten. Die Denkmalpflege ist darum in Zürich ein integraler Bestandteil der Stadtplanung, die sich ebenso für den Erhalt kulturell wertvoller Bausubstanz wie auch um deren Weiterentwicklung kümmern muss. Das gilt insbesondere in einer Stadt, die sich wandelt und wächst. Eine sorgfältige Stadtplanung gewährleistet, dass Zürich Zürich bleibt – oder genauer: dass Zürich Zürich wird.

Die Zürcher Stimmbevölkerung hat der Politik am 27. November 2011 einen klaren Auftrag gegeben: Sie muss den in Zürich traditionell verankerten gemeinnützigen Wohnungsbau fördern und einen Drittel der Wohnungen der Spekulation entziehen. Dazu hat auch das Hochbaudepartement seinen Beitrag zu leisten. Leider fehlen der Stadt für eine Planung, die diese Aufgabe unterstützen könnte, griffige rechtliche Instrumente. Im Rahmen von Sondernutzungsplanungen und in direkten Verhandlungen steht das Thema «gemeinnütziger Wohnungsbau» jedoch immer auf der Traktandenliste. Auch wird das Amt für Hochbauten im Auftrag der Liegenschaftsverwaltung wieder vermehrt selber Wohnungen erstellen, etwa Kronenwiese, Hornbach oder Hardturm.

Menschen ziehen nach Zürich. Die Bevölkerung wächst. Das macht raumplanerisch Sinn, und ich befürworte diese Entwicklung. Aber sie kann nur erfolgreich sein, wenn das Wachstum mit Sorgfalt und Qualität erfolgt. Dazu wird auch die Teilrevision der BZO einen Beitrag leisten müssen. Die heutige Bau- und Zonenordnung ermöglicht noch viel quantitatives Wachstum, die Teilrevision wird vor allem auch die Qualität sichern müssen. Infrastrukturen, die morgen gebraucht werden, müssen heute geplant werden: Schulhäuser, Alters- und Pflegeheime, Kinderbetreuungsinstitutionen und auch grössere Projekte wie das Kongresszentrum und die Sportstadion. Dazu braucht es Mut und Zuversicht und das Vertrauen in die Zukunft. Das haben die Stimmberechtigten mit der Annahme der Kunsthauserweiterung bewiesen. Ich freue mich sehr, dass das Amt für Hochbauten diesen markanten, schönen Bau von Chipperfield bauen kann. Wir bekommen nicht nur einen wichtigen Bau für die bildende Kunst, sondern ein Zeichen, dass in Zürich auch grosse Würfe möglich sind.

Stadtrat Dr. André Odermatt  
Vorsteher des Hochbaudepartements

## 2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

### Legislatorschwerpunkt

#### «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten»

In unserem politischen System können die Bürgerinnen und Bürger bei grösseren Vorhaben direkt mitbestimmen. Zudem verfügt auch das Parlament über grosse Mitgestaltungsmöglichkeiten. Oft sind es aber vordergründig kleinere Projekte und Planungen, welche die Menschen betreffen oder von denen sie sich betroffen fühlen. Mit dem Legislatorschwerpunkt «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» will der Stadtrat die Menschen vor allem auch da abholen, wo sie zu Hause sind. Das fordert die Fachleute und die Kommunikationsverantwortlichen, denn der Dialog muss gestaltet und geplant werden, wenn er fruchtbar sein soll. Das Amt für Städtebau koordiniert die vielfältigen Aufgaben und diversen Aktionen von verschiedenen Departementen.

Unter anderem wurden dieses Jahr verschiedene Anlässe durchgeführt:

- Stadtteilwerkstatt ohne Grenzen – ein Forum, das sich grenzüberschreitend an die Bevölkerung, an die Arbeitenden, an zivilgesellschaftliche Gruppierungen und an Firmen aus dem Gebiet Leutschenbach–Glattpark–Auzelg richtet
- diverse Workshops, Informations- und Mitwirkungsveranstaltungen für die Quartierbevölkerung sowie Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer (u. a. Wollishofen, Altstetten, Schwamendingen)

- Erarbeitung von Schutzverordnungen für das Fierzquartier, die Imbisbühlstrasse und die Weinegg
- Start der Planung für die Zukunft des Kasernenareals in Zusammenarbeit mit dem Kanton
- Aufschaltung des «Stadtforums», einer Online-Diskussionsplattform zum LSP 3
- Planung von Begleitveranstaltungen zur öffentlichen Auflage der Teilrevision der BZO

### Jahresschwerpunkt: Projekt «Kostenklarheit»

Der Investitionsbedarf bei Hochbauten wächst, die Mittel sind beschränkt. Der Stadtrat hat einen Ausgabenplafond von 225 Mio. Fr. pro Jahr festgelegt. 60 % davon sind für die Instandsetzung bestehender Bauten reserviert.

Das Projekt «Kostenklarheit» hat zum Ziel, die Planungs- und Baukosten zu optimieren, um die wachsende Aufgabe bewältigen zu können. Mit drei externen Studien und Workshops von internen und externen Experten und Expertinnen wurden die wesentlichen Kostentreiber eruiert. Es sind dies: Flächen- und andere Ausbaustandards, die Wahl des Standorts und die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben. Der Stadtrat hat den betroffenen Verwaltungseinheiten den Auftrag gegeben, konkrete Vorschläge zur Kostenoptimierung vorzulegen. Die externen Studien und der Auftrag des Stadtrats wurden der Öffentlichkeit kommuniziert und sind im Internet einsehbar.





### 3. Kennzahlen Hochbaudepartement

	2008	2009	2010	2011	2012
Mitarbeitende total	737	766	750	768	788
– davon Frauen	393	415	401	422	429
– davon Männer	344	351	349	346	359
Ø Stellenwert-Äquivalent	564	584	588	591	613
Führungskader total	89	91	88	92	94
– davon Frauen	22	23	21	23	25
– davon Männer	67	68	67	69	69
Lernende total	21	22	24	21	20
– davon Frauen	5	5	8	8	10
– davon Männer	16	17	16	13	10
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90 % (Vollzeitstellen)</b>					
Total	377	397	385	384	407
Frauen	102	115	110	120	128
Männer	275	282	275	264	279
Frauen in %	27.1	29.0	28.6	31.2	31.4
Männer in %	72.9	71.0	71.4	68.8	68.6
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)</b>					
Total	213	221	225	239	242
Frauen	159	168	164	174	179
Männer	54	53	61	65	63
Frauen in %	74.6	76.0	72.9	72.8	74.0
Männer in %	25.4	24.0	27.1	27.2	26.0
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)</b>					
Total	155	152	144	149	144
Frauen	138	134	129	130	124
Männer	17	18	15	19	20
Frauen in %	89.0	88.2	89.6	87.2	86.1
Männer in %	11.0	11.8	10.4	12.8	13.9
Personalaufwand	74 185 887	78 801 240	80 682 647	79 298 803	85 108 582
Sachaufwand	167 213 282	167 683 997	164 553 639	140 152 607	166 662 257
Übriger Aufwand	224 208 687	216 721 749	217 549 710	212 885 130	189 748 022
Total Aufwand	465 607 856	463 206 986	462 785 996	432 336 540	441 518 861
Bruttoinvestitionen	264 397 189	275 886 697	238 761 273	230 702 632	137 361 058

**Definition:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1. Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Rund vierzig Juristinnen und Juristen, Informatikerinnen und Informatiker, Personal-, Finanz-, Kommunikationsfachpersonen sowie Verantwortliche der Zentralen Dienste gehören zum Departementssekretariat (DS). Sie alle unterstützen die Arbeit der Dienstabteilungen und den Vorsteher des Hochbaudepartements bei der Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Projekten sowie bei deren juristischer Prüfung. Das DS sichert die Koordination auf städtischer Ebene bei departementsübergreifenden Projekten und sorgt dafür, dass Synergien zwischen den Fachbereichen der Dienstabteilungen durch einen Austausch an Information und Erfahrungen genutzt werden.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

##### Fachbereich Rechtsabteilung

Eine der Kernaufgaben der Rechtsabteilung ist die Unterstützung des Vorstehers und der Dienstabteilungen in allen juristischen Belangen. Sie koordiniert komplexe rechtliche und politische Verfahren innerhalb des Departements und im Auftrag des Stadtrats. Die Begleitung der Planungs- und Projektierungsprozesse für das neue Fussballstadion und den Wohnungsbau

auf dem Hardturmareal, die Kunsthaus-Erweiterung und die Denkmalschutzverfahren Fierzgasse und Imbisbühlstrasse seien hier als Beispiele genannt. Gerade bei den vorher erwähnten – aus gesamtstädtischer Sicht – gewichtigen Vorhaben ist es von massgeblicher Bedeutung, dass die Rechtsabteilung diese mit ihren juristischen Dienstleistungen konstant während der gesamten Verfahrensdauer begleiten kann. Die rechtliche Vorbereitung und Unterstützung bei den Beratungen der HBD-Geschäfte in der Spezialkommission HBD/SE des Gemeinderats – insbesondere in bau-, planungs- und verfahrensrechtlichen Fragen – ist eine zentrale Funktion der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rechtsabteilung und hat an Umfang und Bedeutung im Gleichschritt mit der Zunahme der parlamentarischen Geschäftslast zugenommen.

Hauptschwerpunkte bildeten zudem die Teilprojekte zur BZO-Revision, verschiedene Gestaltungs- und Zonenplanverfahren sowie das Projekt Strichplatz. Spezifischen Support leistete sie unter anderem bei der Vertretung der Interessen der Stadt im Rahmen der Vernehmlassung zum Beitritt des Kantons zur Interkantonen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) und mit ihrer Beratungstätigkeit bei submissions- und datenschutzrechtlichen Fragestellungen.

Kennzahlen Rechtsabteilung	2010	2011	2012
Anzahl hängige Rechtsmittelverfahren	–	27	31
Anzahl erledigte Rechtsmittelverfahren	–	–	15
Anzahl neue Rechtsmittelverfahren	–	–	19
Aufwand für städtische Planungen (inkl. BZO-Revision)	–	–	195 Arbeitstage
Aufwand für städtische Vorhaben/Projekte	–	–	409 Arbeitstage

##### Fachbereich Personal

Die Umsetzung des Gleichstellungsplans (Stadtratsbeschluss vom 7.4.2012 zur Förderung der Gleichstellung in der Stadt Zürich) im HBD wird durch das DS koordiniert. Die Realisierung der Massnahmen im Bereich Teilzeit in der Führung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind im HBD weit fort geschritten. So arbeiten im HBD in zwei Dienstabteilungen und im Departementssekretariat 40–50 % der Kadermitarbeiterinnen und -mitarbeiter Teilzeit. Zudem haben zwei Dienstabteilungen und das Departementssekretariat das Prädikat «UND-Vereinbarkeit von Beruf und Familie» erlangt. Die damit gesammelten Erfahrungen konnten vom DS am Vernetzungstreffen vom 22. Mai in einem Podiumsgespräch den anderen Departementen weitergegeben werden.

Am Nationalen Zukunftstag im November hat das DS für die Kinder der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hochbaudepartements ein Programm zusammengestellt. Zur Förderung zukünftiger Fachmänner und -frauen in technischen Berufen wurde dieses Jahr eine Führung im Werd zum Thema «Energie-Management in Verwaltungsgebäuden» organisiert. Rund dreissig Kinder nahmen teil.

Die vom DS koordinierte Gruppe «rundum gesund» hat verschiedene Aktivitäten im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements geplant und durchgeführt (Früchte, Blutspende, Ernährung nach traditioneller chinesischer Medizin, Sola-Staffette).

Im Oktober wurde das «Weiterbildungsreglement für das HBD» von der HBD-GL angenommen. Die Personalverantwortlichen der Dienstabteilungen haben die Bestimmungen für die

finanzielle Beteiligung der Dienstabteilungen, die eine Gleichbehandlung der Mitarbeitenden im Departement gewährleistet, festgelegt. Die neue Regelung tritt per 1. Januar 2013 in Kraft.

Am 22. November traf sich das obere Kader des Hochbaudepartements zu einer halbtägigen Weiterbildung. Thema: «Herausforderungen für das HBD in einer wachsenden Stadt». Diese Thematik betrifft das Departement in besonderem

Masse. Angefangen bei der Stadtplanung bis zu den benötigten zusätzlichen Infrastrukturen. Die Mitarbeitenden des HBD werden durch den direkten Einfluss der wachsenden Stadt sehr gefordert sein.

Das DS beschäftigte wieder eine KV-Lernende aus dem Lehrverbund des HRZ, eine juristische Praktikantin und einen IT-Lernenden aus dem Lehrverbund der OIZ.

<b>Kennzahlen Personal</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Ausschöpfung Lohnbudget	98 %	99 %	98 %
Stellenwert (Vollzeitäquivalent)	27.9	30.4	30.8
Ausschöpfung Stellenwert	94 %	98 %	98 %
Fluktuation (mit Pensionierungen)	3 %	11 %	16 %
Krankheits- / Unfallrate	1 %	4.6 %	3.2 %
Frauenanteil gesamt	50 %	56 %	54 %
Frauenanteil Kader	43 %	38 %	36 %
Anteil Teilzeit gesamt	50 %	42 %	46 %

### **Fachbereich Finanzen und Informatik**

Das Team Finanzen und Informatik profitierte von den in den beiden Vorjahren geleisteten Aufbauarbeiten. Das Applikationsportfolio unterstützt das Team IT-Services bei der proaktiven Pflege der bestehenden Anwendungen. Release-Wechsel können so besser geplant werden.

Neu wurde das Lizenzmanagement ins Applikationsportfolio integriert. Installationen und Bedarf pro BenutzerIn wurden überprüft, bereinigt und im Applikationsportfolio dokumentiert. Einige Lizenzen mussten zusätzlich beschafft, auf andere konnte aber verzichtet werden, womit mehrere 10 000 Franken Fixkosten pro Jahr gespart werden können. Dabei wurde sichergestellt, dass die wichtigen Anwendungen und Werkzeuge für die BenutzerInnen trotzdem jederzeit zur Verfügung standen.

Dieses Jahr stand der Umzug des Rechenzentrums der OIZ im Fokus von HB-IT-Services. Dank der guten Vorbereitung und Zusammenarbeit zwischen der OIZ, den Vertretungen der Dienstabteilungen und unserem Team IT-Services gab es kaum ungeplante Unterbrüche, und die Auswirkungen für die Benutzerinnen und Benutzer waren gering. Das Projekt dauert noch bis Ende März 2013.

Der Release-Wechsel der SAP-Branchenlösung für Immobilien-Management (Projekt SAP RE-FX REMICL) der Immobilien-

Bewirtschaftung wurde erfolgreich abgeschlossen. Ein Meilenstein im Bereich Dokumentenmanagement und Archiv ist die Einführung des elektronischen Planarchivs für das Amt für Hochbauten. Kleinere veraltete Anwendungen konnten eliminiert und in SharePoint integriert werden. Dadurch konnte die IT-Unterstützung z.B. für den Prozess «Auftragserfassung» im Amt für Hochbauten gesichert werden. Aufgrund von Vakanzen konnten nicht alle geplanten Projekte termingerecht umgesetzt bzw. gestartet werden. Für das Projekt der elektronischen Geschäftskontrolle und des Dokumentenmanagements der HBD-Geschäftsverwaltung wurde nach einer Auslegeordnung gemeinsam mit dem neuen HBD-Team der kaufmännischen Leitenden entschieden, wie die Zusammenarbeit in diesem Bereich verbessert und vereinfacht werden soll. Das Projekt wird nun im neuen Jahr gestartet.

Gemäss dem StRB von April 2011 wurde im DS das Risikomanagement eingeführt. Der erste Workshop zeigte, dass die relevanten Risiken bekannt und Überwachungsinstrumente sowie Massnahmen weitgehend vorhanden sind. Schwierig zu lösen ist das Risiko mit der Überlastung des Personals. Die wesentlichen Prozesse aus Sicht des Internen Kontrollsystems (IKS) sowie wichtige Supportprozesse wurden von der veralteten Applikation VisualQ in die neu eingeführte Anwendung ProcessPoint übernommen.

Das Geschäftsjahr 2011 ist aufgrund des Notbudgets nicht repräsentativ. Dank einer umsichtigen Planung sind die IT-Kosten seit 2009 stabil.

Der interne IT-Aufwand reduzierte sich um die Kosten für alle HBD-Kopierer und -Multifunktionsgeräte, die neu durch die Lieferanten direkt an die HBD-IT-Fachabteilung verrechnet werden (nicht mehr über die SBMV). Es handelt sich um eine Verschiebung der Kosten von internem zu externem Aufwand. Minderaufwand entstand zusätzlich im IT-Personalbereich durch zwei Abgänge, die nicht sofort ersetzt werden konnten.

Aufgrund der beiden Vakanzen mussten Projekte verschoben werden, was bei den externen IT-Kosten zu Minderausgaben

führte. Der Mehraufwand der verschobenen Kosten für die Multifunktionsgeräte und Kopierer wurde dadurch teilweise kompensiert. Die mit dem Zusatzkredit I. Serie beantragte Erhöhung der externen Kosten für IT-Dienstleistungen musste nicht in Anspruch genommen werden.

Gemäss der städtischen IT-Strategie entfallen seit Januar 2009 die Grundbetriebskosten, und die OIZ verrechnet nur noch die Kosten für den Serverbetrieb der Fachapplikationen, Change Requests sowie eine Pauschale je Arbeitsplatz. Die Verrechnungen der OIZ sind stabil.

Eine Umfrage im Herbst 2012 zeigt mit der Note 4,86 (Bestnote 6) eine gute Nutzerzufriedenheit.

IT-Kennzahlen	2008	2009	2010	2011	2012
interner Aufwand in Mio. Fr.	2.30	2.21	2.14	2.22	1.82
externe Kosten in Mio. Fr.	2.80	2.31	2.00	1.33	2.25
Vergütungen OIZ in Mio. Fr.	2.96	1.44	1.56	1.61	1.71
<b>Aufwand Total</b>	<b>8.06</b>	<b>5.96</b>	<b>5.70</b>	<b>5.16</b>	<b>5.77</b>
Anzahl Fachapplikationen (FAppI) Kat. A–E	–	–	–	–	201
davon geschäftskritische FAppI	–	–	–	–	35
davon 2012 erneuerte FAppI	–	–	–	–	44
davon dringend zu erneuernde FAppI	–	–	–	–	24
Anzahl IT-Aufträge an HBD-Fach-IT	–	–	448	417	532
Benutzerzufriedenheit IT Stadt Zürich	–	–	4.58	4.53	4.56
Benutzerzufriedenheit HBD-Fach-IT	–	–	–	4.94	4.86

### Bereich Geschäftskontrolle

Wie in den Vorjahren wurden in der Geschäftskontrolle die an den Vorsteher gerichteten Motionen, Schriftliche Anfragen, Interpellationen und Postulate des Gemeinderats, Verfügungen und Weisungen der eigenen Dienstabteilungen gemäss Finanzkompetenzregelung, Zuschriften und E-Mails aus der Bevölkerung, Rekurse an die Bausektion sowie interne Geschäfte des DS registriert.

Die Anfragen von GPK und RPK gehen elektronisch an die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und werden

zurzeit noch nicht in der Geschäftskontrolle erfasst. Die Fragen sind oft redundant.

Der Infodesk im Amtshaus IV ist die zentrale Empfangsstelle des HBD. Die Besuchenden erhalten Auskunft über die Zuständigkeiten der Dienstabteilungen. Am Infodesk werden Broschüren, Publikationen, Gesetze und Verordnungen verkauft oder zum Teil kostenlos abgegeben.

Kennzahlen GeKo	2008	2009	2010	2011	2012
Anzahl bearbeitete Geschäfte	2300	2100	2150	2100	2150
davon Zuschriften an VHB	–	–	–	–	316
davon Weisungen und Verfügungen VHB	–	–	–	–	610
Anzahl RPK- und GPK-Anfragen (mind.)	–	–	–	–	172
Anzahl Besuchende Infodesk	8955	8850	9128	8500	7050

## Fachbereich Kommunikation

Das DS ist für die interne und externe Kommunikation verantwortlich. So begleitet die Kommunikationsabteilung diverse Projekte des Hochbaudepartements und arbeitet bei departementsübergreifenden Vorhaben mit anderen Kommunikationsabteilungen zusammen. 2012 spielte sie deshalb bei Grossprojekten wie dem neuen Stadion Zürich, dem Kongresszentrum und dem Erweiterungsbau des Kunsthauses eine tragende Rolle. Die Kommunikationsabteilung des DS plant und realisiert auch Massnahmen zur Information der Bevölkerung. Insbesondere Zürcherinnen und Zürcher, die von Planungen und Hochbauvorhaben der Stadt betroffen sind, erwarten rechtzeitige, umfassende und verständliche Informationen. Im Jahr 2012 fanden 46 Informationsanlässe – Einweihungen, Tage der offenen Tür usw. – in den Quartieren statt. Hierzu gehören insbesondere auch Veranstaltungen der Denkmalpflege, bei denen über die Inventarisierung von Wohnsiedlungen informiert

wurde und die Kommunikation eine Vermittlerrolle spielte. Die Kommunikation beantwortet auch viele Fragen, die per Telefon oder Mail eintreffen, oder beschafft die Informationen für die Bürgerinnen und Bürger bei den dafür zuständigen Fachleuten.

Um die breite Bevölkerung zu erreichen, ist eine professionelle Medienarbeit essentiell. Die Redaktionen beanspruchen die Kommunikationsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter intensiver als früher, da sie selber über weniger Ressourcen verfügen. Im Jahr 2012 hat das HBD rund 450 Medienanfragen beantwortet, 69 Medienmitteilungen geschrieben und 21 Medienkonferenzen durchgeführt. Die 788 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hochbaudepartements erhalten über das Intranet-Portal regelmässig News und Informationen. Die Websites des Hochbaudepartements bieten der breiten Öffentlichkeit Einblick in Aktualitäten und Projekte der verschiedenen Dienstabteilungen. Rund 320 000 Personen haben 2012 dieses Angebot genutzt (2011: 300 000).

Kennzahlen Kommunikation	2010	2011	2012
Medienkonferenzen	20	16	21
Medienmitteilungen	80	68	69
HBD-Portal/Intranet: Anzahl Newsbeiträge	220	213	190
HBD-Internet: Anzahl unterschiedliche Besucherinnen und Besucher	294 771	303 978	319 326
Medienkontakte	nicht erfasst	gut 400	450
Infoveranstaltungen	34	36	46

## 4.2 Amt für Städtebau

### 4.2.1 Aufgaben und Organisation

Aufgaben des Amts für Städtebau (AfS) sind: die Erarbeitung planerischer Grundlagen für die städtebauliche Entwicklung Zürichs; das Fördern und Sicherstellen architektonischer und baukultureller Qualität durch geeignete Instrumente und Beratungstätigkeit sowie, was den öffentlichen Raum betrifft, die enge Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt und Grün Stadt Zürich; die Dokumentation bauhistorischer Entwicklungen sowie die zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendigen Supportprozesse.

Die 2011 etablierte Neuorganisation des AfS zielt darauf ab, die Aufgaben und Projekte inhaltlich abgestimmt und vernetzt möglichst nahe an den Bedürfnissen der Beteiligten zu bearbeiten. Die interdisziplinär ausgerichtete und in vier Regionen (Süd, Nord, Ost, West) gegliederte Struktur wurde 2012 konsolidiert.

Der Geschäftsbericht 2012 stellt Schwerpunkte aus den verschiedenen Aufgabengebieten des AfS vor. Ergänzend finden sich im Anschluss Angaben zur Anzahl einzelner Geschäfte in tabellarischer Form.

### 4.2.2 Jahresschwerpunkte 2012

#### 4.2.2.1 Städtebau: Planung und Entwicklung

Zürich ist attraktiv und wächst. Die Nachfrage nach Wohnungen, Geschäftsflächen und zusätzlicher Mobilität steigt stetig.

Die Kapazitäten, d. h. die baulichen Reserven, die Verkehrsflächen oder die Frei- und Grünräume, sind begrenzt. Die Ansprüche an den bereits überbauten Siedlungsraum steigen stark. Zusätzliche Herausforderungen sind die vom Volk angenommene Kulturlandinitiative, die neu in der Gemeindeordnung verankerten Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft oder die Erhöhung des Anteils an gemeinnützigem Wohnungsbau.

Auf die Komplexität der Aufgabe reagierte das AfS im Geschäftsjahr 2012 mit folgenden Tätigkeiten und Projekten:

#### Regionale Zusammenarbeit

Die regionale Zusammenarbeit wurde intensiviert. Im Rahmen der Metropolankonferenz und der Dachorganisation Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU) wurden vorwiegend Vorstellungen zur grossräumlichen Entwicklung diskutiert und die verschiedenen Einzelinteressen aufeinander abgestimmt. Bei verschiedenen Projekten in den regionalen Entwicklungsachsen wurden die erwünschten Siedlungs- und Verkehrsentwicklungen konkretisiert. In der Flughafenregion wurde mit der Stadt Opfikon erfolgreich am Glattpark gearbeitet, mit dem kantonalen Amt für Raumentwicklung (ARE) die Testplanung Airport-Region lanciert. Ziel der städtischen Mitwirkung in der Ideenkonkurrenz Limmattal (unter Federführung der ETH Zürich) war und ist es, die Gebiete Zürich-West und Altstetten im Siedlungsband zwischen Zürich und Baden bestmöglich zu positionieren.

## Revision Planungsinstrumente

Auf der Grundlage der am 25. März 2010 vom Stadtrat beschlossenen Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) sowie zahlreicher Motionen und Postulate werden die gesamtstädtischen Planungsinstrumente voraussichtlich bis 2014 überarbeitet.

Der Regionale Richtplan liegt im Entwurf vor, eingeteilt in die Kapitel Raumordnungskonzept, Siedlung, Landschaft, Ver- und Entsorgung sowie Öffentliche Bauten und Anlagen. Die stadtinterne Vernehmlassung fand im Herbst 2012 statt, die Überarbeitung ist bis Frühling 2013 vorgesehen. Mit dem Richtplan werden vor allem richtungsweisende Festlegungen für die längerfristige räumliche Entwicklung und deren Steuerung geschaffen; er schafft aber auch den Rahmen für die BZO-Teilrevision.

An den Inhalten der Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO) wurde 2012 intensiv gearbeitet. Die Entwürfe für die BZO-Anpassungen liegen vor, sie werden in der ersten Hälfte 2013 konsolidiert und bereinigt. Die Änderungen betreffen Quartierhaltungs- und Kernzonen, Wohnzonen, Freihalte- und Erholungszonen, Industriezonen sowie Zonen für öffentliche Bauten. Angesichts des anhaltend hohen Entwicklungs- und Erneuerungsdrucks geht es darum, die Qualität wertvoller Quartierstrukturen – einschliesslich Frei- und Grünräumen – so weit wie möglich zu wahren. Zürich soll eine vielfältige Stadt bleiben, in der auch wertschöpfungsschwächere Nutzungen Platz finden.

Auch mit der revidierten BZO kann und soll Zürich weiter wachsen und dichter werden. Das Wachstum darf aber nicht auf Kosten der architektonischen, städtebaulichen und sozialen Qualität gehen. Die Teilrevision ist kein Bruch mit der bestehenden BZO, sondern Verbesserung und Präzisierung derselben. Sowohl der Regionale Richtplan als auch die BZO-Teilrevision werden voraussichtlich im Herbst 2013 öffentlich aufgelegt.

## Quartieranalysen

Zwischen den übergeordneten Strategien der Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) und den konkreten Herausforderungen auf Quartierebene besteht ein grosser Massstabsprung, der an vielen Orten Fragen offen lässt. Wenn die raumplanerisch erwünschte Verdichtung nach innen erfolgreich und ohne Qualitätsverluste erfolgen soll, muss die Verdichtungsarbeit konkret und quartierspezifisch auf Morphologie, Freiräume



Leimbach. (Bild: Juliet Haller)

und städtebauliche Typologien hin untersucht, überprüft und konkretisiert werden. Im Geschäftsjahr 2012 setzte das Amt für Städtebau die 2011 gestartete Reihe «Quartieranalysen» mit Arbeiten zu Leimbach, Hottingen, Triemli und Altstetten fort. Dafür wurden in einem ersten Schritt Bestandsanalysen erarbeitet. In der zweiten Phase folgten die interdisziplinäre Ausarbeitung der Erkenntnisse und die exemplarische Vertiefungsplanung.

## Quartierentwicklungsleitbilder

Die Erneuerung und Weiterentwicklung von Wohnquartieren, insbesondere im Zusammenhang mit der Verdichtung, verlangt nach behutsamen und massgeschneiderten Prozessen. Im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» (LSP3) wurden in Wollishofen und in Altstetten dieses Jahr sowohl Workshops auf Einladung als auch öffentliche Veranstaltungen durchgeführt. Die Diskussion mit der Bevölkerung sowie mit Interessenvertreterinnen und -vertretern bilden eine wichtige Grundlage für die Ausarbeitung von Leitbildern. Mit den Quartierentwicklungsleitbildern werden die spezifischen Merkmale eines Quartiers sowie dessen Entwicklungspotenziale beschrieben. Unter anderem dienen sie als Grundlage für die Anpassung der BZO.

## Innovationspool Nachhaltigkeit

Das AfS lud 2012 dreimal zu einem Innovationspool Nachhaltigkeit ein. Folgende Themen wurden erörtert:

- Beitrag der Denkmalpflege zur nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung (Stichwort: Lernen vom Altbau)
- Sozioökonomische Fragen der Stadtentwicklung
- Weiterbauen an der Stadt: Verdichtung im durchgrünten und im kompakten Stadtkörper

Ziel des Innovationspools ist es, Ideen zu entwickeln und Ergebnisse zu erzielen, die sich in die tägliche Arbeit transferieren lassen. Bei jedem Innovationspool entstehen nicht nur neue Erkenntnisse zu den diskutierten Themen und Projekten, sondern auch neue Partnerschaften und Netzwerke. Das Kernteam des Innovationspools bilden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AfS gemeinsam mit einer interdisziplinär zusammengesetzten Gruppe von Expertinnen und Experten aus Praxis und Forschung aus der Schweiz und aus dem benachbarten Ausland. Je nach Themenschwerpunkt werden Gäste aus anderen städtischen Dienstabteilungen sowie zusätzliche Expertinnen und Experten eingeladen.

## Gebietsmanagement

Die Stadt begleitet den Wandel in den Stadterneuerungsgebieten und stimmt private und öffentliche Vorhaben aufeinander ab. Diese Aufgabe nimmt das vom Stadtrat eingesetzte Gebietsmanagement wahr. Die Gebietsmanagerinnen und -manager im AfS planen, lenken und begleiten die Entwicklung in Zusammenarbeit mit weiteren städtischen Stellen sowie mit den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern in kooperativen Prozessen.

In einigen dieser Gebiete ist die Umsetzung der Entwicklungsplanung bereits weit fortgeschritten (Neu-Oerlikon/Bahnhof Oerlikon, Zürich-West, Europaallee/Hauptbahnhof), in anderen Gebieten (Manegg, Leutschenbach) hat die Entwicklung dagegen erst in letzter Zeit an Intensität und Dynamik zugenommen.

Im Rahmen des Gebietsmanagements Manegg trieb das AfS im Jahr 2012 die Entwicklung mit den privaten Grundeigentümern stark voran. Es wurde für den Bereich GreenCity ein Gestaltungsbeirat zur Qualitätskontrolle einberufen. Zudem wurden die Wettbewerbe für alle neun Baufelder im vergangenen Jahr entschieden und die Ergebnisse dem Baukollegium vorgelegt. Der ergänzende Gestaltungsplan GreenCity wurde am 14. November 2012 durch den Stadtrat festgesetzt. Im Bereich Nachhaltigkeit wurde mit dem «Areal-Pilotprojekt» GreenCity ein neuer Meilenstein erreicht, konnte doch erstmals in der Stadt Zürich ein Zertifikat für ein 2000-Watt-Areal vergeben werden. Aufgrund der anhaltenden Zunahme der Wohnnutzung im Gebiet Manegg wurden der Schulhausstandort und der Schulraumbedarf des Quartiers überprüft.

Im Gebiet Manegg-West wurde mit der Firma Avaloq der erste Studienauftrag entschieden. Sobald der Baukredit für die Allmendstrasse vorliegt, kann 2013 auch die Realisierung von GreenCity starten.

Im März 2012 erschien das neue Leitbild für das Entwicklungsgebiet Leutschenbach mit Grundsätzen zu Städtebau und Freiraum, Nutzungen und Verkehr. Es wurde auf Basis des Syntheseberichts der Testplanung Leutschenbach-Mitte erarbeitet.



Schwamendingen. (Bild: Heinz Leuenberger)

Die geplante Einhausung der Autobahn in Schwamendingen mit dem neuen Park über der Strasse (Ueberlandpark) wird nicht nur Ruhe und Erholungsmöglichkeiten bringen, sondern stellt für die angrenzenden Gebiete eine Chance zur Erneuerung dar. Mit dem Leitbild und dem Öffentlichen Gestaltungsplan – beides 2012 vom AfS erarbeitet – soll deshalb die Entwicklung der angrenzenden Gebiete gesteuert werden. Ziel des Regelwerkes ist die Schaffung eines robusten Gerüsts für die bauliche Erneuerung der Wohnsiedlungen entlang dem Ueberlandpark.

Der Masterplan Hochschulgebiet Zürich-Zentrum sowie der dazugehörige Teilrichtplan müssen aufgrund der geänderten

Bedürfnisse von Universitätsspital, Universität und ETH angepasst werden. Dazu hat der Kanton gemeinsam mit den Institutionen und der Stadt Zürich eine Gebietsplanung durchgeführt. Die Raumbedürfnisse der Institutionen wurden auf die Vorgaben bezüglich Städtebau, Denkmalschutz, Freiraum, Verkehr, Energie usw. überprüft. Der überarbeitete Masterplan wird voraussichtlich in der ersten Hälfte 2013 vorliegen.

Das AfS begleitet die Gebiets- und Projektentwicklung Europaallee kontinuierlich, in enger Zusammenarbeit mit den SBB und gestützt auf den Privaten Gestaltungsplan «HB Stadt-raum». Im September 2012 wurde die erste Etappe der Europaallee (Baufeld A) eröffnet. Dort werden neben Dienstleistungsflächen, Einkauf und Gastronomie 40 000 Quadratmeter von der Pädagogischen Hochschule Zürich mit rund 2500 Studentinnen und Studenten belegt. Die beiden anschliessenden Baufelder C und E sind bereits im Bau, ihre Fertigstellung ist für 2013/14 geplant. Der Spatenstich zum Baufeld G erfolgte Ende August 2012. Das Baufeld H wird gemäss den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft entwickelt. Die Wettbewerbe für die Baufelder B und F entlang den Geleisen wurden ebenfalls 2012 entschieden. Auch die Entwicklung des Baufelds D (des letzten von insgesamt neun Baufeldern an der Europaallee) wurde mittels Studienauftrag gestartet.

### Entwicklungsgebiete im Internet

Der Internetauftritt zu den städtebaulichen Entwicklungsgebieten informiert über Konzepte, Verfahren und Projekte in den Gebieten und orientiert sich an der GIS-Strategie der Stadt Zürich sowie an den Legislatorschwerpunkten «eZürich» und «Stadt und Quartiere gemeinsam entwickeln». Für das Fachpublikum und die breite Öffentlichkeit sind dynamische Karten und Kennzahlen am PC abrufbar. Das Amt für Städtebau hat das Kartenmaterial auf Basis des städtischen ZüriPlans sowie statistischer Daten aktualisiert. Online verfügbar sind Übersichten zum Stand der Planungen und Projekte, Gebäudetypologien, Bodenbedeckung und Grundeigentum sowie Kennzahlen zu Gebäudebestand, Nutzungen, Verkehr und demografischer Entwicklung. Auf die Internetseiten zu den Entwicklungsgebieten erfolgten im Jahr 2012 pro Monat rund 120 000 Zugriffe; das ergibt mehr als eine Million Klicks pro Jahr!

### Führungen

Die öffentlichen Führungen durch die Entwicklungsgebiete und die Innenstadt stiessen auf grosse Nachfrage. Zwischen fünf- und zwanzig und hundert Personen nahmen jeweils an den zwanzig Rundgängen im Jahr 2012 teil.

### Publikationen «Dichter» und «Weiter»

Im Januar 2012 erschien die Publikation «Dichter». Sie dokumentiert mit dreissig Beispielen den Erneuerungsprozess bei Wohnsiedlungen in der Stadt Zürich. 2390 verkaufte Exemplare zeugen vom grossen Interesse am Thema. Die in der Publikation «Dichter» gesammelten Informationen bilden die Basis für die weitere Arbeit an städtebaulichen Veränderungsprozessen.

Im Verlauf des Jahres wurde die Publikation «Weiter» erarbeitet. Sie erscheint im Januar 2013. Darin werden zehn Leitsätze zur Nachhaltigkeit in der Stadtplanung präsentiert und anhand von zehn Projekten erläutert. «Weiter» will aufzeigen, wie nachhaltige Entwicklung im Städtebau umgesetzt werden kann.

## «mapSolar»

«mapSolar» ist eine kartenbasierte Website und stellt das Sonnenenergiepotenzial sämtlicher Hausdächer der Stadt Zürich dar. Die Anwendung basiert auf einer modellhaften Berechnung von Solarstrom- und Solarwärmekenngrössen in einem virtuellen 3D-Stadtmodell. «mapSolar» ist seit dem 1. März 2012 in Betrieb und über das städtische Intranet abrufbar. «mapSolar» ist primär auf Hauseigentümerinnen/Hauseigentümer und Bauherren ausgerichtet, die eine Solaranlage realisieren und damit einen Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft leisten wollen. Es ist geplant, die Anwendung im Frühjahr 2013 via Internet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In diesem Zusammenhang wurden auch Auflagen des Datenschutzes mitberücksichtigt.

## Masterplan Marina Tiefenbrunnen

Mit dem Neubau von Hafenanlage und Wassersportzentrum sollen die Nutzungen im unteren Seebecken durch Konzentration der Wassersportaktivitäten im Raum Tiefenbrunnen entfaltet werden. Gleichzeitig soll der Seeuferbereich beim Bahnhof Tiefenbrunnen attraktiver gestaltet werden, damit er von der Öffentlichkeit vermehrt genutzt werden kann. Der entsprechende Grundlagenbericht zum Masterplan Marina Tiefenbrunnen wurde erarbeitet.

## Privater Gestaltungsplan Zollstrasse

Auf der Nordseite des Hauptbahnhofs planen die SBB zwischen Sihl und Langstrasse eine Überbauung auf dem gegenwärtig durch die Baustelleninstallationen genutzten Gelände. Da auf dem Gebiet eine Gestaltungsplanpflicht liegt, wurde im vergangenen Jahr ein solcher erstellt, und es wurden die öffentliche Auflage sowie die kantonale Vorprüfung dazu durchgeführt. Zudem fand ein öffentliches Mitwirkungsverfahren statt. Die Überarbeitung aufgrund der Vorprüfung und der Rückmeldungen der Ämter sowie des Berichts der nichtberücksichtigten Einwendungen ist beinahe abgeschlossen. Ende März 2013 sollte die Weisung zum Privaten Gestaltungsplan Zollstrasse dem Stadtrat vorliegen.

## Areal Hardturm: Stadion und Wohnungsbau

Beide Wettbewerbe wurden durch das AHB unter Einbezug des AfS mit der Bekanntgabe der Siegerprojekte im Mai 2012 (Wohnungsbau) bzw. im Oktober 2012 (Stadion) abgeschlossen. Basierend auf den ausgewählten Projekten beantragte der Stadtrat im Oktober 2012 dem Gemeinderat in einer gemeinsamen Weisung einen Objektkredit für das Stadion mit Stadionplatz sowie einen Objektkredit für die kommunale Wohnsiedlung (STRB 1328/2012). Parallel dazu wurden die Sonderbauvorschriften (SBV) durch das AfS nach Abschluss des Mitwirkungsverfahrens (Februar 2012) bereinigt und im Oktober 2012 in einer separaten Weisung des Stadtrats dem Gemeinderat vorgelegt (STRB 1327/2012). Beide Weisungen (Objektkredite und SBV) werden aktuell in der Spezialkommission HBD/Stadtentwicklung beraten.

## Neues Kongresszentrum

Die städteplanerischen Arbeiten und Vorgaben lagen Ende 2011 vor. Auf dieser Basis hat der Stadtrat das Geroldareal zur Realisierung eines neuen Kongresszentrums favorisiert. Das Areal «Carparkplatz» bleibt eine Option, sollten die Verhandlungen mit den Grundeigentümern des Geroldareals, die 2012 intensiv geführt wurden, nicht zum Erfolg führen.

## 4.2.2.2 Baukultur und architektonische Qualität

In Zürich wurde auch im Jahr 2012 viel gebaut. Das Amt für Städtebau begleitete einerseits grössere Projektentwicklungen und beriet andererseits Bauherren und Architektinnen/Architekten bei konkreten Bauvorhaben im Baubewilligungsverfahren.

2012 erarbeitete das AfS für die architektonische Beratung und für die Denkmalpflege je eine Best Practice. Die darin formulierten Richtlinien zum Beratungsprozess und zu den Beurteilungskriterien fassen auf den Strategien 2025 des Stadtrats und auf der Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES).

Die Best Practice ist für die Mitarbeitenden des AfS Richtschnur in ihrer Beratungstätigkeit und schafft gegenüber den Bauherrschaften Transparenz bezüglich der Prozesse und der Kriterien. Das macht die Arbeit von architektonischer Beratung und Denkmalpflege für die Öffentlichkeit besser nachvollziehbar.

Die Best Practice liegt gedruckt in Form von Faltpapieren vor und kann beim Amt für Städtebau bezogen werden.

## Architektonische Beratung / Baukollegium

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Architektonischen Beratung begutachteten 788 Baugesuche und führten die entsprechenden Beratungsgespräche.

Von den 29 im Geschäftsjahr 2012 im Baukollegium behandelten Geschäften stellvertretend zwei Beispiele:

Wohnüberbauung Mühlacker (Blumenfeldstrasse 51, Zürich-Affoltern): Bei der Wohnüberbauung Mühlacker handelt es sich um eine Arealüberbauung, die gemäss dem kantonalen Planungs- und Baugesetz (PBG, § 71) «besonders gut gestaltet» sein muss. Das Projekt wurde ohne Konkurrenzverfahren im Direktauftrag vergeben. Um zu prüfen, ob das Projekt den erhöhten Qualitätsansprüchen genügt, wurde es dem Baukollegium vorgestellt.

Dolder Waldhaus: Das Siegerprojekt Dolder Waldhaus wurde in einem Konkurrenzverfahren erkoren. Im Nachgang zum Wettbewerb wurde die Volumetrie des Projekts noch einmal verändert. Die nach der Jurierung vorgenommenen Anpassungen wurden dem Baukollegium vorgestellt und von diesem beurteilt.

## Denkmalpflege / Denkmalpflegekommission

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Denkmalpflege prüften 465 Baugesuche und führten die entsprechenden Beratungsgespräche.

Von den sechzehn im Jahr 2012 in der Denkmalpflegekommission behandelten Geschäften nachfolgend zwei Beispiele:

BEP-Siedlungen in Wipkingen (Letten 4, Wasserwerk 1 und 2): Die Baugenossenschaft des Eidgenössischen Personals (BEP) trat zu einem sehr frühen Zeitpunkt an die Denkmalpflege heran, sodass es möglich wurde, aufgrund der Stellungnahmen der Denkmalpflegekommission nach geeigneten Lösungsansätzen für den Wunsch der BEP nach einer baulichen Erneuerung in Wipkingen zu suchen.

Inventarerergänzung 1965–1980: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der denkmalpflegerischen Inventarisierung evaluierten eine Auswahl von Bauten aus der jüngeren Vergangenheit und stellten deren mögliche Schutzwürdigkeit in der Denkmalpflegekommission zur Diskussion.



Die Instandstellung der neuen Kirche Altstetten und die Schutzabklärungen zu den Siedlungen Fierzgasse, Imbisbühlstrasse und Weinegg stehen als zwei Beispiele für wichtige Aufgaben der Denkmalpflege im Jahr 2012.

«The finest modern Church in Switzerland», so würdigte der amerikanische Architekturkritiker und Fotograf George E. Kidder Smith die neue Kirche in Altstetten. Nach einer längeren Projektierungsphase wurden 2011/12 Kirche, Gemeindesaal und Konfirmandentrakt – begleitet von der Denkmalpflege – sorgfältig instand gesetzt. Mit feinem Gespür vermochten die beauftragten Architekten, Arthur Rüegg und Silvio Schmed, die Wünsche der Benutzerinnen und Benutzer sowie die gesetzlichen Anforderungen an das bedeutende Bauwerk angemessen zu erfüllen.



Kirche Altstetten. (Bild: Heinrich Helfenstein)

Kleinhaussiedlungen gehören genau wie die Altstadt, die ländlichen Dorfkerns oder die Blockrandbebauungen des 19. Jahrhunderts zu den Zeugen der baulichen Entwicklung und der Sozialgeschichte der Stadt Zürich. In den letzten Jahren gerieten diese Siedlungen immer stärker unter Veränderungsdruck. 2012 standen in den Siedlungen Fierzgasse, Imbisbühlstrasse und Weinegg Bauvorhaben an, die ohne Schutzabklärung bzw. ohne einen geregelten Schutz aufgrund der geänderten Rechtspraxis nicht bewilligbar waren.

Im Zentrum der Schutzabklärungen steht die Frage, wo die Qualitäten der Siedlungen liegen, was zu erhalten ist bzw. in welchem Umfang und in welche Richtung sie sich entwickeln und verändern dürfen oder sollen. Zur Erhaltung der ursprünglichen Siedlungsstrukturen – nicht bloss einzeln als isolierte «Musterbauten», sondern ganzheitlich als geschlossene Stadtquartiere – werden Schutzverordnungen erstellt. Die Anliegen der Eigentümerinnen und Eigentümer werden während des einjährigen Verfahrens aufgenommen und im Rahmen der fachlichen Überlegungen so weit als möglich berücksichtigt.

Derweil die Schutzabklärungen zu den Siedlungen Imbisbühlstrasse und Weinegg noch im Gang sind, konnte für die Siedlung Fierzgasse eine Schutzverordnung ausgearbeitet werden, die Anfang 2013 dem Stadtrat zum Entscheid vorgelegt wird.

### Reklamebewilligungen

Die Konzession für die Plakatierung auf öffentlichem Grund wurde 2012 erneut öffentlich ausgeschrieben und an die

Meistbietenden vergeben. Der Zuschlag der sechs Lose und Einzelstandorte ging an vier Firmen. Mit der Vergabe wurden die submissions- und wettbewerbsrechtlichen Vorgaben erfüllt und die Einnahmen um 33 Prozent gesteigert. Die Vergabe ist rechtskräftig, die Verträge werden Anfang 2013 abgeschlossen. Vertragsbeginn ist der 1. Juli 2013.

Im Auftrag des Stadtrats wurde gemeinsam mit der Dienstabteilung Verkehr (DAV) ein Instrument zur verkehrsrechtlichen Beurteilung von Megapostersujets entwickelt, das Anfang 2013 durch die Dienstabteilung Verkehr implementiert werden soll. Das Instrument soll einerseits der Verkehrssicherheit dienen, andererseits den Gesuchstellenden mehr Planungssicherheit garantieren.

Zusammen mit den betroffenen Verwaltungsabteilungen (VBZ, LV, IMMO) wurde eine Strategie «Städtisches Aussenwerbeportfolio» entwickelt, welche die Synergien künftig nutzt und die Potenziale im gesamtstädtischen Interesse besser bündelt. Die Strategie soll zudem den Verwaltungsaufwand mittelfristig reduzieren und die Einnahmen aus den über siebzig Einzel- und Rahmenverträgen, die auf sechs Departemente verteilt sind, erhöhen. Der Strategieentwicklungsprozess ist abgeschlossen. Die Weisung wird dem Stadtrat Anfang 2013 zum Entscheid vorgelegt.

### Archäologische Grabungen und Bauuntersuchungen

2012 sanierte das Tiefbauamt der Stadt Zürich (TAZ) im Gebiet der Altstadt den Wolfbachkanal. Weil dieser einst die spätmittelalterliche Stadtmauer querte, begleitete die Stadtarchäologie die Arbeiten und dokumentierte die vorgefundenen historischen Mauern.

Beim Aushub für Unterflurcontainer vor dem Gebäude Stadelhoferstrasse 10 kamen Mauern zum Vorschein, die als Überreste der Stadelhoferporte, eines der Stadttore der barocken Stadtbefestigung, identifiziert werden konnten.

Im Gebiet Stauffacher- und Engelstrasse begleitete die Stadtarchäologie Werkleitungssanierungen des TAZ, weil hier beim Bau des Quartiers um 1900 ein frühmittelalterliches Gräberfeld entdeckt worden war. Es zeigten sich in der Baugrube Überreste von vier Bestattungen, eine davon vollständig erhalten und mit einer Glasperlenkette geschmückt. Datiert werden die Gräber ins 6. Jahrhundert n. Chr. Nach der Dokumentation wurden die Überreste geborgen.

Bei der Innensanierung des Gebäudes Münsterhof 10 kamen hinter jüngeren Verkleidungen Fragmente spätmittelalterlicher und frühneuzeitlicher Wandbemalung zum Vorschein. Eine Ausgrabung für eine Liftunterfahrt im Boden brachte eine dichte Abfolge von Schichten aus dem Früh- und Hochmittelalter ans Tageslicht.

2012 renovierte die Zentralbibliothek den Dachreiter auf dem spätmittelalterlichen Predigerchor. In Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege untersuchte die Stadtarchäologie dieses filigrane Meisterwerk frühneuzeitlicher Zimmermannskunst und datierte es ins Jahr 1629.

### Unterwasserarchäologie und Dendrochronologie

Der jährliche Leistungsauftrag der Kantonsarchäologie Zürich umfasste 2012 rund dreissig Einsätze an archäologischen Fundstellen in den Zürcher Gewässern. Nebst zahlreichen

Inventarisationsstauchgängen und Erosionskontrollen begann die Tauchequipe der Abteilung Unterwasserarchäologie insbesondere an der seit 2011 als Unesco-Weltkulturerbe eingetragenen Fundstelle Wädenswil «Vorder Au» mit einer Bestandsaufnahme der offen am Seegrund liegenden Siedlungsreste. Teile der erosionsgefährdeten Siedlung sollen 2013 flächig mit einer Kiesschicht vor der weiteren Zerstörung geschützt werden. Schutzmassnahmen wurden auch an der Fundstelle Küsnacht «Hörnli» durchgeführt. An der im Gebiet der Stadt Zürich liegenden Pfahlbausiedlung «Kleiner Hafner» vor dem Bellevue – ebenfalls Unesco-Weltkulturerbe – ergaben Abklärungen, dass eine akute Erosionsgefahr besteht. In diesem Zusammenhang konnte 2012 eine Sperrzone eingerichtet werden, welche die Fundstelle vor weiteren Ankerschäden schützen soll.

Weitere Aufträge wurden für die Kantone SZ, SG, NW, ZG, AG und LU durchgeführt. Diese Aufträge umfassten nebst der Betreuung der Unterwasserkulturgüter – mittels Inventarisationsstauchgängen, Vorabklärungen, Erosionskontrollen und -dokumentationen, kleineren Rettungsgrabungen, Stellungnahmen und Gutachten – auch grössere dendrochronologische Auswertungen.

### Eröffnung archäologisches Fenster Parkhaus Opéra

Bereits im Gestaltungsplan forderte die Stadt Zürich, dass im zukünftigen Parkhaus Opéra ein archäologisches Fenster zu realisieren sei. Als man im Jahr 2010 mit den Bauarbeiten vor dem Zürcher Opernhaus begann, überraschten die Ausdehnung der Fundstelle und die Menge der erhaltenen Funde. Dies veranlasste in den folgenden Monaten rund 14000 Besucherinnen und Besucher, die Fundstelle zu besichtigen. Die archäologische Rettungsgrabung, durchgeführt von der Unterwasserarchäologie der Stadt Zürich, erbrachte teils spektakuläre Funde, die bei den Medien und der Öffentlichkeit auf enormes Interesse stiess.

Aufgrund der kulturgeschichtlichen Bedeutung dieser Funde realisierte die Stadt Zürich ihr neustes archäologisches Fenster, das am 3. Mai 2012 eröffnet werden konnte. Die ehemalige Fundstelle Zürich Parkhaus Opéra wird mit originaler Schichtsubstanz, Funden und Replikaten standortgerecht präsentiert. Mit dem elften archäologischen Fenster in Zürich ist nun erstmals auch ein öffentlicher Einblick in Zürichs Pfahl-



Archäologisches Fenster Opera. (Bild: Juliet Haller)

bauzeit um 3000 v. Chr. möglich. Besonders spektakulär ist eine über fünf Meter hohe Medienwand, auf der verschiedene kurze Videoclips präsentiert werden, die einen Einblick in die Zeit der Zürcher Pfahlbauer geben.

### Dokumentation der baulichen Veränderung

Schwerpunkte der fotografischen Dokumentation des Baugeschichtlichen Archivs (BAZ) waren die Quartiere Hottingen und Witikon (für die Publikation Baukultur in Zürich), sowie Bauten aus den Jahren 1960 bis 1980. Ebenfalls intensiv dokumentiert wurden Gebiete mit besonders hohem Veränderungsdruck sowie eine grössere Zahl von Ersatzneubauten.

Im Rahmen der Publikumsbetreuung im Lesesaal erhielten Studierende der Pädagogischen Hochschule, des Kunsthistorischen Instituts der Universität und der Schule für Handwerk und Gestaltung Einführungen in die Benutzung des Archivs und die Arbeit mit den Beständen.

2012 bearbeiteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZ 142 schriftliche Anfragen von Privaten.

Die verschiedenen archäologischen Fenster wurden im Berichtsjahr wie folgt besucht: Brunngrasse 1891 Personen, Ehgraben 9604, Lindenhof 8443, Stadtmauer 6159, Haus zum Rech 2128, Wasserkirche Krypta 3082.

#### 4.2.3 Kennzahlen Amt für Städtebau

##### Richtplan- und BZO-Teilrevisionen, Sonderbauvorschriften (SBV) und Gestaltungspläne (GP)

Planungsinstrument	Aktueller Stand des Verfahrens (bis 31.12.2012)
<b>SBV</b>	
Neu-Oerlikon 2. Revision	Öffentliche Auflage 9. 11. 2011–20. 1. 2012
Areal Hardturm Stadion und Wohnungsbau	Stadtratsbeschluss 24. 10. 2012
<b>BZO-Teilrevisionen</b>	
Entlisberg	Festsetzung Gemeinderat 3. 10. 2012
Mathysweg	Öffentliche Auflage 30. 5.–31. 7. 2012
Dunkelhölzli	Stadtratsbeschluss 31. 10. 2012
Tüffenwies	Inkraftsetzung 11. 7. 2012
Unteraffoltern (Kernzone)	Erarbeitung Entwurf (Planungszone)
Wasserschutzpolizei Mythenquai	Festsetzung Gemeinderat 23. 5. 2012 (laufende Rechtsmittelverfahren)
Schulanlage Auzelg	Festsetzung Gemeinderat 29. 8. 2012
Blumenfeldstrasse / Mühlackerstrasse / Nettie-Sutro-Strasse	Inkraftsetzung 15. 6. 2012
Anpassung BZO Art. 8 Abs. 6	Inkraftsetzung 1. 4. 2012
Aufhebung Art. 81a , Änderung Art. 2. Abs. 2 lit. i	Stadtratsbeschluss 24. 10. 2012
Hardau I	Festsetzung Gemeinderat 3. 10. 2012
Herdernstrasse	Öffentliche Auflage 17. 10. 2012–18. 12. 2012
Glattbogen, Schwamendingen	Stadtratsbeschluss 31. 10. 2012
Änderung BZO Art. 4a, 6, 24c <sup>bis</sup> , 40	Stadtratsbeschluss 19. 12. 2012
Volksinitiative «Sinnvolle Nutzung von Flachdächern» (BZO Art. 11 Abs. 1)	Stadtratsbeschluss 11. 7. 2012 mit Gegenvorschlag
<b>GP</b>	
Schirmhaus (Ergänzender GP Escher-Wyss-Gebiet)	Öffentliche Auflage 6. 6.–7. 8. 2012
Zollstrasse	Öffentliche Auflage 11. 7.–11. 9. 2012
Belvoirpark-Restaurant	Stadtratsbeschluss 21. 11. 2012
Belvoirpark-Hotelfachschule	Inkraftsetzung 15. 9. 2012
Kunsthäuserweiterung (Öffentlicher GP)	Festsetzung Gemeinderat 22. 8. 2012
Hauptsitz ZKB	Inkraftsetzung 28. 4. 2012
Hauptsitz Swiss Re	Inkraftsetzung 18. 2. 2012
GreenCity.Zürich (Ergänzender GP)	Festsetzung Stadtrat 14. 11. 2012
Stadion Zürich (Aufhebung)	Stadtratsbeschluss 24. 10. 2012

## Quartierpläne

Nr.	Quartierplan	Aktueller Stand
221	Eierbrecht	Bau der Anlagen
363	Teilrevision Bereich Jungstrasse	vor Bau der Anlagen
464	Obsthaldenstrasse	Projektübergabe TAZ erfolgt (Bau der Anlagen)
467	Käshalden, Teilrevision Waschhausweg	Projektübergabe TAZ erfolgt (Bau der Anlagen)
468	Ruggächer	Bau der Anlagen
470	Seebacherstrasse	vor Bau der Anlagen
484	Heubeeriweg	vor Bau der Anlagen
485	Hurdäcker	festgesetzt, Vorbereitung Grundbuchlicher Vollzug, Schlussabrechnung Verfahren und Bau
488	Manegg	Projektübergabe TAZ erfolgt (Bau der Anlagen)
490	Ettenfeld-Süd	Festsetzung Dezember 2012
492	Vogtsrain	1. Entwurf
493	Loorenstrasse	Einleitung

## Architektonische Beratung / Baukollegium

	2008	2009	2010	2011	2012
Begutachtung Baugesuche	699	680	730	810	788
Geschäfte Baukollegium	43	40	17	29	29

## Denkmalpflege / Denkmalpflegekommission

	2008	2009	2010	2011	2012
Geprüfte Baugesuche	473	411	495	475	465
Feststellungsbeschlüsse	5	8	12	11	14
Verfasste Objekt- bzw. Inventarblätter	21	15	21	16	18
Verfasste Kurzgutachten	–	–	–	11	13
Unter Schutz gestellte Objekte	19	31	17	21	30
Schutzverordnungen	–	–	1	–	1
Aus dem Inventar entlassene Objekte	5	3	1	4	1
Erstellte Detailinventare	40	20	11	11	18
Dokumentationen	–	–	10	2	–
Geschäfte Denkmalpflegekommission	19	12	12	14	16
Verfasste Ortsbildstudien	7	–	1	1	2

## Reklamebewilligungen

	2008	2009	2010	2011	2012
Reklamegesuche / -bewilligungen	1 250	1 000	1 200	1 000	1 050
Voranfragen / Beratungen	350	400	600	600	600
Rechtsmittelverfahren	55	18	6	3	4

## GIS-Kompetenzzentrum HBD

	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>	2010 <sup>1</sup>	2011 <sup>1</sup>	2012
Applikationen	–	–	–	–	41
Projekte	–	–	–	–	92

<sup>1</sup> keine Vergleichszahlen vorhanden, weil die Zahlen 2012 erstmals oder auf neuer Grundlage erhoben wurden

## Immobilienökonomie

	2008	2009	2010	2011	2012
Geschäfte Schätzungskommission	36	33	59	55	55
Geschäfte total	94	100	124	116	145

## Stadtarchäologie

	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>	2010 <sup>1</sup>	2011 <sup>1</sup>	2012
AfB					
Bauausschreibungen AfB insgesamt	–	–	–	–	1 432
daraus resultierende genauere Abklärungen	–	–	–	–	161
daraus resultierende Stellungnahmen zuhanden AfB	–	–	–	–	43
TAZ					
Eingang aus Baukoordination TAZ, geplante Massnahmen im öffentlichen Raum	–	–	–	–	57
daraus resultierende Stellungnahmen zuhanden TAZ	–	–	–	–	15
AfS					
Konkrete Aktivitäten der Stadtarchäologie vor Ort (Vorbereitungen Bauuntersuchungen, Ausgrabungen)	–	–	–	–	69

<sup>1</sup> keine Vergleichszahlen vorhanden, weil die Zahlen 2012 erstmals oder auf neuer Grundlage erhoben wurden

## Unterwasserarchäologie und Dendrochronologie

	2008	2009	2010	2011	2012
Anzahl Tauchaufträge	6	43	52	31	33
Beurteilung Baugesuche und Gutachten	– <sup>1</sup>	– <sup>1</sup>	10	14	10
Anzahl Aufträge Dendrochronologie	41	60	57	56	51

<sup>1</sup> keine Vergleichszahlen vorhanden, weil die Zahlen 2010 erstmals oder auf neuer Grundlage erhoben wurden

## Baugeschichtliches Archiv

	2008	2009	2010	2011	2012
Konsultationen Lesesaal	1 418	1 437	1 400	1 607	1 487
Fotografisch dokumentierte Objekte	– <sup>1</sup>	– <sup>1</sup>	– <sup>1</sup>	– <sup>1</sup>	1 200

<sup>1</sup> keine Vergleichszahlen vorhanden, weil die Zahlen 2012 erstmals oder auf neuer Grundlage erhoben wurden

## 4.3 Amt für Hochbauten

### 4.3.1 Aufgaben

Das Amt für Hochbauten (AHB) ist die Bauherrenvertretung für die Stadt Zürich in allen Projektierungs- und Bauphasen von städtischen Hochbauten. Zudem ist das AHB zuständig für die Vorbereitung und das Controlling von Bauvorhaben des gemeinnützigen Wohnungsbaus und von der Stadt unterstützter Institutionen. Die Aufgaben umfassen:

- Projektmanagement und Kostencontrolling in allen Phasen des Bauvorhabens
- Architekturwettbewerbe, Wettbewerbe Kunst und Bau; Planerwahlverfahren und Unternehmersubmissionen
- strategische Planungen und Machbarkeitsstudien, Erfassung des Zustands der Portfolios
- Erarbeiten baulicher Strategien, Konzepte, Normen und Standards (u. a. Nachhaltigkeitsstandards)

Zwischen aktuellen Betriebsanforderungen, langfristiger Ausrichtung eines Bauwerks, zukunftsorientierten Energie- und Nachhaltigkeitsanforderungen und begrenzten finanziellen Mitteln besteht ein hoher Abstimmungsbedarf. Das Ziel sind städtebaulich, architektonisch und ökonomisch vorbildliche Bauten, die dazu beitragen, das Ziel 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen.

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

#### Strategieumsetzung und erste Resultate

Die neue, durch die Geschäftsleitung erarbeitete AHB-Strategie wurde im laufenden Jahr kontinuierlich umgesetzt. Das strategische Rahmenziel «Wir sind – anerkannt – das Baufachorgan der Stadt Zürich» steht im Mittelpunkt verschiedener Massnahmen, wie zum Beispiel «Managementkompetenz», «Gutes Preis-Leistungs-Verhältnis unserer Bauten» und «Projektqualität».

Zum Strategiepunkt Kundenbetreuung und Rollenverständnis wurde eine Befragung mit ausgewählten städtischen Schlüsselkunden durchgeführt. Die Ergebnisse fielen mehrheitlich positiv aus, für gewisse Punkte wurden gezielte Optimierungsmassnahmen eingeleitet. Ziel ist, die Zusammenarbeit in den Projekten langfristig zu stärken.

#### HBD-Projekt Kostenklarheit

Das Projekt «Kostenklarheit» wird vom Departement geführt, das Amt für Hochbauten gab drei Vergleichsstudien zu den Portfolios «Wohnen», «Gesundheitsbauten» und «Schulanlagen/Kinderbetreuung» in Auftrag und hat deren Ausarbeitung begleitet. Die von externen Fachbüros erarbeiteten Erkenntnisse sind Grundlage, um den Bereich «Projektökonomie» zu stärken. Es hat sich gezeigt, dass die Begleitung der vielen Projekte durch die Fachstelle «Projektökonomie» künftig mehr Ressourcen erfordert, um Kostenoptimierungen v. a. auch in der Planung – also dann, wenn die Hebelwirkung noch gross ist – zu ermöglichen. Leider hat der Gemeinderat eine beantragte Stelle im Rahmen der Budgetberatung gestrichen. Die Studien haben aber auch gezeigt, dass der Vergleich von Baukosten höchst komplex ist. Einfache Benchmarks, wie sie medial kolportiert werden, können der fachlichen Prüfung nicht

standhalten. Die Resultate der Studien sind jedoch für Fachleute aufschlussreich. So wurden die Studien bereits vom Kanton und von der Stadt Winterthur verlangt.

#### Architekturwettbewerbe: Wohn- und Sportbauten

Auch 2012 spielte das Wettbewerbswesen in der Projektentwicklung eine Schlüsselrolle und dient im AHB als Qualitätssicherungsinstrument, um für eine Bauaufgabe die bestmögliche Lösung zu finden. Insgesamt zwölf Architekturwettbewerbe mit den Schwerpunkten Wohnungs- und Sportbauten kamen zum Abschluss. Die leicht erhöhte Anzahl an Wettbewerben entspricht der städtischen Wohnpolitik, den gemeinnützigen – und vermehrt auch den kommunalen – Wohnungsbau zu fördern.

Im Wohnungsbau setzte sich die Tendenz fort, Wohnungen mit kleineren Flächen entsprechend der kantonalen Wohnbauförderung zu entwickeln sowie mit Gewerbe und Kinderbetreuung durchmischte Raumprogramme anzubieten. Als Beispiele für diese Entwicklung stehen die beiden städtischen Wohnsiedlungsneubauprojekte Hornbach und Hardturm. Ebenfalls von Bedeutung waren verschiedene Ersatzneubau-Projekte für die genossenschaftlichen Wohnsiedlungen Zentrum Friesenberg, Letzigraben, Schönauring und die Alterssiedlung Helen Keller.



Blick in die geplante städtische Wohnsiedlung Hornbach. (Bild: Knapkiewicz & Fickert Architekten)

2012 war im Bereich Sportbauten ein aussergewöhnliches Wettbewerbsjahr. Gleich drei Grossprojekte galt es zu jurieren, davon die zwei Stadien sowie die Sportanlage Heuried. Das medial vielbeachtete Siegerprojekt zum Fussballstadion Hardturm stammt von Burkard Meyer Architekten AG aus Baden. Diesem Team ist es gemäss Urteil der Jury gelungen, ein Stadion für die Fans, das Quartier und die Stadt zu entwerfen, das nicht protzt, sondern durch seine zurückhaltende architektonische Qualität überzeugt. Beim international ausgeschriebenen Wettbewerb für den Neubau der ZSC Lions und Volero Zürich wurden Caruso St. John Architects aus London als Sieger auserkoren. Geplant sind ein Eishockeystadion für 12 000 Zuschauer und eine Volleyball-Arena mit 3000 Plätzen. In der Sportanlage Heuried werden unter demselben Dach ein Freibadbetrieb und der Eissport vereinigt und wird ein neuer Quartierschwerpunkt geschaffen.

Auch die sich in Vorbereitung befindenden neun Wettbewerbe für das Jahr 2013 werden einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Quartierentwicklung in Zürich-West und Zürich-Nord leisten.



Siegerprojekt Fussballstadion Hardturm, konzipiert als gemeinsame Sportstätte der Clubs GC und FCZ. (Bild: Burkard Meyer Architekten)

### Ja zur Kunsthaus-Erweiterung

Für dieses bedeutende Projekt agiert das AHB als Bauherrenvertretung im Auftrag der Einfachen Gesellschaft Kunsthaus-Erweiterung (EGKE). Diese hat im November 2012 das Bauprojekt verabschiedet und anschliessend das Baugesuch eingereicht. Mit Freude konnten die Projektbeteiligten an der Abstimmung vom 25. November miterleben, wie der Erweiterungsbau und der entsprechende städtische Beitrag von 88 Mio.Fr. von der Stadtzürcher Bevölkerung angenommen wurden.

### Eröffnung Informatik-Hauptstandort der Stadt Zürich

Nach zweijähriger Bauzeit konnte das AHB im November 2012 das neue Rechenzentrum von Organisation und Informatik der Stadt Zürich (OIZ) den Benutzerinnen und Benutzern übergeben. Zwei ehemalige Gebäude der Siemens-Albis AG, die von der Stadt Zürich gekauft werden konnten, wurden mit einem zweigeschossigen Neubau verbunden, und es wurde ein vielfältiges Raumprogramm realisiert. Neben den Serverräumen für das eigentliche Rechenzentrum wurden 400 Arbeits-



Von Ballmoos Krucker Architekten realisierten beim Informatik-Hauptstandort den Neubau als zentrales Element, das zwei bestehende Baukörper verbindet. (Bild: Georg Aerni)

plätze und Seminarräume für die Schulung der städtischen Angestellten erstellt. Das Rechenzentrum wurde als «Green Data Center» konzipiert. Die durch die permanente Kühlung der Server entstehende Abwärme wird so weit wie möglich wieder in den Energiekreislauf des Zentrums eingespeist und zusätzlich zur Beheizung von rund 400 Wohnungen in der Nachbarschaft verwendet. Der Neubau erhielt als erstes Verwaltungsgebäude, das die Stadt Zürich erstellt hat, das Minergie-Eco-Label.

### Hallenbad City: Herausforderungen gemeistert

Das AHB leitete Projektierung und Bau bei der Erneuerung und Betriebsoptimierung des Hallenbads City, das zu den hervorragenden Bauten der klassischen Moderne in der Stadt Zürich zählt. Dabei ist es den Architektinnen gelungen, zeitgemässe betriebliche Anforderungen, energetische Optimierungen und denkmalpflegerische Ziele zu vereinen und gleichzeitig die architektonischen Qualitäten des Baus erneut sichtbar zu machen. Die Instandsetzung des grossen Schwimmerbeckens führte jedoch zu erheblichen Problemen mit der Dichtigkeit. Schliesslich konnten die Ausführungsmängel behoben werden, doch die geplante Wiedereröffnung verzögerte sich dadurch um ein halbes Jahr und musste auf Januar 2013 verschoben werden.

### Meilensteine Stadtpital Triemli

Eine wichtige Etappe im Projekt Neubau Bettenhaus war die Fertigstellung des Rohbaus von Teil Nord. Das Aufrichtefest am 15. Mai 2012 markierte diesen Meilenstein. Anschliessend wurde mit der Montage der Fassade und dem Innenausbau begonnen. Zu den grossen Herausforderungen ans Projektmanagement gehört die sich schnell verändernde Spitallandschaft (u. a. die neue Spitalfinanzierung Swiss DRG), deren Auswirkungen vom AHB laufend in die verschiedenen Projektphasen eingearbeitet werden. Im Projekt Erneuerung Energie- und Medienversorgung wurde nach Fertigstellung der Elektrozentrale (2011) auch der Rohbau der Heizzentrale abgeschlossen. Am Beginn stehen nun die Vorbereitungsarbeiten für die neue Kältezentrale. Ebenfalls wurde der Pavillon F – er beherbergt das Ambulante Perioperative Zentrum und die Tagesklinik – fertiggestellt. Beim Pavillon handelt es sich um ein Provisorium mit zehnjähriger Lebensdauer, den ein Totalunternehmer in acht Monaten errichtete.

### Von der Industriebrache zum «2000-Watt-Areal»

2012 wurde der neue Leitfaden «Arealentwicklung für die 2000-Watt-Gesellschaft» publiziert und für fünf Areale angewendet. Erarbeitet im Auftrag von «Energie Schweiz» und vom AHB, liefert der neue Leitfaden konkrete Vorgaben, mit welcher Methodik ehemalige Industrieareale und Brachen im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft umgestaltet werden können. Die Fachstelle nachhaltiges Bauen organisierte im September 2012 einen Anlass mit Gästen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft, an dem der Leitfaden vorgestellt wurde und die offizielle Übergabe des ersten Energiestadt-Zertifikats «2000-Watt-Areal» für Sihl-Manegg stattfand.

Immer mehr etabliert sich das Portfoliomanagement für die 2000-Watt-Gesellschaft bei den städtischen Bauten. Auf der Basis der 2011 erschienenen Strategiestudie «Schulen auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» wurde in diesem Portfolio die



Offizielle Zertifikatsübergabe für das «2000-Watt-Areal» Sihl-Manegg durch Stadtrat Dr. André Odermatt. (Bild: Fabian Henzmann)

operative Umsetzung bei den zukünftigen Bauprojekten von den beteiligten Dienstabteilungen an die Hand genommen. Neu initiiert wurde in Zusammenarbeit mit der Liegenschaftenverwaltung eine entsprechende Studie für die städtischen Wohnsiedlungen. Ein Auftrag wurde auch für die Altersheime der Stadt Zürich erteilt.

Beim Studienprogramm 7-Meilenstritte wurde 2012 von den Fachstellen nachhaltiges Bauen sowie Energie- und Gebäudetechnik die Herausforderung gemeistert, das vom Gemeinderat verdoppelte Budget mit den bestehenden personellen Ressourcen abzuwickeln. Verschiedene wichtige Studien wurden in Angriff genommen oder konnten abgeschlossen werden. Schwerpunkte der Untersuchungen lagen beim Gebäudeparkmodell für die Stadt Zürich, bei der Wärmeversorgung, der Lüftungstechnik, dem Elektrizitätsverbrauch, den Elektrogeräten sowie der Grauen Energie für die Erstellung von Gebäuden und Technik.

Was die Rahmenkredite zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien über 10 und 18 Mio. Fr. anbelangt, konnten auch im dritten Jahr der Umsetzung wieder zahlreiche neue Bau- und Entwicklungsprojekte gestartet werden. Diese leisten einen wertvollen Beitrag zur Erreichung der vom Gemeinderat beschlossenen Ziele und liefern vielversprechende Erkenntnisse bei der Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft. Es zeigt sich jedoch auch, dass eine rasche Abwicklung der Rahmenkredite durch diverse Hindernisse verunmöglicht wird, zum Beispiel durch den langen planerischen Vorlauf der Projekte und durch die anspruchsvollen Bedingungen, hauptsächlich beim 18-Millionen-Kredit: Es können hier nur Massnahmen unterstützt werden, die über die 7-Meilenstritte hinausgehen, und dieser Anteil nur zu zwei Dritteln. Die Verteilung der Kreditsumme auf die Projekte wird weiterhin stark forciert.

### Fachstelle Kunst und Bau: Kunst bei den Menschen

Im laufenden Geschäftsjahr wurde das Credo, dass die Kunst bei den Menschen sein solle, für die sie entsteht, konsequent weiterverfolgt. Seit Mai 2012 können in den Kreisen 3, 4, 9 und 11 Zürichs Kunstwerke auf speziell konzipierten Rundgängen besichtigt werden. Diese Kunstwerke tragen neu auch Infotafeln mit QR-Codes, die den Kunstinteressierten Informationen zum Werk liefern. Im Weiteren kuratierte die Fachstelle in enger



Kochkurs in der Spitalküche Triemli im Rahmen des Projekts «Kunst Station Triemli». (Bild: Samuel Herzog)

Zusammenarbeit mit Verantwortlichen für das Pflegezentrum Bombach eine umfassende Bebilderung mit zahlreichen Werken von Zürcher Kunstschaffenden. Den Umbau des Stadtspitals Triemli schliesslich begleitet während zehn Jahren das Projekt «Kunst Station Triemli», das Spital-Mitarbeitende, Patientinnen und Patienten sowie die Anwohnerschaft mit einbezieht. Im Jahr 2012 stand die fiktive Insel Santa Lemusa – ein Projekt des Künstlers Samuel Herzog – im Zentrum verschiedener Aktivitäten, unter anderem Führungen, Kochkurse und Konzerte.

### Architektur-Auszeichnungen

Auch dieses Jahr durfte das AHB in der Rolle als Bauherrschaft zusammen mit den verantwortlichen Architektinnen und Architekten verschiedene Preise entgegennehmen. Die Instandsetzung des städtischen Schulpavillons Allenmoos II wurde von «Hochparterre» in der Kategorie Architektur mit dem «Bronzener Hasen» ausgezeichnet. Eine Anerkennung von «Hochparterre» gab es zudem für den Ersatzneubau der Siedlung Triemli der Baugenossenschaft Sonnengarten, für die das AHB den Architekturwettbewerb organisiert hatte. Im Rahmen der «Auszeichnung Nachhaltig Sanieren» verlieh die Stadt Zürich dem AHB eine Anerkennung für die Siedlung Nordstrasse, im Volksmund «Schindelhäuser» genannt.

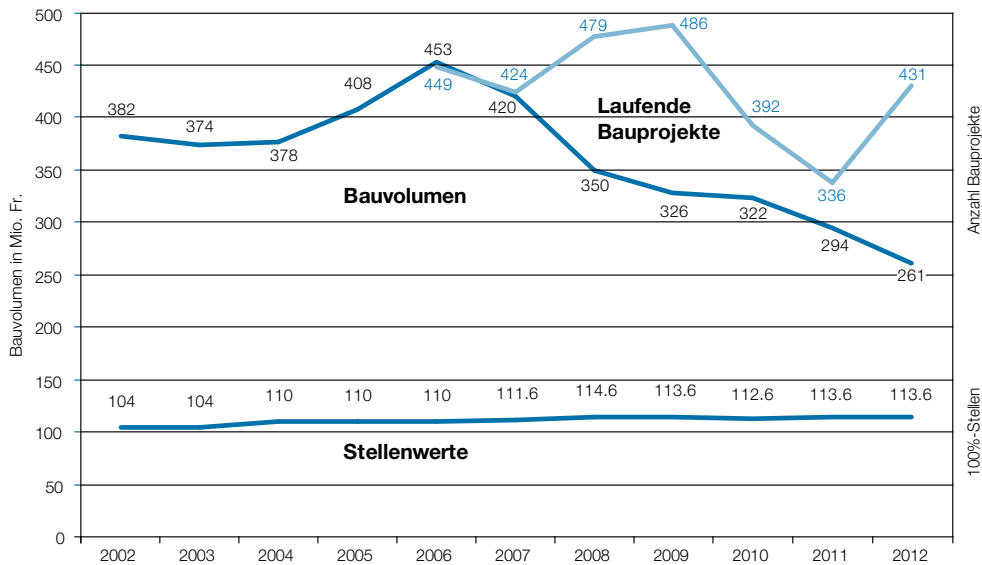


«Bronzener Hase» für den Schulpavillon Allenmoos II, Instandsetzung durch Boltshausen Architekten. (Bild: Beat Bühler)



### 4.3.3 Spezifische Kennzahlen

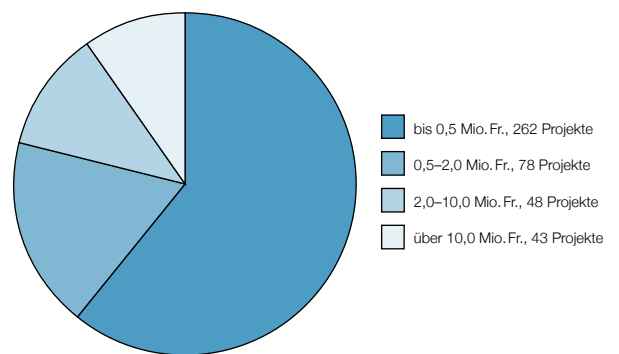
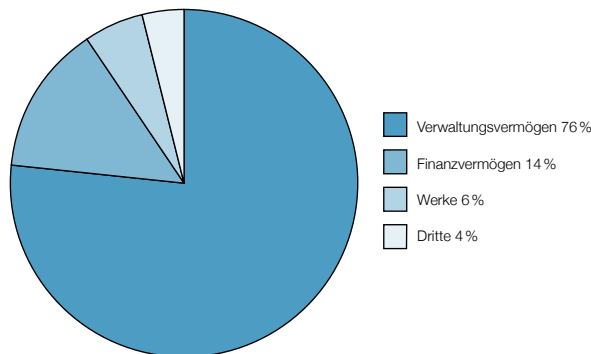
#### Entwicklung der laufenden Bauprojekte, des Bauvolumens sowie der Stellenwerte



Per 31.12.2012 hatte das AHB 431 laufende Projekte zu verzeichnen. Dies entspricht einer Zunahme von rund hundert Projekten gegenüber dem Vorjahr, wobei es sich mehrheitlich um Kleinprojekte handelt (siehe untenstehende Grafik). Im Verhältnis zum Bauvolumen sind diese im Bauprojektmanagement besonders personalintensiv. Das im Geschäftsjahr umgesetzte Bauvolumen liegt unter dem erwarteten Ergebnis von 300 Mio.Fr. Dies ist einerseits darauf zurück-

zuführen, dass einzelne grosse Bauvorhaben aufgrund von Projektüberarbeitungen (z. B. Schulanlage Blumenfeld) oder Rekursen (Hort Schulhaus Ilgen) nicht wie geplant in Angriff genommen werden konnten. Andererseits haben sich vereinzelt Projektverzögerungen aufgrund technischer Probleme (Hallenbad City) oder ausstehender immobilienstrategischer Entscheide (Amtshaus Walche) ergeben.

#### Aufteilung des Bauvolumens nach Nutzung sowie der laufenden Bauprojekte nach Kosten

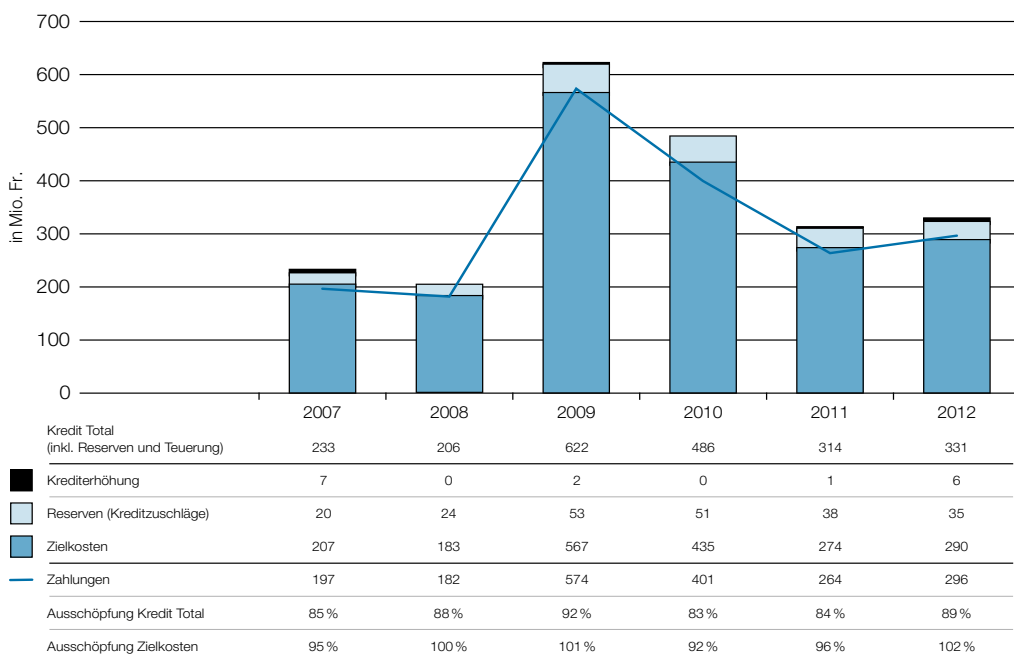


Die Aufteilung des im Geschäftsjahr umgesetzten Bauvolumens zeigt, dass rund drei Viertel davon das Verwaltungsvermögen betreffen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das anteilmässige Bauvolumen des Verwaltungsvermögens zugunsten des Finanzvermögens verringert.

Die Aufteilung der per 31.12.2012 laufenden Bauprojekte nach Kosten zeigt, dass es sich bei 262 (Vorjahr: 176) laufenden Bauprojekten um Kleinprojekte mit Erstellungskosten

unter 0,5 Mio.Fr., bei 126 (Vorjahr: 119) laufenden Bauprojekten um mittlere Projekte mit Erstellungskosten zwischen 0,5 und 10 Mio.Fr. und bei 43 (Vorjahr: 41) laufenden Bauprojekten um Grossprojekten mit Erstellungskosten über 10 Mio.Fr. handelt. Während bei den mittleren Projekten und bei den Grossprojekten keine wesentliche Verschiebung eingetreten ist, ist die Anzahl der Kleinprojekte gegenüber dem Vorjahr um 86 bzw. 49% signifikant angestiegen.

## Kreditbeanspruchung der abgerechneten Bauvorhaben

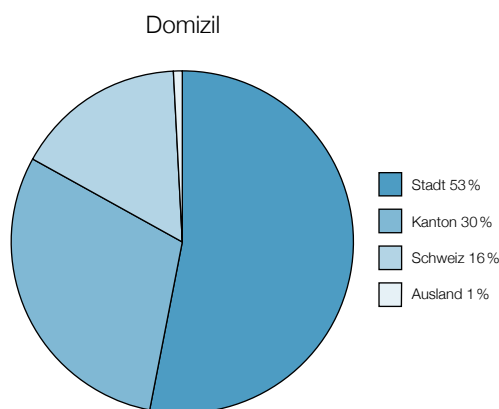
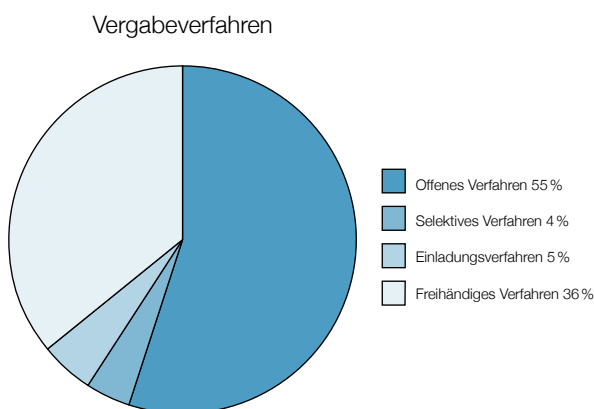


Im Geschäftsjahr wurden gesamthaft 25 Bauvorhaben (mit einer Kreditsumme grösser 1 Mio. Fr.) abgerechnet. Mit Zahlungen von gesamthaft 296 Mio. Fr. wurde die für diese Bauvorhaben bewilligte Kreditsumme (inkl. Reserven und Teuerung) von gesamthaft 331 Mio. Fr. um 35 Mio. Fr. bzw. 11 % deutlich unterschritten. Die Zielkosten (teuerungsberichtigte Kostenvoranschläge ohne Reserven) wurden lediglich um

6 Mio. Fr. bzw. 2 % überschritten. Die durchschnittliche Ausschöpfung der Zielkosten in den vergangenen sechs Jahren betrug 98 %.

Die Einzelauswertung dieser 25 Bauvorhaben zeigt, dass bei 16 Projekten keine Reserven und bei 8 Projekten Reserven beansprucht wurden. Lediglich bei einem Projekt musste eine Krediterhöhung beantragt werden.

## Vergabe von Bauaufträgen



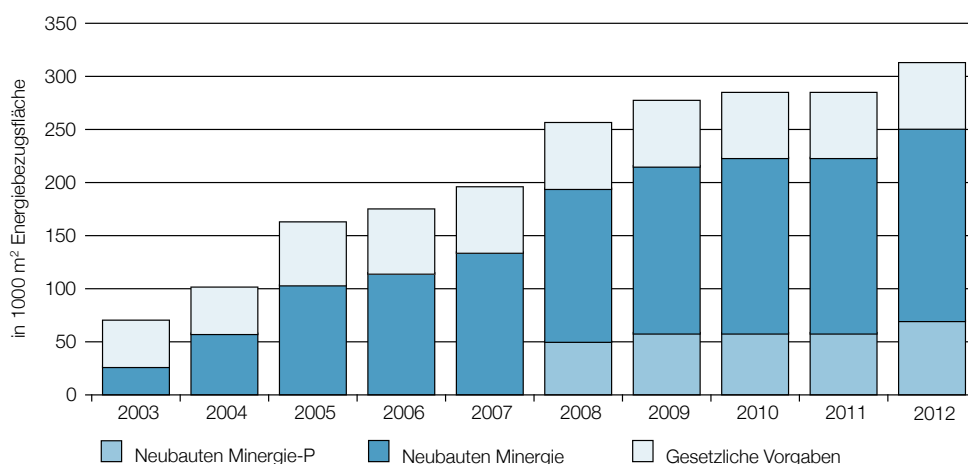
Im Bereich Bauleistungen wurden im Geschäftsjahr gesamthaft 2458 Bauaufträge im Wert von rund 218 Mio. Fr. vergeben, davon zu 55 % des Bauvolumens (120 Mio. Fr.) im offenen, zu 4 % (9 Mio. Fr.) im selektiven, zu 5 % (11 Mio. Fr.) im Einladungsverfahren und zu 36 % (78 Mio. Fr.) im freihändigen Verfahren. Gemäss interner Vergabestatistik zeigt sich weiter, dass beim AHB für die Ausschreibung von Bauaufträgen aufgrund der massgebenden Submissionsverordnung bei 127 Vergaben das offene, bei 1 Vergabe das selektive, bei 67 Vergaben das Einladungsverfahren und bei 2263 Vergaben das freihändige Verfahren zur Anwendung kam. Von diesen freihändig vergebenen Bauaufträgen wurden deren 19 im «überschweligen» Bereich gemäss den entsprechenden Ausnahmeklauseln vergeben.

Die zweite Grafik zeigt, dass 53 % der Vergaben (1306 Bauaufträge) an Firmen mit Domizil in der Stadt Zürich, 30 % (730 Bauaufträge) an Unternehmen mit Sitz im Kanton Zürich, 16 % (408 Bauaufträge) an Unternehmen mit Domizil in der Schweiz und 1 % (14 Bauaufträge) an Firmen mit Sitz im Ausland vergeben wurden. Das AHB arbeitet zu rund 83 % mit Unternehmen aus der Stadt oder dem Kanton Zürich zusammen. Diese Auswertung bestätigt, dass Zürcher Unternehmen gegenüber Mitbewerbern der übrigen Schweiz und dem Ausland absolut konkurrenzfähig sind.

Im Bereich der Planungsleistungen wurden 700 Dienstleistungsaufträge mit einem Gesamtvolumen von rund 53 Mio. Fr. vergeben.

### Kumulierte Flächen für Neubauten mit Minergie- bzw. Minergie-P-Standard

(massgebend ist der Zeitpunkt der Baueingabe)

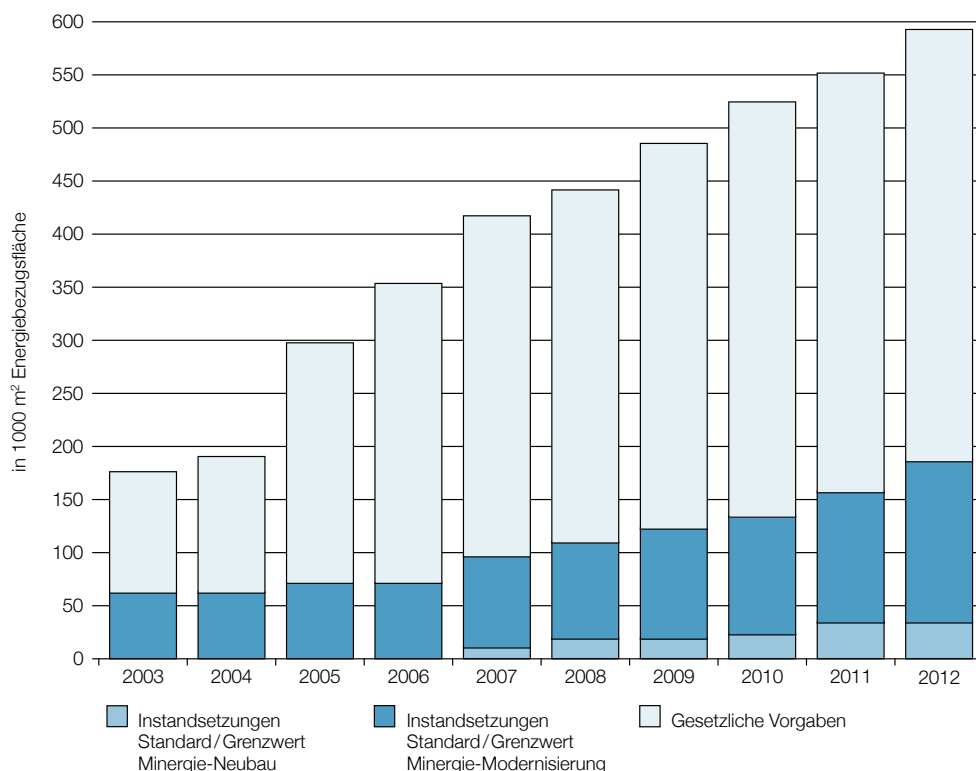


Bei den Neubauten wurde im Geschäftsjahr die Kunsthaus-Erweiterung (Minergie-P) und das Schulhaus Blumenfeld (Minergie-P-ECO) bewilligt. Seit Beginn der Aufzeichnungen

im Jahr 2001 wurde knapp 320000 m<sup>2</sup> Energiebezugsfläche neu erstellt, davon 52 % im Minergie- und 27 % im Minergie-P-Standard.

### Kumulierte Flächen für Instandsetzungen mit Minergie-Modernisierung bzw. Minergie-Neubauten-Standard/-Grenzwert

(massgebend ist der Zeitpunkt der Baueingabe)



Im Geschäftsjahr wurden neun Instandsetzungen bewilligt. Drei Projekte (15000 m<sup>2</sup>) erreichen das Minergie-Label, drei Projekte (11500 m<sup>2</sup>) den Minergie-Grenzwert ohne Label. Die verbleibenden drei Projekte (11500 m<sup>2</sup>) werden gemäss den gesetzlichen Vorgaben instand gesetzt. Seit Beginn der

Aufzeichnungen im Jahr 2001 wurden knapp 600000 m<sup>2</sup> Energiebezugsfläche instand gesetzt. 26 % entsprechen dem Standard für Minergie-Modernisierungen, 5 % dem Standard für Minergie-Neubauten.

## 4.4 Immobilien-Bewirtschaftung

### 4.4.1 Aufgaben

Die Immobilien-Bewirtschaftung (IMMO) vertritt die Stadt Zürich als Eigentümerin und Bewirtschafterin eines Grossteils der Immobilien im Verwaltungsvermögen. Sie berät den Stadtrat und die Departemente in allen strategischen Fragen zur Ressource Raum und ist in den Gebäuden für Instandhaltung, Hausdienst, Technik und Reinigung verantwortlich. Weitere Dienstleistungen sind Beschaffung, Miete und Zuteilung sowie die Ausstattung von Verwaltungs- und Schulräumen.

Die IMMO engagiert sich für eine nachhaltige Bewirtschaftung der ihr anvertrauten Gebäude: Sie berücksichtigt die politischen und finanziellen Vorgaben, betrachtet die Bedürfnisse der Benutzerinnen und Benutzer und behält die langfristige Zielsetzung der Stadtplanung im Auge.

Zentrale Herausforderungen der Zukunft sind neue Raumnutzungskonzepte (Effizienz), der verbreitete Einsatz alternativer Energien (Konsistenz) und das kostenbewusste Planen und Bauen (Suffizienz). Gemeinsam mit ihren stadtinternen Partnern sucht die IMMO nach mehrheitsfähigen Lösungen.

### 4.4.2 Personal und Organisation

#### Unternehmensentwicklung

Die mehrjährige Strategie der IMMO ist auf die Professionalisierung ihrer Dienstleistungen ausgerichtet. 2010 wurden die Rollen, Prozesse und Strukturen in der Immobilien- und Kundenbetreuung analysiert. Daraus abgeleitet, folgten 2011 Massnahmen, die zu einer einheitlichen Handhabung in allen Portfolios, einer besseren Ressourcensteuerung und einer Optimierung der Führungsspanne führten.

Im Berichtsjahr folgte nun die operative Umsetzung dieser Restrukturierung im IMMO-Kerngeschäft. Die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden hinsichtlich ihrer neuen Funktionen vertieft geschult. Für alle Projekt- und Objektübergaben wurden individuelle Realisierungspläne erstellt. Sämtliche Umsetzungsmassnahmen wurden 2012 abgeschlossen. Auf dieser Grundlage wird ab 2013 das Portfoliomanagement weiterentwickelt.

In Erfüllung des Gemeinderatspostulats 2009/571 hat im Berichtsjahr eine externe Organisationsberatungsfirma die IMMO hinsichtlich Strategien, Prozessen und Ressourcen überprüft. Resultate dieser Analyse werden 2013 vorliegen.

#### Projekt «Produkte und Verrechnung»

Die IMMO hat im Berichtsjahr weiter an den Grundlagen zur Umsetzung ihrer neuen Produkte- und Verrechnungsstruktur per Budget 2014 gearbeitet: Am 1. Oktober 2012 wurde das SAP-Modul RE-FX in Betrieb genommen. Seine Schnittstelle mit dem Computer Aided Facility Management ist konzeptionell erstellt und wird im Frühjahr 2013 aktiviert. Die Datenharmonisierung zwischen diesen beiden Systemen wird vorgängig abgeschlossen.

Das Projekt «Produkte und Verrechnung» befindet sich somit in der Einführungsphase. 2013 schliesst die IMMO mit all ihren städtischen Leistungsbezügern neue Dienstleistungsvereinbarungen ab.

### Abgabe Stadtspitäler – Übergangsphase

Aufgrund des neuen kantonalen Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes ergab sich für die Stadt Zürich auch eine Neuordnung der baulichen Investitionen. Die IMMO übertrug den beiden Stadtspitalern Waid und Triemli mit dem Novemberbrief 2011 die Investitionskredite und die Abschreibungen. Im Berichtsjahr erarbeitete das GUD in enger Zusammenarbeit mit der IMMO eine Weisung zur detaillierten Klärung der Übergabe. Der Stadtrat genehmigte sie Ende November 2012. Noch ausstehend sind die bilateralen Leistungsvereinbarungen zwischen den Stadtspitalern und der IMMO.



Operation Stadtspitäler: Eine Weisung regelt die Übertragung von der IMMO ins GUD.  
(Bild: Theodor Stalder)

### Pikettdienst Gebäudetechnik

Nach den positiven Erfahrungen mit dem EWZ-Nachtpikett wurden die Verträge betreffend Intervention im Bereich der Gebäudetechnik nochmals ausgedehnt: Seit 1. Juli 2012 umfassen sie einen Rund-um-die-Uhr-Störfalldienst.

Die EWZ-Störungszentrale registriert und dokumentiert somit alle Störfälle bei Heizungs-, Lüftungs-, Kälte-, Klima- und Notstromanlagen in IMMO-Gebäuden. Die Störungsbehebung vor Ort beginnt spätestens zwei Stunden nach Eingang der Meldung. Die verstärkte Zusammenarbeit hat sich bereits sehr gut bewährt.

### 4.4.3 Strategien und Standards

#### AFP 2014–2017: Investitionsplanung

Parallel zur Auslagerung der beiden Stadtspitäler aus dem IMMO-Portfolio hat der Stadtrat 2011 den Investitionsplafond für das Verwaltungsvermögen der IMMO gesenkt. Der Wegfall der Investitionstranchen für das Triemlihospital konnte jedoch kurzfristig nicht durch neue Projekte kompensiert werden. Deshalb wird der Plafond 2012 und vermutlich auch 2013 unterschritten.

Im Berichtsjahr verdeutlichten sich jedoch die grossen Herausforderungen, die mit der Investitionsplanung zu bewältigen sind – namentlich beim Ausbau der schulischen Infrastruktur. Der weitere Ausbau der Kinderbetreuung und die verzögerte Realisierung einzelner Bauvorhaben infolge von Rekursen und Planungsänderungen kombiniert mit drei Motionen aus dem Gemeinderat, die den vorgezogenen Bau der Schulanlagen Allmend, Thurgauerstrasse und Letzi-Mitte fordern, würden nach heutigem Kenntnisstand dazu führen, dass der Plafond ab 2015 stark überschritten wird.

Diese Ausgangslage hat die IMMO dem Stadtrat anlässlich der Novemberklausur präsentiert. Damit hat der Stadtrat die Möglichkeit, zur Einhaltung des Investitionsplafonds steuernd einzugreifen. In einer ersten Runde wurden nur jene Projekte bewilligt, die 2013 in die Phasen «Projektdefinition» und «Machbarkeit» kommen. Die zur Verfügung stehenden finanziellen wie personellen Ressourcen erfordern aber künftig Anpassungen bezüglich Umfang der Projekte, Reihenfolge der Realisierung bzw. Bezugstermine.

### **Räumliche Entwicklungsstrategie für öffentliche Bauten (RES 9)**

Genug Raum für städtische Einrichtungen zu sichern, das ist die Aufgabe des Projekts «RES 9» unter Leitung der IMMO. Eine wachsende Stadt erzeugt auch Infrastrukturbedarf: Zürich wird weitere Schulen, Kinderbetreuungs- und Alterseinrichtungen, aber auch Tramdepots und Werkhöfe brauchen. Angesichts einer zunehmenden Verdichtung und eines boomenden Wohnungsbaus besteht die Herausforderung darin, bestehende Infrastrukturstandorte zu halten bzw. neue zu finden.

Zentrale Handlungsfelder des Projekts:

- Stadtplanung: laufende Integration des infrastrukturellen Raumbedarfs in Planungsprozesse und breite Abstützung von Standortfragen
- Nutzerstrategien: verstärkte Hinterfragung von Raumbedarfsstrategien sowie deren Flächenverbrauchs- und Kostenfolgen
- Grundeigentum: gezielte Reservation städtischer Landreserven und – wo möglich – Grundstückerwerb zur Arrondierung städtischer Anlagen
- Baurecht: vorausschauende Festlegung in der Richt- und Nutzungsplanung, um Standorte für öffentliche Einrichtungen der Konkurrenz durch lukrativere Nutzungen zu entziehen
- Nachhaltigkeit: sparsamer Umgang mit finanziellen und räumlichen Ressourcen (zum Beispiel flächensparende Bauungsformen) und Gewährleistung der langfristigen Tragbarkeit von Investitionen

RES 9 wird im Frühjahr 2013 mit einem Bericht zu Bestand und Bedarf in den Immobilienportfolios des Verwaltungsvermögens abgeschlossen und danach dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

Trotz intensiver Zusammenarbeit in diversen Projektgremien konnten keineswegs alle pendenten Standortbedürfnisse erledigt werden. Weiterhin nötig sind eine departementsübergreifende Koordination für Standort- und Raumfragen, ein Kernteam für Standortfragen und eine Anlaufstelle für Raumangebote. Zudem sind Prozesse für Standortsuchen bzw. -entscheide zu definieren.

### **Raumbedarfsstrategien der engeren Verwaltung**

Die Strategien der Departemente enthalten Aussagen zu Rahmenbedingungen, die zur Erfüllung ihrer Kernaufgaben relevant sind. Sie nehmen auch Bezug auf künftige Einflussfaktoren und übergeordnete Ziele des Departements. Davon leitet das Departement den Ressourcenbedarf, im Fall der Raumbedarfsstrategie (RBS) den Raumbedarf ab. Kalkulationsbasis ist unter anderem die Anzahl zusätzlich benötigter Arbeitsplätze und der Bedarf an Archivflächen.

Die RBS gibt also Antworten auf die Fragen, wann, wo, wie viel und in welcher Qualität Raum benötigt wird. Sie ist gemäss der Investitionspolitik des Stadtrats in Bezug auf Hochbauten die Voraussetzung für sämtliche Raumanträge bzw. Bestellungen zuhanden der IMMO.

Mit der fachlichen Unterstützung der IMMO wurden 2012 nach längerer Verzögerung die RBS des HBD und des FD fertiggestellt. Letztere wurde durch den Stadtrat bereits zur Kenntnis genommen. Zurzeit erarbeiten das GUD und das SD ihre RBS. Die Dienstabteilung SRZ aktualisiert ihren Masterplan.

Für das Jahr 2013 werden die Ergebnisse aus dem TED, dem SSD und dem PRD (Teil Verwaltung) erwartet. Künftig sollen die Departemente ihre RBS in regelmässigen Abständen kontrollieren und bei Bedarf überarbeiten.

### **Standort- und Raumoptimierung (Staro)**

Die durch die IMMO 2010 erstellte «Portfoliostrategie 2020 engere Verwaltung» wurde im März 2011 durch den Stadtrat gutgeheissen, dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme weitergeleitet und der Spezialkommission HBD/Stadtentwicklung präsentiert.

2012 wurden die Ist-Flächendaten aller Verwaltungsbauten (Bürobauten) neu erhoben und mit den bereits vorhandenen RBS der Departemente abgeglichen (vgl. auch Abschnitt «Raumbedarfsstrategien der engeren Verwaltung»). Die strategischen Grundsätze befinden sich in Überarbeitung.

Die Deckung des zwingenden Flächenbedarfs und der Ersatz teurer Mietobjekte bedingen grundsätzlich ein neues Verwaltungszentrum und/oder die Zentralisierung der Stadtpolizei. Basierend auf den oben genannten drei Komponenten wird 2013 der nächste Bericht zur Portfoliostrategie der Verwaltungsbauten fertiggestellt und wiederum dem Stadt- und dem Gemeinderat vorgelegt.

### **Raumstrategie Betreuung**

2011 bewilligte der Stadtrat die vom Schulamt definierten Vorgaben und Eckwerte für die Betreuungsplanung provisorisch für zwei Jahre. Mit diesen Vorgaben werden der Flächenbedarf für die langfristigen Raumstrategien, die Projektdefinitionen für die mittelfristig anstehenden Bauprojekte und die aktuellen Betreuungsprojekte berechnet und umgesetzt.

Auf der Grundlage der provisorischen Planungswerte sind zum Beispiel für ein Schulhaus mit vier Kindergärten und zwölf Primarklassen etwa neun Räume in Klassenzimmergrösse ausschliesslich für die Betreuung nötig. Über Mittag können zudem Turnhallen, Bibliotheken, Gruppen-, Werk- oder Mehrzweckräume genutzt werden.

Seit 2011 wird das gesamte Betreuungskonzept unter der Federführung des Schulamts bearbeitet. Der Abschluss ist auf Mitte nächsten Jahres geplant. Mit den Resultaten soll auch die definitive Raumstrategie Betreuung genehmigt werden.

Der Betreuungsschwerpunkt liegt in der unterrichtsfreien Zeit, in der die bestehenden Schulräume kaum genutzt werden. Der IMMO ist es deshalb weiterhin ein Anliegen, zusätzliche Betreuungsflächen sparsam zu erstellen. Zur erheblichen Reduktion der teuren Betreuungsflächen strebt die IMMO beispielsweise die etappierte Verpflegung der Schulkinder und die konsequente Mehrfachnutzung der Räume an.

### Neue Züri-Modular-Pavillons

Zwischen 1998 und 2011 wurden zur Schaffung von provisorischem Schulraum dreissig Züri-Modular-Pavillons (ZM) gekauft. Aufgrund der fehlenden rechtlichen Grundlage zur Beschaffung weiterer ZM wurde 2012 eine auf dem bisherigen Typ basierende zweite Generation ZM submittiert.

Die neuen Pavillons sind nach wie vor modular und versetzbar, erfüllen jedoch auch den Minergie-Standard und sind pro Geschoss um rund 10 % grösser. Damit entsprechen sie den kantonalen Flächenempfehlungen für Schulhausanlagen. 2012 wurden drei doppelstöckige ZM der neuen Generation platziert. Für 2013 sind fünf Projekte und zwei Aufstockungen geplant. Bis 2019 dürfte die Pavillonflotte auf rund fünfzig Stück anwachsen.

ZM ersetzen auch in Zukunft keine definitiven Schulhäuser. Sie bleiben aber ein unentbehrliches Element der städtischen Schulraumplanung, weil mit der deutlich kürzeren Realisierungsdauer dieser Pavillons Unschärfen in den Schülerprognosen aufgefangen werden können: Der vollwertige Schulraum der ZM steht nach rund zwei Jahren zur Verfügung, neue Schulhäuser hingegen erst nach acht bis zehn Jahren (Realisierungsdauer nach Aufnahme in den Finanzplan).



Züri-Modular-Pavillons sind ein zentrales Element der städtischen Schulraumplanung. (Bild: Marc Huber)

#### 4.4.4 Immobilienunterhalt, Bauprojekte und Facility Management

##### Investitionen und Unterhalt

Mit den budgetierten Mitteln in der Investitions- und der Laufenden Rechnung hat die IMMO im Berichtsjahr 853 Bauvorhaben und Projekte im Bereich des baulichen Unterhalts realisiert.

In der Investitionsrechnung sind es 237 Projekte, davon zwanzig Einzelprojekte über 2 Mio. Fr. und 199 Projekte zwischen 0,1 und 2 Mio. Fr. Der Schwerpunkt des personellen Aufwands liegt nicht in den Grossprojekten, sondern in den vielen Kleinen, die knapp 44 % des Budgets ausmachen.

Die Laufende Rechnung bildet vor allem jene Arbeiten ab, mit denen IMMO-ObjektmanagerInnen die Gebrauchstauglichkeit und Sicherheit der Bauten erhalten. Hier wurden mit 33% der Projekte (205 Einzelmassnahmen) 83% des Budgets umgesetzt. Die übrigen 411 Eingriffe verursachten jeweils Kosten von unter 0,1 Mio. Fr. Letztere Kategorie bindet überproportional personelle Ressourcen, da der Projektleitungsaufwand bei kleinen Unterhaltsprojekten nicht viel geringer ist als bei grossen.



Multifunktionale Räume im Schulhaus Allenmoos II. (Bild: Marc Huber)

##### Abschluss grosser Projekte im Portfolio Schulbauten

2012 konnten nach erfolgreicher Instandsetzung drei Schulbauten frisch bezogen werden. Es handelt sich um die Primarschulhäuser Ilgen und Weinberg sowie den Betreuungsbau Allenmoos II.

Die Gebäudehüllen des Ilgen wurden letztmals in den Sechzigerjahren erneuert. Seither konnten aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel nur die dringendsten Unterhaltsmassnahmen getätigt werden. Die Gesamtinstandsetzung war entsprechend nötig. Im Schulhaus Ilgen B wurden in den Korridoren Gruppenräume eingebaut, in der Turnhalle die Nebenräume erweitert. Die denkmalgeschützten Gebäude entsprechen nun dem Minergie-Standard.

Beim Schulhaus Weinberg stand ebenfalls eine Gesamtinstandsetzung an. Zudem wurden die Belegungskonzepte der zur selben Primarschuleinheit gehörenden Schulhäuser Turner und Rösli optimal auf die bestehenden Gebäudestrukturen abgestimmt: Neben dem neuen Betreuungsbereich hat das Schulhaus Weinberg nun auch einen zentralen Mehrzwecksaal. Die grossen Räume des Schulhauses Turner dienen primär dem Unterricht, das kleinstrukturierte Schulhaus Rösli wird vor allem durch die Musikschule Konservatorium Zürich genutzt.

Das ehemalige Kleinschulhaus Allenmoos II wurde instand gesetzt, erweitert und zum Hort umfunktioniert. Rund sechzig Kinder können zusätzlich betreut werden. Sämtliche Räume sind multifunktional ausgestaltet: Sie können unabhängig von der jetzigen Erstrnutzung künftig sowohl als Verpflegungs-, als Aufenthalts- wie auch als Schulraum dienen.

Der Hortneubau an der Fehrenstrasse und der Umbau des ehemaligen Schulhauses Am Uetliberg sind nach wie vor durch Rekurse blockiert.



Cafeteria und Aufenthaltsbereich im Pflegezentrum Bombach. (Bild: Theodor Stalder)

### Abschluss grosser Projekte im Portfolio Gesundheitsbauten

Das Pflegezentrum Bombach wurde 1965 in Betrieb genommen. Im Rahmen des Masterplans der Pflegezentren der Stadt Zürich erfolgte von 2010 bis 2012 eine Gesamtinstandsetzung. Das Gebäude wurde sowohl baulich als auch betrieblich an die Standards eines zeitgemässen Pflegezentrums angepasst.

Neben der Instandsetzung wurde Wert auf die Komfortverbesserung für die BewohnerInnen und das Personal gelegt. Die Zwei- und Vierbettzimmer sind in Ein- und Zweibettzimmer umgebaut und mit direkt zugeordneten Nasszellen ergänzt worden.

### Abschluss grosser Projekte im Portfolio Verwaltungsbauten

Das Portfolio Verwaltungsbauten stand 2012 ganz im Zeichen des Projektabschlusses OIZ Albis: Ende Jahr bezog der städtische Informatikdienst in Zürich-Albisrieden seinen neuen Hauptstandort und sein zweites Rechenzentrum.

Mit dem Umzug einher geht eine Effizienzsteigerung in den betrieblichen Abläufen: Die zahlreichen über das ganze Stadtgebiet verteilten Serverräume und ein bisheriges Rechenzentrum werden aufgehoben und auf das neue Rechenzentrum in Albisrieden und auf jenes im Hagenholz konzentriert.

Beim Bau des neuen OIZ-Zentrums wurde rundum auf nachhaltige Lösungen gesetzt: Das eine bestehende Gebäude wurde in einen Bürokomplex für rund 400 Arbeitsplätze umgebaut und energetisch optimiert. Die Serverkühlung aus dem Rechenzentrum versorgt künftig mehrere Hundert Wohnungen in der Nachbarschaft mit Wärme. Der Neubau schliesslich, der die beiden bestehenden Gebäude auf dem Areal verbindet, ist das erste Verwaltungsgebäude der Stadt Zürich im Minergie-Eco-Standard.

### Entwicklung der IMMO-externen Mieten

Die Ausgaben für IMMO-externe Mieten im Portfolio Verwaltungsbauten haben auch 2012 zugenommen. Diese Entwicklung über die vergangenen Jahre wird sich mittelfristig noch fortsetzen, da es den steigenden Raumbedarf provisorisch zu decken gilt, bis ein zweites Verwaltungszentrum zur Verfügung steht. Erst damit sind die Voraussetzungen gegeben, um mehrere Verwaltungsstandorte zusammenzufassen und die Ausgaben für IMMO-externe Mieten deutlich zu reduzieren (vgl. auch Abschnitt «Standort- und Raumoptimierung»).

Auch im Portfolio Schulbauten steigen die Ausgaben für IMMO-externe Mieten. Abgesehen davon unterscheidet sich die Ausgangslage aber grundsätzlich von jener im Portfolio Verwaltungsbauten: Es wird auch langfristig sinnvoll bleiben, den steigenden Raumbedarf für die Betreuung und für Kindergärten, der in den Quartieren sehr dezentral angeboten werden muss, zu einem Teil mit Einmietungen zu decken, beispielsweise direkt in grösseren Wohnsiedlungen. Eine Vielzahl neuer stadteigener Kleinbauten wäre ökonomisch nicht vertretbar und aufgrund der knapper werdenden Landressourcen kaum realisierbar.

### Entwicklung der Kosten für IMMO-externe Mieten 2007–2012

Stadtinterne Mieten und Mieten Dritter in Mio. Fr.	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Portfolio Verwaltungsbauten	19.0	21.5	22.2	22.4	23.3	27.2
Portfolio Schulbauten	6.0	6.0	6.0	5.8	6.2	6.8
<b>Total</b>	<b>25.0</b>	<b>27.5</b>	<b>28.2</b>	<b>28.2</b>	<b>29.5</b>	<b>34.0</b>

### Ausstattung/Umzüge

Im Bereich der allgemeinen Verwaltung hat die IMMO im Berichtsjahr gegen 840 Büroarbeitsplätze geplant und neu eingerichtet. Für rund 950 Arbeitsplätze mussten Umzüge organisiert werden. Zusätzlich wurden etwa 180 Bürohilfs-, Lager- und Spezialräume rochiert, teilweise neu eingerichtet oder ergänzt. Bei der Sanierung des Stadtarchivs zügelte die IMMO mehr als 8 km Archivalien.

Um in Zukunft die Beschaffung und den Unterhalt des Verwaltungsmobiliars noch gezielter steuern zu können, ist der

Aufbau einer Mehrjahresersatz- und -finanzplanung beschlossen worden. Die Erfahrungen mit dem analogen System für das Mobiliar der Schulen, Kindergärten und Horte sind sehr positiv.

Im Bereich Schulen wurden 37 Unterrichtsräume und 46 Zusatzräume mit einer neuen Inneneinrichtung ausgestattet. Hinzu kamen 27 Horte und 26 Kindergärten. Die ersten beiden Komplettlieferungen mit dem neuen Schulmobiliar züri@school gingen in die Schulhäuser Weinberg und Ilgen.



Schulhaus Weinberg: erste komplette Ausrüstung mit der neuen Mobiliarlinie züri@school.  
(Bild: Balz Murer)

## Regie-Betrieb

Das Fachteam Logistik rüstete verschiedene Anlässe mit Bauten, Leihmobiliar und Flaggen aus. Dazu zählten die Bundesfeier, die Zürcher Festspiele, der Stadtumgang, das Zürcher Filmfestival, das Theater Spektakel und Zürich Multimobil.

Im Auftrag der IMMO wurden durch die Schreinerei und Zimmerei 13 500 Arbeitsstunden für die Instandhaltung der städtischen Liegenschaften aufgewendet. Der FSC-zertifizierte Betrieb konnte in diesem Jahr wieder FSC-Mix-Produkte wie Tischgarnituren, Spielhäuser oder Klotzkisten für Kindergärten herstellen.

Das Fachteam Produktion erstellte Einrichtungen für vier Literatursammlungen im Strauhof, darunter eine Veranstaltung über den Schriftsteller Christoph Martin Wieland. Im Helmsow sowie im Stadthaus wurden Wechselausstellungen wie «Grösser als Zürich», «San Keller Spoken Work» oder «Werk- und Atelierstipendien der Stadt Zürich» angefertigt und aufgebaut.

Das Modellbauatelier ergänzte am Stadtmodell 1:1000 die Teile «Altstetten» und «Manegg».

Die seit 1. Januar 2012 umgesetzte Neuorganisation des Regie-Betriebs in ein Produktions- und ein Montageteam ermöglicht es, die Ressourcen der Mitarbeitenden noch besser zu nutzen und einzusetzen.

## Kunstsammlung der Stadt Zürich

Nach Abschluss des Projekts «Standortkontrolle» wurden die Vor-Ort-Kontrolle, die Suche nach Werken ohne Standortangaben und die Aktualisierung von Werksangaben ins Tagesgeschäft übertragen. Im Berichtsjahr wurde weiterhin an der Inventarisierung von Künstlernachlässen gearbeitet, welche die Stadt in den letzten dreissig Jahren angenommen hatte. Insbesondere zählt dazu auch das Atelier von Hermann Haller mit rund 1200 Kunstwerken. Mit den Ressourcen für die Bewirtschaftung der Kunst- und Bau-Werke konnte 2012 zudem die Grobinventarisierung abgeschlossen werden.

### 4.4.5 Nachhaltigkeit

#### HBD-Projekt «Kostenklarheit»

Das HBD-Projekt «Kostenklarheit» lieferte 2012 nationale Vergleichsdaten zur Positionierung der Stadtzürcher Bauten und deckte Optimierungspotenziale auf. Die IMMO unterstützte das

Projekt mit zwei internen Analysen: Die eine suchte Kostentreiber bei den Standards und Richtlinien, die andere bei den Prozessen mit Schwerpunkt «Zürich baut – gut und günstig!».

Das Projekt «Kostenklarheit» machte unter anderem deutlich, dass das grösste Optimierungspotenzial lange vor der eigentlichen Bauphase liegt. In einem der Nachfolgeprojekte entwirft die IMMO nun einen gesamtstädtisch verbindlichen Prozess zur Bestellung von Hochbauten und zur Planung der entsprechenden Investitionen.

Gemeinsam mit dem AHB wird zudem ein Weiterbildungskonzept für städtische Mitarbeitende, die am Planen und Bauen beteiligt sind, entwickelt. Der Stadtrat hat die Schulung der vereinbarten Prozesse für obligatorisch erklärt. Schliesslich sollen gemeinsam mit dem Schulamt der in den letzten Jahren stetig gewachsene Flächenbedarf pro SchülerIn analysiert und die Standards überprüft werden (vgl. auch Abschnitt «Flächenbedarf Volksschule»).

## Flächenbedarf Volksschule

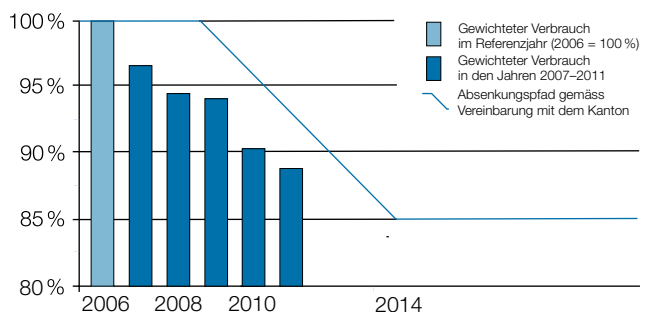
Der Flächenbedarf der Volksschule nimmt seit 1940 stetig zu. Seit 1960 hat sich die Geschossfläche pro Schülerin bzw. Schüler fast verdreifacht. Die Zunahme der letzten Jahre hat verschiedene Gründe: Im Vordergrund stehen Quartierentwicklungen, neue pädagogische Konzepte und insbesondere die Vergrösserung des Betreuungsangebots (vgl. auch Abschnitt «Raumstrategie Betreuung»).

Die Flächenzunahme ist ein Kostentreiber und steht im Widerspruch zu den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft. Zudem müssen die steigenden Investitions- und Unterhaltskosten für die Bauten gesichert werden. Aus diesen Gründen und in Übereinstimmung mit dem Projekt «Kostenklarheit» (vgl. auch Abschnitt «HBD-Projekt «Kostenklarheit»») haben das Schulamt und das HBD im Berichtsjahr ein Projekt gestartet, das den Flächenbedarf der Volksschule kritisch analysieren soll.

Ziel ist es, Fragen zur aktuellen und künftigen Flächennutzung zu beantworten und dem weiteren Flächenwachstum entgegenzutreten, das in der Volksschule aufgrund der Umstellung auf die kantonalen Empfehlungen von 2012 und der städtischen Richtlinien zu Zusatzräumen absehbar ist.

## Energiegrossverbraucher und Energieoptimierung

Bis 2014 soll durch kontinuierliche Optimierung der Grossverbraucher im IMMO-Portfolio 15 % weniger Energie verbraucht werden. Im fünften Jahr der Energieoptimierung kann eine Reduktion des Energieverbrauchs um knapp 10 % verbucht werden. Verglichen mit dem Referenzjahr 2006 entspricht dies einer Einsparung von rund 23 Mio. Fr. und einer Reduktion von über 33 000 Tonnen CO<sub>2</sub>.



Reduktion des Energiekonsums der 91 Grossverbraucherobjekte der IMMO.



## Ausweitung der energetischen Optimierung

Die energetische Optimierung der Grossverbraucherobjekte ist ein zentraler Beitrag der IMMO zur 2000-Watt-Gesellschaft. Das Konzept ist sowohl ökologisch wie auch wirtschaftlich sinnvoll: Die finanziellen Einsparungen durch den Minderverbrauch übersteigen die personellen und technischen Kosten bei Weitem.

Die IMMO hat sich deshalb zu einer Ausweitung der Energieoptimierung auf weitere vierzig Gebäude entschlossen. Denn die Massnahmen lohnen sich nicht nur bei den 91 grössten Energieverbrauchern, die derzeit betreut werden. Die Optimierung zahlt sich auch noch bei diversen Objekten aus, die auf der Energieverbrauchsliste folgen.

Die Ausweitung wird schrittweise bis 2015 vollzogen. Bis Ende Berichtsjahr wurde die Messtechnik bereits in 37 Objekten installiert. Die künftig 131 Gebäude bzw. Gebäudegruppen, die permanent energetisch optimiert werden, verbrauchen rund die Hälfte der Energie aller IMMO-Gebäude.

## 4.5 Amt für Baubewilligungen

### 4.5.1 Aufgaben

Das Amt für Baubewilligungen (AfB) vollzieht die baurechtlichen Vorschriften und erfüllt dabei insbesondere die Aufgaben der Bauberatung, Prüfung der Baugesuche mit Antragstellung an die Bausektion (örtliche Baubehörde, bestehend aus drei Mitgliedern des Stadtrats), Bearbeitung von Rechtsmittelgeschäften, Erteilung verschiedener Bewilligungen, Kontrolle der Bauausführung, Kontrolle der Aufzüge und Krane sowie Kontrolle der Sicherheit auf Baustellen. Zudem bietet das AfB Einsicht in die Pläne der aktuell ausgeschriebenen Baugesuche und in die archivierten Pläne der Gebäude der Stadt Zürich.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

Aufgrund der vom 1. Januar 2012 bis 31. Juli 2012 vakanten Direktorenstelle lag der Hauptfokus des AfB im ersten Halbjahr auf der Abwicklung des Tagesgeschäftes. Die Vakanz brachte auch den Unterbruch der 2011 gestarteten Organisationsentwicklung mit sich.

Am 1. August 2012 nahm der neue Direktor, Ulrich B. Mayer, als Nachfolger von Drazenka Dragila-Salis seine Tätigkeit auf. Die Geschäftsleitung des Amtes für Baubewilligungen ist damit wieder vollständig besetzt.

Kurz nach seinem Amtsantritt griff Ulrich B. Mayer die unterbrochene Organisationsentwicklung wieder auf. Es wurden Teilnehmer aus allen Abteilungen für die Mitarbeit gewonnen, und nach einer von Human Resources Management (HRZ) gut unterstützten Evaluation konnte ein Moderator engagiert werden. Die Organisationsentwicklung umfasst das ganze AfB. Es werden sowohl die Ablauforganisation (effiziente Prozesse) als auch die Aufbauorganisation (klare und sinnvolle Struktur der Organisation) und die Kultur (definierte und gelebte Führungs- und Amtskultur) untersucht. Interviews mit der Geschäftsleitung haben stattgefunden, und der erste Workshop fand Anfang Januar 2013 statt.

## Baubewilligungen

Das ungebremst steigende Bedürfnis nach Wohnraum und Investitionsmöglichkeiten hat auch im 2012 zu einer sehr

starken Bautätigkeit geführt. Dies äusserste sich u. a. in der grossen Zahl der zu behandelnden Baugesuche. Die Anzahl Bauentscheide hat sich auf sehr hohem Niveau erneut gesteigert und liegt nun mit 3693 Bauentscheiden über derjenigen des historischen Höchststandes von 2010. Die Zahl der Rechtsmittelverfahren hat dabei erfreulicherweise um knapp 10% auf insgesamt 205 abgenommen.

Vor dem Hintergrund der grossen Arbeitslast und der grossen Normendichte war es nicht einfach, alle Baubewilligungsverfahren fristgerecht abzuwickeln. Insgesamt ergingen 29,8% der Bewilligungen nach der gesetzlichen Frist. Rund ein Drittel der Verzögerungen haben die Bauherrschaft und zwei Drittel die Behörden zu verantworten. Zu den von den Behörden verursachten Verzögerungen trugen nebst der grossen Anzahl von Baugesuchen auch Verspätungen bei der Bearbeitung von Vernehmlassungen infolge Unterdotierung und Personalausfällen, der Wechsel von Kreisarchitektinnen und Kreisarchitekten mit der damit verbundene Einführungsphase für die neuen Mitarbeitenden sowie die bereits erwähnte zunehmende Normendichte bei.

Die nicht zuletzt aufgrund dieser Umstände initiierten Projekte «Organisationsentwicklung» und «Verbesserung des Baubewilligungsverfahrens» sollten in den kommenden Jahren Früchte tragen und zur Optimierung und Beschleunigung der Abläufe beitragen. Das Projekt «Verbesserung des Baubewilligungsverfahrens» konnte bereits in die Phase der operativen Umsetzung überführt werden. Es wurde dabei insbesondere festgestellt, dass im Prozess und Ablauf des Baubewilligungsverfahrens Verbesserungspotenzial vorhanden ist. Die Notwendigkeit der verbesserten amtsübergreifenden Kooperation wurde erkannt, das gegenseitige Verständnis der am Baubewilligungsprozess beteiligten Stellen und das Rollenverständnis wurde durch das Projekt gestärkt, die Zusammenarbeit verbessert. Dies wurde einerseits durch eine offene Projektkultur, andererseits durch die genaue Analyse der Daten und Fristeinhalten der beteiligten Vernehmlassungsstellen erreicht.

Erste Massnahmen wurden umgesetzt und einige Verbesserungen konnten bereits erzielt werden. So wurden beispielsweise die Mahnlisten optimiert und Leserechte der Vernehmlassungsstellen in der Geschäftsabwicklungsplattform des AfB eingeführt, Prozesse digitalisiert und Besprechungsplattformen institutionalisiert. Zudem wurde die Feedbackkultur verbessert, wodurch sich die Reibungsverluste verringerten. Als Nächstes ist, sofern technisch möglich und sinnvoll, die weitergehende Öffnung der elektronischen Geschäftsabwicklungsplattform des AfB für die Vernehmlassungsstellen geplant.



Aktenarchiv. (Bild: Jacqueline Schilling)

## Baukontrolle

### *Baurechtliche Beratungs- und Kontrolltätigkeiten:*

Die Anzahl der Baukontrolltätigkeiten entspricht ungefähr derjenigen des Vorjahres. Die kundenorientierte Beratung, die auf eine möglichst auflagenfreie Bauabnahme abzielt, wurde wie in vergangenen Jahren intensiv von Bauherrschaften, Architekten und anderen Baufachleuten genutzt. Daneben machen viele auswärtige Gemeindeverwaltungen Gebrauch vom Bausicherheitswissen des AfB. Im Interesse einer kundenfreundlichen Beratung wurden in Zusammenarbeit mit der städtischen Feuerpolizei und dem städtischen Arbeitsinspektorat die gesetzlichen Bestimmungen für Treppenanlagen in einer Broschüre zusammengefasst.

### *Öffentliche Sicherheit:*

Durch die neue Benutzungsordnung, welche die Verordnung über die vorübergehende Benutzung des öffentlichen Grundes zu Sonderzwecken (VBöGS) ersetzt, wird der ursprüngliche Kontrollauftrag der Baukontrolle für temporäre Bauten (Zelte, «Chilbianlagen» usw.) nicht mehr vorausgesetzt.

Das AfB ist daran, eine neue Lösung zu finden, welche die Sicherheit ohne örtliche Kontrollen auf demselben Niveau halten kann. Für die Veranstalter wären diese Neuerungen mit weniger Gebühren und mit mehr Eigenverantwortung verbunden. Die Umsetzung der Optimierung sollte im Laufe der ersten Jahreshälfte 2014 erfolgen.

### *Arbeitssicherheit:*

Weitere interne Massnahmen wurden getroffen, um die eigene Arbeitssicherheit und die Unfallpräventionskontrollen externer Bautätiger zu verbessern. So wurde jedem Baukontroll Experten ein Spezialfachgebiet übertragen, das in die systematische innerbetriebliche Arbeitssicherheitsorganisation integriert werden kann.

Der Informationsaustausch mit der Suva wurde u. a. durch die vermehrte Zusammenarbeit im Bereich der gerüstlosen Objektbauweise institutionalisiert. Baukontrolle und Suva treffen sich nun einmal monatlich.

## Aufzugsanlagen

Bei der Erstellung, dem Ersatz oder Umbau einer Beförderungsanlage (Aufzüge, Fahrtreppen und ähnliche Einrichtungen) prüft die Abteilung Aufzugsanlagen die Einhaltung der sicherheitstechnischen Anforderungen und der übrigen



Aufzugskontrolle. (Bild: Thomas Brandenberger)

Bauvorschriften. Bestehende Anlagen unterliegen der periodischen Kontrolle.

Bei Fragen gelangen Bauwillige, Planer oder ausführende Aufzugsunternehmen an die Abteilung Aufzugsanlagen für eine neutrale Auskunftserteilung. Vielfach geschieht dies im Vorfeld eines Bauprojekts, so z. B. bei der Erneuerung des Schwamendinger Tramtunnels, wo erstmalig in der Schweiz Fahrtreppen im Wechselbetrieb eingesetzt wurden.

Seit mehreren Jahren steigt die Zahl der Projektbewilligungen für Beförderungsanlagen kontinuierlich an. Sie liegt im Berichtsjahr bereits um 53 % höher als noch vor fünf Jahren, wobei sich keine Trendwende abzeichnet. Die Stadt Zürich weist mit einem aktuellen Bestand von insgesamt rund 18000 Beförderungsanlagen landesweit die grösste Aufzugsdichte auf.

Die Abteilung Aufzugsanlagen arbeitet nach ISO 9001 Qualitätsstandards. Im April wurde der Aufrechterhaltungsaudit erfolgreich durchgeführt. Der Abteilung wurde 2012 erneut das Zertifikat für die Akkreditierung als Inspektionsstelle (SIS 074) zugesprochen.

#### 4.5.3 Spezifische Kennzahlen

##### Kennzahlen Baubewilligungen

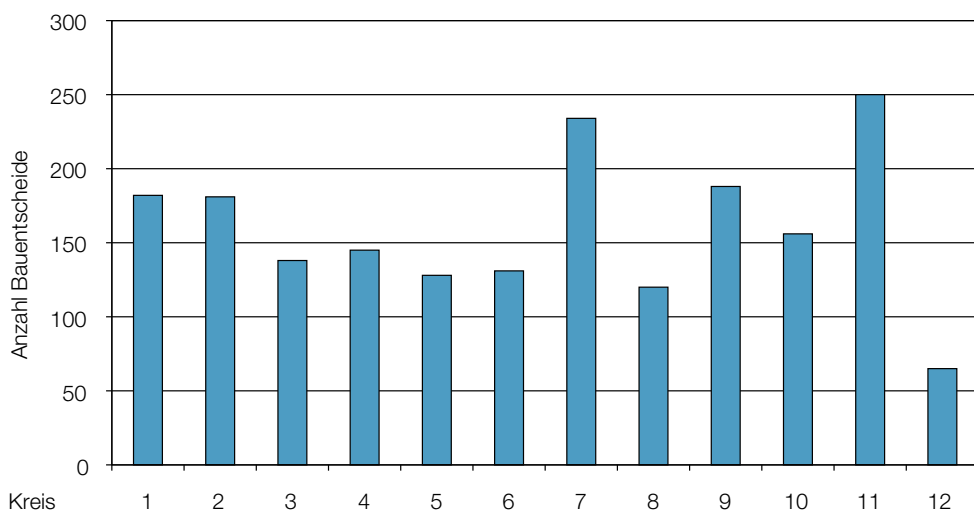
	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Entscheide der Bausektion des Stadtrats oder des Amts für Baubewilligungen</b>	<b>3312</b>	<b>3309</b>	<b>3671</b>	<b>3610</b>	<b>3693</b>
Im Detail					
Entscheide im ordentlichen Verfahren (OdV LV/SV) und im Anzeigeverfahren mit Auflagen (AZE)	1714	1753	2022	1954	1917
Davon waren					
Bewilligungen	1595	1634	1910	1840	1770
teilweise Bewilligungen	67	58	52	50	73
Verweigerungen	30	27	31	31	39
Nichteintreten	1	0	2	1	1
Befehle	1	7	2	8	3
Bearbeitete Baugesuche					
Wiedererwägungen, Feststellungen, Stellungnahmen	12	17	13	15	13
Bewilligungen im Anzeigeverfahren ohne Auflagen (AZS)	1588	1544	1638	1645	1776
Nichteintreten auf Wiedererwägungsgesuche	10	12	11	11	6
<b>Rechtmittelverfahren</b>					
<b>210</b>	<b>242</b>	<b>258</b>	<b>222</b>	<b>205</b>	
Vernehmlassungen					
ans Baurekursgericht	179	210	199	185	165
ans Verwaltungsgericht	24	25	38	31	26
ans Bundesgericht	7	5	18	5	12
an Diverse	–	1	–	–	1
Beschwerden					
ans Verwaltungsgericht	–	1	3	1	1
ans Bundesgericht	–	–	–	–	–
an Diverse	–	–	–	–	–

##### Kommentar

Übersicht über die Anzahl der baurechtlichen Entscheide und der Rechtmittelverfahren der letzten fünf Jahre. Die Zahl der Bauentscheide liegt über derjenigen des Rekordjahres 2010

und hat mit 3693 Entscheiden eine neue Höchstmarke erreicht. Die Zahl der Rechtsmittelverfahren hat sich gegenüber dem Vorjahr um knapp 10 % reduziert.

## Bauentscheide 2012 nach Kreis



### Kommentar

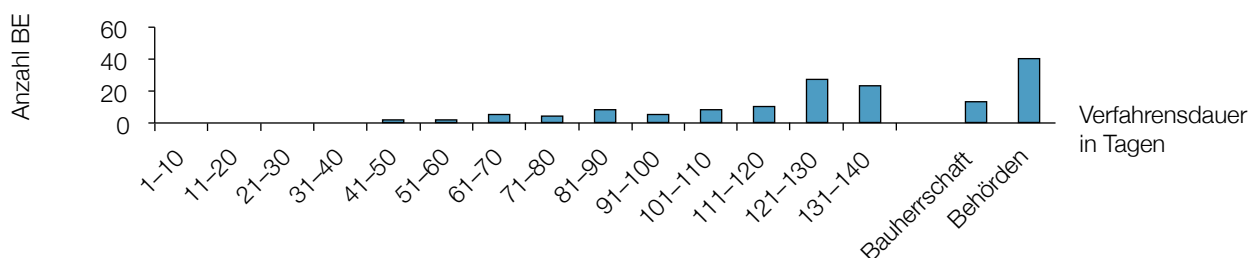
Anzahl Bauentscheide pro Kreis. Am meisten Bauentscheide wurden im Kreis 11 gefällt, gefolgt vom Kreis 7.



Büro Kreisarchitektin. (Bild: Jaqueline Schilling)

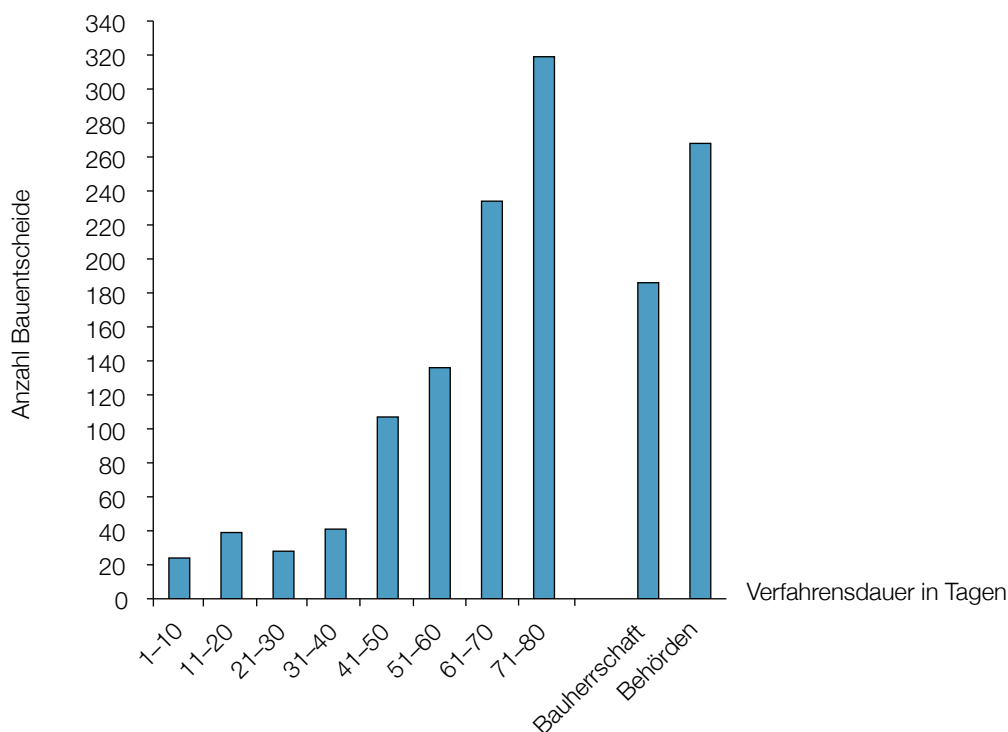
## Einhalten der Fristen im Jahr 2012 bei den Baubewilligungsverfahren

### Ordentliches Verfahren lang, gesetzliche Frist = 140 Tage



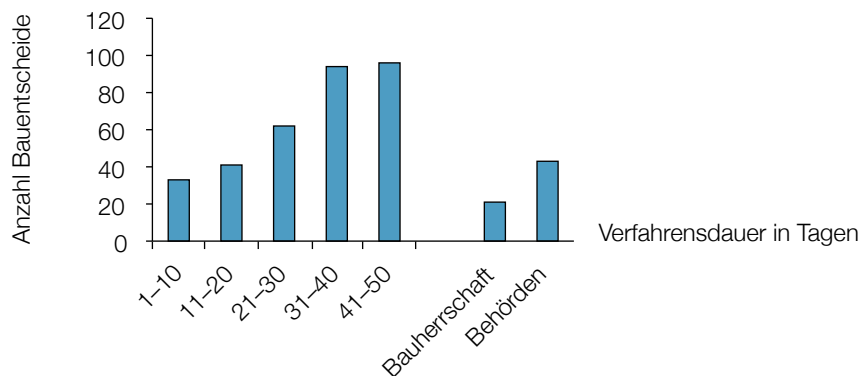
Im Ordentlichen Verfahren lang wurden 145 Entscheide gefällt. Von diesen ergingen insgesamt 36,6% (27,6% behördenverursacht, 9% bauherrenverursacht) nach der gesetzlichen Frist.

### Ordentliches Verfahren schnell, gesetzliche Frist = 80 Tage



Im Ordentlichen Verfahren wurden 1382 Entscheide gefällt. Von diesen ergingen insgesamt 32,9% (19,4% behördenverursacht, 13,5% bauherrenverursacht) nach der gesetzlichen Frist.

### Anzeigeverfahren mit Entscheid, gesetzliche Frist = 50 Tage



Im Anzeigeverfahren wurden 390 Entscheide gefällt. Von diesen ergingen insgesamt 16,7% (11,2% behördenverursacht, 5,5% bauherrenverursacht) nach der gesetzlichen Frist.

## Kennzahlen Baukontrolle 2012

	2008	2009	2010	2011	2012
Sicherheitskontrollen	3 166	3 481	3 384	3 056	2 731
Bauprojektkontrollen	3 732	4 453	5 406	6 600	6 095
Bauprojektabnahmen und -Nachkontrollen	1 998	2 090	2 488	3 242	3 420
Unfälle	32	34	54	47	37
Verletzte	36	31	52	43	36
Tote	1	–	–	–	2

### Kommentar zu den Kennzahlen

Die aufwändigen Bauprojektabnahmetätigkeiten und Nachkontrollen erreichten mit einer Zunahme von rund 5 % nochmals eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr, wobei vor allem die Nachkontrollen zugenommen haben. Dies rührt daher, dass sich die Nachkontrollen aus dem Abnahmespitzenwert des Vorjahrs bis spät ins Jahr 2012 hineingezogen haben. Dadurch und wegen des internen Projektes «Spezialfachgebiete», an dem alle Mitarbeiter der Abteilung beteiligt waren, konnten etwas weniger Sicherheits- und Bauprojektkontrollen durchgeführt werden.

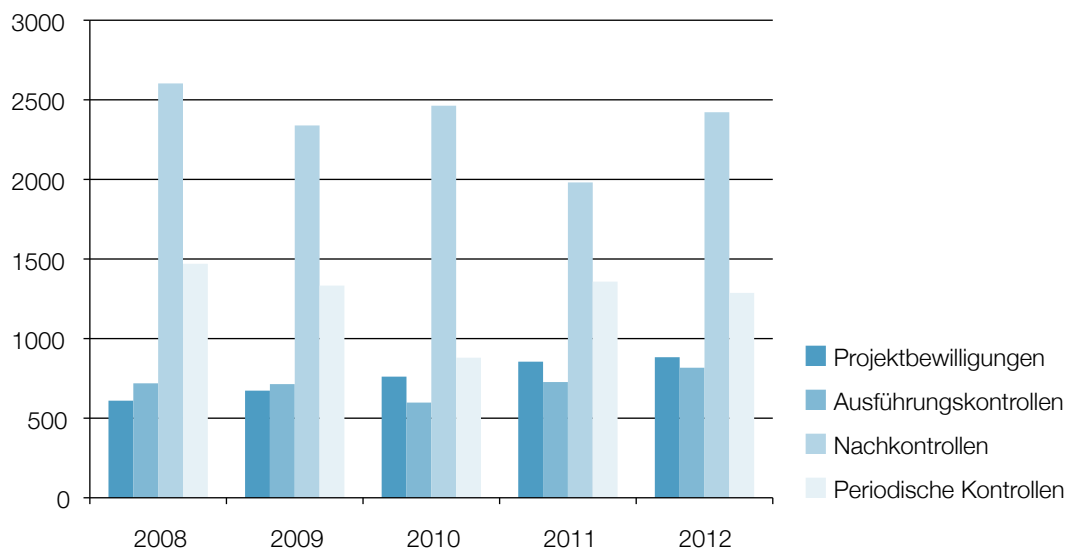
Im Jahr 2012 musste die Baukontrolle für weniger Bauunfälle ausrücken als im Vorjahr. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft werden bezüglich der Unfallursachen und gesetzlicher Verstösse gegen die Arbeitssicherheit beraten. Leider mussten zwei tödliche Bauunfälle verzeichnet werden.



Baukontrolle. (Bild: Marcel Gmür)

## Kennzahlen Aufzugsanlagen 2012

	2008	2009	2010	2011	2012
Projektbewilligungen (total)	610	673	761	855	883
Personenaufzüge	495	523	588	730	758
Lasten- und Kleingüteraufzüge	54	60	65	71	53
Spezialfördereinrichtungen	61	90	108	54	72
Einzel-, Entwurfsprüfungen, Endabnahmen (akkreditierte Stelle)	92	82	97	115	15
Montagekontrollen	–	6	–	–	1
Ausführungskontrollen Neu- und Umbauten	719	714	598	727	817
Nachkontrollen beanstandeter Anlagen (NU+PK)	2603	2339	2463	1981	2422
Periodische Kontrollen bestehender Anlagen	1470	1333	880	1358	1287
Verfügungen	1	–	–	–	–
Augenscheine (NU+PK)	191	160	166	169	152
Lifteinsätze (insbesondere Personenbefreiung, SRZ)	161	135	122	105	137
Unfälle (gemeldet und durch AfB-AA abgeklärt)	3	4	5	4	6
Verletzte	3	3	4	4	6



### Kommentar zu den Kennzahlen

Die Projektbewilligungen (Neu- und Umbauten) nehmen seit Jahren stetig zu. Gegenüber dem Vorjahr flachte die Zunahme ab, betrug aber noch gut 3%. Bei den Spezialfördereinrichtungen war eine Zunahme von etwas über 33% zu verzeichnen. Dies wird verursacht durch die Umsetzung der aktuellen Anforderungen an das hindernisfreie Bauen. Der Anteil Fahrstufen-Projekte unterliegt starken jährlichen Schwankungen und hat im Berichtsjahr moderat zur Zunahme beigetragen.

Mit der Zunahme der Projektbewilligungen steigt auch die Zahl der Ausführungskontrollen. So wurde die letztjährige Zunahme der Ausführungskontrollen (22%) nochmals um gut 12% übertroffen. Regulierungsmöglichkeiten hinsichtlich Kapazität sind

nur im akkreditierten Bereich gegeben, so wurden etwa 80% weniger Prüfanträge angenommen.

Im Berichtsjahr führten die beiden Bereiche Neu-/Umbauten und Periodische Kontrolle gesamthaft über 22% mehr Nachkontrollen an beanstandeten Anlagen durch als im Vorjahr. Der hohe Bedarf an Nachkontrollen liegt einerseits an der steten Zunahme der Beförderungsanlagen, andererseits führen unvollständige und nicht fristgerecht ausgeführte Mängelbehebungen zu weiteren Nachkontrollen.

Der Grossteil davon fiel bei den bestehenden Anlagen an. Die Zunahme der Nachkontrollen bewirkte eine Reduktion der periodischen Kontrollen um rund 5%.

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2012)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
VI 2001/000848 2001/000158	21.03.2001 16.05.2001	Initiativkomitee Obere Weinegg Rettet die Obere Weinegg

*In die Bau- und Zonenordnung der Stadt Zürich ist folgende Bestimmung aufzunehmen: Die Überbauung im Gebiet «Obere Weinegg» unterliegt der Gestaltungsplanpflicht zwecks Erhaltung der Kulturlandschaft und des Ökonomegebäudes (Planausschnitt auf der Rückseite).*

Der Stadtrat hat mit Weisung 93 vom 26. März 2003 dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Volksinitiative «Rettet die Obere Weinegg» abzulehnen. Die Weisung wurde der Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung zur Behandlung zugewiesen. Die Behandlung in der Kommission ist noch nicht abgeschlossen.

VI 2010/000073 2011/000023	13.01.2010 19.08.2010	Initiativkomitee vertreten durch Probst Matthias Für eine sinnvolle Nutzung von Flachdächern
----------------------------------	--------------------------	---

*I. Die Bau und Zonenordnung (BZO) der Stadt Zürich wird wie folgt geändert:*

*Art. 11.1 wird aufgehoben*

*Art. 11a Flachdächer (neu)*

*1. Flachdächer sind in allen Zonen ökologisch wertvoll zu begrünen. Wo immer möglich ist zusätzlich eine Sonnenenergienutzung zu installieren.*

*2. Ausgenommen von Abs. 1 sind Flächen, die als begehbare Terrassen genutzt sind.*

*Übergangsbestimmung:*

*Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) übernimmt die kostendeckende Einspeisevergütung von neu installierten Photovoltaikanlagen ausgelöst durch Artikel 11a BZO ergänzend zur nationalen kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) solange, bis auf nationaler Ebene kein Einspeisevergütungs-limit mehr besteht (Deckel).*

*II. Der Stadtrat setzt diese Änderung der Bau- und Zonenordnung in Kraft.*

Mit Weisung vom 26. Januar 2011 beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat, die Volksinitiative der Jungen Grünen «Für eine sinnvolle Nutzung von Flachdächern» in allen Teilen für ungültig zu erklären, u. a. mit der Begründung, dass der Initiativentwurf das Gebot der Wahrung übergeordneten Rechts verletze. Am 6. Juli 2011 beschloss der Gemeinderat, die Volksinitiative sei nur teilweise für ungültig zu erklären (gültige Teile: ökologisch wertvolle Begrünung und Verzicht auf Verhältnismässigkeitsklausel). Der Gemeinderat überwies mit gleichem Beschluss das Geschäft zur materiellen Bericht-erstattung und Antragstellung an den Stadtrat. Dieser hat mit Weisung vom 11. Juli 2012 dem Gemeinderat einen Bericht mit Gegenvorschlag unterbreitet. Volksinitiative und Gegenvorschlag befinden sich derzeit in der öffentlichen Auflage.



<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
VI 520.120.130-01 2012/001400	27.09.2012 31.10.2012	Initiativkomitee, vertreten durch Späh Richard und Leiser Albert Ombudsstelle gegen Willkür in Bausachen

1. Ergänzung der Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 (GO):

Anpassung von Art. 14 lit. i GO:

Folgende Beschlüsse des Gemeinderats können der Abstimmung durch die Gemeinde nicht unterstellt werden:

- i) Beschlüsse über die Ausrichtung von Teuerungszulagen und die teuerungsbedingte Anpassung der Besoldungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt Zürich mit Einschluss der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten, der übrigen Mitglieder des Stadtrats, der oder des Beauftragten in Beschwerdesachen, der oder des Datenschutzbeauftragten, der Ombudsperson in Bausachen, der Direktorin oder des Direktors der Finanzkontrolle, der Stadtamtsfrauen und Stadtmänner (Betreibungsbeamtinnen und -beamten), der Friedensrichterinnen und -richter, der Schulpräsidentinnen und -präsidenten und der Mitglieder der Vormundschaftsbehörde.

Anpassung von Art. 25 Abs. 2 GO:

Die bzw. der Beauftragte in Beschwerdesachen sowie die bzw. der Datenschutzbeauftragte sowie die Ombudsperson in Bausachen nehmen anlässlich der Behandlung ihrer bzw. seiner Berichte im Rat an den Sitzungen teil. Bei der Beratung von Geschäften, die ihre bzw. seine Aufgabe betreffen, ist ihr bzw. ihm Gelegenheit zur Stellungnahme in der vorberatenden Kommission und im Rat zu geben.

Neu: Art. 35 lit. m GO:

Der Gemeinderat wählt:

- m) auf gemeinsamen Vorschlag des städtischen Hauseigentümergebundes und des städtischen Gewerbeverbandes die Ombudsperson in Bausachen.

Anpassung von Art. 37 Abs. 3 GO:

Die Kommission prüft die Berichte der bzw. des Beauftragten in Beschwerdesachen sowie der bzw. des Datenschutzbeauftragten sowie der Ombudsperson in Bausachen.

Neu: Art. 39<sup>quater</sup> GO:

- 1) Die Ombudsperson in Bausachen vermittelt zwischen der Bauherrschaft einerseits und der Stadtverwaltung andererseits bei Baugesuchen und bei Differenzen betreffend die Einhaltung von Bauvorschriften, bei deren Beurteilung der Stadtverwaltung Ermessen zusteht, namentlich bei der Beurteilung der Einordnung sowie bei der Beurteilung der Einhaltung von umweltschutzrechtlichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen durch Bauten und Anlagen. Für ihre Inanspruchnahme kann die Ombudsperson in Bausachen von der Bauherrschaft Entgelte erheben.
- 2) Beabsichtigen die örtliche Baubehörde, eine andere zur Erteilung von Baubewilligungen zuständige Verwaltungseinheit oder eine für die Einhaltung von Bauvorschriften zuständige Vollzugsbehörde im Rahmen des ihnen zustehenden Ermessens ein Baugesuch ganz oder teilweise nicht zu bewilligen, ein Baugesuch nur mit die Bauherrschaft belasteten Nebenbestimmungen zu bewilligen oder die Einhaltung von Bauvorschriften zu verfügen, räumen sie der Ombudsperson in Bausachen vor dem Entscheid die Möglichkeit zum Mitbericht ein. Die Ombudsperson in Bausachen teilt innert 5 Arbeitstagen der zuständigen Behörde oder Verwaltungseinheit schriftlich mit, dass sie einen Mitbericht verfassen wird. Der Mitbericht der Ombudsperson in Bausachen wird in den Baugesuchs- bzw. Vollzugsunterlagen abgelegt.
- 3) Alle Bauentscheide der örtlichen Baubehörde, einer anderen zur Erteilung von Baubewilligungen zuständigen Verwaltungseinheit oder einer für die Einhaltung von Bauvorschriften zuständigen Vollzugsbehörde werden der Ombudsperson in Bausachen mitgeteilt.
- 4) Die Ombudsperson in Bausachen ist in ihrer Tätigkeit unabhängig. Die Ombudsperson in Bausachen ernannt, sofern erforderlich, ihre Arbeitnehmenden. Sie wahrt das Amtsgeheimnis, soweit es schutzwürdige öffentliche oder private Interessen gebieten.
- 5) Die Ombudsperson in Bausachen erstattet dem Gemeinderat mindestens einmal jährlich Bericht über ihre Geschäftsführung. Der Bericht enthält insbesondere Angaben zur Ermessensausübung der örtlichen Baubehörde, der anderen zur Erteilung von Baubewilligungen zuständigen Verwaltungseinheiten und der für die Einhaltung von Bauvorschriften zuständigen Vollzugsbehörden bei der Beurteilung von Baugesuchen und der Einhaltung von Bauvorschriften sowie zur Mitberichtstätigkeit der Ombudsperson in Bausachen. Sie kann darin auf Mängel bei der Ermessensausübung hinweisen und Änderungen oder Verbesserungen anregen.

Anpassung von Art. 41 lit. h GO:

Dem Gemeinderat stehen zu:

h) Festsetzung der Besoldungen:

der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten und der übrigen Mitglieder des Stadtrats, der oder des Beauftragten in Beschwerdesachen, der oder des Datenschutzbeauftragten, der Ombudsperson in Bausachen, der Direktorin oder des Direktors der Finanzkontrolle, der Stadtamtsfrauen und Stadtmänner (Betreibungsbeamtinnen und -beamten), der Friedensrichterinnen und -richter, der Schulpräsidentinnen und -präsidenten und der Mitglieder der Vormundschaftsbehörde.

2. Der Stadtrat setzt diese Änderung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

Derzeit wird die Gültigkeit der Volksinitiative geprüft. Der Entscheid des Stadtrats über die Gültigkeit ist im Frühling 2013 zu erwarten.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
EIS 2009/001529 2009/000565	14.05.2009 24.08.2011	Schiller Manuela Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus

Gestützt auf Art. 15 der Gemeindeordnung der Stadt Zürich reiche ich in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs folgende Einzelinitiative ein:

Die Bauordnung der Stadt Zürich (AS 700.100) wird wie folgt ergänzt:

Art. 4 bis Gestaltungsplanpflicht für preisgünstigen Wohnungsbau (neu)

1. Für Gebiete, die im entsprechenden Ergänzungsplan speziell bezeichnet werden, ist ein Gestaltungsplan aufzustellen, der sicherstellt, dass mindestens ein Drittel der vorgeschriebenen Mindestwohnnutzung durch preisgünstige Wohnungen realisiert wird, die den Richtlinien des gemeinnützigen Wohnungsbaus entsprechen und nach den Richtlinien des städtischen Mietzinsreglements bewirtschaftet werden.
2. Die anzurechnende Geschossfläche für preisgünstigen Wohnungsbau darf nicht zweckentfremdet werden. Zur Sicherung der Zweckerhaltung hat der Stadtrat ein Kaufs- und Vorkaufsrecht in der Höhe des jeweiligen Ertragswertes, der bei zweckentsprechender Vermietung erzielt werden kann. Das Zweckentfremdungsverbot sowie das damit verbundene Kaufs- und Vorkaufsrecht sind als öffentlichrechtliche Eigentumsbeschränkung im Grundbuch anzumerken. Das Kaufs- und Vorkaufsrecht kann an Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus abgetreten werden.

Mit Weisung vom 13. Juli 2011 hatte der Stadtrat dem Gemeinderat beantragt, die Einzelinitiative GR Nr. 2009/565 für ungültig zu erklären. Mit Schreiben vom 1. März 2013 hat nun die Initiantin Manuela Schiller ihre Einzelinitiative «Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus» (GR Nr. 2009/565) zurückgezogen.

EIS 2012/000588 2012/000125	28.03.2012 09.05.2012	Frey Urs Änderung von Art. 4 der Bauordnung, Gestaltungsplan SBB-Areal Tiefenbrunnen
-----------------------------------	--------------------------	---

Änderung von Art. 4 der Bauordnung (Gestaltungsplanpflicht), Ergänzung mit einem neuen Absatz 11:

Im Gebiet SBB-Areal Tiefenbrunnen muss mit dem Gestaltungsplan sichergestellt werden, dass die Nutzung des gesamten Areals abgestimmt auf die Bedürfnisse der Benutzer des öffentlichen Verkehrs und in Koordination mit der seeseitig geplanten Nutzungsintensivierung im Bereich Seepolizei/Kibag/Hafen Tiefenbrunnen erfolgt, und dass die Überbauung der exponierten Lage entsprechend städtebaulich und architektonisch besonders gut gestaltet wird.

Derzeit wird die Gültigkeit der Einzelinitiative geprüft. Der Entscheid des Stadtrats über die Gültigkeit ist im Sommer 2013 zu erwarten.

EIS 2012/000303	22.08.2012 05.09.2012	Stroz Niklaus Anpassung der Bauordnung, Aufnahme des Ausserdorfs in Zürich-Seebach als «Bäuerlicher Dorfkern»
--------------------	--------------------------	--

Als bäuerlicher Dorfkern im Sinne der Bauordnung der Stadt Zürich – i) Bäuerliche Dorfkerne (Albisrieden, Haumesser, Höngg, Mittel-Leimbach, Schwamendingen, Unteraffoltern, Vordere Eierbrecht und Witikon) – gilt auch das Ausserdorf in Zürich-Seebach. Die Bauordnung der Stadt Zürich ist in diesem Sinne anzupassen.

Derzeit wird die Gültigkeit der Einzelinitiative geprüft. Der Entscheid des Stadtrats über die Gültigkeit ist im Herbst 2013 zu erwarten.

## II. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2012)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1994/004054 1975/000001	10.12.1975 28.04.1976	Bürcher Beat und 27 Mitunterzeichnende Kasernenareal, künftige Nutzung

Nachdem die Stimmbürger des Kantons Zürich einer Verlegung des Waffenplatzes ins Reppischtal zugestimmt haben, wird der Stadtrat aufgefordert, dem Kanton gegenüber die Interessen der Stadt für die Nutzung des frei werdenden Kasernenareals nachdrücklich zu vertreten und insbesondere zu prüfen:

- wie die Bevölkerung der Stadt und insbesondere der angrenzenden Quartiere an den Entscheidungsvorbereitungen und den Entscheidungen über die zukünftige Nutzung des Areals beteiligt werden kann;
- wie die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Nutzungsbestimmungen massgeblich Einfluss nehmen kann;
- ob und zu welchen Bedingungen allenfalls ein Erwerb des Areals durch die Stadt oder ein Abtausch erfolgen könnte.

Mit der Abstimmung vom 4. September 2011 hat das Stimmvolk des Kantons Zürich erneut bekräftigt, dass auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs ein Neubau für das kantonale Polizei- und Justizzentrum PJZ erstellt werden soll. Der Stadtrat setzt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv für eine für die Stadt und für die angrenzenden Quartiere förderliche Umnutzung des Kasernenareals ein. Die Stadt ist mit dem Kanton in Kontakt. Man ist sich einig, die Entwicklung des Areals gemeinsam an die Hand zu nehmen. Dieser Wille wird durch die Festsetzung einer gemeinsamen Gebietsplanung in der aktuellen Vorlage zum kantonalen Richtplan bekräftigt. Der 2012 gemeinsam gestartete Prozess «Zukunft Kasernenareal Zürich» hat zum Ziel, bis 2014 ein Handlungsprogramm für das Kasernenareal in Form eines Masterplans zu erstellen. Bis zum Umzug der Kantonspolizei 2018 können die bestehenden Zwischennutzungen im gesamten Kasernenareal fortgeführt und ergänzt werden, sodass keine Leerstände zu befürchten sind. Ob und in welcher Form Zwischennutzungen darüber hinaus weiter bestehen können, wird im Masterplanprozess untersucht.

POS 1994/004059 1987/000023	09.12.1987 09.11.1988	Kammerer Bruno und 4 Mitunterzeichnende Kasernenareal, Erlass eines Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes
-----------------------------------	--------------------------	--

Wir ersuchen den Stadtrat zu prüfen, ob es in der Situation um die vergangene und zukünftige Kasernenabstimmung der Sache nützlich wäre, mit dazu befähigten Personen eine Kommission zu bilden und diese zu beauftragen, ein Entwicklungs- und Nutzungskonzept des Kasernenareals zu formulieren, welches Bedürfnisse und Interessen der Stadt Zürich berücksichtigt und als gemeinsamer städtischer Beitrag der neuerlichen Entscheidungsfindung der kantonalen Behörden dienen kann.

Mit der Abstimmung vom 4. September 2011 hat das Stimmvolk des Kantons Zürich erneut bekräftigt, dass auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs ein Neubau für das kantonale Polizei- und Justizzentrum PJZ erstellt werden soll. Der Stadtrat setzt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv für eine für die Stadt und für die angrenzenden Quartiere förderliche Umnutzung des Kasernenareals ein. Die Stadt ist mit dem Kanton in Kontakt. Man ist sich einig, die Entwicklung des Areals gemeinsam an die Hand zu nehmen. Dieser Wille wird durch die Festsetzung einer gemeinsamen Gebietsplanung in der aktuellen Vorlage zum kantonalen Richtplan bekräftigt. Der 2012 gemeinsam gestartete Prozess «Zukunft Kasernenareal Zürich» hat zum Ziel, bis 2014 ein Handlungsprogramm für das Kasernenareal in Form eines Masterplans zu erstellen. Bis zum Umzug der Kantonspolizei 2018 können die bestehenden Zwischennutzungen im gesamten Kasernenareal fortgeführt und ergänzt werden, sodass keine Leerstände zu befürchten sind. Ob und in welcher Form Zwischennutzungen darüber hinaus weiterbestehen können, wird im Masterplanprozess untersucht.

POS 1994/004061 1989/000322	07.06.1989 28.06.1989	Kammerer Bruno und 4 Mitunterzeichnende Kasernenareal, Gesamtstädtisches Entwicklungs- und Nutzungskonzept
-----------------------------------	--------------------------	---

Wir ersuchen den Stadtrat zu prüfen, ob er ein Entwicklungs- und Nutzungskonzept für das Kasernenareal formulieren will, welches die verschiedenen Bedürfnisse und Interessen in dieser Stadt zu einer gemeinsamen Position zusammenführt und als gesamtstädtische Äusserung in die Entscheidungsfindung um die Zukunft der Kaserne eingebracht werden kann.

Mit der Abstimmung vom 4. September 2011 hat das Stimmvolk des Kantons Zürich erneut bekräftigt, dass auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs ein Neubau für das kantonale Polizei- und Justizzentrum PJZ erstellt werden soll. Der Stadtrat setzt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv für eine für die Stadt und für die angrenzenden Quartiere förderliche Umnutzung des Kasernenareals ein. Die Stadt ist mit dem Kanton in Kontakt. Man ist sich einig, die Entwicklung des Areals gemeinsam an die Hand zu nehmen. Dieser Wille wird durch die Festsetzung einer gemeinsamen Gebietsplanung in der aktuellen Vorlage zum kantonalen Richtplan bekräftigt. Der 2012 gemeinsam gestartete Prozess «Zukunft Kasernenareal Zürich» hat zum Ziel, bis 2014 ein Handlungsprogramm für das Kasernenareal in Form eines Masterplans zu erstellen. Bis zum Umzug der Kantonspolizei 2018 können die bestehenden Zwischennutzungen im gesamten Kasernenareal fortgeführt und ergänzt werden, sodass keine Leerstände zu befürchten sind. Ob und in welcher Form Zwischennutzungen darüber hinaus weiterbestehen können, wird im Masterplanprozess untersucht.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 1994/002966 1994/000408	21.09.1994 17.04.1996	Kammerer Bruno Helvetiaplatz, Neugestaltung

*Ich ersuche den Stadtrat, nach Abschluss der Bauarbeiten in der Langstrasse und einer nachfolgenden Analyse über die Auswirkungen im Quartier dem Gemeinderat eine entsprechende Vorlage für die Neugestaltung des Helvetiaplatzes vorzulegen. Das Projekt umfasst den Raum Kanzleiareal-Volkshaus-Amtshaus Molkenstrasse-Kollerhof.*

Der Stadtrat hat mit der Weisung 337 vom 17. Dezember 2008 die Abschreibung der Motion beantragt. Die Behandlung der Weisung in der Spezialkommission HBD/SE steht kurz vor dem Abschluss.

POS 1995/001362 1995/000154	09.05.1995 07.06.1995	Kommission Raumbewirtschaftung Raumbedarf, Mitteilung von Veränderungen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat bzw. der RPK und der GPK des Gemeinderates zusammen mit dem Voranschlag jeweils die Vermehrung bzw. Verminderung des Raumbedarfs, geordnet nach Dienstabteilungen für das vergangene Jahr sowie fortschreitend die Veränderung des Raumbedarfs pro Dienstabteilung, beginnend ab 1995 vorzulegen.*

Technische Voraussetzung, um die Veränderung des Raumbedarfs pro Dienstabteilung einheitlich darzustellen, war die systematische Erfassung der Nutzer-/Verrechnungsdaten für alle verrechnungsrelevanten Räume im Verwaltungsvermögen der Immobilien-Bewirtschaftung. Als Teil des Entwicklungsprojekts SREM (Strategisches Real Estate Management) wird im 2013 das entsprechende Monitoring und Reporting aufgebaut sein. Ziel ist, diese Informationen ergänzend zum Budget 2014 zusammen mit weiteren Datengrundlagen zum Standort- und Raumbedarf der Departemente und Dienstabteilungen zu bündeln. Gleichzeitig sollen auch die Informationsbegehren aufgenommen werden, die in den Schriftlichen Anfragen GR Nr. 2011/184 und 2011/447 gestellt wurden (Arbeitsplatzentwicklung, Nutzflächen, Eigentumsverhältnisse usw.).

POS 1995/002708 1995/000386	22.11.1995 04.09.1996	Vögeli Esther und 3 Mitunterzeichnende Kasernenareal, öffentliche Nutzung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie nach Jahren des Zweifels und Zauderns auf dem Kasernenareal wieder ein Schritt nach vorn möglich wird und die einmalige stadtgestalterische Chance zur Förderung der Urbanität im heutigen Niemandsland zwischen City und Kreis 4 endlich realisiert werden kann, indem die Zeughäuser I bis V und der dazugehörige Hof von der Stadt zur Bewirtschaftung übernommen werden, um darin spezifische Quartiereinrichtungen sowie gesamtstädtische öffentliche und private Nutzungen zu ermöglichen, und die Kasernenwiese als grosszügiger innerstädtischer Park und Grünraum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.*

Mit der Abstimmung vom 4. September 2011 hat das Stimmvolk des Kantons Zürich erneut bekräftigt, dass auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs ein Neubau für das kantonale Polizei- und Justizzentrum PJZ erstellt werden soll. Der Stadtrat setzt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv für eine für die Stadt und für die angrenzenden Quartiere förderliche Umnutzung des Kasernenareals ein. Die Stadt ist mit dem Kanton in Kontakt. Man ist sich einig, die Entwicklung des Areals gemeinsam an die Hand zu nehmen. Dieser Wille wird durch die Festsetzung einer gemeinsamen Gebietsplanung in der aktuellen Vorlage zum kantonalen Richtplan bekräftigt. Der 2012 gemeinsam gestartete Prozess «Zukunft Kasernenareal Zürich» hat zum Ziel, bis 2014 ein Handlungsprogramm für das Kasernenareal in Form eines Masterplans zu erstellen. Bis zum Umzug der Kantonspolizei 2018 können die bestehenden Zwischennutzungen im gesamten Kasernenareal fortgeführt und ergänzt werden, sodass keine Leerstände zu befürchten sind. Ob und in welcher Form Zwischennutzungen darüber hinaus weiter bestehen können, wird im Masterplanprozess untersucht.

POS 1998/001897 1998/000344	28.10.1998 13.01.1999	Zimmerling Enkelmann Anita und Bucher Judith Kasernenareal, Zuführung zu einer gesamtstädtischen Nutzung und Auflösung des Polizeigefängnisses
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit dem Kanton das Kasernenareal inkl. Zeughäuser einer gesamtstädtischen Nutzung zugeführt werden kann und das Provisorium für das Polizeigefängnis auf der Kasernenwiese schnellstmöglich aufgelöst werden kann.*

Mit der Abstimmung vom 4. September 2011 hat das Stimmvolk des Kantons Zürich erneut bekräftigt, dass auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs ein Neubau für das kantonale Polizei- und Justizzentrum PJZ erstellt werden soll. Der Stadtrat setzt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv für eine für die Stadt und für die angrenzenden Quartiere förderliche Umnutzung des Kasernenareals ein. Die Stadt ist mit dem Kanton in Kontakt. Man ist sich einig, die Entwicklung des Areals gemeinsam an die Hand zu nehmen. Dieser Wille wird durch die Festsetzung einer gemeinsamen Gebietsplanung in der aktuellen Vorlage zum kantonalen Richtplan bekräftigt. Der 2012 gemeinsam gestartete Prozess «Zukunft Kasernenareal Zürich» hat zum Ziel, bis 2014 ein Handlungsprogramm für das Kasernenareal in Form eines Masterplans zu erstellen. Bis zum Umzug der Kantonspolizei 2018 können die bestehenden Zwischennutzungen im gesamten Kasernenareal fortgeführt und ergänzt werden, sodass keine Leerstände zu befürchten sind. Ob und in welcher Form Zwischennutzungen darüber hinaus weiter bestehen können, wird im Masterplanprozess untersucht.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2004/000931 2004/000288	02.06.2004 16.06.2004	Isele Christina und Kappeler Thomas Privater Gestaltungsplan «Tobelhof», Massnahmen gegen unberechtigtes Parkieren
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Umgebung des Weilers Tobelhof nach der Umsetzung des Privaten Gestaltungsplans Tobelhof (Weisung 193 vom 17. Dezember 2003) mit flankierenden Massnahmen das «wilde Parkieren» verhindert werden kann.*

Die Umsetzung des Gestaltungsplans steht noch aus, weshalb auch noch keine Aussagen über mögliche flankierende Massnahmen zur Verhinderung des «wildes Parkierens» gemacht werden können.

POS 2004/001431 2004/000473	08.09.2004 10.11.2004	Ceriani Pierino und 6 Mitunterzeichnende Planung, Stadtentwicklung und Architektur, Förderung des Dialogs
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie kostenneutral an zentralem Ort in der Stadt, z. B. vis-a-vis Rathausbrücke, Le Corbusier Gebäude, Werdhaus Pavillon etc., eine Einrichtung geschaffen werden kann, die dazu dient, den Dialog zu Planung, Stadtentwicklung und Architektur zwischen der Bevölkerung, den Planenden, der Wissenschaft und der Verwaltung zu fördern und Informationen darüber zu vermitteln.*

Die Stadt sucht den Dialog mit der Bevölkerung aktiv, wenn Planungen und Projekte anstehen. Diese Bemühungen wurden im Rahmen des Legislatur-schwerpunkts «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» noch intensiviert. Dabei hat man auch verschiedene Formen der Information ausprobiert. Die «Stadtdebatte» setzte auf eine interaktive Diskussionsplattform, mit dem «Oerbi» wurde der direkte Kontakt an den Hotspots des Geschehens gesucht. Auch im Amtshaus IV und im Architekturforum finden regelmässig Veranstaltungen statt. Die Option, einen zentralen Ort zu schaffen, wurde verschiedentlich geprüft, zum Beispiel die Schipfe 26 oder das Papierwerdareal. Die Varianten scheiterten am Platzbedarf oder an finanziellen Überlegungen. Eine «kostenneutrale» Lösung konnte bis anhin nicht gefunden werden.

POS 2005/000128 2005/000026	26.01.2005 09.02.2005	Grüne-Fraktion und AL-Fraktion Neubau Stadion Letzigrund, Abnahmegarantie für die Solarstromanlage
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie beim Neubau des Stadions Letzigrund die volle Leistung der projektierten Solarstromanlage bereits zu Beginn erstellt werden, und wie die über die Abnahmegarantie des EWZ von z.Z. 250 KWh dannzumal hinausgehende Strommenge von der Stadt abgenommen werden kann.*

Die bisher für eine Solarstromerzeugung nicht genutzten Dachflächen sind im Vergleich zur realisierten Anlage weniger gut geeignet (teilweise Ausrichtung nach Norden, Beschattung durch Beleuchtungsmasten). Dies hatte sich bereits bei der Planung des Stadions Letzigrund abgezeichnet. In der Regel werden die geeigneten Dächer städtischer Liegenschaften Contracting-Firmen zur Verfügung gestellt, welche die ewz-Solarstrombörse beliefern. Wie in den Vorjahren hat die Solarstrombörse auch im 2012 wegen stockendem Absatz keine Ausschreibung durchgeführt. Das Thema kann erst nach Vorliegen der Solarstrategie Stadt Zürich weiterverfolgt werden, welche gegenwärtig unter der Federführung des Energiebeauftragten der Stadt Zürich erstellt wird.

POS 2005/000406 2006/000386	30.03.2005 13.09.2006	Leiser Albert Bauordnung, Flexibilisierung des Wohnanteils bei selbst genutztem Eigentum
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Bestimmungen in der kommunalen Bauordnung zum Wohnanteil so flexibilisiert, dass die Vereinbarkeit von Wohnen und Arbeiten während der Dauer des selbstgenutzten Eigentums erleichtert wird. Es ist in Art. 6 Abs. 4 BZO eine weitere Ausnahme für Eigentümer vorzusehen, die in ihren Gebäuden ein Handels-, Fabrikations-, Dienstleistungs- oder einen anderen von ihnen geführten Betrieb einrichten oder erweitern möchten.*

Der Stadtrat hat mit Zuschrift vom 28. September 2005 die Entgegennahme des Anliegens als Motion abgelehnt. Er hat sich hingegen bereit erklärt, das Anliegen insbesondere im Hinblick auf allfällige neue Legiferierungsmöglichkeiten als Folge der laufenden Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen. Der Motionär erklärte sich mit einer Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Dieses wurde dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen. Die angesprochene Revision des kantonalen Rechts ist noch im Gang. Zur Umsetzung des Legislatur-schwerpunkts 2010-2014 «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» ist als eine Massnahme eine BZO-Revision vorgesehen. Im Zusammenhang mit den bereits laufenden planerischen Arbeiten zur anstehenden BZO-Revision wird geprüft, ob das Postulat in die BZO-Revision einfließen soll/kann – oder ob das Postulat im Hinblick auf Änderungen des kantonalen Rechts zweckmässigerweise separat zu behandeln ist.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2005/000475 2005/000137	13.04.2005 14.03.2007	Bucher Gregor und Danner Ernst Energiebedarf städtischer Liegenschaften, Rahmenkredit für die Deckung durch erneuerbare Energie

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die ein Konzept (mit Zeithorizont 2050) und zu dessen Realisierung einen ersten Rahmenkredit enthält, mit welchem bei sämtlichen der Stadt gehörenden und zugleich von ihr selber genutzten Liegenschaften die notwendigen Investitionen finanziert werden können, damit nach einer Gesamtrenovation, einem umfassenden Umbau sowie bei Neubauten der Energiebedarf (Heizung, Klima, Warmwasser, Elektrizität etc.) bis ins Jahr 2050 zu mindestens 90 Prozent durch erneuerbare Energie gedeckt werden kann. Sämtliche dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegenden Beschlüsse, die eine Gesamtrenovation, einen Um- oder Neubau städtischer und auch von der Stadt genutzter Liegenschaften zum Ziel haben, beinhalten den Nachweis einer nachhaltigen Energieverwendung.*

Mit der Weisung 1331 vom 24.10.2012 betreffend Motion von Gregor Bucher und Ernst Danner betreffend Energiebedarf städtischer Liegenschaften, Rahmenkredit für die Deckung durch erneuerbare Energien, Bericht und Abschreibung, beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat, die Motion als erledigt abzuschreiben. Die Behandlung dieser Weisung ist in der Spezialkommission HBD/SE pendent.

MOT 2007/000060 2007/000008	10.01.2007 15.09.2010	Cerliani Pierino und Baumer Michael Bau- und Zonenordnung (BZO), Flexibilisierung der Nutzungsvorschriften
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Änderung der Bauordnung und evtl. des Zonenplans sowie zugehöriger Verordnungen zu unterbreiten, die eine Flexibilisierung der Nutzungsvorschriften zu Gunsten des quartiersversorgenden Gewerbes und von publikumsorientierten Dienstleistungen ermöglicht.*

Der Stadtrat unterstützt seit jeher das Ziel einer urbanen Nutzungsvielfalt und eines guten Versorgungsangebotes in den Quartieren. Die geltende Bau- und Zonenordnung BZO enthält denn auch verschiedene Regelungen, die dem Motionsanliegen Rechnung tragen sollen. Das Amt für Städtebau prüft derzeit im Rahmen der BZO-Teilrevision (STRB 915 vom 13.7.2011) neue Regelungen, wonach an geeigneten Lagen die Erdgeschosse für wertschöpfungsschwache und quartierorientierte Gewerbenutzungen reserviert werden können. Mit einer entsprechenden Vorlage zur BZO-Teilrevision, welche voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2013 in die öffentliche Auflage geht, könnte dem Begehren in anderer Form entsprochen werden. Der Stadtrat beantragte deshalb dem Gemeinderat (STRB 1373 vom 31.10.2012), die Motion als erledigt abzuschreiben.

MOT 2007/000151 2007/000052	31.01.2007 15.09.2010	Meier Daniel und Leiser Albert Baugesuche, lineare Senkung der Gebühren für deren Prüfung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, mit welcher die Gebühren für die Prüfung der Baugesuche um ca. 15 %/Basis Budget 2007 zu reduzieren sind.*

Am 15. September 2010 überwies der Gemeinderat dem Stadtrat eine Motion, in der Letzterer beauftragt wurde, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, mit der die Gebühren für die Prüfung der Baugesuche um ca. 15 %/Basis Budget 2007 zu reduzieren sind. Mit Stadtratsbeschluss Nr. 1153 vom 12. September 2012 zeigte der Stadtrat auf, dass bereits mit den aktuellen Gebühren der Gesamtaufwand im Baubewilligungsverfahren bei Weiterem nicht gedeckt ist. Auch in Anbetracht der angespannten Finanzlage der Stadt Zürich besteht nach Auffassung des Stadtrats kein begründeter Anlass, die Baubewilligungsgebühren zu senken. Entsprechend wurde dem Gemeinderat beantragt, vom Bericht betreffend Verzicht auf Reduktion der Baubewilligungsgebühren Kenntnis zu nehmen und die Motion als erledigt abzuschreiben.

MOT 520.120.100-38 2007/000298	30.05.2007 29.08.2007	CVP-Fraktion und EVP-Fraktion Kongresshaus, Prüfung von alternativen Standorten
--------------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche einen Planungskredit von 2 Mio. Fr. für die Erstellung eines neuen Kongresszentrums inkl. eines Kongresshotels im Stadtraum HB, auf dem Kasernenareal (oder allenfalls eines anderen Standortes) sowie der umfassenden Weiterentwicklung und/oder Umnutzung des frei werdenden bisherigen Kongresshauses beinhaltet.*

Die Motion 2007/000298 wurde in der Weisung 186 (GR Nr. 2007/580) behandelt, dort wurde Abschreibung der Motion beantragt. Diese Weisung ist der Spezialkommission HBD/SE zugewiesen. Die Beratungen werden von der SK HBD/SE wieder aufgenommen, wenn der Stadtrat die Standortevaluation abgeschlossen hat.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2007/000652 2007/000345	13.06.2007 24.10.2007	SP-Fraktion Bauten und Anlagen in der Stadt Zürich, energetische Anforderungen

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, mit der die Stadt Zürich im Rahmen einer Verordnung folgende energetischen Anforderungen an Bauten und Anlagen auf ihrem Gebiet verbindlich vorschreibt:

Energetische Anforderungen an Bauten und Anlagen in der Stadt Zürich

- Bauten und Anlagen haben folgende, gegenüber den kantonalen Wärmedämmvorschriften verschärften energetischen Anforderungen zu erfüllen:
  - Neubauten: Zielwerte der Norm SIA 380/1 (Ausgabe 2007)
  - Umbauten und Umnutzungen:
    - Einzelbauteilanforderungen: Zielwerte gemäss Norm SIA 380/1 (Ausgabe 2007)
    - Systemanforderungen: 60% der Grenzwerte für Umbauten und Umnutzungen gemäss SIA 380/1 (Ausgaben 2007)
- Der Höchstanteil nicht erneuerbarer Energien gemäss § 10a Energiegesetz, § 47a BBV I und Wärmedämmvorschriften der Baudirektion wird von 80% auf 50% reduziert. Die Standardlösungen gemäss Abschnitt II, Teil 2 D der kantonalen Wärmedämmvorschriften sind entsprechend anzupassen.

Der Stadtrat hat mit Weisung 456 vom 25. November 2000 dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Motion aufgrund der fehlenden kommunalen Kompetenz als nicht erfüllbar abzuschreiben. Die Weisung wurde der Spezialkommission HBD/SE zur Behandlung zugewiesen. Die Behandlung in der Kommission ist noch nicht abgeschlossen.

MOT 2007/000953 2007/000490	12.09.2007 15.09.2010	CVP-Fraktion und EVP-Fraktion Bienenstrasse 45, Erstellen von Wohn- und Gewerbearealen
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, um auf dem Areal Bienenstrasse 45 und den benachbarten städtischen Parzellen (AU 6272, 5169, 6845) neben dem projektierten Werkhof, im Sinne einer wirtschaftlichen Doppelnutzung kommunalen oder gemeinnützigen Wohn- und Gewerbeareal zu erstellen.

Mit Beschluss Nr. 1193/2012 beantragte der Stadtrat, die Motion als erledigt abzuschreiben. Gleichzeitig unterbreitete er dem Gemeinderat einen Projektierungskredit zur Erstellung einer Wohnsiedlung an der Herdernstrasse. Diese Anträge sind beim Gemeinderat pendent.

MOT 2007/001051 2007/000534	03.10.2007 08.12.2010	AL-Fraktion Kommunaler Richtplan für öffentliche Bauten, Erlass
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat legt dem Gemeinderat einen kommunalen Richtplan der öffentlichen Bauten und Anlagen zur Beschlussfassung vor. Sollten für die Erarbeitung dieses Richtplans mehr als zwei Jahre benötigt werden, erstattet der Stadtrat dem Gemeinderat nach einem Jahr Bericht über die Arbeiten.

Der Stadtrat hat die Umwandlung in ein Postulat beantragt. Im Rahmen der begonnenen Revision des Regionalen Richtplans Stadt Zürich werden zurzeit erste Inhalte für einen Teilrichtplan öffentliche Bauten und Anlagen erarbeitet. Inwieweit das Anliegen des Gemeinderats mit einem regionalen Teilrichtplan erfüllt oder ob dieser durch einen kommunalen Teilrichtplan ergänzt oder gar ersetzt werden kann, wird zurzeit abgeklärt. Mit dem Stadtratsbeschluss vom 19.12.2012 (STRB 1652/2012) wurde beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

POS 2008/000645 2008/000278	18.06.2008 03.09.2008	Mauch Corine und Butz Marlène Areal Kronenwiese, Vorgaben für das Erstellen von Wohnraum
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, bei der Ausschreibung des Wettbewerbs für die Erstellung von Wohnungen und öffentlichen Erdgeschossnutzungen im Bereich Kronenwiese folgende Vorgaben zu machen:

- das Projekt soll preiswerten Wohnraum schaffen, quartierverträglich sein und sich in sein Umfeld gut einfügen,
- die planerische und architektonische Qualität des Projekts soll ausgereift und hochstehend sein und eine gute Aufenthaltsqualität gewährleisten,
- die Siedlung soll energetisch und ökologisch vorbildlich sein, wobei für die Bauten Energieverbrauchswerte des Standards Minergie-P vorzugeben sind und eine möglichst weitgehende Versorgung mit erneuerbaren Energien vorzusehen ist,
- es sind im Projekt planerische Vorkehrungen zu treffen für eine an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Verkehrsversorgung.

Mit der Weisung 1062 vom 5.9.2012 betreffend Erstellen einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Areal Kronenwiese, Quartier Zürich-Unterstrass, Objektkredit, beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

POS 2008/000646 2008/000279	18.06.2008 03.09.2008	Butz Marlène und Mauch Corine Areal Kronenwiese, Erschliessung durch Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie parallel zur Projektierung von Wohnungen und Gewerberäumen als Erdgeschossnutzung im Bereich Kronenwiese die verkehrliche Anbindung der zukünftigen Siedlung umweltfreundlich und zukunftsgerichtet ausgestaltet werden kann. Dabei soll die Erschliessung mit dem Fuss- und Veloverkehr ein hohes Gewicht erhalten und die Anbindung an den öffentlichen Verkehr optimiert werden.

Mit der Weisung 1062 vom 5.9.2012 betreffend Erstellen einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Areal Kronenwiese, Quartier Zürich-Unterstrass, Objektkredit, beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/001195 2008/000502	05.11.2008 14.01.2009	Scherr Niklaus Entwicklungsplanungen für SBB-Areale, Planungsmoratorium

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, bei den SBB darauf hinzuwirken, für die laufenden Entwicklungsplanungen der freiwerdenden SBB-Areale den Planungs-Prozess dahingehend anzupassen, dass eine Offene Planung ermöglicht wird.*

Es ist grundsätzlich im Sinne des Stadtrats, Planungen transparent, kooperativ und im Dialog mit den verschiedenen Akteuren durchzuführen. Das unterstreicht er auch mit seinem Legislatorschwerpunkt «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten». Mit dem offenen Planungsprozess auf dem Areal Zollstrasse, wo die SBB in einem für das Quartier öffentlich zugänglichen Forum die Anliegen und Interessen der benachbarten Bewohnerinnen und Bewohner, Gewerbetreibenden und GrundbesitzerInnen aufnehmen und in die Planung einfliessen lassen, ist das Anliegen des Postulats in den Planungsprozess integriert worden. Die öffentliche Auflage und die kantonale Vorprüfung wurden durchgeführt. Im Frühjahr 2013 kommt die Weisung zum Gestaltungsplan Zollstrasse in den Gemeinderat. Zurzeit stehen keine weiteren konkreten Planungen auf grösseren SBB-Arealen an.

POS 2009/000072 2009/000023	05.11.2008 14.01.2009	Scherr Niklaus Offene Planung für SBB-Areale, Vorlage einer Weisung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für eine Offene Planung bezüglich der für den Bahnbetrieb nicht mehr benötigten SBB-Areale auf Stadtgebiet vorzulegen. Ähnlich wie das seinerzeitige Stadtforum soll der Runde Tisch resp. die Offene Planung Vertreterinnen und Vertreter von Stadt, SBB und Quartier- und Interessenverbänden (insbesondere Mieter, Vermieter, Genossenschaften, Gewerbe) in einem öffentlich zugänglichen Diskussions- und Entwicklungsprozess über die Zukunft dieser strategisch wichtigen Areal einbeziehen.*

Es ist grundsätzlich im Sinne des Stadtrats, Planungen transparent, kooperativ und im Dialog mit den verschiedenen Akteuren durchzuführen. Das unterstreicht er auch mit seinem Legislatorschwerpunkt «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten». Mit dem offenen Planungsprozess auf dem Areal Zollstrasse, wo die SBB in einem für das Quartier öffentlich zugänglichen Forum die Anliegen und Interessen der benachbarten Bewohnerinnen und Bewohner, Gewerbetreibenden und GrundbesitzerInnen/Grundbesitzer aufnehmen und in die Planung einfliessen lassen, ist das Anliegen des Postulats in den Planungsprozess integriert worden. Die öffentliche Auflage und die kantonale Vorprüfung wurden durchgeführt. Im Frühjahr 2013 kommt die Weisung zum Gestaltungsplan Zollstrasse in den Gemeinderat. Zurzeit stehen keine weiteren konkreten Planungen auf grösseren SBB-Arealen an.

POS 2008/001228 2008/000524	19.11.2008 06.07.2011	Bergmaier Guido und Wohler Bruno Offene Radrennbahn Oerlikon, Sistierung von Planungsarbeiten
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sämtliche Planungsarbeiten auf dem Areal der Offenen Rennbahn Oerlikon bis mindestens zum Jahr 2015 sistiert werden können.*

POS 2009/000447 2011/000273	06.05.2009 06.07.2011	Kisker Gabriele und Knauss Markus Privater Gestaltungsplan Belvoirpark, neue Weisung mit angepassten Bedingungen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung analog zur zurückgezogenen Weisung 302 «Privater Gestaltungsplan Belvoirpark» mit folgenden Abweichungen zu unterbreiten:*

*Parkierung und Veloabstellplätze für den Restaurant- und Schulbetrieb sind optimal in die denkmalschutzwürdige Parkanlage zu integrieren. Dabei ist die Anzahl der Parkplätze auf die Pflichtparkplatzzahl zu beschränken und die Parkplätze sind nach den Richtlinien für öffentliche, respektive für Verwaltungsparkplätze, zu bewirtschaften. Der bestehende Spielplatz wird saniert und das Spielplatzangebot optimiert.*

Der Stadtrat hat mit der Weisung vom 21.11.2012 die Festsetzung des Privaten Gestaltungsplans Belvoirpark Restaurant, Seestrasse 125, Zürich-Enge, und die Abschreibung des Postulats 2011/273 beantragt. Die Weisung wird 2013 in der Spezialkommission HBD/SE behandelt.

MOT 2009/000711 2009/000267	17.06.2009 01.02.2012	Hug Christina und Glättli Balthasar Anpassung der BZO
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Weisung zur Umzonierung und Gestaltungsplanpflicht der Parzelle HO 4387 vorzulegen. Auf dem Grundstück des heutigen Kinderspitals soll gemeinnütziger Wohnungs- und Gewerbebau ermöglicht werden.*



<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/000715 2009/000271	17.06.2009 01.07.2009	Savarioud Marcel und Meuli Myrtha Gemeinsamer Planungsprozess im Gebiet Überlandstrasse, Sagentobelbachweg, Glatt und Brücke zum Glattzentrum
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob für die quatierräumliche Entwicklung im Gebiet zwischen der Überlandstrasse, Sagentobelbachweg, Glatt und Brücke zum Glattzentrum (Parzellen SW5495, SW5623, SW5678, SW5727) ein gemeinsamer Planungsprozess aller Grundeigentümer initiiert werden kann. Dies mit dem Ziel, eine befriedigende Nutzung, etwa für Wohnen, Quartiersversorgung und Gewerbe oder einer Mischnutzung für das gesamte Gebiet zu erreichen.</i></p> <p>Im Rahmen des Legislaturschwerpunkts «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» (LSP 3) ist ein entsprechender Prozess amtsintern gestartet worden. Beabsichtigt ist eine übergeordnete Betrachtung über den gesamten Abschnitt zwischen Aubrugg und der Stadtgrenze. Der Austausch mit den betroffenen Grundeigentümern und mit den interessierten Kreisen im Quartier steht bevor. Ziel wird es sein, gemeinsam eine verbindliche Strategie für die zukünftige städtebauliche Entwicklung zu suchen und nach Möglichkeit die dafür benötigten Rahmenbedingungen zu schaffen.</p>		
POS 630.120.110-38 2012/000287	17.06.2009 04.07.2012	Pflüger Severin und Meier Daniel Seerestaurant im Bereich des oberen Seebeckens
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kanton, dem Gemeinderat eine Projektierungsvorlage vorzulegen, die den Bau eines Seerestaurant im Bereich des oberen Seebeckens – vorzugsweise beim Bürkliplatz – vorsieht.</i></p>		
POS 2009/000887 2009/000308	01.07.2009 13.04.2011	Bürlimann Martin und Wohler Bruno Beseitigung von Vorschriften, die private Investitionen in private Solarzellen behindern oder verhindern
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Vorschriften beseitigt werden können, die private Investitionen in private Solarzellen (Photovoltaik und Warmwasseraufbereitung) auf privaten Hausdächern behindern, verteuern oder verhindern.</i></p>		
POS 2009/001335 2009/000484	28.10.2009 06.04.2011	Nüssli-Danuser Andrea und Ammann Andreas Hardturmareal, Überbauung nach Grundsätzen der 2000-Watt-Gesellschaft
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass das neue Stadion auf dem Hardturmareal sowie die allenfalls zusätzlich entstehenden Geschäfts- und/oder Wohnhäuser nach den Grundsätzen der 2000-Watt-Gesellschaft gebaut und ausschliesslich mit erneuerbarer Energie sowie CO<sub>2</sub>-neutral betrieben werden können. Dabei sind auch die Parkierungsanlagen sowie die Zu- und Wegfahrten in die Berechnung miteinzubeziehen.</i></p>		
MOT 2009/001421 2009/000534	18.11.2009 27.01.2010	Scherr Niklaus Bau- und Zonenordnung, Anrechnung von Wohnanteilsflächen, Ergänzung Art. 6
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten mit folgender Ergänzung von Art. 6 der Bau- und Zonenordnung: Abs. 6 (neu) Zweitwohnungen, Business-Appartements und dem Tourismus dienende Beherbergungsflächen werden nicht auf die Wohnanteilsfläche angerechnet. Ohne anderslautende Festlegungen gilt dies auch für Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften.</i></p> <p>In der Weisung vom 7. März 2012 (GR Nr. 2012/73) begründet der Stadtrat ausführlich, weshalb die in der Motion verlangte Regelung in der BZO in dieser Form und zum heutigen Zeitpunkt nicht zweckmässig und auch nicht rechtmässig ist. Er beantragt dem Gemeinderat, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Stadtrat unterstützt aber die Stossrichtung der Motion, indem zukünftig bei der Prüfung von Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften die Thematik mit den Privaten im Sinne der Motion beraten und ausgehandelt bzw. mittels geeigneter Vorschriften deren Berücksichtigung sichergestellt werden soll.</p>		
POS 2009/001494 2009/000571	02.12.2009 11.12.2009	Tozzi Lucia und Badran Jacqueline Immobilienbewirtschaftung (IMMO), Überprüfung der Strategien und Prozesse durch einen externen Anbieter
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Strategien, Prozesse und die Verwendung von materiellen und personellen Ressourcen in der Dienstabteilung Immobilienbewirtschaftung (4040) durch einen externen Anbieter im Bereich Wirtschafts- und Organisationsberatung überprüft und verbessert werden können. Ziel dieser Analyse ist eine kohärente Strategieplanung und die möglichst effiziente Verwendung der Ressourcen.</i></p> <p>Die Überprüfung durch einen externen Anbieter hat im 2012 stattgefunden. Der Bericht wird im 2013 veröffentlicht. Der Gemeinderat wird in geeigneter Form darüber in Kenntnis gesetzt.</p>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 700.130.140-19 2009/001531 2009/000592	09.12.2009 29.08.2012	Recher Alecs und Rykart Sutter Karin Quartierinfrastruktur im Kreis 5

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Kreis 5 folgende seit langem vermisste Quartierinfrastruktur möglichst schnell realisieren kann:

- eine Quartierbibliothek
- Gemeinschaftsräume
- öffentlich zugängliche Frei- oder/und Grünflächen.

POS 2010/000091 2010/000034	20.01.2010 16.12.2011	Seidler Christine Soziale Nachhaltigkeit auf Quartier- oder Siedlungsebene, Erarbeitung von Leitbildern
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Rahmen der zu erwartenden, grossen Strukturerneuerungen der privaten, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnsiedlungen verbindliche Leitbilder erarbeitet werden können. Dies mit dem Ziel, auf Quartier- oder Siedlungsebene die soziale Nachhaltigkeit, insbesondere unter dem Aspekt der Bevölkerungsdurchmischung und der Vermeidung einer segregativen Entwicklung, zu gewährleisten. Dabei könnte z. B. angestrebt werden, dass nach Möglichkeit jeweils ein Drittel der vorhandenen Bausubstanz für einen Renovationszyklus von 30 Jahren sanft saniert wird und zwei Drittel erneuert oder ersetzt werden. Partizipative Entwicklungsprozesse und kooperative Planungsverfahren sind dabei zentral.

POS 730.150.100-21 2010/000164 2010/000079	03.02.2010 29.08.2012	SP-Fraktion Vereinfachung der Vorgaben und Richtlinien bei der Ausstattung der Betreuungseinrichtungen
---	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten, die heutigen einschränkenden und kostentreibenden Vorgaben und Richtlinien bei der Ausstattung der Betreuungseinrichtungen zu überprüfen und weiter zu vereinfachen und die Prioritäten bei den Ressourcen vor allem auf die pädagogischen Massnahmen zu legen.

POS 2010/000202 2010/000097	10.02.2010 10.03.2010	Schwyn Markus und Gut Susi Restaurant Fischerstube, Neubau mit Terrasse
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie beim Neubau der «Fischerstube» eine Terrasse am See realisiert werden kann.

Mit der Weisung 1693 vom 6.10.2010 betreffend Erhöhung des Projektierungskredits für den Ersatzneubau Restaurant Fischerstube am Zürichhorn beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Die Behandlung dieser Weisung ist seit November 2010 in der Spezialkommission Finanzdepartement (SK FD) pendent und wird Anfang 2013 wieder aufgenommen.

MOT 520.110.110-01 2010/000978 2010/000422	06.10.2010 29.08.2012	Probst Matthias und von Planta Gian Rahmenkredit für die Umstellung auf alternative Heizsysteme in städtischen Liegenschaften
---	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, welche einen Rahmenkredit von 18 Mio. Fr. für den zusätzlichen Finanzierungsbedarf beim Ersatz der Heizungen in den städtischen Liegenschaften gemäss folgendem Vorgehen vorsieht:

In sämtlichen städtischen Liegenschaften, die mit Erdgas oder Öl ohne Wärmekraftkoppelung (WKK) beheizt werden, soll innerhalb des üblichen Erneuerungszyklus, spätestens aber bis 2030, ein alternatives Heizsystem installiert werden. Es soll mit folgender Priorität Ersatz geschaffen werden:

1. Ersatz des Heizmittels durch erneuerbare Energien (ohne Biogas)
2. Ersatz des Heizsystems durch eine WKK-Anlage mit stadteigenem Biogas

Der Stadtrat hat über den Fortschritt der Ersatzmassnahmen im Rahmen des Geschäftsberichtes zu informieren.

POS 520.100.120-06 2010/001057 2010/000479	17.11.2010 29.08.2012	Ledergerber Zora und Wiesmann Matthias Senkung der Kosten bei Bauprojekten sowie Vereinfachung der städtischen Bauvorschriften und Bewilligungsverfahren
---	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche zusätzlichen Massnahmen ergriffen werden können, um die Kosten pro Quadratmeter Nutzungsfläche entscheidend zu senken.

Insbesondere soll geprüft werden, wie die Begehrlichkeiten involvierter Departemente und Dienstabteilungen auf das Notwendige beschränkt, wie die städtischen Bauvorschriften und Bewilligungsverfahren vereinfacht und entschlackt werden können.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 730.130.100-03 2010/001080 2010/000502	01.12.2010 29.08.2012	Vocat Fabienne Nicole und Baumer Michael Anpassung der Standards für den Bau von kostengünstigeren Volksschulanlagen in der Stadt Zürich
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die «Raumstandards für den Bau von Volksschulanlagen in der Stadt Zürich», das darin zitierte «Arbeitspapier für die Planung von Neubauten der Volksschule in der Stadt Zürich» und allfällige weitere Unterlagen für den Bau von Volksschulen in der Stadt Zürich stark zu vereinfachen, so dass kostengünstigeres Bauen gefördert wird. Insbesondere ist die Priorität nicht mehr bei der «hohen architektonischen und städtebaulichen Qualität» mehr zu setzen, sondern bei den schulischen Qualitäten. Zudem sollen die Vorschriften für die Ausstattung von Räumen weniger starr und weniger ausführlich gestaltet werden.</i>		
POS 520.120.100-25 2010/001094 2010/000522	08.12.2010 29.08.2012	AL-Fraktion Umnutzungsplanung der SBB-Areale entlang der Zollstrasse
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sicherstellen kann, dass die Umnutzung der SBB-Areale folgende Eckpfeiler einhält:</i> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Transparente und partizipative Planung</li> <li>- Preisgünstiger Wohn- und Gewerberaum</li> <li>- Aufnahme der architektonischen Struktur und Gebäudehöhen des angrenzenden Quartiers</li> <li>- Grosszügige Gestaltung der Zollstrasse für Fuss- und Zweiradverkehr</li> </ul>		
POS 680.110.100-03 2011/000104 2011/000080	16.03.2011 30.03.2011	SK HBD/SE Überbauung Hardturmareal, Erdgeschossnutzung zur Belebung des Stadionplatzes
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Erdgeschossnutzungen des künftigen Stadions Hardturm und der angrenzenden Wohnsiedlung so gestaltet werden können, dass eine angemessene Belebung des Stadionplatzes erreicht wird. Die Planungs- und Projektierungsarbeiten sollen einen möglichst hohen Anteil gewerblicher Nutzungen (Gastro, Verkaufsläden) auf der Süd- und Ostseite des Stadions sowie auf der Süd- und Westseite der Wohnüberbauung anstreben.</i>		
MOT 700.100.120-02 2011/000121	13.04.2011 07.12.2011	Pflüger Severin und Hüsey Kurt Vorschriften über das Anbringen von Reklameanlagen im öffentlichen Grund, Ausarbeitung eines Erlasses
<i>Der Stadtrat wird verpflichtet, die mit Stadtratsbeschluss vom 21. Mai 2008 erlassenen Vorschriften über das Anbringen von Reklameanlagen im öffentlichen Grund aufzuheben und dem Gemeinderat den Entwurf eines Erlasses vorzulegen, welcher das Anbringen von Reklameanlagen im öffentlichen Grund regelt. Der vom Stadtrat vorzulegende Entwurf soll die Kompetenz zum Erlass von Vorschriften über das Anbringen von Reklameanlagen im öffentlichen Grund dem Gemeinderat zuordnen.</i>		
POS 680.130.110-02 2011/000176	25.05.2011 15.06.2011	Baumer Michael und Steger Heinz F. Erstellung eines neuen Verwaltungszentrums zur Zentralisierung der Verwaltung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie und wo er ein neues Verwaltungszentrum erstellen oder erwerben kann, welches neben dem Verwaltungszentrum Werd als zweiter Standort für die Zentralisierung der Verwaltung dienen kann.</i>		
POS 610.150.100-26 2011/000269	06.07.2011 16.12.2011	Rechsteiner Urs und Hungerbühler Markus Aufhebung der Fachstelle «Kunst und Bau»
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die derzeit 200 Stellenprozent der Fachstelle «Kunst und Bau» ab 2012 ersatzlos aufgehoben und die Aufgaben an anderer Stelle in der Verwaltung wahrgenommen werden können.</i>		
POS 510.110.130-00 2011/000453	07.12.2011 16.12.2011	Wolff Richard Leitlinien für eine quartier- und sozialverträgliche Verdichtung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie zuhanden der Stadtentwickler- und Planer/-innen bei Stadtentwicklung Zürich, Amt für Städtebau und Amt für Hochbauten Leitlinien für die quartier- und sozialverträgliche Verdichtung erstellt werden können.</i>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 730.130.110-30 2011/000454	07.12.2011 17.12.2011	Rutherfordord Catherine Vorziehen der Altlastensanierung des Grundstücks für das Schulhaus Blumenfeld
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob der Termin der Eröffnung des Schulhauses Blumenfeld auf den Schuljahresbeginn 2015 durch ein Vorziehen der Altlastensanierung des Grundstücks doch noch eingehalten werden kann. Dem Gemeinderat ist bei Bedarf ein entsprechender Antrag zu stellen.</i>		
MOT 730.130.110-38 2012/000013	18.01.2012 18.04.2012	Danuser-Nüssli Andrea und Strub Jean-Daniel Rahmenkredit für die Beschaffung und Installation von Schulraumpavillons
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche einen Rahmenkredit für die Beschaffung und Installation von Schulraumpavillons gemäss dem erwarteten Bedarf bis 2020 beinhaltet.</i>		
MOT 730.130.110-48 2012/000095	14.03.2012 13.06.2012	AL-Fraktion Bau eines Schulhauses im Gebiet Letzi Mitte (Zollfreilager)
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Projektierungskredit für den Bau eines Schulhauses im Gebiet Letzi Mitte (Zollfreilager) zu unterbreiten. Dabei ist zu prüfen, wie im Sinne einer umfassenden Gebietsentwicklung ein Teil des Landbedarfs von Privaten beigetragen werden kann.</i>		
MOT 730.130.110-49 2012/000096	14.03.2012 13.06.2012	AL-Fraktion Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Manegg
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Projektierungskredit für den Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Manegg zu unterbreiten.</i>		
MOT 730.130.110-50 2012/000097	14.03.2012 13.06.2012	AL-Fraktion Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Leutschenbach/Thurgauerstrasse
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Projektierungskredit für den Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Leutschenbach/Thurgauerstrasse zu unterbreiten.</i>		
MOT 830.110.110-17 2012/000122	21.03.2012 11.04.2012	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion und CVP-Fraktion VBZ-Areal Escher-Wyss, Realisierung einer Wohnüberbauung auf der Grundlage der Studienvariante «Platte»
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Projektierungskredit für einen Teilersatzbau des Tramdepots auf dem Areal Escher-Wyss und eine Wohnüberbauung auf der Grundlage der in der Weisung auf die Motion von Robert Schönbächler (2009/602) erwähnten Studienvarianten «Platte» sowie eine Finanzierung der Wohnüberbauung vorzulegen, die unter Berücksichtigung einer Teilabschreibung der Kosten für die Gleisüberdeckung gemeinnützigen Wohnungsbau erlaubt.</i>		
POS 700.130.140-16 2012/000155	04.04.2012 04.07.2012	Huber Patrick Hadi und Küng Peter Quartiernahe Nutzung des Kasernenareals
<i>Nach dem positiven Entscheid des Kantonsrates zur Realisierung des Polizei- und Justizzentrums wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, wie er eine quartiernahe Nutzung des Kasernenareals gewährleisten kann. Dabei sind insbesondere ein allenfalls möglicher Erwerb des Grundstücks durch die Stadt und dessen Folgen abzuklären. Des Weiteren sind die städtische Zielsetzung darzulegen und der Einbezug des Quartiers zu gewährleisten.</i>		
POS 520.120.120-15 2012/000463	05.12.2012 14.12.2012	Angst Walter Errichtung eines verwaltungsinternen Baucontrollings ausserhalb der mit Hochbauprojekten befassten Dienstabteilungen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ausserhalb der mit Hochbauprojekten befassten Dienstabteilungen (insbesondere AHB, Immo, AFS) in einer möglichst frühen Phase ein verwaltungsinternes Projektcontrolling eingerichtet werden kann. Das Controlling soll den beschlussfassenden Instanzen in Form von Mitberichten Aussagen zu den Benutzeranforderungen und den Kosten machen und die Planerinnen und Planer bei der Erarbeitung von Projekten mit gutem Preis-Leistungs-Verhältnis unterstützen.</i>		

### III. Abschreibungsanträge für Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2000/000535 2000/000122	15.03.2000 22.11.2000	Maissen Placid und 6 Mitunterzeichnende Schlachthofareal, Nutzungskonzept

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob dem Gemeinderat ein quartierverträgliches Nutzungs-Konzept für das Gelände des Schlachthofareals unterbreitet werden kann.*

Die Anlagen auf dem Schlachthofareal werden von der Stadt Zürich (Umwelt- und Gesundheitsschutz UGZ) an die Schlachtbetriebe vermietet. Im Rahmen des AfS-Workshopverfahrens «Gebietsentwicklung Letzi» wurden im Sommer 2004 Entwicklungspotenziale bezüglich Städtebau, Freiraum, Nutzung und Denkmalpflege untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass ein Verbleib des Schlachtbetriebs auf dem Areal sinnvoll ist. Der Stadtrat beauftragte daraufhin den UGZ und das Amt für Hochbauten AHB, im Rahmen einer strategischen Planung Entscheidungsgrundlagen für die Entwicklung des Schlachthofs ab 2020 zu erarbeiten. Die Planung konnte 2012 abgeschlossen werden. Der Stadtrat hat entschieden, dass der Status quo vorläufig erhalten bleiben soll (d. h. Erhalt der drei Kernnutzungen Fleischgewinnung, Fleischverarbeitung und Angebot von Nebenprodukten). Der UGZ soll die Mietverträge von 2020 bis 2029 verlängern unter Überprüfung bzw. Anpassung der Mieterträge. Bis 2025 ist dem Stadtrat eine neue strategische Entscheidungsgrundlage zu unterbreiten mit dem Fokus, auf dieser Grundlage ab 2030 entweder eine umfassende Erneuerungsinvestitionen für den Schlachtbetrieb zu tätigen oder aber das Areal einer anderen Nutzung zuzuführen.

POS 2001/002075 2001/000532	31.10.2001 07.11.2001	Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung Gebiet des neuen Fussballstadions, Änderung des festgelegten Wohnanteils
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, wie der in den Sonderbauvorschriften der Weisung 393 festgelegte Wohnanteil von 30 Prozent im Gebiet des neuen Fussballstadions FIFA zu mindestens zwei Dritteln als eigentliche Wohnnutzung und nicht als Hotelnutzung realisiert werden kann.*

Das Gebiet der Sonderbauvorschriften Fussballstadion Zürich (gemäss Art. 81a BZO) ist in zwei Teilgebiete aufgeteilt. Das Teilgebiet I liegt westlich des (ehemaligen) Sportwegs, das Teilgebiet II östlich davon. Für das Teilgebiet I, wo heute der Gestaltungsplan Stadion Zürich gilt, schreiben die Sonderbauvorschriften keinen Wohnanteil vor. Sie setzen lediglich im Teilgebiet II einen Wohnanteil von 30 % fest. Dort sind im Rahmen einer kooperativen Entwicklungsplanung ein Leitbild und – gestützt darauf – der private Gestaltungsplan Hardturm-Areal erarbeitet worden. Der Stadtrat hat dem Gestaltungsplan am 7. Dezember 2005 zugestimmt. Gemäss dem Gestaltungsplan ist im Endausbau ein Wohnanteil von 44 % vorgeschrieben. Dieser liegt somit wesentlich höher als der mit den Sonderbauvorschriften festgelegte Wohnanteil. Nach den heutigen Vorstellungen soll der erforderliche Wohnanteil zum Teil durch Hotelnutzung, im Übrigen aber durch eigentliche Wohnnutzungen erfüllt werden. Damit wird den gesetzlichen Anforderungen Genüge getan. Der Stadtrat hat mit Weisungen vom 24. Oktober 2012 eine Vorlage für die neuen Sonderbauvorschriften «Areal Hardturm Stadion & Wohnungsbau» sowie zwei Vorlagen für die Objektkredite je für den Wohnungsbau und den Bau des Stadions zu Händen des Gemeinderats verabschiedet. Die entsprechenden Volksabstimmungen sollen im Herbst 2013 erfolgen.

POS 2002/000662 2002/000123	10.04.2002 13.11.2002	Fiala Doris und Walther Rolf Bahnhofbrücke-Mühlesteig, Verbesserung der städtebaulichen Situation
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die städtebauliche Situation zwischen Bahnhofbrücke und Mühlesteig, anstelle der provisorischen Bauten (früheres Globus-Provisorium) verbessert werden kann.*

Im Rahmen einer Entwicklungsplanung mit dem Titel «Hauptbahnhof/Stadtmitte» wurden 2010/11 seitens des Amts für Städtebau städtebauliche Verbesserung des Gebiets zwischen Hauptbahnhof, Limmat und Altstadt geprüft. Die Aufgabenstellung umfasste Szenarien zur Zukunft des Globus-provisoriums, der Freiräume und des Bahnhofquais sowie deren Anbindung an die Stadtteile Altstadt und Bahnhofquartier. Zum Globus-Provisorium wurden drei Szenarien erarbeitet: Szenario 1 mit einem Umbau/Umnutzung der bestehenden Liegenschaft wird favorisiert. Szenario 2 (ersatzloser Abbruch der oberirdischen Bauten zu Gunsten eines mit Bäumen bepflanzten Platzes) ist städtebaulich attraktiv, die Wertschöpfung aber zu gering und der Verzicht auf die Nutzung einer hochwertigen Baulandreserve nicht vertretbar. Bei Szenario 3 (Neubau) sind die hohen Investitionskosten bei gleichbleibender Wertschöpfung nachteilig.

POS 2003/002733 2003/000460	03.12.2003 17.12.2003	Reimann Beatrice Kasernenareal, Zwischennutzung nach dem Auszug der kantonalen Behörden
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er raschmöglichst mit den zuständigen kantonalen Behörden Verhandlungen bezüglich einer Zwischennutzung des Kasernenareals, für den Zeitraum während und nach dem Auszug der kantonalen Polizei und Justiz, aufnehmen kann.*

Mit der Abstimmung vom 4. September 2011 hat das Stimmvolk des Kantons Zürich erneut bekräftigt, dass auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs ein Neubau für das kantonale Polizei- und Justizzentrum PJZ erstellt werden soll. Der Stadtrat setzt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv für eine für die Stadt und die angrenzenden Quartiere förderliche Umnutzung des Kasernenareals ein. Die Stadt ist mit dem Kanton in Kontakt. Man ist sich einig, die Entwicklung des Areals gemeinsam an die Hand zu nehmen. Dieser Wille wird durch die Festsetzung einer gemeinsamen Gebietsplanung in der aktuellen Vorlage zum kantonalen Richtplan bekräftigt. Der 2012 gemeinsam gestartete Prozess «Zukunft Kasernenareal Zürich» hat zum Ziel, bis 2014 ein Handlungsprogramm für das Kasernenareal in Form eines Masterplans zu erstellen. Bis zum Umzug der Kantonspolizei 2018 können die bestehenden Zwischennutzungen im gesamten Kasernenareal fortgeführt und ergänzt werden, sodass keine Leerstände zu befürchten sind. Ob und in welcher Form Zwischennutzungen weiter bestehen können, wird im Masterplanprozess untersucht.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2004/001464 2004/000497	15.09.2004 29.09.2004	Tognella Roger und 20 Mitunterzeichnende Submissionsverordnung, Nutzung des Spielraums bei der Vergabe städtischer Aufträge an KMU

*Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie der Spielraum gemäss kantonaler Submissionsverordnung bei der Vergabe von städtischen Aufträgen zu Gunsten der kleinen und mittleren lokalen Unternehmen genutzt werden kann.*

Wie alle öffentlichen Vergabestellen hat sich auch die Stadt Zürich an die Bestimmungen des öffentlichen Beschaffungsrechts zu halten. Diese begrenzen den Handlungsspielraum bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Dabei stehen die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und der Gleichbehandlung im Vordergrund.

Im Einladungsverfahren und im offenen Verfahren werden in der Regel die Qualität höher gewichtet als der Preis. Im Zuschlagskriterium Qualität sind, soweit beschaffungsrechtlich zulässig, auch Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigt. Das Zuschlagskriterium Ausbildung von Lernenden wird konsequent mit dem gemäss Rechtsprechung maximal anerkannten Wert von 10 Prozent bewertet. Daraus wird ersichtlich, dass der mögliche Handlungsspielraum durch die Stadt genutzt wird.

Eine auf das Jahr 2012 bezogene Auswertung des Amts für Hochbauten zeigt, dass rund 66 Prozent der Dienstleistungsaufträge und rund 53 Prozent der Bauaufträge an Unternehmen mit Sitz in der Stadt Zürich und damit an kleine und mittlere lokale Unternehmen vergeben wurden.

POS 2006/000314 2006/000071	08.03.2006 02.11.2007	Seliner Emil und Seidler Christine Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften, Planungsgewinne
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften allfällige Mehrausnutzungen und die entsprechenden «Planungsgewinne» aufgezeigt werden können. Dazu könnte ein Gutachten dienen, welches durch ein unabhängiges Büro ausgearbeitet wird.*

Die Gründe und Ziele einer Sondernutzungsplanung (Gestaltungspläne GP und Sonderbauvorschriften SBV) sind so unterschiedlich wie vielfältig. Beide Instrumente setzen ein sogenanntes «öffentliches Interesse» voraus. Dabei geht es nicht primär um Mehrausnutzung (Mehrwert), sondern um die qualitative Steuerung des Stadtentwicklungsprozesses für einen bestimmten Ort (Areal) nach übergeordneten Planungsgrundsätzen und Entwicklungszielen der Stadt Zürich. Im Kanton Zürich ist keine gesetzliche Grundlage für eine sogenannte «Mehrwertabschöpfung» (Abschöpfung eines allfälligen Planungsgewinns) vorhanden. Trotzdem wird dieser Aspekt beim Planungsprozess mit Privaten regelmässig thematisiert. Beide Planungsinstrumente bewirken zeitlich wie finanziell einen erheblichen Mehraufwand. So ist in der Regel ein Konkurrenz- oder Wettbewerbsverfahren als Grundlage für die Ausarbeitung eines GP oder von SBV notwendig. Zudem wird im Planungsprozess wie in den entsprechenden Vorschriften festgehalten, welchen «Beitrag» diese Sondernutzungsplanungen für die «Öffentlichkeit» (Quartierbevölkerung, Stadtentwicklungsprozess) leisten. Da im Kanton Zürich für eine Abschöpfung eines allfälligen Planungsgewinns keine gesetzliche Grundlage vorhanden ist, müssen die Verhandlungen im Planungsprozess zu Resultaten in gegenseitigem Einverständnis führen. Hierzu ein Gutachten von einem unabhängigen Büro einzufordern, ist aufgrund der komplexen Materie nicht zielführend und ausgabenintensiv.

POS 2006/000940 2006/000349	30.08.2006 02.12.2009	Müller Yvonne und Hirzel Astrid Öffentliche WC-Anlagen, Verdoppelung der Anzahl für Frauen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, dass künftig bei Neubauten und Renovationen von öffentlichen Gebäuden sowie an öffentlichen Veranstaltungen doppelt so viele Frauen- wie Männer-Toiletten gebaut bzw. aufgestellt werden müssen.*

Für öffentliche Veranstaltungen sind die Mindestanforderungen in Bezug auf Toilettenanlagen im Frühjahr 2012 deutlich nach oben angepasst worden: Veranstalterinnen und Veranstalter sind seit letztem Jahr verpflichtet, sowohl eine grundsätzlich erhöhte Zahl an WC-Einrichtungen pro Event-Besucherin und -Besucher als auch mindestens doppelt so viele Toiletten für Frauen zur Verfügung zu stellen.

In Bezug auf öffentliche resp. öffentlich zugängliche Gebäude gelten die allgemeinen Bestimmungen des Baurechts (kantonale und Bundesvorgaben). Von einer freiwilligen Übererfüllung der Mindestauflagen allein in den städtischen Gebäuden möchte der Stadtrat aus Kostengründen absehen, zumal vom Anliegen der Postulantinnen primär private Gebäude betroffen sind (also Kinos, Theater, Sportstätten, Restaurants, Veranstaltungsorte usw.). Um die im Postulat angestrebte Neuerung in spürbarem Ausmass umzusetzen, müssten deshalb entsprechende Auflagen sowohl für öffentliche als auch für private Bauten, die öffentlich genutzt werden, zur Anwendung gelangen.

Da die Vorgaben für Veranstaltungen im Sinne des Postulats angepasst worden sind und die Vorgaben für öffentliche und öffentlich genutzte Bauten nicht in der Zuständigkeit der Stadt liegen, wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2007/000287 2007/000121	14.03.2007 15.09.2010	Butz Marlène und Mauch Corine Strategien Zürich 2025, Nutzungsänderungen von Wohnraum im Hochschulgebiet
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, zur Umsetzung der «Strategien Zürich 2025» bei der Rückgabe von zweckentfremdetem Wohnraum im Rahmen der Entwicklungsplanung Hochschulgebiet Zürich-Zentrum zusätzlichen Wohnraum auch für junge Erwachsene in Ausbildung zu schaffen. Dies soll in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnbauträgern, Stiftungen und Privaten geschehen, die die Schaffung von günstigem Wohnraum bezwecken.*

Im Rahmen der aktuellen Überarbeitung des Masterplans Hochschulgebiet wird das Thema der Rückführung von zweckentfremdetem Wohnraum durch die Hochschulen konkretisiert. Mit der ETH wurde im Rahmen des Gestaltungsplans «Oberer Leonhard» ein Vertrag über die Rückführung von Wohnraum abgeschlossen. Bis 2014 werden etwa 3800 Quadratmeter, bis 2025 insgesamt rund 8000 Quadratmeter zweckentfremdeter Wohnraum rückgeführt. Mit dem Kanton wird zurzeit eine entsprechende Regelung erarbeitet.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2007/000401 2007/000185	11.04.2007 15.09.2010	Bergmaier und Amacker Bruno Masterplan «Campus City», Verbesserung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Masterplan «Campus City» zusammen mit Kanton und Bund bzw. den betroffenen Bildungsinstituten, insbesondere auch mit den Gymnasien, bezüglich Perimeter vervollständigend resp. verbessert werden kann.*

Die Hauptnutzer der im Postulat angesprochenen Turnhallen sind der Hochschulsport, der Mittelschulsport sowie die Vereine. Die Turnhallen gehören dem Kanton. Dieser ist deshalb für die Planung der entsprechenden Kapazitäten zuständig. Zurzeit wird unter Federführung des kantonalen Amtes für Raumentwicklung der Masterplan Hochschulgebiet aus dem Jahr 2005 überprüft. Im Rahmen dieser Überprüfung wird im Perimeter des Masterplan-gebiets oder direkt angrenzend Ersatz für die angesprochenen Turnhallen sichergestellt.

POS 2007/000563 2007/000285	23.05.2007 15.09.2010	Leiser Albert und Jäger Alexander Bauten der Stadt Zürich, Realisierung nach der LCC-Methode
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie inskünftig Bauten, die die Stadt Zürich selbst erstellt, ob Neubau oder Renovation, nach der Life Cycle Cost-Methode realisiert werden.*

Das Hochbaudepartement setzt sich mit dem Lebenszykluskosten-Ansatz seit rund zehn Jahren auseinander, so etwa im Rahmen des 2004 lancierten Projekts Lukretia (Synonym für Lebenszykluskosten, Ressourcen, Energie, Technisierung und Gebäudeautomation). Mit der rechtzeitigen Berechnung der Lebenszykluskosten verfolgt das Hochbaudepartement die Absicht, die einseitige Optimierung in Bauprojekten zu verhindern (indem entweder nur die Baukosten oder nur die Betriebskosten berücksichtigt werden).

So wurden in den letzten Jahren Datengrundlagen erarbeitet und Praxiswerkzeuge entwickelt, so z. B. das Lebenszykluskosten-Tool, Checklisten für die Kostenoptimierung, Varianten-Vergleichs-Berechnungen, das IT-gestützte Facility Management und die automatisierte Erfassung der Energieverbrauchsdaten von grossen Liegenschaften. Diese Instrumentarien erlauben Kostenanalysen über den gesamten Lebenszyklus und bereits im frühen Planungsstadium die Auseinandersetzung mit Kosten und Nutzen einer Investition.

2011 startete das Hochbaudepartement zudem das Projekt «Kostenklarheit» mit dem Ziel der Kostenoptimierung bei städtischen Hochbauvorhaben. In diesem Zusammenhang wurden drei Vergleichsstudien für die Portfolios «Wohnen», «Gesundheitsbauten» und «Schulanlagen/Kundenbetreuung» sowie zwei Berichte zu «Standards und Richtlinien» und «Strategien, Prozesse, Rollen» verfasst. Aus dem Projekt «Kostenklarheit» ging u. a. hervor, dass die Lebenszykluskosten (u. a. Betriebskosten und Werterhaltungskosten) im Vergleich zu den reinen Investitionskosten in den Entscheidungsprozessen noch zu wenig berücksichtigt werden.

Aus diesem Grund wird der Lebenszykluskosten-Ansatz künftig verstärkt bearbeitet. Ziel ist, bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Finanzierung der städtischen Hochbauten die Lebenszykluskosten miteinzubeziehen. Mit den geeigneten Instrumenten und Methoden sollen die Lebenszykluskosten einfach prognostiziert und gesteuert werden können. Damit werden Erstellung, Betrieb und Unterhalt der Hochbauten auf Dauer wirtschaftlich ausgerichtet und nachhaltig gesichert.

In Bezug auf den Einbezug der Lebenszykluskosten (LCC) als unabdingbares Planungsinstrument ist die Stadt Zürich – im Sinne des Postulats – also auf dem Weg von der Pilotphase in die Umsetzung.

POS 2007/000754 2007/000381	04.07.2007 15.09.2010	Seidler Christine und Badran Jacqueline Bau- und Zonenordnung (BZO), Bericht über verschiedene Stadtentwicklungsszenarien
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob er einen umfassenden Bericht vorlegen kann, der verschiedene Stadtentwicklungsszenarien unter voller Ausnutzung der heute geltenden Bau- und Zonenordnung (BZO) über einen Planungshorizont von 20 Jahren unter anderem in visualisierter Form zeigt. Dabei sollen bestehende Basisinformationen aufbereitet werden und insbesondere das Ist-Volumen, Reserven im Bestand sowie in Zukunft, sowie potenziell mögliche Entwicklungen aufgezeigt werden.*

Die vom Stadtrat am 25. März 2010 beschlossene Räumliche Entwicklungsstrategie RES gibt in vereinfachter Form Auskunft über Kapazitäten und Reserven der gültigen Bau- und Zonenordnung sowie zum Umgang mit Verdichtungs- und Erneuerungspotenzialen. In der begonnenen Revision des regionalen Richtplans bzw. in der BZO-Teilrevision werden diese Informationen in geeigneter Weise aufbereitet. Die öffentliche Auflage zum Regionalen Richtplan und zur BZO-Teilrevision ist im Herbst 2013 vorgesehen. Entsprechende Daten werden dann öffentlich gemacht. Es wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2007/001338 2007/000667	19.12.2007 26.08.2009	Wenger Christian und Brassler Ueli Stadion Letzigrund, Einbau eines Windschutzes
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Stadion Letzigrund zwischen Tribünen und Stadionsdach ein Windschutz eingebaut werden kann, so dass die Zuschauer, aber auch Fussballer, Leichtathleten, Musiker usw. nicht mehr voll dem Wind ausgesetzt sind, der je nach Wetterlage ungehindert durchs Stadion pfeift.*

Das Stadion Letzigrund dient bis zur Eröffnung des geplanten Stadions Zürich auf dem Hardturmareal den beiden Stadtclubs FC Zürich und Grasshoppers Club als Übergangslösung für den Fussballbetrieb in der Super League. Die Kosten für den Einbau eines Windschutzes liegen im Millionenbereich und sind daher nicht verhältnismässig. Die bisherigen Leichtathletik-Meetings, zahlreiche Fussballspiele sowie weitere Events konnten im Stadion Letzigrund von Frühling bis Herbst jeweils ohne witterungsbedingte Beeinträchtigungen durchgeführt werden. Mit der Realisierung des Projekts für das neue Stadion Zürich wird die Situation für die Zuschauenden bei Fussballspielen mittelfristig auch während der Wintermonate stark verbessert. Aus diesen Gründen sind die verlangten Massnahmen nicht vertretbar.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000042 2010/000483	16.01.2008 17.11.2010	Garzotto Bruno und Sidler Bruno Papierwerd-Areal, Projektierungskredit

*Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die den Projektierungskredit für ein sinnvolles Projekt auf dem Papierwerd-Areal neben der Bahnhofbrücke vorsieht.*

Im Zusammenhang mit der Entwicklungsplanung Hauptbahnhof/Stadtmitte wurde 2010/11 u. a. die städtebauliche Verbesserung des Papierwerdareals geprüft. Bei dieser Überprüfung ging es um die Zukunft des Globusprovisoriums, der Freiräume und des Bahnhofquais sowie um die Anbindung der Stadtteile Altstadt und Bahnhofquartier. Es wurden drei Szenarien erarbeitet: Szenario 1 mit einem Umbau/Umnutzung der bestehenden Liegenschaft wird favorisiert. Szenario 2 (ersatzloser Abbruch der oberirdischen Bauten zu Gunsten eines mit Bäumen bepflanzten Platzes) ist städtebaulich attraktiv, die Wertschöpfung aber zu gering und der Verzicht auf die Nutzung einer hochwertigen Baulandreserve nicht vertretbar. Bei Szenario 3 (Neubau) sind die hohen Investitionskosten bei gleichbleibender Wertschöpfung nachteilig. Aus diesem Grund ist ein Projektierungskredit zum jetzigen Zeitpunkt nicht die richtige Massnahme. Das Szenario 1 (Umbau/Umnutzung der bestehenden Liegenschaft) soll weiterentwickelt werden.

POS 2008/000731 2008/000318	02.07.2008 06.10.2010	CVP-Fraktion Beauftragte oder Beauftragter für Kinderfragen, Stellenschaffung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass sämtliche öffentliche Bauvorhaben auf ihre Kinderverträglichkeit überprüft werden.*

Bei der Planung und Projektierung öffentlicher Bauten wird bereits heute, wo es sich aufdrängt, den Anforderungen in Bezug auf die Kinderverträglichkeit Rechnung getragen. Dies gilt selbstredend für sämtliche Schul- und Sportbauten, deren Bau und spätere Erneuerung auf Betriebskonzepten basiert, welche die Bedürfnisse der Kinder und neusten pädagogischen Erkenntnisse aufnehmen. Die Projektorganisation bei öffentlichen Bauvorhaben garantiert zudem, dass Expertinnen und Experten aus den Nutzerdepartementen in die Planungsarbeiten einbezogen werden, sodass die geforderte Kinderverträglichkeit bereits in einem frühen Zeitpunkt thematisiert werden kann. Insbesondere Umgebungsenerneuerungen von Schulen und Gemeinschaftszentren erfolgen ausserdem in Zusammenarbeit, wenn nicht sogar unter Federführung von Fachstellen bei Grün Stadt Zürich. Ähnliches gilt für Wohnbauprojekte der Stadt, die mit Grün Stadt Zürich vorbesprochen werden. Im überwiegenden Teil der Projekte können deshalb mit den etablierten Prozessen die Voraussetzungen für einen kindgerechten Lebensraum bereits heute geschaffen werden.

POS 2009/000073 2009/000022	05.11.2008 14.01.2009	Scherr Niklaus Projekt Räumliche Entwicklungsstrategie (RES), Vorlage einer Weisung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zum Projekt «Räumliche Entwicklung-Strategie» (RES) vorzulegen. Im Rahmen dieses Projekts sollen nicht nur bauliche und ökologische Fragestellungen, sondern auch soziale, wohn- und gewerbepolitische Aspekte einbezogen werden.*

Die Räumliche Entwicklungsstrategie RES wurde vom Stadtrat am 25. März 2010 als strategische Arbeitsgrundlage für Stadtrat und Stadtverwaltung verabschiedet und hat den gleichen Status wie die Strategien 2025. Sie bildet die Grundlage für nachfolgende Planungsprozesse. Der politische Entscheidungsprozess zu räumlichen Entwicklungsfragen findet im Gemeinderat im Rahmen der Festsetzung von Richt- und Nutzungsplänen statt. Die öffentliche Auflage zum Regionalen Richtplan und zur BZO-Teilrevision ist im Herbst 2013 vorgesehen. Entsprechende Daten werden dann öffentlich gemacht. Es wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2009/000452 2009/000158	06.05.2009 11.12.2009	FDP-Fraktion Prüfung einer Zusammenlegung von Immobilien-Bewirtschaftung IMMO und Liegenschaftenverwaltung des Finanzvermögens
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Immobilien-Bewirtschaftung IMMO, welche zum Ziel hat das städtische Anlagevermögen zu bewirtschaften, mit der Liegenschaftenverwaltung des Finanzvermögens zusammengelegt werden kann. Damit sollen gemeinsame Synergien in den Themen strategische Gesamtausrichtung der gesamten Kapitalanlagen, Personalbedarf, Raumbewirtschaftung und der operativen Tätigkeiten erreicht werden.*

Die Unterschiede zwischen der Liegenschaftenverwaltung und der Immobilien-Bewirtschaftung der Stadt Zürich sind gross, Synergien sind kaum vorhanden. Sie betreffen die Kenntnisse der Mitarbeitenden, die aus verschiedenen Branchen stammen (Wohnungsbau und -vermietung versus Immobilien der öffentlichen Infrastruktur wie Schulhäuser, Werkhöfe, Sportanlagen, Pflegeheime usw.), die Kultur (Marktteilnehmer versus städt. Querschnittsdienstleister), Strategie (Sicherstellung von Landreserven und kostengünstiger Wohnungsbau versus Sicherstellen des Raumangebots und Optimierung der Raumzuteilung), Rechnungswesen (teilw. geschlossene Rechnungskreise mit Erneuerungsreserven versus offener Rechnungskreis mit ordentlicher Abschreibung). Nicht einmal in der Informatik sind Synergien vorhanden. Obwohl beide Dienstabteilungen mit den gleichen SAP-Modulen arbeiten, wäre eine Zusammenlegung extrem komplex und damit teuer, da nicht die gleichen Prozesse bearbeitet werden. Zudem ist die Immobilien-Bewirtschaftung schon heute eine äusserst komplexe Dienstabteilung (z. B. arbeitet das Personal in 50 verschiedenen Berufen). Diese Komplexität sollte nicht noch erhöht werden durch die Zusammenlegung von zwei der grössten öffentlichen Immobilienbesitzer in der Schweiz. Es ist auch fraglich, ob es erwünscht ist, dass diese beiden wichtigen Dienstabteilungen nur einem Departement und damit nur einem Mitglied des Stadtrats unterstellt werden sollen.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2009/001106 2009/000381	26.08.2009 18.11.2009	Anderegg Peter und Meier Daniel Schulhaus Ruggächer, beschleunigter Bau des Schulhauses
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, den Bau des geplanten Schulhaus Ruggächer in Zürich Affoltern so schnell wie möglich zu realisieren, so dass das Schulhaus spätestens auf Schuljahresbeginn 2014 eröffnet werden kann.*

Mit Beschluss Nr. 1103 hat der Stadtrat am 5. September 2012 zuhanden der Gemeinde den Objektkredit für den Bau der Schulanlage Blumenfeld beantragt. Mit der Volksabstimmung wird im Sommer 2013 gerechnet. Bei einem positiven Entscheid können die Bauarbeiten, die rund 2½ Jahre dauern werden, im Spätsommer 2013 aufgenommen werden. Eine Eröffnung des Schulhauses per Schuljahr 2014 ist demnach nicht möglich. Realistisch ist zum heutigen Planungsstand ein Bezug des Schulhauses im Frühjahr 2016.

POS 2009/001428 2009/000541	18.11.2009 27.01.2010	Scherr Niklaus Bau- und Zonenordnung, Nichtanrechnung auf den Wohnanteil von Zweitwohnungen, Hotelnutzungen und Business-Appartements
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob er nicht im Hinblick auf eine Anpassung der BZO möglichst rasch einen Grundsatzentscheid für die Nichtanrechnung von Zweitwohnungen, Hotelnutzungen und Business-Appartements auf den Wohnanteil fällen und damit gestützt auf §234 PBG (negative Vorwirkung) eine weiteres Unterlaufen der Wohnanteilsbestimmungen verhindern könnte.*

In der Weisung vom 7. März 2012 (GR Nr. 2012/73) begründet der Stadtrat ausführlich, weshalb die im Postulat verlangte Regelung in der Bau- und Zonenordnung BZO in dieser Form und zum heutigen Zeitpunkt nicht zweckmässig und auch nicht rechtmässig ist. Er beantragt dem Gemeinderat, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Der Stadtrat unterstützt aber die Stossrichtung des Postulats, indem zukünftig bei der Prüfung von Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften die Thematik mit den Privaten im Sinne des Postulats beraten und ausgehandelt bzw. mittels geeigneter Vorschriften deren Berücksichtigung sichergestellt werden soll.

POS 2009/001565 2009/000601	16.12.2009 13.01.2010	Wohler Bruno und Wyss Thomas Einhausung N 1.4.4 Schwamendingen, Erlass von verbindlichen Planungsrichtlinien
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat von Zürich wird gebeten zu prüfen, wie schnellstmöglich verbindliche Planungsrichtlinien für den Perimeter Einhausung N1.4.4 erlassen werden können.*

Für den Perimeter der Planungszone Einhausung Schwamendingen liegt der Entwurf für einen öffentlichen Gestaltungsplan, basierend auf einem städtebaulichen Leitbild, vor. Die öffentliche Auflage des Gestaltungsplans ist im Jahr 2013 vorgesehen. Vor der Behandlung der Gestaltungsplanvorlage in Stadt- und Gemeinderat muss das genehmigte Einhausungsprojekt vorliegen.

POS 2010/000097 2010/000037	20.01.2010 10.03.2010	Egger Urs Pier 7, Erhaltung des Restaurationsbetriebs
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Restaurationsbetrieb auf dem Pier 7 erhalten werden kann.*

Auf den geplanten Abbruch der Bootsvermietung «Pier 7» und den Neubau wird verzichtet. Nach einer sorgfältigen Prüfung diverser Varianten kam der Stadtrat zum Schluss, dass die in die Jahre gekommene Bausubstanz mit einer Teilinstandsetzung ihren heutigen Charakter behalten und für weitere fünf bis zehn Jahre dem Betrieb dienen kann. Vorgesehen ist in Absprache mit den Pächtern, während der Betriebspause vom Winter 2013/14 den «Pier 7» mit einer Instandhaltung soweit zu sanieren, dass die Bootsvermietung und das Bistro weiterbetrieben werden können.

POS 2010/000426 2010/000189	14.04.2010 21.04.2010	Spezialkommission HBD/SE Frühzeitiger Einbezug von stadtinternem Know-How bei der Planung grosser Wärme- und Kälteerzeugungsanlagen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie künftig bei der Planung grosser Wärme- oder Kälteerzeugungsanlagen für Städtische Liegenschaften das KnowHow anderer städtischer Stellen bereits in einem frühen Planungsstadium besser genutzt werden kann, und wie im betroffenen Perimeter besser überprüft werden kann, wie auch Nicht-städtische Liegenschaften in einen Energieverbund einbezogen werden können.*

Die energieplanerische Strategie der Stadt Zürich zur Umsetzung des 2000-Watt-Gesellschaft-Ziels umfasst auch Nahwärmeverbünde zur Nutzung lokaler erneuerbarer Energien und von Abwärme-Potenzialen. Solche Verbünde werden in jüngster Zeit durchwegs departementsübergreifend definiert und geplant. Eine entsprechende Basis hat in dieser Hinsicht das unter der Federführung des Energiebeauftragten ausgearbeitete Konzept «Energieversorgung 2050» gelegt, an dessen Entwicklung das Hochbaudepartement, das Gesundheits- und Umweltschutzdepartement und das Departement der Industriellen Betriebe (ewz und Erdgas Zürich AG) und verschiedene Dienstabteilungen (ERZ, Liegenschaftsverwaltung, Amt für Städtebau) beteiligt waren. Bei Energieversorgungsprojekten für städtische Liegenschaften werden deshalb die nachfrage- und angebotsseitigen Potenziale städtischer und nicht-städtischer Energiebezüger und -anbieter geklärt und wo sinnvoll genutzt, wie diverse laufende Projekte verdeutlichen: Bei der städtischen Wohnsiedlung Glaubten ist geplant, die kalte Fernwärme aus dem ETH-Anergienetz zu beziehen, für das Altersheim Laubegg wird ein Anschluss an das Niedertemperaturnetz der Familienheim-Genossenschaft Zürich geprüft und bei der Wohnsiedlung Hornbach ist eine der zu evaluierenden Varianten ein Anschluss an einen neuen ewz-Seewasserverbund.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 730.220.100-08 2011/000084 2011/000061	09.03.2011 23.03.2011	Angst Walter Badeanstalt Oberer Letten, Überprüfung des Sanierungsprojekts

*Der Stadtrat wird gebeten, das Sanierungsprojekt für das Flussbad Oberer Letten zu überprüfen. Geklärt werden soll, welche Kosteneinsparungen und organisatorischen Verbesserungen erzielt werden können, wenn beispielsweise der Verpflegungsbetrieb nicht in der Frauengarderobe, sondern im 1. Stock der heutigen Männergarderobe (beim Eingang zur Badl) eingerichtet wird.*

Obwohl die Erfahrung lehrt, dass ein Gastrobetrieb direkt beim Badeeingang das höchste Umsatzpotential ausweist, hat sich das Planungsteam für die andere Variante entschieden. Da deutlich mehr Bade- als Gastrogäste das Flussbad Oberer Letten frequentieren macht es Sinn, Garderoben/WC/Duschen direkt beim Ein-/Ausgang zu haben. Zudem kann so ein höherer Grad an Sicherheit geboten werden, da das Dienstgebäude unmittelbar neben dem Garderobengebäude liegt.

Aus diesen Gründen wurde die Variante «Gastrogebäude im Gebäude der Männergarderobe» nicht vertieft geprüft, deshalb kann zur Wirtschaftlichkeit im Vergleich zur gewählten Lösung keine Aussage gemacht werden. Die Wirtschaftlichkeit der gewählten Variante ist jedoch allein wegen den geringen Investitionskosten deutlich höher, als wenn der Gastrobetrieb am ursprünglichen Standort erneuert worden wäre.

Das Flussbad wurde im letzten Sommer eröffnet und erfreut sich einer grossen Beliebtheit. Eine nochmalige Schliessung und Änderung der Räumlichkeiten würden keine Akzeptanz finden.

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, das Postulat als erledigt abzuschreiben.



Bild: Bauarbeiten für Glasfasernetz

# Geschäftsbericht 2012

## Departement der Industriellen Betriebe

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Departement der Industriellen Betriebe

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>315</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele und Jahresschwerpunkte</b>	<b>316</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Departement der Industriellen Betriebe</b>	<b>317</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>318</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>318</b>
4.1.1	Aufgaben	318
<b>4.2</b>	<b>Energiebeauftragte</b>	<b>318</b>
<b>4.3</b>	<b>Wasserversorgung</b>	<b>319</b>
4.3.1	Aufgaben	319
4.3.2	Jahresschwerpunkte	319
4.3.3	Kennzahlen Produktion und Leitungsnetz	319
4.3.4	Personal	320
4.3.5	Arbeitssicherheit und Umwelt	320
4.3.6	Finanzen und Informatik	320
4.3.7	Produktion	320
4.3.8	Wasserverteilung	321
4.3.9	Qualitätsüberwachung	322
<b>4.4</b>	<b>Elektrizitätswerk</b>	<b>322</b>
4.4.1	Aufgaben	322
4.4.2	Jahresschwerpunkte	322
4.4.3	Stromzukunft und Unternehmensstrategie	323
4.4.4	Energieproduktion	323
4.4.5	Markt und Kunden	327
4.4.6	Energieberatung	327
4.4.7	Energiedienstleistungen	328
4.4.8	Netzbetrieb	328
4.4.9	Telecom	331
4.4.10	Stromsparfonds	331
4.4.11	Mitarbeitende	331
4.4.12	Finanzielles	331
<b>4.5</b>	<b>Verkehrsbetriebe</b>	<b>332</b>
4.5.1	Aufgaben	332
4.5.2	Jahresschwerpunkte	332
4.5.3	Kennzahlen Fahrgäste und Angebot	333
4.5.4	Nutzen für die Kundschaft	333
4.5.5	Fahrzeuge, Systeme und Anlagen	337
4.5.6	Substanzerhaltung	337
4.5.7	Mitunternehmerinnen und Mitunternehmer	338
4.5.8	Finanzen	338
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>339</b>

# 1. Vorwort



Andres Türler. (Bild: Désirée Good)

«Das Ja zum Objektkredit ist ein Bekenntnis für die Glasfaser als zeitgemässe Kommunikationstechnologie, aber auch dafür, dass ein solches Netz in die Hand der Öffentlichkeit gehört.»

Höhepunkt des DIB-Jahres war für mich das klare Abstimmungsergebnis zum ewz.zürinet. Mit einem Ja-Anteil von knapp 65% zum Objektkredit von 400 Mio. Fr. haben die Stimmberechtigten grünes Licht für den Anschluss der Stadt Zürich an die Zukunft gegeben: Das ewz und die Swisscom bauen gemeinsam ein flächendeckendes Glasfasernetz. Das Ja ist ein Bekenntnis für die Glasfaser als zeitgemässe Kommunikationstechnologie, aber auch dafür, dass ein solches Netz in die Hand der Öffentlichkeit gehört.

Das ewz steht aber auch in seinem Kerngeschäft vor grossen Herausforderungen. Nicht nur muss das ewz die Wind- und Solarenergie massiv ausbauen und konsequent darauf hinarbeiten, dass es die Wasserkraft in Graubünden weiterhin nutzen kann. Darüber hinaus ist das ewz einem teilweise freien Markt ausgesetzt und muss alles daransetzen, seine Kundinnen und Kunden zu behalten und neue hinzuzugewinnen.

Auch im Jahr der VBZ sind Meilensteine zu verzeichnen. Für den weiteren Ausbau des Liniennetzes hat der Stadtrat dem Gemeinderat 11,4 Mio. Fr. für den städtischen Beitrag an die Tramverbindung Hardbrücke beantragt und damit die politische Diskussion über das Projekt eingeleitet. Auch auf dem Papier haben die VBZ etwas bewegt, indem sie sich mit dem ZVV auf eine Zielvereinbarung geeinigt haben. Somit steht fest, dass die VBZ bis 2016 ihre Kosten dauerhaft um gut 16 Mio. Fr. senken und die Erträge aus der Verkehrsmittelwerbung um mindestens 2,5 Mio. Fr. steigern müssen. Im Gegenzug erfolgt in dieser Periode keine Ausschreibung von Fahrleistungen.

Bei der Wasserversorgung standen keine Projekte für eine grössere Erneuerung oder Veränderung an. Einmal mehr hat sie aber ihren Grundauftrag, nämlich, rund um die Uhr frisches Trinkwasser in bester Qualität zu liefern, einwandfrei erfüllt. Medien versuchten zwar, mit Mitteilungen über Medikamentenrückstände am guten Ruf des Züriwassers zu rütteln. Dabei haben sie ausser Acht gelassen, dass Spurenstoffe in jedem Lebensmittel enthalten sind und dank ausgeklügelter Technologie auch in jedem Trink- oder Mineralwasser nachgewiesen werden können. Die Wasserversorgung weist diese Werte auf ihrer Homepage regelmässig aus.

Stadtrat Andres Türler  
Vorsteher Departement der Industriellen Betriebe

## 2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

Das Departement der Industriellen Betriebe ist aktuell an keinem gesamtstädtischen Legislaturziel direkt beteiligt. Daher erübrigt sich eine Berichterstattung an dieser Stelle.

Die Jahresschwerpunkte des Departements ergeben sich aus denjenigen der Dienstabteilungen, die unter Punkt 2 in den

jeweiligen Kapiteln erscheinen. Zudem gibt der Vorsteher in seiner Einleitung einen Überblick über die Hauptereignisse des zurückliegenden Jahres. Auf ein weiteres Zusammentragen derselben Inhalte wird an dieser Stelle verzichtet.

### 3. Kennzahlen Departement der Industriellen Betriebe

	2008	2009	2010	2011	2012
Mitarbeitende total	3554	3655	3740	3740	3833
– davon Frauen	577	612	627	650	691
– davon Männer	2977	3043	3113	3090	3142
Ø Stellenwert-Äquivalent	3324	3395	3461	3498	3537
Führungskader total	386	389	394	398	408
– davon Frauen	39	42	45	46	44
– davon Männer	347	347	349	352	364
Lernende total	88	91	88	91	84
– davon Frauen	19	23	17	12	11
– davon Männer	69	68	71	79	73
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad <math>\geq</math> 90.00 % (Vollzeitstellen)</b>					
Total	3039	3107	3146	3146	3233
Frauen	325	340	354	365	401
Männer	2714	2767	2792	2781	2832
Frauen in %	10.7	10.9	11.3	11.6	12.4
Männer in %	89.3	89.1	88.7	88.4	87.6
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)</b>					
Total	413	450	464	476	467
Frauen	207	221	224	239	239
Männer	206	229	240	237	228
Frauen in %	50.1	49.1	48.3	50.2	51.2
Männer in %	49.9	50.9	51.7	49.8	48.8
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)</b>					
Total	258	236	257	196	205
Frauen	60	63	61	56	61
Männer	198	173	196	140	144
Frauen in %	23.3	26.7	23.7	28.6	29.8
Männer in %	76.7	73.3	76.3	71.4	70.2
Personalaufwand	401 336 262	418 468 504	429 863 274	430 162 018	449 043 958
Sachaufwand	543 931 498	604 824 493	613 269 429	580 655 913	584 312 494
Übriger Aufwand	547 917 991	779 325 301	480 952 218	500 436 387	493 205 716
Total Aufwand	1 493 185 751	1 802 618 298	1 524 084 921	1 511 254 318	1 526 562 168
Bruttoinvestitionen <sup>1</sup>	342 801 126	824 958 157	327 215 885	296 062 814	282 124 140

**Definitionen:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

<sup>1</sup> 2009 inkl. Aufwertung und Ausgliederung Übertragungsnetz ewz 453,6 Mio. Fr.

## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Das Departementssekretariat ist der eigentliche «Konzernstab» des Departementsvorstehers der Industriellen Betriebe. Es unterstützt ihn bei der Entwicklung von Zielen und Strategien sowie deren Umsetzung. Es leistet ihm Support bei der Vorbereitung und Erledigung der Geschäfte der Dienstabteilungen Wasserversorgung, Elektrizitätswerk, Verkehrsbetriebe, der Erdgas Zürich AG und weiterer Beteiligungsgesellschaften.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten die Dienstabteilungen in strategischen, rechtlichen und formalen Fragen und stehen ihnen bei der internen Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit zur Seite. Sie sorgen für einen reibungslosen Informationsfluss zwischen den Dienstabteilungen und dem Vorsteher und wirken ausserdem als Bindeglied zu andern städtischen Dienststellen, ausserstehenden Organisationen, Einwohnerinnen und Einwohnern.

### 4.2 Energiebeauftragte

Die Energiebeauftragten führten die Umsetzung der Massnahmen gemäss Masterplan Energie der Stadt Zürich fort. Gemeinsam mit siebzehn Dienstabteilungen und Werken, die im Umsetzungsprozess involviert sind, definierten sie zahlreiche energiepolitische Massnahmen für 2012 und unterzogen die jeweiligen Aktivitäten des Vorjahres einem Controlling. Ferner passten sie den Masterplan Energie hinsichtlich Methodik und Zielvorgaben an die Leitlinien der 2000-Watt-Gesellschaft an, was sich in einem Stadtratsbeschluss niederschlug.

Die Energiebeauftragten trieben verschiedene strategische Vertiefungsprojekte voran, die auf dem «Konzept Energieversorgung 2050 für die Stadt Zürich» basieren und langfristig eine möglichst effiziente und CO<sub>2</sub>-arme Wärmeversorgung zum Ziel haben. Zudem waren sie federführend bei der Verlängerung der Stilllegungsfristen des Gasnetzes im Fernwärmegebiet Zürich-Nord.

Erneut wurde die Stadt Zürich mit der höchsten Auszeichnung, «Energistadt Gold», und dem European Energy Award Gold prämiert. Trotz verschärften Auditkatalogs erreichte sie ein landesweites Spitzenresultat. Die Energiebeauftragten begleiteten die Rezertifizierung.

Bei der Umsetzung des Forschungsschwerpunkts «Energieforschung Stadt Zürich – ein ewz-Betrag zur 2000-Watt-

Gesellschaft» vertreten die Energiebeauftragten in verschiedenen Gremien die Interessen der städtischen Energiepolitik.

Ausserdem wirkten die Energiebeauftragten in verschiedenen Arbeitsgruppen mit, so stadtintern in der Umwelt- sowie in der Fahrzeugkommission. Auch begleiteten sie die Überarbeitung der regionalen Richtplanung, die Umsetzung des Energiecoachings, das Projekt ewz-Stromzukunft 2012–2050, und sie hatten Einsitz in der Strategieguppe Entwicklung sowie in der Gruppe, die die Grundlagen für eine städtische Suffizienzstrategie erarbeitet. Stadtextern waren sie an der Stellungnahme zur Energiestrategie 2050 des Bundes beteiligt, u. a. auch als mandatierte Experten des Schweizerischen Städteverbands.

In der Funktion «Direktor des städtischen Stromsparfonds» prüften die Energiebeauftragten bei rund 400 Beitragsgesuchen, ob die massgebenden politischen Richtlinien eingehalten waren.

Ausserdem tauschten sie national und international Erfahrungen aus: regelmässig mit der kantonalen Energiefachstelle und durch die Mitarbeit im Vorstand des schweizerischen Trägervereins «Energistadt», ferner in der Steuergruppe «EnergieSchweiz für Gemeinden», als Leiter der Arbeitsgruppe der Energiebeauftragten der grossen Städte der Schweiz und im Rahmen verschiedener Referate zur 2000-Watt-Gesellschaft an internationalen Fachtagungen.



## 4.3 Wasserversorgung

### 4.3.1 Aufgaben

Die Wasserversorgung Zürich beliefert die städtischen Hausanschlüsse sowie im Rahmen vertraglicher Verpflichtungen weitere 67 Gemeinden der Region mit qualitativ einwandfreiem Trinkwasser. Sie ist für den gesamten Prozess von der Rohwassergewinnung über Aufbereitung und Qualitätskontrollen bis zur Verteilung des Wassers im städtischen Leitungsnetz verantwortlich. Darin enthalten ist auch der Laborbetrieb. Gleichzeitig erstellt, betreibt und unterhält sie die dazu nötigen Anlagen. Darüber hinaus wird bei Neubauten die Erstellung der Wasserinstallationen kontrolliert. Der Bau und der Betrieb der städtischen Brunnen ergänzen die Aufgaben.



Neuplatzierung «Sirius-Brunnen» beim Hallenstadion. (Bild: Wasserversorgung)

Die Wasserversorgung hat die Versorgungssicherheit mit Trinkwasser in allen Lagen zu gewährleisten. Dazu zählen im Speziellen die darin enthaltenen Vorkehrungen für die Notwasserversorgung.

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

Die Anlagen der Wasserversorgung sind in die Jahre gekommen und verlangen nach umfangreichen, mehrjährigen Sanierungs- und Erneuerungsmassnahmen, sodass auch in Zukunft die Versorgung der Stadt und der Region gewährleistet ist. Beide Seewasserwerke – Moos und Lengg – sowie das Grundwasserwerk Hardhof mussten dafür zeitweise ausser Betrieb genommen werden. Gleichzeitig war eine Erneuerung der Steuerung erforderlich, wobei es sich um ein mehrjähriges Projekt handelt. Darüber hinaus schränkten Baumassnahmen den Betrieb zusätzlich ein, sodass die Anlagendisposition stark gefordert war. Ohne den neuen «Trinkwasserstollen Uetliberg», der die drei Produktionswerke sowie die grössten Reservoirs über ein grosskalibriges Transportsystem miteinander verbindet, wären einige dieser notwendigen Investitionen nicht möglich gewesen, ohne die Versorgung zu gefährden. Der Nutzen des Stollens wurde somit bereits deutlich. Auch die kommenden Jahre werden im Zeichen dieser umfangreichen Erneuerungsprojekte stehen.

### 4.3.3 Kennzahlen Produktion und Leitungsnetz

Die Kennzahlen zur Produktion und zum Leitungsnetz geben einen Einblick in die Entwicklung der letzten fünf Jahre. Die Ergebnisse von 2012 liegen im Bereich des Vorjahres. Eindeutige Tendenzen lassen sich nicht erkennen.

### Kennzahlen Produktion und Leitungsnetz

	2008	2009	2010	2011	2012
Produktion Seewasser (Mio. m <sup>3</sup> )	40.59	40.87	42.15	39.08	37.09
Produktion Grundwasser (Mio. m <sup>3</sup> )	5.15	7.83	6.37	9.23	10.75
Produktion Quellwasser (Mio. m <sup>3</sup> )	7.79	6.76	6.68	6.81	6.72
Wasserabgabe Stadt (Mio. m <sup>3</sup> )	43.66	45.06	45.58	43.50	44.19
Mittlere Tagesabgabe Stadt (m <sup>3</sup> )	119291	123447	124833	119171	120750
Maximale Tagesabgabe Stadt (m <sup>3</sup> )	146192	145881	165405	146279	143473
Wasserabgabe Partner (Mio. m <sup>3</sup> )	9.87	10.40	9.61	11.61	10.33
Mittlere Tagesabgabe Partner (m <sup>3</sup> )	26964	28507	26339	31822	28225
Maximale Tagesabgabe Partner (m <sup>3</sup> )	37193	44952	46163	52454	45058
Mittlerer Tagesverbrauch (Liter pro Person)	317	322	326	324	310
Max. Tagesverbrauch (Liter pro Person)	388	380	432	379	368
Erneuerungsrate Rohrnetz (%)	1.89	2.30	2.30	2.50	2.00
Rohrbrüche	526	496	575	565	576

#### 4.3.4 Personal

Ende 2012 waren bei der Wasserversorgung 269 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (ohne Lernende und PraktikantInnen), die sich 260,7 Stellenwerte teilten. 30 Mitarbeitende waren dabei in einem Teilzeitpensum angestellt, wobei der Anteil bei den Männern knapp 5 %, bei den Frauen 41 % betrug. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten lag im Dezember bei 17,1 %.

Die Fluktuation war mit 1,9 % (ohne Pensionierungen) weiterhin tief. Einschliesslich der Altersrücktritte betrug die Fluktuation 5,6 %.

#### 4.3.5 Arbeitssicherheit und Umwelt

Die Zahl der gemeldeten Berufsunfälle ist mit 21 Fällen gegenüber 26 im Vorjahr etwas tiefer ausgefallen; davon war glücklicherweise keiner schwer oder tödlich. Über die letzten Jahre betrachtet liegt die Kennzahl wieder im langjährigen Mittel. Beinahe die Hälfte aller Ereignisse sind sogenannte Bagatellunfälle mit einer Ausfallzeit von weniger als drei Tagen. 40 % der Ereignisse sind Stolper- und Sturzunfälle, und ein Viertel der Unfälle fiel bei Tätigkeiten mit unkontrolliert bewegten Arbeitsmitteln an. Am häufigsten traten Verletzungen an den Fingern auf (Quetschung, Schnitt).

Unfälle in der Freizeit gab es 22. Das sind erfreulicherweise nur noch etwa halb so viele wie im Vorjahr (41). Über 36 % der Nichtberufsunfälle ereigneten sich bei Sport und Spiel, 32 % bei Tätigkeiten in Haus und Garten. Der Rest verteilt sich auf die verschiedensten Lebensbereiche. Weitaus am meisten Sportunfälle entfallen auf die Ballsportarten (50 %).

Absturzsicherungen: Die Dächer der Anlagen müssen für Unterhaltsarbeiten begehbar sein – die erstellten Geländer minimieren die Gefahren.

Sicherheitshandbuch: Es wurde ein Sicherheitshandbuch erstellt. Dieses vermittelt Grundlagenwissen zum sicherheitsbewussten Arbeiten.

Gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Mit einer Kampagne wurden die Mitarbeitenden über die gesundheitlichen Risikofaktoren informiert. Darüber hinaus erfolgte im Zusammenhang mit dem Chemikalien-Kontakt eine «Risikoanalyse Mutterschutz» für die Laborantinnen sowie eine diesbezügliche Instruktion.

Gutachten: Im Zusammenhang mit den geplanten Instandsetzungsarbeiten in den Seewasserwerken wurde ein Asbest- und PCB-Gutachten erstellt.

Biogas-Anteil: Ab 2013 wird die Wasserversorgung für das Seewasserwerk Lengg erneuerbares und nahezu CO<sub>2</sub>-neutrales Biogas beziehen. Dieses wird von Erdgas Zürich ausschliesslich aus der Vergärung von Abfallstoffen oder aus Klärgas gewonnen.

#### 4.3.6 Finanzen und Informatik

Die Laufende Rechnung schliesst mit einem positiven Betriebsergebnis von 7,68 Mio. Fr. bei einem Aufwand von 98,43 Mio. Fr. und einem Ertrag von 106,11 Mio. Fr.

Aufgrund der neuen Investitionen in Höhe von 36,1 Mio. Fr. und der Abschreibungen in Höhe von 24,11 Mio. Fr. ergibt sich ein Buchwert aller Anlagen von 220,56 Mio. Fr. Die Verpflichtungen gegenüber der Finanzverwaltung sanken um 4,47 Mio. Fr. auf 152,45 Mio. Fr.

#### 4.3.7 Produktion

Das Jahr war ereignisreich, verlief aber ohne Komplikationen. Aufgrund einer ungewöhnlichen Kältewelle im Februar froren zahlreiche Notleitungen ein, was entsprechend viele Piketteinsätze auslöste. Als Gegenmassnahme wurde vermehrt ab Hardhof gefördert, weil das Grundwasser um diese Jahreszeit rund 6 °C wärmer ist als das Seewasser.

Das Reglement zur Videoüberwachung wurde durch den städtischen Datenschutzbeauftragten geprüft und für gut befunden.

Bei den drei Werken Lengg, Moos und Hardhof kam es zu insgesamt sieben Werksabstellungen mit einer Dauer von achtzig Tagen. Im Mai war während zehn Tagen keine Hangbeziehungsweise Bergzonenförderung möglich. Grund dafür waren undichte Flanschverbindungen im Hangzonenkollektor. Alle Werksabgabebähler wurden einer umfassenden volumetrischen Überprüfung unterzogen. Die technische Erneuerung Zentralsteuerung (TEZ II) ist weit fortgeschritten. Bis auf die Anlagen Sonnenberg 1 und 2 sind alle Anlagen in der Etappe Sonnenberg bereits umgebaut.

#### Seewasserwerk Lengg

Das Seewasserwerk Lengg war zweimal während total 28 Tagen abgestellt. So wurde zu Jahresbeginn nach zweijährigen Sanierungsarbeiten das letzte Viertel der Schnellfilter in Betrieb genommen. Die Qualität der Erstfiltrate verbesserte sich dadurch im Vergleich zum ursprünglichen Zustand merklich. Es wurde in drei Aktivkohlefiltern die Kohle ausgetauscht.

Die Neuinstallation der Online-Analytik verlief wie vorgesehen. Das im Vorjahr gestartete Projekt zur Prozesskontrolle bei den sanierten Schnellfiltern konnte mit der Inbetriebnahme der Anlagen für die Schnellfiltergruppe Nord abgeschlossen werden.

Ausserdem wurden die gesamte Umzäunung und einige Zugangstüren ersetzt. Die Überwachung erfolgt neu über eine Kombination von Wärmebildkameras, Bewegungsmeldern und Türkontakten. Nächster Schritt bei der Sanierung wird der Ersatz der Ozonanlage sein.

#### Seewasserwerk Moos

Das Seewasserwerk Moos war viermal während total 42 Tagen abgestellt. Eine neu erstellte Öffnung in der Decke des Schwemmwasserreservoirs vereinfacht den Zutritt zum Pumpensumpf. Zudem wurden drei Langsamfilter durch den Werkservice abgeschöpft.

In der Kaverne Moos (Entwässerungspumpwerk) musste die gesamte Kunststoff-Druckleitung im Treppenhaus von der Kaverne bis zum Schachtkopf des Betriebsgebäudes gemäss Auflage der Feuerpolizei mit einer nichtbrennbaren Schachtkonstruktion umhüllt werden.

#### Grundwasserwerk Hardhof

Im Grundwasserwerk Hardhof war trotz umfassender Sanierungsmassnahmen nur ein Unterbruch nötig. Nach der Sanierung konnte der Horizontalfilterbrunnen D im Sommer wieder in Betrieb gesetzt werden. In diesem Zusammenhang führte die Wasserversorgung entlang den Horizontalfiltersträngen geophysikalische Messungen und Kamerabefahrungen durch.

## Quellwasser aus dem Sihl- und dem Lorzetal

Die Quellwasserversorgung aus dem Sihl- und dem Lorzetal verlief gut: Mit 1734 mm fiel in Sihlbrugg rund 30% mehr Niederschlag als im langjährigen Mittel. Das überschüssige Quellwasser wurde während der Abschaltungen im See- wasserwerk Moos jeweils abgeleitet. Ausserdem wurde im Februar und März das Quellwasser aus dem Lorzetal wegen Bauarbeiten der Korporation Baar sicherheitshalber abgeleitet.

## Zürcher Quellwasser

Zu Beginn des Jahres kam es zu einem Ölunfall innerhalb der Schutzzone Fennenwies. Bei einer defekten Forstmaschine traten rund 50 l Hydrauliköl aus. Die Quelle wurde unverzüglich in Verwurf genommen. Proben ergaben, dass die Fassung unbeeinträchtigt geblieben war. Im Altstetterwald wurden zwei Brunnenstuben saniert, eine weitere auf dem Uetliberg.

Automatischer Verwurf: Bei erhöhter Trübung im Quellwasser wird in den Quellwasserfiltern Glaubten und Lyren neu automatisch die Einlaufklappe geschlossen und das Wasser abgeleitet. Die Planung für ein weiteres automatisches Verwurf- system im Quellwasserfilter Rehalp ist abgeschlossen.

## Innovationen Dienstgebäude

Im Dienstgebäude des Grundwasserwerks Hardhof konnte die neue Wärmepumpenanlage erfolgreich in Betrieb genommen werden. Die neue Anlage arbeitet mit einer wesentlich besseren Leistungszahl. Unverändert werden Uferinfiltrat und Maschinenkühlwasser aus dem Zonenpumpwerk als Wärmequellen eingesetzt. Im gleichen Projekt wurde auch die Versorgung des Brauchwarmwassers neu eingerichtet.

Wassereintritte machten eine Sanierung der Dachterrasse des Dienstgebäudes Hardhof erforderlich. Die Dachfläche ist nun teilweise befahrbar, was den Unterhalt der Fassaden und der technischen Infrastrukturen im obersten Geschoss ermöglicht.

### 4.3.8 Wasserverteilung

Die Wasserversorgung forcierte mehrere Projekte, die auf eine kontinuierliche Substanzerhaltung der Wasserverteilung abzielen. So initiierte sie wichtige Leitungsprojekte für den Ersatz von bruchgefährdeten und störungsanfälligen Rohrleitungen.

## Anspruchsvolle Leitungsbauten

Rohrleitungsbau in der Sihl unter dem Hauptbahnhof Zürich: Im Zusammenhang mit dem Umbau des Hauptbahnhofs musste die abgebrochene Transportleitung, welche die gesamten Gleisanlagen unterquert, im Bereich der Postbrücke teilweise zurückgebaut werden. Für den Neubau der Leitung entlang den Brückenfundamenten wurde in diesem Abschnitt der Sihl ein provisorischer Damm aufgeschüttet und das Sihlbett freigelegt. Diese Arbeiten wurden innert kurzer Frist bei Niedrigwasser der Sihl ausgeführt.

Altstetterstrasse, Abschnitt Altstetterplatz bis Baslerstrasse: Die achtzig Jahre alten Wasserleitungen in der Altstetterstrasse sind in den letzten Jahren mehrmals geborsten und haben auf der stark befahrenen Strasse grosse Verkehrshinderungen verursacht. Daher wurden die Leitungen ersetzt

und gleichzeitig diverse Hausanschlussleitungen saniert sowie ein neuer Überflurhydrant erstellt.

## Rohrnetzplanung und hydraulische Berechnungen

Das Projekt der risikobasierten Erneuerungsplanung wurde abgeschlossen. Die neue Software wird nun eingesetzt, um den mittel- und langfristigen Erneuerungsbedarf bei der Wasserverteilung zu planen.

Das «Monitoring Rohrnetz» soll Veränderungen der Trinkwasserqualität und der hydraulischen Verhältnisse erfassen. Hier wurden erste onlinefähige Sensoren im Schacht Sonneggstrasse eingebaut – mit dem Ziel, erste Betriebserfahrungen zur Zuverlässigkeit und Genauigkeit der installierten Sensoren zu erhalten.

## Bauverfahren

Die Wasserversorgung bearbeitete rund 600 Baugesuche und erteilte auf elektronischem Weg gegen 2000 Auskünfte zu den Wasser- und Werkleitungen. Im Zirkulationsverfahren beurteilte sie insgesamt 261 Vorhaben von anderen Werken und Dienstabteilungen und gab dazugehörige Stellungnahmen ab. Die Installationskontrolle (Haustechnik) der Wasserversorgung kontrollierte für 293 Sanitärfirmen mit Installationsbewilligung insgesamt 1181 Installationsanzeigen und nahm 2509 Installationen ab.

Ausgelöst durch Leitungsneubauten im öffentlichen Grund wurden 338 Hausanschlussleitungen erneuert beziehungsweise Abklärungen mit den Hauseigentümerinnen und -eigentümern durchgeführt.

## Substanzerhaltung beim Rohrnetz

Die Wasserversorgung verlegte rund 30 km neue Leitungen, was einer Erneuerungsquote von 2,0% der Rohrnetzlänge entspricht. Insgesamt investierte die Wasserversorgung rund 21,1 Mio. Fr in die Erneuerung des Rohrnetzes. Gesamthaft wurden 12 km Hauszuleitungen neu erstellt – eine Folge der grossen Neubautätigkeit in der Stadt Zürich.

## Rohrleitungsbrüche

Es gab 576 Rohrschäden, davon 47,4% an den Hausanschlussleitungen. Die Trinkwasserversorgung war in allen Fällen gewährleistet.



Rohrleitungsbau entlang der Sihl. (Bild: Wasserversorgung)

## Brunnenplanung und -instandhaltung

Die Wasserversorgung begleitete federführend die Renovation des «Sirius-Brunnens» von Annemarie Fontana. Spezialisten der Brunnenplanung zeichneten für die Neuplatzierung in der Tramwendeschleife beim Hallenstadion mit den zugehörigen Tiefbauarbeiten und Brunneninstallationen verantwortlich.

### 4.3.9 Qualitätsüberwachung

Das Labor führte im vergangenen Jahr nach einem festgelegten Untersuchungsprogramm die Qualitätsmessungen im Rohwasser, in den Aufbereitungsprozessen, in den Reservoiren und im Verteilnetz durch. Insgesamt wurden im Labor 15 662 Proben untersucht. Es wurden 20 722 mikrobiologische, 11 695 limnologische, 27 400 chemische und 47 915 Spurenstoffanalysen durchgeführt. Die Stichproben der Überwachungsbehörde waren ausnahmslos negativ.

Insgesamt wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr an den Werkausgängen in den Trinkwasserreservoiren und im Trinkwasser-

verteilnetz nur vier Proben mit einem den Toleranzwert überschreitenden Befund gemessen, also ausgesprochen wenige. Im Quellwasser und im quellwassereigenen Verteilssystem des Notwassers mussten 54 Überschreitungen festgestellt werden. Dieser Befund hängt mit den Regenfällen in den Sommermonaten bis Ende Oktober zusammen. Für die Konsumentinnen und Konsumenten bestand zu keiner Zeit eine Gefährdung.

## Produktion und Qualitätskontrolle

Beanstandete Proben:

Ort der Probennahme	Anzahl	Geschäftsjahr in %	Vorjahr in %
Werkausgänge	5	0.04 %	0.10 %
Verteilnetz und Reservoir	0	0.00 %	0.35 %
Quellwasser und -verteilnetz	54	2.60 %	0.85 %

## 4.4 Elektrizitätswerk

### 4.4.1 Aufgaben

Das ewz beliefert rund 220 000 Kundinnen und Kunden mit Strom, hauptsächlich in der Stadt Zürich und im Kanton Graubünden. Es vereint Produktion, Transport und Verteilung von Strom unter einem Dach. Das städtische Unternehmen erbringt aber auch weitere mit Strom zusammenhängende Dienstleistungen – dies immer mit dem Anspruch von Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit und Umweltverträglichkeit. Ausserdem kümmert sich das ewz um die gesamte öffentliche Beleuchtung der Stadt Zürich und betreibt über 340 öffentliche Uhren.

Das ewz produziert Strom in eigenen und Partnerkraftwerken. Je knapp die Hälfte der Produktion liefern Wasserkraft und Kernkraft. Damit ist eine solide und zuverlässige Deckung des Strombedarfs zu günstigen Preisen gewährleistet. In Zukunft sollen die neuen erneuerbaren Energien ein zusätzliches Standbein der Stromversorgung bilden. Das ewz bezieht mittlerweile Strom aus über 280 Solarstromanlagen der ewz, solarstrombörse sowie aus Windkraft- und Biomasseanlagen. Die Strombeschaffung aus Wind, Sonne und Biomasse wird in den nächsten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Zudem erforscht eine vom ewz und anderen Energieversorgungsunternehmen neu gegründete Gesellschaft die Geothermie weiter.

Das Geschäftsfeld Telecom baut gemäss seinem Leistungsauftrag das Glasfasernetz ewz.zürinet. Das Geschäftsfeld Energiedienstleistungen plant, finanziert, baut und betreibt ökologisch und ökonomisch ausgerichtete Energieversorgungsanlagen für Wohnbauten, Dienstleistungsgebäude und Spezialobjekte. Das Geschäftsfeld Netzdienstleistungen unterstützt Unternehmen kompetent beim Planen, Erstellen, Betreiben, Erneuern und Optimieren elektrischer Anlagen und Energieverteilungen auf allen Spannungsebenen.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

In der Energiebranche hat sich viel bewegt. Der Markt hat sich weiter geöffnet, im In- und Ausland sind die Strommarktpreise zerfallen, und die Erträge am europäischen Grosshandelsmarkt sind gesunken. Dabei hat die starke Aufwertung des Schweizer Frankens den Wettbewerb und den Margendruck im Inland weiter verstärkt.

Vor diesem bewegten Hintergrund hat das ewz die Unternehmensstrategie 2012–2030 und eine neue Vertriebsstrategie entwickelt. Grundlage dazu bildete die umfassende Studie Stromzukunft, in der verschiedene Produktions- und Absatzszenarien skizziert werden. Die Kernaussage der neuen Strategie lautet: «Unsere Zukunft ist erneuerbar! Wir wollen das führende Energiedienstleistungsunternehmen in der Schweiz mit einer klaren Vorreiterrolle in den Bereichen Ökologie und Energieeffizienz werden.» Entsprechend wird das ewz den Anteil der Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien weiter stark erhöhen und in Wind- und Solarenergie investieren. Angestrebt wird ausserdem die Rekonzessionierung der bestehenden Wasserkraftanlagen. Auch für die Energiedienstleistungen, den Bereich Telecom und das Verteilnetz hat sich das ewz ehrgeizige Ziele gesetzt.

Das Engagement für Ökologie und Energieeffizienz ist beim ewz tief verwurzelt, was im vergangenen Jahr auch mehrfach ausgezeichnet wurde. Das ewz und die Latria Engiadinaisa SA (Lesa) erhielten den Solarpreis in der Kategorie «Anlagen» für die Hochtemperatur-Solaranlage in Bever (Graubünden) – landesweit die erste dieser Art. Die Anlage liefert der Lesa Wärme in Form von Dampf für die Milchverarbeitung. Im Rahmen eines Energie-Contractings ist das ewz für die Planung, die Finanzierung, den Bau und den Betrieb der Solaranlage verantwortlich.



Hochtemperatur-Solaranlage auf dem Dach der Lesa. (Bild: ewz)

Zur Auszeichnung «Energistadt®Gold» und zum «European Energy Award Gold» hat das ewz mit dem zehnjährigen Programm «Energieforschung Stadt Zürich» und der Ökologisierung der Stromversorgung wesentlich beigetragen.

Weitere Meilensteine waren die Fertigstellung des Geschiebeumleitstollens in Solis und das positive Abstimmungsergebnis für den Bau des flächendeckenden Glasfasernetzes im Herbst.

#### 4.4.3 Stromzukunft und Unternehmensstrategie

Atomausstieg, Klimaziele, Marktliberalisierung, neue Technologien: Der Elektrizitätsmarkt ist im Umbruch und stellt Energieunternehmen, Politik und Gesellschaft vor grosse Herausforderungen. Der Bericht «ewz-Stromzukunft 2012–2050» analysiert vier Szenarien für die zukünftige Stromproduktion und beurteilt diese nach energetischen, ökologischen und finanziellen Aspekten.

Das ewz und dessen Eigentümerin – die Stadt Zürich – haben sich für die Strategie entschieden, die neuen erneuerbaren Energien massiv auszubauen und die Wasserkraft langfristig zu nutzen.

Die Produktion mit neuen erneuerbaren Energien (Wind, Biomasse, Solarthermie und Photovoltaik) soll in den nächsten fünf Jahren um das Sechsfache auf 1200 Gigawattstunden jährlich steigen. Das entspricht rund 40 % des heute in der Stadt Zürich verbrauchten Stroms. Zusammen mit dem Strom aus Wasserkraftwerken könnte die Stadt Zürich somit bereits in fünf Jahren vollständig mit erneuerbaren Energien versorgt werden. Der Zubau von Wind- und Solaranlagen erfolgt hauptsächlich im Ausland. Gleichzeitig lässt das ewz die bestehenden Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernkraftwerken auslaufen.

Verschiedene Punkte sprechen für den starken Ausbau der neuen erneuerbaren Energien und für die Rekonzessionierung der Wasserkraftanlagen (Bewilligung der jeweiligen Gemeinden und Kantone für die langfristige Nutzung). Die Kosten der erneuerbaren Technologien sinken, die Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernkraftwerken laufen aus, und die Stadt Zürich hat sich mit den Vorgaben zur 2000-Watt-Gesellschaft hohe ökologische Ziele gesetzt.

Das ewz will das führende Energiedienstleistungsunternehmen in der Schweiz mit einer klaren Vorreiterrolle in den Bereichen Ökologie und Energieeffizienz werden. Das angestrebte

Szenario erfordert Investitionen von etwa 100 Mio. Fr. pro Jahr für den Ausbau der neuen erneuerbaren Energien sowie für die Rekonzessionierung der Wasserkraftanlagen.

Eine weitere Herausforderung ist die Integration ins Netzsystem. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien steigt der Anteil der Wind- und Solaranlagen an der Gesamtproduktion auf bis zu 60 %. Die Produktionsplanung wird mit zunehmender Anzahl solcher Anlagen schwieriger. Für die neue Situation braucht es Mittel und Wege, damit das Netzsystem stabil bleibt und die Versorgung gesichert ist. Das ewz strebt deshalb den innovativen Umbau des Netzes an, zum Beispiel mit dem Projekt Smart Metering, und investiert in neue Speichertechnologien.

#### 4.4.4 Energieproduktion

Insgesamt haben die eigenen Kraftwerke, die Beteiligungen an Partnerwerken und die Anlagen Dritter 4931,8 Gigawattstunden (GWh) und somit 3,1 % mehr als im Vorjahr produziert. Die Jahresproduktion lag damit über dem langjährigen Produktionsmittelwert.

##### Produktion in hydraulischen Werken

Die eigenen hydraulischen Werke sowie die hydraulischen Partnerwerke haben mit 2307,3 GWh 6,1 % mehr als im Vorjahr erzeugt. Mit dieser Produktion konnte das ewz 76 % des Bedarfs der Stadt Zürich decken. Die Zuflüsse betragen 2227,8 GWh, was 105,6 % des zehnjährigen Mittels entspricht.

Die gute Schneesituation in den Bergen führte zu einer entsprechend hohen Schneeschmelze, sodass die Zuflüsse über dem langjährigen Mittel lagen. Wegen Revisionsarbeiten beim Partnerkraftwerk Hinterrhein musste deren Speichersee zu Beginn des Winters erneut entleert werden. Entsprechend war die Speicherfüllung Anfang Oktober lediglich bei 84,7 %. Die Produktion der Maggia-Kraftwerke wurde wie in den Vorjahren vollständig an eine andere Gesellschaft abgetreten.

##### Produktion in Kernkraftwerken

Die Produktion der Kernkraftwerke unterschritt mit 2212,1 GWh das Vorjahresergebnis um 25,1 GWh bzw. 1,1 %. Dies hängt insbesondere damit zusammen, dass die AG für Kernenergiebeteiligungen weniger Strom zur Verfügung stellen konnte. Der ewz-Anteil an der Jahresproduktion des Kernkraftwerks Gösgen war gegenüber dem Vorjahr um 25 GWh bzw. 2,1 % tiefer und betrug 1210,8 GWh. Die Kernkraftwerke produzierten 42,5 % der gesamten Energieerzeugung.

##### Bergeller Kraftwerke

Das ewz hat die 30-MW-Speicherpumpe Löbbia einer Grossrevision unterzogen. Dabei zeigte sich, dass die Verschleiss-teile stärker als erwartet abgenützt waren. Da einzelne Komponenten neu gefertigt werden mussten, verzögerte sich der Abschluss der Revision. Dank überdurchschnittlichem Wasserzufluss und forciertem Einsatz der übrigen zwei Pumpen der Kraftwerksgruppe konnte der Albignastausee trotzdem gefüllt werden.

Am Piz Cengalo im Bondascatal lösten sich Ende 2011 rund 1,5 Millionen Kubikmeter Felsmassen und donnerten ins unbewohnte Tal hinab. Nach heftigen Gewittern im Sommer bildete sich beim Bergsturz ein Rückstau, der danach eine über sechs

Meter hohe Flutwelle auslöste. Die Sand- und Schlamm Massen erreichten die Wasserfassung Prä und füllten das gesamte Stollensystem des Kraftwerks Bondo. Die Räumungsarbeiten dauerten drei Wochen. Nach einem weiteren heftigen Gewitter löste sich im Bereich des Felssturzes erneut eine grössere Menge Geschiebe, das die Wasserfassung Prä massiv beschädigte. Erst Anfang Oktober nahm das Kraftwerk teilweise wieder den Betrieb auf. Aufgrund dieser Vorfälle hat sich die Jahresproduktion des Kraftwerks Bondo deutlich reduziert.

### **Kraftwerke an der Limmat**

An der Limmat musste aufgrund der grossen Schneemenge mit einem Jahrhunderthochwasser gerechnet werden. Um damit verbundene Schäden zu vermeiden, hat das ewz in Absprache mit den zuständigen kantonalen und eidgenössischen Behörden erstmals den Zürichsee vorausschauend um rund 30 cm abgesenkt. Die Massnahme war erfolgreich: Sie verhinderte Schäden, und zusätzlich führte der gleichmässige Abfluss der Limmat zu energiewirtschaftlichen und ökologischen Vorteilen. Zur Verbesserung der Fischdurchgängigkeit beim Kraftwerk Höngg erarbeitete das ewz ein Bauprojekt für je eine Fischaufstiegshilfe beim Wehr und beim Kraftwerk. Ferner will das ewz eine Vorrichtung bauen, die den Fischen den ungefährlichen Abstieg ermöglicht.

### **Kraftwerke Mittelbünden**

Im Frühjahr führte das ewz am Generatorrotor der Maschinengruppe 1 im Kraftwerk Sils eine Grossrevision durch. Die nach 60-jähriger Laufzeit entstandenen Schwachstellen im Werkstoff der Maschine wurden beseitigt. Die Maschine produziert seit dem Abschluss der Revision im April wieder zuverlässig Energie.

Seit Mitte Jahr ist der Geschiebeumleitstollen in Solis funktionstüchtig. Der Stollen wird zukünftig bei Hochwasser das Geschiebe – also Steine und Schlamm, die mit dem Fluss in den Stausee eingebracht werden – um die Staumauer leiten und so eine Verlandung des Stausees verhindern.

Beim Kraftwerk Tinizong hat das ewz die erste Etappe der Gesamterneuerung abgeschlossen. Diese erste Projektphase beinhaltete die bauliche Aufstockung des Maschinenhauses für die neue Generatorschaltanlage und die Talversorgungs-transformatoren sowie den Bau von zwei Steuerhäusern in der 220-kV-Freiluftschaltanlage zur Unterbringung der notwendigen Leit- und Schutztechnik.

### **Kleinwasserkraft**

Für das gemeinsame Kraftwerksprojekt Tiefencastel Plus mit der Axpo und dem Elektrizitätswerk Davos hat das ewz federführend die Projektierungsarbeiten weiter vorangetrieben. Ende Februar genehmigte die Regierung des Kantons Graubünden die von der Gemeinde Tiefencastel erteilte Wasserrechtsverleihung. Die Konzession gilt für 75 Jahre.

Die Projektierungsarbeiten und Umweltuntersuchungen für das Kleinwasserkraftprojekt Adont in Mittelbünden hat das ewz im vergangenen Jahr ebenfalls weitergeführt. Neu ist neben den Gemeinden Riom-Parsonz und Salouf auch Cunters als Konzessionsgemeinde in die Planung einbezogen. Weiter hat das ewz für das Wasserkraftprojekt im Bergell mit dem Namen Bodea, das die Gefällstufe der Maira zwischen Stampa und Castasegna nutzt, das Konzessionsgesuch bei der Gemeinde Bregaglia eingereicht. Der für die Konzessionserteilung notwendige Umweltverträglichkeitsbericht liegt vor, und das ewz hat ihn mit den Umweltverbänden sowie den Amtsstellen des Kantons besprochen.

### **Windkraft**

Die Windparkprojekte des ewz befinden sich in sehr unterschiedlichen Entwicklungsstadien, was dem ewz erlaubt, breit gefächerte Erfahrungen zu sammeln. Die Verfügbarkeit der fünf Windparks in Deutschland entsprach den Erwartungen. Deren Energieproduktion lag aufgrund der herrschenden Windverhältnisse leicht unter dem Zielwert. Der Windpark Høg Jæren in Norwegen übertraf die Produktionserwartungen im ersten vollen Betriebsjahr sehr deutlich. Mit der erfolgreichen Inbetriebsetzung von weiteren sechs Turbinen mit einer Leistung von je 2,3 MW konnte das ewz diesen Park auf 32 Turbinen erweitern.

Beim geplanten Windpark Mollendruz äusserte der Kanton Waadt Vorbehalte bezüglich der Integration in die Landschaft. Die Alternativvorschläge hat er noch nicht beurteilt. Romande Energie und ewz gründeten die Projektgesellschaft Eoliennes de Provence SA. Bei diesem in der Gemeinde Provence (VD) geplanten Windpark hat sich der Kanton Waadt in intensiven Verhandlungen mit dem Nachbarkanton Neuenburg über den möglichen Projektperimeter geeinigt. Zwar hat sich damit die mögliche Parkgrösse massiv reduziert, dafür wird die Realisierung wahrscheinlicher. Im Rahmen der altaventa surselva ag wurden diverse Untersuchungen durchgeführt mit dem Ziel, das Potenzial dieses in Lumbréin/Obersaxen geplanten Windparks zu ermitteln. Das ewz möchte gemeinsam mit norwegischen Partnern rund achtzig Kilometer südlich von Stavanger den Windpark Egersund realisieren und hat dafür erste Abklärungen vorgenommen.

### **Solarthermie**

Das Solarthermiekraftwerk Puerto Errado 2 bei Murcia in Spanien, an dem das ewz über die ewz (Deutschland) GmbH mit 10% beteiligt ist, wurde mit leichter Verzögerung erfolgreich in Betrieb genommen.

### **Geothermie**

Die im Besitz des ewz und von sechs Partnern befindliche Geo-Energie Suisse AG wird in einem nächsten Schritt mehrere Tiefengeothermie-Projekte bis zur Baubewilligung parallel entwickeln und beabsichtigt, am geeignetsten Standort eine erste Explorationsbohrung durchzuführen.

## Energiebeschaffung

Kraftwerksanlagen mit physischer Stromübernahme	2011 GWh	Anteil in %	2012 GWh	Anteil in %	+/- Veränd. 2011-2012 in %
---	----------	-------------	----------	-------------	----------------------------

### 1. Erzeugung in eigenen Werken

Kraftwerke an der Limmat					
Letten	20.1	0.4	25.2	0.5	25.6
Höngg	8.2	0.2	9.1	0.2	10.6
Wettingen	117.8	2.3	161.1	3.1	36.7
Kraftwerke Mittelbünden					
Tinizong inkl. Nandro	211.9	4.2	219.7	4.2	3.7
Tiefencastel-Ost	161.2	3.2	167.9	3.2	4.2
Tiefencastel-West	64.4	1.3	90.4	1.7	40.4
Sils und Dotierturbine Solis	89.0	1.8	114.7	2.2	28.8
Rothenbrunnen	199.0	3.9	224.4	4.3	12.8
Solis	17.8	0.4	26.6	0.5	49.6
Bergeller Kraftwerke					
Castasegna	259.2	5.1	275.6	5.3	6.3
Bondo	16.9	0.3	12.6	0.2	-25.6
Löbbia (Albigna)	98.9	2.0	107.3	2.1	8.5
Löbbia (Forno und Plancanin)	36.5	0.7	31.1	0.6	-14.7
Lizun	18.9	0.4	18.9	0.4	-0.2
Windenergie, Windpark Dörmt (D)	19.0	0.4	31.7	0.6	66.7
Brennstoffstelle Zürich (ab Nov. 2010)	1.6	0.0	1.4	0.0	-14.3
<b>Total 1</b>	<b>1340.6</b>	<b>26.6</b>	<b>1517.8</b>	<b>29.1</b>	<b>13.2</b>

### 2. Erzeugung in Partnerwerken

Hydraulische Werke					
AG Kraftwerk Wägital	53.7	1.1	68.5	1.3	27.6
Kraftwerke Oberhasli AG	312.7	6.2	369.2	7.1	18.0
Blenio Kraftwerke AG	167.8	3.3	115.0	2.2	-31.5
Kraftwerke Hinterrhein AG	319.9	6.3	270.0	5.2	-15.6
<b>Zwischentotal hydraulische Werke</b>	<b>854.1</b>	<b>16.9</b>	<b>822.6</b>	<b>15.8</b>	<b>-3.7</b>
Kernkraftwerke					
AG für Kernenergiebeteiligungen	1 051.3	20.8	1 001.3	19.2	-4.8
Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG	1 185.8	23.5	1 210.8	23.2	2.1
<b>Zwischensumme Kernkraftwerke</b>	<b>2 237.2</b>	<b>44.4</b>	<b>2 212.1</b>	<b>42.5</b>	<b>-1.1</b>
<b>Total 2</b>	<b>3 091.3</b>	<b>61.3</b>	<b>3 034.7</b>	<b>58.2</b>	<b>-1.8</b>

### 3. Erzeugung Dritter

Anlagen erneuerbare Energien					
Wasserkraft	175.9	3.5	213.3	4.1	21.3
Photovoltaik (inkl. Solarstrombörse)	13.5	0.3	12.9	0.2	-4.1
Windenergie	21.2	0.4	7.8	0.2	-63.0
Biomasse (Biogas/Klärgas)	19.5	0.4	31.6	0.6	62.2
Anlagen nicht erneuerbare Energien					
Gas/Diesel	1.7	0.0	1.4	0.0	-18.6
Abfälle, Kehrverbrennungsanlagen	120.9	2.4	112.3	2.2	-7.1
<b>Total 3</b>	<b>352.7</b>	<b>7.0</b>	<b>379.3</b>	<b>7.3</b>	<b>7.5</b>

<b>Total 1 bis 3</b>	<b>4 784.6</b>	<b>94.9</b>	<b>4 931.8</b>	<b>94.6</b>	<b>3.1</b>
----------------------	----------------	-------------	----------------	-------------	------------

<b>Kraftwerksanlagen ohne physische Stromübernahme*</b>	<b>2011 GWh</b>	<b>Anteil in %</b>	<b>2012 GWh</b>	<b>Anteil in %</b>	<b>+/- Veränd. 2011-2012 in %</b>
Wasserkraft					
Maggia Kraftwerke AG	133.2	2.6	158.3	3.0	18.8
Windenergie					
Windpark Crussow (DE)	11.3	0.2	10.3	0.2	-9.2
Windpark Schermen (DE)	35.3	0.7	32.1	0.6	-9.1
Windpark Dörmte (DE) <sup>1</sup>	18.5	0.4	-	-	-100.0
Windpark Vogelsberg (DE)	13.6	0.3	13.7	0.3	0.4
Windpark Kleinbrennbach (DE)	23.0	0.5	23.1	0.4	0.4
Windpark Høg-Jæren (NO) <sup>2</sup>	24.6	0.5	40.2	0.8	63.3
Solarthermie					
Kraftwerk Puerto Errado 2 (E)	-	-	1.2	-	-
<b>Total</b>	<b>259.6</b>	<b>5.1</b>	<b>278.8</b>	<b>5.4</b>	<b>7.4</b>

#### Total Energieerzeugung mit und ohne physische Stromübernahme

<b>Total</b>	<b>5044.2</b>	<b>100.0</b>	<b>5210.6</b>	<b>100.0</b>	<b>3.3</b>
--------------	---------------	--------------	---------------	--------------	------------

\* Hinweise

- Maggia-Kraftwerke:

Die Produktion wurde wie in den Vorjahren vollständig an eine andere Gesellschaft abgetreten (ewz-Anteil: 10%).

- Besitzverhältnisse und Stromübernahme:

- Die Windparks in Deutschland sind im Besitz von ewz-Tochtergesellschaften.

<sup>1</sup> Beim Windpark Dörmte wird hier nur die Einspeisemenge Januar bis Juli 2011 gezeigt. Seit August 2011 wird die physische Energie inkl. ökologischem Mehrwert von ewz übernommen (siehe Seite 325; 1. Erzeugung aus eigenen Werken; Pos. Windenergie).

<sup>2</sup> Beim Windpark Høg-Jæren (Norwegen) ist die ewz (Deutschland) GmbH mit 20% an der Gesellschaft beteiligt. Die Inbetriebnahme der ersten 26 von den 32 geplanten Windturbinen erfolgte im Mai 2011. Die zusätzlichen 6 Turbinen wurden per Ende November 2012 planmässig in Betrieb genommen. Gezeigt wird 20% der eingespeisten Energiemenge analog zu obenerwähnter Beteiligung.

Bei den restlichen Windparkanlagen wird die produzierte Energie in das lokale Netz in Deutschland eingespeisen. Dafür erhalten die Windparkgesellschaften einen kostendeckenden Förderpreis. Zu einem späteren Zeitpunkt ist vorgesehen, den Strom inkl. ökologischem Mehrwert zu importieren.

- Beim Solarthermiekraftwerk Puerto Errado 2 bei Murcia in Spanien ist die ewz (Deutschland) GmbH mit 10% beteiligt. Das Kraftwerk wurde im August 2012 in Betrieb genommen.

## Energiehandel

	<b>2011 GWh</b>	<b>Anteil in %</b>	<b>2012 GWh</b>	<b>Anteil in %</b>	<b>+/- Veränd. 2011-2012 in %</b>
--	---------------------	------------------------	---------------------	------------------------	---

### 1. Energiebeschaffung

Bezug aus eigenen hydraulischen Kraftwerken	1340.6	25.4	1517.8	28.4	13.2
Bezug aus Partnerwerken	3091.2	58.5	3034.7	56.9	-1.8
Bezug von Dritten	352.7	6.7	379.3	7.1	7.5
Handel	499.6	9.5	404.2	7.6	-19.1
<b>Total</b>	<b>5284.1</b>	<b>100.0</b>	<b>5336.1</b>	<b>100.0</b>	<b>1.0</b>

### 2. Energieabgabe

Abgabe an Netzbetreiber Zürich <sup>1</sup>	3010.9	57.0	3023.8	56.7	0.4
Abgabe an Netzbetreiber Mittelbünden <sup>1</sup>	127.0	2.4	122.4	2.3	-3.7
Abgabe an Netzbetreiber Bergell <sup>1</sup>	0.5	0.0	0.7	0.0	34.2
Wiederverkäufer und Dritte	564.9	10.7	497.3	9.3	-12.0
Abgabe Speicherpumpen	132.5	2.5	135.7	2.5	2.4
Handel	1448.2	27.4	1556.2	29.2	7.5
<b>Total</b>	<b>5284.1</b>	<b>100.0</b>	<b>5336.1</b>	<b>100.0</b>	<b>1.0</b>

<sup>1</sup> Lastgangsummen Lieferant ewz (exkl. Pumpenenergie und Eigenbedarfe der Kraftwerke)



#### 4.4.5 Markt und Kunden

Die Produktionskosten sind aufgrund hoher Investitionen in den letzten Jahren gestiegen, und der Bund verlangt seit der Einführung des neuen Stromversorgungsgesetzes zusätzliche Abgaben. Das ewz musste deshalb die Stromtarife in der Stadt Zürich und im Marktgebiet Graubünden nach zwanzig Jahren erstmals wieder erhöhen. Auch die neuen Stromtarife des ewz gehören im landesweiten Vergleich zu den tiefsten.

Die Grosshandelsmarktpreise in Deutschland sind 2012 kontinuierlich gesunken. In Kombination mit dem anhaltend starken Franken zeigt sich in der Schweiz das gleiche Bild. Deshalb haben dieses Jahr viele marktberichtigte Grosskunden die Energiebeschaffung am freien Markt getestet. Auch das ewz hat Kunden im angestammten Versorgungsgebiet verloren, wobei die Verluste dank der hohen Kundenzufriedenheit und den attraktiven Preisen marginal blieben. Gleichzeitig hat das ewz verschiedene neue Kunden in der ganzen Schweiz gewonnen und machte damit einen ersten Schritt in Richtung Etablierung auf dem Schweizer Markt.

#### Ökologie

Das ewz entwickelt die Stromprodukte stetig weiter und konnte dank Investitionen in Windparks den Anteil der Windenergie in ewz.ökopower und ewz.naturpower bedeutend erhöhen. Das ewz liefert an die Mehrheit seiner Kundinnen und Kunden umweltschonende Stromprodukte mit dem Label naturemade basic oder naturemade star und ist somit einer der führenden Anbieter dieser Qualitäten. Diese Marktstellung will das ewz in Zukunft noch weiter ausbauen mit dem Ziel, das führende Energiedienstleistungsunternehmen in der Schweiz mit einer klaren Vorreiterrolle in den Bereichen Ökologie und Energieeffizienz zu werden.

#### Gesamtlösungen

Das ewz bietet Energieversorgungsunternehmen und Gemeinden in der gesamten Schweiz attraktive Lösungen in den Bereichen Energie, Ökologie, Energieeffizienz und Dienstleistungen. In Graubünden beliefert das ewz verschiedene Energieversorgungsunternehmen und Gemeinden neu mit ökologischen Stromprodukten oder ökologischem Mehrwert, darunter die IBC Energie Wasser Chur. Zudem hat das ewz verschiedenen Organisationen Unterstützung in Projektmanagement, Marketing sowie Kommunikation und Schulung geboten. Für die Gemeinden Vaz/Obervaz und Klosters, die beide ihren Wärmeverbund ausbauen wollen, erarbeitet das ewz entsprechende Projekte.

Verkauf Stromprodukte	2011 Absatz <sup>1</sup> MWh	2012 Absatz <sup>1</sup> MWh
ewz.solartop naturemade star	9 118	9 420
ewz.wassertop naturemade star <sup>2</sup>	283 060	–
ewz.ökopower naturemade star	55 180	55 780
ewz.naturpower naturemade basic	1 486 700	1 529 490
ewz.mixpower	1 142 001	1 140 180

<sup>1</sup> Basis: Abgabemengen im Kalenderjahr Tarifprodukte

<sup>2</sup> auslaufend bis 2011 (wird ab 2012 ersetzt mit ewz Tarifprodukte)

Die Nähe zu den Kundinnen und Kunden war weiterhin ein wichtiges Anliegen. Ein Beispiel ist das Online-Spiel mit Tipps zum Energiesparen, bei dem es auch attraktive Preise zu gewinnen gab. In Graubünden hat das ewz unter vielen anderen Engagements das Origen Festival Cultural, das sich der Förderung und Produktion von neuem, professionellem Musiktheater widmet, als Hauptsponsor unterstützt.

#### 4.4.6 Energieberatung

Die Energieberatung ist eine wichtige Dienstleistung des ewz, um die Ziele in Energieeffizienz und Ökologie zu erreichen.

Die Energieberatung des ewz erbringt verschiedenste Dienstleistungen für Geschäftskunden, wie das Beispiel Schweizer Radio und Fernsehen SRF zeigt: Für ausgewählte Mitarbeitende führte die Energieberatung drei Schulungen zu den Themen Beleuchtung, Motoren und Rechenzentrumsbetrieb durch. Weiter erstellte das ewz für Radio und Fernsehen die verbindlichen Zielvereinbarungen mit dem Kanton Zürich zur Steigerung der Energieeffizienz und nahm einen neuen Standort darin auf. Auch mit dem Jahresreporting zuhanden des Kantons Zürich ist das ewz beauftragt. Auf Basis der Zielvereinbarungen erhält SRF wie rund 220 weitere Geschäftskunden den ewz.effizienzbonus: 10 % Rabatt auf die Stromrechnung.

#### Energieeffizienzanstrengungen im Kundenzentrum

Das ewz-Kundenzentrum hat wiederum umfassende Energieberatungen angeboten und viele Fragen rund um die Energieeffizienz beantwortet. Von besonderem Interesse war die Energieeffizienz. An den ewz-Energieeffizienz-Fachtagungen haben private Hausbesitzer, Handwerkerinnen und Handwerker, Planungs- und Ingenieurbüros sowie Liegenschaftsverwaltungen und Energietechnik-Fachleute teilgenommen. An den Publikumstagen präsentierte das ewz neben dem Beratungsangebot ein vielseitiges Wissens- und Unterhaltungsprogramm.

#### Energieeffizienz in Graubünden

Seit 2011 tritt die Energieberatung im Kompetenzzentrum Bau und Energie in Savognin als permanenter Aussteller und Energieberater auf. Neu ist das ewz auch Hauptpartner der IG Kompetenzzentrum Bau und Energie. An verschiedenen Anlässen konnte das ewz vielen Interessierten das Thema Energieeffizienz näherbringen.

#### Forschung

«Energieforschung Stadt Zürich» ist ein Forschungsprogramm über zehn Jahre, in dem untersucht wird, wie Haushalte vermehrt zum Energiesparen motiviert werden können und wie der Gebäudebestand saniert werden kann. Im kommenden Jahr testen die Forschenden erste Erfolg versprechende Massnahmen im Feld. Weiter untersuchen sie, wie unterschiedliche Arten von Anreizen auf energieeffizientes Verhalten wirken.

#### Amphiro-Aktion – intelligent duschen und bis zu 25 % Energie sparen

Im Dezember verkaufte das ewz bei einer Online-Aktion innert kurzer Zeit rund 400 Stück Amphiro a1. Das Gerät zeigt den Verbrauch an und motiviert zu einem effizienten Wasserverbrauch beim Duschen. Entwickelt hat es ein Spin-off der ETH Zürich, den das ewz massgeblich förderte.

## Einführung Ökostrom-Vignette

Das ewz lancierte im Februar zusammen mit fünf Partnern die Ökostrom-Vignette für Elektrofahrzeuge. Die Vignette garantiert, dass der Strom für das Fahrzeug aus erneuerbaren Quellen stammt. Im Jahresverlauf hat das ewz die Vignette und das Engagement für die Elektromobilität an rund zwölf Fach- und Publikumsveranstaltungen und in zahlreichen Fachpublikationen vorgestellt. Im Herbst erhielten Kundinnen und Kunden in der gesamten Deutschschweiz ein Schreiben zum Thema Ökostrom-Vignette. Über 200 Vignetten wurden bis Ende Jahr verkauft. Ziel ist, dass die Vignette zum Standard für umweltfreundliche Elektromobilität in der Schweiz wird. Auch bei der eigenen Flotte geht's vorwärts: Bereits 24 Fahrzeuge sind elektrisch unterwegs.

### 4.4.7 Energiedienstleistungen

Eines der Hauptthemen war die Nutzung von Abwärme aus Rechenzentren. Die lokal anfallende Abwärme dient als Energiequelle für Wärmepumpenanlagen und kommt im Energieverbund Binz (Erweiterung der Abwärmenutzung), im Energieverbund Aargauerstrasse, bei der Siedlung Albisrieden der Gewerkschaftlichen Wohn- und Baugenossenschaft (Gewobag) und im nächsten Jahr auch beim Projekt der Baugenossenschaft mehr als wohnen auf dem Hunziker-Areal zum Einsatz.

### Neuer Energieverbund Aargauerstrasse

Erstmals in Zürich baute das ewz ein eigenes Gebäude, um eine Energiezentrale unterzubringen. Die Kernstücke der neuen Zentrale sind zwei grosse Wärmepumpen, die neben der Abwärme des Swiscom-Rechenzentrums Herdern auch Grundwasser nutzen. Für den Spitzenbedarf steht ein Ölheizkessel zur Verfügung. Eine Photovoltaikanlage an der Südfassade des Gebäudes liefert einen Teil des für den Betrieb der Anlagen benötigten Stroms. Ab 2013 versorgt das ewz mit dieser Energiezentrale die Überbauung Westlink sowie bestehende Gewerbebauten im Rahmen eines Energie-Contractings mit Wärme und Kälte zu 80 % CO<sub>2</sub>-frei. Die Energiezentrale ist so konzipiert, dass noch weitere Gebäude an den Verbund angeschlossen werden können.



Einbau der Wärmepumpe in der Energiezentrale Aargauerstrasse. (Bild: ewz)

### Erneuerung Energiezentrale Hardau

Die Erneuerung der Energiezentrale an der Bullingerstrasse war anspruchsvoll. Bei laufendem Betrieb demonitierte das

ewz die bestehende Heizanlage und ersetzte sie durch die neuen Energieerzeugungsanlagen. Herzstück der erneuerten Anlage ist eine Wärmepumpe, die Grundwasser als Energiequelle nutzt. Der Wärmebedarf wird zu über 70 % CO<sub>2</sub>-frei gedeckt. Konkret kann künftig pro Jahr rund 1,6 Mio. Kubikmeter Erdgas gespart werden, was einer CO<sub>2</sub>-Reduktion von 3200 Tonnen entspricht.

Das ewz hat langjährige Erfahrung sowie die nötige Kompetenz im Einsatz natürlicher Kältemittel und verwendet solche für die beschriebenen Anlagen. Damit erfüllt das ewz die neuen Anforderungen der revidierten Chemikalien-Risiko-Reduktionsverordnung (ChemRRV), die bestimmte Kältemittel bei grossen Anlagen verbietet.

### Energiedienstleistungen per Ende 2012

Bewilligte Projekte (Kredite)	277,672 Mio. Fr.
Total Investitionen (netto)	170,748 Mio. Fr.
Total Ertrag 2012 GF EDL inkl. interner Leistungen	35,094 Mio. Fr.
CO <sub>2</sub> -Reduktion 2012	22 100 t
Energieverkauf 2012 (Wärme und Kälte)	188 GWh

### 4.4.8 Netzbetrieb

Die Abteilung Netzdesign entwickelt innovative Strategien, um erneuerbare Energien effizient ins Netz zu integrieren. Im Projekt VEIN beispielsweise untersucht das ewz die dezentrale Einspeisung in Verteilnetze (z. B. Auswirkungen auf das Netz bei gehäuftem Einsatz von Solarstromanlagen). Träger des Projekts sind mehrere Verteilnetzbetreiber in der Schweiz sowie das Bundesamt für Energie. Zur Integration der wetterabhängigen und deshalb unregelmässig einspeisenden Wind- und Solaranlagen können Energiespeicher einen Beitrag leisten. Eine vielversprechende neue Technik von ABB ist der elektrothermische Energiespeicher ETES. Der ETES ist standortunabhängig und für grosse Energiemengen geeignet. Er schliesst somit die Lücke zwischen standortabhängigen Pumpspeicherkraftwerken und Batterien mit kleiner Kapazität. Das ewz und ABB beabsichtigen, auf dem Gelände des Unterwerks Auwiesen gemeinsam eine Pilotanlage zu erstellen.

### Projektierung und Realisierung

Für den Ersatz der beiden Transformatoren im Unterwerk Fällanden wurden die elektromechanischen Arbeiten abgeschlossen. Beim Erneuerungsprojekt Unterwerk Aubrugg ist eine Teilübergabe an den Betrieb erfolgt. Beim Neubaugenossenschaftsprojekt Unterwerk Oerlikon verzögerte ein hydraulischer Grundbruch bei den Aushubarbeiten die Arbeiten. Beim neuen Trasse der 150-kV-Doppelkabelleitung Sempersteig-Fällanden sind 1,3 km gebaut.

Für die Spannungsumstellung 11/22 kV wurden die letzten Transformatorstationen in den Gebieten Aubrugg und Herdern umgebaut und die erforderlichen Leitungen ersetzt. Das Unterwerk Herdern ist nun das dritte Unterwerk, das ausschliesslich mit 22 kV betrieben wird. Die Umstellarbeiten im Gebiet Aubrugg werden bis zum Frühling 2013 abgeschlossen sein; Höhepunkt 2012 bildete die Spannungsumstellung des Kehrichtheizkraftwerks Hagenholz.

Im Zuge der regen Bautätigkeit in der Stadt Zürich erstellte das ewz zusätzliche dreizehn Transformatorstationen. Die 907 erstellten oder ausgewechselten elektrischen Hausanschlüsse stellen einen neuen Jahresrekord dar.

### **Messtechnik**

Die Abteilung Messtechnik hat den letzten Rundsteuerempfänger auf 317 Hz umgerüstet und somit alle 1600-Hz-Umformer ausser Betrieb genommen. Die modernste Variante der Fernauslesung läuft heute über ewz.zürinet, wobei mittlerweile 230 Zähler angeschlossen sind. Insgesamt erfolgt täglich die Fernauslesung von über 3100 Geräten mit rund 9500 Lastgängen. Für die Smart-Metering-Studie führte die Messtechnik über 60000 zusätzliche Ablesungen durch.

### **Technik und Sicherheit**

An der Installateurentagung nahmen über 400 Personen teil. Die sehr vielen positiven Rückmeldungen zeigen die grosse Kundennähe des ewz.

Die Auswertung der Stichproben zeigte, dass Sicherheitskontrollen nach wie vor nötig sind: 25 % wiesen Mängel auf.

### **Instandhaltung**

In 122 ewz-Transformatorstationen, 9 Gleichrichteranlagen, 13 Hochspannungsanlagen und 808 Niederspannungsanlagen erfolgten planmässige Instandhaltungsarbeiten. Das Instandhaltungsteam hat die systematische Inspektion mittels Thermografie konsequent weitergeführt und aufgrund der Resultate schadhafte Anlagenteile repariert oder ausgetauscht.

Nach der Explosion eines Spannungswandlers im Unterwerk Hönggerberg im November 2011 ersetzte das ewz in diversen Unterwerken die 150-kV-Spannungs- und -Kombiwandler. Weitere Instandhaltungsarbeiten erfolgten in den Unterwerken Fällanden, Altstetten Alt, Samstagern, Oerlikon und Letten Neu. Zudem hat die Instandhaltung die 10-Jahr-Revision der 110-kV-Anlage im Kraftwerk Wettingen durchgeführt. Um zukünftige Störungen zu vermeiden, hat das ewz in diversen Unterwerken Massnahmen zum Schutz vor Kleintieren getroffen.

### **Hochspannungsleitungen**

Grössere Arbeiten im Bereich der Instandhaltung waren die Erneuerung des Korrosionsschutzes der 220-kV-Leitung Sieben-Samstagern sowie der Erdseilersatz zwischen Tiefencastel und Sils. Weiter montierte das ewz Absturzsicherungsschienen an 22 Masten der Leitung Sieben-Samstagern. Das Bundesverwaltungsgericht hiess die Einsprache gegen die Freileitung Samstagern-Zürich im Abschnitt Thalwil-AG Kilchberg gut. Das ewz hat eine Teilanfechtung des Urteils beim Bundesgericht eingereicht. Mit der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz hat das ewz eine einvernehmliche Lösung für den Bau der neuen 11/22-kV-Leitung Tinizong-Marmorera gefunden.

Die Überführung des Übertragungsnetzes an Swissgrid ist noch nicht vollzogen. Die Elektrizitätskommission kürzte den Wert des ewz-Übertragungsnetzes von 278 Mio.Fr. auf 107 Mio.Fr., worauf der Stadtrat die Unterzeichnung des Vertrags ablehnte. Behörden und Gerichte werden nun die Höhe der Entschädigung festlegen. Die Arbeiten zur Überführung werden indes fortgesetzt.

### **Betrieb**

Das ewz hat den Netzbetrieb mit verschiedenen Massnahmen wie den neu besetzten Dispatcher-Stellen in der Netzleitstelle sowie der Zusammenlegung der Hoch- und Mittelspannungsbetriebsführung weiter optimiert.

Die Anzahl der Störungen lag im Bereich der Vorjahre. Speziell war der Ausfall eines gesamten Unterwerkes und die Gefährdung eines weiteren wegen einer defekten Muffe. Es war der gravierendste Stromausfall im ewz-Versorgungsgebiet der letzten zehn Jahre. Über 10000 Kundinnen und Kunden in den Kreisen 1, 7 und 8 mussten während bis zu 3½ Stunden ohne Stromversorgung ausharren. Obwohl im Stadtzentrum der Verkehr zum Erliegen kam, zeigten die Betroffenen Verständnis. Das ewz hat den betroffenen Muffentyp kurzfristig mit einer Brandabschottung versehen und wird ihn mittelfristig ersetzen.

### **Netzdienstleistungen**

Mit der Gründung der ewz Übertragungsnetz AG im Jahr 2009 hat das ewz seine Höchstspannungsleitungen und die Schaltanlagen des Übertragungsnetzes in diese Tochtergesellschaft ausgegliedert. Für den technischen Betrieb sowie für die Instandhaltung und Erneuerung der betreffenden Anlagen waren seither weiterhin diejenigen Fachabteilungen des ewz zuständig, die das Übertragungsnetz bereits zuvor betreut hatten. Das ewz verfügt über eine jahrzehntelange Erfahrung im Unterhalt und Betrieb von Übertragungsnetzanlagen und erbringt diese Arbeiten effizient und effektiv. Insbesondere bei Störungen ist ein unverzügliches und wirksames Eingreifen der Spezialisten von grosser Bedeutung. Das hat sich bei einem Felssturz am Julierpass gezeigt, als ein 80-Kubikmeter-Felsbrocken auch die Hochspannungsleitung in Mitleidenschaft zog. Das ewz sorgte für eine rasche Reparatur der Leitung.

Das ewz koordiniert sämtliche Leistungen für das Übertragungsnetz und hat in enger Zusammenarbeit mit Swissgrid neue Dienstleistungsvereinbarungen ausgearbeitet. Die Umsetzung geht im Jahr 2013 weiter, und das Angebot für die bevorstehende Ausschreibung der Dienstleistungen wird vorbereitet.

### **Fahrstromverstärkung für Trams am Bellevue**

Am Theaterplatz nahm das ewz eine neue Gleichrichteranlage für die VBZ in Betrieb. Eine Simulation des Fahrstromnetzes im Raum Bellevue deckte eine potenzielle Schwachstelle im Netz auf. Im Hinblick auf noch leistungsfähigere Tramgenerationen wird das ewz diesen Netzknoten mit einer zusätzlichen Gleichrichteranlage verstärken. Die Station steht in einem Nebenraum des neuen Parkhauses Opéra und umfasst auch eine ewz-Transformatorstation, die unter anderem die Versorgung des Geländes für zukünftige Festivitäten sicherstellt. Die nun insgesamt 44 Gleichrichterstationen betreibt das ewz im Auftrag der VBZ.

### **Öffentliche Beleuchtung**

Die Strategie des ewz, bei jeder Neuanlage und bei jeder grösseren Erneuerung konsequent auf den Einsatz modernster Technologien mit höchster Funktionalität zu setzen, hat sich wiederum bewährt. Der Energieverbrauch für die öffentliche Beleuchtung hat gegenüber dem Vorjahr trotz einer Zunahme um 851 Brennstellen um 1 % abgenommen. Zürich setzt rund 0,7 % seines Gesamtenergieverbrauchs für die öffentliche

Beleuchtung ein und liegt damit weit unter dem schweizerischen Mittelwert. Dies wurde möglich, weil bereits seit 1978 anstelle der herkömmlichen Quecksilberdampf-Hochdrucklampen die energieeffizienten Natriumdampf-Hochdrucklampen eingesetzt werden. Heute sind rund 95 % der Anlagen umgerüstet.

Die neuere LED-Technik kann die Natriumdampf-Hochdrucklampen noch nicht ersetzen. Speziell bei Hauptverkehrsstrassen ist die LED-Technologie noch nicht viel effizienter als die aktuell eingesetzte Natriumhochdruck-Technik. Bei Fuss- und Radwegen und kleineren Strassen kann sie aber bereits heute energiesparend eingesetzt werden. Eine nennenswerte Kostenersparnis ist bei den hohen Anschaffungskosten für LED-Leuchten noch nicht möglich.

Bis LED in der öffentlichen Beleuchtung konkurrenzfähig sind, wird es noch einige Jahre dauern. In zwei bis drei Jahren will das ewz die Weichen für eine zuverlässige öffentliche Beleuchtung mit der neuen LED-Technik stellen. Zuerst muss aber die notwendige Standardisierung erfolgt sein, und es muss klar sein, welche LED-Technik sich langfristig durchsetzen wird. In dieser Zeit sammelt das ewz Erfahrungen mit diversen Pilotanlagen.

Eine erste Auswertung der Pilotanlagen zeigte, dass mit dem Ersatz der Natriumhochdruck-Technik durch LED-Technik der Energieverbrauch bei Hauptverkehrsstrassen um rund 20 % und bei Quartierstrassen um rund 35 % sinkt. Bei Neuinstallationen oder einem Ersatz der bestehenden Leuchten werden vermehrt LED-Leuchten zum Einsatz kommen.

In Zürich sind noch 2300 Fusswegleuchten mit Quecksilber-Hochdrucklampen in Betrieb, die jedoch laufend durch



LED-Pilotanlage an der Flurstrasse. (Bild: ewz)

Leuchten mit Kompaktparlampen oder neu mit LED-Technik ersetzt werden. Die Energieersparnis liegt hier bei 30 bis 60 %.

Mit einem flächendeckenden Einsatz der LED-Technik in der Stadt Zürich ist frühestens ab 2014 zu rechnen. Ein Umbaukonzept ist in Ausarbeitung.

Grössere Beleuchtungsanpassungen hat das ewz im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen bezüglich Rückbau der Westtangente, bei der Sanierung des Ulmbergtunnels und in diversen anderen Strassen vorgenommen. Im Rahmen des Plan Lumière installierte das ewz beim Emil-Spielmann-Weg eine Anleuchtung der Lärmschutzwand. Weitere Projekte, unter anderem für die Lettenbrücken, den Sechseläutenplatz und Oerlikon, sind in Arbeit.

Störungen in den Verteilanlagen der Stadt Zürich	2008	2009	2010	2011	2012
Störungen, verursacht durch Überlastung	4	3	4	1	4
Steuerung	6	3	4	11	7
Armaturen und Anschlüsse	19	35	31	22	21
Materialfehler	3	5	7	3	5
Witterungseinflüsse	7	12	6	1	8
Beschädigung durch Dritte (Handwerkzeuge und Baumaschinen)	38	52	46	53	44
Natur, Tiere	4	6	4	9	2
Wasser, Feuer, Verschmutzung	2	1	1	5	1
Diverses	5	6	2	2	4
Unbekannte Ursache	4	3	5	4	4
<b>Total</b>	<b>92</b>	<b>126</b>	<b>110</b>	<b>111</b>	<b>100</b>

Störungen in den Übertragungsanlagen	2008	2009	2010	2011	2012
Erd- und Kurzschlüsse in benachbarten Netzen 220 kV, 380 kV	70	50	40	16	16
Erd- und Kurzschlüsse im ewz-Netz 150 kV	4	2	4	5	1
Teilunterbrüche in Zürich	4	2	0	4	0
Teilunterbrüche in Graubünden	40	33	20	25	6

Bei 17 der 111 Störungen fiel die Stromversorgung während höchstens 30 Minuten, bei 24 während 31 bis 60 Minuten und bei 70 länger als einer Stunde aus. Ab 2010 wird das 150-kV-Netz der Stadt Zürich in der Tabelle mitgeführt.

#### 4.4.9 Telecom

Das ewz hat einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zum Ausbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes erreicht: Am 23. September 2012 genehmigten die Stimmberechtigten der Stadt Zürich einen Objektkredit von 400 Mio. Fr. für den Bau des ewz.zürinet mit einer Ja-Mehrheit von 65 %. Damit hat das ewz nun den klaren Auftrag und die nötigen Mittel zur Verfügung, um dieses für den Lebens-, Wirtschafts- und Bildungsstandort Zürich wichtige Infrastrukturprojekt rasch umzusetzen. Geplant ist, bis zum Jahr 2019 rund 240 000 Haushalte und Unternehmen an das ultraschnelle Glasfasernetz anzuschliessen. Über 30 000 Zürcher Liegenschaften sind bereits heute mit ewz.zürinet verbunden.

#### Erfolgreiches Projektgeschäft als wichtiges Standbein

Ein wichtiges Geschäftsfeld für ewz-Telecom ist neben ewz.zürinet das Projektgeschäft mit Geschäftskunden. Zahlreiche namhafte Zürcher Firmen profitieren bereits von Telekommunikations-Verbindungen des ewz. Für den Kunden AdNovum baut und betreibt ewz-Telecom beispielsweise leistungsfähige optische Netzwerkverbindungen, ebenso für den Bereich Organisation und Informatik Zürich (OIZ).



Verlegen von Glasfasern für ewz.zürinet. (Bild: ewz)

#### 4.4.10 Stromsparfonds

Der Stromsparfonds hat deutlich mehr Gesuche als in den Vorjahren erhalten. Dies dürfte allerdings eine Ausnahme sein, da die vergleichsweise hohen Beiträge an Photovoltaikanlagen eine regelrechte Flut von Gesuchen bewirkt hat. Die Kosten solcher Anlagen sind im Verlauf des Jahres erheblich gesunken, sodass der Stadtrat im September die Förderbeiträge reduziert hat. Das ewz bearbeitete insgesamt 575 Stromsparfonds-Gesuche (2009: 380, 2010: 462, 2011: 461). Die Summe der ausbezahlten Beiträge liegt mit 7,2 Mio. Fr. im Bereich des Vorjahres.

#### Stromsparfonds-Aktionen

Im Rahmen der Stromsparfonds-Aktion Kühlgeräte förderte das ewz 2575 Geräte mit dem Label A++ oder A+++ (2011: 3962) und bei der Aktion für energieeffiziente Kaffeemaschinen

687 Geräte (2011: 728). Finanzielle Unterstützung gab es zudem für 822 Wärmepumpen-Wäschetrockner (2011: 1072), die innert der Frist bis Ende 2011 gekauft worden waren.

#### 4.4.11 Mitarbeitende

Mit dem neuen strategischen Ziel des ewz, das führende Energiedienstleistungsunternehmen für Kundinnen und Kunden in der Schweiz mit einer klaren Vorreiterrolle in den Bereichen Ökologie und Energieeffizienz zu werden, haben sich auch die Anforderungen an die Mitarbeitenden verändert. Das ewz hat deshalb neue Funktionen geschaffen und viele neue Mitarbeitende rekrutiert. Gleichzeitig hat die adäquate Weiterentwicklung der Kompetenzen bestehender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Bedeutung gewonnen. Dies umfasst neben neuen Fachkompetenzen auch höhere Anforderungen an die Sozialkompetenzen, wie beispielsweise gutes Verhandlungsgeschick und eine hohe Innovationsfähigkeit.

#### Nachwuchsförderung

Um die frühzeitige Entwicklung junger, gut ausgebildeter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten, hat das ewz das Programm «Young Talents» eingeführt. In verschiedenen Modulen werden die Selbst- und Sozialkompetenzen und mit der Übertragung eines wichtigen ewz-Projektes auch die Methodenkompetenzen der Teilnehmenden gefördert. «Young Talents» ist mittlerweile ein fester Bestandteil der Personalentwicklung.

#### Fit im Führungsalltag

Seit 2004 ist das ewz in der Führungsentwicklung aktiv. In der ersten Phase wurde ein gemeinsames Führungsverständnis entwickelt und wurden die wichtigsten Führungskompetenzen und -instrumente vermittelt. Zukünftig wird die individuelle Führung noch wichtiger werden. Die Führungskräfte werden durch zwischenmenschliche und kommunikative Fragen sowie anspruchsvolle Zusammenarbeitsformen gefordert. In einer umfassenden Basisausbildung erhalten sie das notwendige Werkzeug für die erfolgreiche Ausübung ihrer Führungsfunktion beim ewz.

#### 4.4.12 Finanzielles

Die Gesamtleistung des ewz beträgt rund 701,9 Mio. Fr. und liegt somit rund 11,3 Mio. Fr. oder 1,6 % über dem Vorjahreswert.

Aufgrund höherer Energiebeschaffungs- und Personalkosten ist der Betriebsaufwand im Vergleich zum Vorjahr um 14,5 Mio. Fr. auf 610,9 Mio. Fr. gestiegen. Als Folge des höheren Personalbestandes haben die Personalkosten um 8,5 Mio. Fr. oder 6,5 % zugenommen.

Insgesamt hat das ewz ein Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern von 90,9 Mio. Fr. erzielt. Das sind 32 Mio. Fr. weniger als im Vorjahr.

Das Finanzergebnis ist aufgrund der tieferen Liquiditätsbestände und aufgrund des tieferen Zinsniveaus rund 2 Mio. Fr. tiefer als im Vorjahr ausgefallen.

In die Rückstellung für Marktrisiken eingeschlossen sind auch die Unterdeckungen der staatlichen Fonds der Kernkraftwerke Gösgen AG und der AG für Kernenergiebeteiligungen (Kernkraftwerk Leibstadt) gemäss den Aktienanteilen von ewz.

Das ewz liefert mit 67,2 Mio. Fr. Gewinn an die Stadtkasse 1,0 Mio. Fr. mehr ab als im Vorjahr.

Das ewz tätigte netto rund 141 Mio. Fr. Investitionen, 11,4 Mio. Fr. mehr als im Vorjahr. Neben Investitionen in verschiedene Netzanlagen und konventionelle Produktionsanlagen hat das ewz auch hohe Beträge für erneuerbare Energien und Anlagen des

Geschäftsfeldes Energiedienstleistungen aufgewendet. Das Guthaben des Kontokorrents gegenüber der Stadtrechnung hat um 105,6 Mio. Fr. abgenommen und betrug am Jahresende noch rund 123,6 Mio. Fr. Folgende Hauptfaktoren haben zu diesem starken Rückgang des Guthabens geführt: die weiterhin hohe Investitionsquote, die Auszahlung des 7,5 %-Bonus an alle Stromkundinnen und -kunden, die bisher nicht erfolgte Weiterverrechnung der Bundesabgaben für Hochspannungsnetze im Versorgungsgebiet Zürich und die jährliche Gewinnablieferung an die Stadt.

## 4.5 Verkehrsbetriebe

### 4.5.1 Aufgaben

Die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) sind neben den SBB der grösste Anbieter von Transportdienstleistungen im Zürcher Verkehrsverbund (ZVV). Als integriertes Unternehmen planen sie das Angebot, erbringen Fahrdienstleistungen, erneuern die Infrastruktur und warten die Fahrzeuge. Als kompetenter Partner für den öffentlichen Verkehr arbeiten die VBZ eng mit anderen städtischen und kantonalen Dienststellen zusammen, bei der Umsetzung der städtischen Mobilitätsstrategie insbesondere mit der Dienstabteilung Verkehr und dem Tiefbauamt der Stadt Zürich.

Die VBZ bieten als Mittel- und Feinverteiler den Menschen in der Stadt Zürich und der umliegenden Region im Limmattal, am Unteren Zimmerberg und am Unteren Pfannenstiel sowie im Mittleren und Oberen Glattal eine qualitativ hochstehende Versorgung mit dem öffentlichen Nahverkehr, während 365 Tagen im Jahr, mindestens zwanzig Stunden am Tag. Sie tragen ausserdem die Verantwortung für die Betriebsführung der Forchbahn AG, der UBS Polybahn AG, der Dolderbahn-Betriebs-AG sowie der Stiftung Behinderten-Transporte Zürich (BTZ). Im Auftrag der Verkehrsbetriebe Glattal (VBG) erbringen sie die Fahrleistungen für die Glattalbahn.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

#### Abschluss Zielvereinbarung mit dem ZVV

Die Strategie des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) sieht vor, dass mit Unternehmungen, die gemäss Benchmarkmodell des ZVV ein unbefriedigendes Preis-Leistungs-Verhältnis bei der Erbringung von Fahrleistungen aufweisen, Zielvereinbarungen abgeschlossen werden. Ziel ist, dass die Verkehrsunternehmen ihre Leistungen nach dem Auslaufen der Vereinbarung zu wettbewerbsfähigen Bedingungen anbieten können. Ausschreibungen von Fahrleistungen sollen dann erfolgen, wenn der Abschluss von Zielvereinbarungen unmöglich ist oder wenn die vereinbarten Ziele nicht erreicht werden können.

Die VBZ haben für den Zeitraum 2012 bis 2016 eine solche Zielvereinbarung abgeschlossen. Sie haben sich darin zu einer dauerhaften Senkung des Betriebsaufwands um 16,3 Mio. Fr.

bis 2016 verpflichtet. Die Erträge aus Nebengeschäften sind in diesem Zeitraum gleichzeitig um 2,5 Mio. Fr. zu steigern. Die VBZ verpflichten sich zudem, während der Dauer der Zielvereinbarung den Substanzerhalt nicht zu vernachlässigen und das Qualitätsniveau zu halten.

#### Fahrzeugflotte

Die VBZ haben die Beschaffung der neuen Tramgeneration weiter vorangetrieben: Mitte Juni organisierten sie ein öffentliches Probesitzen mit drei möglichen Tramsitzmodellen aus Holz, aus denen der zu produzierende Sitz gekürt wurde. Weiter präzisierten sie die Ausschreibungsvarianten und erstellten das Lastenheft. Im November starteten die VBZ die zweite Stufe der Ausschreibung.

Im Dezember trafen die letzten der zwölf neuen Doppelgelenktrolleybusse (DGT) der Carrosserie Hess AG ein. Sie sind mit einer neuen Technologie mit Traktionsbatterie als Notaggregat anstelle eines Dieselmotors ausgerüstet. Der Einsatz der DGT ist nun nebst der Linie 31 auch auf der Linie 32 möglich. Da bei gewissen Fahrzeugen noch Kinderkrankheiten auftraten, konnten die VBZ nicht alle Kurse mit DGT abdecken und mussten auf Gelenktrolleybusse (GT) zurückgreifen.



Ablieferung eines der zwölf neuen Doppelgelenktrolleybusse. (Bild VBZ)

## Trolleybusstrategie und Liniennetzstrategie 2030

Der Stadtrat verabschiedete die Trolleybusstrategie der VBZ. Die VBZ setzen auch für die Zukunft auf den Trolleybus als ökologisches und effizientes Verkehrsmittel mit hohem Fahrkomfort und wollen ihr bestehendes Netz ausbauen. Dabei stehen Linien mit hoher Nachfrage und grossem Entwicklungspotenzial im Vordergrund, auf denen in näherer Zukunft auch ein Einsatz von Doppelgelenkfahrzeugen denkbar ist. In einem ersten Schritt sind dies die Linien 80 und 69. Der Stadtrat beantragte beim Kanton die Aufnahme der nötigen Ausgaben von 58 Mio. Fr. ins Agglomerationsprogramm der zweiten Generation. Der Kanton hat dies in seiner Eingabe an den Bund allerdings nicht berücksichtigt.

Die VBZ aktualisierten die bestehende Liniennetzstrategie 2025 in Zusammenarbeit mit den städtischen Partnern. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2013 veröffentlicht werden.

### Zusammenarbeit mit Personalverbänden

Sozialpartnerschaftliche Themen, die bereits im vergangenen Jahr diskutiert wurden, blieben weiterhin aktuell. Medienberichte beispielsweise zum Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräch (ZBG), den Wagenbesuchen oder den personalrechtlichen Konsequenzen von Falschfahrten lösten Diskussionen auch im Gemeinderat aus. Die VBZ signalisierten in der Folge ihren Willen zu Anpassungen, was den konstruktiven Dialog wieder in Gang brachte. Gemeinsam mit den Personalverbänden entschieden sie, eine «Groupe de Réflexion» einzusetzen,

die betriebliche Fragestellungen bespricht und Massnahmen zur Verbesserung des Betriebsklimas vorschlägt.

Die VBZ haben auf den Fahrplanwechsel hin die Verfügung des Bundesamts für Verkehr (BAV) betreffend Berücksichtigung von Wegzeiten in den Dienstplänen umgesetzt. Das BAV beanstandete die bisherige Regelung, wonach der Rückweg in den Betriebshof bei der Berechnung der geleisteten Arbeit teilweise nicht vollständig berücksichtigt wurde.

Seit Ende des Jahres sitzt ein neuer Sozialpartner mit am Tisch: Neben den bisherigen drei Personalverbänden Syna, TransFair und vpod nimmt neu auch die Unia an den Gesprächen mit der VBZ-Leitung teil.

### Verhandlungen zu einem Rahmen-Gesamtarbeitsvertrag

Im März einigten sich die VBZ und die Gewerkschaften über die wesentlichen Punkte eines Rahmen-Gesamtarbeitsvertrags (GAV). Damit wurde ein erstes, wichtiges Etappenziel erreicht. Im folgenden Schritt geht es darum, weitere Verkehrsunternehmen und im öffentlichen Verkehr engagierte Gewerkschaften in die Verhandlungen einzubeziehen.

### Neue Generation Billettautomaten

Sämtliche Billettautomaten sind durch Modelle der neuen Generation ersetzt worden. Damit ist das gesamte Ticket-sortiment des ZVV (ausser persönliche Jahresabonnemente) an 757 Standorten in der Stadt Zürich auch bargeldlos mit Karte erhältlich.

## 4.5.3 Kennzahlen Fahrgäste und Angebot

	2008	2009	2010	2011	2012
Fahrgäste in Mio. (EinsteigerInnen)	317.98 <sup>1</sup>	315.02 <sup>1</sup>	318.37	316.20	323.30
Personen-km	630.41 <sup>1</sup>	617.45 <sup>1</sup>	625.89	640.70	646.80
Fahrleistungen VBZ Stadt in Mio. Wagen-km	29.241	29.147	27.872	28.253	28.83
Fahrleistungen VBZ Region in Mio. Wagen-km	2.022	2.492	2.586	2.891	3.17
Fahrleistungen Transportbeauftragte in Mio. Wagen-km	4.702	4.700	4.690	4.063	4.03
Linienlänge Stadtnetz	288.5	270.6	270.6	278.0	278.8
Linienlänge Regionalnetz	219.1	247.1	249.6	213.4	213.6
Linienlänge Nachtbuslinien	187.5	185.5	179.8	179.7	186.3
Schienerfahrzeuge	313	304	272	258	258
Busse (Niederflur)	261 (208)	236 (189)	233 (183)	225 (182)	215 (190)

<sup>1</sup> Fahrgastzahlen ohne Nachtnetz

## 4.5.4 Nutzen für die Kundschaft

### Netz- und Marktentwicklung

#### Umsetzung Liniennetzentwicklung 2025

– Der Stadtrat hat den politischen Prozess für die Tramverbindung Hardbrücke mit dem Antrag an den Gemeinderat für einen städtischen Beitrag von 11,424 Mio. Fr. eingeleitet. Die Inbetriebnahme der verlängerten Tramlinie 8 vom Hardplatz

über den Bahnhof Hardbrücke und den Escher-Wyss-Platz bis zum Werdhölzli ist für den Fahrplanwechsel im Dezember 2017 geplant.

– Im Hinblick auf eine genehmigungsfähige Lösung der Situation für ÖV und MIV haben Stadt und Kanton Zürich eine interdisziplinäre Gesamtstudie «Rosengartenram/Waidhalde-tunnel» in Auftrag gegeben. Mit Ergebnissen ist Mitte 2013 zu rechnen.

### *Infrastruktur-Konzessionsgesuch für die neue Führung der Tramlinie 2*

Das von Stadt und Kanton verabschiedete Linienkonzept im Raum Altstetten sieht vor, dass die Limmattalbahn im Raum Altstetten endet und die Tramlinie 2 neu zum Bahnhof Altstetten geführt und nach Schlieren verlängert wird. Für die neue Führung der Tramlinie 2 erarbeiteten die VBZ das Infrastruktur-Konzessionsgesuch.

### *Aktualisierung und Weiterentwicklung der Liniennetz-entwicklung 2025 zur VBZ-Netzentwicklungsstrategie 2030*

Gemeinsam mit dem ZVV und den beteiligten Dienststellen der Stadt Zürich haben die VBZ ihre Netzentwicklungsstrategie 2030 erarbeitet. Folgende Ziele haben sie erreicht:

- Das Zusammenwirken der verschiedenen ÖV-Unternehmen auf dem Gebiet von Stadt und Agglomeration sind aufeinander ausgerichtet und mit der künftigen Stadtentwicklung abgestimmt.
- Im Gesamtkonzept sind die kurz- und mittelfristigen Massnahmen (Netzzustand 2025) für das Tram- und Busnetz definiert und mit dem Ausblick auf die langfristigen Massnahmen mit Zeithorizont 2030 ergänzt.

### *Trolleybusstrategie*

Der Stadtrat hat die Trolleybusstrategie verabschiedet, der Kanton hat sie aber nicht ins Agglomerationsprogramm der zweiten Generation aufgenommen. Die Volkswirtschafts-direktion hat immerhin zugesagt, sie im Rahmen der Erarbeitung der Strategie ZVV 2016–2019 zu thematisieren und einer politischen Diskussion zuzuführen.

### *Revision regionaler Richtplan Stadt Zürich*

Im Rahmen der Revision des regionalen Richtplans Region Stadt Zürich haben die VBZ ihre Interessen sowie diejenigen des öffentlichen Verkehrs generell eingebracht.

### *Haltestellenausbauten für Tramverbindung Hardbrücke*

Mit der für 2017 geplanten Tramverbindung Hardbrücke erhält die Tramlinie 8 zwischen Bellevue und Klusplatz eine neue Linienführung, und es werden längere Fahrzeuge eingesetzt. Als Grundlage für die dafür notwendigen Haltestellenausbauten am Römerhof und am Stauffacher haben die VBZ Vorstudien ausgearbeitet.

### *Verkehrskonzepte im Umfeld des Bahnhofs Oerlikon*

Die ÖV-Projekte im Umfeld des Bahnhofs Oerlikon schritten planmässig voran. Die neuen Gleise 7 und 8, die Quartierverbindung und die Personenunterführung Mitte sind im Bau. Die Einsprachen am Bahnhofplatz Oerlikon Süd sind bereinigt, und der politische Prozess ist im Gang. Im Sommer 2014 sollen die Bauarbeiten beendet sein. Die Vorstudie zum Max-Frisch-Platz steht vor dem Abschluss.

In Zusammenarbeit mit TAZ, ZVV und weiteren Verkehrsunternehmen haben die VBZ das «Buslinienkonzept Oerlikon» erarbeitet. Hauptthema ist die künftige Führung der Buslinien im Raum Bahnhof Oerlikon.

### *Erschliessung Wohnüberbauung Freilager*

In Gesprächen mit den Investoren des Freilager-Areals und den beteiligten Dienstabteilungen der Stadt wurde die Erschliessung der geplanten Wohnüberbauung Freilager thematisiert. Die VBZ verfolgen das Ziel, das Angebot der Buslinie 89 bis zum Bezug des Freilager-Areals 2015 weiter auszubauen, um so den künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern eine gute Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz der Stadt Zürich zu gewährleisten.

### *Weiterentwicklung und Umsetzung der Anlagenstrategie*

Gestützt auf die VBZ-Anlagenstrategie konnten die erforderlichen Standorte im Teilprojekt 9, «Öffentliche Infrastruktur», der räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) verankert werden. Parallel dazu wurden die Projekte für den Neubau des Depots Hard einschliesslich Wohnüberbauung, die Erweiterung der Abstellanlage in Altstetten, die Erweiterung der Busgarage Hardau und die flexible Nutzung des Depots Wollishofen vorangetrieben.

### **Angebot**

Mit dem Fahrplanwechsel traten diverse Neuerungen in Kraft. In der Stadt Zürich bieten die zwölf neuen Doppelgelenktrolleybusse der Linie 32 und die neuen Eilkurse zur ETH Höggerberg den Fahrgästen mehr Platz. Im Limmattal sorgt ein neues Buskonzept für bessere Verbindungen zu den S-Bahn-Stationen. Nachts kommen neu auch die Fahrgäste von Rüslikon, Thalwil und Opfikon wohlbehalten nach Hause.

### **Marktgebiet Stadt Zürich**

#### *Linie 32*

Die neuen Doppelgelenktrolleybusse fahren auf der Strecke zwischen Holzerhud und Strassenverkehrsamt zu den Hauptverkehrszeiten alle 6 Minuten. In den Nebenverkehrszeiten und am Wochenende bleibt der Fahrtakt gleich. Die Fahrgäste haben damit zu Spitzenzeiten 12% mehr Platz und sogar 30% mehr Sitzplätze in den Nebenverkehrszeiten.

#### *Linien 63 und 94*

Die Fahrzeuge der Linien 63 und 94 fahren auf dem gemeinsamen Abschnitt zwischen Bahnhof Oerlikon und Aubrücke neu in regelmässigem Abstand. So müssen die Fahrgäste weniger lang auf den nächsten Bus warten, und es ergibt sich eine bessere Verteilung der Fahrgäste auf die beiden Linien. Die Linie 63 wurde zudem vollständig auf Gelenkbusse umgestellt.

#### *Linie 10*

Die Cobras der Linien 10 und 12 sind neu im Depot Oerlikon stationiert. Dort können sie optimal gewartet werden und sind damit schneller wieder verfügbar. Dementsprechend wurden die Depotein- und -ausfahrten angepasst.

### **Marktgebiet Agglomeration**

#### *Linie 301*

Von Montag bis Freitag fährt die Linie 301 neu alle fünfzehn anstatt wie bisher alle zehn Minuten und erhält somit optimale Anschlüsse an die S-Bahn am Bahnhof Dietikon.

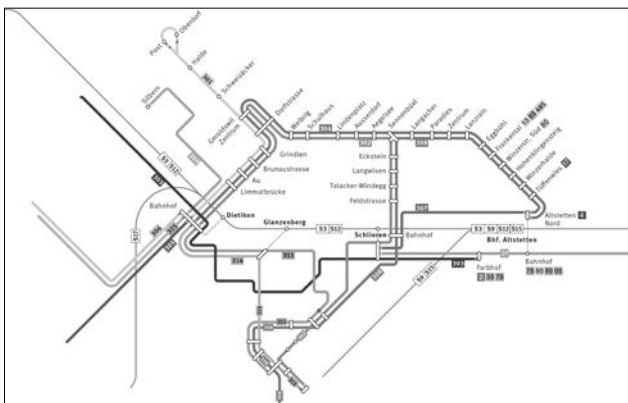


### Linie 302

Die Linie 302 wurde ab Lindenplatz bis Bahnhof Dietikon verlängert. So können die Fahrgäste direkt auf die S-Bahnen oder weitere Busse im Limmattal umsteigen.

### Linien 304, 308 und 323

Die Linien 304 und 308 wurden ab Frankental bis Bahnhof Altstetten Nord verlängert. Die Linie 323 wurde integriert. Die Fahrgäste erhalten somit umsteigefreie Fahrten nach Altstetten und zusätzliche Anschlüsse an die S-Bahn sowie ans Tram Zürich-West. Vermehrt werden auf diesen Linien auch Gelenkbusse eingesetzt.



Neues Buskonzept im Limmattal.

## Nachtnetz

### Linie N7

Die Linie N7 bedient neu ab Glattbrugg, Zentrum, zusätzlich die Haltestellen Glattthof, Opfikon, Schwimmbad und Schulstrasse sowie Glattbrugg, Mode Center TMC. Damit kommen die Fahrgäste aus Opfikon auch nachts sicher nach Hause. Der Einzugsradius der neuen Haltestellen reicht bis zu den Haltestellen Glattbrugg, Giebeleichstrasse und Lindberghplatz. Daher werden diese nicht mehr bedient.

## Produkte und Dienstleistungen

	2008	2009	2010	2011	2012
Ticketumsatz total in Mio. Fr.	212.8	217.4	229.4	217.6	216.3
davon VBZ-Ticketerias	84.6	77	75.9	74.2	74.0
davon ZVV-Contact	31.9	46.2	55.3	62.4	63.5
Kundenkontakte bei ZVV-Contact	174 651	164 705	160 739	154 719	164 974
davon Kundenreaktionen	5 424	5 831	6 713	7 027	8 678
Fundbüro: abgegebene Fundgegenstände	28 230	28 848	29 537	29 507	31 717
VBZ Traffic Media, Umsatz in Mio. Fr.	13.4	11.2	11.8	12.3	14.6
VBZ-Extrafahrten, Umsatz in Mio. Fr.	3.1	2.82	3	3.7	2.9

### Verkauf und Dienstleistungen für den Zürcher Verkehrsverbund

Der Umsatz der Fahrausweise, die die VBZ für den ZVV verkaufen, hat um 1,2 Mio. Fr. abgenommen. Grund dafür ist, dass die VBZ das Geschäftsfeld Grosskunden an die SBB abgetreten hat. Die einzelnen Verkaufskanäle haben sich unterschiedlich entwickelt. In den Ticketerias und bei den Agenten

### Linie N15

Die Linie N15 fährt neu ab der Haltestelle Rüschlikon, Bahnhof, entlang der Linie 165 in Richtung Rüschlikon, Park im Grüene. Im weiteren Verlauf folgen in Thalwil die Haltestellen Seehaldenstrasse, Feldstrasse, Schützenhaus und Mühlebachplatz. Endziel ist wie bisher Thalwil, Post. Die Kundinnen und Kunden der höher gelegenen Gebiete in Rüschlikon und Thalwil erhalten so ebenfalls Anschluss ans Nachtnetz. Die Haltestellen Thalwil, Archstrasse, und Rüschlikon, Alsenstrasse, werden nicht mehr bedient.

### Linie N18

Die Nachtbusse der Linie N18 halten zusätzlich auch an der Haltestelle Zollikerberg, Langägerten/Spital. Damit wird die räumliche Erschliessung in Zollikerberg erheblich verbessert.

### Linie SN18/Nachtforchbahn

Die Linie verkehrt neu erst ab Minute .05 zu jeder vollen Stunde. Damit verbessert sich der Anschluss von allen Nachtbussen am Bellevue zur Nachtforchbahn am Bahnhof Stadelhofen. So können die Anwohnerinnen und Anwohner entlang der SN18 künftig von allen Stadtteilen her auf einen verlässlichen Anschluss zählen.

## Steigerung der Kundenzufriedenheit

Alle zwei Jahre misst der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) mittels einer Kundenbefragung die Servicequalität der Verkehrsunternehmen. Die aktuellen Ergebnisse bestätigen die positive Entwicklung. Während sich die Gesamtnote für den Bereich Marktaufgaben um 2 auf 76 Punkte erhöht, wurde die positive Beurteilung des Bereichs Fahrleistung mit 77 von 100 Punkten erneut bestätigt. Bei den Kernkompetenzen Netzqualität, Zuverlässigkeit und Fahrkomfort konnten sich die VBZ erneut verbessern. Eine gleichbleibend gute Bewertung (78 Punkte) erhielten die VBZ für ihr Fahrpersonal. Lediglich bei den bedienten Verkaufsstellen ist die Beurteilung ein wenig schlechter ausgefallen als im Vorjahr, mit 82 Punkten aber nach wie vor sehr gut.

war der Umsatz rückläufig. Das ist mit ein Grund, weshalb die VBZ die Verkaufsstelle am Limmattplatz geschlossen haben. Beim ZVV-Contact und bei den neuen Ticketautomaten, die im Verlauf des Jahres erfolgreich eingeführt wurden, konnte ein Wachstum erzielt werden.

## Traffic Media

Neu kursierten in Zürichs Strassen Trams, die mit Werbung voll-bemalt sind. Der Stadtrat hatte deren fünf bewilligt, die schon im ersten Jahr alle genutzt wurden, und zwar von Sunrise, Bank Vontobel, Mobil-Versicherung, Swissquote und Saxo Bank.

Der Platz für Innenwerbung stösst an seine Grenzen. Sowohl Hängekartons als auch Fenstertransparente wie auch Zeitungs-box-Plakate können nur noch geringfügig optimiert werden.

Besonders erfreulich hat sich hingegen der Bereich «Busheck-werbung» entwickelt. Hier gibt es die klare Tendenz, dass national tätige Unternehmen Ganzheckwerbung simultan in mehreren Städten einsetzen. Oft werden sogar nationale Plakatkampagnen mit ÖV-Werbung ergänzt.



Eines der Werbetrans, unterwegs in Zürich. (Bild VBZ)

Auch die Partner APG/SGA und Clear-Channel, die für die Vermarktung der Plakate an Haltestellen, Leuchtplakate sowie Plakatstellen an Gebäuden verantwortlich sind, konnten ihre Umsätze gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Die sogenannten «Out-of-Home»-Medien haben sich erfreulich entwickelt.

Der ÖV-Markt entwickelt sich seit Jahren positiv. Dies nicht zuletzt aufgrund der enormen Reichweiten und der vergleichsweise günstigen Preise. Diese Kombination bringt nicht nur lokale, sondern zunehmend auch nationale und internationale Unternehmen dazu, gezielt ÖV-Werbung in ihren Kommunikations-Mix zu integrieren.

Der Umsatz von TrafficMedia betrug, einschliesslich der Anteile von APG/SGA, APG Traffic und Clear Channel, rund 14,6 Mio. Fr.

## Veranstaltungskooperationen

Bei 66 Veranstaltungen konnten die VBZ mit dem Veranstalter eine umfassende Kooperation abschliessen. Dadurch war für die Besucherinnen und Besucher die Anreise mit dem ÖV im Eintrittsticket zur Veranstaltung inbegriffen. Für mehr als 70 weitere Veranstaltungen wurden ausserdem ZVV-Spezial-karten verkauft. Diese stellen für die an Kongressen, Seminaren usw. Teilnehmenden die massgeschneiderte Mobilität an den jeweiligen Anlässen sicher.

Bei mehreren Grossveranstaltungen im Letzigrund-Stadion sowie anderen Veranstaltungsorten innerhalb der Stadt organisierten die VBZ ein ÖV-Zusatzangebot, um den Besuchenden die reibungslose und schnelle An- und Abreise zu ermöglichen.

## Spezialfahrten

Das Geschäftsfeld Spezialfahrten (ehemals Extrafahrten) hat sich in einem schwierigen Umfeld behauptet. Der Umsatz bei den Oldtimer- und den Busfahrten ist leicht gesunken, jener bei den Tramfahrten leicht gestiegen.

Das Fonduetram war auch im letzten Winter wieder das Aus-hängeschild bei den Spezialfahrten. In den kälteren Monaten konnte die Auslastung auf sehr hohem Niveau nochmals leicht gesteigert werden. Das Sushi-Tram, das nach einer Pause erstmals wieder verkehrte, konnte sein Potenzial indes nicht ausschöpfen.

## ZVV-Contact

Im Auftrag des Zürcher Verkehrsverbundes betreiben die VBZ den Kundendienst für alle Verbundpartner.

Bei ZVV-Contact ist die Zahl der Kontakte auf 164 973 gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 6,72 %.

Über alle Kanäle wurden mit total 8899 Kundenreaktionen 27,2 % mehr Reklamationen als im Vorjahr gezählt. Wichtigste Themen hierbei waren Meldungen zum Fahrpersonal und zur Zuverlässigkeit sowie Beanstandungen zu den Billettautomaten. ZVV-Contact bearbeitete pro Woche durchschnittlich 166 Kundenreaktionen (Vorjahr 118).

86,8 % aller Anrufe wurden innert 15 Sekunden beantwortet. Auf 99,03 % aller E-Mails erfolgte innert fünf Stunden eine erste Antwort.

Bei ZVV-Contact wurden für mehr als 63 Mio. Fr. Abonnemente und Billette verkauft – im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Umsatzsteigerung von 1,6%. Rund 80% der Kundinnen und Kunden von ZVV-Contact nutzten die Möglichkeit, die Jahres-Netz-Pässe mittels Einzahlungsschein zu bezahlen.

## VBZ-Ticketarias

Die neun VBZ-Ticketarias konnten mit einem Umsatz von 74,0 Mio. Fr. das Jahresziel erreichen. Der Umsatz der Automaten betrug 66,8 Mio. Fr.

Im Raum Limmatplatz bieten die VBZ den Kundinnen und Kunden anstelle des Verkaufs-Containers einen neuen Service an. Wer Unterstützung beim Lösen eines Tickets am Ticketautomaten möchte, kann sich via Mobiltelefon bei ZVV-Contact melden und den Ticketautomaten fernbedienen lassen.

## Fundbüro

Im Berichtsjahr hat die Anzahl abgegebener Fundgegenstände gegenüber dem Vorjahr um 2210 Stück auf 31 717 zugenommen. Davon konnten 50,22 % vermittelt werden.

Die Gebühreneinnahmen belaufen sich auf Fr. 132 714.–.

Die Ehrlichkeit der Finder wurde belohnt. Es wurden Fr. 41 127.– Finderlohn ausgezahlt. Am Schalter wurden 36 685, am Telefon 27 302 Kunden betreut.

Das neue EDV-Tool «Easyfind» wurde 24 944-mal besucht. Daraus resultierten 4212 elektronische Verlustanzeigen. Die Versteigerungen wurden wie gewohnt sehr gut besucht. Sie erbrachten Einnahmen von Fr. 34 291.–. Mit den Werbeartikeln erreichten die VBZ einen Umsatz von Fr. 3832.–.

Beim Verkauf von Schirmen am Flohmarkt oder am Schalter für das Personal haben die VBZ Fr. 2696.– eingenommen.

## Fahrgastkontrollen

	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung von 2011 zu 2012
Zeitaufwand Kontrolle	40 085 Std.	42 892 Std.	46 906 Std.	46 871 Std.	43 272 Std.	-7.7 %
Kontrollierte Fahrgäste	2 856 476	3 216 558	3 836 903	3 619 823	3 513 114	-3.0 %
Gebühreneinnahmen in Fr.	3 107 937	3 347 542	3 641 608	3 632 928	3 856 490	+6.2 %
Schwarzfahrerquote	1.17 %	1.24 %	1.03 %	1.13 %	1.12 %	-0.9 %
Schwarzfahrerquote <sup>1</sup>	0.93 %	0.99 %	0.81 %	0.86 %	0.85 %	-1.2 %

<sup>1</sup> nach Berücksichtigung vorgewiesener persönlicher Abonnements

### Fahren ohne gültigen Fahrausweis – FogFa

Auf dem Marktgebiet der VBZ sowie im Auftrag der Verkehrsbetriebe Glattal auf der Glattalbahn wurden total 3 513 114 Fahrgäste kontrolliert. Die Schwarzfahrerquote lag dabei unwesentlich tiefer als im Jahr 2011. Die Vorgabe des ZVV, 1 % der Fahrgäste zu kontrollieren, wurde erneut eingehalten.

### Sicherheit und Sauberkeit

Im Rahmen des Projekts Sicherheit und Sauberkeit (SiSa) kontrollierten die VBZ total 39 030 Fahrgäste. Die Schwarzfahrerquote betrug dabei 1,99% (Vorjahr: 1,77%). Die SiSa-Kontrollen führen die VBZ zusammen mit der Stadtpolizei, dem ERZ und sip züri (Sicherheit Intervention Prävention) in allen Stadtquartieren im Sinne von Aktionswochen durch. Dabei stellen die Beteiligten ihre Aktivitäten vor, verschaffen sich aber auch ein möglichst genaues und unverfälschtes Bild von der Abfall- und Sicherheitssituation. Die Erkenntnisse sollen als Grundlage für Verbesserungsmaßnahmen dienen.

## 4.5.5 Fahrzeuge, Systeme und Anlagen

### Tram

Bei der Tramflotte gab es keine Veränderung. An den ersten zehn Cobra-Fahrzeugen wurde die planmässige Revision durchgeführt.

### Bus

Die VBZ nahmen zwölf neue Doppelgelenktrolleybusse vom Typ Hess in Betrieb, während sie die Trolleybusse vom Typ Mercedes O405GTZ ausmusterten.

Die Midibusse Neoplan N4007 sind nun alle durch Fahrzeuge des Typs MAN A35 ersetzt.

Die Kleinbusse Fiat Ducato erreichten nach zehnjähriger Einsatzdauer ihr Lebensende. Sie werden durch Mercedes Sprinter City 65 ersetzt.

### Videoüberwachung in Fahrzeugen

Die VBZ bauten die Videoüberwachung in Fahrzeugen und an Haltestellen weiter aus. Die ersten Kameras in Fahrzeugen wurden vor sieben Jahren noch als Pilotversuch in vierzig Neoplan-Standard- und -Gelenkbussen eingebaut. Mittlerweile sind alle Hess-Doppelgelenker, alle Swisstrolleys sowie sämtliche Citaro-Diesel-Gelenkbusse mit Anlagen zur Videoüberwachung unterwegs. Auch bei den Cobra-Trams ist die Ausrüstung bis auf wenige verbliebene Fahrzeuge abgeschlossen.

Dank der Videoüberwachung konnten immer wieder Fälle aufgeklärt werden. In erster Linie sollen die Kameras aber potenzielle Täter abschrecken.

### Leitstelle

Die Leitstelle konnte ein neues Leitsystem in Betrieb nehmen. Parallel zur neuen Leittechnik wurden die neuen Werkzeuge systematisch geschult und eingeführt. Damit können nun die Fahrzeuge, die Bildschirme in den Fahrzeugen wie auch die Haltestellenanzeiger noch präziser mit Informationen zu Fahrplan, Verbindungen und Verspätungen bedient werden. Die neuen Arbeitsplätze und Werkzeuge erleichtern den Disponentinnen und Disponenten die tägliche Arbeit.

Die neue Technologie kam bereits intensiv zum Einsatz. Zahlreiche Veranstaltungen, insbesondere aber Baustellen und der dichtere Verkehr auf den auch von Trams und Bussen benutzten Verkehrsachsen führten insgesamt zu mehr Verspätungen, die wiederum die Leitstelle zu bewältigen hatte.

## 4.5.6 Substanzerhaltung

### Baustellen

Die VBZ waren an zwanzig grossen Gleisbaustellen tätig, davon waren acht Reparaturbaustellen. Die Reparaturen am Central/Überfahrt Neumühlequai und Bahnhofquai/Bahnhofbrücke standen gleichzeitig auf dem Programm. Eine besondere Herausforderung war die Auswechslung der gesamten Gleise und Anlagen am Heimplatz während zwei Wochenenden in den Sommerferien. Ebenfalls während der Sommerferien wurden die Gleise in der Limmattalstrasse zwischen



Grossbaustelle am Heimplatz. (Bild: Thomas Burla)

Meierhofplatz und Zwielpfad erneuert, mit einer dreiwöchigen Trambetriebseinstellung. Zusätzlich wurden im Tramtunnel an drei Wochenenden die Gleise zwischen den Haltestellen in drei Abschnitten ausgewechselt.

Auf nachfolgenden zwanzig grossen Baustellen wurden insgesamt 7298 m Gleise erneuert, achtzehn Weichen ausgewechselt, zwei Weichen neu erstellt und sieben Schmieranlagen montiert:

- Stauffacherstrasse, Hallwyl- bis Stauffacherstrasse 26/28
- Giesshübel-/Uetlibergstrasse, zwei Etappen und Teile der Schleife Laubegg
- Depot Wollishofen, neues Abstellgleis
- Forchstrasse, Haltestelle Wetlistrasse
- Zürichbergstrasse, Wendeschleife Zoo
- Bahnhofquai/Bahnhofbrücke
- Neumühlequai, Central Kreuzung Bahnhofbrücke/Neumühlequai
- Heimplatz, Zeltweg bis Hottingerstrasse, zwei Etappen
- Limmattalstrasse, Meierhofplatz bis Zwielpfad, zwei Etappen
- Wipkingerplatz, Limmatbrücke bis Breitensteinstrasse
- Limmattalstrasse, Schleife Frankental
- Bürkliplatz, Haltestelle Bürkliplatz
- Dübendorfstrasse, Haltestelle Probstei
- Dübendorfstrasse, Haltestelle Roswiesenstrasse
- Überlandstrasse, Im Altried
- Seestrasse, Trauben- bis Brunaustrasse, zwei Etappen
- Albisstrasse, Kurve Morgental
- Stauffacherstrasse, Haltestelle Stauffacher bis Helvetiaplatz
- Schaffhauserstrasse, Schleife Seebach, ausgenommen Ausfahrt
- Tramtunnel Schwamendingen, Gleisersatz im Tunnel

### **Wartehallen**

Die VBZ haben neun Wartehallen neu gebaut und neun ersetzt.

### **Haltestellen**

Die VBZ haben den Ausbau des VBZ-Netzes für den hindernisfreien Zugang zu den VBZ-Fahrzeugen weiter vorangetrieben.

Acht weitere Haltestellen wurden für den stufenfreien Einstieg ausgebaut, darunter der Bürkliplatz. Insgesamt ist bei 83 Haltestellen ein stufenfreier Einstieg möglich, und bei 39 Haltestellen ist der Einsatz der mobilen Faltrampe ohne Einschränkung gewährleistet.

### **Sanierung Tramtunnel Schwamendingen**

Im Tramtunnel Schwamendingen mussten nach 25 Jahren Betrieb verschiedene Anlagenteile erneuert werden. Die Haltestellen waren nicht behindertengerecht, und die Gestaltung entsprach nicht mehr den heutigen Bedürfnissen. Die Arbeiten für die Erneuerung der Haltestellen, Zugänge und Aussenbauwerke der drei Tunnelhaltestellen Schörlistrasse, Waldgarten und Tierspital wurden nach eineinhalb Jahren Bauzeit fertiggestellt.

Die Rolltreppen im Tramtunnel können neu im Wechselbetrieb, also in beiden Richtungen, betrieben werden. Diese Fahrtreppensysteme sind in der Schweiz eine Neuheit.

Die Sanierungsarbeiten sind noch nicht abgeschlossen. In den Folgejahren stehen unter anderem die dritte Etappe der Gleiserneuerung sowie die Sanierung der Fahrleitungen und Zugsicherungsanlagen an.

### **4.5.7 Mitunternehmerinnen und Mitunternehmer**

Die Geschäftsleitung lud sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Grossgruppenveranstaltungen ein. Dort konnten sie sich darüber äussern, was in ihrem Berufsalltag gut läuft und wo der Schuh drückt. Fast 500 folgten der Einladung, gaben Feedback und diskutierten mit der Geschäftsleitung. Daraus leiten die VBZ Massnahmen zur Verbesserung der Unternehmenskultur ab; erste Schritte sind bereits in Umsetzung.

Grosse Beachtung in den Medien und in der Fachwelt fand die Rekrutierungskampagne für mehr Frauen in den Tramcockpits. Sie hatte zur Folge, dass sich der Anteil von Frauen bei den Bewerbungen und bei den Anstellungen beinahe verdoppelte. Die VBZ erhielten dafür in Berlin den «HR Excellence Award».

### **4.5.8 Finanzen**

Der Zürcher Verkehrsverbund entschädigte die Verkehrsbetriebe mit Fr. 508 917 498.–. Bei einem Betriebsaufwand in der Höhe von Fr. 503 222 601.– resultierte ein Ertragsüberschuss von Fr. 1 694 897.–. Der Gewinn wurde der freien Spezialreserve zugewiesen (Einlage in das Ausgleichskonto der Spezialfinanzierung).

Die Nettoinvestitionen beliefen sich auf 86,989 Mio. Fr.

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2012)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1995/000546 1995/000050	08.02.1995 29.03.1995	Tschopp Kurt Bushaltestelle Bahnhof Wipkingen, Errichtung eines Unterstandes

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob an der Bushaltestelle Bahnhof Wipkingen, beim Coop-Zentrum, ein Unterstand errichtet werden kann.*

Die Haltestelle wird im Zuge der geplanten Brückensanierung auf die Nordbrücke verschoben und auf beiden Seiten mit Wartehallen versehen. Die Bauarbeiten haben im Herbst 2012 begonnen und werden voraussichtlich im Herbst 2013 abgeschlossen sein.

POS 2000/000477 2000/000109	08.03.2000 05.04.2000	Manser Joe A. und Fritz Max Tramfahrzeuge, rollstuhlabhängiger Einstieg
-----------------------------------	--------------------------	--

*Wir ersuchen den Stadtrat zu prüfen, wie bei sämtlichen neuen Fahrzeugen für den Trambetrieb der VBZ wie Cobra, Sänfte für Tram 2000 usw. mindestens ein Einstieg voll rollstuhlgängig realisiert werden kann. Dabei ist insbesondere auch eine gute Benutzbarkeit mit einem Elektrorollstuhl zu gewährleisten. Die hierfür erforderlichen Massnahmen können sowohl beim Fahrzeug als auch bei der Haltestelle getroffen werden. Bei der Abwägung der möglichen Massnahmen ist jedoch eine angemessene zeitliche Realisierbarkeit sowie die Kompatibilität der unterschiedlichen Lösungsvarianten zu berücksichtigen (Cobra, Sänfte, diverse Haltestellen-Typen usw.). Damit soll beim Trambetrieb der VBZ dem unternehmerischen Auftrag des Kantonsrates vom 6. März 1995 für die langfristige Entwicklung des ZVV-Angebotes entsprochen werden.*

Gemäss dem Konzept «Mobil Plus» des ZVV soll Menschen mit Behinderungen bis 2014 ein Grobnetz zur Verfügung stehen, mit dem sie den öffentlichen Verkehr im Kanton Zürich weitgehend selbständig und unabhängig benützen können. Rund die Hälfte aller Bus- und Tramhaltestellen sowie die wichtigeren S-Bahn-Stationen werden bis dahin angepasst, der Rest bis 2024, soweit die Anpassungen mit verhältnismässigem Aufwand im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG, SR 151.3) umsetzbar sind. Die nötigen Umbauten werden laufend vorgenommen. Beim Tram sind derzeit die gesetzlichen Vorgaben zur Behindertengerechtigkeit bei rund zwei Drittel aller Haltestellen erfüllt. 79 Haltestellen haben teilweise oder durchgehend erhöhte Haltekanten, an 40 Tramhaltestellen ist der Einstieg mit dem Rollstuhl mit Hilfe einer Rampe möglich. 63 Tramhaltestellen sind noch nicht als behindertengerecht einzustufen. Ein Netzplan mit dem aktuellen Umbaustand auf der Internetseite des ZVV wird regelmässig aktualisiert.

In der Stadt Zürich werden, wo topografisch möglich und städtebaulich vertretbar, die Haltekanten durchgehend oder mindestens teilweise erhöht (Minimallösung ist ein sogenanntes «Kissen» bei der 3. Tramtüre). So wird ein stufenfreier Einstieg mit dem Rollstuhl in die Tramtypen Cobra und Sänfte möglich. Seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2010 ist mindestens jedes zweite Tram ein solches Niederflurfahrzeug, mit Ausnahme der Linien 5, 8 und 15. Fahrzeugseitige Lösungen wie eine eingebaute Rampe oder ein Schiebetritt wurden mehrfach geprüft, haben aber beim Tram technisch nicht überzeugt. Cobra- und Sänfentrams sind deshalb mit Handfaltrampen ausgerüstet. Der Einstieg mit dem Rollstuhl wird damit zusätzlich zum Grobnetz auch an weiteren Haltestellen ohne hohe Haltekante mit Hilfe des Fahrpersonals möglich.

POS 2000/000631 2000/000149	29.03.2000 28.06.2000	Prelicz-Huber Katharina und 10 Mitunterzeichnende Hardturmstrasse, Begrünung des Tramtrassees
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, die bereits mehrfach versprochene Begrünung des Tramtrassees zur wirksamen Reduktion der Lärmbelastung durch die Tramlinie 4 an der Hardturmstrasse zu realisieren.*

Für die Strecke zwischen Hardturm bis nach der Haltestelle Förrlibuckstrasse wurde ein Grüntrasse von Tiefbauamt, VBZ und Dienstabteilung Verkehr als realisierbar beurteilt. Es müsste allerdings wegen der zahlreichen Zufahrten über die Gleise häufig durch Hartbelag unterbrochen werden, was die erhoffte lärm-dämmende Wirkung mindert. Über die Begrünung wird im Rahmen der Neugestaltung der Hardturmstrasse und der gleichzeitig geplanten Gleiserneuerung entschieden. Diese wurde im städtischen Bauprogramm von 2013 auf das Jahr 2017 verschoben.

POS 2000/001762 2000/000445	13.09.2000 21.05.2003	Bögle Heinz und Zimmerling Enkelmann Anita Hardplatz-Bahnhof Hardbrücke, Erstellung einer Tramverbindung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine oberirdische Tramverbindung (Brücke) zwischen Hardplatz im Kreis 4 und Bahnhof Hardbrücke im Kreis 5 geschaffen werden kann.*

Die VBZ-Liniennetzentwicklung 2025 sieht für den Zeithorizont 2015 eine Verlängerung der Tramlinie 8 ab Hardplatz über den Escher-Wyss-Platz zum Werdhölzli mit einer oberirdischen Verbindung zwischen Hardplatz und Pfingstweidstrasse vor. Gemeinsam wurde von Stadt und Kanton Zürich ein Bauprojekt erarbeitet. Die Erteilung der Plangenehmigung (entsprechend einer Baubewilligung) wurde durch das Bundesamt für Verkehr als zuständige Bewilligungsinstanz auf Ende 2012 in Aussicht gestellt. Der Stadtrat hat mit STRB 1371/2012 dem Gemeinderat einen Objektkredit von 11,424 Mio. Fr. für den Bau der Tramverbindung Hardbrücke und Anpassungen des Zugangs zum Bahnhof Hardbrücke sowie einen Objektkredit von 2,67 Mio. Fr. für einen Convenience Store am Hardplatz beantragt und in eigener Kompetenz 4,49 Mio. Fr. gebundene Ausgaben für Werkleitungsarbeiten bewilligt. Das Geschäft GR-Nr. 2012/380 war Ende Dezember 2012 bei der SK PD/V pendent.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2000/002182 2000/000547	15.11.2000 02.04.2003	Meier Hans-Ulrich Scheuchzerstrasse, Verlegung der VBZ-Haltestelle

*Ich bitte den Stadtrat zu prüfen, ob die bergseitige Haltestelle Scheuchzerstrasse der Buslinie 33 an der Riedtlistrasse vor den Haupteingang des Schulhauses Riedtli verlegt werden kann.*

Die Verlegung der Haltestellen vor den Haupteingang des Schulhauses wurde geprüft. Sie würde aber für eine Mehrheit der Anwohnerinnen und Anwohner im Gebiet eine Verlängerung des Fusswegs um 50 bis 100 Meter bedeuten und liegt deshalb nicht im allgemeinen Interesse. Stattdessen ist die Umgestaltung der Riedtlistrasse mit einer Verschiebung der bergseitigen Haltestelle Scheuchzerstrasse auf die Höhe der talseitigen Haltestelle vorgesehen. Dank der parallelen Anordnung der Haltestellen kann der Bus während des Haltens nicht mehr überholt werden, und die Passagiere können so den Zebrastreifen vor dem Bus sicher queren.

Die Arbeiten müssen aufgrund der dringenden Kanal- und Strassensanierung in der Rotbuchstrasse ab August 2012 verschoben werden, da wegen der nötigen Umleitungen des motorisierten Individualverkehrs (MIV) nicht beide Projekte gleichzeitig abgewickelt werden können. Statt wie ursprünglich geplant 2012 wird in der Riedtlistrasse deshalb erst 2014 gebaut.

POS 2000/002183 2000/000548	15.11.2000 21.05.2003	Savarioud Marcel Schwamendingen, Verlängerung der Tramlinie 9 bis Bahnhof Stettbach
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Gebiete Hirzenbach und Luegisland in Schwamendingen mit dem öffentlichen Verkehr besser an den Bahnhof Stettbach angeschlossen werden können.*

Die Studie «VBZ-Liniennetzentwicklung 2025» zeigte aufgrund der absehbaren Nachfrage keinen Bedarf für eine Verlängerung der Linie 9 zum Bahnhof Stettbach. Diese liefe auch dem aktuellen Richtplaneintrag zuwider, der langfristig eine Weiterführung der Linie 9 Richtung Glattzentrum vorsieht. Diese Einschätzung wird derzeit aufgrund der neuesten Daten überprüft, das Ergebnis wird im Sommer 2013 vorliegen. Die Verbesserung der Quartierserschliessung in den Gebieten Hirzenbach und Luegisland wurde im Rahmen der Neuorganisation der Buslinien im Raum Glattzentrum/Dübendorf/Bahnhof Stettbach im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der dritten Etappe Glattalbahn überprüft. Da die finanziellen Mittel für weitere Angebotsausbauten des öffentlichen Verkehrs im Rahmen des Sparpakets San10 des Regierungsrats nicht ausreichen, konnte die geforderte Anbindung der Gebiete Hirzenbach und Luegisland an den Bahnhof Stettbach vorerst nicht umgesetzt werden.

POS 2001/000087 2001/000007	10.01.2001 21.05.2003	Zimmermann Markus und 7 Mitunterzeichnende Westtangente, Einrichtung einer Busspur zwischen Escher-Wyss-Platz und Bucheggplatz
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf dem Abschnitt der Westtangente zwischen dem Escher-Wyss-Platz und dem Bucheggplatz in beiden Fahrrichtungen eine Busspur eingerichtet werden kann.*

Nach dem Rückzug der am 12. Februar 2008 eingereichten Volksinitiative «Sofort-Massnahmen Zürich Nord-West», die Autospurabbauten zugunsten von Busspuren gefordert hatte, sowie der Ablehnung der Volksinitiative «Rosengarten-Tram» und des Gegenvorschlags des Gemeinderats in der Volksabstimmung vom 28. November 2010 haben das städtische Tiefbauamt und das kantonale Amt für Verkehr eine «Gesamtverkehrliche Betriebsoptimierung» für die Achse S10/11/12 (ehemalige Westtangente) in Auftrag gegeben. Das erarbeitete Strassenbauprojekt für die Rosengarten-/Bucheggstrasse im Abschnitt Wipkingerplatz bis Langackerstrasse enthält neue lichtsignalgesteuerte Übergänge für Fussgängerinnen und Fussgänger an der Nordstrasse und Wibichstrasse mit Schutzinseln, die Erneuerung der Passerelle Röschibachstrasse sowie verschiedene Lärmschutzmassnahmen. Der öffentliche Verkehr wird im Sinne einer «virtuellen Busspur» an allen Lichtsignalen bevorzugt, indem der motorisierte Individualverkehr (MIV) im Bereich der Zufahrten dosiert bzw. zurückgehalten wird, so dass sich der Bus vor dem Pulk der MIV-Fahrzeuge in den Verkehrsfluss eingliedern kann. Nach Durchführung des Mitwirkungsverfahrens nach § 13 StrG wurde das Projekt vom 31. August 2012 bis und mit 1. Oktober 2012 nun auch noch gemäss §§ 16 und 17 StrG öffentlich aufgelegt.

POS 2001/000479 2001/000115	07.03.2001 10.09.2003	Hug Adrian und 14 Mitunterzeichnende Albisriederplatz–Bucheggplatz, Schaffung einer zusätzlichen Buslinie
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie vom Albisriederplatz über die Hardbrücke bis zum Bucheggplatz eine zusätzliche Buslinie (Shuttle-Bus) eingerichtet werden kann. Dabei sollen die Buslinien attraktiv ausgestaltet werden.*

Die VBZ erarbeiten derzeit das Angebotskonzept für die Fahrplanperiode 2014–2015 (d. h. Inbetriebnahme Dezember 2013). Dieses sieht die Einführung einer neuen Buslinie 71 während der Hauptverkehrszeiten zwischen Albisriederplatz und Rosengartenstrasse im 7½-Minuten-Takt vor. Das Postulat würde damit teilweise erfüllt.

Der Fahrplan auf der heutigen Linie 33 wird sehr schlecht eingehalten, über die Hardbrücke besteht ausserdem ein Kapazitätsengpass. Vor allem die Fahrgäste in Wollishofen sind häufig davon betroffen, dass verspätete Fahrzeuge im Raum Waffenplatzstrasse/Enge vorzeitig gewendet werden müssen. Ebenfalls gemäss dem Angebotskonzept 2014–2015 sollen deshalb zur Steigerung der Fahrplanstabilität die Linienäste der Buslinien 33 und 72 im südlichen Stadtteil abgetauscht werden. Die Linie 33 würde neu vom Bahnhof Tiefenbrunnen zum Triemli, die Linie 72 vom Morgental zum Milchbuck verkehren. Beide Linien sollen in der Hauptverkehrszeit auf den städtischen Grundtakt von 7½-Minuten harmonisiert werden. Die Linie 71 schafft die auf der Hardbrücke zusätzlich benötigte Kapazität in Spitzenzeiten.

Dieses vorliegende Angebotskonzept muss vom ZVV noch auf die Übereinstimmung mit den finanziellen und strategischen Vorgaben geprüft und dem Verkehrsrat zum Beschluss vorgelegt werden.

Die Zweckmässigkeit eines Busvorläuferbetriebs für das Tram Rosengarten zwischen Albisriederplatz und Bucheggplatz ab frühestens Dezember 2015 wird von den VBZ geprüft. Die Einführung setzt ebenfalls das Einverständnis des ZVV für Angebot, Fahrplan und Finanzierung voraus.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2001/000754 2001/000208	04.04.2001 02.04.2003	Hofstetter Stefan und 6 Mitunterzeichnende Hybridfahrzeuge, Beschaffung

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er seinen Einfluss dahingehend geltend machen kann, dass bei der Beschaffung von Motorfahrzeugen künftig sauberere Hybridfahrzeuge neuester Technologie berücksichtigt werden statt der heute üblichen Diesel- bzw. Ottobetriebenen Busse und PWs.*

Der Stadtrat hat eine Fahrzeugkommission eingesetzt, mit der die Beschaffung, Wartung und Nutzung der in der Verwaltung im Einsatz stehenden Fahrzeuge energieeffizient, umweltverträglich und kostengünstig umgesetzt werden soll. Die aktuelle, 2012 überarbeitete städtische Fahrzeugpolitik strebt bis 2020 einen Flottenanteil von mindestens 10 % an Fahrzeugen mit besonders emissionsarmen Antriebssystemen (Gas-, Elektro- und Hybridfahrzeuge) an, mit einem Zwischenziel 2015 von 5 %. Im gleichen Zeitraum soll der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten jährlichen Treibstoffverbrauch auf 10 % ansteigen (Zwischenziel 2015 mindestens 5 %).

Dank dem steten Druck auf die Automobilindustrie kommen auch im Jahr 2013 viele neue Modelle mit Hybrid- und «Range Extender»-Technologie und weitere Elektromobile auf den Markt. Auch europäische Automobilhersteller werden in diesem Segment immer aktiver. Ab 2013 wird aus privater Initiative heraus mit dem Projekt EVite gesamtschweizerisch koordiniert ein dichtes Schnell-Ladenetz für Elektrofahrzeuge aufgebaut. Damit werden «Reichweitenängste» abgebaut, und die Elektromobilität wird weiter gefördert. ewz ist am Projekt EVite beteiligt.

Im Nutzfahrzeugbereich verfolgt die Stadt Zürich die technischen Entwicklungen aufmerksam. Das Tiefbauamt der Stadt Zürich (TAZ) hat im Dezember 2012 zwei dieselbetriebene Lastwagen durch erdgasbetriebene Lastwagen ersetzt. Es sind landesweit die ersten Erdgasfahrzeuge in diesem Leistungsbereich. Für 2013 sind weitere Ersatzbeschaffungen geplant, darunter auch erdgasbetriebene und hybride Fahrzeuge.

Die Trolleybus-Strategie der VBZ sieht vor, mittelfristig die Autobuslinien 69 und 80 zu elektrifizieren. Für das übrige Autobusnetz werden jeweils im Zuge von Ersatzbeschaffungen neue Technologien geprüft. Ein Grundsatzentscheid im ZVV zum Einsatz von Hybridbussen steht immer noch aus, die Resultate des laufenden Langzeittests mit zwei Hybridbussen bei den Verkehrsbetrieben Glattal (VBG) sowie Zürichsee und Oberland (VZO) werden abgewartet.

POS 2001/001322 2001/000359	27.06.2001 11.07.2001	Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung Hürlimann-Areal, Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Erschliessung des Hürlimann-Areals in Zürich-Enge mit öffentlichen Verkehrsmitteln sichergestellt werden kann. Erstes Ziel muss es sein, die neue SZU-Station, die im privaten Gestaltungsplan Hürlimann-Areal vorgesehen ist, zu verwirklichen.*

Eine SZU-Station Hürlimann-Areal erwies sich in mehrfacher Prüfung als nicht zweckmässig aufgrund der hohen Investitionskosten und der Reisezeitverluste für durchreisende Fahrgäste. Der Kantonsrat hat den Bau abgelehnt, der ZVV erachtet das Gebiet als erschlossen. Der Stadtrat sieht hier keine weiteren Chancen auf eine Realisierung.

Weitere durch die VBZ geprüfte Varianten für eine verbesserte Erschliessung liessen sich bisher ebenfalls nicht umsetzen:

- Mittelfristig streben die VBZ eine Verbesserung der Buserschliessung an. Eine neue Linienführung der Trolleybuslinie 33 zwischen Schmiede Wiedikon und Manesseplatz durch die Zurlindenstrasse mit einer neuen Haltestelle am Ende der Verbindung Herterbrücke/Hertersteg für Fussgängerinnen und Fussgänger wird im Rahmen der VBZ-Netzentwicklungsstrategie 2030 nochmals neu geprüft.
- Gespräche mit der Investorin über eine nach § 20 Personenverkehrsgesetz privat finanzierte Verlängerung der Buslinie 66 zum Hauptbahnhof blieben bisher ohne Ergebnis.
- Im Rahmen der Vorstudie Tramtangente Süd (Lochergut–Wiedikon–Laubegg) wurde eine Führung der Tramlinie 17 über die Zurlindenstrasse zum Manesseplatz geprüft, um die Erschliessung des Hürlimann-Areals langfristig soweit möglich zu verbessern. Die Ergebnisse der Studie weisen jedoch aus, dass eine Linienführung der künftigen Tramlinie nur über die Steinstrasse erfolgen kann.

POS 2004/000712 2004/000198	07.04.2004 25.05.2005	Amacker Bruno Ausrangierte Schweizer Nutzfahrzeuge, Erhaltung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ausgewählte städtische Nutzfahrzeuge schweizerischer Produktion nach deren Ausrangierung ohne Kostenfolge für die Stadt der Nachwelt erhalten werden können.*

Nach konzeptionellen Vorarbeiten wird der Stadtrat den Umgang mit ausrangierten städtischen Fahrzeugen und Gerätschaften von historischem Wert prüfen und einen entsprechenden Entscheid fällen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2004/001908 2004/000671	15.12.2004 18.06.2008	Käppeli Hans Jörg und Maeder Kurt VBZ-Haltestelle Sternen Oerlikon, Erneuerung und Aufwertung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine substantielle städtebauliche Erneuerung und Aufwertung der VBZ-Haltestelle «Sternen Oerlikon» beim Albert Näf-Platz erfolgen kann. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang die Umsetzung folgender Massnahmen zu prüfen:

- behindertengerechte Ausgestaltung der Tramhaltestelle
- möglichst stufenfreie Anpassung der Strassenoberfläche
- Planung einer Dienstgleisverbindung Richtung Messe/Hallenstadion ohne Beeinträchtigung der städtebaulichen Attraktivität des Platzes

An der Haltestelle Sternen Oerlikon sind neue Warthallen und erhöhte, behindertengerechte Haltekanten vorgesehen. Wegen der beschränkten Platzverhältnisse wird eine Sonderlösung mit Teilerhebungen realisiert: Städteinwärts werden die Haltekanten auf einer Länge von rund 22 Metern auf 30 cm erhöht, stadtauswärts auf einer Länge von 26 Metern. Damit wird die Forderung des Postulats nach einer behindertengerechten Ausgestaltung der Tramhaltestelle erfüllt. Die Teilerhebungen bilden dabei eine städtebaulich verträgliche Lösung und einen idealen Kompromiss zwischen bequemem Einstieg für die wartenden Fahrgäste und stufenfreien Quermöglichkeiten vor und hinter den haltenden Trams.

Nach nochmaliger Prüfung der betrieblichen Alternativen haben sich die VBZ entschlossen, auf eine neue Dienstgleisverbindung Richtung Messe/Hallenstadion zu verzichten. Die von den Postulanten befürchtete Beeinträchtigung der städtebaulichen Attraktivität des Platzes ist damit ebenfalls ausgeschlossen und auch dieser Teil des Anliegens wird vollumfänglich erfüllt. Die Realisierung ist für das Jahr 2013 geplant.

POS 2005/000479 2005/000141	13.04.2005 15.06.2005	Mauch Corine und Odermatt André Öffentlicher Verkehr in der Stadt Zürich, Bericht zur langfristigen Planung
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen zur langfristigen Planung des Öffentlichen Verkehrs in der Stadt Zürich (Gesamt-ÖV-Konzept). Der Bericht soll für den Zeithorizont bis 2025/2030 aufzeigen.

- wie die als Folge der voraussichtlichen Zunahme der Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Anzahl Arbeitsplätze in diesem Zeitraum entstehende zusätzliche Verkehrsnachfrage in der Stadt Zürich mit dem öffentlichen Verkehr abgedeckt werden kann,
  - wie die dazu erforderlichen ÖV-Infrastrukturen (Linienführung, Verkehrsträger, Kapazität, bauliche Infrastrukturen) konkret ausgestaltet sein sollen,
  - in welchen zeitlichen Etappen und mit welchen Prioritäten welche Elemente aus dieser Gesamtplanung umgesetzt werden sollen,
  - welche flankierenden Massnahmen erforderlich sind, um den zur Erreichung dieser Zielsetzung anzustrebenden Modal Split tatsächlich zu realisieren,
  - wann welche Massnahmen (Planungs- und Umsetzungsschritte, flankierende Massnahmen) eingeleitet werden müssen.
- In die Erarbeitung des Berichts sind die zuständigen Instanzen auf überregionaler und kantonaler (z. B. ZVV, RZU) sowie auf Bundesebene (z. B. UVEK, SBB) einzubeziehen, und die Planung ist mit ihnen abzustimmen.

Mit der Studie «VBZ-Liniennetzentwicklung 2025» aus dem Jahr 2006 wird die Entwicklung des Tram- und Busliniennetzes im Marktgebiet der Verkehrsbetriebe Zürich bis ins Jahr 2025 aufgezeigt. Sie bietet eine Gesamtschau für eine längerfristig ausgerichtete, marktorientierte Liniennetzentwicklung für die Stadt Zürich und die angrenzenden Agglomerationsgemeinden, mit klaren Prioritäten und transparenten Ausbaustufen. Die Studie wurde von den VBZ in Auftrag gegeben und gemeinsam mit städtischen Gremien (Amt für Städtebau, Tiefbauamt), dem ZVV und den SBB ausgearbeitet. Sie stellt die Abstimmung der Planung VBZ mit der übrigen Stadtverwaltung sowie mit dem Kanton Zürich wie auch dem Bund sicher.

Die Ergebnisse wurden unter anderem der gemeinderätlichen Kommission Verkehr im Detail präsentiert. Die Tram- und Busprojekte, die aus der Studie hervorgegangen sind, wurden im Rahmen der Revision des Regionalen Richtplans Stadt Zürich eingebracht. Bis im Sommer 2013 wird die Studie «VBZ-Liniennetzentwicklung 2025» aktualisiert mit Blick auf den Zeithorizont bis 2030. Die berücksichtigten Prognosen werden mit der eingetretenen Stadtentwicklung verglichen und das künftige Liniennetz wo nötig angepasst.

POS 2005/001524 2005/000524	24.11.2005 21.12.2005	Spezialkommission Polizeidepartement/Tiefbau- und Entsorgungsdepartement/ Departement der Industriellen Betriebe ewz, Erhöhung der Abgabe an den Stromsparfonds
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, ob die Abgabe an den Stromsparfonds den wachsenden Bedürfnissen angepasst werden soll, z. B. durch Erhöhung von 10% auf 15% des budgetierten ewz-Jahresgewinns oder ca. 0.25 Rp/kWh im ewz-Einzugsgebiet.

2012 sind insbesondere die Gesuche für Förderbeiträge für Photovoltaikanlagen deutlich angestiegen. Derzeit liegen die im Bestandeskonto verfügbaren Mittel immer noch im Bereich der zulässigen Obergrenze. Aufgrund der Mittelfristplanung bis 2018 ist aber davon auszugehen, dass künftig der Aufwand in der laufenden Rechnung die jährliche Dotierung des ewz in einem Ausmass übersteigt, dass eine nachhaltige Finanzierungsbasis mittelfristig in Frage gestellt ist. Der Energiebeauftragte der Stadt Zürich wird daher ein Konzept erarbeiten, wie die Finanzierung des Stromsparfonds langfristig gesichert werden kann. Dies bedingt allerdings eine Anpassung des Gemeindebeschlusses «Rationelle Verwendung von Elektrizität» vom 5. März 1989.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/000470 2006/000134	03.05.2006 14.06.2006	Rabelbauer Richard und Schönbächler Robert Personen- und Nutzfahrzeuge, Förderung abgasarmer und umweltschonender Antriebssysteme

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Fahrzeugbeschaffung und Benutzung von Personen- und/oder Nutzfahrzeugen, welche mit abgasarmen, umweltschonenden Antriebssystemen (Kompogas/erdgas/solarmobile) ausgestattet sind, im Dienstleistungs- und Gewerbeverkehr sowie im Güterverkehr gefördert werden kann.*

Die Stadt Zürich geht als Halterin eines grösseren Fahrzeugparks mit gutem Beispiel voran. Die Dienstabteilungen haben sich bei der Fahrzeugbeschaffung an den festgesetzten ökologischen und energetischen Anforderungen der aktualisierten Fahrzeugpolitik (STRB 1681/2012) auszurichten und zuhänden eines im Aufbau begriffenen Controllingsystems Bericht zu erstatten.

Der Bund hat im Rahmen des Energiekonzepts 2050 vorgeschlagen, die mit der Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes per 23. Dezember 2011 in Kraft gesetzten Anforderungen an die CO<sub>2</sub>-Emissionen neu immatrikulierter Personenwagen für den Zeitraum ab 2020 zu verschärfen und auch für den Bereich der Lieferwagen entsprechende Vorgaben festzusetzen.

Das Marktangebot an Elektrofahrzeugen wächst laufend. Die Stadt Zürich unterstützt Pilotprojekte zur Hybridtechnologie und Elektromobilität (siehe Antwort zu GR-Nr. 2008/394). Das Elektrizitätswerk stellt den Dienstabteilungen solche Fahrzeuge zum Testen zur Verfügung. In der Folge haben verschiedene Dienstabteilungen Plug-in- und Elektrofahrzeuge beschafft, 2012 erstmals auch für den Einsatz im Güterverkehr.

Umweltschonende bzw. emissionsarme Fahrzeuge geniessen heute bereits finanzielle Vorteile. Einerseits gewährt das Mineralölsteuergesetz Steuererleichterungen auf Treibstoffen/Treibstoffanteilen aus erneuerbaren Rohstoffen. Andererseits profitieren im Kanton Zürich besonders energieeffiziente und verbrauchsgünstige Personenwagen von einem befristeten Rabatt auf die Motorfahrzeugsteuer. Für Lastwagen und Gesellschaftswagen findet die Emissionsklasse (Euro-Norm) Eingang in die Berechnung der Höhe der Verkehrsabgabe.

Die Stadt Zürich hat sich grundsätzlich positiv zur Einführung einer alle ökologischen Aspekte umfassenden Umweltetikette für Personenwagen sowie der Einführung von Rechtsgrundlagen zur Einführung von Umweltzonen in übermässig belasteten Siedlungsgebieten geäussert. Auf Grund der sehr kontroversen Ergebnisse der Vernehmlassung hat der Bund jedoch darauf verzichtet, diese Vorlagen weiter auszuarbeiten. Mit der per 1. August 2011 revidierten Energieetikette wurde jedoch dem Anliegen, den realen Energieverbrauch stärker zu gewichten, Rechnung getragen.

Energieoptimierte Motoren und Förderbeiträge führen bereits heute dazu, dass die Amortisation der Mehrinvestitionen in energieeffiziente Fahrzeuge rasch erfolgt. Die Auswirkungen allfälliger Kaufzuschüsse auf kommunaler Ebene sind sorgfältig zu prüfen, in Abstimmung mit Förderprogrammen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene. Dies gilt auch für ökologische und energetische Anforderungen an Fahrzeuge/Flotten von Auftragnehmenden bei der Vergabe von Transportleistungen. Entsprechende Abklärungen sind im Gang (Massnahmenplan Luftreinhaltung, Massnahme V2a, STRB 1588/2011). Vom Regierungsrat genehmigt (RRB 524/2012) sind jedoch die im Massnahmenplan Luftreinhaltung enthaltenen weitergehenden Anforderungen an einen emissionsarmen Strassentransport von Baurestmassen bei Grossbaustellen (Massnahme BT1).

Die vom Gemeinderat am 8. Juli 2009 erlassene neue Taxiverordnung (TaxiV, GR-Nr. 2008/520) ist seit 1. Januar 2013 rechtskräftig. Dies gilt auch für die in Art. 23 TaxiV enthaltene Reduktion der Gebühren für besonders ökologische Fahrzeuge.

POS 2007/000153 2007/000054	31.01.2007 28.02.2007	Im Oberdorf Bernhard und Hauri Theo Tramverkehr, rücksichtsvolle Fahrweise
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Tramverkehr durch eine rücksichtsvollere Fahrweise trotz Vortrittsrecht das Entstehen von kritischen Situationen und das Eintreten von Unfällen vermieden werden kann.*

Bereits bei der Rekrutierung lassen die VBZ mittels einer fahrpsychologischen Eignungsprüfung untersuchen, ob neue Mitarbeitende in der Lage sind, vorausschauend und rücksichtsvoll zu fahren und so Unfälle zu verhüten. In der Aus- und Weiterbildung wird dieses Thema weiter vertieft. Unfallprävention ist Thema der jährlich aktualisierten betrieblichen Sicherheitsziele, der individuellen Mitarbeitendenziele, der ständigen Dienstaufsicht, der Mitarbeitendenqualifikation und der Geschäftsprozesse.

Ziel des vorausschauenden Fahrstils ist es, die Sicherheit der anderen Verkehrsteilnehmenden gleichermassen wie diejenige der Fahrgäste zu gewährleisten: Rund 35% der bei Tramunfällen verletzten Personen stürzen im Tram, wenn die Wagenführerinnen und Wagenführer wegen des Fehlverhaltens anderer Verkehrsteilnehmer/innen abrupt bremsen müssen, um – trotz Vortrittsrecht – eine Kollision zu vermeiden. Das Vortrittsrecht des Trams ist kein Dogma, sondern bildet die physikalische Realität mit dem gegenüber einem Pneufahrzeug rund dreimal so langen Bremsweg ab. Dies ist vielen Verkehrsteilnehmenden nicht oder zu wenig bewusst. Die Stadtpolizei, die Dienstabteilung Verkehr und die VBZ führten deshalb 2012 eine Präventionskampagne zu diesem Thema durch. 2013 wird das Thema der Stopfunfälle im Fahrzeug aufgegriffen.

POS 2007/000216 2007/000074	07.02.2007 23.06.2010	Girod Bastien und Probst Matthias VBZ, velofreundliche Tramgeleise
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ein Projekt zur Erarbeitung von Ideen zur Ausgestaltung und Umsetzung von velofreundlichen Tramgleisen zu initiieren. Wenn möglich, ist dieses Projekt in Zusammenarbeit mit lokalen Forschungsinstituten und entsprechenden Studiengängen durchzuführen.*

Die VBZ haben mit mehreren Herstellern, die an der Entwicklung von Produkten zur velofreundlichen Ausrüstung von Tramgleisen arbeiten, Kontakte geknüpft. Erste Tests mit Gummiprofilen zum «Auffüllen» der Tramgleise auf dem Areal der Zentralwerkstatt und auf freier Strecke sind nicht befriedigend verlaufen, das Füllmaterial hielt den Belastungen nicht stand. Die beteiligten Hersteller haben ihr System weiterentwickelt, und die VBZ stellen ihre Infrastruktur nun für einen Praxistest mit einer speziellen Schienenkonstruktion zur Verfügung. Die Umsetzung erfolgt im zweiten Halbjahr 2013 an der Haltestelle «Schwert» stadteinwärts im Zuge der geplanten Kanal-, Werkleitungs- und Strassenbauarbeiten sowie der Erneuerung der Tramgleise in der Limmatalstrasse. Gleichzeitig wird die Haltestelle «Schwert» behindertengerecht gestaltet.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2010/000703 2010/000272	22.08.2007 23.06.2010	Savarioud Marcel und Käppeli Hans Jörg VBZ, Umstellung von Auto- auf Trolleybuslinien

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, welche zum Inhalt hat, mindestens 20 km von den bestehenden 90 km Autobuslinien auf Stadtgebiet zu Trolleybuslinien umzustellen.*

Der Stadtrat hat im Berichtsjahr 2012 die Trolleybusstrategie der VBZ verabschiedet. Diese sieht in einem ersten Schritt die Elektrifizierung der Buslinien 69 und 80 vor, weitere könnten folgen.

Die nötigen Investitionen für feste Anlagen, die in Übereinstimmung mit der Angebotsplanung des Verkehrsverbunds das Verkehrssystem oder den Betrieb erweitern oder verändern, können gemäss § 4 Personenverkehrsgesetz (PVG) über Staatsbeiträge finanziert werden. Der Stadtrat strebt deshalb eine Umsetzung der Trolleybus-Strategie im Einvernehmen mit dem ZVV an.

POS 2008/000018 2008/000007	09.01.2008 23.01.2008	Anderegg Peter und Danner Ernst VBZ-Busverbindungen ab Bahnhof Affoltern, Fahrplan in Stosszeiten
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die geplanten Busverbindungen ab Bahnhof Affoltern in Richtung Unter-Affoltern und in Richtung Mühlackerstrasse in den Stosszeiten im 6 bis 8 Minutentakt geführt werden können.*

Die Erschliessung von Affoltern durch öffentliche Verkehrsmittel wurde im Rahmen des «Runden Tisches Affoltern» in enger Zusammenarbeit mit allen Anspruchsgruppen vertieft untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass die bereitgestellte Kapazität der heutigen Linien 61 und 62 auch auf längere Sicht genügt. Auch nach dem Vollausbau der Entwicklungsgebiete in Unteraffoltern ist die Kapazität noch ausreichend. Die S-Bahn-Linie 6 verkehrt im Halbstundentakt. Ab Dezember 2015 fahren in den Hauptverkehrszeiten zwei weitere Züge in der Stunde in Lastrichtung. Um den Anschluss aus dem Gebiet Unteraffoltern und Waidhof zum Bahnhof Affoltern zu verbessern, wird die Buslinie 62 bis Waidhof verlängert und löst die Linie 37 auf dem Abschnitt Bahnhof Affoltern–Waidhof ab.

Sowohl aus Kapazitätsgründen wie auch für das Schaffen des optimalen S-Bahn-Anschlusses ist eine Verdichtung des Angebots nicht notwendig. Sie würde ohne Zweifel eine qualitative Verbesserung des Angebots darstellen, wäre jedoch mit erheblichen Kosten verbunden und würde betrieblich zu zusätzlichen Konflikten mit den Barriereöffnungszeiten am Bahnhof Affoltern führen. Angesichts der drängenden Kapazitätsprobleme auf anderen Linien in Affoltern (Linien 32/37/80) ist ein Angebotsausbau auf den beiden Linienästen nach Unteraffoltern und Mühlacker von tiefer Priorität.

POS 2008/000085 2008/000060	23.01.2008 07.01.2009	Reimann Beatrice und Küng Peter Stauffacher, Verlegung der Haltestelle für die VBZ-Tramlinie 8
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob im Zuge mit der Neugestaltung der VBZ-Haltestelle Stauffacher die Haltestelle der Linie 8 für beide Richtungen weiter südlich in die Stauffacherstrasse, auf der Höhe Stauffacherstrasse Nr. 26/28 resp. in der Gegenrichtung Nr. 25/27 verlegt werden kann.*

Die Verlegung der Tramhaltestelle Stauffacher der Linie 8 auf die Südseite wurde im Rahmen einer Vorstudie mit einem Ausbau am bestehenden Standort verglichen und als vorteilhaft beurteilt. Die Realisierung ist für die Jahre 2015 und 2016 geplant.

POS 2008/000313 2008/000144	26.03.2008 16.04.2008	Mariani Mario und Rabelbauer-Pfiffner Claudia Zollfreilager-Areal Flurstrasse/Rautistrasse, Anbindung an den öffentlichen Verkehr
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das neue Wohngebiet auf dem Areal des ehemaligen Zollfreilagers in Zürich Altstetten besser in das öffentliche Verkehrssystem eingebunden werden kann.*

Im Rahmen der Ausarbeitung des Gestaltungsplans für das Zollfreilager wurde die Verkehrserschliessung neu beurteilt. Das Zollfreilager ist durch die bestehenden Haltestellen räumlich vollständig entsprechend den Vorgaben des kommunalen Verkehrsplans erschlossen (Gebiet liegt im Umkreis von 300 Meter zur nächsten ÖV-Haltestelle). Im Dezember 2011 wurden die Betriebszeiten der Buslinie 89 abends und am Sonntag erweitert, das Angebot entspricht aber in den Neben- und Randverkehrszeiten noch nicht dem städtischen Angebotsniveau. Gemäss der VBZ-Netzentwicklungsstrategie wird sich die Linie 89 mittelfristig zu einer städtischen Hauptlinie entwickeln. Ab 2015 soll sie deshalb entsprechend dem städtischen Taktraster betrieben werden (7½-Minuten-Takt tagsüber Montag bis Samstag, 10- oder 15-Minuten-Takt in den Randzeiten und am Sonntag). Im Rahmen der geplanten Fahrzeugbeschaffung in den Jahren 2016 und 2017 werden für die Linie neu Gelenkbusse beschafft, um den Fahrgästen der Linie 89 auch während den Hauptverkehrszeiten genügend Kapazität anbieten zu können.

POS 2008/000683 2011/000026	25.06.2008 26.01.2011	EVP-Fraktion ewz, Finanzierung von Doktorandinnen- und Doktorandenstellen an Hochschulen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt eine Kredit schaffende Weisung zur Finanzierung von mindestens 5 Doktorandenstellen im Bereich Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Umwelttechnologie auszuarbeiten, welche als Ergänzung zu der durch Postulat 2006/65 geforderten, vom ewz zu finanzierenden Professur in diesem Bereich, einzurichten sind.*

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2008/000954 2011/000027	03.09.2008 26.01.2011	Piller Bernhard und Leupi Daniel Hybridfahrzeuge, Netzinfrastruktur
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, welche im Rahmen eines Pilotprojektes der Stadt Zürich die Erstellung einer Netzinfrastruktur für Plug-in-Hybridfahrzeuge beinhaltet. Zudem wird die Stadt beauftragt, sobald Plug-in-Hybrid Fahrzeuge serienmässig erhältlich sind, mindestens 10% der eigenen Fahrzeugflotte im Rahmen des normalen Fahrzeug-Lebenszyklus auf Plug-in-Hybrid oder weitere emissionsärmere Fahrzeuge umzustellen. Für die Realisierung eines Pilotprojekts ist dem Gemeinderat ein erster Rahmenkredit von mindestens 15 Mio. Fr. bereitzustellen. Anzustreben ist bei der Realisierung eine aktive Zusammenarbeit mit anderen wichtigen Akteuren wie z. B. BFE, Kanton Zürich, umliegende Gemeinden, EKZ, ZW, ETH, Stiftung Klimarappen. Die Menge des motorisierten Individualverkehrs soll dabei nicht erhöht werden.

POS 2008/001334 2008/000583	17.12.2008 26.01.2011	Piller Bernhard und Mächler Marianne Erdgas Zürich AG, Bericht über Energieeffizienz- und Energiesparmassnahmen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten dem Gemeinderat einen Bericht über erfolgte und geplante Energieeffizienz- und Energiesparmassnahmen der Erdgas Zürich AG vorzulegen. Darüber hinaus soll der Bericht in einer Langfriststrategie aufzeigen, wie sich die Stadt Zürich aus der Abhängigkeit vom fossilen Energieträger Erdgas befreien kann.

POS 2009/000150 2009/000058	04.02.2009 04.03.2009	Schwendener Thomas und Hauri Theo VBZ-Linie 62, Verbesserung der Streckenführung
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Streckenführung der Buslinie 62 in Affoltern verbessert und nach dem Leitbild der Stadt Zürich «Nachhaltige Stadt Zürich» ökologischer gestaltet werden kann.

Die Erschliessung von Affoltern durch öffentliche Verkehrsmittel wurde im Rahmen des «Runden Tisches Affoltern» in enger Zusammenarbeit mit allen Anspruchsgruppen vertieft untersucht. Dabei zeigte sich, dass die Buslinien südlich der Bahnlinie optimal auf die Verkehrsströme in Affoltern ausgerichtet sind. Nördlich der Bahnlinie, zwischen Bahnhof Affoltern und Waidhof, besteht ein ökologisches Optimierungspotenzial. Heute erschliessen die beiden Buslinien 37 und 62 zwischen Zehntenhausplatz und Unteraffoltern das gleiche Gebiet mit weitgehend paralleler Linienführung. Die Linie 62 böte jedoch genügend Kapazität für die Fahrgäste beider Linien.

Mit der Inbetriebnahme der 4. Teilergänzung S-Bahn wird auf der Strecke der heutigen S6 eine zusätzliche S-Bahn-Linie zur Entlastung während der Hauptverkehrszeiten eingeführt, die am Bahnhof Affoltern hält. Auf diesen Zeitpunkt hin (voraussichtlich Dezember 2015) sollen deshalb die Linie 62 bis Waidhof verlängert und der Fahrplan auf die geänderten Barriereöffnungszeiten abgestimmt werden. Die Linie 37 bedient dann nur noch die Strecke ETH Höngrgerberg-Bahnhof Affoltern. Die bessere Auslastung der beiden Linien und geringere Wartezeiten an der Barriere bringen klare ökologische Vorteile. Im Hinblick auf diese Angebotsveränderung wurde der neue Wendeplatz im Gebiet Waidhof, der durch die Umstellung der Linie 37 von Midi- auf grössere Standardbusse nötig geworden war, vorausschauend gleich so gebaut, dass er auch mit Gelenkbussen befahren werden kann, wie sie auf der Linie 62 im Einsatz sind.

POS 2009/000212 2009/000068	25.02.2009 11.03.2009	Mariani Mario und Widler Josef VBZ-Buslinie 67, Verlängerung über Schmiede Wiedikon hinaus
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Buslinie Nr. 67 vom heutigen Endpunkt Schmiede Wiedikon zum Bahnhof Zürich Wiedikon verlängert werden kann.

Die Fahrzeit für die fünf eingesetzten Kursfahrzeuge ist mit der heutigen Linienführung ausgereizt. Eine Verlängerung wäre nur mit einem zusätzlichen Fahrzeug und entsprechend höheren Betriebskosten möglich.

Im Rahmen des «Runden Tisches Altstetten» haben die VBZ mit Anwohnerinnen und Anwohnern aus dem Raum Rautistrasse und Vertreterinnen und Vertretern der Quartiervereine Altstetten und Grünau einen Lösungsansatz entwickelt, der eine Verlängerung der Linie 67 zum Bahnhof Wiedikon erlauben würde. Auf dem Streckenast Rautistrasse-Dunkelhölzli besteht heute ein Überangebot. Eine Option wäre, die Linie 67 neu vom Bahnhof Wiedikon aus (statt von der Schmiede Wiedikon) nur noch bis zur Rautistrasse zu führen und dafür den Fahrplan der Linie 78 zum Dunkelholzli in den Hauptverkehrszeiten zu verdichten. Voraussetzung für das Wenden der Linie 67 am Knoten Rautistrasse/Altstetterstrasse ist der Bau eines Kreisels, der frühestens 2016/2017 gebaut werden könnte.

Der «Runde Tisch Altstetten» wird im Jahr 2013 erneut zusammenkommen, diesmal auch mit Vertreterinnen und Vertretern des Quartiers Alsbrieden, und die Lösungsmöglichkeiten gemeinsam diskutieren.

POS 2009/000234 2009/000081	04.03.2009 26.01.2011	Blöchlinger Patrick und Brassler Ueli Anwerbung von Personal im Ausland
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die gezielte Anwerbung von Personal im Ausland – z. B. von Busführern in Ostdeutschland – verzichtet werden kann und stattdessen bei Mangel an bestimmten Arbeitskräften vermehrt SchweizerInnen und bereits hier ansässige AusländerInnen entsprechend umgeschult bzw. ausgebildet werden können.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2009/000338 2009/000117	01.04.2009 06.05.2009	Butz Marlène und Aubert Marianne VBZ, Informationen zum Haltestellentyp

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf den nächsten Fahrplanwechsel die Angaben im Fahrplanaushang sowie in den Fahrzeugen mit Informationen zum Haltestellentyp der einzelnen Haltestellen in geeigneter Form ergänzt werden können.*

Derzeit läuft die Anpassung ausgewählter Tramhaltestellen an die Bedürfnisse behinderter Menschen, die Umbauten werden kontinuierlich vorgenommen und bis 2014 abgeschlossen sein. Bis dahin ist es wenig sinnvoll, diese Informationen im Fahrplanaushang und auf den Netzplänen in den Fahrzeugen anzubringen, da sich die Angaben mit dem Fortschreiten der Bauarbeiten laufend ändern. Der Aufwand für die wiederholte Auswechslung der Aushänge wäre zu gross. Auf der Internet-Seite des ZVV finden sich aber die entsprechenden Angaben (sowohl zum VBZ-Netz wie auch zur S-Bahn) und werden regelmässig aktualisiert.

Die elektronische Fahrplanauskunft wird derzeit weiter entwickelt. Ziel ist es, dass sich Fahrgäste mit einer eingeschränkten Mobilität zukünftig eine speziell auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Verbindung anzeigen lassen können.

POS 2009/000643 2009/000260	10.06.2009 26.01.2011	Piller Bernhard und Wyss Thomas Erhöhung Anteil Sonnenkollektoranlagen bei Projekten ewz im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Anteil Sonnenkollektoranlagen bei den durch das ewz Geschäftsfeld Energiedienstleistungen realisierten Projekten bedeutend erhöht werden kann.*

POS 2009/000885 2009/000322	01.07.2009 19.08.2009	Seidler Christine und Frei Dorothea Verkehrskonzept für den öffentlichen Verkehr sowie den Fahrrad- und Fussverkehr im Zusammenhang mit der Zooerweiterung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, im Rahmen der Zooerweiterung ein erweitertes Verkehrskonzept zu erarbeiten, das den öffentlichen Verkehr (ÖV) sowie den Fahrrad- und Fussverkehr bevorzugt. Bezüglich ÖV soll insbesondere eine auf Spitzenzeiten ausgerichtete Fahrplanverdichtung sowie der Einsatz für den Kinderwagentransport geeigneter Fahrzeuge bzw. Anhänger geprüft werden.*

Bereits heute sind auf der Tramlinie 6 zu 100 % für den Kinderwagentransport geeignete Niederflurfahrzeuge (mehrheitlich Cobras, teilweise Sänften) im Einsatz, am Sonntagnachmittag verkehrt – ganz im Sinne der geforderten auf Spitzenzeiten ausgerichteten Fahrplanverdichtung – zusätzlich die Linie 5 mit Sänften zum Zoo. Anreize zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr werden durch Anfahrtsinformationen auf der Zoo-Website sowie regelmässige Aktionen mit vergünstigten Eintritten für ÖV-Reisende gesetzt. Für eine zusätzliche Lenkungswirkung hatte der Gemeinderat auf Antrag des Stadtrats im April 2011 eine Erhöhung der Parkgebühren an Sonn- und Feiertagen beschlossen.

Um das Quartier vom Suchverkehr zu entlasten, setzt der Zoo an Sonn- und Feiertagen sowie in den Ferien Verkehrskadetten ein, die mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) anreisende Zoogäste bereits bei der Endhaltestelle der Tramlinie 6 auf die Parkplätze bei der Eisbahn Dolder einweisen. Ein kostenloser Shuttlebus fährt von dort zum Zoo-Haupteingang. Es war seitens der Stadt auch geplant, den mangels Nachfrage vorzeitig abgebrochenen Versuch, das Parkhaus der Uni-Irchel als Park + Ride-Anlage für den Zoo zu nutzen, nach Erhöhung der Parkgebühren zu wiederholen und den Shuttlebus Irchel-Zoo wieder einzuführen, ein Entscheid dazu steht aber noch aus.

Um die Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln künftig noch attraktiver zu gestalten, plant der Zoo eine Seilbahn vom Bahnhof Stettbach zum Eingang Masoalhalle. Die Auflage des Plangenehmigungsgesuchs und des kantonalen Gestaltungsplans fand 2009 statt. Die weitere Planung und die Suche nach Finanzierungsmitteln laufen unter dem Dach der Zoo Seilbahn AG.

POS 2009/000936 2009/000329	08.07.2009 26.01.2011	Z'graggen Marcel und Schönbächler Robert Ausrüstung sämtlicher Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs mit Videoüberwachung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob sämtliche Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs flächendeckend mit einer Videoüberwachung ausgerüstet werden können.*

POS 2009/001130 2009/000391	02.09.2009 27.06.2012	Di Concilio Salvatore und Filli Peider Limmatschiffahrt, Erhöhung der Taktfrequenz und Wiedereinführung der Haltestelle Wollishofen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Taktfrequenz im Fahrplan der Limmatschiffahrt vor allem am Wochenende und in den Sommermonaten erhöht werden kann, sowie die Haltestelle Wollishofen wieder in den Streckenplan aufgenommen werden kann. Weil dieses öffentliche Verkehrsangebot sehr beliebt ist, sollte der Stadtrat auch mit der Zürichsee Schifffahrtsgesellschaft (ZSG) und dem VV verhandeln, ob nicht auch ein ganzjähriger Betrieb möglich ist (natürlich in den Wintermonaten mit einem bescheideneren Angebot).*

POS 2009/001178 2009/000406	16.09.2009 27.06.2012	Jäger Alexander und Piller Bernhard Beteiligung des ewz an europäischen Hochspannungsleitungen über Swissgrid
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ewz über Swissgrid eine Beteiligung an europäischen Hochspannungsleitungen erwirken kann.*

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/001265 2009/000449	30.09.2009 27.06.2012	Aeschbach Christian und Hug Christina Direkte Verbindung des öffentlichen Verkehrs zwischen Burgwies, der Eierbrecht und dem Einkaufszentrum Witikon
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie zwischen der Burgwies, der Eierbrecht und dem Einkaufszentrum Witikon eine direkte Verbindung «des öffentlichen Verkehrs» erstellt werden kann. Dabei sind zukunftsgerichtete Systeme (z. B. Coaster), verschiedene Linienführungen und mögliche Etappierungsvarianten auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen.</i>		
POS 2009/001427 2009/000540	18.11.2009 27.06.2012	Aubert Marianne und Brander Simone Tramschienen, Verbesserung der Sicherheit für Velofahrende
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Tramschienen, speziell auf Plätzen und Kreuzungen, mit elastischem Material, Gummilippen, Federn oder ähnlichem für Velofahrende deutlich sicherer gemacht werden können. Ein Ideenwettbewerb könnte ausgeschrieben werden.</i>		
POS 2010/000667 2010/000265	16.06.2010 27.06.2012	Utz Florian und Trevisan Guido Einführung einer Buslinie auf der Route Hauptbahnhof–Am Wasser–Rütihof
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine Buslinie auf der Route Hauptbahnhof–Breitensteinstrasse/Am Wasser–Frankental–Rütihof eingeführt werden kann.</i>		
POS 2010/000814 2010/000312	14.07.2010 27.06.2012	Dubs Marianne und Wyss Thomas VBZ-Netz 2025, Berücksichtigung und Priorisierung einer Traminie nach Affoltern
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Planung des VBZ-Netz 2025 den heutigen Ansprüchen angepasst und wie damit eine Neuausrichtung der Tramplanung und Ausführung bewirkt werden kann, welche eine Traminie nach Affoltern einschliesst und angemessen priorisiert.</i>		
POS 540.140.100-01 2010/000412	29.09.2010 27.10.2010	Piller Bernhard und Wepf Mirella Erdgas Zürich AG, effiziente Nutzung des Energieträgers Erdgas
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er darauf hinwirken kann, dass die Erdgas Zürich AG den Energieträger Erdgas maximal effizient einsetzt.</i>		
<p>Verschiedene Massnahmen tragen dazu bei, den Energieträger Erdgas effizient zu nutzen. Das Postulat zielt in erster Linie auf die Förderung der Wärme-Kraft-Kopplung (WKK) beim Gaseinsatz ab. Gegen einen solchen Einsatz sprechen vor allem die Erreichung der CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele bzw. der Klimaziele. Das in der städtischen Gemeindeordnung verankerte Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft bzw. des Ausstosses von einer Tonne CO<sub>2</sub> pro Person ist mit dem Einsatz von fossilen WKK-Anlagen kaum zu erreichen. Diese kommunalen Ziele erfordern eine Transformation fossiler Energieträger hin zu erneuerbaren Energien. Im Strombereich bedeutet dies, dass der heute nahezu CO<sub>2</sub>-freie Strommix nicht durch fossilen WKK-Strom verschlechtert wird. Mit dem in der aktuellen ewz-Stromzukunft 2012–2050 favorisierten Langfristszenario «Starker Ausbau der erneuerbaren Energien» ist dies sichergestellt. Es ist eine der offenen Fragen der Energiestrategie 2050 des Bundes, inwieweit in der Schweiz WKK-Anlagen bzw. auch grössere GuD-Anlagen (Gas- und Dampf-Kombi-Kraftwerk) in Zukunft zum Einsatz kommen sollen. Die Vorlage zur Revision des eidgenössischen Energiegesetzes, die bis Ende Januar 2013 in der Vernehmlassung ist, sieht eine Förderung von WKK-Anlagen vor. Aus diesem Grund beantragt der Stadtrat die Beantwortung des Postulats pendent zu halten, bis die weitere Entwicklung auf Bundesebene in dieser Frage erkennbar ist.</p>		
POS 540.160.100-15 2011/000128	13.04.2011 25.05.2011	Rabelbauer-Pfiffner Claudia und Mächler Martin Einführung von Wasserwirbelkraftwerken in der Stadt Zürich
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Einführung von Wasserwirbelkraftwerken auf dem Stadtgebiet von Zürich umgesetzt werden kann.</i>		
POS 540.160.100-18 2011/000146	11.05.2011 25.05.2011	Hänni-Etter Cécilia und Hagger Joachim Erstellung eines Kleinkraftwerkes zur Stromerzeugung im Bereich Sihlhölzli
<i>Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie die Sihl, z. B. im Bereich Sihlhölzli, durch die Erstellung eines Kleinkraftwerkes sinnvoll für die Stromerzeugung genutzt werden kann.</i>		
POS 630.110.100-01 2011/000263	06.07.2011 21.09.2011	Piller Bernhard Abbruch der Geschäftsbeziehungen mit der Firma Rosatom
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich als Aktionärin der Kernkraftwerk Gösgen AG darauf hinwirken kann, dass die Geschäftsbeziehungen mit der russischen Firma Rosatom, als Mutterfirma der Majak Betreiber zum schnellstmöglichen Zeitpunkt abzubrechen sind.</i>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 540.200.100-04 2011/000292	13.07.2011 21.03.2012	SP- Fraktion, Grüne-Fraktion und GLP-Fraktion Änderung von Art. 2ter Abs. 3 Gemeindeordnung (GO), Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie bis zum Jahr 2034
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, gemäss welcher der Art. 2<sup>ter</sup> Absatz 3 der Gemeindeordnung der Stadt Zürich mit folgender Übergangsbestimmung ergänzt wird: «Die Beteiligung der Gemeinde an Atomkraftwerken sowie der Bezug von Atomstrom sind längstens bis zum Jahr 2034 zulässig».</i>		
MOT 540.200.100-05 2011/000293	13.07.2011 28.03.2012	Grüne-Fraktion, GLP-Fraktion und SP-Fraktion Erarbeitung einer verbindlichen Strategie für einen Atomausstieg bis zum Jahr 2034
<i>Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat eine verbindliche Strategie für einen Atomausstieg der Stadt Zürich bis zum Jahr 2034 vorzulegen. Die Strategie soll im Detail darlegen mittels welcher Massnahmen und Instrumente der Atomstromanteil durch erneuerbare Energien substituiert bzw. eingespart wird, und wie dieser Umstieg finanziert wird. Der Stadtrat legt dem Gemeinderat alle 3 Jahre einen Bericht vor mit Angaben zum bisher Erreichten und mit den weiteren geplanten Massnahmen zur Erreichung des Ziels.</i>		
MOT 540.190.100-23 2011/000473	07.12.2011 28.03.2012	Grüne-Fraktion, GLP-Fraktion und SP-Fraktion Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Einführung von Stromspartarifen im Rahmen der nächsten Tarifrevision
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, welche die Einführung von Stromspartarifen beim Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) vorsieht. Dies soll im Rahmen der nächsten ewz-Tarifrevision geschehen. Die neuen Tarife sollen per 01.01.2015 in Kraft treten.</i>		
MOT 540.190.100-24 2011/000474	07.12.2011 28.03.2012	GLP-Fraktion, Grüne-Fraktion und SP-Fraktion Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), stetig ansteigender Anteil aus erneuerbarer Energieproduktion bei allen angebotenen Stromprodukten
<i>Der Stadtrat wird verpflichtet, bei der nächsten Anpassung der Tarife des ewz die Produktpalette derart zu revidieren, dass jedes angebotene Stromprodukt über die Zeit einen stetig ansteigenden Anteil an Strom aus erneuerbarer Energieproduktion beinhaltet. Dieser Anteil soll schliesslich zum Zeitpunkt des Ausstieges aus nicht erneuerbaren Produktionsanlagen 100% erreichen. Alle Stromprodukte weisen anfangs einen Mindestanteil von 50% Strom aus erneuerbaren Energiequellen aus.</i>		
POS 540.190.100-27 2012/000138	07.12.2011 28.03.2012	Piller Bernhard und Glaser Helen Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Verpflichtung zu einer jährlichen Stromeinsparung von 1% pro Jahr auf der Basis des Referenzjahres 2012
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, welche das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) auf Basis des Referenzjahres 2012 verpflichtet, jährlich Stromeinsparungen in einer Höhe zu erzielen, die 1% ihres im vorangegangenen Jahr realisierten Stromabsatzvolumens entsprechen.</i>		
MOT 790.120.110-45 2011/000475	07.12.2011 13.06.2012	Käppeli Hans Jörg und Trevisan Guido Erarbeitung eines Konzeptentscheids für eine neue Tramlinie vom Bahnhof Altstetten in den Raum Hauptbahnhof unter hälftiger Beteiligung des ZVV
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung mit mindestens hälftiger Beteiligung des ZVV vorzulegen, um einen Konzeptentscheid herbeizuführen, die Linienführung festzulegen und die Finanzierung für eine neue Tramlinie vom Bahnhof Altstetten in den Raum Hauptbahnhof (Tramlinie 1) verbindlich zu vereinbaren.</i>		
POS 790.120.140-18 2012/000079	07.03.2012 21.03.2012	Aubert Marianne und Strub Jean-Daniel Verbesserte Anbindung für das neu entstehende Spitalgebiet Lengg/Balgrist und das Wohnquartier Lengg/äussere Zollikerstrasse/Im Walder durch den öffentlichen Verkehr
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für das neu entstehende Spitalgebiet Lengg/Balgrist und das Wohnquartier Lengg/äussere Zollikerstrasse/ Im Walder eine gute Anbindung und Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr, sowohl vom Bahnhof Tiefenbrunnen/Seefeldstrasse, wie auch von der Forchstrasse her, gewährleistet werden kann.</i>		
POS 790.120.120-32 2012/000101	14.03.2012 28.03.2012	Hänni-Etter Cäcilia und Garcia Isabel Goldbrunnenplatz, Installation eines Wetterschutzdaches bei der Haltestelle des Busses 32 Richtung Strassenverkehrsamt
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie am Goldbrunnenplatz bei der Haltestelle des Busses 32 Richtung Strassenverkehrsamt ein Wetterschutzdach für die Wartenden installiert werden kann.</i>		

## II. Abschreibungsanträge für Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1996/000607 1996/000087	20.03.1996 06.11.1996	Virag Jansen Eva Tramhaltestelle Laubegg, Verbesserung der Sicherheit

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Tramhaltestelle Laubegg für die Fahrgäste sicherer gemacht werden kann.*

Die Bauarbeiten zur Verlegung der Haltestelle Laubegg und zur Erneuerung von Werkleitungen, Gleisen und Strassenoberbau in der Giesshübel- und Uetlibergstrasse wurden Ende 2012 abgeschlossen. Der Kreditbewilligung waren lange Verhandlungen mit dem Kanton vorangegangen. Neu halten die Tramlinien 5, 13 und der Bus 89 auf der Höhe des Einkaufszentrums Brunaupark. Bergwärts wurde eine Kaphaltestelle realisiert, talwärts eine Haltestelle mit Insel für Fussgängerinnen und Fussgänger. Beide Haltestellen sind mit erhöhten Haltekanten (Kissenlösung) für einen stufenfreien Einstieg und taktilen Bodenmarkierungen für Sehbehinderte ausgestattet. Der Umbau brachte wesentliche Verbesserungen bei der Erreichbarkeit der Geschäfte im Brunaupark, bei der Aufenthaltsqualität an den Haltestellen sowie mehr Sicherheit bei der Überquerung der Strasse. Die Anliegen des Postulats sind nach Ansicht des Stadtrats damit vollumfänglich erfüllt.

POS 1996/000664 1996/000100	27.03.1996 04.12.1996	Odermatt André und Scherr Niklaus Pumpspeicherprojekt «Grimsel West», Verhinderung weiterer Planung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das kostspielige und aussichtslose Pumpspeicherprojekt «Grimsel West» der Kraftwerke Oberhasli AG, an der die Stadt Zürich zu einem Sechstel beteiligt ist, unter Anwendung aller rechtlich zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten rasch beendet werden kann und wie der Moorschutz an der Grimsel fristgerecht in Übereinstimmung mit der Bundesverfassung vollzogen werden kann.*

Die Kraftwerke Oberhasli AG (KWO) hat das umstrittene Projekt «Grimsel West» zurückgezogen und statt dessen das Investitionsprogramm «KWO Plus» lanciert. Die Anliegen der Postulanten sind damit erfüllt. Das Investitionsprogramm «KWO Plus» umfasst drei Einzelprojekte. Für das erste unumstrittene Projekt, die Leistungserhöhung der Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1, liegt inzwischen eine rechtskräftige Konzession vor. Auch der Gemeinderat der Stadt Zürich stimmte diesem Projekt im vergangenen Jahr zu. Zurzeit befindet sich dieses Projekt in der Realisierungsphase. Beim zweiten Projekt handelt es sich um ein Pumpspeicherkraftwerk zwischen dem Oberaar- und dem Räterichsbodensee. Da dieses Projekt kaum Auswirkungen auf die Umwelt hat, war das Konzessionsverfahren ebenfalls unumstritten. Die Konzession für dieses Pumpspeicherkraftwerk ist inzwischen ebenfalls in Rechtskraft erwachsen. Das dritte Projekt, die Erhöhung der beiden Staumauern am Grimselsee, ist hingegen umstritten. Verschiedene Umweltorganisationen haben im Rahmen der öffentlichen Auflage Einsprache erhoben. Die Konzession für dieses umstrittene Projekt wurde zwar vom Grossen Rat des Kantons Bern mit grosser Mehrheit erteilt. Die KWO geht aber davon aus, dass nun Rechtsmittel ergriffen werden und die Konzession nicht in absehbarer Zeit rechtskräftig wird.

POS 1999/001794 1999/000502	06.10.1999 26.09.2001	Siegenthaler-Benz Rolf André und 2 Mitunterzeichnende Parkplätze am Stadtrand, Einbezug der VBZ-Billette in die Parkplatzkosten
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei Parkplätzen am Stadtrand das Fahrgeld für die VBZ in die Parkgebühr einbezogen werden kann.*

Der Stadtrat begrüsst eine Integration des ÖV-Tickets in die Parkierungsgebühr bevorzugt an Standorten, von denen aus die Innenstadt dank mehreren Linien des öffentlichen Verkehrs rasch und bequem erreicht werden kann.

Die Tarifhoheit im öffentlichen Verkehr im Kanton Zürich liegt gemäss Personenverkehrsgesetz (PVG) beim Verkehrsrat. Dieser setzt gemäss § 17 PVG den Tarif und das Fahrausweissortiment fest.

Der Einbezug des Fahrpreises für den öffentlichen Verkehr beispielsweise in den Eintrittspreis für eine Veranstaltung erfolgt in Form einer sogenannten Ticketintegration. Diese wird zwischen dem Veranstalter und dem ZVV vertraglich vereinbart – sofern man sich in der Sache und im Preis einig wird. Mit den Einnahmen aus der Ticketintegration muss dabei mindestens der entstehende Ertragsausfall kompensiert werden.

An der Integration des ÖV-Tickets in Parkgebühren hat der ZVV kein Interesse: Eine solche Integration läuft dem strategischen Ziel des ZVV entgegen, dass die Fahrgäste die ganze Reisekette von der eigenen Haustür in der Region bis ins Stadtzentrum mit dem öffentlichen Verkehr zurücklegen. Dazu investiert er in ein attraktives Verkehrsangebot mit einem 15-Minuten-Takt auf den wichtigen S-Bahn-Linien und einer optimalen Anbindung an das lokale Tram- und Busnetz in einer hohen Qualität.

Der ZVV ist deshalb nicht bereit, eine Ticketintegration bei Parkgebühren abzuschliessen. Entsprechende Verträge mit privaten Parkhausbetreibenden wurden aufgelöst. Der Stadtrat kann diese Haltung nachvollziehen, und sie steht auch im Einklang mit den Verlagerungszielen von Stadtverkehr 2025.

POS 2004/000717 2004/000203	07.04.2004 25.05.2005	Graf Wüthrich Franziska und Schmid Georg VBZ-Haltestellen an der Rosengartenstrasse, Umbenennung in «Provisorium»
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob eine Namensänderung der Bushaltestellen «Rosengartenstrasse» in «Provisorium» angezeigt wäre.*

Eine Namensänderung ist aus Sicht des Stadtrats nicht angezeigt. Der heutige Haltestellenname ist einfach, gut merkbar und informiert die Fahrgäste eindeutig und verständlich über den Ort der Haltestelle. Eine Umbenennung in «Provisorium» wäre für die Kundinnen und Kunden nur verwirrend. Gemäss der Verordnung des Bundesrats über die geografischen Namen vom 21. Mai 2008 (GeoNV, SR 510.625) müsste die dem Postulat entsprechende Bezeichnung der Haltestelle im Fahrplan «Zürich, Provisorium» lauten (Art. 27 GeoNV sowie gestützt auf Art. 6 Abs. 3 GeoNV erlassene Richtlinien BAV zur Schreibweise der Stationsnamen). Es ist jedoch zu erwarten, dass eine solche Bezeichnung vom für die Festlegung zuständigen Bundesamt für Verkehr abgelehnt würde, da es sich hierbei nicht um eine geografische Bezeichnung handelt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2004/001739 2004/000599	17.11.2004 01.12.2004	Geschäftsprüfungskommission Städtische Beteiligungen im Erdgasbereich, Massnahmen zur personellen Entflechtung

*Der Stadtrat wird gebeten, ob nicht bei den direkten und indirekten städtischen Beteiligungen im Erdgas-Bereich Massnahmen zur personellen Entflechtung getroffen werden sollen, um potentiellen Interessenskonflikten vorzubeugen.*

Der Stadtrat erstattete dem Gemeinderat mit Weisung 77 vom 20. Dezember 2006 Bericht und stellte Antrag, das Postulat abzuschreiben. Bericht und Antrag wurden am 10. Januar 2007 an die Geschäftsprüfungskommission überwiesen. Die Mehrheit der Kommission beantragte dem Gemeinderat am 7. Dezember 2009 Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung des Postulats. Die Mehrheit des Gemeinderats lehnte jedoch am 17. März 2010 die Abschreibung des Postulats ab; aus welchen Gründen, bleibt für den Stadtrat unklar. Im März 2010 sind die alt-Stadträte Dr. Thomas Wagner und Willy Küng aus dem Verwaltungsrat der Erdgas Zürich AG ausgeschieden. Die Struktur der schweizerischen Erdgaswirtschaft hat sich gegenüber dem mit Weisung 77 vom 20. Dezember 2006 erstatteten Bericht bezüglich der Tragung von Kosten und Risiken nicht verändert, weshalb aus der Sicht des Stadtrats aufgrund der personellen Konstellation nach wie vor keine Interessenskollision zu befürchten ist.

POS 2005/000609 2005/000191	18.05.2005 08.06.2005	Reimann Beatrice und Danner Ernst Sportanlage Juchhof I und III, Verbesserung der Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Erschliessung der Sportanlagen Juchhof 1 bis 3 mit öffentlichen Verkehrsmitteln wesentlich verbessert werden kann, bzw. eine direkte Erschliessung der Sportanlagen durch öffentliche Verkehrsmittel möglich ist.*

Die Sportanlagen Juchhof I und III sind gemäss den Richtlinien der Angebotsverordnung grundsätzlich erschlossen (Linien 31, 307 und 303). Die Betriebszeiten der Linie 307 mit einem Betrieb bis 19 Uhr unter der Woche und bis 18 Uhr am Samstag entsprechen aber nicht den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer der Sportanlage.

Die VBZ haben die Verlängerung der Betriebszeiten der Linie 307 unter der Woche geprüft. Ein auf die Trainingszeiten abgestimmter Busbetrieb würde erhebliche Mehrkosten verursachen, die in keinem Verhältnis zur erwarteten Nachfragesteigerung stehen. Der Kostendeckungsgrad der Linie würde sich damit weiter verschlechtern. Angesichts der bestehenden und künftig absehbaren Engpässe auf dem VBZ-Netz müssen die verfügbaren Mittel an anderen Orten eingesetzt werden. Eine zeitliche Verbesserung der Erschliessung wäre nur bei Finanzierung durch Dritte gemäss § 20 Personenverkehrsgesetz (PVG) möglich.

Die VBZ empfehlen den Fahrgästen zu den Sportanlagen Juchhof die Buslinien 303 und 31 zu benutzen. Der Fussweg ab Haltestelle Micafil bis zur Garderobe 1 beträgt rund einen Kilometer, ab der Haltestelle Gasometerbrücke bis zur Garderobe 2 rund 800 Meter.

POS 2005/000736 2005/000228	08.06.2005 14.06.2006	Leupi Daniel und Knauss Markus Dieselbetriebene Fahrzeuge der städtischen Dienstabteilungen, Ausrüstung mit Partikelfiltern
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass alle Dienstabteilungen nur noch Diesel-Fahrzeuge mit Partikelfilter beschaffen bzw. dass Diesel-Fahrzeuge ohne Partikelfilter nachgerüstet werden, soweit dies mit verhältnismässigem Aufwand möglich ist.*

Die Dienstabteilungen beschaffen und betreiben die Fahrzeuge gemäss der aktualisierten städtischen Fahrzeugpolitik (STRB 1681/2012), die im Auftrag der Fahrzeugkommission erarbeitet worden ist. In der Fahrzeugkommission sind unter der Leitung des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe Fachleute der Dienstabteilungen mit grösseren Fahrzeugbeständen vereint.

Für dieselbetriebene Fahrzeuge, die für die Stadt Zürich im Einsatz sind, gilt gemäss Fahrzeugpolitik:

#### 6.2 Umwelt

a) Neufahrzeuge dürfen nur noch nach dem neusten Stand der Abgastechnik beschafft werden. Zwingend sind ein Partikelfilter oder eine im Ergebnis gleichwertige Technik sowie nach Möglichkeit eine Abgasnachbehandlung, welche die NOx-Emissionen (Stickoxide) reduziert.

b) Bis 31.12.2012 wurden bestehende Fahrzeuge soweit technisch möglich und wirtschaftlich tragbar nach dem neusten Stand der Partikelminderungstechnik (Partikel-Filter oder im Ergebnis gleichwertige Technik) nachgerüstet.

POS 2005/001032 2005/000311	24.08.2005 14.06.2006	Schönbächler Robert und Proamer Pascal Personen- und Nutzfahrzeuge, Beschaffung mit Erdgasantrieb
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der künftigen Beschaffung von Personen- und Nutzfahrzeugen, vermehrt erdgasbetriebene (kompogas/erdgas) Fahrzeuge angeschafft werden können.*

Die Dienstabteilungen beschaffen und betreiben die Fahrzeuge gemäss der aktualisierten städtischen Fahrzeugpolitik (STRB 1681/2012), die im Auftrag der Fahrzeugkommission erarbeitet worden ist. In der Fahrzeugkommission sind unter der Leitung des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe Fachleute der Dienstabteilungen mit grösseren Fahrzeugbeständen vereint.

Zur Frage von erdgasbetriebenen Fahrzeugen ist in der Fahrzeugpolitik festgehalten:

#### 6.5 Technologie, Motorisierung und Treibstoffe

Beim Entscheid über eingesetzte Technologien, Motorisierungsgrad und Treibstoffart ist entsprechend dem Verwendungszweck der Fahrzeuge die Variante zu wählen, die bezüglich Energieeffizienz, Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und sozialer Nachhaltigkeit am besten abschneidet. Bis 2020 ist in den Kategorien I und II ein Anteil von 10% der Fahrzeuge mit besonders emissionsarmen Antriebssystemen anzustreben (Gas-, Elektro- und Hybridfahrzeuge).

Die aktualisierte Fahrzeugpolitik enthält zudem Zielvorgaben zu Energie, CO<sub>2</sub>-Emissionen und Technologie.

Derzeit sind in zehn Dienstabteilungen 85 erdgasbetriebene Fahrzeuge im Einsatz. Ein entsprechendes Controllingsystem ist im Aufbau begriffen.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/000514 2006/000168	10.05.2006 31.05.2006	Gut Susi und Schlatter Hedy Wollishofen, Bedienung mit dem Limmatschiff

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Wollishofen auch in der Saison 2007 mit dem Limmatschiff bedient werden kann.*

Die Zürichsee Schifffahrtsgesellschaft (ZSG), die auch die Limmatboote betreibt, ist primär ein Tourismusunternehmen. Der Umbau des Limmatquais bot Gelegenheit, auf dem touristisch attraktivsten Streckenteil der Limmatboote im Herzen der Zürcher Altstadt einen Landungssteg für die zusätzliche Haltestelle Limmatquai einzurichten, wie dies auch von der Geschäftsvereinigung Limmatquai und Dörfli gewünscht worden war. Die Randbedingungen, Halbstundentakt mit zwei Booten, nautisch aufwändige Manöver flussabwärts zum Anlegen an den Haltestellen Storchen und Limmatquai, führten dazu, dass gleichzeitig mit der Eröffnung der Haltestelle Limmatquai die Bedienung der schwach frequentierten und touristisch wenig attraktiven Haltestelle Wollishofen durch die Limmatboote ab 2007 eingestellt werden musste. Der Stadtrat und der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV), der letztlich das Angebot der ZSG festlegt, stimmten dem zu.

Die Haltestelle Limmatquai erfreut sich grosser Beliebtheit. Von Beginn weg verzeichnete sie eine vergleichbare Anzahl Ein- und Ausstiege wie die traditionsreiche Haltestelle Storchen, in den Jahren 2008 und 2011 übertraf sie gar deren Frequenzen.

An den Randbedingungen, die zur Aufgabe des Bootshalts in Wollishofen Anlass gaben, hat sich nichts geändert. Eine technische Aufrüstung der Limmatboote, um talwärts ohne Wendemanöver anhalten zu können, ist mit vertretbarem Aufwand nicht möglich. Der Kauf eines zusätzlichen Schiffs lässt sich mit der Nachfrage nicht rechtfertigen. Für die bevorstehende Fahrplanperiode stehen der ZSG nicht mehr als Fr. 100'000.– für Angebotsverbesserungen auf ihrem gesamten Streckennetz zur Verfügung. Die ZSG reserviert diesen Betrag, der ohnehin für die Wiedereinführung des Bootshalts in Wollishofen nicht ausreichen würde, für andere Massnahmen. Wollishofen, das nach wie vor von der ZSG mit den kleinen Rundfahrten angelaufen wird, profitiert auf diesem Weg.

Der Stadtrat hat aus diesen Gründen mit dem Geschäftsbericht 2011 den Gemeinderat ersucht, das Postulat abzuschreiben. Die Geschäftsprüfungskommission und der Gemeinderat lehnten dies ab, da die Vertreterin der Postulantinnen die Erschliessung von Wollishofen durch das Limmatschiff als «notwendig» erachtet. Der Stadtrat sähe unter den gegebenen Umständen keine andere Lösung, dem Postulat zu entsprechen als dem Gemeinderat Antrag zu stellen, das Postulat im Sinne von §20 Personenverkehrsgesetz auf Kosten der Stadt Zürich beim ZVV zu bestellen. Da er einen solchen Antrag in Relation zu den dadurch verursachten Kosten als politisch chancenlos ansieht, erneuert er aber hiermit noch einmal seinen Abschreibungsantrag.

POS 2006/000878 2006/000315	12.07.2006 07.11.2007	Stähler Anton und Schönbächler Robert VBZ, Verbesserung der Linienanzeigen in den Fahrzeugen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei den Cobra-Tramzügen und den neuen Bus- und Trolleybusfahrzeugen – die elektronischen Linienanzeigen verbessert werden können und – wie auch auf den Cobra-Tramzügen Linien- und Routenangaben in geeigneter Form auf dem Fahrzeugdach angebracht werden können.*

Die elektronischen Linienanzeigen der Cobra-Tramzüge wurden gegenüber den Vorserienfahrzeugen technisch verbessert. Das Fahrziel und die Liniennummer sind bei allen VBZ-Fahrzeugen mehrfach auf LCD- oder Rollbandanzeigen über Kopfhöhe angegeben. Dies bildet einen Kompromiss zwischen von Weitem sichtbaren Dachtafeln und Anzeigen auf Augenhöhe, wie sie von Behindertenverbänden bevorzugt würden; die Angaben sind auch in den Stosszeiten mit vielen Passagieren vor den Türen gut sichtbar. Die VBZ werden die technische Entwicklung auch weiterhin aufmerksam verfolgen und Produkte testen, die eine nochmals verbesserte Lesbarkeit bieten.

Dachroutentafeln sind bei modernen Tramfahrzeugen generell nicht mehr üblich. Sowohl die anderen Tramstädte in der Schweiz (Bern, Basel, Genf) als auch in Europa (z. B. Strassburg, Wien, München, Karlsruhe) setzen aus dem gleichen Grund vollständig auf elektronische Linienanzeigen wie Zürich: Nur so können die Fahrzeuge nachfragegerecht und flexibel zwischen Linien verschoben werden, ohne dass erst aufwendig im Depot die Tafeln ausgewechselt werden müssen. Die entstehenden Einsparungen bei der Fahrzeugreserve und den Personal- und Betriebskosten sind so markant, dass der Verzicht auf die gewohnten und lieb gewordenen Dachroutentafeln aus Sicht des Stadtrats in Kauf genommen werden muss. Das Lastenheft für die aktuell laufende Trambeschaffung ist dementsprechend ohne Dachroutentafeln formuliert.

Aus dem gleichen Grund soll auch von der Einführung von Dachroutentafeln auf Bussen abgesehen werden.

POS 2006/001372 2006/000576	06.12.2006 20.12.2006	Cerliani Pierino und Mariani Mario ETH Höggerberg, verbesserte Erschliessung durch öffentlichen Verkehr
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Anbindung der ETH Höggerberg (Science-City) wesentlich besser als bisher mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen werden kann.*

VBZ und ETH haben gemeinsam verschiedene Erschliessungskonzepte für die künftige Science City geprüft. Erwogen wurden u. a. Direktbusverbindungen oder ein Tram Höggerberg. Die Experten kamen zum Schluss, dass die heutige Lösung die Bedürfnisse am besten erfüllt: Die ETH Höggerberg ist mit den Linien 80, 69 und 37 gut erschlossen; auf das Frühjahr 2009 hin wurde die Direktbusverbindung zwischen ETH Höggerberg und ETH Zentrum ausgebaut, der Einsatz von Beiwagen auf der Linie 80 in der Hauptverkehrszeit wurde im Fahrplanverfahren 2012–2013 noch verstärkt. Ebenfalls auf den Fahrplan 2012–2013 wurde der Grundtakt der Linie 69 auf 7½ Minuten angepasst. Mit den freiwerdenden Mitteln wurde der Fahrplan während des ETH-Semesters in den Spitzenzeiten zwischen Bucheggplatz und ETH Höggerberg durch Direktbusse auf einen 3¼-Minuten-Takt verdichtet. Die VBZ und das Institut für Verkehrsplanung und Transportsysteme (IVT) der ETH stehen weiterhin im regelmässigen Austausch, um auf Entwicklungen reagieren zu können. Mittelfristig ist in der VBZ-Trolleybusstrategie die Elektrifizierung der Linien 80 und 69 vorgesehen. So wird die Erschliessung der ETH Höggerberg ökologisch optimiert und gleichzeitig können durch den Einsatz von Doppelgelenkfahrzeugen zusätzliche Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/000798 2007/000409	11.07.2007 18.06.2008	Papageorgiou Kyriakos und Jäger Alexander Dieselfahrzeuge der Stadt Zürich, Umrüstung mit Retrofitkit

*Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen wie der Stadt Zürich gehörende Dieselfahrzeuge die heute den EURO 3-Abgasnormen oder tiefer entsprechen, mit dem Einbau eines «Retrofitkit» umgerüstet werden können, oder einem gleichwertigem Produkt. Das von ETH-Ingenieuren entwickelte «Retrofitkit» ist an Mülllastwagen der Stadt Winterthur bereits erfolgreich getestet worden.*

Die Dienstabteilungen beschaffen und betreiben die Fahrzeuge gemäss der aktualisierten städtischen Fahrzeugpolitik (STRB 1681/2012), die im Auftrag der Fahrzeugkommission erarbeitet worden ist. In der Fahrzeugkommission sind unter der Leitung des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe Fachleute der Dienstabteilungen mit grösseren Fahrzeugbeständen vereint.

Die Umsetzungshilfe «Nachrüstung Partikelfilter» hält u. a. die technischen Anforderungen an solche Partikelfilter fest, weist darauf hin, dass bei der Nachrüstung die Werksgarantie des Fahrzeugherstellers weiterhin gewährleistet sein muss und in welcher Priorität Fahrzeuge nachzurüsten sind (Lebensdauer, Einsatzdauer pro Jahr, Fahrzeugkategorie usw.). Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von Produkten, die den Anforderungen des VERT-Filter-Labels entsprechen. Gemeinsam mit dem Fahrzeuglieferanten wird ein Produkt ausgewählt, das die Vorgaben erfüllt. Das «Retrofitkit» wird bei der Nachrüstung neben allen anderen Partikelfiltern ebenfalls geprüft.

Das Fahrzeug-Kompetenzzentrum pflegt im Intranet der Stadt Zürich eine Webplattform. Auf dieser werden die internen Sachverständigen über aktuelle Marktbeobachtungen zum Thema informiert.

POS 2008/000312 2008/000143	26.03.2008 26.01.2011	Bürlimann Martin und Hüsey Kurt Bio-Diesel, Verzicht auf Förderung und Unterstützung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Stadt Zürich auf Förderung und Unterstützung von Bio-Diesel verzichtet werden kann, welcher nicht aus biogenen Abfällen oder biogenen Produktions- und Verarbeitungsrückständen hergestellt wird.*

Gemäss den Zielsetzungen der aktualisierten städtischen Fahrzeugpolitik (STRB 1681/2012) ist 2015 ein Anteil von 5% erneuerbarer Energie am jährlichen Treibstoffverbrauch der stadt-eigenen Fahrzeugflotte (über alle Fahrzeug-Kategorien) anzustreben. Bis 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energien auf 10% gesteigert werden. Als erneuerbare Treibstoffe (z. B. Biodiesel) anrechenbar sind nur Treibstoffe bzw. Treibstoffbestandteile, die von der Mineralölsteuer befreit sind und damit die in der Mineralölsteuerverordnung (MinöStV) des Bundes festgesetzten Mindestanforderungen bezüglich ökologisch und sozial annehmbarer Produktionsbedingungen erfüllen.

Der Bund hat im Rahmen der Arbeiten an der Parlamentarischen Initiative 09.499 «Agrotreibstoffe, Indirekte Auswirkungen berücksichtigen» der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats eine Vorlage zur Ergänzung der Mineralölsteuerverordnung ausgearbeitet, die verhindern soll, dass die Produktion biogener Treibstoffe aus Nahrungsmittelpflanzen zu Lasten der Ernährungssicherheit geht.

Derzeit ist der Verbrauch an biogenen Treibstoffen in der Schweiz gering. 2011 wurden einerseits rund 4 Mio. Liter Bioethanol aus Skandinavien in Verkehr gebracht, das aus Abfällen der Zelluloseproduktion stammt. Andererseits wurden 10,3 Mio. Liter Biodiesel abgesetzt, die zu rund zwei Dritteln im Inland aus tierischen Fetten (Schlachtabfällen) sowie gebrauchten Speiseölen (Frittieröle) hergestellt wurden. Die in der Schweiz in Verkehr gebrachten biogenen Treibstoffe wurden von der Mineralölsteuer befreit, d.h. sie entsprechen den ökologischen und sozialen Vorgaben der städtischen Fahrzeugpolitik. Wenn sich die Marktsituation ändert und in der Schweiz künftig in erheblichem Umfang nicht steuerbefreite biogene Treib- und Brennstoffe in Verkehr gebracht werden, sieht der Bund die Einführung einer Zulassungspflicht vor. Die im Rahmen der städtischen Fahrzeugpolitik definierten Vorgaben stellen daher sicher, dass nur biogene Treibstoffe zum Einsatz kommen, die den geforderten ökologischen und sozialen Kriterien entsprechen.

POS 2008/000544 2008/000237	28.05.2008 23.06.2010	Traber Christian und Meier Daniel VBZ-Linie 5, Verlängerung bis zum Albisgütli
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob im Hinblick auf die Eröffnung des Erweiterungsbaus der Credit Suisse im Uetlihof die Linie 5 in den stark frequentierten Zeiten bis zum Albisgütli verlängert werden kann.*

Die VBZ stehen in engem Kontakt mit den Vertretern der Credit Suisse. Im Hinblick auf die Erweiterung des Uetlihofs wurden die bestehenden Verkehrsströme analysiert und Prognosen erstellt. Dabei hat sich gezeigt, dass die Tramlinie 13 und die S4 für die Anreise der Mitarbeitenden von weit höherer Bedeutung sind als die Tramlinie 5.

Die Nachfrage im Korridor Bahnhofstrasse wird infolge der Arbeitsplatz-erweiterung im Uetlihof und der stetig zunehmenden Nachfrage in den nächsten zwei Jahren um 9% steigen. Dies führt dazu, dass sich der bestehende Kapazitätsengpass im Korridor Zürich HB–Bahnhof Enge–Albisgütli weiter akzentuieren wird. Auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2013 soll deshalb die Linie 17 Werdhölzli–Zürich HB während den Hauptverkehrszeiten bis zum Albisgütli verlängert und die Linie 7 neu mit den grössten verfügbaren Fahrzeugen (Niederflursänfte mit Anhänger) betrieben werden. Damit steigt die angebotene Kapazität in der Bahnhofstrasse um rund 30%.

Eine Verlängerung der Linie 5 bis Albisgütli wie im Postulat gefordert brächte zwar einen etwas kürzeren Fussweg zum Uetlihof für die Fahrgäste, hätte jedoch mangels Zusatzkapazität mit Direktverbindung zum Hauptbahnhof keine spürbar entlastende Wirkung in der Bahnhofstrasse, weshalb zugunsten der oben skizzierten Massnahmen darauf verzichtet werden soll.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2008/000689 2008/000298	25.06.2008 26.01.2011	Bloch Süss Monika und Kisker Gabriele VBZ-Buslinie 66, Fahrplanoptimierung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Fahrplan der Linie 66 (Neubühl–Sihlstrasse) so optimiert werden kann, dass die rasche und unkomplizierte Verbindung Aussenquartier–Innenstadt von den Fahrgästen täglich von morgens bis Mitternacht genützt werden kann.*

Die Linie 66 dient zur Erschliessung des Hürlimannareals und zur Feinerschliessung des Quartiers Wollishofen ab dem Quartierzentrum. Die rasche Verbindung vom Quartierzentrum in die Innenstadt ist mit der Tramlinie 7 während der ganzen Betriebszeit bereits sichergestellt. Ein Angebotsausbau auf der Linie 66 auf dem Abschnitt Morgental–Sihlstrasse würde erhebliche Mehrkosten auslösen, die sich aufgrund der heutigen und mittelfristig zu erwartenden Nachfragesituation wirtschaftlich nicht rechtfertigen lassen.

POS 2009/000640 2009/000257	10.06.2009 19.08.2009	Savarioud Marcel und Makwana-Boss Elisabeth Expressbus-Verbindung vom Bahnhof Stettbach zum Zoo
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob eine attraktive Expressbus Verbindung direkt vom Bahnhof Stettbach zum Zoo und zur Masoalshalle eingeführt werden kann.*

Ein Expressbus ab dem Bahnhof Stettbach würde die bestehende Erschliessung kaum attraktiver machen: Die bereits kurze Fahrzeit der Buslinie 751 von nur 9 Minuten liesse sich höchstens um 2 Minuten verkürzen.

Wichtig für die Fahrgäste ist vielmehr, dass sie von den stark frequentierten S-Bahn-Linien her einen möglichst guten Anschluss auf den regulären Bus haben und nicht lange auf die Abfahrt warten müssen.

Das bestehende Angebot deckt die Nachfrage heute ab. Eine versuchsweise Taktverdichtung der Buslinie 751 auf den 15-Minuten-Takt im Jahr 2003 auch ausserhalb der Hauptverkehrszeit führte nicht zu mehr Fahrgästen, weshalb das Angebot wieder eingestellt wurde.

POS 2010/000095 2010/000038	20.01.2010 27.06.2012	Piller Bernhard Überarbeitung Masterplan Energie zur Erreichung der CO <sub>2</sub> -Emissions-Ziele
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er eine Überarbeitung des Masterplans Energie veranlassen kann. Der auf einer zielkonformen Erreichung der in der Zürcher Gemeindeordnung definierten Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf 1 t CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr bis zum Jahr 2050 beruht.*

Der Masterplan Energie der Stadt Zürich aus dem Jahr 2008 (STRB 434/2008) wurde im Jahr 2012 überarbeitet und durch den Stadtrat beschlossen (STRB 765/2012). Dabei wurden die quantitativen Ziele der städtischen Energiepolitik an die seit November 2008 in der Gemeindeordnung verankerten Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft angepasst. Die Zielsetzung einer Reduktion der Treibhausgasemissionen auf 1 Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Person bis zum Jahr 2050 wurde dabei ergänzt um einen Absenkpfad. Dieser postuliert als Zwischenziele eine Reduktion der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Referenzjahr 2005 um 28% bis zum Jahr 2020 und um 55% bis zum Jahr 2035. Die Verantwortung für eine koordinierte, konsistente Kommunikation der energiepolitischen Zielsetzungen gegen aussen hat der Stadtrat mit dem Beschluss zur Schaffung einer stadtweiten Organisations- und Umsetzungsstruktur für die 2000-Watt-Gesellschaft dem neuen «Fachpool 2000-Watt-Gesellschaft» zugewiesen (STRB 951/2012).

POS 540.140.100-12 2012/000199	23.05.2012 27.06.2012	Halser-Furrer Michèle und Mächler Martin Gasversorgung Zürich-Nord, Verschiebung der Stilllegung zur Amortisation der installierten Verbrauchsgeräte
--------------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, wie die Kappung der Erdgasversorgung in Zürich Nord – sofern nicht ganz darauf verzichtet wird – auf einen Zeitpunkt hinausgeschoben werden kann, der die Amortisation der installierten Verbrauchsgeräte erlaubt, und wie in Härtefällen jene Eigentümer entschädigt werden können, die in den letzten Jahren durch unklare Informationen über den Zeithorizont der Gaslieferungen zu Investitionen veranlasst wurden, welche auch zum Zeitpunkt der Kappung noch nicht amortisiert sind.*

Der Stadtrat hat die Situation der Erdgaskundinnen und -kunden in Zürich-Nord neu evaluiert und am 3. Oktober 2012 beschlossen (STRB 1298/2012), die Fristen für die Stilllegung der Erdgasleitungen in Zürich-Nord um bis zu fünf Jahre zu verlängern. Die meisten Erdgaskundinnen und -kunden haben noch mindestens bis im Jahr 2021 Zeit, um Alternativen für ihre Heizungen zu finden. Eine Ausnahme bildet Schwamendingen, wo ab Anfang 2017 umfangreiche Strassensanierungen anstehen, von denen die Hauptleitung der Gasversorgung tangiert ist. Dort ist nur ein Aufschub von einem Jahr möglich. In allen Fällen kann eine Stilllegung auch dann erfolgen, wenn eine Gasleitung wegen eines Bauprojekts Dritter verlegt oder aus Sicherheitsgründen erneuert werden muss. Mit den neuen Fristen sinkt der Restwert der nicht amortisierten Gasheizungen in den betroffenen Haushalten um rund 80%. Für Geräte, die dazumal noch einen namhaften Wert haben, wird die Erdgas Zürich AG eine Entschädigung auszahlen.





Bild: Urs Keller

# Geschäftsbericht 2012

## Schul- und Sportdepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Schul- und Sportdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>357</b>
<b>2.</b>	<b>Legislatur- und Jahresschwerpunkte</b>	<b>358</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Schul- und Sportdepartement</b>	<b>359</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>360</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat und Zentrale Verwaltung</b>	<b>360</b>
4.1.1	Aufgaben	360
4.1.2	Jahresschwerpunkte	360
4.1.3	Kennzahlen	361
<b>4.2</b>	<b>Schulamt</b>	<b>361</b>
4.2.1	Aufgaben	361
4.2.2	Jahresschwerpunkte	361
4.2.2.1	Massnahmen zur Unterstützung des Schulpersonals	363
4.2.2.2	Befragungen	364
4.2.2.3	Angebote für Schülerinnen und Schüler	364
4.2.3	Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote	364
4.2.4	Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz (PK) und Kreisschulpflege	366
4.2.4.1	Aufgaben	366
4.2.4.2	Jahresschwerpunkte	366
4.2.4.3	Berichte aus den Schulkreisen	367
4.2.5	Spezifische Kennzahlen	369
<b>4.3</b>	<b>Schulgesundheitsdienste</b>	<b>369</b>
4.3.1	Aufgaben	369
4.3.2	Jahresschwerpunkte	369
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	371
<b>4.4</b>	<b>Musikschule Konservatorium Zürich</b>	<b>372</b>
4.4.1	Aufgaben	372
4.4.2	Jahresschwerpunkte	372
4.4.3	Schulkommission MKZ	373
4.4.4	Spezifische Kennzahlen	373
<b>4.5</b>	<b>Sportamt</b>	<b>373</b>
4.5.1	Aufgaben	373
4.5.2	Jahresschwerpunkte	373
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	375
<b>4.6</b>	<b>Fachschule Viventa</b>	<b>376</b>
4.6.1	Aufgaben	376
4.6.2	Jahresschwerpunkte	376
4.6.3	Schulkommission Fachschule Viventa	378
4.6.4	Spezifische Kennzahlen	378
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>379</b>

# 1. Vorwort



Gerold Lauber. (Bild: Günter Bolzern)

Heute beanspruchen rund 40 % aller Schulkinder in der Stadt Zürich einen Betreuungsplatz. Bis zum Jahr 2020 rechnen wir mit einem Anstieg der Betreuungsquote auf rund 70 %. Um bei der Erweiterung der Tagesstrukturen die Bedürfnisse der Eltern und Kinder mit einzubeziehen, haben wir 2011 eine Umfrage zur Zufriedenheit mit dem Betreuungswesen in der Stadt Zürich gestartet, die im Berichtsjahr ausgewertet wurde. Das Fazit der vom Marktforschungsinstitut GfK Switzerland durchgeführten Umfrage ist positiv. Eltern und Kinder haben der Betreuung in der Stadt Zürich gute Noten gegeben. Etwas kritischer – aber in der Tendenz immer noch positiv – wurden die Gruppengrösse und das Raumangebot bewertet. Besonders freut mich, dass Eltern und Kinder dem Hortpersonal sehr gute Noten erteilt haben.

Die Bereitstellung der in Zukunft in der Betreuung notwendigen Räume und der geeigneten Infrastruktur ist eine Herausforderung. Unser Ziel ist der Lebensraum Schule – die beiden bis anhin eher getrennten Bereiche Schule und Betreuung sollen stärker verschmelzen. Die Grundlagen dafür schafft das Grossprojekt «Erweiterte Tagesstrukturen», das 2012 intensiv vorangetrieben wurde. Das Thema wurde auch politisch aufgenommen – der Gemeinderat hat zwei Motionen von FDP und SP zur Weiterentwicklung der Schule in Richtung gebundene Tagesschule entgegengenommen.

Die Stadt Zürich wächst und ist dank den guten Schulen und dem vorbildlichen Betreuungswesen für Familien mit Kindern wieder ein attraktiver Wohnort. Das hat auch «negative» Auswirkungen: Der Schulraum wird knapp. Für die nächsten zehn Jahre planen wir in enger Zusammenarbeit mit dem Hochbaudepartement sieben neue Schulhäuser. In den Jahren 2012–2016 werden rund 60 % aller neuen Investitionen der Immobilien-Bewirtschaftung in den Schulhausbau fließen – ein klares Bekenntnis zugunsten der Bildung und der Schulkinder.

Im Frühjahr haben wir beim Tag der Stadtzürcher Schulen erstmals alle Schultüren für die Bevölkerung der Stadt Zürich geöffnet. Viele Schulen haben die Gelegenheit genutzt, Betreuung und Unterricht sowie die gute Arbeit, die an unseren Schulen geleistet wird, einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Der Tag der Stadtzürcher Schulen wird 2013 wieder durchgeführt.

Die Planung des neuen Fussballstadions hat mit der Präsentation des Siegerprojekts der Burkard Meyer Architekten BSA AG aus Baden einen weiteren Meilenstein erreicht. Bis das Stadion im Jahr 2017 tatsächlich steht, bleibt noch eine lange Wegstrecke zurückzulegen. Der Ball liegt nun beim Gemeinderat

und bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der Stadt Zürich, die 2013 über das Projekt abstimmen werden.

Ursprünglich hätte der Weltfussballverband Fifa die Stadt Zürich bei der Finanzierung des neuen Stadions unterstützt. Die Fifa zog ihre Beteiligung zurück, weil die Stadt Zürich im neuen Stadion auch Stehplätze einrichten will. Umso mehr freut es mich, dass die Fifa stattdessen den Breitenfussball in der Stadt Zürich mit 20 Mio. Fr. unterstützt. Insgesamt werden sechs bestehende Plätze mit einem Kunstrasen ausgestattet. Zudem fließen 3 Mio. Fr. in die Förderung des Mädchen- und Frauenfussballs.

Die Sicherheitsdiskussion rund um die Fussballspiele in den Schweizer Stadien wurde auch im Berichtsjahr intensiv geführt. Im Gegensatz zum Vorjahr gab es 2012 keine nennenswerten Zwischenfälle während der Spiele von GC und FCZ im Letztgrund. Nach wie vor ist landesweit insbesondere das Abbrennen von Feuerwerk ein Problem. Die Fronten zwischen den verschiedenen involvierten Parteien sind zuweilen verhärtet. Die Stadt Zürich hat aufgrund dieser Ausgangslage bewusst den Dialog mit den Fans gesucht und sich mit Vertretern der beiden Vereine GC und FCZ an einen Tisch gesetzt. Die Gespräche waren Ende 2012 noch nicht abgeschlossen. Ob eine Lösung gefunden wird, hinter der alle stehen können und die auch die geltende Rechtsordnung nicht verletzt, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden.

Im Zusammenhang mit der Kreditabrechnung des Globalkreditsystems für Schulen (GKKS) musste das SSD verschiedene umfangreiche Fragenkataloge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) des Gemeinderats beantworten. Das SSD stellte im Zuge der Beantwortung fest, dass im Bereich des Finanzrechts in Bezug auf Prozesse und Controlling die gesetzlichen Vorgaben nicht genügend bekannt waren. In einer umfassenden Weiterbildung auf Kaderstufe wurden nun die bestehenden Wissenslücken geschlossen.

In der Fachschule Viventa (FSV) wurde im Jahr 2011 das Projekt «Viventa 11/14» gestartet und im Berichtsjahr fortgeführt. Ein wichtiges Ziel des Projekts war, die von der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Gemeinderats kritisierte Institutionskultur zu verbessern. Dies ist im Berichtsjahr gelungen. Auch der zeitweise vakante Lehrpersonenkonvent konnte wieder ordentlich bestellt werden.

Die im Sommer 2011 erfolgte Integration von Zürich Konservatorium Klassik und Jazz (ZKKJ) in die Jugendmusikschule der Stadt Zürich, die seither unter dem neuen Namen Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ) auftritt, ist bezüglich Unterrichtsorganisation und -betrieb bereits erfolgreich umgesetzt. Die Schülerinnen und Schüler können nun von einem umfassenden Unterrichtsangebot profitieren. In einem zweiten Schritt sollen jetzt die Kern- und Supportprozesse vereinfacht und wo möglich teilautomatisiert werden. Noch etwas mehr Zeit beanspruchen wird das Zusammenführen der beiden Schulkulturen. Spezielle Erwähnung verdient das Projekt «Klassenmusizieren», das im Bericht der MKZ ausführlich beschrieben wird.

Stadtrat Gerold Lauber  
Vorsteher des Schul- und Sportdepartement

## 2. Legislatur- und Jahresschwerpunkte

### LSP-Frühförderung

Der Legislatorschwerpunkt Frühförderung wird vom Schul- und Sportdepartement (SSD) zusammen mit dem Sozialdepartement (SD) und dem Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) umgesetzt. Der Legislatorschwerpunkt wird in den drei Teilprogrammen «Zielgruppenerreichung», «Frühförderangebote» sowie «Grundlagen und Querschnittsaufgaben» umgesetzt. Das 2010 lancierte Pilotprojekt «Bewegung und Ernährung in Kindertagesstätten der Stadt Zürich» wurde im Rahmen des Projekts «Purzelbaum KiTa» mit zwölf weiteren Kitas in der Stadt Zürich fortgeführt. Die Kitas werden bewegungsfreundlich gestaltet, zudem wird die gesunde Ernährung gefördert. Im Berichtsjahr wurde das Kita-Personal geschult, und die Kitas wurden mit der bewegungsfördernden Infrastruktur ausgerüstet. Weitere im Berichtsjahr umgesetzte Massnahmen im Legislatorschwerpunkt Frühförderung entnehmen Sie dem Rechenschaftsbericht des Stadtrats (Kapitel 2.4) auf Seite 6.

### Projekt «Viventa 11/14»

Im Juni 2011 wurde in der Fachschule Viventa das Projekt «Viventa 11/14» gestartet. Ausgelöst wurde das Projekt durch einen umfangreichen Fragenkatalog der GPK, die sich Ende 2010 ein detaillierteres Bild der FSV verschaffen wollte. Das Projekt «Viventa 11/14» wurde in die vier Teilprojekte

«Kommunikation und Schulkultur», «Lohnsystem», «Managementsysteme – Prozesse und Reporting» sowie «Angebote Erwachsenenbildung» aufgeteilt. Im Berichtsjahr wurden in allen Projekten erfreuliche Fortschritte erzielt. Zentral war die schnelle Verbesserung der Kommunikation. Dank der Einrichtung verschiedenster Dialogplattformen in allen Bereichen der FSV konnte das Schulklima spürbar verbessert werden. Alle Projekte sollten bis zum Jahr 2014 abgeschlossen sein.

### Projektmanagement im SSD

Das SSD hat seine Prozesse und Instrumente für Projektbewilligung und Projektcontrolling in den letzten zwei Jahren neu gestaltet und ein für alle SSD-Dienstabteilungen verbindliches «Handbuch zur Führung von Projekten» verabschiedet und in Kraft gesetzt. Durch diese neue Prozessgestaltung ist sichergestellt, dass alle Entscheidungen durch das zuständige Management gefällt werden und dass die Projekte auf der Basis von verabschiedeten Rechtsgrundlagen und Budgets realisiert werden. Das Handbuch beziehungsweise der departementale Prozess zur Bewilligung und Abwicklung von Projekten wurde auf Kaderstufe kommuniziert, und erste Projekte wurden bereits nach der neuen Systematik erarbeitet. Diese ersten Erfahrungen zeigen, dass sich das «Handbuch zur Führung von Projekten» in der praktischen Arbeit bewährt.



### 3. Kennzahlen Schul- und Sportdepartement

	2008	2009	2010	2011	2012
Mitarbeitende total	6359	6590	7006	7619	7896
– davon Frauen	4594	4767	5113	5527	5735
– davon Männer	1765	1823	1893	2092	2161
Ø Stellenwert-Äquivalent	2521	2719	2889	3072	3193
Führungskader total	1075	1067	1145	1200	1226
– davon Frauen	756	746	801	854	873
– davon Männer	319	321	344	346	353
Lernende total	31	36	40	58	75
– davon Frauen	14	18	19	35	43
– davon Männer	17	18	21	23	32
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)</b>					
Total	772	839	841	845	869
Frauen	324	366	370	377	380
Männer	448	473	471	468	489
Frauen in %	42.0	43.6	44.0	44.6	43.7
Männer in %	58.0	56.4	56.0	55.4	56.3
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)</b>					
Total	1401	1481	1579	1709	1753
Frauen	1099	1149	1217	1318	1359
Männer	302	332	362	391	394
Frauen in %	78.4	77.6	77.1	77.1	77.5
Männer in %	21.6	22.4	22.9	22.9	22.5
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)</b>					
Total	7368	6790	7228	7655	8027
Frauen	5517	5111	5503	5727	6047
Männer	1851	1679	1725	1928	1980
Frauen in %	74.9	75.3	76.1	74.8	75.3
Männer in %	25.1	24.7	23.9	25.2	24.7
Personalaufwand	319034920	343578887	364586547	384200583	412105260
Sachaufwand	94931474	92763692	94925000	88798199	90227692
Übriger Aufwand	478264095	481809125	498921216	501549785	545736507
Total Aufwand	892230489	918151704	958432763	974548567	1048069459
Bruttoinvestitionen	2442176	944750	1619373	1774232	2115321

**Definition:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat und Zentrale Verwaltung

#### 4.1.1 Aufgaben

Das Departementssekretariat (DS) unterstützt den Vorsteher des Schul- und Sportdepartements (VSS) in der Führung und Steuerung des Departements. Es erfüllt departementale Querschnittsaufgaben in den Bereichen Finanzcontrolling, Informatik, Personal und ist für die Prozessführung in strategischen Themenstellungen des Departements verantwortlich. Die Führung des Beitragswesens für bildungs- und kulturnahe Institutionen, der Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV) sowie des Nordamerika Native Museum (NONAM) sind Spezialaufgabenbereiche des Departementssekretariats.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

##### Fachstelle für Gewaltprävention

Die Fachstelle für Gewaltprävention (FfG) ist in den Bereichen Intervention, Prävention und Koordination aktiv. Die Fachstelle leitete im Berichtsjahr 180 Interventionseinsätze (2008: 126, 2009: 141, 2010: 134, 2011: 172) sowie 61 projektorientierte Engagements (2008: 93, 2009: 129, 2010: 113, 2011: 76). Die Anzahl der Fälle befindet sich auf gleichem Niveau wie im Vorjahr. Jedoch zeigte es sich, dass sich die Art der Einsätze zunehmend Richtung Beratung verändert. Schulsozialarbeit, Schulleitungen und weitere Personen im Schulalltag übernehmen vermehrt die praktische Bearbeitung der Fälle. Viele Anfragen an die FfG konnten zudem mit einem telefonischen Beratungsangebot erledigt werden.

Auf grosses Interesse stiessen die Angebote der FfG im Bereich der digitalen Medien, etwa bei Social Networks wie beispielsweise Facebook. Die FfG hat zu diesem Thema diverse Angebote in Form von Workshops und Vorträgen für Lehrpersonen, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler erarbeitet und durchgeführt. Das Thema digitale Medien stiess im Berichtsjahr auch auf ein hohes Medieninteresse mit entsprechender Medienpräsenz der FfG. Die Medien bilden für die Fachstelle einen wichtigen Partner zur Sensibilisierung und Prävention im Bereich der digitalen Medien und Social Networks.

Das Projekt «Unschlagbar» unterstützt Vereine und Organisationen der organisierten Jugendarbeit in der Prävention und im Umgang mit schwierigen Situationen. Per Ende 2012 haben sich 45 Vereine und Organisationen dem Projekt «Unschlagbar» angeschlossen. Damit erreicht «Unschlagbar» knapp 50 % aller in Jugendsportvereinen und -organisationen aktiven Kinder und Jugendlichen in der Stadt Zürich.

##### Beitragswesen

Das Beitragswesen hat im Berichtsjahr die Rechtsgrundlagen diverser Subventionen erneuert. In diesem Zusammenhang hat der Gemeinderat am 5. Dezember 2012 einen jährlichen Beitrag in Höhe der hälftigen Zahlung des Kantons Zürich ans Schweizerische Sozialarchiv für die Jahre 2012 bis 2014 bewilligt (GR Nr. 2012/3373). Der jährliche Maximalbetrag wurde mit Fr. 535 000.– veranschlagt.

Der Schweizerischen Bibliothek für Blinde, Seh- und Lesebehinderte (SBS) wurde mit einer Verfügung des VSS für die Jahre 2012 und 2013 je ein Beitrag von Fr. 7000.– zugesprochen. Dem Filmklub Zauberalterne wurde ebenfalls mit einer

Verfügung des VSS ein jährlicher Beitrag von Fr. 10 000.– für die Jahre 2013 bis 2015 zugesprochen.

Die vom SD per Gemeinderatsbeschluss (GR Nr. 2010/0807) übernommene jährliche Unterstützung der Stiftung Zürcher Schülerferien von maximal Fr. 332 600.– kam per Anfang 2012 erstmalig zum Tragen.

Die Beiträge an die Volkshochschule des Kantons Zürich (VHS) sowie an die Schweizerische Fachschule für Mode und Gestaltung (modeco) wurden im Berichtsjahr mit einem Gemeinderatsbeschluss (GR Nr. 2012/356, VHS) beziehungsweise einer Verfügung des VSS (modeco) per Ende 2012 aufgehoben.

Die im Vorjahr begonnenen Umbauten der PBZ-Filialen Oerlikon und Unterstrass wurden weiter ausgeführt. Die Arbeitsfortschritte sowie die Baukostenentwicklung verlaufen planmässig.

##### Nordamerika Native Museum (NONAM)

Im März 2012 eröffnete das NONAM die neue Sonderausstellung «Faszination Indianer». Die Ausstellung erhielt mit ihrer kritisch-reflexiven Perspektive, den umfangreichen Privatsammlungen zum Thema sowie einem Begleitkatalog sehr positive Rückmeldungen von Besucherinnen und Besuchern wie auch aus Fachkreisen und von indianischer Seite.

Im April veranstaltete das NONAM zusammen mit dem Völkerkundemuseum der Universität Zürich den 33. American Indian Workshop «Presentation and Representation Revisited: Places, Media, Disciplines». 91 Personen aus 14 Ländern nahmen an 18 Workshops teil, darunter namhafte Vertreterinnen und Vertreter indigener Nationen, Amerikanisten und Kuratoren.

Indianische Konzerte, das Theater «Kleine Welten» und Ferienangebote lockten grosse und kleine Gäste ins NONAM. An der «Langen Nacht der Zürcher Museen» begeisterte



Das Theater «Kleine Welten» lockte grosse und kleine Gäste ins NONAM. (Bild: NONAM)

Ex-Miss-Navajo Radmilla Cody zahlreiche Besucherinnen und Besucher mit indianischer Kultur und traditionellen Gesängen.

Im Berichtsjahr 2012 wurden mit 15362 Eintritten rund 700 Eintritte mehr als im Vorjahr verbucht. Insgesamt besuchten 267 Schulklassen, Hort- und Kindergartengruppen das NONAM. Davon waren 125 städtische, 142 kantonale oder ausserkantonale Gruppen. Dazu kamen 61 Führungen für Erwachsene.

### Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV)

Die SBMV ist die zentrale Beschaffungs- und Dienstleistungsstelle für Schulen, Kindergärten, Horte und die Verwaltung und arbeitet als Mitglied des Beschaffungs-Kernteams (BKT) eng mit der städtischen Fachstelle Beschaffungskoordination (FBZ) zusammen. Die Funktionen der SBMV als Leadbuyer in den Sortimenten Büromaterial und Drucksachen sind auf der Beschaffungs- und Informationsplattform (BIP) zu finden.

Ein wichtiger Schritt für eine effizientere Auftragsabwicklung war der Start des neuen gesamtstädtischen Webshops für Verwaltung und Schulen. Der Anteil an Aufträgen über dieses effiziente Medium stieg kontinuierlich. Ein Fünftel der Aufträge wurde im ersten Betriebsjahr über den Webshop abgewickelt. Mit Massnahmen wie Kundens Schulungen, Informationen und gezielter Bewerbung der elektronischen Bestellmöglichkeiten soll der Verkaufsanteil über den Webshop weiter gesteigert werden.

Mit dem von Organisation und Informatik der Stadt Zürich (OIZ) geführten Projekt «Zoom» werden Betrieb und Unterhalt des gesamten Druckerparks der Stadt Zürich an einen Outsourcingpartner übertragen. Damit sollen substantielle Einsparungen bei den Druckkosten in der Verwaltung realisiert werden. Aus der im Rahmen dieses Projekts erfolgten Ausschreibung zur Selektion des Outsourcingpartners erging im September 2012 der Zuschlag an die Swisscom IT Services AG. Die SBMV wird ab 2013 als Sublieferant für die Lieferungen von Kopierpapier und Tonern berücksichtigt und bietet umfassende Dienstleistungen wie beispielsweise den Wechsel und die Entsorgung von Verbrauchsmaterial an. Zusätzlich ist damit die Auswertung für den Anteil an Recycling-Kopierpapier gemäss Vorgaben des Stadtrats sichergestellt.

## 4.2 Schulamt

### 4.2.1 Aufgaben

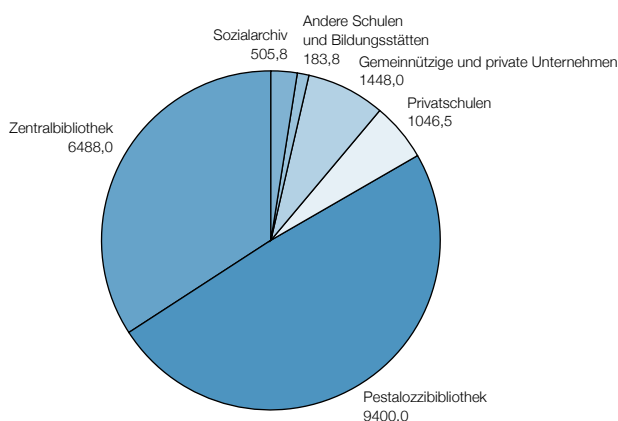
Das Schulamt ist zuständig für die übergeordnete Steuerung der städtischen Volksschulen und für ihre Weiterentwicklung. Es koordiniert die Tätigkeit der Schulkreise, arbeitet mit den kantonalen Schulbehörden zusammen und führt die Finanzen des Gesamtsystems der öffentlichen städtischen Schulen. Das Schulamt unterstützt und berät den VSS in schulspezifischen stadträtlichen Angelegenheiten. Es führt das Sekretariat der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz (PK) sowie das Sekretariat der Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote (SK) und gewährleistet eine enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Schulbehörden. Zentrales Anliegen des Schulamts ist die grösstmögliche Unterstützung der Schulen bei der Gestaltung des Schulalltags.

Im Berichtsjahr wurden vierzehn Betreuungseinrichtungen und sechs Kindergärten eröffnet, die von der SBMV mit den notwendigen Materialien und Ausrüstungen versorgt wurden. Als grössere Projekte sind die Ausstattung der Schulhäuser Weinberg und Ilgen zu nennen. 22 Werkräume der Unter- und Mittelstufe wurden auf Basis der Vorgaben kantonaler Richtlinien mit den entsprechenden Materialien nachgerüstet.

Die SBMV erzielte 2012 einen Umsatz von 17,8 Mio. Fr. (2008: 24,1 Mio. Fr., 2009: 21,3 Mio. Fr., 2010: 22,5 Mio. Fr., 2011: 21,1 Mio. Fr.). 2012 bearbeitete die SBMV total 36324 Aufträge (2008: 47100, 2009: 37740, 2010: 39500, 2011: 41779). Der Umsatz- und Auftragsrückgang gegenüber dem Vorjahr ist vorwiegend auf die Abtretung der Bewirtschaftung der Multifunktionsgeräte an die OIZ (Zoom) zurückzuführen. Eine Vollzeitstelle wurde in diesem Zusammenhang bereits per 1. Januar 2011 von der SBMV zur OIZ transferiert.

### 4.1.3 Kennzahlen

#### Beitragswesen 2012: 19,1 Mio. Fr. (Angaben in 1000 Franken)



Gemäss Volksschulgesetz (VSG) haben die in der Stadt Zürich wohnhaften Privatschülerinnen und -schüler Anspruch auf den Bezug von Leistungen der Volksschule in den Bereichen obligatorische Lehrmittel der Volksschule und Therapien. Die in der Grafik aufgeführten Beiträge werden nicht vom Beitragswesen bewirtschaftet, sondern direkt von den jeweiligen Leistungserbringern im Schulamt, in den Schulgesundheitsdiensten und in der Schul- und Büromaterialverwaltung.

### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

#### Abschluss Projekt «Trio»

Zur Umsetzung des VSG in der Stadt Zürich wurde im Jahr 2007 das Projekt «Trio» («Trio F»: Integrative Förderung; «Trio S»: Zweigeteilte Sekundarschule; «Trio B»: Ausbau der Betreuung) gestartet. An der städtischen Schulleitungsversammlung im September 2012 wurde dieses Projekt nun offiziell abgeschlossen.

Mit «Trio F» wurde die integrative Förderung in den Regelklassen eingeführt und wurden die Kleinklassen abgeschafft. Zentrales Element dieses Teilprojekts war die schulinterne Zusammenarbeit in Pädagogischen Teams, die sich um die Qualität des Regelunterrichts sowie um spezielle Fördermassnahmen und deren Evaluation kümmern. Die integrative Förderung

stellt das städtische Schulwesen vor besondere Herausforderungen. Aus «Trio F» ist deshalb das Projekt «KoFö» (Koordination der regel- und sonderpädagogischen Förderung) herausgewachsen.

Mit «Trio S» wurde die vorher dreiteilige in die zweiteilige Sekundarschule mit Anforderungsstufen in Mathematik und Französisch übergeführt. Die Einführung erfolgte gestaffelt und war im Sommer 2012 abgeschlossen. Ebenfalls etappenweise wurde das kantonale Projekt «Neugestaltung 3. Sek.» flächendeckend umgesetzt.

Das ursprüngliche Projekt «Trio B» diente der Entwicklung eines bedarfsgerechten Angebots an Tagesstrukturen. «Trio B» wurde im Jahr 2011 in das Grossprojekt «ET» überführt.

### **Koordination der regel- und sonderpädagogischen Förderung (KoFö)**

Mit dem Volksschulgesetz von 2005 und der Verordnung über die Sonderpädagogischen Massnahmen (VSM) wurden die Rahmenbedingungen im Bereich der Sonderpädagogik wesentlich verändert, und die Schulen haben sich entsprechend entwickelt. So ist die regel- und sonderpädagogische Förderpraxis heute vom Integrationsgedanken und von weitreichender Zusammenarbeit innerhalb der Schulteams geprägt. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass noch nicht alle Strukturen der neuen, integrativen Arbeit entsprechen.

Mit dem Projekt «KoFö» werden auf Bestehendem aufbauende Lösungen gesucht. Die Zuteilung von Förderressourcen innerhalb der Schulkreise soll einfacher zu handhaben und flexibel sein. Die individuelle Förderung soll gewährleistet und das fachspezifische Wissen in den Fachbereichen der sonderpädagogischen Angebote gesichert werden.

Das «KoFö»-Konzept liegt im Entwurf vor. Nach der Überprüfung durch die Gremien der Projektorganisation im Verlauf des ersten Quartals 2013 und nach der Verabschiedung durch die Schulbehörden (PK und SK) wird es die Grundlage für die Umsetzung der Lösungsvorschläge bilden.

### **Erweiterung Tagesstrukturen (ET)**

Das Grossprojekt «ET» hat zum Ziel, den Ausbau der Betreuung und deren Integration in den Lebensraum Schule in den nächsten Jahren zu unterstützen. In einer ersten Projektphase wurden die rechtlichen Grundlagen so weit wie möglich bereinigt und die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Schulen ihre lokalen Betreuungskonzepte erarbeiten können. Wichtige Arbeitspakete bildeten im Jahr 2012 die Umsetzung des Betreuungsschlüssels (neues Modell zur Zuweisung der Personalressourcen in der Betreuung), die Überarbeitung des Anstellungsreglements und die Erarbeitung der Rahmenordnung (ersetzt bestehende Hortverordnung). Zudem wurde in Zusammenarbeit mit dem SD die Überarbeitung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung gestartet.

Der Gemeinderat hat mit der Überweisung zweier Motionen im April 2012 eine langfristige Weiterentwicklung der städtischen Volksschulen in Richtung gebundene Tagesschulen in Gang gesetzt. Im Rahmen des Projekts «ET» werden die konzeptionellen Grundlagen für diese einschneidende Veränderung gelegt. Übergeordnetes Ziel ist eine Schule mit einem umfassenden Bildungs- und Betreuungsangebot für alle Schülerinnen und Schüler.

### **Digitaler Rucksack**

Im November 2012 startete in je zwei 1. und 4. Klassen der Stadtzürcher Volksschule das Pilotprojekt «Digitaler Rucksack». Alle Schülerinnen und Schüler erhielten ein persönliches Tablet. Nun wird geprüft, wie sich diese flexibel einsetzbaren Geräte in den Unterricht integrieren lassen. Die Kinder werden beim Lernen durch ausgewählte Apps unterstützt und erfahren, wie das Arbeitsgerät sinnvoll eingesetzt werden kann. Neben kreativem Arbeiten wird durch die intensive Bearbeitung von medienpädagogischen und medienbildnerischen Themen die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler gefördert. Das Pilotprojekt wird im Rahmen des Legislaturschwerpunkts eZürich in Kooperation des Schulamts mit der OIZ ermöglicht und von Prof. Beat Döbeli, Dozent für Medienbildung und Informatikdidaktik an der PHZ Schwyz, wissenschaftlich begleitet.



«Digitaler Rucksack»: Erste Erkundung des Tablets. (Bild: Georges Behna)

### **Finanzsteuerung**

Entwicklungen, wie sie sich u. a. in den Prognosen der Schulumplanung sowie in den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Erweiterung der Tagesstrukturen abzeichnen, verlangen eine immer umfassendere und präzisere Finanzplanung und -steuerung. Deshalb wurde im Schulamt die Finanzsteuerung systematisch optimiert. Im Zentrum standen zum einen die Stellenplanungen im Betreuungsbereich und zum andern die Analyse von Möglichkeiten zur Plafonierung der Kostenentwicklungen im Bereich der Sonderschulen. Verbesserungen wurden vor allem in der Koordination von Datenquellen sowie in der Ausdehnung der Planungshorizonte erzielt. Aufgrund von Rückfragen der RPK im Zusammenhang mit Projektabrechnungen und der Stellenbewirtschaftung wurden intern u. a. die Controllingprozesse, die Unterschriftenpraxis bei Stellenanträgen sowie die Aufbauorganisation überprüft. Wo nötig wurden Korrekturmassnahmen zur Optimierung der Compliance im Schulamt eingeleitet.

### **Qualitätsmanagement**

Anfang 2012 baute das Schulamt ein internes Projektportfolio-Management (PPM) auf. Es wurden Prozesse und Abläufe vereinfacht, eine Übersicht über alle laufenden und zukünftigen Projekte des Schulamts erstellt und verschiedene Dokumentations- und Kontrollinstrumente für das Reporting an die Geschäftsleitung eingeführt. Erste Erkenntnisse aus der einjährigen Erprobungsphase liegen vor und werden in die Weiterentwicklung des PPM einfließen. Entsprechend dem Auftrag

des Stadtrats fand der Aufbau des nichtfinanziellen Internen Kontrollsystems (IKS) in allen Abteilungen des Schulamts statt. Zur effizienten und effektiven Durchführung des IKS wurde eine entsprechende Organisation definiert, und alle Beteiligten wurden für ihre Aufgaben im Rahmen des IKS geschult.

### **Monitoringbericht Sonderschulung und Therapien**

Im September 2012 wurde der zweite Monitoringbericht über die Sonderschulung in der Stadt Zürich erstellt. Mit dem Pilotbericht vom Juni 2011 wurde die neu eingerichtete Praxis der Datenerhebung, der Datenauswertung und der Berichterstattung überprüft und die Arbeitsweise der Kommission «Controlling Sonderschulung und Therapien» erprobt. Im aktuellen Bericht wurden – im Sinne einer Verlaufsbeobachtung – die Daten aus dem Schuljahr 2010/11 denjenigen aus dem Schuljahr 2011/12 gegenübergestellt. Die Zahl der Sonderschulungen ist in der Berichtsperiode wie schon in den Vorjahren angestiegen. Es gibt viele verschiedene Gründe, die zu Sonderschulung führen können. Gleichzeitig besteht ein gesetzlich verankerter Anspruch auf Sonderschulung bei ausgewiesener Indikation. Deshalb ist die Steuerung der Nachfrage komplex. Zentral ist die enge Zusammenarbeit zwischen Kreisschulpflegen, Schulpsychologischem Dienst und Schulleitungen.

### **Grundstufe**

Im November 2012 lehnte das Stimmvolk des Kantons Zürich die Einführung der Grundstufe sowohl als obligatorisches als auch als freiwilliges Modell ab. Die Stadt Zürich hatte bei der Entwicklung des Grundstufen-Modells sowie bei der Einrichtung von Versuchsklassen eine Vorreiterrolle gespielt. Die Auflösung der Grundstufenklassen und die Umwandlung in Kindergärten werden nun unter Einhaltung der kantonalen Vorgaben behutsam und in zeitlich sinnvollen Schritten durchgeführt werden. Die PK wertete es als erfreulich, dass die Grundstufe auch im Kindergarten ihre pädagogischen Spuren hinterlassen hat. So fliessen bereits heute viele Grundstufen-Elemente in den Kindergarten ein, wie zum Beispiel die Förderung der individuellen Fähigkeiten der Kinder.

#### **4.2.2.1 Massnahmen zur Unterstützung des Schulpersonals**

##### **Schulung für Schulleitungen und Leitung Betreuung**

Im Jahr 2012 wurde erstmals nach dem erneuerten und von der PK im Dezember 2011 beschlossenen Schulleitungs-Schulungskonzept gearbeitet. In den sechs Schulungs-Vormittagen wurden folgende Themen behandelt: Personalmanagement, Retention Management, Umgang mit kultureller Heterogenität, Finanzen als Führungsinstrument, gelungene Schulleitungswechsel sowie Qualitätsentwicklung und -sicherung. Die Schulungen waren immer gut besucht und sind bei den Schulleitungen beliebt. Im Berichtsjahr fanden auch drei obligatorische Schulungen für die Leitung Betreuung statt. Themenschwerpunkte bildeten der Betreuungsschlüssel, die Qualitätsaspekte der Betreuung und das lokale Betreuungskonzept.

Im Jahr 2013 werden die Schulleitungs-Schulungen noch stärker koordiniert. Mindestens einmal im Jahr soll für die Schulleitungen und die Leitung Betreuung eine gemeinsame Schulung durchgeführt werden. Alle Schulen sind verpflichtet, in den Jahren 2013 und 2014 ein Betreuungskonzept als integralen Bestandteil des Betriebskonzepts der Schule zu erarbeiten.

### **Betreuungsschlüssel**

Der Betreuungsschlüssel – ein Arbeitspaket des Grossprojekts «ET» – ist ein neues Instrument zur Berechnung der Personalressourcen in der Betreuung. Er berücksichtigt unter anderem die Gruppengrösse und den Anteil von Kindergartenkindern und ermöglicht es damit, auf die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Betreuungsgruppen einzugehen. Mit der Umsetzung des Betreuungsschlüssels steigt der Anteil an ausgebildetem Betreuungspersonal. Langfristig werden je rund ein Drittel Hortleitungen (tertiärer Abschluss), Fachpersonen Betreuung (sekundärer Abschluss) sowie Betreuungsassistentinnen und -assistenten eingesetzt werden. Der Betreuungsschlüssel wird 2013 in achtzehn Schulen eingeführt, die übrigen Schulen folgen ein Jahr später.

### **KITS für Kids**

Mit KITS2 wurden von Sommer 2008 bis März 2012 alle Schulen in der Stadt Zürich mit neuen Computern ausgerüstet. Die IT-Bedürfnisse in den Schulen verändern sich parallel zur Schulentwicklung, sodass die Infrastruktur und die Unterstützung immer wieder angepasst werden müssen. Mit der Anbindung der Aussenstellen (Projekt Anbindung der Aussenstellen an das Kommunikations- und Informationssystem für die Schulen der Stadt Zürich – AdA) können auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Horten und Kindergärten, die in Aussenstationen untergebracht sind, für ihre administrativen Aufgaben auf moderne Technologien zugreifen. Weil in den ersten KITS2-Schulen die IT-Infrastruktur bereits wieder am Ende der vorgesehenen Lebensdauer angelangt ist, soll mit KITS3 im Jahr 2013 die dritte KITS-Generation lanciert werden. Die Konzepte für KITS3 berücksichtigen die aktuellen Tendenzen zu mobilen Geräten und nehmen Rücksicht auf die Forderung nach flexiblem Einsatz der Computer im individualisierenden Unterricht.

### **LehrerOffice**

LehrerOffice, eine Software für Klassenlehrpersonen zur Verwaltung ihrer Schülerinnen und Schüler, ist breit akzeptiert. Mit LehrerOffice können verschiedene Listen erstellt, Beobachtungen festgehalten, Lernkontrollen gesammelt und Zeugnisse gedruckt werden. Der administrative Aufwand wird dadurch für viele Lehrpersonen deutlich vermindert. Zudem ist es auch möglich, städtische Formulare im LehrerOffice abzubilden. So können die Mittelstufenlehrpersonen die Übertrittsformulare, die in den 6. Klassen ausgefüllt werden müssen, direkt im LehrerOffice bearbeiten. Dem Hortpersonal steht seit Sommer 2012 ein Modul «Betreuung» zur Verfügung, mit dem Übersichtslisten zu den Kindern eines Horts generiert werden können. Die aktuellen Formen der Zusammenarbeit bringen es mit sich, dass die Teammitglieder die LehrerOffice-Dateien gemeinsam bearbeiten möchten. Deshalb wird nun eine Lösung erarbeitet, die den Zugriff auf eine gemeinsame Datenbank erlauben wird.

### **QEQS für Behördenmitglieder**

Während der laufenden Legislaturperiode wurden keine Grund- und Mitarbeiterbeurteilungs-Schulungen (MAB) für Behördenmitglieder durchgeführt. Die wenigen neugewählten Kreisschulpflegemitglieder besuchten daher die kantonalen Kurse. Auf fakultativer Ebene wurden die Behördenmitglieder über das überarbeitete Qualitätskonzept QEQS (Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung) informiert. Sie lernten dessen Nutzen und Mehrwert sowie die Rolle der Aufsichtskommission im

Qualitätskreislauf kennen. Die fünf Informationsveranstaltungen in den Schulkreisen Glattal, Limmattal, Waidberg und Schwamendingen sowie in der Schulkommission stiessen auf grosses Interesse.

### **ForschBus**

Im September 2012 bewilligte die PK das Vorprojekt «Forsch-Bus». Der Zürcher «ForschBus» ist ein Kooperationsprojekt des Schulamts mit den Zürcher Hochschulen (UZH/ETH). Mit dem geplanten «ForschBus» – einem mit Experimentierkisten ausgestatteten und von Fachpersonen begleiteten Autobus – wird das bildungspolitische Anliegen der Förderung von Naturwissenschaft und Technik in der Volksschule umgesetzt. Für die Schulen stehen Breitenwirkung, Impulse und Nachhaltigkeit im Vordergrund. Elementar ist die Zusammenarbeit mit Forschung, Industrie und Wirtschaft sowie mit Bildungsinstitutionen und städtischen Betrieben. Ab 2015 soll der Bus für jeweils eine Woche den Schulen der Stadt Zürich zur Verfügung stehen. Im Vorfeld werden den Lehrpersonen in Workshops die experimentellen Inhalte und Techniken vermittelt.

#### **4.2.2.2 Befragungen**

##### **Elternbefragung im Bereich Betreuung**

Das SSD wollte wissen, wie zufrieden die Eltern mit den Betreuungsangeboten in der Stadt Zürich sind. Deshalb wurde das Marktforschungsinstitut GfK Switzerland mit einer Umfrage bei den Eltern und bei einer kleinen Gruppe von Kindern beauftragt. Die Resultate zeigen Erfreuliches: Die Gesamtzufriedenheit der Eltern und der Kinder mit den bestehenden Betreuungsangeboten ist sehr hoch. Die Eltern werteten die Öffnungszeiten, die Sicherheit, die Betreuung als solche und den Tagesablauf positiv. Besonders gute Noten erhielten das Engagement und die Freundlichkeit der Betreuungspersonen. Etwas kritischer beurteilt wurden die Grösse der betreuten Kindergruppen und das Raumangebot. Zur Deckung der stark steigenden Nachfrage müssen zwingend zusätzliche Räume bereitgestellt werden.

##### **Befragung der Jahreskursleiterinnen und -leiter des Universikums**

Die Leiterinnen und Leiter der Universikum-Jahreskurse wurden im Schuljahr 2011/12 zu ihrer Zufriedenheit mit Beratung, Coaching und Beurteilung befragt. 21 von 24 Kursleiterinnen und -leitern nahmen an der anonymen Befragung teil und zeigten sich überwiegend sehr zufrieden. Die Befragung ergab, dass die Formen des direkten Austauschs besonders geschätzt wurden. Verbesserungspotenzial orteten die Befragten vor allem beim Unterrichtsbeobachtungsbogen. Als Folge dieser Befragung wurde der Unterrichtsbeobachtungsbogen gestrafft, und anstelle von Unterrichtsbesuch und Beratung durch die Coachin wurden Gefässe zur Intervention geschaffen.

#### **4.2.2.3 Angebote für Schülerinnen und Schüler**

##### **Veloprüfung 2012 – Masterplan Veloprüfung**

Im Juni 2012 absolvierten 1413 Kinder der 5. Klassen die Veloprüfung. Dank dem grossen Einsatz der Kommission Veloprüfung sowie rund 300 freiwilliger Helferinnen und Helfer konnte der Anlass auch in diesem Jahr reibungslos durchgeführt werden. Im November 2012 stimmte die PK einer schrittweisen Überführung der Veloprüfung in den regulären Unterricht

zu. 2013 wird die Veloprüfung an vier Standorten und ab 2014 flächendeckend durch die Schulinstruktion der Stadtpolizei Zürich während der Unterrichtszeit durchgeführt. Mit dieser Massnahme wird die Veloprüfung für alle Schülerinnen und Schüler ein verbindliches Element der Verkehrserziehung. Sie werden damit gezielt auf die Herausforderungen des Strassenverkehrs vorbereitet. Die Kommission Veloprüfung wird nach 67-jähriger Tätigkeit Ende 2013 aufgelöst werden.

##### **Begleitung Schulweg**

Der Schulweg ist für die Kinder ein Freiraum, in dem sie wichtige Erfahrungen sammeln und Selbstständigkeit erlangen können. Gleichzeitig ist der Anspruch der Eltern bezüglich Sicherheit und Begleitung ihrer Kinder spürbar gestiegen. Das Schulamt beobachtet diese Entwicklung genau. Die Beurteilung, ob ein Schulweg zumutbar ist oder nicht, liegt bei der Schulinstruktion der Stadtpolizei Zürich. Für interessierte Eltern steht ein Online-Schulwegplaner zur Verfügung, der den sichersten Weg zur Schule zeigt. Falls der Schulweg zu lang ist oder besondere Risiken aufweist, entscheiden die Kreisschulpflegen gemäss Transportreglement über Schulwegerleichterungen (z. B. Finanzierung von ZVV-Billetten, Einrichtung einer Begleitung).

##### **Schulkultur**

Das Jahr 2012 stand ganz im Zeichen des Projekts «Neupositionierung der Schulkultur». Der Auftrag des Stadtrats, den Bereich Schulkultur einer strategischen Analyse zu unterziehen, wurde in verschiedenen Schritten ausgeführt. Die Strategie der neuen Fachstelle Schulkultur baut auf dem Fundament eines Leitbildes und auf den drei Säulen Kooperationen, Angebote und Dienstleistungen auf. Angebote mit partizipativen Ansätzen sollen gegenüber rezeptiven Angeboten in der Mehrzahl sein. Der Prozess der Neupositionierung der Schulkultur ist noch nicht abgeschlossen.



Sommerferienkurs mit dem Circolino Pippistrello. (Bild: Urs Keller)

#### **4.2.3 Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote**

##### **Heilpädagogische Schule (HP)**

An der HP wurden im Schuljahr 2011/12 rund 450 Schülerinnen und Schüler betreut, davon 280 integriert in Regelklassen. Die intensivere und klarer strukturierte Zusammenarbeit mit den Kreisschulpflegen in der Planung führte dazu, dass Ressourcen besser eingesetzt und Synergien verstärkt genutzt werden konnten.

Im Berichtsjahr startete das Projekt «KoFö», das die Aufgabenteilung zwischen Sonderschulung und Regelschulung besser ausgestalten will. Dazu wurden in diversen Gremien die bestehenden Strukturen analysiert und Ideen für Neugestaltungen entwickelt. Den Anfang machte im Schuljahr 2011/12 die Schule Staudenbühl im Schulkreis Glattal, in der ein Kindergarten gemeinsam von Regel- und Sonderschule geführt wird. Eine weiterführende Zusammenarbeit auch in den Primarklassen wurde fürs folgende Schuljahr geplant.

Erstmals traten per Ende Schuljahr 2011/12 mehrere integriert geschulte Jugendliche aus den 3. Oberstufenklassen aus. Für sie galt es, geeignete Anschlusslösungen zu finden. Gemeinsam mit der Fachschule Viventa konnte die HP im Schuljahr 2011/12 integrierte Sonderschulung in den Brückenangeboten der Stadt Zürich umsetzen. Zudem wurde im Rahmen eines Pilotprojekts ein Schüler in einer EBA-Ausbildung (eidgenössisches Berufsattest) integriert begleitet, am Arbeitsplatz wie auch in der Berufsschule. Die Invalidenversicherung genehmigte ein entsprechendes Projekt und finanziert es auch.

### **Schule der Stadt Zürich für Körperbehinderte (SKB)**

Im Schuljahr 2011/2012 besuchten total 85 Schülerinnen und Schüler die Tagessonderschule an der Mutschellenstrasse (inklusive Brückenangebot der Fachschule Viventa). Davon kamen 38 Schülerinnen und Schüler aus der Stadt Zürich. In der Integrierten Sonderschulung, einschliesslich des Angebots «Beratung und Unterstützung» (B+U), waren es 52 Schülerinnen und Schüler. Davon kamen 20 Schülerinnen und Schüler aus der Stadt Zürich.

Nicht zuletzt durch die Integrationsbewegung hat sich die Schülerzusammensetzung an der Tagessonderschule in den letzten Jahren gewandelt. Das Schulleitungsgremium hat daher die Klasseneinteilung und die Klassenzusammensetzung für das Schuljahr 2012/13 den Gegebenheiten und Bedürfnissen angepasst. Besonders zu erwähnen sind die neu geschaffenen Schwerpunktklassen für Kinder und Jugendliche ohne Möglichkeiten zur verbalen Lautsprache, die auf besondere Hilfsmittel und Wege der Kommunikation («unterstützte Kommunikation») angewiesen sind.

Die SKB beteiligt sich gemeinsam mit dem Förderzentrum für Körperbehinderte in Würzburg und der Schule für Körperbehinderte in Salzburg am europäischen Comenius-Projekt. Höhepunkt war das Schülerinnen- und Schülertreffen in Würzburg im Juni. Geplant sind noch je ein Treffen in Salzburg und in Zürich. In Bezug auf die Weiterentwicklung und die Optimierung der Qualität hat die SKB im Berichtsjahr verschiedene Eckpfeiler definiert: Konsolidierungsarbeit in den gewachsenen Bereichen Betreuung und Transport, laufende Umsetzung der Vorgaben des VSG und der Empfehlungen der Fachstelle für Schulbeurteilung des Kantons Zürich.

Auf personeller Ebene erlebte die SKB ein bewegtes Jahr, das vor allem vom Wechsel in der Schulleitung geprägt war. Nach einer kurzen Zeit mit Michael Brugger folgte ab Februar die Interimsleitung durch Hans Lieberherr mit Unterstützung durch den ehemaligen Leiter Isidor Riedweg bis zur Übergabe der Leitung an Karin Zollinger im September 2012.

### **Schule für Sehbehinderte (SfS)**

Die SfS ist mit knapp dreissig Schülerinnen und Schülern in der separierten und mit über siebzig in der Integrierten

Sonderschulung (IS)/«B+U» ins Schuljahr 2012/13 gestartet. Aufgrund der Neuerungen im Sonderpädagogischen Bereich des Kantons verzeichnet die SfS eine grosse Zunahme bei den integrierten Schülerinnen und Schülern.

In einer Übergangsregelung wurde die Grenze zwischen «B+U» und «IS» neu bestimmt. Als Folge davon konzipierte die SfS das Leistungsangebot für die Integration neu. Die Leistungsangebote beinhalten nun einerseits die Sehbehindertenspezifische Fachberatung (SFb) sowie andererseits die bereits bekannte «IS». «SFb» ist eine sehr niederschwellige Begleitung des Kindes, der Eltern sowie des Regelschul-Teams ohne Kantonsbeiträge. Den Gemeinden werden in diesem Fall die Vollkosten verrechnet. «IS» hingegen beinhaltet eine regelmässige, individuelle Unterstützung der sehbeeinträchtigten Schulkinder und deren Umfeld vor Ort. Ab zwei Wochenlektionen bis hin zu 12,8 Lektionen pro Woche (mit Betreuung 15,6 Lektionen pro Woche) spricht man von «IS». Hier beteiligt sich der Kanton mit Beiträgen, und den Gemeinden können als Folge davon niedrigere Schulgebühren verrechnet werden.

Die SfS arbeitet seit Frühjahr 2011 in einer Pilotgruppe des Kantonalen Volksschulamts (VSA) mit. Die SfS beziehungsweise das SSD hat mit dem VSA eine Leistungsvereinbarung per Ende 2012 abgeschlossen. Die vereinbarten und vom VSA genehmigten Ziele müssen durch die SfS erfüllt sein, um den zugesprochenen Kantonsbeitrag auszulösen.

Im Mai 2012 führte die SfS bei Eltern von Schülerinnen und Schülern in der separierten und in der integrierten Sonderschulung eine Umfrage durch. Thema war die Zufriedenheit ihrer Kinder in diesen Schulungsformen. Die Mehrzahl der Eltern beantwortete diese Fragen positiv.

Die per Schuljahr 2011/12 eingerichtete Co-Schulleitung hat sich bewährt. Es hat sich gezeigt, dass die vielen Neuerungen, insbesondere in der «IS», nur dank der neuen Leitungsorganisationsform möglich waren, womit auch alle weiteren Geschäfte problemlos erledigt und bewältigt werden konnten.

### **Logopädische Therapie (LOG)**

Dank der Bereinigung der vorhandenen Daten im Information Manager (IM) können die Zahlen im Fachbereich Logopädie zuverlässiger ausgewiesen werden. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die während des Schuljahres 2011/12 von einer logopädischen Therapie profitiert haben, hat zugenommen. Die Zahl der Lektionen, welche die einzelnen Kinder erhalten haben, hat abgenommen. Dies ist vor allem auf frühere Therapieabschlüsse und die vermehrte Arbeit mit wiederkehrenden Therapiephasen zurückzuführen.

Im Schuljahr 2011/2012 wurde in der Stadt Zürich bei 3488 Kindern eine logopädische Abklärung oder logopädische Kontrolle durchgeführt. Als Folge besuchten 2739 Kinder die Einzel- oder die Gruppentherapie. Innerhalb der 20%-Regelung wurden 5400 Stunden für fachbezogene (z. B. Klassenscreenings, Präventionsprojekte, Sprechstunden für Eltern) und 4240 Stunden für teambezogene Arbeit eingesetzt (z. B. Weiterbildungen und Sprechstunden für Lehrpersonen, Fachberatung für andere Fachpersonen).

Die Schulung von Kindern mit besonderen sprachlichen Bedürfnissen in integrativen Kindergärten ist bis zum Sommer 2014 von der PK bewilligt. Um die Zuweisungen möglichst transparent und vergleichbar zu gestalten, wurden Zuweiskriterien aus Sicht der Logopädie erarbeitet.

Dank der Versorgung von externen Therapiestellen mit Computern (AdA-plus) können viele Logopädinnen und Logopäden ihre administrativen Arbeiten effizienter und effektiver erledigen. Therapieräume auf dem Schulhausareal werden mit dem kommenden Rollout ebenfalls mit Computern ausgestattet, die dann auch für die Therapie genutzt werden können.

Weiter konnten zu den Themen Nachteilsausgleich bei Lese-Rechtschreib-Störung (LRS) wie auch zum Thema Wartelistenmanagement in der Logopädie Empfehlungen erarbeitet werden, die den logopädischen Alltag erleichtern.

### **Zweitmeinungen und Controllingabklärungen**

Die Abklärungs- und Controllingstelle hat in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Logopädie die theoretische Basis für die logopädischen Berichte und die IM-Formulare dem neusten Stand der Forschung angepasst. Eine Einführung der Therapeutinnen und Therapeuten wurde in Form von Workshops im Rahmen eines ganztägigen Kapitels im September durchgeführt.

Das Abklärungsinstrument zur Kontrolle von Langzeittherapien wurde erfolgreich erprobt und durch Prof. Dr. E. Hartmann, Universität Freiburg, begutachtet. In einer zweiten Versuchsphase wurden Kontrollen bei vierzig Kindern mit Langzeittherapien durchgeführt. Die Rückmeldungen der behandelnden Logopädinnen zum Ablauf und zu den Empfehlungen zu den weiterführenden Massnahmen waren durchwegs positiv.

Für den Eintritt in die Sprachheilschule wurden 27 Kinder kontrolliert und Berichte für die Zweitmeinung erstellt. Davon konnten acht Kinder von der Sprachheilschule aufgenommen werden. Achtzehn abgewiesene Kinder erhalten wöchentlich eine zusätzliche Lektion logopädische Therapie.

### **Psychomotorik-Therapie**

Im Schuljahr 2011/12 profitierten gesamtstädtisch rund 1400 Kinder vom Angebot der Psychomotorik-Therapie. Im gleichen Zeitraum wurden in Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen insgesamt etwa 250 Präventionsprojekte in Klassen durchgeführt. Bei grossen Wartelisten auf einer Therapiestelle boten die Therapeutinnen – sofern es die räumlichen Gegebenheiten erlaubten – ein Förderturnen für die Kinder auf der Warteliste an. Im Berichtsjahr sind zwei solche Förderangebote in Turnhallen durchgeführt worden.

Damit die Anbindung des Fachbereichs an das Schulische Standortgespräch besser gelingt, sind die Strukturen der Berichte angepasst worden. Die in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Heilpädagogik (HfH) entworfene Berichtsstruktur wurde im Rahmen einer Qualitätsarbeit praktisch erprobt und wird auf Januar 2013 definitiv eingeführt. Mit allen Therapeutinnen und Therapeuten wurde im Berichtsjahr eine Weiterbildung zum Thema «Lösungsorientierte Gesprächsführung» durchgeführt.

Mit der Umsetzung des VSG haben sich die Aufgabenbereiche der Psychomotorik-Therapie verändert. Im Rahmen eines Forschungsprojekts in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Goldau werden städtische Lehrpersonen befragt, wie sie das veränderte Angebot der Psychomotorik-Therapie einschätzen. Auch die Meinung der Therapeutinnen wird eingeholt und derjenigen der Lehrpersonen gegenübergestellt. Die Ergebnisse dieser Studie werden Ende 2013 vorliegen.

Die Fachstelle Psychomotorik-Therapie unterstützt zudem eine wissenschaftliche Studie des Kinderspitals Zürich zum Vergleich zweier Testverfahren zur Abklärung motorischer Auffälligkeiten. Es sind fünfzig Tests mit Kindern im Alter von fünf bis sieben Jahren geplant.

### **Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote**

Der Geschäftsleitende Ausschuss und das Plenum tagten im Berichtsjahr je fünfmal. Die MAB-Kommission tagte viermal, die Subkommission für die Sonderschulen dreimal und die Subkommission für Therapien zweimal. In der Logopädischen Therapie wurden 67 und in der Psychomotorik-Therapie 30 Therapeutinnen und Therapeuten besucht. In den Therapien wurden 25 Mitarbeiterbeurteilungen durchgeführt. In der «IS» wurden 98 Lehrpersonen, in der separierten Sonderschulung 99 Lehr- und Fachpersonen und in der Betreuung 12 Betreuungsplätze besucht.

Die wichtigsten der zahlreichen behandelten Geschäfte:

- Laufende Information zum Projekt «KoFö»
- Nachfolge Leitung der Schule und Nachfolge Bereichsleitung Unterricht in der SKB
- Weiterbildungsreglement, Anpassung der Richtlinien
- Anpassung der Richtlinien für die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden in den Sonderschulen und Therapien
- Praxisausbildungskonzept HP
- Bildungsplanung Sonderschulen
- Brückenangebote Schulung nachobligatorische Schuljahre HP
- Rechnung 2011
- Voranschlag 2013
- Anstellungsreglement Betreuungspersonal; Vernehmlassung
- Rahmenordnung für die Betreuung in den Sonderschulen

### **4.2.4 Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz (PK) und Kreisschulpflege**

#### **4.2.4.1 Aufgaben**

In ihren wöchentlich stattfindenden Sitzungen befasst sich die PK mit schulstrategischen und -politischen Themen, diskutiert schulorganisatorische Fragen und fasst die entsprechenden Beschlüsse. Um den sich wandelnden Bedürfnissen im Lebensraum Schule optimal entsprechen zu können, arbeitet die PK in regelmässigen Abständen in Arbeitsgruppen und trifft sich viermal pro Jahr zu halbtägigen beziehungsweise zweitägigen Strategieretraits. An ihren Strategiesitzungen arbeitete die PK im Berichtsjahr intensiv an Themen wie Eingangsstufe, Betreuung, Weiterentwicklung der Sekundarschule und Umsetzung des Globalkredits in den Schulen.

#### **4.2.4.2 Jahresschwerpunkte**

Im Zentrum der 29 regulären PK-Sitzungen standen auch 2012 die wöchentlichen Berichterstattungen aus den sieben Schulkreisen und die beiden Grossprojekte «KoFö» und «ET». Das Projekt «Trio» wurde im September 2012 mit Würdigung aller Beteiligten erfolgreich abgeschlossen. Des weiteren setzte



sich die PK mit Themen wie Kindergarten, Eingangsstufe und Grundstufe, Frühförderung, Sonderschulung, Schulraumplanung, Ressourcenverteilung sowie Behördenorganisation und -entwicklung auseinander; sie förderte auch die Elternmitwirkung und unterstützte die Zusammenarbeit mit den Elterngruppen. Am 3. April 2012 luden die Schulen unter der «Schirmherrschaft» der PK zum ersten Mal zu einem erfolgreichen Tag der Stadtzürcher Schulen ein.

Während des Geschäftsjahres beantwortete die PK zwölf politische Vorstösse (drei Schriftliche Anfragen, eine dringliche Schriftliche Anfrage, eine Interpellation, sieben Postulate) sowie eine Petition.

#### 4.2.4.3 Berichte aus den Schulkreisen

##### Schulkreis Schwamendingen

(Res Rickli, Präsident)

Die kreisweite Weiterbildung «Fit für die Vielfalt» mit Fokus auf praxisnahe kooperative Lernformen wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Die teilnehmenden Vertretungen der Pädagogischen Teams aus den Schulen haben ihr Wissen schulintern weitergegeben. Die Lehrpersonen haben damit eine willkommene Ergänzung des Methodenrepertoires im Umgang mit Heterogenität erhalten. Die Stellensituation hat sich 2012 etwas entspannt. Erstmals seit mehreren Jahren konnten im Schulkreis Schwamendingen alle Lehrstellen vor den Sommerferien definitiv besetzt werden.

Mit der Ablehnung der Grundstufe in der Volksabstimmung hat sich für die Grundstufenklassen im Schulkreis eine schwierige Situation ergeben. Die Kreisschulpflege Schwamendingen plant, die neun Klassen bis Sommer 2014 weiterzuführen.

Das Jahr 2012 wartete mit mehreren Höhepunkten auf: Der Schülerklub Auzelg feierte sein 20-jähriges Bestehen mit einem grossen multikulturellen Fest. Die Bläserklassen der Schulen Auhof und Hirzenbach trafen sich mit dem Musikverein Harmonie Schwamendingen zu einem Musikfest im Gemeinschaftszentrum Hirzenbach. Im Mädchenprojekt «kick:it» wurden Sekundarschülerinnen der Schule Leutschenbach zu Juniorcoaches ausgebildet. Nun haben dort Primarschülerinnen die Möglichkeit, regelmässig in einem von den Juniorcoaches organisierten Training Fussball zu spielen.

Im Berichtsjahr traten drei Mitglieder aus der Kreisschulpflege (KSP) aus. Die Vakanzen konnten in stiller Wahl besetzt werden.

##### Schulkreis Uto

(Roberto Rodríguez, Präsident)

«IS» und «IF» haben den Schulkreis Uto intensiv beschäftigt. Die einzelnen Schulen werden dabei durch eine flexible Handhabung der Personalressourcen unterstützt. Diese werden bei Bedarf zielgerichtet und situativ eingesetzt. Neuzuziehende Kinder ohne Deutschkenntnisse werden seit Sommer 2012 durch das «DaZ-FFZ» (Deutsch als Zweitsprache Fach- und Förderzentrum) im Spracherwerb gezielt unterstützt. Das neu gegründete Zentrum konnte die Regelschulen merklich entlasten.

Steigende Schülerinnen- und Schülerzahlen verbunden mit einem erhöhten Bedarf an Betreuungsplätzen führten zu Raumknappheit. Dank flexibler Mehrfachnutzung von Räumen, effizienter Mietpraxis und guter Planung konnte der Betreuungsbedarf aber bisher gedeckt werden. Nach wie vor bestehen keine Wartelisten für Betreuungsplätze.

Alle massgeblichen Stellen konnten besetzt werden. Die Einführung der «Schulleitung 2» und die Etablierung von Hauptschulleitungen verliefen durchwegs positiv. Die dadurch erfolgte Umstrukturierung einzelner Schulen hat sich bewährt.

Im Rahmen der Frühförderung wurde erstmals eine Veranstaltung für Eltern durchgeführt, deren Kinder in zwei Jahren in den Kindergarten eintreten werden. Drei Referierende erläuterten dabei das Schulsystem mit seinen Rechten und Pflichten und wiesen auf die Wichtigkeit des vorschulischen Spracherwerbs hin. Der Elternabend wurde zwar sehr gut besucht, leider aber nicht von der anvisierten Zielgruppe, bildungsfernen Eltern.

Die Geschäftsleitung tagte an elf Sitzungen und einer Retraite. Sie hat das MAB-Verfahren für Lehrpersonen vereinfacht, Qualitätsstandards in der Betreuung verabschiedet und das Geschäftsreglement reformiert, um eine effizientere Arbeit der Milizbehörde zu ermöglichen. Das KSP-Plenum führte gesamthaft drei Sitzungen durch. Drei Vakanzen der Schulbehörden konnten neu besetzt werden.



Freizeit in der Betreuungseinrichtung. (Bild: Donat Bräm)

##### Schulkreis Waidberg

(Urs Berger, Präsident)

Erfreulicherweise nahm im Berichtsjahr die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Schulkreis Waidberg auf allen Stufen zu. Ebenso stieg die Nachfrage nach Betreuungsplätzen, die durch höhere Belegung der einzelnen Einrichtung wie auch durch Neueröffnungen aufgefangen werden konnte. Im Schulkreis Waidberg nehmen bereits über 60% aller Kinder an mindestens einem Tag Betreuungsangebote in Anspruch. Dank grossem Engagement und Flexibilität der Mitarbeitenden kann die Betreuungsqualität hoch gehalten werden.

Beim Unterrichtsteil der Schulen besteht eine aktuelle Herausforderung darin, einerseits mit verstärkter Individualisierung des Unterrichts dem Lerntypus des einzelnen Kindes gerecht zu werden und seine Entwicklung zu fördern, andererseits aber auch die Gemeinschaftsbildung und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit unter den Kindern auszubauen. Verschiedene Schulen haben hier spannende Ansätze entwickelt.

Im Schuljahr 2011/12 wurden sieben der fünfzehn Schulen durch die kantonale Fachstelle für Schulbeurteilung evaluiert. Gestützt auf Schulbesuche, Analyse der Konzepte und weiterer Unterlagen, Interviews und schriftliche Befragungen von Eltern, Schülerinnen und Schülern stellte die Fachstelle den

Schulen gute bis sehr gute Zeugnisse aus und gab wichtige Hinweise für wünschbare Weiterentwicklungen.

Alle frei werdenden Stellen von Lehrpersonen, Schulleitungen und Mitarbeitenden im Betreuungsbereich konnten wiederum mit qualifizierten Fachpersonen besetzt werden – rund 2 % mit Lehrpersonen, die Ausbildungsgänge für Quereinsteigende an der Pädagogischen Hochschule besuchen.

Im Jahr 2012 standen mit dem renovierten Schulhaus Weinberg und dem Pavillon Allenmoos zwei qualitativ hochstehende Schulgebäude wieder zur Verfügung, was jeweils auch Anlass für eine Neuausrichtung des Schulbetriebs ist und zusätzliche Motivation und Zufriedenheit in der pädagogischen Arbeit bewirkt.

### **Schulkreis Zürichberg**

(Hanna Lienhard, Präsidentin)

Seit Schuljahr 2012/13 führt die KSP Zürichberg ein 3.-Sek-Zentrum. Die Schülerinnen und Schüler der beiden Schulhäuser Hofacker und Münchhalde wechseln nach der 2. Sek ins Schulhaus Neumünster. Durch den Zusammenzug der Klassen können die Strukturen in der 3. Sek (Wahlfächer, Atelier- und Projektunterricht) von den Jugendlichen breiter genutzt werden. Die Schülerinnen und Schüler können ihre Schwerpunktklasse zudem aus einem von drei Profilen wählen. Die individuelle Förderung wird verstärkt. Dies soll die Jugendlichen unterstützen, ihre Lücken zu füllen, aber auch ihre Stärken zu fördern. Das Zentrum ist eingebettet in das Projekt Unterrichtsentwicklung Sekundarschule Zürichberg 2015.

Die Instandsetzung der Schulhäuser Ilgen A und B wurde vor den Sommerferien abgeschlossen. Durch die Sanierung konnten neue Gruppenräume gewonnen werden, die zusätzliche Möglichkeiten in der Unterrichtsgestaltung bieten. Das Bundesgericht hat hingegen noch nicht über den Neubau des Hortgebäudes Ilgen entschieden. Die Container für die dringend nötigen Betreuungsräume bleiben deshalb noch länger auf dem Pausenplatz stehen.

Wegen des plötzlichen Rücktritts eines Schulpflegers wurde eine Ersatzwahl nötig; der Rücktritt war durch einen Twitter-Beitrag mit zweifelhaftem Inhalt ausgelöst worden. Seit den Herbstferien ist die KSP Zürichberg durch die rasch erfolgte Ersatzwahl wieder vollständig.

### **Schulkreis Glattal**

(Vera Lang Temperli, Präsidentin)

Die KSP Glattal hat für ihre strategische Planung beschlossen, ein eigenes Kreisprogramm zu entwickeln, das sich an den Zyklus und den Aufbau der Schulprogramme anlehnt. Es wurden fünf Qualitätsbereiche definiert: Kreismanagement, Personalmanagement, Pädagogik, Partner, Infrastruktur. Mit dem Kreisprojekt «Stärke statt Macht» hat die KSP Glattal einen neuen Entwicklungsschwerpunkt gesetzt.

Auf Anregung des Kreiskonvents wurde ein Elternratgeber «Gemeinsam erziehen» zusammengestellt. Dieser Ratgeber gibt kurz und verständlich Tipps, wie Eltern Taschengeld, Ausgang und Handygebrauch mit ihren Kindern regeln können.

In Bezug auf den geplanten Bau des Schulhauses Blumenfeld konnte die Projektplanungsphase abgeschlossen und das Gesamtprojekt der gemeinderätlichen Kommission für

die parlamentarische Debatte vorgelegt werden. Auch für das neue Schulhaus Thurgauerstrasse wurde die Planungsfreigabe erteilt.

Im Betreuungsbereich konnten zusammen mit den Leitungen Betreuung die Strukturen weiter gefestigt werden. Da der städtische Betreuungsschlüssel als wichtige Grundlage weiterhin fehlt, erforderte dies von allen Mitarbeitenden eine hohe Flexibilität. Im Personalbereich war es weiterhin schwierig, ausgebildetes und qualifiziertes Lehrpersonal zu finden. Die vom Kanton eingeleiteten Massnahmen zeigten leider nur begrenzt Wirkung.

Zum Thema Unterrichtsentwicklung nahm im März das gesamte Schulpersonal an einem Fachreferat von Prof. Dr. Heinz Klippert zum Thema «Umgang mit Heterogenität im Klassenzimmer» teil.

Im Kalenderjahr 2012 trat ein Mitglied der KSP Glattal zurück. Die Mitglieder der KSP Glattal trafen sich zu drei Plenarversammlungen. Die Geschäftsleitung tagte monatlich.

### **Schulkreis Letzi**

(Barbara Grisch, Präsidentin)

Die demografische Veränderung des Stadtkreises 9 blieb 2012 die grösste Herausforderung für den Schulkreis Letzi. Sie zeigte sich in einem merklichen Zuwachs von Schülerinnen und Schülern. Mehr Kinder bedingten mehr Klassen, mehr Lehr- und Betreuungspersonal sowie mehr Raum. Der Schulkreis Letzi setzte alles daran, das Wachstum in allen Bereichen parallel zu bewältigen und so die Bedingungen für erfolgreiches Arbeiten für alle Beteiligten auf hohem Niveau zu halten. Inhaltlich lag das Schwergewicht der Schulen auf dem Umgang mit Heterogenität in Unterricht und Betreuung – wichtige Themen, die weiterverfolgt werden müssen.

Die KSP Letzi hat in einem mehrstufigen Prozess ein neues Leitbild erarbeitet. Es wird von Behörde, Schulleitenden und Schulpersonal getragen und zeigt die Grundhaltung des Schulkreises in den Bereichen Lebensraum Schule, Lehren und Lernen, Kooperationen, Führung und Infrastruktur.

Aufgrund von Wechsels in den Gemeinderat sowie beruflichen und persönlichen Veränderungen hatte die KSP Letzi 2012 vier Rücktritte zu verzeichnen. Es ist den Parteien gelungen, die Vakanten wieder mit motivierten Personen zu besetzen. Die steigenden Schülerzahlen wirkten sich auch auf die Tätigkeit der Behörde aus, indem mehr Schulbesuche und MAB durchgeführt werden mussten, was von den Behördenmitgliedern Flexibilität und Engagement verlangte.

### **Schulkreis Limmattal**

(Myrta Studer, Präsidentin)

Vier Schulen des Schulkreises Limmattal erhielten im Berichtsjahr von der kantonalen Fachstelle für Schulbeurteilung ein wertschätzendes Feedback. Auf das Schuljahr 2012/13 konnten alle Stellen mit motivierten Lehrpersonen besetzt werden. Eine leichte Entspannung auf dem Stellenmarkt war spürbar.

Für die Schulen Kern und Brauer wurde das Betriebskonzept erarbeitet und mit den Architekten die Bauplanung für die anstehende Sanierung aufgenommen. Das aus Sicht der KSP Limmattal enttäuschende Resultat bei der Abstimmung über die Grundstufe bedeutet, dass die Schulen im Kreis 5 ihre Strukturen anpassen und vom erfolgreichen und

breit akzeptierten Modell der Grundstufe Abschied nehmen müssen.

In den Sekundarschulen präsentierten die Jugendlichen ihre im Rahmen der neugestalteten 3. Sek erarbeiteten Projekte. Das erfreulich hohe Niveau sowie eine äusserst spannende und vielfältige Themenwahl beeindruckten. Eine Weiterbildung mit allen Schulleitungen und Leitungen Betreuung ergab wertvolle neue Anregungen zur Bewältigung schwieriger Situationen im Schulumfeld.

Die Schulen erarbeiten zusammen mit ihren Teams die Betreuungskonzepte. Schulpflege und Schulleitungen prüfen

und planen zusammen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der QUIMS-Projekte (Qualität in multikulturellen Schulen) an den Schulen.

Für das Plenum der Schulpflege stand im Frühjahr die Abnahme der Jahresberichte im Zentrum. Neben dem Jahresrückblick informierte sich die KSP Limmattal im Sommer über Neuerungen im Qualitätskonzept QEQS. Die Fachgruppen berichteten im Herbst über ihre Tätigkeit, und die KSP verabschiedete ihre Vernehmlassung zur Rahmenordnung Betreuung. Die Geschäftsleitung führte ihre Sitzungen monatlich durch.

#### 4.2.5 Spezifische Kennzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012
Schülerinnen und Schüler	25713	26073	26253	26643	26887
davon Kleinklassen	880	152	107	117	171
davon Oberstufe	5297	5502	5475	5462	5334
davon Primarschule	14207	14809	14860	15192	15355
davon Grundstufe	414	493	493	504	505
davon Kindergarten	4915	5117	5318	5368	5522
Klassen	1374	1318	1329	1346	1370
davon Kleinklassen	90	13	10	11	13
davon Oberstufe	288	291	286	286	282
davon Primarschule	697	717	730	747	764
davon Grundstufe	19	23	23	23	23
davon Kindergarten	280	274	280	279	288
Durchschnittlicher Klassenbestand	18.71	19.78	19.75	19.79	19.63
Durchschnittlicher Ausländeranteil in %	34.07	31.57	29.15	28.58	27.57
Durchschnittlicher Fremdsprachigenanteil in %	52.56	51.30	52.21	51.67	50.50
Schülerinnen und Schüler in Horten	7780	8891	10041	10862	11991
Horte	320	349	371	386	397

Die detaillierten Kennzahlen des Schulamts sind im Internet unter [www.stadt-zuerich.ch/ssd](http://www.stadt-zuerich.ch/ssd) > Über das Departement > Zahlen und Fakten abrufbar.

### 4.3 Schulgesundheitsdienste

#### 4.3.1 Aufgaben

Die Schulgesundheitsdienste (SG) setzen sich aus den vier Abteilungen Schulärztlicher Dienst (SAD), Schulzahnärztlicher Dienst (SZD), Schulpsychologischer Dienst (SPD) und Suchtpräventionsstelle (SUP) sowie der Projektstelle Gesundheitsförderung zusammen. Die SG fördern und schützen Gesundheit und Entwicklung von Schülerinnen und Schülern vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe. Die Angebote setzen auf kollektiver und individueller Ebene, beim Verhalten und bei den

Verhältnissen an und umfassen etablierte Grundangebote wie auch innovative, oft interdisziplinäre Projekte.

#### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

Die bereits im letztjährigen Geschäftsbericht vorgestellte Dachstrategie Gesundheitsförderung und Prävention erweist sich als wertvolle Orientierung und Treiber für wichtige Projekte und unterstützt die Zusammenarbeit mit den Schulbehörden. So bewilligte die PK das Konzept zur Integration chronisch kranker

Kinder in der Schule und den Ausbau und die nachhaltige Verankerung der Massnahmen im Schwerpunkt Bewegung, Ernährung, Prävention Übergewicht, wie z.B. das Projekt «Purzelbaum» im Kindergarten mit momentan achtzig Kindergärten und weiteren geplanten Staffeln. Besonders erwähnenswert ist die enge Zusammenarbeit mit Menu&More. Das Verpflegungsunternehmen stellt seine Menüangebote nach den Ernährungsrichtlinien der Schulgesundheitsdienste zusammen, wovon rund 8000 Kinder profitieren. Ein innovatives Icon-System unterstützt die Betreuungspersonen bei der Zusammenstellung gesunder Menüs.

Psychische Störungen treten in der Bevölkerung häufig auf und nehmen ihren Beginn in vielen Fällen schon in der Kindheit und Jugend. Das Projekt «Massnahmenplan Psychosoziale Gesundheit im schulischen Kontext» dient der Früherfassung und Frühintervention und wird in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Fachstellen, den Schulen und den Schulbehörden entwickelt. Auch die umfangreiche Handreichung für Lehrpersonen und Schulleitende zur Suizidprävention dient der Prävention im psychosozialen Bereich.

Im Rahmen der Dachstrategie kommt dem Monitoring eine wichtige Bedeutung zu. Die zweite Befragung zu Gesundheit und Lebensstil Jugendlicher wurde durchgeführt; die Resultate liegen im Frühling 2013 vor. Auf Initiative der SG werden erstmals alle Lehrpersonen in die städtische Mitarbeitendenumfrage 2013 zu Arbeit und Gesundheit einbezogen. Der Zusammenarbeit mit Eltern diente ein gut besuchtes Austauschtreffen mit Elternräten.

### **Schulärztlicher Dienst**

10% aller Kinder im Schulalter sind von einer chronischen Krankheit betroffen (Allergie, Diabetes, Epilepsie, Herzfehler u. a. m.), die in unterschiedlicher Ausprägung Einfluss auf ihren schulischen Alltag hat. Aufgrund der berechtigten Forderung nach Chancengerechtigkeit und sozialer Integration im gesamten Schulumfeld ergeben sich verschiedenste ungeklärte Fragen. Die Schulpädagoginnen und Schulpädagogen sowie die Ernährungsberatung waren im Berichtsjahr deshalb auch bei der Integrationsbegleitung von Kindern mit chronischen Krankheiten oder Behinderungen in der Regelschule gefragt. Um die Bedürfnisse der Schule, aber auch diejenigen der Kinder und Eltern zu erheben und daraus ein Angebot zu erarbeiten, leitet der SAD im Rahmen der Dachstrategie Gesundheitsförderung und Prävention ein interdisziplinäres Projekt, das von der PK Ende 2012 bewilligt wurde.

Im Rahmen des neuen Konzepts des Fachbereichs Ernährung und Bewegung wurden verschiedene indizierte Bewegungsangebote für Kinder mit wenig Bewegungserfahrung, Rückenproblemen oder Übergewicht gestartet. Vor allem die Kurse auf Kindergartenstufe sowie die «Fit im Wasser»-Kurse erfreuen sich grosser Beliebtheit. Zur einfachen und genussreichen Umsetzung gesunder Ernährung im Schulalltag wurden Schul- und Hortleiterinnen und -leiter fortbildungsmässig unterstützt.

Die Detailauswertung der Schulleiterumfrage 2011 zeigt eine sehr hohe Zufriedenheit mit dem SAD. Gleichwohl wird eine noch engere Zusammenarbeit gewünscht, z.B. in Form von Schulhaussprechstunden oder anderen regelmässigen Austauschgesprächen. Der SAD wird die Idee prüfen, die Schulhaussprechstunde pilotversuchsmässig in ersten Primarschulhäusern anzubieten.

Eine besondere Herausforderung für den SAD ergab sich durch die Diagnose von Keuchhusten bei einem Schulkind, das zuvor am Stadtzürcher Sportlager Fiesch teilgenommen hatte. In der Folge traten in verschiedenen Schulkreisen weitere Keuchhustenfälle auf. Aufgrund der sofortigen fachlichen Information des SAD an alle Lagerteilnehmerinnen und -teilnehmer, betroffenen Schulen und Eltern über Schutzmassnahmen, einschliesslich Impfungen, konnte die weitere Verbreitung der insbesondere für Säuglinge sehr gefährlichen Krankheit eingedämmt werden.

Daneben wurden die Schulärztlichen Vorsorgeuntersuchungen durch den SAD in allen Kindergärten, 4. und 8. Klassen wieder zu weit mehr als 90% genutzt.

### **Schulpsychologischer Dienst**

Der SPD feierte im Sommer 2012 sein 20-jähriges Bestehen. Zu diesem Jubiläum wurde Anfang Juni eine gut besuchte Fachtagung veranstaltet, die deutlich machte, dass die Schulpsychologie einen unentbehrlichen Bestandteil der heutigen Schule bildet. Eindrücklich war die breite interdisziplinäre Vernetzung des Berufsfelds, die aus den Referaten und den Diskussionsbeiträgen der Teilnehmenden hervorging.

Die erwartete kantonale Regelung des schulpsychologischen Angebots wurde vom Regierungsrat im Berichtsjahr aus finanziellen Gründen nicht weiterverfolgt. Die Trägerschaft der Dienste bleibt somit bei den Gemeinden. Leider ist mit diesem Entscheid auch ein Verzicht des Kantons auf Staatsbeiträge verbunden. Der SPD behält aber sein Angebot bei. Die Schulnähe des Dienstes ist gleichzeitig eine Chance und eine Herausforderung. Schulpsychologische Beratung ist darauf angewiesen, dass Jugendliche und ihre Eltern auf die Wahrung ihrer Privatsphäre vertrauen können. Der SPD hat in Absprache mit dem städtischen Datenschutzbeauftragten Richtlinien für den Umgang der Schulgesundheitsdienste mit vertraulichen Informationen erstellt und diese an einer Fortbildung den Schulleitungen erläutert.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine Sonderschulung absolvieren, ist in Stadt und Kanton Zürich seit einigen Jahren am Steigen. Im Schuljahr 2011/12 waren in der Volksschule der Stadt Zürich 4,6% aller Kinder und Jugendlichen der Sonderschulung zugeteilt. Der SPD verfolgt diese Entwicklung mit Besorgnis und unterstützt nach Möglichkeit die Integration der Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen in die Regelschule. Künftig sollen Sonderschulzuweisungen vermehrt nach Dringlichkeit priorisiert und im Rahmen von begrenzten schulkreisbezogenen Ressourcen verfügt werden.

### **Schulzahnärztlicher Dienst**

Der SZD hat sich im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit dem SAD weiter im Themenbereich Ernährung engagiert. Das Projekt «Znüibox» wurde weitergeführt und erreichte nun einen vorläufigen Abschluss. Der Entscheid über eine Weiterführung liegt beim Kanton.

Die übrigen Dienstleistungen wurden in gewohnter Weise wahrgenommen. Im vergangenen Berichtsjahr haben die von der Stadt gewährten Behandlungsbeiträge deutlich zugenommen, obwohl die Kriterien für ihre Gewährung unverändert sind. Schon seit mehreren Jahren wird eine Korrektur des nicht mehr kostendeckenden Zahnarzttarifs erwartet. Die Schweizerische Zahnärztesgesellschaft verhandelt immer noch mit dem



Zweijähriges Kind beim ersten Untersuchen in der Schulzahnklinik. (Bild: André Ducry)

Krankenkassenverband und dem Preisüberwacher. Dank sehr grossen Anstrengungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann der SZD trotzdem auf ein finanziell erfolgreiches Jahr zurückblicken – dies, obwohl in der grössten Klinik (Zürich Nord) aufgrund der Umbautätigkeit im Gebäude nur ein reduzierter Betrieb möglich war. Die Patientenzahlen im Einzugsgebiet dieser Klinik nahmen weiter zu, was auch in Zukunft eine grosse Herausforderung darstellen wird. Ohne Anpassung der Kapazität wird die Klinik dem Ansturm der Patientinnen und Patienten nicht gewachsen sein.

Die Stadtzürcher Kinder haben generell eine sehr gute Mundhygiene. Der Einsatz der Schulzahnpflege-Instruktorinnen in den Schulhäusern trägt wesentlich dazu bei, aber auch die von den Patientinnen und Patienten in Anspruch genommenen (kostenpflichtigen) individuellen Termine bei Prophylaxe-Assistentinnen in den Kliniken sind ein wichtiger Pfeiler der Mund-

gesundheit. Der Versorgungsgrad im Bereich der Kariesbehandlung wurde anhand von wissenschaftlichen Standards ausgewertet und dokumentiert eine sehr gute Betreuung der Kinder.

### Suchtpräventionsstelle

Die SUP hat im Berichtsjahr ihre Zielgruppen in den Bereichen Schule, Ausbildung, Familie und Freizeit mit Präventionsangeboten unterstützt. Dabei wurden verstärkt bisher kaum erreichte Institutionen, Quartiere und Schulkreise angesprochen.

Die SUP ist in der Volksschule mit Präventionsangeboten für Klassen, mit Weiterbildungen für Schulteams, Interventionen, Elternabenden oder Prozessbegleitungen präsent. Die Suchtprävention im Unterricht bildet einen wesentlichen Bestandteil wirksamer Prävention. Zur Unterstützung überprüfte die SUP in Zusammenarbeit mit Lehrpersonen zahlreiche Lehrmittel, gab Empfehlungen für die einzelnen Schulstufen ab und stellte diese Unterrichtsmaterialien neu zur Ausleihe zur Verfügung.

Erneut führte die SUP verschiedene Kurzinterventionsgespräche mit Jugendlichen wegen problematischen Konsumverhaltens durch. Diese waren entweder durch die Jugendanwaltschaft wegen Cannabiskonsums verzeigt oder mit einer Alkoholvergiftung ins Spital oder in die städtische Notunterkunft (NUK) eingeliefert worden. Die Gespräche haben zum Ziel, die Bereitschaft für Verhaltensänderungen bei den Jugendlichen zu fördern.

Die SUP setzte sich zudem mit geschlechtsspezifischen Aspekten im Suchtverhalten sowie mit potenziell stigmatisierenden Effekten der Suchtprävention auseinander. Zudem war die SUP im Berichtsjahr massgeblich beteiligt an der Erarbeitung des städtischen Vorschlags zu einer wissenschaftlichen Studie zum Cannabiskonsum im Rahmen der Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses.

### 4.3.3 Spezifische Kennzahlen

#### Nettoaufwand der Schulgesundheitsdienste pro Schulkind

	2008	2009	2010	2011	2012
Schülerinnen und Schüler	25 713	26 073	26 253	26 643	26 887
Nettoaufwand	15 940 420	16 616 941	17 218 678	16 419 739	16 360 324
<b>pro Schülerin und Schüler</b>	<b>620</b>	<b>637</b>	<b>656</b>	<b>616</b>	<b>608</b>

#### Kommentar

Die Kennzahl «Nettoaufwand pro Schulkind» umfasst sämtliche Kosten (Personal-, Sach-, Infrastrukturkosten) und Einnahmen aller vier Fachabteilungen der Schulgesundheitsdienste. Entsprechend breit ist der Leistungskatalog, der sämtliche Leistungen der vier Fachdienste umfasst. Eingeschlossen sind auch die Aktivitäten in Privatschulen im Rahmen des gesetzlichen Auftrags, wobei die Privatschüler und -schülerinnen in der Schülerzahl der Tabelle nicht berücksichtigt sind. Ebenfalls

eingerechnet ist die Präventionstätigkeit der Suchtpräventionsstelle ausserhalb der Volksschule, d.h. in Betrieben und der breiten Öffentlichkeit.

Der Kantonsbeitrag an den Schulpsychologischen Dienst wurde erstmalig ohne Berücksichtigung der Finanzkraft ausgerichtet – wie es das neue Finanzausgleichsgesetz vorsieht. Dadurch fiel der Kantonsbeitrag über 1 Mio. Fr. höher aus als 2011. In der Folge konnten die Kosten der Schulgesundheitsdienste pro Schulkind nochmals gesenkt werden.

## 4.4 Musikschule Konservatorium Zürich

### 4.4.1 Aufgaben

Musikschule Konservatorium Zürich ist die Bildungsinstitution der Stadt Zürich für Musik, Tanz und Theater und richtet sich an Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus der Stadt und dem Kanton Zürich. Wie bei der vormaligen Jugendmusikschule liegt auch bei MKZ der Schwerpunkt auf der Breitenförderung im Volksschulalter. Einen hohen Stellenwert genießt dabei das gemeinsame Singen, Spielen und Musizieren, das wesentlich zur Integration von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft beiträgt und den Zürcher Orchester-, Blasmusik- und Gesangsvereinen regelmässig zu Nachwuchs verhilft. MKZ führt zudem ein spezielles Förderprogramm für besonders talentierte und fleissige Schülerinnen und Schüler und bereitet angehende Musikerinnen und Musiker auf ein Studium an einer Musikhochschule vor. Mit der Integration von ZKKJ ist jener Musikunterricht neu hinzugekommen, den MKZ im Auftrag der Zürcher Hochschule der Künste, des Kunst- und Sportgymnasiums Rämibühl, der Kantonalen Maturitätsschule für Erwachsene und der Pädagogischen Hochschule Zürich erteilt. Die Schülerinnen und Schüler von MKZ präsentieren ihr Können alljährlich in über 500 öffentlichen Konzerten und Veranstaltungen.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

#### Erfolgreiche Rezertifizierungen

Wenige Monate nach der Integration von ZKKJ in die Jugendmusikschule der Stadt Zürich stand für die neu als MKZ bezeichnete Dienstabteilung im Frühjahr 2012 bereits die Rezertifizierung nach ISO 9001:2008 und EduQua an. Somit mussten sämtliche Prozesse der ehemaligen Jugendmusikschule der neuen, erweiterten Organisation angepasst und implementiert werden. Das Qualitätsmanagement von MKZ wurde von zwei Auditorinnen der Schweizerischen Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS) überprüft und für gut befunden; die vorgeschlagenen Verbesserungen werden nach und nach umgesetzt. Die Überarbeitung und Optimierung der Prozesse bildete zugleich die Grundlage für deren (Teil-)Automatisierung, die ab 2013 schrittweise eingeführt werden soll. Klare und vereinfachte Prozesse werden auch das Zusammenführen der beiden Schulkulturen, das wohl noch einige Zeit beanspruchen wird, erleichtern.

#### Benefizkonzert für das Klassenmusizieren

Sechs Jahre nach der Lancierung im Schulhaus Im Birch ist das Klassenmusizieren aus der Stadt Zürich kaum noch wegzudenken. Besonders gross ist die Nachfrage in den Quimschulen, wo sich die integrative Wirkung des gemeinsamen Musizierens im Klassenverband besonders positiv auswirkt. In den nunmehr 53 Streicher- und Bläserklassen, die zweimal wöchentlich im Rahmen des Stundenplans mit einer Musiklehrperson von MKZ und der Klassenlehrperson proben, lernen die Schülerinnen und Schüler, aufeinander zu hören, Rücksicht zu nehmen und mit Ausdauer auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten, beispielsweise das Weihnachtskonzert im Schulhaus – Fähigkeiten, die ihnen auch in den anderen Schulfächern zugutekommen. Bereits konnten über 2000 Stadtzürcher Mittelstufenschülerinnen und -schüler von dieser

nachhaltigen musikalischen Förderung, die gemeinsam von MKZ und Volksschule im Rahmen des Stundenplans angeboten wird, profitieren.

Die Instrumente, die die Kinder von MKZ gratis zur Verfügung gestellt erhalten, werden zu einem grossen Teil durch Drittmittel finanziert. Auch für 2013 darf wieder mit namhaften Sponsoren- und Gönnerbeiträgen gerechnet werden, u. a. auch von der Förderstiftung MKZ. Um das Klassenmusizieren breiteren Kreisen bekannt zu machen und den musizierenden Kindern und ihren Familien ein unvergessliches Konzerterlebnis zu vermitteln, veranstaltete MKZ Ende Mai im Volkshaus das zweite Benefizkonzert mit 200 musizierenden Kindern. Star-gast war die Sängerin und Komponistin Heidi Happy, die eigens für diesen Anlass drei neue Songs geschrieben beziehungsweise arrangiert hatte und mit den Kindern zur Uraufführung brachte.



Höhepunkt des Klassenmusizierens: das grosse Konzert mit Heidi Happy. (Bild: Frederic Meyer)

#### MKZ-Förderpreis der Stadt Zürich

Zum zweiten Mal massen sich Anfang Dezember im Rahmen des MKZ-Förderpreises herausragende junge Musiktalente im musikalischen Wettstreit. Vier junge Musikerinnen und Musiker im Alter von dreizehn bis neunzehn Jahren sowie ein Streichquartett hatten sich für das Finale im Kleinen Saal der Tonhalle qualifiziert. Sieger wurde der neunzehnjährige Gitarrist Tobias Krebs. Mit seiner Interpretation von «Elogio de la Danza» von Leo Brouwer und «Invocación y Danza» aus der Feder von Joaquín Rodrigo begeisterte er die siebenköpfige Jury und das zahlreich erschienene Publikum gleichermaßen. Tobias Krebs erhält seine musikalische Ausbildung an MKZ bei Jens Stibal. Der mit Fr. 5000.– dotierte Preis wird von der Förderstiftung MKZ verliehen, das Patronat liegt in den Händen von Dr. Elmar Weingarten, Intendant des Tonhalle-Orchesters, und Chefdirigent David Zinman.

#### Stufentest und Wettbewerbe

An den freiwilligen Stufentests 2012 präsentierten insgesamt 1373 Schülerinnen und Schüler einer Fachjury jeweils ein Pflicht- und ein Selbstwahlstück und erhielten anschliessend ein differenziertes Feedback und wertvolle Tipps für das weitere Üben. Nur 27 Schülerinnen und Schüler bestanden den Test nicht oder verpassten die angestrebte Stufe. Fünf

MKZ-Schülerinnen und -Schüler absolvierten erfolgreich den Test der höchsten Stufe 7, der auch eine schriftliche Theorieprüfung beinhaltet. Der Verband Zürcher Musikschulen (VZM) organisiert diese Teststufe, für die Durchführung ist die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) verantwortlich. Sehr erfolgreich waren die Schülerinnen und Schüler von MKZ im Berichtsjahr auch an regionalen, kantonalen und nationalen Musikwettbewerben; die zahlreichen Wettbewerbserfolge werden jeweils im Kundenmagazin «das Blatt» und auf der Homepage von MKZ publiziert.

#### 4.4.3 Schulkommission MKZ

Die Schulkommission tagte wie üblich viermal. Sie behandelte folgende Geschäfte:

- Kompetenzzentrum Musik in der Volksschule
- Behördenreorganisation

#### 4.4.4 Spezifische Kennzahlen

##### Schülerinnen und Schüler

Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen	2008	2009	2010	2011	2012
Schülerinnen und Schüler Musikalische Grundausbildung	4984	5 065	5 086	5 201	5 667
Schülerinnen und Schüler Musikunterricht	9 017	9 641	10 652	12 820 <sup>1</sup>	14 570
Total Schülerinnen und Schüler	14 001	14 706	15 738	18 011 <sup>1</sup>	20 237
Lehrerinnen und Lehrer	414	420	435	550 <sup>1</sup>	580
Vikarinnen und Vikare	21	22	21	20	25
Total Lehrpersonen	435	442	456	575	605

Schülerinnen und Schüler, die mehr als ein Fach belegen, werden entsprechend mehrfach gezählt.

<sup>1</sup> Zuwachs an Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen aufgrund Zusammenschluss JSZ und ZKKJ zu MKZ ab 1. September 2011

- Angebot/Tarife MKZ
- Zwischenbericht Raumstrategie
- Nachfolgeplanung Schulleitung MKZ Letzi
- Nachfolgeplanung Prorektorat
- Projekt Balanced Scorecard
- Verordnung MKZ
- Geschäftsordnung SKMKZ
- Geschäftsbericht 2011
- Laufende Rechnung 2011
- Aufgaben- und Finanzplan 2013–2016
- Budget 2013
- MAB, Abnahme und Wahl Lehrpersonen

## 4.5 Sportamt

### 4.5.1 Aufgaben

Der Leistungsauftrag des Sportamts wird jährlich mit dem Produktegruppen-Globalbudget durch den Gemeinderat beschlossen. Die wichtigsten Aufgaben sind: Bereitstellung und Betrieb der Sport- und Badeanlagen, Motivieren der Bevölkerung zum Sporttreiben, Organisation von Sportangeboten für die Schulkinder, Förderung des ausserschulischen Jugendsports sowie die im Auftrag der Volksschule erbrachten Leistungen zugunsten des obligatorischen Schulsports.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

Im Rahmen der Umsetzung der Sportstättenstrategie wurde insbesondere die Planung für das neue Fussballstadion auf dem Hardturm-Areal sowie für die neue Eis- und Volleyballarena vorangetrieben. Die Architekturwettbewerbe für die beiden Grossprojekte wurden abgeschlossen. Die Wiedereröffnung des sanierten Hallenbads City konnte wegen

Baumängeln nicht wie geplant im Juli erfolgen, sondern ist nun für Januar 2013 vorgesehen.

Die Fifa hat der Stadt Zürich 20 Mio. Fr. zur Förderung des Breitensports geschenkt. Die Fifa hatte ursprünglich vorgesehen, den Beitrag von 20 Mio. Fr. im neuen Stadion Zürich auf dem Hardturm-Areal zu investieren. Da die Stadt Zürich jedoch entschieden hat, im neuen Stadion Stehplätze zu errichten – was der Fifa-Philosophie widerspricht –, hat der Weltfussballverband entschieden, die Gelder dem Breitensport zukommen zu lassen. Der Stadtrat hat beschlossen, dass 17 Mio. Fr. für die Verbesserung der Spielfeldinfrastruktur im Breitenfussball und 3 Mio. Fr. zur Förderung des Mädchen- und Frauenfussballs eingesetzt werden sollen.

### Sportveranstaltungen und Sportserfolge

Die international wichtigsten Sportanlässe im Berichtsjahr waren das Leichtathletik-Meeting «Weltklasse Zürich», der

«Mercedes-CSI Zürich» im Springreiten, der «Ironman Zurich Switzerland» im Triathlon, das «BNP Paribas Zurich Open» im Tennis, «freestyle.ch» in verschiedenen Freestyle-Sportarten, der «Swiss Cup Zürich» im Kunstturnen sowie die Herren-Unihockey-WM. Zudem verzeichneten verschiedene grosse Breitensportanlässe Rekordteilnahmen, beispielsweise das Limmatschwimmen mit 4200, die Stadtzürcher Seeüberquerung mit rund 9400 sowie der Silvesterlauf mit mehr als 18 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Insgesamt dreizehn Sportlerinnen und Sportler aus Stadtzürcher Sportvereinen nahmen an den Olympischen Sommerspielen in London teil. Nicola Spirig, die beim Schwimmclub Limmat Sharks und beim Leichtathletik-Club Zürich (LCZ) trainiert, wurde im Triathlon Olympiasiegerin. Aus den Vereinen wurden 182 Siegerinnen und Sieger von Welt-, Europa- und Schweizer Meisterschaften gemeldet, 136 bei den Aktiven und 46 beim Nachwuchs. Bei den Teams wurden unter anderem Volero Zürich (Volleyball, Frauen), die ZSC Lions (Eishockey, Frauen und Männer) sowie der FC Zürich (Fussball, Frauen) Schweizer Meister.

### Sportanlagen

Auf den städtischen Sportanlagen wurden insgesamt 865 971 Trainierende sowie Wettkämpferinnen und Wettkämpfer gezählt.

Die Kapazitäten im Fussball konnten durch verschiedene Sanierungs- und Umbauprojekte erhöht werden. Insbesondere wurde die sanierte Sportanlage Lengg mit drei modernen Fussballplätzen wiedereröffnet. Zudem wurde auf der Sportanlage Heuried ein alter Platz durch einen modernen ersetzt. Und auf der Sportanlage Sonnau-Wollishofen wurden die Garderobencorner ausgetauscht.

Im Bereich der Trendsportarten konnte mit dem Bau des Bike-Parks auf der Allmend Brunau begonnen und der in unmittelbarer Nähe liegende Freestyle-Park fertiggestellt werden. Beim Betrieb der Tennisanlagen wurde erfolgreich ein elektronisches Platzreservations-System eingeführt.

Im Stadion Letzigrund fanden neben 35 Fussballspielen (31 der Super League, 1 der Champions League der Frauen, 3 Schweizer-Cup-Spiele), 3 Openair-Konzerte von Coldplay, Bruce Springsteen und Madonna sowie das Fussballländerspiel Italien–Russland statt. Mit den Publikumsanlässen «Gratis aufs Glatteis» und «Afterwork on Ice» wurde auf den Eisanlagen das öffentliche Eislaufen gefördert.

### Badeanlagen

Es wurden insgesamt 2,4 Mio. Eintritte in die städtischen Badeanlagen registriert: 1,5 Mio. in den siebzehn Sommerbädern und 0,9 Mio. in den sechs Hallenbädern. Die Zahl der Eintritte in die Sommerbäder war zuvor nur im Jahrhundert-sommer 2003 grösser.

Bei den Sommerbädern wurde die Einführung des Früh- und Allwetterschwimmens im Freibad Letzigraben geschätzt, und es wurde rege genutzt. Das sanierte Flussbad Oberer Letten wurde wiedereröffnet. Der angepasste Gastrobereich und die nicht mehr geschlechtergetrennten Garderoben wurden von den Gästen insgesamt positiv aufgenommen.

Bei den Hallenbädern standen Baumängel bei der Sanierung des Hallenbads City im Vordergrund. Die für Juli geplante

Eröffnung verzögerte sich vor allem wegen mangelhafter Abdichtung der Becken um rund ein halbes Jahr.

Die Schweizer Bäderbranche entwickelte mit massgeblicher Mitwirkung durch das Sportamt ein neues Rettungsschwimmer-Brevet («igba Pro») und übernahm dabei ziemlich genau die anspruchsvollen Leistungskriterien, die für die städtischen Badangestellten bereits heute gelten.

### Schulsport

Da Kinder und Jugendliche immer mehr Zeit im Lebensraum Schule verbringen, spielt neben dem Unterricht auch die Betreuung eine immer wichtigere Rolle in der Bewegungserziehung und -förderung. Daher konnte neu neben dem Lehrpersonal auch das Betreuungspersonal von der Unterstützung durch das beim Sportamt angesiedelte Kompetenzzentrum Sportunterricht profitieren. In 42 Weiterbildungskursen wurden 881 Personen aus dem Bereich Betreuung geschult, damit diese die Sporthallen sicher und sinnvoll nutzen können.

Die Schwimmlehrerinnen und -lehrer des Sportamts erteilten im Rahmen des obligatorischen Schwimmunterrichts von der 1. bis zur 4. Klasse total 21 722 Lektionen. Schwimmen war auch in der Freizeit beliebt – das zeigten die Rekordteilnahmen bei «de schnellscht Zürichfisch» mit 1291 und an der Schwimmstaffette mit 720 Teilnehmenden.

Neben den grossen städtischen Schulsportveranstaltungen wie beispielsweise dem «ewz.danceaward» führten die verschiedenen Schulen mit Unterstützung des Sportamts insgesamt 291 halbtägige Sporttage durch.

### Sportförderung

Die Jugendsportförderung in den Vereinen entwickelte sich erfreulich. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 202 Vereine mit Jugendgruppen profitieren. Sie betreuten überwiegend auf ehrenamtlicher Basis 13 410 Kinder und Jugendliche und ermöglichten diesen eine gesunde und sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Mit einem umfassenden Bericht informierte das Sportamt über die Entwicklung und Verteilung der Jugendsportfördergelder.

Die freiwilligen Sportangebote für Kinder und Jugendliche in über sechzig Sportarten erfreuten sich grosser Nachfrage. Die Semesterkurse wurden von 1503 Teilnehmenden besucht, in den Feriensportkursen waren total 4280 Teilnehmende aktiv.



Rund 13 000 Kinder und Jugendliche trainierten regelmässig im Sportverein. (Bild: Sportamt)



Mit dem Sportpreis 2012 wurde die Triathlon-Olympiasiegerin Nicola Spirig ausgezeichnet. Den Nachwuchspreis erhielt der Zehnkämpfer Luca di Tizio (LCZ). Mit dem Sportförderpreis wurde Gusti Strobl für sein Engagement im Boxsport geehrt.

Für seinen Einsatz zugunsten der Mädchensportförderung wurde das Sportamt mit dem «Laureus Girls in Sport Award» ausgezeichnet.

Der Auftrag, die Bevölkerung über die Sportmöglichkeiten zu informieren und zu Bewegung und Sport zu ermuntern, wurde über verschiedene Kanäle wahrgenommen. Die Internetseite

«[www.sportamt.ch](http://www.sportamt.ch)» war mit täglich rund 1600 Aufrufen das wichtigste Informationsmittel. Zudem wurden die meistgesuchten Sportinformationen ins neue städtische «mobile web» eingespeist, insbesondere die Öffnungszeiten der Badeanlagen.

Die Zahl der Personen, welche die elektronischen Newsletter «Sport in Zürich», «Sport in Schulen» und «BadInfo» abonniert haben, erhöhte sich auf insgesamt 4107. Ergänzt wurden die Informationen über die Sportmöglichkeiten mit einigen gezielt verteilten Broschüren und der wöchentlich im «Tagblatt» und in «20 Minuten» erschienenen Rubrik «Sport-Tipp».

### 4.5.3 Spezifische Kennzahlen

#### Freiwillige Kurse und Lager, Anzahl Schülerinnen und Schüler

	2008	2009	2010	2011	2012
Sportkurse des Sportamts (Wochendurchschnitt)	1 653	1 682	1 677	1 648	1 503
Freiwilliger Schulsport (Wochendurchschnitt)	3 811	3 433	3 814	4 405	4 832
Ferisportkurse	3 343	3 925	4 324	5 118	4 280
Zürcher Sport-Ferienlager in Fiesch	655	658	664	671	676
Wintersportlager	1 052	997	893	849	846

#### Weitere Kennzahlen Jugendsport

	2008	2009	2010	2011	2012
Schulschwimmen (Anzahl Lektionen pro Jahr)	22 701	22 073	21 583	21 542	21 722
Anzahl Jugendliche in Sportvereinen (mit Wohnsitz Zürich) <sup>1</sup>	12 827	13 345	13 010	12 984	13 410
Anzahl subventionierte Sportvereine mit Jugendgruppen	192	195	204	193	202

<sup>1</sup> ab 2009 auch Fünf- und Sechsjährige mitgerechnet

#### Frequenzen der wichtigsten städtischen Sportanlagen (Nutzende pro Jahr)

	2008	2009	2010	2011	2012
Hallenbäder (inkl. durch Dritte betriebene) <sup>1</sup>	1 076 055	1 154 007	1 036 560	978 751	951 463
Freibäder (inkl. durch Dritte betriebene, ohne Dolder) <sup>2</sup>	1 110 358	1 441 201	1 332 556	1 366 358	1 476 994
Schulschwimmanlagen (inkl. Schwimmunterricht)	381 279	399 732	456 537	471 884	426 028
Kunsteisbahnen	277 986	270 355	274 302	269 519	257 910
Rasensportanlagen	639 729	666 100	692 968	716 170	723 234
Sporthallen (ohne Schulturnhallen) <sup>3</sup>	361 673	415 999	432 005	425 320	428 894
Stadion Letzigrund (Zuschauerinnen und Zuschauer) <sup>4</sup>	503 700	449 404	442 400	505 264	489 069

<sup>1</sup> Mai 2010 bis 19.1.2013 Schliessung Hallenbad City wegen Umbau

<sup>2</sup> 2009 Angabe fälschlicherweise inkl. Dolder; wurde korrigiert

<sup>3</sup> ab 2009 korrigierte Zählweise inkl. Meisterschaftsspiele

<sup>4</sup> 2008 inkl. Spiele der UEFA Euro

## Städtische Sportanlagen, Bestand per 31. 12. 12

	Anzahl	Bemerkungen
Sporthallen (Doppel- und Dreifachhallen)	11	davon 5 Dreifachhallen
Turnhallen (Einzelhallen)	151	davon 6 von Privaten, Vereinen oder Stiftungen
Sommerbadeanlagen	17	6 Beckenbäder, 11 See- und Flussbäder
Hallenbäder	7	davon 2 mit 50-m-Becken
Schulschwimmanlagen	17	–
Fussballplätze	82	58 Rasen-, 23 Kunstrasen-, 1 Sandplatz
Tennisplätze	90	+ 62 private Plätze auf Land der Stadt
Leichtathletikanlagen mit 400-m-Rundbahnen	5	–
Kunsteisbahnen	3	7 Eisfelder, davon 1 gedeckt
Diverse Spezialanlagen	30	–

## 4.6 Fachschule Viventa

### 4.6.1 Aufgaben

Die Fachschule Viventa ist das Kompetenzzentrum für Alltagskompetenzen, Berufsvorbereitung, Integration, Berufs-, Erwachsenen- und Elternbildung der Stadt Zürich. Als wichtige Nahtstelle zwischen der obligatorischen Volksschule und dem Berufsleben übernimmt sie mit ihrem breiten Angebot an Deutsch- und Kulturkursen für fremdsprachige Jugendliche und Erwachsene zudem eine wichtige Funktion in der städtischen Integrationspolitik.

### 4.6.2 Jahresschwerpunkte

Mit dem Grossprojekt «Viventa 11/14» wurde die Weiterentwicklung der FSV in vier Teilprojekten vorangetrieben. Teilprojekt 1: «Kommunikation und Schulkultur»; Teilprojekt 2: «Lohnsystem»; Teilprojekt 3: «Managementsysteme – Prozesse und Reporting»; Teilprojekt 4: «Angebote Erwachsenenbildung». Diese Teilprojekte werden als Gesamtauftrag durch den Steuerungsausschuss seit Sommer 2011 geführt. In dieser Zeit haben alle Teilprojekte erfreuliche Fortschritte erzielt.

Der Kommunikationsprozess zwischen der Schulleitung und den Lehrpersonen im Teilprojekt 1 ist gut angelaufen. Alle eingeführten Massnahmen (u. a. Schaffung unterschiedlicher regelmässiger Dialogplattformen auf Bereichs- und Formatebene) sind heute im Alltag verankert. Die Zusammenarbeit und die Stimmung unter den Mitarbeitenden haben sich deutlich verbessert. Der neue Lehrpersonenkonvent hat seine Arbeit aufgenommen.

Die Vernehmlassung über die Weisung «Anpassung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Anstellung

und Löhne der Lehrpersonen an der Fachschule Viventa» im Teilprojekt 2 wurde in diversen Gremien durchgeführt. Grossmehrwheitlich haben sich die Gremien für das «Brutto-Lektorenmodell» entschieden. Die abschliessende Weisung liegt nun vor und muss von der Schulkommission und vom Stadtrat genehmigt werden.

Die Erfassungsarbeiten zur Übernahme der Viventa-Prozesse in das «process point»-Tool kommen im Teilprojekt 3 gut voran. Gleichzeitig wurden die Prozesse und Anhänge auf ihre Aktualitäten geprüft. Ausserdem liegt ein umfassender Entwurf eines FSV-Reportings vor.

Mit der Abschaffung des kantonalen Hauwirtschaftsgesetzes gehen der Stadt jährlich rund Fr. 340 000.– kantonale Beiträge an die Erwachsenenbildung verloren. Die FSV wurde im Teilprojekt 4 beauftragt, ihre Erwachsenenbildungs-Strategie entsprechen zu überarbeiten und durch die Schulkommission und den Stadtrat verabschieden zu lassen.

In der Septembersitzung 2012 hat die Schulkommission die neue Prorektorin Erwachsenenbildung gewählt. Marianne Urbach wird ihre Stelle am 1. März 2013 antreten. Sie ist verantwortlich für die Hauswirtschaftliche Erwachsenenbildung, die Elternbildung und den Vorbereitungskurs für den Sekundarschulabschluss für Erwachsene.

### Berufsvorbereitung

Ziel des Berufsvorbereitungsjahres ist es, möglichst vielen jungen Menschen zu einer beruflichen Anschlusslösung zu verhelfen. Im Schuljahr 2011/12 ist dies zu über 90 % gelungen.



Das Berufsvorbereitungsjahr verhilft vielen jungen Menschen zu einer beruflichen Anschlusslösung. (Bild: Katharina Wernli)

Die verschiedenen Angebote des Berufsvorbereitungsjahres weisen unterschiedliche Schwerpunkte auf. Im Zentrum stehen die Berufswahl, die berufliche Praxis sowie die verschiedenen Möglichkeiten, bereits im 10. Schuljahr betriebliche Praxiserfahrung zu sammeln. Im Berichtsjahr wurden neun Klassen geführt, in denen die Schülerinnen und Schüler in internen (Bistro) und externen (Heime, Pflegebetriebe, Spitäler, Betreuungseinrichtungen, Detailhandel) Praktikumsplätzen tätig sind und wichtige Erfahrungen sammeln. Daneben besuchen sie intern die Schule während meist zwei Tagen pro Woche.

Die internen Unterstützungsangebote, wie z. B. der «Fallschirm», konnten weiterentwickelt werden, sodass schulisch schwache Jugendliche weniger durch die Maschen fallen, sondern durch gezielte Zuweisung die notwendige Unterstützung erhalten (Einzel- und Gruppenberatung, Schulsozialarbeit, Lerncoaching). Die Zusammenarbeit mit dem externen «Netz2», dem neuen kantonalen Coaching, wurde aufgenommen. Die Umsetzung der im Stundenplan integrierten individuellen Beratung («Coaching») hat sich sehr bewährt. Es zeigt sich, dass die Jugendlichen zur Entfaltung ihrer Ressourcen von den regelmässigen Einzelgesprächen profitieren können.

### Integration

Im Sommer 2012 haben deutlich mehr Personen aus Nordostafrika, Südosteuropa und Zentralasien das Berufsvorbereitungsjahr «Sprache und Integration» begonnen als im Vorjahr. Hingegen waren die Herkunftsländer Brasilien und Sri Lanka in diesem Angebot deutlich weniger stark vertreten. Das Ziel, eine gute Anschlusslösung zu finden, steht im Vordergrund.

Die sich im Berufsvorbereitungsjahr Integration abzeichnenden Tendenzen sind jeweils mit Verzögerung auch in den Erwachsenenangeboten (im Integrationskurs für Erwachsene und in den schulnahen Deutschkursen Eldis) spürbar. Bei beiden Angeboten stehen weniger die beruflichen Anschlusslösungen im Vordergrund als die solide Sozialisierung in der Stadt Zürich. Bei diesen Bemühungen hat der Erwerb der deutschen Sprache natürlich eine grosse Bedeutung, sodass sich die Schulentwicklung im Integrationsbereich in diesem Jahr auf dieses Thema konzentrierte.

Die Nachfrage der Angebote verlief in allen drei Bereichen stabil (Eldis) bis zunehmend (Berufsvorbereitung, Integrationskurs für Erwachsene).

### Erwachsenenbildung

Nach der Abschaffung des kantonalen Hauswirtschaftsgesetzes fehlen nun die gesetzlichen Grundlagen, welche die Stadt Zürich verpflichten, entsprechende Kurse anzubieten. Entsprechend arbeiten die Verantwortlichen in einer Arbeitsgruppe an einem Konzept für die Neuausrichtung der Erwachsenen- und Elternbildung.

Im Berichtsjahr wurden 672 Kurse geplant. Das sind 14 Kurse weniger als im Vorjahr. Die Zahl der durchgeführten Kurse ist dennoch auf 481 angestiegen. Auch die Zahl der Teilnehmenden ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, und zwar auf 5808. Davon sind 1230 Neukunden. Auch hier ist der Aufwärtstrend deutlich erkennbar. Als Bestseller gelten die Textil- und Elternbildungskurse (Pekip).

Nach wie vor einem Bedürfnis entspricht die Möglichkeit, als Erwachsene bei der Fachschule Viventa den Vorbereitungskurs für die kantonale Sekundarschulprüfung zu absolvieren. In der Berichtsperiode bereiteten sich zwanzig Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer auf diese Prüfung vor.

### Hauswirtschaftliche Berufsbildung

Im Sommer schlossen 53 Lernende die dreijährige berufliche Grundbildung zur Fachfrau bzw. zum Fachmann Hauswirtschaft mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) erfolgreich ab. 43 beendeten die zweijährige berufliche Grundbildung zur Hauswirtschaftspraktikerin bzw. zum Hauswirtschaftspraktiker mit EBA. Eine erfreulich grosse Zahl, nämlich 14 junge Frauen und Männer, schafften den direkten Anschluss an die dreijährige EFZ-Ausbildung. Die internen Unterstützungsangebote trugen während der EBA-Ausbildung sowie auch beim Übertritt von der zwei- in die dreijährige Ausbildung viel zum Erfolg der Lernenden bei.

Hundert Lernende in insgesamt drei EFZ- sowie fünf EBA-Klassen begannen Anfang August ihre Ausbildung im Bereich Grundbildung Hauswirtschaft.

Gleichzeitig konnten die Absolventinnen des 1. Vorbereitungskurses «Fachausweis Haushaltleiterin/Haushaltleiter (FA-HL)» gemäss der neuen Prüfungsordnung nach erfolgreicher Abschlussprüfung ihren Fachausweis in Empfang nehmen. Die ersten Prüfungserfahrungen, auch mit internen Modulabschlüssen, konnten bereits gewinnbringend umgesetzt werden.

Weiterhin gut besucht war der Grundkurs Hauswirtschaft FSV, der im Auftrag der Altersheime der Stadt Zürich durchgeführt wird. Um die Chancen von jungen fremdsprachigen Erwachsenen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, wurde der Grundkurs Hauswirtschaft FSV auch im Rahmen des Motivationssemesters «Prospectiva Junior Clean» angeboten.

Im Schuljahr 2012/13 wuchs die Zahl der Lernenden «Fachangestellte/r Gesundheit (Fage) EFZ» erneut an. Aufgrund später Rekrutierungen durch die Lehrbetriebe musste im Sommer 2012 kurzfristig eine zwölfte Klasse eröffnet werden. Aktuell werden an der FSV 755 Fage-Lernende unterrichtet. Im Berichtsjahr absolvierten 224 Fage-Lernende erfolgreich das Qualifikationsverfahren.

Auf Ende des Schuljahres 2011/12 wurde die Umsetzung der neuen Bildungsverordnung abgeschlossen, womit die Neuerungen (Umstellung auf Co-Re-Methode) in allen drei Lehrjahren implementiert wurden.

#### 4.6.3 Schulkommission Fachschule Viventa

Im Berichtsjahr 2012 trafen sich das Plenum und der Geschäftsleitende Ausschuss der Schulkommission der FSV zu je fünf Sitzungen und einer ausserordentlichen Behördensitzung.

Eine Informationsveranstaltung zur FSV wurde durchgeführt, und für alle Mitglieder der Schulkommission fanden zwei Weiterbildungen oder Erfahrungsaustausche für die MAB statt.

Die wichtigsten der zahlreichen behandelten Geschäfte waren:

- MAB für Lehrpersonen an der FSV
- Wahl der Prorektorin für das Format Erwachsenenbildung
- Rechnung 2011
- Aufgaben- und Finanzplan 2013–2016
- Voranschlag 2013
- Konzept Integration für Erwachsene

- Richtlinien Hausämter
- Einführung jahresbasierte Entlöhnung ab Schuljahr 2013/2014
- Vernehmlassung zur Weisung «Anpassung der Ausführungsbestimmungen über die Anstellung und Löhne der Lehrpersonen an der Fachschule Viventa»
- Stellungnahme zum GPK-Bericht «MitarbeiterInnenbeurteilung von Lehrpersonen»

Im Schuljahr 2011/12 wurden durch die Mitglieder der Schulkommission total 141 Schulbesuche durchgeführt:

- 67 Schulbesuche
- 12 Zwischenbeurteilungen zu 2 Schulbesuchen (total 24)
- 25 Hauptqualifikationen zu 2 Schulbesuchen (total 50)

Im Projekt «Viventa 11 / 14» arbeiten im Steuerungsausschuss drei Mitglieder und in den vier Teilprojekten neun Mitglieder der Schulkommission mit.

#### 4.6.4 Spezifische Kennzahlen

##### Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), Anschlusslösungen nach Schuljahr

	Anzahl Schülerinnen und Schüler							
	Schuljahr 2008/2009 <sup>1</sup>		Schuljahr 2009/2010 <sup>2</sup>		Schuljahr 2010/2011 <sup>2</sup>		Schuljahr 2011/2012 <sup>2</sup>	
<b>Anschlusslösung</b>	<b>Effektiv</b>	<b>in %</b>	<b>Effektiv</b>	<b>in %</b>	<b>Effektiv</b>	<b>in %</b>	<b>Effektiv</b>	<b>in %</b>
Berufsausbildung	363	54.6	351	53.9	341	56.3	311	54.7
Zwischenlösung	191	28.7	204	31.3	199	32.8	180	31.6
Mittelschule	11	1.7	14	2.2	17	2.8	12	2.1
Andere Lösung	28	5.6	25	3.8	22	3.6	24	4.2
Ohne Lösung	72	10.4	57	8.8	27	4.5	42	7.4
<b>Total Schüler/innen</b>	<b>665</b>	<b>100</b>	<b>651</b>	<b>100</b>	<b>606</b>	<b>100</b>	<b>569</b>	<b>100</b>

In den Schülerzahlen des Jahres 2008/09 sind alle Schülerinnen und Schüler der Schulen gezählt, die ab Schuljahr 2009/10 zum Berufsvorbereitungsjahr zusammengeschlossen wurden.

<sup>1</sup> Stichtag 30. Juni des Abschlussjahres

<sup>2</sup> Stichtag 15. September des Abschlussjahres

##### Schülerinnen und Schüler sowie Kursteilnehmende

	2008	2009	2010	2011	2012
Berufsvorbereitungsjahr	703	665	651	606	569
Erwachsenen- und Berufsbildung	7 427	7 933	7 956	8 431	7 955

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2012)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2002/000846 2002/000147	15.05.2002 18.12.2002	Fraktion Freisinnig-Demokratische Partei Gewalt von Jugendlichen, Bericht

*Wir bitten den Stadtrat, dem Gemeinderat einen Bericht zu unterbreiten, der als Bestandesanalyse die Gewalt von Jugendlichen in der Stadt Zürich untersucht. Besondere Berücksichtigung sollen dabei*

- die Gewalt in Schulhäusern und deren Umgebung,*
- am Schulsilvester,*
- der Vandalismus in öffentlichen Verkehrsmitteln auf dem Schulweg,*
- die Ausschreitungen nach verschiedenen Sportanlässen und auch*
- die jährliche Nachdemonstration zum 1. Mai, sowie andere gewalttätige Nachdemonstrationen finden.*

*Es sollen die Ursachen erfasst werden, die zu solchen Gewaltausbrüchen führen, einschliesslich der Rolle der Polizei. Der Bericht soll aber auch Lösungsvorschläge auflisten, was seitens der Bevölkerung und der Stadtverwaltung unternommen werden kann, damit Gewaltausbrüche möglichst vermieden bzw. allenfalls rechtzeitig erkannt werden.*

Der umfassende Bericht zur Thematik Jugendgewalt in der Stadt Zürich befindet sich in der Schlussphase. Die folgenden Inhalte sind erstellt und bilden die Struktur des Berichtes ab:

- Einführung
- Rückblick (Statistiken, Grosskrisen, Entwicklung der Jugend)
- Jugendgewalt im öffentlichen Raum (Schulsilvester, Botellón, Halloween, 1. Mai, illegale Partys)
- Massnahmen der Stadt (z-proso, Fachstelle für Gewaltprävention, Taskforce Jugendgewalt, Arbeitsgruppe Jugend im öffentlichen Raum)

Aufgrund der Vorfälle am Central und am Bellevue (illegale Partys mit anschliessenden Ausschreitungen), die in Bezug auf die Jugendgewalt-Thematik als schwerwiegend beurteilt und auch in den Medien breit diskutiert wurden, lancierte der Stadtrat das Projekt «Jugendbewilligungen». Das Projekt leistete im Jahr 2012 einen Beitrag zur Beruhigung der Situation in der Stadt Zürich.

Da die Erkenntnisse aus dem Projekt «Jugendbewilligungen» in den Bericht zur Jugendgewalt aufgenommen werden sollen, verzögert sich die Berichtserstattung erneut. Dies jedoch zugunsten einer umfassenden und aktuellen Darstellung der Situation.

Dementsprechend ist die Beantwortung des Postulats aufrechtzuhalten, und es wird eine Fristverlängerung bis Ende 3. Quartal 2013 beantragt.

MOT 450.250.130-003 2007/000480 2007/000232	09.05.2007 01.09.2010	Virchaux Jean-Claude und Danner Ernst Vollamtliche Schulleitungen, Änderung der Gemeindeordnung
--	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung über die Schulorganisation zu unterbreiten mit dem Ziel, die Schuleinheiten so zu organisieren, dass die Schulleitungen ihre Aufgabe möglichst vollamtlich und ausreichend unterstützt durch administrative Ressourcen ausüben können.*

Zur Planung von koordinierten Massnahmen zur Unterstützung von Schulleitungen hat das Schulamt der Stadt Zürich das Projekt «Administrative Unterstützung für Schulen mit vollamtlichen Schulleitungen» lanciert. In einer ersten Phase wurden alle Grundlagen und Modelloptionen für Strategie- und Planungsentscheide erarbeitet. Übergeordnetes Ziel ist, entsprechend der Motion GR-Nr. 2007/232, vollamtlichen Schulleitungen adäquate administrative Unterstützung zur Verfügung zu stellen, sodass sie ihre Kernaufgaben effektiv wahrnehmen können.

Die Rahmenbedingungen für die Einführung von vollamtlichen Schulleitungen werden auch auf kantonaler Ebene diskutiert. Am 6. Februar 2012 hat der Kantonsrat eine Änderung des Lehrpersonalgesetzes (LPG, LS 412.31) beschlossen, mit der unter anderem vollamtliche Schulleitungen von kantonalen Rechts wegen erst ermöglicht werden sollen. Gegen diese Gesetzesrevision ist das Referendum mit Gegenvorschlag ergriffen worden, so dass es über die Änderung des Lehrpersonalgesetzes zur Volksabstimmung kommt.

Aufgrund der vielfältigen Abhängigkeiten der zu erarbeitenden Weisung von kantonalen Vorgaben erschien es sinnvoll, den Ausgang der Volksabstimmung abzuwarten, bevor die Weisung dem Gemeinderat unterbreitet wird. Dem Antrag auf Fristerstreckung um zwölf Monate wurde stattgegeben.

Aus diesem Grund beantragen der Stadtrat und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Aufrechterhaltung der Motion.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 450.250.130-003 2010/000932 2010/000367	05.03.2008 01.09.2010	SP-Fraktion Sprach- und Deutschkenntnisse, Förderung vor Eintritt in den Kindergarten

*Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat eine Weisung zur Sprachförderung (Verbesserung der Sprach- und Deutschkenntnisse) vor dem Kindergarten zu unterbreiten.*

Mit Weisung GR Nr. 2010/367 hat der Stadtrat die Entgegennahme der Motion GR Nr. 2008/108 «Sprach- und Deutschkenntnisse, Förderung vor Eintritt in den Kindergarten» abgelehnt, war aber bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Der Gemeinderat hat diesem Antrag am 1. September 2010 zugestimmt.

Für Vorschulkinder und ihre Eltern steht in der Stadt Zürich ein vielfältiges und gut ausgebautes Betreuungs- und Unterstützungsangebot zur Verfügung. Mit dem Legislatorschwerpunkt «Frühförderung – Gute Startchancen für alle Kinder» hat der Stadtrat die Förderung von Kindern im Vorschulalter zu einem zentralen Schwerpunkt der laufenden Legislatur erklärt.

Ein wichtiges Ziel dieses Legislatorschwerpunkts ist es, die Angebote des Frühbereichs noch stärker auf frühfördernde Aspekte auszurichten. Neben der frühen Förderung der Sprachkompetenz gehören Kompetenzen aus weiteren Bildungsbereichen dazu, die für einen guten Kindergartenstart entscheidend sind. Mit dem Projekt «Bildungsorientierung in Kitas» in Zürich Nord wird bezweckt, die Kitas als Orte der Bildung, Betreuung und Erziehung zu positionieren.

Aktuell werden viele Massnahmen erprobt und überprüft. Die Massnahmen sind vielversprechend, gerade weil sie sich nicht eindimensional auf die Sprache ausrichten, sondern die Familie als Ganzes angesprochen und auch die Qualität der bestehenden Angebote verbessert werden soll. Von weiteren Aktivitäten im Bereich der Sprachförderung wird aus diesem Grund zum jetzigen Zeitpunkt abgesehen.

Der Stadtrat und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz beantragen die Aufrechterhaltung des Postulats, bis Resultate aus den Begleitevaluationen der Projekte im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Frühförderung – Gute Startchancen für alle Kinder» Ende 2014 vorliegen.

POS 2008/000732 2008/000319	02.07.2008 21.09.2011	CVP-Fraktion Volksschule, Auszeichnungen für ausserordentliche schulische Leistungen oder Projekte
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, auf welche Art und Weise Klassen einzeln oder im Verband für ausserordentliche schulische Leistungen oder Projekte belohnt werden können.*

POS 2009/000716 2009/000272	17.06.2009 02.11.2011	Stucker Rolf und Wohler Bruno Einflussnahme bezüglich Ansetzung von Hochrisikospielen im Letzigrund
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, in welcher Form er auf die Verantwortlichen des Schweizerischen Fussballverbandes im Hinblick auf den Spielplan bezüglich des Ansetzens von Hochrisikospielen im Letzigrund mit gleichzeitig-terminierten Grossanlässen in der Stadt Einfluss nehmen kann und will.*

POS 2009/000868 2009/000304	01.07.2009 02.11.2011	Barzotto Myriam Flächendeckendes Angebot einer Mittagsbetreuung in jeder Schuleinheit mit Oberstufe
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie baldmöglichst ein flächendeckendes, attraktives niederschwelliges Angebot einer Mittagsbetreuung in jeder Schuleinheit mit Oberstufe angeboten werden kann.*

POS 2009/000884 2009/000321	01.07.2009 02.11.2011	Seidler Christine und Jacobi Heinz Kampagne zur vermehrten Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln im Bereich «Sportliche Aktivitäten und Veranstaltungen»
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, eine Kampagne zu lancieren, die zum Ziel hat, die Besucherinnen und Besucher von Trainings, sportlichen Wettkämpfen usw. dazu zu bringen, Fahrten zu den Sport- und Trainingsstätten vermehrt mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln (ÖV, Fahrrad usw.) statt mit privaten Motorfahrzeugen auszuführen.*

MOT 2009/001302 2009/000467	21.10.2009 02.11.2011	Straub Esther und Stokar Gasser Christine Klassenmusizieren, Ausdehnung auf sämtliche Schulkreise
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, eine Weisung vorzulegen, die das erfolgreiche Projekt Klassenmusizieren auf sämtliche Schulkreise ausweitet.*

POS 730.220.140-26 2009/001303 2009/000468	21.10.2009 05.09.2012	Marthaler Thomas Freestyle Park Allmend Brunau, Ausarbeitung eines Betriebskonzeptes
---	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob, in Absprache mit den Betreibern der Freestyle Halle Werdhölzli, ein Betriebskonzept für den Freestyle Park Allmend Brunau ausgearbeitet werden kann.*

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
MOT 2010/000154 2010/000069	03.02.2010 04.04.2012	SP-Fraktion Städtische Tagesschulen, Ausbau des Angebots auf zwei Tagesschulen mit Tageskindergärten pro Schulkreis
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, das Angebot an städtischen Tagesschulen auf zwei Tagesschulen inkl. Tageskindergärten pro Schulkreis auszubauen. Dabei muss beachtet werden, dass der Zugang breit kommuniziert und einfach gestaltet wird und dass in den Tagesschulen bzw. Kindergärten eine mindestens dem Quartier entsprechende soziale Durchmischung gewährleistet ist.</i>		
POS 730.120.160-53 2010/000579 2010/000225	26.05.2010 05.09.2012	Liebi Roger und Regli Daniel Umsetzung des Unterrichtsfachs «Mensch und Umwelt» an den Volksschulen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie an der Volksschule in der Stadt Zürich im Rahmen des von der Volksschuldirektion vorgegebenen Lehrplanes im Unterrichtsfach «Mensch und Umwelt» konsequent und nachhaltig Geschichte, Geographie und Kultur der Schweiz und Zürichs gelehrt wird.</i>		
POS 730.120.160-59 2012/000427	23.06.2010 14.11.2012	Rabelbauer-Pfiffner Claudia und Mächler Martin Schaffung von eigenen Schulsekretariaten für die Schulleitungen
<i>Der Stadtrat wird beauftragt eine Kredit schaffende Weisung zu erlassen, welche gem. § 46 des neuen Volksschulgesetzes die Schaffung von eigenen Schulsekretariaten für die Schulleitungen zu deren Entlastung in administrativen und organisatorischen Belangen zum Ziel hat. Die Anzahl der entsprechenden Stellenprozente für diese Schulsekretariate sollen sich dabei nach der Grösse der jeweiligen Schuleinheit richten und durch Umlagerung von Ressourcen aus dem Schul- sowie Sportdepartement sowie aus den Kreisschulsekretariaten entstehen.</i>		
POS 730.120.160-60 2010/000299	07.07.2010 14.11.2012	Straub Esther und Gut Christoph Schaffung einer zentralen Informations- und Anlaufstelle in den Schulkreisen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit bestehenden Ressourcen aus dem Schul- und Sportdepartement oder den Kreisschulpflegesekretariaten in den einzelnen Schulkreisen je eine zentrale Informations- und Anlaufstelle bestimmt werden kann, über die sämtliche Formalitäten im Zusammenhang mit der Anmeldung zum ersten Kindergarten bzw. zum Schuleintritt abgewickelt werden. Die Anlaufstelle soll das Anmeldeverfahren vereinfachen und die Eltern aktiv, rechtzeitig und umfassend über die städtischen Bildungs- und Betreuungsangebote informieren.</i>		
POS 730.120.160-14 2010/000529	15.12.2010 14.11.2012	Hug Christina und Rabelbauer-Pfiffner Claudia Vermittlung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung und der 2000-Watt-Gesellschaft in den städtischen Schulen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Ziele der nachhaltigen Entwicklung und der 2000-Watt-Gesellschaft vermehrt in den städtischen Schulen vermitteln und umsetzen kann.</i>		
MOT 730.210.100-001 2011/000205	08.06.2011 14.09.2011	Egger Urs Verordnung über die Volksschule, Schaffung einer zentralen Stelle zur Koordination der Nutzung der Turnhallen und schulischen Sportanlagen
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, welche Art. 65b, Absatz 2 der Verordnung über die Volksschule dahingehend abändert, dass in Zukunft eine zentrale Stelle der Stadt Zürich die Nutzung der Turnhallen und schulischen Sportanlagen ausserhalb des Schulbetriebes koordiniert. Dabei ist bei der Vergabe der Nutzungszeiten der organisierte Jugendsport zu bevorzugen. Die Umsetzung hat mit der bestehenden Anzahl Stellen zu erfolgen.</i>		
MOT 730.120.160-24 2011/000223	22.06.2011 04.04.2012	FDP-Fraktion Neuregelung der Schulzeiten an der Volksschule
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, eine Weisung vorzulegen, welche die Schulzeiten der Volksschule neu regelt, so dass der Schulbetrieb von morgens bis nachmittags durchgehend stattfindet. Am Mittag ist eine längere Verpflegungspause vorzusehen. Die Anzahl Lektionen richtet sich nach dem Volksschulgesetz. Die Mittagspause der Lehrkräfte sowie die Qualität des schulischen Betreuungswesens sind gewährleistet.</i>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 730.150.100-005 2011/000348	21.09.2011 23.11.2011	SP-Fraktion Betreuungsangebote für schulpflichtige Kinder, Pauschalisierung der Angebote sowie Vereinfachung der administrativen Abläufe
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit der Verpflichtung auf eine Nutzung von mindestens 2 Tagen pro Woche, für die Angebote der Hortbetreuung und einer verstärkten Pauschalierung der Angebote gemäss Tarifverordnung (Anhang 3 zur Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich) die pädagogisch notwendige Konstanz bei den Betreuungsgruppen, mehr Planungssicherheit für die Horte und eine Vereinfachung der administrativen Abläufe erreicht werden können.</i>		
POS 730.230.100-2 2011/000381	05.10.2011 07.12.2011	CVP-Fraktion Verstärkte Personenkontrolle beim Einlass zu den Heimspielen des FCZ und GCZ
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die am Einlass zu den Heimspielen des FCZ und GCZ vorgenommene Personenkontrolle im Stadion Letzigrund konsequent (nicht Stichprobe) verstärkt und zeitlich ausgedehnt werden kann, sodass keine gefährlichen Gegenstände mehr in das Stadion mitgeführt werden können und die Sicherheit nachhaltig verbessert werden kann.</i>		
POS 740.140.110-010 2011/000455	07.12.2011 17.12.2011	Angst Walter Externe Evaluation zur Überprüfung von Wirkung und Nutzen der Massnahmen im Zusammenhang mit der Erweiterung der Tagesstrukturen
<i>Der Stadtrat wird gebeten, eine externe Evaluation der im Zusammenhang mit der Erweiterung der Tagesstrukturen an der Volksschule von der Konferenz der SchulpräsidentInnen und vom Stadtrat beschlossenen organisatorischen und anstellungsrechtlichen Massnahmen zur Senkung der Kosten pro Betreuungsplatz (u. a. Reduktion der Flächen pro betreutem Kind, Anpassung des Betreuungsschlüssels, Einsetzung der Leitung Betreuung in den Schuleinheiten als neue Hierarchiestufe, Anstellung von FABEs und Reduktion der Zahl der HortleiterInnen, Einführung von Grosshorten mit flexiblem Einsatz des Betreuungspersonals, Anpassung des Anstellungsbedingungen des Hortpersonals) zu prüfen. Besondere Aufmerksamkeit soll bei der Evaluation dem Verhältnis von Einsparpotential, Betreuungsqualität und Gesamtqualität des Hortangebots für die Kinder und den Auswirkungen der Anpassungen auf Motivation und Qualität der Arbeit des Betreuungspersonals beigemessen werden. Dabei soll das ganze Spektrum möglicher Tagesstrukturen, inklusive Schülerklubs, gebundener und ungebundener Tagesschulen mitberücksichtigt werden.</i>		
POS 730.150.100-22 2012/000429	28.03.2012 14.11.2012	Garcia Isabel und Hauri Andreas Neuregelung der Mittagszeit in den städtischen Tagesschulen, Mittagstischen und Horten
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, welche die Mittagspause in der Volksschule neu so regelt, dass in den städtischen Tagesschulen, Mittagstischen und Horten jeweils mindestens zwei Gruppen von SchülerInnen gepflegt werden können. Die Staffelung der Mittagszeit soll auf die spezifischen Bedürfnisse der verschiedenen Altersgruppen Rücksicht nehmen.</i>		
POS 730.220.120-01 2012/000284	04.07.2012 22.08.2012	Luchsinger Martin und Garcia Isabel Einsatz von synthetischem Eis bei der Realisierung öffentlich finanzierter Eisflächen für den Breitensport
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie synthetisches Eis aufgrund der energetischen Vorzüge und der tieferen Betriebskosten als Standard für die Realisierung von öffentlich finanzierten Eisflächen für den Breitensport (z.B. Aussenfeld – Sportzentrum Heuried) in der Stadt Zürich definiert werden kann. Für bestehende Anlagen soll im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Zürich periodisch ein Ersatz mit synthetischem Eis geprüft werden.</i>		
POS 730.120.100-07 2012/000454	05.12.2012 12.12.2012	Wylar Rebekka Ausbau der Schuldenprävention an der Oberstufe und an den Berufsschulen
<i>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei den Betreibungsämtern zweieinhalb Stellen geschaffen werden können, um die Schuldenprävention an der Oberstufe und an den Berufsschulen auszubauen. Dazu ist ein entsprechendes Konzept mit zugehörigem Material auszuarbeiten, das an halbtägigen Schulbesuchen den Schülerinnen und Schülern vermittelt wird. Letztere sind dabei aktiv einzubeziehen.</i>		



## II. Abschreibungsanträge für Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2002/002100 2002/000471	06.11.2002 07.09.2005	Erfigen Monika und Peter Karin Drogen und Alkohol, Nulltoleranz an den Schulen

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie an den Schulen der Stadt Zürich die Nulltoleranz für Drogen und Alkohol durchgesetzt werden kann.*

Im Sommer 2010 wurde für die Schulanlagen der Volksschule eine neue Hausordnung in Kraft gesetzt (Hausordnung für die Schulanlagen der Volksschule der Stadt Zürich). Diese gilt nicht nur für Schülerinnen, die Schüler und das Schulpersonal, sondern auch für die Nutzerinnen und Nutzer der Aussenanlagen. In Art. 5 der Hausordnung wird Folgendes festgehalten:

«Der Konsum von Alkohol, Raucherwaren und anderen Suchtmitteln ist auf der ganzen Schulanlage verboten. Die Schulkonferenz kann vorsehen, dass das Schulpersonal in einem von den übrigen Räumen abgetrennten und ausreichend belüfteten Raum des Schulhauses rauchen darf. Alkoholkonsum von Erwachsenen an besonderen Anlässen ist gestattet.»

Die Hausordnung legt unter anderem fest, dass die Aussenanlagen ausserhalb der Schulzeiten bis 21.00 oder 22.00 Uhr der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, dass Sachbeschädigungen strafrechtlich verfolgt werden und dass Alkoholkonsum und Rauchen auf der ganzen Schulanlage untersagt sind. Zur Kommunikation der wichtigsten Verhaltensregeln wurden auf allen Schulanlagen, bei sämtlichen Zugängen gut sichtbar, Tafeln mit den wichtigsten Benützungsvorschriften aufgestellt. Darauf sind neben den Nutzungszeiten vier Piktogramme betreffend Abfallentsorgung, Rauchverbot, Alkoholverbot und Hundeverbot aufgeführt.

Sämtliche in einem Schulhaus involvierten Personen (Schulleitung, Lehrpersonen, Leitung Hausdienst und Sicherheit, Hausdienst-Hilfspersonal) unterstützen die Durchsetzung der geforderten Nulltoleranz für Drogen und Alkohol. Sie gehen aktiv auf Besuchende von Schulanlagen zu und setzen die Reglemente durch.

Ausserhalb der Betriebszeit der Schulanlagen werden die Schulanlagen neben dem Einsatz der Polizei im Rahmen ihres dienstlichen Auftrags seit Mai 2010 regelmässig durch einen privaten Sicherheitsdienst kontrolliert. Dieser Sicherheitsdienst spricht fehlbare Nutzerinnen und Nutzer an und weist sie nötigenfalls von der Anlage. Gemäss einer Auswertung der Bewachungsrapporte seit dem 1. Januar 2011 ist insbesondere der Vandalismus massiv zurückgegangen.

Im Jahr 2009 wurde zudem die gesetzliche Grundlage für die Einrichtung von Videoüberwachungen auf Schulanlagen geschaffen. Nachdem seit 2010 erste Pilotanlagen mit Erfolg ausgerüstet worden sind, ist vorgesehen, in den nächsten Jahren weitere Schulanlagen mit Videoüberwachung auszurüsten. Als weitere Ergänzung steht die sip züri (Sicherheit, Intervention, Prävention) des Sozialdepartements (SD) zur Verfügung. Diese kann bei Problemen auf Schulanlagen beigezogen werden.

Mit den oben genannten Massnahmen wird die Nulltoleranz in sämtlichen Schulen der Stadt Zürich durchgesetzt. Daher beantragen der Stadtrat und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

POS 2006/000605 2006/000223	07.06.2006 21.06.2006	Rabelbauer Richard und Rabelbauer-Pfiffner Claudia Drogen- und Gewaltprävention, Konzept für die Volksschule
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten ein Konzept für die Drogen- und Gewaltprävention zu erarbeiten, welches sicherstellt, dass jedes Schulkind in der Stadt Zürich einen Präventionsunterricht je einmal in der Unter-, der Mittel- und der Oberstufe erfährt. Der jeweilige Präventionsunterricht soll der Alterstufe angepasst sein.*

Vorstellungen zur Umsetzung der Drogenprävention sind seit Gründung der Suchtpräventionsstelle der Stadt Zürich im Jahr 1985 bereits in verschiedenen Dokumenten festgehalten. Der Auftrag für eine umfassende Suchtprävention ist sehr detailliert zum einen in den Weisungen des Stadtrats an den Gemeinderat vom 7. 9. 1983, «Drogenprävention in der Stadt Zürich», und vom 28. 8. 1992, «Zusammenlegung von Suchtpräventionsstelle und Infoteam im Sozialamt», ausgeführt. Zum andern sind Ziele und Inhalte für die Arbeit in den kantonalen Suchtpräventionskonzepten von 1991, «Suchtpräventionskonzept», und von 1994, «Sicherstellung der Suchtprävention in allen Regionen des Kantons Zürich», festgehalten. Weiter ist Suchtprävention auf der Volksschulstufe im Lehrplan der Volksschule verankert und unter den Bildungszielen der Legislaturperiode 2007–2011 der kantonalen Bildungsdirektion aufgeführt. Ein Konzept zur Drogenprävention in der Volksschule muss deshalb nicht ausgearbeitet werden.

Seit jeher gilt das besondere Augenmerk der städtischen Fachstelle den Lebensfeldern von Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen, in Schule, Ausbildung, Familie und Freizeit. Für die Prävention in der Volksschule wurde ein breites Angebot für alle Stufen sowohl für die Schülerinnen und Schüler wie auch für Lehrpersonen, Elternschaft und weitere Beteiligte im Schulbereich entwickelt. Mitarbeitende der Suchtpräventionsstelle sind in der Volksschule mit Präventionsangeboten für Klassen, mit Weiterbildungen für Schulteams, Interventionen, Elternabenden oder Prozessbegleitungen sehr präsent. Für die Suchtprävention im Unterricht wurden 2012 im Rahmen der im letzten Bericht erwähnten Dachstrategie Gesundheitsförderung und Prävention in Zusammenarbeit mit Lehrpersonen zahlreiche Lehrmittel aufbereitet. Diese Unterrichtsmaterialien stehen mit Empfehlungen den einzelnen Schulstufen zur Ausleihe zur Verfügung.

Den Anliegen des Postulats wird mit den geschilderten Massnahmen Rechnung getragen, weshalb die Abschreibung des Postulats beantragt wird.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/000938 2006/000347	30.08.2006 30.06.2010	Rabelbauer-Pfiffner und 20 Mitunterzeichnende Lehrerberuf, Steigerung der Attraktivität

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf direktem und indirektem Weg beim Kanton dahin gehend einwirkt, dass die Attraktivität des Lehrberufs stark gesteigert werden kann und Vollzeitpensen wieder ohne die Gefahr ein Burnout zu erleiden erteilt werden können. Dazu sollen u. a. Entlastungsmassnahmen und Karriereperspektiven aufgezeigt sowie Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten werden.*

Seit Beginn der Einführung und Umsetzung des Volksschulgesetzes haben sowohl Kanton als auch Stadt Zürich auf verschiedene Herausforderungen reagiert, die mit Veränderungen der Rahmenbedingungen des Lehrberufs zusammenhängen. Neben einigen strukturell bedingten Aspekten der Attraktivität des Lehrberufs, die direkt beeinflussbar sind, gibt es verschiedene gesellschaftliche und individuelle Faktoren, auf die weder Verwaltung noch Behörden einwirken können und die auf die Berufswahl oder die Entstehung eines Burnout-Syndroms einen Einfluss haben können. Ein Grossteil der direkt beeinflussbaren Aspekte zur Steigerung der Attraktivität der Lehrberufe liegt in der Hoheit des Kantons. Hier wurden verschiedene Massnahmen ergriffen, z. B. in den Bereichen Ausbildung, Lohngestaltung, Berufsauftrag und Entlastung. Aber auch die Stadt hat mit diversen Unterstützungsmassnahmen reagiert, z. B. mit Massnahmen zur Entlastung des Schulpersonals, Burnout-Prophylaxe etc. Die städtischen Schulbehörden sowie das Schul- und Sportdepartement (SSD) stehen auf verschiedenen Ebenen in regem Kontakt mit der Bildungsdirektion bzw. mit dem Volksschulamt, um die geforderten Entwicklungen koordiniert voranzutreiben. Dies geschieht in offiziellen und institutionalisierten Austauschtreffen (z. B. halbjährlich zwischen Kanton und den Städten Zürich und Winterthur), aber auch in projekt- und fachbezogenen Gremien (z. B. betreffend die koordinierte sonder- und regelpädagogische Förderung, betreffend Instrumente zur Sprachstandserhebung oder betreffend Weiterbildungen zum Thema Hochbegabung). Dazu engagiert sich der Stadtrat in der Städteinitiative Bildung u. a. dafür, dass Städte in den kantonalen Vorschriften grössere Gestaltungsspielräume erhalten.

Aus diesen Gründen beantragen der Stadtrat und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

POS 2006/001107 2006/000440	04.10.2006 30.06.2010	Rykart Sutter Karin und Leupi Daniel UNICEF, Erwerb des Gütesiegels «Kinderfreundliche Stadt»
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich das Label der UNICEF «Kinderfreundliche Stadt» erwerben kann.*

Der Erwerb des UNICEF-Labels «Kinderfreundliche Gemeinde» soll die Umsetzung der Kinderrechtskonvention und Prozesse zur Steigerung der Kinderfreundlichkeit auf kommunaler Ebene unterstützen. Die Kinderfreundlichkeit in der Stadt Zürich ist ein wichtiges Anliegen und wird deshalb mit verschiedenen Massnahmen gefördert.

Die wichtigsten Indikatoren für die Vergabe des Labels betreffen die Bereiche Schutz, Förderung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Gerade im Bereich der Volksschule werden mit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes wesentliche Anliegen des UNICEF-Labels (Integration, Partizipation, Begabungsförderung, ausserfamiliäre Betreuung, Gesundheitsförderung) aufgenommen. Einige Grossprojekte des SSD (z. B. Koordination der regel- und sonderpädagogischen Förderung KoFö, Erweiterung der Tagesstrukturen ET) fördern entsprechende Weiterentwicklungen in den Schulen. Ein wichtiger Schritt zu mehr Kinderfreundlichkeit ist die Partizipation, der vermehrte Einbezug der Sichtweisen von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen und bei Entscheidungen, von denen sie betroffen sind. Mit den Angeboten «Megalphon» (SD) und «Partizipation – Mitwirken in der Schule» (Schulamt, SSD) fördert die Stadt Zürich die Partizipation von Kindern und Jugendlichen sowohl im öffentlichen als auch im schulischen Bereich. Mit dem LSP «Frühförderung – Gute Startchancen für alle Kinder» wird angestrebt, dass sich alle Stadtzürcher Kinder im Vorschulalter in sozialer, emotionaler, kognitiver und sprachlicher Hinsicht optimal entwickeln können. Im Rahmen dieses LSP werden verschiedene Massnahmen geprüft und ergriffen. Die Kontaktgruppe Kinderanliegen (KoKa) arbeitet seit 2011 mit einem Auftrag der Stadträtlichen Delegation Schule und mit einer breiten Abstützung in allen Dienstabteilungen. Die KoKa orientiert sich bei ihrer Arbeit auch stark an den UNICEF-Kriterien. Durch die KoKa koordiniert wird auch die Beteiligung Zürichs am europäischen Städtenetzwerk «Cities for Children», Verbund von Städten mit mehr als 100000 Einwohnern) und damit der Austausch mit anderen Städten bezüglich der Förderung von Kinderfreundlichkeit.

Mit diesen vielfältigen Massnahmen und Instrumenten ist gewährleistet, dass der Handlungsbedarf bezüglich Kinderfreundlichkeit identifiziert wird und dass Prozesse zur gezielten Förderung der Kinderfreundlichkeit in Gang gesetzt und vorangetrieben werden.

Eine Analyse des Schulamts hat gezeigt, dass das UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde» eher auf kleinere Gemeinden zugeschnitten ist. Eine ausführliche Kostenanalyse hat ergeben, dass der geschätzte finanzielle Aufwand für den Erwerb und die Nutzung des UNICEF-Labels für vier Jahre bei Fr. 400000.– bis Fr. 500000.– liegt. Für eine Rezertifizierung nach jeweils vier Jahren müsste mit wiederkehrenden Kosten in der gleichen Höhe (bzw. mit Fr. 100000.– bis Fr. 125000.– pro Jahr) gerechnet werden. Damit sind diese Kosten für den Erwerb und die Aufrechterhaltung des Labels im Vergleich zum erreichbaren Nutzen für die Stadt Zürich unverhältnismässig hoch. Deshalb sollte auf den Erwerb des UNICEF-Labels verzichtet werden.

Der Stadtrat und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz beantragen daher die Abschreibung des Postulats.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/001204 2006/000465	01.11.2006 15.11.2006	Stucker Rolf und Sidler Bruno IMMO, Erhalt von Abwartwohnungen in Schulhäusern

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die IMMO verpflichtet werden kann, auch in Zukunft Abwartwohnungen in den städtischen Schulhäusern beizubehalten.*

Die Zuständigkeit und die Entscheidungskompetenz, ob der Leiter Hausdienst und Technik (LHT) auf der Schulanlage wohnen muss, liegt bei der jeweiligen Kreisschulpräsidentin/ beim jeweiligen Kreisschulpräsidenten.

Sofern es seitens der Schule erwünscht ist, dass eine bestehende Hauswartwohnung beibehalten werden soll, wird dies von der Kreisschulpflege so bestellt und im Rahmen des Betriebskonzepts festgehalten. Das Betriebskonzept ist diesbezüglich verbindlich. Dies bedeutet, dass die Immobilien-Bewirtschaftung in diesem Fall verpflichtet wird, die LHT-Wohnung beizubehalten.

Die Frage, ob bei Umbauten, Erweiterungen oder Instandsetzungen von Schulanlagen die Hauswartwohnung tatsächlich beibehalten werden soll, wird immer im Einzelfall geprüft. Ebenso wird bei einer allfälligen Stellenbesetzung durch die Kreisschulpflege überprüft, ob der neue Stelleninhaber zwingend in der Dienstwohnung wohnen muss. Dabei werden auch allfällige Probleme betreffend Abfall, Vandalismus und Lärmbelästigungen berücksichtigt. Aufgrund der Erfahrungen der beteiligten Personen (LHT, Schulleiter, Kreisschulpflege) ist eine sehr gute und profunde Einschätzung der jeweiligen Situation vor Ort möglich.

Aus diesem Grund beantragen der Stadtrat und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

POS 2006/001302 2006/000524	22.11.2006 21.03.2007	Virchaux Jean-Claude Schulsozialarbeit, Verstärkung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in Schulhäusern der Stadt Zürich, welche soziale Brennpunkte darstellen, verstärkt werden kann.*

Der Ausbau der Schulsozialarbeit erfolgte etappenweise in den Jahren 2003 bis 2006 sowie 2008. 2011 wurde ein Ausbaustand von 56 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern erreicht, die in 82 verschiedenen Schulen tätig waren. Der Stellenplan belief sich auf 34 Stellenwerte.

Die Schulsozialarbeit hat sich sehr gut eingeführt, die Zusammenarbeit zwischen SSD und SD zur allseitigen Zufriedenheit etabliert.

Aufgrund von Anträgen aus den Schulen meldeten verschiedene Schulpräsidentinnen und Schulpräsidenten Bedarf an zusätzlichen Ressourcen für Schulsozialarbeit an, um weitere Schulen abdecken zu können bzw. die Stellenprozente von Schulsozialarbeitenden in einzelnen Schulen aufzustocken. Mit Beschluss über den Voranschlag 2012 hat der Gemeinderat am 21. Dezember 2011 für die Schulsozialarbeit zusätzliche Lohnausgaben bei den Sozialen Diensten bewilligt. Dies führte zu einer Erhöhung um insgesamt fünf Stellen ab Schuljahr 2012/2013. Mit der Erhöhung um fünf weitere Stellenwerte wurde auch die Ressourcen-Verteilung auf die Schulkreise neu geregelt. Die Zuteilung erfolgt neu nicht nur aufgrund des angemeldeten Bedarfs, sondern mittels eines durch die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz festgelegten Schlüssels, der den Anteil fremdsprachige Schülerinnen und Schüler und Kinder von Sozialhilfeempfängern berücksichtigt. Um die soziodemografische Entwicklung in den Schulkreisen zu berücksichtigen, wird die Verteilung alle zwei Jahre überprüft und gegebenenfalls angepasst, dies erstmals auf Schuljahr 2014/15. Die Verteilung in den Schulkreisen wird weiterhin in Absprache zwischen den Schulpräsidentinnen und -präsidenten und dem Sozialzentrum erfolgen.

Mit der Erhöhung der Stellenwerte für Schulsozialarbeit und dem neuen Verteilschlüssel der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz wird das Ziel des Postulats erfüllt, die Schulsozialarbeit in Schulhäusern, die soziale Brennpunkte darstellen, zu verstärken.

Aus diesem Grund beantragen der Stadtrat und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats

POS 450.250.130-003 2007/000659 2007/000352	13.06.2007 01.09.2010	Wepf Mirella und Wyler Rebekka Entlastungsvikariate für Notfallsituationen in Schulklassen, Einrichtung eines Spezialfonds
--	--------------------------	---

*Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, inwiefern mit der Einrichtung eines Spezialfonds für Entlastungsvikariate und den Einsatz von Sozialpädagoginnen oder Sozialpädagogen auf Notfallsituationen in Schulklassen schneller reagiert werden kann.*

Die Schulen der Stadt Zürich können auf eine Vielzahl von wirksamen Unterstützungsmassnahmen zurückgreifen, um Lehrpersonen in schwierigen Situationen zu unterstützen. Möglich sind u. a.

- ein kurzfristiger, unbürokratischer Beizug von Lehrpersonen im Rahmen von situativer Unterstützung oder integrativer Förderung durch die Kreisschulpflegen;
- kurzfristige Möglichkeiten, Klassen zu stärken oder zu entlasten durch «Time-out»- oder «Time-win»-Lösungen;
- die Unterstützung durch Beizug von Spezialistinnen und Spezialisten der Fachstelle Gewaltprävention (u. a. Sozialpädagogen) oder des Schulpsychologischen Dienstes;
- die Einrichtung von Entlastungsvikariaten, die durch die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz bewilligt werden können.

Das Instrument eines Stundenpools speziell für Entlastungsvikariate in Notfallsituationen in Schulklassen würde aus der Sicht der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz und des Stadtrats zu kurz greifen und ist angesichts der vielfältigen und bewährten Unterstützungsangebote nicht notwendig.

Aus diesen Gründen beantragen der Stadtrat und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 450.250.130-003 2007/000797 2007/000408	11.07.2007 01.09.2010	Marthaler Thomas und Feuillet Dominique Lernchancen in der Stadt Zürich, Bericht über deren Angleichung

*Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat einen Bericht mit Strategien und Massnahmen und Interventionen beim Kanton zur Angleichung der Lernchancen in der Stadt Zürich vorzulegen. Insbesondere soll aufgezeigt werden, wie der Zugang zum Gymnasium unabhängiger von Wohnquartier und Einkommen der Eltern erfolgen kann.*

Mit Weisung GR-Nr. 2012/414 vom 14. November 2012 zum Postulat GR-Nr. 2007/408 betreffend Lernchancen in der Stadt Zürich, Bericht über deren Angleichung, wurde dem Gemeinderat beantragt, dieses Postulat abzuschreiben.

POS 450.250.130-003 2010/000931 2010/000354	19.09.2007 01.09.2010	Dr. Straub Esther und 17 Mitunterzeichnende ewz, Projektstage für Energiesparen in der Volksschule
--	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage mit folgendem Inhalt zu unterbreiten: Das ewz führt mit eigenen Fachkräften und Mitteln an der Ober- oder an der Mittelstufe erlebnisreiche Projektstage durch mit dem Ziel, die Schülerinnen und Schüler zum Energiesparen zu animieren.*

Mit Weisung GR Nr. 2010/354 hat der Stadtrat die Entgegennahme der Motion GR Nr. 2007/509 «ewz, Projektstage für Energiesparen in der Volksschule» abgelehnt, war aber bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Der Gemeinderat hat diesem Antrag am 1. September 2010 zugestimmt. Die Stadtbevölkerung hat sich in der Volksabstimmung vom November 2008 für eine Verankerung einer nachhaltigen Entwicklung und der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung ausgesprochen.

Die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz und der Vorsteher des SSD sind davon überzeugt, dass die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung in den Schulen gelegt werden können, indem im alltäglichen Schulbetrieb ein schonungsvoller Umgang mit Ressourcen gepflegt und Nachhaltigkeit gelebt wird.

Folgende Massnahmen unterstützen die Schulen bei diesem Vorhaben:

- Teilnahme am Pilotprojekt «Umweltschulen – Lernen und Handeln»; zwei bis fünf Schulen beteiligen sich an diesem Förderprogramm und werden dabei von den städtischen Dienstabteilungen personell und finanziell unterstützt.
- Erarbeitung von Unterrichtseinheiten zur 2000-Watt-Gesellschaft; die Unterrichtsmaterialien für Primar- und Sekundarstufe liegen seit März 2012 vor und werden interessierten Lehrpersonen abgegeben.
- Koordination der umweltpädagogischen Angebote der Stadt Zürich; es bestehen bereits viele Angebote von der Stadt Zürich wie auch von externen Stellen, die neu nun auf einer gemeinsamen elektronischen Plattform publiziert werden. Diese benutzerfreundliche Plattform stellt den Schulen die Informationen über Inhalte der Angebote und deren Anbieter zur Verfügung, so dass der Bezug für die Schulen wesentlich vereinfacht wird. Zusätzliche Angebote von ewz, wie sie im Postulat gefordert werden, können aus der Sicht von Schulamt und Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ) die bisherigen Angebote ergänzen oder erweitern.

Mit diesem Vorgehen ist sichergestellt, dass die Ziele einer nachhaltigen Bildung in den Schulen der Stadt Zürich erreicht und damit die Forderungen des Postulats erfüllt werden.

Aus diesen Gründen beantragen der Stadtrat und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000052 2008/000025	16.01.2008 30.01.2008	Weibel Waser Esther und Makwana-Boss Elisabeth o.B. Kinderkultur-Angebote, Berücksichtigung und Vernetzung

*Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie die Kinderkultur-Angebote in der Stadt Zürich in Zukunft unter der Federführung des geplanten Kinderkulturhauses koordiniert und vernetzt werden können und eine Zusammenarbeit mit kantonalen Projekten gesichert werden kann.*

Im Jahr 2006 hat die Stadt Zürich das Projekt «Kinderkulturhaus» gestartet mit der Absicht, eine Lokalität bereitzustellen und zu betreiben, die Kinder aller sozialen Schichten zur kreativen Betätigung in verschiedenen Kulturbereichen und -Genres einlädt. Aufgrund der grossen Schwierigkeiten, eine für diesen Zweck geeignete Liegenschaft zu finden, musste das Vorhaben nochmals überdacht werden. Eine umfassende Analyse der bestehenden Kulturangebote für Kinder und Jugendliche im Frühjahr 2011 zeigte auf, dass in der Stadt Zürich bereits ein breites und vielfältiges Angebot besteht, das zudem in den vergangenen Jahren stetig ausgebaut worden ist. Es wurden sodann drei Zielsetzungen definiert, mit denen die bestehenden Lücken im Bereich Kinderkultur am besten geschlossen werden können:

1. Die Bekanntheit des aktuellen Angebots soll verbessert und ein möglichst vollständiger Überblick über das Geschehen im Bereich Kinderkultur in der Stadt Zürich geboten werden.
2. Bestehende Angebote sollen besser koordiniert und wo sinnvoll vernetzt werden, damit Synergien geschaffen, Angebotslücken geschlossen und thematische Schwerpunkte bestimmt werden können.
3. Bereits bestehende finanzielle Unterstützungen für Kinderkulturangebote (einmalig oder dauerhaft) sollen in Zukunft gesamtheitlich an Leistungsvereinbarungen gekoppelt werden, damit die unterstützten Kulturinstitutionen und Veranstaltungen auf die mit der Stadt Zürich vereinbarten Zielsetzungen, Zielgruppen und Schwerpunkte verpflichtet werden können.

Diese Zielsetzungen setzt der Stadtrat mit den folgenden Massnahmen des Präsidialdepartements (PRD) und des SSD um:

- *Erhöhung Subvention Kindertheater PurPur:* Mit der Erhöhung der jährlichen Subvention von Fr. 50 000.– auf Fr. 150 000.– (2013–2016) wird neben der nachhaltigen Sicherstellung des Kindertheaters ein Tourneebetrieb von professionellen Kindertheatergruppen in Quartierinstitutionen sowie die Beratung von Quartierinstitutionen bei Fragen der Kulturvermittlung ermöglicht. Dieses Ziel wurde vom PRD mit GR 2012/288 umgesetzt.
- *Ausbau Festival Blickfelder 2013:* Durch ein verstärktes finanzielles Engagement der Stadt Zürich (einmalig Fr. 300 000.– verteilt auf zwei Jahre) sowie durch die aktive Mitwirkung in der Programmentwicklung und Durchführung wird die inhaltliche und geografische Abdeckung dieses Kulturfestivals für Kinder und Jugendliche in der Stadt Zürich erweitert. Kinder und Jugendliche aus wirtschaftlich schwächeren Verhältnissen werden dabei besonders angesprochen. Das SSD hat mit dem Kanton (Bildungsdirektion, Fachstelle Schule und Kultur) eine entsprechende Leistungsvereinbarung getroffen. Das Festival wird im April 2013 durchgeführt.
- *Kinderkulturakademie & Kinderkulturpass:* Gemeinsam mit der Stadt Zürich gründet das Haus Konstruktiv eine «Kinderkulturakademie», deren Ziel es ist, das reichhaltige Angebot der Zürcher Kulturinstitutionen für Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Schichten zugänglich und attraktiv zu machen. Dafür sind einmalige Mittel von Fr. 30 000.– (Initialaufwand 2012) und jährlich wiederkehrende Mittel von Fr. 50 000.– (ab 2013) gesprochen worden. Dieses Ziel wurde vom PRD mit GR 2012/326 umgesetzt.
- *Auftragsweiterung beim Büro für Schulkultur:* Das Büro für Schulkultur wird zusammen mit städtischen Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden eigene Kulturprogramme für spezifische Zielgruppen in den Volksschulen entwickeln und die Funktion eines allgemeinen Beratungs- und Informationsbüros für Kinderkultur übernehmen. Dem Büro für Schulkultur sind zur Erfüllung des erweiterten Auftrags finanzielle Ressourcen im Umfang von jährlich wiederkehrend Fr. 200 000.– im Rahmen des Budgets 2013 vom Gemeinderat bewilligt worden.
- *Bündelung und Kommunikation des Kinderkulturangebots:* Das breite und vielfältige Angebot an Kinderkultur in der Stadt Zürich wird gebündelt und attraktiv auf einer Internetplattform kommuniziert. Ursprünglich war geplant, das Kinderkulturangebot auf einer Plattform zu präsentieren, die das gesamte Kulturangebot von Zürich umfasst. Da diese Gesamtkulturplattform vom Gemeinderat abgelehnt worden ist, wurde nur das Projekt einer gebündelten Kommunikation des Kinderkulturangebots weiterverfolgt. Das PRD hat verschiedene mögliche Trägerschaften eingeladen, sich für die Umsetzung und den Betrieb einer solchen Plattform zu bewerben. Aufgrund einer sorgfältigen Auswahl wurde eine Trägerschaft gewählt, die schon bisher in der Kommunikation des Kinderkulturangebotes tätig war und in der Zürcher Kultur bestens vernetzt ist. Die Vereinigung Zürcher Kindertheater, die bisher den Zürcher Kindertheaterkalender in Printform herausgegeben hat, und der Verein Kulturvermittlung Zürich, eine Vereinigung der «Vermittlungspersonen» in den Zürcher Kulturinstitutionen, schliessen sich zu einem Trägerverein Kinderkulturkalender zusammen. Eine Leistungsvereinbarung mit dem Trägerverein ist ausgearbeitet, die Kinderkulturagenda soll im September 2013 online gehen. Die Stadt Zürich beteiligt sich an diesem Pilotprojekt mit einem einmaligen Beitrag von insgesamt Fr. 220 000.–. Die Finanzierung läuft in den Jahren 2012–2014 über den Legislaturschwerpunkt «Kultur- und Kreativstadt Zürich».
- *Virtuelle Kinderkultur:* Mit diesem Projekt sollen Kinder und Jugendliche dazu animiert werden, in einem von ihnen bevorzugten Alltagsmedium eigene Kulturproduktionen zu schaffen und zu präsentieren. Das Projekt wird im Rahmen des Legislaturschwerpunkts eZürich finanziert.
- *Soziokulturelle Aktivitäten im Bereich Kinderkultur:* In der Erneuerung der Soziokulturangebote 2012 wurde das Anliegen der Kinderkultur aufgenommen und hierzu auch Mittel für die Kontraktperiode 2013–2016 bereitgestellt. Das SD wird sich dabei an den Aktivitäten des GZ Buchegg orientieren (SD mit PRD, GR 2012/203).

Diese Massnahmen wurden den politischen Entscheidungsgremien jeweils separat zum Beschluss vorgelegt und von diesen genehmigt. Es wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 450.250.130-003 2008/000545 2008/000238	28.05.2008 01.09.2010	Liebi Roger und Tuena Mauro Schulwegeberleichterungen, Kostensenkung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Kosten für sogenannte «Schulweg Erleichterungen und Personentransporte im Rahmen des Unterrichtes an der Volksschule und an den Sonderschulen sowie im Rahmen des Hortbetriebes», z.B. durch den Einsatz von Transportbussen (Schulbusse), Einschränkungen der Anspruchsberechtigung, Verantwortlichkeit der Eltern etc. erheblich gesenkt werden können.

Die Bedürfnisse und Fähigkeiten der einzelnen Kinder sind sehr unterschiedlich. Deshalb wägt das SSD die im Einzelfall geeignete Schulwegeberleichterung sorgfältig ab. Je nach Alter und Fähigkeit des Kindes wird von der Kreisschulpflege für die Bewältigung des Schulwegs eine geeignete Massnahme verfügt. Dies kann die Anordnung einer temporären Schulwegbegleitung sein, die Abgabe eines Schulwegabonnements (VBZ) oder die Organisation eines Schultransports. Die Notwendigkeit der jeweiligen Massnahme wird regelmässig überprüft und längstens für ein Schuljahr verfügt. Das Schulkind wird in Zusammenarbeit mit den Eltern und der Schule zur selbstständigen Bewältigung des Schulwegs hingeführt.

Das SSD verfolgt konsequent die Absicht, die Kinder wenn immer möglich in ihrem Wohn- und Lebensumfeld zu schulen. Als Folge der integrativen Förderung und durch die Auflösung der Kleinklassen sowie Sprachheilkindergärten wurden die Kosten für Schulwegeberleichterung in den letzten Jahren massiv gesenkt.

Ausgaben für Schultransporte der Regelklassen der Volksschule (inkl. Sprachheilkindergarten):

Kalenderjahr	2008	2009	2010	2011
Franken	1 046 420	852 214	494 190	393 412

Das SSD geht jedoch davon aus, dass in Zukunft im Bereich Transport zu und von Sonderschulen eine Kostenzunahme zu erwarten ist, da der Kanton seine Praxis bezüglich Kostenbeteiligung grundlegend geändert hat.

Das SSD veranlasst die von der Kreisschulpflege verfügte Schulwegeberleichterung erst nach sorgfältiger Prüfung der Voraussetzungen des Kindes, der Finanzen und der rechtlichen Vorgaben von Kanton und Stadt, die sich in der Praxis bewährt haben. Eine grundsätzliche Änderung der gängigen Praxis gemäss Anliegen der Postulanten hätte die Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 9. September 2007 zur Folge und könnte übergeordnetes Recht verletzen.

Aus diesen Gründen beantragen der Stadtrat und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

POS 2010/000554 2010/000218	19.05.2010 14.07.2010	Rykart Sutter Karin und Meier-Bohrer Karin Sanierung Flussbadi Oberer Letten, Beibehaltung des Frauendecks sowie der getrennten Garderoben
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob bei der geplanten Sanierung der Flussbadi Oberer Letten auf die Saison 2011 hin das Frauendeck sowie die getrennten Garderoben beibehalten werden und ob der geplante Gastro-Kiosk so konzipiert werden kann, dass die Badegäste in ihrem Ruhebedürfnis und in ihrer Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt werden.

Die Sanierung des Flussbads Oberer Letten wurde im Frühsommer 2012 abgeschlossen und der Betrieb des Bads Mitte Juni 2012 wieder aufgenommen. Im Laufe der Planung entschied der Stadtrat aufgrund verschiedener Rückmeldungen aus der Bevölkerung, das Frauendeck entgegen den ursprünglichen Absichten beizubehalten und somit diesen Teil der Badanlage weiterhin nur weiblichen Gästen zur Verfügung zu stellen.

Die Konzepte mit einheitlichen statt nach Geschlechtern getrennten Garderoben sowie für den Gastrokiosk wurden beibehalten und wie geplant umgesetzt. Im August 2012 führte das Sportamt eine Umfrage durch, an der sich rund 500 Gäste des sanierten Flussbads Oberer Letten beteiligten. Die Fragen zum neuen Garderoben- und Gastrokioskkonzept wurden wie folgt beantwortet:

- Die Frage «Wie zufrieden sind Sie mit den Garderoben?» wurde von 84 % mit «sehr zufrieden» oder «zufrieden» beantwortet.
- Die Frage «Wie zufrieden sind Sie mit dem neuen Garderobekonzept?» wurde von 73 % mit «sehr zufrieden» oder «zufrieden» beantwortet.
- Die Frage «Wie zufrieden sind Sie mit dem Gastrobetrieb?» wurde von 82 % mit «sehr zufrieden» oder «zufrieden» beantwortet.
- Die Frage «Wie zufrieden sind Sie mit dem Verpflegungsangebot im Obergeschoss?» wurde von 70 % mit «sehr zufrieden» oder «zufrieden» beantwortet.

Diese Antworten, weitere Rückmeldungen sowie die Erfahrungen der ersten Saison im sanierten Bad zeigen, dass die Gäste mit den erfolgten baulichen Änderungen und dem aktuellen Betriebskonzept zufrieden und in ihrem Ruhebedürfnis sowie ihrer Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt sind. Es besteht deshalb keine Veranlassung, die mit der Sanierung vorgenommenen Anpassungen bei der Gastronomie oder den Garderoben rückgängig zu machen. Aus diesem Grund wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 730.220.130-7 2011/000113 2011/000089	23.03.2011 06.04.2011	Baumer Michael und Knauss Markus Stadion Hardturm, Realisierung von zwei räumlich getrennten Fankurven für die Zürcher Fussball-Clubs
--	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sich beim neu geplanten Stadion Hardturm zwei räumlich getrennte Fankurven mit Stehplätzen für die beiden grossen und traditionsreichen Zürcher Fussball-Clubs, den FC Zürich und den Grasshoppers-Club Zürich verwirklichen lassen.

Im Rahmen der Planung des neuen Fussballstadions auf dem Hardturmareal entschied sich der Stadtrat, zwei räumlich getrennte Fankurven mit Stehplätzen für die Fans des FC Zürich und des Grasshopper Club Zürich zu realisieren. Dementsprechend sind beim Siegerprojekt des durchgeführten Architekturwettbewerbs für das neue Fussballstadion zwei räumlich getrennte Fankurven mit Stehplätzen für die Fans des FC Zürich einerseits und diejenigen des Grasshopper Club Zürich andererseits vorgesehen (Weisung Nr. 1328, KR-Nr. 2012/370).

Aus diesem Grund wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 730.220.100-014 2011/000317	31.08.2011 28.09.2011	Erfigen Monika und Aubert Marianne Umbau Badi Oberer Letten, Verzicht auf das Einrichten von gemischten Garderoben

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie beim Umbau der Badi Oberer Letten auf das Einrichten von gemischten Garderoben verzichtet werden kann und die Garderoben wie heute getrennt nach Männer/Frauen vorgesehen werden können.*

Die Sanierung des Flussbads Oberer Letten wurde im Frühsommer 2012 abgeschlossen und der Betrieb des Bads Mitte Juni 2012 wieder aufgenommen. Das Konzept mit einheitlichen statt nach Geschlechtern getrennten Garderoben wurde wie geplant umgesetzt. Im August 2012 führte das Sportamt eine Umfrage durch, an der sich rund 500 Gäste des sanierten Flussbads Oberer Letten beteiligten. Die Fragen zum neuen Garderobekonzept wurden wie folgt beantwortet:

- Die Frage «Wie zufrieden sind Sie mit den Garderoben?» wurde von 84 % mit «sehr zufrieden» oder «zufrieden» beantwortet.
  - Die Frage «Wie zufrieden sind Sie mit dem neuen Garderobekonzept?» wurde von 73 % mit «sehr zufrieden» oder «zufrieden» beantwortet.
- Diese Antworten, weitere Rückmeldungen sowie die Erfahrungen der ersten Saison im sanierten Bad zeigen, dass die Gäste mit den erfolgten baulichen Änderungen und der aktuellen Garderobensituation zufrieden sind. Es besteht deshalb keine Veranlassung, die mit der Sanierung vorgenommenen Anpassungen bei den Garderoben rückgängig zu machen.  
Aus diesem Grund wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 730.210.100-004 2011/000466	07.12.2011 17.12.2011	Küng Peter und Schönbächler Marcel Erweiterung des Projekts «Open Sunday» auf mindestens 10 Turnhallen sowie Verzicht auf die Streichung des Projekts in der Schule Grünau
---------------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Projekt «Open Sunday» statt in 7 neu in mindestens 10 Turnhallen durchgeführt und wie auf die Streichung des bisherigen Projekts in der Schule Grünau verzichtet werden kann.*

Aufgrund des Antrags der für das PRD sowie das SSD zuständigen Spezialkommission (SK PRD/SSD) beschloss der Gemeinderat im Rahmen der Beratungen für das Budget 2012 im Sinne der Postulanten, den zur Unterstützung von «Open Sunday»-Projekten im Produktgruppen-Globalbudget des Sportamts eingestellten Betrag für das Jahr 2012 um Fr. 40 000.– zu erhöhen (GR-Protokoll-Nr. 2094/2011, GR-Nr. 2011/345).

Das Sportamt lud in der Folge die für den Aufbau und die Begleitung von «Open Sunday»-Projekten verantwortliche Stiftung «idée:sport» ein, im Sinne des Postulats den Standort Grünau weiterzuführen und in Absprache mit dem Sportamt zusätzliche «Open Sunday»-Standorte zu initiieren. Für die laufende «Open Sunday»-Saison 2012/2013 ist so an neun Standorten – inklusive Grünau – ein entsprechendes Angebot vorhanden. Zudem sind Angebote für zwei weitere Standorte (Kolbenacker, Scherr/Stapfer) in Planung bzw. Aufbau. Schliesslich ist für die Unterstützung von «Open Sunday»-Projekten im Jahr 2013 im Produktgruppen-Globalbudget 2013 des Sportamts der für das Jahr 2012 erhöhte Betrag veranschlagt. Das Anliegen der Postulanten ist somit erfüllt.

Aus diesem Grund wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 730.210.100-003 2011/000467	07.12.2011 17.12.2011	Nüssli-Danuser Andrea und Hochreutener Andrea Freiwilliger Schulsport, Angebot von zusätzlichen Sportkursen
---------------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen wie für den freiwilligen Schulsport 20 zusätzliche Sportkurse pro Jahr angeboten werden können.*

Aufgrund des Antrags der für das PRD sowie das SSD zuständigen Spezialkommission (SK PRD/SSD) beschloss der Gemeinderat im Rahmen der Beratungen für das Budget 2012 im Sinne der Postulantinnen, den für die Durchführung von freiwilligen Schulsportkursen im Budget des Schulamts bzw. im Produktgruppen-Globalbudget des Sportamts eingestellten Betrag für das Jahr 2012 um Fr. 72 000.– zu erhöhen (GR-Protokoll-Nr. 2094/2011, GR-Nr. 2011/345).

Das Sportamt erhöhte in der Folge in seinem Produktgruppen-Globalbudget die entsprechende Kennzahl um 20 freiwillige Schulsportkurse und traf Vorkehrungen, um im Jahr 2012 mehr solche Kurse durchzuführen zu können. Zudem wurde für die Durchführung von freiwilligen Schulsportkursen im Jahr 2013 im Produktgruppen-Globalbudget 2013 des Sportamts der für das Jahr 2012 erhöhte Betrag und die um 20 erhöhte Anzahl durchzuführender freiwilliger Schulsportkurse veranschlagt. Die Anliegen der Postulantinnen sind somit erfüllt.

Aus diesem Grund wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.







2011	<b>2012</b>	2013	2014	2015	2016	2017
------	-------------	------	------	------	------	------

Bild: Martin Vogel

# Geschäftsbericht 2012

## Sozialdepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Sozialdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>393</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele und Jahresschwerpunkte</b>	<b>394</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Sozialdepartement</b>	<b>396</b>
<b>4.</b>	<b>Zentrale Verwaltung, Dienstabteilungen</b>	<b>397</b>
<b>4.1</b>	<b>Zentrale Verwaltung</b>	<b>397</b>
4.1.1	Aufgaben	397
4.1.2	Jahresschwerpunkte	397
4.1.3	Spezifische Kennzahlen	398
<b>4.2</b>	<b>Support Sozialdepartement</b>	<b>399</b>
4.2.1	Aufgaben	399
4.2.2	Jahresschwerpunkte	399
4.2.3	Spezifische Kennzahlen	400
<b>4.3</b>	<b>Laufbahnzentrum</b>	<b>401</b>
4.3.1	Aufgaben	401
4.3.2	Jahresschwerpunkte	401
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	402
<b>4.4</b>	<b>Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV</b>	<b>404</b>
4.4.1	Aufgaben	404
4.4.2	Jahresschwerpunkte	404
4.4.3	Spezifische Kennzahlen	405
4.4.4	Spezifische Kennzahlen öffentliche Pflegebeiträge	407
<b>4.5</b>	<b>Soziale Dienste</b>	<b>407</b>
4.5.1	Aufgaben	407
4.5.2	Jahresschwerpunkte	407
4.5.3	Spezifische Kennzahlen zur wirtschaftlichen Hilfe nach Sozialhilfegesetz (SHG)	409
4.5.4	Spezifische Kennzahlen zur persönlichen Hilfe nach SHG	413
4.5.5	Spezifische Kennzahlen zur Jugend- und Familienhilfe	413
4.5.6	Spezifische Kennzahlen zu den zivilrechtlichen Erwachsenen- und Kinderschutz-Massnahmen	415
4.5.7	Spezifische Kennzahlen zu Soziokultur und Gemeinwesenarbeit	416
<b>4.6</b>	<b>Soziale Einrichtungen und Betriebe</b>	<b>417</b>
4.6.1	Aufgaben	417
4.6.2	Jahresschwerpunkte	417
4.6.3	Spezifische Kennzahlen	419
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>422</b>

# 1. Vorwort



Martin Waser. (Bild: Niklaus Spörr)

## «Soziokultur ist der Kitt unserer wachsenden Stadt»

Das grosse politische Thema des Sozialdepartements im Jahr 2012 war die Soziokultur. In unserer wachsenden Stadt spielen Einrichtungen wie Quartiertreffs und Gemeinschaftszentren eine wichtige Rolle: Mit ihrem auf das Quartier abgestimmten Angebot führen sie Menschen zusammen und fördern das Zusammenleben und die Teilhabe an der Gesellschaft.

Die auf Anfang 2013 fällige Erneuerung der Leistungsvereinbarungen haben wir zum Anlass für zahlreiche Verbesserungen genommen. Insbesondere erhielt der Gemeinderat mehr Mitsprache, indem wir ihm auch die Angebote, die zuvor über eine dauernde Rechtsgrundlage verfügt hatten, wieder zum Entscheid vorlegten. In den Jahren zuvor konnte der Gemeinderat über diese Angebote nur im Rahmen des Budgets befinden, was eine inhaltliche Auseinandersetzung erschwerte. Das soziokulturelle Angebot ist für die Bevölkerung sehr

wichtig. Es ist ein Fortschritt, dass der Gemeinderat nun bezüglich aller grossen Angebote wieder eine gestaltende Rolle spielen kann. Dass er den Mitteln für die nächsten sechs Jahre grossmehrheitlich zugestimmt hat, zeigt die starke Verwurzelung der Soziokultur.

Wichtige Entwicklungen fanden 2012 in der Prostitutionspolitik statt. Aus Sicht des Sozialdepartements war insbesondere die Zustimmung der Bevölkerung zum Strichplatz ein grosser Erfolg. Mit dem Strichplatz will der Stadtrat die unhaltbaren Zustände am Sihlquai beenden und die Strassenprostitution in einen kontrollierten Rahmen überführen. Auch mit anderen Elementen werden die Polizei, der Sozialbereich und das Gesundheitswesen in enger Zusammenarbeit versuchen, die Prostitutionspolitik voranzutreiben, um das Ziel eines in stadtverträglicher Weise und unter Achtung der Menschenwürde ausgeübten Prostitutionsgewerbes zu erreichen. Klar ist, dass es keine simplen Lösungen gibt: Es braucht die Zusammenarbeit aller Beteiligten und den Mut zu innovativen Lösungen.

Eine Erfolgsgeschichte schliesslich war das erste Betriebsjahr der Anlaufstelle für Vermieter, die wir Ende 2011 eingerichtet hatten. Die Zahlen zeigen, dass das Angebot genutzt wird und die Stelle einen wichtigen Beitrag leistet, damit Kündigungen vermieden und Wohnraum für sozial Benachteiligte gesichert werden können. Diese Anlaufstelle zeigt exemplarisch, dass soziale Angebote einen viel umfassenderen Beitrag zum Zusammenleben in unserer Stadt leisten, als man meinen könnte.

Stadtrat Martin Waser  
Vorsteher Sozialdepartement

## 2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

### **Antrag zur Ausgliederung des Werk- und Wohnhauses zur Weid**

Das Werk- und Wohnhaus zur Weid (WWW) in Mettmenstetten ist ein Wohnheim mit geschützten Arbeitsplätzen für erwachsene, sozial desintegrierte Menschen mit Suchtproblemen, psychischen Erkrankungen und krankheits- und unfallbedingten Behinderungen. Diese gut positionierte Einrichtung besteht seit 1912 und wurde sowohl konzeptionell als auch baulich laufend dem sich ändernden Bedarf angepasst.

Der Stadtrat hat am 31. Oktober dem Gemeinderat beantragt, das WWW aus der Stadtverwaltung auszugliedern und in eine privatrechtliche Stiftung überzuführen, die durch die Stadt errichtet wird. Das WWW ist heute sehr gut aufgestellt; die Ausgliederung soll dem WWW eine zukunftssträchtige Weiterentwicklung sichern und durch die damit gewonnene Flexibilität seine Position im Wettbewerb mit andern Anbietern festigen. Die künftige Stiftung soll ein Stiftungskapital von 10 Mio. Fr. und ein verzinsliches Darlehen von 5 Mio. Fr. erhalten. Zudem sollen der Stiftung die Gebäude via Baurechte und die landwirtschaftlichen Grundstücke via Nutzniessungsrechte für 92 Jahre gegen angemessene Abgeltungen überlassen werden.

Die Gründe für die Ausgliederung des WWW sind die folgenden:

Mit dem neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen wurde die Finanzierung von Betriebsbeiträgen an die Kantone übertragen. Es ist davon auszugehen, dass in diesem Zusammenhang die Betriebsbeiträge vereinheitlicht bzw. pauschalisiert werden, womit Einrichtungen wie das WWW unter zunehmenden Wettbewerbs- und Kostendruck kommen. Durch die Einbindung in die Stadtverwaltung ist das WWW im Wettbewerb benachteiligt. Der Handlungsspielraum und die betriebliche Flexibilität sind durch die grosse Regulierungsdichte eingeschränkt. Zudem hat das WWW durch den Pflichtbezug von Querschnittsleistungen, z. B. in den Bereichen Raumbewirtschaftung, Finanzen, IT und Personal, im Vergleich zu den Konkurrenten höhere Kosten zu tragen. Erheblich ist auch, dass der Anteil von Bewohnerinnen und Bewohnern aus der Stadt in den letzten Jahren abgenommen hat und 2011 noch bei 35 % lag. Für die Versorgung mit Wohnheimplätzen ist es aus strategischer Sicht nicht nötig, dass die Stadt selber ein Wohnheim führt. Nebst dem WWW stehen den zuweisenden Stellen mit dem Schloss Herdern (Nähe Frauenfeld) und dem Murmoos (Gemeinde Muri) auch zwei Alternativen mit vergleichbarem Angebot zur Verfügung.

Die Vorlage zur Ausgliederung wird aktuell in der Spezialkommission des Sozialdepartements beraten.

### **Neue Rechtsgrundlage für die Soziokultur**

Im Berichtsjahr wurden die Grundlagen zur Weiterentwicklung der städtischen Soziokultur erarbeitet und der Erneuerungsprozess erfolgreich abgeschlossen. Bis Ende Februar 2012 wurden mit 52 privaten Institutionen Verhandlungen geführt und die Leistungen für die Kontrakte ab 2013 abgesteckt. Geprüft wurde zudem, welche Gebiete durch eigene Angebote der Sozialen Dienste versorgt werden und wo private Institutionen beauftragt werden sollen. Im Zuge dieser Überprüfung wurde vorgeschlagen, dass die Quartiere 1, 4 und 5 vorwiegend durch

städtische Soziokultur-Angebote versorgt werden sollen. In allen anderen Quartieren sollen private Institutionen aktiv sein. Dementsprechend wurden die bisher städtischen Quartiertreffs Höngg und Rütihof der Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren übertragen, das Quartierzentrum Aussersihl aber weiterhin als städtisches Angebot betrieben. Neben diesen organisatorischen Veränderungen wurde die Jugendarbeit überprüft und neu ausgerichtet.

Die Erkenntnisse aus den Kontraktverhandlungen, den Bedarfserhebungen in den Sozialzentren und dem Auftrag Jugend wurden zusammen mit einem neuen Kostenmodell und einer einheitlichen Leistungsbeschreibung der Angebote dem Gemeinderat in einer Sammelweisung zur Soziokultur unterbreitet (GR 2012/203). Diese umfangreiche Weisung beleuchtete die soziokulturellen Schwerpunkte der einzelnen Sozialregionen und zeigte eine Übersicht über die gesamte Soziokultur in der Stadt Zürich. Die Themenbündelung dieser Weisung vereinfachte die Einarbeitung für die politischen Vertretungen und ermöglichte es dem Gemeinderat wieder, die soziokulturellen Angebote inhaltlich zu debattieren. Der im Jahr 2010 gestartete Prozess zur Weiterentwicklung der städtischen Soziokultur konnte per Ende 2012 mit einer neuen Rechtsgrundlage für die Jahre 2013 bis 2018 im Gemeinderat (GRB 3336 vom 28. November 2012) abgeschlossen werden. Mit der sechsjährigen Rechtsgrundlage ist es nun möglich, gebietsweise Kooperationskonferenzen im Rhythmus von zwei Jahren durchzuführen und nach drei Jahren zuhänden des Gemeinderats einen Zwischenbericht zur Soziokultur zu verfassen.

### **Umwandlung der Vormundschaftsbehörde in eine Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)**

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) ersetzt ab 1. Januar 2013 das Vormundschaftsrecht aus dem Jahre 1912. Das neue Recht gewichtet den Schutz der Grundrechte, das Selbstbestimmungsrecht und die Hilfe zur Selbsthilfe der hilfsbedürftigen Personen ungleich stärker und bedingte auch die Neuorganisation der Vormundschaftsbehörde zur interdisziplinären Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Im März wurden dem Gemeinderat zuhänden der Gemeinde die entsprechenden Anpassungen der Gemeindeordnung vorgelegt, wobei es sich um den zwingenden Nachvollzug übergeordneter Rechts handelt. Die Vorlage wurde vom Gemeinderat am 7. November verabschiedet; die Volksabstimmung findet am 3. März 2013 statt.

Die Vorarbeiten für die Umwandlung der Vormundschaftsbehörde in eine KESB wurden frühzeitig an die Hand genommen. Äusserst erschwerend war jedoch, dass bis Ende Juni das kantonale Einführungsgesetz zum KESR noch nicht beschlossen war und insbesondere bis dahin offen blieb, wer in der Stadt Zürich die Behördenmitglieder zu ernennen hat: Stadtrat oder Gemeinderat. Um auf den 1. Januar 2013 bereit zu sein, musste die Rekrutierung der Behördenmitglieder, für die neu rein fachliche Gesichtspunkte gelten, bei aller Unsicherheit parallel durchgeführt werden. Schliesslich entschied der Kantonsrat, dass auch in der Stadt Zürich die Ernennung durch den Stadtrat erfolgen solle. Mit der Ernennung eines neuen Präsidenten, von sechs bisherigen und zwei neuen zusätzlichen Behördenmitgliedern sowie zwei Ersatzmitgliedern

war die KESB schliesslich gut aufgestellt und zur Übernahme ihrer Aufgaben bereit.

### **Projekt Rotlicht**

Die intensive interdepartementale Zusammenarbeit im Projekt Rotlicht wurde unvermindert fortgesetzt. Nachdem die Stimmberechtigten am 11. März dem Strichplatz am Depotweg zugestimmt hatten, galt es den Ausgang verschiedener Rechtsmittelverfahren abzuwarten. Im Herbst war es schliesslich so weit, und die Bauvorbereitungsarbeiten konnten wieder aufgenommen werden. Somit dürften die Eröffnung des Strichplatzes und die gleichzeitige Schliessung des Sihlquais für den

Strassenstrich mit über einem Jahr Verspätung im Sommer 2013 stattfinden können.

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit bildete die Vorbereitung der Umsetzung der Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO): In engem Austausch zwischen Polizei- und Sozialdepartement wurden praxistaugliche Abläufe für die ab Januar 2013 geltenden Bewilligungsverfahren für die Strassen- und Salonprostitution und die dazu nötigen Informationsmittel entwickelt. Flora Dora, die Beratungsstelle der Sozialen Einrichtungen und Betriebe mit langjähriger Erfahrung, wird die Informations- und Beratungsgespräche mit jenen Frauen durchführen, die eine Bewilligung zur Arbeit auf der Strasse erhalten möchten.

### 3. Kennzahlen Sozialdepartement

	2008	2009	2010	2011	2012
Mitarbeitende total	1 924	1 969	1 970	1 988	2 010
– davon Frauen <sup>1</sup>	1 278	1 316	1 321	1 336	1 352
– davon Männer	646	653	649	652	658
Ø Stellenwert-Äquivalent	1 353	1 394	1 411	1 409	1 412
Führungskader total	263	247	236	237	235
– davon Frauen	138	129	121	116	116
– davon Männer	125	118	115	121	119
Lernende total	106	109	110	114	107
– davon Frauen	78	74	82	85	82
– davon Männer	28	35	28	29	25
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)</b>					
Total	512	496	479	470	491
Frauen	264	250	245	239	247
Männer	248	246	234	231	244
Frauen in %	51.6	50.4	51.1	50.9	50.3
Männer in %	48.4	49.6	48.9	49.1	49.7
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)</b>					
Total	1 149	1 210	1 228	1 236	1 230
Frauen	795	851	869	876	873
Männer	354	359	359	360	357
Frauen in %	69.2	70.3	70.8	70.9	71.0
Männer in %	30.8	29.7	29.2	29.1	29.0
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)</b>					
Total	452	399	412	415	407
Frauen	345	308	308	311	317
Männer	107	91	104	104	90
Frauen in %	76.3	77.2	74.8	74.9	77.9
Männer in %	23.7	22.8	25.2	25.1	22.1
Personalaufwand	179 664 733	188 665 720	195 295 821	192 845 292	199 535 688
Sachaufwand	35 315 562	34 811 011	32 821 711	28 827 038	28 857 478
übriger Aufwand	870 785 085	900 299 562	962 037 993	1 078 163 494	1 070 084 223
Total Aufwand	1 085 765 380	1 123 776 293	1 190 155 525	1 299 835 824	1 298 477 389
Bruttoinvestitionen	253 982	375 000	435 800	11 500	5 900

**Definitionen:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

<sup>1</sup> Die Anzahl Frauen für das Jahr 2011 wurde korrigiert.

## 4. Zentrale Verwaltung, Dienstabteilungen

### 4.1 Zentrale Verwaltung

#### 4.1.1 Aufgaben

Die Zentrale Verwaltung leistet zur Hauptsache Führungsunterstützung und koordiniert Geschäfte, die von politisch-strategischer Bedeutung sind und den Zuständigkeitsbereich einzelner Dienstabteilungen überschreiten. Dazu gehören insbesondere sämtliche Stadtrats- und Gemeinderatsgeschäfte, übergeordnete Rechts- und Finanzfragen, die Budgetkoordination, das Controlling und die Ausrichtung von Beiträgen an die privaten Leistungsanbieter sowie die Planung der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

##### **Ausserfamiliäre Kinderbetreuung im Vorschulalter**

Im Berichtsjahr wurden in der Stadt Zürich über 570 neue Betreuungsplätze in 247 bestehenden und 21 neuen Kitas geschaffen. Mehr als jedes zweite Kind im Vorschulalter wird ausserfamiliär betreut. Die Betreuungsquote hat sich trotz des Zuwachses bei den in Zürich wohnhaften Kindern bis zu vier Jahren auf 60 % erhöht. In den Quartieren Friesenberg, Unterstrass und Leimbach ist die Versorgung unterdurchschnittlich.

Von den rund 7600 Plätzen konnten über 3400 subventioniert werden, gut 3100 davon in privaten Kitas. Der Anteil subventionierter Plätze am Gesamtangebot lag bei 45 %. Die Nachfrage nach zusätzlichen subventionierten Plätzen war anhaltend hoch, insbesondere bei Familien mit einem steuerbaren Einkommen von mehr als Fr. 60 000.–. Die Vergabe von subventionierten Plätzen durch die Kitas war dagegen eher zurückhaltend, da die Kostensätze für subventionierte Plätze knapp bemessen sind. Im Berichtsjahr haben die Kitas 90 Prozent der insgesamt vereinbarten subventionierten Plätze an die Eltern vergeben.

Das der Qualitätsentwicklung dienende Projekt Bildungsorientierung in 31 Kitas läuft planmässig. Der Aufbau der zehn Anlaufstellen Kinderbetreuung wurde abgeschlossen und evaluiert.

Die Projekte zur Qualitätsentwicklung in der Tagesfamilienbetreuung verlaufen im Rahmen der Planung. Mit verstärktem Fokus auf Bildungsnähe lancierte der Gemeinnützige Frauenverein Zürich eine Kampagne zur Rekrutierung von Tageseltern und erarbeitete ein Aus- und Weiterbildungskonzept für Tageseltern. Trotzdem konnten im Berichtsjahr die üblichen Abgänge (auf frei gewordene Kita-Plätze und zum Schuljahresende) nicht vollständig ersetzt und der geplante Ausbau noch nicht erreicht werden, da die Massnahmen zur Qualitätsentwicklung erst zeitverzögert greifen und lokal die Nachfragen nach Tagesfamilienplätzen noch nicht mit den zur Verfügung stehenden Tageseltern übereinstimmen.

##### **Krippenaufsicht**

Aktuell sind in der Stadt Zürich 270 Krippen (davon neun städtische) bewilligt, ein Drittel der Plätze kann für Säuglinge genutzt werden. Nebst der Schaffung von neuen Plätzen gingen infolge Schliessungen und Umstrukturierungen auch rund 200 Plätze in Krippen verloren, wobei jedoch 60 dieser

Plätze in (vom kantonalen Volksschulamt bewilligte und beaufsichtigte) Schulangebote umgewandelt wurden. Dies, weil sich die betreffende Trägerschaft infolge ungenügender Auslastung der Krippe für die Umwandlung in einen Kindergarten entschied.

Nach dem Boomjahr 2007, in dem 32 neue Krippen eröffnet wurden, bewegten sich die Neueröffnungen 2012 in gewohntem Umfang. Die meisten Krippeneröffnungen erfolgten durch bereits in der Stadt Zürich aktive Trägerschaften, was den Trend zur Nutzung von Synergien im Bereich der Administration bestätigt.

##### **Stiftung Zürich-Jobs**

Im Jahr 2012 tagte der Stiftungsrat viermal. Die von der Privatwirtschaft und der Stadt Zürich Ende 2006 gegründete Stiftung zur Förderung innovativer Arbeitsintegrationsprojekte finanzierte zwei Einmalbeiträge in Höhe von Fr. 256 000.– an zwei private Trägerschaften und wandelte ein zinsloses Darlehen an eine private Trägerschaft in Höhe von Fr. 30 000.– in einen Einmalbeitrag um. Weiteren zwei Trägerschaften wurden Einmalbeiträge grundsätzlich zugesichert, aber die Höhe aufgrund des Projektstandes noch nicht bestimmt. Gefördert wurden Arbeitsintegrationsprojekte für Jugendliche, junge Erwachsene und Sozialhilfe Beziehende. Abgelehnt wurde ein Gesuch, da dieses Projekt in die alleinige Zuständigkeit der IV fällt.

##### **Tripartite Kommission zur Arbeitsintegration im Sozialdepartement**

Die Tripartite Kommission zur Arbeitsintegration trat für drei Sitzungen zusammen. Die Angebote der Arbeitsintegration, sowohl der städtisch als auch der privat geführten, sind konsolidiert und auch betreffend Platzangebot und -nachfrage gut austariert. Dies ist auch ein Grund dafür, dass der Kommission keine neuen Angebote zur Beurteilung vorgelegt wurden. Hingegen liess sich die Kommission wie im Vorjahr wieder ausführlich anhand von Kennzahlen über die Entwicklung der verschiedenen Angebote informieren.

Es gab zwei Auswechslungen von Kommissionsmitgliedern: Für Richard Späh vom Gewerbeverband der Stadt Zürich nahm David Brunner, für Heinz Gabathuler vom VPOD Georg Munz Einsitz.

##### **Asyl-Organisation Zürich (AOZ): Geschäftsstelle des Verwaltungsrats**

Der Verwaltungsrat der Asyl-Organisation Zürich hat sich an vier Sitzungen den ordentlichen Geschäften gewidmet. Im alljährlichen Workshop zusammen mit der Geschäftsleitung der AOZ hat er das Leitbild überprüft und die darauf basierende Strategie aktualisiert ([www.stadt-zuerich.ch/aoz](http://www.stadt-zuerich.ch/aoz)).

Am 30. Juni ging die vierjährige Amtsperiode des Verwaltungsrats zu Ende. Mit Ausnahme von Fiammetta Jahreiss-Montagnani, die ihren Rücktritt erklärt hatte, stellten sich alle Verwaltungsratsmitglieder der Wiederwahl durch den Stadtrat, so auch der Präsident, Peter Arbenz. Als neuer Verwaltungsrat wurde Renato Valoti gewählt.

Besondere Bedeutung hatte im Berichtsjahr die Unterbringung von Asylsuchenden. Dank grossen Anstrengungen, insbesondere auch mit den beiden temporären Wohnsiedlungen Leutschenbach und Aargauerstrasse, konnte im Sommer die vom Kanton Zürich vorgeschriebene Aufnahmequote vollständig erfüllt werden. Gleichwohl werden laufend weitere

Wohnmöglichkeiten für Asylsuchende bereitgestellt werden müssen, da immer wieder Wohneinheiten, die zwischen-genutzt werden können, wegen Um- oder Neubau wegfallen. Die Errichtung der dritten temporären Wohnsiedlung im Zihlacker in Seebach ist zurzeit durch baurechtliche Verfahren blockiert.

#### 4.1.3 Spezifische Kennzahlen

##### Kontraktmanagement

	2008	2009	2010	2011	2012
Organisationen mit einem Kontrakt	201	196	204	209	206
davon Krippen	107	109	106	113	114
Kontrakte	294	308	310	305	325
davon Krippen	155	161	167	174	187
Gesamtsumme Subventionen Fr. <sup>2</sup>	70988688.75	84050416.45	84070427.85	86558439.00	93881802.50 <sup>3</sup>
Raumkosten Fr.	8501276.35	8690071.50	8808359.60	8741659.00	9007410.00
<b>Subventionen inkl. Raumkosten<sup>1</sup></b>	<b>79489965.10</b>	<b>92740487.95</b>	<b>92878787.45</b>	<b>95300098.00</b>	<b>102889212.50</b>
Soziale Integration Fr.	12843746.70	15049341.35	14082136.35	15775948.25	16340502.85 <sup>4</sup>
Soziale Sicherung Fr.	731000.00	837400.00	855400.00	850777.00	960649.00 <sup>5</sup>
Berufliche Integration Fr.	5196423.50	6658211.50	2600926.00	2361545.10	3391316.70 <sup>6</sup>
Frühbereich Fr.	37247490.05	45421276.05	50605558.95	51683229.90	57707049.55 <sup>7</sup>
Soziokultur Fr.	14970028.50	16084187.55	15926406.55	15886938.75	15482284.40 <sup>8</sup>
<b>Total Fr.</b>	<b>70988688.75</b>	<b>84050416.45</b>	<b>84070427.85</b>	<b>86558439.00</b>	<b>93881802.50</b>

Definitionen:

<sup>1</sup> Das Sozialdepartement vereinbart in einzelnen Fällen mehrere Kontrakte mit einer Organisation.

<sup>2</sup> Von der IMMO direkt dem Sozialdepartement belastete Mehrkosten für Immobilienbenützung privater Institutionen.

<sup>3</sup> zusätzliche Raummieten für drei neue Familienzentren.

<sup>4</sup> Mehraufwand AOZ durch gestiegene Fallzahlen im Asylbereich (+2 Mio. Fr.), Minderaufwand durch nicht ausgeschöpfte Kredite (-1.3 Mio. Fr.).

<sup>5</sup> Mehraufwand durch Leistungserhöhung Pro Senectute Treuhanddienst (GR 2011/287).

<sup>6</sup> Mehraufwand durch BVZ (GR 2011/251), Verein Lernwerk FitAttest (GR 2011/151) und OJA Job Shop/Info Shop (GR 2011/252).

<sup>7</sup> Mehraufwand durch zusätzlich 215 subventionierte Plätze in Kitas, drei neuen Familienzentren und Übertrag von zwei bestehenden Familienzentren aus dem Geschäftsfeld Soziokultur.

<sup>8</sup> Minderaufwand durch Übertrag von zwei bestehenden Familienzentren zum Geschäftsfeld Kinderbetreuung.



## 4.2 Support Sozialdepartement

### 4.2.1 Aufgaben

Support Sozialdepartement (SDS) unterstützt die über 1600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralen Verwaltung (ZV) sowie der Dienstabteilungen Soziale Dienste (SOD) und Soziale Einrichtungen und Betriebe (SEB) mit Dienstleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik, Controlling und Infrastruktur. Dank weitgehender Standardisierung und Prozessorientierung können die Supportdienstleistungen effizient, effektiv und wirtschaftlich angeboten werden.

### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

#### Elektronischer Workflow für Bildungsanträge

Im Dezember 2012 wurde für die Zentrale Verwaltung, die Sozialen Dienste (SOD) und Support Sozialdepartement (SDS) der elektronische Workflow «Antrag und Genehmigung Bildungs-massnahmen» eingeführt. Für Bildungsanträge mussten bislang Formulare ausgefüllt und in Papierform weitergeleitet werden. Dank der Umstellung auf die elektronische Abwicklung können die Bildungsanträge einfach und effizient bearbeitet werden. Sie sind jederzeit auffindbar und von den berechtigten Personen einsehbar. Über eine Schnittstelle werden die Daten ins elektronische Bildungsportal importiert. Die Erstellung von Bildungsvereinbarungen und das Weiterbildungscontrolling werden damit vereinfacht und optimiert.

Der elektronische Workflow wurde innerhalb von neun Monaten in enger Zusammenarbeit zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Dienstabteilungen, SDS Informatik und SDS Personalentwicklung konzipiert und eingeführt.

#### Gesundheitsförderung mit der Expedition «everbest»

Im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung führte SDS vom 3. September bis 12. Oktober 2012 die 40-tägige Schrittzähleraktion Expedition «everbest» durch, deren Ziel es war, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit kleinen, aber nachhaltigen Verhaltensänderungen zu mehr Bewegung im Alltag zu motivieren.

Die Aktion stiess auf grosse Resonanz: 41 Mio. Schritte haben die 113 Mitarbeitenden (75 % der gesamten Belegschaft, die ihre Schritte erfasst haben) auf ihrem virtuellen Weg zum Mount Everest zurückgelegt.

Mit 280 000 Schritten erreichten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter symbolisch den Gipfel. Die täglich absolvierten Schritte wurden mit einem Pedometer gemessen und per internetgestütztes Programm erfasst. Dieses zeigte grafisch, wo sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem virtuellen Weg zum Gipfel gerade befanden.

Mit der Aktion Expedition «everbest» konnten auf spielerische Art die Auseinandersetzung mit der Bewegung im Alltag und der Teamgeist gefördert werden. Leistungen wurden verglichen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbrachten den Mittag mit Joggen oder Spazieren, obwohl sie dies bisher nie getan hatten, und oft wurde die Fahrt mit dem Tram durch einen Fussmarsch ersetzt.

#### CRM-Lösung für das Kontraktmanagement

Das Kontraktmanagement des SD bewirtschaftet mehr als 300 Verträge mit über 200 privaten Anbietern und einer jährlichen

Subventionssumme von rund 90 Mio. Fr. Bisher wurden für diese Aufgabe mehrere selber entwickelte Programme eingesetzt. Die fehlende Integration führte zu redundanten Daten und Medienbrüchen. Zudem war diese Lösung für die Anwenderinnen und Anwender wenig übersichtlich, benutzerunfreundlich und mangels Dokumentation kaum mehr wart- und erweiterbar.

Mit dem Projekt WiCoSo wurde im Sommer 2012 eine neue integrierte Lösung für das Kontraktmanagement eingeführt. Sie basiert auf «Microsoft Dynamics CRM» (Customer Relationship Management), einer flexiblen Anwendungsplattform, die Grundfunktionen für Geschäftsanwendungen umfasst und einfach auf die eigenen Prozesse und die spezifische Geschäftslogik adaptierbar ist. «MS Dynamics CRM» ist ein erweiterbares städtisches Standardprodukt, das auch für mobiles Arbeiten mit Tablet-Computern (z. B. iPad) eingerichtet werden kann.

Die CRM-Lösung erleichtert dem Kontraktmanagement die Erfassung neuer Verträge und deren Übertragung auf die nächste Periode. Dokumente werden aus Textbausteinen, Stamm- und Bewegungsdaten automatisch erstellt, Buchhaltungs- und Zahlungsdaten werden über eine Schnittstelle ins SAP transferiert. Das Tool umfasst eine mächtige Adressverwaltung, erlaubt flexible Auswertungen, und die externen Kontraktpartner können ihre Leistungsdaten für das Reporting über eine Internetapplikation direkt eingeben.

Das Projekt WiCoSo wurde von SDS Informatik in Zusammenarbeit mit dem Kontraktmanagement SD, OIZ und der Firma solutions AG, Bern, realisiert. Die Präsentation am Microsoft-Praxistag für die öffentliche Verwaltung 2012 stiess beim Publikum auf grosses Interesse.

#### Reorganisation des Auskunftsdiensts

Bis Mitte 2012 gab es im Sozialdepartement zwei telefonische Auskunftsdienste: das Informationszentrum (IZS) im Sozialzentrum Ausstellungsstrasse als gesamtstädtisches Angebot der Sozialen Dienste und die Departementstelefonie bei SDS im Verwaltungszentrum Werd. Die Zuweisung zum einen oder anderen Dienst erfolgte unkoordiniert und eher zufällig, so dass beide Stellen mit doppeltem Aufwand ähnliche Leistungen für gleiche Zielgruppen erbrachten.

Mit der Zusammenführung des IZS und der Departementstelefonie konnten ab Juli 2012 wesentliche Synergien realisiert werden: Für die Öffentlichkeit besteht ein einziger telefonischer Zugang zum Sozialdepartement, und die öffentlichen Auskunftsdienste sowie die elektronischen Nachschlagverzeichnisse weisen nun eindeutig den «richtigen Weg» ins Sozialdepartement. Ausserdem kann durch die Zusammenlegung der beiden Dienste das Leistungsniveau mit weniger Personalressourcen nicht nur gehalten, sondern teilweise sogar ausgebaut werden. Durch den fachlichen Austausch und die gegenseitige Unterstützung ist zudem die Qualität der telefonischen Auskünfte gestiegen.

Die Reorganisation hatte nicht nur die Verbesserung der telefonischen Auskunftsdienste zum Ziel. Gegenwärtig wird geprüft, wie die Nutzung des «Wegweisers» (elektronische Informationsdrehscheibe auf dem Intranet des Sozialdepartements der Stadt Zürich), der ebenfalls vom IZS betreut wird, durch ein neues Betriebskonzept und den Einsatz neuer Webtechnologien kundenfreundlicher und effektiver gestaltet werden kann.

## 4.2.3 Spezifische Kennzahlen

### Personal

	2008	2009	2010	2011	2012
Anstellungen <sup>1</sup>	558	560	508	554	537
Interne Schulungen <sup>2</sup>	213	154	176	134	117
Auszubildende KV (Stichtag 31. Dezember)	50	47	45	47	43
Mitarbeitende im Zuständigkeitsbereich <sup>3</sup> (Stichtag 31. Dezember)	1 824	1 871	1 889	1 877	1 892

Definitionen:

<sup>1</sup> Anzahl neu besetzter, befristeter oder unbefristeter Teilzeit- und Vollzeitstellen, Praktika und Ausbildungsplätze durch interne oder externe Bewerberinnen (inkl. Übertritte, ohne Auszubildende KV)

<sup>2</sup> Anzahl durchgeführter Schulungsmodule, unabhängig von ihrer Dauer

<sup>3</sup> Anzahl Mitarbeitende in aktiver, fester oder befristeter Vollzeit- und Teilzeitanstellung im Stunden- oder Monatslohn (mit Praktikantinnen, Praktikanten und Auszubildenden, ohne Auszubildende KV und ohne Einsatzplätze der Arbeitsintegration)

### Finanzen

	2008	2009	2010	2011	2012
Kreditoren- / Debitorenzahlungen <sup>1</sup>	745 954	802 943	848 958	869 561	892 837
Steuererklärungen für Klientinnen und Klienten mit vormundschaftlichen Massnahmen	2 907	3 018	3 284	3 291	3 466
Vermögensabrechnungen für Klientinnen und Klienten mit vormundschaftlichen Massnahmen	1 308	2 016	2 020	1 942	2 133
Inkassofälle für Rückerstattungen Sozialhilfe und Elternbeiträge	799	960	1 141	1 165	1 099

Definition:

<sup>1</sup> Zahlungen Rechnungsjahr

### Informatik

	2008	2009	2010	2011	2012
Bearbeitete Störungsmeldungen <sup>1</sup>	6 980	6 822	5 946	5 731	5 059
Gewartete Informatik-Arbeitsplätze (Stichtag 31. Dezember)	1 827	1 816	1 878	1 902	1 920
Gewartete Informatik-Fachanwendungen	62	61	58	58	62
Informatikprojekte und Anwendungs- erweiterungen (Stichtag 31. Dezember)	41	40	50	42	33

Definitionen:

<sup>1</sup> Anzahl der vom Service Desk an die Supportspezialistinnen und -spezialisten weitergeleiteten Tickets

### Controlling und Infrastruktur

	2008	2009	2010	2011	2012
Betreuungsverhältnisse in Krippen <sup>1</sup> (Stichtag 31. Dezember)	3 871	4 391	4 779	4 893	5 199
Administrativ betreute Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsintegration SEB	2 318	2 319	3 332	3 166	3 063
Bewirtschaftete Arbeitsplätze im VZ Werd (Stichtag 31. Dezember)	350	347	361	356	360

Definition:

<sup>1</sup> Gesamtzahl der Kinder in privaten subventionierten und städtischen Krippen, die am Stichtag eine gültige Elternbeitragsvereinbarung haben.

## 4.3 Laufbahnzentrum

### 4.3.1 Aufgaben

Das Laufbahnzentrum (LBZ) hat den gesetzlichen Auftrag, Jugendliche bei ihrer Berufs- und Studienwahl und Erwachsene bei der Gestaltung ihrer beruflichen Laufbahn zu unterstützen. Dies erfolgt durch ein breites Informationsdienstleistungsangebot und durch persönliche Beratung. Die Beratung hat insbesondere zum Ziel, den Ratsuchenden Entscheide zu ihrer beruflichen Laufbahn zu ermöglichen, die ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechen und gleichzeitig die Anforderungen der sich wandelnden Arbeitswelt berücksichtigen.

Im Laufbahnzentrum werden drei Dienstleistungsbereiche unterschieden:

- Berufs- und Laufbahnberatung, Berufswahlvorbereitung
- Berufs- und Lehrstelleninformationen
- Realisierungsunterstützung: Stipendienberatung, Lehrstellenvermittlung und Brückenangebote

Die Berufsberatung von Jugendlichen stellt die Jugendlichen in den Mittelpunkt; sie werden im Berufswahlprozess unterschiedlich unterstützt durch ihr Umfeld in der Schulzeit, die Berufsberatung und Wirtschaft. Die Berufsberatung begleitet die schulisch etablierte Berufswahlvorbereitung, sei dies in Klassen- und Elternorientierungen oder in Einzelberatungen der Schülerinnen und Schüler vor Ort oder im Laufbahnzentrum. Dabei sieht das Beratungskonzept eine möglichst eigenverantwortliche Beteiligung der Schülerinnen und Schüler vor.



Im Projekt LIFT befassen sich Schülerinnen und Schüler ab der 1. Klasse der Sekundarstufe I mit ihren Vorstellungen zur Berufswelt und arbeiten regelmässig an Wochenarbeitsplätzen. Dies ermöglicht ihnen den konkreten Einblick in den Berufsalltag neben der Schulwelt. (Foto: Claudia Schildknecht)

Die Laufbahnberatung von Erwachsenen betrifft Personen, die ihre beruflichen Anliegen in einer sich ständig verändernden Berufswelt angehen wollen. In Einzelberatungen und Gruppensettings werden berufliche Standortbestimmungen, Aus- und Weiterbildungsfragen sowie Neuorientierungen angegangen.

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

#### Beratung

Die Zahl der Beratungen hat im vergangenen Jahr um 10 % (478 Fälle) zugenommen; dabei haben sich die Zahlen bei den jungen Erwachsenen wie bei den über Fünfzigjährigen überdurchschnittlich erhöht. Wie im Vorjahr betreffen rund 60 % der Beratungen Erwachsene (über achtzehn Jahre). Im Schnitt liegen die Beratungssitzungen pro Ratsuchende etwas über zwei Stunden; die Beratungsdauer bei Erwachsenen ist leicht höher als bei den unter Achtzehnjährigen.

#### Berufsinformation

Die Auskunftsleistungen des Berufsinformationszentrums (BIZ) sind gegenüber dem Vorjahr um rund 20 % angestiegen. Dabei hat das BIZ die Beratungszeiten vor Ort für Kurzberatungen und die telefonischen Auskunftszeiten ab August um 100 % erweitert, ohne dabei die Personalressourcen zu erhöhen. Auch die zahlreicheren Einzelberatungen führten zu einem grösseren Informationsaufwand im BIZ; oftmals sind Beratungen mit der Abgabe von Informationsmaterial zu Ausbildungsgängen verbunden.

#### Realisierungsunterstützung

Die Unterstützung der Umsetzung des beruflichen Entscheides hat im LBZ eine lange Tradition – sie geht bis in die Zwanzigerjahre des letzten Jahrhunderts zurück. Auf dem Gebiet der Stadt Zürich wird der Kontakt mit den Lehrbetrieben intensiv gepflegt, damit Lehrstellen erhalten oder generiert werden können. Die Zahl der gemeldeten Lehrstellen hat noch einmal leicht zugenommen; die Nachfrage nahm in den letzten Jahren leicht ab, so dass sich die Lehrstellenproblematik in kleinen Schritten leicht entschärft. Nach wie vor treten gut 30 % der Lehrstellensuchenden aus der Stadt Zürich in ein Berufsvorbereitungsjahr oder ein Motivationssemester ein oder haben keine Lösung. Auch liegt die Quote der Lehrvertragsauflösungen nach wie vor bei 10 %, so dass das LBZ in zwei neuen Projekten einerseits die Berufswahlvorbereitung (Projekt LIFT = leistungsfähig durch individuelle Förderung und praktische Tätigkeit, siehe Bild links) sowie die Krisenintervention bei drohendem Lehrabbruch (Projekt Casemanagement Berufsbildung im Auftrag des Amtes für Mittelschulen und Berufsbildung – MBA) unterstützt. Die Integration von Netz\_2 im LBZ verlief über die erste Projektphase sehr gut; das Angebot ist vollumfänglich ausgelastet.

Aufgrund einer entspannteren Lehrstellensituation stagniert die Zahl der vom LBZ angebotenen Praktikumsjahresplätze bei JOB PLUS. Die Anschlussquote für direkt weiterführende Ausbildungen liegt nach wie vor bei 80 %.

Die Stipendienberatung vermittelte in diesem Jahr fast 2,7 Mio. Fr. Ausbildungsbeiträge. Die bewilligten Beiträge sind leicht rückläufig, die Beratungsleistungen sind nach wie vor sehr gefragt.

### 4.3.3 Spezifische Kennzahlen

#### Berufs- und Laufbahnberatungen

Beratene Personen	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2011 zu 2012	
bis 15 Jahre	1 585	1 244	1 324	1 275	1 344	69	5 %
16–17 Jahre	570	790	672	640	786	146	23 %
18–19 Jahre	244	248	229	248	280	32	13 %
20–24 Jahre	475	524	535	492	532	40	8 %
25–29 Jahre	469	560	512	501	511	10	2 %
30–39 Jahre	800	930	916	915	1 007	92	10 %
40–49 Jahre	499	542	586	612	655	43	7 %
50 und mehr Jahre	141	194	206	189	235	46	24 %
<b>Total Einzelberatungen</b>	<b>4 783</b>	<b>5 032</b>	<b>4 980</b>	<b>4 872</b>	<b>5 350</b>	<b>478</b>	<b>10 %</b>
Einzelberatungen RAV	495	682	637	580	603	23	4 %
Einzelberatungen SOD	79	153	185	122	133	11	9 %
<b>Ø Anzahl Beratungen</b>							
bis 18 Jahre	–	–	–	–	2	–	–
über 18 Jahre	–	–	–	–	2,4	–	–
<b>Geschlecht</b>							
weiblich	–	–	–	–	(55 %) 2 921	–	–
männlich	–	–	–	–	(45 %) 2 429	–	–

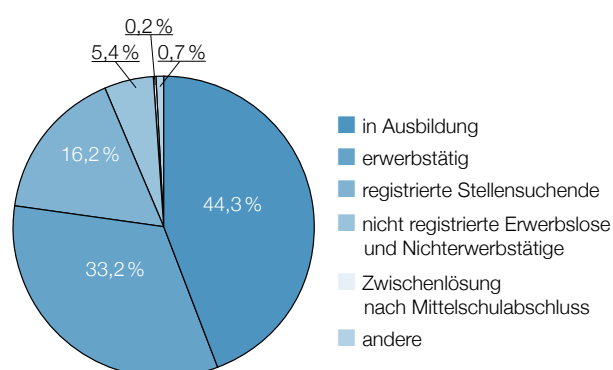
#### Kommentar

Neu werden in der Darstellung der beratenen Personen ab 2012 die durchschnittliche Anzahl Sitzungen pro beratene

Person sowie die Anzahl beratener Frauen und Männer übers Berichtsjahr aufgeführt.

#### Ausbildungs- und Beschäftigungssituation

	Anzahl	in %
in Ausbildung	2 370	44,3
erwerbstätig	1 776	33,2
registrierte Stellensuchende	867	16,2
nicht registrierte Erwerbslose und Nichterwerbstätige	287	5,4
Zwischenlösung nach Mittelschulabschluss	10	0,2
andere	40	0,7
<b>Total</b>	<b>5 350</b>	<b>100,0</b>



## Berufswahlvorbereitung

	2008	2009	2010	2011	2012
Klassenorientierungen <sup>1</sup>	193	180	170	158	156
im Berufsinformationszentrum (BIZ)	151	152	151	136	151
Schulhaussprechstunden (Kurzberatungen)	3041	2941	3532	3713	3583
im Rahmen von Schulhaus-Präsenzen	936	879	939	947	971
Elternorientierungen	116	112	105	91	94

Definition:

<sup>1</sup> Die Klassenorientierungen werden in den Schulhäusern und BIZ durchgeführt. Die BIZ-Zahlen sind untenstehend separat ausgewiesen.

## Berufsinformationszentrum (BIZ)

	2008	2009	2010	2011	2012
Besucherinnen und Besucher (alleine und mit Beraterinnen und Beratern)	13292	14414	15029	14347	18249
Besuche in Gruppen oder Schulklassen	4640	4680	4740	4880	5360
Auskünfte (telefonisch, online sowie Kurzberatungen)	2894	2804	3487	3841	4730
Interne Informationen an Berufsberaterinnen und Berufsberater	1470	1654	1714	1801	2116
<b>Total der Auskunftsleistungen</b>	<b>22296</b>	<b>23562</b>	<b>24990</b>	<b>24869</b>	<b>30455</b>

## Brücken-Angebote JOB PLUS (Stichtag 31. Dezember)

	2008	2009	2010	2011	2012
Teilnehmende im Motivationssemester JOB PLUS	92	95	93	94	83
Teilnehmende JOB PLUS Futura	13	20	20	17	16

## Lehrstelleninformation / -vermittlung

	2008	2009	2010	2011	2012
Gemeldete Lehr- und Anlehrstellen	3871	4026	3952	4062	4156
Kontakte mit Lehrbetrieben (Mails, Telefon)	8622	8600	13689	14896	13280
Lehrstellenberatung / -coaching	176	232	255	291	308
Abgegebene Lehrstellenliste (Lena) <sup>1</sup>	385	324	309	161	–

Definitionen:

<sup>1</sup> Die telefonisch bestellten Lehrstellenlisten sowie die Besuche im BIZ, die nur wegen Lehrstellenlisten erfolgen, werden nicht mehr separat ausgewiesen. Aufgrund der räumlichen Umgestaltung des BIZ im August 2012 ist Letzteres nicht mehr möglich.

## Stipendienberatung

	2008	2009	2010	2011	2012
Einzelberatungen	385	324	309	161	158
<b>Ausbildungsbeiträge nach Fonds (in Fr.)</b>					
Städtische Stipendien	1 294 150	1 980 200	2 396 300	2 250 600	1 883 900
StadtbürgerInnenfonds	17 800	59 600	81 000	74 200	50 900
Ausbildungsdarlehen	–	–	–	25 700	22 300
Private Stipendienstiftungen	558 600	704 500	948 400	812 250	729 360
<b>Total</b>	<b>1 870 550</b>	<b>2 744 300</b>	<b>3 452 700</b>	<b>3 162 750</b>	<b>2 686 460</b>

## 4.4 Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV

### 4.4.1 Aufgaben

Die Hauptaufgabe des Amts für Zusatzleistungen zur AHV/IV (AZL) besteht darin, einkommensschwachen Zürcher AHV- und IV-Rentnerinnen und -Rentnern eine angemessene materielle Existenz zu garantieren oder ihnen mittels Zusatzleistungen (ZL) die selbständige Bezahlung ungedeckter Heimkosten zu ermöglichen. Zudem können bestimmte Krankheits- und Behinderungskosten vergütet werden. Für die Aufgabenerfüllung stehen dem AZL Ergänzungsleistungen, kantonale Beihilfen und Zuschüsse, jährliche Gemeindegzuschüsse, Pflegekostenzuschüsse, ausserordentliche Gemeindegzuschüsse sowie Einmalzulagen zur Verfügung. Sämtliche Leistungsarten sind an die Erfüllung bestimmter Anspruchsvoraussetzungen geknüpft.

Seit dem 1. Januar 2011 ist die Abteilung Pflegebeiträge des AZL zudem für die Auszahlung der öffentlichen Pflegebeiträge im stationären Bereich an die Leistungserbringer zuständig.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

#### IT-Strategieprojekt

Im Bereich der ZL-Durchführung bewältigen das AZL sowie achtzehn weitere angeschlossene Städte und Gemeinden sämtliche operativen Aufgaben mit der Fallapplikation ZUSO. Es handelt sich um eine reife, stabile Individuallösung mit gut etablierten Prozessabläufen, die seit rund zwanzig Jahren besteht und permanent weiterentwickelt wurde.

Aufgrund des Software-Lebenszyklus wurde im Jahr 2011 ein Strategieprojekt bezüglich Weiterentwicklung/Ablösung von ZUSO bei der Abteilung Organisation und Informatik der Stadt Zürich (OIZ) in Auftrag gegeben, um langfristig eine optimale IT-Unterstützung der ZL-Durchführung des AZL und der Vertragsgemeinden zu garantieren.

Zielsetzung ist, ein bestmögliches Instrument zu beschaffen, das die heute bestehende Stabilität, Sicherheit, Integrität und Effizienz des operativen Betriebs unter allen Umständen umfassend und nachhaltig gewährleistet. Die korrekten Rechtsansprüche müssen permanent und termingerecht den richtigen Personen ausgerichtet werden. Dies ist das höchste Gut, das nicht gefährdet werden darf; schliesslich richtet das AZL jährlich ZL in der Höhe von mehreren Hundert Mio. Fr. aus.

#### **Neue Gesetzesbestimmung bei der Prämienverbilligung für Ergänzungsleistungsberechtigte: Direktüberweisung der Prämienpauschale an die Krankenversicherer**

Der neue Art. 21a des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen (ELG) hat zum Ziel, die zweckentfremdete Verwendung von Prämienverbilligungsbeiträgen zu verhindern. Ab 1. 1. 2014 ist daher bei Ergänzungsleistungsbeziehenden der jährliche Pauschalbetrag für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKV) direkt an die Krankenversicherer zu überweisen. Der Grundgedanke von Art. 21a ELG ist nicht neu. Das zürcherische Recht kennt im Gegensatz zu anderen Kantonen seit einigen Jahren eine entsprechende Rechtsgrundlage. Der Unterschied der heutigen Regelung zur neuen Gesetzesbestimmung liegt darin, dass eine Direktüberweisung der Prämie an den Krankenversicherer nicht generell, sondern nur bei Zweckentfremdung erfolgt.

Unmittelbar mit der Bekanntgabe, dass der Bundesrat Art. 21a ELG in Kraft setzen wird, hat das AZL mit Hochdruck die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die konkrete Umsetzung aufgenommen sowie bei der Gestaltung der kantonalen Gesetzgebung massgeblich mitgewirkt. Weiter wurden mittels Planstellenweisung sieben Stellenwerte beantragt. Mit dieser Stellenweisung sollte sichergestellt werden, dass der enorme zusätzliche Aufwand im permanenten operativen Prozess aufgefangen werden kann. Die zu dieser Mehrarbeit führenden Problematiken wurden im Geschäftsbericht 2011 ausführlich dargelegt. Parallel zu diesen Arbeiten wurde eine umfassende IT-Analyse bezüglich Zeitaufwand für die technische Umsetzung in die Wege geleitet. Nachdem die kantonalen gesetzlichen Grundlagen weitgehend geklärt waren, konnte diese technische Voranalyse und Aufwandsschätzung abgeschlossen werden. Leider hat sich herausgestellt, dass es aus überprüfbareren Gründen nicht möglich ist, mit der heutigen Fallapplikation die für eine ordnungsgemässe Abwicklung notwendigen Anpassungen rechtzeitig vorzunehmen. Eine möglicherweise rechtzeitige Umsetzung wäre nur mit signifikanten zusätzlichen externen und internen Ressourcen machbar gewesen. Dieses IT-Hochrisikoprojekt hätte der Stadt Zürich sehr hohe Investitionskosten von rund 5 Mio. Fr. verursacht. Da das AZL an einem sorgsamem Umgang mit öffentlichen Geldern interessiert ist, wurde diese Problematik mittels einer Einfrage dem Zürcher Stadtrat unterbreitet mit dem nachvollziehbaren Ergebnis, dass in eine auslaufende Fallapplikation keine 5 Mio. Fr. investiert werden können. Somit kann die neue Gesetzesbestimmung nicht mehr in der heutigen Fallapplikation und folglich nicht rechtzeitig umgesetzt werden. Es steht jedoch fest, dass Art. 21a ELG – unabhängig von der gewählten IT-Strategie-Variante – in die neue Fallapplikation implementiert wird. Somit werden alle finanziellen Mittel und Ressourcen in die Zukunft investiert, damit das bereits laufende IT-Strategieprojekt vorangetrieben und Art. 21a ELG so rasch als möglich umgesetzt werden kann.

Da Sinn und Zweck von Art. 21a ELG in der Stadt Zürich mit der Direktüberweisung der Krankenkassenprämie im Falle von Zweckentfremdung bereits heute umgesetzt ist, werden durch die verzögerte Umsetzung weder Bund und Kanton noch die SVA noch die Krankenversicherer und insbesondere auch nicht die Zusatzleistungsberechtigten einen finanziellen Schaden erleiden. Ab 1. 1. 2014 bis zur Umsetzung von Art. 21a ELG verbleibt für die Stadt Zürich ein minimales finanzielles Restrisiko bei allfälligen wenigen Einzelfällen, bei denen die Zweckentfremdung der OKV-Prämie nicht rechtzeitig abgefangen werden konnte und das Rückerstattungsverfahren erfolglos blieb. Diese erwartete geringfügige Schadenssumme steht in keinem Verhältnis zu den 5 Mio. Fr. Investitionskosten des oben erwähnten IT-Hochrisikoprojekts.

Aufgrund der verzögerten Umsetzung von Art. 21a ELG entfällt zurzeit auch der dafür eingeplante Personalaufwand. Folglich wurde mit dem Novemberbrief die Planstellenweisung mit den beantragten sieben Stellenwerten zurückgezogen.

Abschliessend ist festzuhalten, dass die verzögerte Umsetzung dieser Bundesgesetzesbestimmung sicherlich unbefriedigend ist; jedoch ist zu berücksichtigen, dass während dieser Übergangsphase niemand zu Schaden kommen wird.

#### 4.4.3 Spezifische Kennzahlen

##### Aufwendungen und Erträge

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Ergänzungsleistungen</b>					
jährliche Ergänzungsleistungen (monatlich ausbezahlt)	324 399 820	339 378 689	369 073 291	390 883 607	402 271 740
Krankheits- und Behinderungskosten	20 948 944	21 992 848	22 565 740	24 345 324	26 508 179
<b>Beihilfen und Zuschüsse</b>					
Beihilfen (monatlich ausbezahlt)	25 158 408	25 350 362	25 448 670	25 786 094	26 297 753
Zuschüsse <sup>1</sup>	1 360 478	1 322 072	1 460 439	2 244 500	2 560 044
<b>Gemeindezuschüsse</b>					
jährliche Gemeindezuschüsse (monatlich ausbezahlt)	32 872 981	35 584 045	37 819 047	37 949 860	38 058 956
Pflegekostenzuschüsse	499 186	263 734	125 803	109 546	28 224
ausserordentliche Gemeindezuschüsse	231 733	342 501	273 170	219 622	179 202
Einmalzulagen	3 883 050	3 882 442	3 902 700	3 925 800	3 949 350
<b>Total Aufwendungen</b>	<b>409 354 600</b>	<b>428 116 693</b>	<b>460 668 860</b>	<b>485 464 353</b>	<b>499 853 448</b>
Staatsbeiträge	126 642 284	133 286 209	139 799 909	149 722 780	154 032 506
Prämienverbilligungen	74 395 702	75 034 547	82 870 138	88 704 186	94 234 119
Rückerstattungen	14 358 353	15 035 934	18 401 610	19 316 478	17 920 615
<b>Total Erträge</b>	<b>215 396 339</b>	<b>223 356 690</b>	<b>241 071 657</b>	<b>257 743 444</b>	<b>266 187 240</b>
<b>Nettobelastung Stadt</b>	<b>193 958 261</b>	<b>204 760 003</b>	<b>219 597 203</b>	<b>227 720 909</b>	<b>233 666 208</b>

Definition:

<sup>1</sup> Zuschüsse nach kantonalem Recht; Einführung per 1. 1. 2008 (§ 19a Zusatzleistungsgesetz [ZLG])

##### Laufende Fälle

Stichtag im Dezember	2008	2009	2010	2011	2012
AHV-Rentnerinnen und -Rentner inkl. Hinterlassene in Wohnungen	6 924	6 929	7 028	7 185	7 295
AHV-Rentnerinnen und -Rentner inkl. Hinterlassene in Heimen	3 203	3 254	3 383	3 414	3 475
IV-Rentnerinnen und -Rentner in Wohnungen	4 705	4 727	4 801	4 864	4 959
IV-Rentnerinnen und -Rentner in Heimen	1 394	1 405	1 446	1 451	1 425
<b>Total</b>	<b>16 226</b>	<b>16 315</b>	<b>16 658</b>	<b>16 914</b>	<b>17 154</b>

## Durchschnittliche Zusatzleistung

in Fr. pro Fall im Dezember	2008	2009	2010	2011	2012
AHV-Rentnerinnen und -Rentner inkl. Hinterlassene in Wohnungen	1 309	1 346	1 402	1 450	1 467
AHV-Rentnerinnen und -Rentner inkl. Hinterlassene in Heimen	2 704	2 826	3 061	3 263	3 297
IV-Rentnerinnen und -Rentner in Wohnungen	1 509	1 531	1 582	1 621	1 635
IV-Rentnerinnen und -Rentner in Heimen	3 322	3 431	3 558	3 691	3 770

## Diverse Indikatoren

	2008	2009	2010	2011	2012
Verfügungen im Rahmen von Neu- und Wiederanmeldungen	2 892	3 105	3 102	3 128	2 957
Periodische Überprüfungen laufender Fälle	5 452	6 101	5 567	5 507	5 957
Mutationen von Berechnungsgrundlagen laufender Fälle	12 081	10 929	10 783	13 763	13 702
Anspruchsverlust infolge Tod	1 247	1 310	1 153	1 335	1 250
Abgänge infolge Wegfalls der Anspruchsvoraussetzung	1 031	1 079	1 163	1 214	1 245
Verfügungen für Krankheits- und Behinderungskosten	20 579	21 286	20 931	22 506	22 657
Verfügungen für Pflegekostenzuschüsse und ausserordentliche GZ <sup>1</sup>	1 939	–	–	–	–

Definition:

<sup>1</sup> Seit dem Wegfall der Obergrenze bei den jährlichen Ergänzungsleistungen und der Einführung der Zuschüsse nach kantonalem Recht per 1.1.2008 werden Pflegekostenzuschüsse praktisch nur noch für Nachzahlungen und in Einzelfällen ausgerichtet, so dass diesem Indikator heute keine Aussagekraft mehr zukommt.

## Kommentar

Nachdem die Zahl der Rentenberechtigten mit Zusatzleistungen zur AHV/IV zwischen 2008 und 2009 nur wenig zugenommen hatte, steigt sie seit dem Jahr 2010 wieder stärker. Ende 2012 (Stichtag im Dezember) wurden 17 154 (Vorjahr: 16 914) laufende Fälle gezählt. Dies entspricht einer Veränderung von 1,4 % (1,5 %). Der Zuwachs zeigt sich stärker bei den AHV-Renten-Berechtigten mit einer Zunahme von 171 Fällen (+1,6 %) und schwächer bei den IV-Renten-Berechtigten mit einem Plus von 69 Fällen (+1,1 %).

Die Aufwendungen für die Zusatzleistungen haben mit Fr. 499 853 448.– gegenüber Fr. 485 464 353.– im Vorjahr um 3,0 % (5,4 %) zugenommen. Die Bruttoleistungen verteilen sich zu 85,8 % (85,5 %) auf Ergänzungsleistungen (einschliesslich Krankheits- und Behinderungskosten), zu 5,3 % (5,3 %) auf kantonale Beihilfen, zu 0,5 % (0,5 %) auf Zuschüsse nach kantonalem Recht, zu 7,6 % (7,8 %) auf jährliche Gemeindegzuschüsse und zu 0,8 % (0,9 %) auf ausserordentliche

Gemeindegzuschüsse, Einmalzulagen und Pflegekostenzuschüsse. Das Nettoergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,6 % auf Fr. 233 666 208.– erhöht. Während die Aufwendungen (Bruttokosten) gegenüber dem Vorjahr um 14,4 Mio. Fr. gestiegen sind, hat sich die Nettobelastung für die Stadt um 5,9 Mio. Fr. erhöht.

Entsprechend dem Trend der Vorjahre (seit 2008) sind die Auslagen bei der Vergütung von Krankheitskosten 2012 weiter gestiegen, und zwar von Fr. 24 345 324.– auf Fr. 26 508 179.–. Dies entspricht einer Zunahme um 8,9 % (7,9 %).

Die seit 2008 im Bereich der Restfinanzierung von Kosten in Pflegeheimen und Wohnheimen für Behinderte geltenden Zuschüsse nach kantonalem Recht erhöhten sich 2012 weiter (+14,1 %), auf Fr. 2 560 044.–. Die städtischen Pflegekostenzuschüsse hingegen reduzierten sich weiter, von Fr. 109 546.– auf Fr. 28 224.– (–74,2 %), und werden praktisch nur noch für Nachzahlungen der Vorjahre sowie für seltene Einzelfälle beansprucht.



#### 4.4.4 Spezifische Kennzahlen öffentliche Pflegebeiträge

##### Aufwendungen nach Trägerschaft

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Städtische Altersheime (AHZ), Pflegezentren (PZZ) und Spitäler	–	–	–	43 705 777	42 295 168
Private Institutionen	–	–	–	36 709 544	39 805 912
<b>Total</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>80 415 321</b>	<b>82 101 080</b>

##### Anzahl beitragsberechtigte Pflegetage nach Trägerschaft

(in Tagen)	2008	2009	2010	2011	2012
Städtische Altersheime (AHZ), Pflegezentren (PZZ) und Spitäler	–	–	–	805 471	807 788
Private Institutionen	–	–	–	715 437	721 307
<b>Total</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>1 520 908</b>	<b>1 529 095</b>

##### Kommentar

Die Aufwendungen für die Ausrichtung der öffentlichen Pflegebeiträge im stationären Bereich haben mit Fr. 82 101 080.– gegenüber Fr. 80 415 321.– im Vorjahr um 2,1 % zugenommen. Zwar hat sich die Verlagerung der Kostenübernahme von den

Krankenversicherern zu den Gemeinden vorerst in Grenzen gehalten, doch ist mit dem Wegfall der Staatsbeitragsberechtigung (im Vorjahr 8,6 Mio. Fr.) die Nettobelastung für die Stadt entsprechend höher.

## 4.5 Soziale Dienste

### 4.5.1 Aufgaben

Die Sozialen Dienste (SOD) handeln im Rahmen der sozialen Grundversorgung gestützt auf das Sozialhilfegesetz, das Kinder- und Jugendhilfegesetz und das ZGB. Die SOD richten ihre Leistungen auf eine nachhaltige soziale und berufliche Integration der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich sowie auf die gute Qualität des Zusammenlebens in den Quartieren aus. In den fünf polyvalenten Sozialzentren wird eine umfassende soziale Grundversorgung für die Bewohnerinnen und Bewohner einer Region sichergestellt. Die Dienstleistungen reichen von der präventiv ausgerichteten Quartierkoordination über Soziokultur, die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, die gesetzliche Betreuung und Vertretung im Rahmen einer zivilrechtlichen Massnahme bis hin zur wirtschaftlichen und persönlichen Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

#### Einführung neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR)

Das ZGB erfährt im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes eine Generalrevision, die per 1. Januar 2013 in Kraft tritt. Die SOD sind davon massgeblich betroffen; einerseits führen ihre Sozialarbeitenden den grössten Teil der Erwachsenen- und Kindesschutzmandate, andererseits begleiten sie

rund 900 Personen, die privat Mandate führen. In Abstimmung mit der Vormundschaftsbehörde haben die SOD mit umfassenden Massnahmen die Organisation und die Mitarbeitenden auf das neue KESR vorbereitet. So führten sie in Zusammenarbeit mit einer Fachhochschule eine der jeweiligen Funktion der Mitarbeitenden angepasste Schulung durch und erstellten die neuen Grundlagendokumente. Die SOD sind damit bestens vorbereitet, um ab 1. Januar 2013 die zivilrechtlichen Mandate unter dem neuen Recht in hoher Qualität weiterzuführen.

#### Neuausrichtung Soziokultur 2013

Die SOD führen verschiedene soziokulturelle Einrichtungen, die rund 20% der gesamten Anzahl Betriebe in der Stadt Zürich ausmachen. Auch wenn der Grossteil der Soziokultur über private Trägerschaften abgedeckt wird, ist es wichtig, dass es in diesem Bereich städtische Einrichtungen gibt. Dies vor allem zur Sicherung des operativen Know-hows im Bereich Soziokultur innerhalb der Stadtverwaltung, damit direkte Rückmeldungen der Nutzerinnen und Nutzer über die Angebote sowohl der eigenen wie auch der privat geführten Betriebe möglich sind und damit der Erhalt einer kritischen Grösse gegeben ist, die es erlaubt, Vernetzungsarbeit und fachliche Weiterentwicklung zu leisten.

In den Stadtkreisen 1, 4 und 5 ist das Zusammenspiel der verschiedenen städtischen Akteure von besonderer Bedeutung. Um in diesen intensiv genutzten öffentlichen Räumen eine Nutzungsbalance zu gewährleisten, konzentrieren sich die SOD künftig auf diese Stadtkreise. Die Neuausrichtung der Soziokultur bedeutet, dass das Quartierzentrum (QZ) Aussersihl weiterhin von den SOD geführt wird. Seit seiner Eröffnung im Jahr 2004 hat sich das QZ Aussersihl zu einem lebendigen Treffpunkt für die Quartierbevölkerung entwickelt. Hier begegnen sich Bewohnerinnen und Bewohner jeden Alters, unterschiedlicher Interessen und Herkunft. 2003 hatte der Gemeinderat die Sozialen Dienste mit dem Aufbau des Quartierzentrums und der anschliessenden Übertragung des Angebots an eine private Trägerschaft aus dem Quartier beauftragt. In den vergangenen Jahren wurden erfolglos mehrere Versuche unternommen, eine entsprechende Trägerschaft zu finden. In der Folge schlug das Sozialdepartement eine geografische und inhaltliche Bereinigung der städtisch geführten soziokulturellen Einrichtungen vor. Die Einrichtungen in den restlichen Stadtkreisen werden durch private Trägerschaften geführt.

So wird der Betrieb des Quartiertreffs Höngg und Rütihof an die Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren übergehen. Ausserdem wird das Quartierzentrum Altstadt per 2014 einer privaten Trägerschaft übergeben und über das Kontraktmanagement des Sozialdepartements mitfinanziert.

### **Informationszentrum IZS neu beim Support Sozialdepartement**

Das Informationszentrum IZS erteilt Auskünfte über die öffentlichen und privaten sozialen Angebote in der Stadt Zürich. 1997 als «Infoladen» an der Fraumünsterstrasse eröffnet, wechselte das IZS Anfang 2004 als gesamtstädtisches Angebot zu den Sozialen Diensten. In Zusammenarbeit mit den Sozialzentren richtete das IZS die Infotheken in den Empfangsbereichen der Sozialzentren ein, wo die Quartierbevölkerung schriftliche Informationen über die sozialen Angebote erhalten. Für telefonische Fragen der Bevölkerung war das IZS über die «Infoline» erreichbar. An Bedeutung gewonnen haben die Informationen im Internet, die das IZS mit dem «Wegweiser durch das soziale Angebot in Zürich» anbietet. Per 1. Juli 2012 wechselte das IZS zu Support Sozialdepartement und wurde mit den bestehenden Telefondiensten des Sozialdepartements zusammengeführt. Der einheitliche telefonische Zugang über eine einzige Rufnummer erleichtert die Kontaktaufnahme mit dem Sozialdepartement und stellt sicher, dass das vertiefte Wissen des IZS über die sozialen Angebote allen Anrufenden zur Verfügung steht.

### **Transparente Klientenkontoabrechnung**

Erhalten Sozialhilfebeziehende rückwirkend (Versicherungs-) Leistungen, ist die wirtschaftliche Hilfe zurückzuerstatten. Zu diesem Zweck wird eine Klientenkontoabrechnung (KKA) erstellt. Um die Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit der KKA für die Klientinnen und Klienten zu verbessern, wurden die Prozesse analysiert und verschiedene Massnahmen umgesetzt. So wurden die vorhandenen technischen Möglichkeiten optimiert, die Abläufe vereinheitlicht und beschleunigt. Der Erfolg der im Herbst 2012 abgeschlossenen Überarbeitung zeigt sich bereits, indem Beanstandungen von Klientinnen und Klienten deutlich abgenommen haben. Auch die Ombudsstelle äusserte sich positiv zur neuen KKA.

### **1 Jahr Anlaufstelle für Vermieter**

Nach einem Jahr «Anlaufstelle für Vermieter» kann eine positive Bilanz gezogen werden. Die Anlaufstelle für Vermieter ist ein kostenloses Angebot der SOD mit dem Ziel, Wohnungskündigungen und Ausweisungen zu vermeiden. Es richtet sich an alle Vermieterinnen und Vermieter in der Stadt Zürich, die in einem Mietverhältnis mit Schwierigkeiten konfrontiert sind, die zu einer Wohnungskündigung führen können. Im vergangenen Jahr hat die Anlaufstelle 191 Anfragen zu Problemen mit Mietverhältnissen erhalten. Mit 63 Anfragen stand das Thema Mietrückstände zuoberst auf der Liste, gefolgt von 27 Fällen, in denen es um Konflikte mit Nachbarinnen und Nachbarn ging. Auch mietrechtliche Fragen, mangelnde Sorgfalt mit dem Mietobjekt oder Fragen zu Untermietverhältnissen gehörten zu den wichtigsten Themen. In sechs Fällen konnte die Anlaufstelle sogar eine unmittelbar drohende Wohnungskündigung verhindern. In vielen Anfragen vermochte die Anlaufstelle für Vermieter auch Dienstleistungen anderer Stellen zu vermitteln und so einen wichtigen Beitrag zur Lösung des Problems zu leisten.

### **Erneuerung Rechtsgrundlage für private Anbieter in der Arbeitsintegration**

Bei Eintritt in die Sozialhilfe wird die Arbeitsfähigkeit von Klientinnen und Klienten überprüft. Für zumindest 50 % arbeitsfähige Sozialhilfebeziehende, die kurzfristig nicht in den Arbeitsmarkt reintegrierbar sind, stehen Einsatzplätze in Teillohnbetrieben zur Verfügung. Mit ihrer Tätigkeit in diesen Betrieben erbringen die Sozialhilfebeziehenden die geforderte Gegenleistung und verbleiben gleichzeitig im Arbeitsprozess. Durch den Teillohn verdienen sie abgestuft nach ihrer Leistungsfähigkeit einen Teil ihres Existenzbedarfs selber und entlasten dadurch die Sozialhilfe. Im Bereich der Teillohn-Angebote sind sowohl städtische als auch private Anbieter tätig. Die privaten Angebote machen rund 35 % der Teillohn-Einsatzplätze aus. Bisher wurden sie mit zwei- bis dreijährigen Laufzeiten vom Gemeinderat bewilligt. Nachdem diese Angebote als Arbeitsintegrationsmassnahme etabliert sind und um den Teillohnbetrieben eine genügende Planungssicherheit zu gewährleisten, hat der Gemeinderat 2012 den neuen Rahmenverträgen für eine Dauer von vier Jahren zugestimmt.

### **Schwerpunkte der Quartierkoordination und der Soziokultur**

– Aufgrund der starken Bodenbelastung mussten im Hardquartier mehrere Familiengärten aufgelöst und die Erde ausgewechselt werden. Was geschieht nun mit diesem frei gewordenen Stück Land? Mit der Unterstützung von Grün Stadt Zürich und der Quartierkoordination Kreise 3, 4, 5 der SOD entwickelte die Quartierbevölkerung 2012 Ideen, wie das «neue» Gelände genutzt, bebaut und auch verwaltet werden kann. An mehreren Treffen diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Organisationen sowie Bewohnerinnen und Bewohner über Möglichkeiten wie Grillplatz, Schülergarten, Vogelvoliere, Teehaus, Verein und Interessengemeinschaft. Weitere Themen waren die Rolle der Stadt sowie die finanziellen Möglichkeiten. Die Ideen werden nun von der Quartierbevölkerung konkretisiert. Man darf gespannt sein, was im Quartiergarten ab Mai 2013 entstehen wird. Die Quartierkoordination Kreise 3, 4, 5 wird auf alle Fälle dranbleiben und die Ideen in der Umsetzung – wo notwendig – unterstützen.

- Bis zum geplanten Baubeginn bei der städtischen Wohnsiedlung 2014 kann die attraktive, 7000 Quadratmeter grosse Brache auf der Kronenwiese im Kreis 6 durch interessierte Gruppierungen aus dem Quartier genutzt werden. Ziel der Trägerschaft – bestehend aus Quartierkoordination Waidberg (SOD), Grün Stadt Zürich und Gemeinschaftszentrum Schindlergut – ist es, eine einfache und unbürokratische Nutzung zur Entwicklung von Projekten zu ermöglichen. Unter anderem leistet die KV Businessschool einen grossen freiwilligen Arbeitseinsatz – es entstehen ein Veloparcours, ein Gemeinschaftsgarten, ein Bau-, Lehm- und Spielplatz. Familien bewirtschaften ihr eigenes Gartenbeet, Jugendliche bauen einen Pizzaofen, Künstler stellen Objekte aus, eine Schulkasse pflanzt ein Weidenhäuschen, ein Quartierbewohner produziert Biokohle, und für gehbehinderte Seniorinnen und Senioren steht eine Aussichtsplattform zur Verfügung. Die Kronenwiese, als Ort der Begegnung und des kreativen Tätigseins – eine Erfahrung mitten in der Stadt mit Ausstrahlung ins Quartier.
- Der Quartiertreff Hardau mit dem soziokulturellen Angebot der Raumvermietung befindet sich in einem der Hard-Hochhäuser. In einem dieser Räume ist auch der Kindertreff Hardau mit seinem Mittagstisch einquartiert. Pro Jahr besuchen 3000 bis 5000 Kinder den Kindertreff, davon nehmen jährlich 2000 bis 3000 Kinder am Mittagstisch Platz. Tendenz steigend. Die Stadt Zürich investiert seit einiger Zeit Mittel, um die Hardau mit baulichen Massnahmen aufzuwerten. Die Beruhigung der Weststrasse und der Bullingerstrasse sowie die neue Wohnzone am Bullingerplatz haben das Hardquartier verändert. Der Verkehr hat abgenommen, die Sicherheit für Fussgängerinnen und Fussgänger, insbesondere für Kinder, wird sich deutlich verbessern. Dies wird zu einer stärkeren Nachfrage nach Treffpunkten und soziokulturellen Gestaltungsmöglichkeiten für Familien führen. Die SOD tragen diesem Fakt Rechnung. Sie werden 2013 im soziokulturellen Bereich eine Strategie entwickeln mit dem Ziel, mehr Begegnungsorte für Familien zu schaffen. Als

Auftakt dieser neuen Richtung darf auch der Umbau der Räumlichkeiten des Kindertreffs Hardau betrachtet werden. Von Juni bis August 2012 wurden die Räumlichkeiten zeitgemäss renoviert und mit einem Fest eingeweiht.

- Affoltern hat sich in den vergangenen Jahren baulich und sozial stark verändert, was bei der Quartierbevölkerung ein Bedürfnis nach mehr Information hervorgerufen hat. Vor allem in Bezug auf laufende und zukünftige Bautätigkeiten, kulturelle Veranstaltungen und weitere Entwicklungen im Quartier möchten die Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Laufenden gehalten werden. Die Quartierkoordination Zürich Nord hat dieses Bedürfnis aufgenommen und die Bildung einer Arbeitsgruppe unterstützt, die auf den Vorarbeiten eines sehr engagierten Bewohners aufbaute, der das Internetportal [www.affoltern.ch](http://www.affoltern.ch) ins Leben gerufen hatte. Die Website, die seit Ende 2009 existiert, wird täglich zwischen sechzig- und hundertmal aufgerufen. Kernstück ist ein Veranstaltungskalender mit Quartieranlässen, der monatlich auch als elektronischer Newsletter verschickt wird. Seit 2011 wird der Kalender – mit Unterstützung durch verschiedene Quartierorganisationen – auch gedruckt und durch eine Freiwillige an mehreren Orten in Affoltern aufgehängt. Die Quartierkoordination stimmt die verschiedenen Tätigkeiten aufeinander ab und setzt sich für einen reibungslosen Ablauf ein.

#### 4.5.3 Spezifische Kennzahlen zur wirtschaftlichen Hilfe nach Sozialhilfegesetz (SHG)

Durch die Anpassung des Sozialhilfegesetzes werden die vorläufig Aufgenommenen seit 2012 mit ordentlicher Sozialhilfe unterstützt. Diese Fälle werden von der AOZ geführt. Dadurch hat sich die Zahl der Existenzsicherungsfälle in der Stadt Zürich leicht erhöht. Durchschnittlich wurden pro Monat 8811 Fälle (Haushalte) unterstützt (2011: 8388). Im ganzen Jahr 2012 wurden insgesamt 19 150 Personen vorübergehend oder permanent mit Existenzsicherungsleistungen unterstützt (2011: 18 354). Dies entspricht einer kumulierten Sozialhilfequote von 5,1 % (2011: 4,9 %).

#### Fälle (Jahresdurchschnitt)

	2008	2009	2010	2011	2012
Wirtschaftliche Hilfe (Stadt Zürich: SOD und AOZ)	n.v.	8 497	8 648	8 619	9 006
davon nur Existenzsicherung; Fallführung AOZ	n.v.	203	342	474	921
Wirtschaftliche Hilfe (Fallführung SOD)	n.v.	8 294	8 306	8 145	8 085
davon nur Existenzsicherung; Fallführung SOD	n.v.	7 379	7 388	7 245	7 196
davon Existenzsicherung und erzieherische finanzielle Hilfen (SOD)	n.v.	656	663	669	694
davon nur erzieherische finanziellen Hilfen (SOD)	n.v.	259	256	231	195

	2008	2009	2010	2011	2012
Alle Fälle mit Existenzsicherung (Stadt Zürich)	8 282	8 238	8 392	8 388	8 811
davon Fälle mit Fallführung SOD	8 115	8 035	8 051	7 914	7 890
davon Fälle mit Fallführung AOZ	167	203	342	474	921
Alle Fälle mit erzieherischen finanziellen Hilfen	n.v.	915	919	899	888

## Fälle kumuliert

	2008	2009	2010	2011	2012
Wirtschaftliche Hilfe (Stadt Zürich)	n.v.	13044	12994	13077	13436
davon Fälle mit Fallführung SOD	n.v.	12752	12457	12403	12121
davon Fälle mit Fallführung AOZ	280	292	537	674	1315

	2008	2009	2010	2011	2012
Alle Fälle mit Existenzsicherung (Stadt Zürich)	13050	12699	12644	12758	13199
davon Fälle mit Fallführung SOD	12770	12407	12107	12084	11884
davon Fälle mit Fallführung AOZ	280	292	537	674	1315
Alle Fälle mit erzieherischen finanziellen Hilfen	n.v.	1947	1937	1908	1771

## Neue Fälle

	2008	2009	2010	2011	2012
Existenzsicherung (Stadt Zürich)	3858	4155	4183	4239	4301
davon Fälle mit Fallführung SOD	3739	4016	3900	3979	3921
davon Fälle mit Fallführung AOZ	119	139	283	260	380
Erzieherische finanzielle Hilfen	n.v.	866	850	790	713

## Abgelöste Fälle

	2008	2009	2010	2011	2012
Existenzsicherung (Stadt Zürich)	n.v.	4444	4150	4220	4313
davon Fälle mit Fallführung SOD	n.v.	4308	4046	4072	4136
davon Fälle mit Fallführung AOZ	n.v.	136	104	148	177
Erzieherische finanzielle Hilfen	n.v.	876	838	845	807

## Personen mit Existenzsicherung (Jahresdurchschnitt)

	2008	2009	2010	2011	2012
Personen mit Existenzsicherung (Jahresdurchschnitt) (Stadt Zürich)	13172	12779	12853	12710	13469
davon Personen in Fällen mit Fallführung SOD	12894	12433	12309	11955	11834
davon Personen in Fällen mit Fallführung AOZ	278	346	544	755	1635

## Personen mit Existenzsicherung kumuliert

	2008	2009	2010	2011	2012
Personen mit Existenzsicherung (kumuliert) (Stadt Zürich)	19648	18680	18392	18354	19150
davon Personen in Fällen mit Fallführung SOD	19211	18199	17574	17255	16888
davon Personen in Fällen mit Fallführung AOZ	437	481	818	1099	2262

## Sozialhilfequoten

	2008	2009	2010	2011	2012
Durchschnittliche Sozialhilfequote (Jahresdurchschnitt der Personen mit Existenzsicherung, in Prozent der zivilrechtlichen Bevölkerung am Jahresanfang)	3.7 %	3.5 %	3.5 %	3.4 %	3.6 %
Kumulative Sozialhilfequote (Personen mit Existenzsicherung kumuliert, in Prozent der zivilrechtlichen Bevölkerung am Jahresende)	5.4 %	5.1 %	5.0 %	4.9 %	5.1 %

## Zahlungen Existenzsicherung und erzieherische Hilfen<sup>1</sup>

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Materielle Grundsicherung</b>					
Grundbedarf Unterhaltsdifferenz (1. Quartal 2008)	6 762 707	–	–	–	–
Grundbedarf Lebensunterhalt	98 857 126	105 228 942	107 988 168	109 346 511	95 710 346
Wohnkosten	85 558 445	85 834 339	87 044 992	83 601 607	85 965 020
Medizinische Grundversorgung	20 014 227	23 223 972	24 907 832	25 420 706	24 414 990
abzüglich Aufwandminderungen (Löhne und Einkommen der Klientinnen und Klienten)	–29 019 305	–43 374 256	–40 368 876	–41 214 839	–42 211 444
<b>Situationsbedingte Leistungen</b>					
allgemein und stat. Aufenthalt Erwachsene	26 123 456	29 715 894	30 368 590	30 307 922	28 138 872
berufliche und soziale Integration	9 995 589	13 519 873	32 164 987	38 753 896	39 964 583
erzieherische Hilfen	51 659 935	58 069 324	57 503 942	55 113 383	52 101 670
<b>Zwischentotal</b>	<b>269 952 180</b>	<b>272 218 088</b>	<b>299 609 635</b>	<b>301 329 186</b>	<b>284 084 037</b>
Beiträge Krankenkassenprämien	28 476 542	29 574 053	29 864 105	31 693 970	31 003 206
<b>Total</b>	<b>298 428 722</b>	<b>301 792 141</b>	<b>329 473 740</b>	<b>333 023 156</b>	<b>315 087 243</b>

Definition:

<sup>1</sup> Bis zum Jahr 2011 umfasst die Tabelle auch die Zahlungen an Existenzsicherungsfälle, die von der AOZ geführt werden. Ab 2012 sind nur noch die Zahlungen an die von den SOD geführten Fälle enthalten.

## Rückerstattungen vereinnahmte Geldmittel (ohne Krankenkassenbeiträge): Überblick<sup>1</sup>

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Total Rückerstattungen Behörden	29 591 257	24 112 652	34 061 049	37 340 402	39 616 727
Total Rückerstattungen von anderen Zahlungspflichtigen	61 781 126	70 108 644	80 369 121	75 918 338	74 169 094
<b>Rückerstattungen total (ohne transitorische Abgrenzungen)</b>					
<b>Total</b>	<b>91 372 383</b>	<b>94 221 296</b>	<b>114 430 170</b>	<b>113 258 740</b>	<b>113 785 821</b>

Definition:

<sup>1</sup> Bis zum Jahr 2011 umfasst die Tabelle auch die Rückerstattungen betreffend Existenzsicherungsfällen, die von der AOZ geführt werden. Ab 2012 sind nur noch die Rückerstattungen zu den von den SOD geführten Fällen enthalten.

## Rückerstattung vereinnahmte Geldmittel<sup>1</sup>

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Behörden</b>					
Direktion Soziales und Sicherheit des Kantons Zürich, Ausländerfürsorge	24 384 276	19 702 726	29 295 396	32 781 741	34 553 386
Heimatbehörden	5 047 094	4 409 926	4 765 653	4 558 661	5 063 341
Bund, Asylsuchende	159 887	–	–	–	–
<b>Total Behörden</b> (ohne Berücksichtigung des Staatsbeitrags)	<b>29 591 257</b>	<b>24 112 652</b>	<b>34 061 049</b>	<b>37 340 402</b>	<b>39 616 727</b>
<b>Selbstzahler</b>					
Rückzahlungen	3 552 777	5 590 944	5 380 962	5 680 443	6 714 364
Lohn- und Vermögensverwaltung	2 892 981	3 360 144	3 184 520	3 476 931	2 545 394
Erbabtretungen	1 712 920	1 944 767	2 605 847	3 055 247	3 230 271
<b>Total Selbstzahler</b>	<b>8 158 678</b>	<b>10 895 855</b>	<b>11 171 329</b>	<b>12 212 621</b>	<b>12 490 029</b>
<b>Verwandte</b>					
Unterhaltsbeiträge Kinderzulagen	2 444 977	3 203 720	4 308 084	4 943 441	3 939 098
Ehegattenalimente	213 511	459 415	498 080	485 890	384 084
Verwandtenunterstützung	825 987	747 686	523 256	584 180	756 140
<b>Total Verwandte</b>	<b>3 484 475</b>	<b>4 410 821</b>	<b>5 329 420</b>	<b>6 013 511</b>	<b>5 079 322</b>
<b>Sozialinstitutionen</b>					
IV	28 385 102	29 130 484	34 343 130	29 837 946	28 129 889
AHV	3 413 579	4 731 134	6 256 064	6 338 046	6 882 317
Arbeitslosenversicherung	2 726 820	3 367 644	4 170 943	3 386 355	3 083 933
Krankenkassen, Unfall- und andere Versicherungen	7 772 145	8 539 399	9 439 667	9 169 223	9 319 335
KKBB, Überbrückungshilfen, Alimentenbevorschussung	4 107 759	4 333 779	4 554 180	4 779 771	4 499 430
Pensionskassenleistungen	1 847 229	2 367 592	2 683 615	1 738 732	1 766 928
Stipendien, Fonds, Stiftungen	1 885 339	2 331 936	2 420 773	2 442 193	2 917 911
<b>Total Sozialinstitutionen</b>	<b>50 137 973</b>	<b>54 801 968</b>	<b>63 868 372</b>	<b>57 692 206</b>	<b>56 599 742</b>
<b>Total Rückerstattungen</b>	<b>91 372 383</b>	<b>94 221 296</b>	<b>114 430 170</b>	<b>113 258 740</b>	<b>113 785 821</b>

Definition:

<sup>1</sup> Bis zum Jahr 2011 umfasst die Tabelle auch die Rückerstattungen betreffend Existenzsicherungsfällen, welche von der AOZ geführt werden.

Ab 2012 sind nur noch die Rückerstattungen zu den von den SOD geführten Fällen vorhanden.

#### 4.5.4 Spezifische Kennzahlen zur persönlichen Hilfe nach SHG

##### Persönliche Hilfe nach SHG durch die Intakes, die Quartierteams und die Zentrale Abklärungs- und Vermittlungsstelle

	2008	2009	2010	2011	2012
Fälle mit persönlicher Hilfe (in Kombination mit Existenzsicherung) (kumuliert)	12 770	12 407	12 107	12 084	11 884

##### Infodona

	2008	2009	2010	2011	2012
Beratene Personen (ohne finanzielle Leistungen)	1 580	1 603	1 658	1 634	1 687
Beratungen pro Jahr (ohne finanzielle Leistungen)	3 456	3 467	3 596	3 645	4 175

##### Freiwillige Einkommens- und Vermögensverwaltung

	2008	2009	2010	2011	2012
Personen mit freiwilliger Einkommens- und Vermögensverwaltung (ohne wirtschaftliche Hilfe nach SHG, ohne zivilrechtliche Massnahmen) (kumuliert)	n.v.	196	299	236	230

#### 4.5.5 Spezifische Kennzahlen zur Jugend- und Familienhilfe

Aufgrund der vom Gemeinderat im Dezember 2011 bewilligten zusätzlichen Stellen konnte die Schulsozialarbeit weiter ausgebaut werden. Im Jahr 2012 waren 62 Schulsozialarbeitende (2011: 56) in 89 Schulen (2011: 82) der Stadt Zürich im Einsatz. Bei der Jugendberatungsstelle hat ein vorübergehender personeller Engpass zu einem Rückgang der Beratungsstunden geführt.

##### Erzieherische finanzielle Hilfen

Die erzieherischen finanziellen Hilfen umfassen sowohl ambulante als auch stationäre Massnahmen. Die Kennzahlen

sind im Abschnitt «Wirtschaftliche Hilfe nach SHG» enthalten.

##### Erzieherische Beratung ohne finanzielle Unterstützung

In der erzieherischen Beratung ohne finanzielle Unterstützung werden Eltern in Erziehungsfragen unterstützt, ohne dass dabei ausserhalb der Beratung durch die Sozialarbeitenden zusätzliche Kosten anfallen.

Zu dieser Beratungsleistung werden keine Kennzahlen erhoben.

##### Alimentenstelle

	2008	2009	2010	2011	2012
Fälle Kleinkinderbetreuungsbeiträge	383	346	328	331	355
Alimentenbevorschussungsfälle	1 866	1 834	1 754	1 813	1 790
Schuldner-Alimenteninkasso	3 626	3 723	3 857	4 141	4 291

## Mütter- /Väterberatung

	2008	2009	2010	2011	2012
Erfasste Kinder	5 572	5 592	5 784	6 105	6 496
Beratungen	25 109	25 534	25 404	25 522	24 612

## Jugendberatung

	2008	2009	2010	2011	2012
Beratungen in Anwesenheit der Klientinnen und Klienten: beratene Personen/Familien	491	505	510	492	493
Telefonische Beratungen und E-Mail-Beratungen: beratene Personen	929	948	1 046	959	845
Beratungsstunden	5 207	5 005	5 210	5 151	4 554

## Elternberatungsstelle

	2008	2009	2010	2011	2012
Feststellung Vaterschaft/Regelung Unterhalt: einvernehmliche Fälle (ohne Beistandschaft) (kumuliert)	1 462	1 603	1 596	1 590	1 725
Folgevereinbarungen (Abänderungen) (kumuliert)	259	250	221	259	238

## Fachstelle Pflegekinder

	2008	2009	2010	2011	2012
Beaufsichtigte Tagesverhältnisse (kumuliert)	234	234	218	193	204
Beaufsichtigte Pflegeverhältnisse (kumuliert)	132	143	144	144	143

## Regionale Kinderschutzgruppen

	2008	2009	2010	2011	2012
Neu gemeldete Fälle	111	94	94	67	49

## Schulsozialarbeit

	2008	2009	2010	2011	2012
SchulsozialarbeiterInnen	41	56	56	56	62
Betreute Schulen	59	81	82	82	89



#### 4.5.6 Spezifische Kennzahlen zu den zivilrechtlichen Erwachsenen- und Kinderschutz-Massnahmen

##### Erwachsenenschutz (durch Soziale Dienste geführte Fälle)

	2008	2009	2010	2011	2012
Fälle (Jahresdurchschnitt)	3 293	3 338	3 448	3 554	3 601
Fälle kumuliert	3 567	3 736	3 726	4 052	4 151
Neue Fälle	n.v.	415	449	408	428

##### Kinderschutz (durch Soziale Dienste geführte Fälle)

	2008	2009	2010	2011	2012
Fälle (Jahresdurchschnitt)	1 549	1 752	1 943	2 141	2 251
Fälle kumuliert	1 850	2 039	2 094	2 512	2 586
Neue Fälle	n.v.	448	518	451	545

##### Spezielle Leistungen

	2008	2009	2010	2011	2012
Zivilrechtliche Massnahmen mit Einkommens- und Vermögensverwaltung (kumuliert)	3 810	3 790	3 621	3 792	3 809
Zivilrechtliche Massnahmen mit zusätzlicher Rechtsvertretung durch den Rechtsdienst SOD (kumuliert)	314	360	375	374	296
Begleitung privater Mandats-trägerInnen: begleitete Mandats-trägerInnen (kumuliert)	1 027	1 014	1 022	1 015	986
Begleitung privater Mandats-trägerInnen: von den begleiteten MandatsträgerInnen geführte Massnahmen (kumuliert)	1 347	1 347	1 407	1 444	1 436

#### 4.5.7 Spezifische Kennzahlen zu Soziokultur und Gemeinwesenentwicklung

##### Erholung und Freizeit

	2008	2009	2010	2011	2012
Öffnungsstunden der Begegnungsorte	20 665	19 742	19 707	20 271	20 977
Veranstaltungen	4 168	4 281	4 360	3 616	4 253
BesucherInnen von Veranstaltungen	137 030	134 656	143 415	127 526	127 436

##### Bildung, Kreativität, Kunst

	2008	2009	2010	2011	2012
Bildungsangebote	4 760	4 961	5 075	4 263	3 728
Teilnahmen an Bildungsangeboten	59 860	64 122	65 254	51 667	45 709
Supportstunden für Eigeninitiativen	18 960	20 328	21 432	21 531	22 542

##### Soziale Stadtentwicklung

	2008	2009	2010	2011	2012
Projekte Gemeinwesenentwicklung	119	136	113	77	74

## 4.6 Soziale Einrichtungen und Betriebe

### 4.6.1 Aufgaben

- Die Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) führen Einrichtungen, Betriebe und Programme, in denen Menschen beruflich und gesellschaftlich integriert werden.
- Der Geschäftsbereich Wohnen und Obdach umfasst Akutunterkünfte, Einrichtungen für begleitetes und betreutes Wohnen, Notwohnungen und Heime.
- Der Geschäftsbereich Sucht und Drogen bietet ein breites Angebot an präventiven, sozialen und medizinischen Hilfestellungen für Suchtmittel konsumierende Menschen und setzt sich für ein friedliches Zusammenleben im öffentlichen Raum ein.
- Der Geschäftsbereich Kinderbetreuung umfasst neun Kindertagesstätten – darunter drei Kinderhäuser – und führt drei der zehn Anlaufstellen Kinderbetreuung in der Stadt Zürich.
- Der Geschäftsbereich Arbeitsintegration unterhält Betriebe und Programme zur beruflichen und sozialen Integration von Sozialhilfebeziehenden, erwerbslosen Jugendlichen und IV-Beziehenden.

### 4.6.2 Jahresschwerpunkte

#### Überarbeitung der SEB-Strategie

Im ersten Halbjahr 2012 haben die SEB ihre Geschäftsstrategie überarbeitet. Um der Verschiedenheit der Tätigkeitsfelder besser Rechnung tragen zu können, entschied die Geschäftsleitung, die Strategie nicht mehr wie bis anhin auf der Ebene der Dienstabteilung zu formulieren, sondern auf der Ebene der Geschäftsbereiche. Die nun vorliegenden Geschäftsbereichsstrategien (2013–2017) werden durch ein Leitbild ergänzt, das Mission und Vision der SEB formuliert und die Handlungs-, Führungs- und personalpolitischen Grundsätze festhält, die für die gesamte Dienstabteilung gelten.

#### Inbetriebnahme eines neuen Fallführungssystems

Nach dem gelungenen Abschluss der Pilotphase konnten drei der vier Geschäftsbereiche der SEB im September das neue einheitliche Fallführungssystem (Efas) in Betrieb nehmen. Das System vereinfacht die Aufnahme und Bearbeitung von Fällen und ermöglicht eine bessere Übersicht über die Arbeit mit Klientinnen und Klienten, die Leistungen mehrerer Einrichtungen beziehen. Künftig soll Efas überdies als Instrument zur Verbesserung der Prozesse genutzt werden. Die Einführung des Systems verlief reibungslos, sowohl der Terminplan als auch das Budget wurden eingehalten – ein Erfolg, der auch dank der kompetenten Unterstützung durch Support Sozialdepartement (SDS) sowie Organisation und Informatik (OIZ) erreicht werden konnte. Die Integration des vierten Geschäftsbereichs (der Kinderbetreuung) in das neue Fallführungssystem wird voraussichtlich Mitte 2013 erfolgen.

#### Definitive Weiterführung der Nachtpension

Im November hat der Gemeinderat der Weiterführung der Nachtpension mit 115 zu 0 Stimmen zugestimmt. Das Angebot war Ende 2010 im Pilotbetrieb eröffnet worden, um die Notschlafstelle zu entlasten. Es bietet langzeitobdachlosen

Männern und Frauen Unterkunft im Einer- oder Zweierzimmer und eine Betreuung, die ihrer äusserst schwierigen Lebenssituation angepasst ist. In den zwei Jahren des Pilotbetriebs haben insgesamt 66 Personen die Einrichtung in Anspruch genommen. Über die Hälfte der Klientinnen und Klienten, die in dieser Phase ausgetreten sind, hat eine zuträgliche Anschlusslösung gefunden. Das Ziel der Entlastung der Notschlafstelle wurde erreicht: Die Übernachtungszahlen waren 2011 erstmals seit 2007 wieder rückläufig und haben sich 2012 auf dem Niveau des Vorjahres eingependelt.



Das Werk- und Wohnhaus zur Weid feierte sein 100-Jahr-Jubiläum mit einem Anlass für geladene Gäste und die Öffentlichkeit. (Foto: Claudia Senn)

#### 100 Jahre Werk- und Wohnhaus zur Weid

2012 konnte das Werk- und Wohnhaus zur Weid (WWW) in Rossau, Mettmenstetten, seinen 100. Geburtstag feiern. Einst gegründet, um Stadtzürcher Männer, die in den Augen der Behörden ein «liederliches» Leben führten, auf dem Land «administrativ zu versorgen», ist das WWW heute ein modernes Heim für Männer und Frauen aus der ganzen Region, die mit Sucht- und/oder psychischen Problemen zu kämpfen haben. Im WWW finden sie ein Arbeits- und Lebensumfeld vor, in dem sie sich trotz ihrer Beeinträchtigungen daheim fühlen können. Um die Stellung des Werk- und Wohnhauses in der Landschaft der Invaliden-Institutionen weiter zu stärken, soll es im Laufe des nächsten Jahres in eine private Stiftung übergeführt werden (vgl. S. 394).

#### Weitere Aufträge für sip züri

Nach der Gemeinde Wädenswil, in der seit 2011 Patrouillen von Sicherheit Intervention Prävention sip züri im Einsatz sind, hat das Sozialdepartement 2012 auch mit den Gemeinden Buchs und Dällikon Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Des weiteren erhielt sip züri im April von Grün Stadt Zürich den Auftrag, den bis dahin von einer privaten Sicherheitsfirma geführten Aufsichtsdienst in der Allmend Brunau zu übernehmen. Die Aufträge sind Ausdruck des Vertrauens, das der Betrieb bei Fachleuten ebenso wie in der Bevölkerung genießt. In enger Zusammenarbeit mit der Polizei, mit sozialen Einrichtungen, Quartierorganisationen und mit der Zentralen Abklärungs- und Vermittlungsstelle des SD konnte sip züri auch 2012 dafür sorgen, dass der öffentliche Raum in der Stadt Zürich für alle zugänglich bleibt.



sip zürli setzt sich dafür ein, dass Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum konstruktiv gelöst werden können. (Foto: Thomas Burla)

### Studie zur Situation ungarischer Sexarbeiterinnen

Im Rahmen eines von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) unterstützten Projekts hat der Geschäftsbereich Sucht und Drogen 2012 in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen in Ungarn eine Studie zur Situation ungarischer Strassensexarbeiterinnen, die in Zürich anschaffen, erstellt. Die Ergebnisse der Studie, die in zahlreichen Medien thematisiert wurden, belegen, dass die Frauen sowohl in ihrer Heimat als auch auf dem Zürcher Strassenstrich vielfach Gewalt und Anfeindungen ausgesetzt sind. Das zusammen mit der Studie herausgegebene Methodenhandbuch für die aufsuchende Sozialarbeit unter Strassensexarbeiterinnen in Zürich und in ungarischen Städten zeigt Wege auf, wie den betroffenen Frauen geholfen werden kann.

### Abbau von Praktikumsstellen in Kitas

Vor dem Hintergrund des veränderten Berufsbildungssystems und der steigenden Qualitätsanforderungen an eine professionelle Kinderbetreuung hat der Geschäftsbereich Kinderbetreuung die Zahl der Praktikumsstellen in seinen Kitas 2012 von zwanzig auf acht reduziert. Die Stellen richten sich primär an Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, die eine Ausbildung auf Niveau Höhere Fachschule (HF) anstreben und vorgängig ein Praktikum absolvieren müssen. Dies im Unterschied zu Schulabgängerinnen und Schulabgängern, die eine Lehre als Fachfrau bzw. Fachmann Kinderbetreuung machen möchten, wofür im Berufsbildungsgesetz kein Praktikum mehr vorgesehen ist. Um den Wegfall der Praktikantinnen und Praktikanten zu kompensieren, wurden verschiedene organisatorische Anpassungen vorgenommen. Unter anderem können die Kitas zur Überbrückung von Engpässen nun auf einen Pool von Springerinnen und Springern zurückgreifen.

### Quereinsteigerinnen nehmen Ausbildung in Angriff

Seit Sommer 2012 können sich im Kanton Zürich auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger zur Kindererzieherin bzw. zum Kindererzieher HF ausbilden lassen. Im Geschäftsbereich Kinderbetreuung haben im Berichtsjahr drei Quereinsteigerinnen ihre Ausbildungsstellen angetreten. Die bisherigen Erfahrungen sind positiv. Für die Kitas bedeutet der

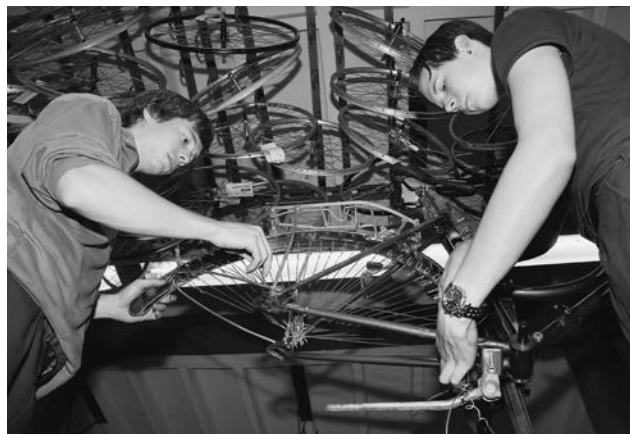


Weniger Praktika, dafür mehr Ausbildungsstellen für Quereinsteigende: So begegnen die städtischen Kitas neuen Herausforderungen. (Foto: Martin Vogel)

Einbezug dieser neuen Gruppe von Auszubildenden zwar eine Herausforderung, denn erwachsene Quereinsteigende müssen anders angeleitet werden und fügen sich anders ins Team ein als jugendliche Lernende. Die Quereinsteigerinnen stellen dank ihrer Lebens- und Berufserfahrung jedoch eine Bereicherung für die Kitas dar. Mit der Förderung von Quereinsteigern will der Geschäftsbereich Kinderbetreuung zudem einen Beitrag zur Bekämpfung des Personalmangels im Kinderbetreuungsbereich leisten. In den städtischen Kitas sollen mittelfristig elf Ausbildungsplätze für Quereinsteigende zur Verfügung stehen.

### Zwei Jubiläen in der Arbeitsintegration

2012 haben gleich zwei Betriebe des Geschäftsbereichs Arbeitsintegration Jubiläum gefeiert: Die Velowerkstatt an der Badenerstrasse blickte auf 20, das Atelier Blasio in Wollishofen auf 25 Jahre Bestehen zurück. Beide Betriebe waren ursprünglich als Jugendprogramme gegründet worden, beschäftigen heute aber auch erwachsene Sozialhilfebeziehende und Menschen mit Behinderung. Die Produktpaletten wurden in den vergangenen Jahren ebenfalls erweitert. So hat die Velowerkstatt beispielsweise 2011 die Versteigerung der von Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) eingesammelten Velos übernommen, und das Atelier Blasio, das in der Öffentlichkeit



Seit zwanzig Jahren schlägt die Velowerkstatt für ihre Klientinnen und Klienten Brücken in den ersten Arbeitsmarkt. (Foto: Brigitte Richi)

vor allem durch seine bunten Spielobjekte aus Blachenmaterial bekannt geworden ist, näht seit 2012 auch Taschen für die Firma Freitag.

#### Erfreuliche Entwicklung der Vermittlungsquoten

Die Vermittlungsquoten bei den Teillohnstellen und bei der Gemeinnützigen Arbeit haben sich in den letzten beiden Jahren erfreulich entwickelt. Fanden 2010 im Teillohn erst 22 %, in der Gemeinnützigen Arbeit 20 % der Austretenden eine Stelle, so waren es 2011 bereits 31 % bzw. 27 % und 2012 30 %

bzw. 33 %. Die Zahlen widerspiegeln den nach wie vor robusten Arbeitsmarkt in der Schweiz, aber auch die konsequente Fokussierung auf die berufliche Integration, die sowohl in den städtischen Arbeitsintegrationsbetrieben als auch in der Zusammenarbeit mit externen Einsatzbetrieben oberstes Ziel ist. Die 2012 eingeführten jährlichen Standortbestimmungsgespräche mit den Fallführenden der SOD tragen ebenso zu den höheren Vermittlungserfolgen bei wie die fachliche Unterstützung durch die Fachdienste Arbeitsintegration in den Bereichen Stellenvermittlung und Bildung und Förderung.

### 4.6.3 Spezifische Kennzahlen

#### Wohnen und Obdach

Plätze	Messgrösse	2008	2009	2010	2011	2012
Notschlafstelle	Bett	52	52	52	52	52
Nachtpension	Bett	–	–	–	20	20
Begleitetes Wohnen	Einzelzimmer	341	364	361	355	342
Betreutes Wohnen	Einzelzimmer	36	19	19	45	47
Familienherbergen	Zimmer	41	41	44	54	58
Werk- und Wohnhaus zur Weid	Bett	55	63	70	70	70
Jugendwohngruppen	Einzelzimmer	51	39	28	28	28
Notwohnungen	Wohnung	285	334	317	220	193

#### Wohnen und Obdach

Aufenthaltstage / Übernachtungen	2008	2009	2010	2011	2012
Notschlafstelle	10529	14219	15451	12490	12982
Nachtpension	–	–	–	4659	5491
Begleitetes Wohnen	115057	118736	116256	118403	109935
Betreutes Wohnen	9696	6085	6755	14488	15425
Familienherbergen	19015	26459	26627	40609	44741
Werk- und Wohnhaus zur Weid	19740	20103	23454	24608	24631
Jugendwohngruppen	16001	10692	8730	9615	8295
Notwohnungen	323960	335129	229415	181018	153422

## Sucht und Drogen

Plätze		2008	2009	2010	2011	2012
Kontakt- und Anlaufstellen	in Aufenthaltsräumen	124	124	124	126	129
	in Injektionsräumen	26	26	25	24	23
	in Rauchräumen	32	32	34	37	40
Treffpunkte city und t-alk		72	72	72	72	72
Frauenberatung Flora Dora	im Bus	7	7	7	7	7
Polikliniken Crossline und Lifeline	diaphin- (heroin-), methadon- und subutex-gestützte Behandlung	166	166	166	180	180

## Sucht und Drogen

Gassenpräsenz	Messgrössen	2008	2009	2010	2011	2012
sip züri	Soziale Interventionen <sup>1</sup>	12 754	17 064	–	–	–
	Medizinische Interventionen	3 915	5 510	–	–	–
	Ordnungsdienstliche Interventionen	6 638	10 843	–	–	–
	Übrige	5 519	5 191	–	–	–
	Interventionen Erwachsene <sup>2</sup>	–	–	33 120	27 029	25 953
	Interventionen Jugendliche <sup>3</sup>	–	–	17 191	13 268	6 066
	Präsenzstunden Gasse	2 021	3 522	8 129	8 830	8 838
Jugendberatung Streetwork	Präsenzstunden Gasse	4 155	3 855	1 899	1 915	1 996
Frauenberatung Flora Dora	Präsenzstunden Gasse	1 011	1 370	1 808	1 387	1 741

Definitionen:

<sup>1</sup> Eine Intervention hat zum Ziel, die soziale Integration, den Gesundheitszustand oder die subjektive Sicherheit zu erhalten bzw. zu verbessern.

<sup>2</sup> Im Umfeld der Kontakt- und Anlaufstellen wird gegenüber 2011 eine leichte Zunahme der Interventionen festgestellt. Dem steht eine Abnahme der Interventionen im öffentlichen Raum der restlichen Stadt gegenüber. Die Klientinnen und Klienten verteilen sich in kleineren Gruppen auf mehr Plätze und verhalten sich weniger störend.

<sup>3</sup> Die deutlichen Abnahme der Interventionen bei Jugendlichen bildet die aktuelle Entspannung im Kontext Jugendgewalt ab. Der HB Zürich ist 2012 kein Hotspot mehr. Das Landesmuseum ist infolge der Vorbereitungsarbeiten für den Erweiterungsbau fast inaktiv und 2012 für die Jugendlichen kein attraktiver Treffpunkt mehr. Die Jugendlichen treffen sich dezentraler, und ihr Verhalten ist weniger störend.

## Sucht und Drogen

Jobkarte	Messgrössen	2008	2009	2010	2011	2012
Tages- und Kurzeinsätze	Stunden/Jahr	106 076	130 247	146 733	139 980	142 161
Teilnehmende	Personen	583	645	671	669	682

## Kinderbetreuung

Plätze	2008	2009	2010	2011	2012
Verbund Artergut <sup>1</sup>	79	80	81	78	77
Verbund Entlisberg <sup>2</sup>	114	121	123	123	123
Verbund Schwamendingen <sup>3</sup>	71	71	72	72	72

Definitionen:

<sup>1</sup> Umfasst Kinderhaus Artergut, Kindertagesstätten In Böden und Käferhaus; Platzreduktion per 1.8.2011 durch Umwandlung von Kleinkinderplätzen in betreuungsintensivere Säuglingsplätze.

<sup>2</sup> Umfasst Kinderhaus Entlisberg, Kindertagesstätten Paradies und Selnau; ab 2008 werden die Hortplätze in der Statistik des Schul- und Sportdepartements ausgewiesen.

<sup>3</sup> Umfasst Kinderhaus Schwamendingen, Kindertagesstätten Herbstweg und Mattenhof.

## Kinderbetreuung

Betreute Kinder <sup>1</sup>	2008	2009	2010	2011	2012
Verbund Artergut	126	126	123	119	122
Verbund Entlisberg	190	198	199	186	170
Verbund Schwamendingen	81	79	85	98	95

Definition:

<sup>1</sup> Seit 2010 wird die Zahl der betreuten Kinder per Stichtag 31. Dezember ausgewiesen.

## Arbeitsintegration

Plätze	2008	2009	2010	2011	2012
Basisbeschäftigung	178	144	121	128	124
Teillohn	414	426	480	513	505
Qualifikation	107	114	53	49	43
Back to School	–	–	8	9	9
Gemeinnützige Arbeit	148	182	195	167	164
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	98	89	90	88	88
Dauerarbeitsplätze und Berufliche Massnahmen IV	76	62	60	72	74

## Arbeitsintegration

Teilnehmende	2008	2009	2010	2011	2012
Basisbeschäftigung	2 139	1 730	1 447	1 339	1 334
Teillohn	617	601	793	797	791
Qualifikation	396	291	135	128	120
Back to School	–	–	29	37	35
Gemeinnützige Arbeit	231	258	294	248	268
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	264	243	254	233	216
Dauerarbeitsplätze und Berufliche Massnahmen IV	141	130	130	140	125
Personalvermittlung und Bewerbungscoaching	104	93	119	121	163

## Arbeitsintegration

Vermittlungserfolge <sup>1</sup>	2008	2009	2010	2011	2012
Teillohn	26	24	23	31	30
Qualifikation	50	48	47	44	22
Gemeinnützige Arbeit	27	19	15	27	33
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	51	61	59	71	54
Personalvermittlung und Bewerbungscoaching	56	56	48	50	43

Definition:

<sup>1</sup> In Prozent der ausgetretenen Teilnehmenden.

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2012)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2001/002256 2001/000595	25.08.1999 21.11.2001	Bögle Heinz und Dettli Reto Industriequartier, Bau eines Quartierzentrums

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für den Bau eines Quartierzentrums im Industriequartier zu unterbreiten.*

Der Stadtrat plant auf dem Areal «Schütze» im Industriequartier ein Schulhaus inkl. Turnhalle, ein Quartierzentrum, eine Pestalozzibibliothek sowie einen Stadtpark. Dadurch wird den Anliegen des Postulats Rechnung getragen.

Im Verlauf des Jahres 2012 wurde ein Wettbewerbsprogramm für das Areal «Schütze» gemeinsam mit IMMO, AHB und den zukünftigen NutzerInnen oder BetreiberInnen (Schule, Sozialdepartement, Grün Stadt Zürich sowie der Pestalozzi-Bibliothek) erstellt. Im November 2012 wurde der daraus resultierende Projektwettbewerb im offenen Verfahren für den Neubau des Quartierhauses, der Pestalozzi-Bibliothek und der Turnhalle sowie für die Instandsetzung des Schulhauses Heinrich ausgeschrieben. Der Quartierpark wird zu einem späteren Zeitpunkt geplant und konkretisiert. Der Beginn der Instandsetzung des Schulhauses Heinrich sowie die Neubauten sind auf Januar 2016 geplant.

POS 2005/001481 2005/000511	30.11.2005 05.12.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Drogenpolitik, abstinenzorientierte Botschaft
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie kurzfristig durch eine klare Botschaft für eine Drogenpolitik, welche besonders auch die Drogenabstinenz zum Ziel hat, auf die Gefährlichkeit von harten Drogen wie z.B. Kokain, hingewiesen werden kann. Durch gezielte Prävention in Schulen, aber auch zusammen mit Arbeitgebern und Arbeitgeberorganisationen in Unternehmungen, muss diese Botschaft verbreitet werden.*

Die Stadtzürcher Drogenpolitik ist weder einseitig abstinenzorientiert, wie die Postulanten dies fordern, noch einseitig auf Laisser-faire ausgerichtet, sondern besteht in einem ausbalancierten Paket an sowohl repressiven als auch unterstützenden Massnahmen. Diese basieren auf Fakten hinsichtlich des Risiko- und Schadenpotenzials der verschiedenen Substanzen. Die Drogenpolitik des Stadtrats ist differenziert und ausgeglichen, ohne dass einzelne Themenfelder vernachlässigt oder gegeneinander ausgespielt werden. Es gibt auch im laufenden Berichtsjahr keine neuen Fakten, die darauf hinweisen, dass diese Strategie nicht mehr angebracht wäre.

POS 2007/000355 2007/000168	28.03.2007 05.11.2008	Danner Ernst und Meier Daniel Integration von Kleinkindern aus fremdländischen Kulturen, Kursangebot
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er, evtl. auch in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern, ein kostengünstiges Angebot an Kursen, welche die Integration und dem Umgang mit Kleinkindern aus fremdländischen Kulturen vermitteln, schaffen kann.*

Mit dem Legislatorschwerpunkt «Frühförderung – Gute Startchancen für alle Kinder» verfolgt der Stadtrat das Ziel, die Entwicklungsbedingungen für Kinder im Vorschulalter zu verbessern. Einen besonderen Schwerpunkt bilden dabei Massnahmen zugunsten von Kindern aus sozial benachteiligten Familien. Dabei handelt es sich um Kinder aus Schweizer Familien wie auch um Kinder ausländischer Herkunft. Einerseits soll der Zugang zur Regelstruktur wie beispielsweise den Kitas für diese Kinder verbessert werden, und andererseits sollen die Kitas noch stärker auf Bildungs- und Förderaspekte und auf den besonderen Bedarf von Kindern aus sozial benachteiligten Familien ausgerichtet werden. Die entsprechende Schulung des Kita-Personals ist dabei zentral. Im Projekt «Bildungsorientierung in Kitas» wird das Personal der teilnehmenden Kitas in Zürich-Nord weitergebildet und bei der Umsetzung der neuen Ansätze in die Praxis begleitet. Neben der Schulung des Kita-Personals im Zusammenhang mit der Bildungsorientierung in Kitas ist im Rahmen des Legislatorschwerpunkts ebenfalls vorgesehen, die Akteure im Frühbereich in interkultureller Kompetenz zu schulen. Dies wird voraussichtlich ab 2013 erfolgen. Weiter startet das Sozialdepartement zusammen mit dem Schul- und Sportdepartement und der Kreisschulpflege Schwamendingen 2013 ein Projekt, das sich an Kinder richtet, die 2014 in den Kindergarten übertreten und noch keine oder nur wenige Deutschkenntnisse haben. Eltern dieser Kinder werden von der Schule systematisch angeschrieben und für die Kinder Halbtageskita-Plätze mit gezielter Sprachförderung bereitgestellt.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2010/000042 2010/000014	06.01.2010 06.10.2010	Bloch Süss Monika und Wyss Thomas Bericht zur Armutssituation in der Stadt Zürich
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in regelmässigen Abständen ein Armutsbericht für die Stadt Zürich verfasst werden kann.*

Das Sozialdepartement prüft derzeit, ob und wie der geforderte Armutsbericht sinnvoll erstellt werden kann. Dabei stellen sich folgende zentrale Fragen, die noch geklärt werden müssen:

- Wie wird Armut genau definiert?
- Wie steht es um die Verfügbarkeit von zuverlässigem Datenmaterial zu diesem Thema, soweit die Daten über die Fallführungssysteme der Sozialen Dienste und des Amts für Zusatzleistungen zur AHV/IV hinausgehen?

Es ist wichtig anzumerken, dass die grossen Hebel für eine wirksame Armutsbekämpfung auf eidgenössischer Ebene liegen (AHV, IV, ALV, berufliche Vorsorge, Krankenversicherung usw.). Die Aufgabe der Stadt besteht – neben Vollzugsaufgaben – insbesondere darin, mit bedarfsabhängigen Leistungen in kantonaler und kommunaler Kompetenz die Existenz derjenigen zu sichern, welche durch die Maschen der vorgelagerten Sicherungssysteme fallen. Mit der Ausrichtung wirtschaftlicher Hilfe und Zusatzleistungen zu AHV- und IV-Renten sowie der Pflegefinanzierung sind grundsätzlich wirksame Instrumente zur Armutsbekämpfung vorhanden. Es ist indes mit einer nicht genau bezifferbaren Anzahl von Personen zu rechnen, die ihren Anspruch aus welchen Gründen auch immer nicht geltend machen (Dunkelziffer). Konkrete Armutssituationen können deshalb nicht ausgeschlossen werden.

Wie die PostulantInnen richtig anmerken, ist die Armutsbekämpfung ein komplexes, sowohl staatsstufen- wie auch departementübergreifendes Thema. Das Thema muss deshalb zuerst sinnvoll eingegrenzt werden, damit es mit einem vertretbaren Aufwand zielführend weiterbearbeitet werden kann.

POS 730.150.100-19 2012/000152	14.07.2010 04.04.2012	Mächler Martin Einführung von Betreuungsgutscheinen für Krippen- und Hortplätze, Änderung der Gemeindeordnung
--------------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Einführung von Betreuungsgutscheinen vorsieht für Eltern, die einen Krippenplatz für ihre Kinder brauchen oder andere Vereinfachungen für die Subventionierung vorsieht, welche es den Kitas erlauben, genügend subventionierte Plätze für den jeweiligen lokalen Bedarf anzubieten. Die Höhe des Beitrags hängt vom Einkommen und Arbeitspensum ab.*

POS 790.120.140-05 2010/001068 2010/000489	24.11.2010 03.10.2012	Kälin Simon ZVV, Aufrechterhaltung eines Fahrplanangebots nach Sihlbrugg Station
---	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, sich bei den SBB und beim ZVV dafür einzusetzen, dass Sihlbrugg Station auch nach Dezember 2012 mit dem öffentlichen Verkehr erreicht werden kann. Als ökologisch optimale Variante soll prioritär die Fortführung der Bahnverbindung angestrebt werden.*

POS 740.140.120-13 2011/000010 2011/000007	12.01.2011 03.10.2012	Glaser Helen Einführung eines speziellen Nachweises für die Freiwilligenarbeit von Schüler/innen und Jugendlichen
---	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, die Einführung eines speziellen Nachweises für die Freiwilligenarbeit von Schüler/innen und Jugendlichen zu prüfen, damit diese vermehrt für das Thema und die Bedeutung von freiwilligen Einsätzen sensibilisiert werden sowie ihr Einsatz dokumentiert wird und eine nachhaltige Würdigung erfährt. Als Grundlage für den Nachweis könnte der bereits bestehende schweizerische Sozialzeitausweis dienen, der mit einem entsprechenden Text auf freiwillige Einsätze von Schülern/innen und Jugendlichen ausgerichtet wird.*

POS 740.140.150-03 2011/000046 2011/000047	02.02.2011 03.10.2012	Bergmaier Guido und Schlatter Hedy Überprüfung der neu lancierten Projekten, Angeboten und Engagements im Sozialbereich
---	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Erfolg bei laufenden und neu lancierten Projekten, Angeboten und Engagements im Sozialbereich überprüft werden kann und die gewonnenen Erkenntnisse, inklusive einer Kosten/Nutzenanalyse in übersichtlicher Form dem GR zugänglich gemacht werden können.*

POS 630.120.140-6 2011/000296	13.07.2011 14.09.2011	Sangines David Alan und Heinrich Uschi Einsetzung einer Begleitgruppe zur Evaluierung der Erfahrungen mit dem Betrieb des Strichplatzes
-------------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er zeitgleich mit der Eröffnung des Strichplatzes der Stadt Zürich (AL8240) eine Begleitgruppe einsetzen kann, welche die Erfahrungen, die mit diesem neuen Instrument gewonnen werden, mit Blick auf die Akzeptanz des Strichplatzes im Quartier und in Bezug auf die übrigen Strichzonen fortlaufend evaluiert. Die Gruppe sollte sich namentlich aus Vertreterinnen und Vertretern des Quartiers, der AOZ, Flora Dora und des lokalen Gewerbes sowie den beteiligten städtischen Behörden zusammensetzen.*

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 740.140.110-11 2011/000483	14.12.2011 17.12.2011	Mächler Martin Verzicht auf die Kürzung der Ausbildungszulagen für die Kitas

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf die Kürzung der Ausbildungszulagen für Kitas verzichten kann.*

POS 740.170.110-13 2012/000236	06.06.2012 20.06.2012	Schwendener Thomas und Regli Daniel Massnahmen zur Verbesserung der Informationspolitik im Zusammenhang mit der geplanten Unterbringung von Asylsuchenden sowie frühzeitige Mitteilung vorgesehener Standorte für Asylzentren der AOZ
--------------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Kommunikation mit der Stadtbevölkerung in Bezug auf die geplante Unterbringung von Asylsuchenden verbessern kann. Die Bevölkerung soll zudem über vorgesehene Standorte für Asylzentren der Asyl Organisation Zürich (AOZ) frühzeitig informiert werden.*

## II. Abschreibungsanträge für Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/001257 2007/000629	29.11.2007 14.12.2007	Spieler Frauenfelder Marianne Oberstufe der Volksschule, Anschlussangebote

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein wirksames «Schul-Anschluss-Coaching» eingerichtet werden kann. Dazu sind namentlich die folgenden Massnahmen zu berücksichtigen:

1. In den Oberstufen-Schulhäusern ergänzend der Schulsozialarbeit zusätzliche Stellenprozente für ein «Schul-Anschluss-Coaching» eingesetzt. Am Ende der Schulpflicht erstattet diese Stelle der Kreisschulpflege und dem Team Coaching 16:25 der Sozialen Dienste für jede Schülerin und jeden Schüler Bericht über die gesicherte Nachfolgelösung. Das «Schul-Anschluss-Coaching» ist analog der Schulsozialarbeit einem Departement anzugliedern.
2. Bei den Brückenangeboten muss ebenfalls ein «Schul-Anschluss-Coaching» eingerichtet werden. Beim Ausschluss resp. Abbruch des Brückenangebotes erstattet diese Stelle Bericht an die Kreisschulpflege und an das Team Coaching 16:25.
3. Ein Ausschluss oder Abbruch der Lehrstelle muss durch das Amt für Berufsbildung ebenfalls an Team Coaching 16:25 gemeldet werden.

Aktuell sind rund 7 % der Schulabgängerinnen und Schulabgänger der Sekundarstufe I (3. Oberstufe) in keinem Anschluss-Angebot (Schule, berufliche Grundbildung, Motivations-Semester etc.). Diese Gruppe ist nach wie vor nicht zu vernachlässigen. Es besteht jedoch keine Möglichkeit, die Schulabgängerinnen und Schulabgänger rechtsverbindlich in einem Anschluss-Coaching oder Monitoring und in begleitende Massnahmen einzubinden. Die Wahlfreiheit nach der Oberstufe entspricht insofern auch der Intention des Souveräns. Deshalb können die im Postulat konkret angesprochenen Massnahmen nicht umgesetzt werden.

Hingegen sind die mit demselben Ziel entwickelten Angebote des «Case Management Berufsbildung» (= Netz\_2) sowie des Pilotprojektes LIFT gut auf Kurs, wenn auch sich in Folge der erst kurzen Laufzeit die beabsichtigte Wirkung noch nicht belegen lässt. Das mit 1,6 Stellen dotierte Netz\_2 in der Stadt Zürich ist bereits voll ausgelastet und es haben sich Wartezeiten ergeben.

Das Pilotprojekt LIFT konnte auf weitere Schulhäuser ausgedehnt werden, so dass bereits rund 70 SchülerInnen ab der 1. Klasse der Sekundarstufe I begleitet werden können. Es besteht von Seiten der Schulen ein grosses Bedürfnis, das Projekt auszubauen, da es optimal den Berufswahlprozess mit ersten Erfahrungen in der Wirtschaft verbindet und es positive Auswirkungen in den beteiligten Klassen zeigt.

Weiter hat das LBZ ein Pilotprojekt mit dem Amt für Mittelschulen und Berufsbildung (MBA) des Kantons im Bereich des Coachings von Lernenden – im Anschluss an die Oberstufe – gestartet. Ziel dieses «Coaching Berufsbildung» ist die weitere Unterstützung von Lernenden im Kontext der Berufsbildung und Lehre zur Verhinderung von Lehrabbrüchen oder der Begleitung der Überbrückungszeit im Falle von Lehrabbrüchen.

Die vorliegenden Angebote wie das Projekt LIFT, das «Case Management Berufsbildung» und das «Coaching Berufsbildung» decken heute die Schnittstellen zwischen Schule und Berufswelt mit Fokus auf die Ausbildung und Beschäftigung von Zürcher Jugendlichen ab. Die weitere Vernetzung der Begleitungsangebote wird entsprechend der Vorarbeiten in den Pilotphasen weiterverfolgt, wie auch die grundsätzliche Verbesserung der beschriebenen Projekte.

Es ist davon auszugehen, dass die geschilderten Projekte als sehr gezielte Massnahmen greifen und keine weiteren getroffen werden müssen. Die Einführung eines wie im Postulat vorgesehenen «Schul-Anschluss-Coachings» für alle Schülerinnen und Schüler ist zum einen aus fachlicher Sicht wenig zielführend; zum anderen existiert keinerlei Rechtsgrundlage für ein solches verbindliches Monitoring nach Ende der Schulpflicht. Vor diesem Hintergrund wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

POS 2008/000047 2008/000020	16.01.2008 04.06.2008	Liebi Roger und Bartholdi Roger Sozialarbeitende, Ausbau der Kontakte zur Klientel
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Kontakte von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zu ihren Klienten mindestens Quartalsweise stattfinden können und die Situation überprüft wird.

2008 wurde der Stellenetat in der Sozialarbeit der Intakes und Quartierteams um 42 Stellen aufgestockt. Damit konnte die Fallbelastung pro Sozialarbeiterin und Sozialarbeiter von 120 Fällen auf 100 Fälle gesenkt werden. Den Fallführenden steht so mehr Zeit für die Arbeit in den einzelnen Fällen zur Verfügung. Die Grundvoraussetzung für häufigere Klientenkontakte wurde also erfüllt. Seit dem erfolgten Stellenausbau 2008 wurde kein weiterer Ausbau der Sozialarbeit in Intakes und Quartierteams vorgenommen.

Eine aktiv betriebene Fallarbeit ist für die Sozialen Dienste von fundamentaler Bedeutung für eine erfolgreiche Auftragserfüllung. Eine fest vorgeschriebene Frequenz der Kontakte zwischen Sozialarbeiterin/Sozialarbeiter und Klientin/Klient ist jedoch nicht zielführend. Nur ein geplantes und systematisches Arbeiten mit den Klientinnen und Klienten führt dazu, dass diese von der Sozialhilfe abgelöst werden können. Die Sozialen Dienste setzen deshalb ihre Ressourcen und die der Klientinnen und Klienten bewusst ein, d. h. mit den Klientinnen und Klienten, bei denen die besten Chancen auf eine Ablösung bestehen, wird auch am intensivsten zusammengearbeitet. Mit diesem Vorgehen ist es den Sozialen Diensten auch über die wirtschaftlichen Krisenjahre gelungen, die Fallzahlen in der Sozialhilfe stabil zu halten. Es kann in diesem Sinne nicht von einer «Bewirtschaftung der sozialen Probleme» gesprochen werden, vielmehr kommen die Sozialen Dienste ihrem Integrationsauftrag nach.

Die im Postulat geforderte Überprüfung ist erfolgt. Das Postulat wird deshalb dem Gemeinderat zur Abschreibung beantragt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000314 2008/000145	26.03.2008 06.10.2010	Meuli Myrtha und Reimann Beatrice Geschäfte mit ethnospezifischen Angeboten, Förderung

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Geschäfte mit ethnospezifischen Angeboten insbesondere im Zürcher Langstrassenquartier vermehrt im Anbieten von Lehrstellen und Ausbildungsplätzen für die berufliche Grundbildung gefördert werden können.*

Aus dem Pilotprojekt «Migration = Chance», das 2011 abgeschlossen wurde, entstand unter der Führung der Stiftung Berufslehr-Verbund Zürich (BVZ) im Jahr 2012 das Projekt «Gemeinsam ausbilden». Dieses greift auf die Umfrage bei 300 Firmen zurück, die sich bei «Migration = Chance» bereit erklärt hatten, sich in der beruflichen Ausbildung zu engagieren. Die daraus getroffene Auswahl von zwölf Firmen, die einen Lehrplatz anbieten, soll ausgeweitet werden auf rund 45 Firmen, welche ab 2015 Lehrlinge ausbilden können.

Der BVZ hat grosse Erfahrung in der Ausbildung von Lehrlingen in verschiedenen Berufsgruppen. Im laufenden Schuljahr 2012/13 hat er über 200 Betriebe, welche im Verbundsystem Lehrstellen anbieten. Die Abbruchquote der Lernenden liegt um 3%, was durch intensivierte Betreuung und Begleitung durch den BVZ, aber auch im Zusammenspiel mit den Ausbilderinnen und Ausbildern, ermöglicht wird.

«Gemeinsam ausbilden» trägt der Intention der Postulantinnen Rechnung, im Bereich des «Ethnic Business» Lehrstellen anzubieten, welche die Integration der Wohnbevölkerung in die Berufsbildungs- und Arbeitswelt in verschiedenen Berufsgruppen fördert. In diesem Sinne beantragt der Stadtrat die Abschreibung des Postulats.

POS 2009/000336 2009/000115	01.04.2009 06.10.2010	Bischof Jris und von Matt Hans Urs Einrichtung für Jugendarbeit im Quartier Friesenberg
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie möglichst bald im Quartier Friesenberg eine feste Einrichtung für Jugendarbeit eingerichtet werden kann. Diese soll die bestehenden Angebote mobiler Jugendarbeit nicht konkurrenzieren, sondern sinnvoll ergänzen.*

Neben dem eigentlichen Jugendtreff im GZ Heuried und der aufsuchenden Jugendarbeit wird 2013 neu ein Mittelstufentreff im Quartier Friesenberg initiiert. Der Gemeinderat hat mit GRB Nr. 3336 vom 28. November 2012 Beiträge an 12 Trägerschaften für 37 soziokulturelle Angebote für die Jahre 2012 bis 2018 (GR Nr. 2012/203) bewilligt und dabei auch von den Beiträgen für die Starthilfe Soziokultur für neue Angebote Kenntnis genommen. Das Projekt wird in Zusammenarbeit zwischen dem Quartiernetz Friesenberg und dem GZ Heuried realisiert und wird für die Jahre 2013 bis 2015 über die Starthilfe Soziokultur als Pilotprojekt finanziert. Der Mittelstufentreff soll die junge Hauptzielgruppe im Friesenberg im Alter von 10 bis 16 Jahren ansprechen. Mit diesen drei Angeboten betrachtet das SD den Bedarf an Jugendarbeit im Quartier Friesenberg als gedeckt.

Das Postulat ist deshalb als erledigt abzuschreiben.

POS 2010/001040 740.110.110-05 2010/000465	10.11.2010 01.12.2010	Rutherfordoord Catherine Erhöhung des städtischen Beitrags an den Verein Fachstelle für Schuldenfragen
---	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, den Betrag des Beitrags an den Verein Fachstelle für Schuldenfragen im Kanton Zürich anzupassen und dem Gemeinderat einen Antrag um Erhöhung zu stellen, der schon vor Ablauf der mit Weisung 2010/395 beschlossenen Beitragsperiode wirksam werden kann. Ziel der Erhöhung des Beitrags soll sein:*

- das Beratungsangebot möglichst niederschwellig zu machen und bürokratische Hürden, die den Zugang zur persönlichen Beratung erschweren, zu beschränken;
- die Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt und dem Verein so auszugestalten, dass die Nachfrage der BewohnerInnen der Stadt Zürich gedeckt werden kann.

Der Verein Fachstelle für Schuldenfragen erhält seit 1994 städtische Betriebsbeiträge. Diese stiegen von jährlich Fr. 45'000.– kontinuierlich an und betragen inzwischen Fr. 133'000.–. Der Gemeinderat bewilligte letztmals mit GRB Nr. 808 vom 1. Dezember 2010 die Betriebsbeiträge für die Jahre 2011–2014 (GR Nr. 2010/395).

Neben der Fachstelle für Schuldenfragen engagieren sich weitere Organisationen zugunsten von Privatpersonen mit Finanzproblemen und bieten Beratung in diesem Bereich an. Zu erwähnen ist im Raum Zürich insbesondere der Fachbereich Schulden der Caritas Zürich, der allen im Kanton Zürich wohnhaften Personen offensteht und ein in der Beratungstiefe vergleichbares Angebot betreibt.

Ein niederschwelligeres Angebot würde den Aufbau eines zusätzlichen und weniger kostenintensiven Angebots für einfachere oder schlecht vorbereitete Fälle durch die Fachstelle für Schuldenfragen bedingen. Solche Fälle werden heute bereits im Zuge der telefonischen Vorabklärung vollständig oder als Vorbereitung für eine Grundberatung an dafür geeignete städtische und private Stellen triagiert. Dieses Vorgehen ist effizient und kommt auch den Ratsuchenden zugute.

Es gibt keinen Anlass zur Annahme, dass die telefonische Triage durch die ausgewiesenen Fachleute der Fachstelle den Ratsuchenden zum Verhängnis würde. Das Vorgehen ist ein vielfach eingesetztes und bewährtes Mittel einer effizienten und effektiven Fallbearbeitung. Die Ratsuchenden profitieren davon, dass ihr Schuldenproblem entweder rasch gelöst werden kann oder eine geeignete städtische oder private Stelle den Fall seriös für eine Grundberatung bei der Fachstelle für Schuldenfragen oder bei einer anderen Schuldenberatungsstelle wie dem Fachbereich Schulden der Caritas Zürich vorbereitet.

Das Postulat ist deshalb als erledigt abzuschreiben.



Bild: Vormundschaftsbehörde

# Geschäftsbericht 2012

## Vormundschaftsbehörde

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Vormundschaftsbehörde

1.	Aufgaben	429
2.	Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen	429
2.1	Minderjährige	429
2.2	Erwachsene	431
3.	Betreuungstätigkeit von beruflichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Privatpersonen	432
4.	Aufsicht über die Mandatsführung / Mitwirkung der Vormundschaftsbehörde	432
5.	Vermögensverwaltung	433
6.	Rechtsschutz	433
7.	Von der Vormundschaftsbehörde zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	434

## 1. Aufgaben

Die Vormundschaftsbehörde der Stadt Zürich ist die grösste Schweizer Fachbehörde im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes. Sie ist eine unabhängige Behörde mit hoheitlichen Befugnissen. Wie ein Gericht ordnet sie Kinderschutzmassnahmen und Hilfestellungen für Erwachsene an und prüft Rechtsgeschäfte, die für die Betroffenen von grosser Tragweite sind. Sie übt selber keine Betreuungsfunktionen aus, sondern überträgt diese an Beistände oder Vormunde und überwacht deren Mandatsführung. Dabei verfolgt die Vormundschaftsbehörde stets das Ziel, die Selbständigkeit und Integration der betroffenen Personen zu fördern.

Die Vormundschaftsbehörde ist als Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde für schutzbedürftige Menschen jeden Alters zuständig. Jede Person kann sich an die Vormundschaftsbehörde wenden, wenn Minderjährige oder Erwachsene vormundschaftliche Hilfe brauchen. Nur aufgrund sorgfältiger Untersuchung der Verhältnisse und unter Abwägung aller für den Entscheid wesentlichen Umstände kann in einem gerichtssähnlichen Verfahren eine der Schutzbedürftigkeit der Betroffenen

optimal angepasste Massnahme angeordnet werden. Bei der Erfüllung ihrer Aufgabe arbeitet die Vormundschaftsbehörde eng und interdisziplinär mit Expertinnen und Experten sowie mit weiteren Fachstellen und Ämtern zusammen.

Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen werden angeordnet, wenn die erforderliche Hilfe nicht anderweitig erbracht werden kann (Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft, Sozialdienste usw.). Im vergangenen Jahr konnte in 707 gemeldeten Fällen von Massnahmen abgesehen werden, weil die notwendige Hilfe durch Vermittlung der Vormundschaftsbehörde anderweitig sichergestellt werden konnte. Dies ist für die Vormundschaftsbehörde im Einzelfall zwar mit grossem Aufwand verbunden, hat aber für die Betroffenen den Vorteil, dass für sie keine gesetzlichen Massnahmen angeordnet werden müssen. Zudem sind so weniger Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen durch die beruflichen oder privaten vormundschaftlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu führen, und es fallen bei der Vormundschaftsbehörde keine Folgearbeiten an.

Die Geschäftslast der Vormundschaftsbehörde ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

	2008	2009	2010	2011	2012
Registrierte Geschäfte	14 120	15 687	15 784	15 870	15 903

Die Geschäfte werden teils in Einzelkompetenz der Behördenmitglieder, teils durch Kammerbeschlüsse erledigt.

	2008	2009	2010	2011	2012
Kammerbeschlüsse	6 833	6 677	7 149	8 335	7 574

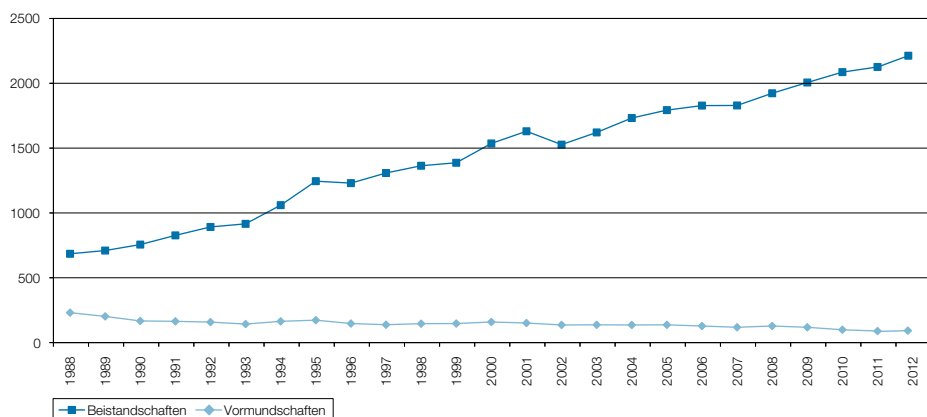
## 2. Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen

### 2.1 Minderjährige

Anordnungen	2008	2009	2010	2011	2012
Beistandschaften	502	499	486	460	512
Vormundschaften	35	32	18	18	31
<b>Total</b>	<b>537</b>	<b>531</b>	<b>504</b>	<b>478</b>	<b>543</b>

Bestand	2008	2009	2010	2011	2012
Beistandschaften	1 923	2 006	2 086	2 126	2 225
Vormundschaften	128	118	99	89	96
<b>Total</b>	<b>2 051</b>	<b>2 124</b>	<b>2 185</b>	<b>2 215</b>	<b>2 321</b>

## Entwicklung in den letzten 25 Jahren: Kinderschutzmassnahmen (Bestand)



Während die Vormundschaften auf konstant tiefem Niveau blieben, mussten in den letzten Jahren häufiger Beistandschaften zum Schutz des Kindeswohls angeordnet werden. Die Gründe hierfür sind vielfältiger Natur, z. B. Gewaltsituationen innerhalb und ausserhalb der Familie, konfliktgeladene Scheidungen, zerstrittene, nicht verheiratete Eltern oder psychische Probleme bei den Kindern oder deren Eltern.

Wenn eine Beistandschaft oder informelle Hilfestellung zum Schutz des Kindes nicht ausreichen, hat die Vormundschaftsbehörde das Kind an einem Pflegeplatz unterzubringen und den Eltern die Obhut zu entziehen. Solche Entscheidungen greifen stark in Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte der Betroffenen ein und sind oft für alle Beteiligten sehr belastend.

Unterbringung an Pflegeplatz	2008	2009	2010	2011	2012
Anordnungen	70	80	57	65	72
Bestand	316	323	318	317	324

Die Vormundschaftsbehörde ist auch zuständig für die Klärung von Vaterschaft und Unterhalt bei Kindern unverheirateter Eltern. Seit der Revision des Scheidungsrechts kann unverheirateten oder geschiedenen Eltern aufgrund einer entsprechenden

Vereinbarung die gemeinsame elterliche Sorge übertragen werden. Die gemeinsame elterliche Sorge wird beantragt, wenn sich Eltern miteinander um die Belange ihrer Kinder kümmern wollen.

	2008	2009	2010	2011	2012
Übertragung der gemeinsamen elterlichen Sorge (geS)	634	690	818	753	780
Genehmigung eines Unterhaltsvertrags ohne geS	228	255	224	138	184

Die Vormundschaftsbehörde entscheidet auch über das Besuchsrecht unverheirateter Eltern und über die Neuregelung des persönlichen Verkehrs geschiedener Eltern. Solche Besuchsrechtsregelungen sind sehr aufwendig, die Verfahren in vielen Fällen strittig, und es ist naturgemäss schwierig, die Akzeptanz bei allen Beteiligten zu erlangen.

In gewissen Situationen trifft die Vormundschaftsbehörde Vorkehrungen zum Schutz des Kindesvermögens, z. B. durch Sicherstellung von Vermögenswerten.

Zudem wirkt die Vormundschaftsbehörde bei Adoptionen mit.

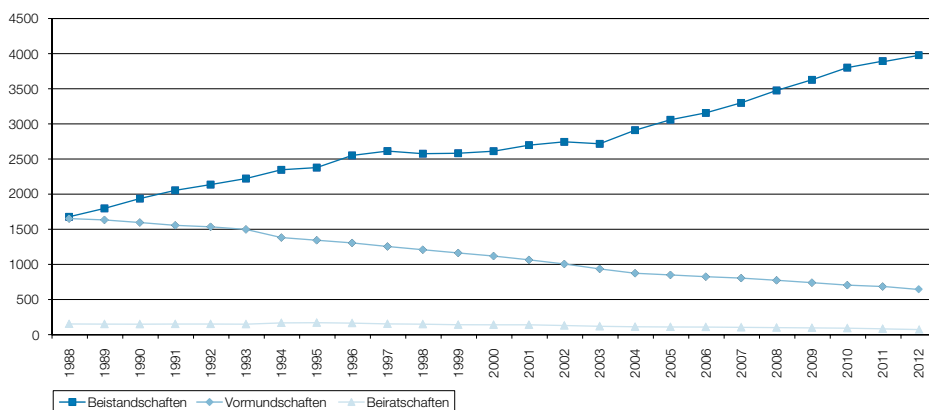


## 2.2 Erwachsene

Anordnungen	2008	2009	2010	2011	2012
Beistandschaften	516	546	582	546	519
Vormundschaften	9	7	8	10	7
Beiratschaften	5	3	2	3	2
<b>Total</b>	<b>530</b>	<b>556</b>	<b>592</b>	<b>559</b>	<b>528</b>

Bestand	2008	2009	2010	2011	2012
Beistandschaften	3476	3628	3801	3893	3973
Vormundschaften	774	740	705	685	662
Beiratschaften	100	96	92	83	78
<b>Total</b>	<b>4350</b>	<b>4464</b>	<b>4598</b>	<b>4661</b>	<b>4713</b>

### Entwicklung in den letzten 25 Jahren: Erwachsenenschutzmassnahmen (Bestand)



Bei den vormundschaftlichen Massnahmen für Erwachsene hat sich die langjährige Tendenz fortgesetzt, wonach vermehrt Beistandschaften statt Vormundschaften angeordnet werden. Durch eine der Schutzbedürftigkeit optimal angepasste

Massnahme mit spezifischer Aufgabenumschreibung kann die erforderliche Hilfe in vielen Fällen auch im Rahmen einer Beistandschaft geleistet werden, ohne dass den betroffenen Personen die Handlungsfähigkeit entzogen werden muss.

### 3. Betreuungstätigkeit von beruflichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Privatpersonen

Die Vormundschaftsbehörde hat bei der Anordnung einer Kindes- oder Erwachsenenschutzmassnahme (Beistandschaft, Beiratschaft, Vormundschaft) eine geeignete Person als Mandatsträgerin bzw. Mandatsträger zu ernennen. Die Betroffenen und deren Eltern haben das Recht, eine Person, zu der sie Vertrauen haben (Familienangehörige, Bekannte usw.), als Mandatsträgerin bzw. Mandatsträger vorzuschlagen. Allerdings ist auch hier die konkrete Eignung der vorgeschlagenen Person sorgfältig zu prüfen.

Als vormundschaftliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger kommen private Personen oder Mitarbeitende der Sozialen Dienste (berufliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger) in Betracht. Alle haben bei der Erfüllung ihrer vormundschaftlichen Aufgabe die gleiche Rechtsstellung.

Die Führung eines vormundschaftlichen Mandats ist aufwendig und anspruchsvoll. Die privaten Mandatsträgerinnen

und Mandatsträger werden daher durch die Sozialen Dienste instruiert und durch erfahrene berufliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger begleitet, bei komplexen Situationen auch durch die Vormundschaftsbehörde beraten.

Zur Zeit führen 1101 Privatpersonen (568 Männer und 533 Frauen) insgesamt 1438 vorwiegend Erwachsenenschutzmassnahmen. Die meisten von ihnen betreuen eine Person, oftmals Angehörige; einige Privatpersonen führen aber auch mehrere Mandate. Rund 35 % der privaten Betreuungspersonen sind pensioniert, rund 65 % sind im erwerbsfähigen Alter.

Die übrigen 5596 Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen werden durch 225 berufliche Betreuungspersonen (63 Männer und 162 Frauen) geführt.

	2008	2009	2010	2011	2012
Durch berufliche MandatsträgerInnen geführte Massnahmen	4 998	5 186	5 346	5 430	5 596
Durch private MandatsträgerInnen geführte Massnahmen	1 403	1 402	1 437	1 446	1 438

### 4. Aufsicht über die Mandatsführung / Mitwirkung der Vormundschaftsbehörde

Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger üben ihr Amt weitgehend selbständig aus. Sie stehen jedoch unter der Aufsicht der Vormundschaftsbehörde, die ihre Tätigkeit überwacht und begleitet.

Die vormundschaftlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger haben der Behörde über ihre Tätigkeit periodisch Bericht zu erstatten und soweit erforderlich über Einkünfte und Vermögen der betreuten Person abzurechnen.

	2008	2009	2010	2011	2012
Geprüfte Rechenschaftsberichte	2 631	2 922	3 271	4 211	3 620

Besonders wichtige Rechtsgeschäfte können die vormundschaftlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger nicht in eigener Kompetenz erledigen, sie bedürfen dazu der Zustimmung der Vormundschaftsbehörde, z. B. Kauf oder Verkauf

von Liegenschaften, Führung von Prozessen, Abschluss von Vergleichen, Erbteilungen, Gewährung oder Aufnahme von Darlehen.

	2008	2009	2010	2011	2012
Genehmigte Rechtsgeschäfte	228	179	173	238	243

Zur Feststellung der Vermögensverhältnisse im Rahmen von Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen, bei Kindern nach Scheidung oder Tod eines Elternteils oder bei

Nachlässen, an denen vormundschaftlich betreute Personen erbberechtigt sind, hat die Vormundschaftsbehörde Inventare aufzunehmen.

	2008	2009	2010	2011	2012
Besitzstandsinventare	283	303	314	378	333
Kindesvermögensinventare	316	346	333	292	237
Nachlassinventare	123	98	121	142	123
<b>Total</b>	<b>722</b>	<b>747</b>	<b>768</b>	<b>812</b>	<b>693</b>

## 5. Vermögensverwaltung

Mit der Führung einer Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahme ist vielfach auch die Verwaltung des Vermögens verbunden.

(in Mio. Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Bei Banken hinterlegtes Vermögen	383	464	467	451	491

Nicht einberechnet sind weitere Sachwerte, z. B. Liegenschaften oder Kunstsammlungen.

Die vormundschaftlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger können die Einkünfte und Vermögenswerte der betreuten Personen selbständig verwalten, soweit sie für den laufenden Unterhalt verwendet werden.

Sämtliche darüber hinausgehenden finanziellen Transaktionen bedürfen der Zustimmung der Vormundschaftsbehörde.

	2008	2009	2010	2011	2012
Genehmigung von Vermögenstransaktionen	658	666	721	716	641

## 6. Rechtsschutz

Jeder förmliche Entscheid der Vormundschaftsbehörde ist mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen. Er kann von den Betroffenen oder ihnen nahestehenden Personen mit Beschwerde an den Bezirksrat und danach mit Rekurs ans Obergericht weitergezogen werden. In den meisten Fällen kann letztlich das Bundesgericht angerufen werden.

Im Berichtsjahr sind gegen knapp 1,5% aller vormundschaftlichen Entscheide Rechtsmittel erhoben worden. Dabei haben die nächsthöheren Instanzen die Anordnungen der Vormundschaftsbehörde fast immer bestätigt und lediglich in 14 von insgesamt 7574 Fällen anders als die Vormundschaftsbehörde entschieden.

## 7. Von der Vormundschaftsbehörde zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Der Bund hat die Bestimmungen des Zivilgesetzbuchs zum Schutz hilfsbedürftiger Personen vollständig revidiert. Das ehemalige Vormundschaftsrecht heisst neu Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR). Die geänderten Bestimmungen des Zivilgesetzbuchs sind am 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Das neue Recht ist im Vergleich zum Vormundschaftsrecht aus dem Jahre 1912 zeitgemässer und gewichtet den Schutz der Grundrechte, das Selbstbestimmungsrecht und die Hilfe zur Selbsthilfe der schutzbedürftigen Personen ungleich stärker.

Die neue Behörde hat gemäss dem revidierten Bundesrecht in quantitativer und qualitativer Hinsicht zahlreiche neue Aufgaben zu erfüllen. Neu ist für die erstinstanzlichen Entscheidungen im Kindes- und Erwachsenenschutz nur noch eine Instanz zuständig. Die neue Behörde übernimmt damit sämtliche Zuständigkeiten, die bisher beim Bezirksrat lagen. Der Aufgabenbereich der Behörde wird ausserdem mit zahlreichen neuen Normen erweitert. So sind im Erwachsenenschutz zur Beurteilung durch die Behörde der Vorsorgeauftrag, die Patientenverfügung, die gesetzliche Vertretung bei urteilsunfähigen Personen und medizinischen Massnahmen sowie der Schutz urteilsunfähiger Personen in stationären Einrichtungen dazugekommen. Massgeschneiderte Massnahmen bedingen noch mehr als bisher sorgfältige Situationsanalysen, um die Massnahmen an den Einzelfall anzupassen. Im Kinderschutz ist

die Behörde unter anderem neu für den Entzug der elterlichen Sorge zuständig. Und allgemein kommt hinzu, dass die fürsorgliche Unterbringung neu nach sechs und zwölf Monaten und in der Folge jährlich materiell überprüft werden muss. Zudem müssen ärztliche Unterbringungen nach spätestens sechs Wochen von der Behörde bestätigt werden.

Das neue Recht erfordert gleichzeitig eine Anpassung der Behördenstruktur. Die Vormundschaftsbehörde wurde darum per 1. Januar 2013 durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) der Stadt Zürich abgelöst. Die KESB ist eine Fachbehörde und trifft ihre Anordnungen in drei interdisziplinären Kammern, die je über Mitglieder aus den Bereichen Recht und Sozialarbeit verfügen. Die Fachbehörde erhält zusätzlich Unterstützung durch Mitarbeitende mit administrativem und juristischem Fachwissen sowie Spezialkenntnissen aus der Vermögensverwaltung und dem Treuhandwesen. Die KESB ist bei ihren Entscheidungen an keine Weisungen gebunden und daher unabhängig. Um den Anforderungen an einen professionellen Kindes- und Erwachsenenschutz und des erweiterten Aufgabenkatalogs zu genügen, verfügt die KESB nun über neun Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder, die durch den Stadtrat ernannt und angestellt werden. Die KESB ist organisatorisch dem Sozialdepartement zugeordnet. Diese Neuordnung bedingt eine Änderung der Gemeindeordnung gemäss der Volksabstimmung vom 3. März 2013.

Weiterführende Informationen zu den dargestellten und weiteren Themenkreisen sowie zur Vormundschaftsbehörde bzw. Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde als Organisation finden Sie unter

[www.stadt-zuerich.ch/kesb](http://www.stadt-zuerich.ch/kesb)



2011	<b>2012</b>	2013	2014	2015	2016	2017
------	-------------	------	------	------	------	------

Bild: Stadt Zürich

# Geschäftsbericht 2012

## Sozialbehörde

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Sozialbehörde

1.	Organisation und Aufgaben	437
2.	Jahresschwerpunkte	438
3.	Sonderfall- und Einsprachekommission (SEK)	438
4.	Inspektorat	440

## 1. Organisation und Aufgaben

Die Sozialbehörde der Stadt Zürich ist gemäss kantonalem Sozialhilfegesetz zuständig für die Durchführung und Gewährleistung der wirtschaftlichen und persönlichen Sozialhilfe sowie die Berichterstattung an Bezirks- und Regierungsrat.

Gemäss Gemeindeordnung übt sie formell die Aufsicht über das Inspektorat für Ermittlungen aus. Sie besteht aus acht vom Gemeinderat gewählten Mitgliedern und dem Vorsteher des Sozialdepartements, der von Amts wegen die Behörde präsidiert.

Die Gesamtbehörde hat folgende Aufgaben:

- Sie erlässt auf Antrag des Vorstehers oder der Vorsteherin des Sozialdepartements Richtlinien über die Gewährung persönlicher und wirtschaftlicher Hilfe.
- Sie entscheidet direkt über Sonderfälle gemäss den von ihr festgelegten Kriterien.
- Sie legt auf Antrag des Vorstehers oder der Vorsteherin des Sozialdepartements die Kompetenzen und Zuständigkeiten innerhalb der Sozialen Dienste bei der Durchführung der Sozialhilfe fest.
- Sie erlässt ein internes Organisations- und Kompetenzreglement.
- Sie erteilt die Ermittlungsaufträge an das Inspektorat.
- Sie behandelt Einsprachen gegen in ihren Zuständigkeitsbereich fallende Verfügungen der Sozialen Dienste.
- Sie erstattet dem Gemeinderat jährlich Bericht über ihre Tätigkeit.

– Sie erhält eine regelmässige Berichterstattung über die Erkenntnisse aus den Kontrollen und kann die Beobachtungsschwerpunkte der departementsinternen Kontrollen festlegen.

Die operative Durchführung der Sozialhilfe delegiert die Sozialbehörde mittels Kompetenzordnung mehrheitlich an die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste und der AOZ. Sie entscheidet auf Antrag der Verwaltung in Sonderfällen wie der Unterstützung von Selbständigerwerbenden und Personen in Ausbildung oder auch bei Ausnahmen zu bestehenden Richtlinien der Sozialbehörde.

Folgende Organe übernehmen die bei der Sozialbehörde verbliebenen operativen Aufgaben:

– *Sonderfall- und Einsprachekommission:* Die Sonderfall- und Einsprachekommission entscheidet in Sonderfällen über Anträge aus der Verwaltung (Soziale Dienste und AOZ) und über Einsprachen gegen Verfügungen der Verwaltung. Sie besteht aus zwei Kammern, deren Vorsitz je einer der Vizepräsidenten innehat. Die beiden Kammern tagen alternierend alle drei Wochen in Dreierbesetzung.

– *Aufsicht über das Inspektorat und Erteilen von Ermittlungsaufträgen:* Der 1. Vizepräsident übt die Aufsicht über das Inspektorat aus, während der 2. Vizepräsident wöchentlich die Ermittlungsaufträge bewilligt.

– *Geschäftsstelle:* Die Geschäftsstelle ist in der Zentralen Verwaltung des Sozialdepartements angesiedelt. Der Departementssekretär waltet als Geschäftsführer der Sozialbehörde.

## 2. Jahresschwerpunkte

Die Gesamtbehörde tagte 2012 fünfmal und informierte sich über den Verlauf der Fallzahlen, Leistungen und Kosten der wirtschaftlichen Sozialhilfe in den Sozialen Diensten und der AOZ. Die Sozialbehörde setzte sich im Berichtsjahr schwergewichtig mit der Ausbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auseinander. Sie konzentrierte sich dabei auf die kosten- und zeitintensiven sozialpädagogisch betreuten Ausbildungen.

Die Behörde besuchte entsprechende Ausbildungsinstitutionen, um sich ein genaueres Bild von deren Dienstleistungen, der Arbeitsweise und den Kostenstrukturen machen zu können. Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zur Bewilligung von sozialpädagogisch betreuten Ausbildungen wurden im Anschluss präzisiert, die Kompetenzordnung entsprechend angepasst und ein zusätzliches Reporting eingeführt.

## 3. Sonderfall- und Einsprachekommission (SEK)

Die Sonderfall- und Einsprachekommission tagte 2012 insgesamt 18-mal (2011: 17-mal), entschied 168 Sonderfälle und

behandelte 282 Einsprachen von Klientinnen und Klienten gegen Verfügungen der Verwaltung (Soziale Dienste und AOZ).

### Sonderfälle

	2008	2009	2010 <sup>1</sup>	2011	2012
Total der Sonderfälle, über welche die SEK-Kammern entschieden haben	–	–	109	244	168
<b>Gegenstand</b>					
Ausbildung/Weiterbildung	–	–	54	122	111
bewilligte Unterstützung	–	–	43	108	91
abgelehnte Unterstützung	–	–	11	14	20
Selbständigerwerbende	–	–	43	98	40
bewilligte Unterstützung	–	–	41	96	38
abgelehnte Unterstützung	–	–	2	2	2
Rückerstattung	–	–	6	13	11
Verzicht	–	–	4	10	11
Nichtverzicht	–	–	2	3	0
Diverses	–	–	6	11	6
bewilligte Leistungen	–	–	6	9	6
abgelehnte Leistungen	–	–	0	2	0

<sup>1</sup> Zahlen nur für Zeitraum 24.6. bis 31.12.2009 nach Einführung der neuen Organisation der Sozialbehörde



## Einsprachen

	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>	2010	2011	2012
Total der Einsprachen, über welche die SEK-Kammern entschieden haben	–	–	216	440	282
Gutgeheissene Einsprachen	–	–	24	43	21
Abgewiesene Einsprachen	–	–	107	211	143
Teilweise gutgeheissene Einsprachen	–	–	31	72	32
Nichteintretensentscheide	–	–	12	50	31
Infolge Gegenstandslosigkeit abgeschriebene Entscheide	–	–	42	64	55
Pendenzenstand Einsprachen <sup>2</sup>	363	349	240	82	134
<b>Gegenstand</b>					
Rückerstattung	–	–	112	226	134
Ausbildung	–	–	3	6	1
Miete	–	–	16	29	36
Verrechnung	–	–	10	18	3
Umfang der wirtschaftlichen Sozialhilfe	–	–	19	46	31
eigene Mittel des Hilfesuchenden	–	–	6	8	3
Anspruch	–	–	9	18	20
Abrechnung	–	–	16	24	10
selbständige Erwerbstätigkeit	–	–	2	1	1
Leistungskürzung	–	–	5	21	8
Eigenleistung seitens Hilfesuchender	–	–	1	1	1
situationsbedingte Leistungen	–	–	12	19	10
Auflagen	–	–	5	23	24

<sup>1</sup> Detailzahlen nicht verfügbar

<sup>2</sup> jeweils per 31. Dezember

## 4. Inspektorat

Das Inspektorat ermittelt im Auftrag und unter der formellen Führung der Sozialbehörde bei Verdacht auf missbräuchlichen Leistungsbezug in der Sozialhilfe. Seit dem 10. Juni 2010 übt der 1. Vizepräsident der Behörde die formelle Aufsicht über das Inspektorat aus, während der 2. Vizepräsident die Ermittlungsaufträge bewilligt.

Das Inspektorat hat seine Tätigkeit als neues Instrument zur Bekämpfung von Missbrauch in der Sozialhilfe am 1. Juli 2007 aufgenommen. Im Jahr 2012 gingen insgesamt 84 Ermittlungsaufträge der Sozialen Dienste und der AOZ ein, 68 konnten abgeschlossen werden, und 39 waren am Jahresende

noch pendent. Mit den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen von insgesamt sechs Stellenwerten konnten im Regelfall die Aufträge in der mit dem Datenschutzbeauftragten abgestimmten Ermittlungsdauer von maximal sechs Monaten bearbeitet werden; drei Fälle mussten aufgrund langwieriger Abklärungen im Ausland um drei auf neun Monate Bearbeitungszeit verlängert werden. Seit Ende 2010 stellt das Inspektorat seine Dienstleistung dem Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV (AZL) und gegen Entgelt anderen Gemeinden zur Verfügung. Diese Ermittlungsaufträge von Dritten sind in der untenstehenden Statistik nicht enthalten.

### Auftragsübersicht

	2008	2009	2010	2011	2012
Aufträge	135	119	69	72	84
Abschlüsse	131	132	98	82	68
Pendenzen am Jahresende	75	62	33	23	39
Anteil Ausländerinnen / Ausländer bei den Ermittlungsaufträgen	59 %	60 %	64 %	63 %	58 %
Anteil Ausländerinnen / Ausländer an den kumulierten Personen mit Existenzsicherung	47 % <sup>1</sup>	46 % <sup>1</sup>	48 %	49 %	51 %

<sup>1</sup> ohne Existenzsicherungsfälle der Asyl-Organisation Zürich

Die Verteilung der Verdachtsgründe ist seit Jahren stabil. Bei den 84 neuen Aufträgen ans Inspektorat war der hauptsächliche Ermittlungsgegenstand nach wie vor nicht deklarierte

Einkommen oder Nebeneinkünfte, mit deutlichem Abstand gefolgt von falschen Angaben zu Haushaltsgrösse, Scheinheirat oder nicht deklariertem Fahrzeugbesitz.

### Ermittlungsgegenstände der Aufträge (Mehrfachnennungen möglich)

	2008	2009	2010	2011	2012
Aufträge	135	119	69	72	84
Nicht deklariertes Einkommen	103	93	45	40	57
Nicht deklarierte Nebeneinkünfte	96	73	48	34	63
Nicht deklariertes Fahrzeugbesitz	45	19	15	8	5
Falsche Angaben zur Haushaltsgrösse	18	18	9	9	22
Andere Sachverhalte (falsche Angaben zum Wohnsitz, Landesabwesenheit, Scheinehe u. a. m.)	41	49	21	27	25
Durchschnittlicher Leistungsbezug pro Monat der abzuklärenden Fälle (Fr.)	2 294	2 683	2 527	2 465	2 388

2012 basierten die 84 Ermittlungsaufträge zu rund zwei Dritteln auf Feststellungen in den Sozialzentren und zu einem Drittel auf Hinweisen aus der Bevölkerung oder von Amtsstellen (Vorjahre je zur Hälfte).

Bei den 68 abgeschlossenen Ermittlungen konnte in 72 % der Fälle der Verdacht erhärtet werden, was über dem langjährigen

Durchschnitt liegt. Dies betrifft 49 Fälle, was wiederum im Bereich der letzten Jahre liegt. Zusammen mit der Zunahme der Verdachtsmeldungen aus den Sozialzentren zeigt dies, dass die Beauftragung des Inspektorats zur Sachverhaltsabklärung beim Vorliegen eines erheblichen Verdachts immer zielgerichteter erfolgt.

## Resultate der abgeschlossenen Ermittlungen

	2008	2009	2010	2011	2012
Abschlüsse	131	132	98	82	68
Verdacht nicht erhärtet oder rückwirkend nicht zu bestätigen	51 (39%)	61 (46%)	44 (45%)	39 (48%)	19 (28%)
Verdacht erhärtet durch folgende, mehrfach nennbare Sachverhalte	80 (61%)	71 (54%)	54 (55%)	43 (52%)	49 (72%)
a) nicht deklariertes Einkommen oder Nebeneinkünfte	69	55	46	33	36
b) nicht deklarierte Vermögenswerte	7	6	8	7	3
c) nicht deklariertes Fahrzeugbesitz	33	20	19	10	14
d) falsche Angaben zur Haushaltsgrösse	20	14	9	7	12
e) andere Sachverhalte (falsche Angaben zum Wohnsitz, Landesabwesenheit, Scheinehe u. a. m.)	31	31	16	10	13
Durchschnittliche Anhängigkeit bei der Sozialhilfe (Monate)	69	84	90	74	94
Empfohlene Strafanzeigen nach abgeschlossener Ermittlung im Kalenderjahr	19	18	15	24	34

Die vermutete Schadenssumme bei den 49 aufgedeckten Fällen betrug rund Fr. 21 000.– pro Fall, was leicht über dem Vorjahreswert liegt. Die Bandbreite der vermuteten Schadenssumme variierte auch 2012 von wenigen Tausend Franken bis zu mittleren sechsstelligen Beträgen. Bei allen abgeschlossenen Ermittlungen betrug die durchschnittliche Anhängigkeit bei der Sozialhilfe 94 Monate, was über dem langjährigen Durchschnitt von rund 70 Monaten liegt.

Für die Ermittlungstätigkeit stellt nach wie vor der gerichtsverwertbare Nachweis von Einkünften bei selbständigen Tätigkeiten wie Autohandel oder Prostitution sowie von Immo-

bilienbesitz im Ausland eine Herausforderung dar, die zu aufwendigeren und umfangreicheren Abklärungen führt. Das Verfahren zum Bestimmen des Schätzwerts von ausländischen Liegenschaften wurde den gerichtlichen Erfordernissen angepasst und dem Bezirksrat zur Beurteilung unterbreitet.

Zusätzlich zu den Ermittlungsaufträgen der Sozialbehörde wurden durch das Inspektorat sechs Abklärungsaufträge vom Team «Vertiefte Abklärungen Wirtschaftliche Sozialhilfe» der Sozialen Dienste bearbeitet, die hauptsächlich Abklärungen zum Liegenschaftsbesitz im Ausland beinhalteten.

